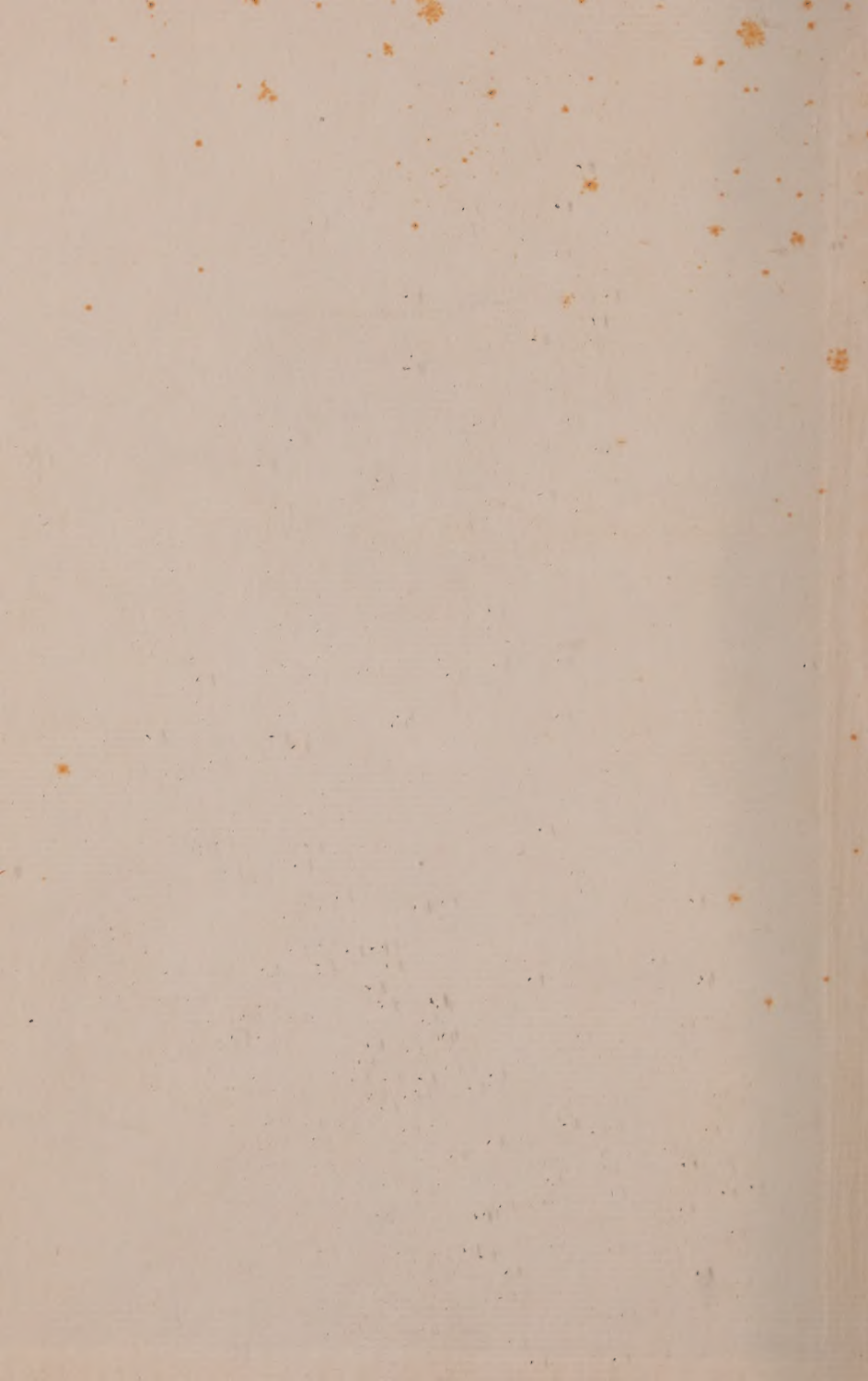






von Lama, Papst und Kurie

PAPST UND KURIE

WELTKRIEG

IN DER DEUTSCHEN LITERATUR

1914

1-2

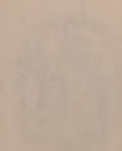
Verlag von

1914

Verlag von

Verlag von

Verlag von



PAPST UND KURIE

in ihrer Politik
nach dem

WELTKRIEG

Dargestellt
unter besonderer Berücksichtigung
des Verhältnisses
zwischen
dem

VATIKAN UND DEUTSCHLAND

Von

Friedrich Ritter von Lama

290.97

L 213



19



25

Property of
CBF

Please return to
Graduate Theological
Union Library

Verlag der Martinusbuchhandlung in Jllertissen (Bayern)

IMPRIMATUR

Augustae Vindelicorum, die 31. Januarii 1925

Vicarius generalis
Mueller

Broeg, Secr.

Handwritten notes in the right margin:

2
2
2
#

THEOLOGICAL
LIBRARY
O. F. M.
SANTO DOMINGO
NO. 10



Es mag ein gewagtes Unternehmen erscheinen, heute schon die Nachkriegspolitik des Heiligen Stuhles in ihrer Gesamtheit darstellen zu wollen; muß doch mit Sicherheit angenommen werden, daß allzuviel wichtiges Material darüber noch in den Aktenschränken der Regierungskanzleien ruht und der Auswertung noch nicht zugänglich ist. Dennoch ist das Wagnis kein so außerordentliches, denn das bereits vorliegende Material ist umfangreich und ausgiebig genug, um uns in seinen Einzelheiten ein zuverlässiges Bild zu bieten, das höchstens noch eine Ergänzung oder Vervollkommnung, nicht aber eine Verkehrung ins Gegenteil oder auch nur eine wesentliche Korrektur erfahren könnte. Aber selbst ganz abgesehen von diesen Erwägungen wäre es allein schon eine verdienstliche Aufgabe, der mit den Tatsachen nicht übereinstimmenden Darstellung der päpstlichen Nachkriegspolitik, der man jetzt immer häufiger in der Oeffentlichkeit unseres deutschen Vaterlandes begegnen kann, jene andere gegenüberzustellen, welche sich aus der sachlichen Würdigung aller hiefür bereits vorliegenden Elemente, der Worte, Schriftstücke und Ereignisse ergibt.

Alle Nationen, die Deutschen nicht ausgenommen, sind gewohnt, alles Weltgeschehen unter dem Gesichtspunkte ihres Interesses, ihres vermeintlichen oder wirklichen Rechtes zu beschauen; dazu kommt gerade für uns Deutsche wie für die Franzosen eine Betrachtungsweise unter dem Gesichtspunkte des deutsch-französischen Gegensatzes, der drüben wie hüben vielfach das Denken und das Handeln beherrscht. Weiter hinausblickend sehen wir: soviel Völker, soviel verschiedene Standpunkte und dazu noch eine Unzahl von Gegensätzen und Spannungen. All dem gegenüber hat das Oberhaupt der katholischen Weltkirche nur einen Standpunkt, den seinigen, der alle Völker unterschiedslos umfaßt.

Es scheint denen, welche außerhalb der katholischen Kirche stehen, fast unmöglich, sich eine Vorstellung von der Aufgabe des Papstes zu machen; bei ihnen zielt letzten Endes alles auf Machtpolitik ab. Und doch besteht die eigentliche Aufgabe des Papstes darin, die Lämmer zu weiden und die Schafe, zu lösen und zu binden, die geoffenbarte Wahrheit des ewigen Wortes rein zu erhalten und alle Menschen ohne Ausnahme zur ewigen Vereinigung mit Gott zu führen. Er ist das bis an das Ende der Zeiten nie verstummende lebendige Wort Christi, er ist der Sammelpunkt der Einheit, welche Christus wollte, ist nach der Rückkehr des Erlösers ins himmlische Reich seines ewigen Vaters das sichtbare Oberhaupt der von jenem gestifteten Kirche. So besehen wird uns ohne weiteres klar, daß dem Papste die Politik nur ein Mittel zum Zwecke sein kann, dessen er sich nach

Lage der Dinge nun einmal nicht begeben kann, sondern sogar bedienen muß, um seine höhere Aufgabe zu fördern.

Eine Darstellung der Politik des Heiligen Stuhles wird daher dessen Standpunkt immer einseitig, immer unvollständig belichten, so lange sie sich auf das Verhältnis zu nur einer Macht oder Mächtegruppe und nicht auf die Gesamtheit aller Staaten erstreckt. Erst wenn das Letztere geschieht, tritt ganz von selbst mit bezwingender Klarheit hervor, daß der Papst keinem der zahllosen Nationalismen sein Ohr leihen kann, daß er in ihre politischen und sonstigen Gegensätze nur, insoferne eingreifen kann, als er trachtet, der höheren Sache des Friedens und der Eintracht unter den Völkern zu dienen. Es ergibt sich aber auch, daß er gezwungen ist, eine einheitliche Grundsatzpolitik zu betreiben und sich dabei nur von seinen letzten Endes übernatürlichen Pflichten leiten zu lassen.

Ob eine Berechtigung besteht, den Papst der Teilnahmslosigkeit oder gar der Abneigung, um nicht zu sagen Feindseligkeit gegen Deutschland zu bezichtigen, wird sich dem Leser aus der Gesamtheit unserer Darstellung ergeben. Daß, um dieses Urteil nachteilig zu beeinflussen, die Gegner des Papsttumes und der Kirche sich der Unwahrheit zu bedienen gezwungen sind, weist allein schon darauf hin, daß mit der Wahrheit dieser Zweck sich nicht erreichen läßt.

Es mag auffallend erscheinen, daß in der Zurückweisung solcher Unwahrheiten fast ausschließlich ein Gegner in seinen verschiedenen Schriften auftritt. Das hat seinen Grund nicht etwa in dem Werte dieser Schriften, der reichlich gering ist, sondern darin, daß so gut wie alle Angriffe gegen die Nachkriegspolitik des Papstes und der römischen Kurie, mögen sie nun in politischen Broschüren, in Tagesblättern oder in öffentlichen Reden auftreten, nachweislich immer wieder sich auf jene eine Quelle zurückführen lassen; in ihr selbst werden daher auch ihre Erzeugnisse getroffen, welche immer wieder unter neuer Verkleidung in die Öffentlichkeit treten. Es weitesten Kreisen zu ermöglichen, selbständig und erfolgreich ihnen entgegenzutreten, auch dazu will diese Veröffentlichung beitragen; sie will eine Waffe der Wahrheit gegen die Unwahrheit sein.

Freilich bin ich überzeugt, daß Kirche und Papsttum meiner Arbeit nicht bedürfen, denn es ist gesorgt, daß die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen werden. Und auch dessen müssen wir uns bewußt sein, daß auch Papst und Kurie nur Werkzeuge in der Hand der göttlichen Vorsehung sind. Darüber hat gerade Papst Pius XI. einmal¹⁾ in höchst bemerkenswerter Weise seine und seines verewigten Vorgängers Erfahrungen erzählt. „Mehr-
mals schon in der Vergangenheit Unseres nachgerade nicht mehr

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20./21. März 1923.

kurzen Lebens", sagte er, „hatten Wir die Erfahrung der göttlichen Güte und der Hilfe der Vorsehung in den unbedeutenden, armseligen menschlichen Angelegenheiten gemacht. Als aber Benedikt XV. seligen Angedenkens Uns die erste Aufgabe anvertraute, indem er Uns Interessen übertrug, die nicht mehr die Unseren waren, sondern einzig solche der Kirche und des Heiligen Stuhles, da begannen Wir eine neue Erfahrung von Gottes Güte und Vorsehung zu machen. Nun hatten Wir sie unmittelbar unter Unseren Augen. Wir fühlten sie in tausenderlei Arten. Wir erfuhren sie bei Hunderten von Gelegenheiten und sahen sie manchmal sich in so göttlich feinsinniger Weise bekunden, daß man wahrhaftig nicht anders konnte, als Gottes Hand unter uns und in den Dingen zu erkennen. Wir erinnern uns noch, wie Benedikt XV., als Wir ihm diese Unsere Wahrnehmungen unterbreiteten, Uns zur Antwort gab: Nun gut, und jetzt bedenken Sie einmal, daß dies die Erfahrung ist, welche Wir täglich machen! Und in der Tat mußten auch Wir die Wahrheit dieses Wortes in der Unser harrenden täglichen Erfahrung sich vollziehen sehen."

Der Abschnitt, der in dieser Darstellung behandelt ist, umfaßt in der auf zwei Jahrtausende zurück- und auf unbekannte weitere Jahrtausende vorausblickenden Geschichte der Kirche nur einen ganz kurzen, einstmals kaum mehr wahrnehmbaren Augenblick. Für uns vergängliche Menschen aber ist es immerhin ein reichlich mit Ereignissen ausgefüllter Zeitraum und was hier gesagt wird, soll auch all denen, die an den weiteren Schicksalen der Kirche warmen Anteil nehmen, eine sichere Grundlage zur Beurteilung des Kommenden sein. Meine Arbeit ist eine rein private, für die ich allein die Verantwortung trage. Möge es ihr beschieden sein, wenigstens einigen Nutzen im Dienste der Wahrheit und der Kirche Gottes zu stiften.

Füssen, Weihnachten 1924.

Friedrich Ritter von Lama.

VORBEMERKUNG

Infolge der sehr reichlichen Verweisungen auf einzelne Quellen finden sich folgende Abkürzungen:

Oss. Rom. Osservatore Romano (Tagesorgan des Hl. Stuhles)

Acta A. S. Acta Apostolicae Sedis (Das amtliche Organ des
Hl. Stuhles)

K. Kztg. Katholische Kirchenzeitung, Salzburg, die wegen ihrer
bekannt zuverlässigen Berichterstattung und ihrer
Originalkorrespondenz sich hohen Ansehens erfreut.

Der Waffenstillstand

Der Krieg war zu Ende, der Kampflärm, der seit viereinhalb Jahren keinen Tag geschwiegen hatte, verstummt und der große Weltkonflikt war entschieden. Mochte auch sein Ausgang im schroffsten Gegensatz zu jener Lösung: weder Sieger noch Besiegte, stehen, die im Interesse einer wirklichen Aussöhnung der Papst des Weltkrieges mit allen verfügbaren und zulässigen Mitteln in zahlreichen öffentlichen Schriftstücken und bekannt gewordenen diplomatischen Noten angestrebt hatte, immerhin, das Ende des gegenseitigen Tötens war gekommen. Schon am 14. September 1918 hatte Graf Burian namens der k. u. k. Regierung allen kriegführenden Staaten vorgeschlagen, „zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses an einen Ort des neutralen Auslandes . . . Delegierte zu entsenden.“ Dem Hl. Stuhle war von diesem Schritte mit besonderer Note Kenntnis gegeben. „Die k. u. k. Regierung,“ heißt es darin, „stets von dem Geiste der Versöhnlichkeit geleitet, der schon in ihrer Note vom 12. Dezember 1916 zum Ausdruck kam, hat beschlossen, an alle kriegführenden Staaten heranzutreten, um sie einzuladen, durch einen vertraulichen und unverbindlichen Gedankenaustausch einem für alle Beteiligten ehrenvollen Frieden die Wege zu ebnen. Hierbei gedenkt die k. u. k. Regierung voll Dankbarkeit des ergreifenden Appells, den S. Heiligkeit der Papst im verflossenen Jahre an alle Kriegführenden mit der Mahnung richtete, eine Verständigung zu suchen und wieder in brüderlicher Eintracht zu leben. In der sicheren Ueberzeugung, der Hl. Vater ersehne es auch heute, daß die leidende Menschheit bald wieder der Segnungen des Friedens teilhaftig werde, hoffen wir zuversichtlich, daß er unseren Schritt mit Sympathie begleiten und mit seinem auf der ganzen Erde anerkannten moralischen Einflusse unterstützen werde.“

Dieser Appel an des Papstes Sympathie und moralischen Einfluß trägt den Tatsachen voll Rechnung, nämlich einerseits dem Schicksale der päpstlichen Friedensnote vom 1. August 1917 und dem inzwischen ja bekannt gewordenen Artikel 15 des Londoner Abkommens, der sogenannten Papstklausel, welche gerade in diesem Augenblicke in Wirksamkeit zu treten bestimmt war. Hatten doch „Frankreich, Großbritannien und (das zu diesem Zeitpunkte allerdings ausscheidende) Rußland darin die Verpflichtung übernommen, Italien darin zu unterstützen, den Vertretern des Hl. Stuhles nicht zu gestatten, irgendeine diplomatische Aktion bezüglich des Friedensschlusses und der Lösung von mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.“¹⁾ Trotz dieser

¹⁾ Original-Wortlaut n. „Oss. Rom.“ Nr. 129 vom 16. Mai 1919.

Waffe, welche sich Italiens Außenminister Sonnino gegen den Papst und die von ihm zu erwartende, der Völkerversöhnung dienende Tätigkeit schon im April 1915 geschaffen hatte, glaubte die italienische Regierung in diesem Augenblicke noch ein Uebrigcs tun zu sollen, indem sie durch ihr Sprachrohr, den „Corriere della Sera“ ¹⁾ warnend schrieb, die Wiener Regierung suche mit großer Unverfrorenheit auch den Papst ins Spiel zu ziehen, „in der stillen Hoffnung, daß er eine versöhnliche Antwort gebe, die wenigstens in einem der Vielverbandsländer die unheilvolle Wirkung der früheren Friedensworte des Papstes haben werde.“ War es doch Sonnino selbst gewesen, der in der italienischen Kammer am 25. Oktober 1917 die päpstliche Friedensnote als „von Deutschland inspiriert“ in beleidigenden Redewendungen schroff zurückgewiesen hatte.

Die Wirkung des Scheiterns des Wiener Friedensversuches erstarb unter dem Eindrucke des deutschen Waffenstillstands-Angebotes. Der Geist, der aus den vielen Kundgebungen Papst Benedikts XV., aus seinen Anrufen, Bitten, Ermahnungen und Beschwörungen spricht, bietet uns volle Gewähr dafür, daß dieser die endliche Einstellung der Feindseligkeiten von Herzen begrüßt haben muß. „Man kann wohl verstehen“ schrieb der „Osservatore Romano“ ²⁾ zu Wilsons abwartender Antwort auf das Waffenstillstandsangebot, „daß die Verbandsmächte sich hinsichtlich der Aufrichtigkeit dieser Vorschläge versichern wollen, aber eine solche Sicherheit einmal zugegeben, würde man es nicht verstehen, wenn sie nicht geprüft werden sollten, insbesondere im Hinblick auf das Zusammenfallen mit der überaus wichtigen Rede des deutschen Reichskanzlers ³⁾ die ohne Zweifel eine neue Epoche in der internationalen Politik bedeutet.“ Die Antwort Deutschlands „scheint“ dem vatikanischen Tagesorgan ⁴⁾ genauestens den im Namen Wilsons vom Staatssekretär Lansing in seiner Note vom 7. ds. aufgeworfenen Fragen und daher den Erwartungen des Präsidenten selbst zu entsprechen. Nachdem somit die Aufrichtigkeit der Vorschläge der Mittelmächte erwiesen ist, . . . scheint es uns, daß jetzt die Vorschläge selbst Gegenstand einer unbefangenen Prüfung sein können, welche, so wünschen wir, zu dem allseits so sehr ersehnten Ergebnisse führen mögen.“

Der Zusammenbruch der Monarchie in Deutschland, besiegelt durch die am 9. November 1918 erfolgte Abdankung des deutschen Kaisers, und der Ausbruch der Revolution hatten jene Erwartungen zerstört, welche noch am 23. Oktober der „Osservatore Romano“

¹⁾ s. Köln. Volkszeitung Nr. 733 vom 17. Sept. 1918.

²⁾ vom 8. Oktober 1918.

³⁾ vom 5. Oktober 1918.

⁴⁾ vom 15. Oktober 1918.

in seinem Leitartikel geäußert hat, daß „die demokratische Entwicklung in Deutschland durch den Kaiser selbst entschieden eingeleitet wurde, weshalb ein Verlauf der Ereignisse nach russischem Vorbilde als ausgeschlossen anzunehmen sei.“

Bezüglich des Rückzugs der deutschen Heere waren inzwischen von Verbandsseite Klagen (Verübung von Zerstörungen und Niederbrennung von Ortschaften) nach Rom gelangt. Daher beeilte sich der Hl. Stuhl, sich an den neuen Reichskanzler, Prinz Max von Baden, zu wenden, damit den schon so sehr heimgesuchten Gebieten jede Art nicht durch den Krieg unbedingt nötigen Schadens erspart werde, sowie auch mit Rücksicht darauf, daß solche Verwüstungen bewirken würden, in einem Augenblicke, da die Gesinnungen des Friedens und der Eintracht den Vorrang einzunehmen haben, noch mehr zu erbittern. . . . Infolge dieses Schrittes erhielt der Hl. Stuhl bereits seit dem 13. Oktober die Versicherung, es seien seitens des deutschen Generalstabes den Truppen strenge Befehle erteilt, daß in jeder möglichen Weise während der militärischen Operationen jene Ortschaften gerettet und respektiert würden.¹⁾

Es ist verständlich, daß sich unter dem Drucke und der Wucht der Niederlage im deutschen Volke die Blicke dem Papste zuwendeten als der einzigen Macht, von der eine mäßigende Einwirkung auf die Sieger angenommen werden konnte. Und je größer die Not wurde, desto angstvoller klammerte man sich an die Hoffnung, obwohl die bereits geschichtlich gewordenen Tatsachen mehr als genügend den Beweis erbracht hatten, wie gering der politische Machtbereich des Hl. Stuhles geworden war. Man übersah, daß er allein noch am Patrimonium des Christentumes, dem christlichen Friedensgeiste, dem großen Gebote des Erlösers festhaltend im Gegensatze zur ganzen Welt stand, man übersah, daß er ja selbst immer noch der Gefangene im Vatikan war, man übersah, daß zu den bedeutendsten Siegermächten nicht einmal normale Beziehungen, nicht einmal diplomatische Verbindungen bestanden, man übersah seine durch jenen Artikel 15 verfügte Ausschließung von allen mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen. Als daher Portugal, eine der Ententemächte, seine offiziellen Beziehungen zum Vatikan wieder aufnahm, als man davon hörte, auch China sei im Begriffe, solche einzugehen, und überdies jedes noch so unscheinbare Vorkommnis des politischen Frankreichs immer wieder im Sinne einer Aussöhnung mit dem Hl. Stuhle gewertet wurde, äußerten sich im Lager der deutschen Katholiken Besorgnisse, „die Abschließung und Isolierung des Vatikans durch die Ententemächte werde die politische Internationalität des Hl. Stuhles gefährden.“ Man befürchte dies umsomehr, „als man glaube, aus gewissen Vorgängen

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 22. Oktober 1918.

auf Versuche der Ententemächte, Einfluß auf die Politik der römischen Kurie zu gewinnen, schließen zu müssen.“¹⁾ Man glaubt schon annehmen zu dürfen, „daß der Papst sich in feindlichen Händen befinde und einseitig von unsern Gegnern umgeben sei, weshalb er die nötige politische Freiheit nicht mehr habe. Das sind die Auffassungen, die in letzter Zeit wieder umzugehen beginnen.“²⁾ In der „Augsburger Postzeitung“³⁾ wurden all diese Gründe der Beunruhigung einer sachlichen Prüfung unterzogen und die Frage, ob eine erkennbar erfolgte Beeinflussung des Vatikans oder auch nur Anzeichen dafür vorhanden seien, mit einem entschiedenen und begründeten nein beantwortet. „Was wir verlangen können, ist, daß der Papst nicht politische Stellung gegen uns nimmt. Das ist bisher nicht geschehen und es liegt kein Anzeichen vor, daß dies künftig geschehe.“ Auch die „Kölnische Volkszeitung“ stellte fest, „daß bis jetzt kein stichhaltiger Grund vorliegt, an der unverbrüchlichen Neutralität des Hl. Stuhles zu zweifeln.“

Aus der gleichen Verkennung der Einflußmöglichkeiten des Papstes heraus richteten sich an diesen Kundgebungen, welche, wenn nicht die nüchterne Erkenntnis der Wirklichkeit sich beizeiten durchsetzte, zu schwersten Enttäuschungen führen mußten; jedenfalls wurden, so begreiflich auch die Ursache ist, der Kurie keine geringen Verlegenheiten bereitet. In einer Lage wie der augenblicklichen sei die Zeit der diplomatischen Erwägungen unbedingt abgeflossen; „was jetzt allein als angebracht gilt, das ist die rückhaltlose deutliche Sprache apostolischen Freimutes und tiefster seelischer Teilnahme. Nur eine solche Sprache vermag noch dem Weltfrieden zu dienen. Und nur der Papst in Rom kann dafür die richtigen Worte prägen. Das ist die allein richtige Gesinnung, in der wir in diesen Tagen nach Rom blicken können.“⁴⁾ In welcher Weise der Papst diesen Erwartungen entsprochen hat, werden wir an anderer Stelle sehen.

Der sich in den Waffenstillstandsbedingungen kundgebende Vernichtungswille der Verbandsmächte veranlaßte, nachdem die Katholiken des politisch-feindlichen Lagers schwiegen, den Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, „im Namen der Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz den Hl. Vater um seine Vermittlung zu bitten, damit unsere Feinde, die allem Anscheine nach die deutsche Nation in ihrem Bestande bedrohen, von ihrem Plane, Deutschland zu vernichten, abstehen.“ Der Papst wird gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein

¹⁾ s. „Donauzeitung“ Nr. 451 vom 4. Oktober 1918.

²⁾ s. „Kölnische Volksztg.“ Nr. 824 vom 18. Oktober 1918 in Artikel „Papst und Weltfriede“.

³⁾ s. Nr. 482 vom 17. Oktober 1918.

⁴⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 824 vom 18. Oktober 1918.

Friede zustandekomme, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechend und so eine Versöhnung der entzweiten Nationen anzubahnen geeignet sei.¹⁾

All diese Erwartungen und Nötigungen ließen die diplomatische Lage des Hl. Stuhles vollkommen außer acht, wie sie durch die Unterlassung der Beantwortung der Friedensnote geschaffen wurde. Nur Wilson hatte ja geantwortet, nur dort stand also die Tür noch offen, aber gerade dort fehlte das Bindeglied, die diplomatische Vertretung. Immerhin hatte man in Rom nicht erst diese Aufforderungen abgewartet, sondern bereits aus eigener Initiative gehandelt; dies beweist die Antwort, welche der Kardinal Staatssekretär Gasparri im Namen des Papstes an den Kölner Oberhirten richtete; sie lautet:²⁾

Aus dem Vatikan, 6. November 1918.

Innigstes Mitleid erweckte im Herzen des Heiligen Vaters der Brief, in welchem Ew. Eminenz namens der Bischöfe, welche sich alljährlich in Fulda zu versammeln pflegen, mit lebhaften Farben die Leiden des deutschen Volkes in diesem entsetzlichen Kriege schildern und ihn bitten, zugunsten des deutschen Vaterlandes, das Sie in seinem Bestande bedroht sehen, sich zu verwenden.

Beseelt von jener Liebe, die ihn besonders zu seinen betrübten und leidenden Kindern hinzieht, begreift der Heilige Vater sehr wohl die ganze Bitterkeit des Schmerzes, der Ew. Eminenz und Ihre eifrigen Mitbrüder erfüllt, und aus tiefstem Herzen erfleht er Ihnen von Gott dem Herrn Trost und Kraft.

Und wie im Verlaufe des Krieges der Heilige Vater nicht aufgehört hat, die Ungerechtigkeiten und Gewalttätigkeiten, von welcher Seite sie auch begangen werden, zu beklagen, und nicht müde geworden ist, die Kriegführenden anzuflehen, sie möchten die Absicht gegenseitiger Vernichtung aufgeben und zur Milde und Menschlichkeit sich entschließen, so hat er auch bei den gegenwärtig sich überstürzenden Ereignissen sich wiederholt an den Leiter eines großen kriegführenden Staates gewandt und hat ihn beim kostbaren Blute des Welterlösers Jesus Christus beschworen, er möge an das Waffenstillstandsangebot und die Friedensverhandlungen mit Wohlwollen herantreten, damit ein für alle gerechter und ehrenvoller Friede zustandekomme. Möge der Allmächtige dieses Bemühen segnen, möge er in seiner unendlichen Barmherzigkeit baldigst auch dem hartgeprüften Volke Deutschlands die Wohltaten eines gerechten und dauernden Friedens gewähren. Dessen Unterpfand sei der Apostolische Segen, den Se. Heiligkeit allen deutschen Diözesen und ihren ehrwürdigen Oberhirten von Herzen erteilt.

¹⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 852 vom 28. Oktober 1918.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 6. Dezember 1918.

Indem ich vorstehendes Ew. Eminenz zur Kenntnis bringe, ergreife ich gern usw.

Ew. Eminenz ergebenster Diener
gez. P. Kardinal Gasparri.

Welche Deutung die Haltung der Kurie sofort auf der Gegenseite — und sie war die siegende! — fand, erhellt aus dem Schreiben, das Papst Benedikt XV. kurze Zeit darauf an seinen Staatssekretär zu richten sich veranlaßt sah:¹⁾

Herr Kardinal! Nach den letzten glücklichen Erfolgen der italienischen Waffen haben die Feinde des Apostolischen Stuhles in ihrem festen Vorsatze, sowohl die traurigen wie die freudigen Ereignisse zu dessen Schaden auszunützen, dafür gesorgt und sorgen noch dafür, die italienische öffentliche Meinung in ihrem Jubel über den errungenen Sieg aufzuhetzen, gleich als würde der Papst diesen in seinem Herzen bedauern.

Sie, Herr Kardinal, kennen aus dem täglichen Umgange Unsere Gesinnung, wie auch welches die Praxis und die Lehre der Kirche in derartigen Umständen ist. In dem Schreiben an die Häupter der verschiedenen kriegführenden Mächte vom 1. August 1917 drückten Wir den in der Folge bei anderen Gelegenheiten wiederholten Wunsch aus, es möchten die Gebietsfragen zwischen Oesterreich und Italien eine den gerechten Aspirationen der Völker entsprechende Lösung erfahren und jüngst haben Wir Unserem Nuntius in Wien Auftrag gegeben, sich mit den verschiedenen Nationen des österreichisch-ungarischen Reiches, die sich nunmehr in unabhängigen Staaten zusammengeschlossen haben, in freundschaftliche Verbindung zu setzen. Denn wie die Kirche als vollkommene Gesellschaft, die den einzigen Zweck hat, die Heiligung der Menschen zu allen Zeiten und in allen Ländern zu bewirken, sich den verschiedenen Regierungsformen anpaßt, so nimmt sie auch ohne irgend eine Schwierigkeit die legitimen territorialen wie politischen Veränderungen der Völker hin.

Wir glauben, daß, wenn diese Urteile und Bewertungen allgemeiner erkannt würden, kein vernünftiger Mensch darauf bestehen würde, Uns einen Vorwurf zu machen, der des Grundes entbehrt.

Immerhin können Wir nicht leugnen, daß eine Wolke noch die Heiterkeit Unseres Gemütes trübt, denn nicht überall haben die Feindseligkeiten aufgehört und der Waffenlärm verursacht mancherorts sowohl Besorgnisse wie Befürchtungen. Aber in der Hoffnung, daß die erfreuliche Morgenröte des Friedens, welche auch über Unserem geliebten Lande angebrochen ist, nachgerade nicht zögere, die anderen kriegführenden Völker zu erfreuen, empfinden Wir jetzt schon die Süßigkeit jenes nicht mehr fernen Tages, da die Liebe von neuem unter den Menschen herrschen und allgemeine Eintracht

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 6. Dezember 1918.

die Nationen in einem an Gutem fruchtbaren Bunde vereinen wird. . . .

Aus dem Vatikan, den 8. November 1918

Benedikt XV. PP.

Es ist zu beachten, daß auch hier nur die gerechten Aspirationen der Völker des Papstes Billigung finden. Um Mißverständnissen zu begegnen sei bemerkt, daß der italienische Wortlaut keinen Zweifel gestattet, wie das Wort vom „glücklichen Erfolge der italienischen Waffen“ gemeint ist; „fortunati successi“ sind nämlich „vom Glücke begünstigte Erfolge“. Es liegt also nur eine tatsächliche objektive Feststellung vor, nicht eine subjektive Bewertung.

Entsprechend der zunehmenden Bedrängnis des deutschen Volkes mehrten sich die Anrufungen an den Papst fast täglich. Am 13. November ersuchte das Kölner Komitee der deutschen Katholiken des Rheinlandes den Hl. Vater, er möge seine Stimme erheben, Erzbischof von Faulhaber von München bittet um Vorstellungen bei den Verbandsmächten zwecks Aufhebung der Blockade und Gestattung der Einfuhr von Lebensmitteln, worauf laut Mitteilung des Staatssekretariates ¹⁾ „S. Heiligkeit, welche sich bereits beim Präsidenten der Vereinigten Staaten um Milderung der Waffenstillstands-Bedingungen und um die Lebensmittelversorgung Deutschlands verwendet hat, sogleich auch diesbezüglich beim amerikanischen und französischen Episkopat, sowie bei der britischen Regierung Schritte getan hat.“

Das Wort, welches jedoch vom Papste allgemein erwartet wurde, gerichtet in voller Oeffentlichkeit an die gesamte Menschheit, blieb nicht aus. In einer Encyklika nahm er zu dem großen Ereignisse des Weltkrieges Stellung, die Pflichten der Katholiken und seine eigenen Absichten betonend, in denen wir bereits die Richtlinien der vatikanischen Friedenspolitik erkennen. Hier ihr Wortlaut: ²⁾

Ehrwürdige Brüder, Gruß und Apostolischen Segen.

Das, was die gesamte Welt so lange ersehnte und was die Christenheit mit so großem Gebetseifer erflachte und wofür Wir als Dolmetscher des gemeinsamen Schmerzes mit väterlichem Herzen zum Besten Aller eintraten, ist nun in einem Augenblicke eingetreten. Endlich ist das Waffengetöse verstummt. Es ist wahr, noch hat nicht der Friede dem Kriege feierlich ein Ende gesetzt, doch mit dem Waffenstillstande, der inzwischen dem Blutvergießen, den Verwüstungen zu Land, zu Wasser und in der Luft Einhalt getan hat, ist glücklich der Weg für den Frieden angebahnt. . . .

¹⁾ Meldung der „Augsb. Postztg.“ aus München vom 23. Nov. 1918.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 6. Dezember 1918.

Nun heißt es noch, von der göttlichen Milde erflehen, daß das große uns verliehene Geschenk seine Krönung erfahre. Binnen kurzem werden die Bevollmächtigten der verschiedenen Völker sich zu feierlichem Kongresse versammeln, um der Welt einen dauerhaften und gerechten Frieden zu verleihen. So ernste und schwierige Beschlüsse werden sie indeß zu fassen haben, wie sie ähnlich noch nie von einer menschlichen Versammlung gefaßt worden sind. Daher läßt sich nicht sagen, wie sehr sie der Erleuchtung von oben bedürfen werden, damit sie sich ihres Auftrages gut entledigen können, und nachdem es sich um Fragen handelt, die aufs allerhöchste das Wohl der gesamten Menschheit berühren, haben die Katholiken, die aus Gewissenspflicht Ordnung und bürgerlichen Fortschritt fördern müssen, ohne Zweifel auch die Pflicht, auf jene, welche an der Friedenskonferenz teilnehmen, den göttlichen Beistand herabzurufen. Diese Pflicht soll, so wollen Wir, allen Katholiken in Erinnerung gebracht werden.

Damit nun die Frucht des bevorstehenden Kongresses jenes große Himmels Geschenk werde, das ein wahrer, auf die christlichen Grundsätze der Gerechtigkeit begründeter Friede ist, ist es notwendig, auf ihn die Erleuchtung des himmlischen Vaters herabzurufen. Ihr werdet dafür Sorge tragen, daß in jeder Pfarrei Eurer Diözesen öffentliche Gebete in jeder Form angeordnet werden, wie ihr es für gut erachtet. Was Uns, der Wir, wenn auch unwürdig Jesus Christus, den König des Friedens vertreten, betrifft, so werden Wir den ganzen Einfluß Unseres apostolischen Amtes dafür einsetzen, daß die Beschlüsse, die dazu bestimmt sind, Ruhe, Ordnung und Eintracht in der Welt dauernd zu gestalten, allenthalben von den Katholiken gerne angenommen und getreu befolgt werden.

Zum Unterpfande der göttlichen Gnaden sowie Unseres Wohlwollens erteilen wir Euch, ehrwürdige Brüder, Eurem Klerus und dem Volke von Herzen den apostolischen Segen."

Und damit hätte die Friedenskonferenz das Wort und den Auftrag, den „dauernden und gerechten Frieden“ zu stiften. Vom gerechten Frieden allein hängt seine Dauer ab, Gerechtigkeit setzt aber Verzicht auf Parteinahme voraus, zu dem allein, wie die Geschichte des ganzen Weltkrieges beweist, das Oberhaupt der katholischen Kirche sich fähig gezeigt hat. Nur unter seiner führenden Mitwirkung ließ sich dieses Ziel erreichen, dem aber bereits die Papstklausel des Londoner Abkommens den Riegel vorgeschoben hatte.

Aus dem Bereiche der Mittelmächte hat sonst kein Staat oder Volk in jener Zeit des Papstes Hilfe angerufen, außer das Land Tirol. Dieses sah sich durch Italiens Raubgelüste und die Nichtbeachtung des auch von diesem Lande proklamierten Rechtes der Selbstbestimmung der Völker der Gefahr der Zerreißung ausgesetzt und so richteten sich auch seine Blicke nach dem Vatikan. Die Tiroler Volkspartei wandte sich durch den Wiener Nuntius

an den Papst um seine Vermittlung, auf daß wenigstens die Einheit Deutschtirols erhalten bleibe, und der Vizekanzler Mutschlechner in Brixen trat namens der gesamten Geistlichkeit der Bitte bei. ¹⁾

Die Papstklausel des Londoner Abkommens²⁾

Italien hat die Bedingungen, unter denen es sich bereit erklärte, gegen seine Bundesgenossen Deutschland und Oesterreich in den Krieg einzutreten, in einem Abkommen zusammengefaßt, das nach dem Orte seiner am 26. April 1915 erfolgten Unterzeichnung das Londoner Abkommen genannt wird. Zu diesen in sechzehn Artikeln eingeteilten Bedingungen gehörte als fünfzehnte die seither als Papstklausel bekannte, zu deren Geheimhaltung sich im Artikel 16 die unterzeichneten Mächte verpflichtet hatten. Durch die von der Sowjetregierung vorgenommene Veröffentlichung der Petersburger Geheimarchive gelangte das Abkommen zur Kenntnis der Öffentlichkeit und nachträgliche Feststellungen³⁾ haben einwandfrei bewiesen, daß trotz aller insbesondere von Sonnino, dem Urheber des Abkommens, versuchten Ablehnungen folgender Wortlaut der endgültig richtige ist:

La France, la Grande Bretagne et la Russie appuieront l'opposition que l'Italie formera à toute proposition tendant à introduire un représentant du Saint Siège dans toutes les négociations pour la paix et pour le règlement des questions soulevées par la présente guerre.

Frankreich, Großbritannien und Rußland verpflichten sich, Italien darin zu unterstützen, sich jedem Vorschlage zu widersetzen, der auf die Zulassung eines Vertreters des Hl. Stuhles zu allen Verhandlungen über den Frieden und zur Lösung der durch den gegenwärtigen Krieg aufgeworfenen Fragen hinausläuft.

Es steht fest, daß der Text früher anders gelaute hat und später eine Abänderung erfahren hat, wie denn überhaupt das ganze Abkommen sich noch manche Korrekturen gefallen lassen mußte und durch mehrere Zusätze erweitert wurde. Der vorstehende endgültige Wortlaut setzt einen Einspruch Italiens voraus, wie ja auch Lord Cecil im Namen der britischen Regierung

¹⁾ Ueber die Aussichtslosigkeit dieses Schrittes s. m. Artikel „Tirol und der Papst“ im „Allg. Tiroler Anzeiger“ Nr. 292 vom 31. Dezember 1918.

²⁾ Ausführliches darüber in meiner Schrift: Papst und Vierverband. Aktenstücke zum Artikel 15 des Londoner geheimen Abkommens, Augsburg Haas & Grabherr.

³⁾ Erklärung des Minister-Präsidenten Nitti in der Sitzung der italienischen Kammer vom 28. Dezember 1919; im „Oss. Rom.“ Nr. 129 vom 16. Mai 1919; Veröffentlichung der Agenzia Stefani vom 8. März 1920 im „Secolo“ vom 9. März 1920.

am 14. Februar 1918 im Parlamente erklärt hatte. Dieser Artikel ist „trotz der versuchten Sophistereien zur Abänderung und Abschwächung seiner Bedeutung das, als was er von Anfang an bezeichnet und dann von zuständiger Seite bestätigt wurde, nämlich eine gehässige Beleidigung des Hl. Stuhles, die die italienischen Unterhändler um jeden Preis jenem Abkommen einverleibt wissen wollten.“¹⁾ Man hat italienischerseits²⁾ den Artikel mit dem Interessengegensatz zwischen Papsttum und Italien zu rechtfertigen versucht. Dieser Auffassung trat sofort das Organ des Hl. Stuhles, der „Osservatore Romano“³⁾ entgegen. „Es ist falsch, sagt er, daß die Interessen des Papsttums heute mit denen Italiens sich im Konflikte befinden, es sei denn, man wolle die Interessen Italiens mit den Forderungen der regalistischen Schule verwechseln. Es ist falsch, daß der Papst danach strebe, in die Friedenskonferenz einzutreten und daß es nicht von ihm abgehängt habe, wenn dieses Streben versagte, nachdem seit Beginn des europäischen Krieges der Hl. Stuhl beschlossenen hatte, selbst wenn eingeladen, nicht teilzunehmen, falls der Friede von einer siegenden Gruppe dem Besiegten aufgezwungen werden sollte; der Artikel 15 des Londoner Abkommens ist daher eine Beleidigung, die ihren Zweck vollkommen verfehlt hat.“

Der Zweck der Papstklausel nach dem Willen ihres Urhebers Sonnino ist derselbe, der im Jahre 1899 Italien bestimmte, die Ausschließung des Hl. Stuhles von der Haager Friedenskonferenz zu erzwingen; es ist die Befürchtung der italienischen Regierung, der Papst könnte die Gelegenheit, da durch den Abschluß des Weltkrieges die schwebenden, großen politischen Fragen ihre Lösung erfahren, dazu benützen, um die Verbesserung seiner von ihm selbst als unerträglich bezeichneten⁴⁾ Lage gegenüber Italien mit Erfolg zu fordern, also die Lösung der auch durch das Garantiesetz nicht gelösten römischen Frage herbeiführen.

Ist nun die Papstklausel zur Anwendung gekommen? Ist die Nichtbeiziehung des Vatikans zur Friedenskonferenz, welche ja zur Tatsache geworden ist, durch einen von Italien erhobenen Einspruch auf Grund des Artikels 15 geschehen? Der Beweis kann derzeit nur durch Indizien geführt werden, die jedoch dafür sprechen, daß im Dezember 1918 unter dem Eindrucke des unmittelbar bevorstehenden Besuches des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilsons, im Vatikan Sonnino bemüht war,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 129 vom 16. Mai 1919.

²⁾ s. „Tribuna“ lt. „Constatazioni opportune“ im „Oss. Rom.“ vom 19. März 1919.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 129 vom 16. Mai 1919.

⁴⁾ Rundschreiben vom 1. November 1914 und Ansprache vom 6. Dezember 1915.

vorzubeugen, daß nicht jener dem Papste die Türe zur Friedens-Konferenz öffne.

Jedenfalls wird man bei der Beurteilung der Tätigkeit des Hl. Stuhles, soweit sie irgendwelche mit dem Kriege zusammenhängende Probleme betrifft und der Sachlage gemäß sich auf dem Boden der Politik zu vollziehen gezwungen war, sich stets diesen Artikel 15 des Londoner Abkommens gegenwärtig halten müssen und man wird niemals aus dem Auge lassen dürfen, daß der Hl. Stuhl in vollster Kenntnis der Existenz und Wirksamkeit dieses jedem seiner Schritte im voraus entgegengestellten Hindernisses vieles zu unterlassen gezwungen war, was so manche von ihm erwarteten, die ihn heute ob seiner Unterlassungen tadeln. Dieses Hindernis zwang vielfach zu Wegen, welche dem Papste als Mangel an Entschlossenheit gerade auf das Ziel loszugehen, ausgelegt wurden, es zwang dazu, mitteilbar, d. h. durch einflußreiche Zwischenpersonen zu handeln, die es ihrerseits aber öfters an Fähigkeit oder gutem Willen fehlen ließen. Und wenn wir z. B. bedenken, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, die Ausweisungen aus dem besetzten Gebiete, die von den Besatzungstruppen begangenen Untaten u. a. Bestandteile von „durch den Krieg aufgeworfenen Fragen“ sind, also immer noch dem Wirkungsbereiche jenes Art. 15 angehören, so wird sich wohl manches übereilt ausgesprochene Urteil von selbst berichtigen, dafür aber auch jeder im Gegensatz zu jener gehässigen Maßnahme Italiens erzielte Erfolg des Hl. Stuhles als ein doppelter Erfolg gebucht werden müssen.

Präsident Wilson im Vatikan

Zu Beginn des Jahres 1919 beging der Nestor des nordamerikanischen Episkopates, Kardinal Gibbons von Baltimore, sein 50 jähriges Bischofsjubiläum. Der hohe Rang des Kirchenfürsten, die Wertschätzung des Hl. Stuhles, das selten erreichte Jubelfest und das außerordentliche Ansehen des Jubilars bei seinen Mitbürgern rechtfertigten den außerordentlichen Charakter, welchen der Papst seiner Aufmerksamkeit für dieses Mitglied des Hl. Kollegiums dadurch verlieh, daß er als Ueberbringer seiner Glückwünsche den Stellvertreter seines Staatssekretärs selbst, den Prälaten Msgr. Cerretti wählte, damals Titular-Erzbischof von Korinth und Sekretär für die a. o. kirchlichen Angelegenheiten. Mit dem Erlöschen des Krieges hatte man aber im Vatikan schon die weitere weltpolitische Entwicklung ins Auge gefaßt, hatte allen im vorigen Kapitel erwähnten Schwierigkeiten Rechnung tragend sich ein kleines Ziel gesteckt, das erreichbar schien, nämlich trotz der Unmöglichkeit der Teilnahme an der kommenden Friedenskonferenz auf das zu erwartende Friedensdiktat einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Bei den Unterzeichnern des

Londoner Abkommens verbot sich jede Aktion als zweckwidrig von selbst; um so aussichtsvoller mußte eine solche beim Präsidenten der Vereinigten Staaten scheinen, dessen in den 14 Punkten niedergelegte Grundsätze für den zu schließenden Frieden sich auf den Grundlinien christlicher Friedensauffassung bewegten. Hier allein ließ sich der Hebel ansetzen, was am besten, zuverlässigsten und wirkungsvollsten durch eine persönliche Aussprache mit dem Präsidenten Wilson geschehen konnte; es galt daher, diesen zu einem Besuche im Vatikan zu veranlassen und durch Vorbesprechungen sowohl die künftige Aussprache zwischen dem Präsidenten und dem Oberhaupte der Kirche zu vereinfachen, wie auch alle den Besuch selbst betreffenden Vereinbarungen mit der Gegenseite festzusetzen. Daß vom Vatikan aus eine Verbindung mit Washington bestand, liegt ja außer Zweifel; vielleicht war es die dortige Apostolische Delegatur, obwohl sie nur kirchlichen, nicht diplomatischen Charakters ist. Spricht doch das bereits wiedergegebene Schreiben Kardinal Gasparris an Kardinal von Hartmann vom 6. November 1918¹⁾ davon, daß sich der Hl. Vater „wiederholt an den Leiter eines großen kriegführenden Staates gewandt“ und die Antwort Kardinal Gasparris auf die Bitte des Kölner Komitees der deutschen Katholiken,²⁾ welche die gleiche Versicherung enthält, nennt den Namen des Präsidenten Wilson. „Der Papst hat gegenüber Präsident Wilson die Hoffnung ausgedrückt, daß sein erleuchteter Geist, sein besonnenes Urteil und stark menschliches Empfinden es dem Präsidenten ermöglichen werden, eine beiderseits zufriedenstellende Lösung zu finden.“³⁾

Noch ehe Wilson europäischen Boden betreten hatte, am 9. Dezember 1918 schon meldet ein römisches Blatt⁴⁾ den bevorstehenden Besuch des Präsidenten im Vatikan, eine Meldung, welche nirgends Zweifeln begegnete. Als bald setzten auch französische Bemühungen ein,⁵⁾ den Besuch als „einen unpolitischen Akt internationaler Höflichkeit“ herabzusetzen. Pariser Regierungskreise seien „von Wilsons Absicht wenig erbaut, weil in dem Besuch ein Einbruch in die von der Entente beschlossenen Pläne für einen Diktatfrieden erblickt wird.“

Daß die Wahl im Vatikan auf den Prälaten Cerretti fiel, der damals schon im Rufe einer ganz hervorragenden Kraft der päpstlichen Diplomatie stand, wird unter diesen Umständen nicht mehr wundernehmen. Die Eignung dieses Prälaten erhöhte sich noch dadurch besonders, daß er als ehemaliger Udifore der Washingtoner

¹⁾ abgedruckt S. 5.

²⁾ s. S. 6.

³⁾ Meldung der „Associated Press“ aus Rom, in „Köln. Volksztg.“ vom 14. Oktober 1918.

⁴⁾ „Messaggero“ vom 9. Dezember, 1918.

⁵⁾ Meldung der T. U. vom 12. Dez. 1918.

Delegatur und als apostolischer Delegat in Sydney sich mit angelsächsischer und amerikanischer Denk- und Sprechweise vollkommen vertraut gemacht hatte.

Da bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen hohe Interessen der Kirche auf dem Spiele standen, deren Wahrnehmung nicht zu den geringsten Pflichten ihres Oberhauptes gehört, nahm Msgr. Cerretti noch die besondere Aufgabe mit, Wege weiterer Einflußnahme auf die Teilnehmer der Friedenskonferenz zu bereiten; als solche kamen in erster Linie die Häupter der Kirchen Frankreichs, Belgiens und Englands in Betracht, welche, geschmückt mit dem Purpur, darauf rechnen konnten, wenigstens bei den Regierungen ihres Landes Gehör zu finden.

Für diese Tätigkeit, deren Erfolg z. T. auch durch möglichste Geheimhaltung bedingt war, bot das Jubiläum des greisen Erzbischofs von Baltimore und die Mission Msgr. Cerrettis bei dieser Gelegenheit gute Deckung.

Der Prälat besuchte der Reihe nach die Kardinäle Bourne-London, Mercier-Mecheln und Amette-Paris, ¹⁾ wurde am Abende des 18. Dezember vom Präsidenten Wilson, der am 14. Dezember in der französischen Hauptstadt angekommen war, empfangen und überreichte das Handschreiben des Papstes. ²⁾ Die Unterredung dauerte über eine Stunde und „verlief für beide Teile zufriedenstellend.“ ³⁾ Von einem Vertreter des „Matin“ befragt ⁴⁾ äußerte sich Msgr. Cerretti, „er kenne Wilson, seit er Uditore in Washington gewesen sei, und wäre jener nicht über den Ozean gekommen, so würde er, Cerretti, ihn aufgesucht haben.“ Auf die Frage über die Politik des Vatikans auf der Friedenskonferenz habe der Befragte erwidert: „Die Grundsätze des Völkerbundes, wie sie von Präsident Wilson abgefaßt wurden, besitzen natürlich die restlose Zustimmung des Papstes. Bezüglich der Teilnahme des Hl. Stuhles — sei es an der eigentlichen Friedenskonferenz, sei es an den universellen Konferenzen, welche ihr folgen könnten — besitzt er keine vorgefaßten Ideen. Nur im Falle einer an ihn ergehenden Einladung würde er sich mit solchen befassen. Doch sind dies verfrühte Fragen, die zu lösen ich keinen Auftrag besitze. Ich kann nur sagen, daß meine Aussprache mit Wilson mich vollkommen befriedigt gelassen hat.“

Prälat Cerretti fuhr unmittelbar nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten Wilson nach London weiter, stattete noch dem Primas von Irland, Kardinal Logue in Armagh einen Besuch ab

¹⁾ It. „Stampa“ vom 22. Dezember 1918.

²⁾ s. Schreiben des Papstes an Kardinal von Hartmann vom 10. März 1919 im Kapitel „Der Anwalt der Wehrlosen“ S. 114.

³⁾ Pariser Meldung des „Corriere d'Italia“ vom 21. Dez. 1918.

⁴⁾ s. ebenda vom 25. Dezember 1918.

und schiffte sich am 20. Januar 1919 nach den Vereinigten Staaten ein. Die beiden letzten Besuche betrafen Palästina.¹⁾ Die Katholiken dieses Landes hatten sich an den irischen Kardinal gewandt, um gegen die offenkundige Zurücksetzung durch die britischen Besatzungsbehörden bei der Londoner Regierung Beschwerde zu erheben. Der Stand der irischen Frage, der schroffe Gegensatz zu England, ließ aber natürlich das Oberhaupt der Kirche Irlands in diesem Augenblicke nicht als die geeignete Persönlichkeit erscheinen, welche auf Berücksichtigung seitens der britischen Regierung hätte zählen können; der Vatikan bediente sich dazu richtigerweise des Erzbischofs von Westminster, des Kardinals Bourne, den wir nun sofort über Rom in das Hl. Land abreisen sahen.

Präsident Wilson betrat am 2. Januar 1919 italienischen Boden. Jubelnder, ihn bis Rom begleitender Beifall der Volksmassen bekundete die Stimmung für die von ihm vertretenen Friedensgrundsätze und mag ihn in seinem Gegensatze zum Minister des Äußeren Sonnino nicht wenig bestärkt haben. Seitens der Kirche wurde alles aufgeboten, den Präsidenten von dem starken Rückhalte zu überzeugen, auf den er bei ihr zählen konnte. In Turin, der Hauptstadt Piemonts, sprach unmittelbar nach dem Festmahle der Erzbischof Kardinal Richelmy im Purpur bei ihm vor und begrüßte ihn als „Werkzeug der göttlichen Vorsehung bei Wiederaufrichtung des Friedensreiches unter den Menschen“, den „Segen des Himmels auf ihn, seine Gemahlin und Tochter und auf ganz Amerika herabrufend. In besonderem Maße aber möge Gottes Gunst sich über jenen Kongreß ergießen, an dem Ew. Exzellenz starker, erleuchteter und kluger Sinn so großen Anteil hat“. Den Kardinal und den Bürgermeister von Turin zur Seite trat Wilson an das Fenster, stürmisch von der die Piazza San Carlo füllenden tausendköpfigen Menge begrüßt. Unter dem endlosen Jubel erstarben mehrere Versuche des Präsidenten das Wort zu ergreifen. Endlich gelang es ihm, in einer kleinen Pause ein paar Dankesworte zu sprechen und zu versichern, er hoffe, daß in drei Monaten der Friedensvertrag endgültig unterzeichnet werden könne.²⁾

In Mailand erhielt Kardinal Ferrari beim offiziellen Empfang den Vortritt und versicherte, „er werde seine Söhne auffordern, zu beten, daß auch der Segen Gottes auf den Friedenskongreß herabkomme und die christlichen Ideale des Präsidenten zum Wohle der Menschheit triumphieren.“³⁾

Wilson in Rom. Für den zweiten und letzten Tag seines Aufenthaltes, den 4. Januar ist die Fahrt zum Vatikan bestimmt.

¹⁾ s. später den Abschnitt „Palästina“ und Meldung der „Daily News“ lt. „Stampa“ vom 26. Dez. 1918.

²⁾ s. „Momento“ vom 2. Januar 1919.

³⁾ ebenda vom 6. Januar 1919.

Der Osservatore Romano begrüßt den Präsidenten, „durchdrungen von dem überaus fruchtbaren und tröstlichen Gedanken, daß sein Erscheinen in Rom und sein Besuch beim Papste den Charakter eines kostbaren und überaus wertvollen Zusammenwirkens zwischen zwei Großmächten annimmt.“¹⁾ Nachmittags 2 Uhr fährt Wilson in geschlossenem Kraftwagen von der amerikanischen Botschaft und begleitet von seinem Sekretär, dem General Hart und Admiral Greyson zum Vatikan. Der Empfang vollzog sich nach dem für Staatsoberhäupter üblichen Zeremoniell. Die Aussprache, bei welcher Msgr. O'Hearn, der Rektor der nordamerikanischen Kollegs, als Dolmetscher zugegen war, währte zwanzig Minuten und trug herzlichen Charakter; sie schloß sich mit einem kurzen Besuch beim Kardinal-Staatssekretär.

Ueber den Inhalt der Unterredung wissen wir bis heute nur eines mit Sicherheit: Papst Benedikt XV. hat den Präsidenten u. a. für die Freigabe der Gefangenen zu gewinnen gesucht und dieser erklärte, darüber derselben Auffassung zu sein, wie der Hl. Vater.²⁾ Und wir wissen aus späteren Kundgebungen offiziellen Charakters des Vatikans,³⁾ daß der Papst keinen Versuch unternommen hat, durch Wilsons Vermittlung Zutritt zur Friedenskonferenz zu erhalten, weil die Aussichtslosigkeit zu offenkundig war; ebenso sicher ist, daß die römische Frage nicht Gegenstand der Besprechung war gemäß der bekannten Erklärung des Kardinal-Staatssekretärs, daß der Papst die Lösung nicht von fremden Waffen, sondern vom Siege des Gerechtigkeitssinnes im italienischen Volke erwarte.⁴⁾

Präsident Wilson war der erste Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der mit dem Oberhaupte der katholischen Kirche in persönliche Berührung getreten ist.

Die römische Frage bis zum Tode Papst Benedikts XV.

Die römische Frage ist bekanntlich die bisher unerfüllte Forderung des Papstes nach der zur ungehinderten Ausübung seines Amtes notwendigen Freiheit und Unabhängigkeit von der welt-

¹⁾ vom 5. Januar 1919.

²⁾ s. im Schreiben Papst Benedikts XV. vom 10. März 1919 an Kardinal von Hartmann: „... Etwas später haben Wir sodann bei einer feierlichen Gelegenheit einer hohen Persönlichkeit Unser lebhaftes Verlangen zum Ausdruck gebracht, die Hunderte und Tausende von deutschen Kriegsgefangenen die seit so langer Zeit die Leiden der Gefangenschaft ertragen, zu ihrem heimatlichen Herde zurückgeführt zu sehen, und Wir hatten die Genugtuung, zu erfahren, daß jene Persönlichkeit voll und ganz Unsere liebevollen Wünsche teilte und geneigt war, sie zu unterstützen. . .“ (Abgedruckt in „Köln. Volksztg.“ Nr. 245 vom 28. März 1919.)

³⁾ s. Äußerung des „Oss. Rom.“ auf S. 10.

⁴⁾ Worte Kardinal Gasparris zur Richtigstellung der Unterredung mit Latapie, in „Corriere d'Italia“ vom 28. Juni 1915.

lichen Macht Italien, die ihn im Jahre 1870 mit Gewalt seines Besitztumes beraubt hat.¹⁾ Die italienische Regierung hat seitdem an dem unhaltbaren Standpunkte festgehalten, die römische Frage sei durch das Garantiesgesetz vom 13. Mai 1871 gelöst und jede weitere Erörterung darüber überflüssig. Die Tatsache aber, daß es eben die römische Frage immer noch gibt, ließ sich doch nicht ignorieren und sie wurde auch implicite immer wieder anerkannt. Spricht doch auch aus der Papstklausel die Furcht vor ihr, obwohl die Versicherung des Kardinal-Staatssekretärs, der Papst erwarte die Lösung vom Gerechtigkeitssinne des italienischen Volkes, ihr jede Begründung entzogen hatte. Dennoch glaubte die italienische Regierung unter dem Eindrucke des Besuches Wilsons im Vatikan, von dem es im voraus hieß, es würde hiebei die römische Frage erörtert werden, ein Uebrigcs tun zu müssen, um der „Gefahr“ zu begegnen. Es hieß,²⁾ „in katholischen Kreisen Roms sei allgemein die Rede, daß eine Versöhnung zwischen dem Papste und der italienischen Regierung im Gange sei. Sie solle sich auf genau umschriebene Vereinbarungen stützen, denen die während des Krieges mit dem Garantiesetze gemachten Erfahrungen zugrunde liegen.“ Diese Meldung scheint von der Konsulta selbst zur Einleitung eines kleinen Manövers, das die Hand Sonninos verrät, in die Auslandspresse lanziert worden zu sein. Am Tage des Empfanges Msgr. Cerrettis durch den Präsidenten Wilson bezeichnete das Blatt Sonninos, das „Giornale d'Italia“³⁾ „ein Konkordat zwischen dem Hl. Stuhle und Italien als möglich. Eine der ersten Folgen würde sein, daß der Papst sich nicht länger als Gefangener Italiens betrachte.“ Man versteht, Sonnino will den üblen Eindruck, den die Gefangenschaft des Papstes auf Wilson machen mußte, verwischen; zu gleicher Zeit ungefähr scheint er die Zusatzklausel des Artikels 15 zweiter Fassung (Ausschließung von der Friedenskonferenz auf besonderen Antrag Italiens oder einer der vertragschließenden Mächte) in Anwendung gebracht zu haben, denn wie der Sonnino nahestehende Mitarbeiter der „Perseveranza“ in Rom berichtet⁴⁾ „ist es gewiß, daß kein Vertreter des Hl. Stuhles an der Friedenskonferenz teilnimmt. Die römische Frage werde daher bei den Friedensverhandlungen nicht aufgeworfen. Italien könne dem Vatikan nicht weiter entgegenkommen (als ob es ihm je entgegengekommen wäre! D. V.) als dies bereits durch das Garantiesgesetz geschehen sei, während der Papst seinerseits seinen formellen Einspruch bezüglich der römischen Frage nicht aufgebe und keine

¹⁾ vgl. Bastgen, Prof. Dr. Hub., Die Römische Frage. Dokumente und Stimmen. 3 Bde. Freiburg 1917—19. Herder & Co.

²⁾ Meldung der „Köln. Volksztg.“ Nr. 982 vom 14. Dezember 1918.

³⁾ Depesche der „Schles. Volksztg.“ aus Lugano vom 18. Dez. 1918.

⁴⁾ Meldung der „Köln. Volksztg.“ in Nr. 1011 vom 27. Dez. 1918.

Verständigung mit dem italienischen Staate anstrebe, die ihn anderen katholischen Staaten gegenüber in eine heikle Lage versetzen würde. Ueberdies begannen in Italien die extrem feindlichen Strömungen wieder aufzuleben, welche das Garantiegesez wieder abschaffen möchten." Diese „Strömungen“ waren eine ad hoc auf einige Tage inszenierte Mache, dazu bestimmt, Sonninos Festhalten am Garantiegesez als etwas in Bezug auf den Vatikan sogar Verdienstliches erscheinen zu lassen: es handelte sich um eine kleine Pöbelkundgebung auf dem von regimäßig vorher von Truppen abgesperrten Petersplatz und um ein kleines Handgemenge im Borgo mit der Polizei, wobei man pro forma ein paar Personen verhaftete. Am 27. Dezember machte Sonnino einen Vorstoß gegen die Souveränitätsrechte des Papstes, der aus der Furcht hervorgegangen sein dürfte, die Frucht des Besuches Wilsons im Vatikan könnte die Errichtung einer diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten beim Vatikan sein. Dem „Osservatore Romano“ ¹⁾ zufolge schrieb „gestern“ das „Giornale d'Italia“ unter der Ueberschrift ‚Eine Veränderung der diplomatischen Vertretungen beim Vatikan‘, indem es glauben machen wollte, es handle sich darum

„die gegenwärtig auch beim Hl. Stuhle beglaubigten Gesandtschaften und Botschaften zu unterdrücken und die mögliche Behandlung der religiösen Angelegenheiten den gegenwärtigen diplomatischen Vertretungen beim italienischen Hofe anzuvertrauen“ . . .

„Wir beeilen uns, zu sagen, daß die Tatsache einfach falsch, geradezu ausgeschlossen ist . . . Auch die Erinnerung an die Abreise von Rom, zu der die Gesandten Bayerns und Preußens beim Hl. Stuhle gezwungen waren, als Italien in den Krieg gegen die Mittelmächte eintrat, läßt immer besser die Unmöglichkeit eines einzigen Vertreters bei den beiden in Rom befindlichen Höfen erkennen. . . .“ Unmittelbar vor Wilsons Ankunft in Rom, am 4. Januar 1919 ²⁾ gab der Dekan der italienischen Diplomaten Ehrenbotschafter Greppi die öffentliche Erklärung ab, „er halte eine Annäherung zwischen dem Hl. Stuhle und der italienischen Regierung für sehr gut möglich. Von Benedikt XV. seien noch Ueberraschungen zu gewärtigen; er habe den jetzigen Papst als Uditore der Madrider Nuntiatur kennen gelernt und von ihm den Eindruck eines liberalen Geistes gewonnen, der den Anforderungen der modernen Politik gewachsen sei.“ Wie gnädig!

Am 6. Januar verließ der Präsident Rom, am 7. Februar verlautet ³⁾ „die (noch gar nicht aufgenommenen! D. V.) Verhandlungen seien augenblicklich wieder eingestellt.“ In wesentlichen

¹⁾ vom 29. Dezember 1918 (vordatiert!) lt. „Momento“ aus Rom unterm 28. Dezember 1918.

²⁾ Meldung der „Köln. Volksztg.“ vom 31. Januar 1919.

³⁾ ebenda Nr. 110 vom 8. Februar 1919.

Fragen, wie beim Garantiesetz und den den Vatikan betreffenden Bestimmungen des Londoner Abkommens habe die italienische Regierung nicht nachgegeben. Andererseits habe sich auch Benedikt XV. unerschütterlich gezeigt, habe aber nach langer Unterbrechung die Wiederaufnahme der Besprechungen gestattet. Was die „Verhandlungen“ betrifft, so bestanden sie, ¹⁾ falls daran überhaupt irgend etwas Wahres war, in Besprechungen Nittis, der die Verwendung des Vatikans für einen verwandten Kriegsgefangenen in Anspruch nahm, „mit einer dem Kardinal-Staatssekretär nahestehenden Persönlichkeit“. ²⁾ „Secolo“ zufolge würde sich die italienische Regierung der Ueberlassung des tatsächlichen Besitzes der apostolischen Paläste an den Papst nicht widersetzen (das Garantiesetz gestattet ihm nur die Nutznießung. D. V.) und auch dessen souveränen Charakter anerkennen, sie wünsche aber keine Sanktionierung dieser Lage durch fremde Mächte. Der Hl. Stuhl verlange aber die Anerkennung einer absoluten Souveränität durch den Völkerbund. Die „Epoca“ des Ex-Ministers Orlando ³⁾ erfährt zuguterletzt noch „von einem hohen italienischen Regierungsbeamten“, daß „in den Annäherungsversuchen zwischen dem Vatikan und Italien kein Beschluß vor Beendigung der Friedenskonferenz gefaßt werden würde. Für eine Versöhnung lägen noch keine greifbaren Unterlagen vor“. Damit war die kurze Komödie Sonninos zu Ende, doch fühlte sich der berüchtigte antiklerikale Verein „Giordano Bruno“, ein Ableger der Großloge, welche ja enge Beziehungen zu der Konsulta unterhielt, bemüßigt in seiner Art einen Schlußpunkt unter dieses Kapitel zu setzen; es geschah dies einesteils durch eine öffentliche Versammlung im Teatro Quirino mit der obligaten Hetzrede gegen den Vatikan (Rechtsanwalt Romualdo als Sprecher), anderenteils durch ein im Ausland verbreitetes Flugblatt ⁴⁾ folgenden Inhalts:

Gegen die Verschwörungen des Vatikans! Der Vatikan versucht nach der schimpflichen Niederlage seiner mächtigsten Stützen, des apostolischen Oesterreich und des lutherischen Deutschland, sich auf Kosten Italiens als neue Macht zu erheben und hat schon als Vorspiel zu seiner Wiederherstellung im Stillen dafür gearbeitet. Wir müssen uns gegen einen derartigen Versuch auflehnen. Unser Volk, die gesittete Welt kann nicht die fluchwürdige Haltung des Vatikans während des Krieges vergessen haben — seine hartnäckige Feindseligkeit gegen die Mächte des Vielverbandes — sein Zusammengehen mit den Feinden des italienischen Vaterlandes. Heute nach dem von ihm verwünschten Siege und trotz des Sieges ist es Benedikt XV.,

¹⁾ Meldung der „Köln. Volksztg.“ Nr. 110 vom 8. II. 1919 lt. „Secolo“.

²⁾ Kipa-Meldung der „Schles. Volksztg.“ vom 31. Januar 1919.

³⁾ ebenda vom 1. April 1919.

⁴⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 194 vom 10. März 1919.

der sich wiederum anschickt, den Verkehr mit den Verbündeten zu vergiften, der da flennt über die von den Verbündeten den Mittelmächten vorgeschriebenen Bedingungen, der sich tagaus, tagein bemüht, die römische Frage wieder aufleben zu lassen, immer aber zum Nachteile Italiens. . . . Die diplomatische Schlaueit und die traditionelle Dehnbarkeit der vatikanischen Politik beabsichtigen, sich der neuen Lage anzupassen. Der Papst würde auf der Konferenz nicht mehr irgendeine Einmischung zwecks einer möglichen Lösung der römischen Frage geltend machen. Er würde nur das freundschaftliche Einverständnis Wilsons begehren, um durch einen beiderseitigen Vertrag einen internen Zwist beizulegen, der seit einem halben Jahrhundert zwischen Italien und dem Hl. Stuhle besteht. Der Vatikan versucht nämlich, Italien ein Konkordat anzubieten (!), worin die Kanonisten ein Vorzugsrecht erblicken, das der Hl. Stuhl dem Gegenspieler bewilligt, so etwa wie ein Vertrag gegenseitiger Freundschaft und Einmütigkeit. . . ."

Italien gehörte dem Mächteverband der Sieger im Weltkriege an und wenn jemand geglaubt haben mochte, dieser Umstand würde es zu Großmut stimmen, verkannte er die eingekrustete kirchenpolitische Tradition der seit 1870 vom liberal-demokratischen Geiste beherrschten Konsulta. So rasch konnten die inneren Wirkungen des Weltkrieges auch in Italien nicht durchdringen, um von unten aus etwas Neues obenauf zu bringen, doch kündigte sich dieses Neue auf politischem Gebiete durch den Eintritt der kirchentreuen Katholiken als politische Partei bereits an. Vorläufig aber müssen wir uns mit dem Fernhalten des Papstes von der Lösung aller mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen, erzwungen durch die Papstklausel, abfinden. Dennoch sehen wir um diese Zeit verschiedene Lösungsvorschläge der römischen Frage, z. B. das Korridorprojekt wieder auftauchen. Auch war die oben geschilderte Komödie Sonninos so wenig durchschaut worden, daß, als Nitti an die Spitze der Regierung trat, selbst katholische Blätter ihn wegen der von ihm dort gespielten Rolle als den Mann der guten Beziehungen zum Vatikan begrüßten, der seinen Annäherungswillen bewiesen habe.

Reichlich früh, am 22. Februar 1919 regten die Stadträte Guadagnoli und Scaduto, letzterer sicher Freimaurer, im römischen Gemeinderate an, das 50 jährige Jubiläum der Einnahme Roms besonders festlich, ja geradezu als Weltfeier internationalen Charakters zu begehen. Scaduto forderte, das Jubiläum müsse als Erinnerung an den Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes gefeiert werden. Stadtrat Martire, ein als sehr verwandlungsfähig bekannter Volksparteiler, erklärte namens der katholischen Gruppe seine Zustimmung (!), wenngleich er die Art der Begründung nicht teile. Ihm gelte die Feier als solche der Vollendung der nationalen Einheit innerhalb der Grenzen

der Nation. Im Angesichte der ganzen Welt sei Italien nun endlich frei, einig und stark im Geiste und könne auf das freie und religiöse Amerika mit dem Stolze einer jüngeren und älteren Schwester blicken. Eitel und kleinlich aber sei der Traum jener gewesen, die geglaubt hatten, den religiösen Gedanken durch jene kümmerliche Bresche in einer kleinen Mauer bekämpfen und zerschmettern zu können, denn heute nach mehr als 50 Jahren könne man feststellen, daß er stärker und mächtiger sei als je, daß das Papsttum siegreicher und stärker sei als vorher. — Der Vorschlag fand Annahme.

Die Darstellung jener Vorgänge und die Wiedergabe jener Reden versah der „Osservatore Romano“¹⁾ mit einem scharfen Tadel an Martire. „Zugegeben“, schreibt er, „daß in den letzten 50 Jahren die Pläne jener, welche gehofft hatten, den religiösen Gedanken zu vernichten, enttäuscht wurden, und dieser heute stärker und mächtiger ist, als je, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die dem Hl. Stuhle durch die Ereignisse von 1870 bereite Lage nicht jene ist, welche ihm zusteht, nämlich seiner göttlichen und weltumspannenden Sendung nicht nur wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit zu gewährleisten, sondern auch eine für alle Länder der Erde klar ersichtliche zu sein. Das darf niemand vergessen, der sich rühmt, Katholik zu sein!“

Inzwischen war es zur Gründung der Italienischen Volkspartei gekommen. ²⁾ Blätter aller Parteirichtungen hatten sich mit diesem politischen Ereignisse befaßt und naturgemäß konzentrierte sich das Interesse auf das neue Verhältnis dieser neuen Partei zum Papsttum und zur römischen Frage. So tat auch in der „Tribuna“ ein ungenannter Politiker, der wie seither so viele seiner Nachahmer „die neue katholische Partei“ als konfessionelles Gebilde ansprach und von ihr eine Erklärung über die römische Frage forderte. Hieran anknüpfend ergriff der „Osservatore Romano“³⁾ das Wort, um die römische Frage erneut mit festem Griffe vor die öffentliche Meinung des Landes und der gesamten Welt hinzupflanzen, indem er schrieb:

„Aber wir glauben doch, den Bemerkungen des „Politikers“ wenigstens soweit sie die Katholiken und den Hl. Stuhl berühren können, eine kurze Antwort schuldig zu sein, umsomehr da sie augenscheinlich ein sonninianisches Gepräge aufweisen. Der Politiker befragt zunächst die neue Partei, um zu wissen, ob sie im Falle eines Konfliktes mit dem Vatikan italienisch sein werde oder nicht.“ An eine Partei, sei sie nun neu oder alt, gerichtet könnte eine solche Frage indiskret erscheinen, aber an Katholiken gerichtet — gesetzt den Fall, sie wäre es — ist sie etwas einfältig und müßig, da man wohl wissen muß.

¹⁾ Nr. 54 vom 23. Februar 1919.

²⁾ Das Kapitel „Italien unter Mussolini“.

³⁾ vom 15. März 1919.

daß die Katholiken in jeder Frage zum Vatikan, d. h. zum Hl. Stuhle und zum Papste stehen müssen. Und im vorliegenden Falle nicht nur die Katholiken, sondern alle Liebhaber der Gerechtigkeit, weil die Geschichte lehrt, daß solche Konflikte stets in Uebergreifen der Laienwelt ihren Ursprung hatten. Wenn die Katholiken sich so um den Papst scharen, so hören sie deswegen nicht auf, Italiener zu sein oder als gute Patrioten zu handeln. Etwas anderes behaupten heißt, den Staat und sogar die Regierung zum Götzen erheben, dem alle Bürger nichts als Weihrauch schulden. Der „Politiker“ fährt dann fort: ‚Betrachten wir die Vorgeschichte und die augenblickliche Lage unseres Vaterlandes in seinem Verhältnisse zum Vatikan, so springt es in die Augen, daß die famose römische Frage noch immer, wenn auch latent, existiert, und daß es stets das Trachten des Vatikans ist, die Kirche unabhängig von der italienischen Staatsgewalt zu machen; somit besteht das beständige Streben des Vatikans, die römische Frage zum Schaden Italiens zu lösen.‘ Es bedarf doch wahrhaftig keiner langen Untersuchung, um sich von dem Fortbestand der römischen Frage zu überzeugen; sie besteht und wird bestehen, solange dem Hl. Stuhle nicht die normale Lage geschaffen wird, die er kraft göttlichen Rechtes haben muß und auf die er nicht verzichten kann, ohne Selbstmord zu begehen. Ganz gewiß ist der Vatikan stets darauf bedacht, die Kirche unabhängig von der italienischen Staatsgewalt zu machen und gerade darin besteht die römische Frage. Aus den angeführten Worten des „Politikers“ geht klar hervor, daß er zu jener absolutistischen Schule gehört, die, wie jede andere Gesellschaft auch die Kirche dem Staate unterordnen will, die Kirche, die als vollkommene, internationale und übernationale Gesellschaft vom göttlichen Erlöser gegründet wurde. Er vermag nicht die doch augenscheinliche Sache einzusehen, daß die Unabhängigkeit des Papsttums von jeder Staatsgewalt Lebenselement für die katholische Kirche ist. Wenn diese nicht nur wirkliche, sondern auch sichtbare Freiheit und Unabhängigkeit des Papsttums von jeder Staatsgewalt mit Einwilligung des Hl. Stuhles verloren ginge und die Völker zur Ueberzeugung kämen, daß das Papsttum nunmehr von irgend einer weltlichen Macht abhängig sei, so würde die katholische Kirche damit sich in ebensoviele Nationalkirchen auflösen, d. h. zu bestehen aufhören. Die Regierungen selbst würden (und mit Recht) in ihren Staaten die Einmischung der von einer politischen Macht abhängigen Gewalt nicht zulassen. Das Gesetz vom Mai 1871 verleiht — um ein Wort des hervorragenden englischen Staatsmannes Disraeli anzuführen — dem Hl. Stuhle nicht eine vom italienischen Staate unabhängige Stellung, was übrigens auch vom Politiker implicate zugegeben wird. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es der Zwiespalt zwischen den beiden Gewalten, der die päpstliche Unabhängigkeit verbürgt und verhindert, daß sich bei den Regierungen

und Völkern die Ueberzeugung festsetzt, das Papsttum sei dem Willen Italiens dienstbar geworden und begünstige damit dessen Interessen zum Nachteile der anderen. Es ist daher zwecklos, sich Täuschungen hinzugeben; der Zwiespalt wird dauern, bis die Freiheit und Unabhängigkeit der Sendung des Papstes in der Welt in der wirksamsten Weise garantiert sein wird. Und die Beilegung des Konfliktes oder die Lösung der römischen Frage, die von allen herbeigewünscht wird, die sich in Vaterlandsliebe nicht von staatsabsolutistischen Vorurteilen oder von antiklerikaler Leidenschaft, sondern von einer sachlichen Prüfung der Dinge leiten lassen, würde nicht, wie der „Politiker“ meint, zum Schaden Italiens sein, sondern zu seinem immensen Nutzen, sowohl hinsichtlich der inneren Verhältnisse der Nation, als auch, wenn man den Blick über die Grenzen richtet.“

Der Artikel schließt mit der Feststellung, es sei falsch, daß der Papst danach gestrebt habe, an der Friedenskonferenz teilzunehmen . . . weshalb der Artikel 15 des Londoner Abkommens eine ganz zwecklose Beleidigung des Hl. Stuhles sei.

Geringfügige Tatsachen übergehend verzeichnen wir nur noch ein im August 1919 auftretendes, auf dem Umwege über amerikanische Blätter importiertes Gerücht von Annäherungsversuchen zwischen Quirinal und Vatikan, eines kleinen Wahlmanövers, das den Abmarsch katholischer Wähler ins Lager der Italienischen Volkspartei etwas eindämmen sollte; auch der alljährlich sich wiederholende Besuch des Kardinals Maffi beim Könige von Italien in San Rossore bei Pisa fand seitens der Regierungspresse eine ähnliche Bewertung. Das Wahlergebnis, das der Volkspartei sofort rund hundert Mandate in den Schoß warf, machte diese sogar zur ausschlaggebenden Partei in der Kammer und einfältige Tagesschriftsteller stellten nun sofort einen Antrag der neuen Partei in Aussicht, die Kammer wolle beschließen, die römische Frage zu lösen. Das wäre gleichbedeutend mit der Bildung einer antiklerikalen Mehrheit von mindestens 300 Stimmen gewesen. Uebrigens hatte schon auf dem ersten Parteitage der Volkspartei zu Bologna Markgraf Crispolti, dessen persönliche Beziehungen zu Papst Benedikt XV. feststehen, entschieden davor gewarnt, die römische Frage zu einer Frage der inneren Parteipolitik Italiens herabzudrücken, und er hatte durchblicken lassen, daß der Hl. Stuhl dies unter keinen Umständen wünsche oder zugeben werde.

Existenzsorgen gaben Italiens Politik einstweilen eine andere Richtung, die Italienische Volkspartei trat in die Regierung ein, Nitti, von dem es wiederum hieß, er werde sich dem kirchenpolitischen Problem zuwenden, stürzte endgültig und wurde das Opfer seiner in noch lange nicht ausgereifter zwischenstaatlicher Lage allzu voreilig eingeleiteten Friedenspolitik, als am Pfingstfeste des Jahres 1920 Papst Benedikt mit einem neuen Dokumente

einen Schritt tat, der dazu führen konnte, die römische Frage aus ihrer Erstarrung zu lösen.

Das Rundschreiben über die christliche Völker-versöhnung, das wir hier meinen, beginnt mit den Worten *Pacem Dei mundus* und wird an anderer Stelle seine Würdigung erhalten; hier kommt für uns nur ein bestimmter Abschnitt in Frage, nämlich der folgende:

„Weil aber die Besuche, welche sich die Staats- und Regierungsoberhäupter gegenseitig zur Erledigung von Angelegenheiten größerer Bedeutung zu machen pflegen, nicht wenig dazu beitragen, diese Eintracht unter den Völkern zu erhalten und zu mehren, wären Wir in Erwägung der veränderten Umstände der Zeiten und der gefährlichen Wendung der Dinge behufs Mitwirkung an dieser Verbrüderung der Völker nicht abgeneigt, die Strenge jener Bedingungen einigermaßen zu mildern, die nach Niederwerfung der weltlichen Macht des Hl. Stuhles von Unseren Vorgängern gerechterweise festgesetzt wurden, um zu verhindern, daß katholische Fürsten amtlich nach Rom kommen.

Doch verkünden Wir gleichzeitig feierlich, daß diese Uns ratsam erscheinende oder vielmehr, wie es scheint, von dem Ernste der Zeiten gewollte Nachgiebigkeit keineswegs als ein stillschweigender Verzicht auf heilige Rechte ausgelegt werden darf, gleich als lasse es der Hl. Stuhl bei der anormalen Lage, in der er sich befindet, sein Bewenden haben. Vielmehr erneuern Wir bei dieser Gelegenheit aus den gleichen Gründen die Proteste, welche Unsere Vorgänger mehrmals eingelegt haben, nicht veranlaßt durch menschliche Interessen, sondern durch die Heiligkeit der Pflicht, nämlich um die Würde und die Rechte dieses Hl. Stuhles zu verteidigen, indem Wir neuerdings und mit größerem Nachdruck verlangen, daß, während der Friede unter den Völkern geschlossen wurde, auch für das Oberhaupt der Kirche dieser anormale Zustand aufhöre, der aus mehreren Gründen der Ruhe der Völker schadet.“

Schon im Spätsommer 1919 war in der Presse von der Absicht des Königs der Belgier die Rede, Rom zu besuchen und jetzt erweiterte sich das Gerücht auf den König von Spanien; daß es nicht ganz grundlos war, haben die späteren Ereignisse bewiesen. Zuerst galt es aber, das von den Päpsten aufgerichtete Hindernis zu beseitigen und das war nun geschehen.

Die Presse Italiens, welche zwar nicht die öffentliche Meinung ist, sie aber doch im Zeitalter des Papiers zum größten Teile macht, begrüßte mit einer einzigen Ausnahme ¹⁾ die Erklärung des Papstes, von der „*Corriere d'Italia*“ ²⁾ feststellt, daß sonst „mit

¹⁾ „*Secolo*“ vom 2. Juni 1920.

²⁾ vom 3. Mai 1920.

einmütiger Freude die Blätter sie begrüßt haben. . . . Die Anwesenheit des Oberhauptes der katholischen Religion in Italien ist auch unter dem einfach staatsbürgerlichen und politischen Gesichtspunkte ein solches Element der Größe und des Ansehens, daß, wer immer sein Vaterland liebt, sich wünschen muß, daß diese Anwesenheit mit aller Hingabe und Verehrung bewertet und umgeben werde. . . . Der Wunsch des Papstes darf diesmal nicht unerhört verhallen."

Bei Erneuerung des Protestes bedient sich das Rundschreiben fast der gleichen Worte, mit denen Papst Benedikt XV. in dem ersten Rundschreiben seines Pontifikates den Protest seiner Vorgänger erneuert hatte. ¹⁾ Leider verschaffte der Lärm des Unfriedens, in dem noch die Menschheit insbesondere Europas lag, dem Worte des Statthalters Christi nicht die gebührende Aufmerksamkeit; vergebens wiesen wir auch damals die Katholiken aller Länder auf ihre Pflicht hin, in großen Kundgebungen Italien daran zu erinnern, daß die römische Frage eine internationale Angelegenheit ist, an deren Lösung nicht nur der katholische Erdkreis, sondern, wie der Weltkrieg bewies, auch die ganze Menschheit ein sehr großes Interesse besitze, und daß hier ein hervorragendes Betätigungsfeld für jene „weiße Internationale“ sich biete, an deren Zustandekommen damals die italienische Volkspartei arbeitete, da hier der gemeinsame Boden für alle Nationen von selbst gegeben wäre. Italien hat das Unrecht am Papste begangen, an Italien allein ist es, dies wieder gutzumachen, das mußte ihm von der ganzen Welt energisch zum Bewußtsein gebracht werden. Aber wieder einmal geschah nichts.

Allmählich treten aber doch Anzeichen eines Wandels der öffentlichen Meinung Italiens zutage, das bewies schon die Aufnahme des Rundschreibens durch die Presse. Im sonst antiklerikalen „Resto del Carlino“ ²⁾ schrieb Angelo Crespi, er würde jubeln, wenn er es erleben würde, Zeuge zu sein, wie ein König von Italien von einem Papste in St. Peter gekrönt würde. Nur durch die Kirche vermöge Italien zum dritten Italien zu werden und eine geistige und beherrschende Funktion zum Wohle der ganzen Welt auszuüben. Wenn „die jüngste päpstliche Kundgebung den Auftakt einer vatikanischen Politik bedeuten würde, die nicht so sehr politische Herrschaft zum Ziele hätte (was sie tatsächlich nicht hat! D. V.) sondern vielmehr danach streben

¹⁾ Enzyklika vom 1. Nov. 1914: „Unsere Vorgänger, bestimmt nicht durch irdische Rücksichten, sondern durch die heiligen Pflichten ihres Amtes, haben wiederholt zur Verteidigung der Rechte und der Würde des Apostolischen Stuhles gegen diesen Zustand Verwahrung eingelegt. Durch die gleichen Gründe bewogen, erneuern Wir hiermit diese Verwahrung.“

²⁾ It. „Avvenire d'Italia“ vom 28. Juli 1920.

würde, die Politik der Staaten mit dem Christentume zu durchdringen und was die Päpste verloren haben durch geistigen Einfluß zu gewinnen, so würde ich nicht anstehen, sie als den höchstwahrscheinlich für die politische und moralische Synthese der Welt wichtigsten Akt zu begrüßen, die der Laizismus allein nur zum Unheile zu führen vermag, einem größeren noch als jenem, das in einer Zeit über die antike Welt hereinbrach, als Augustinus sich anschickte, seine Stadt Gottes zu schreiben."

Die fünfzigste Wiederkehr des Jahrtages der Einnahme Roms durch die Piemontesen, der 20. September wurde unter dem Drucke der allgemeinen Notlage und der drohenden Revolutionsgefahr in recht gedämpfter Stimmung begangen. Die freimaurerische Weltfeier des Tages unterblieb, hatte doch der Großmeister der Groß-Loge von New York William Farmer die Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, die Feier würde eine vorbedachte Beleidigung eines großen Teiles von Mitbürgern darstellen, „mit denen uns in vielen Dingen gemeinsame Ziele und gemeinsame Arbeit verbinden." Die liberale Presse hatte ihre Artikel auf die „Befreiung Roms" abgestimmt, der Bürgermeister Senator Apolloni sprach an der Porta Pia-Bresche nur von der „Erlösung Roms" und Viktor Emanuel III. erhob in seiner Erwiderung Rom zum „erhabenen Sitze der nationalen Souveränität", sonst aber fehlte es diesmal an den früher üblichen Phrasen gegen den Papst. Markgraf Filippo Crispolti mußte aber im „Momento" „schwer enttäuscht" zugeben, daß allen Bemühungen der Gegenseite zum Trotz der italienische Staat bis heute an seinem Standpunkte der Ignorierung einer Frage festhält, die eine offene ist und gelöst werden muß.

Die Beschlüsse der 64. Generalversammlung des Katholischen Zentralvereins der Vereinigten Staaten (12.—24. September zu San Antonio in Texas) und des Würzburger Katholikentages (Referent Geheimrat Dr. Porsch), welche die alte Forderung der Lösung der römischen Frage wiederholten, fanden keine Beachtung und blieben wirkungslos. Besuche aber wie der des (protestantischen) dänischen Königspaares im Vatikan (Dezember 1921) trugen wenigstens dazu bei, im Gegensatze zum Standpunkte der amtlichen italienischen Politik ¹⁾ das Prinzip der Anerkennung einer politischen weltlichen Stellung des Vatikans hochzuhalten und zu bestärken.

Inzwischen war aber ein Ereignis herangereift, dessen Bedeutung sich auch dem italienischen Volke und im besonderen denen aufzwingen mußte, welche alle Dinge unter dem Gesichtspunkte des selbstsüchtig-nationalen Interesses und Vorteiles betrachten. Frankreich hatte die sechzehn Jahre vorher abgebrochenen diplo-

¹⁾ La Politica Estera Italiana, Bitonto, 1916, S. 1000/6.

matischen Beziehungen zum Hl. Stuhle wiederaufgenommen und Jonnart am 28. Mai 1921 als französischer Botschafter sein Beglaubigungsschreiben in des Papstes Hand übergeben. Wo blieb Italien? Diese Frage mußte sich jedem Italiener umso mehr auf die Lippen drängen, als Frankreich diesen Schritt in allen Phasen der Rückkehr nach Rom mit den Erfordernissen seines nationalen Interesses begründet hatte. Die Wirkung zeigte sich sofort. Höchst auffallend aber ist, daß gerade das Sprachrohr jener Kreise, die seit fünfzig Jahren gegen Annäherung zwischen Quirinal und Vatikan gewühlt und gekämpft haben, der römische „Messaggero“ ¹⁾ den Anfang machte. Frankreich habe, schrieb er, nach siebzehn Jahren Bruches mit dem Vatikan erkannt, daß es von diesem hochwichtigen Mittelpunkt internationaler Einflüsse nicht länger fern bleiben dürfe. Alle großen und kleinen Nationen hätten heute ihre Vertreter beim Papst, ein Land nur sei abwesend, nämlich Italien, das keine geringeren Interessen als die anderen Mächte beim Vatikan wahrzunehmen habe. Das Problem, welches vor fünfzig Jahren abgeschlossen worden zu sein schien (die römische Frage D. V.) sei in Bewegung geraten und dies in einem Sinne, daß man heute ohne Furcht, das Ansehen des italienischen Staates könnte darunter leiden, darüber reden könnte. „Il Tempo“ ²⁾ ging schon einen Schritt weiter und wies auf die mögliche Verständigungsgrundlage hin. Es sei endlich an der Zeit, daß sich die italienische Politik überzeuge, daß es sich nicht um eine Beschneidung der staatlichen Rechte handle, sondern darum, dem Papst den Gebietsteil zu überlassen, den er benötige. Natürlich wäre die Ernennung eines amtlichen Vertreters Italiens beim Vatikan, etwa nach dem Beispiele des Vorgehens Frankreichs, keine Lösung der römischen Frage; es sind eben die Verhältnisse in beiden Fällen sehr verschieden gelagert. Darauf wies auch eine halbamtliche Note des „Osservatore Romano“ ³⁾ hin. Die „Idea Nazionale“ stimmte sofort jenen beiden Blättern zu, schloß sich der Ansicht des „Corriere d'Italia“ ⁴⁾ an, es empfehle sich für den Fall, daß

¹⁾ vom 29. Mai 1921.

²⁾ vom 2. Juni 1921.

³⁾ vom 5. Juni 1921.

⁴⁾ vom 31. Mai 1921.

wirklich positive Absichten vorliegen oder zutage treten sollten, seitens verantwortlicher Stellen an die Lösung der römischen Frage heranzutreten, diesen allein das Wort zu lassen und nicht die zarten Fäden derartiger Anknüpfungen zu stören.

Wirklich kam diesmal eine Pressedebatte in Fluß, die sich durchwegs auf erfreulicher Höhe und innerhalb der Grenzen strenger Sachlichkeit hielt. „Idea Nazionale“¹⁾ bemerkte fort-fahrend, Italien besitze im „Orient ein Interesse und eine Stellung, welche beide abwehrender Fürsorge bedürftig seien, während es diplomatisch am Sitze der größten geistlichen Macht nicht existiere; nun nachdem Frankreichs Botschafter im Vatikan erschienen ist, ist Italiens Platz doppelt leer.“ Schon am 1. Juni hatte dasselbe Blatt geschrieben, daß „ein Zweifel an den einem herzlichen, aufrichtigen Einvernehmen mit Italien günstigen Gesinnungen des Vatikans nicht gehegt werden kann.“ „Tempo“ vom folgenden Tage zufolge „geben Journalisten, Polemiker und Fachgelehrte der entgegengesetztesten Strömungen nachgerade offen zu, daß, wenn man in blindem Eigensinne die römische Frage als erledigt und begraben ansehe und daran festhalten wolle, daß dadurch Italien anderen Ländern gegenüber sich nicht in einer nachteiligen Lage befinde, dies soviel bedeutet, wie die heikelsten Interessen der Nation . . . in nicht unerheblicher Weise zu gefährden.“ „Haben nicht auch wir Interessen im Vatikan wahrzunehmen?“ fragt am gleichen Tage „Epoca“; „nun denn, weshalb tun dann nicht auch wir einen Schritt, wie ihn sogar Frankreich zu tun nicht gezögert hat?“ „Tribuna“²⁾ aber gab zu, „daß die italienischen Interessen immer größere Aufmerksamkeit und Beachtung hinsichtlich aller Wechselverbindungen der vatikanischen mit der internationalen Politik fordern,“ während „mit wenigen Ausnahmen die verschiedenen, einander ablösenden Regierungen der Rechten sich durch ihre Inkompetenz in Sachen der vatikanischen Politik auszeichneten.“ „Giornale del Popolo“ vom gleichen Tage anerkannte „alle politischen Zweckmäßigkeitsgründe, welche eine Regelung der diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und dem Vatikan ratsam erscheinen lassen,“ ja selbst „Resto del Carlino“ von Bologna³⁾ erinnerte daran, daß schon der dem

¹⁾ vom 31. Mai 1921.

²⁾ vom 4. Juni 1921.

³⁾ vom 7. Juni 1921.

Papste durchaus nicht wohlwollend gesinnte Schriftsteller Quadrotta bezüglich der Lage zwischen Staat und Kirche nach 1870 die Frage aufwarf, ob es nicht an der Zeit wäre, „die Frage neuerdings einer Prüfung zu unterziehen und einen Ausweg zu suchen.“ Das bisherige Fazit dieser Polemik ist also: es gibt eine römische Frage und es liegt im Interesse Italiens, sie zu lösen.

Der „Osservatore Romano“ hatte bisher geschwiegen; als er jedoch sah, daß man bereits anfang, sein Schweigen als „beredt“ zu deuten, bemerkte er, ¹⁾ ohne störend einzugreifen, daß bezüglich Italiens die Dinge so besonders lägen, daß sich ein Einvernehmen auf dem Wege, den Frankreich beschritten habe, nämlich durch Ernennung eines diplomatischen Vertreters, nicht herstellen lasse, ohne daß vorher eine Anzahl von Vorfragen ihre Lösung gefunden haben.

Inzwischen hatte „Tempo“ tagsvorher eingestanden, daß „jene vorherrschende Besorgnis“ von Unversöhnlichkeit, unter der das Garantiegesetz verfaßt und stilisiert worden sei, sich heute nicht mehr begreifen lasse. Nun ²⁾ ging er einen Schritt weiter und sagte, „wenn man die landläufige Banalität wiederhole, daß das Garantiegesetz ein juristisches Meisterwerk sei, bedeute dies soviel, wie sich selbst vom politischen Wettkampf auszusperrten;“ das Garantiegesetz habe „sich nur geschmeichelt, die heute wieder-auflebende Frage zu begraben, welche während des Krieges eine Achillesferse der Nation, eine gewaltige Waffe in den Händen der deutschen und österreichischen Politik gewesen ist.“ Und „Giornale de Popolo“: „Die Frage Kirche und Staat, mit jenem Gesetze lösen zu wollen, heißt soviel wie sie überhaupt nicht lösen. . . . Das Garantiegesetz ist tot geboren, ist tot.“ Laut „Messaggero“ ist es ohne weiteres klar, „daß ein italienisch-vatikanisches Einvernehmen die Revision des Garantiegesetzes zur Voraussetzung haben muß, daß an dessen Stelle ein doppelseitiger Akt treten müsse, bei dem einer der Kontrahenten der Papst ist.“ Damit war man wieder um ein gutes Stück weiter gekommen: das Garantiegesetz ist unzulänglich, hinfällig, ersatzbedürftig.

Aber die römische Frage ist auch eine Gebietsfrage. „Und wäre es auch nur ein Quadratcentimeter, dessen die oberste Autorität des Katholizismus zur Ausübung ihrer Gewalt bedarf,

¹⁾ vom 3. Juni 1921.

²⁾ am 4. Juni 1921.

so ist es nötig, daß dieser Quadratzentimeter ihm nicht von fremder Macht anvertraut wird; die italienische Politik muß sich der Ueberzeugung eröffnen, daß es keine Beschneidung des Rechtes des Staates ist, wenn er dem Papsttume jene Gebietszone überläßt, deren er unbedingt bedarf, um im Angesichte der ganzen gläubigen Welt vor jedem Eingriffe und vor jeder Unterwerfung unter eine besondere Nationalität sicher zu erscheinen.¹⁾ Aber die römische Frage erschöpft sich natürlich auch damit nicht, sie ist ferner eine Frage des Rechtes. „Wenn die Hypothese der Umwandlung in ein Konkordat sich auf die ‚Anerkennung de jure‘ der Souveränität des Hl. Stuhles durch Italien begründen könnte“, schreibt „Messaggero“ vom gleichen Tage, „dann ließe sich vielleicht dieser oder jener Weg gehen.“ Crispolto Crispolti,²⁾ stellt daher fest, „daß die Diskussion bereits sich um eine Souveränität de jure dreht, die durch einen doppelseitigen Vertrag anerkannt werden müsse und sich aus dem wirklichen und souveränen Besitze eines Gebietes ableite, das innerhalb des italienischen Staates als außernational zu erachten wäre.“

Von all diesen Äußerungen ausnahmslos liberaler Blätter gab der „Osservatore Romano“³⁾ eine gedrängte Zusammenstellung, welche journalistischer Dilettantismus zu einer „hochwichtigen Kundgebung des Vatikans“ zur Lösung der römischen Frage machte; dagegen blieb die umso wichtigere Note in der Nr. 145 (18 560) desselben Blattes unbeachtet, welche in ihrem wesentlichen Teile bezüglich der Vorbedingungen der Lösung in Italien bemerkt, daß es sich „in Wirklichkeit darum handelt, zuerst Vorfragen zu lösen, welche bezüglich Frankreichs und Portugals — um nur diese beiden letzten Staaten anzuführen, welche ihre Beziehungen mit dem Hl. Stuhle wiederhergestellt haben — nicht bestanden. Was jedoch die Sache an sich betrifft, so ist es ganz recht, daß die öffentliche Meinung, vor allem aber die Katholiken sich klarstens und genauestens über die abweichende Natur der Lage der einen wie der anderen Seite Rechnung geben; diese Verschiedenheit macht nicht nur jede Prüfung der Einzelheiten, sondern selbst den Hinweis auf die

¹⁾ „Tempo“ vom 4. Juni 1921.

²⁾ in „Vita Italiana“ vom 15. Juni 1921.

³⁾ unter dem Titel „Prendiamo atto“ (Wir nehmen Kenntnis) in Nr. 145 (18 560.)

diesbezüglich zuständigen Gewalten unangebracht, denn weit davon entfernt, am Vorabend konkreter Ereignisse zu stehen, handelt es sich, wie schon andere Male, nur um einfache Hypothesen und den Ausdruck subjektiver Gedankengänge.“¹⁾

Trotzdem griff die Diskussion sogar auf die italienische Kammer über. In der Sitzung vom 23. Juni griff Mussolini das Thema auf und lud die Regierung ein, „die Bedeutung des Ernstes der Stunde, die Größe und die Kraft des Katholizismus zu schätzen, der in Rom sein erhabenes Ausstrahlungszentrum habe.“ Namens der Italienischen Volkspartei sprach Tovini mit jener Zurückhaltung, welche im Hinblick auf die große Gefahr, die sehr heikle Angelegenheit in einer Kammer zu kompromittieren, in der ja immer noch auf der Regierungsbank die Vertreter der alten liberalen Doktrin thronten, begreiflich ist. Er wünschte, daß wenigstens aus der geschichtlichen Erkenntnis der Größe der katholischen Kirche in der Welt die in Wahrheit italienischen Parteien den ehrlichen und bescheidenen Wunsch ableiten müßten, einen Gegensatz beigelegt zu sehen, der für Italien im Innern wie auch nach außen hin eine unberechenbare Schwäche bildet.“ Schließlich sprach noch der Nationalist Rocco ein paar bedeutungslose Worte, welche seinen Mangel an Kenntnis der Frage bewiesen.

Auf den Anlaß der ganzen Erörterungen wies um jene Zeit, nämlich im geheimen Konsistorium vom 13. Juni 1921 der Papst selbst hin. „Was somit,“ sagte er, „angesichts der Widrigkeit der Zeiten noch vor kurzem so überaus schwer zu bewerkstelligen schien (nämlich die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit Frankreich) ist jetzt, Dank der göttlichen Vorsehung, eine vollendete Tatsache, daß, wo nicht eine traurige Sachlage die nötige Freiheit des römischen Papstes behindert, fast alle zivilisierten Staaten der Welt mit dem apostolischen Stuhl diplomatische Beziehungen haben. . .“

Ganz unberührt blieb jedoch die italienische Regierung von dieser Diskussion, dieser Fixierung des Wandels in der Beur-

¹⁾ Trotzdem faselten „Chicago Tribune“ und andere Blätter davon, die geheimen Verhandlungen mit der Regierung seien jetzt fast abgeschlossen; der Papst werde im Herbst bei Ueberführung der Leiche Leo's XIII. diese nach dem Lateran begleiten usw.

teilung der römischen Frage durch die liberale Presse doch nicht, denn sie hat sie für wichtig genug erachtet, um sie in einem amtlichen Weißbuche gesammelt zu veröffentlichen, betitelt „Neue Diskussion zwischen Kirche und Staat in Italien.“

Einzig und allein das Organ Sonninos, des Urhebers der Papstklausel, das „Giornale d'Italia“ hielt noch an dem traditionellen Standpunkt fest, die rechtliche Stellung des Hl. Stuhles sei die bestmögliche, dürfe keine Aenderung erfahren und das Garantiesetz sei ein Dokument hoher Weisheit, doch „besitzt seine abweichende Stimme tatsächlich keine Bedeutung mehr, zumal die politische, freimaurerisch-liberale Partei, deren Exponent das ‚Giornale d'Italia‘ ist, Gott sei Dank im nationalen Gewissen kein fühlbares Echo mehr findet, selbst wenn sie oft und nur unter Ausnützung von Bündnissen und Verbindungen bei den Wahlen sich Einfluß und Siege zuschreibt, die nicht die ihrigen sind“; so der „Osservatore Romano“¹⁾ in seiner Erwiderung. Gleichzeitig legt er nochmals das Wesen der römischen Frage in ihrer rechtlichen Seite dar und fährt dann fort: „Das Recht des Hl. Stuhles ist also intakt und wenn Italien zu jenen Gebietsveränderungen sich bereit finden würde, die der Hl. Stuhl allenfalls für genügend erachten würde, würde es keineswegs auf irgendeinen rechtmäßigen Besitz verzichten, während es dagegen den Besitz des Rechtes legitimieren würde.“

Die um jene Zeit offiziöse „Tribuna“ setzt befriedigt den Schlußpunkt unter die nunmehr beendete Diskussion, befriedigt, weil der Hl. Stuhl in schärfer als je umrissener Weise über das *sum cuique* in der römischen Frage sich ausgesprochen habe. Presseerörterungen sollten nunmehr zurücktreten, weitab von den Spalten der Zeitungen und den Möglichkeiten von Mißverständnissen sollte künftig das Einvernehmen gesucht werden, über dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit nur noch bei den Schriftgelehrten und Pharisäern Zweifel bestehen; doch fahre diese Art Leute, welche das politische Feld noch mit den Ueberbleibseln ihrer sektiererischen Tätigkeit behindern, Jahr um Jahr fort, zum besseren Leben einzugehen. Damit nähere sich die Frage ihrer Lösung.

¹⁾ vom 2. September 1921.

In der Tat, die Herrschaft des Liberalismus lag in den letzten Zügen und mit ihr näherte sich ein Geschichtsabschnitt seinem Ende, der durch seine Feindschaft gegen, wie durch seinen völligen Mangel an Verständnis für die universelle Bedeutung des Papsttumes gekennzeichnet ist. Einige Statisten wie Bonomi, De Facta treten noch auf, dann fällt der Vorhang vor den längst geleerten Bänken.

Benedikt XV., der Heilige Vater war tot. Am Sonntag, den 22. Januar, Schlag 6 Uhr früh, wie er es tags vorher vorausgesagt, verschied der 259.ste Nachfolger Sankt Petri, der vierte Papst der vatikanischen Gefangenschaft und damit der römischen Frage. „Epoca“ schrieb, eine seiner letzten Äußerungen sei gewesen, sein größter Wunsch wäre die Aussöhnung des Hl. Stuhles mit dem Königreiche Italien gewesen; er hoffe, die Erfüllung desselben werde seinem Nachfolger beschieden sein. Ob er diese Worte gesprochen, wir wissen es nicht, aber seiner Gesinnung entsprachen sie und mit ihr hat er den Willen verbunden, von seiner Seite das Mögliche beizutragen.

Am Vorabende seines Heimanges waren unter den zahllosen Erkundigungen einziehenden Personen im Vatikan die italienischen Minister Mauri und Micheli und die Unterstaatssekretäre Longinotti und Anile, sämtliche der Italienischen Volkspartei angehörend, erschienen; nach eingetretenem Tode fand sich auch der derselben Partei angehörende Justizminister Rodinò ein, um sein Beileid auszusprechen. „Es sind Akte der Höflichkeit, aber es wäre absurd, ihnen irgend eine politische Tragweite seitens des Hl. Stuhles beizumessen,“ schrieb der „Osservatore Romano“ ¹⁾ dazu; im übrigen gilt im Vatikan in einem solchen Falle der Grundsatz: Sede vacante nihil innovetur, und dieser Grundsatz wurde auch diesmal eingehalten.

Die Enthüllungen über den englisch-französischen Friedensschritt vom August 1917

In der Sitzung der deutschen Nationalversammlung vom 25. Juli 1919 hat der Reichsminister Erzberger der Oeffentlichkeit die ersten Mitteilungen über einen im August 1917 von der eng-

¹⁾ vom 27. Januar 1922.

lischen Regierung im Einvernehmen mit Frankreich unternommenen Schritt gemacht, der auf dem Wege über den Vatikan und im unmittelbaren Anschlusse an die päpstliche Friedensnote vom 1. August 1917 die Vorbedingungen zur Einleitung von Friedensverhandlungen herstellen wollte. Der Zeitpunkt, da diese Enthüllungen gemacht wurden, rechtfertigt es, jene Vorgänge hier im Rahmen der Nachkriegspolitik der römischen Kurie zu behandeln, denn sie waren es, welche die Entwicklung und den Ausgang des Weltkrieges wesentlich beeinflußt haben, indem sie die Friedensbereitschaft bei den Verbandsmächten zerstörten und dem Schwerte die Entscheidung überantworteten; sie sind es aber auch, welche zeigen, mit welchem Rechte die im Evangelischen Bunde organisierten antirömisch eingestellten protestantischen Kreise von einem Versagen des Papsttums sprechen dürfen. Und da sie heute bereits soweit gehen, Rom, d. h. Papst und katholische Kirche offen als diejenigen zu bezeichnen, welche Kaiser Wilhelm II. gestürzt und das Kaiserreich zerschlagen haben sollen, sind wir gezwungen, manche bisher geübte Rücksicht beiseite zu setzen und den künstlichen Nebel, mit dem man aus greifbaren Gründen diese Tatsachen umgibt, zu zerstreuen.

Papst Benedikt XV. hatte auf diplomatischem Wege seine vom 1. August 1917 datierte Friedensnote allen kriegführenden Mächten zustellen lassen. „Am 21. August 1917 war der britische Gesandte beim Vatikan, Graf De Salis, beauftragt worden, dem Kardinal Gasparri zu erklären, daß, da die britische Regierung nicht Zeit gehabt habe, sich mit ihren Verbündeten zu beraten, sie nicht in der Lage sei, vorauszusehen, welches die Antwort der Verbündeten auf den Friedensvorschlag des Papstes sein würde oder ob irgendeine Antwort formuliert werden würde. Graf De Salis wurde auch beauftragt, beizufügen, daß jedenfalls der britischen Regierung jedweder Versuch des Vatikans, den Frieden zu beschleunigen, nutzlos erscheine, nachdem die Mittelmächte keinerlei Angabe gemacht hätten, um die Zwecke, für die sie den Krieg fortsetzten, klarzulegen.“ ¹⁾

¹⁾ Erklärung des britischen Unterstaatssekretärs Harmsworth lt. „Unità Cattolica“ vom 8./9. August 1919. Dieses Florentiner Blatt war damals vorübergehend als offizielles Organ des Hl. Stuhles gewählt worden, da infolge eines Buchdruckerstreikes der „Osservatore Romano“ nicht erscheinen konnte.

Die Originalmitteilung der britischen Regierung an ihren Vertreter beim Vatikan, zur Bekanntgabe an den Kardinal Staatssekretär bestimmt, sagte:

„ . . . Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele (dem dauernden Frieden. D. V.) näher zu kommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt von der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben diese Mächte anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über die Absicht bekannt gegeben worden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wiedergutzumachen, die sie es hatten erdulden lassen. Sr. Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Oesterreich noch von Deutschland ist jemals eine entsprechende Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint solange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen.“¹⁾

Um keinen Zweifel über den Ernst und Zweck des Schrittes zu belassen, hatte Graf de Salis sogar den weiteren Auftrag ²⁾ die Originaldepesche in der Staatssekretarie zu hinterlegen.

Die Vorbedingungen für die Aufnahme von Friedensbesprechungen waren demnach:

1. eine amtliche Erklärung der Mittelmächte, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit wären;
2. eine offizielle Erklärung, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor neuen Kriegsgreueln bewahrt werden könnte, und
3. eine bestimmte Erklärung der Mittelmächte, Belgiens völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden, die dieses erlitten hat, wiedergutzumachen.

Die Beantwortung dieser drei Fragen wurde also britischer- wie französischerseits als geeignet angesehen, „die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen“ und damit die Voraussetzungen für die Aufnahme von Friedensverhandlungen zu schaffen. Von den beiden politisch wie militärisch führenden Mächten der

¹⁾ Französischer Originaltext ebenfalls in „Unità Cattolica“, Nummer vom 12./13. August 1919, deutsch nach dem vom Ministerpräsidenten Bauer am 28. Juli 1919 in der deutschen Nationalversammlung mitgeteilten Wortlaute.

²⁾ Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Ribot im „Temps“ vom 28. Juli 1919.

Entente war der Schritt unternommen worden; der Vatikan wurde nur mangels der durch den Krieg abgebrochenen diplomatischen Verbindungen als Vermittlung benützt. Somit behielt sich der Kardinal Staatssekretär vor, auf das ihm im Original überlassene Telegramm der britischen Regierung an ihren Gesandten zu antworten, „nachdem er von Deutschland eine formelle Erklärung über Belgien erhalten habe.“

Von dem Schritte des britischen Gesandten gab der Staatssekretär des Papstes dessen diplomatischem Vertreter in Deutschland, dem Nuntius Msgr. Pacelli in München mit folgendem Schreiben Kenntnis: ^{a)}

Prot. N. 40956.

Aus dem Vatikan, am 24. August 1917.

Geehrter Herr! Ich beeile mich, Ihnen beigeschlossen die Abschrift eines mir vom hiesigen Gesandten Englands übergebenen Telegrammes zu übersenden; die französische Regierung tritt den in dem Telegramm selbst ausgesprochenen Erklärungen bei.

Gleichzeitig füge ich für Ew. Hochwohlgeboren die gedruckte, von der englischen Regierung auf die Note Wilsons gegebene Antwort vom 10. Januar 1917 bei, auf die sich der letzte Teil des erwähnten Telegrammes bezieht.

Insbesondere drängt es mich, auf einen Punkt des Telegrammes die Aufmerksamkeit Ew. Hochw. zu lenken und das ist jener, der sich auf Belgien bezieht. Man kann nicht leugnen, daß bis heute eine amtliche und genaue Erklärung der Absichten Deutschlands, die vollständige Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen und die ihm durch den Krieg zugefügten Schäden gutzumachen, fehlt. Die vom deutschen Reichstage selbst gutgeheißene Motion (Friedensresolution) ist für die Regierung nicht verpflichtend.

Ich bitte daher Ew. Hochw., das Möglichste zu tun, um eine solche Erklärung und gleichzeitig eine genaue Angabe zu erhalten, worin die Bürgschaften der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unabhängigkeit bestehen würden, die Deutschland verlangt. Auf diese Weise könnte der Hl. Stuhl in seiner Antwort auf das fragliche Telegramm die englische Regierung wissen lassen, welches wirklich die Absichten Deutschlands über diesen überaus wichtigen Punkt sind.

Es ist überflüssig hinzuzufügen, daß, wenn jene Erklärung befriedigend wäre, ein erheblicher Schritt gemacht wäre, um die Erreichung der Ziele zu erleichtern, die sich der Hl. Stuhl gesetzt hat.

Endlich füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei, daß der englische Gesandte seine Regierung benachrichtigt hat, daß ich auf das erwähnte Telegramm erwidern werde, sobald ich von Ew. Hochw. Antwort erhalten haben werde.

^{a)} s. *Unità Cattolica* vom 11./12. August 1919. Eigene Uebersetzung.

Indem ich Sie bitte, mir das gedruckte Dokument zurückzustellen, bin ich mit dem Ausdrucke vorzüglicher und aufrichtiger Hochachtung
gez. P. Card. Gasparri.

Dem erhaltenen Auftrage, die gewünschte unzweideutige Erklärung über die vollständige Wiederherstellung Belgiens herbeizuführen, entsprach der Nuntius durch folgendes Schreiben ¹⁾ an den Reichskanzler Michaelis:

München, 30. August 1917.

Eure Exzellenz!

Ich habe die Ehre, anliegend Eurer Exzellenz die Abschrift eines Telegrammes zu übermitteln, das von Sr. Exc. dem Herrn Gesandten Sr. Majestät des Königs von England beim Hl. Stuhle Sr. Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde. Die französische Regierung schließt sich den im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welche aufzunehmen die Kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Se. Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen: 1. Eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden, 2. eine ebenso bestimmte Angabe der Bürgschaften für politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit Belgiens, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Se. Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zur weiteren Entwicklung der Verhandlungen gemacht wäre. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine Regierung bereits verständigt, daß der Hl. Stuhl auf die im angegebenen Telegramme enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Ich meinerseits gestatte mir, der festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß Eure Exzellenz, bei deren Eintritt in das überaus hohe Amt unter wohl verheißungsvollem Zusammenreffen der erhabene päpstliche Vorschlag erschienen ist und welcher so günstige Gesinnungen in bezug auf das Friedenswerk gezeigt hat, sich aufs höchste um das Vaterland und die ganze Menschheit verdient machen wird, wenn mit einer versöhnlichen Antwort die gute Einleitung der Friedensverhandlungen gefördert wird.

¹⁾ Text nach der Veröffentlichung des Reichsministers Erzberger in seiner Rede vom 25. Juli 1919, in „Augsb. Postzeitung“ Nr. 331 vom 27. August 1919.

In solcher Erwartung ist es mir angenehm, der Gesinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben und ich habe die Ehre, zu verharren Eurer Exzellenz ergebenster

Eugenio Pacelli

Erzbischof von Sardi, Apostol. Nuntius.

Von ganz besonderem Gewicht ist die aus diesen beiden Schreiben sprechende Tatsache, daß Frankreich, das stets als das Haupthindernis für den Abbruch des Krieges und einen Friedensschluß galt, sich dem britischen Reiche angeschlossen hatte.¹⁾ Wenn Italien nicht einbezogen war, so erklärt sich dies ganz natürlich durch den Art. 15 des Londoner Abkommens, gegen den ja dieser Friedensschritt direkt verstieß; man konnte Sonnino unmöglich die Uebertretung einer von ihm als Bedingung für Italiens Eintritt in den Krieg aufgestellten Forderung zumuten.

Nach Empfang des Schreibens des Nuntius und der Beilage besprach sich der Reichskanzler Michaelis mit dem Staatssekretär des Äußeren Kühlmann und kam mit ihm überein, „daß angesichts des begleitenden Kommentars des Kardinal-Staatssekretärs zwar eine starke Möglichkeit (!) eines ernsthaften englischen Friedensfühlers (!) vorliege, daß jedoch aus dem Texte der Mitteilungen des Foreign Office sich nicht die mit der Uebergabe der gewünschten Erklärungen über Belgien geforderte Sicherheit der Ernsthaftigkeit (!) der englischen Bereitschaft ergebe, um auf einer für Deutschland annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten.“²⁾ Diese Erklärung des Reichskanzlers Michaelis stammt aus der Zeit, da er durch Erzbergers Enthüllungen bereits arg ins Gedränge geraten war und sich den heftigsten Angriffen ausgesetzt sah, sie hat daher nur einen beschränkten Wert; daß sie ein Verlegenheitszeugnis ist, ist ohne weiteres erkennbar. Es ist in der Tat unbegreiflich, worin der Mangel an Ernsthaftigkeit des britisch-französischen Schrittes zu finden sein sollte. Der bri-

¹⁾ vgl. Ribot's politische Erinnerungen, erschienen im Jahre 1924 unter dem Titel „Lettres à un ami, Souvenirs de ma vie politique“. Paris, Bossard. Der 33. Brief behandelt diese Episode und es geht aus ihm hervor, daß Frankreich gegen seine innersten Neigungen und nur deswegen sich an dieser Aktion beteiligte, weil es, andernfalls isoliert, den Krieg als verloren anzusehen gezwungen war.

²⁾ Erklärung des Reichskanzlers Michaelis in der „Vossischen Zeitung“ vom 7. August 1919.

tische Minister des Äußeren, der mit der Führung der außenpolitischen Angelegenheiten des britischen Reiches betraute höchste Beamte des Königs von England tat den Schritt durch den offiziellen britischen Vertreter, den britischen Gesandten, und wählte als Uebermittler eine neutrale, völkerrechtlich als souverän anerkannte Macht; er beauftragte überdies den Gesandten, dem Minister des Äußeren dieser neutralen Macht, des Heiligen Stuhles, nämlich dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri die Originaldepesche des Foreign Office in Händen zu lassen. Welchen größeren Beweis seiner Ernsthaftigkeit hätte er noch geben sollen? Ueberdies kam noch die Erklärung hinzu, daß sich die Regierung der französischen Republik durch ihren Ministerpräsidenten Ribot dem Schritte des britischen Gesandten anschloß! Die äußere Ernsthaftigkeit war demnach absolut zweifelsfrei erwiesen und sie war mit einem so unbeschränkt offiziellen Charakter umgeben, daß daraus allein schon die Wichtigkeit erhellte, welche die beiden führenden Mächte unserer damaligen Feinde ihrem Schritte beigelegt wissen wollten. Oder war denn etwa der Vorschlag nicht ernst gemeint? Das konnte nur auf zweierlei Weise bewiesen werden. Entweder durch irgendeine Handlung oder Äußerung, welche gleichzeitig von der britischen Regierung ausging und den durch den Vatikan unternommenen Schritt in seiner beabsichtigten Wirkung aufhob; eine solche hat aber selbst Michaelis als Angeklagter nicht namhaft machen können. Oder aber, er nahm Großbritannien und Frankreich beim Wort. Der hohe Preis des Friedens war dieses Versuches wert. Die beiden Mächte hatten drei klare, unzweideutige Fragen gestellt, hatten ihre Unterschrift gegeben und nun war es allein an Deutschland, darauf eine ebenso klare, unzweideutige Antwort zu geben; sie konnte gegeben werden, denn sie bedeutete nach keiner Richtung irgendeinen unbedingten Verzicht.

Was tat nun Michaelis? In seiner Erklärung vom 26. Juli 1919 behauptet er, daß er daraufhin sich erst über Englands Ernsthaftigkeit vergewissern wollte und zu diesem Zweck auf dem Umwege über Spanien einen Fühlungsversuch machte.

Das Geheimnis dieser Michaelis'schen Friedensfählerei zur Feststellung von Englands Ernsthaftigkeit ist durch die Veröffentlichung des als „sehr geheim“ und „besonders geheim“ und „nur für den Minister“ bezeichneten Telegrammes des russischen

Geschäftsträgers in London vom 23. September 1917 längst enthüllt. Der Reichskanzler hatte sich einfach durch einen Mittelsmann an den spanischen Botschafter in Berlin gewendet und den Wunsch geäußert, „mit England Friedensverhandlungen zu beginnen.“ Die Verschwiegenheit, welche dieser Weg bot, war so groß, daß es im feindlichen Auslande die Spatzen von den Dächern pfliffen, was vor sich ging.¹⁾ Ueberdies hatte die spanische Regierung die Vermittlung abgelehnt und sich nur dazu hergegeben, „die Erklärung der Bereitwilligkeit Deutschlands vor England nicht zu verheimlichen.“ Die ganze Art, wie Michaelis hier vorging, ließ schon rein äußerlich jene Ernsthaftigkeit vermessen, durch die sich der Schritt der Gegenseite auszeichnete. Und endlich läßt jene Geheimdepesche keinen Zweifel, daß infolge des von Michaelis gewählten Umweges das Wesentliche seiner Friedensfühlerei sich von der Wilhelmstraße bis zum Foreign Office in London verlor. Verdient Michaelis Glauben? Er behauptet in seiner Rechtfertigungserklärung (siehe oben), seine Aktion „führte zu einem durchaus negativen Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß bei der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung wenig Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinal-Staatssekretär und der Apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.“ Wäre Michaelis bei der Wahrheit geblieben, so mußte er zugeben, daß die Antwort Englands, die tatsächlich gegeben wurde, eine Einladung an die deutsche Regierung war, diese möge ihr auf zuverlässige Weise jene Mitteilungen zukommen lassen, welche das Foreign Office mit Recht als Antwort auf die drei von ihm gestellten Fragen erwartete. Und wir werden sehen, daß Michaelis trotz seiner beteuerten Friedensbereitwilligkeit und trotz der Ermächtigung durch Kaiser und Kronrat diese Antwort nicht gegeben hat. Aber nicht genug damit. Michaelis behauptet in seiner aus Saarow vom 26. Juli 1919 datierten Erklärung,²⁾ er

¹⁾ vgl. Meldung der „Agenzia Stefani“ vom 16. September 1917 und des „Secolo“ vom 12. Oktober 1917.

²⁾ s. „Tägliche Rundschau“ vom 25. Juli 1919.

habe „über die weitere Behandlung des (britisch-französischen) Friedensfühlers mit Kühlmann vereinbart, . . . zu sondieren, ob der Wille vorhanden sei . . .“ während der Minister des Aeußeren Müller in der deutschen Nationalversammlung am 28. Juli 1919 bezüglich dieser „Sondierung“ aus den Akten feststellte, daß „dieser Schritt bereits vor dem 5. September 1917, also ehe die Note des Herrn Nuntius in Berlin eintraf, eingeleitet war.“ Somit konnte die von Michaelis eingeleitete Aktion ganz unmöglich in irgendeinem Zusammenhange mit dem Schritte stehen, den der Nuntius als Ueberbringer der drei Vorfragen Englands und Frankreichs getan hat. Hält man sich daneben, was Müller im Zusammenhange damit noch zugab, nämlich daß seitens Michaelis „den Parteiführern die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde, und daß die Antwort Michaelis auf die Note genau das Gegenteil einer deutlichen, präzisen Erklärung sei“, so beginnt dieses Charakterbild ganz bedenklich zu schwanken und es ergibt sich: es ist un w a h r, daß der Zweck der Michaelis'schen Aktion war, die Ernsthaftigkeit des britisch-französischen Friedensfühlers festzustellen, wie ihr Urheber uns nachträglich glauben machen will. Und es ist un w a h r, daß ihr Ergebnis ein Beweis für die mangelnde Friedensgeneigtheit der Gegenseite war, wie er des weiteren behauptet hat.

Wenn Michaelis durch seine Aktion Englands Friedensgeneigtheit feststellen wollte, so erhielt er bereits drei Tage später, am 5. September 1917 den vollen Beweis durch das Schreiben des Nuntius vom 30. August 1917 sowie die Abschrift der Depesche des Ministers des Aeußeren Großbritanniens: beide beseitigten jeden Zweifel. Um nun für seine weitere politische Aktion sich die nötige Bewegungsfreiheit zu sichern, fährt Michaelis fort, „erschien mir eine alle Instanzen bindende Entscheidung des Kaisers erforderlich. Die Entscheidung holte ich in dem am 11. September 1917 im Schlosse Bellevue zu Berlin stattgehabten Kronrat ein.“ Er teilt ferner mit, daß den Ministern und Staatssekretären, wie auch der Obersten Heeresleitung „nur die Tatsache mitgeteilt wurde, daß von neutraler Seite beim Reichskanzler ein Schritt unternommen sei, der auf einen englischen Friedensfühler schließen lasse (!) und daß die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens als Voraussetzung für das Be-

treten dieses Weges bezeichnet werde. Dagegen wurde weder im Kronrat noch in vorher oder nachher stattgehabten Besprechungen eine Mitteilung über den Weg gemacht, auf dem die Angelegenheit an die politische Leitung gelangt war, noch auch über den Weg, auf dem die Angelegenheit weiter verfolgt werde."

Trotz der bereits feststehenden mangelhaften Glaubwürdigkeit des Erklärenden wollen wir einmal annehmen, daß das vorstehend Gesagte den Tatsachen entspreche. Dann ergibt sich vor allem, daß der Reichskanzler den gesamten Kronrat wissentlich falsch unterrichtet, also belogen hat, denn die Ueberreichung der Abschrift der amtlichen Depesche des Außenministers des Königs von England und die Versicherung, daß die französische Regierung ihrem Inhalte beitrete, „ließ" nicht auf einen englischen Friedensfühler „schließen", sondern sie war die mit vollstem offiziellem Charakter umkleidete Bekanntgabe der ganz präzisen Vorfragen, nach deren zustimmender Beantwortung durch Deutschland, Großbritannien und Frankreich in Friedensbesprechungen einzutreten bereit waren. Weshalb hat Michaelis nicht dieses Schriftstück und den Begleitbrief des Vertreters des Vatikans auf den Tisch gelegt? Weshalb die Irreführung des Kronrates? Es gibt meines Erachtens darauf nur eine Antwort: weil er bereits entschlossen war, diese Friedensmöglichkeit zu vereiteln und weil er fürchtete, daß ihm der Kronrat bei Bekanntgabe des wahren Sachverhaltes einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Der ganze weitere Verlauf zeigt auch, daß Michaelis im Gegensatz zu dem ausgesprochenen Willen des Kaisers und der deutschen Volksvertretung ein bestimmtes Ziel verfolgte und erreichte.

Kaiser und Oberste Heeresleitung, der ganze Kronrat faßten demnach ihre Beschlüsse auf Grund einer mit vollem Bewußtsein durch den Reichskanzler Michaelis gänzlich entstellten Sachlage und General Ludendorff hat dies selbst dadurch bestätigt, daß er in seiner Erklärung vom 26. Juli 1919 ¹⁾ beteuerte, „von dem englischen Friedensfühler nichts gewußt zu haben."

¹⁾ s. „B. Z. am Mittag" vom 26. Juli 1919:

„Das Schreiben des Nuntius Pacelli und das Antwortschreiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis sind dem General Ludendorff erst

Jedenfalls kann nicht bestritten werden, daß Michaelis dem Kronrat aus einem ganz bestimmten Grunde, den er bis heute nicht genannt hat, die Wahrheit verschwiegen und entstellt hat.

Des weiteren erhebt sich die Frage: weshalb betont Michaelis in seiner Erklärung mit so außerordentlichem Nachdrucke, daß „weder im Kronrate noch in vorher oder nachher stattgehabten Besprechungen eine Mitteilung über den Weg gemacht wurde, auf dem die Angelegenheit an die politische Leitung gelangt war. . . . ? Diese Selbstbeschuldigung wird nur verständlich, wenn man annimmt, er will gegenüber einer möglichen Beschuldigung anderer, Mitwisser oder Mitverschworene seines verheimlichten Vorhabens zu sein, vorbauen. Sollte er, dessen überraschende Ernennung zum Reichskanzler widerspruchslos nachdrücklichstem Eintreten der Obersten Heeresleitung zugeschrieben wurde, dorthin keinerlei Mitteilungen darüber haben gelangen lassen, daß der Vertreter des Oberhauptes der katholischen Kirche der Ueberbringer eines sehr ernststen Vorschlages zweier feindlicher Mächte, Vorbedingungen zu Friedensbesprechungen herzustellen, sei? Wie erklären sich, um nur eines vorwegzunehmen, jene damals in Szene gesetzten großen Demonstrationsversammlungen, in denen es laut und drohend hinausgerufen wurde: „Wir Deutsche haben keinen eigentlichen Friedensvermittler nötig, . . . Warum sollen wir gerade im Jubeljahre der Reformation eine Friedensvermittlung aus päpstlicher Hand annehmen?.“¹⁾ Diese Begriffsbestimmungen „weder im Kronrat“ „noch in . . . Besprechungen“ umfassen doch

heute früh bekannt geworden. Er hat von diesem Schreiben früher nie etwas gehört. . . . Es fanden eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat vom 11. September. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffs Belgiens erzielt . . . doch lehnte Staatssekretär von Kühlmann „aus unbekannten Gründen“ ab, davon Gebrauch zu machen, um die Öffentlichkeit und die Front mit den hinsichtlich Belgiens erstrebten Zielen vorzubereiten. Am 20. September hat der Oberst von Haefen, der ebenfalls von dem Schritte des Nuntius Pacelli keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Veranlassung des Abg. Konrad Hausmann bat, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte ab. . . . General Ludendorff hat später den Staatssekretär von Kühlmann gefragt, was aus der angeblichen englischen Fühlungnahme geworden wäre. Er erhielt eine ausweichende Antwort.“

¹⁾ Pastor Traub am 29. August 1917 in seiner Hamburger Rede.

noch lange nicht alle Möglichkeiten einer Verständigung der Obersten Heeresleitung oder des einen oder anderen ihrer Organe. Unsere Vermutungen werden nämlich durch eine heute nicht mehr wegzuleugnende Tatsache in diese Richtung gelenkt, von der auf einer großen Protestversammlung der Katholiken Badens gegen die im ganzen Lande vom Evangelischen Bunde betriebene Papsthetze (Beschuldigungen des Papstes wegen mangelnder Neutralität im Kriege zum Schaden Deutschlands) der Konstanzer Münsterpfarrer Msgr. Dr. Gröber zum erstenmal öffentlich Mitteilung machte. „Kennen Sie die Geschichte des päpstlichen Friedensvorschlages vom Sommer 1917?“ lauten seine Worte. ¹⁾ „Frankreich, England, der Kaiser mit Bethmann-Hollweg waren bereit, den Frieden aus der Hand des Papstes anzunehmen. Da kam jene erste Revolution, die Revolution des Großen Generalstabes. In Berlin liegt in einem Geheimekabinett ein Brief des Bruders des Reichskanzlers Michaelis. Darin heißt es, er solle dem Teufel nicht ins Garn gehen. Wir wissen, wer mit dem Teufel gemeint ist. Man konnte keinen päpstlichen Frieden brauchen. Das kam deutlich bei jener Erklärung des Evangelischen Bundes bei der Wittenberger Lutherfeier 1917 zum Ausdruck. Und das, obgleich Tirpitz nicht mehr an einen deutschen Sieg glaubte.“

Damit ist nun eine Seite dieses Kapitels aufgeschlagen, welche wir nicht ohne weiteres übergehen dürfen. Das Jahr 1917 war das große Luther-Jubiläumsjahr. Eine Hochflut von Luther-Festschriften und Festartikeln ergoß sich um jene Zeit über ganz Deutschland und auch über die Kampffront, von denen P. Hartmann Grisar S. J. in seinem Werke „Der deutsche Luther im Weltkriege“ ²⁾ überreiche Proben bietet. Immer wieder richtete sich ihre Spitze gegen den Papst, gegen Rom; die protestantische Kirche müsse wieder die *ecclesia militans* gegen die „schwarze Internationale“ werden. In den „Hammerschlägen von Wittenberg“ wurde des Katholizismus „ewige Blutschuld am Volke Luthers“ in greulichen Farben geschildert und „das Giftschwert Roms und seine Lügengespinnste“ „entlarvt“. Nach Luthers brutaler Gewohnheit wurde auch wieder das Wort der Geheimen Offenbarung vom „großen Babylon“, der „Mutter der Hurerei und

¹⁾ s. „Deutsche Bodensee-Zeitung“ Nr. 46 vom 25. Februar 1925.

²⁾ Verlag von Haas & Grabherr, Augsburg 1924.

aller Greuel auf Erden" auf das Papsttum angewendet. Dazu setzte eine rege Abfallpropaganda ein. Daß sich in dieser Kakophonie der Evangelische Bund besonders schrill hervortat, bräuchte nicht erwähnt zu werden. In diesem Chore nun finden wir den Reichskanzler Michaelis persönlich vertreten, der wenige Wochen vor seiner Ernennung einen Beitrag zu der Schrift „Was uns Luther heute noch ist" geliefert hatte. Als „Kanzlerworte über Luther" hatte man ihn gesondert verbreitet und „nur im Vorbeigehen", bemerkt P. Grisar,¹⁾ „weisen wir hier auf die kühnen kirchlichen Erwartungen und die grotesken Betonungen des deutschen Luthertums, die man an die Ernennung des Lutheraners Michaelis zum Kanzler, sobald sie bekannt wurde, knüpfte." Das war der Mann und dies war die Atmosphäre jener Tage, da die Entscheidung darüber fiel, ob Deutschland auf den Boden der Friedensmöglichkeit treten wollte, welche sich ihm durch die Hand des römischen Papstes anbot. Wie hat nun Michaelis den Erwartungen und Warnungen seiner engeren Gesinnungsgenossen entsprochen?

„Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität Belgiens bereit sei." Der Chef der Admiralität wollte, die flandrische Küste solle in deutscher Hand bleiben, die Heeresleitung war dafür, die Festung Lüttich und Umgebung unter militärischer Kontrolle zu behalten. „Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende einen Frieden sichere". „Der Kaiser ist aber über diesen Beschluß des Kronrates noch hinweggegangen" ergänzte Helfferich am 27. April 1921²⁾ im Reichstage

¹⁾ „Der deutsche Luther im Weltkrieg" S. 33.

²⁾ Helfferich in der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 27. April 1921 (vgl. „Köln. Volksztg." Nr. 317 vom 28. April 1921). „Aus der Unterredung zwischen dem Nuntius Pacelli und dem früheren deutschen Kaiser, über die in der Broschüre des Abg. Scheidemann berichtet wird, geht hervor, daß der Kaiser der festen Ueberzeugung war, daß Wege zum Frieden gesucht werden müßten. Aus eigener Kenntnis kann ich hinzufügen, daß der nach dem Eintreffen des Pacellischen Briefes einberufene Kronrat einstimmig der Ansicht war, daß Belgien kein Friedenshindernis bilden dürfe bis auf die militärischen Einrichtungen, die aus Gründen der

die Aussage Michaelis „und hat dem damaligen Staatssekretär von Kühlmann erklärt: „Jetzt haben Sie freie Hand, sorgen Sie dafür, daß das deutsche Volk bis Weihnachten den Frieden hat.“

Wie hat er dem Auftrage entsprochen? Am Tage nach dem Kronrate, am 12. September 1917 richtete er an Feldmarschall Hindenburg ein Schreiben,¹⁾ welches die unzweideutige Verneinung der von England und Frankreich bezüglich Belgiens gestellten Vorfragen ist, und provoziert damit bewußt eine Denkschrift der Obersten Heeresleitung, deren von General Ludendorff redigierter Teil (vom 14. September 1917) ganz besonders in schroffem Gegensatze zu dem vom Kaiser ausgesprochenen Willen bezüglich Belgiens steht und Michaelis zu einer ablehnenden Haltung drängt.

Wiederholt drängte der Nuntius und erhob Vorstellungen über Vorstellungen, um die Antwort, zu der Michaelis durch den Kaiser ermächtigt war und zu der er sich bezüglich Belgiens vor dem Reichstage verpflichtet hatte, zu erlangen, bis der Kanzler sich endlich am 24. September 1917 zu einer solchen bequeme. Es genügt, daraus den folgenden Abschnitt hierherzustellen:

„Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien . . . zu geben, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit unterschätzte . . . sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein schienen. . . Sie hofft, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Eure Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in Bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können.“²⁾

militärischen Sicherheit getroffen waren. Der Kaiser ist aber über diesen Beschluß des Kronrates noch hinweggegangen und hat dem damaligen Staatssekretär von Kühlmann erklärt: Jetzt haben Sie freie Hand, sorgen Sie dafür, daß das deutsche Volk bis Weihnachten den Frieden hat.“

¹⁾ Verlesen vom Min.-Präs. Bauer in der Nationalversammlung am 28. Juli 1919.

²⁾ abgedruckt in „Köln. Volkszeitung“ 1919 Nr. 580.

Damit war die Entscheidung gefallen. Die Antwort stellt die gewollte Verweigerung einer Antwort auf die drei Fragen Englands und Frankreichs dar, von der diese den Eintritt in Friedensbesprechungen abhängig gemacht hatten. Die Vorwände sind angesichts der selbst von Michaelis zugegebenen „entscheidenden Wichtigkeit“ mehr als ärmlich, zumal auch in der Folge die kaiserliche Regierung, d. h. der Reichskanzler Michaelis es nicht für nötig befunden hat, sich in der gewünschten Weise über die Absichten bezüglich Belgiens künftigen Schicksals zu äußern.

Noch ehe dieses verhängnisvolle Schreiben abging, beantwortete derselbe Michaelis die Friedensnote Papst Benedikts XV. vom 1. August, deren „dilatorische Behandlung“ wahrlich nichts zu wünschen übrig ließ, denn diese Antwort trägt das Datum des 19. September 1917! Ohne Kenntnis der Zusammenhänge betrachtet, erweckt sie den Eindruck größter Bereitwilligkeit, auf des Papstes Vorschläge einzugehen; im Hinblick darauf jedoch, daß um jene Zeit das Schreiben des Nuntius und die Abschrift der Depesche des britischen Außenministers mit den drei Fragen immer noch unbeantwortet vorlagen und fünf Tage später ablehnend beantwortet wurden, kann man in Versicherungen wie „der Papst könne auf die überzeugungsvolle Unterstützung der kaiserlichen Regierung rechnen“, die sich „im Einklange mit den Wünschen Sr. Heiligkeit befinde“, nur eine widerliche Heuchelei erblicken. Aus den Zusammenhängen heraus enthüllt sich der ablehnende Charakter auch dieser scheinbar zustimmenden Note. Trotzdem bot der Vatikan nochmals das Aeußerste auf, um die Friedensmöglichkeit zu retten. Noch am selben Tage, am 19. September 1917 richtete der Nuntius an die deutsche Regierung die „inständige Bitte, ob man nicht doch noch den Text im Sinne der Punkte 3 und 4 abändern könne.“¹⁾ Und noch am nächsten Tage suchte er das Zuschlagen der Verhandlungstüre durch Michaelis zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten, indem er nach Berlin drahtete: „Im Interesse des Friedens wird der Hl. Stuhl die Antwort der kaiserlichen Regierung nicht veröffentlichen, bis Berlin sein letztes Wort gesprochen hat über den Abschnitt 3 und 4 des päpstlichen Vorschlages.“ Diese beiden Abschnitte waren: Verzicht auf Kriegs-

¹⁾ Depesche Nr. 172 der preuß. Gesandtschaft in München vom 20. September 1919.

entschädigungen und Räumung Belgiens nebst Wiederherstellung seiner vollen Unabhängigkeit (gegen Rückgabe der Kolonien!); es sind die von England und Frankreich genannten Vorbedingungen, auf deren Annahme durch die deutsche Regierung man vergeblich wartete. Die Antwort auf den letzten Versuch Roms, das Unglück aufzuhalten, gab am 22. September 1917 (also bevor Michaelis noch durch das letzte Dokument, die Note vom 24. September, die Entente zur Fortführung des Krieges zwang) der preußische Gesandte in München, der dem Nuntius mitteilte, daß „nichts mehr zu ändern sei“, also Michaelis die Antwort auf die drei Fragen Englands und Frankreichs nicht geben wollte. „Dabei blieb es, denn die deutsche Regierung gab keine Erklärung über Belgien ab“, mit diesen Worten hat dann Harmsworth in seiner Antwort an den Abg. Kennedy das negative Ergebnis des Friedensschrittes zusammengefaßt. Das Gleiche tat auch Ribot mit den Worten: „Was man besonders hervorheben muß, ist, daß Deutschland vom Vatikan ersucht worden war, ohne Hinterhalt über seine Absichten hinsichtlich Belgiens sich auszusprechen und daß es sich geweigert hat, dies zu tun.“

Michaelis hat den päpstlichen Vermittlungsversuch zum Scheitern gebracht und seinen bereits am 22. August ausgesprochenen Entschluß durchgeführt, „das Odium des Scheiterns auf die Gegner abzuwälzen und sie ins Unrecht zu setzen. . . . Ich beabsichtige daher, die Angelegenheit (der päpstlichen Friedensnote) dilatorisch zu behandeln.“ Schon aus diesen Worten spricht der eindeutige Wille der Ablehnung eines Friedensversuches, der vom Papste ausging.

Noch einmal hat der vom Evangelischen Bunde jubelnd als Kanzler des Lutherjubiläums begrüßte Michaelis Deckung hinter der Obersten Heeresleitung gesucht, aber nur einen neuen Beweis seiner mala fides geliefert. Er hat seiner Rechtfertigungserklärung am Schlusse eine weitere Erklärung Hindenburgs, Ludendorffs und Helfferichs angehängt und sich damit bestätigen lassen, „daß die obige Darstellung der Ereignisse, die sich unter ihrer Mitwirkung und Kenntnis abgespielt haben, in allen Punkten den tatsächlichen Vorgängen entspricht.“ Wohlgemerkt: der Ereignisse, die sich unter ihrer Mitwirkung und Kenntnis abgespielt haben, nicht aber derjenigen, die er ihnen verschwiegen hat!

Welche Beweggründe bestimmten Michaelis so zu handeln, wie er es getan hat? Sachliche werden von ihm nicht vorgebracht; sie scheiden demnach aus. So bleibt kaum eine andere Lösung übrig, als der starke Druck der öffentlichen Meinung in denjenigen Kreisen Deutschlands, die ebenso rücksichtslos für einen ungeschwächten Siegfrieden, wie gegen den vom Deutschen Reichstag und vom Papste angestrebten Verständigungsfrieden auftraten. Aus denselben Kreisen ist ja wenige Monate später die sehr bezeichnende Broschüre „Papst, Kurie und Weltkrieg“¹⁾ hervorgegangen, die im Tone anscheinender Objektivität so verletzende und ungerechte Beschuldigungen wider die Friedenspolitik Benedikts XV. verbreitet hat²⁾ und, füge ich hinzu, deren Herausgeberin die Vorstandschaft des Evangelischen Bundes ist. Ihrem Vertrauensmanne Michaelis fallen die Hunderttausende neuer Opfer an Menschenleben zur Last, welche die durch die gewollte Zerstörung der Friedensmöglichkeit erzwungene Fortsetzung des Krieges erforderte. Er ist für jenes Kapitel des Weltkrieges verantwortlich, das nun anhub, das uns den 8. November 1918 und schließlich das Friedensdiktat der Feinde brachte. Sie haben jene Entwicklung ausgelöst, welche das Ende des protestantischen Kaisertums in sich schloß, welche zu Spartakismus und Kommunismus führte, aber auch die Fesseln sprengte, mit denen die katholische Kirche Deutschlands in einem Dasein der Verkümmern gehalten wurde. Trotzdem haben Papst und Kurie ihr äußerstes aufgeboten, alles, was Deutschland dann zum Unglücke wurde, fernzuhalten, und was man heute dem „italienischen Oberpriester in Rom“ in die Schuhe zu schieben sich erfrecht.³⁾ Um der Erhaltung des Friedens willen haben Papst und Kurie sich dafür eingesetzt, in Deutschland die bisherige Vorherrschaft Preußens und des Protestantismus zu erhalten; sie stellten das Interesse der Menschheit und Menschlichkeit dem Interesse der Konfession voran.

¹⁾ Meine auf Grund eingehender Beweisführung in der „Augsb. Postzeitung“ Nr. 218 vom 11. Mai 1918 abgegebene Erklärung, die Schrift sei „ein Schandfleck für deutsche Ehrlichkeit und Gründlichkeit“ hat die Vorstandschaft des Evangelischen Bundes, die Herausgeberin, bis heute auf sich sitzen lassen.

²⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 642 vom 18. August 1919.

³⁾ So der Gen.-Skr. des Evang. Bundes Bräunlich am 9. Januar 1924 in Hof.

Die Palästinafrage.

Am 1. Oktober 1915 hatte die Türkei einseitig die sogenannten Kapitulationen aufgehoben und damit Frankreich das bisherige Schutzrecht über die auf ihrem Gebiete wohnenden Katholiken aberkannt. Der Hl. Stuhl erachtete sich jedoch seiner im Vertrage übernommenen Pflichten nicht entbunden, da Frankreich als dritter Kontrahent vom Vertrage nicht zurückgetreten war. Mit dem Abschlusse des Krieges war nun jene Sachlage eingetreten, welche der Kardinal-Staatssekretär Gasparri am 28. Dezember 1917 in seinem Schreiben an Denys Cochin, damals Minister im Kabinett Viviani, vorgesehen hatte. Es heißt dort:¹⁾ „Die Grundlage, auf der das Schutzrecht ruht, verschwindet durch die Gewalt der Kriegsereignisse. Würde die türkische Herrschaft verschwinden oder die Beseitigung der Kapitulationen bestehen bleiben, so würde das Schutzrecht über die Untertanen der anderen Nationen durch die Natur der Dinge selbst zu bestehen aufhören. Gewiß bliebe die vom Hl. Stuhle erteilte Weisung (an die bisherigen Schützlinge D. V.), aber in der Praxis wäre sie ein toter Buchstabe, denn gleich den anderen Nationen verbliebe Frankreich nur das Recht des Schutzes über seine eigenen Untertanen. . . .“

Am 12. Dezember 1917 waren die Engländer in Jerusalem eingezogen. In den Ländern der Entente wurde dies als ein historisches Ereignis ersten Ranges gefeiert und in Rom machte die Nachricht allenthalben einen tiefen Eindruck. Mit einer Kundgebung hatte der Kardinalvikar von Rom am selben Tage die Befreiung der heiligen Stadt von der Herrschaft des Halbmondes begrüßt, was vom religiösen Gesichtspunkte aus begreiflich war. Wie würde sich aber die Kurie, das politische Organ des Papstes dazu stellen? In der Basilika S. Croce in Jerusalem wurde ein feierlicher Dankgottesdienst abgehalten und alle Glocken der ganzen Stadt erklangen eine volle Stunde lang, das Ereignis zu begrüßen. „Alle? Nein! Die Glocken von Sankt Peter allein sind stumm geblieben, haben geschwiegen. Wie erklärt sich

¹⁾ s. den Artikel „La Francia in Oriente“ in „Stampa“ vom 17. Dez. 1917 und meinen eigenen „Der Schutz der Christen in der Türkei“ in „Allg. Rundschau“ Nr. 17 vom 27. April 1918.

das? Die italienischen Katholiken konnten in ihren Kirchen ihren Gefühlen gegen den Türken freien Lauf lassen; befand sich doch ihr Land Italien gegen ihn im Kriege. Der Hl. Stuhl aber war es sich selbst schuldig, auch unter diesen Umständen seine Neutralität zu bewahren, was ihm die Beschuldigung bei den Katholiken der Vielverbandsländer eintrug, er habe den 'Sinn für Christentum' verloren."¹⁾

Charles Loiseau, der inoffizielle diplomatische Vertreter Frankreichs beim Hl. Stuhle vor der Wiederherstellung der Botschaft, gibt in seinem Buche „Politique Romaine et Sentiments Français“ ²⁾ eine Unterredung mit Kardinal Gasparri aus jenen Tagen wieder, aus der die Stellungnahme des Vatikans klar gefaßt spricht.

„Kardinal Gasparri,“ schreibt er, „begann damit, an mich die Frage zu richten, ob ich dessen ganz sicher sei, daß die Kriegsziele der Verbündeten irgendwie in Beziehung zu denen Gottfried von Bouillons stehen, und ob die Kriegsoperationen gegen Jerusalem die Fortführung der Kreuzzüge bezweckten. Ich empfand die ganze Schwierigkeit, darauf bejahend zu antworten, umsomehr als die strategischen Begleitworte zu dem Ereignisse jedweder geschichtlichen oder religiösen Bezugnahme entbehrten. „Sie sehen also, wie unangebracht es ist, den Dingen eine solche Färbung zu geben,“ versetzte der Kardinal.

„Immerhin, Eminenz, der Türke . . .“ erwiderte ich.

„Nun ja, gewiß, der Türke . . . Man wird uns ohne Zweifel zugeben, daß er eine alte Bekanntschaft unseres Hauses ist. Aber dieselben, welche uns vorwerfen, daß wir die Glocken von St. Peter nicht haben läuten lassen, sind die allerersten, welche von uns verlangen, wir sollen uns für sie bei ihm verwenden. Kein Tag vergeht, ohne daß man uns ersucht, sei es seitens deren Staatsangehörigen, zugunsten eines Gefangenen oder eines als Geisel zurückbehaltenen einzugreifen, die Umwandlung einer Strafe zu erwirken, die Mitglieder irgendeiner kompromittierten Kommission zu retten, uns im Namen der katholischen Interessen einer Wegnahme oder materiellen Zerstörung zu widersetzen. Man räumt ja unserem Apostolischen Delegaten Msgr. Dolci ein

¹⁾ s. Vercesi, E., *Il Vaticano, l'Italia la Guerra* (Mondadori-Mailand) S. 222 ff.

²⁾ Perrin-Paris.

wenig Kredit ein und wir suchen in der Tat, ihn uns zu erhalten. Glauben Sie, daß das beste Mittel dazu darin besteht, mit einem offiziellen Freudenausbruche eine türkische Niederlage zu begrüßen, wir, die wir uns zum Grundsatz gemacht haben, 'über dem Konflikt' zu stehen, und nun von diesem Grundsatz, an den wir uns bisher strenge gehalten haben, unter dem Vorwande abzugehen, daß ein ständiger Kriegszustand zwischen der Christenheit und den Türken bestehe?

„Uns, die wir Tag für Tag unsere Messe lesen und jeden Tag unser Brevier beten, hier, in diesem Hause, wo die Archive der christlichen Welt aufgespeichert sind, zu unterstellen, wir hätten den tiefen Sinn eines Geschehnisses verkannt, das die Ungläubigen vom Grabe Christi entfernt, ist einfach kindisch. Aber blicken wir einmal ein wenig in die Zukunft und fragen wir uns, was sich geändert haben wird. Das, hoffe ich, daß die heiligen Stätten, wenn sie einmal unter europäischen, d. h. unter geordneten und sicheren Schutz gestellt sind, aufhören werden, das beklagenswerte Schauspiel fortgesetzter Reibereien unter Christen zu bieten. Und auch das, daß Rußland, dessen Politik viel dazu beigetragen hat, Stoff zu diesen Reibereien zu liefern, nicht mehr so viel in Palästina zu sagen haben wird, nachdem es dessen Eroberung anderen überlassen hat. Aber voreiligerweise eine Expedition in einen Triumph der katholischen Kirche umzuwandeln, welche diesen Zweck gar nicht hatte, ist etwas anderes. Und übrigens, sehen Sie nicht schon die Propaganda der Methodisten, welche sich in Kleinasien einnisten? Und dazu noch die 'nationale Heimstätte', welche Balfour den Israeliten versprochen hat; das soll wohl für uns Anlaß zu großer Freude sein? Es ist schwer, einen Teil jenes Bruchstückes unseres Herzens, so winzig er auch sei, der dem Türken gehörte, diesem zu entziehen und ihn dem Zionismus zu schenken.“

Kardinal Gasparri hat klar und richtig gesehen. Rußlands Stelle wird jetzt von England eingenommen, das sich schon heute als Beschützer der Orthodoxen gegen die Katholiken aufspielt, um sich dort eine Stellung zu schaffen, die es bisher nicht besaß. Wie das kam, sei nun hier dargelegt.

Wie eilig es die Briten mit der Wiederherstellung des status quo ante hatten, zeigte sich schon darin, daß ein volles Jahr, bis zum November 1918, dem lateinischen Patriarchen Monsignore

Camassei die Rückkehr in das Patriarchat nicht gestattet wurde. Man fühlte sich als unumschränkter Herr und trachtete von Anfang an, jede Konkurrenz niederzuhalten, selbst die des französischen Bundesgenossen. Durch das frühere Protektorat sowie ein gewiß anerkennenswertes Streben, an der Erhaltung des christlichen Einflusses in Palästina mitzuwirken, war dort eine erhebliche Zahl von Anstalten französischer Orden und Kongregationen erstanden, welche nach Kriegsausbruch natürlich von ihren Eigentümern verlassen und von den türkischen Behörden geschlossen wurden. Die Eroberung Palästinas hatte die Hoffnung auf Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes erweckt, aber noch im April 1919 berichtete ein in der „Croix“¹⁾ abgedruckter Brief, daß „schon bei der Ausschiffung in Port Said und bei Ueberschreitung der ägyptischen Grenze die zurückkehrenden französischen Religiösen seitens der englischen Behörden den größten Schwierigkeiten begegnen. Am Ziele angelangt finden sie zumeist ihre Häuser als ‚feindliches Eigentum‘ beschlagnahmt; sie müssen Beschädigungen und Plünderungen feststellen, welche nicht von den Türken, sondern von den verbündeten Truppen herrühren. Nahezu alle Niederlassungen weisen solche Beschädigungen auf, auch in Kaiffa, Jaffa, Bethlehem und Nazareth. Die Vinzenzschwestern in Kaiffa wurden mit ihren Waisen von der britischen Militärbehörde auf die Straße gesetzt und ihr Gebäude beschlagnahmt, den christlichen Schulbrüdern der Zutritt in ihre leerstehenden Gebäude verweigert. Die aus Frankreich zurückkehrenden Karmelitinnen von Jerusalem wurden gleichfalls aus ihrem Hause gewiesen und solche Fälle ließen sich noch zahlreich anführen. Das Einvernehmen zwischen dem englischen und französischen Gouverneur, sowie mit den anderen Vertretern läßt viel zu wünschen übrig. England bevorzugt in jeder Weise die Juden, daher große Erbitterung unter der einheimischen nicht-jüdischen Bevölkerung. Hebräisch ist die bevorzugte Amtssprache.“ Den vollen Umfang der Sachlage verschwieg man, aber wie alarmierend er in Rom wirkte, bewies die Sendung Msgr. Cerrettis²⁾. Die dadurch bewirkte sofortige Abreise des Kardinals Bourne von Westminster über Rom nach Palästina diente der

¹⁾ wiedergegeben im „Momento“ vom 11. April 1919.

²⁾ s. S. 14.

wirksamen Wahrnehmung der katholisch-kirchlichen Interessen gegenüber den britischen Oberbehörden, denn sowohl dem Range wie der hohen Stellung und unbezweifelbar national gesinnten Persönlichkeit des Kirchenfürsten mußte man nolens volens Rechnung tragen. Nachdem sich der Kardinal durch Augenschein vom Stande der Dinge überzeugt, reiste er über Konstantinopel, Saloniki, Belgrad, Laibach, Zagreb, Diakovar über Triest wieder nach Rom, wo indessen ein neues Ereignis die Aufmerksamkeit auf das Orientproblem lenkte. Auch war eine Verfügung der Kongregation der Propaganda und jener für orientalische Angelegenheiten¹⁾ erschienen, welche die Einreise von Ordensleuten von einer besonderen Erlaubnis des heiligen Stuhles abhängig machte, damit bis zur Ordnung der kirchlichen Besitzfragen im Verhandlungswege mit England Zwischenfälle unliebsamer Art und damit die Mehrung der Schwierigkeiten hintangehalten blieben. Um jene Zeit hatte bereits die englisch-protestantische Propaganda sich mit außerordentlich reichen Geldmitteln auf Palästina und besonders Jerusalem geworfen.

Was bezweckte der Besuch des Kardinals in Konstantinopel? Die bereits in der Denkschrift Tereschtschenkos vom 19. Februar und 4. März 1917 als möglich vorgesehene Verdrängung der Türkei aus Europa war zur Tatsache geworden, gleichzeitig aber auch der Besitz der Stadt am goldenen Horn als russisches Kriegsziel fortgefallen, denn jenes Rußland hatte zu bestehen aufgehört. Damit war auch der Plan gefallen, die Hagia Sophia, die Sophienkirche, zum Mittelpunkt des russisch-schismatischen Gegen-Rom zu machen, und der Vatikan, mit allen Möglichkeiten rechnend, schickte sich an, seine historischen Ansprüche geltend zu machen.²⁾ Für den 26. Februar war in London bereits eine große Kundgebung zugunsten der Umwandlung der Sophienkirche in eine christliche Kirche angesagt, aber von der Regierung mit Rücksicht auf die mohammedanischen Untertanen Englands verboten worden.³⁾ In einer einem Vertreter des „Petit Parisien“ gewährten Unterredung⁴⁾ bemerkte auch Kardinal Gasparri, „was die Hagia Sophia betreffe, so werde der Heilige Stuhl, falls in

¹⁾ s. Acta A. S. annus X. vol. X. (1918) S. 508.

²⁾ s. „Daily Telegraph“ bzw. „Stampa“ vom 21. Febr. 1919.

³⁾ s. „Stampa“ vom 25. Febr. 1919.

⁴⁾ ebenda vom 8. April 1919.

dem künftigen Schicksale Konstantinopels ein Wechsel eintreten sollte, tatkräftig die Basilika für den, wohlverstanden, katholisch-orientalischen Kult, nicht für den lateinischen beanspruchen". Die Kurie hat damals der französischen Regierung, die ja dort noch das Katholikenschutzrecht ausübte, „angeraten, für den Fall, daß die verbündeten Heere die Stadt besetzen, die Sophienkirche wieder zurückzufordern."¹⁾

Das Erscheinen des englischen Kardinals in Palästina hatte in französischen Kreisen große Aufregung verursacht; man befürchtete, der Vatikan würde, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sich jetzt mehr auf die englischen Katholiken stützen, und die Regierung, um ihren Einfluß besorgt, bediente sich des Pariser Kardinals Amette, um in Rom Vorstellungen zu erheben und für den Vertreter Frankreichs in Jerusalem von neuem die mit dem Protektorate verfallenen liturgischen Ehren zu erbitten.²⁾ Doch mußte der Kardinal zuvor noch die als amtliche Note charakterisierte Konsistorial-Allokution im Auftrage des Vatikans der französischen Regierung überreichen. Ueber den Zweck der Romfahrt befragt, äußerte ein Begleiter S. Eminenz:³⁾ „... falls er die Orientfrage wäre, würde S. Eminenz nicht verfehlt haben, an die Verdienste zu erinnern, welche Frankreich seit so langer Zeit durch seine Missionäre dem Heiligen Stuhle erwiesen hat, an den Schutz, den es stets gegenüber allen christlichen Nationen, die sich verfolgt sahen, ausgeübt hat. Und er wird den Wunsch ausgedrückt haben, der Heilige Stuhl möge Frankreich gestatten, in seiner edlen Mission fortzufahren." (Dem widersprach England als Mandatarmacht und die Wiederverleihung dieser Rechte unterblieb.⁴⁾

Das seit Dezember vergebens erwartete Geheim-Konsistorium kam endlich überraschend am 10. März 1919; sein Zeitpunkt war durch die Verhandlungen der Friedenskonferenz über das Schicksal des Heiligen Landes bestimmt. Der besonders von England und den Vereinigten Staaten wärmstens vertretene Plan eines jüdisch-palästinensischen Nationalstaates veranlaßte Papst Benedikt XV.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 24 (19,658) vom 30. Jan. 1925.

²⁾ ebenda Nr. 26 (19,660) vom 1. Febr. 1925 und die Havas-Meldung vom 18. März 1919.

³⁾ s. „Momento“ vom 16. März 1919.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 25 (19,660) vom 1. Februar 1925.

im Namen der Christenheit seine Stimme zu erheben und deren Forderungen und Rechte der Pariser Konferenz gebührend in Erinnerung zu bringen.

Englands Lage war eine sehr peinliche. Ihm sollte Palästina zufallen, es wollte es nicht mit dem Heiligen Stuhle verderben, hatte aber gegenüber den Zionisten im Namen der Verbündeten sich durch ein Versprechen festgelegt, das die Gegenleistung für finanzielle Unterstützung seitens des amerikanisch-jüdischen Großkapitals zur Fortführung des Krieges im Jahre 1917 darstellte. Lord Balfour hatte den Zionisten offiziell die Erklärung abgegeben, die Verbündeten hätten zugestimmt, daß Palästina eine Heimstätte der jüdischen Nation unter jüdischer Regierung werde.¹⁾

Die Allokution des Papstes war ausschließlich dem christlichen Orientprobleme gewidmet und ihr auf Palästina bezüglicher Teil besagte²⁾ :

„Was Uns aber in ganz besonderer Weise Sorge bereitet, das ist das Los der heiligen Stätten, und zwar wegen ihrer besonderen Würde und Wichtigkeit, weswegen sie von jedem Christen so sehr verehrt sind. Und wer vermöchte all die von Unseren Vorgängen unternommenen Anstrengungen zu nennen, die heldenmütigen Unternehmungen und das von den Christen des Abendlandes vergossene Blut, um sie der Herrschaft der Ungläubigen zu entreißen? Und da, als unter dem Jubel der Gutgesinnten sie endlich in die Hände der Christen zurückgekehrt sind, hegen Wir die lebhafteste Besorgnis um das, was bezüglich ihrer in kurzem in Paris der Friedenskongreß entscheiden wird: denn es wäre gewiß ein großer Schmerz für Uns und für alle Christgläubigen, wenn die Nichtgläubigen sich in Palästina sich in einer Stellung der Bevorzugung und des Uebergewichtes befänden, umsomehr, wenn die heiligsten Heiligtümer der christlichen Religion Nichtchristen anvertraut würden.

Auch wissen Wir, daß nichtkatholische Ausländer, aufs reichlichste mit Mitteln ausgestattet, das große Elend und die vom Kriege in Palästina angehäuften Trümmer ausnützen und dort ihre Irrtümer verbreiten. Es ist wahrhaftig beängstigend, zu

¹⁾ Die Zionisten legten sich das Wort „Heimstätte der jüdischen Nation unter jüdischer Regierung“ als „jüdischen Nationalstaat“ aus und handelten demgemäß.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 70 vom 11. März 1919.

denken, daß gerade dort so viele Seelen ihren Glauben verlierend der Verdammnis zueilen, wo Jesus Christus, unser Herr, ihnen um den Preis seines Blutes das ewige Leben erwarb! Von Allem entblößt, strecken jene Bedauernswerten ihre Arme nach Uns aus, bitten nicht nur um Lebensmittel und Kleidung, sondern auch um die Wiedereröffnung ihrer Schulen, die Wiederherstellung der Missionen. Zu diesem Zweck haben Wir, was Uns betrifft, bereits eine gewisse Summe bestimmt und gerne würden Wir noch viel mehr geben, wenn Uns nicht die eigene Dürftigkeit daran hinderte, in der sich der Heilige Stuhl befindet. Es ist jedoch Unsere Absicht, alle Bischöfe des katholischen Erdkreises zu interessieren, damit sie sich eine so edle und heilige Sache angelegen sein lassen und bei allen Gläubigen jenen Sinn werktätiger Nächstenliebe erwecken, den die Vorfahren stets gegenüber den Brüdern des Orients nährten. . ."

Ueber die traurige Lage der Lybanesen, für welche der Papst 100 000 Lire gespendet hatte, berichtete im „Osservatore Romano“ ¹⁾ der maronitische Priester Awald A. Mansur Einzelheiten. Bezüglich der Armenier wissen wir ²⁾ daß auf Veranlassung des Papstes die armenischen Waisen aus den türkischen bzw. mohammedanischen Waisenhäusern entlassen wurden und zu ihrer Aufnahme in Konstantinopel das „Waisenhaus Benedikt XV.“ erbaut wurde. ³⁾

Am 19. März 1919 empfing der Papst eine Gruppe von 200 Orientalen, Prokuratoren orientalischer Bischöfe, die Oberen der Orientalischen geistlichen Anstalten Roms mit ihren Alumnen, und gleichzeitig erging ein päpstliches Sendschreiben an den katholischen Episkopat, das sich enge an die Konsistorial-Ansprache lehnt und die Not des heiligen Landes behandelt.

Die Ernennung des englischen Dominikaners P. Couturier zum apostolischen Visitator für Aegypten, welche zeigt, daß sich der Hl. Stuhl aus sehr verständlichen Gründen in englischen Schutzgebieten mehr auf das englische katholische Element zu stützen für gut fand, erweckte sofort die italienische Eifersucht; man erwartete als selbstverständlich, daß ein italienischer Papst sich in einseitiger Weise zum Förderer italienisch-nationaler Interessen zu machen habe und Erklärungen des P. Diotallevi,

¹⁾ vom 24. März 1919.

²⁾ ebenda vom 4. Januar 1919.

³⁾ Einzelheiten über die Armenien-Hilfe des Papstes ebendort sowie im „Oss. Rom.“ Nr. 32, 1919.

des Custos des Hl. Landes beseitigten leider eine bessere Meinung. Ja, der italienische Franziskanerbischof Msgr. Briante von Alexandrien reichte seine Demission ein und reiste, ohne deren Annahme abzuwarten, nach Italien zurück. Dies zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Politik des Hl. Stuhles vielfach zu kämpfen hat.

Zur Peruhigung der italienischen Gemüter und zu erneuter Betonung der katholischen Interessen im näheren Orient bot jedoch bald das 700-jährige Jubiläum der Franziskanerkustodie im Hl. Lande eine gute Gelegenheit. Der Papst entsandte, ausgestattet mit der Eigenschaft eines päpstlichen Legaten, den Protektor des Franziskanerordens Kardinal Giustini nach Palästina und der Sekretär der Kustodie in Rom hatte hiefür mit dem italienischen Marine-Ministerium (!) alle Vereinbarungen getroffen. Im September 1919 stach der Kreuzer „Quarto“ mit dem Legaten an Bord vom Kriegshafen Tarent aus in See; er führte die Flagge der königlichen Prinzen — entsprechend dem völkerrechtlichen Range des Kardinals — alle Kriegsschiffe erwiesen militärische Ehren, beim Festmahle in Jerusalem entbot der italienische Konsul im Namen des Hl. Landes (!) dem Kardinal den Willkommensgruß und auf seinen Fahrten begleitete ihn stets eine italienische Ehrenwache zu Pferd. Der Legat besuchte in zweimonatlichem Aufenthalte alle Missionsstationen, legte den Grundstein zur Verklärung Christi-Basilika auf dem Tabor und vollzog in Kairo die Enthüllung eines öffentlichen Denkmals zu Ehren des hl. Franz von Assisi.

Die Art, wie inzwischen die Pariser Friedenskonferenz willkürlich die Welt unter einige Mächte aufteilte, ohne nach geschichtlichen Rechten zu fragen, begann nun doch das schlafende katholische Gewissen der Völker Europas ein wenig aufzurütteln und so reifte der Plan, im Oktober 1919 nach Einsiedeln in der Schweiz einen Internationalen Palästinakongreß einzuberufen; die Mentalität französischer kirchlicher Kreise vermochte sich aber noch nicht zu katholischer Höhe zu erheben und als sie es durchsetzte, daß Vertreter aus dem Gebiete der Mittelmächte nicht zugelassen wurden, verbot Rom die Abhaltung.

Kardinal Giustini starb am 17. März 1920, am Tage, da Kardinal Dubois von Rouen von seiner Orientreise in Rom eintraf, nachdem er zuerst in Paris war, „um in offiziellem Besuche Rechenschaft

über seine Mission abzulegen.“¹⁾ Es besteht kein Zweifel, daß er, um die Wirkungen der Besuche des englischen und italienischen Kardinals abzuschwächen, als Werkzeug der französischen Politik, nicht des Vatikans, im Orient gewirkt hat. Frankreich war damals noch nicht offiziell im Vatikan erschienen, noch nicht diplomatisch beim Hl. Stuhle vertreten. „Ich war Kardinal, vor allem französischer Kardinal!“ erklärte S. Eminenz in einer dem „Nouvelliste“ gewährten Unterredung²⁾. „In allen Teilen des Orients hat die Anhänglichkeit an Frankreich die tiefsten Wurzeln. . . Uebrigens wissen Sie ja wohl, daß ein französisches Kriegsschiff der Mission zur Verfügung gestellt war. Der ‚Jurien de la Gravière‘ gehört zur Kriegsflotte; diese Tatsache hat nicht verfehlt, überall, wo wir hinkamen, einen ausgezeichneten Eindruck zu machen.“ Msgr. Grente, der Begleiter des Kardinals fügte hinzu, die Reise habe nicht verfehlt, vom nationalen Gesichtspunkte aus ungeheure Vorteile zu bringen und zu zeigen, daß es nicht nur auch französische Kardinäle gebe, sondern daß insbesondere und vor allem Frankreich an seinem traditionellen Protektorat über die Christen des Orients festhalte. Wenn wir uns noch vergegenwärtigen, daß die Rückfahrt Sr. Eminenz ihn über Sofia, Bukarest, Belgrad, Agram und Laibach führte, also genau auf den Spuren des Kardinals Bourne, dann mag ein weiteres Wort sich erübrigen. Diese Fahrt zeigt, wie manchmal selbst Mitglieder des Hl. Kollegiums die Pläne des Heiligen Stuhles durchkreuzen und dort, wo er selbst katholische Politik zu machen bestrebt ist, im Gegensatze dazu sich zur Förderung einseitig nationaler Interessen hergeben.³⁾

In immer neuen Konferenzen und von Land zu Land ziehend rangen sich die Siegerstaaten des Weltkrieges allmählich zu entscheidenden Beschlüssen durch und waren im April 1920 zu San Remo gelandet. Am 26. April wurde dort das Versprechen ausgeführt, daß „Palästina eine nationale Heimstätte der Juden werden soll, unter Berücksichtigung der Rechte der arabischen Bevölkerung.“ Der Oberste Rat gab das Mandat für Palästina

¹⁾ Lyoner Korrespondenz des „Avenire d'Italia“ vom 1. März 1920.

²⁾ ebenda.

³⁾ Es sei hier an die Rolle erinnert, zu der sich im Interesse der Bismarckschen Politik Kardinal Hohenlohe hergegeben hat.

an Großbritannien und „der Schutz der religiösen Gemeinschaften, der früher von Frankreich ausgeübt wurde, wird in Zukunft den zuständigen Konsula'ten übertragen und die Bewachung der heiligen Stätten demnächst geregelt.“¹⁾ Die Bedeutung dieses Beschlusses liegt in der Zustimmung der französischen Regierung zum Aufhören des bisher von ihr ausgeübten Christen- bzw. Katholiken-Protektorates, denn „die Grundlage, auf der Schutzrecht beruhte, war durch die Gewalt der Kriegereignisse verschwunden“, wie Kardinal Gasparri vorhergesagt hatte.²⁾ Der Beschluß der Konferenz hatte diese Lage geschaffen und die Folgen stellten sich automatisch ein; die Orientfahrt des französischen Kardinals war, obschon durch das Kreuz der Ehrenlegion belohnt, ein Schlag ins Wasser geworden. Frankreich hat diese von ihm geschaffene Sachlage anerkannt, indem es den Hl. Stuhl um die Ernennung der mit dem Schutzrechte verbundenen liturgischen Ehren wenigstens für seinen Konsul in Jerusalem bat. Rom legte die Bitte der Mandatarmacht England vor, welche die Genehmigung versagte.³⁾

Zur Regelung der Besitzrechte an den heiligen Stätten sollten die Verbandsmächte noch besondere Abmachungen treffen.⁴⁾ England hatte die Bildung einer konfessionell gemischten Kommission mit katholischer Minderheit vorgeschlagen,⁵⁾ ein Plan, der den fortgesetzten Protesten von katholischer Seite, unbestreitbare Rechte zum Gegenstand von Verhandlungen mit Leuten zu machen, die kein begründetes Recht zum Mitreden besitzen, schließlich weichen mußte.

Inzwischen waren die Juden Strauß (zum Gouverneur von Jerusalem) und Sir Herbert Samuel (zum britischen Zivilkommissär für Palästina) ernannt worden und letzterer machte am 25. Juni auch dem Papste seine Aufwartung. Von England also mit allen staatlichen Mitteln der Machtentfaltung ausgestattet schickte sich der Zionismus an, dort, wo die Wiege des Christentums gestanden, auf dem von Jesus Christus selbst durch sein

¹⁾ Reuter-Meldung aus San Remo vom 26. April 1920.

²⁾ s. meinen Artikel „der Schutz der Christen in der Türkei“ in „Allg. Rundschau“ Nr. 17 vom 27. April 1918.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 26 vom 1. Februar 1925.

⁴⁾ Reuter-Meldung aus San Remo vom 26. April 1920.

⁵⁾ vgl. „Secolo“-Meldung vom 25. April 1920.

Leben, Leiden und Sterben geheiligten Boden die Wiederaufrichtung des Judenreiches zu versuchen.¹⁾ Zur Abwehr der Angriffe auf das Patrimonium der katholischen Kirche, zu dessen Schutz bisher allein der Hl. Stuhl eingetreten war, bildete sich im Juli 1920 mit Zustimmung des Papstes eine aus den Oberen der im Hl. Lande wirkenden männlichen Orden und Kongregationen sowie den Vertretern des Großmeisters des Ordens vom Hl. Grabe zusammengesetzte Organisation.

Die Bevölkerung Palästinas, nicht gewillt, mit sich nach dem Gutdünken einer landfremden Regierung einzig unter dem Gesichtspunkte des jüdischen Interesses verfahren zu lassen, sammelte sich zu schärfster Abwehr und die Dinge erweckten auch im britischen Oberhause in der Sitzung vom 4. Juli ein für die Ohren der Regierung sehr unangenehmes Echo, das noch durch die herbe Kritik Kardinal Bourne auf dem Katholikentag zu Liverpool verschärft wurde.

Dank der unablässigen Bemühungen des Vatikans kamen der Deutsche Verein vom Hl. Lande und die Beuroner Benediktiner wieder in den Besitz der Dormitio und des Mariendomes samt Kloster; das Besitzrecht des Abendmahlsaales, den die Mohammedaner immer noch widerrechtlich festhalten, war gleichzeitig Gegenstand von Erörterungen, zu denen eine offiziöse Note des „Osservatore Romano“²⁾ bemerkte, „es könne kein Zweifel bestehen, daß der Abendmahlsaal der katholischen Kirche zurückgegeben werden müsse. . . Wir wünschen uns, daß sobald als möglich die Schwierigkeiten beseitigt sein werden, die in einigen Formalitäten bestehen, und daß die Franziskaner in den Besitz des berühmten Heiligtumes zurückgelangen.“

Die weitere Entwicklung der Dinge in Palästina erhellt aus der Ansprache, welche Papst Benedikt XV. (im geheimen Konsistorium vom 13. Juni 1921)³⁾ zu halten sich veranlaßt sah und die sich fast ausschließlich mit dieser Frage befaßte; ihr bezüglicher Teil lautet:

Was Wir über das unheilvolle Treiben der ausländischen Sekten der Nichtkatholiken, die sich den christlichen Namen

¹⁾ Der einzige Sohn des Begründers des Zionismus, Theodor Herzls, ist am 19. Oktober 1924 in London durch P. Day S. J. in die katholische Kirche aufgenommen worden.

²⁾ vom 11. September 1920.

³⁾ s. Acta Ap. Sedis 1921, Nr. 11.

beilegen, damals beklagten (nämlich am 10. März 1919)¹⁾, das Gleiche müssen Wir auch heute beklagen, da Wir sehen, wie sie, mit Mitteln reichlich ausgestattet, täglich emsiger in ihrem Treiben fortfahren, die durch den Krieg verursachte Arbeitslosigkeit und Not der Bevölkerung eifrigst und schlaue auszunützen. Obwohl Wir nichts unterließen, der schwer heimgesuchten Bevölkerung zu helfen, indem Wir die meisten Wohltätigkeitsanstalten unterstützten oder neue ins Leben riefen und, soweit Uns möglich, darin auch fernerhin fortfahren werden, so können Wir doch nicht der Not ganz abhelfen. . . .

Als die Christen durch ihre verbündeten Truppen von neuem in den Besitz der hl. Stätten kamen, stimmten Wir überdies aus ganzem Herzen dem allgemeinen Jubel der Guten zu, doch jene Unsere Freude entbehrte nicht der in der erwähnten Konsistorialansprache ausgedrückten Furcht, daß infolge eines so großartigen und freudigen Ereignisses sich die Israeliten in Palästina bald in einer bevorrechtigten und übermächtigen Stellung befinden würden. Wenn Wir nach dem gegenwärtigen Stande urteilen wollen, so hat sich leider, was Wir befürchteten, bewahrheitet. Es ist in der Tat bekannt, daß sich die Lage der Christen in Palästina nicht nur nicht gebessert, sondern durch die neue dort geschaffene Zivilordnung verschlimmert hat, die, wenn schon nicht nach den Absichten ihrer Urheber, so doch in Wirklichkeit darauf abzielt, die Christenheit aus ihren bisher dort innegehabten Stellungen zu vertreiben, um sie durch Juden zu ersetzen. Auch können Wir nicht umhin, die eifrige Arbeit jener vielen zu beklagen, welche darauf ausgehen, die heiligen Stätten ihres christlichen Charakters zu entkleiden, indem sie sie in mit allen Anreizmitteln der Weltlichkeit ausgestattete Vergnügungsstätten umwandeln, was, wenn es schon sonst fadelns wert ist, dies noch viel mehr dort ist, wo man auf Schritt und Tritt auf die erhabensten Erinnerungen der Religion stößt. Nachdem jedoch die Dinge in Palästina noch nicht entgültig geregelt sind, erheben Wir heute Unsere Stimme, damit, wenn der Augenblick da ist, ihnen eine dauernde Gestaltung zu geben, der katholischen Kirche und den Christen ihre unveräußerlichen Rechte, die sie dort besitzen, gesichert werden. Wir wollen gewiß nicht, daß die Rechte des hebräischen Elements angetastet werden, doch erachten Wir, daß sie in keiner Weise den guten Rechten der Christen vorangesetzt werden dürfen. Und zu diesem Behufe ermahnen Wir alle Regierungen der christlichen Nationen, auch die der nicht-katholischen, zu wachen und beim Völkerbunde darauf zu bestehen, der, wie man sagt, die Regulierung des englischen Mandates in Palästina zu prüfen haben soll.

¹⁾ s. oben

Die erste Sorge des jüdischen Regenten Samuel war die Errichtung einer jüdischen Universität und die Gründung einer jüdischen Zeitung. Die eingewanderten polnischen und galizischen Juden — größtenteils Bolschewiken — kauften möglichst Grundbesitz auf. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung machte sich in Unruhen Luft, die nur mit Mühe niedergehalten wurden. „Jerusalem, die heilige Stadt, bietet das Bild einer modernen, sittenlosen Großstadt. Schamlose Tänze werden als ‚europäische Kultur‘ eingeführt; die jüdischen Herren der Stadt verwandeln die jedem Christen ehrwürdige Stätte in ein Kabarett. Die Stadt ist überflutet von vergnügungssüchtigen Ausflüglern. Zur größten Entrüstung der christlichen Einwohner wurden just in der Karwoche eine Reihe von ausschweifenden Vergnügungen und Maskenbällen veranstaltet, für welche die jüdische Zeitung ‚Palestine Weekly‘ eifrig warb.“¹⁾

In Erwiderung der Forderung des Papstes, der Völkerbund möge sich die Regelung der Dinge in Palästina nochmals überlegen, ehe er endgültige Beschlüsse faßt, verhinderte Sir Herbert Samuel gewaltsam die Verbreitung des seine Regierungstätigkeit brandmarkenden Wortlautes der päpstlichen Allokution, gestattete dagegen die Verbreitung eines ins Gegenteil gefälschten Textes durch die zionistischen Blätter. Daraufhin protestierte der lateinische Patriarch Msgr. Barlassina in einem Hirtenbriefe gegen die Ausnahmebehandlung der Katholiken, gegen die Verfälschung und Unterdrückung des Wortes des Papstes, sowie gegen dessen Beschimpfung durch die jüdische Presse; gleichzeitig fügte er den richtigen Text der Allokution in den Hirtenbrief ein.

Die Ankunft des britischen Ministers Winston Churchills in Jerusalem (am 19. April) hatte bereits die Dinge auf den Gipfel getrieben. Zu Gaza demonstrierten 20 000 Personen vor ihm gegen den Judenstaat, zu Majdal und Battir kam es zu ähnlichen Kundgebungen, weshalb man in Jerusalem gewaltsam jede öffentliche Willensäußerung der Bevölkerung hintanhalt. Zu Kaiffa gab es Tote und Verwundete, zu Jaffa kam es am 2. Mai zu einer förmlichen Schlacht der einheimischen Bevölkerung gegen die russisch-jüdisch-bolschewistischen Einwanderer. 40 Tote blieben am Platze; auch in Jerusalem selbst eröffneten jüdische

¹⁾ Bericht eines Augenzeugen in „K. Kztg.“ 1921 Nr. 25 S. 201.

Kommunisten den Konflikt. Bei Haussuchungen fand man kommunistische Aufrufe an die Araber zum Kampfe gegen den Kapitalismus unter jüdisch-kommunistischer Führung.

Churchill empfing zwar die Vertreter der einheimischen Bevölkerung doch suchte er die Wirkung der britischen Palästinapolitik „hinwegzuwischen“, wie Kardinal Bourne es nannte; die Balfoursche Erklärung sei unrichtig ausgelegt worden, sie richte sich nicht gegen die Interessen der Bevölkerung. Am 15. Juni kam es zu neuen Unruhen „gegen die jüdische Parteiwirtschaft der Regierung Samuels“¹⁾ der es ablehnte, den Prinzen von Wales eine Denkschrift des palästinensischen Nationalkomitees entgegennehmen zu lassen. Zu einer erneuten Explosion der Erbitterung des Volkes wollte es kommen, als die bevorstehende Landung weiterer 500 russischer Juden bekannt wurde. Zur Beruhigung gab der Zivilkommissär eine Erklärung ab, die aber wirkungslos blieb. Die Errichtung des jüdischen Nationalstaates bedeute nur, daß man ein paar Israeliten gestatten werde, in Palästina einzuwandern und zwar nach Maßgabe des Zulässigen, damit sie einen wirksamen Impuls zu gesundem Fortschritt geben. Die britische Regierung werde nicht verfehlen, sich nötigenfalls jeder Mittel zu bedienen, um Mohammedaner und Christen zur Ueberzeugung zu bringen, daß tatsächlich von diesen Grundsätzen nicht abgegangen werde und die Rechte der Bürger in keiner Weise verletzt werden.

Kurz zuvor hatte sich der „Osservatore Romano“²⁾ in auffallender Weise über „Englands jüdische Politik“ geäußert; die französische Presse spreche bezüglich der englischen Politik von einer „jüdischen Politik“ nicht nur bezüglich des Orients und Palästinas, sondern auch bezüglich der ganzen europäischen Politik. Ja, es sei bereits die Rede von einer „politique judaïque unter dem Druck sehr einflußreicher, jüdischer Elemente“. „Tablet“,³⁾ das Organ der englischen Katholiken, das es an nationaler Wärme nicht fehlen zu lassen pflegt, ist „überzeugt, daß wir uns in Palästina Schwierigkeiten bereiten, die nicht geringer sind als

¹⁾ Diese Angaben sind der ausführlichen Darstellung der „K. Kztg.“, betitelt „Der gegenwärtige Stand der Palästinafrage“ Jahrg. 1922 Nr. 2 und 3 entnommen.

²⁾ am 30. Mai 1921.

³⁾ vom 18. Juni 1921.

jene, denen wir z. Z. in Irland, Aegypten und Indien gegenüberstehen. Das Ende vom Liede werden — wir fürchten dies — Blutbäder, Elend, Erpressung neuer Ausgaben von den Steuerzahlern sein und all das zu keinem guten Zwecke. Kurz: wir wollen es nicht besser und wir werden es daher nicht besser haben." Henry Morgenthau, s. Z. amerikanischer Botschafter in Konstantinopel, selbst Jude, bezeichnet den Zionismus als „den größten Rückschritt in der Geschichte. Der zionistische Heimstättenraum sei wirtschaftlich ein Ding der Unmöglichkeit. Ueberdies könne Palästina keine große Bevölkerungszahl ernähren. Politisch sei der Zionismus lächerlich. Palästina sei ebenso das heilige Land der Mohammedaner wie der Juden, es sei aber auch das der Christen und weder diese noch die Mohammedaner werden zulassen, daß ihre heiligen Stätten den Juden überantwortet werden."¹⁾

Der „Fürst von Jerusalem" oder „Elizer Ben Menachem", wie jüdischerseits Sir Herbert Samuel bereits benannt wurde ²⁾ änderte aber seine Rezepte nicht, weshalb Christen und Mohammedaner eine Abordnung zu Aufklärungszwecken nach London sandten, die auch vom Papste empfangen wurde. Ihr Führer Mussa Hazem Pascha El Husseim äußerte ³⁾, der Papst sei „der Einzige, der den Mut gehabt hat, mit großer Deutlichkeit und Energie zu sprechen. Jedermann weiß, daß England mehr als jede andere Nation unter dem Einflusse der zionistischen Politik steht und der Papst hat sehr klugerweise daran erinnert, daß Palästina nicht eine englische Kolonie ist, sondern England dort die Macht nur Kraft eines Mandates der anderen Mächte ausübt, das ihm gar nicht einmal formell anvertraut ist." Nach Ueberzeugung der Abordnung handle es sich in Palästina nicht mehr um die Schaffung einer „jüdischen Heimstätte", sondern um Unterwerfung der nichtjüdischen Bewohner unter die jüdische Herrschaft, um die Errichtung eines vollständigen jüdischen Reiches und Staates.

Inzwischen machte die Einwanderung weitere Fortschritte, leider aber auch die Auswanderung des verdrängten christlichen Elementes. Die Regierung ging zum reinen Absolutismus unter

¹⁾ in „The World's Work" vom 30. Juni 1921.

²⁾ zufolge „Morning Post" nach „Tablet" vom 18. Juni 1921.

³⁾ Unterredung im „Corriere d'Italia" vom 13. August 1921.

gleichzeitiger Entrechtung der bodenständigen Elemente über. Demgegenüber forderte die Abordnung den Konstitutionalismus westlicher Ordnung, Gesetze sollen von einem gewählten Parlament, nicht von einem Legal Secretary (dem Juden Bentwich) erlassen werden, und die Juden sollten darin ihrer Zahl entsprechend vertreten sein. (Die Gesamtzahl der Katholiken Palästinas betrug am 23. Oktober 1922 28 412, der Christen insgesamt 73 024, die ¹⁾ der Mohammedaner 590 890 und die der Juden 83 794.

Als der Karlsbader Zionisten-Kongreß sich auf die Grundsätze Wilsons berief erwiderte der „Osservatore Romano“ ²⁾ darauf, daß „diese historisch-ethnischen Grundsätze etwa zwanzig Jahrhunderte zurückverweisen und zu den größten politischen Umwälzungen ermächtigen würden, die denkbar wären. Welches Land, welches Gebiet, welche Nation wäre dann nicht den radikalsten Veränderungen ausgesetzt! Man denke nur an die afrikanische Eingeborenen-Bewegung und an die Rothäute Nordamerikas! Welche Ansprüche dürften diese in Genf erheben!“ Die Juden seien heute gar keine Nation mehr. „Mit ganz verschwindenden Ausnahmen denken sie trotz alles zionistischen Drängens gar nicht daran, nach Palästina auszuwandern. Also auf welche rechtlich-politische, gegenwärtige oder zukünftige Einheit begründen sie ihre Forderungen zum Schaden der seit Jahrhunderten ansässigen Bevölkerung?“

Der lateinische Patriarch von Jerusalem, Msgr. Barlassina hatte einen Aufenthalt in Rom dazu benützt, in einer öffentlichen Konferenz die Aufmerksamkeit auch politischer Kreise auf die Zustände in Palästina zu lenken. Am 7. Juni hatte der italienische Minister des Aeußeren Schanzer seinerseits in der Kammer erklärt, die Regierung werde bei der demnächst in Rom zusammentretenden internationalen Konferenz zwar Italiens bereits gegebene Zustimmung zur „Errichtung einer Heimat der Juden in Palästina“ vertreten, andererseits aber sorgfältig darüber wachen, daß die katholischen Interessen nicht verletzt werden. Inzwischen hatte auch das englische Oberhaus einen Antrag Lord Islington, die Palästinapolitik der Regierung zu mißbilligen, angenommen. Am 9. Juni faßte die Italienische

¹⁾ s. K. Kztg. 1923, Nr. 24 S. 199.

²⁾ „Dopo il Congresso sionistico“ in Nr. vom 29. Sept. 1921.

Volkspartei, welche um jene Zeit ein bedeutendes Gewicht innerhalb der Regierung besaß, einen Beschluß, es müsse der Abendmahlssaal, auf den das italienische Königtum als Rechtsnachfolger der Könige von Neapel Ansprüche erhob, den Katholiken zurückgegeben werden. Am 15. Mai führte der Vatikan einen neuen Vorstoß gegen die britisch-jüdische Palästinalpolitik in der Form eines Pro-Memoria zur bevorstehenden Tagung des Völkerbundes aus. Dort sollte über die endgültige Zuweisung des „Mandates“ an Großbritannien Beschluß gefaßt werden und sich das vorläufige Schicksal des Hl. Landes entscheiden. Der Hl. Stuhl widersetzte sich zwar nicht der Zuerkennung des Mandates an jene Macht, forderte aber die Abänderung einiger Artikel des Balfour-Projektes, welche den Juden Vorrechte gegenüber den anderen Konfessionen und Nationalitäten verleihen. Ferner erklärte er, daß er niemals zugeben könne, daß eine Kommission, wie sie der Artikel 14 im Einvernehmen mit Art. 95 des Sévres-Vertrages „zum Studium und zur Regelung aller Fragen und Reklamationen bezüglich der verschiedenen Konfessionen vorsehe, sich berechtigt erachte, das Eigentumsrecht der Hl. Stätten in Frage zu ziehen, die fast in ihrer Gesamtheit seit mehreren Jahrhunderten, selbst unter türkischer Herrschaft, stets in friedlichem Besitze der Katholiken gewesen sind. Außerdem gestatte sich der Hl. Stuhl zu bemerken, daß, so wie diese Kommission vorgesehen ist, sie keine Aussicht hat, zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Nachdem in ihr alle intressierten Konfessionen vertreten sein sollen, wird ein bitteres Ringen die Folge sein, bei dem sich jeweils alle anderen Konfessionen gegen jene eine zusammenschließen, deren Besitztum zur Verhandlung steht; dadurch werde jedes gerechte Urteil hintangehalten.“ Der Vatikan schlägt vor, die Kommission aus den Konsuln der Mächte zu bilden, und jenen, welche keine konsularische Vertretung besitzen, zu überlassen, andere Vertreter zu ernennen.”¹⁾

Unter dem Drucke dieses auch der Oeffentlichkeit zugänglich gemachten Dokumentes und der übrigen vorerwähnten Schritte beeilte sich die englische Regierung, erneut beruhigende Versicherungen abzugeben. ²⁾ Msgr. Barlassina erschien persönlich

¹⁾ Originaltext in „The Tablet“ Nr. 4403 vom 27. Sept. 1924, S. 339.

²⁾ Wortlaut ebenda.

in Rom und verhandelte mit dem Ministerpräsidenten Lloyd George.

Trotz des inzwischen eingetretenen Wechsels auf dem päpstlichen Stuhle blieb sich die Palästinalpolitik des Vatikans gleich. Der Völkerbund seinerseits trug endlich den Vorstellungen des Oberhauptes der Kirche Rechnung und gab dem § 14 des Balfour-Projektes folgende neue Fassung:¹⁾

Eine Sonderkommission soll vom Mandatar ernannt werden, um die Rechte und Ansprüche der verschiedenen religiösen Gemeinschaften in Palästina zu prüfen und festzusetzen. Das Verfahren der Ernennung, Zusammensetzung und der Funktionen dieser Kommission soll dem Völkerbundsrate zur Genehmigung unterbreitet werden und die Kommission soll nicht ohne Genehmigung des Völkerbundsrates ernannt werden oder ihre Funktionen ausüben.

Wichtiger erscheinen uns übrigens die wenig beachteten Erklärungen Lord Balfours²⁾ selbst, die sich inhaltlich wohl mit jenen decken, welche Sir Herbert Samuel persönlich in Rom abgegeben hat, daß nämlich „die englische Regierung die heiligen Stätten nach den Kriterien der historischen Gerechtigkeit unter den interessierten Gemeinschaften verwalten wird. Irgendjemanden der ihm zustehenden Rechte zu berauben, sei es einen Einzelnen oder eine Gemeinschaft oder eine Nation, ist das Letzte, was zu wünschen wäre und unser einziger Wunsch ist, daß alle jene alten Rechte künftig in einer Weise in Anwendung kommen, welche verhindert, daß irgendein Interesse seitens jener ungerecht behandelt wird, die im Besitze der Autorität sind; dies ist der Grundsatz, den wir verwirklicht zu sehen wünschen und dies bildet das Substrat des § 14.“ Freilich, die diesen Versicherungen entsprechenden Taten haben bis heute (1925) auf sich warten lassen; wir hörten nur noch, daß der Völkerbundsrat „zuerst unter den katholischen Mächten und dann zwischen den Katholiken und den Orthodoxen eine Einigung herbeizuführen suchen wird.“³⁾

¹⁾ lt. Meldg. des WTB. aus London vom 25. Juli 1922.

²⁾ veröffentlicht im „Paese“ vom 26. Juli 1922.

³⁾ s. „The Tablet“ Nr. 4308; die Diskussionen im Völkerbunde darüber in „Journal Off. de la Ligue des Nations“ Nov. 1922, Nr. 11, II.

Den Erfolg der vatikanischen Politik gesteht das zionistische Organ „Jewish Chronicle“¹⁾ unfreiwillig ein, indem es schreibt: „Nur dem Vatikan und dem Einflusse der römischen Kurie haben wir es zu verdanken, daß man vielerorts unseren Wünschen Widerstand leistet. Es ist doch recht bemerkenswert, daß Spanien, Frankreich, Brasilien, Italien, Belgien, also alles Länder, wo der katholische Machteinfluß stark ist, uns den Weg versperren.“ Es wäre in der Tat traurig, wenn es anders wäre.

Freilich liegt noch kein Grund zu ungemischter Freude vor, denn im September 1922 gelangte der Wortlaut eines Entwurfes für die Errichtung der umstrittenen Kommission in die Öffentlichkeit, von dem der „Osservatore Romano“²⁾ zu sagen sich veranlaßt sah, daß wenn er authentisch wäre, es „offensichtlich ist, daß die Rechte der Katholiken nicht gewahrt werden. Die Katholiken, die doch seit Jahrhunderten den größten Teil der heiligen Stätten des Hl. Landes besäßen, hätten in der Kommission die Minderheit gegenüber einer Mehrheit, die man sich leicht einigermaßen vorstellen kann, da sie sich aus Elementen zusammensetzt, welche mit der katholischen Kirche in ewigem Widerspruche stehen. Da aber der Entwurf Balfours für alle Beschlüsse die Einstimmigkeit vorsieht, die bei so entgegengesetzten Elementen wohl nicht zu erreichen ist, wird der Präsident — ein Protestant — praktisch das letzte Wort haben. Das ist ungeheuerlich. Wir hoffen, daß der Wortlaut dem.... nicht entspricht und daß auf alle Fälle die Vertreter der katholischen Nationen im Völkerbundsrate wirksam die jahrhundertealten und unverjährbaren Rechte der katholischen Kirche zu wahren wissen werden.“ (Der Entwurf soll einen amerikanischen Protestanten als Vorsitzenden und drei Unterkommissionen, eine christliche, eine muselmanische und eine jüdische, vorsehen. Die christliche würde aus je einem Vertreter Italiens, Belgiens, Spaniens, Rumäniens, Rußlands, Griechenlands, Armeniens, Äbessyniens und der Kopten unter dem Vorsitze eines Franzosen bestehen und die Beschlüsse der drei Unterkommissionen sollen dann endgültig sein, wenn sie einstimmig erfolgen; geschieht dies nicht, dann soll die Entscheidung beim Vorsitzenden der Vollkommission liegen. Wie

¹⁾ s. „Bayr. Kurier“ vom 10. August 1922.

²⁾ vom 7. Sept. 1922.

berechtigt die Annahme des vatikanischen Tagesorganes ist, daß auf Einstimmigkeit nicht zu rechnen ist, beweist eine Denkschrift, welche der ökumenische, d. h. schismatische Patriarch Meletios — der inzwischen freilich in einem Athoskloster als Abgedankter noch ein bedeutungsloses Dasein fristet — an den Völkerbund richtete¹⁾ und den Standpunkt Roms stark bekämpft; es sei „unzulässig, daß die orthodoxe Kirche in der Kommission schwächer vertreten sein soll, als die katholische Kirche“. Noch einmal, wenngleich aussichtslos, protestierte der 5. arabische Kongreß (21.—25. August 1922) gegen das englische Mandat und die Schaffung eines jüdischen Nationalheimes Palästina. Auch ist leider die Annahme berechtigt, daß es England mit der Regelung der Besitzfrage nach dem Kriterium historischer Gerechtigkeit wenig ernst ist, denn der Text des Mandatvertrages sichert den Arabern „alle in ihrem unbeschränkten Besitze befindlichen Heiligtümer zu“, also auch den des Abendmahlsaaes, der daraufhin zu einer mohammedanischen Gebetsstätte umgestaltet wurde.²⁾

Seitdem ruhte die Diskussion innerhalb des Völkerbundes über diese Frage, falls sie nicht auf der Tagung vom Dezember 1924 in Rom, während welcher der anwesende britische Außenminister Chamberlain, der General-Sekretär Sir Eric Drummond und der Tagungs-Vorsitzende Mello Franco vom Papste empfangen wurden, zur Behandlung gekommen ist. Zuverlässiges wurde darüber bisher nicht bekannt. Es scheint, daß eine Entscheidung über den von Kardinal Gasparri in seinem Schreiben vom 15. Mai 1922 gemachten Doppelvorschlag in der Frage der Zusammensetzung der internationalen Kommission noch nicht gefallen ist. Da somit die Besitzverhältnisse der heiligen Stätten immer noch in der Schwebe sind, unterbleiben alle Erneuerungsarbeiten und der Zerfall insbesondere der hl. Grabeskirche nimmt immer mehr zu.

Um zu verhindern, daß sich die christliche Jugend Palästinas mangels anderer Bildungsgelegenheit der im Entstehen begriffenen

¹⁾ zufolge „Morning Post“ lt. Londoner Meldung der „Augsb. Postzeitung“ Nr. 211, 1922.

²⁾ Die Unione Cattolica Italiana pro Luoghi Santi begründet in einer soeben erschienenen, von Amedeo Giannini verfaßten Denkschrift, betitelt „La Questione Orientale alle Conferenza della Pace“ (Rom, Istituto per l'Oriente, 1925) Italiens geschichtliche Ansprüche auf diese heilige Stätte.

zionistischen Universität ¹⁾ zuwende, trat die junge Kongregation vom hl. Paulus, besser bekannt unter dem Namen „Opera Cardinale Ferrari“ in die Bresche und schuf mit dem ihr eigenen Unternehmungswillen durch Zusammenfassung und Ausnützung aller verwend- und erreichbaren Kräfte eine sich gut entwickelnde katholische Hochschule.²⁾

Anfangs 1924 besuchte Kardinal O' Connel von Boston das hl. Land und berichtete auf der Rückfahrt in Rom über das Geschehene in sehr düsteren Farben; bald darauf erschien auch Kardinal Bourne und bemühte sich, ein freundliches, friedliches Einvernehmen zwischen den Katholiken, den Juden und der Regierung herbeizuführen. Anglikanischerseits setzten nicht ganz aussichtslose Anbiederungsversuche an die (geldbedürftige) griechische Orthodoxie ein,³⁾ um durch deren Vermittlung Fuß zu fassen. Die im Juni durch Kardinal Giorgi als Legat des Papstes vorgenommene feierliche Einweihung der beiden neuen Basiliken auf dem Tabor und in Getsemani bedeutete in jeder Hinsicht eine Stärkung der katholischen Stellungen.⁴⁾ Wie tief auf der Gegenseite die Gegensätze sind, bewies um jene Zeit die Ermordung des jüdisch-orthodoxen Professors De Han durch die Zionisten.⁵⁾

Die Ernennung des englischen Domherrn des lateinischen Patriarchates Msgr. Godrich-Kean zum Weihbischof des Patriarchen ⁶⁾ und seine Konsekrierung im Oktober 1924 bedeutete zwar ein Entgegenkommen nach der englischen Seite hin, bezweckte aber wohl, dem Patriarchate gegenüber den britischen Mandatsbehörden stärkeres Gewicht zu verleihen und den nationalen Gegensatz in dem Verhältnisse zu diesen möglichst auszuschalten. Indessen setzt der Zionismus seine Siedlungstätigkeit im Heiligen Lande fort, unbekümmert um das Recht und den Willen der alteingesessenen Bevölkerung des Landes; 40 000 jüdische Zugewanderte wurden in diesen sieben Jahren herbeigezogen und so

¹⁾ s. Korrespondenz aus Jerusalem der „K.Kztg.“ 1923 Nr. 39 S. 323.

²⁾ ebenda Nr. 35, S. 388.

³⁾ ebenda 1924, Nr. 25, S. 218.

⁴⁾ ebenda Nr. 27, S. 237.

⁵⁾ ebenda Nr. 33, S. 281.

⁶⁾ s. „Universe“ Nr. 3331 vom 7. Nov. 1924, S. 8 und „K. Kztg.“ 1924 Nr. 45, S. 409.

mit allen Mitteln der Macht und des Geldes die Verdrängung des nichtjüdischen Elementes unter passiver Mitwirkung der christlichen (?) britischen Regierung fortgesetzt.¹⁾ Unter dem Schutze von Panzerautomobilen hat Lord Balfour im März 1925 Palästina besucht und die Eröffnung der auf dem Oelberge im Erstehen begriffenen neuen jüdischen Universität vorgenommen. Von Damaskus aus, das noch besucht wurde, hat er vor den erbitterten Kundgebungen des empörten Volkes fluchtartig die Rückfahrt nach England angetreten.

Wie die offiziellen Versicherungen, die wir kennen lernten, zu werten sind, beweist die Tatsache, daß die Zahl der jüdischen Einwanderer sich heute auf etwa dreitausend im Monate beläuft, sodaß die Erwartungen der Zionisten, das ganze Land werde in zehn Jahren von ihnen beherrscht sein, gerechtfertigt sind. Nach der „Jewish Voice“²⁾ besteht das Ideal und das Ziel der Zionisten in dem Siege Jerusalems über Rom.

Um Geld haben die Mächte der Entente das heilige Land Jesu Christi an dessen Feinde, die Juden, verkauft, welche dort ihr Trutzreich aufrichten. Wirksam für die Interessen des Christentums aber ist nur einer eingetreten: der Papst.

Die Friedensverhandlungen.

Mit Kriegsende und Waffenstillstand hob bereits das Kapitel des Friedens an, zu dessen Herbeiführung der Papst des Weltkrieges, Benedikt XV. alle Kräfte aufgeboten hatte. Ihr hatte seine Friedensnote vom 1. August 1917 gegolten, welche durch einen von England gewollten Akt der Indiskretion vorzeitig zur Kenntnis der Öffentlichkeit kam, während ihre Bestimmung eine rein diplomatische war. Deutschland hatte ihr durch seine Antwort zwar dem Scheine nach zugestimmt, sein Reichskanzler Michaelis aber hatte bewußt die Friedensmöglichkeit in ihren Anfängen zerstört und somit ein unwürdiges Doppelspiel getrieben, das nicht ganz mit Unrecht jene Zweifel an seinem

¹⁾ ebenda Nr. 49, S. 427.

²⁾ in Nr. vom 22. Januar 1925 nach „Vaterland“-Luzern vom 7. April 1925.

Ernste und aufrichtig guten Willen veranlaßt hat, welche in der Folge für so manche übermäßig scharfe Maßnahme der Verbandsmächte verantwortlich sind. Zustimmend und von ernstem Willen gefragt waren die Antworten Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei, ablehnend jene der sämtlichen Verbandsmächte mit Ausnahme jener vier führenden Großmächte, welche das Londoner Abkommen unterzeichnet hatten, also Italiens, Frankreichs, Englands und Rußlands, denn diese erfüllten nicht einmal die elementare Höflichkeitspflicht, die Note überhaupt zu beantworten. Sonnino verdächtigte sie in seiner Kammerrede vom 25. Oktober 1917 als verkappt-deutschen Ursprunges und als nicht ernst zu nehmend, eine Beschimpfung sondersgleichen, während Ribot, damals Frankreichs Ministerpräsident, in ihr eine übermäßige Begünstigung der Mittelmächte erblickte. ¹⁾ Alle weiteren Bemühungen des Papstes hatten einem im Geiste des Christentums gerechten Frieden gegolten. ²⁾ Wer somit die Politik der Kurie während des Krieges kennt, dem kann es auch nicht mehr zweifelhaft sein, in welcher Richtung diese Politik nach dem Kriege gesteuert würde. Vom „gerechten Frieden“ spricht Benedikt XV. in seiner Encyklika vom 1. Dezember 1918. ³⁾ vom „wahren, auf die christlichen Grundsätze der Gerechtigkeit begründeten Frieden“, und die folgende Kundgebung drückt nicht nur dieselben Gesinnungen aus, sondern bietet für die Politik des Vatikan während und nach dem Kriege sehr wichtige Hinweise. Es ist die Ansprache, welche der Papst am Vorabende des Weihnachtsfestes an das Hl. Kollegium in Erwiderung der dargebrachten Glückwünsche hielt. ⁴⁾ „Bis zur Höhe des Vaikans sind die Schmerzensschreie dieser Kriegsjahre gedrungen, die Seufzer der Opfer und die angsterfüllten Anrufungen, es möchte doch bald die Beilegung des schrecklichen Zweikampfes erfolgen. . . . Soviel Schmerzen in Unserem Vaterherzen wiederhallten, ebensosehr wünschten Wir und erreichten es auch oftmals, sie zu lindern; daher bedauerten und verurteilten Wir mit dem Drange, aber auch mit dem Maßhalten eines

¹⁾ s. „Bayr. Kurier“ vom 1. Juni 1924, „Hie Ludendorff — Hie Ribot.“

²⁾ vgl. Strucker, Dr. A., Die Kundgebungen Papst Benedikts XV. zum Weltfrieden. Herder, Freiburg, 1917.

³⁾ s. S. 8.

⁴⁾ im „Oss. Rom.“ vom 25. Dez. 1918.

Vaters die Ausschreitungen brutalen Hasses und hielten Uns Wege offen zu weiterer Erhörung für die stets unerläßlichen Obliegenheiten Unseres Mitempfindens als Vater. So kam es, daß Wir Unsere Bemühungen und Unsere Anregungen darauf richteten, den Anbruch des Friedens zu beschleunigen, und auf die Grundsätze der unveränderlichen und ewigen Gerechtigkeit Christi hinwiesen, des erhabenen Gesetzgebers bürgerlichen Nebeneinanderlebens und der Quelle nicht etwaiger Verletzung, wohl aber vollständiger Wiederherstellung allen Rechtes." Ferner sagt der Hl. Vater:

„Diese Vatergesinnung, die Uns Norm in den Ratschlägen, in den Verurteilungen, den Ermahnungen und Wohltaten in der Vergangenheit war, ist es auch, die Unser Verhalten in der gegenwärtigen Zeit bestimmt. Während Wir alle Unsere Söhne, die müde des Kampfes und des Mordens, umfassen, wendet sich unser Gedanke zu jener großen Völkertagung, die zum edlen Zwecke, der Welt den Frieden zu sichern, einberufen ist. Und während Wir in Unserer Brust die wärmste Anteilnahme für den glücklichen Ausgang der schweren, der erlauchten Versammlung gesetzten Aufgaben empfinden, wünschen Wir von ganzem Herzen, daß auf den Kongreß der Geist niedersteige, dessen Hüter Wir sind, ja, Wir widmen diesem überaus ernsten Ziele das ganze Verlangen und alle Unterstützung Unseres Vaterherzens.

Nachdem aber jede gute Gabe und jedes vollkommene Geschenk allein vom Vater des Lichtes ausgeht, werden Wir täglich vom Hügel des Vatikanes aus gleich Moses, der für sein Volk auf hohem Berge betete und seine Arme ausbreitete während der verhängnisvollen Zeit des Kampfes, den Beistand dieses Himmelslichtes auf jenen weltgeschichtlichen Kongreß herabrufen."

Sodann verkündet er, daß er gemeinsame Gebete für den Frieden angeordnet habe, an denen er sich persönlich beteiligen werde; er wünscht, der Friedenskongreß möchte bald zusammentreten und zu einem Ende gelangen und drückt die Hoffnung aus, die Beschlüsse möchten nicht nur die Wiederherstellung der Ordnung umfassen, „sondern auch jene menschlichen Empfindungen wieder zur Blüte bringen, welche das Zusammenleben von Brüdern angenehm machen und sie zu gegenseitigen Opfern begeistern." Damit verbindet der Hl. Vater „den festen Vorsatz, den billigen Beschlüssen des Weltkongresses die Unterstützung

seiner Macht unter den Gläubigen zu leihen . . . Die Ankündigung dieses Unseres Vorsatzes (seinen „väterlichen Einfluß einzusetzen, damit die Beschlüsse „welche der Welt einen gerechten und dauernden Frieden geben sollen, beobachtet werden,“ läßt bereits verstehen, daß, wenn Wir in der Vergangenheit und Gegenwart Unsere Eigenschaft als Vater zur Norm Unseres Tuns machten, Wir nicht beabsichtigen, anderwärts die Richtlinien der Zukunft zu suchen. . . Eines Vaters Tun wird es sein, die Gefahren neuer Störungen der Ordnung zu beseitigen, die aus dem Hasse und überspannter nationaler Leidenschaft entspringen könnten. O, glücklich Unser Alter, wenn der Kuß der Gerechtigkeit und des Friedens vom Geiste der Liebe begleitet sein wird, denn deren Gesetz allein umfaßt in wunderbarer Einheit die Söhne ein und desselben Vaters und formt die Menschen, die guten Willens sind, zu einer wahren Familie. Die Furcht, die Hilfsbedürftigkeit, die rohe Gewalt genügen nicht, die menschliche Gesellschaft zusammenzuhalten, noch sind sie ihrer würdig . . . Der soziale Friede muß, um vernünftig zu sein, auf natürliches Wohlwollen begründet sein; um christlich zu sein, muß die soziale Eintracht von der Liebe Christi geadelt sein.“

Obwohl der Hl. Stuhl, wie erwähnt, seit dem Beginn des Jahres 1916 erklärt hatte, an keiner Siegerkonferenz sich zu beteiligen, vertrat doch die gesamte Welpresse ausnahmslos die Annahme, alle Bemühungen der päpstlichen Diplomatie seien nun darauf gerichtet, die Hindernisse gegen die effektive Teilnahme an der Friedenskonferenz zu beseitigen. Man übersah auch alle diese Hindernisse, welche wir bereits kennen,¹⁾ und erhob sogar die Forderung, die Katholiken, vor allem die der im Kriege neutral gebliebenen Staaten, müßten ihre Stimme erheben und dafür sorgen, daß „der betende, segnende und Grundsätze lehrende Papst, dessen Autorität alle während des Krieges anriefen, . . . zum Konkreß geladen würde . . . Es wäre ein Verbrechen an der Friedenskonferenz selbst und am ge-

¹⁾ Wir selbst vertraten in der Annahme, es könnte sich unter dem Eindruck der Bekanntgabe von Wilsons 14 Punkten dieser Standpunkt gewandelt haben, diese Meinung und auch Prälat Dr. Meyenberg ging in der „Schweizerischen Kirchenzeitung“ (vgl. „Das Neue Reich“ Nr. 19 vom 6. Febr. 1919, S. 336) von dieser Annahme aus; von ihm stammen die weiter angeführten Worte.

planten Völkerbunde, wenn eine kirchen- und christenfeindliche Richtung in dem Sinne die Oberhand gewänne, daß man die höchste moralische Autorität der Welt in der Friedensverhandlung ausschlosse." Wie sehr verkennen doch all diese Stimmen den wahren Geist der Sieger, eines Clemenceau, eines Sonnino und eines Lloyd George! All diese Irrungen schnitt der „Osservatore Romano" am 15. März 1919 durch seine „zweckmäßigen Feststellungen"¹⁾ ab, es sei falsch, daß der Papst danach strebte, in die Friedenskonferenz einzutreten, . . . er habe seit Kriegsbeginn schon beschlossen, selbst wenn eingeladen, an einem Zwangsfrieden von Siegern gegen Besiegte nicht teilzunehmen."²⁾ Der Turiner „Momento"³⁾ von Markgraf Crispolti, einem persönlichen Freunde S. Heiligkeit in vatikanischen Fragen bedient, ergänzte diese Feststellungen dahin, daß schon nach den ersten Kriegsmonaten all diese Möglichkeiten im Vatikan erwogen und dafür folgende Richtlinien aufgestellt worden seien: Für den Fall eines Verhandlungsfriedens würde der Papst auf Einladung hin teilgenommen haben, um zur allgemeinen Wiederversöhnung beizutragen; für den Fall eines Diktatfriedens aber, abzulehnen, da er unter allen Umständen für den Unterlegenen odios ausfallen mußte. Dieser Beschluß war bereits unter dem Eindrucke der Gewißheit gefaßt, daß der Sieg den Mittelmächten bleibe.

Es würde zu weit abseits führen, auf all diese Machenschaften des Commendator di San Martino, des Pressechefs Sonninos, einzugehen, die darauf abzielten, die Gefahr einer Beiziehung des Vatikans zur Friedenskonferenz zu bannen; sogar die freimaurerische „International Rational-Preß-Association" in London wurde aufgeboten.

Den Verlauf der Friedens-„Verhandlungen" begleitete das Tagesorgan des Hl. Stuhles mit zunehmend hervortretender Enttäuschung. „Allenthalben verfallen die Nationalitäten, die

¹⁾ s. S. 10.

²⁾ Die von einer bekannten katholischen Korrespondenz einer „dem Vatikan nahestehenden Persönlichkeit" zugeschriebene Behauptung, „der Hl. Stuhl dürfe seine Teilnahme an der F. K. nicht erbetteln und würde nur, falls eingelassen, teilnehmen, ohne sich irgendwelcher Bedingung zu unterwerfen" ist wortwörtlich der „Stampa" vom 13. März 1919 entnommen. Es genügt, diese Quelle zu nennen.

³⁾ vom 13. März 1919.

überall sich unterdrückt hinstellten oder es waren, in Kundgebungen der Unersättlichkeit, bekunden ihr Bestreben, sich benachbarte Volksstämme dienstbar zu machen.“¹⁾ Warnend schreibt das Blatt am Aschermittwoche in direkter Mahnung: „Bedenke, daß du aus Staub bist und wieder zu Staub wirst! Wie durchaus passend, wie zweckmäßig erklänge heute dieses ernste, überzeugende und mahnende Wort inmitten jenes großen Areopages der Nationen! Wie erhaben wäre die Stimme, die im Uhrensaale mit geheimnisvollem Nachdrucke das Memento ausspräche! Staub werdet ihr sein, Staub werden eure König- und Kaiserreiche sein, eure Waffen und euer Handel! Wieviele Dinge habt ihr nicht zu Staub werden gesehen im kurzen Verlaufe weniger Jahre, wieviele Throne in Trümmer sinken, wieviele Reichtümer verstreut werden, wieviele Millionen Menschenleben verloren gehen gesehen! Täuscht euch also nicht! Glaubet nicht, dem gleichen unerbittlichen Schicksale entgehen zu können, ihr, die ihr euch für die Richter und Schiedsrichter jenes der anderen haltet! Das gleiche Schicksal ist auch euch vorbehalten, euren Träumen von Größe und Wohlstand, euren Hoffnungen und Illusionen auf Vorherrschaft!“

Doch vergebens sind alle Mahnungen. Dum Romae consulitur greift der Bolschewismus schon auf Mitteleuropa über, steckt Ungarn in Brand und breitet sich als Kommunismus und Spartakismus in Deutschland aus. In den Ländern der Neutralen, ja selbst der Verbandsstaaten, zeigen sich die ersten Anzeichen von Ansteckung. „Ihr Herren, mahnt der „Osservatore Romano“²⁾ nochmals, die Anarchie klopft an die Tore aller Länder, sammeln Sie in Eile Ihre Kräfte, um ihr den Zutritt zu verwehren! Jeder neue Tag, der vorübergeht, kann Ihr Werk zu einem vergeblichen machen, jede Verzögerung ist Gefahr, schwere Gefahr! . . . Sehen Sie sich wohl vor, daß, während Sie über Europas künftige Geschicke beraten, nicht andere noch viel traurigere für die europäischen Völkerschaften heranreifen! Sehen Sie sich vor, daß nicht der traurige Fall des „dum Romae consulitur“ sich erneuere, denn heute steht mehr auf dem Spiele als nur die Eroberung Sagunts! Mäßigen und mildern

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 23 vom 23. Januar 1919.

²⁾ Nr. 56.

Sie Ihre Ansprüche und beeilen Sie sich, die großen Probleme in Angriff zu nehmen, die die Ruhe und das Lebenselbst der Nationen gefährden!"

Auch in anderen Blättern ringt sich bereits da und dort schüchtern die Erkenntnis der Wahrheit durch, ohne allerdings schon sich dauernd zu behaupten. So beginnt der „Memento“ einen Artikel über Irlands Kampf um seine Freiheit mit den Worten: „Während in Paris die bürgerlichen Vertreter der Nationen, wahrer und hoher Ideale bar, sich unfähig erweisen, der Welt jenen endgültigen Frieden zu bescheren, nach dem diese verlangt, und mit der veralteten Diplomatie der gepuderten Perücken und Zinndegen wetzeln, unter einem humanitären, äußeren Anstrich ihren gestörten Imperialismus zu verbergen, gehen die Völker und Nationen, die schon allzu viel geblutet und gelitten haben, um noch weiteren Dilettantismus zu dulden, ihres Weges. . . . Das Bürgertum glaubte, sich der von der großen amerikanischen Demokratie verkündeten Prinzipien als eines bequemen Mantels bedienen zu können, um darunter das eigene Elend und die eigene maßlose Gefräßigkeit zu verhüllen.“

Das revolutionäre Deutschland.

Kaiser Wilhelm II. war nach Holland geflohen und hatte der Revolution im Deutschen Reiche freie Bahn gemacht. Unterm 28. November 1918 hatte er schriftlich und eigenhändig den „Verzicht auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone“ ausgesprochen und alle jene, welche ihm den Eid der Treue geleistet hatten, desselben entbunden. Dadurch und durch das Verschwinden des Kaisertums und der Monarchie entfiel auch für die katholische Kirche Deutschlands jede früher nach jener Seite hin eingegangene Gewissensverpflichtung. Nicht sie und ihre Organe haben die Treue gebrochen, wohl aber hat sich der Kaiser aus freiem Entschlusse ihr entzogen und die Kirche stand, ohne daran mitgewirkt zu haben, vor der Tatsache des Aufhörens der Monarchie und des damit automatisch eintretenden Ueberganges zum Volksstaate, zur Republik. Deutschlands kaiserliche Zeit war abgeschlossen und was sie für die Kirche bedeutet hat,

bleibe der freien Diskussion anheimgestellt; sicher ist, daß die Dynastie der Hohenzollern nur einen sehr geringen Teil dessen, was sie an der Kirche gesündigt, gutgemacht hat, und auch dieses wenige entsprang nicht freiem Entschlusse, sondern dem Gebote politischer Zweckmäßigkeit.

Also die Republik war da. „Die Kirche, welche die vollkommene Gesellschaft ist, hat zum einzigen Zwecke die Heiligung der Menschen aller Zeiten und aller Länder; wie sie sich auch den verschiedenen Regierungsformen anpaßt, so nimmt sich auch ohne irgendwelche Schwierigkeit die gesetzmäßigen territorialen und politischen Veränderungen der Völker hin.“¹⁾ Sie läßt die Völker ihre politischen Streitigkeiten selbst ausfechten, hat aber gerade im Weltkriege durch den Mund eines Pius X. und Benedikt XV. mit dem äußersten Nachdrucke darauf gedrungen, Differenzen auf dem Verhandlungswege beizulegen, nicht aber durch das Schwert zur Entscheidung zu bringen. Aber weder die Völker noch die Regierungen haben sich daran gekehrt, somit hatte der Statthalter Christi weder am Kriege noch an dem, was aus ihm hervorging, irgendeinen Anteil. Deutschland hatte sein Geschick selbst in die Hand genommen, seine Sache war es, sich die Staatsform zu wählen, und Sache des Hl. Stuhles war es, dieser Tatsache als solcher Rechnung zu tragen.

Der Sozialismus hatte die vom Kaiser geworfenen Zügel ergriffen und strebte sofort, überall seinen eigenen Geist zum geltenden zu machen. Kurt Eisner verkündete bereits am 13. Dezember 1918 seine Aufgabe, die Schule von der Aufsicht der Kirche zu befreien, und drei Tage später führte er sie aus. In Preußen verfügte der neue Kultusminister Adolf Hoffmann bereits am 28. November die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht und faßte am 30. November in der sozialistischen „Freiheit“ sein kulturelles Programm in die Punkte zusammen: Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung des Religionsunterrichts als Prüfungsfach, Einführung des konfessionslosen Moralunterrichts, Koedukation, Einheitsschule. Am 4. Dezember schaffte sein Adlatus Haenisch das Schulgebet ab und erklärte die Verpflichtung der Schüler zu „religiösen Veranstaltungen“ als unwirksam. Hoffmanns Ministerialrat Wynneken erklärte

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 311 vom 10. Nov. 1918.

sich „gegen die Schulreform, für die Schulrevolution, d. h. für eine Schule des auch geschlechtlichen Sichaulebens abseits von Christentum und positiver Religion.“ Der 19 jährige Durchfallsabiturient Paul Vogler wurde „Staatskommissär für Westdeutschland“ für die geplante Schulreform. ¹⁾ Prompt setzte die Abwehr des katholischen Volkes ein und Kardinal von Hartmann legte sofort am 28. November „feierliche Verwahrung namens der sämtlichen Bischöfe Preußens ein, weil 1. die gegenwärtige Regierung nur eine vorläufige ist . . . und nicht als berechtigt angesehen werden kann, bestehende Gesetze aufzuheben; 2. die geplante Trennung . . . die Verfassungsurkunde verletzt, und 3. die Kirche aller wohlerworbenen Rechte beraubt wird, die ihr gesetzlich zugesichert sind . . . Die beabsichtigte Trennung durch Verordnung wäre ein Akt willkürlicher Gewalt.“

Ein Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs ²⁾ an Kardinal von Hartmann versichert, daß „der Papst mit lebhafter und tiefempfundener Besorgnis den neuen politischen Ereignissen gefolgt sei, die einen so verhängnisvollen Wechsel in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche gebracht haben . . . und zur besonderen Freude gereicht ihm, daß die deutschen Katholiken . . . sich kraftvoll zum Schutze der bedrohten Rechte (der christlichen Schule) erheben . . . Mag es auch gegenwärtig scheinen, als schwebe die deutsche Kirche in Gefahr, vom Sturme verschlungen zu werden, das hl. Herz wacht und wird bald über den dortigen auserlesenen Teil seiner Herde die Fülle und Kraft seines göttlichen Schutzes leuchten lassen.“ Wenige Tage später erhebt namens des preußischen Episkopates Kardinal von Hartmann neuerdings „voll Schmerz und Entrüstung laut und feierlich Protest“ gegen die Willkür der Verordnung vom 29. November ³⁾

Auch in Bayern begannen die neuen Staatslenker trotz des feierlichen Protestes des Kardinals von Faulhaber in seiner Sylvesterpredigt den Kulturkampf, indem sie das preußische Schema kopierten. „Für euer Gewissen“, erwiderte darauf S. Eminenz im Hirtenbriefe an seine Herde, „hat die neue Verordnung der Staatsregierung keine neue Rechtslage geschaffen. Im

¹⁾ Ausführliches über diese Pläne in „Neues Reich“ Nr. 16 vom 16. Januar 1919. S. 274.

²⁾ vom 7. Dez. 1918.

³⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 988 vom 17. Dez. 1918.

Gewissen bleibt ihr, christliche Eltern, nach wie vor verpflichtet, eure Kinder zum Besuch von Religionsunterricht und Christenlehre zu Gottesdienst und Sakramentsempfang anzuhalten. Zuwiderhandelnden müssen die Sakramente verweigert werden." Auch an die bayrischen Bischöfe richtete Kardinal Gasparri namens des Hl. Vaters ein längeres Schreiben ¹⁾ ähnlichen Inhaltes, wie es dem Hirten von Köln zugegangen war.

All diese Kundgebungen zeichnen deutlich die kritische Lage der Kirche Deutschlands in den ersten, dem Umsturze folgenden Monaten und es ist verständlich, daß die neuen Machthaber, derart beschäftigt, nicht die Zeit fanden, noch den Willen aufbrachten, Verbindung mit Rom zu suchen, wo allein das aller seiner Freunde beraubte deutsche Volk noch einen Fürsprecher seines Rechtes auf Existenz finden konnte. Im Gegenteil, all diese Maßnahmen kehrten sich implicite auch gegen den Hl. Stuhl selbst und waren geeignet, dort die Geneigtheit zu besonderer Rücksichtnahme oder gar werktätigem Eintreten zu vermindern. Immerhin wurden die Beziehungen seitens der Revolutions-Regierungen in Berlin und München zum Vatikan nicht abgebrochen, sondern letztere sollen sogar haben wissen lassen, ²⁾ daß die jene unverändert aufrecht erhalten wollten. Aber diese Regierungen entbehrten noch jeder Rechtsgrundlage und waren nicht einmal von der Mehrheit der Staatsbürger des eigenen Landes anerkannt.

In München, am Sitze der apostolischen Nuntiatur, hatte Kurt Eisner, die Lage ausnützend, sich zum Revolutionsdiktator erhoben und die günstige Gelegenheit witternd hatte sich dort allerhand landfremdes Gesindel zusammengezogen und den scharfen Gegensatz zwischen Mehrheits- und Unabhängigen Sozialisten zunutze gemacht. Am 21. Februar fiel Eisner, womit das Zeichen zu blutigen Vorgängen im bayerischen Landtage gegeben war; Mitglieder des revolutionären Soldatenrates drangen ein, schossen den Zentrumsabgeordneten Osel nieder und verwundeten den Sozialisten Auer und den Ministerialrat Gareis schwer. Der Landtag wurde gesprengt, Generalstreik und Räterepublik ausgerufen. Gleichzeitig kam es im Ruhrgebiet zu schweren bolsche-

¹⁾ s. „Bayr. Kurier“ vom 14. Januar 1919.

²⁾ s. Meldung der „Köln. Volkszeitung“ Nr. 983 vom 15. Dez. 1918 und d. „Corriere d'Italia“ vom 28. November 1918.

wistischen Unruhen und fortgesetzten Ausständen, gegen welche Reichswehr eingesetzt wurde. Nürnberg, Bamberg, Hanau, Mannheim sahen spartakistische Putschversuche und das Reich drohte in Anarchie zu versinken und sich aufzulösen. Der Umsturz wollte Weimar, wo die Nationalversammlung tagte, isolieren und absperren, die Herrschaft im ganzen Reiche an sich reißen und das Verfassungswerk verhindern. Berlin setzte gegen die Nationalversammlung einen Generalstreik ein, 32 Polizeibüros wurden gestürmt, es kam zu Plünderungen in großem Maßstabe, zu Kämpfen mit Toten und Verwundeten; bereits gingen Truppenteile zu den Spartakisten über und der rein kommunistische Charakter des Unternehmens, die russische Schablone trat unzweideutig hervor. Zwar wurde in Berlin die Revolution niederkämpft, wobei sich um das spartakistische Hauptquartier selbst Artilleriekämpfe entspannen, aber indessen mehrten sich in anderen Teilen des Reiches die schweren Unruhen. In Bayern kam zwischen Räten und Sozialisten eine Einigung mit dem sozialistischen Schullehrer Hoffmann als Minister-Präsident zustande, wobei der radikale Bauernbund aktiv sekundierte. Der Zentralrat hinderte aber den Zusammentritt des Landtages und tat alle Schritte zur Anbahnung der Räterepublik. Während in Augsburg die Arbeiterschaft in einen Sympathiestreik für die ungarische und russische Räterepublik eintrat, wurde diese selbst am 7. April in München ausgerufen und der Unabhängige Gustav Landauer als Volksbeauftragter an ihre Spitze gestellt. Lenin und Bela Kun sandten Glückwunschtelegramme und die Regierung Hoffmann übersiedelte nach Nürnberg und weiterhin nach Bamberg. Eine Erhebung der Garnison stürzte die Räterepublik vorübergehend, doch gewannen Spartakisten und Kommunisten am 18. April neuerdings die Oberhand. Dr. Lewien und der Russe Dr. Leviné Nießen traten an die Spitze.

Am 29. April nachmittags 3 Uhr erschienen der „Kommandeur der Südmee“ Seyler und sein „Adjutant“ Bongratz mit schwer bewaffneten Soldaten vor der Nuntiatur, erzwangen den Eintritt mit Gewalt und beschlagnahmten das Auto des Nuntius. Dieser erschien und wies darauf hin, daß die Nuntiatur überhaupt nicht betreten werden dürfe, da dies gegen internationale Rechte verstoße; er wies auf einen vom Volksbeauftragten des Auswärtigen Amtes Dietrich unterfertigten Ausweis, wonach die

Nuntiatur den Schutz der Räteregierung genieße. Statt jeder Antwort bedrohte Bongratz den Nuntius mit vorgehaltenem Revolver, während Seyler Befehl gab, die Handgranaten bereitzumachen. Er brauche das Auto, um an die „Front“ zu fahren, nur der Ausweis Egelhofers gelte. Das telephonisch angerufene Kriegsministerium antwortete, „wenn das Auto nicht sofort abgeliefert wird, dann wird die Nuntiatur zusammengeschossen und die ganze Bande verhaftet.“

Die Stadtkommandantur sandte drei Mann, welche mit Seyler verhandelten und um 6 Uhr abends zog das Gesindel ab.

Am nächsten Morgen kehrten die gleichen Einbrecher zurück, um neuerdings das Auto anzufordern. An Stelle des abwesenden Nuntius forderte der Uditore Msgr. Schioppa vom Vollzugsausschuß telephonisch Schutz, der sofort gesandt wurde. Wiederum lange Verhandlungen und Abzug Seylers und Bongratz, welche kurz darauf mit einem Maschinengewehr und mehreren bewaffneten Soldaten wiederkehrten. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen drohte Seyler dem Prälaten Verhaftung an und das Auto wurde schließlich weggeschleppt, aber wieder zurückgebracht, wobei der „Kommandeur“ nochmals äußerte, „die ganze Bande solle ins Gefängnis geworfen werden.“¹⁾

Am folgenden Tage begann die Entsetzung der Stadt durch Reichswehr.²⁾ Am 3. Mai hatte die Münchener Räteherrschaft ihr Ende erreicht. Egelhofer, Landauer, Pongratz und Leviné waren unter den Erschossenen.

Die zeitweilige Abreise Msgr. Pacellis nach diesen aufregenden Vorgängen zu einem kurzen Urlaube nach der Schweiz gab Anlaß zu dem Gerüchte, er sei überhaupt abberufen worden und die Nachricht fand umsomehr Glauben, als schon seit einiger Zeit der Reichsminister Erzberger alles in Bewegung gesetzt hatte, eine Verlegung der Nuntiatur nach der Reichshauptstadt Berlin durchzusetzen. Der „Osservatore Romano“³⁾ stellte aber die Behauptung in Abrede. Jedenfalls, die Vertreter der katholischen Kirche, der Apostolische Nuntius sowohl, wie der Erzbischof Kardinal von Faulhaber sind ebenso, wie später der Nuntius Msgr. Ratti in Warschau gegenüber den Bolschewiken,

¹⁾ Darstellung nach dem „Bayr. Kurier“ Nr. 134 vom 13. Mai 1919.

²⁾ vom 15. Februar 1919.

keinen Augenblick von ihren Posten gewichen. Der Münchener Oberhirte hat inmitten der Räte-Periode die Revolution und ihre Regierung öffentlich von der Kanzel seiner Kathedrale aus gebrandmarkt und sein Urteil darüber auf dem Deutschen Katholikentage in München am 27. August 1922 vor 100 000 Teilnehmern auf öffentlichem Platze in die Worte zusammengefaßt: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet.“ ¹⁾

Das Verhältnis des neuen Deutschland zum Heiligen Stuhle war schon Ende Februar in den Bereich der Erörterungen getreten. In der Sitzung des Reichstags vom 28. Februar 1919 hatte der Abg. Spahn, das Verhältnis von Staat und Kirche streifend, erklärt: „Ausschließlich Sache des Reiches ist die Gesetzgebung und Verwaltung, sind die Beziehungen zu auswärtigen Staaten. Damit entfällt das Gesandtschaftsrecht der Gliedstaaten, entfallen auch die Gesandtschaften Preußens und Bayerns beim Hl. Stuhl in Rom. Bei der geringen Zahl der dem Deutschen Reiche verbliebenen Freunde unter den Neutralen erscheint es als ein Gebot der Pflicht und der Klugheit, eine Vertretung des Reiches beim Vatikan zu errichten. Nach Rom sind mit erhöhter Spannung die Blicke der christlichen Welt gerichtet. Vom Papsttum, das im Wechsel der Zeiten unverändert geblieben ist und bleiben wird, erwarten weite Bevölkerungskreise Rettung, Erlösung, Freiheit und Klarheit in unserer an Irrungen so reichen Zeit. Die diplomatische Verbindung des Reiches mit ihm entspringt den Wünschen und der Bedeutung der Katholiken im Deutschen Reiche.“ Einer Erklärung des Ministerialrates Kraßmann im bayerischen Landtage zufolge sollte aber durch die Uebertragung des Rechtes der auswärtigen Vertretung an das Reich die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan und die Münchener Nuntiatur nicht berührt werden.

Für die Errichtung einer Reichsvertretung beim Hl. Stuhle sprach sich auch Kardinal Ehrle, damals noch einfacher Ordensmann, in seiner Schrift „Neu-Deutschland und der Vatikan“ ²⁾ aus, gleichzeitig für die Gegenseitigkeit der Vertretung werbend,

¹⁾ s. Kardinal Faulhaber, „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen“ (Verl. Dr. F. A. Pfeiffer & Co. München, 1925) S. 21/22 u. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 35, S. 274.

²⁾ In Flugschriften der „Stimmen der Zeit“ 2. Heft. Herder, Frbg.

welche allein allen Anforderungen gerecht werde. Selbstverständlich, bemerkt er, würde nur eine Nuntiatur erster Klasse und ein Botschafter der Bedeutung und der Ausdehnung des neuen Reiches entsprechen. Auch die deutsche katholische Presse tritt entschieden für diese Forderung, ja, für die Besetzung des Postens mit einem Katholiken ein; es sei „ein Beweis für die Engherzigkeit und Befangenheit des preußischen auswärtigen Amtes, daß in der hundertjährigen Geschichte niemals ein Katholik bei der kurialen Gesandtschaft Verwendung gefunden habe, während die Niederlande und Großbritannien diese rückständigen Ansichten als das erwiesen, was sie wert seien.“¹⁾ Beide Staaten sind beim Vatikan durch Katholiken vertreten, obwohl ihre Bevölkerung der Mehrzahl nach protestantisch ist.

Die Reichsregierung verschloß sich diesen Gründen nicht und anfangs Mai weiß die Presse zu melden, die Errichtung einer Vertretung des Reiches beim Hl. Stuhle stehe bevor... In Aussicht sei der Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Herr von Bergen genommen. Graf Brockdorff-Rantzau faßte den Grafen Oppersdorff ins Auge, der aber seitens der Zentrumspartei schroffe Ablehnung erfuhr.²⁾ Die amtliche Bestätigung obiger Meldung ließ lange auf sich warten. Am 16. Mai 1919 erfahren wir durch WTB, es sei vom Vatikan dem Reichspräsidenten Ebert auf die Mitteilung seines Amtsantrittes folgendes, während der Räteherrschaft bei der Nuntiatur in München zurückgehaltene Schreiben eingelaufen:

Dem ausgezeichneten, ehrenwerten Manne,³⁾ Friedrich Ebert, übersendet Papst Benedikt XV. Gruß und Heil.

Wir erhielten Deinen Brief, in welchem Du in Deiner Lebenswürdigkeit Uns die Nachricht sandtest, daß Du am 10. Februar in der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten des Reiches gewählt wurdest und daß Du dieses Amt angenommen hast. Wir danken Dir für Deinen Brief und beglückwünschen Dich zu der Dir übertragenen hohen Würde, und dies umsomehr, als Wir sehen, daß Du Sorge dafür tragen wirst, daß die zwischen Unserem Apostolischen

¹⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 249 vom 29. März 1919.

²⁾ Note der CPC vom 2. Mai 1919.

³⁾ Ich gebe die amtliche deutsche Uebertragung wieder; tatsächlich entspricht die Anrede „Illusterrissimo, onorevolissimo“ sinngemäß unserem deutschen „Euer Hochwohlgeboren“.

Stühle und dem Deutschen Reiche bestehenden Beziehungen nicht nur unverändert bleiben, sondern noch fester werden sollen. Mit Recht nimmst Du an, daß es an Unserer Mitarbeit hierzu nicht mangeln wird.

Indem Wir die Äußerungen Deiner Ehrerbietung und Liebenswürdigkeit erwidern, erbitten Wir von Gott alles Segensreiche und Glückliche.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, 2. April 1919.

Die Gesetzmäßigkeit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten steht außer Zweifel. Der deutsche Kaiser hatte aus freiem Entschlusse abgedankt und mag die Revolution viel verschuldet haben, daran ist sie unschuldig. Das deutsche Volk, in die Zwangslage versetzt, sich ein neues Staatsoberhaupt zu geben, wählte mit der Mehrheit der Stimmen seiner zur Nationalversammlung entsandten Vertreter Ebert zum Reichspräsidenten. Es fehlt hier jede Spur einer Usurpation, selbst die eines zu Unrecht angenommenen Titels. Das Verhalten des Vatikans ist daher vollkommen korrekt und einwandfrei gewesen.¹⁾

Nicht minder gerechtfertigt stehen aber auch die deutschen Katholiken da. Sie haben sich jederzeit für die Monarchie eingesetzt. „Weil wir Katholiken den Gottesglauben hochhalten, darum sind wir kaisertreu“ konnte mit Recht der Jesuit P. Cohausß als Deuter der monarchischen Gesinnung der Katholiken Deutschlands aussprechen. Und die am 1. November 1917 am Grabe des hl. Bonifatius versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands konnten mit bestem Gewissen die Erklärung abgeben: „Wir (Katholiken) werden stets bereit sein, wie den Altar, so auch den Thron zu schützen gegen äußere und innere Feinde,...“, denn ich wiederhole es: der deutsche Kaiserthron ist nicht gestürzt worden. Der Kaiser hat ihn ohne anderen als Gewissenszwang verlassen und den Verzicht auf die Rechte an der deutschen Kaiserkrone ausgesprochen. Von der Front weg hat er sich in das freiwillig gewählte Asyl in Holland zurückgezogen und er selbst

¹⁾ Man hat sich zum Erweise der Unzuverlässigkeit der deutschen Katholiken und des Vatikans als Stützen des Thrones in diesem Zeitabschnitte auf Aussprüche des Freiburger Kirchenhistorikers F. X. Kraus („Krause nannte ihn Justizrat Zetschwitz, Ludendorffs Verteidiger) berufen. Kraus ist für seine Behauptung den Beweis schuldig geblieben.

hat die deutschen Monarchisten der Aufgabe enthoben, irgend-
etwas zu verteidigen. Die Monarchie war einfach nicht mehr da
und die ausbrechende Revolution sah diese Frage, ob Monarchie
oder Republik, durch den Kaiser selbst bereits gelöst.

Trotzdem hat die katholische Kirche Deutschlands noch einen
letzten Beweis ihrer Gesinnungstreue gegeben. An dem Thron-
verzicht Kaiser Wilhelms konnte sie nichts ändern; dafür haben
aber ihre sämtlichen Bischöfe gemeinsam im Jahre 1919 dem
Papste die dringende Bitte unterbreitet, „S. Heiligkeit möchte
seinen ganzen Einfluß bei den Entente-Mächten geltend machen,
damit von der Forderung der Auslieferung des deutschen Kaisers
Abstand genommen würde.“¹⁾ Und Bischof Korum von Trier,
der stets am meisten verdächtigte, der „geborene Franzose“ und
„Jesuitenschüler“ (er war Elsässer und hatte bei den PP. Jesuiten
in Innsbruck seine Studien gemacht) war es, der vor General
Mangin hingetreten ist, um diesem zu erklären: „... drei
Dinge vor allem haben uns empfindlich aufgebracht: die Behand-
lung unserer Kriegsgefangenen, daß man uns die letzten Schiffe
wegnahm, mit denen wir Brotfrucht für unsere hungernde Be-
völkerung hereinbringen könnten, und das Verlangen, daß der
Kaiser vor Gericht gestellt werden müsse.“²⁾

Ende Mai ernannte die Reichsregierung Herrn von Bergen
zum Nachfolger des zurücktretenden preußischen Gesandten von
Mühlberg, einen konservativen Protestanten; zwei Katholiken
sollten ihm als Konsultoren beigegeben werden. Die Aufgaben,
welcher der Regierung durch die unerläßlich notwendige Rekon-
solidierung Deutschlands im Innern gestellt waren, sowie die
Versuche, sich außenpolitisch wenigstens einigermaßen zur Geltung
zu bringen, um einem Frieden vollständiger Vernichtung zu ent-
gehen, ließen diese Angelegenheit noch nicht so rasch zur vollen
Reife gelangen. Indessen sorgte Papst Benedikt XV. selbst für
eine verstärkte kirchliche Vertretung Deutschlands in Rom, indem
er im Konsistorium vom Dezember 1920 die Berufung des Fürst-

¹⁾ s. Trietz J., Michael Korum, Bischof von Trier 1840—1921. (Thea-
tiner-Verlag, München 1925.) S. 376.

²⁾ ebenda S. 392. Der Ex-Kaiser sandte dem Bischofe zu seinem
40. Priesterjubiläum am 2. Nov. 1920 aus der Verbannung folgende
Depesche: „In dankbarer Erinnerung Ihres Wirkens sende ich
Ihnen herzlichste Glückwünsche zum 80. Geburtstag. Gott segne
Ihren Lebenslauf und Ihre Arbeiten!“ (ebenda S. 312.)

bischofs Bertram von Breslau in das Heilige Kollegium öffentlich bekannt gab: diese Wahl war bereits im Dezember 1916 getroffen worden, der Name blieb jedoch „infolge der schmerzlichen Zeitverhältnisse, welche die öffentliche Verkündung der Erhebung verhinderten“ ¹⁾ in pectore reserviert. „Das nunmehr enthüllte Geheimnis,“ fuhr der Papst fort, „beweist zur Genüge die hohe Anerkennung, die Wir schon lange seiner Gelehrsamkeit und seinem Eifer zollen. Wir beglückwünschen ihn daher von ganzem Herzen. Möge das Licht seines Wissens weit über die Diözese Breslau hinaus erstrahlen.“

Die Nationalversammlung hatte am 31. Juli bereits die neue Reichsverfassung verabschiedet und damit ganz gewaltige Hindernisse in den meisten Bundesstaaten beseitigt, welche einst dazu aufgerichtet worden waren, das natürliche Wachstum der katholischen Kirche möglichst einzuschränken, ja z. T. geradezu unmöglich zu machen. Wenn den Katholiken da und dort im Verlaufe der Zeit manche Freiheiten eingeräumt worden sind, so sind sie ihnen nicht aus freiem Entschlusse und unter dem Impuls reinen Strebens, den Forderungen der Gerechtigkeit zu genügen, von ihren Landesherren geschenkt worden, sondern sie waren die Frucht oft langwieriger Kämpfe, erzwungen zumeist durch Veränderungen in der politischen Kräfteverteilung; im Kampfe gegen das immer bedrohlichere Anwachsen des Umsturzes sah man sich auf die Hilfe der Katholiken angewiesen. „Hatte doch der ultraprotestantischen Kreisen wie dem Evangelischen Bunde nahestehende Liberalismus mit seiner jahrzehntelangen zersetzenden Arbeit die Minen unter die Fürstenthronen gelegt und die Mineure von 1918 großgezogen.“ ²⁾ Wenn es nun gerade in der Nationalversammlung noch möglich war, das neue Deutschland vor einer rein marxistischen Verfassung zu bewahren und zu verhindern, daß alles in der roten Hochflut versank und der sozialistische, bis zum Spartakismus vorgetriebene Geist sich hemmungslos austoben konnte — Proben davon, was zu erwarten stand, liefert die Einleitung dieses Kapitels und die Münchener Räteepisode — so war dies einzig und allein den deutschen Katholiken zu

¹⁾ Worte des Papstes bei der Biretttaufsetzung, s. K. Kztg. Nr. 4 vom 29. Januar 1920.

²⁾ s. Pfeiffer, Prof. Dr. H., „Katholizismus-Marxismus-Protestantismus“ in „Allgemeine Rundschau“ Nr. 39 vom 25. September 1924.

verdanken. ¹⁾ „Wenn am 9. November 1918 und am 11. August 1919 (den Wahlen zum neuen Reichstag) keine Zentrumspartei gewesen wäre, die die kirchlichen Interessen hätte vertreten können, so hätte die evangelische Kirche ohne jeden Zweifel Konkurs anmelden müssen. . . . Es war allein das Zentrum, das der erdrückenden Macht einer politisch zusammengesetzten Masse in religiösen und kirchlichen Fragen Achtung und Zurückhaltung gebot.“ ²⁾

Während so die politische Vertretung der deutschen Katholiken sich als einziger Schutz der Stellungen des Christentum (ohne Unterschied der Konfession) erwies, fügte es die Vorsehung, daß gerade dessen schärfste Gegner in ihrem Drängen nach schrankenlosester Freiheit auch jene Ketten zerschlugen, mit denen konfessionelle Voreingenommenheit unter Mißbrauch staatlicher Machtfülle die katholische Kirche Deutschlands an ihrem natürlichen Wachstume gehindert hatte. An dieser Tatsache ändern auch gelegentliche Komplimente nichts, wie sie z. B. zwischen Kaiser Wilhelm II. und Papst Leo XIII. ausgetauscht wurden und die man gegnerischerseits fast zu Ex-cathedra-Entscheidungen erhob, um die nur allzu berechtigten fortgesetzten Klagen der Katholiken über schreiende Imparität zu entkräften. ³⁾

Es galt nun, die Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche mit dem neuen Deutschland und mit Preußen, mit den Bestimmungen der neuen Verfassung in Einklang zu bringen. Diesem Zwecke, die Besprechungen darüber einzuleiten, diente der Besuch, welchen der apostolische Nuntius Pacelli am 29. Dezember in der Reichshauptstadt machte. An der Besprechung nahmen die Vertreter des Reiches und des preußischen Staates teil und die halbamtliche Darstellung ⁴⁾ besagte, daß „Ueberein-

¹⁾ ebenda der ziffermäßige Nachweis für die Richtigkeit dieser Feststellung. In den 26 Wahlkreisen mit protestantischer Mehrheit gewannen die Marxisten die Oberhand, in den 10 Wahlkreisen mit katholischer Mehrheit erhielten die Marxisten nur 31 Prozent der Stimmen und diesem Vorsprünge ihrer Gegner von rund 3 Millionen Stimmen war es zu verdanken, daß die Sozialisten (der verschiedenen Schattierungen) in der Nationalversammlung mit 44,2 Prozent in der Minderheit blieben.

²⁾ s. Neues Sächsisches Kirchenblatt (evangelisch!) Nr. 17 vom 26. April 1920.

³⁾ s. Rost, Dr. H. Die Paritätsfrage in Preußen—Deutschland der Vorkriegszeit. („Neues Reich“ 6. Jahrg. Nr. 22, S. 465.)

⁴⁾ s. Augsburger Postzeitung“ Nr. 587 vom 31. Dezember 1919.

stimmung in der Anschauung bei allen Teilnehmern herrscht, daß der in der Bulle *De Salute Animarum* von 1821 festgelegte Vertrag durch die Reichsregierung in keinem Punkte außer Kraft gesetzt ist. Reichs- und Staatsregierung, ebenso wie der Vertreter des päpstlichen Stuhles, sind der Ansicht, daß ein Vertrag nicht einseitig aufgehoben werden kann. Allerdings ist durch die neue Reichsverfassung die preußische Regierung gezwungen, mit dem päpstlichen Stuhle in Verhandlungen betreffend Abänderung des genannten Vertrages einzutreten, und der Nuntius erklärte dazu die Bereitwilligkeit des Heiligen Stuhles. Wiederholt wurde in der Unterredung betont, daß alles, was darauf hindeuten könnte, daß die Absicht der preußischen Regierung oder der Reichsregierung durch ihre Maßnahmen gegen die Kirche und gegen den Hl. Stuhl gerichtet sei, weit zurückgewiesen werden müsse. Es sei der dringende Wunsch der deutschen Behörden, mit dem päpstlichen Stuhle in vollem Einvernehmen zu arbeiten." Laut „Germania“ ¹⁾ betonte der Nuntius wiederholt, er beurteile die Zukunft Deutschlands durchaus optimistisch, und fügte seiner Ueberzeugung, das deutsche Volk werde sich wieder emporarbeiten, die Versicherung bei, daß auch der Heilige Vater dem deutschen Volke wärmste Sympathie entgegenbringe. In gleichem Sinne äußerte sich auch der von Rom zurückgekehrte Kardinal Bertram. ²⁾

Der um jene Zeit einsetzenden Separatismus, d. h. Bestrebungen der französischen Politik, Bayern vom Reiche loszutrennen und die Aufrichtung eines Donaureiches unter Einbeziehung Oesterreichs in die Wege zu leiten, also den Gedanken Friedrichs II. von Preußen zu realisieren, hat der Heilige Stuhl keinerlei Unterstützung geliehen. Eine entgegenstehende Behauptung der römischen „Idea Nazionale“, „daß der Heilige Stuhl für die Trennung Bayerns vom Reiche eine Vorliebe gehabt habe“, beantwortete dieser sofort mit einer offiziellen Note, ³⁾ der Vatikan habe, da er als unverrückbaren Grundsatz festhalte, sich von jeder rein politischen Frage fernzuhalten, auch in diesem Falle nicht die geringste derartige Kundgebung an den Tag gelegt. „Der Heilige Stuhl messe auch der Erhaltung der deutschen Einheit im

¹⁾ vom 30. Dezember 1919.

²⁾ s. „Augsb. Postzeitung“ 1919 Nr. 586.

³⁾ s. „Bayr. Kurier“ 1920 Nr. 64.

europäischen Interesse die größte Bedeutung bei. Ueberdies hat die römische Kurie z. B. „ihre Zustimmung zum Beginn der Verhandlungen über das bayerische Konkordat nicht eher gegeben, bis sie die Gewißheit hatte, daß das bayerische Konkordat in keiner Weise als Vorschub etwaiger separatistischer Bestrebungen gegenüber dem Reich gedeutet werden könnte.“¹⁾ Der kindische Versuch, den Fortbestand der im Jahre 1803 vom Kurfürsten Maximilian Joseph von Bayern errichteten Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle, bzw. der im Anschluß an seine Deutschlandfahrt von Papst Pius VI. im Einverständnisse mit Kardinal Theodor errichteten apostolischen Nuntiatur im Sinne einer Förderung separatistischer Bestrebungen auszudeuten, richtet sich selbst.²⁾

¹⁾ s. Kardinal Faulhaber, Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen, S. 31.

²⁾ Gemacht wurde er vom Evangelischen Bund in seiner Schrift „Deutschland und der Vatikan“ S. 86; dort liest man: „So stehen wir also vor der Tatsache, daß der Vatikan eine bayerische Sondernuntiatur einrichtet im selben Augenblicke, in dem es Frankreich für angebracht hält, einen Sondergesandten nach München abzuordnen. Es haben sich zuviel Dinge ereignet . . . um nicht die Vermutung aufkommen zu lassen, daß der Vatikan . . . in den deutschen Donau- und Rheinstaaten ganz bestimmte politische Pläne begünstige, die nichts weniger als eine Einigung und Festigung des Deutschen Reiches bedeuten.“ Beweise erbringt die Schrift nicht, es sei denn die Berufung auf Cantalupo. Die unwahre Behauptung von der „Einrichtung einer Sondernuntiatur“ ist mit vollem Bewußtsein ihrer Unwahrheit ausgesprochen (vgl. „Einleitung“ S. 3). Der einzige „Beweis“ für die angebliche Richtigkeit der Beschuldigung, der Heilige Stuhl habe die französischen Bestrebungen des süddeutschen und rheinischen Separatismus unterstützt, ist die Behauptung des italienischen Journalisten Roberto Cantalupo. Auf sie beruft sich die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ Seite 73/74 und zitiert aus dessen Artikel in der italienischen Zeitschrift „Politica“, April 1923, unverändert wiedergegeben in dessen Buch „Fatti Europei e Politica Italiana 1922—24“ (Mailand, Casa Editrice Imperia, 1923.) Seite 177—196, folgenden Passus: „Cantalupo teilt weiter mit, daß namentlich Anfang 1920 Jonnart in Rom einen Druck ausübte, um von der Kurie Erklärungen zugunsten der französischen Separationspolitik in Bayern zu erlangen. Tatsächlich seien auch Benedikt XV. wie Gasparri eine Zeitlang unschlüssig gewesen und hätten den Versuch einer separatistischen Politik in Bayern als Experiment zulassen wollen, so daß man sich damit in Paris der vatikanischen Zustimmung sicher gewähnt habe. Aber noch Benedikt selbst und nach ihm Pius hätten diese Stellungnahme geändert.“ (Sperrdruck im Original). Und die München-Augsburger Abendzeitung befaßt sich in ihrer Nummer 261 vom 23. September 1924 in einer Besprechung des erwähnten Buches Cantalupos mit dem gleichen Abschnitte, indem sie schreibt: „Wir erfahren, daß schon Anfang 1920

Im Dezember 1920 kehrte der bayerische Gesandte Freiherr Ritter von Grünstein wieder zur Fortführung der nur unterbrochenen Tätigkeit nach Rom zurück und der Fortbestand dieser diplomatischen Vertretung Bayerns stand seither nicht mehr in Frage.

Der erste diplomatische Vertreter der Reichsregierung beim Heiligen Stuhle, Dr. Diego von Bergen überreichte am 30. April 1920 in die Hände Papst Benedikts XV. sein Beglaubigungsschreiben. In seiner Ansprache an S. Heiligkeit sagte er einleitend, daß „die deutsche Regierung den neuen Verhältnissen Rechnung trage und es daher für zweckmäßig und notwendig gehalten habe, beim

der französische Botschafter beim päpstlichen Stuhl Jonart (sic) einen Versuch in dieser Richtung (der Separationspolitik. D. V.) unternommen hat. . . . Der Vatikan aber war, solange Benedikt XV. lebte, schwankend: erst Ende 1920, unter dem neuen Papst Pius XI., wurde nach dem Verfasser von der Kurie die neue große Linie ihrer deutschen Politik aufgenommen!“ In der Tat schreibt Cantalupo Seite 187: „Su questo elemento di fatto faceva assegnamento sul principio del 1920 il signor Jonart, ambasciatore della Repubblica francese presso il Vaticano, allorché cominciò ad esercitare presso Benedetto XV. la sua vivace ed insistente pressione per ottenere dalla Santa Sede dichiarazioni favorevoli alla politica separatista del Quai d'Orsay.“ Und auf Seite 188: „... ma sarebbe inesatto sostenere che Benedetto XV ed il suo Segretario di Stato non siano stati in qualche momento poco decisi a dare istruzioni al Nunzio a Monaco in senso negativo. Durante il 1920 il Pontefice Della Chiesa ebbe qualche momento di incertezza e di debolezza, che poi Egli stesso in fine di quell'anno, e Papa Ratti appena salito al trono pontificio, dovevano con i fatti sconfiggere ed annullare.“ (Auch General Ludendorff hat sich in seiner großen Angriffsrede gegen den Vatikan in Hannover s. „Völkischer Kurier“ vom 30. September 1924, Folge 201 auf Cantalupo berufen und den ganzen Bau seiner Beweisführung auf ihn gestützt.) Mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß Jonart zum erstenmal am 28. Mai 1921 im Vatikan erschienen ist und sein Beglaubigungsschreiben dem Papste überreicht hat, und daß Papst Benedikt der XV. am 22. Januar 1922 starb und Pius XI. am 6. Februar 1922 zum Papste gewählt worden ist, fällt die ganze obige unwahre und rein willkürliche Konstruktion Cantalupos in sich zusammen. Erschwerend ist, daß dem Verfasser der Schrift „Deutschland und der Vatikan“ diese Tatsachen bekannt waren, denn er hat sie auf Seite 18 und 23 selbst ausgesprochen. Frei erfunden ist auch die in dieser Schrift zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit Cantalupos ausgesprochene Behauptung, dieser sei „ein persönlicher Freund des päpstlichen Nuntius in Deutschland Pacelli.“ Wie S. Excellenz Msgr. Pacelli auf Befragen mitteilte, ist ihm Cantalupo vollkommen unbekannt. P. Hugo Lang, O. S. B. schreibt u. a. in seinen „Römischen Eindrücken“ aus Rom in „Allg. Rundschau“ 1924, Nr. 25: der bayerische Gesandte beim Hl. Stuhle, Baron Ritter habe sich ihm gegenüber verbürgt, daß „die deutsche Einheit keinen energischeren Freund als gerade Kardinal Gasparri“ (den Staatssekretär Sr. Heiligkeit) habe und hatte.

Heiligen Stuhle vertreten zu sein, und im Einverständnis mit der preußischen Regierung hat sie die Umbildung der preußischen Gesandtschaft in eine Botschaft des Reiches zur Wirklichkeit werden lassen.“¹⁾ Der Botschafter erwähnte, „als Regel für seine zukünftige Tätigkeit habe er die Anweisung erhalten, die Beziehungen zwischen dem Reich und dem Heiligen Stuhle auf das freundschaftlichste zu gestalten“ und fuhr dann fort:

„.... Ich bin vollkommen und aufrichtig überzeugt, daß aus einem freundschaftlichen Verhältnisse zwischen meiner Regierung und dem Heiligen Stuhle sowie durch eine vertrauensvolle und redliche Mitarbeit ihrer Organe und Vertreter die angenehmsten und segensreichsten Ergebnisse für beide Teile und für alle erzielt werden. . . .

„In den so überaus traurigen und schmerzlichen, erst jüngst verflossenen Zeiten, erstrahlt die erhabene Person Eurer Heiligkeit lichtvoll aus der Höhe, indem sie Schmerzen und Kummernis linderte, Wohltaten austeilte und die Völker zur Wiederversöhnung anhielt. Das deutsche Volk wird sich immerdar mit lebhaftester Dankbarkeit an das menschenfreundliche Werk Eurer Heiligkeit erinnern, das unablässig darauf gerichtet war, das Schicksal der unglücklichen Gefangenen und der anderen Opfer des Krieges zu mildern, sowie den leidenden Kindern beizustehen. Das von Eurer Heiligkeit ausgeübte Liebeswerk wird ein leuchtendes Blatt in der trüben Geschichte der vergangenen Jahre bilden.

„Mit unermüdlichem Eifer hat Eure Heiligkeit mehrmals die Welt gebeten, in gemeinsamer Verbrüderung zur Friedensarbeit zurückzukehren. Ich hege noch die Hoffnung, daß in diesem kritischen, historischen Momente alle Christen und alle Menschen, die guten Willens sind, welchem Bekenntnisse sie auch angehören mögen, sich vereinigen werden zur gemeinsamen Verteidigung jener Zivilisation, deren alleinige Quelle für die Menschheit das Christentum ist.

„Möge der Allmächtige die Anstrengungen Eurer Heiligkeit segnen, damit es dazu komme, daß sich die Völker wieder brüder-

¹⁾ s. „Schles. Volksztg.“ vom 8. Mai 1920, der auch der Text der folgenden Ansprache entnommen ist. Zuverlässiges über Wesen, Zweck und Aufgabe der päpstlichen diplomatischen Vertretungen findet man in dem Buche: Wynen, A., Die päpstliche Diplomatie, geschichtlich und rechtlich dargestellt. Herder & Co., Freiburg i. Br. 1922.

lich nähern, auf daß die praktische Anwendung der Unverletzlichkeit des Völkerrechtes an Stelle des noch fortdauernden trügerischen Prinzips der Gewalt trete, denn nur auf d'ese Weise und allein nur so wird der Welt Rettung zuteil werden. Was nun die deutsche Regierung angeht, die weiter nichts als Gerechtigkeit beansprucht und sie zu geben bereit ist, so zögere ich nicht, Eure Heiligkeit zu versichern, daß sie bestrebt sein wird, loyal jedes Werk zu unterstützen, dessen Endzweck Friede und ruhige Arbeit sind. . . ."

Wenige Tage darauf teilte der Kardinal Staatssekretär der deutschen Regierung die Absicht des Heiligen Stuhles mit, eine eigene Vertretung in Berlin mit dem Titel und dem Range einer apostolischen Nuntiaturn zu errichten und sie dem Münchener Nuntius Msgr. Pacelli zu übertragen,¹⁾ und schon am 30. Juni überreichte dieser dem Reichspräsidenten das Beglaubigungsschreiben. Aus den hiebei gewechselten Ansprachen seien als besonders bedeutsam einige Stellen hervorgehoben:²⁾

Der Nuntius sagte u. a.:

„Die Errichtung einer Reichsbotschaft beim Heiligen Stuhle und dementsprechend die Gründung einer apostolischen Nuntiaturn in Berlin stellt ein Ereignis von historischer Bedeutung . . . dar und gleichzeitig eine feierliche Anerkennung des wohlthätigen, unparteilichen Wirken des Heiligen wie er während des Krieges der Verteidiger des Rechts, ein Bote der Liebe und Beförderer eines gerechten Friedens war, so auch heute nicht aufhört, mit nimmermüder väterlicher Hand das durch den unseligen Kampf angerichtete Elend zu lindern und die Versöhnung der Völker machtvoll anzustreben, gestützt auf die christlichen Grundsätze der Wahrheit und Gerechtigkeit.

„ . . . der allerhöchste Oberhirte hat mir den Auftrag erteilt, mit den zuständigen Autoritäten die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland von neuem zu regeln, wie es der neuen Lage und den heutigen Bedürfnissen entspricht. . . . Was mich betrifft, werde ich meine ganze Kraft daran setzen, die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhle und Deutschland zu pflegen und weiter zu festigen, in der Ueberzeugung, daß auf diese Weise, während die religiösen Interessen der katholischen Bevölkerung geschützt bleiben, anderseits auch das Wohl des Staates mächtig unterstützt und gefördert wird."

¹⁾ s. „Köln. Volksztg." Nr. 373 vom 16. Mai 1920.

²⁾ s. „Köln. Volksztg." Nr. 487 vom 1. Juni 1920, Morgen-Ausgabe.

Der Reichspräsident begrüßte die Herstellung „der längst erwünschten, unmittelbaren diplomatischen Beziehungen zwischen dem Päpstlichen Stuhl und der Deutschen Regierung.“ Die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in Deutschland sol'e geschehen „auf Grund der Verfassung der Republik, die vollste Gewissensfreiheit verbürgt. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß hier eine die berechtigten Interessen beider Teile dauernd befriedigende Einigung erstrebt werden muß.“ Der Nuntius dürfe „des größten Verständnisses und Entgegenkommens auf deutscher Seite von vornherein versichert sein.“ Dann fuhr der Sprecher fort:

„Darüber hinaus liegen vor uns allen Aufgaben von größtem Ernst. Die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern müssen im Geiste des Friedens und Vertrauens wiederaufgerichtet werden. Deutschland ist entschlossen, hieran mit allen Kräften mitzuarbeiten. Soll diese weltgeschichtliche Aufgabe gelöst werden, dann müssen sich alle Völker zu dem Gedanken der Nächstenliebe und Versöhnung bekennen, deren unermüdlicher Verkünder S. Heiligkeit, der Papst gewesen ist. Ich gedenke dabei seiner priesterlichen Mahnung zum Völkerfrieden, seiner nie rastenden Liebestätigkeit für die Kriegsgefangenen und die hungernden Kinder, seiner von heiligem Ernst erfüllten Kundgebung über die Wiederherstellung des Weltfriedens. Durch dieses von tätiger Menschenliebe getragene Wirken hat sich S. Heiligkeit der Papst den Dank der ganzen Welt erworben.“

Deutschland hatte nun seine revolutionäre Periode überwunden und auch in den schwersten, düstersten Stunden, da viele an seiner Wiederaufrichtung zu verzweifeln begannen, war ihm der Papst ein treuer Freund, ein nimmermüder Helfer geblieben. An der Gesinnungstreue des katholischen Volkes vor allem hatte sich die Springflut des Bolschewismus ohnmächtig gebrochen und die Kräfte dieser Gesinnung hatte es aus der ununterbrochenen Verbindung mit demjenigen gezogen, der an Christi Statt die Kirche führt. Er hat, so nahe die Versuchung lag, leichten Herzens darauf verzichtet, Deutschland gegenüber die Politik des *divide et impera* zu verfolgen und die Konfessionspolitik zu treiben, welche von jenen, die seinen Geist nicht zu fassen vermögen, ihm nahegelegt und — zu Unrecht, wie wir sahen — ihm zugeschrieben wurde.

Die Kriegsschuldfrage.

Der Deutschland zu Versailles diktierte Friede gründet sich auf die dem Vertrage einverleibte Erklärung von Deutschlands Alleinschuld an der Entfesselung des Weltkrieges. Ursprünglich war diese Anklage gegen den Kaiser allein gerichtet und noch Wilson hatte (vor dem 9. November 1918) Worte der Verteidigung für das deutsche Volk, für Deutschland gehabt. Es ist bekannt, daß besonders während des ersten Kriegsjahres die Verbandsmächte den stärksten Druck auf den Hl. Stuhl ausübten, um eine moralische Verurteilung vor der ganzen Welt zu erzwingen und so von höchster Stelle die Kriegsschuld Deutschlands aufbürden zu lassen. Trotzdem kann keine einzige Kundgebung Papst Benedikts XV. namhaft gemacht werden, welche auch nur ein Entgegenkommen gegen diese Forderung zeigt. Im Gegenteil! Nirgends ist ein Unterschied zwischen Verantwortlichen und Opfern gemacht, nirgends auch findet sich ein Eingehen auf die in zahllosen Dokumenten insbesondere geistlicher französischer Kreise ausgesprochene und unwahre Beschuldigung Deutschlands. War es politische Taktik, um sich, solange der Sieg nicht feststand, nicht festzulegen und zu kompromittieren? Nein! Man lese jene zwei wichtigen Kriegsschuld-Dokumente nach, unter denen der Name Benedikts XV. und Pius XI. steht, die Enzykliken *Ad beatissimi Apostolorum Principes*¹⁾ vom 1. November 1914 und *Ubi Arcano Dei* vom 23. Dezember 1922; dort ist so deutlich ausgesprochen, wer bzw. was die Schuld am Weltkriege trug, daß niemand sagen kann, die Päpste hätten geschwiegen.

Aber wir besitzen auch ein Dokument, das weit über eine prinzipielle Erörterung hinausgreift und sich mit der Kriegsschuldfrage, wie sie gerade von den Ententemächten gestellt ist, befaßt, um die Antwort darauf zu geben, weshalb der Papst das Amt eines Welttribunals nicht übernehmen kann. Es stammt aus einer Zeit, da das Versailler Friedensdiktat noch gar nicht abgefaßt war. Wir meinen jenen hochoffiziösen Artikel des „*Osservatore Romano*“ vom 25. Juni 1919, über die Nichtauslieferung des deutschen Kaisers und seiner Heerführer der „über die Feststellung der nächsten und entfernteren Ursachen des Krieges, um die Verantwortung daraus festzustellen und sie dem zuzuschreiben, auf den sie fällt“, schrieb:

¹⁾ s. bei Strucker, Dr. A., Die Kundgebungen Papst Benedikts XV. zum Weltfrieden S. 6.

„Eine solche juristische Beweisführung darf, wenn sie in würdiger Weise ihre Aufgabe erfüllen will, sich nicht auf Spalten der Zeitungsartikel oder auf die Strömungen der öffentlichen Meinung stützen, sondern nur auf die diplomatischen Aktenstücke, die sich in den Archiven der Kanzleien befinden. Diese Dokumente sind es, und diese allein, die die wahre Ursache des Krieges offenbaren können. Aus ihnen ergibt sich die nächste Ursache, welche die Kriegserklärung überstürzt hat, sei es die entferntere oder jene lange Zeitperiode, in welcher die bedrohlichen Gruppierungen der Mächte, die Gegenüberstellung von Bündnissen und Gegenbündnissen, der Stoß der einander widerstrebenden Interessen und der rivalisierenden Hegemonien, des zügellosen Wettseifers der Rüstungen und Kriegsvorbereitungen nichts anderes bewirkt haben, als die Tragödie zuerst gefahrdrohend und dann unvermeidlich zu machen.

Und nun fragen wir: sind die Mächte bereit, ihre Geheimarchive zu öffnen und die in ihnen verwahrten Dokumente der Öffentlichkeit anheimzustellen? Ferner, welche Bürgschaften kann das Tribunal erhalten, daß kein einziges dieser Dokumente ihm vorenthalten oder beseitigt werde? Die wahre Geschichte dieses schrecklichen Weltkrieges ist im gegenwärtigen Augenblicke nicht festzulegen. Sie wird es wahrscheinlich erst in einer mehr oder weniger fernen Zukunft sein, dann, wenn die europäischen Kanzleien ihre Archive den Forschern öffnen. Aber auch dann wird noch nicht jeder Zweifel ausgeschlossen sein und jeglicher Verdacht, daß von den Regierungen der damaligen Zeit nicht einzelne Dokumente unterdrückt oder unterschoben wurden, Aktenstücke, die geeignet wären, die näheren und die entfernteren Ursachen, die hauptsächlich Verantwortlichen und die unvermeidlichen Mitschuldigen dieses unmenschlichen Verbrechens, das der ganzen Menschheit zum Verderben gereichte, ins wahre Licht zu stellen.

Was schon im Jahre 1920, ein halbes Jahr nach diesem Dokumente, Kardinal Logue von Armagh in einem offenen Briefe an den Bischof von Nottingham schrieb¹⁾, nämlich „daß, Amerika ausgenommen, es ganz einfach ein Eroberungskrieg war“ wird allmählich zur Ueberzeugung der gesamten Menschheit. Dazu hat die konsequente Haltung der beiden Päpste das ihrige reichlich beigetragen.²⁾

¹⁾ s. „Augsb. Postztg.“ vom 16. Januar 1920.

²⁾ Schreiben wie die des Kardinals Touchet von Orléans an Kardinal Schulte von Köln (s. „Ecclesiastica“ Nr. 20 vom 19. Mai 1923) und des Kardinals Dubois vom 17. April 1921 an ebendenselben (s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 359 vom 15. Mai 1921) beweisen, daß in führenden kirchlichen Kreisen Frankreichs sich eine bessere Einsicht noch nicht durchgerungen hat.

Oesterreich.

Die Monarchie der Habsburger, trotz der aner kennenswerten Bemühungen Kaiser Karls in den militärischen und damit politischen Zusammenbruch seiner Verbündeten hineingerissen, zerwühlt durch die unter dem Deckmantel des Nationalismus arbeitende Freimaurerei, löste sich in ihre Bestandteile auf und beendete damit jenen Prozeß, den einstens der Liberalismus durch den so viel gepriesenen Zentralismus (auf Kosten des natürlichen Föderalismus) begonnen hatte. Der Kaiser, heute noch von Ignoranten des Verrates geziehen, warf nicht Krone und Szepter weg, sondern wich, sein gutes Recht verteidigend, nur der Gewalt. Konfessioneller Haß, gepart mit Gedankenlosigkeit konnte allein in dem geschichtlichen Ereignisse des Endes des habsburgischen Reiches und seiner Niederlage im fast fünf-jährigen Ringen gegen eine Mächteverbindung, in der das nach wie vor die Kirche verfolgende Rußland, das der erdrückenden Mehrheit seiner Bewohner nach protestantische England, das am furchtbaren Trennungsgesetze festhaltende Frankreich und das allen Protesten von vier Päpsten gegenüber taube Italien führten, einen „Sieg nach dem Herzen des Vatikans“ erblicken.¹⁾ Leider lagen aber auch bei den Mittelmächten die Dinge nicht restlos so, daß, falls Zweckmäßigkeitsgründe an Stelle der höheren Grundsätze die Haltung des Papstes im Weltkriege bestimmt hätten, ein Sieg dieser Seite, bei der ja nicht allein Oesterreich-Ungarn in Frage kam, den Wünschen des Vatikans entsprechen hätte können. Der Rektor des französischen Seminars in Rom, P. Le Floch, C. S. Sp., schrieb in seiner anfangs 1919 erschienenen

¹⁾ Es sind Wanderredner des „Evangelischen Bundes“, welche diese Behauptung zur Grundlage ihrer Vorträge machen. Vgl. Pastor Lic. Bräunlich am 9. Jan. 1924 in der Michaelskirche in Hof: „Der Krieg nahm den Verlauf, wie sich ihn der schlaue italienische Priester gedacht hatte. Mit Jubel konstatierte man am Schlusse den glorreichen Sieg des Katholizismus über das deutsche Luthertum . . . Ja, man hatte Ursache zu jubeln in Rom.“ (Bamberger Volksblatt, 1924 Nr. 20.) Ferner Pastor D. Hermann Kremers aus Bonn in einem Vortrage des Ev. B. zu Neuwied (lt. Bericht der Köln. Volksztg. Nr. 199 vom 12. März 1922): „Ich wage das Urteil: nicht die Entente, nicht der Sozialismus, sondern der römische Ultramontanismus ist der eigentliche Kriegsgewinnler, das Papsttum . . .“

Schrift „La Politique de Benoît XV“¹⁾ über diesen Gesichtspunkt zutreffend: „Der Hl. Stuhl konnte kaum... mit günstigem Auge den Endsieg des Deutschen Reiches ansehen, während er tausend Gründe hatte, die Vernichtung und Erniedrigung der katholischen Nationen wie Belgien und Frankreich zu fürchten... Die Wahrheit ist, daß während dieses Krieges, der niemals in der Geschichte seinesgleichen hatte, der Hl. Stuhl sich in einer höchst schwierigen und heiklen Lage befinden mußte. Einerseits konnte er nicht ohne Schrecken an die Möglichkeit eines Endsieges Deutschlands denken, eines Sieges, der den Triumph des Luthertums und Nationalismus mit der Zertrümmerung Frankreichs und Belgiens besiegelt hätte. Andererseits sah er ebenfalls mit dem lebhaftesten Bangen die Erfüllung der Versprechen, die im Falle eines Ententesieges Rußland gemacht waren.“²⁾ Viele sind der Meinung, daß die Erfüllung jener Versprechen die europäische Freiheit, Unabhängigkeit und Gesittung schwer gefährdet haben würde; bei der bekannten Regierungsweise des Zaren hätte ihre Ausführung sicher in einer nahen Zukunft die völlige Unterdrückung des Katholizismus im Osten zur Folge gehabt. Angesichts einer so peinvollen Sachlage und der ent-

¹⁾ Réponse aux articles anonymes de la Revue de Paris. 2e tirage. Paris 1919. Tequi (Italienisch wiedergegeben in der „Civiltà Cattolica“ in längeren Auszügen, in Heft 5. April 1919.) S. 13, Zeile 29—34, S. 14, Z. 17—18 und S. 15, Z. 1—16. Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ verwendet diesen Absatz der erwähnten Schrift des P. Le Floch, indem sie daraus ein Zitat wiedergibt, das die Parteinahme des Hl. Stuhles gegen Deutschland beweisen soll. Von diesem in Anführungszeichen im Sperrdruck gedruckten Zitat von 18 Zeilen sind die ersten 5 Zeilen in der Schrift überhaupt nicht enthalten; die folgenden 6 Zeilen sind im Original von den weiteren 7 Zeilen durch eine ganze Seite Text getrennt, und bei diesen letzten 7 Zeilen wird der Zusammenhang willkürlich auseinandergerissen, wodurch ein anderer Sinn entsteht. Die Tatsache, daß die nicht unter Zensur der päpstlichen Staatssekretarie erscheinende Civiltà Cattolica (die gegenteilige Behauptung des Ev. Bundes ist unrichtig!) aus der Schrift des P. Le Floch wiedergegeben hat, muß sodann dazu herhalten, um den Vatikan für den also verunstalteten Text verantwortlich zu machen.

²⁾ Freie Hand bei Bestimmung der Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn (Dok. 507 der Veröffentlichungen der russischen Regierung in Iswestija vom 23. Nov. 1917) und laut Miljukow's „Die territorialen Eroberungen Rußlands“: Ostgalizien und das ungarische Karpathengebiet, Westgalizien und Posen, Ostpreußen einschließlich Königsbergs zwecks Errichtung eines neuen Ostsee-Gouvernements, den Bosphorus und die Dardanellen mit Konstantinopel und entsprechendem Gebiete einschließlich Adrianopels, Transkaukasien von Zivin bis Bajazet und Türkisch-Armenien.

setzlichen Leiden, die der Krieg in einem fort vermehrte, sieht man, wie der Hl. Stuhl im Namen der Religion und der Menschlichkeit die dringlichsten Mahnungen wiederholte, um die Völker zu bewegen, einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schließen." Alle Gründe zusammengenommen würde sich also ein Eingreifen in die Politik des Krieges schon aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit verboten haben; Tatsache ist aber, daß soweit ein solches Eingreifen (aber nur zum Zwecke des Friedens!) vorlag, es am Willen zum Kriege führender Mächte auf beiden Seiten scheiterte. Die politische Ohnmacht des Hl. Stuhles, dekretiert sogar durch einen internationalen Vertrag wie das Londoner Abkommen, die Taubheit der Völker gegenüber den Worten des Papstes und seine eigene Wehrlosigkeit zwangen ihn, den Dingen ihren Lauf zu lassen und an das Walten einer göttlichen Vorsehung allein zu glauben. Er konnte Oesterreich-Ungarn nicht helfen. Politisch waren dort auch jene Männer zu führender Macht gelangt, die wir als aktive Teilnehmer im Juni 1917 auf dem Internationalen Freimaurer-Kongreß zu Paris bereits die künftige Aufteilung Europas vornehmen sahen; sie vertraten Polen, Tschechien, Jugoslawien und Rumänien, während „Bruder“ Karolyi für Ungarn von der Schweiz aus die Fäden spann. Mit dem Kriegsende sah sich der Vatikan in den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten überall freimaurerisch-antiklerikalen Regierungen gegenüber, während im Reststaate Deutsch-Oesterreich so wie in Deutschland nicht weniger kirchenfeindlich eingestellte Sozialisten sich in den Besitz der Macht gesetzt hatten. ¹⁾

Nach dem Zusammenbruche mußte sich auch in Deutsch-Oesterreich erst wieder irgendein Verhältnis zwischen dem Staate und der obersten Leitung der Kirche bilden und die Anfänge dazu waren durch den von Parteilichkeit stark beeinflussten Dilettantismus des neuen Wiener Ministers des Aeußern, des jüdischen Sozialisten und Berufspolitikers Dr. Bauer einer erheblichen Belastung ausgesetzt. Persönliche Taktlosigkeiten gegenüber dem apostolischen Nuntius Msgr. Valfré di Bonzo, zu denen

¹⁾ Das Schreiben Papst Pius XI. vom 10. Juni 1923 (K. Kztg. 1923, Nr. 27) an den österreichischen Katholikentag führt über diese Periode Oesterreichs, über Sozialisten und Abfallapostel, eine sehr eindeutige Sprache.

die neuen Regierungsmänner die „Arbeiter-Zeitung“ benützten, ließen das in Wien beglaubigte diplomatische Korps bereits einen gemeinsamen Schritt in Aussicht nehmen. Als dann sozialistische Agitatoren am 9. Februar 1919 einen Pontifikalsegen in der Trinitarierkirche durch Verwendung von Reizgas störten, überreichte das gesamte diplomatische Korps dem Staatsamt für Aeüßeres eine überaus geharnischte Protestnote dagegen, daß „das Staatsamt für Aeüßeres für die persönliche Sicherheit der ausländischen diplomatischen Vertreter in keiner Weise Vorsorge getragen habe und Dr. Bauer erst eingriff, nachdem die Presse die Sache zur Sprache gebracht habe. . . Außerdem ist im Organ des Staatssekretärs Dr. Bauer, der „Arbeiter-Zeitung“ eine nach Inhalt, Form und Zweckandeutung vom Auswärtigen Amte inspirierte „Aufforderung an den Nuntius“ erschienen, welche eine Reihe von höhnischen Bemerkungen enthält . . . und sind darin mehrere Drohungen und Warnungen ausgesprochen . . .“ Das ganze diplomatische Korps erklärte sich mit dem Nuntius solidarisch und durch das Vorgehen des Staatssekretärs beleidigt.¹⁾

Dem Wunsche des Nuntius nach einer versöhnlichen Beilegung gemäß wurde durch Verwendung des Vertreters Hollands und Sektionschef Baron Eichhoff eine Note vereinbart, durch welche der Zwischenfall als erledigt betrachtet werden konnte.

Die Anschlußbestrebungen²⁾ der unitaristisch eingestellten sozialistischen Wiener Regierungsmänner ließen naturgemäß das Verhältnis zur Kirche vorläufig in Schwebе, doch hat das österreichische Staatsamt für Aeüßeres im Wege der Wiener Nuntiatur den Hl. Stuhl von der Gründung der „Republik Deutschösterreich“ amtlich verständigt.³⁾

Wie überall verfuhrē auch in Deutsch-Oesterreich die durch den Umsturz zur Herrschaft gekommenen Sozialdemokraten nach dem gleichen Schema und riefen sofort die Trennung von Kirche

¹⁾ Verleumderischen Klatsch gegen den Nuntius verbreitete auch Nowak in einem Buche, betitelt „Der Weg zur Katastrophe“, Klatsch, der leider vom k. u. k. Hauptquartier seinen Ausgang nahm und von dem ich bereits 1917 durch den preußischen Gesandten beim Vatikan Kenntnis erhielt.

²⁾ Nichts irgendwie Stichhaltiges ist dafür beigebracht worden, daß der Vatikan Bestrebungen der französischen Politik, wie sie von den Gesandten Allizé-Wien und Dard-München ausgingen, je sein Ohr lich.

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1918 Nr 48.

und Staat aus; doch ging schon der erste praktische Versuch in dieser Richtung fehl, indem die Gesetzesvorlage betreffend Zulassung der Ehescheidung, die sogenannte „Ehereform“, von der Volksvertretung mit einer Mehrheit von zehn Stimmen verworfen wurde. Das Bekanntwerden des Schicksals, welches man in Paris Oesterreich zgedacht hatte, wirkte jedoch sehr rasch abkühlend auf solche Kulturkampfgeleüste und schon im September 1919 gab der österreichische Staatskanzler Dr. Renner, Sozialdemokrat, beim Empfang der Chefs der auswärtigen Missionen gegenüber dem Nuntius Msgr. Valfré di Bonzo „der Hoffnung Ausdruck, daß die Beziehungen der Republik Oesterreich zum Apostolischen Stuhle gleich herzlich bleiben wie bisher.“¹⁾ Gleichzeitig dankte er ihm für die Bemühungen des Papstes zugunsten der österreichischen Kriegsgefangenen und der notleidenden Bevölkerung.

Um das Unheil der Zerfetzung Oesterreichs aufzuhalten, hatte im Namen des österreichischen Episkopates angesichts der ungeheuerlichen Friedensbedingungen noch Kardinal Piffl von Wien beim Papste einen Versuch gemacht, der aber mehr den Zweck eines öffentlichen Protestes haben dürfte, denn daß die Verbandsmächte Rom alle Türen zur Einflußnahme auf die Friedenskonferenz gewaltsam versperrt hatten, war um jene Zeit kein Geheimnis mehr. Kardinal Gasparri konnte denn auch in seiner Antwort²⁾ auf die Bestrebungen des Papstes für „einen gerechten und dauerhaften Frieden“ verweisen. „Bedacht auf das wahre Wohl der Völker hegte S. Heiligkeit die frohe Zuversicht, daß der Friedensschluß doch das Ende des unseligen Völkerhasses bedeuten und für die ganze Welt eine Aera wahrhaft brüderlicher Liebe und Gemeinschaftssinnes, unerschütterlicher Ruhe und wahrer Wohlfahrt heraufführen werde. Ich kann Ew. Eminenz, Ihre ehrwürdigen Mitbrüder im Episkopat und alle, die vom Hl. Vater eine Intervention in Sachen der Friedensbedingungen erwarten, versichern, daß der Hl. Stuhl in dieser Richtung bereits tätig ist und nicht unterlassen wird, alles nur Mögliche zu tun.“ Auch die Südtiroler Deutschen, unter das Joch der Fremdherrschaft gepreßt, sandten in ihrer Not eine Abordnung an den Hl. Vater, der „die traurige Lage des Landes

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 39, S. 312.

²⁾ vom 3. Juli 1919, abgedr. in „K. Kztg.“ 1919 Nr. 37, S. 291.

bedauerte und versprach, seine ganze Fürsorge dem südtirolischen Volke zuzuwenden.“¹⁾

Anfangs 1920 ernannte die österreichische Regierung Hofrat Dr. von Pastor zu ihrem Gesandten beim Vatikan und Staatskanzler Dr. Renner dankte bei seinem Besuche in Rom am 9. April Papst Benedikt XV. persönlich dafür, „daß die römische Kurie in Anerkennung der Republik Oesterreich vorangegangen war, was für viele Staaten eine beispielgebende Wirkung hatte.“²⁾ Er bat, der Hl. Stuhl wolle der jungen Republik seine Geneigtheit bewahren und erhielt vom Papste für den Kärntner Fürsterzbischof Piffl von Wien für wohltätige Zwecke eine Gabe von einer Million Kronen mit.

Während die Herren der Welt, die Sieger im Weltkriege, von Ort zu Ort ziehend in immer neuen Konferenzen sich um die Beute stritten, stieg die Flut von Not und Elend höher und höher. Oesterreich vor allem war am Rande der Verzweiflung, das Opfer des Diktatfriedens von St. Germain. Hat der Papst zu diesem geschwiegen? Nein! Er benützte den einzigen, ihm offenstehenden Weg und wohl wissend, daß ein sogenannter flammender Protest, wie Kurzsichtige ihn bei jeder Gelegenheit fordern, Oesterreichs Lage nicht um ein Jota gebessert haben würde, wohl aber die Geneigtheit der Siegerstaaten, auf das Wort des Völkerhirten zu hören, in trotziige offene Feindschaft verwandeln mußte, richtete er an seinen Staatssekretär am 24. Januar 1921 ein als diplomatische Note allen beim Vatikan vertretenen Mächten überreichtes Schreiben folgenden Wortlautes:

Herr Kardinal!

Die einzigartige und traurige Lage, in der sich Oesterreich infolge der Kriegsvorfälle und des Friedensvertrages heute befindet, hat nachgerade einen solchen Ernst angenommen, daß Wir nicht länger in Schweigen verharren können. Diese edle und ausgezeichnete Nation, die im Verlaufe der Jahrhunderte durch die Verteidigung des Glaubens und der christlichen Zivilisation sich so viele Verdienste erworben hat, hat all ihren alten Glanz verloren und ist auf ungefähr sechs Millionen Einwohner herabgedrückt, von denen sich mindestens ein Drittel in der Stadt Wien allein befindet. Und während früher jene Hauptstadt der Mittelpunkt eines ausgedehnten und blühenden Reiches war, aus dem ihm im Ueberflusse Hilfsmittel und

¹⁾ s. „Reichspost“ Nr. 380 vom 27. Okt. 1919.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920 Nr. 15, S. 118.

Erzeugnisse aller Art zuflossen, gleicht sie jetzt einem vom Körper getrennten Kopfe und ringt mit den Schrecken des Elendes und der Verzweiflung. Nachdem der Handel aufgehört hat, die Industrie gelähmt und das Geld ungeheuer entwertet ist, ist nicht zu sehen, wie Oesterreich in sich selbst die Mittel finden können sollte, um als Staat fortzubestehen und seiner Bevölkerung Brot und Arbeit zu geben. Die Folgen dieser Zustände wirken in entsetzlicher Weise auf alle Gesellschaftsklassen, insbesondere auf die Bedürftigen, auf die Kranken und Kinder ein, zu deren Gunsten Wir wiederholt die Nächstenliebe der Guten angerufen haben. Es ist wahr, daß verschiedene Regierungen angesichts einer so schmerzlichen Feststellung von Mitempfinden bewegt, Hilfe und Unterstützungen versprochen haben, aber auch wenn diese Hilfe schleunigst geleistet würde, vermöchte sie nicht wirksam zu werden, da Oesterreich, wie Wir angedeutet haben, die Lebens Elemente selbst fehlen. Indem Wir diese überaus traurige Lage hervorheben, beabsichtigen Wir nicht, nachzuforschen, wo die Verantwortlichkeit oder die Schuld liegt. Wir beklagen nur, und die öffentliche Meinung bestätigt es einmütig, daß die gegenwärtige Lage Oesterreichs vollkommen unhaltbar ist, da sie einer ganzen Nation die Möglichkeit nimmt, sich die Mittel zum Unterhalte zu verschaffen, die der Schöpfer für alle Menschen zur Verfügung gestellt hat.

Indem Wir Unsere Stimme erheben, sind Wir, Herr Kardinal, sicher, die Gefühle der Menschlichkeit und christlichen Bruderliebe zu verdolmetschen, die in jedem von Natur aus guten Herzen wohnen und welche alle gebildeten Völker, ohne Unterschied, ob Sieger, Besiegte oder Neutrale, gegenüber dem unglücklichen Lose Oesterreichs klar bekundet haben. Uebrigens ist es nicht Unsere Absicht, eine praktische Lösung der Frage vorzuschlagen, denn da diese ausnehmend politischen Charakters ist, obliegt es den Regierungen, sie zu lösen, insbesondere jenen, die ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag gesetzt haben. Bewegt von der Liebe des göttlichen Meisters, die alle, insbesondere die Leidenden umfaßt, beschränken Wir Uns darauf, Sie, Herr Kardinal, einzuladen, die Aufmerksamkeit des heil. Stuhls beglaubigten Korps, insbesondere jener, welche wirksamer einzugreifen imstande sind, auf diese hochernste Angelegenheit zu lenken, damit sie sich bei ihren entsprechenden Regierungen zu Dolmetschern Unseres Wunsches machen und, beseelt von den hohen Grundsätzen der Menschlichkeit, sie auf das Mittel hinweisen, um jene zu verwirklichen. . ."

„Der Papst ist mit diesem Dokumente auf der Friedenskonferenz erschienen," schrieb die „Unità Cattolica", und um die

Wirkung der Note noch möglichst zu verstärken, kommentierte „Osservatore Romano“ ¹⁾ dieselbe noch besonders ausführlich; die Gleichgültigkeit der Verbandsmächte sei „ein Verbrechen an der Zivilisation. Wieder einmal stehe abstrakte Politik, welche nur Vorurteilen und eigensüchtigen Interessen entspreche, im Gegensatz zur Sendung des Papstes.“ ²⁾ Komme keine Hilfe, so gebe es für Oesterreich nur die Katastrophe und für Europa nur die beständige Drohung eines Wien als Herd von Unruhen, näher, aber nicht weniger furchtbar als Moskau.

Diese Tat des Papstes hat die Mächte, in deren Hand die Verantwortung lag, aufgerüttelt und jener Erkenntnis vorgearbeitet, an welche ein Jahr später der Kanzler Dr. Ignatz Seipel anknüpfend das Rettungswerk in Angriff nahm. Vorher aber mußte sich noch Dr. Michael Mayr als Bundeskanzler opfern und in äußerlich fruchtlosen Anstrengungen den Rest seiner Kräfte aufreiben, um den letzten Beweis zu erbringen, daß Oesterreich sich selbst zu helfen nicht imstande war. Freilich hatte auch dieses Oesterreich nochmals eine Schuld auf sich geladen, es hat seinen letzten Kaiser Karl, der mittellos im Exil starb, noch seines persönlichen Eigentums beraubt; wohl hat König Alphons von Spanien den Papst, er möge sich dafür einsetzen, daß der unglücklichen Witwe wenigstens die nötigsten Subsistenzmittel gewährt werden, doch hatte dieser schon zuvor in diesem Sinne Schritte getan und war bemüht, ihr auch die volle Freiheit des Aufenthaltes zu erwirken. „Entsprechend seiner christlichen Gesinnung,“ schrieb „Osservatore Romano“ ³⁾ anlässlich des Hinscheidens des Exkaisers, „war es Kaiser Karl nicht so sehr um das Interesse seines Reiches oder seiner Dynastie, sondern um das seiner Völker zu tun gewesen, dem Kriege ein Ende zu bereiten und jenen die traurigen Folgen einer Niederlage zu ersparen; es ist dies eine Seite seines Lebens, die zu vergessen oder zu verkennen ungerecht wäre.“ Monat um Monat vergeht und im August 1922 „taucht das österreichische Problem von neuem dringlich und unaufschiebbar auf. . . Die Wirklichkeit klopft mit einer Eindringlichkeit an die Tore, die

¹⁾ vom 26. Januar 1921.

²⁾ s. a. meinen Kommentar hiezu in „Das Neue Reich“ 3. Jahrg. 1921, Nr. 23, S. 449.

³⁾ vom 3. und 7. April 1922.

sich durch nichts mehr verhüllen läßt. Es handelt sich nicht um die „Mittel zum Leben“ oder um die „Möglichkeit zu Leben“, sondern vielmehr darum, seinen organischen Fehler, der sein Funktionieren verhindert, festzustellen. Die Lenker der österreichischen Republik haben niemals diese ernste und übrigens leicht kontrollierbare Wahrheit verhüllt, und sie verhüllen sie auch heute nicht, während sie von neuem durch die Hauptstädte Europas pilgernd den schmerzlichen Appell wiederholen, ja, sie sprechen sogar von der Notwendigkeit einer Annexion, dem Opfer der eigenen Unabhängigkeit, um den Bürgern das Leben zu sichern; etwas Neues in der Geschichte! Und während wir uns mit jenen vereinen, welche — und wäre es auch zu andersgearteten und entgegengesetzten Zwecken — ein wirksames Eingreifen der europäischen Nationen zur Rettung eines Volkes fordern, dessen Todeskampf Ursache von für uns alle verhängnisvollen Konvulsionen werden kann, heben wir nochmals hervor, daß jedwedes Eingreifen, wenn es wirksam sein soll, nur mehr ein endgültiges sein kann . . .” So mahnte ein letztesmal der „Osservatore Romano“ ¹⁾ als wenige Wochen später der christlich-soziale Abgeordnete Prälat Dr. Ignatz Seipel sich entschloß, das von niemand mehr begehrte, von allen anderen gemiedene Amt des Bundeskanzlers anzunehmen und den Versuch, Oesterreich zu retten und wiederaufzurichten, zu wagen, mit welchem Erfolge, weiß die ganze Welt. Am Ostersonntage des Jahres 1923 abends 8 Uhr kniete er vor Papst Pius XI., legte im Anschlusse daran dem Kardinal Staatssekretär die Richtlinien der österreichischen Politik dar und besprach die schwebenden Fragen der Kirchenpolitik und alle großen Fragen, welche Staat und Kirche im allgemeinen und die österreichischen Verhältnisse im besonderen betreffen. Die besonderen Umstände, die dazu geführt hatten, daß damals in Oesterreich ein katholischer Priester die Staatsgeschäfte führte, fanden im Vatikan volle Würdigung.

Seit dem 22. Februar 1923 vertritt Msgr. Sibia, Erzbischof von Sidon den Heiligen Stuhl als Nuntius bei der Wiener Regierung, ein die deutsche Sprache vollkommen beherrschender Diplomat, wie denn die Kenntnis dieser Sprache mehr und mehr sich auch in der päpstlichen Diplomatie Bahn bricht. Mit

¹⁾ vom 24. August 1922.

den Worten, daß „der Heilige Vater mit gleicher Liebe alle Völker umfaßt, besonders aber jene, die in Drangsal sind, und er, soweit es in seinen Kräften stehe, die bisherige Hilfstätigkeit für Oesterreich weiterzuführen gewillt sei“¹⁾ hat er sich bei seinem Amtsantritte in Wien eingeführt.

. Allein in Tirol hat sich bisher eine kirchliche Neuordnung durch die Verhältnisse notwendig gemacht. Die unsinnige Teilung dieses Landes mit seiner tausendjährigen Geschichte, zerriß auch die Diözese Brixen, welche jetzt durch die neue politische Grenze entzwei geschnitten ist, sodaß Nordtirol von seinem kirchlichen Mittelpunkt abgetrennt ist. Die Verkehrsbehinderung durch die Italiener legte die bereits im Januar 1919 ausgeführte Maßnahme nahe, eine Apostolische Delegatur für diese nicht besetzten Teile der Diözese zu schaffen, deren Leitung dem Weihbischöfe Msgr. Siegmund Waitz übertragen wurde. Die bereits so gut wie beschlossene Zuteilung des gesamten Deutschen Sprachgebietes Südtirols an Brixen unter Loslösung aus dem Diözesanverbande von Trient mußte im letzten Augenblicke auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da sich starke staatliche Einflüsse entgegenstellten.

Ungarn.

Graf Michael Karoly, der Exponent der ungarisch-jüdischen Freimaurerei, hatte auch in Budapest der Revolution zum Siege verholfen und am 16. November 1918 wurde die Republik ausgerufen und die rote Fahne gehißt, während Rumänen, Tschechen und Serben bereits die Grenzen des Landes überschritten hatten und unaufhaltsam vordrangen. Im Lande spukte der Rätegedanke und die Revolution hatte auch in diesem Lande die Bande der Sittlichkeit gelockert und zur Beseitigung unbequem empfundener Gesetze gereizt. Selbst unter der katholischen Geistlichkeit hatte sich ein „Klerus-Sowjet“ gebildet, der am 7. November sein „Reform“-Programm aufstellte. Neben manchen gewiß berechtigten Forderungen, wie einem Ausgleiche der Entlohnung, Errichtung von Erholungsheimen, Teilung zu großer Pfarreien, Abhaltung von Diözesansynoden, befanden sich aber auch solche wie die Wahl der Bischöfe durch Klerus und Laien, Beseitigung der

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 9, S. 69.

Verpflichtung des Tragens geistlicher Gewandung, Beschränkung der kirchlichen Zensur. Immerhin hielt man sich sehr in gewissen Grenzen und Forderungen wie die Errichtung einer Nuntiatur in Budapest, eine mächtige Presseaktion und Gründung christlicher Blätter bewiesen wahrhaft christlichen Geist und fanden auch ihre Erfüllung. Der Episkopat versagte jedoch, wenn auch nicht in schroff abstoßender Form, dem „Klerus-Sowjet“ die Billigung. Die Reformer sahen sich alsbald den schlagenden kirchenrechtlichen Einwänden des Zysterziensers Professor Dr. Baranyay ¹⁾ gegenübergestellt, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Zwar versuchten auf dem Kongreß des „Sowjets“ am 14. und 15. Januar 1919 einige Zölibatsgegner Stimmung für ihre Wünsche zu machen, aber es kam nicht einmal zu Beschlüssen; die Ernüchterung hatte schon stark eingesetzt und als der sozialistische Unterrichtsminister Kunfi (ehemals Kohn) mit der Unterdrückung des Religionsunterrichtes in der Schule Ernst zu machen sich anschickte, protestierte man in machtvoller Kundgebung bereits gemeinsam mit gläubigen Protestanten und Juden. Geistliche Diözesan-Klerusvereinigungen gruben dem „Klerus-Sowjet“ das Wasser immer mehr ab, zumal auch der neue Kultusminister Vaß ihm durch das Versprechen rascher Durchführung der Katholikenautonomie und einer gerechteren Gehaltsverteilung den Wind aus den Segeln genommen hatte. Ende März trat Vaß in Verhandlungen mit dem Wiener Nuntius wegen Errichtung einer eigenen Nuntiatur in Budapest und kurz darauf verlautete, daß bereits ein Vertreter der Regierung, ein Dr. Oskar Charmant, in Rom die Verbindung mit dem Hl. Stuhle aufgenommen habe. Einen starken Stoß erhielt der „Klerus-Sowjet“ durch den Eintritt seines Vorsitzenden Szalay in das Kultusministerium (als Referent für Kirchenpolitik), sodaß die Anhängerschaft bis auf einen kleinen Rest zusammenschmolz. Ende März, am 21., übergab der Verräter Karolyi, der mit seiner Regierungskunst vollkommen abgewirtschaftet hatte, dem russisch-jüdischen Bolschewismus nach längst im Geheimen geführten Verhandlungen das Land, in welchem nun Bela Kun und der Bluthund Szamuely ihre Terrorherrschaft aufrichteten. Trennung von Kirche und Staat, Liquidation des kirchlichen Eigentumes, Entziehung des Gehaltes,

¹⁾ in „Egyházy Közlöny“ vom 15. Dez. 1918.

Vertreibung des Ordensklerus aus den säkularisierten Klöstern, damit kündigte sich die neue Weltverbesserung an.¹⁾ Aber was die Kommunisten dem Klerus nahmen, ersetzte ihm reichlich das gläubige Volk; mit ganz verschwindenden Ausnahmen hielt sich die Geistlichkeit tadellos und einige Mitglieder ihres Standes fielen dem Blutdurste der bolschewistischen Henker zum Opfer. Deren Herrschaft wurde im folgenden August bereits gestürzt und durch eine entschieden christlich-nationale abgelöst. Die Anerkennung der höchsten Stelle für die Haltung der Kirche Ungarns in der Rätezeit ist in einem Handschreiben Papst Benedikts XV. an Kardinal Czernoch von Gran ausgesprochen, in dem es u. a. heißt: „Ihr habt alles erlitten und ertragen, was zügellose, vom Kirchenhaß geleitete Menschen nur zum Schaden der Kirche ausdenken können. Aus den Berichten des Veszprimer und Waitzener Bischofs haben Wir aus einer langen Reihe sehr trauriger Tatsachen auch vieles entnommen, was Uns zur Freude gereicht. Wir erfuhren, daß Eurer Würde keine Einbuße wurde, daß Ihr mit heldenhaftem Mute alle Heimsuchungen ertragen und dem Klerus und Volke glänzende Beispiele tugendhafter Haltung gegeben habt. Wir loben den Klerus wegen seiner Haltung, dessen größter Teil, dem Beispiele der Führer folgend, sich als treu erwiesen hat.“²⁾ Der Papst versichert auch, daß er nichts verabsäumen werde, womit er der ungarischen Nation nützen könne, deren hervorragende Verdienste um die Kirche er anerkenne. Im Friedensdiktate von Trianon wurde auch Ungarn zerschlagen und größtenteils unter Tschechien, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt und diese Zertrümmerung fiel umso radikaler aus, als Land und Volk in rücksichtsloser Weise die Giftbeule des Freimaurertums ausgeschnitten hatten. Welche ungeheuren Verluste der Friede von Trianon für die Kirche bedeutete und brachte, werden wir in den Kapiteln über jene drei Nachfolgestaaten zu sehen bekommen.³⁾

Im Juli des folgenden Jahres (1920) wurden durch Errichtung einer Nuntiatur in Budapest, bzw. einer Gesandtschaft beim

¹⁾ s. die ausführliche Darstellung „Rätediktatur und Kirche in Ungarn“ von Msgr. Dr. N. Pfeiffer in „K. Kztg.“ 1919 Nr. 33, S. 360 uff. und „die Kirche unter Bela Kun“ in „Neues Reich“ 2. Jahrg. Nr. 4.

²⁾ datiert vom 14. Sept. 1919. s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 44, S. 348.

³⁾ s. a. „Das Neue Reich“ 3. Jahrg. 1921 Nr. 21, S. 418/419.

Vatikan die direkten diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Am 26. Juli überreichte Graf Somssich von Saard dem Papste sein Beglaubigungsschreiben als a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister und am 3. Oktober hielt der apostolische Nuntius Msgr. Schioppa, Tit.-Erzbischof von Justinianopolis seinen feierlichen Einzug in Ungarns Hauptstadt. Drei Tage später überreichte auch er sein Akkreditivschreiben und trat damit sein Amt an. Seine Tätigkeit konnte sich vorerst in der Hauptsache nur auf caritativem Gebiete entfalten, denn es gab im Lande infolge der ungerechten Zerstückelung durch die Friedensverträge und die rücksichtslose Enteignung und Ausweisung zahlloser ungarischer Staatsbürger aus den annektierten Gebieten ungeheuer viel Not. Die rücksichtslose Behandlung, deren Gegenstand ja seit dem August 1917, ja seit der Unterzeichnung des Londoner Abkommens der Papst seitens der Verbandsmächte gewesen ist, zerstörte auch bezüglich Ungarns jede Aussicht auf ein erfolgreiches Eingreifen.

Zur unglücklichen Episode des letzten Versuches Kaiser Karls, seine Rechte als gekrönter König von Ungarn zu wahren und dem Verrate die Stirne zu bieten, äußerte sich der Vertreter des Papstes mit den aner kennenswerten Worten: „König Karl und Königin Zita sind keine gewöhnlichen Menschen, sondern wahrhaft biblische Gestalten. Ich habe in meinem Leben viel gesehen und mitgemacht. Dieser Abschied vom Königspaare wird unvergeßlich in mir fortleben. Es war für mich Priester erhebend und lehrreich, zu sehen, daß es noch wirklich hochstehende Menschen, wahrhafte Christen und reine Seelen gibt. Mit übermenschlicher Seelenruhe ergab sich König Karl in sein Schicksal. Ich wollte ihn trösten, doch er tröstete mich mit den Worten: das ist Gottes Wille!“ ¹⁾

In seiner Not suchte auch das katholische Ungarn Trost beim gemeinsamen Vater in Rom und „mit dankbarem und pietätvollem Herzen erinnerte es sich der Wohltaten, mit denen der Hl. Stuhl dieses Land in allen Widerwärtigkeiten in unerschöpflicher Freigebigkeit überhäuft hat. Das Land hat,“ so fährt der neue Papst Pius XI. in seinem Schreiben vom 2. Mai 1922 an Kardinal Czernoch fort, „diese Wohltaten verdient! Die

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 4, S. 29.

Geschichte zeugt von vielen ruhmvollen Taten der Ungarn zum Besten der Kirche." Im besonderen wird die unverbrüchliche Anhänglichkeit der Ungarn an den katholischen Glauben gerühmt. „Da Wir jetzt zum erstenmal zu Euch sprechen, benützen Wir die Gelegenheit, um die Ungarn mit diesem apostolischen Worte zu ermahnen: Seid standhaft im Glauben und bringt keine Schande über Euren Ruhm! Diese Mahnung wird, wie Ihr wohl wißt, durch die gegenwärtigen Zeitläufe gerechtfertigt. Gleich wie in anderen Ländern umgeben auch in Ungarn als Ausfluß des Zeitgeistes viele Gefahren die Katholiken, worauf Wir Eure Aufmerksamkeit lenken müssen. . . .“¹⁾

„Wenn der Papst mit euch ist, habt ihr nichts zu befürchten, denn wo der Papst ist, da ist die Gerechtigkeit, die Wahrheit und die Liebe, jene drei Kräfte, jene drei Leuchten, welche ein Volk groß machen und stark.“ So der Nuntius auf dem ungarischen Katholikentag zu Szeged.²⁾ „Wenn heute alle Nationen und alle Völker von einem Sturme erregt werden, fuhr er fort, der in der Geschichte seinesgleichen nicht hat, so ist die Krise, welche sie durchmachen, mehr noch als eine wirtschaftliche und politische, eine moralische Krise. Die Wahrheit, die Gerechtigkeit und die Liebe scheinen aus dem Leben der Nationen verschwunden. Gegenüber der Wahrheit triumphiert die Lüge, gegenüber der Gerechtigkeit die rohe Gewalt, gegenüber der Liebe die kalte Ichsucht. . . . Der Friede wurde unterzeichnet, aber noch nicht geschlossen; der Friede wurde verkündet, aber noch nicht durchgeführt; der Friede wird jeden Tag angerufen, aber er ist immer noch nicht erreicht. . . . Während die Menschen desselben Blutes wütend gegen einander schreien: Haß! Blut! Rache! hat der Papst allein gerufen: Friede! Liebe! Verzeihung!“

Der ungarische Minister-Präsident Graf Bethlen erschien im Juli 1923 persönlich im Vatikan, nachdem ihm unmittelbar zuvor das Großkreuz des Piusordens „nicht als eine alten Gepflogenheiten entsprechende Auszeichnung, sondern als Zeichen der päpstlichen Hochachtung für die Person des Beliehenen“ verliehen wurde.

¹⁾ s. Acta Apost. Sedis 1922 Nr. 14.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 21. Sept. 1922.

Daß es an Stoff zu einem neuen Abkommen zwischen dem Hl. Stuhle und Ungarn nicht fehlt, dafür hat schon das Friedensdiktat von Trianon gesorgt. Auch die (derzeit vorwiegend calvinistische) ungarische Regierung will sich nicht darein schicken, daß mit dem Aufhören der effektiven Herrschaft des habsburgischen Königshauses die diesem vom Hl. Stuhle verliehenen Vorrechte ruhen und daher der reguläre, vom Kirchenrechte vorgesehene Zustand besteht; sie konstruiert sich einen automatischen Fortbestand eines Rechtes, das nicht der Monarchie als solcher, sondern der Dynastie verliehen war. Daher trat bereits bei der ersten Sedisvakanz der verborgene Gegensatz zutage, nämlich bei der Ernennung des Bischofs Zichy von Fünfkirchen zum Apostolischen Administrator der Diözese Kalocza. Diese Ernennung wurde von Rom ohne Befragen der Regierung vollzogen, wie denn der Hl. Stuhl aus dem erwähnten Grunde in den sogenannten Nachfolgestaaten überall frei vorzugehen pflegt. Die darob erbitterte Regierung verlangte vom Bischofe als Bedingung für die Ueberlassung der Temporalien einen Treueid. Der Hl. Stuhl kam soweit entgegen, der Regierung die Wahl zwischen den achtzehn verschiedenen Formeln vorzuschlagen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zwischen Rom und den einzelnen Regierungen vereinbart worden sind, worauf diese sich für die in Haiti übliche Formel entschied. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich nun, daß die für Rom unannehmbare Formel in Ungarn schon seit längerer Zeit im Gebrauche war. Die liberalen Regierungen waren skrupellos über den von Papst Pius IX. im Jahre 1855 genehmigten Text hinausgegangen, ohne Rom davon Mitteilung zu machen. Auch waren manche Bischöfe so oberflächlich gewesen, den Eid zu leisten, ohne den Text genau geprüft zu haben.

Ferner hat das Friedensdiktat alle ungarischen Diözesen auseinander gerissen und die meisten ungarischen Kirchenprovinzen in zwei, sogar drei Teile gespalten und damit die Bestellung Apostolischer Administratoren nötig gemacht. Ein Teil Ungarns besteht heute aus Diözesen, deren Bischöfe jetzt ihren Sitz außerhalb Ungarns, nämlich in einem der angrenzenden Nachfolgestaaten haben, während wieder andere ungarische Bischöfe ihre Diözesen jenseits der Grenze haben. So verlor Kardinal Czernoch, Erzbischof von Gran, von 500 Pfarreien alle bis auf

dreiundachtzig an Tschechien, wofür in Thyrnau ein Administrator eingesetzt werden mußte. Ein Austausch von Priestern ist fast unmöglich; natürlich besitzen die nunmehr geteilten Diözesen auch nur ein Seminar, das natürlich dies- oder jenseits der Grenze liegt. Man kann sich die daraus entstandenen Zustände leicht vorstellen.¹⁾ Eine Neuordnung hängt aufs engste mit einer solchen in Tschechien, Rumänien und Jugoslawien zusammen, also mit Staaten, die, wie die besonderen Kapitel darüber zeigen werden, wenig Aussicht auf einen baldigen Abschluß solcher Verhandlungen bieten. Das heutige Ungarn zählt nach der Volkszählung von 1920 5 096 729 Katholiken, also 63,8 vom Hundert der Gesamtbevölkerung; ihnen stehen 1 670 144 Kalviner, 497 112 Lutheraner, einige Tausend Anhänger anderer protestantischen Sekten und 473 310 Juden gegenüber. Zu den Katholiken kommen noch 175 247 unierte Griechen.

Der Anwalt der Wehrlosen.

Papst Benedikt XV. hat sich während des Weltkrieges mit einer Hingabe um alle Opfer des Weltkrieges angenommen, welche seinem an Liebe und Erbarmen übervollen Herzen entsprang; daß dabei noch politische Berechnung irgend eine Rolle gespielt haben konnte, wagten selbst seine grimmigsten Gegner nicht zu behaupten. Bei solch reinen Beweggründen konnte seine caritative Betätigung selbstverständlich keine Unterbrechung erfahren, solange noch irgendwo Menschen unter den Auswirkungen des Weltkrieges litten. Brutal und herzlos setzte England auch nach dem Waffenstillstand noch seine Blockade fort, um durch dieses Mittel der Erpressung seine politischen Kriegsziele gegen einen bereits niedergerungenen Feind zu erzwingen und die übrigen Mächte verfuhr in gleicher Weise mit den in ihren Händen befindlichen Kriegsgefangenen der Mittelmächte. An Gelegenheit zur Fürbitt und Hilfe gebrach es also leider nicht.

Ehe wir uns nun diese Tätigkeit in ihren einzelnen Handlungen in einem zusammenfassenden Bilde vorführen, wollen wir uns tief einprägen, daß bisher nur ein Bruchteil dessen, was

¹⁾ Ueber eine mögliche neue Diözesan-Einteilung siehe die Vorschläge von Prof. A. Vecsey in „K-Kztg.“ vom 8. Mai 1924.

der Papst auf diesem Gebiete getan hat, bekannt geworden ist und daher hier wiedergegeben werden kann. So manches von dem erfuhr man ja erst aus späteren Gelegenheitsschreiben nach ein paar Jahren und die Frage, welche Kardinal Gasparri einmal an den französischen Blockminister Denys Cochin gerichtet hat: „Kennen Sie die Dokumente, die noch in den Archiven des Staatssekretariates liegen?“ möchten wir an alle jene richten, welche sich ein Recht zur Kritik dieses Kapitels der Tätigkeit des Papstes herausnehmen. ¹⁾

Ungebeten von irgendwelcher Seite hatte der Papst, der „schon vorher zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen das Seinige getan hat, . . . sich aufs neue an den Kardinal-Erzbischof von Paris und an den englischen Gesandten gewandt und darauf hingewiesen, welchen Eifer die Gefangenenhilfe der deutschen Bischöfe in Paderborn zum Besten der in Deutschland interniert gewesenen feindlichen Kriegsgefangenen entfaltet habe.“ ²⁾

Als dann der Waffenstillstand unterzeichnet war, wurde der Papst mit Bitten aus Deutschland von Regierung und Volk, von geistlichen und weltlichen Behörden, von Einzelpersonen und ganzen Verbänden, von Katholiken und Nichtkatholiken zumeist durch die Münchner Nuntiatur um seine besondere Verwendung für Kriegsgefangene bestürmt. Am 1., 15., und am 20. Dezember legte Bischof Schulte von Paderborn als Leiter der „Kirchlichen Kriegshilfe“ dem Papste die wesentlichsten Wünsche für die

¹⁾ Kardinal von Faulhaber schreibt in seinem Hirtenbriefe für die Fastenzeit 1920 nach seiner Rückkehr von Rom S. 2 uff.: „Ich wollte, ihr hättet alle in der Audienz beim Heiligen Vater dabei sein und mit eigenen Ohren seine väterlichen Worte für unsere Gefangenen und ihre Familien anhören können. Er habe alles versucht, sagte er, um die Tage der Trennung von den Familien abzukürzen und die Heimkehr der deutschen Gefangenen aus Frankreich und der österreichischen Gefangenen aus Sibirien wenigstens bis Weihnachten zu erreichen. . . In der Oeffentlichkeit ist noch lange nicht alles bekannt, was der Heilige Vater getan hat, um die Leiden des Krieges und der Gefangenschaft zu lindern und den Völkerfrieden herbeizuführen. Wer unserem Volke vorreden und einreden will, der Heilige Vater stehe unserer Lage ohne Verständnis und ohne Teilnahme gegenüber, dem sage ich: Ananias, du hast gelogen (Apq. 5, 3).“ Ferner S. 13: „Seit November 1918, seit unsere Gefangenen einseitig im Auslande zurückbehalten wurden, hat Papst Benedikt zehnmal amtliche Schritte der Fürsorge für unsere Gefangenen ohne Unterschied des Glaubens unternommen. . .“

²⁾ Schreiben des Kardinals Gasparri vom 30. Dez. 1918, abgedruckt in „Schles. Volksztg.“ vom 11. Febr. 1919.

Gefangenen vor, vor allem die Bitte um Heimbeförderung, besondere Sorge für Kranke und Schwerverwundete, Besserung der Lebensbedingungen, bessere Verbindung mit der Heimat und Ausbildungsmöglichkeiten, besonders auch für die ca. 300 Theologen, endlich auch um deutsche Seelsorger.

Ueber den Besuch des Präsidenten Wilson bei Papst Benedikt XV. am 4. Januar 1919, wissen wir bis heute zwei Dinge mit Bestimmtheit; von der Römischen Frage war mit keinem Worte die Rede, an sich hat der Papst nicht gedacht; das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen aber hat er dem damals Mächtigsten der Erde wärmstens ans Herz gelegt. Am 8. Februar hatte Kardinal von Hartmann von Köln namens der Fuldaer Bischofskonferenz von neuem die Vermittlung des Papstes für die Befreiung der deutschen Soldaten, welche noch immer in Kriegsgefangenschaft zurückgehalten wurden, erbeten. Dieser erwiderte selbst in einem ausführlichen Schreiben, das auch das Eintreten des Hl. Stuhles für die in Italien zurückgehaltenen k. u. k. Kriegsgefangenen erwähnt und vom 10. März datiert ist. ¹⁾ Der Papst sagt darin u. a.:

„Eure Eminenz schildern Uns in ergreifenden Worten die Leiden der sehr zahlreichen Familien, welche, während sie die Kriegsgefangenen fremder Völker voller Freude aus Deutschland wegziehen sehen, sich gequält fühlen von der beängstigenden Ungewißheit, wann sie ihre Teuren werden umarmen können, deren Hülfe und Trost sie um so dringender bedürfen, je tiefrauriger die Zeit ist, die sie durchleben.

Da Euere Eminenz schon die unablässige Sorge kennen, mit der Wir Uns bemüht haben, so viele Tränen in diesem Kriege zu trocknen, so werden Sie leicht begreifen, wie stark in Unserem Vaterherzen auch diese Schmerzen und diese Leiden widerhallen, und wie glücklich Wir sein würden, wenn es Uns gelingen sollte, Abhilfe für sie zu schaffen.

Im vergangenen Novembermonate, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, hat Unser Kardinal-Staatssekretär bei einigen Staaten des Verbandes zu Gunsten der deutschen Kriegsgefangenen Schritte getan, namentlich für die Kranken und Verwundeten, und in dem darauf folgenden Monate wiederholte er, immer in Unserem Namen, in der liebevollsten Weise seine Bemühungen, um die Lage so vieler Unglücklichen zu verbessern und ihnen in größerem Maße geistliche Hilfe zu sichern durch deutsche Seelsorger. Wir richteten auch

¹⁾ abgedruckt in „Köln. Volksztg.“ Nr. 245 vom 28. März 1919.

teilnahmsvoll Unseren Blick auf die Gefangenen, die sich näher bei Uns befinden, und Wir empfahlen den Bischöfen der italienischen Diözesen und dem Armeebischofe, denselben alle in ihren Kräften stehende Sorge zuzuwenden.

Etwas später haben Wir sodann bei einer feierlichen Gelegenheit einer hohen Persönlichkeit Unser lebhaftes Verlangen zum Ausdruck gebracht, die Hunderte und Tausende von deutschen Gefangenen, die seit so langer Zeit die Leiden der Gefangenschaft ertragen, zu ihrem heimatlichen Herde zurückgeführt zu sehen, und Wir hatten die Genugtuung, zu erfahren, daß jene Persönlichkeit voll und ganz Unsere liebevollen Wünsche teilte und geneigt war, sie zu unterstützen. Alsdann hat der Kardinal-Staatssekretär einen dringenden Appell an einen der alliierten Staaten gerichtet, um auch dessen Interesse für dieses überaus liebevolle und menschenfreundliche Werk zu gewinnen, und Wir erwarten noch die Antwort.

Möge der gütige und barmherzige Gott diese Bemühungen segnen, die Wir ohne Unterlaß fortsetzen werden mit jenem Eifer und jener Liebe die Unsere göttliche Mission und die aufrichtige Teilnahme für jene Unglücklichen Uns einflößt.

Möge der Friedenskönig recht bald den vielen trauernden Familien die erste und köstlichste Frucht gewähren, die sie sich von dem so heiß ersehnten Frieden versprechen."

Ueber diese erste Aktion des Vatikans unmittelbar nach Kriegsende wußte die Wiener „Reichspost“¹⁾ zu melden, daß durch Kardinal Gibbons von Baltimore Präsident Wilson um sein Eintreten für Aufhebung der Blockade gebeten wurde und daß Msgr. Cerretti in seiner Unterredung mit diesem in Paris dessen Aufmerksamkeit auf die Not der Gefangenen in Sibirien zu richten den Auftrag hatte; im gleichen Sinne sollten die Kardinäle Mercier und Bourne in ihren Ländern wirken.

Der dringende Appell, welchen obiges Schreiben am Schlusse erwähnt, war an England gerichtet, welches erwiderte, das Schicksal der Gefangenen hänge von der Friedenskonferenz ab. Tatsächlich geschah aber bis zum Tage der Ueberreichung der Friedensbedingungen in Versailles außer dem prinzipiellen Beschlusse der Freilassung der Kriegsgefangenen ohne nähere Zeitangabe trotzdem nichts.

Der Ruf nach deutschen Gefangenenseelsorgern wurde unterdessen immer dringender; selbst französische Bischöfe wie jener von Soissons baten um solche. Die Paderborner „Kirchliche

¹⁾ vom 27. Dezember 1918.

Kriegshilfe" hatte mit dem Schweizer Benediktiner P. von Courten einen diesbezüglichen Plan ausgearbeitet, welchen Papst Benedikt XV. am 9. März 1919 Kardinal Amette unterbreiten ließ; am 29. März, also am Tage vor der Abreise des Kardinales, der in jenen Tagen in Rom weilte, drängte der Papst in dieser Sache von neuem bei der französischen und englischen Regierung, stieß aber auf unüberwindliche Schwierigkeiten, d. h. auf Ablehnung.

Am 11. März beauftragte Kardinal Gasparri den auf der Rückreise von den Vereinigten Staaten in Paris ankommenden Msgr. Cerretti, sich für Herstellung besserer brieflicher Verbindungen zwischen den Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen zu bemühen, da insbesondere über den Verbleib der in den letzten Tagen des Krieges in Gefangenschaft geratenen vielfach jedwede Nachricht fehlte. „Was Uns betrifft, versicherte der Heilige Vater in seinem Schreiben vom 15. Juli 1919 an die deutschen Bischöfe,¹⁾ so wird Euch Unsere Unterstützung in dieser äußersten Bedrängnis Eures Vaterlandes nie fehlen. Ist ja die Teilnahme eines Vaterherzens ganz naturgemäß umso größer, je größer die Not ist, unter der die Kinder leiden.“

In das erste Halbjahr 1919 fällt sodann die päpstliche Hilfstätigkeit für die am Schwarzen Meere in Nikolajew, Haidar Pascha und Samsun abgeschnittenen deutschen Truppen. Auf die erste, am 9. Januar ausgesprochene Bitte um Intervention bestätigte Kardinal Gasparri am 11. Januar, daß sofort Schritte getan wurden, und am 29. März konnte er melden, daß die Heimbeförderung in die Wege geleitet sei. Am 27. Mai hatten nach Mitteilung des Vorsitzenden des Angehörigenausschusses Dr. Helft bereits 4000 Mann die Heimat erreicht; die übrigen 6000 in Saloniki zurückgehaltenen Mann waren nach Mitteilung Berlins an die Nuntiatur (vom 30. August) um diese Zeit ebenfalls zuhause eingetroffen. Auch die briefliche Verbindung mit den in Tiflis zurückgebliebenen Kranken und Ärzten wurde durch Vermittlung des Vatikans nach fast einjähriger Unterbrechung wiederhergestellt.²⁾

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919, Nr. 30, S. 237.

²⁾ Mitteilungen der „Katholischen Korrespondenz“ Nr. 291, 1924, nach amtlichem Material der Münchener Nuntiatur und Berliner Quellen.

Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Friedenskonferenz erhob der Papst am 3. Juli von Rom aus in seiner Konsistorialansprache seine in der ganzen Welt gehörte Stimme zur Geltendmachung seiner Wünsche. „Und nachdem die Feindseligkeiten endlich zu Ende gekommen sind,“ verkündete er ¹⁾ „wünschen Wir, die göttliche Milde anrufend, daß nunmehr endlich die Blockade aufgehoben werde, durch die so viele Unglückliche Hunger und den größten Mangel in allen Dingen leiden; daß alle, die noch in Gefangenschaft sind, so rasch als möglich in Freiheit gesetzt werden, und endlich, daß Menschen und Völkerschaften, bisher einander Feind, von neuem durch die Bande jener christlichen Nächstenliebe verbrüdert werden, die anzurufen Wir nicht aufhören und ohne die jeder Friedensvertrag eitel ist.“

Unter den vielen Bemühungen des Papstes des Weltkrieges ragt aber ganz besonders eine hervor und zwar wegen der Person ,bzw. der Personen, denen sie galt, wie auch deswegen, weil ihr ein voller Erfolg beschieden war. Gleich nachdem der Inhalt des geplanten Versailler Friedensdiktates bekannt geworden war und damit die zuerst vielfach noch für unmöglich gehaltene Auslieferungsforderung der sogenannten Kriegsverbrecher faßbare Gestalt angenommen hatte, wandten sich die deutschen Bischöfe gemeinsam mit der dringenden Bitte an den Papst, „S. Heiligkeit möchte seinen ganzen Einfluß bei den Ententemächten geltend machen, damit von der Forderung der Auslieferung des deutschen Kaisers Abstand genommen würde.“ ²⁾ Sofort entsprach der Vatikan dieser Bitte und der Kardinal-Staatssekretär Gasparri erbat von einem hervorragenden Juristen der Universität Bologna ein juristisches Gutachten, das, in zwei bemerkenswerten Artikeln des „Osservatore Romano“ ³⁾ und der „Unità Cattolica“ ⁴⁾ wiedergegeben, zu der Prozeß- und Auslieferungsfrage hinsichtlich Kaiser Wilhelms und der deutschen Heerführer,⁵⁾ besonders Hindenburgs und Ludendorffs Stellung

¹⁾ s. „Acta A. S.“ 1919, vol. XI. Nr. 8, S. 256.

²⁾ s. Treitz, J., Michael Korum, Bischof von Trier, S. 312.

³⁾ vom 2. Juni 1919.

⁴⁾ vom 16. August 1919.

⁵⁾ die Liste umfaßte 900 Namen.

nahm. In scharfsinniger und unparteiischer Weise bestrahlt der Verfasser die rechtlichen Abnormitäten dieses Falles eingehend mit dem Sonnenlicht schonungsloser Kritik, zweifellos im Einklang mit den Ansichten Benedikts XV.: Daß die Ankläger den Gerichtshof bilden sollten, sei im Kriminalrecht ein geradezu unerhörter Fall, um — nichts anderes zu sagen! Wollte die Entente in der Kaiserfrage gegen Holland etwa Gewalt anwenden, so wäre das die unleugbarste Verletzung des gerade von ihr seit Beginn des Weltkrieges und speziell von Wilson proklamierten Grundsatzes, daß die Rechte der schwachen Völker ebenso heilig und ebenso zu achten seien, wie die der starken.

Betreffs der Frage nach dem Vergehen des Kaisers, nach der Schuldfrage des Weltkrieges, nach den näheren und den weiter zurückliegenden Ursachen des Krieges verlangt der Verfasser kategorisch die vorbehaltlose Vorlegung der diplomatischen Aktenstücke aus den Geheimarchiven aller beteiligten Regierungen, als einziges Mittel, die volle Wahrheit zu erkunden. Er steht dabei auf demselben Standpunkte, den schon vorher die „Civiltà Cattolica“,¹⁾ eingenommen hatte, daß nämlich die Schuld am Kriege nicht nur dem einen oder anderen Menschen, der die Lunte legte, zuzuschreiben sei, sondern der ganzen traurigen Politik des herrschenden Atheismus!

Bei der Erörterung der etwaigen Auslieferung der Heerführer geht der Verfasser (Oss. Rom.) vom juristischen Gebiete auf das moralische über, wenn er ganz im Sinne der psychologischen Momenten Rechnung tragenden Fürsorge Benedikts XV. sagt: „Also das Vaterland selbst müßte seine eigenen Kinder in die Hände des Feindes ausliefern — zur Verurteilung. Eine gehässige, grausame Verpflichtung, die in der Seele des deutschen Volkes einen Keim tiefen Hasses zurücklassen würde, der über die jetzige Generation hinaus dauern müßte.

„Wer könnte je eine Gesetzgebung einer gesitteten Nation sich vorstellen, die eine Mutter zwingen würde, ihre eigenen Kinder den Händen der Gerechtigkeit zu übergeben, mögen sie als noch so schwer schuldig angesehen werden!

„Und wenn Deutschland sich weigert, einer solchen Verpflichtung nachzukommen (und niemand, der ein Herz hat, würde

¹⁾ vom 2./16. August 1919.

ihm darob einen Vorwurf machen), würde die Entente deshalb den Krieg von neuem beginnen?"

Schließlich betont der Verfasser noch, daß die Auslieferung gefordert werde wegen eines Deliktes (Verletzung der Gesetze und Gewohnheiten der Kriegführung), das sicherlich in den Auslieferungsverträgen zwischen den einzelnen Staaten nicht enthalten ist! Uebrigens nur wenn alle Delikte dieser Art, gleichgültig von wem sie im Weltkriege begangen wurden, verfolgt würden, hätte eine Klage dieser Art Berechtigung gehabt; sonst handelte es sich lediglich um eine willkürliche Maßregelung eines wehrlosen Besiegten.

Der kluge Gebrauch, den der Vatikan mit diesem Gutachten machte, bewirkte, daß als erste Großmacht Italien die Forderung nach Auslieferung fallen ließ, ihm folgten Japan und die Vereinigten Staaten und dadurch waren schließlich England und Frankreich mit ihrer unerhörten Forderung isoliert. Die Reichsregierung selbst wußte noch keine Rettung und keinen Ausweg, als diese entscheidende Vorstellung des Papstes bereits vollen Erfolg erzielt hatte: die Entente verzichtete auf die Auslieferung des Kaisers und der deutschen Heerführer, eine erste Bresche war vom Papste in den Versailler Vertrag gelegt.

Dieser Darstellung aus der Feder des protestantischen Archivrates Dr. Lulvés-Charlottenburg in der „Deutschen Revue“¹⁾ möge noch die Tatsache beigefügt werden, daß das jetzt, anfangs 1925, veröffentlichte Schreiben Kaiser Wilhelm II. an die Prinzessin Anna von Hohenzollern-Hessen anläßlich ihres Uebertrittes zur katholischen Kirche damals in Rom längst nicht mehr unbekannt war. Trotz der daraus sprechenden Abneigung gegen die Kirche Roms, hat der römische Papst durch sein Eintreten für Kaiser Wilhelm II. der ganzen Welt ein Beispiel echter Christenliebe gegeben,²⁾

¹⁾ April-Heft 1922.

²⁾ Der Evangelische Bund, der in seiner Schrift „Deutschland und der Vatikan“ im Kapitel „Der Anteil Deutschlands an der Liebestätigkeit des Papstes“ diese Tat des Oberhauptes der katholischen Kirche zugunsten des Summus Episcopus der protestantischen Landeskirche Preußens vollkommen verschweigt, fällt (S. 47) folgendes Urteil: „Das der Liebestätigkeit des Papstes gespendete Lob steht — soweit Deutschland in Betracht kommt!

Inzwischen wurden aber in Rom unermüdlich die Bemühungen zugunsten aller anderen Kriegsgefangenen fortgesetzt, unterschiedslos für alle. Wir erfahren, daß der Papst am 8. August 1919 die Bitte der deutschen „Frauenliga zur Heimholung der Kriegsgefangenen“ dadurch beantwortete, daß er erneut und dringend bei den Verbandsmächten wegen beschleunigter Heimbeförderung der Gefangenen vorstellig wurde; Frankreich verhielt sich jedoch unter dem Vorwande des noch nicht ratifizierten Friedensvertrages immer noch ablehnend. Wenige Wochen später, im September erwiderte der Kardinal-Staatssekretär auf weitere Vorstellungen des Bischofs von Paderborn, daß der Heilige Vater nach Empfang des telegraphischen Gesuches „sofort auf das dringenste bei den verbündeten Regierungen für die beschleunigte Heimkehr dieser Unglücklichen vorstellig geworden. S. Heiligkeit bittet indessen den Allerhöchsten innig, er möge die frohe Stunde, in der so viele gramgebeugte Gattinnen und verzweifelte Mütter ihre Teuren wieder begrüßen können, doch bald anbrechen lassen.“¹⁾

Wieder vergingen zwei Monate und um seinen Haß zu befriedigen, hielt Frankreich die Gefangenen noch immer zurück. Daher faßte der Papst den Stier bei den Hörnern und eröffnete am 20. November eine konzentrische diplomatische Aktion, indem er durch Kardinal Amette — diplomatische Beziehungen bestanden ja um jene Zeit noch nicht, da noch immer Clemenceau's „jamais“ galt — an diesen herantrat, um die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen bis zum Weihnachtsfeste zu erbitten. Um diesem Schritt größtmöglichen Nachdruck zu geben, wurde davon auf diplomatischem Wege jenen Staaten Kenntnis gegeben, die am Kriege teilgenommen hatten. Gleichzeitig hatte die Schweizer Bundesregierung einen gleichen Schritt unternom-

im umgekehrten Verhältnis zu den tatsächlichen Erfolgen.“ Und der ehemalige Kriegsminister Dr. von Stein (ebendort zitiert) schließt sein Urteil über die Fürsprachetätigkeit Papst Benedikts XV. mit den Worten: „Eine besondere Verwendung für Deutsche (durch den Vatikan. D. V.) ist mir nicht bekannt.“ General Ludendorff seinerseits hat dem inzwischen verstorbenen Papste, seinem Befreier, seinen Dank in der Weise abgestattet, daß er sein Andenken in seiner Rede vor Gericht am 29. Februar 1924 durch die unwahre Beschuldigung der Parteilichkeit zugunsten Frankreichs schmälerte.

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 39, S. 313.

men, was den Papst veranlaßte, diese zu verständigen, daß er ihn warm begrüße und mit seinem ganzen Einflusse unterstützen werde. Msgr. Cerretti äußerte darüber gegen einen Vertreter der „Presse de Paris“, ¹⁾ „der Vatikan glaubte, diesen Schritt unternehmen zu können und zu müssen, weil das Inkrafttreten des Friedensvertrages als unmittelbar bevorstehend betrachtet wird.“

Um jene Zeit hatte sich in London auf Anregung Kardinal Bourne als Hilfsaktion für die unterernährten Kinder der Mittelstaaten die „Westminster Catholic Federation“ und unter Führung Lord Parmoors ein ähnliches protestantisches Unternehmen gebildet. Auf die Mitteilung hievon verständigte der Papst den Kardinal, daß er einen Aufruf an die ganze Welt richten werde, in allen Ländern eine Kirchensammlung für die Kinder Deutschlands und Oesterreichs einzuleiten. Dieser Aufruf erschien, datiert vom 24. November als Encyklika, beginnend mit den Worten „Paterno iam diu animo“. ²⁾ „Wir ordnen an,“ lautet der dispositive Teil, . . . „daß in jeder Diözese am 28. Dezember, am Tage der unschuldigen Kinder, öffentliche Gebete und Sammlungen unter den Gläubigen veranstaltet werden. Und damit in diesem edlen Wettstreite der Wohltätigkeit umso reichlicher so vielen armen Kindern geholfen werden kann, ist es notwendig, daß außer Geld auch Lebensmittel, Medikamente, Kleider und Wäsche gesammelt werden, alles Sachen, an denen die Völker jener Gebiete großen Mangel leiden.“ Die Sammlung wurde vom Papste selbst mit einer Gabe von 100 000 Lire eröffnet.

Getreu ihrer durch Unterzeichnung des Londoner Abkommens übernommenen Verpflichtung, den Papst nicht an der Lösung irgendeiner mit dem Kriege zusammenhängenden Frage teilnehmen zu lassen, haben ihm die Häupter der Verbandsmächte fast jeden Erfolg in den Fragen, denen dieses Kapitel gewidmet ist, versagt. Trotzdem hat der Papst, sowohl ungebeten wie gebeten, bis zum Tage des Friedensschlusses und noch darüber hinaus immer wieder neue Versuche unternommen.

Für die letzten 400 Gefangenen, welche Frankreich noch bis in das Jahr 1921 zurückbehielt, hat er noch sechs weitere Versuche unternommen: am 7. September 1920 durch den französischen

¹⁾ Meldung des WTB aus Versailles vom 29. Nov. 1919.

²⁾ s. „Acta A. S.“ 1919 Nr. 13, S. 437.

Geschäftsträger beim Hl. Stuhle in sehr dringender Bitte; am 25. Oktober unter Hinweis auf die mangelnde Seelsorge; am 22. Dezember auf Bitten der deutschen Regierung in Verbindung mit der Schweiz; im Mai 1921 durch den soeben erst ernannten Nuntius in Paris, Msgr. Cerretti. Noch schmachteten 32 Kriegsgefangene in Avignon und so tat der Papst erneute Schritte am 27. Dezember 1921 und am 16. Januar 1922, wiederum durch die Nuntiatur, um die endliche Erfüllung der bereits gegebenen Zusage der Entlassung durchzusetzen.¹⁾ Sechs Tage später, am 22. Januar 1922 früh 6 Uhr schloß Papst Benedikt XV. für immer die Augen, sodaß wir mit vollem Rechte sagen können: bis zur letzten Stunde seines Erdendaseins ist er der unermüdliche Anwalt der Wehrlosen gewesen.

In 57 Fällen hat der Hl. Stuhl vom November 1918 bis anfangs 1923 die Freilassung Gefangener im einzelnen zu erwirken versucht und in manchen Fällen (z. B. in dem des Hauptmanns Ruecker und Ingenieur Gallus) auch erwirkt. Für Berger, der 1917 als Spion festgenommen, 1918 zum Tode und 1919 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, hat sich der Papst dreimal verwendet und ihn wenigstens vor der Deportation nach Guyana gerettet.²⁾ So hat Pius XI. auch getreu seinem Vorgänger dieses heilige Erbe seines verewigten Vorgängers gepflegt und der traurige Ruhrkonflikt bot diesem Wirken neue, leider nur zu reichliche Gelegenheit. Wir werden dies später in einem besonderen Kapitel sehen und dann in der Lage sein, ein abschließendes Urteil zu fällen.

Den Dank der deutschen Katholiken hatte schon am 31. Oktober 1920 Kardinal Schulte von Köln in jener Ansprache dargebracht, die er als Führer des ersten deutschen Pilgerzuges nach dem Weltkriege vor dem Statthalter Christi hielt. „Ein Werk der Liebe war die Neutralität, die so genau gehandhabt und gewahrt wurde, ein Werk der Liebe war die ununterbrochene, bis jetzt leider noch nicht von Erfolg begleitete Arbeit für den Frieden der Gerechtigkeit, ein Werk der Liebe war die unermüdliche, herzliche Sorge für die Opfer des Krieges, seien es

¹⁾ Mitteilungen der „Katholischen Korrespondenz“ Nr. 291, 1924, nach amtlichem Material der Münchener Nuntiatur und Berliner Quellen.

²⁾ ebenda.

Gefangene oder Vermißte, Witwen oder Waisen, ein Werk der Liebe war die durch die Tat bewiesene Großmut für die armen hungernden Kinder Europas. Die wohltuenden Wirkungen dieser liebevollen Tätigkeit haben wir in Deutschland immer und immer wieder erfahren und das, Heiligster Vater, wird man in Deutschland nie vergessen."

Den Dank des deutschen Volkes sprach ihm nach seinem Tode der Präsident des deutschen Reichstages Löbe in seinem Nachrufe vom 21. Januar 1922 aus: „Benedikt XV. . . ist dahingegangen. . . Die volle moralische Macht seines Amtes und alle seine Kräfte hat er für die Linderung menschlicher Leiden und für die Beschwichtigung des Hasses und für die Versöhnung der Völker eingesetzt. Es galt zunächst das Los der Kriegsgefangenen zu heilen, die Jahr für Jahr fern der Heimat in Unfreiheit gehalten wurden. Es galt das Schicksal der Zivilgefangenen in allen Ländern zu lindern. Seine priesterliche Fürbitte bei allen Mächten und Völkern hat nie versagt, seine Hilfe war immer da, ob es nun galt, ihre materielle Lage zu erleichtern oder ihre seelische Not zu lindern . . . und es ist ihm in seinen letzten Tagen noch eine Freude gewesen, daß er von der französischen Regierung die Mitteilung erhalten konnte, daß die letzten unserer Kriegsgefangenen in Avignon endlich entlassen werden. . . Ich darf sagen, das deutsche Volk nimmt tiefschmerzlichen Anteil an dem frühen Tode dieses großen, verdienten Mannes."

Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

Am 7. Mai wurden in Versailles im Trianon-Palast-Hotel der deutschen Delegation die Friedensbedingungen überreicht, das Werk jener, welche alle Einflüsse des Papstes bis zur letzten Sekunde abgelehnt hatten, um ungestört diesen „Weheakt des Hasses," diese „Eingebung der Rache" und „Verewigung des Krieges"¹⁾ vollenden zu können. Nun war das Ziel jener Clique erreicht, aus deren Geist heraus im August/September 1917 der

¹⁾ Urteil der „Civiltà Cattolica" vom 2./16. August 1920.

Reichskanzler Michaelis gehandelt hatte. ¹⁾ Der Papstfriede war endgültig vereitelt; es war wahrhaftig „kein Papstfriede“, im Gegenteil, kein Funken vom Geiste eines Benedikt XV. ist darin enthalten, kein Funken vom Geiste Christi. Nun hatte man, was man wollte, einen vollen Sieg über den Papst in der Friedensfrage, aber ganz anders, als man sich's gedacht hatte; der Jubel über diesen „Sieg“ erstarb unter dem niederschmetternden Eindrucke dieses Diktates und jetzt auf einmal sollte der Papst helfen, jetzt entdeckte man seine hehre „Pflicht“, der Menschheit den wahren Frieden zu bringen, d. h. den, welchen man zurückgewiesen hatte, jetzt, nachdem beide Gegner dem päpstlichen Friedensvermittler die Türe gewiesen hatten und ihm die Sieger sie auch noch durch den Extraverschluß eines Geheimvertrages verrammelt hatten!

Mit dem besten Gewissen von der Welt hätte er nun beiden den Rücken kehren dürfen; hatten sie ihn ausgeschlossen, so mochten sie jetzt ihre Händel allein unter sich ausmachen. Aber er tat es nicht. Freilich verkannten alle diejenigen, die in ihrer Verzweiflung ihn anriefen, die Lage und die dem Papste noch offenen (?) Möglichkeiten vollständig. Man mutete ihm zu, plötzlich die Grundsätze, welche seit Kriegsbeginn sein Handeln bestimmt hatten, preiszugeben und nun in einer fruchtlosen

¹⁾ Als einer ihrer Wortführer kann der dem Evangelischen Bunde immer noch sehr nahestehende ehemalige Pastor Traub, heute an der München-Augsburger Abendzeitung, gelten, der am 29. August 1917, also in der entscheidenden Stunde jener Friedensaktion, nach der „Rhein. Westfäl. Zeitung“ (vgl. „Augsburger Postzeitung“ vom 22. März 1924, Nr. 69) zu Hamburg in seiner Rede erklärt hat: „Wir Deutschen haben keinen eigentlichen Friedensvermittler nötig. . . Warum sollen wir gerade im Jubeljahre der Reformation eine Friedensvermittlung aus päpstlicher Hand annehmen?“ Ueber diese Worte von den entrüsteten Katholiken zur Rede gestellt, wiederholte er in seiner „Rechtfertigung“: „Als Evangelischer kann ich es freilich nicht als Sinn des Krieges auffassen, daß gerade im Luther-Jubiläumsjahre der Papst uns einen vorzeitigen Frieden bringen soll.“ „Lieber keinen Frieden als einen Frieden durch die Hand des Papstes“ das war der Refrain, der im Lutherjahre durch das papstfeindliche Deutschland ging (ebendort).

Demonstration ¹⁾ die gesamte siegreiche Koalition vor den Kopf zu stoßen. Zweiunddreißig Staaten waren in ihr vereint, welche mindestens vier Fünftel der ganzen Welt umfaßten und in denen damit sofort ein Umschwung zu schroffer Feindschaft gegen die Kirche selbst einsetzen mußte; ungeheure Zukunftshoffnungen des Christentums mußten größter Gefahr der Vernichtung ausgesetzt werden, Abbruch der offiziellen Beziehungen der meisten Regierungen zum Hl. Stuhle mußte erwartet werden, die nationalistische Verhetzung von Millionen von Katholiken und ihre daraus erwachsende Verblendung mußte, wie in Böhmen, zu Schismen größten Ausmaßes führen, ohne daß jene, zu deren Gunsten der Schritt erwartet wurde, auch nur den allergeringsten Vorteil davon gehabt hätten. Im Gegenteil, der einzige Fürsprecher und Freund, den sie noch hatten, eben der Papst hätte sich auf weiß Gott wie lange allen und jeden Einflusses beraubt, bis einmal die Zeit diese furchtbare Wunde geheilt haben würde. Es gab ja genug Möglichkeiten, wissen zu lassen, wie man im

¹⁾ Teils zu dem Zwecke, Papst Benedikt XV. zu einem solchen unüberlegten und nutzlosen Schritte zu drängen, teils aber um ihn als einseitigen Politikanten hinstellen, der die Pflicht seines geistlichen Amtes politischen Rücksichten unterordnet, hat man versucht, ihn in Gegensatz zu Innozenz X. und Pius VII. zu stellen, deren Proteste gegen frühere Friedensschlüsse jetzt auf einmal von jenen ganz in Ordnung befunden werden, die sich sonst immer dagegen ereifert haben. Was Innozenz X. feierlich für null und nichtig erklärte, waren die kirchenpolitischen Bestimmungen des Westfälischen Friedens, bei dem weltliche Machthaber sich anmaßten, nach eigenem Belieben Rechte der katholischen Kirche zu verletzen, zu vergewaltigen, zu beseitigen und zu mißachten. Und dasselbe gilt auch vom Proteste, den Kardinal Consalvi im Namen Pius VII. gegen die Beschlüsse des Wiener Kongresses einlegte, der einen Fetzen aus dem päpstlichen Kirchenstaate herausriß und dem Lombardisch-Venetianischen Königreiche zuteilte; er protestierte ferner gegen die Unterdrückung der geistlichen Fürstentümer in Deutschland, gegen die unterbliebene Zurückgabe des säkularisierten, d. h. auf deutsch geraubten Kirchengutes, sowie gegen die nicht erfolgte Wiederherstellung des durch die Religion geweihten Heiligen Römischen Reiches. Der Kongreß hatte sich also an Rechten und Einrichtungen der Kirche vergriffen, welche unmittelbarer Gegenstand des Friedensschlusses waren. Aber zur Wahrnehmung irdischer Rechte weltlicher Staaten war ihm von keinem einzigen solchen weder damals noch in Versailles die Vollmacht, das Mandat übertragen worden. Im Gegenteil, als er im August 1917 durch seinen Friedensschritt den Versuch einer solchen Einmischung machte — im höheren Interesse der Völkerveröhnung und der Beendigung des gegenseitigen Gemordes — haben ihn beide Seiten abgewiesen.

Vatikan über diesen Frieden dachte, wenn es dessen schon überhaupt bedurft hätte, denn nur gallische Verbohrtheit eines Daudet oder Baudrillart konnte im Versailler Frieden den „gerechten und dauernden Frieden“ des Stellvertreters Christi erblicken; diese Blindheit konnte nur die Zeit heilen. Die Antwort auf die folgenden Kundgebungen ist damit im voraus gegeben.

„Wo bleiben die Vertreter der Religion?“ fragte unter stürmischem Beifalle Präsident Fehrenbach in der Weimarer Nationalversammlung. „Die Welt erwartet wieder die Stimme der ehrwürdigen Instanz, die sonst während des Völkerringens für Gerechtigkeit gesprochen hat. . . Die Anhänger des Verständigungsfriedens in der Welt, die jetzt vor ihrer größten, verhängnisvollsten Enttäuschung stehen, müssen eine Kundgebung des Papstes erwarten,“ meinte die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung,¹⁾ die in diesem Augenblicke einmal ihre traditionelle Haltung gegen den Papst beiseitestellte. Der ganze deutsche Episkopat wandte sich anscheinend vereinbarungsgemäß in Einzeldepeschen an den Papst und beschwor ihn, „für eine Milderung der Friedensbedingungen einzutreten, die das Todesurteil unseres Volkes bedeuten.“²⁾ Bischof Schulte von Paderborn wies auf all das hin, was die von ihm eingerichtete „Kirchliche Kriegshilfe“ den Feinden an Wohltaten erwiesen hatte, um dadurch sein Anrecht zu begründen, in dieser Stunde einen Apell an die Menschlichkeit der Feinde Deutschlands richten zu dürfen. Kardinal von Hartmann bekräftigte seine Bitte in ähnlicher Weise durch eine Aufstellung der vielen von ihm durchgesetzten Begnadigungen, Vergünstigungen und erfolgreichen Empfehlungen. Die in Berlin versammelten Vertreter der sozialen Vereine der deutschen Katholiken traten mit zwei Aufrufen³⁾ an die Oeffentlichkeit, desgleichen die Münchener Katholiken⁴⁾ und die Christlichsoziale Vereinigung der deutschösterreichischen Nationalversammlung.⁵⁾ Kardinal Piffel von Wien rief

¹⁾ vom 14. Mai 1919.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 26, S. 201.

³⁾ s. „Augsburger Postzeitung“ Nr. 212 vom 15. Mai 1919.

⁴⁾ ebenda vom 21. Mai 1919.

⁵⁾ s. „Reichspost“ Nr. 242 vom 8. Juni 1919.

namens des deutschösterreichischen Episkopates das Eintreten des Papstes gegen den Friedensdiktatentwurf von St. Germain an.¹⁾

Bis zu welchem Grade der Geist Christi nicht zuletzt auch bei den Katholiken der Verbandsländer und selbst ihren Bischöfen vom Nationalismus erstickt war, beweist deren beredtes Schweigen in jener Stunde wie in der Folge. Ja, wäre es nur dabei geblieben! Aber offen hieß man dieses Friedensdiktat gut. Wie konnte man unter solchen Umständen von Leuten, zu denen ein Clemenceau und Sonnino gehörten, die Zulassung eines Eingreifens des Papstes im Ernste erwarten? „Ja, wenn es eine katholische Solidarität aller Katholiken wenigstens in der Verurteilung dieses Friedens gäbe,“ schrieb ich damals²⁾ und nach dem „Giornale d'Italia“³⁾ soll der Papst es nicht einmal für ratsam gehalten haben, „sich der Hilfe Kardinal Amettes zu bedienen, weil dessen persönliche Ansichten einer solchen Vermittlung im Wege stehen.“ Und wie stand es um die Gesinnung des Ausland-Protestantismus? Eher noch schlimmer, wenn man bedenkt, daß ja gerade die Väter des Versailler Friedens überwiegend Protestanten waren, nämlich Wilson, Sonnino und Lloyd George (letzterer sogar aus der geistlichen Laufbahn hervorgegangen!), wozu noch der neuheidnische „Pfaffenfresser“ Clemenceau kam. Weitere Zeugnisse lese man bei Grisar, „der deutsche Luther im Weltkrieg“ in dem Kapitel „der ausländische Protestantismus gegen den deutschen Luther“ (S. 128) nach.

Es ist eine eigenartige Tatsache, daß gerade diejenigen, welche den Papst am lautesten des Versagens als Fürsprecher des besiegten Deutschland auf der Friedenskonferenz und nach ihr bezichtigten, schon während des Krieges ihm dieses Recht absprachen, so z. B. der Evangelische Bund in seiner Erklärung bei der Wittenberger Lutherfeier im Oktober 1917,⁴⁾ Pastor

¹⁾ s. „Reichspost“ Nr. 240 vom 6. Juni 1919.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 26, S. 202.

³⁾ s. „Bayr. Kurier“ Nr. 148 vom 27. Mai 1919.

⁴⁾ s. „Köln Volksztg.“ vom 3. September 1917. Gerade jene, welche am meisten über die Einmischung des Papstes in die Politik zefern, verlangen auch von ihm, er solle sich, wenn es ihnen in den Kram paßt, in alles und jedes einmischen. So hätte er auch gegen die Verwendung schwarzer Truppen seitens Frankreichs im besetzten deutschen Gebiete mobilmachen sollen. Was ihn daran hinderte, wurde auf Seite 73 dargelegt. Ferner stand genau wie während des Krieges Behauptung gegen Behauptung

Traub in seiner Hamburger Rede ¹⁾ u. a. Und sie waren es auch, welche in immer neuen Redewendungen den Krieg zu einem solchen des Protestantismus gegen den Katholizismus, Luthers gegen den Papst, gestempelt hatten. Auch dafür bringt das Werk Grisars überreichliches Material. Wenn, wie Theologie-Professor W. Walther in Rostock schrieb, „Deutschlands Schwert von Luther geweiht“ war, wenn ein anderer protestantischer Theologe (E. Fuchs) „Luthers deutsche Sendung“ auf den Weltkrieg ausdehnte, wenn „Luthers, des deutschen Mannes und unseres Mitstreiters Genius“ nach einer vom Evangelischen Bunde herausgegebenen Schrift ²⁾ „vor den deutschen Kämpfern her zog“ und ein H. Preuß in seiner Schrift „Unser Luther“ ³⁾ die Deutschen warnte, nach dem italienischen Papste . . . hinüberzuschien“ und der Sächsische Landesverein des Evangelischen Bundes in einer Konfirmenten-

und die Möglichkeit zur Entsendung eines eigenen Vertreters scheiterte an der notwendigen Einreisebewilligung, ohne die das von den Franzosen besetzte Gebiet nicht betreten werden durfte. Clemenceau und Pichon, unerbittliche Feinde Roms waren noch immer in Paris ausschlaggebend. In zähem, zweijährigem Ringen, das durch äußere Umstände begünstigt wurde, mußte erst das stoffliche Werkzeug für die Ausübung eines Einflusses Frankreich gegenüber geschaffen, d. h. es mußten die amtlichen Beziehungen wiederhergestellt werden, welche Frankreich abgebrochen hatte. Ein unzeitiger Protest würde mit automatischer Sicherheit das angebahnte Werk vernichtet, die mit Mühe gesponnenen Fäden zerrissen haben.

Daß die Kirche und mit ihr der Papst jede Verletzung des Sittengesetzes verurteilt, weiß die ganze Welt; sollte er in jedem Einzelfalle protestieren müssen? Eine unsinnige Forderung!

Ueberdies beweist die Kolonialgeschichte — die der Deutschen wie die der Franzosen und anderer weißer Völker — daß nur allzu oft sich auch der Weiße am Schwarzen vergangen hat, ohne daß die Hüter deutscher Ehre den Protest des Papstes verlangt haben. Und die Ehre einer schwarzen Frau, eines schwarzen Mädchens gilt ebenso viel wie die ihrer weißen Schwester. Vor Gott ist mancher Schwarze weiß, d. h. rein, und mancher Weiße schwarz, d. h. unrein. Derselbe Papst, der Baganda-Negerknaben zur Ehre des Altares aller Rassen der Katholiken erhoben hat und der Christi Gesetz von der Gleichheit der Menschen ohne Unterschied zu wahren die heilige Pflicht hat, durfte auch nicht gegen den Schwarzen um der Rasse willen protestieren.

Und endlich steht die Tatsache fest, daß leider unparteiische Zeugen, auf die man sich deutscherseits berief, letzten Endes versagt haben. (Vgl. die Vorgänge auf und nach dem römischen Antisklaverei-Kongreß.)

¹⁾ s. Kapitel Friedensverhandlungen, S. 71 ff.

²⁾ verf. von Dr. W. Wehrmann, betitelt „Luther, der deutsche Mann, unser Mitstreiter“.

³⁾ Leipzig 1917.

schrift des Jahres 1915 „den vollen Luthersieg“ verlangte,“ bis wir die Welt vom Wahn des Römertums befreit,“¹⁾ wie konnte man dem Oberhaupte der katholischen Kirche, dem römischen Papste da zumuten, er sollte auch nur einen Finger für diese deutsche Sache rühren? Hätte etwa ausgerechnet er sich zum Fürsprecher „des deutschen Luther“ in Versailles machen sollen? Hätte er nicht im Hinblick auf den konfessionspolitischen Standpunkt, den diese seine Widersacher offen einnahmen, das Recht gehabt, die Dinge unter dem gleichen Gesichtspunkte zu betrachten und danach zu handeln? Aber Benedikt XV. war nicht so engherzig und soweit eine Möglichkeit bestand, vertrat er jetzt zu Deutschlands Gunsten wiederum unentwegt den Standpunkt eines christlich gerechten Friedens.

Aber — welche Wege führten denn noch vom Vatikan nach Versailles? Selbst „Secolo“, der in jener Zeit sich keine Gelegenheit entgehen ließ, dem Papste Unangenehmes zu sagen und sein Ansehen zu schädigen, gab zu, daß all jene Anrufungen um Hilfe zu negativem Erfolge verurteilt seien, „da der Vatikan nicht in der Lage sei, den Hilferuf an die Friedenskonferenz zu leiten, weil ihm keinerlei diplomatische Mittel dazu zur Verfügung stehen.“²⁾ Irgendein Tölpel insinuierte in der Presse sogar dem Papste, „er erwarte und wünsche, daß Deutschlands oder Oesterreichs Regierung seine offizielle Intervention anrufen sollten“ und das geschah wenige Tage, nachdem das Organ des auf dem Gipfel seiner Macht angelangten Clemenceau, „Homme Libre“³⁾ erklärt hatte, „daß die Entente keinerlei Einmischung in die Verhandlungen, woher sie auch kommen, dulden werde, so wenig von Amerikanern, die gegen Wilson Opposition trieben, als vom Vatikan, welcher während des Krieges nur für Deutschland Günstiges getan und niemals gegen deutsche Greuel protestiert habe. Wenn der Papst sich heute zum Verteidiger von Frauen- und Kindermördern, Kirchenschändern, Brandstiftern und Verletzern aller Verträge und Gesetze mache, so zeige er seine Parteilichkeit. Sein Urteil habe auch nicht die geringste Aussicht auf Berücksichtigung. Die Alliierten wüßten, wie sie den Frieden

¹⁾ s. Grisar, der deutsche Luther im Weltkrieg, S. 64.

²⁾ s. „Düsseldorfer Tagblatt“ Nr. 122 vom 21. Mai 1919.

³⁾ vom 22. Mai 1919.

herbeizuführen hätten und würden sich von ihren Richtlinien nicht abbringen lassen."

Kardinal Bertram von Breslau hatte derselben, offiziellen französischen Quelle zufolge die Mitteilung erhalten, daß sich der Papst bereits um eine Milderung der Bedingungen bemühe und auch Kardinal von Hartmann empfing die Versicherung des Hl. Vaters, daß er nach den besten Mitteln suche, um den deutschen Katholiken zu helfen.¹⁾

Rühmlich erwähnt muß aber die Tatsache werden, daß eine kleine katholische Gruppe französischer Abgeordneter den Mut fand, ihren Widerspruch gegen den Versailler Vertrag sofort zu bekunden, indem sie Clemenceau eine „kritische Note zum Friedensvertrag“ überreichte; darauf legte ihr Führer in der Kammer, Denys Cochin entrüstet seinen Vorsitz nieder.

Die vom Papste durch Msgr. Cerretti in Paris eingeleiteten Schritte, welche die Antwort an die beiden deutschen Kardinäle im Auge hatte, zwangen naturgemäß dazu, nicht durch ein vor-eiliges verwerfendes Urteil über das Werk der Friedenskonferenz die wenigen Wege zu versperren, von denen man in jenem Zeitpunkt noch gar nicht wußte, ob sie sich überhaupt als gangbar erweisen würden.²⁾ Der Hinweis darauf, der in den Worten des Papstes in seiner Konsistorial-Ansprache vom 3. Juli liegt, nämlich daß er „sich über andere Dinge, die die ganze Christenheit betreffen, Stillschweigen auferlege, blieb bei vielen leider unbeachtet, welche ihm dieses Stillschweigen als Mangel an Mut, wenn nicht gar als Pflichtvergessenheit auslegten. Nur dem Umstande, daß die Paragraphen des Friedensvertrages über die katholischen Missionen in den deutschen Kolonien die Rechte der Kirche und des Papstes direkt zu verletzen geeignet waren, ist es zu verdanken, daß sich dem Hl. Stuhle noch eine Handhabe bot, in Paris diplomatisch zu erscheinen und sich dort Zutritt zu verschaffen, also die Vorbedingungen für ein Eingreifen überhaupt erst herzustellen.

Es hätte geheißen, Msgr. Cerretti sofort in Paris selbst in Sachen der katholischen Missionen die Türen zu versperren und jede Möglichkeit für einen Erfolg gründlichst zu zerstören, hätte man die sehr inopportunen Blättermeldungen von einem Ver-

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 26, S. 201.

²⁾ s. das Kapitel: Der Friedensvertrag und die Missionen.

suche der päpstlichen Diplomatie zur Milderung der Friedensbedingungen unerwidert gelassen und durch Stillschweigen Zustimmung annehmen lassen; somit erklärte der „Osservatore Romano,” ¹⁾ Msgr. Cerretti habe nur die Aufgabe, die Interessen der katholischen Missionen zu wahren. Jedoch unmittelbar nach dessen Rückkehr aus Paris (am 27. Juni) verständigte Kardinal Gasparri den Wiener Kardinal Piffli (am 3. Juli), sowie dessen „ehrwürdige Mitbrüder im Episkopat und alle, die vom Hl. Vater eine Intervention in Sachen der Friedensbedingungen erwarten, daß der Hl. Stuhl in dieser Richtung bereits tätig ist und nichts unterlassen wird, alles nur Mögliche zu tun. Unterdessen mögen die Gläubigen nicht aufhören, zu Gott zu flehen, der ja die Herzen und die Geschicke der Menschen in seiner Hand hat, auf daß Er seine Barmherzigkeit und Allmacht auch in unseren trüben Tagen offenbare.” ²⁾ Wenn übrigens Rom sich in Paris mit allem Nachdrucke für die durch zwei Paragraphen des Friedensvertrages bedrohten katholischen Missionen einsetzte, so wahrte es damit auch deutsche Interessen; war doch Deutschland damals die einzige missionierende Nation der Mittelmächte, deutsche Missionäre sollten es sein, die künftig aus ihren Missionsgebieten ausgewiesen bleiben sollten und denen der größte Teil der noch zu missionierenden Welt verschlossen bleiben sollte und zwar weil sie Deutsche sind.

Am 28. Juni nachmittags 3 Uhr wurde im Spiegelsaale zu Versailles der sogenannte Friedensvertrag unterzeichnet. Es waren Deutschlands rechtmäßig bevollmächtigte Vertreter, die im Namen ihrer Regierung ihre Unterschrift unter diesen Vertrag setzten und ihn somit annahmen. Und angesichts dieser unzweideutigen Willensäußerung Deutschlands hätte der Papst gegen einen Vertrag, der ihn selbst gar nicht betraf, jetzt protestieren sollen? Jawohl, es gab Leute, welche in diesem Zeitpunkte solches von ihm erwarteten; heute aber sieht jeder nüchtern Urteilende das Frucht- und Sinnlose einer solchen Zumutung ein. Selbst katholischerseits fehlte es in jenen Tagen vielfach an einer richtigen Würdigung der Handlungsweise des Papstes; manche Zeugnisse ließen sich dafür erbringen. Man sprach es offen aus, daß man sich „die Tat des Stellvertreters Christi, die Tat hoher heiliger

¹⁾ s. Nr. 143 vom 1. Juni 1919.

²⁾ s. „K. Kztg.” 1919 Nr. 37, S. 291.

Nächstenliebe" genau wie später im Ruhrkonflikt nur in der Form eines demonstrativen, feierlichen, unerbittlich scharfen Protestes und Verwerfungsurteiles vor dem Forum der ganzen Welt erwarte.¹⁾ Es sei darauf mit einer bekannten Parabel erwidert:

Es ging ein Mensch (der Deutsche) von Jerusalem nach Jericho (Versailles) und fiel unter die Räuber (Friedenskonferenz). Ein Priester kam des Weges, aber er zog vorüber; desgleichen tat ein Levit. Ein reisender Samariter aber kam zu ihm, sah ihn und ward von Mitleid gerührt. Und — er zog sofort nach Jerusalem, trat auf den Marktplatz und protestierte feierlich und entrüstet gegen die Räuber und gegen ihre Untat, und das Volk bekundete seinen Beifall. Befriedigt ging er nachhause, im Bewußtsein, das Gebot Gottes erfüllt zu haben. Nein, in Wirklichkeit tat er das nicht, sondern wie die Heilige Schrift weiter erzählt, er trat zu ihm hin,

¹⁾ Da man seitens der Feinde der Kirche das Organ der italienischen Jesuiten und diese selbst immer wieder als die Wortverkünder der römischen Kurie hinstellt, so möge das Urteil dieser Zeitschrift, der „Civiltà Cattolica“ vom 2./16. August 1919 hier Platz finden:

„Was entscheidenden Einfluß in der Geschichte der Völker haben wird, das ist das Fehlen des Geistes, des hohen und hehren Sinnes der Gerechtigkeit, der Gesittung und des christlichen Edelmut, . . . das ist deshalb die unheilvolle Sinnesrichtung, weit ab von jeder Wiederversöhnung, — der tieferliegende Inhalt jener 440 Friedensartikel, die wir viel eher Kriegsartikel nennen müßten, von mehr als dreißig siegreichen Mächten gegen eine einzige besiegte gezeichnet, das ist mit einem Worte der ganze so berühmte Vertrag von Versailles. Und dieser wird bei einer Nachwelt, die der Leidenschaft ferner steht und die frei in der Beurteilung ist, noch eine ganz andere Berühmtheit erlangen, während zur Stunde wenige es wagen, seine Willkür aufzudecken und seine Folgen vorherzusagen; sie sind verhängnisvoll nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger selbst. Wir haben es sofort gesagt und wir wiederholen es mit erhobener Stimme: Sie haben einen neuen Krieg beschlossen, der den Völkern unter der höhnenden Marke „Friedensvertrag“ auferlegt ist!

„Dies haben die Völker nach solchen Leiden nicht erwartet. Vielleicht waren darauf nicht einmal die Urheber selbst gefaßt, und namentlich nicht jener zuerst gepriesene und darauf verlästerte Wilson; aber sie wurden so weit fortgerissen von dem rasenden Strom der Herrschaft einer gottlosen und materialistischen Politik. Diese kann und konnte nach ihren Grundsätzen nichts besseres leisten. Ihr Friede kann nur ein falscher und erlogener Friede sein.“

Es war auch die „America“, das Organ der amerikanischen Jesuiten, welches lt. „Oss. Rom.“ vom 3. Mai 1923 sich mit Entschiedenheit dafür einsetzte, die Vereinigten Staaten sollten im Interesse ihrer Ehre auf das ihnen durch den Friedensvertrag zuerkannte Recht der Zurückbehaltung deutschen Eigentumes verzichten.

goß Oel und Wein in seine Wunden und verband sie; dann hob er ihn auf sein Lasttier, führte ihn in die Herberge und trug Sorge für ihn. Des anderen Tages zog er zwei Denare heraus, gab sie dem Wirte und sprach: „Trage Sorge für ihn, und was du noch darüber aufwendest, werde ich dir bezahlen, wenn ich zurückkomme! Welcher von diesen Dreien scheint der Nächste für den gewesen zu sein, der unter die Räuber gefallen war? Der andere aber sprach: Der, welcher die Barmherzigkeit an ihm geübt hat. Jesus aber sprach: Geh hin und tu desgleichen!

Und Benedikt XV. ist hingegangen und hat desgleichen getan, wie Jesus geboten hat.

Für Völkerfriede gegen Völkerhaß.

Der Vertrag von Versailles ist nichts anderes als die Konkretisierung, die Versachlichung jener Gesinnung, welche die Männer der Friedenskonferenz beseelte und beherrschte, er ist, wie die „Civiltà Cattolica“, das Organ der italienischen Jesuiten sehr zutreffend bemerkte, „ein Weiheakt des Hasses, eine Eingebung der Rache und eine Verewigung des Krieges“. Wem es ernstlich um eine Außerkraftsetzung oder Änderung des Friedensvertrages zu tun war, der durfte also nicht am geschriebenen Wort einsetzen, sondern er mußte dahin streben, den Geist der Menschen, ihre Gesinnung umzuwandeln, denn aus ihr werden die Taten geboren. „Um die Beschlüsse, welche dazu bestimmt sind, Ruhe und Ordnung und Eintracht in der Welt dauernd zu gestalten“ und „der Welt einen gerechten und dauerhaften Frieden zu verleihen“ hatte Papst Benedikt XV. in seiner Kriegsende-Encyklika¹⁾ versprochen, „den ganzen Einfluß seines apostolischen Amtes einzusetzen.“ Er hat also nicht voreilig seine moralische Macht für jedweden Frieden des Siegerverbandes festgelegt, sondern nur einen ganz genau bezeichneten Frieden im Auge gehabt. Die ihm durch den Abschluß des Versailler Friedens erwachsende neue Aufgabe aber war im Grunde genommen gar nicht neu, der Papst brauchte keinerlei Umstellung seiner Politik vornehmen, er hatte nur zu tun, was er in zahllosen Kundgebungen seit dem ersten Tage des Krieges getan hatte, d. h. anderen ihre heilige Pflicht vorzuhalten, seine Gesinnung des Friedens und der Liebe zur ihrigen zu machen.

¹⁾ s. S. 8 im Kapitel „Waffenstillstand.“

Schon die erste öffentliche Äußerung zielte in dieser Richtung, seine Ansprache im Konsistorium vom 3. Juli. „Nachdem nun die Feindseligkeiten zum Ende gekommen sind, wünschen Wir die göttliche Barmherzigkeit anzurufen, daß nunmehr . . . endlich Menschen und Völker, bisher einander Feind, von neuem durch die Bande jener christlichen Nächstenliebe verbrüderet werden, die anzurufen Wir nicht aufhörten und ohne die jeder Friedensvertrag eitel ist.“¹⁾

Dann richtete er (unterm 15. Juli 1919) ein Schreiben an die Bischöfe Deutschlands. Während er mit keiner Silbe den Versuch macht, „die deutschen Katholiken mit dem Versailler Vertrag auszusöhnen,“²⁾ vereinigt er sich mit ihnen im Danke zu Gott für die Aufhebung der Blockade, ist besorgt um möglichst rasche Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden, warnt vor neuen Umwälzungen und richtet sein Wort besonders an das Landvolk, damit der Bevölkerung die Lebensmittel nicht fehlen. „Meine Kinder, mahnt er, liebet nicht mit Worten und mit der Zunge, sondern in Taten und in Wirklichkeit.“ „Weiterhin muß jeder von Euch den ganzen Einfluß seines heiligen Seelsorgeramtes aufbieten, um die geistigen Wunden wieder zu heilen, die der Krieg dem Volke zugefügt. Besonders muß jedes Haßgefühl sowohl gegen Ausländer, mit denen man im Kriegszustande war, als gegen eigene Mitbürger einer anderen Partei beseitigt und der Haß durch jene brüderliche Nächstenliebe ersetzt werden, die weder Schranken, noch Grenzen und Klassenkämpfe kennt... Was Uns betrifft, wird Euch Unsere Unterstützung in dieser äußersten Bedrängnis Eures Vaterlandes nicht fehlen, da sich Unser Vaterherz mit größerem Mitleid jenen Kindern zuwendet, die am meisten leiden...“³⁾

Man wird vielleicht einwenden, der Papst hätte besser getan, die Aufforderung, den Haß abzulegen, an Frankreich zu richten. Niemand wird leugnen, daß die Gefühle des Hasses damals auch im deutschen Volke sehr stark waren und solange nicht beide Gegner ihnen entsagen und sich zur Aussöhnung die Hand reichen, ist kein wahrer, echter Friede möglich. Aber schon zu jener

¹⁾ s. „Acta A. S.“ 1919 Nr. 8 vom 4. Juli.

²⁾ wie die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ Seite 57 behauptet.

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 30, S. 237.

Stunde, da Benedikt XV. die Deutschen an das große Gebot der Nächstenliebe erinnerte, richtete sich sein Wille darauf, noch viel eindringlicher der Gegenseite ins Gemüt zu reden, denn schon waren die Vorbereitungen zur Einweihung eines Gotteshauses im Gange, das ein Tempel der Liebe sein wollte und sein sollte, der Herz Jesu-Basilika auf dem Berge der Martyrer, dem Montmartre zu Paris. Die ganze Art der Veranstaltung seitens des Entente-Episkopates trug den unleugbaren Stempel einer Feier des Sieges im Kriege, des „Friedens“ von Versailles, so sehr war man dort vom Völkerhasse verblendet. Und vor den Versammelten Zehntausenden von Franzosen, vor 125 Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen muß päpstlichem Befehle gemäß der Pariser Erzbischof Kardinal Amette das Handschreiben verlesen, das, wahrhaftig eine Kundgebung des Stellvertreters Christi, mit, ich möchte fast sagen, unerhörter Rücksichtslosigkeit dem als Vaterlandsliebe maskierten Völkerhasse entgegentritt. Nachdem der Papst den Anlaß seines Schreibens dargelegt, sagt er:

„Betet also das göttliche Herz in diesem geweihten Tempel an, verehrt es als den Quell des Guten, das das ganze Menschengeschlecht geliebt und Euer Volk mit besonderen Gunstbeweisen bedacht hat. Aber Liebe muß mit Liebe vergolten werden.

Nichts ist im Alten Testament nachdrücklicher betont als Gebot für alle Zeiten und alle Welten, worin das ganze Gesetz enthalten ist. Jesus hat gesagt: „Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit deinem ganzen Geiste. Das ist das erste und größte Gebot; aber es gibt noch ein zweites, das dem ersten ähnlich ist: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst! Zur gleichen Zeit, da das hl. Herz uns unter einer sinnfälligen Form die allumfassende, leider oft vergessene Liebe des Heilandes für seine Kinder zeigt, ermahnt es uns an die große heilige Pflicht, Gott vor allem zu lieben und den Nächsten wie uns selbst.

Aber die Liebe zum Nächsten, die umso edler wird, je näher uns jene stehen, denen sie gilt, muß sich auf alle erstrecken, selbst auf unsere Feinde, da wir alle vereint sind durch die Bande der Brüderlichkeit, als Kinder des gleichen Vaters, erkaufte durch das gleiche Blut Christi. „Liebet eure Feinde, tuet Gutes denen, die euch hassen: betet für jene, welche euch verfolgen und verleumden, damit ihr Kinder eines Vaters

seid, der im Himmel ist.' Das hat unser Herr und Meister gesprochen, das haben die Apostel, insbesondere der Lieblingsjünger Johannes, einstimmig gepredigt und das haben alle jene im Leben treu befolgt, die ihr Leben nach der Weisheit des Evangeliums eingerichtet.

Wohl wissen wir, daß dieses Gebot unseres Herrn Jesu Christi der Welt nicht gefällt, sodaß jene, die seinen geheiligten Charakter bestätigten und verteidigten, zur Zielscheibe einer verkehrten Auslegung ihrer Absichten und zum Gegenstande mannigfacher Angriffe werden. So erging es einst dem göttlichen Heilande, so erging es unlängst dem Statthalter Christi. Einem jeden wird es so ergehen, der predigt, man solle die Beleidigungen vergessen und jenen Liebe entgegenbringen, die uns Uebles zugefügt und unser Vaterland angegriffen haben. Aber die Furcht, den Bösen zu mißfallen, darf niemanden hindern, dem so wichtigen Gebote des Evangeliums eifrig nachzuleben, auf dem die ruhige Sicherheit der menschlichen Beziehungen und der Völkerfriede begründet sind. Wenn wir deshalb dem göttlichen Herzen Jesu die Verehrung, die ihm am angenehmsten ist, erweisen wollen, so müssen wir in unseren Herzen diese doppelte Liebe gegen Gott und gegen die Menschen anfachen, auch wenn diese unsere Feinde wären oder gewesen wären. Mögen sich doch alle daran erinnern, daß der Herr uns unsere Sünden nur unter der Bedingung verzeiht, daß wir selbst jenen verzeihen, die uns Böses zugefügt.

Vor allem ist es Aufgabe des Klerus, in Wort und Tat dem Volke diese Pflicht in Erinnerung zu rufen, umsomehr, als eine Heilung so großer Uebel, wie sie der Weltkrieg gebracht hat, und ein dauernder Friede schwerlich erhofft werden können, wenn sich die Herzen und die Völker nicht unter einander aussöhnen.

Möge doch unser Herr Jesus Christus, so bitten Wir ihn flehentlich, darum mit Euch sein, daß ihr die Wohltaten der göttlichen Barmherzigkeit feiert. Möge auch die Fürbitte eurer Landsmännin, der seligen Margarethe Maria ¹⁾ vom erhabenen Tempel herab, den Ihr zu Ehren seiner Liebe errichtet, nicht nur Frankreich, sondern das ganze Menschengeschlecht mit Gnaden umfassen und überhäufen, damit, was menschliche Klugheit mit der Konferenz von Versailles be-

¹⁾ Margarethe Marie Alacoque, welcher Jesus die Geheimnisse der Liebe seines göttlichen Herzens offenbarte, wurde am 13. Mai 1920 von Papst Benedikt XV. feierlich heiliggesprochen.

gonnen hat, die göttliche Liebe zurecht rücke und vollende auf dem Berge der Märtyrer." ¹⁾

Dem Frieden auf Erden denen, die guten Willens sind, ist sodann die Ansprache gewidmet, welche der Heilige Vater am Vorabend des Weihnachtsfestes an das Hl. Kollegium richtete. Wer irgendwie im Zweifel ist, worin der christliche Friede im Sinne des Papstes besteht, der lese jene Worte nach. „Pacis sunt, sagt er, die Akte der Unterwerfung und des Gehorsams unter die göttlichen und menschlichen Gesetze, welche mittelbar oder unmittelbar Gottes Herrschaft über das Geschöpf ankündigen; pacis sunt die Äbtötungen und Bußübungen. . . , dem Frieden dienen die Worte und Handlungen der Willfährigkeit gegenüber unseren Brüdern selbst auf Kosten der Eigenliebe. Dem Frieden dient man, wenn man anerkennt, daß weder aus den Schulen, noch aus den Gerichtssälen, noch aus den öffentlichen Sitzungssälen je Gott entfernt und ausgeschlossen werden darf . . . , dem Frieden dienen die Bemühungen und das Streben, den Völkerbund auf die Grundlage der Gerechtigkeit zu stützen, dem Frieden dienen die Schiedsgerichte und die Urteilsprüche, welche die besiegten Völker zu billiger Strafe verurteilen, aber nicht zur Vernichtung." ²⁾

Selig die Friedensstifter, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden! Es wird wohl niemanden geben, der diese Worte auf einen Clemenceau, Lloyd George, Wilson, Sonnino geprägt erachten würde, aber auch niemand, der den Ehrentitel des Friedensstifters dem Papste des Weltkrieges vorenthalten wissen möchte. Während jene seinen Bemühungen verhärtete Herzen entgegensetzten, zeigte sich doch allmählich, daß des Papstes Stimme nicht ganz die vox clamantis in deserto war. Eine „Fellowship of reconciliation“ richtete von der Londoner Memorial Hall aus unterm 11. Dezember 1919 eine Weihnachtsbotschaft an Deutschland. Im Geiste der Versöhnung, im Wunsche nach Gemeinschaft im Dienste der Menschheit und der Stimme Christi folgend, die unsere Herzen bewegt, wollen wir — erklären die etwa tausend Teilnehmer — einander die Hände reichen,

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des „Evangelischen Bundes“ fälscht den Sinn dieses Schreibens durch willkürliche Streichung von neun Zehnteln des Wortlaufes.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920, Nr. 5, S. 33.

um die wahre Internationale aufzurichten und die Worte Gottes zu erfüllen: Friede auf Erden . . .!"

Als erste greifbare Wirkung, wie auf katholischer Seite mit dem Aufgeben des Völkerhasses Ernst gemacht wurde und das Wort des Papstes Gehör fand, zeigte sich die Beteiligung an der von diesem ausgeschriebenen Weltkollekte für die Hungernen Mitteleuropas; bereits die ersten, im Januar 1920 veröffentlichten Listen des „Osservatore Romano“ verzeichnen 100 000 Lire aus der Diözese Mailand, 30 000 Franken aus der Welsch-Schweiz (Lausanne—Genf). Amerikanische, katholische Studenten an der Universität Freiburg i. S. stellen sich begeistert in den Dienst des päpstlichen Hilfswerkes und der Hl. Vater ruft ihnen aneifernd zu: „Nichts kann uns teurer sein, als die tätige Nächstenliebe. Mehr als je ist es höchst notwendig, daß sie geweckt und in allen Herzen neu entzündet werde, damit nach vollständiger Austilgung des Hasses unter den Völkern zugleich mit dem Reiche Unseres Herrn Jesu der glückliche und dauerhafte Friede geschaffen werde.“

Im Februar 1920 ergreift, bewegt durch den Aufruf des Papstes, Miß Jebb in Genf die Initiative zum internationalen Kinderhilfswerke. Zum erstenmale treffen sich seit dem Kriege Vertreter aus den vordem einander bekriegenden Staaten und die Vertreterin des Italienischen Katholischen Frauenbundes bricht den Bann, indem sie die „Brüder“ aus dem Gebiete der Mittelmächte begrüßt und allseits reichen Beifall findet, selbst beim französischen Delegierten. Auch bricht sich die Erkenntnis über die Ungeheuerlichkeit des Friedensvertrages allmählich Bahn, indem „Catholic Times“ vom 17. Januar 1920 ihn als den „Tigervertrag, gegründet auf einen schändlichen Bruch internationalen Rechtes“ bezeichnet.

Die Selig- und Heiligsprechungen einer Luise von Marillac, einer Margarethe Marie Alacoque, eines Gabriel von der schmerzhaften Muttergottes, einer Jungfrau von Orléans und der Neger-Martyrer von Uganda (9. Mai bis 13. Juni 1920) bringen der ganzen katholischen Welt die „Gemeinschaft der Heiligen“ aufs neue zum Bewußtsein, welche nur Kinder des einen Vaters, aber keinen Nationalhaß mehr kennt.

Aber „schon vor dem Waffenstillstande des Jahres 1918 war, wie der „Osservatore Romano“¹⁾ feststellt, eine herrliche päpstliche Kundgebung vorbereitet, die Encyklika über Völkerversöhnung, welche am heiligen Pfingstfeste des Jahres 1920 dem katholischen Erdkreise bekanntgegeben wurde und „deren Veröffentlichung in Erwartung der Unterzeichnung der Verträge und angesichts der sich drängenden Ereignisse, welche die öffentliche Meinung ablenkten und bedrückten, verzögert wurde.“²⁾

Mit womöglich noch größerer und eindrucksvoller Schärfe hält hier Christi Statthalter der Menschheit vor, was allein vom christlichen Gesichtspunkte aus als Friede angesehen werden kann. Setzen wir einfach seine Worte hierher, sie entheben uns jeder Erläuterung.

„Der Friede . . . hat endlich begonnen, wieder über den Völkern aufzuleuchten und Wir zuförderst freuen Uns darob. Leider aber beeinträchtigen noch allzu viele und allzu bittere Nöte diese väterliche Freude; denn wenn auch fast überall irgendwie der Krieg ein Ende nahm und einige Friedensverträge unterzeichnet wurden, so bleiben doch immer noch die Keime alten Grolles, und Ihr begreift wohl, ehrwürdige Brüder, daß kein Friede Bestand, kein Bündnis Kraft haben kann, so sehr es auch in tagelangen und mühsamen Konferenzen erdacht und feierlich sanktioniert worden sein mag, wenn nicht gleichzeitig der Haß und die Feindschaft durch eine auf gegenseitige Liebe begründete Versöhnung beseitigt werden

Wahrhaftig, seit durch geheimen Ratschluß Gottes Wir auf diesen Stuhl Petri berufen wurden, haben Wir keinen Augenblick aufgehört, solange der Krieg wütete, Uns mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß so rasch als möglich unter den Völkern der Welt wieder herzliche Beziehungen aufgenommen würden Jetzt, da so etwas wie ein Friede endlich geschlossen worden ist, ist es wiederum die Liebe, die Uns drängt, alle Söhne der Kirche oder besser alle Menschen des Weltalls zu ermahnen, sie möchten dem alten Groll entsagen und gegenseitiger Liebe und Eintracht Raum geben. Wir brauchen nicht allzu weit ausholen, um zu beweisen, daß die Menschheit dem schlimmsten Unheile entgegen gehe, wenn

¹⁾ vom 2. Juni 1920.

²⁾ Mit den Worten „Und so lautet mehr oder weniger kühl und glatt der Inhalt aller sonstigen Äußerungen, die von Benedikt XV. im Zusammenhang mit Versailles bekannt geworden sind“, setzt sich die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des „Evangelischen Bundes“ über all das hier Angeführte hinweg und — unterschlägt ohne weiteres die ganze Encyklika über Völkerversöhnung.

trotz geschlossenen Friedens unter den Völkern Feindschaft und Abneigung fortbeständen."

Der Papst zählt nun die Liebesgebote Christi auf, das Kennzeichen seiner Jünger, seinen hehren Willen, daß alle eins seien, die Mahnung zur Bewahrung wechselseitiger Liebe, um dann fortzufahren:

„Was nun bisher gesagt wurde, um das Gebot der Liebe einzuschärfen, gilt auch bezüglich der Verzeihung von Beleidigungen, die nicht weniger feierlich vom Herrn geboten wurde: ‚Aber ich sage euch, liebet eure Feinde, tuet Gutes denen, die euch hassen, und betet für diejenigen, welche euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters seid, der im Himmel ist und seine Sonne aufgehen läßt über Gute und Böse.‘ Daher jene strenge Mahnung des Apostels Johannes: Wer seinen Bruder haßt, ist ein Mörder. Und ihr wisset, daß kein Mörder in sich das ewige Leben besitzt!

Endlich hat uns Jesus Christus gelehrt, so zum Herrn zu beten, daß wir selbst um Verzeihung bitten, vorausgesetzt daß wir anderen verzeihen. . . . Indessen müssen Wir als der Erste dem Beispiele der Barmherzigkeit und der Güte Jesu Christi folgen, an dessen Stelle Wir, wenn auch ohne Unser Verdienst, stehen. Wir verzeihen von ganzem Herzen allen und jedem einzelnen unserer Feinde, die bewußt oder unbewußt Unsere Person und Unser Wirken mit jeder Art von Tadel überschütteten und noch überschütteten und Wir umarmen alle mit Liebe und größtem Wohlwollen, lassen keine Gelegenheit vorübergehen, um Ihnen Gutes zuzufügen, so viel Wir können, und das Gleiche zu tun sind die Christen, die wahrhaft diesen Namen verdienen, gegen jene zu tun gehalten, von denen sie während des Krieges Beleidigungen erfuhren. Benedikt XV. verbreitet sich nun über die Pflicht, Gutes zu tun, „nicht in Worten mit der Zunge, sondern mit dem Werk und in Wahrheit“ und verweist auf die allgemeine Not und das Bild des Jammers und Elendes, das die Menschheit bietet, er erinnert an das Beispiel vom guten Samariter, an die Aufgabe der Kirche als „Erbin und Hüterin des Geistes Jesu Christi“. Er bittet und beschwört die Bischöfe und besonders die Priester als „Diener des Friedens“, mit Eifer dafür einzutreten, daß die Nächstenliebe auch dem Feinde gegenüber geübt werde; er ruft die Presse und die katholischen Schriftsteller auf, sich nicht nur jeder falschen und eiteln Anklage zu enthalten, sondern in ihrem Worte auch

jede Schärfe und Maßlosigkeit zu meiden, um nicht noch nicht ganz verheilte Wunden neu aufzureißen. Auch „den Völkern, die den großen Krieg durchgekämpft,“ wollen diese Worte gelten, und „weil die Besuche, welche sich die Oberhäupter der Staaten und Regierungen gegenseitig zur Erledigung von Angelegenheiten größserer Bedeutung zu machen pflegen, nicht wenig dazu beitragen, diese Eintracht unter den Völkern zu erhalten und zu mehren,“ erklärt er sich bereit, „die Strenge jener Bedingungen einigermaßen zu mildern, die nach Niederwerfung der weltlichen Macht des Hl. Stuhles von Unseren Vorgängern gerechtermaßen festgesetzt worden waren, um zu verhindern, daß katholische Fürsten in amtlicher Weise nach Rom kommen.“

Dann ermahnt der Papst „alle Völker aufs lebhafteste, sich unter dem Einflusse christlicher Wohltätigkeit dazu zu entschließen, untereinander den wahren Frieden aufzurichten“ und sich schließlich in dem einzigen Bunde der Kirche Christi zu vereinigen, dem allein unter dem Schutze göttlicher Gerechtigkeit Dauer beschieden sein werde.

Wie wenig man sich im Allgemeinen um jene Zeit zur Gesinnungshöhe des Heiligen Vaters zu erheben vermochte, beweist die Tatsache, daß z. B. die französische Presse dieses Dokument nur als einen Versuch, Stellung zum damals gefährdeten Kabinett Nitti zu nehmen zu deuten wußte. Die italienische Presse ihrerseits befaßte sich begreiflicherweise vorwiegend mit jenem Teile, der besonders Italien, d. h. die römische Frage berührte. Der „Osservatore Romano“¹⁾ bemängelte daher, daß es durchwegs an einer präzisen Auslegung und strenger Sachlichkeit im Urteile fehlte; in der Tat lassen die Äußerungen selbst angesehenster Blätter an Oberflächlichkeit und Mangel an Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig, man las Verzichte heraus, die nicht darin standen, bekümmerte sich aber um den übrigen, also den wesentlichen Inhalt überhaupt nur ganz wenig und nur so nebenhin.

Wir lassen in diesem Abschnitte natürlich nur jene Stellen zu Wort kommen, in denen das Oberhaupt der Kirche gegenüber dem Nationalitätenhasse die jeden Kompromiß ausschließende Forderung nach Erfüllung des christlichen Liebesgebotes vertritt. Es darf aber dabei nicht übersehen werden, daß gleichzeitig das Beispiel des Papstes selbst, seine zahlreichen rein religiösen

¹⁾ vom 4. Juni 1920.

Kundgebungen wie z. B. das Motuproprio über den hl. Joseph ¹⁾ u. a., die von der Staatssekretarie aus instruierte päpstliche Diplomatie auf dem weiten Erdenrunde, ²⁾ zahlreiche persönliche Unterredungen und Ansprachen an kleinere Gruppen von Rompilgern durch den Papst alle diesen Geist atmeten und vom Zentrum des Vatikans in die ganze Welt hinausstrahlten; dazu kommt noch das Beispiel der großzügigen, caritativen Tätigkeit und die wiederholte Aufforderung an den gesamten katholischen Erdkreis ³⁾ gerade auf diesem Gebiete die bereits gemachten Anstrengungen zu vermehren.

Am Dreikönigsfeste 1921 gibt ihm sein Rundschreiben zum 700 jährigen Jubiläum des III. Ordens des hl. Franziskus ⁴⁾ Gelegenheit, wiederum daran zu erinnern, daß „das Menschengeschlecht nicht einen Frieden sehnlichst herbeirufe, so wie ihn mühevollen Beratungen irdischer Weisheit vielleicht zustande bringen mag, sondern den, der von Christus gebracht ist, wenn er sagt: Meinen Frieden gebe ich euch; nicht wie die Welt einen gibt, gebe ich einen. Ein Ausgleich nämlich unter den Staaten und Ständen der Staatsbürger, von den Menschen erdacht, kann weder lange bestehen, noch überhaupt den Einfluß eines wahren Friedens haben. . .“

Mochte auch die Welt sich taub stellen, umso unablässiger ruft der Papst seiner heiligen Pflicht gemäß es laut in die Menschheit hinein, daß sie mit ihrem Frieden auf dem Irrwege ist. Drei Monate später schon legt seine Ansprache im Geheimkonsistorium vom 7. März 1921 davon wiederum beredtestes Zeugnis ab ⁵⁾; hier seine Worte:

„. . . Wenn es tatsächlich wahr ist, daß der Krieg mit der Mordwaffe beendet ist, so ist aber jedenfalls ein sicherer und dauerhafter Friede noch nicht gekommen, um die Welt zu trösten, und noch weniger ist in die Familien, in die Gesellschaftsklassen und unter die Völker jene Ruhe und jene Ordnung zurückgekehrt, die dem Geist der christlichen Brüderlichkeit und dem christlichen Gemeinschaftssinne entspringt.

¹⁾ deutsch in „K. Kztg.“ 1920 Nr. 32.

²⁾ s. z. B. die Neujahrsansprachen der Nuntien.

³⁾ s. dessen Rundschreiben für die bedürftigen Kinder Mitteleuropas, um neue Gaben zu erhalten (in „K. Kztg.“ 1920 Nr. 49, S. 392.)

⁴⁾ s. „Acta A. S.“ 1921 Nr. 2, deutsch in „K. Kztg.“ 1921 Nr. 9 vom 3. März.

⁵⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 15 vom 14. April S. 115.

Immer noch bietet sich uns das schmerzliche Schauspiel brudermörderischer Kämpfe unter Bürgern und Völkern, die geboren und aufgewachsen sind fast auf demselben Boden, sich aber dennoch jeden Handbreit davon streitig machen und gegen einander eine Mauer des Hasses und der Feindschaft aufrichten. Auch sehen wir alte und latente Streitigkeiten nationaler Natur sich durch Gewaltanwendung verschärfen, die sich mit den Normen der Menschlichkeit und Sittlichkeit nicht vereinbaren läßt und die Wir, von wem immer sie auch ausgehen, bedauern. Es ist nachgerade allen bekannt, daß die von der Politik mühsam ausgearbeiteten Normen des Friedens toter Buchstabe bleiben werden, daß sie niemals Leben und Lebensdauer beanspruchen können, wenn sie nicht auf Gerechtigkeit und Billigkeit begründet, im Geiste und im Herzen der Wiedergeburt jener Grundsätze begegnen, welche die heidnische Welt in die christliche umgewandelt und zu den Zeiten des hl. Franz von Assisi eine Gesellschaft voll der Unordnung und Verderbtheit geheilt und erneuert haben. Nur aus der Beherrschung der eigenen Leidenschaften wird die innere Ordnung des Einzelnen hervorgehen, die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung; nur die praktische, christliche Bruderliebe wird von neuem die brüderliche Liebe unter den Gesellschaftsklassen und unter den Völkern das gegenseitige Vertrauen erzeugen, das die Quelle des wahren und dauerhaften Friedens ist."

Wiederum im Geheimkonsistorium (vom 13. Juni 1921) ¹⁾richtet Papst Benedikt den Blick auf Europa und „es bietet sich hier ein trauriges Schauspiel dar.“ Die jüngsten Ereignisse ²⁾ haben leider bewiesen, sagt er, „daß die Gegensätzlichkeiten und Befehdungen unter den Völkern noch immer nicht beendet sind und daß, wenn auch der Brand des Krieges fast erstickt ist, immerhin der unheilvolle Geist noch fort dauert. Indem Wir aber nochmals Unseren Apell an alle Häupter der Regierungen, die guten Willens sind, richten und erneuern, verlangen Wir, daß auf ihren Rat und Antrieb hin die Völker gegenseitig und zum gemeinsam Besten ihre wechselseitigen Abneigungen ablegen und sie im Geiste der Gerechtigkeit und christlichen Liebe jene Streitfragen lösen, die noch zwischen ihnen schweben. So werde dann endlich dem heimgesuchten Europa jener Friede beschieden, der von Allen ersehnt wird."

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 25 vom 23. Juni, S. 197.

²⁾ Gemeint ist der blutige Aufstand in Oberschlesien und das Ultimatum an Deutschland.

Doch wo sind die „Häupter der Regierungen, die guten Willens sind?“ Ist die Not und der Jammer noch immer nicht groß genug, um endlich die tauben Ohren und Herzen dem Worte des Papstes zu öffnen? Nochmals, im Konsistorium vom 21. November 1921,¹⁾ erhebt er seine Stimme. „Die Völker wünschen heute, da sie so viel Schaden erlitten haben, viel zu sehr den Frieden, so spricht er über die Welt hin, und doch gewahren Wir mit Kummer und Besorgnis, daß der feierlich geschlossene Friedensvertrag keineswegs auch ein Frieden der Gesinnungen ist, und daß fast alle Nationen, insbesondere jene Europas von so schwerer und bitterer Zwietracht beherrscht, sich zerfleischen, daß, um ihre Streitigkeiten beizulegen, man heute mehr als je das Bedürfnis empfindet, es möge der barmherzige Gott eingreifen. . .“

Damit war das Erdenwerk des Papstes des Weltkrieges beendet. Wohl lag auf seinem Schreibtische bereits der von ihm mit eigener Hand niedergeschriebene Entwurf zu einer neuen Friedenskundgebung, die er an die bevorstehende Konferenz von Genua richten wollte, aber es mußte beim Vorsatze allein bleiben. Am 18. Januar 1922 zeigten sich die ersten leichten Krankheitserscheinungen, wenige Tage später, am Sonntage, dem 22ten bereits in den ersten Morgenstunden erlosch dieses Leben. Um das Sterbebett stehen Kardinal Giorgi, Msgr. Migone, der Beichtvater und P. Basile, sowie der Arzt. Und ehe der Heilige Vater seinen Geist aufgab, umfaßt er noch einmal mit seiner ganzen Seele und der letzten Kraft des erschöpften Körpers seine Lebensaufgabe in eine einzige und allerletzte, große Tat. „Heiligkeit, segnen Sie nochmals die sich nach Frieden sehnende Welt!“ ersucht den Sterbenden sein Kaplan. Da erhebt sich Benedikt mit letzter Kraft aus dem Kissen und richtet sich, auf die Linke gestützt, auf; in das verlöschende Auge kommt nochmals Lebensglanz, die schwache Hand hebt sich zu einem großen, großen Kreuze, das er über die ganze Welt hin macht, und mit lauter, wenn auch fast brechender Stimme spricht er das Wort des letzten Segens. Und hinzufügend: „Gerne geben Wir unser Leben dafür hin, der Welt den Frieden wieder zu bringen!“ starb Benedikt XV.

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 48 vom 21. November, S. 379.

Der Friedensvertrag von Versailles und die deutsche Heidenmission.

Das Bestreben, durch den Friedensvertrag den deutschen Einfluß überall möglichst zu vernichten, machte auch vor einem Werke von so rein religiösem Charakter, wie es die Heidenmission ist, nicht halt; es konkretierte sich in zwei Paragraphen, nämlich § 122 und § 438.¹⁾

Der § 122 bestimmt, daß die lokale Regierung aus den bezüglichen Gebieten alle Bewohner deutscher Abkunft ausweisen und die Bedingungen ihres Aufenthaltes festsetzen kann, und im § 438 wird festgesetzt, daß das Eigentum der Missionen im Allgemeinen durch einen von der Lokalbehörde eingesetzten Rat verwaltet wird, der sich aus „Christen“ zusammensetzt (die also nicht Katholiken zu sein brauchen und falls sie es doch sind, auch Freimaurer o. a. sein können, jedenfalls aber aus Deutschfeinden bestehen werden); dieser Rat hat darüber zu wachen, daß die Einkünfte der Verwaltung auch in Zukunft Missionszwecken im Allgemeinen zugeführt werden (also gleichviel ob katholischen oder nichtkatholischen). Der Artikel schließt mit dem Zwange der Annahme und der Verpflichtung, keinerlei Einwendung dagegen zu erheben.

„Um zu begreifen, schreibt dazu der „Osservatore Romano“²⁾ wie und wie weit diese beiden Artikel die Rechte des Hl. Stuhles verletzen, genügt es, sich gegenwärtig zu halten, daß alle katholischen Missionen, sei es, was ihr Personal oder ihr Eigentum betrifft, ausschließlich vom Hl. Stuhle abhängen, wie dies can. 1350 § 2 des kirchlichen Rechtskodex vorschreibt. Kein Priester, sei er Ordens- oder sei er Weltpriester, kann sich daher in die Missionen begeben, ohne mit dem Diplom der Kongregation der Propaganda ausgestattet zu sein, welche die volle Macht über die Missionen ausübt. Man kann beifügen, daß durch göttliche Bestimmung der katholischen Kirche der römische Papst das Recht besitzt, Apostel jeder Nationalität, nicht ausgeschlossen natürlich die deutsche, zur Bekehrung der Ungläubigen auszusenden. Indem man daher die eine oder andere Nation ausschließt, beschränkt man dadurch das göttliche Recht. Was sodann

¹⁾ Wortlaut in „K. K.“ 1919 Nr. 24, S. 190.

²⁾ vom 1. Juni 1919.

das Eigentum betrifft, so ist zu verschiedenenmalen die Kongregation der Propaganda als die rechtmäßige Eigentümerin der Güter der katholischen Missionen gesetzlich anerkannt worden."

„Die über Deutschland obsiegenden Mächte wollten mit den beabsichtigten Friedensbedingungen offensichtlich jeden deutschen Einfluß außerhalb Deutschlands zerstören und durch die beiden Artikel trachten sie, den zu beseitigen, der von den deutschen Missionen ausgehen würde. Das ist zweifellos der politische Grund für ihr Handeln. Da es sich jedoch um katholische Missionen handelt, muß man sich gegenwärtig halten, daß, falls ein deutscher Missionär, seiner geistlichen Sendung vergessend, sich einmal in einen politischen Agenten oder Agitator verwandeln wollte, es jederzeit ein gesetzliches Mittel gäbe, dies zu verhindern, nämlich das des Rekurses an den Hl. Stuhl, der durch Vermittlung der Propaganda nicht verfehlen würde, ihn an die Beobachtung seiner Pflicht zu erinnern."

„Aus diesen Darlegungen erhellt deutlich die Pflicht, welche der Hl. Stuhl hatte, die Aufmerksamkeit der in Versailles versammelten Mächte auf die schwere Bedrohung hinzuweisen, die den um Kirche und christliche Gesittung so wohlverdienten katholischen Missionen ersteht."

Seitens der deutschen Regierung legte der deutsche Reichsminister Brockdorff-Rantzau mittels einer Sondernote gegen die in diesen Paragraphen bekundete Absicht der Vernichtung der deutschen Heidenmission Verwahrung ein; gleichzeitig aber entsandte der Hl. Stuhl selbst einen seiner besten Diplomaten, Msgr. Cerretti nach Paris, denn hier wurde nicht nur deutsches Recht, sondern Recht und Eigentum der Kirche selbst verletzt, somit konnte ein Einspruch des Oberhauptes der Kirche nicht ohne weiteres abgewiesen werden; das Recht dazu war einwandfrei begründet. Es bedurfte nicht erst der Ersuchen deutscher, am Missionswerke besonders interessierter Organisationen an den Vatikan, um die deutschen Heidenmissionen vor dem Untergange zu beschützen; der Papst handelte bereits.

Schon unterm 25. März hatten die deutschen Bischöfe sich gegen die Vertreibung der katholischen Missionäre nach Rom gewendet. In Beantwortung dieses Schreibens ¹⁾ nun erwähnt der Kardinal-Staatssekretär, daß der Hl. Stuhl „dringend Vorstel-

¹⁾ abgedruckt in „Köln. Volksztg." Nr. 445 vom 8. Juni 1919.

lungen an Ihre Eminenzen die Erzbischöfe von Paris und Westminster, an den englischen Geschäftsträger beim Hl. Stuhle, an den Geschäftsträger der chinesischen Republik in Rom, an den japanischen Marine-Attaché Yamamoto und an den Admiral Benson, Befehlshaber der amerikanischen Flotte gerichtet hat." Das war schon vor Eintreffen des Ersuchens geschehen; auf dieses hin hat dann „S. Heiligkeit angeordnet, daß ein erneuter, eindringlicher Appell an die Kardinäle Amette und Bourne und an den englischen Geschäftsträger beim Hl. Stuhl mit einer klaren Darlegung der Gründe der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ergehe." Für den Fall eines Mißerfolges seiner Aktion behalte sich der Hl. Stuhl vor, „zu prüfen, wie am besten für das Los so vieler, ihres Arbeitsfeldes beraubter Missionäre gesorgt werden könne."

Die Voraussicht eines Mißerfolges kann man nur zu gut verstehen; da gegenüber fast allen in Frage kommenden Staaten dem Hl. Stuhl das diplomatische Instrument für eine Intervention fehlte, sah er sich gezwungen, von der Tatsache der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche von Männern wie Yamamoto und Benson ausgehend deren Vermittlung bei ihren Regierungen anzurufen; natürlich verlieh ihnen ihr Abhängigkeitsverhältnis nur ein beschränktes Gewicht. Von Kardinal Bourne wissen wir, daß er in einer großen, öffentlichen Versammlung zu Westminster die deutschen Missionäre in Schutz nahm, die man „unter dem kaum glaublichen Vorwande, sie hätten ihr geistliches Amt zu ungehöriger politischer Propaganda mißbraucht, ausgewiesen habe." ¹⁾

Msgr. Cerrettis Bemühungen waren nicht erfolglos. Papst Benedikt XV. gab davon im Konsistorium vom 26. Juni dem Hl. Kollegium Kenntnis. „Es freut Uns nunmehr, sagte er, ankündigen zu können, daß die erwähnten Personen (die Mitglieder des Völkerbundsrates) nachdem sie, wie es sich geziemte, Unsere Wünsche einer Prüfung unterzogen, zum großen Teil die bezüglichlichen Forderungen annahmen. Wir geben Uns der Hoffnung hin, daß sie sich bei der Ausführung der vereinbarten Dinge von der gleichen Billigkeit leiten lassen werden, was nicht nur die katholische Kirche, sondern die gesamte Zivilisation berührt." In der Tat überreichte Lord Balfour im Namen des

¹⁾ s. Meldung des Luzerner „Vaterland" Nr. 119 vom 20. Mai 1919.

Viermännerrates dem Abgesandten des Papstes den abgeänderten Text der Bestimmungen nebst einer Erklärung der verbündeten und assoziierten Regierungen, worüber wir dem „Osservatore Romano“ ¹⁾ das Wort lassen wollen: Er schreibt:

„... Die Konferenz hat zugestimmt, den Art. 438 abzuändern, der im neuen Wortlaute sich folgendermaßen ausdrückt: „Die alliierten und assoziierten Mächte kommen überein, daß, wenn religiöse, christliche Missionen von deutschen Gesellschaften oder Personen und auf Gebieten, die ihnen gehörten oder ihrer Regelung zur Verwaltung anvertraut waren, bisher unterhalten wurden, zufolge des gegenwärtigen Vertrages die Güter dieser Missionen oder Missionsgesellschaften, eingerechnet die Güter der Handelsgesellschaften, deren Ertrag für den Unterhalt der Missionen bestimmt ist, auch künftighin eine Missionsverwendung erhalten sollen. Um die gute Durchführung dieses Uebeeinkommens zu sichern, werden die alliierten und assoziierten Regierungen die genannten Güter an Verwaltungsräte übergeben, die von den Regierungen ernannt und bestätigt und aus Personen zusammengesetzt sind, welche die Konfession jener Missionen besitzen, deren Güter in Frage stehen.

„Indem die a. u. a. Regierungen fortfahren, eine vollständige Kontrolle bezüglich der Personen auszuüben, von denen die Missionen geleitet sind, werden sie die Interessen dieser Missionen schützen. Indem Deutschland die vorstehenden Vereinbarungen beurkundet, erklärt es, alle Maßnahmen anzuerkennen, die von den an der Durchführung des Werkes der genannten Missionen oder Handelsgesellschaften interessierten a. u. a. Regierungen getroffen wurden oder noch getroffen werden und es verzichtet auf jede diesbezügliche Einsprache.“

Obwohl dieses „Zugeständnis“ weit von den Forderungen des Hl. Stuhles entfernt war, „erfordert doch die Pflicht, zu bemerken, daß, nachdem der Art. 438 zum Friedensvertrag mit Deutschland gehört, er in dem, was er besagte, nur das berücksichtigen konnte, was die Beziehungen der verbündeten Mächte mit Deutschland betraf.“ Es war daher nicht zu vermeiden, daß das weglieb, was sich näher auf die Verpflichtungen bezog, die die Mächte gegenüber dem Hl. Stuhle einzugehen geneigt waren.“

„Um inzwischen die Natur und Tragweite derartiger Verpflichtungen zu vervollständigen, faßte die Konferenz einen Beschluß von außerordentlicher Wichtigkeit, den der Minister des

¹⁾ vom 5. Juni 1919.

Aeußeren Großbritanniens selbst zur Kenntnis des Abgesandten des Hl. Stuhles Msgr. Cerrettis . . . brachte; der Wortlaut ist folgender:

„1. Die hauptsächlichsten a. u. a. Mächten haben sorgfältig die Vorstellungen geprüft, die ihnen über die Lage der vom Hl. Stuhle abhängigen Missionen in den Gebieten, die ihnen gehören oder deren Regierung ihnen durch den Friedensvertrag anvertraut wurde, gemacht worden sind. Sie halten dafür, daß die nachstehende Erklärung beitragen werde, jedes Mißverständnis über die Politik, die sie zu befolgen beabsichtigen, zu beseitigen.

2. Die Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland beschränken sich im Allgemeinen auf die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den a. u. a. Mächten und umgekehrt. Die Verpflichtungen, welche die a. u. a. Mächte unter sich und gegenüber allen Mitgliedern des Völkerbundes einzugehen die Absicht hegen, werden weiteren Vereinbarungen vorbehalten. Insbesondere werden die Bestimmungen des Art. 22 des Völkerbundesvertrages durch feierliche Vereinbarungen in Kraft gesetzt werden, welche die Mandatarstaaten des Völkerbundes auf sich nehmen werden müssen.

3. Was die Missionen anbetrifft, so werden diese Mandatarverträge den Worten des Art. 22 die weitherzigste Auslegung geben und die Religions- und Gewissensfreiheit verbürgen. Zu diesem Zwecke werden jene Verträge bestimmen, daß die Missionäre aller Konfessionen ermächtigt werden müssen, ihr Amt frei auszuüben, ihre Schulen und die übrigen Anstalten zu beh alten, sowie, daß sie das Recht haben werden, Eigentum jeder Art zu erwerben und zu behalten. In dem Falle, wo nach dem Wortlaute des Friedensvertrages mit Deutschland es notwendig sein wird, Eigentum der deutschen Missionen an eine Fideikomißgesellschaft (Trustees) zu übertragen, werden die Güter der vom Hl. Stuhle abhängigen Missionen zur Verfügung von Personen gestellt werden, welche rechtmäßig bevollmächtigt sind und der römisch-katholischen Religion angehören. Andererseits wird in dem Falle, wo nach dem Wortlaute desselben Vertrages es notwendig sein wird, eine gewisse Kontrolle über die die Missionen leitenden Personen auszuüben, dies erst geschehen, nachdem die Oberbehörden der interessierten Religion in schuldiger Weise zu Rate gezogen werden.“

Paris, den 6. Juni 1919.

„Diese Erklärung war noch außerdem auf Grund eines Beschlusses derselben Konferenz Gegenstand einer diplomatischen Note seitens aller jener verbündeten Mächte, welche offizielle Beziehungen zum Hl. Stuhle haben. Somit hat sie neben dem Wert

eines Konferenzbeschlusses auch noch den einer formellen Verpflichtung der einzelnen beim Hl. Stuhle beglaubigten Mächte erworben, die sich dadurch für die Konferenzbeschlüsse verbürgt haben. Die Regierungen, welche keine diplomatischen Beziehungen zum Hl. Stuhle besitzen, konnten Msgr. Cerretti davon unmittelbar Mitteilung machen, dem in der Tat solche zukamen; Frankreich hingegen machte sie dem Kardinal Amette, Erzbischof von Paris."

Man mußte jenen Versicherungen mit berechtigtem Mißtrauen gegenüberstehen und auch der Kardinal-Präfekt der Propaganda verschloß sich in einem Schreiben an den Kardinal Erzbischof von Köln ¹⁾ nicht gewissen Befürchtungen; heute, im Zeitabstande von fünf Jahren können wir mit Befriedigung feststellen, daß die Tatsachen selbst doch wesentlich günstiger sich gestaltet haben, als man erwarten mußte.

Uebrigens hat Italien allein, vertreten durch den Protestanten Sonnino, sich dem Schritte der a. u. a. Mächte nicht angeschlossen, ²⁾ was jedoch insoferne belanglos ist, als es sich durch sein Londoner Abkommen, das Werk desselben Sonnino, ohnehin von vornherein von jedem Anteil an den deutschen Kolonien ausgeschlossen hatte.

Der Standpunkt der katholischen Kirche, den auch die deutschen Katholiken uneingeschränkt teilen, ist in den autoritativen Worten ihres Oberhauptes, des Papstes Benedikt XV. ausgesprochen, der in seinem Rundschreiben über das katholische Missionswerk vom 30. November 1919 ³⁾ sagt:

„Bedenket wohl, daß ihr nicht das Reich der Menschen auszuweiten habet, sondern das Jesu Christi, daß ihr nicht dem irdischen Vaterlande, sondern dem himmlischen Bürger zu gewinnen habt!" In dieser Gesinnung empfinden Wir eine Genugtuung darin, daß, trotz der Vertreibung unserer Missionäre, trotz der Unzulänglichkeit des Ersatzes in manchen Missionen und der daraus sich ergebenden schweren Schäden und Verluste, die Missionen selbst wenigstens unserer Kirche er-

¹⁾ vom 9. Juli 1919, abgedr. in „Köln. Volksztg." Nr. 600 vom 3. August 1919.

²⁾ lt. „Momento" vom 17. Juli 1919.

³⁾ Epistola Apost. ad Patriarchas, Primates, Archiepiscopos, Episcopos Orbis Catholici de Fide Catholica per orbem terrarum propaganda. (Acta A. S. 1919; S. 440 ff.)

halten geblieben sind und ihr Fortbestand nicht in Frage gestellt ist. Unsere Gaben, mit denen unsere Missionäre sie aufgebaut, gehörten immer nur der Ausbreitung des Reiches Gottes in seiner Kirche auf Erden und so ist kein Pfennig von ihnen verloren gegangen.¹⁾

* * *

Nicht mehr im unmittelbaren Zusammenhange mit dem Friedensvertrage und den Zusicherungen des Völkerbundsrates steht die internationale Vereinbarung der Verbandsmächte vom 10. September 1919 (abgeschlossen zu St. Germain-en-Laye),²⁾ deren Art. 3 bezüglich der afrikanischen Gebiete folgendes bestimmt:

Die unterzeichneten Mächte, welche Hoheitsrechte oder Macht-einfluß in den afrikanischen Gebieten genießen, werden weiterhin auf die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Verhältnisse Bedacht nehmen. Sie werden es sich besonders angelegen sein lassen, die gänzliche Abschaffung der Sklaverei unter jeder Form und des Land- und Seehandels mit Schwarzen sicherzustellen. Sie werden ohne Rücksicht auf Nation oder Kult die religiösen, wissenschaftlichen oder wohlthätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und fördern, die von den Angehörigen der anderen unterzeichnenden Mächte und der Völkerbundsstaaten, die dem vorliegenden Uebereinkommen sich anschließen und die Eingeborenen auf die Bahnen des Fortschritts und der Zivilisation führen wollen, gegründet oder aufgebaut sind. Die Gewissensfreiheit und die freie Ausübung jedes Kultes sind allen Angehörigen der unterzeichneten und vom Völkerbund jenen, welche dem Vertrage beitreten, gewährleistet. In diesem Sinne haben die Missionäre das Recht, den afrikanischen Boden zu betreten, sich darauf zu bewegen und sich niederzulassen, um ihre religiösen Ziele zu verfolgen.

* * *

Daß sich der Hl. Stuhl gegen die Vertreibung der deutschen katholischen Missionäre mit allen Kräften zur Wehr gesetzt hat, ist nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern es wird hinreichend durch das erwiesen, was darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen ist.

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes S. 36—37 kennt nur den Geldstandpunkt und ihm gilt ihr Bedauern; wahrheitswidrig behauptet sie (erschienen 1924!): „Das deutsche Missionsvermögen fiel restlos der Entente anheim.“

²⁾ Ausführlich in „Köln. Volksztg.“ Nr. 163 vom 29. Februar 1920.

Als der Krieg zu Ende gegangen war, standen die Dinge so: von 940 Missionspriestern waren 126 in Gefangenschaft oder ihrer Freiheit beraubt und 192 in die Heimat oder nach neutralen Ländern abgeschoben; bei den Missionsbrüdern stellt sich das Zahlenverhältnis auf 819 : 220 : 76, bei den Missionsschwestern auf 1830 : 77 : 249 ¹⁾, während noch ungefähr 642 Priester, 474 Brüder und 1557 Schwestern auf ihrem Posten hatten verbleiben können. Wer sich nun der Erwartung hingegeben hatte, daß die Beendigung der Feindseligkeiten diese Sachlage nicht noch mehr verschlimmern werde, der mußte sich sehr bald getäuscht sehen. Ein späteres Kapitel wird uns Einblick in die Ränke Frankreichs in China gegen den Hl. Stuhl und die Interessen der Kirche geben; getrieben durch diese Gesinnung und vom Hasse gegen alles Deutsche hatte es noch anfangs des Jahres 1919 der Regierung in Peking den Befehl zur Ausweisung der deutschen Missionäre aus China abgepreßt und schon waren zwölf Missionäre ausgewiesen worden. Ueberdies sollten alle in China befindlichen Deutschen mit ihren Familien heimgeschafft werden. Das Berliner Auswärtige Amt bat daher am 12. März 1919 den Heiligen Stuhl durch die Nuntiatur, möglichst die Einstellung dieser Maßnahme bei den verbündeten Regierungen zu erwirken. Aus der Antwort des Kardinal Staatssekretärs vom 21. März geht hervor, daß er schon Mitte Februar zugunsten der Schantung-Missionäre in einem Telegramm an den Präsidenten der chinesischen Republik gebeten hatte, das Dekret zu widerrufen oder wenigstens die Durchführung einzustellen. Gleichzeitig war an den Apostolischen Delegaten in Washington der Auftrag ergangen, die Vermittlung der amerikanischen Regierung herbeizuführen. ²⁾ (Eine weitere Note vom 23. Februar an die britische Regierung trat für die deutschen Dominikaner in Fokien ein.) Dank dem energischen Eingreifen Amerikas und — zu ihrer Ehre sei es gesagt — der Fürsprache der französischen Lazaristen in Peking ³⁾ gelang es, weitere Ausweisungen zu verhindern.

¹⁾ Darüber ausführlich in Krose, Kirchliches Handbuch, Bd. VIII, 1918/19, S. 151 ff.

²⁾ Meldung der „Kath. Korrespondenz“ Nr. 291 nach amtlichen Quellen.

³⁾ siehe Bulletin de Peking, März 1919, S. 89/90 lt. „Missioni Cattoliche“ Nr. 2237. (Nr. 12, vom 20. Juni 1919, S. 186/7.

Japan hat zwar in anerkennenswerter Weise die in seinem Lande und in Korea wirkenden deutschen Missionäre nicht vertrieben, sondern nur einer immerhin erträglichen Kontrolle unterstellt. Umso befremdlicher wirkt die Tatsache, daß dieses selbe Japan am 23. Juni 1919 in höchst rücksichtsloser Weise aus den Marshallinseln alle deutschen Missionäre und Schwestern vom hl. Herzen ausgewiesen hat. Yamamoto's Bemühungen erreichten nur, daß die Regierung gestattete, die Ausgewiesenen durch Angehörige der lateinischen Rasse zu ersetzen. Die Verhandlungen fanden am 18. Oktober durch den Besuch dieses Unterhändlers im Vatikan ihren Abschluß.

Ueber seine Bemühungen und ihre Ergebnisse hat der Hl. Stuhl mittels eines Schreibens des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri an den Vorsitzenden der deutschen Superioren-Konferenz missionierender Orden und Kongregationen, P. Witzel, O. F. M. sich geäußert.¹⁾ „S. Heiligkeit hat, heißt es dort, euren Missionären die höchste Anerkennung zollend, im Hinblick auf die außerordentliche Liebe, mit der sie so vielen elenden Brüdern, die in Finsternis und Todesschatten wohnen, ihre ganze Kraft geweiht haben, sich nicht nur mit allem Nachdrucke bemüht, die gedachten Missionen vor dem befürchteten Uebergang in nichtkatholische Hände zu bewahren, sondern verwandte und verwendet noch fortgesetzt die größte Sorgfalt und Aufmerksamkeit darauf, daß die Missionäre ihr altes Arbeitsfeld zurück-erhalten. Wenn das für den Augenblick schwer durchführbar erscheint, so besteht doch die Hoffnung, daß sie nach nicht allzu langer Zeit ihren alten Eifer wieder auf ihren fruchtbaren Arbeitsfeldern betätigen können.“

Einstweilen jedoch blieben die Verbandsmächte unzugänglich und am 23. April 1920 berichtet der „Osservatore Romano“ von den Maßnahmen des Hl. Stuhles, um den durch die Vertreibung des deutschen Missionspersonals verursachten Schaden für den Augenblick wenigstens einigermaßen zu beheben. Es sind Provisionen und der gewaltige Rückgang des Missionswerkes tritt an den angeführten Daten und Zahlen deutlich zutage. Das Blatt beklagt überdies, daß diese mühselige Reorganisationsarbeit dadurch erschwert wurde, daß die Verbündeten und besonders England auch nach dem Waffenstillstand noch ihren Feldzug gegen

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 48, S. 381.

alles Deutsche fortsetzten, indem sie durch weitere Vertreibung deutschen Missionspersonals das Deutschtum vollkommen auszurotten trachteten. Wenige Tage später ¹⁾ nimmt sich das Tagesorgan des Hl. Stuhles England besonders gründlich vor; es stellt fest, daß dieses und die ihm unterstehende indische Regierung sich 1. an die abgeänderte Note Balfours vom 6. Juni 1919 ²⁾ nicht gekehrt haben, indem sie deutsche Missionäre und Schwestern einfach heimsandten, während sie sich im Art. 122 nur ein Kontrollrecht über diese vorbehalten hatten. 2. Diese radikale Behandlung der Missionäre habe sich nicht nur, wie vereinbart war, auf „besondere Fälle“ bezogen, sie wurde vielmehr in ganz Indien und überall angewendet. 3. Anstatt die Kontrolle höchstens auf die Missionsoberen auszuüben, hat man sie auf alle Missionsangehörigen ausgedehnt. 4. Alles ist gegen die Autorität des Hl. Stuhles unternommen worden, ohne daß man diesen zu Rate gezogen hat. Bezüglich der Denkschrift der britischen Regierung ³⁾ wird deren Brutalität und Gehässigkeit beleuchtet.“ Also was die Deutschen angeht: vollständiger Ausschuß für unbestimmte Zeit, da sie als gefährlich gelten; die Nichtdeutschen müssen sich veranglisieren und haben dann immer noch zu gewärtigen, daß sie ausgewiesen werden können. Der Hl. Stuhl hat der englischen Regierung die Unmöglichkeit nachgewiesen, dieses Abkommen hinzunehmen; er hat auf der Freiheit bestanden, die ihm zusteht, hat auf die Autorität verwiesen, die ihn bekleidet. Der „Osservatore Romano“ wünscht schließlich, daß doch endlich die Katholiken auch der Ententeländer einsehen möchten, daß es sich hier um keine nationale Frage handelt, sondern um eine katholische Frage. Der chauvinistische Nationalismus, der die deutschen Missionen boykottiere, sei eine Gefahr, welche die Freiheit des Apostolats bedroht und er ist eine Beleidigung des Apostolischen Stuhles und seiner Autorität.

Nun rührte man sich allmählich. In den Vereinigten Staaten protestierte das Organ der Jesuiten, die „America“ ⁴⁾ gegen diese „gottesräuberische Tat, die jetzt zum Himmel schreit, be-

¹⁾ in der Nummer vom 30. April 1920.

²⁾ s. S. 147–148.

³⁾ s. „K. Missionen“, 1919/20 Nr. 6, S. 100.

⁴⁾ vom 15. Mai 1920.

gangen von einer Clique von Staatsmännern. Die Christen der ganzen Welt fordern ihr Recht und erklären, daß sie Christi Auftrag, hinzugehen und alle Völker zu lehren, durch kein Gebot behindert sehen wollen." In der Schweiz brandmarken die „Neuen Züricher Nachrichten“ ¹⁾ „die himmelschreiende Vergewaltigung heiligster Missionsrechte christlicher Nationen. . . . Bei solchen Schandtaten schwinde allerdings das englische Prestige." Die „Schildwache“ ²⁾ wendet sich gegen diesen „Gewaltakt diokletianischer Intoleranz, diese größte Kulturschande der Neuzeit", die „Ostschweiz" ³⁾ kennzeichnet diese „schweren politischen Verbrechen gegen das Christentum" und der Schwyzer Katholikentag faßte am 28. Juni die Entschließung: „Die berufenen Männer sollen ihr Möglichstes tun, damit der § 438 des Versailler Friedensvertrages aufgehoben werde." ⁴⁾

Wie die Verbandsmächte das dem Papste gegebene Wort hielten, darüber äußerte sich dieser selbst mit bitteren Worten im Geheimkonsistorium vom 16. Dezember 1920; ihre Versprechungen „haben nicht jenes Ergebnis gehabt, das Wir mit gutem Rechte erhofften. In vielen Gegenden hat man in der Tat fortgefahren, mit zahlreichen Erschwerungen das apostolische Wirken der Heiligen Kirche bei den Ungläubigen zu behindern oder hintanzuhalten. Wir Unsererseits unterließen nichts, was in Unserer Macht stand, um die Hindernisse zu beseitigen, noch auch waren Unsere Bemühungen stets vergebens. Immerhin bestehen noch Umstände fort, welche zum unschätzbaren Schaden der Seelen teils Verzögerung, teils Behinderung für die Missionen bereiten." ⁵⁾

Der Mangel einer Vertretung des Hl. Stuhles bei der britischen Regierung ließ diesen sich im Oktober jenes Jahres des amerikanischen Prälaten Msgr. Kelley, des Präsidenten der Church Extension Society, bedienen, der gestützt auch durch den Willen des nordamerikanischen Episkopates und mit Unterstützung des Kardinals Bourne in London Verhandlungen aufnahm, welche

¹⁾ Nr. 175, 1920.

²⁾ s. „K. Kztg." 1920 Nr. 31, S. 245.

³⁾ 1920, Nr. 150.

⁴⁾ Weitere Stimmen des Auslandes s. „Kath. Missionen" 1919/20 Nr. 1, S. 11.

⁵⁾ s. „K. Kztg." 1921 Nr. 1.

wenigstens bewirkten, daß bereits verfügte weitere Ausweisungen deutscher und österreichischer Missionäre wieder zurückgenommen wurden, nachdem unmittelbar zuvor England aus Ostafrika noch die letzten Benediktiner mit ihrem Bischöfe Msgr. Spreiter vertrieben hatte. In Indien erhielten 24 deutsche Schwestern im Augenblicke ihrer Abreise die Genehmigung zum Bleiben. Ferner hören wir im März 1921, daß bezüglich Indiens durch Verhandlungen mit dem Indien-Amt in London Erleichterungen für Missionäre durchgesetzt wurden, die Ententeländern angehören; denn selbst deren Verbleiben oder Zureise war aufs höchste erschwert worden. Bezüglich Deutscher hieß es, es werde noch weiter verhandelt. ¹⁾

Papst Pius XI. benützte wenige Wochen nach Beginn seines Pontifikates die erste Gelegenheit, um anläßlich des Empfanges der Vorstandschaft der italienischen Antisklaverei-Gesellschaft deren entschiedenes Auftreten gegen die Vertreibung der deutschen Missionäre aus ihren Missionsgebieten und gegen die Verwendung schwarzer oder farbiger Truppen wärmstens gutzuhießen. ²⁾ Unter ihm auch erfolgte die Uebertragung des Sitzes des Generalrates, dem die jährliche Verteilung der beim Werke der Glaubensverbreitung aus der ganzen Welt einlaufenden Missionsgaben zusteht, von Lyon nach Rom, die Erhebung des Werkes zu einem Opus Pontificium, seine Unterstellung unter den Vorsitz des Sekretärs der Kongregation de Propaganda Fide, und die Internationalisierung des Generalrates selbst; dadurch wurde den zunehmenden Klagen über einseitige Begünstigung des Franzosentums durch die bisherige Oberleitung und den unleugbaren Einflüssen nationalistischer Tendenzen der Boden entzogen. Es ist jetzt jedes nationale Uebergewicht beseitigt.

Ein gutes Stück der gegen die katholischen Missionen aufgerichteten Beschränkungen in den englischen Kolonien fiel endlich im Juli 1922. Lord Balfour machte im Völkerbundsrate Mitteilung, daß auf amerikanischen Einspruch hin — gemeint ist natürlich der Episkopat, nicht die Regierung, welche ja bei der vollkommenen Trennung von Kirche und Staat in dieser Angelegenheit gar nicht intervenieren könnte — England Vereinbarungen

¹⁾ Meldung des Catholic Herald of India lt. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 10, S. 74.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 16, S. 123.

zugestimmt hat, wonach die Missionäre von Staaten, welche dem Völkerbunde angehören, Freiheit haben sollen, zu reisen, Eigentum zu erwerben und religiöse Anstalten zu errichten. Gegenbedingung sei allein, daß das Verhalten der Missionäre der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit zu entsprechen habe.¹⁾

Ein weiterer Erfolg war den fortgesetzten Vorstellungen insbesondere in London endlich im Juli 1924 beschieden, ein Erfolg der den deutschen Missionären vor allem zugutekam. Das Kolonialamt gab bekannt,²⁾ daß bezüglich der Zulassung von Missionären in die ihm unterstellten Gebiete künftig kein Unterschied bezüglich der Staatsangehörigkeit mehr gemacht wird, also deutsche Missionäre dort wieder freien Zutritt haben. Die sich selbst regierenden Dominien und Indien sind von dieser Verfügung nicht betroffen, da sie ihre Angelegenheiten selbst regeln.

Ein Jahr ist seit Erlaß jener Verordnung ergangen, aber die Hoffnungen, die sie erweckt hatte, haben sich nicht erfüllt.

Von den englischen Dominien hat die Südafrikanische Union von Anfang an eine höchst aner kennenswerte Haltung gegenüber den deutschen Missionären eingenommen. Sie haben keinen von ihnen ausgewiesen, interniert oder in seiner Tätigkeit behindert und hat unsere Benediktiner und Väter vom Hl. Geiste aus Ostafrika und unsere Pallottiner aus Kamerun ohne weiteres aufgenommen; die Kongregation der Propaganda hat ihnen dort unten selbständige Missionsgebiete zugewiesen, in denen sie unter apostolischen Vikaren deutscher Nationalität ihr Werk neu aufbauen. Die Regierung ist aber im Dezember 1924 noch einen Schritt weiter gegangen; sie hat die „Treuhänderräte“, welche nach dem § 438 des Versailler Vertrages das Missionsvermögen der deutschen Missionsgesellschaften verwalten sollten, aufgelöst und alles Missionseigentum wieder den Missionsgesellschaften zur freien Verfügung wie vor dem Kriege übertragen.³⁾

Ein anderes Dominium, der Australische Staatenbund, hat endlich im August 1925 die Aufenthaltsbeschränkung für deutsche Missionäre in der Südsee (bis 1. Juli 1928) fallen gelassen, eine Wirkung der fortgesetzten Bemühungen des Apost. Delegaten Msgr. Cattaneo.

¹⁾ Meldung des „Paese“ vom 26. Juli 1922.

²⁾ Meldung des „Cath. News Serv.“, s. „K. Kztg.“ 1924 Nr. 36, S. 331.

³⁾ s. „Kath. Missionen“ 1924/25 Heft 6, S. 201.

Nicht nur die deutschen Katholiken schulden dem Papste Dank für seine Anstrengungen um die Erhaltung ihrer Missionen und um Beseitigung der gehässigen Bestimmungen gegen ihre Missionäre, für sein unentwegtes, Jahre fortgesetztes und kluges Kämpfen und für die Erfolge, die zu ernten ihm schließlich beschieden war, denn was er für die katholischen Missionäre durchgesetzt hat — er konnte von Rechts wegen ja nur als deren Anwalt auftreten! — blieb auch den anderer Konfessionen nicht vorenthalten. Noch sind nicht alle im Kriege errichteten Schranken wieder gefallen, manche stehen noch. Ob aber jene, welche sie aufgerichtet haben, nicht es eines Tages bitter bereuen werden, die Sendboten des Friedens Christi und der christlichen Versöhnung unter den Völkern ferngehalten zu haben? Und vielleicht wird man sie dann noch rufen, wenn es zu spät sein wird.

Papst und Völkerbund.

Der Gedanke des Völkerbundes bezeichnet das uralte Sehnen der Menschheit, zu einer Einheit zu gelangen, in der er seine irdischen Ziele und sein irdisches Wohl aufs vollkommenste erreichen kann. Seit dem „Gottesstaate“ des heiligen Augustinus ist der Blick der Christenheit darauf gerichtet. Das „heilige“ römische Reich war die Blüte dieser Idee, der es jedoch nicht vergönnt war, zur Frucht zu reifen. In erweitertem Umfange wurde er von den kosmopolitischen Denkern des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts wieder neu belebt. Unter den Schrecken des Weltkrieges hat Papst Benedikt XV. in seiner Friedensnote vom 1. August 1917 den Kernpunkt des Völkerbundsgedankens von neuem in Erinnerung gebracht, indem er als erste Forderung des künftigen, dauernden Friedens wahrer, christlicher Gerechtigkeit die moralische Macht des Rechts an Stelle der materiellen Gewalt der Waffen, und an Stelle der Armeen „die Einrichtung eines Schiedsgerichtes mit seiner erhabenen friedensstiftenden Tätigkeit nach zu vereinbarenden Normen und festzulegenden Sicherungen gegenüber dem Staat, der sich weigern sollte, die internationalen Fragen dem Schiedsgerichte zu unterwerfen oder seine Entscheidungen anzunehmen,“ erhob.¹⁾

¹⁾ Am 28. Mai 1916 hatte in Rom im Palazzo Giustiniani ein geheimer internationaler Freimaurerkongreß getagt, über den ich in der „Augsburger Postzeitung“ vom 1. Juni 1916 berichtet habe; er

Es ist das Verdienst Erzbergers, daß er aus dem Ideenkreise seiner katholischen, deutschen Gesinnungsgenossen heraus sich in einem eigenen Buche mit der Geschichte dieses Gedankens und dem uns heute als „Völkerbund“ geläufigen Probleme eingehend befaßt und in zustimmender Weise zu ihm Stellung genommen hat. Somit war Präsident Wilson reichlich spät daran, als er im vierzehnten seiner berühmt gewordenen „Punkte“ auch seinerseits die Forderung erhob: „Es muß ein allgemeiner Völkerbund gebildet werden, der bestimmte Verpflichtungen dafür übernimmt, daß gegenseitige Garantien für die territoriale Unverletzlichkeit aller großen und kleinen Staaten gesichert werden.“

Als im Januar 1919 die Frage zur Entscheidung stand, ob dem Papste eine Vertretung bei der Friedenskonferenz eingeräumt werden solle, und der ablehnende Beschluß bekannt wurde, ließ man gleichzeitig durch die Pariser Presse die Öffentlichkeit wissen, es würden die Neutralen, also auch der Heilige Stuhl, zu den Verhandlungen betreffend die Organisation des Völkerbundes, welche der Stipulation des Friedensvertrages folgen werden, zugelassen. In der italienischen Presse wurde überdies die Vermutung ausgesprochen, der Papst habe sich diesbezüglich sogar schon von Wilson persönlich Zusicherungen geben lassen, ja, „Secolo“ wußte im Verlaufe jener von Sonnino inszenierten Komödie, ¹⁾ der Heilige Stuhl erwarte vom Völkerbunde „die Anerkennung seiner absoluten Souveränität.“ Das „Giornale d' Italia“, damals noch Sonnino's Organ, suchte derartigen Möglichkeiten von vornherein jene Richtung zu geben, nach der damals

bezweckte, „alle jene Schritte zu tun, welche notwendig waren, damit verhindert werde, daß der Papst die Fäden zur Herbeiführung des Friedens erfolgreich in die Hand nehme“ und gleichzeitig darüber zu beraten, in welcher Weise erreicht werden könnte, daß die Freimaurerei selbst sich an die Stelle des Papstes setze, damit in ihren Händen alle Linien zusammenlaufen und aus ihren Händen die Welt den Frieden erhalte. Die Freimaurerei hat bekanntlich dieses Ziel auch erreicht und der Friede von Versailles ist ihr ureigenstes Werk. Auf dem internationalen Freimaurerkongreß zu Paris vom 30. Juni 1917 wurde bereits der Statutenentwurf des Völkerbundes vorgelegt und dann von der „Italie“ vom 11. Juli 1917 veröffentlicht; er ist von Br. Lebey redigiert und stimmt wesentlich mit dem Statut des später durch den Versailler Frieden geschaffenen Völkerbundes überein, was bei diesen Zusammenhängen ja nicht zu verwundern ist. Das Freimaurerargument im Kampfe gegen den Völkerbund, das z. B. in den Erörterungen der Schweizer Presse für und wider den Beitritt eine starke Rolle spielte, war daher berechtigt.

¹⁾ s. S. 17 uff.

die Consulta ihre Politik gegenüber dem Papsttume zu führen gewohnt war, nämlich „die Machenschaften des Hl. Stuhles, die darauf ausgehen, eine internationale, wenn auch nicht territoriale, politische Autorität zu erwerben, ein für allemal zu beseitigen.“¹⁾ Unter Abwälzung der Urheberschaft des Planes auf angebliche „amerikanische Kreise“ wollte es wissen, Wilson beabsichtige, die Spitzen der hauptsächlichsten Religionsgemeinschaften der Welt mit beratender Stimme in den Völkerbund aufzunehmen, darunter vor allem den Papst . . .“ Das wäre eine neue Entrechtung des Papstes gewesen, dem ja doch ein italienisches Gesetz, das Garantiesgesetz vom 13. Mai 1871, im Art. 3 die unbeschränkte Souveränität und die damit verbundenen Rechte garantiert. Seine Souveränität stellt ihn jeder anderen weltlichen Macht rechtlich gleich und die Zuerkennung einer nur beratenden Stimme würde ihn jenen Gemeinschaften gleichsetzen, die gar keine Souveränität besitzen, und aus der Reihe der souveränen Mächte, wenigstens soweit seine Stellung zum Völkerbunde in Frage kommt, ausschließen.²⁾

Der klare Wille einer, wenn auch für den Augenblick mattgesetzten Großmacht, den Papst in den Völkerbund aufzunehmen, tritt uns zum erstenmal in den Vorschlägen entgegen, welche die deutsche Regierung dem Pariser Völkerbundsentwurfe gegenüberstellte. Ihnen zufolge soll der Völkerbund alle kriegführenden Staaten umfassen, auch solche, die erst während des Krieges entstanden sind, sowie alle neutralen Staaten, welche dem Haager Weltschiedsgerichtsverbände angehören. Dem Päpstlichen Stuhle sei der Eintritt ohne diese Voraussetzung vorbehalten.³⁾

Eine Körperschaft privater Natur, die aber sehr berechtigt war, Beachtung zu beanspruchen, tagte Mitte März 1919 in Bern, der „Völkerbundskongreß.“ Von katholischen Vereinigungen sowie angesehenen Privatpersonen, welche daran teilnahmen, seien genannt das „Katholische Institut für Frieden“ (Univ.-Prof. Lampert-Freiburg i. S.), „Frauenliga für den Frieden“, „Internationale katholische Union“, Oesterreichisches „Weißes Kreuz“ (Graz),

¹⁾ s. „La Politica Estera Italiana“ 1875–1916, Bitonto, 1916, S. 1005/6, deutsch ausführlich in meiner Schrift „Papst und Völkerbund“, S. 9/10.

²⁾ s. S. 17–19.

³⁾ s. „Augsburger Postzeitung“ Nr. 129 vom 22. März 1919.

„Oesterreichischer Katholischer Frauenbund“, Professor Dr. Lammasch-Salzburg, außerdem das „Internationale Arbeitsamt“ Basel (Nationalrat Feigenwinter) und die „Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht“ (Univ.-Professor Dr. Evers-Münster). In der I. Kommission betreffend Vorbereitung und Umfang des Bundes der Nationen beantragte Nationalrat Baumberger: „Der internationale Völkerbundskongreß in Bern spricht den Wunsch aus, es möge der Hl. Stuhl zur Mitwirkung im Völkerbunde eingeladen werden.“ Der Antragsteller bemerkte, daß er sich damit zum Dolmetsch der Gesinnungen der gesamten katholischen Welt mache, daß aber der Hl. Stuhl selbst der Antragstellung durchaus ferne stehe, auf dessen Mitwirkung im Völkerbunde voraussichtlich nur dann zu rechnen sei, wenn dieser sich wirklich auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Wahrheit und Ehrlichkeit aufbaue. Zu dem mit 15 gegen 8 Stimmen angenommenen Antrage bemerkt der Bericht: daß dieser Kongreßbeschuß in Paris augenblicklich ein besonders wirksames Echo auslösen werde, wage er nicht zu hoffen; aber er werde dennoch in Bälde Gehör finden. Er habe seine Bedeutung als Kundgebung für die Mitwirkung des Hl. Stuhles im Völkerbunde seitens eines interkonfessionellen und intermondialen Willens, in welchem die Katholiken kaum fünfzehn vom Hundert bilden.¹⁾

Wiederholt tritt auch da und dort die Absicht zutage, den Völkerbund zur Uebernahme einer Bürgschaft für den Schutz konfessioneller Minderheiten und für Kultusfreiheit in den ihm angeschlossenen Ländern zu bestimmen.

Von welchen Absichten jedoch die zur Abfassung des Friedensdiktates in Versailles versammelten Mächte hinsichtlich der Einbeziehung des Hl. Stuhles in den vorgesehenen Völkerbund beiseelt waren, erhellt unzweideutig aus jener Note, welche die Friedenskonferenz sowohl gemeinsam wie auch die dort vertretenen Großmächte gesondert bezüglich des künftigen Schicksals der katholischen Missionen dem Vertreter des Hl. Stuhles, Msgr. Cerretti überreichten.²⁾ Nichts deutet darauf hin, daß man es mit einer anderen als mit einer außerhalb und abseits des Völkerbundes stehenden Macht zu tun hat; darin schafft das Dokument volle Klarheit, beseitigt jeden Zweifel. Aus dieser

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 13, S. 99; s. a. das folgende Kapitel.

²⁾ s. S. 115–116.

Erkenntnis heraus forderte der Aargauer Katholikentag (August 1919), auch die Schweiz solle den Beitritt zum Völkerbund ablehnen, „weil: 1. die höchste moralische Macht, das Papsttum, ohne welches ein dauerhafter Friede nicht geschaffen werden kann, davon ausgeschlossen ist, und weil: 2. er kein Bund der Völker, sondern der Siegerstaaten ist, mit dem Zwecke der unbeschränkten kapitalistischen Ausbeutung Mitteleuropas, daher auf unmoralischer Grundlage beruht.“ Noch manche Stimme dieser Art ließe sich aus dem katholischen Lager anführen, z. B. die des Oberhauptes der Kirche der Vereinigten Staaten, des Kardinals Gibbons, der sich „für einen echten, rechten Völkerbund, der uns eine vernunftgemäße Gewähr bietet gegen die Schrecken eines künftigen Krieges und für eine Versicherung dauernden Friedens“ aussprach.

Aber auch außerhalb der katholischen Kirche meldeten sich Stimmen, welche erkannten, welchen großen moralischen Machtzuwachs es für den künftigen Völkerbund bedeuten würde, mit dem Papsttume eng verbunden zu sein. So wünscht ihm Archivrat Dr. J. Lulvés-Berlin in seiner Abhandlung über „Papst Benedikt XV. und den Völkerbund“¹⁾ als Motto „den Ausspruch des seitdem als echten Friedensfürsten, als Herold des versöhnenden Christentumsgedankens im haßerfüllten Nationalitätenkampfe bewährten Papstes Benedikt XV. aus seiner ersten ‚Apostolischen Mahnung an die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter‘ vom 28. Juli 1915: ‚Das Gleichgewicht der Welt und der gedeihliche und gesicherte Friede der Nationen beruhen viel mehr auf gegenseitigem Wohlwollen und auf der Achtung vor fremdem Recht und fremder Würde, als auf Massenheeren und gewaltigen Festungsgürteln!‘ „Auf der Brüsseler Völkerbundskonferenz (anfangs Dezember 1919) war es Gerichtspräsident Dr. Silbernagel-Basel, der zwecks Beseitigung des Mißtrauens seiner katholischen Landsleute gegen den Völkerbund die Beiziehung des Papsttumes forderte.

Doch genug einstweilen dieser Stimmen, denen nur noch die schon damals aufgeworfene Frage beigelegt sei: kann man dem Papste im Ernste zumuten, sich Abstimmungsergebnissen zu fügen — wozu er als Mitglied des Völkerbundes gezwungen wäre —

¹⁾ s. „Deutsche Revue“ Monatsschrift hrsg. v. R. Fleischer (Stuttgart), August 1919 S. 102 ff.

welche nicht von christlicher Gerechtigkeit, sondern allein von naktem politischem Interesse dieser oder jener Mächtemehrheit diktiert sind?

Es mag auffallen, daß gerade derjenige, welcher der Gegenstand dieser Wünsche, Forderungen, Anträge und Beschlüsse ist, äußerlich bis dahin seinen Willen noch gar nicht kundgegeben hat, zumal doch der Völkerbund immerhin den Versuch einer Verwirklichung von Gedanken sein wollte, welche eben der Papst selbst wiederholt mit allem Nachdrucke der Menschheit nahegelegt hatte. Nun, bisher war überhaupt niemand Befugter mit der Einladung oder auch nur mit der Frage an ihn herangetreten, ob er am Völkerbunde, so wie ihn der Versailler Vertrag konstruierte, Anteil haben wolle. Um jedoch jeden Zweifel zu beheben, trat Papst Benedikt XV. am Pfingstfeste 1920 in seinem Rundschreiben über die christliche Völkerversöhnung unaufgefordert hervor und verkündete der ganzen Welt seinen Standpunkt gegenüber diesem Völkerbunde:

„Wenn einmal dieser Völkerbund auf dem christlichen Gesetze gegründet ist, so wird bezüglich all dessen, was die Gerechtigkeit und die Liebe anbelangt, gewiß nicht die Kirche es sein, die ihren wertvollen Beistand verweigern wird; denn da sie der vollkommenste Typ der universellen Gesellschaft ist, besitzt sie infolge ihres Wesens und Zweckes eine wunderbare Wirkungskraft, die Menschen nicht nur im Hinblick auf ihr ewiges Heil, sondern auch auf ihr irdisches Wohlergehen miteinander zu verbrüdern; sie führt sie nämlich durch die irdischen Güter in einer Weise, daß sie der ewigen nicht verlustig gehen. Wir wissen daher aus der Geschichte, daß, seit die Kirche mit ihrem Geiste die alten und barbarischen Völker Europas durchtränkte, allmählich die verschiedenen und tiefen Konflikte aufhörten, welche sie trennten, und indem sie mit der Zeit zu einer einzigen gleichartigen Gesellschaft sich zusammenschlossen, eröffneten sie das christliche Europa, das unter der Führung und Aufsicht der Kirche in einer kompakten Einheit, der Förderin des Wohlstandes und der Größe gipfelte, während jeder Nation ihre Eigenart erhalten blieb.

„Sehr schön sagt diesbezüglich der hl. Augustinus: „Während diese himmlische Stadt auf unsere Erde hier herabsteigt, ruft sie die Bürger jeder Nation zu sich herbei und bildet aus allen Völkern eine einzige pilgernde Gesellschaft; sie bekümmert sich nicht um das, was sich da an verschiedenen Gewohnheiten findet in den Gesetzen wie in den Einrichtungen, Dinge, die

alle auf die Erwerbung und Erhaltung des irdischen Friedens hinzielen und welche die Kirche, weit entfernt, sie von sich zu weisen oder zu zerstören, eifersüchtig bewahrt; denn so sehr diese auch je nach den Völkern sich von einander unterscheiden, werden sie alle dem gleichen Zwecke, des irdischen Friedens zugewendet, vorausgesetzt, daß sie nicht die Ausübung der Religion verhindern, welche die Anbetung des einen, höchsten und wahren Gottes lehrt.' Und derselbe Kirchenlehrer spricht zu der Kirche: 'Indem du die Bürger, Völker und Menschen alle an ihren gemeinsamen Ursprung erinnerst, vereinst du sie nicht nur untereinander, sondern machst sie auch zu Brüdern.'"

Der Standpunkt, den der Papst damit gegenüber dem Völkerbunde, d. h. einem wirklichen Friedensbunde aller Völker einnahm, „berechtigte zu einem gewissen Optimismus, insoferne eine Macht erster Ordnung, wie es der Katholizismus ist, sich vornimmt, für die Wiederaufrichtung der Welt zu arbeiten und indessen die brennenden Geister jener zügelt, die in Frankreich und anderwärts sich einbilden, die Kirche dem unheilvollen Ideal der Verewigung des Kriegsgeistes und dem nicht weniger unheilvollen des chaotischen Umsturzes dienstbar machen zu können." ¹⁾

Entsprechend seinem grundsätzlichen Standpunkte gegenüber diesem Völkerbunde und dem damit verbundenen Völkerbundsrate sind aber seitens des Vatikans keinerlei Schritte getan worden, um die Zulassung zu erwirken oder herbeizuführen. Schon einmal hatte der „Osservatore Romano" Gelegenheit genommen, jeden Ausdruck eines Wunsches des Heiligen Stuhles, am Völkerbund teilzunehmen, in Abrede zu stellen. ²⁾ Als nun der Völkerbund vorerst noch ohne ständigen Sitz im Juni 1920 der Einladung der italienischen Regierung folgend in Rom tagte und Lord Balfour auch dem Papste seine Aufwartung machte, kombinierte das „Giornale d'Italia" allerlei phantastische Zusammenhänge und ließ dabei ein mündliches Aufnahmeersuchen daraus entstehen. Nochmals unterstrich daher das Tagesorgan des Vatikans seine frühere Feststellung. Die vorliegenden Informationen, erklärt es, bieten uns Gelegenheit, ausführlich zu wiederholen, daß der Heilige Vater gegenüber Lord Balfour keinerlei Andeutung bezüglich eines derartigen Gegenstandes

¹⁾ Worte des liberalen „Corriere della Sera" vom 2. Juni 1920.

²⁾ Erklärung in Nr. 139 vom 11. Juni 1920.

gemacht hat; auch hat das Staatssekretariat diesbezüglich weder eine Note noch eine Denkschrift erlassen, sodaß niemand erklären kann, ein derartiges Dokument zu besitzen." ¹⁾

In seiner Kongreßbotschaft vom 14. April 1921 hat auch Präsident Harding erklärt, „die Republik der Vereinigten Staaten will nichts mit dem Völkerbunde zu tun haben, so wie er gegenwärtig besteht... Indem wir den Pakt des Völkerbundes ablehnen, geben wir keineswegs unsere Hoffnung und unser Ziel auf, eine Vereinigung der Nationen zu gründen, um den Frieden zu fördern, zu der wir gerne unseren Beitritt erklären werden." Man erblickte darin das Todesurteil „dieses Völkerbundes" und auch der „Osservatore Romano" ²⁾ pflichtete dieser Auffassung bei. Die irrige Annahme, daß alles, was der Papst tue, eo ipso die Katholiken zur gleichen Haltung zwingt, hatte natürlich auch hinsichtlich des Völkerbundes ihre Verteidiger gefunden. Da diese Erörterungen uns zu weit abseits führen würden, begnügen wir uns mit dem sehr lehrreichen Beispiele, das uns die Schweiz anlässlich der dort zur Entscheidung stehenden Frage bot, ob man dem Völkerbunde beitreten solle oder nicht. Den Ausschlag gaben die Katholiken, da die anderen Parteien in dieser Frage sich im Gleichgewichte hielten. Auf dem Parteitag der konservativen, katholischen Volkspartei zu Luzern, am 12. April 1920, führte nun der dieser Partei angehörende Bundespräsident Motta aus: „Ich bitte, in erster Linie, das sogenannte kirchliche Argument nicht mehr (gegen den Beitritt) ins Feld zu führen. Ich behaupte in aller Form und im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung, daß jene, die gegen den Beitritt der Schweiz kirchliche Gründe verwenden, erstens, wenn auch ungewollt und unbewußt, den kirchlichen Interessen Schaden zufügen, und zweitens gegen den Willen des Heiligen Stuhles handeln. Ich weiß, daß einige hervorragende Katholiken letztes Jahr durch Vermittlung des päpstlichen Delegaten in Bern dem Hl. Stuhle die Frage unterbreiten ließen, ob gegen den Völkerbund sittlich-religiöse Bedenken bestehen. Die Antwort lautete: Solche Bedenken bestehen nicht, die Katholiken sind in ihrer Haltung moralisch absolut frei. Ich weiß ferner, daß der päpstliche Delegat eine

¹⁾ ebenda.

²⁾ vom 15. April 1921.

persönliche Meinung in der Frage des Beitrittes ausgesprochen hat. Sie gipfelt darin, daß der Eintritt der Schweiz im Interesse des weiteren Ausbaues des Völkerbundes zu begrüßen wäre. Ich weiß endlich, daß das Dokument, auf das ich mich beziehe, die katholischen Führer eindringlich mahnt, eine eventuelle negative Haltung nicht auf die Wünsche und Anregungen des Heiligen Stuhles zurückführen zu wollen."¹⁾

Obwohl nichts annehmen läßt, daß der Hl. Stuhl bis zum heutigen Tage seine Stellungnahme hinsichtlich der Frage seines Beitrittes zu diesem Völkerbunde geändert habe, erhob sich aus Kreisen der Katholiken heraus doch ab und zu noch diese Forderung, so im belgischen Senate am 25. Juli 1920 durch Senator Keesen; so anläßlich der Eröffnung der Völkerbundstagung in Genf (November 1920) im „*Courier de Genève*";²⁾ so auf der Tagung der „Vereinigung für internationale Studien“ im November 1920 in Paris seitens P. Yves de la Brière S. J.,³⁾ nachdem der Rektor der Löwener Universität Msgr. Deploige für eine „entschiedene Mitwirkung der Katholiken am Völkerbunde“ eingetreten war; und so in neuester Zeit noch Fürst Löwenstein in der Schlußversammlung des 63. deutschen Katholikentages zu Hannover mit den Worten:

„Der Versuch, den der jetzige Völkerbund darstellt, ist immerhin lobenswert, kann aber kaum als Versuch mit tauglichen Mitteln bezeichnet werden. Zu seiner Unparteilichkeit wird im Ernstfalle keiner Vertrauen haben. Können sich denn die Völker nach all ihren schmerzlichen Erfahrungen immer noch nicht entschließen, zur friedlichen Schlichtung ihrer Streitfälle die einzige Macht auf Erden wenigstens heranzuziehen, die ihrer Natur nach über den Parteien stehen muß, weil sie eine geistige und universale Macht ist, das Papsttum der katholischen Kirche?

Ich glaube, im Namen aller Katholiken Deutschlands zu sprechen, wenn ich die deutsche Regierung auffordere, den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde davon abhängig zu machen, daß der Heilige Stuhl eingeladen werde, einen mit allen Rechten ausgestatteten Vertreter dahin zu entsenden. Das ist eine eminent menschheitspolitische Forderung, der jeder denkende Friedensfreund zustimmen kann.

¹⁾ s. „Augsburger Postzeitung“ Nr. 170 vom 20. April 1920.

²⁾ ebenda vom 25. November 1920.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 21. November 1920.

An die Katholiken der ganzen Welt aber richten wir die Bitte, mit uns für die Erfüllung dieser Bedingung zu wirken, deren Ziel — das sagen wir in aller Aufrichtigkeit — die Errichtung des päpstlichen Schiedsrichteramtes ist. Nicht um die Machtstellung des Papstes zu erhöhen; den hat Gott auf einen Thron gesetzt, an den irdischer Ehrgeiz nicht heranreicht. Sondern um der armen Menschheit willen, die einen Friedensrichter braucht, um dem Strafgerichte blutigen Unteranges zu entgehen.

Von einer Seite ist der Versuch gemacht worden, den Mangel des Völkerbundes, nämlich „der Mitwirkung der höchsten moralischen Gewalt beraubt zu sein“¹⁾ zu beseitigen, von England, das, nach den Mitteilungen F. F. Urquharts M. A., vom Balliol-Kolleg zu Oxford auf einer Versammlung der „Westminster Catholic Federation“,²⁾ im Sommer 1923 an mehrere andere Regierungen herangetreten ist, um deren Meinung darüber zu erkunden und sich ihre Unterstützung zu sichern. Zu einem entscheidenden Schritte aber ist es nicht gekommen, weil inzwischen der Konflikt zwischen Griechenland und Italien ausgebrochen war, durch den der Völkerbund einen erheblichen Rückschlag erfuhr und es notwendig wurde, alle Sorgfalt auf seine Erhaltung zu konzentrieren. Man ging von dem Standpunkte aus, daß der Völkerbund eine rein moralische Macht sein sollte. Es bestand die Gefahr, daß er sich zu einem bloßen Schiedsgerichte entwickle, weshalb man Gewicht darauf legte, bzw. legen zu müssen glaubte, sein moralisches Gewicht zu stärken. Das glaubte man am besten durch eine Verbindung mit einer so hervorragend moralischen Macht erreichen zu können, wie sie Kirche und Papsttum darstellen. Die einfache Mitgliedschaft — das sah man ohne weiteres ein — war unmöglich, allein schon deswegen, weil eine der Verpflichtungen, welche die Mitglieder auf sich nehmen müssen, die Anwendung von Aggressivmitteln zur Erzwingung von Verpflichtungen, die der Völkerbund auf sich genommen hat, ist. Ferner wäre der Papst als Mitglied nur jeder einzelnen anderen Macht gleichgestellt, was dem Wesen, der Würde und Bedeutung des Papsttums nicht entspreche; der Papst

¹⁾ Aus der Rede des brasilianischen Minister des Aeußeren, Pacheco vom 4. April 1924 zum goldenen Priesterjubiläum des Kardinals Arcoverde, s. „K. K.“ 1924, Nr. 26, S. 226.

²⁾ s. „Universe“ Nr. 634 vom 13. Juni 1924, deutsch in „Bayrischer Kurier“ Nr. 183 vom 5. Juli 1924.

könne also von sich aus eine solche Stellung niemals annehmen. Dagegen könnte er vielleicht beim Völkerbunde einen Nuntius akkreditieren, der eine dem amerikanischen Delegierten ähnliche Stellung einnehmen würde. Es würde sich also um ein Verbindungsglied zwischen Völkerbund und Papsttum handeln, wobei zweifellos beide Teile ihren Vorteil fänden, denn der Völkerbund würde dadurch in den Augen der Katholiken der ganzen Welt nur an Ansehen gewinnen.

Diesen Gedanken hat ein Mitglied des Kabinetts Macdonald, Lord Parmoor, ehemaliger Generalvikar des anglikanischen Erzbischofs von Canterbury, im August des Jahres 1924 von neuem aufgegriffen und sich seine Argumente zu eigen gemacht.¹⁾ Ja, er hat als Mitglied der britischen Völkerbundsdelegation am 6. September 1924 in Genf den Antrag in der Form eines Wunsches ausgesprochen, man möge den Papst einladen, dem Völkerbunde beizutreten, um das hohe Ansehen des Papsttums für diesen nutzbar zu machen. Zu einem positiven Schritte scheint aber diese Session des Völkerbundes — die fünfte — auch nicht gelangt zu sein; immerhin verlief sie nicht ohne ein nochmaliges Anklingen dieses Gedankens in der Abschiedsansprache ihres Vorsitzenden, des schweizerischen Bundesrates Motta, der in glücklicher Weise folgende Sätze einflocht:²⁾ „Aber wenn die Menschheit jemals an einem vielleicht noch fernen Tag dazu gelangt, den Krieg zu verbannen, so schuldet sie diesen unvergleichlichen Fortschritt dem Grundsatz der Schiedsgerichtsbarkeit. ‚Die rohe Gewalt der Waffen . . . durch die sittliche Macht des Rechtes zu ersetzen, den Wunsch zu nähren, daß alle sich dazu verstehen, gleichzeitig und gegenseitig ihre Rüstungen herabzusetzen und eine Schiedsgerichtsbarkeit mit der hohen Aufgabe der Friedenswahrung, mit Zwangsmitteln gegen den Staat, der sich weigern würde, sei es die internationalen Streitfragen einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, oder dessen Entscheidungen anzuerkennen‘, diese Worte habe ich unverändert der Enzyklika entnommen, die Benedikt XV. am 1. August 1917 an die ganze Christenheit gerichtet hat.“

¹⁾ Meldung des „Catholic News Service“ Nr. CE/274 vom 12. August 1924.

²⁾ s. Luzerner „Vaterland“ Nr. 235, 2. Blatt vom 6. Oktober 1924

In der Tat ist es nicht schwer, den Nachweis zu führen, daß die praktischen Ergebnisse, zu denen der Völkerbund in seinen Jahressitzungen allmählich gelangt, eine ganz auffallende Uebereinstimmung mit dem aufweisen, was der Papst während des Krieges in seinen Kundgebungen angestrebt und vorgeschlagen hat, ¹⁾ wie auch nach dieser Zeit noch weiterverfolgt und empfohlen hat.

Noch eine gewichtige Stimme hat sich in diesem Konzerte der Befürworter einer Verbindung zwischen Papsttum und Völkerbund jüngst geäußert, nämlich der Minister des Äußeren der Vereinigten Staaten von Brasilien, Pacheco, in seiner Festrede zu Ehren des goldenen Priesterjubiläums des Kardinals Arcoverde von Rio de Janerio, am 4. April 1924; sie lautet:

„Das düstere Schauspiel der Welt, welche immer noch bittere Stunden der Verwirrung durchlebt, Stunden zurückgebliebenen Hasses, der Beunruhigung und der Not als Folge des großen Krieges, trägt erheblich dazu bei, das hervorragende, auf Versöhnung bedachte Wirken des Heiligen Stuhles noch glanzvoller hervortreten zu lassen. Nach dem Vertrage von Versailles bildeten die Nationen einen Bund oder eine Vereinigung zwecks größerer Entwicklung des Geistes der Zusammenarbeit, sowie auch um besser den Weltfrieden gewährleisten zu können. Es ist das ohne Zweifel ein ausgezeichnetes Hilfsmittel, dessen bewunderungswürdiges Wirken die Möglichkeit von Tagen größerer Ruhe für das Menschengeschlecht vorherrschen läßt. Deswegen hört aber die Tatsache, daß der Heilige Stuhl in dieser weiten, internationalen Gemeinschaft nicht zu finden ist, nicht auf, ein ungeheurer Irrtum und eine durch das Fernstehen der Vereinigten Staaten umso fühlbarere Lücke zu sein. Und der Grund davon ist, daß der Heilige Stuhl, ohne eine Nation zu sein im eigentlichen Sinne, dennoch in Wirklichkeit die größte Nation der Welt darstellt, und es gibt heute in der Tat keinen König, keinen Kaiser, keinen Präsidenten oder irgendwelches Regierungsorgan an führender Stelle unter den Völkern, das an Autorität jener des Papstes gleichkäme. . . . Es wäre in der Tat eine Torheit, anzunehmen, eine Macht dieses Ranges könnte vom politischen Konzerte der anderen Mächte ausgeschlossen werden oder man könnte sich der Tatsache ihres Daseins verschließen oder den Nutzen ihrer Mitwirkung bestreiten. . . .“

Schließlich sei noch der jüngsten Kundgebung einer Vereinigung gedacht, welche unter dem Vorsitze des Kardinal Bourne, Erz-

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 215, vom 13. September 1924.

bischofs von Westminster sich die Pflege und Wiederherstellung der internationalen Beziehungen unter den Völkern zur Aufgabe macht, des „Catholic Council for International Relations“. In ihrer im März 1925 abgehaltenen Jahres-Generalversammlung sich vornehmlich und gründlich mit dem Völkerbunde, seinen Mängeln und der Abhilfe derselben befassend legte sie ihre Auffassungen in einer Anzahl von Beschlüssen nieder,¹⁾ deren siebenter für uns in Betracht kommt:

Der wichtigste Mangel des Völkerbundes liegt für die Katholiken in der Mißachtung des Rechtes des Papstes als Hüters des Sittengesetzes und als eines zur Teilnahme an allen wichtigen, internationalen, sittliche Belange in sich schließenden Beschlüssen berechtigten Souveräns.

Geschichtlich liegt die Schuld an der im voraus durch das Londoner Abkommen vom Jahre 1915 verfügten Ausschließung des Papsttums von der Herbeiführung des Friedens durch jene Mächte (England, Frankreich und Italien), welche jetzt ihren ständigen Sitz im Völkerbundsrate haben.

Solange die Wirkungen dieser Ausschließung unverändert fortbestehen, erscheint es für den Heiligen Vater unmöglich, dem Gewissen seiner geistlichen Untertanen Beschlüsse und Uebereinkommen des Völkerbundes zu empfehlen, über deren Ursprung und Absichten er in Unkenntnis gehalten ist. Es ist daher Pflicht der katholischen Bürger besonders der vorgenannten Länder, ein praktisches Mittel zur Beseitigung dieses Uebelstandes zu suchen und zu befürworten.

Während es reichlich klar ist, daß der Papst die materiellen Verpflichtungen der Mitgliedschaft weder auf sich nehmen wollen würde, noch könnte, wird vorgeschlagen, es sei dem Völkerbunde nahezu legen, S. Heiligkeit einzuladen, bei ihm einen Vertreter zu beglaubigen, durch welchen seine Desederata bezüglich all dessen, was die öffentliche zwischenstaatliche Sittlichkeit umschließt, vorgebracht werden könnten. Es ist kaum zu hoffen, daß, bevor nicht eine solche Maßnahme getroffen wird, die Katholiken als Ganzes geneigt sein werden, dem Völkerbunde jene Achtung und Unterstützung entgegenzubringen, welche für eine zufriedenstellende Tätigkeit notwendig sind.

Zur Klärung der Verschiedenheit der Anschauungen über den Völkerbund, so wie er ist, dürften einige Gedanken beitragen, welche ich den Schlußbemerkungen einer sehr beachtlichen Schrift ²⁾

¹⁾ s. „The Tablet“ vol. 145 Nr. 4430 vom 4. April 1925, S. 451.

²⁾ s. Dr. Körling H. Die Rechtsnatur des Völkerbundes. Eine rechtswissenschaftliche Untersuchung. Rigge i. W. 1922.

über dieses internationale Tribunal entnehme. Der Verfasser spricht aus, daß das Menschheitsideal des Völkerbundes — diesen Begriff in seiner ganzen, vielgestaltigen Inhaltsfülle genommen — niemals auf moderne Staaten gegründet werden kann, weil diese von Güter- und Machtinteressen geleiteten Gebilde wesentlich egoistisch, zentralistisch gerichtet sind, weil ihnen in ihrer Götterlosigkeit — das Ideal der Menschlichkeit (freimaurerisch, neuheidnisch) ist dazu gänzlich untauglich, da in seinen Sätzen zu wenig fest und greifbar — ein Korrektiv für ihr Handeln fehlt. Das richtig verstandene Völkerbundsideal aber fordert wesentlich, über das Ego hinauszugehen, andere „Völker“ in einer — sagen wir — gewissen Liebe mitzuumfassen, um seine vielfältigen Aufgaben anfassen und vollenden zu können. Es bestehen Wesensgegensätze. Nun aber kann die Menschheit nicht loskommen von ihrem Völkerbundstraume und wird immer wieder sehnsüchtig nach seiner Verwirklichung ausschauen. Wer kann helfen? Wo gibt es eine Instanz, die fähig ist, das Völkerbundsideal rein zu bewahren und in die Praxis umzusetzen? — Die Frage stellen heißt, sie beantworten: im Papste!

Frankreichs Rückkehr in den Vatikan.

Durch den Ausgang des Krieges war Frankreich zur stärksten Militärmacht Europas geworden und damit in der Lage, in allen politischen Angelegenheiten unseres alten Erdteiles ein entscheidendes Wort zu sprechen. Diesem Umstande, einer Tatsache, die nicht ignoriert werden konnte und mit der nun einmal gerechnet werden mußte, Rechnung zu fragen konnte selbstverständlich auch der Hl. Stuhl nicht umhin. Wo immer er in Hinkunft seinen Einfluß ausüben wollte, er mußte auf diese Macht stoßen, und wo immer er im Sinne seiner Grundsätze und der Erwartung, mit der die Unterlegenen des Weltkrieges seinem Eingreifen entgegen sahen, etwas zu erreichen trachten konnte, er konnte es nur erreichen, wenn es ihm gelang, Frankreichs Willen in seinem eigenen Sinne umzustimmen. Wenn wir hier Frankreich sagen, so ist damit vor allem das offizielle Frankreich gemeint, dem im Augenblicke der Kriegsentscheidung Clemenceau als Ministerpräsident nicht nur seinen Namen gab, sondern auch seinen rücksichtslosen, von ausgeprägtester Gesinnung bestimmten Charakter aufdrückte. Seine bis zum Hasse gesteigerte Abneigung gegen

das Papsttum und die Kirche wurde auch vom Außenminister, dem Freimaurer Pichon, geteilt und so sah sich die vatikanische Diplomatie vor eine nahezu aussichtslose Aufgabe gestellt.

Man vergegenwärtige sich die Tatsache, daß der im Jahre 1905 herbeigeführte Bruch mit dem Vatikan, besiegelt durch die gewaltsame Ausweisung des päpstlichen Geschäftsträgers Montagnini, noch fortbestand, das Trennungsgesetz voll in Kraft war und die um jene Zeit führenden Staatsmänner Frankreichs, wie wir sehen werden, die Zumutung einer Rückkehr in den Vatikan mit seinem schroffen „niemals!“ ablehnten.

Aber selbst abgesehen von der wesentlich veränderten Machtstellung Frankreichs mußte das Bestreben des Vatikans sich darauf richten, wie mit jeder anderen weltlichen Macht auch mit einem Lande sich in einem Verhältnisse korrekter Beziehungen zu wissen, das doch auch einen nicht zu unterschätzenden Bruchteil gläubiger und für die Sache der Kirche opferwilliger und hingebungsbereiter Staatsbürger aufwies. Es war daher eine einfache tatsächliche Feststellung, welche jedem unbefangenen Denkenden einleuchten muß, wenn Bischof Touchet von Orléans sich äußerte:¹⁾ „... auch der Papst braucht Frankreich“.

Freilich, „auch Frankreich brauchte den Papst“, wie bei gleicher Gelegenheit derselbe französische Prälat gesagt hat, obwohl es dies offen zuzugeben sich noch scheute. Und die für diese Behauptung vorliegenden Tatsachen boten der päpstlichen Diplomatie jene Anhaltspunkte, deren kluge Ausnützung, unterstützt vom Wandel der Dinge, schließlich den Erfolg brachte.

De Monzie, dem wir noch begegnen werden, hat im Mai 1919 mitten in der von ihm unternommenen Campagne für die Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan davon Mitteilung gemacht,²⁾ daß schon die Entfesselung des Weltkrieges in Paris die Erkenntnis gezeitigt hatte, man müsse dem Vatikan die Hand bieten. Mit Ermächtigung des früheren Ministerpräsidenten Viviani gab De Monzie bekannt, daß jener in seiner Doppel-eigenschaft (er war gleichzeitig Minister des Äußeren gewesen) am 29. Dezember 1914 „nicht anstand, England anzuraten, einen offiziellen Vertreter nach Rom zum Hl. Stuhle zu entsenden, um dort die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Und ge-

¹⁾ s. „Momento“ vom 14. April 1919.

²⁾ ebenda vom 4. Mai 1919.

zungen, der Klugheit Rechnung zu tragen mit Rücksicht auf die Vorgänge der Innenpolitik, errichtete Frankreich eine halbamtliche Vertretung mit demselben Auftrage in Rom." Das Kabinett Clemenceau selbst habe die Verdienste, welche sich Charles Loiseau — dies der Name jenes offiziösen Agenten — während seiner vierjährigen Tätigkeit in Rom erworben habe, durch das Ritterkreuz der Ehrenlegion belohnt.

Da nämlich England durch seinen Gesandten nicht so sehr die Interessen der Entente, als vielmehr seine eigenen vertrat, sah sich Frankreich vollends gezwungen, ein Gegengewicht herzustellen. ¹⁾

Papst Benedikt XV. hatte im Januar 1919 den Besuch des französischen Abgeordneten Abbé Lemire benützt, um seine Bereitwilligkeit zu Entgegenkommen zu bekunden. „Wenn die französische Regierung nur ein wenig guten Willen und Entgegenkommen bezeigen wollte, wird das Problem sich zur Befriedigung beider Teile leicht lösen lassen. Es handelt sich durchaus nicht darum, nach Canossa zu gehen, aber es drängt, ehrlich mit dem Papste über die religiösen Fragen, welche nun einmal seiner Zuständigkeit unterstehen, zu reden." ²⁾ Vorläufig hatte die Regierung freilich vollauf mit der Friedenskonferenz zu tun, aber im Vatikan wußte man, daß doch die Zeit kommen werde, da die kirchenpolitischen Probleme zu einer Aussprache zwingen. An Rom lag es, dazu die Türe offenzuhalten. Dazu bot z. B. das mißlungene Attentat Cottins auf Clemenceau Gelegenheit. Der durch Kardinal Amette ausgedrückte Glückwunsch wurde bereits einer Erwiderung gewürdigt; der Minister-Präsident war „davon tief gerührt und bat S. Eminenz, Sr. Heiligkeit gütigst den Ausdruck lebhafter Dankbarkeit zu übermitteln." ³⁾

Einstweilen aber berechtigte noch nichts zu besonderen Hoffnungen. „Nouvelliste" teilt uns aus jenen Tagen mit, Clemenceau habe von Denys Cochin gewünscht, er möge dem Hl. Stuhl die Abberufung der deutschen Bischöfe von Straßburg und Metz

¹⁾ darüber Ausführliches in meinem Artikel „Frankreich auf dem Wege nach Rom" in „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 15 vom 12. April.

²⁾ s. K. Kztg. 1919 Nr. 13 vom 27. März.

³⁾ s. „Oss. Rom." 2. März 1919.

nahelegen, worauf dieser zur Antwort gab, die Regierung solle einen solchen Schritt ehrlicherweise selbst unternehmen. Dabei hätte sie die beste Gelegenheit, die offiziellen Beziehungen zum Vatikan wieder anzuknüpfen, worauf der Minister schroff erwiderte: Niemals!

Mehrere Gründe bestimmten dann im März Kardinal Amette, sich nach Rom zu begeben; einmal die Schlußsitzung der Kardinals-Kongregation in Gegenwart des Papstes, bei der die letzte Entscheidung über die Heiligsprechung der Jungfrau von Orléans fallen sollte, dann die Besprechung über die kirchlichen Verhältnisse der neuerworbenen Provinzen Elsaß und Lothringen und schließlich der französische Einfluß im nahen Osten,¹⁾ also das Christenschutzrecht, das durch die englische Oberherrschaft bedroht erschien. Die Abreise verzögerte sich um ein paar Tage, da der Kardinal den Text der Konsistorial-Allokution²⁾ vom 10. März, welche als amtliche Note den an der Friedenskonferenz beteiligten Mächten zugestellt wurde, zuerst noch im Auftrage des Vatikans dem französischen Ministerpräsidenten zu überreichen beauftragt worden war. Daß bei dieser Ueberreichung auch die bevorstehende Romreise Gegenstand der Aussprache war und Clemenceau Amette seine speziellen Wünsche, soweit sie Rom betrafen, nicht vorenthielt, darf wohl mit voller Sicherheit angenommen werden. Uebrigens wissen wir, daß der Kardinal einen zur Uebergabe an den Papst bestimmten Brief von Clemenceau entgegengenommen hat.

Das Ergebnis dieser Romfahrt berichtete eine als „amtlich“ bezeichnete Havas-Meldung vom 25. April, wonach Bischof Ruch von Nancy zum Bischof von Straßburg und der Generalvikar Pelt zum Bischof von Metz ernannt wurden. Die Ernennung sei „gemäß dem immer noch auf Elsaß-Lothringen anwendbaren Konkordat vom Jahre 1801 erfolgt, das die Ernennung der Bischöfe der Zivilgewalt in Uebereinstimmung mit dem Hl. Stuhle überträgt.“ Gleichzeitig verlautete,³⁾ daß „Rom die angebotene Verzichtleistung der Bischöfe Fritzen von Straßburg und Benzler von Metz bewilligte.“

¹⁾ s. S. 54.

²⁾ Wortlaut s. S. 55.

³⁾ Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Zürich vom 28. April 1919.

Die Art, wie Clemenceau diesen besonderen „Wunsch“ vorgebracht hat, entsprach so recht seiner bekannten Natur; er hat, wie wir von eingeweihter Seite wissen, den Bischofswechsel in einer rücksichtslosen und rechtlich unzulässigen Weise erzwungen, während im Jahre 1871 die deutsche Regierung die beiden Bischöfe ruhig weiter ihres Amtes walten ließ, obschon sie von der französischen Regierung ernannt waren.

Man hat es diesmal in Rom für gut erachtet, Kardinal Amette als Emissär der französischen Regierung hinzunehmen, anstatt darauf zu bestehen, daß diese direkt mit ihren Schmerzen herantrete, aber so ohne weiteres wollte man darüber doch nicht hinweggehen. Daher gab der Kardinal-Staatssekretär Gasparri der Gegenseite einen unzweideutigen Wink. „Was die Beziehungen zu Frankreich betreffe, äußerte er¹⁾ so sei es Sache der französischen Regierung, darüber zu befinden, welches gegenwärtig die Interessen des Landes seien. Was Uns anbelangt, haben Wir es nicht nötig, zu sagen, welches Unsere Wünsche sind. Jedes Wort in dieser Richtung wäre überflüssig. Jedenfalls möchte ich den einen Wunsch formulieren, nämlich, daß, wenn Frankreich die Annäherung wünscht, Wir sie direkt herbeiführen möchten, ohne Vermittler in Anspruch zu nehmen. Eine ruhmreiche Macht wie Frankreich müßte direkt auf das Ziel losgehen, das sie erreichen will. Ich erinnere diesbezüglich an ein treffendes Wort Kardinal Merry del Vals: „Frankreich ist eine viel zu große Dame, um sich dazu herzugeben, den Vatikan auf der Dienstbotentreppe zu betreten.“

Hier schiebt sich nun in der zeitlichen Folge der Ereignisse ein Vorkommnis ein, das seither wiederholt Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen gewesen ist und auch in Zukunft noch sein wird. Dies mag größte Ausführlichkeit rechtfertigen, damit darüber vollste Klarheit herrsche und weiterer Mißbrauch hintangehalten bleibe.

„Franzose dem Herzen nach“.

Während der diesem Zeitpunkte vorangehenden Jahre waren von den zahlreichen Selig- und Heiligsprechungsprozessen, welche z. T. seit Jahrhunderten bei der zuständigen Kongregation der

¹⁾ in einer dem „Petit Parisien“ gewährten Unterredung, wiedergegeben in „Stampa“ vom 4. April 1919.

Riten anhängig waren, einige zum Abschlusse gelangt, darunter auch der seit über einem Vierteljahrhunderte eingeleitete der Jungfrau von Orléans.

Für diejenigen, welche dem Gedanken Raum geben möchten, daß auf den affirmativen Abschluß irgendwelche politischen Zweckmäßigkeitsgründe von Einfluß gewesen sein könnten, sei mir gestattet, folgende persönliche Erinnerung einzuschalten. Im Jahre 1903 sagte mir der deutsche Redemptoristenpater Schober in Rom, dem als Konsultor der Riten-Kongregation die Bearbeitung dieser Causa übertragen war, er sei auf Grund seiner Untersuchung zu dem Ergebnisse gelangt, daß Jeanne d' Arc tatsächlich im rein und ausschließlich religiösen Sinne eine Heilige gewesen sei; nur unter diesem Gesichtspunkte sei die Untersuchung geführt worden und er selbst sehe sich gezwungen, seine bisherige, entgegengesetzte Meinung fallen zu lassen.

Man könnte allenfalls noch annehmen, daß vielleicht bei Festsetzung des Datums der feierlichen Heiligsprechung andere Rücksichten mitgesprochen haben, um das spätere tatsächliche Zusammentreffen mit der Besiegelung des Friedens zwischen Frankreich und dem Papste herbeizuführen. Aber jene Festsetzung erfolgte schon zu einer Zeit, da noch gar nicht abzusehen war, wann die Regierungsvorlage, die Botschaft beim Vatikan wiederherzustellen, alle Klippen der Kommissionsverhandlungen in Senat und Kammer glücklich passiert haben würde.

Der virtuelle Abschluß eines Kanonisationsprozesses besteht in der feierlichen Verlesung des päpstlichen Dekretes, welches zwei, seit der erfolgten Seligsprechung auf besondere Anrufung der Seligen hin von Gott bewirkte Wunder bestätigt; auf die sich anschließende Dankansprache des Promotors erwidert dann der Papst mit einer, die besonderen Tugenden des künftigen Heiligen hervorhebenden Lobrede. Dieser Vorgang ist so wenig außergewöhnlich, daß z. B. unsere katholische Presse darüber meist gar nicht berichtet.

Es war also kein außerordentliches Ereignis, als am 6. April 1919 in der Konsistorialaula das bezügliche päpstliche Dekret über die beiden auf Anrufung der Jungfrau von Orléans erfolgten Wundertaten Gottes verlesen wurde. An Stelle des im Namen des Bischofs der Heimatdiözese der Heiligen fungierenden Promotors ergriff der Oberhirte von Orléans, Msgr. Touchet selbst

das Wort zur Dankansprache. Das Ganze ist ein rein religiöser Akt. Trotzdem konnte es sich dieser französische Bischof nicht versagen, sich stark auf das politische Gebiet zu verirren, wofür ihn allein die Verantwortung trifft.

Er dankte zuerst Gott und der Fürsprache seiner heiligen Mutter für die beiden Wunder, streifte kurz den Anteil auch Papst Pius X. und Leo's XIII. an der Durchführung dieses Prozesses und erwähnte Urteilsäußerungen früherer Päpste über die Heilige. Dann schilderte er ihre Tugenden, ihren Mut, ihre jungfräuliche Reinheit, ihre Liebe zum hl. Altarssakrament, ihre Demut, ihre Liebe zu den Armen, ihre Geduld und Ergebung in Gottes Willen, um dann ihre Stellung im Befreiungskampfe gegen England zu zeichnen. Und nun fuhr der Bischof wörtlich fort: „Sie kreuzte erst das Schwert mit den Engländern, nachdem sie dreimal in Zwischenräumen einen Vertrag angeboten hatte. Vor allem und über alles wollte sie einen gerechten und dauerhaften Frieden. . . Und Ihr, Heiliger Vater? Habt Ihr nicht als Erster diese Gedanken ausgesprochen, für welche nun die starrköpfigen Apostel internationaler Friedensstifterei zu arbeiten vorgeben?“ (Wilson! D. V.)

„Sie trieb eine Politik, aber eine einfache und richtige Politik: jedes Volk für sich, ihre Oberhäupter auf ihren Platz, England auf seine Insel, Frankreich hinter seine Grenzen.“

„Und Ihr, Heiliger Vater, habt Ihr nicht unlängst und vor allem die Lösung gewollt: Belgien, Serbien, Italien, Frankreich befreit von der Invasion, Herr im eigenen Hause, und den Völkern die Freiheit, ihren Willen zu bekunden?“

Touchet berührt dann die Sorge des Papstes um die Opfer des Krieges und stellt dessen Schreiben vom 28. Juli 1915 (Apostolische Mahnung an die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter) hoch über jede Kundgebung von irgendwelcher anderen Seite, um fortzufahren: „Von dieser ungeheuren Literatur des Krieges, welche ich ein wenig zu kennen glaube, werden sich fast bis in die Unendlichkeit beherrschend zwei Blätter erheben: der Erbarmungsschrei Benedikts XV. über die von einem Delirium der Vernichtung befallenen Menschen, und der eiserne Tagesbefehl des Marshalls Joffre an der Marne. . . Die Geschichte werde Benedikt XV. den Papst der Jeanne d'Arc nennen. Und der Redner schloß mit der Bitte: „Segne, Heiliger Vater, dieses Frankreich der Dankbarkeit, so schön in seiner Einkieit, die es seit langem nicht gekostet hatte, so schön in seinem Idealismus, den es in den Dienst der Gerechtigkeit und des Rechtes gestellt hat; so schön in seinem Heldentum . . . in seiner Glaubensgesinnung . . . Segne dieses Frankreich. . . !“

Und die Antwort Papst Benedikts XV. darauf lautete:

„Es wäre Uns schwer, ja nahezu unmöglich, in einem einzigen Strauße all die vielen Blumen zu sammeln, welche des Redners Ansprache schmückten. Somit beschränken Wir Uns darauf, einige dieser Blumen aufzugreifen und zwar zuerst und ohne Einschränkung die der Dankbarkeit gegen Gott und gegen die allerseligste Jungfrau, denn Wir müssen anerkennen, daß Gott allein es ist, dem Wir für die beiden der seligen Jeanne d'Arc zugeschriebenen Wunder verpflichtet sind.“

Dann verbreitet sich der Papst über Marias Anteil an der Gnadenvermittlung und über das Wunder, deren Gegenstand Therese Belin war, welche in Lourdes auf Anrufung der Heiligen plötzlich geheilt wurde.

„Aber, fährt er fort, um darauf zu kommen, was unmittelbarer die Heiligsprechung betrifft, so gestehen Wir, daß Wir Gefallen hatten an der Blume des Gedenkens jener Lobsprüche, welche frühere Päpste und Päpste jüngerer Zeit Johanna zuerkannt haben, die einen, sich wundernd, daß der Seligsprechungsprozeß nicht eher eingeleitet wurde, die anderen, wie Unsere unmittelbaren Vorgänger, indem sie sich bereit zeigten, was in ihrer Macht stand, zu seiner Beschleunigung zu tun. Gerne bekennen Wir, daß der Wunsch, das Beispiel so hervorragender Päpste nachzuahmen, Unseren bereits feststehenden Willen verdoppelt, die Krönung zu fördern, durch welche Jeanne d'Arc zur Heiligen ausgerufen wird. . . . Wenn er (der Bischof von Orléans) sodann in Uns den Papst der Jeanne d'Arc erblickt, weil er hofft, es werde Uns vorbehalten sein, die Pucelle d'Orléans heiligzusprechen, so ist die Blume, die er Uns damit darbietet, symbolisch umkleidet.“

„Gerne würden Wir die Prophetien annehmen, auf Grund einer Erinnerung, welche Uns zum Todestage Leo's XIII. zurückführt. Wir standen in einer Ecke jenes Zimmers, wo der ruhmvolle Papst seine Seele aushauchte. Der fromme Kardinal Vives rief die heiligste Jungfrau und die Heiligen an, um dem hohen Greise Erleichterung zu erbitten. Wir entsinnen Uns, wie lieb gerührt Wir waren bei der Anrufung jener Seligen und Heiligen, denen der da sterbende Papst die himmlischen Ehren zugesprochen hatte. O, es wäre ein großer Trost für Unsere Seele, in der Stunde Unseres Todesringens für Uns die Fürbitte der Jeanne d'Arc anrufen zu können, dafür, daß Wir ihr die Glorie der Heiligen erteilt haben.“

„Doch trotz des prophetischen Symboles zur Erklärung jenes Wortes, wonach Uns die Geschichte den ‚Papst der Jeanne d'Arc‘ nennen werde, können Wir nicht umhin, die Blumen aufzulesen, welche der hohe Redner mit vollen Händen in seine Rede eingestreut hat, indem er von der moralischen Affinität

zwischen der Seligen und dem Papste sprach. Diese moralische Angleichung wurde gegenüber dem Kriege unter Betrachtung gestellt, der während der ersten Jahre Unseres Pontifikates so furchtbar gewüthet hat. Wir wissen, daß derjenige, welcher diese moralische Gleichstellung der Seligen mit dem Papste berührt hat, sich von einem großen Wohlwollen gegen Uns hat leiten lassen. Es würde Uns indessen nicht mißfallen, wenn das Verhalten Johannas vor und während des Krieges mit den Engländern dazu beitragen könnte, ins Licht zu setzen, daß die Haltung des Heiligen Stuhles während des vergangenen Krieges jene war, wie sie beständig von den Heiligen selbst eingenommen wurde, welche ihr Vaterland geliebt haben wie Jeanne d' Arc.

„Diese natürliche Berufung auf die Vaterlandsliebe der Pucelle d'Orléans lädt Uns ein, eine letzte Blume aus der Rede des hohen Schutzherrn der Causa Jeanne d'Arcs aufzugreifen, die Liebe zum Vaterlande, welche so, wie sie vor Zeiten das Herz der Seligen ergriffen hatte, heute in den Worten des erlauchten Redners mitgeschwungen hat.

„Ferne von Uns, Uns darüber zu verwundern, denken Wir im Gegenteil, daß bezüglich dieses Gesichtspunktes der Herr Bischof von Orleans der getreue Dolmetscher seiner an- und abwesenden Landsleute gewesen ist. Wir sind davon nicht überrascht, sagten Wir; ja, mehr noch mußten Wir sagen, denn Wir finden es so richtig, daß die Erinnerung an Jeanne d'Arc die Liebe der Franzosen für ihr Vaterland entzündet, daß Wir bedauern, Franzose nur dem Herzen nach zu sein. Aber die Aufrichtigkeit, mit der Wir Franzose dem Herzen nach sind, ist eine solche, daß Wir an diesem Tage die Freude, welche die Franzosen von Geburt in Anbetracht des großen Fortschrittes empfinden, welche die Heiligsprechungssache der Jeanne d'Arc heute gemacht hat, Dank der Approbation der beiden, ihrer Fürbitte zugeschriebenen Wunder, zur Unsrigen machen. Die Franzosen von Geburt freuen sich mit gutem Recht, in der Wahrheit dieser Wunder ein Zeugnis zu sehen, das die Macht der Jeanne d'Arc bei Gott bestätigt. Mit gutem Rechte schließen sie daraus, daß die Ausbreitung der Verehrung Jeanne d'Arcs, welche eine Folge der Heiligsprechung sein wird, ihrem Vaterlande noch größere Gnadenerweisungen und Wohlfaten erlangen wird. In diesem Wunsche nun, in diesem Verlangen stimmt der Franzose dem Herzen nach mit dem Franzosen von Geburt überein, Frankreich eine Mehrung seines Ruhmes und Glückes zu wünschen.

„Es sei Uns daher gestattet zu sagen, daß die letzte Blume, welche die Liebe der Kinder Frankreichs für ihr Vaterland bezeugt, einen besonderen Duft verbreitet: Wir bitten nur, daß

man daran auch denjenigen teilhaben lasse, der, ohne Franzose zu sein, der Freund Frankreichs genannt zu werden wünscht.

„Gewiß, es wäre leicht, noch andere Blumen aus der Rede, auf die Wir antworten, herauszugreifen; aber wenn Wir Unseren Blick auf andere Blumen richten, wird das vielleicht die Aufmerksamkeit verringern und folglich auch den Wert jener, die Wir angedeutet haben. Wir wollen im Gegenteil, daß durch diese jene Lehren sichergestellt werden, welche so innig verbunden sind mit der gegenwärtigen Veröffentlichung des Dekretes über die beiden, der Vermittlung der seligen Jeanne d'Arc geschuldeten Wunder. Zu diesem Zwecke wenden Wir Uns an Gott, um ihn zu bitten, er möge seine Gnaden über alle jene ausgießen, welche — irgendwie — sich um die Sache der Heiligsprechung der Jeanne d'Arc annehmen.“

Der Papst nennt dann nach ihrem hierarchischen Range die einzelnen Klassen des Klerus und schließt mit den Worten:

„Wir bitten Gott, er möge über alle seinen Segen ausgießen. Schließlich muß jeder gute Franzose an der Sache Jeanne d'Arcs Anteil nehmen und Wir rufen die Gnaden des Himmels auf jeden guten Franzosen herab, in der frohen Hoffnung, daß Jeanne d'Arc wirklich das Bindeglied werde zwischen Vaterland Erde und dem Himmel.“¹⁾

Es genügt, die Worte des Papstes unbefangen zu lesen, um sich zu überzeugen, daß ihnen keinerlei Wille zu einer politischen Kundgebung zugrunde liegt. Wenn wir von der Andeutung der Rechtfertigung absehen, welche des Papstes Haltung während des Krieges im Lichte des von der Heiligen gegebenen Beispiels findet, bleibt von der ganzen Rede nichts übrig, was eine andere, denn eine rein religiöse Einstellung erkennen läßt. Es fehlt jeder Seitenblick auf das Verhältnis der Franzosen zu den Deutschen und auf die Zeitereignisse, auf die Friedenskonferenz und den „gerechten und dauerhaften“ Ententefrieden, der in jenen Tagen in Paris unter Ausschluß des Papstes ausgezirkelt wurde. Ja, gerade jene „Blumen“ der Rede des Bischofs von Orléans, welche politischen Geruch ausströmten, jene eindeutigen Anzüglichkeiten des Franzosen, welche den Papst aus seiner Zurückhaltung herauslocken wollten, hat dieser liegen gelassen und damit gezeigt, daß er eine politische Bezugnahme vermieden wissen wollte. Die ganze Zielrichtung ist die auf die Erhebung der Seligen zur Heiligen, auf ihre Aufnahme in den Himmel, ihre

¹⁾ Nach dem französischen Original im Oss. Rom. Nr. 97 vom 7. April 1919.

Zulassung zur bevorzugten Anschauung Gottes und wo ein Zweifel möglich wäre, wie z. B. bei der Erwähnung des „guten Franzosen“, da folgt sofort die Definition durch den Hinweis auf Religion, Kirche und Himmel. Ruhm, Glück, Gnade, Ehre, Wohltat sind Begriffe, welche im Munde des alle Dinge unter dem Gesichtspunkte des ewigen Gottesreiches schauenden Stellvertreters Jesu Christi ihren ganz besonderen Inhalt besitzen, immer besitzen.

Selbst heute noch ist man bemüht, mittels einiger aus dem Zusammenhange gerissener Sätze dieser Rede den verstorbenen Papst einseitiger Parteinahme für Frankreich zu bezichtigen; um aber diesen Anschein zu erwecken, stellt man die Worte in eine ganz andere Beziehung, indem man allerhand politische Vorkommnisse um sie gruppiert. Es war General Ludendorff, der unter Benützung des vom Evangelischen Bunde ihm gebotenen Materiales in seiner Rede vor dem Münchener Gerichtshofe diesen Worten des Papstes erst die ihnen fehlende politische Spitze gab, indem er nach dem Wunsche einer „Mehring des Ruhmes und Glückes“ den vom Papste nicht gesprochenen Zusatz „auf Kosten Deutschlands“ anfügte; nun hatte er den gesuchten Vorwand, entrüstet mit der Faust auf den Tisch einzuschlagen und den gewünschten Theatereffekt zu erzielen.¹⁾

Wenn jemand vielleicht Anlaß gehabt hätte, sich betroffen zu fühlen und Entrüstung zu äußern, so wäre dies England gewesen, das gewissermaßen als der Verurteilte aus dem Prozesse hervorging, nachdem dieser mit der Rechtfertigung und höchsten Erhöhung des Opfers seines Hasses, seiner Politik und seiner Unversöhnlichkeit endete. Aber die Engländer besaßen genügend gesunden Sinn und Rechtsgefühl, um nichts aus den Worten des Papstes herauszulesen, was nicht drinnen steht.

¹⁾ Der dem General Ludendorff gemachte Vorwurf der „Fälschung“ (s. Bayr. Kurier“ Nr. 67 vom 7. März 1924) blieb bis knapp vor den neuen Reichstagswahlen des Dezember 1924 ohne Erwiderung. In der Nummer vom 27. November 1924 suchte der „Völkische Kurier“, Ludendorffs Organ, diesen reinzuwaschen, indem er dessen Rede vor Gericht durch Unterdrückung der gefälschten Worte „auf Kosten Deutschlands“ selbst fälschte und den echten Wortlaut der Papstrede wiederherstellte, um glauben zu machen, Ludendorffs Rede stimme wörtlich mit jener überein. S. m. Erwiderung im „Bayr. Kurier“ Nr. 334 vom 3. Dez. 1924 unter der Aufschrift: „Wer hat des Papstes Wort gefälscht? — Ludendorff! Wer hat Ludendorffs Wort gefälscht? — Der „Völkische Kurier“!“

Die Feststellung der Haltung des Papstes ergibt sich übrigens nicht aus einem Worte, sondern aus der Gesamtheit seiner Worte und Handlungen, und dabei darf nicht willkürlich das, was das im voraus gewünschte Charakterbild um einen Zug verändern könnte, beiseite gelassen werden. Man hat aber die wenige Monate später beim Empfang des ersten deutschen Pilgerzuges nach dem Kriege gehaltene Ansprache desselben Papstes ¹⁾ welche an Betonung der Liebe für die Deutschen wahrlich nichts zu wünschen übrig läßt, vollständig totgeschwiegen. ²⁾

Mit viel mehr Recht kann man die Worte, welche Papst Benedikt XV. bei jener Gelegenheit also gesprochen hat, und die gewiß auch bezweckten — das zu leugnen wäre sinnlos — in Frankreich Eindruck zu machen, im Gegensatz zu jenen Versicherungen der dortigen antiklerikalen Presse stellen, welche fortgesetzt das Oberhaupt der Kirche als Feind Frankreichs hinstellten; eine Probe davon haben wir auf Seite 129 aus dem Organe Clemenceaus, dem „Homme Libre“, selbst gegeben. Es war nicht nur das gute Recht des Papstes, sondern geradezu seine Pflicht, diesen Stimmen entgegenzutreten und damit die Bahn allmählich von jenen Hindernissen freizumachen, welche der Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen entgegenstanden; zu ihnen gehörte in erster Linie die öffentliche Meinung Frankreichs, auf sie also mußte vor allem eingewirkt werden, auf sie auch hat diese Rede des Papstes tatsächlich eingewirkt. Es ist ein gutes Mittel zu einem guten Zwecke verwendet worden.

Anmerkung. Heute noch wird immer wieder aus der Schrift des Evangelischen Bundes „Deutschland und der Vatikan“ S. 20 ein kurzer Abschnitt aus einem Artikel gegen den toten Papst ins Feld geführt, den ich selbst in der „Augsburger Postzeitung“ vom 1. Mai 1919 geschrieben hatte und in dem ich der Befürchtung Ausdruck gab, „daß der Preis, um den man Frankreichs Umkehr kaufen will, ein höherer sein wird, als man es in Rom bedachte, da man jenes Bekenntnis („Franzose dem Herzen nach“) in die Wagschale warf. Ich erwidere, was ich Ex-Pastor D. Traub in derselben „Postzeitung“ (am 22. März 1924) Nr. 69 erwidert habe, als er mit jenem Zitat politische Geschäfte zu machen suchte. „Wir Deutsche — und auch wir deutsche Katholiken — standen damals im April 1919 unter dem unmittelbaren Eindrucke

¹⁾ s. das Kapitel „Deutschland bis zum Tode Papst Benedikts XV.“ S. 202.

²⁾ s. die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des „Evang. Bundes“, welche methodisch Tatsachen, die ihrer These widersprechen, verschweigt.

der Niederlage, der Revolution und des drohenden furchtbaren Friedensdiktates; wir alle befanden uns in einem Seelenzustande, der uns damals alle Dinge politisch sehen ließ und sehen lassen mußte, und so war es durchaus erklärlich, daß jene Worte des Papstes Benedikt XV. in uns die Befürchtung erwecken mußten, als wolle auch er, unser letzter Freund, uns nun auch noch seine bisher oft bewiesene Sympathie entziehen, ja, wir mußten glauben, sie verloren zu haben. Wir alle ermangelten damals jene Unbefangenheit, welche uns die Worte des Papstes in ihrem allein berechtigten, d. h. dem kirchlichen Sinne, in dem sie gesprochen waren, hätte verstehen lassen. Aber — und hier liegt der Hund begraben! — die damals ausgesprochene Befürchtung . . . hat sich eben nicht erfüllt, wie die weitere Entwicklung einwandfrei bewiesen hat. Es hat sich gezeigt, daß der Papst den Preis für Frankreichs Umkehr nicht von uns forderte, daß er seine Sympathie uns nicht entzog, sie nicht nur uns ungeschmälert erhielt, sondern bis an sein Lebensende immer neue Beweise von ihr geliefert hat, ja, daß wir in unserer Not und in unserem Elende ihm nur noch enger ans Herz gewachsen waren. . . Und es ist ein starkes Stück, heute nach Jahren, da wir rückschauend die Entwicklung der Tatsachen verfolgen können, immer noch auf damals ausgesprochenen Befürchtungen herumzureiten, die sich niemals erfüllt haben und den Beweis erbrachten, daß kein wirklicher Grund zur Beunruhigung vorgelegen habe." (Die Schrift „Deutschland und der Vatikan" erschien 1924!)

Nach Rom, nicht über Canossa.

Die Notwendigkeit, daß „Frankreich den Papst brauche", zwang sich mit dem zur Neige gehenden Kriege so allgemein auf, daß selbst ein Mann wie der Senator De Monzie, Freimaurer, Parteimann der Linksradiakalen und Unterstaatssekretär des Aeußeren im Kabinett Painlevé, bereits im Mai 1918 mit einem Buche an die Öffentlichkeit trat, welches offen für die Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan warb, die Anknüpfungsmöglichkeiten und ihre Hindernisse und Widerstände untersuchte und die Tatsache bekannt gab, daß England seine Vertretung beim Vatikan auf eine von Delcassé ausgehende Anregung hin auf besonderen Wunsch Vivianis errichtet hat.¹⁾ De Monzie zeigte, daß eine Rückkehr nach Rom keineswegs eine Verdemütigung Frankreichs bedingen würde, verriet aber damals noch nichts von der um jene Zeit bereits bestehenden halboffiziellen Vertretung

¹⁾ Das Buch betitelt sich: Rome sans Canossa, ou la Diplomatie de la Présence. Paris, bei Albin Michel. Eine eingehende Besprechung davon bot ich in „Allgemeine Rundschau" 1918, Nr. 45, welche auch in Bastgen, Die Römische Frage. Dokumente und Stimmen, Bd. III, 2. S. 71 wiedergegeben ist.

durch den diplomatischen Agenten Loiseau. Einstweilen lag der Widerstand sowohl bei der Regierung, wie bei der Kammer. Noch am 4. Januar 1919 hatte ja der Minister des Aeußeren, Pichon, dem Abg. Cormoudet, welcher die Wiedererrichtung der Botschaft befürwortete, erwidert, vorläufig denke die Regierung nicht daran. Unter den Abgeordneten aber hatte sich durch den Krieg doch ein unverkennbarer Gesinnungswandel vollzogen und nur noch die reinen Sozialisten bekannten sich als schroffe Gegner. Wie De Monzies Buch hatte auch ein eingehender Artikel des israelitischen Senators und Finanzmannes Weiller im „Journal des Débats“¹⁾ die Gründe dargelegt, „pourquoi la Republique doit rétablir les relations entre la France et le Saint Siège“. Diese bezeichnenden Kundgebungen entsprangen nicht etwa idealen oder religiösen Erwägungen, sondern gingen aus rein praktischen Gesichtspunkten hervor. Die Furcht, sich in den religiösen Bannkreis Roms zu begeben und es mit den Wählern zu verderben, ließ jedoch noch keine entscheidende Aktion in Fluß kommen. Aber gelegentliche Aeüßerungen, wie die Hervés in seiner „Victoire“, man könne zum Erweise des neuen Geistes die Beziehungen zum Vatikan wiederherstellen, die Republik werde über einem solchen Zugeständnisse nicht zugrunde gehen, trugen doch sichtlich zur Verringerung der alten Vorurteile bei.

Im Juli 1919 drängte Kardinal Gasparri nochmals, Sache Frankreichs sei es, darüber zu befinden, ob die Wiederherstellung der Beziehungen notwendig sei; ihm stehe es zu, den ersten Schritt zu tun. „Wir werden natürlich gerne entsprechen, aber nur unter einer Bedingung, daß nämlich die Verhandlungen nicht durch die Konsulta gehen.“²⁾ Zur gleichen Zeit, am 2. Juli, kam es in der französischen Kammer zu einer dramatischen Aussprache über Frankreichs Verhältnis zum Hl. Stuhle, wozu eine von De Monzie eingereichte Anfrage den Anstoß gab. Der Sozialist Jean Bon ritt eine heftige Attacke gegen den Vatikan,

¹⁾ vom 27. und 28. April 1917.

²⁾ Sonnino's Organ „Giornale d' Italia“ hatte am 1. Juni 1918 bei Erörterung der Möglichkeit einer Rückkehr Frankreichs in den Vatikan an die Adresse der französischen Regierung geschrieben: „Gehet nach Rom, ohne Canossa zu berühren, wenn es möglich ist, aber vergesst nicht, in der Konsulta Station zu machen.“ Der „Oss. Rom.“ vom 2. Juni 1918 hatte schon damals diese Einmischung der italienischen Regierung entschieden zurückgewiesen.

der während des Weltkrieges stets die Mittelmächte begünstigt habe. Nach ihm begründete De Monzie seine Forderung; er verwies auf „eine ganze Reihe von Missionen Frankreichs, die einander in Rom folgten, um der päpstlichen Regierung die Gesichtspunkte und Bestrebungen der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen“. Am 11. November habe Kardinal Amette mit dem Briefe Clemenceaus sich nach Rom begeben und die Verhandlungen wegen der Besetzung von Metz und Straßburg wurden aufgenommen. Unwürdig sei es, sich immer noch fremder Mittel zu bedienen, um beim Papste die eigenen Interessen zu fördern. Man müsse alle Sentimentalität beiseite lassen und nur realistische Politik machen. Fürchte man aus der Berührung mit Rom für den Laizismus? Ist dieser so zerbrechlich? Ihm erwidert Pichon, der Minister des Inneren. „Aus eigenem Antrieb und unveranlaßt von der Regierung hat Kardinal Amette in der Bischofsfrage in Rom vermittelt. Man darf nicht vergessen, Elsaß-Lothringen steht noch unter dem Konkordatsregime. Kardinal Amette ließ nach seiner Rückkehr die Regierung wissen, der Papst habe die Demission der beiden deutschen Bischöfe in Händen und ließ uns eine Liste von Namen zukommen, welche die Gutheißung des Vatikans erhalten würden. Millerand (damals Kommissär für Elsaß-Lothringen) erhob keine Einwendungen und der Ministerpräsident verständigte Kardinal Amette von der Ernennung der beiden Bischöfe, indem er bat, sie zu veranlassen, die notwendigen Schritte behufs Erwirkung der kanonischen Einsetzung in Rom zu tun. Am 13. Juni ließ Kardinal Amette wissen, der Papst sei geneigt, sie zu gewähren. Es ist gesagt worden, es hätte Verhandlungen oder einen Handel gegeben; es gab weder das Eine noch das Andere. Wehsalb sollten noch amtliche Beziehungen zum Vatikan hinzugefügt werden?“ Unter großem Lärm ruft Pichon: „Wir werden mit dem Vatikan keinerlei Diplomatie haben, weder eine offiziöse, noch eine offizielle.“ Beschimpfungen wüstester Art antworten auf allen Seiten und De Monzie stellt in seinem Schlußwort fest, daß Frankreich sogar neben Loiseau noch eine heimliche Vertretung unterhalten habe. Unter großem Tumult schließt die Sitzung.

Die Einweihung der Herz Jesu-Votiv-Basilika auf dem Montmartre, welche z. T. mit Staatsmitteln erbaut wurde, war begreiflicherweise seitens der kirchlichen Kreise Frankreichs mit

allem Pomp vorbereitet; sollte sie doch gleichzeitig als Fest der Befreiung, als eine kirchliche Siegesfeier, begangen werden. Der an ihn gerichteten Einladung zur Teilnahme glaubte der Papst durch Entsendung des Kardinals Vico entsprechen zu sollen. Schon diese Wahl bewies, wie starkes Gewicht er auf den kirchlichen Charakter dieser Kirchenweihe legte, denn der zur Vertretung ausersehene Kardinal ist der Präfekt der Riten-Kongregation, eine durchaus unpolitische Persönlichkeit, und als solche ist er auch in Paris aufgetreten. Das einzige Entgegenkommen gegen die Absichten der Veranstalter lag in den Einleitungsworten des päpstlichen Breves, das aber unbedingt als Ganzes genommen werden muß, wenn es als Ausdruck der Gesinnungen des hohen Verfassers gelten soll. Wir haben bereits den wesentlichen Inhalt, jene eindringliche Erinnerung an die Pflicht der werktätigen Nächsten- und Feindesliebe, wörtlich wiedergegeben ¹⁾ und begnügen uns daher, jene Einleitungsworte nachzutragen, welche lauten:

„Es sei auch gestattet, hier an einen anderen Plan der göttlichen Vorsehung zu erinnern. Wir meinen die Tatsache, daß die Einweihung dieses Gotteshauses des Montmartre, das auf Grund eines Volksgelübdes vor vielen Jahren begonnen wurde, als Zeugnis von Frankreichs Dank gegen das Herz Jesu bis auf die Tage verschoben wurde, da Eure Nation die Pflicht erfüllte, Gott den Dank feierlich dafür zu bekunden, daß ihr siegreich aus dem größten Kriege hervorgegangen seid, den die Geschichte kennt.

Inzwischen hatte sich politisch die Lage derart gewandelt, daß damals mit Sicherheit gesagt werden konnte, die Wiedererrichtung der Botschaft sei „eine Frage, welche nur mehr mit dem früheren oder späteren Abgange Clemenceaus und seines Außenministers Pichon zusammenhängt.“ ²⁾ Die Novemberwahlen hatten die Mehrheit jenem Block gebracht, der sich zu einem Programme des religiösen Friedens und der religiösen Beruhigung bekannt hatte. Während des Wahlfeldzuges hatten sich überdies angesehene Politiker wie Millerand, Briand und Viviani offen für die Wiederanknüpfung ausgesprochen.

¹⁾ s. S. 135.

²⁾ Ausführliche Darstellung, besonders auch der Debatte vom 2. Juli in meinem Artikel „Frankreichs letztes Sträuben gegen den Gang nach Canossa“ in „Allg. Rundschau“ 1919 Nr. 30 S. 424.

Die Beweggründe, welche die Regierung immer mehr dazu drängten, von der Absicht zum Entschlusse und von da zur Tat zu schreiten, d. h. die offizielle Verbindung mit dem Papste wiederaufzunehmen, waren selbstverständlich für diesen in gar keiner Weise verpflichtend und der Hl. Stuhl übernahm keinerlei Bindung, ihnen in seiner künftigen Politik irgendwie Rechnung zu tragen. Daß sie rein nationalpolitischer Natur waren, konnte am allerwenigsten in einem Lande überraschen, in dem selbst der Klerus bis in seine höchsten Spitzen hinauf mit ganz wenigen Ausnahmen alles unter dem nationalistischen Gesichtswinkel zu sehen gewohnt war und die Interessen der Nation jenen der Kirche voranstellte. Dafür ist ein trauriger Beweis das Antwortschreiben des Kardinals Dubois von Paris an Kardinal Schulte von Köln vom 17. April 1921¹⁾ auf dessen pflichtgemäße Mitteilung von seiner erfolgten Aufnahme in das Hl. Kollegium; jenen Brief könnte ebenso gut Poincaré geschrieben haben. Man wird sich daher nicht im geringsten wundern, wenn auf eine Rundfrage von „Le Journal“ im Januar 1920 z. B. Msgr. Baudrillart vom Institut Catholique sein Ja auf die Frage, ob Frankreich in den Vatikan zurückkehren solle, mit den Worten stützt: „Der Katholizismus ist eine internationale Kraft, deren sich die Regierung bedienen muß, da ihr die Sorge um ihren eigenen Einfluß in der Welt obliegt. Manche Lösungen des Hl. Stuhles lassen sich von den Vertretern der Mächte beeinflussen und wir haben bestimmte Fragen zu ordnen, die ohne Eingreifen des Vatikans nicht gelöst werden können.“ Da nimmt schließlich noch der Freidenker De Monzie einen höheren Gesichtspunkt ein, wenn er gleichfalls in Beantwortung der Rundfrage schreibt: „... Die geistlichen Mächte sind es, welche nach diesem Weltumsturz ihre Herrschaft über die ruhelosen Geister verjüngen und erweitern. . . Und da weigert sich Frankreich, den Papst der Christenheit, das Oberhaupt der gewaltigsten der modernen Staatskanzleien anzuerkennen. Alle religiösen und Laienstaaten besitzen ihre Gesandten im Vatikan und neue erscheinen dort fortwährend, aber keinen sieht man fortziehen.“ Und wenn der französische Katholizismus im Weltheiligtum Lourdes ein Ententesiegesdenkmal und in der heiligen Stadt Jerusalem eine Herz-Jesu-Kirche mit gleichem politischem

¹⁾ Text s. „Köln. Volkszeitung“ Nr. 359 vom 13. Mai 1921.

Charakter errichtet, dann freilich zeigt sich, welche Verheerungen die Einflußlosigkeit des Papstes in Frankreich und das damit immer mehr ausartende Staatskirchentum bereits angerichtet hat und wie berechtigt Benedikt XV. handelte, wenn er auf diese Aufgabe, Einfluß zu gewinnen, alle Kräfte konzentrierte.

Man muß annehmen, daß Deschanel nach seiner Wahl zum Präsidenten Frankreichs (März 1920) dem Papste von dieser Tatsache Kenntnis gab, da dieser in einer Depesche dem Erwählten seine Glückwünsche übermittelte. „Wir zweifeln nicht“, lautete sie,¹⁾ daß die göttliche Vorsehung Ihrer Tätigkeit als Präsident unter der ergebenen und aufrichtigen Mitwirkung aller Franzosen die glänzende und ruhmreiche Sendung vorbehalten habe, Frankreich aus seinen sittlichen und materiellen Trümmern zu erheben, Ihrem Lande den religiösen Frieden zu geben, der einer der Hauptfaktoren zur Wiederaufrichtung sein wird, und wirksam zur Beruhigung der Völker beizutragen, nach der sich die ganze Welt sehnt. . . .“ In seiner direkten Antwort dankt Deschanel „für die Gefühle und Wünsche für Frankreichs Größe und Gedeihen.“ Er fühlt sich geehrt, gestattet sich aber die willkürliche Deutung der Worte des Papstes von „Frankreichs geschichtlicher Bestimmung, die eng mit der Sache der Gerechtigkeit verbunden ist.“

Der Sturz Clemenceaus, an dessen Stelle inzwischen Millerand getreten war, machte freie Bahn; auch Pichon war gefallen. Die Gegner des Papsttums wagten noch einen schüchternen Versuch der Beeinflussung der Öffentlichkeit, unter ihnen Anatole France, der aber sofort von Lazare Weiller²⁾ in den Sand gestreckt wird. „Alle modernen Völker,“ erwiderte dieser jenem, „schlagen den Weg nach Rom mit einer Einmütigkeit ein, welche Eindruck macht, das protestantische England, das positivistische Brasilien und das republikanische Deutschland. Und wer noch? Die sozialistische Tschecho-Slovakei . . . hat ihren Vertreter in die Gallerien des Vatikans gesandt, wo er dem Abgesandten des orthodoxen Serbien und morgen vielleicht schon dem der Sowjets begegnen wird.“

Inzwischen rüstete das Freimaurertum zum Kampfe. Bérard ist dazu als Führer ausersehen, ³⁾ Marcel Sembat erhält vom

¹⁾ s. K. Kztg. 1920, Nr. 10. S. 77. . .

²⁾ ebenda Nr. 14 S. 105.

³⁾ Meldung des „Secolo“ vom 7. Febr. aus Paris.

Groß-Orient Anweisungen für die Einleitung der Offensive, ¹⁾ wobei man auf die Mitwirkung des Quirinals rechnet (wo allerdings inzwischen auch Br. Sonnino den Platz hatte räumen müssen). Man gibt sich aber keinen Illusionen hin, höchstens ein Hinausschieben glaubt man erreichen zu können, um Zeit zu gewinnen. In einem Rundschreiben werden den „Ehrwürdigen“ unter den Parlamentariern die Gründe von neuem eingeschärft, welche s. Z. für die Unterdrückung der vatikanischen Botschaft bestimmend waren. Man macht auch den italienischen Groß-Orient mobil (der um jene Zeit freilich eben eine furchtbare Niederlage erlitten hatte und dessen zusammengebrochener Einfluß evident war.)

In der neugewählten Kammer hatte der Abg. Soulier, von Beruf protestantischer Pastor, den Feldzug mit Entschiedenheit eingeleitet, indem er ohne weiteres die Wiederherstellung der Botschaft forderte.

Am 12. März 1920 ging der Kammer ein Regierungsantrag zu, für die Wiederherstellung der Botschaft der Republik beim Hl. Stuhl einen Kredit von 236 812.50 Franken in das Budget einzusetzen. Die Laiengesetzgebung werde dadurch nicht in Frage gestellt. Im Vatikan würden Fragen von für Frankreich kapitälem Interesse erörtert, es könne daher dort nicht abwesend bleiben; die Regierung dürfe im Interesse des Landes diesen Stützpunkt nicht vernachlässigen, sie müsse vielmehr nach Hilfsmitteln suchen. Jede Grenzveränderung berühre religiöse Fragen, besonders wo sich Rassen vermischen und Konflikte von Nationalität und Sprache, Ritus und Konfession erwachsen. Die Entscheidung liege in den meisten Fällen bei der römischen Kurie, so bezüglich Syriens, Palästinas, Konstantinopels und des ganzen Orients, Elsaß-Lothringens, der deutschen Kolonie und Marokkos.²⁾

Die ersten Plänkeleien setzen in der Presse ein; im Freimaurerlager ist die Wut ungeheuer und Br. Varenne, unifizierter Sozialist, erklärt, „mit einem anderen Papste als Benedikt XV. die Beziehungen aufzunehmen, wäre ein Fehler gewesen, mit ihm aber sei es ein Verbrechen!“³⁾

¹⁾ „Libre Parole“ gab diese Einblicke, s. „Secolo“ ebendort.

²⁾ Ausführlicher Wortlaut in „K. Kztg.“ 1920, Nr. 14 S. 106.

³⁾ s. „Secolo“ wie oben.

In Rom führte bereits im Namen der Regierung ein Mr. Doucet die Verhandlungen mit dem Vatikan, da dieser an dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, also an der Errichtung einer Nuntiatur in Paris festhielt. Jonnart, der ehemalige Gouverneur von Algier, wurde für die Besetzung der Botschaft in Aussicht genommen, obwohl er sich vorläufig noch sträubte, sich der Parteipolitik entziehen zu lassen.

Bei der ersten Beratung der Finanz-Kommission über die Bewilligung des geforderten Kredites vertrat Millerand selbst seinen Antrag, dessen Annahme keine Wirkung auf die innere Politik haben werde. Die Freimaurer-Opposition, bloßgestellt durch Enthüllungen der „Libre Parole“ über die Finanzierung dieser antivatikanischen Campagne, arbeitete mit dem Argumente, die guten Beziehungen zu Italien würden angesichts dessen feindlichen Verhältnisses zum Hl. Stuhle gefährdet, hatte aber gegen ihren eigenen Parteigenossen De Monzie einen schweren Stand; sie kämpfte eine Schlacht, die sie bereits verloren wußte.

Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans.

Während der Jahre des Weltkrieges waren von den Selig- und Heiligsprechungsprozessen, die unberührt vom Wandel der Pontifikate nach den Bestimmungen Papst Benedikt's XIV. mit ganz unpersönlicher Teilnahme von den geistlichen Beamten der zuständigen Kongregation, jener der Riten, ihrem näheren oder fernerem Abschluß zugeführt werden, soweit gediehen, daß nur noch ihr feierlicher Abschluß fehlte. Die Verlesung der diesbezüglichen Dekrete hatte seinerzeit nur die Aufmerksamkeit jener für einen Augenblick auf sich gezogen, welche sich selbst während des Schlachtenlärmes noch Sinn für das mannigfache Leben der heiligen Kirche bewahrt hatten. Mit der Wiederkehr des Friedens waren die äußeren Behinderungen geschwunden und so brachten uns die Monate April, Mai und Juni jenes Jahres 1920 eine Reihe von Beatifikationen und Kanonisationen, unter ihnen auch jene der seligen Jeanne d'Arc. (Die weiteren waren die des Passionisten Fr. Gabriel von der schmerzhaften Muttergottes (Italiener), der Salesianerin von der Heimsuchung Mariä Margarethe Marie Alacoque (Französin), des Karl Luanga mit 21 Gefährten (Baganda-Neger), der barmherzigen Schwestern, bzw. Ursulinen Magdalene Fontaine, Marie Clotilde vom hl. Franz

Borgias mit Gefährtinnen (Französinnen), des Bischofs Oliver Plunkett (Irländer) und der Maria Taigi (Italienerin).¹⁾

Die Heiligsprechung der Jeanne d'Arc vollzog sich selbstverständlich genauestens nach den allgemein geltenden liturgischen Bestimmungen und die St. Peters-Basilika wies äußerlich keinen anderen Schmuck auf, als jenen, den sie auch für die anderen angelegt hatte (abgesehen natürlich von den Bildern der Seligen bzw. Heiligen). Daß, wo es sich um die Kanonisierung der französischen Nationalheldin handelte, der selbst ein Schiller durch sein Drama gehuldigt, das Franzosentum in Scharen nach Rom strömte, kann nicht Gegenstand der Verwunderung sein. Somit begegnen wir an diesem Tage auch den meisten französischen Kardinälen und Bischöfen in der ewigen Stadt, die Kammer hatte eine starke Vertretung von Abgeordneten entsandt und seitens des Vatikans war die „Intimatio“ an jene geistlichen Persönlichkeiten ergangen, welche die Vorschrift vorsieht. Den von auswärts gekommenen Gästen und Pilgern wurde vom Heiligen Vater ein eigener Empfang gewährt; eine besondere Note erhielt aber diese Feier noch: die französische Regierung hatte ad hoc den Senator Hanotaux zu ihrem außerordentlichen Botschafter ernannt und nach Rom gesandt. Am 15. Mai überreichte er, begleitet von seinem Gefolge, dem Papste das ihn beglaubigende Dokument und erschien am Tage darauf, dem der Heiligsprechung, bereits auf der, der Diplomatie reservierten Tribüne.

Die Heiligsprechung, welche gegen 50 000 Personen nach St. Peter gezogen hatte, bestand in der vom Oberhaupte der Kirche selbst ausgesprochenen Formel der Aufnahme in das Verzeichnis der Heiligen der Kirche und dem sich anschließenden Pontifikalamente mit den besonderen Orationen, während welchen die traditionellen Gaben dargebracht wurden.

¹⁾ Die Seligsprechungsprozesse, welche der Heiligsprechung vorangehen, werden nicht von Rom, vom Hl. Stuhle sondern von den Heimatdiözesen oder Ordensfamilien eingeleitet, denen der oder die Seligzusprechende angehört hat. Erst, wenn diese Voruntersuchung ein befriedigendes Ergebnis erbracht hat, gehen die Akten zur Weiterführung des Prozesses nach Rom. Im Allgemeinen kümmern sich die romanischen Völker viel mehr um die im Rufe der Heiligkeit Verstorbenen, wenden sich in ihren Gebeten an sie und schaffen durch die Erhörungen ihrer Gebete die notwendige Voraussetzung für die Aufnahme eines solchen Prozesses.

Am folgenden Tage, dem 17. Mai, gewährte der Papst den Franzosen im Presbyterium der Basilika einen gemeinsamen Empfang. Der Bischof der Diözese der Heiligen, Msgr. Touchet von Orléans, legte sich diesmal in seiner Ansprache etwas mehr Zurückhaltung auf und seinen Wunsch, es möge wieder voller Friede zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhle werden, wird jeder Katholik aufrichtig billigen müssen. Papst Benedikt XV. machte die Heilige zum Mittelpunkt und Gegenstande seiner Rede und wenn letzterer der Vorwurf gemacht werden möchte, sie bewegte sich an der Grenze des Politischen, so könnte er höchstens aus den unvollständig wiedergegebenen Worten abgeleitet werden. „Alle Franzosen, — so lautet die fragliche Stelle ¹⁾ — welche zu Mir gekommen sind, haben Mir die Ueberzeugung ausgesprochen, daß das Fest der Heiligsprechung der Jeanne d'Arc dazu beigetragen haben würde, den Ruhm und das Glück Frankreichs zu mehren. Wir machen diesen Wunsch zu dem Unserigen, indem Wir ihn an die Nation, wie an jeden einzelnen Franzosen richten. . . O Herr in Deiner Macht, der Du dereinst zu Johanna gesprochen und mit Deiner eigenen Stimme ihr den Weg bezeichnet hast, um das Unheil, von dem ihr Vaterland ergriffen war, zu beenden, sprich heute nicht nur zu den hier erschienenen Franzosen, sondern auch zu all jenen, welche nicht hier sind. Sprich, o Herr, und Dein Wort gebe den Segen, der die Bischöfe stütze, auf daß er ihre Aufgabe erleichtere, die wahre Größe des Vaterlandes zu sichern, und alle Franzosen von der Notwendigkeit überzeuge, der Stimme Gottes zu folgen, damit es nach dem Beispiele der Heldin allen gewährt werde, eines Tages an der Glorie der Heldin teilzunehmen. Vor ihr beugen Wir uns und rufen aus: Heilige Johanna, bitte für uns, heilige Johanna, bitte für dein Vaterland!“

Letztes Ringen um die Botschaft.

Der nächste Akt führt uns wieder in die französische Kammer, in die Finanz-Kommission zurück, dorthin hatten sich die Widerstände des französischen wie ausländischen Logentumes konzentriert ²⁾ und der jüdisch-freimaurerische Vorsitzende Klotz führte sie. Die Tatsache, daß die in Rom versammelten französischen Bischöfe sich gegen den Gedanken ausgesprochen hatten, gegen

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 17/18. Mai 1920.

²⁾ Wir folgen der Darstellung des „Oss. Rom.“ vom 14. Juli 1920.

Zusicherung toleranter Auslegung und Anwendung nachträglich das von Pius X. verworfene Trennungsgesetz doch noch hinzunehmen, wurde von der Opposition zu dem bis in das Jahr 1924 hinein spielenden Versuche herangezogen, beide Fragen miteinander zu verketten. Colrat, der Referent der Vorlage in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, zerstörte jedoch sofort dieses Gewebe durch seine Erklärung, es sei bereits mit dem Hl. Stuhle vereinbart, daß durch die Verhandlungen über die Wiederanknüpfung frühere Gesetze Frankreichs nicht berührt würden. Doch gibt er zu, daß „die neuen Vereinbarungen Modifikationen am Trennungsgesetze gelten“. In den weiteren Kämpfen in der Finanz-Kommission tat sich besonders auch Herriot als scharfer Gegner hervor, ja, die Vorlage wird schließlich mit 20 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Diese bedeutete Rückverweisung an das Plenum, wo nun freilich die Mehrheit eine sichere war. Colrat konnte dort bei nächster Gelegenheit sogar erklären, die Verhandlungen mit dem Vatikan seien bereits abgeschlossen, die Kammer habe nun freie Bahn.

Das päpstliche Pfingstrundsreiben über die Wiederaussöhnung der Menschheit ¹⁾ fand gute Aufnahme und wirkte in günstigem Sinne auf die Stimmung in der Kammer. Charles Loiseau rückte während der Sommerferien der Kammer in der „Revue de Paris“, welche noch im März 1919 jener anonymen Artikelserie Aufnahme gewährt hatte, deren Haltlosigkeit (Beschuldigung des Papstes wegen Parteinahme für die Mittelmächte während des Weltkrieges) P. Le Floch, C. S. Sp. nachgewiesen hatte ²⁾ allen Gegengründen energisch auf den Leib, gleichzeitig für die Errichtung einer Nuntiaturn in Paris eintretend. Und auch die Tatsache, daß inzwischen Deutschland eine Botschaft beim Vatikan errichtet hatte, blieb nicht ohne Wirkung.

Am 22. Juni erzwang Millerand selbst persönlich eine nochmalige Beratung in der Finanz-Kommission, vertrat die Vorlage und zwang in vier Abstimmungen alle Oppositionsanträge nieder; schließlich wurde jene mit 19 gegen 15 Stimmen angenommen und Millerand verpflichtete sich, sie auf die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung im Oktober zu setzen und die Vertrauensfrage

¹⁾ s. S. 103 ff.

²⁾ s. S. 97—98.

damit zu verbinden.¹⁾ In seine und der Regierung Mentalität gewähren uns einige Gründe einen Einblick, welche bei dieser Gelegenheit vom Minister-Präsidenten in die Wagschale geworfen wurden, nämlich die notwendige Einflußnahme auf die Katholiken des linken Rheinufers und Süddeutschlands. (Die Erfolglosigkeit, mit der in der gleichgelagerten irischen Frage England wiederholt durch seine Gesandtschaft beim Vatikan auf den Papst einzuwirken versucht hatte, um ihn dafür zu gewinnen, auf die irischen Katholiken im Sinne der britischen Politik und ihrer Bestrebungen einzuwirken, hätte den Redner schon damals von der Aussichtslosigkeit solcher Versuche überzeugen müssen.)

Kardinal Dubois von Rouen war inzwischen dem von Gott abberufenen Kardinal Amette auf dem erzbischöflichen Stuhle der französischen Hauptstadt gefolgt und Millerand zur Würde des Präsidenten der Republik aufgerückt, beglückwünscht von Papst Benedikt XV., der in dieser Wahl ein Pfand dafür erblickte, daß die große, von seinem Vorgänger begonnene Sendung (des Wiederaufbaues Frankreichs) mit Hingebung und Ausdauer fortgesetzt werde. In diesem Vertrauen flehe er, der Papst, auf den Präsidenten, seine Familie und ganz Frankreich Gottes Segen herab.²⁾

Am 16. November begann endlich in der Kammer die große Entscheidungsschlacht, welche sich an fünf Tagen bis zum 30. jenes Monates fortsetzte. Es ist unglaublich, was hiebei alles an Gründen für und wieder vorgebracht wurde, und es ist unmöglich, hier einen Niederschlag davon in gedrängter Kürze zu geben. Ich kann diesbezüglich nur auf meine ausführliche Wiedergabe der Debatten in der Katholischen Kirchenzeitung³⁾ verweisen. Soviel jedoch kann gesagt werden: religiöse Gründe waren die allerletzten, welche dabei eine Rolle spielten. Immer wieder war es das politische Interesse der Nation, das in endloser Variation und Spiegelung wiederkehrte. Am ersten Tage standen sich Noblesmaire (Referent) und Herriot gegenüber. Den zweiten Waffengang eröffneten Abbé Lemire, welchem Mandel, Clemen-

¹⁾ Ausführliche Darstellung in meinem Artikel „Der Entscheidungskampf der Freimaurerei um die französische Botschaft beim Hl. Stuhle“ in „Allgemeine Rundschau“ 1920 Nr. 43 vom 23. Oktober.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 26. September 1920.

³⁾ Jahrg. 1921 Nr. 2, vom 13. Januar.

ceaus einstiger Kabinettschef folgte, die grenzenlose Wut der freimaurerischen Linken entfachend, als er sich als Freund der Vorlage aussprach. Es kommt zu solchen Stürmen, daß zeitweilig die Sitzung unterbrochen werden muß. Den dritten Tag leitet eine Oppositionsrede des Sozialisten Boncoeur ein, der den Mangel einer religiösen Begründung des Ganges nach Rom hervorhebt; mit ihr allein hätte er (!) sich befreunden können. Er wirft der Regierung vor, daß sie die Vertreibung Kurt Eisners nicht verhindert habe; ein Richelieu würde heute auf Seite der deutschen unabhängigen Sozialisten stehen. Im Rheinland müsse man sich auf die Sozialisten stützen; Ursache des französischen Endsieges sei die deutsche Revolution gewesen. Goyon spricht dann für, Puech gegen und Magaillon wieder für die Vorlage, letzterer indem er den Vatikan der Kriegszeit für Frankreich reklamiert. Guibal eröffnet den vierten Tag, verteidigt die Neutralität des Papstes während des Krieges und erinnert an die häßliche Papstklausel. Varenne als Gegenredner bleibt, von Colrat abgefertigt, auf der Strecke. Zum letzten Gefecht war der Minister-Präsident Leygues selbst von London herbeigeeilt, um das volle Gewicht seines Wortes in die Wagschale zu werfen; folgendes sind seine Gedankengänge:

Zwischen dem Abbruch der Beziehungen und der Präsentation der Vorlage liege der Krieg, aus dem Frankreich als Sieger hervorgegangen sei. Frankreich und Rom bleiben zwei getrennte Mächte und die Verfassung und die Tradition der Kirche bleiben außerhalb der Diskussion. Die Bedeutung der moralischen Macht des Hl. Stuhles habe auch die Schweiz begriffen. Deutschland habe lange Zeit seine Politik auf das 25 Millionen Bürger vertretende Zentrum gestützt. Die Beziehungen zum Vatikan seien auch notwendig im Hinblick auf die Ernennung der Bischöfe. Vor kurzem noch habe auch England seine Vertretung zu einer ständigen gemacht. Seitens Italiens sei eine Trübung der Freundschaft nicht zu befürchten. Es handle sich nicht darum, ob Frankreich beim Vatikan nicht vertreten sei, denn es war immer vertreten; wohl aber, ob Frankreich einen amtlichen Vertreter dort unterhalte oder einen geheimen. Unsere Ideen, unsere Sicherheit und unsere Würde fordern das erstere.

Die Rede war von Erklärungen Briands unterbrochen, dann ging es zur Abstimmung. Ein Zwischenantrag, der die Gegenseitigkeit der diplomatischen Vertretung zu verhindern sucht, wird mit 387 gegen 195 abgelehnt und schließlich die Vorlage selbst mit 397 gegen 209 Stimmen angenommen.

Damit war aber nicht alles gewonnen, das Votum des Senats stand noch aus, auf dessen bevorstehende Ergänzungswahlen die freimaurerische Opposition ihre letzten Hoffnungen setzte, ihre letzten Anstrengungen sammelte. Vergebens, der Zuwachs blieb ihr versagt.

Im März 1921 bricht Briand im Senat eine Lanze für die Vorlage, Weiller sekundiert ihm. Originell ist des ersteren Feststellung, im Vatikan würden manchmal auch andere als politische Fragen erörtert! Trotz allem wird die Weiterberatung bis nach Erledigung des Staatsvoranschlages verschoben. „Tablet“ bemerkte dazu, der größte Teil der Senatoren seien eben alte Pfaffenfresser und wer an diese Diät gewöhnt sei, der glaube, auf seine alten Tage nicht mehr ohne sie auskommen zu können.¹⁾ Am 26. April beschloß man Vertagung „sine die.“ Briand, der inzwischen an Leygues Stelle getreten war, parierte diesen Schachzug, indem er sich für eine außerparlamentarische Lösung entschloß, auf welche schon s. Z. Lemire hingewiesen hatte.

Der 8. Mai 1921, das Nationalfest der hl. Jeanne d'Arc, bot die Gelegenheit, die letzten Hindernisse beiseite zu schieben; es ist der Tag der Befreiung der Stadt Orléans aus den Händen der Engländer und zu dieser kirchlichen wie nationalen Feier hatte Papst Benedikt XV. seinen Kardinal Granito di Belmonte als a. o. Ablegaten nach dieser Stadt, dem Mittelpunkt des Festes, entsandt. Mittags 1 Uhr verkündeten Geschützsalven die historische Befreiungsstunde. Am Abende wird das Banner der Heiligen wie üblich in feierlichem militärischem Zuge zur Kathedrale überführt, wo es die Nacht über verwahrt bleibt. Am nächsten Morgen Pontifikalamt mit allem offiziellem und inoffiziellem Pomp, worauf die Prozession sich von neuem bildet, das Banner zum Rathaus zurückzubringen. Bischof Touchet überreicht es und dort treffen der Vertreter des Papstes und der der Regierung, der Justizminister sich. Ein gegenseitiger herzlicher Händedruck vollzieht endlich die Aussöhnung. Am nächsten Tage macht der Kardinal-Legat Briand in Paris seinen Besuch, Jonnarts Ernennung zum französischen Botschafter beim Vatikan wird vollzogen und gleichzeitig die Genehmigung der Ernennung Msgr. Cereffis zum Nuntius in Paris erteilt.

¹⁾ s. Vol. 138, Nr. 4228 vom 21. Mai 1921.

Was nun noch folgt, sind Formalitäten. Am 17. Mai genehmigt der Ministerrat Briands Handlungsweise und am 28. Mai überreichte Jonnart dem Papste sein Beglaubigungsschreiben. Am Tage seiner Abreise von Paris war Emil Combes, der s. Z. den Bruch vollzogen hatte, zu Pons einsam in Vergessenheit gestorben. Wieder einmal hatte der Nazarener gesiegt.

■

Noch vergingen einige Monate (bis zum 2. August 1921), bis auch der Vertreter des Hl. Stuhles Msgr. Cerretti sein Amt in Frankreichs Hauptstadt antrat. „Ich bin nicht gekommen, äußerte er sich beim Empfange der Pressevertreter ¹⁾ um mich politisch, sondern um mich diplomatisch zu betätigen. Ich vertrete mein Oberhaupt, den Papst, der mich hierher geschickt, vor allem für das Heil der Seelen zu wirken. . . . Meine Gefühle harmonieren in vorzüglicher Weise mit den Instruktionen, mit denen mich mein päpstlicher Souverän ausgestattet hat, denn auch er liebt Frankreich und es liegt ihm viel daran, daß es seinen früheren Rang in der Welt und seine Mission als älteste Tochter der Kirche wieder einnehme. . . . Meine feste Absicht ist, mit den Katholiken zusammenzuarbeiten und mit den Vertretern Ihres Landes, auf daß es blühe. Die Jahre, die ich in den Ländern englischer Zunge, sowie in den großen überseeischen Demokratien verbracht habe, werden mir, wie ich hoffe, helfen, auch die Interessen, Bedürfnisse und Wünsche der großen französischen Demokratie zu verstehen.“

Am 6. August 1921 wurde der Nuntius zu dem Präsidenten der Republik, Millerand, nach dem Schlosse Rambouillet abgeholt; zwei Schwadronen Husaren erwiesen die üblichen militärischen Ehren. Als der Vertreter des Papstes sein Kredenzschreiben überreichte, richtete er an das Oberhaupt der französischen Republik folgende Ansprache:

„Bewogen von besonderem Wohlwollen, von dem S. Heiligkeit stets gegenüber der ruhmreichen französischen Nation beseelt war, hat dieser mit lebhaftester Befriedigung die von Ihnen und Ihrer Regierung ergangene Einladung aufgenommen, überzeugt, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhle und Frankreich große gegenseitige Vorteile mit sich bringen wird. Getreu seiner Sendung, wünscht S. Heiligkeit heute mehr als je, an dem Wohle der Völker mit-

¹⁾ s. „Schles. Volksztg.“ vom 6. August 1921.

zuwirken, indem er seine Bemühungen zur allgemeinen Wiederkehr des Friedens fortsetzt und die Grundsätze einschärft, durch welche die Nationen groß werden und gedeihen, nämlich die Achtung und den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, den Zusammenschluß der Bürger im Namen des gemeinsamen Wohles des Vaterlandes und der Religion. Dies ist ohne Zweifel der Grund, weshalb wir heute um den Stellvertreter Jesu Christi die Vertreter fast aller gesitteten Mächte geschart sehen. Der Ihres großen Volkes durfte nicht fehlen. Indem ich so die Anwesenheit Frankreichs im Vatikan begrüße, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß sich die Hoffnungen, welche das frohe Ereignis weckt, bald erfüllen. . . . Was mich betrifft, so weiß ich wohl, wie heikel meine Aufgabe ist und wie beschränkt meine Kräfte sind; doch mit Gottes Hilfe und der Mitarbeit Ihrer Regierung hoffe ich, nichts zu unterlassen, um der Friedensmission der Kirche ihre volle Auswirkung zu verleihen, wie auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhle und Frankreich immer inniger zu gestalten."

Aus Millerands Erwiderung geben wir folgenden, wesentlichen Abschnitt wieder:

Das Ereignis gewinnt, wie Sie sagten, unter den gegenwärtigen Umständen besondere Bedeutung, die hervorzuheben sich ziemt. Es verleiht seinen wahren Sinn dem Akte, durch den das französische Parlament, die Kirche vom Staate trennend, ein Regime der Unabhängigkeit und Freiheit aufrichtete, welches der gegenwärtigen Regierung gestattet, zu den kirchlichen Behörden Beziehungen der Höflichkeit, Achtung und des Vertrauens aufrecht zu erhalten. Unter dem neuen Regime können die öffentlichen Behörden wie unter dem alten mit dem Hl. Stuhle zusammenarbeiten, wo immer die Interessen Frankreichs mit denen der katholischen Kirche zusammentreffen, und es freut mich, zu vernehmen, daß der Papst sich glückliche Ergebnisse erwartet, welche die Ankunft Eurer Exzellenz nunmehr zwischen der moralischen, allgemein geachteten Macht, welche der Hl. Stuhl ist und dem Volke wiederherstellt, das stets alles dem höchsten Ideale der Gerechtigkeit unter den Menschen, dem Friede unter den Völkern geopfert hat. Unser Land weist — wir haben ein Recht darauf, dies zu betonen — besondere Titel auf das Vertrauen des Hl. Stuhles auf und die Vorrechte, welche die Päpste ihm zuerkannt haben, sind die gerechte Anerkennung der von Frankreich den allgemeinen Interessen des Christentums erwiesenen Dienste. . . . Während des großen Krieges haben die Priester, die Ordensleute, die katholischen Schwestern mit den Dienern anderer Kulte, mit allen Franzosen, an Selbstverleugnung, Mut und Vaterlandsliebe gewetteifert; der Brudergeist der Schützengräben hat die Feindschaft über-

lebt und wird nicht mehr verschwinden. . . . Was Sie, Herr Nuntius, betrifft, so sind die glänzende Laufbahn, die Sie durch die jungen und wagemutigen Demokratien der neuen Welt führte, und die Eigenschaften, wovon Sie Proben gaben, Gewähr für den Geist, mit dem Sie in Uebereinstimmung mit dem Gedanken des Papstes darangehen werden, die Ihnen anvertraute Mission durchzuführen. . .”¹⁾

Deutschland bis zum Tode Papst Benedikts XV.

Durch die Errichtung der Nuntiatur bei der Reichsregierung in Berlin besaß nun der Heilige Stuhl das Instrument, um an Ort und Stelle, umgeben aufs unmittelbarste von jenen kirchenpolitischen Problemen, die einer Neuregelung bedurften, die Verhandlungen aufzunehmen, denn auch die höchste Leitung der katholischen Kirche hatte Wünsche zu vertreten, dafür hatte die Hohenzollernpolitik seit ein paar Jahrhunderten nur allzu reichlich gesorgt; manche von ihnen wurden bereits in Weimar erfüllt, ohne daß es einer Intervention Roms bedurft hätte. Und die neue Reichsverfassung war es auch, welche so neuartige kirchliche Verhältnisse geschaffen hatte, daß sie bezüglich der katholischen Kirche zu neuen Abmachungen zwangen. Vorerst jedoch kehrte der Nuntius nach München zurück, um durch Verhandlungen mit der bayerischen Regierung ein neues bayerisches Konkordat gemäß den neuen Reichsverfassungsbestimmungen herzustellen. Erfahrungen in Konkordatsverhandlungen hatte er ja bereits im Jahre 1914 in Rom gesammelt, denn das Konkordat mit Serbien war die Frucht seiner Arbeit.

Dem Konkordat mit Bayern soll nach den Worten des Nuntius²⁾ ein Reichskonkordat für das übrige Deutschland oder ein besonderes Konkordat für Preußen folgen, wobei zugleich über ein Reichskonkordat verhandelt würde, denn, erklärte der Vertreter des Papstes, „es wäre zu schwierig, besondere Abkommen

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes reduziert durch willkürliche, in keiner Weise kenntlich gemachte Streichungen im Texte diesen um mehr als die Hälfte und stellt damit einen Wortlaut der beiden Ansprachen zusammen, welcher einer Fälschung des Sinnes insbesondere der Worte des Nuntius gleichkommt.

²⁾ s. Unterredung des Sonderberichterstatters des „Temps“ in München mit Msgr. Pacelli, wiedergegeben in „Augsb. Postztg.“ vom 5. Dezember 1920.

mit jedem einzelnen Gliedstaate zu treffen. Was die Rheingebiete anlange, so komme für diese kein besonderes Konkordat in Frage, schon weil es einen „Rheinstaat“ nicht gebe: die in Betracht kommenden Gebiete am Rhein würden aber selbstverständlich in die erwähnten Konkordate gemäß ihrer Zugehörigkeit zu den beteiligten Ländern eingeschlossen werden.“ Diese Äußerung des Nuntius zeigt, was von der jeder Begründung entbehrenden Beschuldigung zu halten ist, Rom habe irgendwie Bestrebungen einer Rhein-Donau-Monarchie begünstigt. Es hat in einer Zeit, da alle Bande sich lösen zu wollen schienen, jede Mitwirkung zur Zerreißung des deutschen Volkes von sich gewiesen, aus seinem Glauben an Deutschlands Zukunft und Größe kein Hehl gemacht. Den Riß freilich, der seit dem 16. Jahrhundert das deutsche Volk spaltet, konnte es nicht heilen, soviel es auch aufgeboten hatte, ihn zu verhindern. Es ist nur eine objektive Feststellung einer geschichtlichen Tatsache, wenn wir, rückblickend auf die Zeit, da das deutsche Volk in seinem tiefsten Wesen, seinem Geiste, eine Einheit bildete, sagen: es war die sogenannte Reformation, welche das deutsche Volk zerrissen hat und seitdem die Wiederherstellung der deutschen Einheit, Größe und Unabhängigkeit behindert.

Rom in Berlin! Welche Aufregung hätte dieser Gedanke noch vor dem Weltkriege hervorgerufen! Jetzt aber war wenig davon zu bemerken, denn inzwischen hatte sich eben doch eine sachlichere Beurteilung von Kirche und Papsttum in der Bevölkerung des deutschen Nordens durchgesetzt; der Kriegssturm hat viel des künstlich erzeugten Nebels fortgeblasen, ¹⁾ ja, weiteste Kreise gerade Brandenburgs waren unter dem an religiösen Werten baren und unfruchtbaren Anti-Katholikentume so sehr der religiösen

¹⁾ Aus dem Chore gegnerischer Stimmen sei die eines W. Dreising im Berliner „Reichsbote“ Nr. 267 vom 18. Juni 1920 als einzige Probe dieser Rückstände dargeboten: „Inmitten aller über uns hereingebrochenen Schicksalsschläge ist es wohl den wenigsten klar geworden, daß am 15. Mai einer uns getroffen hat, den wir zu den schlimmsten rechnen müssen, nämlich die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin. (Geschrieben unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Friedens! D. V.) „Wer Rom kennt, der weiß, was das für die deutsche Freiheit, deutsches Recht und nicht zum wenigsten für die deutsche Wissenschaft zu bedeuten hat. . . Wir haben uns der größten christlichen Kulturtat, deren uns der Allmächtige gewürdigt hat, unwürdig erwiesen — der Reformation, und unseres gottgesandten Propheten Luther. . .“

wie konfessionellen Gleichgültigkeit anheimgefallen, daß die Evangelische Landeskirche dieser Provinz allein um jene Zeit einen Jahresverlust von achtzigtausend zur Konfessionslosigkeit abgefallener Seelen zu buchen hatte.

Uebrigens war es mitten im Kriege die deutsche Reichsregierung selbst, welche „den Wunsch nach einer selbständigen diplomatischen Vertretung des Heiligen Stuhles und zwar in der dauernden Form einer Nuntiatur in Berlin äußerte. . . Im weiteren Verlaufe der (anfangs 1917) geführten Verhandlungen ergab sich dann, daß der Heilige Stuhl sehr geneigt war, eine Nuntiatur in Berlin zu errichten.“¹⁾

Nachdem nun durch den Friedensschluß die zwischenstaatlichen Schranken wieder zu fallen begonnen hatten und Deutschen der Zutritt in Italien wieder gestattet wurde, drängte es die deutschen Katholiken nach Rom zum Heiligen Vater. Der erste deutsche Pilgerzug seit dem Tage, da der Weltkrieg ausgebrochen war, stand am 31. Oktober 1920 vor Papst Benedikt XV. Der Kölner Erzbischof Dr. Schulte führte im Namen der katholischen Kirche Deutschlands das Wort: der Glücklichen, die an dieser Wallfahrt teilnehmen konnten, seien wenige, so traurig sei des Vaterlandes Lage; es wären deren Tausende, Millionen, wenn die Not nicht wäre.

„ . . . Zu keiner Zeit wandten sich alle Blicke in Deutschland mehr als in den letzten Jahren wiederholt mit größtem Vertrauen nach Rom, zum Vatikan. Und es gab keine Zeit, wo die geschichtliche Größe des Papsttums und die göttliche Einrichtung der Kirche mehr in neuem, wunderbarem Lichte erglänzte nicht nur für uns, sondern auch für jene, die noch fernstehen, außerhalb der Kirche, als gerade in den letzten Jahren. Monarchien und Militärgewalten sind verschwunden — aber die Kirche hat, wenngleich ihr auch keine menschlichen Mittel zu Gebote standen, in ihrer göttlichen Hierarchie siegreich alle Umwälzungen von neunzehn Jahrhunderten überlebt. Und sie wird sie bewahren. Gott der Herr bürgt für ihren grundlegenden monarchischen Charakter zu allen Zeiten. Im Primat des hl. Petrus hat der Erlöser allen Söhnen der Kirche den unbeweglichen und sicheren Felsen des Glaubens gegeben, den Mittelpunkt der religiösen Einheit, den Wächter jeglicher sittlichen und moralischen Ordnung, das Apostolat des Friedens und der Liebe. . . ”

¹⁾ s. Erzberger, M. Erlebnisse im Weltkriege, S. 49.

Der Erzbischof gedachte der Pflicht der Dankbarkeit gegen Gott und den Wohltäter Deutschlands, den Papst, auf dessen Pontifikat er das Wort anwandte: *Petransit benefaciendo*.

Und dann erhob sich der Papst des Weltkrieges, er, den noch heute Unwissenheit und Undankbarkeit als Feind der Deutschen und ihres Landes schmähen, Benedikt XV.: ¹⁾

Geliebteste Söhne!

...., 'Lasset uns zum Hause Gottes gehen!' ... O, mit welchem Recht habt ihr, meine geliebtesten Söhne, als ihr den deutschen Boden verlassen habt, immer und immer wiederholt das Wort, das der Psalmist einem Sohne Israels in den Mund gelegt hat: Ich freue mich, da man zu mir sagt 'Lasset uns zum Hause Gottes gehen!' Aber habt ihr nicht auch daran gedacht, daß ihr außer dem Gezelte des Herrn in Rom finden müsset das Haus des Vaters? 'Unsere Füße werden betreten die Vorhöfe des väterlichen Hauses', so müßtet ihr mit dem Psalmisten hinzusetzen. Denn während im alten Jerusalem Richterstühle aufgestellt waren (*Illic sederunt sedes in iudicio*'), wußtet Ihr, daß ihr in Rom den Thron des Vaters finden würdet.

.... Eure Ankunft in Rom hat zwar auch eurer Seele Freude bereitet, aber überdies auch Freude ausgelöst in Unserem Herzen. Es sind nicht nur die Kinder, die von Freude erfüllt wurden, auch der Vater hat bei der Kunde, daß seine Söhne aus Deutschland ihn besuchen wollten, ausgerufen: 'Ich habe mich gefreut über das, was man zu mir gesagt hat.' Und wahrhaftig, wie lebhaft und groß ist die Freude, die Wir empfinden jetzt, wo Wir die ersten Pilger aus Deutschland, die da gekommen sind nach der schrecklichen Geißel des Weltkrieges, empfangen! Daß Wir so lange Zeit eine gleiche Freude entbehren mußten, das macht sie jetzt umso größer und der Gedanke, daß eine kleine Schar hier eine große Menge vertritt, gibt Uns die Ueberzeugung, daß Wir, meine geliebtesten Söhne, indem Wir euch begrüßen, allen Katholiken Deutschlands Unseren Gruß entbieten. Wenn Wir deshalb zu euch reden, haben Wir bei Unseren Worten eine viel zahlreichere Schar im Auge.

... Ein Werk der Liebe ist die Sorge des Vaters, der sich bemüht, das Leid abzuhalten vom Hause seiner Söhne, oder darauf bedacht ist, dessen Folgen weniger bitter zu gestalten. Daß nun diese Sorge die Norm Unseres Handelns während der ganzen unsäglich traurigen Zeit des letzten Krieges

¹⁾ Ausführliches im „Oss. Rom.“ vom 1. November 1920, deutsch in „K. Kztg.“ 1920, Nr. 46.

gewesen ist, das hätten Wir nicht von neuem in Erinnerung gebracht, wenn Uns dazu nicht zwei besondere Gründe bewogen hätten."

Als ersten Grund nannte der Heilige Vater den Dank an den ehemaligen Bischof von Paderborn, jetzt Erzbischof Schulte, für das kirchliche Kriegshilfswerk; dann fuhr er fort:

„Der zweite Grund, warum Wir auch Unsererseits auf jenes Unser Wirken in der langen Zeit des Krieges eingehen zu müssen glaubten, wird Uns durch die Pflicht nahegelegt, Unsere Arbeit nicht eigenem Verdienste zuzuschreiben, sondern dem hervorragenden Amte, das Uns von Unserem Herrn Jesus Christus übertragen wurde, indem er Uns an die Spitze der von Ihm gegründeten Kirche gestellt hat. Dieser zweite Grund veranlaßt Uns auch zu der Erklärung, daß Wir immer fortfahren werden, Uns zu der gleichen, liebevollen Fürsorge für da: Wohl aller Unserer Söhne, die für Uns in der Vergangenheit die Triebfeder war, zu ermuntern.

Wir wollen nicht neuerdings erwähnen, was Wir gelegentlich schon ausgesprochen haben, daß nämlich Unser Vaterherz nicht eher zufriedengestellt sein wird, als bis nicht auf den Waffenfrieden die allgemeine Versöhnung der Herzen gefolgt ist....

Ihr, meine Geliebtesten, seid die Ersten gewesen, die sich auf den Weg nach Rom machten, nachdem die kriegerischen Feindseligkeiten ein Ende gefunden haben, jene Feindseligkeiten, die Unsere Lage so gefährlich gestalteten, da Wir ja wußten, daß Wir in jedem der beiden Kriegslager Söhne haben. Aber ihr seid nicht nur der Zeit nach die ersten, die zu Uns kamen, sondern Ihr geht auch allen voran zur Wiederherstellung herzlicher Beziehungen wenigstens zwischen allen Söhnen der katholischen Kirche. Wir beschränken Uns darauf, Euch zu erinnern, daß der Apostolische Stuhl diesen von euch gewünschten Frieden ohne die Eintracht aller seiner Söhne in dem Bekenntnis der einen gleichen Lehre und in der Uebung der einen gleichen Liebe nicht besitzen kann....

Nachdem Wir Unseren Söhnen in Deutschland gesagt haben, sie sollten sich das Gebet der alten Söhne Jsraels ganz zu eigen machen (‚Wünschet Jerusalem — d. h. der Kirche — Frieden!‘) drängt es Uns auch, jener Nation, von der Wir eine auserlesene Vertretung vor Uns versammelt sehen, Unsere Wünsche entgegenzubringen. Dies ist umso gerechtfertigter, je mehr Grund Wir haben, wiederum im Anschluß an die Worte des Psalmisten zu sagen, daß Wir den deutschen Katholiken deshalb Segenswünsche entbieten, weil sie vereint sind mit Uns durch den gemeinsamen Glauben, durch die Bande der

Liebe Christi. — Propter Fratres meos et proximos meos loquebar pacem de te. — Um meiner Brüder und meiner Freunde willen wünsche ich Dir den Frieden! . . .

Wir Unsererseits richten auch dies Wort an Deutschland: Es sei Friede in deiner Menge! Aber ohne Uns zu entfernen von der biblischen Sprache wollen Wir mit diesen Worten nicht nur wünschen, daß von deutschem Boden für immer fern bleiben die Schrecken eines neuen Krieges, sondern Wir wünschen auch, daß dort blühe gute Sitte, häuslicher Friede, Fortschritt in Industrie und Handel, Kunst und Wissenschaft, mit einem Worte: alle jene Güter, die wahre Früchte des Friedens sind.

O, Unsere Sehnsucht nach Eurem Glück ist so mächtig, meine geliebtesten Söhne, daß es Verwegenheit wäre, ihre Erfüllung einzig von natürlichen Kräften zu erwarten. Und deshalb erwarten Wir sie in erster Linie von Gottes Segen, den Wir hiezu herabrufen auf alle deutschen Katholiken. Möge es dem Herrn gefallen, mit dem Uebermaße seiner Gnaden und Segnungen den ausgezeichneten Episkopat Deutschlands zu stärken, an den Wir in der Person seines würdigen Vertreters, des hier gegenwärtigen Erzbischofs von Köln, Unsere innigsten Grüße richten. Gott segne den ganzen Klerus und das ganze katholische Volk Deutschlands und dieser Segen Gottes schare Klerus und Volk immer inniger um die Bischöfe und durch diese um den Heiligen Stuhl. In besonderer Weise segne der Herr die Pilger, die gekommen sind, an diesem denkwürdigen Tage sich um Uns zu sammeln. Am himmlischen Segen mögen auch teilnehmen ihre Familien und alle die Vereinigungen, denen die Einzelnen angehören. Und warum sollen Wir denn nicht Unsere Segenswünsche ausdehnen, auch auf jene Deutschen, die noch nicht zurückgekehrt in die Mutterarme der katholischen Kirche? O, das ganze Land des heiligen Bonifatius sei gesegnet zum Andenken an die Freude, die Uns der erste Pilgerzug einiger seiner Söhne bereitet hat.¹⁾

Seit dem Tode der Kardinäle von Hartmann und Bettinger war das katholische Deutschland nur noch durch den Breslauer

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Eväng. Bundes, welche zwar die Ansprache desselben Papstes vom 6. April 1919 an die Franzosen (s. das Kapitel „Franzose dem Herzen nach“ S. 175) mit größtem Nachdrucke verwertet, erwähnt diese erste Ansprache Papst Benedikts XV. an die Deutschen mit keiner Silbe und ebensowenig die Worte höchsten Lobes für diese im „C. ss. Rom.“ vom 8. Oktober 1920, deutsch in „K. Kztg.“ 1920, Nr. 48, S. 382.

Oberhirten, Kardinal Bertram im Heiligen Kollegium vertreten. Es möchte merkwürdig erscheinen, daß man sich über eine angeblich ungenügende Vertretung des deutschen Elementes an der römischen Kurie und beim Papste in nichtkatholischen Kreisen Deutschlands immer wieder besonders aufregt, während unter den deutschen Katholiken selbst keine derartige Beunruhigung wahrzunehmen ist; die Erklärung ist eine ganz natürliche, denn während der Protestant als außenstehender gegenüber Papst und Kurie für sein Verhältnis nur seine Nationalität und sein historisches Protestiertum als Norm besitzt, fühlt sich der Katholik innerhalb der Kirche als das gleichberechtigte Glied einer großen Familie mit einem Vater, dem Heiligen Vater an der Spitze. Während man aber gerade den Franzosen zum Vorwurf macht, daß sie innerhalb der Kirche ihr Franzosentum allzu vordringlich betonen und auszuwerten suchen, ¹⁾ beklagt man, daß die Deutschen das nicht tun, bezeichnet dies als „Kurzsichtigkeit,“ ²⁾ fordert von ihnen, sie müßten im Hinblick auf „die deutschen Interessen“ um der „allgemeinen staatlichen Notwendigkeit“ willen einen „größeren Platz an der vatikanischen Sonne“ fordern, ³⁾ also gleichfalls in den Fehler der Franzosen fallen. Und während die gleichen Leute, die dazu nicht die mindeste Berechtigung besitzen, in diesen Dingen mitzusprechen, den Ruf nach mehr deutschen Kardinälen erheben, findet ein Hofprediger Dr. Döhring als Sprecher derselben Vereinigung, ⁴⁾ daß „einem Deutschen der Kardinalshut schlecht anstehe.“ Und indem genau dieselben Leute vom „Evangelischen Bund“ in ihrer im Jahre 1924 herausgegebenen Schrift „Deutschland und der Vatikan“ den Satz hinstellten: „Eine Verschärfung der inneren Gegensätze durch konfessionelle Verhetzung belastet und zermürbt das deutsche Volk noch mehr und erleichtert dem Feinde die Spekulation auf deutsche Uneinigkeit. Hier gilt es beizeiten vorzubeugen,“ verschärfte im gleichen Jahre 1924 der „Evangelische Bund“ die inneren Gegensätze durch konfessionelle Verhetzung und zermürbte das deutsche Volk noch mehr, und erleichterte dem

¹⁾ vgl. den Abschnitt „Der Stützpunkt der kurialen Politik“ in der Schrift „Deutschland und der Vatikan“ Seite 14—25.

²⁾ ebenda S. 28.

³⁾ ebenda S. 87.

⁴⁾ s. die entsprechenden Reden auf der Generalversammlung des „Evang. Bundes“ vom 29. August — 2. September 1924.

Feinde die Spekulation auf deutsche Uneinigkeit.¹⁾ Und indem er den Satz aufstellt: „Die Arbeit der geistlichen und weltlichen Vertreter Deutschlands in Rom muß wirksam unterstützt werden von der Heimat,²⁾“ unternimmt er gegen dieses selbe Rom, gegen den Papst und die römische Kurie einen Verleumdungsfeldzug großen Stils. Daß dieses Vorgehen nicht geeignet ist, die Achtung vor dem Deutschtum an sich im Vatikan zu vertiefen und das Entgegenkommen zu erleichtern, bedarf keines Beweises.

Im Konsistorium vom 7. März 1921 verlieh Papst Benedikt XV. dem Erzbischofe von München-Freising, Dr. Michael von Faulhaber, und dem Erzbischofe von Köln, Dr. Karl Joseph Schulte, den Purpur und erhöhte damit die Zahl der deutschen Kardinäle wieder auf drei. Ob damit der Bedeutung unseres Volkes Genüge geschehen ist oder ob zu diesem Zwecke noch der eine oder andere rote Hut in die Wagschale geworfen werden müßte, darüber haben wir deutsche Katholiken uns niemals Gedanken gemacht, denn innerhalb der Kirche tritt glücklicherweise der nationale Gesichtspunkt soweit zurück, wie es die ewigen und übernatürlichen Interessen, welche ja voranstellen, bestimmen. Aber anderen ängstlichen Gemütern zum Troste sei gesagt, daß mir der letzte preußische Gesandte beim Heiligen Stuhle Herr von Mühlberg von seinem protestantisch-deutschen Standpunkte aus einmal selbst versichert hat: „Drei Kardinäle sind für uns gerade genug; mehr wünschen und brauchen wir gar nicht.“

Am Konsistorium nahm auch Kardinal Bourne von Westminster teil. Er war eigens von London gekommen, weil zwei Deutsche den Purpur erhielten, und er erklärte, um laut gewordene Zweifel an seiner Gesinnung zu beseitigen, wollte er an jenem Tage gegenwärtig sein, um den Deutschen gegenüber seinen Brudersinn zum Ausdruck zu bringen.³⁾

Kardinal von Faulhaber war es, der im Namen jener, die mit ihm in den Hohen Rat der Kirche berufen wurden, also zweier Deutscher, zweier Spanier, eines Italieners und eines Amerikaners, bei der Birettaufsetzung das Wort des Dankes führte, des Dankes gegen den Papst für die Berufung, und gegen Kardinal Dougherty

¹⁾ desgleichen.

²⁾ s. „Deutschland und der Vatikan“ S. 88.

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 15, S. 115.

für die dem notleidenden Deutschland von den amerikanischen Katholiken geleistete Bruderliebe (Philadelphia).

Was ist das Kardinals-Kollegium geschichtlich besehen? Es ist der aus den Vorstehern, den Presbytern der römischen Pfarrgemeinden, also den im ureigentlichen Sinne römischen Priestern bestehende bischöfliche Rat des Bischofs von Rom, und der Bischof von Rom ist nach dem Willen der göttlichen Vorsehung der Nachfolger jenes Mannes der als erster Bischof der römischen Christengemeinde starb, Simon Bar Jona, vom Erlöser selbst Petrus benamt und belehnt mit den Schlüsseln des Himmelreiches. Papst Benedikt XV. erwähnte daher nur eine dem Katholiken bekannte und geläufige Tatsache, wenn er bei der Birettaufsetzung sagte: „Wie die Kanoniker der Kathedralkirchen ihren Bischöfen beistehen, so stehen die Kardinäle dem Bischof von Rom bei, und gerade weil sie dem Bischof von Rom beistehen, werden sie gewissermaßen ‚Priester der römischen Kirche‘ genannt. Wollte ich nun die Worte des Papstes anführen, mit denen er die besonderen Verdienste der neuen Kardinäle, also auch der beiden deutschen im Einzelnen hervorhob, so wäre es wohl nötig, um einer einseitigen Deutung der Worte zu begegnen, auch das zu sagen, was nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern auch bei so manchem anderen vorhergehenden Konsistorium des Schmeichelhaften für Kardinäle anderer Nationen gesagt wurde. Dies möge man nachlesen, wo es s. Z. veröffentlicht worden ist; ¹⁾ nur jene Worte von allgemeiner Bedeutung seien hier festgehalten, welche den Standpunkt des Papstes gegenüber dem nationalen Argumente ausdrücken:

„Jeder versteht, daß Wir hauptsächlich in Unserer Sorge für die römische Kirche bewogen worden sind, aber es mißfällt Uns nicht, wenn Unsere Handlung andererseits aufgefaßt wird als ein Zeugnis des Wohlwollens für jene Länder, denen die neuen Purpurfürsten angehören. Und nicht ohne Grund haben Wir in ihnen ebenfalls neue Priester der römischen Kirche begrüßt, weil dieser ihr hauptsächlichster Charakter ausschließt, daß, da es sich um Glieder des Hl. Kollegiums handelt, man absichtlich auf die verschiedenen Nationalitäten der einzelnen Gewicht legt, als ob sich Gruppen augenblicklicher Mehrheiten oder Minderheiten bilden könnten.“ ²⁾

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 10. März 1921, Nr. 58.

²⁾ eberda.

In jenen Tagen hatte sich der Gegensatz zwischen den Verbandsmächten und dem Deutschen Reiche in unerhörter Weise verschärft und für den 1. Mai stand die Verhängung von „Sanktionen,“ d. h. die erneute Gewaltanwendung gegen das wehrlose Land unmittelbar bevor. Der Schlüssel zur Lösung der höchstgespannten Lage war Washington, mit dem Deutschland sich noch immer in formalem Kriegszustande befand. Aus dem Bestreben heraus, den Wiederausbruch des Konfliktes hintanzuhalten und dem hilflosen Lande beizuspringen, hatte sich der Vatikan erboten, die Berliner Vorschläge nach Washington zu übermitteln und dort die Wege zur Verständigung möglichst zu ebnen. Ueber den weiteren Verlauf berichtete der deutsche Außenminister Dr. Simons in der Reichstags-Sitzung vom 26. April 1921: „Wie Sie wissen, ist diese außerordentlich dankenswerte, gar nicht genug anzuerkennende, vermittelnde Tätigkeit dieser Macht schließlich dadurch gestört und unfruchtbar gemacht worden, daß hier in Deutschland Indiskretionen begangen wurden. Es waren zwei Artikel der ‚Germania,‘ Artikel anderer Organe folgten nach. Ich weiß aus authentischem Munde, daß diese Artikel es gewesen sind, die an dieser Stelle Verstimmung erregten. . . Ich werde nunmehr diese Sache weiter verfolgen lassen, um festzustellen, daß wir in Deutschland keine Politik mehr treiben können, ohne daß jemand da ist, der uns Knüppel zwischen die Räder wirft.“

Es bedarf wohl keiner Begründung dafür, daß in der Diplomatie die Voraussetzung eines Erfolges die Wahrung der Vertraulichkeit, des diplomatischen Geheimnisses ist. Im vorliegenden Falle wußte wohl jeder Verständige, daß Frankreich auf Verhängung der Sanktionen brannte und jeden Versuch einer fremden Macht, Deutschland zu helfen, um es davor zu bewahren, sofort durchkreuzt haben würde. Und prompt setzte auch in der Tat sofort die Wirkung des begangenen Vertrauensbruches ein, indem französischerseits dem Vatikan durch den „Temps“ ¹⁾ bedeutet wurde, ein Vermittlungsversuch von seiner Seite würde als „unfreundlicher Akt“ angesehen. Bedenkt man, daß Rom in jenem Augenblicke davor stand, die Früchte dreijähriger geduldiger Arbeit, gegenüber Frankreich sich durch Wiederherstellung

¹⁾ vom 18. April 1921.

der diplomatischen Beziehungen vorerst einmal ein Interventionsorgan zu schaffen, zu ernten, daß der Heilige Stuhl in Washington überhaupt kein diplomatisches Organ besaß und dort durch Mittelspersonen erst die Verbindung aufgenommen werden hätte müssen, während Frankreich durch einen Botschafter vertreten ist und die öffentliche Meinung des ganzen Landes damals immer noch unter den Nachwirkungen der Kriegspropaganda stark deutschfeindlich eingestellt war, so wäre es rein Torheit gewesen, einen bereits aussichtslos gewordenen Schritt dennoch zu tun, von dem der Vermittler selbst noch schweren Schaden gehabt hätte.¹⁾ Der Vertrauensbruch wurde im Auswärtigen Amte begangen; daß man ein katholisches Organ, die „Germania“ benützte, welche in nicht vollem politischen Verständnis den verhängnisvollen Artikel aufnahm, regt zu manchem weiteren Gedanken an, der hier unausgesprochen bleibe. Das, worum es sich uns hier handelt, ist die Tatsache, daß der gute Wille der römischen Kurie, dem bedrängten Deutschen Reiche zu helfen, wieder einmal von außen her zum scheitern gebracht worden ist.

Im monarchischen Deutschland war mit ganz geringer Ausnahme die natürliche Entwicklung der Kirche nahezu vollkommen unterbunden gewesen; mit allen Mitteln, über die der Staat verfügte, wurde sie in einem Zustande der Verkrüppelung und Verkümmern gehalten. Bevölkerungszunahme, Seelsorgeprobleme, wie sie die Bevölkerungsbewegung, der Drang zur Stadt und die fortschreitende Mechanisierung Hunderttausender in die Fangarme der Industrie geratener Menschen zeitigte, vermochten nicht, die Widerstände zu brechen, welche sich einem naturgemäßen Wachstum des kirchlichen Organismus entgegenstimmten. Wenn irgendwo in unzivilisierten Heidenländern, in Afrika, auf den Salomonen oder in Alaska unter Eskimos und Indianern die Kirche einige Jahre Fuß gefaßt hat, wird die kirchliche Organisation auf die Stufe eines Apostolischen Vikariates erhoben; ist sie dann bodenständig geworden, bringt sie ihren Bedarf an Priestern und Seelsorgern aus der einheimischen Bevölkerung selbst hervor, dann wird sie mündig gesprochen und tritt den

¹⁾ Der Erklärung des damaligen Reichskanzlers Fehrenbach in der „Freiburger Tagespost“ zufolge war der wesentliche Inhalt der deutschen Antwortnote an den Vatikan in der Morgenausgabe der „Germania“ vom 14. April enthalten; es fehlte nur noch die Angabe der Summe und die Bezeichnung der neutralen Macht. Die übrige Presse erging sich in mehr oder minder bestimmten Indiskretionen.

Kirchen der anderen Länder mit oft mehr als tausendjähriger Kultur gleichberechtigt an die Seite. Dank dem Widerstande des Staates befand sich ein großer Teil Nord- und Mitteldeutschlands noch im kirchlichen Zustande des Apostolischen Vikariates (Anhalt, Sachsen und Norddeutsche Missionen), z. T. nicht einmal noch selbständig, sondern einer anderen Diözese angegliedert, während die Lausitz und Schleswig-Holstein gar noch im Urzustande einer Apostolischen Präfektur steckten. Dabei handelt es sich um Gebiete, welche von einigen hunderttausend Katholiken bewohnt sind. Mit dem ganzen Gewichte ihrer im Staate verkörperten Macht bestanden die Nachkommen der Reformation immer noch darauf, das kirchliche Trümmerfeld, welches diese und die Säkularisation geschaffen hatten, als solches zu erhalten. Die Revolution, an der die Katholiken keinen Anteil hatten, und die Weimarer Verfassung haben diese Macht gebrochen, die Fesseln zerrissen, die Gefängnismauern der Kirche Deutschlands niedergeworfen und so konnte allmählich der Aufbau wieder beginnen, wenngleich es für die große Aufgabe noch an den nötigen Kräften mangelte.

Der Anfang wurde in Sachsen gemacht, dessen Bistum Meissen am 24. Juni 1921 seine feierliche Wiederherstellung sah. An jenem Tage waren es genau 700 Jahre, seit das Domstift Bautzen, ein katholischer Ueberrest aus der Sturmzeit der Reformation, gegründet worden ist. Der Apostolische Nuntius, Msgr. Pacelli, des Papstes Vertreter in Deutschland, erschien und verlas die päpstliche Bulle *Sollicitudo omnium ecclesiarum*, durch welche das im Jahre 967 gegründete Bistum wiederhergestellt wurde, nachdem es 1581 durch den Abfall des Bischofs Johannes von Haugwitz, der nicht einmal die Priesterweihe besessen hatte, eingegangen war. Das Dekret betont nachdrücklichst, daß die Wiedererrichtung dem dringenden Wunsche des Apostolischen Vikars Dr. Löbmann und den wiederholten Bitten von Klerus und Volk entspreche. Mit Ruhe und Gleichmut nahm das nahezu ganz protestantische und überwiegend sozialistische Land die Tatsache hin und betrachtete sie als das, was sie war, als eine innerkirchliche Angelegenheit der Katholiken.¹⁾

¹⁾ Der „Reichsbote“ schrieb dazu in seiner Nr. 297 vom 29. Juni 1921: „Die päpstliche Macht befindet sich auf dem Marsche, ein neuer politischer Siegeszug beginnt! . . . Kein getreuer Eckart, kein Bismarck schaut heute wachsamen Blickes über die Alpen und

Es sollte die letzte Tat obersthirtlicher Fürsorge Papst Benedikts XV. für das katholische Deutschland gewesen sein. Im folgenden Dezember wehrte er noch der von Frankreichs Botschafter Jonnart gestellten Zumutung einer kirchlichen Losreißung des Saargebietes von Deutschland, mochte man darüber in Paris auch noch so unwillig sein. Und als am 22. Januar 1922 sein Erdenwerk beendet war, konnte er beruhigt der Nachwelt das Urteil darüber anheimstellen und jeder Deutsche, der auf Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Sachlichkeit hält, wird beipflichten müssen:

Papst Benedikt XV. war wirklich Deutschlands Freund.

Holland

Holland besaß bis zum Jahre 1870 eine Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle. Ihre Aufhebung erfolgte unter der ausdrücklichen Feststellung, daß lediglich die bedauerlichen finanziellen Verhältnisse des Landes zu dieser Einschränkung zwangen. Daher ließ Rom auch die Internuntiaturs im Haag weiterbestehen, bis die Haager Friedenskonferenz störend in das Verhältnis eingriff. Obwohl der Anregung des Zaren beitrete, sah der Heilige Stuhl dennoch seinen diplomatischen Vertreter (auf Antrag Italiens) von dieser Konferenz ausgeschlossen. Da man im Vatikan wußte, daß dafür Holland am allerwenigsten verantwortlich gemacht werden konnte, wurden die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen, doch erachtete man es für angemessen, daß während der Tagung der Konferenz der Nuntius Msgr. Tarnassi das Land verlasse. Es blieb nur ein Sekretär als Geschäftsträger zurück und als nach Abberufung Tarnassis es sich darum handelte, ihm einen Nachfolger zu geben, übertrug der Heilige Stuhl dieses Amt dem Brüsseler Nuntius in Personalunion.¹⁾

Im Jahre 1915 hat Holland aus eigener Initiative seine Gesandtschaft beim Papste wiederhergestellt und der Ministerpräsident Cort van der Linden (Protestant) begründete im Juni 1915 in der Kammer seinen Antrag mit einer viel beachteten Rede über die Bedeutung des Papsttums im Weltkriege. Bezüglich der niederländischen Gesandtschaft führte er aus:

keine starke und geschickte deutsche Hand wehrt drohendem Unheil. . . . Die Wiedererrichtung des Bistums Meißen mitten im Herzen des Mutterlandes der Reformation ist nur ein Anfang, und zwar ein symptomatischer . . . Deutschland wache auf!"

¹⁾ Ausführliches in „Corriere d' Italia" vom 11. Mai 1921.

„Die Natur der Gesandtschaft wird allein dadurch bestimmt, daß man im Papste eine bedeutende, internationale, politische Macht erblickt. Das ist die Wirklichkeit. Man mag das bedauern, kann aber nichts daran ändern. Es gibt kein bedeutungsvolleres politisches Zentrum, das im Interesse des Friedens Einfluß ausüben kann, als gerade der Vatikan. Darum ist die Gesandtschaft nötig, um mit ihm in den Friedensfragen zusammenzuarbeiten. . . . Es ist unsere heilige Pflicht, nach Kräften daran mitzuwirken, der kranken Menschheit so bald als möglich den Frieden zu schenken. Hierbei kann der Einfluß des Papsttums von großer Bedeutung sein. Daher müssen wir uns mit ihm in Verbindung setzen.“¹⁾

Die niederländische Gesandtschaft war vorerst nur eine außerordentliche. Im September 1920 ließ der Vatikan wissen, daß er bereit sei, die Internuntiaturn im Haag wieder in voller Selbstständigkeit herzustellen, sobald der Gesandtschaft in Rom der ordentliche Charakter verliehen würde. Die Kammer hatte übrigens im Hinblick darauf, daß „eine Vertretung Hollands beim Heiligen Stuhle im Einklange mit dem nationalen Interesse stehe,“²⁾ die Beibehaltung der Gesandtschaft beschlossen, obwohl die für ihre Errichtung bestimmenden Gründe hinfällig geworden waren.³⁾ Im Mai 1921 wurde die Gesandtschaft zur ordentlichen erhoben. Die Opposition aus dem sozialistischen Lager versuchte noch im Februar 1922 die Wiederaufhebung der diplomatischen Vertretung beim Vatikan zu erzwingen; sie blieb jedoch mit 27 gegen 43 Stimmen in der Minderheit. Am 3. Mai ernannte der Papst Msgr. Vicentini zum Internuntius im Haag, dem im Juni 1922 Msgr. Orsenigo, Tit.-Erzbischof von Toilemaide, ein Mailänder und persönlicher Freund Papst Pius XI. folgte.

Holland wird von einer Regierung geführt, welche der Koalition der römisch-katholischen Staatspartei, der Christlich-historischen und der Antirevolutionären entnommen ist, wobei die Katholiken ihrer Zahl gemäß das bestimmende Element sind. Die Staatspolitik bewegt sich daher nach Gesichtspunkten, welche auch dem Geiste des Hl. Stuhles entsprechen. Immerhin bestehen noch manche Desiderata, welche sich durch die ziffermäßige Minderheit der Katholiken und das protestantische Uebergewicht der Bevölkerung erklären, so z. B. wird in den holländischen Kolonien die

¹⁾ s. Buholzer, A., Das Papsttum im Weltkrieg, (Basel 1916) S. 19.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 22. September 1920 (Stefanimeldung).

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 1, S. 7.

staatliche Genehmigung missionarischen Wirkens in weiten Gebieten derart gehandhabt, daß von einem protestantischen Missionsmonopol gesprochen werden kann. Daher fordern die Katholiken und die Vertreter ihrer Kirche seit langem die Aufhebung des § 123 des Indien-Reglements, der das Hindernis der Gleichstellung der Konfessionen bildet.¹⁾

Unvergängliche Verdienste hat sich Holland gegenüber uns Deutschen, aber auch gegenüber anderen, von schwerster Not der Nachkriegszeit heimgesuchten Völkern durch seine caritativen Leistungen erworben. Diese Taten haben nichts mit Politik zu tun, ich muß mich daher enthalten, sie auch nur in Umrissen zu zeichnen, aber unerwähnt durften sie umso weniger bleiben, als vielfach Anregungen seitens des Heiligen Vaters vorlagen, denen mit beispielloser Großherzigkeit entsprochen worden ist. Auch finden wir Holland mit dem Papste in innigstem Zusammenwirken, sadaß das Verdienst sich nicht trennen läßt.

Unter seinen 6 865 000 Bewohnern zählt das Land 2 444 000 Katholiken, deren politische Bedeutung durch die Verluste der Protestanten an den Sozialismus hervorragend ist. Seit Oktober 1923 steht zu Nymegen ihre katholische Universität, ein Werk, ganz aus eigenen Mitteln errichtet, und der Anteil an der Heidenmission unserer Weltkirche ist was die Proportion betrifft von keinem anderen katholischen Volke z. Z. erreicht. Mit vollem Rechte besitzt es daher nicht nur einen Vertreter im Heiligen Kollegium, Kardinal Wilhelm van Rossum, sondern die oberste Leitung des Missionswesens selbst, der Kongregation de Propaganda Fide, liegt in seiner Hand. Und vor wenigen Monaten hatten Hollands Katholiken auf dem Internationalen Eucharistischen Kongreß zu Amsterdam die ganze katholische Welt zu Gast geladen, um gemeinsam mit ihrem vom Heiligen Vater als Legaten entsandten Kardinal dem Könige des Friedens und der Nächstenliebe zu huldigen.

Großbritannien und Irland

Die Verhältnisse, die Großbritannien der vatikanischen Politik darböt, als mit dem Kriegsende das irische Problem zur Reife gekommen war, gleichen sehr stark denen Deutschlands um jene Zeit, nur daß die Gegensätze dort eine noch größere Schärfe auf-

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 20 (19.654) vom 25. Januar 1925.

wiesen. England und Schottland, fast ganz protestantischen Gebieten, stand das katholische Irland (ausgenommen die sich zu England zählende Ulster-Enclave) gegenüber. Dieses seit Jahrhunderten von jenem geknechtet, bis in die Neuzeit herein ein Gegenstand konfessioneller Bedrückung und Entrechtung, in seiner Stammesart der Gegenfüßler der Angelsachsen, trotz aller Verfolgung von glühendem Freiheitsdrange erfüllt und daher im höchsten Maße tätig separatistisch, dabei zähestens an seinem katholischen Glauben festhaltend und somit berechtigt, Anspruch auf eine bevorzugte Stellung im Herzen des Heiligen Vaters zu erheben; jenes die größte Weltmacht unseres Erdballs, in seiner Politik gegebenenfalls auch vor Brutalität und Terror nicht zurückschreckend, gebietspolitisch im Dasein abhängig von der Beherrschung Irlands, ein Kolonialreich, in dem blühende Missionen die Hoffnung der Kirche bilden, religiös von zunehmender Neigung für Wiederherstellung der Glaubenseinheit unter dem Statthalter Christi: diese Gegensätze ließen sich nur durch eine Politik des höheren Grundsatzes lösen. Sie zwangen Rom geradezu auf den ohnehin aus höheren Gesichtspunkten gewählten Weg: im Widerstreite des rein politischen Gegensatzes neutral zu bleiben, die Verletzung göttlicher Gebote hintanzuhalten und durch friedlich freie Vereinbarungen für beide Teile einen *modus vivendi* herbeizuführen.

Großbritannien hat selbst beim Ausbruche des Krieges die hohe Bedeutung des Papsttums erkannt und daher nicht gezögert, zur Vertretung der gemeinsamen Ententeinteressen beim Heiligen Stuhle eine Gesandtschaft zu errichten. Im Vertrauen auf den politischen Sinn seines Volkes hat es sich über das protestantische Vorurteil hinweggesetzt, während Frankreich selbst in der Stunde höchster Not nicht wagte, antiklerikalen Vorurteilen zu trotzen. England ging sogar noch weiter, indem es diesen Posten mit entschiedenen Katholiken und katholischem Personal besetzte.

Um sich Italiens Bundesgenossenschaft und seinen Abfall vom Dreibund zu erkaufen, hat die britische Regierung das gegen den Papst gerichtete Londoner Abkommen¹⁾ unterzeichnet, sich aber im August 1917 darüber hinweggesetzt,²⁾ um dann im Dezember

¹⁾ s. das Kapitel: Die Papstklausel des Londoner Abkommens, S. 9.

²⁾ s. das Kapitel: Enthüllungen über den englisch-französischen Friedensschritt, S. 34.

1918 doch die Folgerungen daraus zu ziehen und dem Ausschlusse des Papstes von der Friedenskonferenz beizustimmen.¹⁾ Die Zweckmäßigkeit des Augenblickes war das entscheidende Moment, nicht aber irgendwelcher Gesinnungswandel, denn die britische Regierung stellt auch die Gesinnung in den Dienst ihrer Politik. Somit blieben trotz Irlands die Beziehungen korrekte. Und wenn die britische Regierung aus Gründen politischer Berechnung die Unhöflichkeit beging, die Papstnote vom 1. August 1917 zu veröffentlichen, trotzdem sie vertraulich diplomatischen Charakter besaß, und sie nicht beantwortete, um das Ententekonzert trotz der häßlichen Symphonie nicht zu stören, erschien doch im Juni 1918 der englische Kronprinz zum offiziellen Besuche beim Papste im Vatikan. In einem Schreiben an Kardinal Bourne von Westminster, welches der Kardinalstaatssekretär Gasparri zur Widerlegung anlässlich der Einnahme Jerusalems ihm zugeschriebener Äußerungen richtete,²⁾ erklärte er, im Anschlusse an sein Protesttelegramm „bei verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochen zu haben, daß England im Vorzuge vor jeder anderen Macht wegen seiner vollkommenen Unparteilichkeit, seiner vollen Achtung vor den Rechten dritter und seines Eifers um die Zukunft der Heiligen Stätten absolutes Vertrauen einflößt.“

Eine vielbeachtete Artikelserie im „Daily Telegraph“,³⁾ der amtliche Inspiration zugeschrieben wurde, unterzog das Verhältnis, das sich während des Weltkrieges zwischen Großbritannien und dem Heiligen Stuhle herausgebildet hatte, einer einwandfrei sachlichen Beleuchtung und wurde dabei dem Verhalten des Papstes, dessen bestimmende Gründe als unbestreitbar berechtigt anerkannt wurden, vollauf gerecht. Man darf annehmen, daß die sehr umfangreichen Darlegungen, welche die große Bedeutung des Papsttums und der hinter ihm stehenden katholischen Kirche klar und sachlich herausarbeiteten, die öffentliche Meinung des Landes dahin zu beeinflussen bezweckten, daß die bestimmungsgemäß nur für Kriegsdauer vorgesehene und errichtete a. o. Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle ohne Widerspruch beibehalten und in eine ständige umgewandelt werde. Widerstände von extrem protestantischer Seite, welche von der Befürchtung ausgingen, es würde

¹⁾ s. das Kapitel: Friedensverhandlungen, S. 71.

²⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 22. Mai 1918.

³⁾ im Auszuge wiedergegeben im „Corr. d'Italia“ vom 18. Dez. 1918.

zur Errichtung einer Nuntiatur in London kommen, wurden durch eine Erklärung im „Osservatore Romanò“, ¹⁾ daß seitens des Vatikans derartiges nicht beabsichtigt sei, zum Schweigen gebracht. Eine kleine Verstimmung erregte die Ernennung eines der Regierung nicht genehmen Bischofs auf Malta, doch legte sie sich bald wieder, sodaß Ende 1920 der Fortbestand der diplomatischen Vertretung vom Parlamente Genehmigung fand. In der Sitzung vom 11. November erklärte Lloyd George, die britische Regierung habe es im öffentlichen Interesse für zweckmäßig erachtet, daß Großbritannien fortfahre, beim Vatikan vertreten zu sein. Er erachte, das Land sei überzeugt, daß im Interesse Englands sein Vertreter beim Heiligen Stuhle auf dem Posten zu bleiben habe.

Indessen mehrten sich die Gegensätze. Irland, im Aufstand gegen England, trachtete mit allen Mitteln, den Vatikan für seine Sache zu gewinnen und eine dementsprechende öffentliche Stellungnahme herbeizuführen. In Konstantinopel plante Lloyd George, die britischen Besatzungstruppen durch griechische zu ersetzen und der Aufrichtung eines neuen Ostrom die Wege zu bereiten, gegen welche Absicht der Heilige Stuhl ganz entschieden Stellung nahm; es sei zu hoffen, äußerte er, ²⁾ daß sich die Nachricht nicht bewahrheite, oder aber, daß auf alle Fälle Frankreich und Italien ihre Zustimmung nicht geben. Wo sich jedoch der Gegensatz am schroffsten entwickelte und er bis heute noch fortbesteht, das ist Palästina. Die englische Palästinalpolitik lief letzten Endes auf die vollständige Beseitigung des christlichen Charakters dieses Landes hinaus, auf die gänzliche Verdrängung des katholischen Elementes zugunsten des Judentums, dem das Land zu einer Willkürherrschaft ausgeliefert wurde. Rom kämpfte und kämpft noch mit dem ganzen Aufgebot seiner Kraft, ³⁾ im Stiche gelassen leider von der Masse der 300 Millionen Katholiken der Welt. Die Teilnahmslosigkeit der Christen gegenüber dem von England jenem Lande zugedachten Schicksale, das ihnen durch den Erdenwandel des Erlösers mindestens so teuer sein müßte, wie das Vaterland, ist eines der tieftraurigen Schauspiele unserer Zeit.

Auch die fortgesetzten Anstrengungen des Heiligen Stuhles um die Befreiung des Missionswerkes in den englischen Kolonien und

¹⁾ vom 3. Juli 1919.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 5. Juli 1920.

³⁾ s. das Kapitel: Die Palästinafrage, S. 49.

Dominien von den Ketten der Kriegsgesetze und Friedensverträge zwang zu immer neuer Stellungnahme gegen den britischen Standpunkt, erreichte aber schließlich doch Schritt um Schritt erhebliche Zugeständnisse,¹⁾ ohne daß das sonst gute Verhältnis eine Trübung erfuhr. Dafür ist der beste Beweis der offizielle Besuch, den das britische Königspaar im Mai 1923 dem Papste im Vatikan abstattete. Zwar hatten fanatisch protestantische Kreise es an öffentlichen Protestkundgebungen nicht fehlen lassen, doch vermochten sie die öffentliche Meinung des Landes nicht in Bewegung zu setzen. Bonar Law erklärte auf eine Anfrage hin, im Hinblick auf die Zahl katholischer Untertanen sei es eine Pflicht des Königs, dem Papste nach dem Beispiele König Eduards VII. seinen Höflichkeitsbesuch zu machen. Der Wandel, der selbst in protestantischen kirchlichen Kreisen seit den wenige Jahrzehnte zurückliegenden Zeiten des No-Popery-Geschreies eingetreten ist, zeigte sich am deutlichsten darin, daß im Oktober 1924 selbst der durchaus nicht der katholisierenden Richtung angehörende anglikanische Bischof von Durham den Standpunkt vertrat, die englische Staatskirche unterscheide sich wesentlich nicht vor der vorreformatorischen Kirche und könne daher mit Berechtigung sich katholisch nennen.²⁾ (Die geschichtlichen Tatsachen beweisen natürlich das Gegenteil.)

Die irische Frage

Die Parole vom Selbstbestimmungsrechte der Völker, welche die Entente zur moralischen Bemäntelung ihres Krieges ausgegeben hatte, brachte auch die irische Frage zur Reife. Die Erklärung Lloyd Georges vom 22. Mai 1917 legte den Irländern einen großen Teil der Rechte in den Schoß, um die sie bisher mit der ganzen Zähigkeit ihrer Rasse gerungen hatten. Die extremen Separatisten, zu denen sich die Sinn Feiner, die Anhänger der Freiheitsbewegung, mehr und mehr entwickelten, strebten eine vollständige Losreißung von Großbritannien, eine Zerreißung aller Bande an, sodaß die Gefahr bestand, daß das Erreichbare dem Unerreichbaren geopfert würde. Alle Umstände zwangen dazu, daß der Heilige Stuhl seine Sympathien der irischen Freiheitssache zuwandte, soweit sie mit einwandfreien, kein Sitten-

¹⁾ s. das Kapitel: Der Friedensvertrag und die Missionen S. 145.

²⁾ s. „The Tablet“ Nr. 4,402, S. 363—4.

gebot verletzenden Mitteln ihrem Ziele zustrebte. Diese Sympathie kam deutlich zum Ausdruck, als am 17. März Papst Benedikt XV. bei der Verlesung des Martyrium des irischen Bischofs von Armagh und Primas von Irland, Oliver Plunkett bestätigenden Dekretes sein Wort an Irland richtete.

Das Beispiel, welches das protestantische, wie katholische England gerade in diesem Falle gegeben hat, ist tief beschämend für jene aus unserem Volke, welche die Heiligsprechung der Jeanne d'Arc und die hiebei gesprochenen Worte desselben Papstes sowie die darin zum Ausdruck kommenden Gesinnungen für Frankreich zum Anlasse einer haßerfüllten Campagne genommen haben. Jeanne d'Arc war das Opfer der Engländer und wenn ihre Kanonisation verletzen hätte können, so hätte wohl das englische Volk dieses Recht, sich verletzt zu fühlen, gehabt. Aber niemanden ist es eingefallen, in dieser rein kirchlichen Ehrung eine politische Absicht zu vermuten. Noch näher hätte diese Annahme liegen können, als derselbe Papst in Beendung des kirchlichen Prozesses in einer Zeit, da der Gegensatz zu Irland eine der größten Sorgen Englands bildete, Oliver Plunkett selig sprach, denn dieser war Ire, war, als er am 1. Juli 1681 zu London hingerichtet wurde, das Opfer des Protestantismus sowohl, wie Englands, welche beide bis zum heutigen Tage dort die herrschende Macht bilden. Ja, selbst als der englische Kardinal und Erzbischof Bourne von Westminster, dessen britische Gesinnung von niemanden angezweifelt wird, sich zur vollen Höhe der Gerechtigkeit und katholischen Empfindens erhebend, am 16. Juni 1920 in seiner Kathedrale in der zu Ehren des Martyrers veranstalteten Feier Irlands Verdienste um die Erhaltung des Glaubens pries, die sogenannte Reformation den Ursprung des Unglückes (des irischen Konfliktes) nannte und im Gegensatze zum Abfalle Englands Irlands Treue feierte,¹⁾ fand er bei allen Engländern vollstes Verständnis; keine Stimme hat sich gegen ihn erhoben, auch nicht aus den Reihen der Protestanten.

So auch nicht, als der Papst sprach:²⁾

„Die Anerkennung der religiösen und bürgerlichen Rechte hat in Irland seit den Tagen, da Plunkett vom Lehrkatheder der

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 7. Juli 1918.

²⁾ ebenda vom 13. Mai 1918.

Propaganda weg von Rom auf den Stuhl des hl. Patrick gesandt wurde, erhebliche Fortschritte gemacht. Damals mußte er im Geheimen seine Hirtenpflicht ausüben. Heute aber sind die Gesetze tot, die in Irland die Ausübung der dem Stellvertreter Christi nicht von Menschen verliehenen geistlichen Rechte verhielten. Die Treue des irischen Volkes, sein hartnäckiges Zurückfordern der religiösen wie der bürgerlichen Rechte, welche jene in sich schließen, hat eines dieser Gesetze um das andere zu Fall gebracht. Sein Widerstand hat manche von diesen tot geboren werden lassen, wiederum andere aus der Verfassung gestrichen und damit auch den katholischen Brüdern in Großbritannien die bürgerliche und religiöse Freiheit verbürgt. Bis herauf zum Gedenken einiger noch Lebender hat ununterbrochen seit Oliver Plunketts Tagen der Kampf gewährt, tägliche und unbeschreibliche Opfer hat er gekostet, viele mußten wie Plunkett ihr Leben lassen, für ganz Irland war es das Martyrium einer Nation. Das irische Volk entschied sich für den Gehorsam gegen Gott, so teuer auch die Wahl zu stehen kam, nie aber gab es die auf den Glauben begründete Hoffnung auf. Irlands Glaube verlieh ihm das Vertrauen auf jene Ruhe, die es endlich zu finden sicher war. Durch den heutigen feierlichen Akt wird Oliver Plunkett aus dem Grabe auf die Altäre gehoben, wofür der irische Episkopat, Klerus und Volk, fest im Glauben und unerschütterlich in ihrer Hoffnung wie zu Zeiten Plunketts.

Weise Klugheit und Mäßigung empfahl derselbe Papst in seinem Antwortschreiben ¹⁾ auf die Dankadresse der irischen Bischöfe für die Anerkennung des Martyriums Plunketts „besonders dort, wo die Lage am heikelsten und schwierigsten ist.“

Es bleibe dahin gestellt, ob der Besuch des Prinzen von Wales beim Papste am 27. Mai 1918 den Zweck verfolgte, im katholischen Irland die Stimmung für England zu bessern; jedenfalls aber hat er in Irland diese Deutung eines politischen Schachzuges gefunden. Die Haltung, bzw. Zurückhaltung des Papstes in der irischen Frage, soweit sie eine politische Machtfrage ist, hat Kardinal Logue von Armagh, der selbst mit allem Nachdruck für Irlands Freiheit eintrat, verteidigt und als richtig anerkannt. ²⁾ Und „der Heilige Stuhl menge sich weder in die inneren Verhältnisse Irlands noch in die Englands, weshalb er in nationalen Dingen jedem Irländer freie Hand lasse“, erklärte nochmals mit Nach-

¹⁾ vom 31. Juli, abgedruckt im „Oss. Rom.“ vom 17. August 1918.

²⁾ vgl. Schreiben in „Augsb. Postztg.“ vom 16. Januar 1920.

druck der „Osservatore Romano“¹⁾ gegenüber einer Kritik im englischen Unterhause.

Die zunehmende Erbitterung auf beiden Seiten ließ alle Mahnungen des irischen Episkopates wirkungslos verhallen. In seinem Fastenhirtenbriefe hatte er das unerträgliche Verhältnis zwischen England und Irland nochmals scharf beleuchtet und die Gewaltakte, wie sie von Einzelnen auf irischer Seite gegen Vertreter der Regierung verübt wurden, verurteilt, nicht weniger scharf aber auch das harte eiserne Joch gebrandmarkt, das England Irland auferlegt hat, indem es jede Art von Kundgebung für die Unabhängigkeit des Landes verbot. „Erneut betonen wir, sagen die Bischöfe, daß die gewaltsame Niederhaltung Irlands die Quelle der Zerwürfnisse und Unruhen ist und erst dann ein befriedigendes Verhältnis einkehren wird, wenn Irland selbst seine Regierung bestimmt.“²⁾ Gegen Ende des Jahres sahen sie sich gezwungen, die Schreckensherrschaft Englands in einem gemeinsamen Schreiben an den katholischen Erdkreis³⁾ den Annalen der Weltgeschichte einzuverleiben.

An der Hand von Einzelheiten wird der irische Ex-Lex-Zustand geschildert, wie die von den britischen Truppen begangenen Greuelthaten an unschuldigen Menschen und ihrem Eigentum, Greuelthaten, die ihresgleichen nur in dem Vorgehen der Türken gegen die Armenier oder der Bolschewiken finden. Es wird die unaufrichtige Politik Englands in der Ulsterfrage dargelegt, die im Grunde genommen jede Gesetzeswidrigkeit rechtfertigen würde, da dort die britische Regierung selbst die Gesetzesverletzung sanktioniert habe. Zum Schluß wird die Forderung nach einer wirklich unparteiischen Untersuchung der Einzelheiten ausgesprochen. Schärfster und ergreifender war aber noch das öffentliche Schreiben des Erzbischofes von Cashel.⁴⁾ Gerechtigkeit von der britischen Regierung zu fordern, schreibt er, wäre Wahnsinn. Ihre Offiziere haben in der Erzdiözese Greise und Jugendliche hingemordet, Städte, Dörfer und die friedlichen Heime der Bürger geplündert, Bauernhöfe zerstört, Diebstahl auf Diebstahl gehäuft

¹⁾ vom 20. Juni 1920.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920, Nr. 10, S. 78.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 11. November 1920. (Schreiben datiert vom 19. Oktober 1920), deutsch in „Das neue Reich“ 1920–21. Nr. 10, S. 199.

⁴⁾ u. a. auch wiedergegeben im „Avvenire d'Italia“ vom 24. Okt. 1920.

und dabei sich vollster Straffreiheit erfreut. . . „Sie reden von den den Sinn Feinern zugeschriebenen Gewalttaten, aber sie sind blind für den Mord an einer Nation, für die Entvölkerung des Landes, für die Erpressung Hunderter Millionen von Steuern über das schuldige Maß hinaus, für den Schutz, der Verbrechern gewährt wird, für den Raub von Kindern, für die Einkerkierung von Männern ohne Prozeß und Anklageerhebung, für die von der bewaffneten Macht der Krone nächtlich begangenen Mordtaten, sowie endlich für alles, wodurch sie ein Volk zur Revolte zu zwingen suchen.“

Die Politik des Papstes bestand sichtlich darin, der britischen Regierung unter dem Drucke dieser Proteste und des Gewichtes der öffentlichen Meinung den Weg nach rückwärts offen zu halten und sich selbst die Möglichkeit fortgesetzter freundschaftlicher Vorstellung zu wahren, denn der Endzweck der vatikanischen Diplomatie ist immer der effektive Erfolg selbst, nicht die schöne Geste der Demonstration oder ein neue Hindernisse aufrichtendes Verdammungsurteil. Unter dem Zwange gerechtester Empörung eine Türe zuschlagen ist rasch geschehen, aber eine abgebrochene Verbindung wiederherzustellen, ohne an Ansehen und damit Einfluß, mit anderen Worten Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeit des weiteren Handelns einzubüßen, vermag auch die beste Diplomatie nicht. Danach wird es verständlich, wenn der „Osservatore Romano“ ¹⁾ in einer Fußnote meint, selbst wenn man annehmen wolle, die irischen Bischöfe hätten unter dem unmittelbaren Eindrücke der Dinge zu starke Farben aufgetragen, bleibe leider noch allzu viel des Substantiellen übrig, was entschiedene Verurteilung verdiene. Er wolle nicht das englische Volk, ja, nicht einmal die englische Regierung für dieses Vorgehen verantwortlich gemacht wissen, unterstütze aber die Forderung nach einer Untersuchung und die Zuerkennung jener Freiheit an Irland, die während des Krieges den kleinen Nationen versprochen wurde.

Wir wissen, daß dem Vatikan ein diplomatisches Organ in London mangelte; für eine Nuntiatur sind die Verhältnisse noch nicht reif. Doch konnte er auch in diesem Falle wieder auf den britischen Kardinal voll zählen, der sich nochmals als weitherziger und hochsinniger Kirchenfürst erwiesen und den Standpunkt ver-

¹⁾ vom 11. November 1920.

treten hat, ¹⁾ England täte besser, sich künftig viel mehr mit seinen eigenen Angelegenheiten, als mit denen Irlands zu befassen; er fordert gewissermaßen „Home Rule für England“, tritt für weitgehende Autonomie Irlands und, falls Schottland und Wales sie wünschen, auch für diese ein; doch will er unter allen Umständen das Band erhalten wissen, das Irland an England mittels des Symbols der Krone verbindet, denn die Autonomie müsse ihre Grenzen dort finden, wo die Sicherheit des britischen Reiches in Frage zu kommen beginnt. Er ist für Zurückziehung der Truppen, falls dadurch die öffentliche Sicherheit nicht bedroht wird.

Am 29. November verurteilt Kardinal Logue noch einmal alle Verbrechen, von wem und aus welchen Beweggründen auch immer sie begangen würden. Zweifellos sei aber, daß die Wage der Schuld zu ungunsten der britischen Truppen neige. Wieder bringt er zahlreiche Fälle der britischen Mord- und Zerstörungswillkür vor, ²⁾ und auch der „Osservatore Romano“ ³⁾ drängt von neuem die britische Regierung. Auch Kardinal Mercier und der belgische Episkopat reden in einem gemeinsamen Schreiben ⁴⁾ an die irischen Bischöfe der Londoner Regierung ins Gewissen und fordern auch ihrerseits die unparteiliche Untersuchung, „damit dem öffentlichen Gewissen Beruhigung werde.“ Italien griff durch eine große Katholikenversammlung in Mailand ein, bei der der Abg. Mauri Stellung für Irland und gegen die britischen Methoden nahm und Zustimmungsdemeschen an Kardinal Logue und den Präsidenten der irischen Republik abgesandt wurden. Um die Wirkung von all dem zu erkennen, genügt die Feststellung der Tatsache, daß Ende Dezember britisches Militär die Wohnung des Bischofs von Killaloe erbrach und ohne jede Veranlassung einen irischen Priester von rückwärts niederschloß. Verhandlungen mit Lloyd George scheiterten an seinem Verlangen, die Irländer müßten zuerst die Waffen abgeben (wohl um mit ihnen so zu verfahren, wie mit den Deutschen in Versailles). Ungeschwächt wütet daher die Verfolgung weiter, sodaß unterm 6. April die englischen Bischöfe, Kardinal Bourne an der Spitze, Lloyd George in einem Schreiben hinweisen, daß „der gute Name Englands in

1) s. „Oss. Rom.“ vom 24. November 1920.

2) abgedruckt im „Corriere d'Italia“ vom 4. Dezember 1920.

3) vom 1. Dezember 1920.

4) ebenda.

anderen Ländern durch die schrecklichen Vorfälle, die sich weder erklären, noch rechtfertigen lassen, verdunkelt werde."

Nun greift nochmals der Vatikan selbst ein, dazu den Weg eines Papstschreibens an Kardinal Logue ¹⁾ wählend, dessen Inhalt auf dem Wege der Veröffentlichung der Londoner Regierung zur Kenntnis gebracht wurde. 200 000 Lire für das irische Weiße Kreuz begleiten das Breve. Benedikt XV. bedauert und verurteilt nochmals alle Gewalttaten und jegliches, von jedweder Seite begangene Unrecht. Es sei nun endlich an der Zeit, daß beide Teile einsehen, daß sie von diesem System nur Schaden und keinen Nutzen haben. Es möchten daher ausgewählte Vertreter der streitenden Teile in eine Aussprache eintreten; das Ergebnis ihrer gemeinsamen Beratungen sollte dann als Grundlage dienen, worauf man sich über die Mittel einigen möge, um die Frage in aufrichtig versöhnlichem Sinne zu lösen.

Der klugen, zurückhaltenden Diplomatie des Papstes war endlich der Erfolg beschieden. England griff die Anregung auf und führte die vorgeschlagene Aussprache herbei, um die friedliche Beilegung des Konfliktes einzuleiten. Das päpstliche Schreiben hatte in ganz Irland die nötige Stimmung geschaffen, obschon die Erbitterung letzten Endes noch auf den Gipfel getrieben war. London hatte eine Zerreißung Irlands vorgenommen, hatte den Ulsterstaat geschaffen und damit jenen Gebietsteil, der die ältesten, ehrwürdigsten Denkmäler und Erinnerungen der ruhmreichen Geschichte der irischen Kirche barg, an Ulster ausgeliefert, an jene Enclave, die durch Cromwells gewaltsame Ansiedlung fanatischen Protestantentums entstanden war. Belfaster Protestantismus war überlieferungsgemäß brutaler, in seinen Äußerungen oft tierischer Katholikenhaß, ²⁾ Bürgschaften für die elementarsten Menschenrechte der katholischen Bewohner gab es praktisch nicht.

Im Oktober 1921 waren die Besprechungen schon bis zu entscheidenden Verhandlungen gediehen, deren erfolgreiche Beendigung aber immer noch durch das Temperament De Valeras gefährdet wurde. Daher äußerte der Papst noch einmal sein großes Interesse am Zustandekommen des Friedens, indem er an den

¹⁾ datiert vom 25. April 1921, abgedruckt in „The Tablet“ Nr. 4,229, vom 28. Mai 1921.

²⁾ s. darüber auch das Antwortschreiben Kardinal Logues an Papst Benedikt XV. in „K. Kztg.“ 1921, Nr. 32, S. 257.

König von England drahtete: „Erfreut ob der Wiederaufnahme der englisch-irischen Verhandlungen beten Wir von ganzem Herzen zum Herrn, er möge die Verhandlungen segnen und Eurer Majestät die große Freude und den unvergänglichen Ruhm gewähren, den jahrhundertelangen Zwiespalt beendet zu haben.“ Aus des Königs Antwort sprachen dieselbe Wärme und dieselben Wünsche. De Valera ließ in einem sehr undiplomatischen Telegramme an den Papst deutlich durchblicken, daß er England jeden guten Glauben aberkenne und der Friede, den er anstrebe, nicht in einem Zugeständnisse des Machthabers England, sondern in einem diesem mit Zwang auferlegten, demütigenden Diktat bestehen sollte. Der Vatikan hat sich daraufhin damit begnügt, kommentarlos den Wortlaut der drei Depeschen zu veröffentlichen. Auch die irischen Bischöfe drückten gemeinsam ihre Hoffnungen auf das Gelingen der Lösung der irischen Frage und „die Herbeiführung eines Zustandes dauernder Freundschaft zwischen beiden Ländern“ aus und ordneten zu diesem Zwecke für das Fest Allerheiligen eine Novene für ganz Irland an.

Am 9. Januar 1922 meldete der Telegraph, daß das zwischen Dublin und London vereinbarte Abkommen vom irischen Parlamente, dem Dael Eireann mit 64 gegen 57 Stimmen angenommen worden sei.“ Die Katholiken der ganzen Welt, schrieb der „Osservatore Romano“¹⁾ begrüßen dieses Ereignis als eines der wichtigsten und glücklichsten der Geschichte unserer Zeit. Papst Benedikt XV. zögerte denn auch nicht, umgehend telegraphisch dem Könige von England, dem irischen Parlamente und Kardinal Logue „seine Freude ob des glücklich hergestellten Einvernehmens bezüglich Irlands auszusprechen“, sie zu beglückwünschen, Gottes Segen zu erbitten und ihm zu danken, daß er, die gemeinsamen Gebete des Heiligen Vaters und des gesamten irischen Klerus in der hl. Messe erhört habe“.²⁾ Und mit diesem großen, wahrhaft glänzenden Erfolg schloß der Papst des Weltkrieges gewissermaßen seine diplomatische und kirchenpolitische Tätigkeit ab. Am 17. Januar traten die ersten Erscheinungen seiner Todeskrankheit zutage und am 22. Januar schloß sein Erdenleben ab.

1) vom 10. Januar 1922.

2) s. „Oss. Rom.“ vom 12. Januar 1922.

Omnia Omnibus

Die caritative Betätigung des Papstes seit dem Kriegsende.

Ein Kapitel über die caritative Betätigung des Oberhauptes jener Kirche, an die als höchstes Gebot von ihrem göttlichen Stifter das der Nächstenliebe ergangen ist, hätte in einem Buche über die Politik des Papstes und der römischen Kurie nichts zu suchen. Denn die christliche Nächstenliebe als Ausfluß der Liebe zu Gott setzt den Verzicht auf jede Verbindung mit dem Willen zum Vorteile voraus. Was mich nach längerem Schwanken dennoch bestimmt, dieser durchaus unpolitischen Tätigkeit des Papstes hier einen Platz einzuräumen, ist die tatsächlich erhobene und verbreitete Beschuldigung — ich könnte sie jetzt schon mit vollem Rechte Verleumdung nennen — das caritative Wirken der beiden Nachkriegspäpste habe bewußt politischen Zwecken gedient, wobei nationalpolitische Erwägungen (zum Nachteile Deutschlands) den tiefsten, und konfessionspolitische Berechnungen den letzten Beweggrund bildeten. Da nun, um dies zu beweisen, willkürlich einzelne Handlungen des Papstes aus der Gesamtheit herausgehoben und zweckbewußt gruppiert werden und außerdem durch Verschweigen alles übrigen der Anschein erweckt wird, als entspreche diese Darstellung der vollen Wirklichkeit, kann der Gegenbeweis nur dadurch erbracht werden, daß man alle bisher bekannt gewordenen Einzelheiten in zeitlicher Anordnung der Oeffentlichkeit vorlegt, um das Urteil dann ihr selbst zu überlassen.

Jedermann weiß, daß Papst Benedikt XV. nicht erst das Ende des Krieges oder den Abschluß des Waffenstillstandes abgewartet hat, um allen Opfern dieser Weltkatastrophe seine Hilfe in jeder Form zukommen zu lassen; er hat schon während des Weltkrieges mit vollen Händen gegeben, was er besaß, wo immer Not und Hilfsbedürftigkeit zu seiner Kenntnis kamen.¹⁾ Da die Kriegsschauplätze alle außerhalb Deutschlands und zu-

¹⁾ s. darüber Ausführliches in dem Buche „Fatti e non Parole“, Verlag der „Civiltà Cattolica“, verfaßt unter Zugrundelegung amtlichen Materials des Hl. Stuhles, davon erschien eine deutsche Ausgabe unter dem Titel „Das Wirken Papst Benedikts XV. im Weltkrieg“, München 1919. Ferner das zweibändige Werk „Cor Paternum“ mit 700 Illustrationen, 200 ganzseitigen Bildern und neunsprachigem Text. Rom, 1919.

meist im Gebietsbereiche der Verbandsmächte lagen, flossen die Gaben natürlich größtenteils dorthin. Böser Wille hat selbst darin einen Beweis für die Parteilichkeit des Papstes erblicken wollen, aber, schrieb ich in meiner Schrift „Papst, Weltkrieg und Völkerfriede“ ¹⁾ im Nachsatze, „danken wir Gott, daß der Krieg nicht unser Land verwüstet hat und dem Papste keinen Anlaß bot, solche Not bei uns zu lindern.“ Mit dem Kriegsende änderte sich aber diese Lage ins volle Gegenteil. Des Papstes Tätigkeit als „Anwalt der Wehrlosen“, bereits in einem früheren Kapitel dargestellt, liegt schon auf dem Gebiete der Caritas. Gewiß, er stand nicht allein und hat erfreulicherweise weiteste Nachahmung gefunden, aber sein Beispiel wirkte anregend und die Führung hat er bis zum heutigen Tage behalten. Immer auch ist seine Absicht rein geblieben. Eingedenk der Worte Christi: was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan, das habt ihr mir getan, sind alle Gaben des Papstes in diesem Sinne hinausgeflossen. Niemals hat er Not und Gabe in den Dienst des sogenannten Proselytismus gestellt. ²⁾

Beginnen wir mit dem bereits erwähnten Aufrufe vom 24. November 1919. ³⁾ Noch ehe dieser seine erste Wirkung auszu-

¹⁾ s. S. 20. Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes fälschte unter Berufung auf mich, den Verfasser, das Zitat, indem sie Vorder- und Nachsatz strich.

²⁾ Dagegen ist die Wiener „Reichspost“ laut „K. Kztg.“ 1920 Nr. 9 in der Lage, zu schreiben: „Auf unserem Schreibtisch häufen sich zu immer höher werdenden Pyramiden Erzeugnisse einer ganz sonderbaren Literatur, die uns aus allen Wiener Bezirken zugesandt werden. Es sind Traktäthen der Mormonen und Methodisten, die zur sehr geringen Freude der Empfänger statt erhoffter Lebensmittel mächtig das Gewicht der aus Berlin eingetroffenen Liebesgabenpakete vergrößerten. . . . Mögen diese Schöpfungen krankhafter geistiger Phantasie auch nur wenig Schaden anstiften, so gilt von vielen anderen Büchern in den Liebesgabenpaketen aus Berlin, daß sie zielbewußt und mit wenig freundlicher Absicht beigegeben sind, so Luther-Bibeln, Abfallschriften, methodistische Werbeauftrufe, Hetzbücher gegen die katholische Kirche.“ Mit vollem Rechte wurde daher in der Ansprache an die Kardinäle zur Einleitung des Konklaves 1922 gesagt: „Als während des Krieges die Zahl der Notleidenden von Tag zu Tag zunahm, da haben mit Glücksgütern reich ausgestattete Nichtkatholiken sich an die Katholiken herangemacht, unter dem Vorwande, ihnen in ihrer Not freiwillige Hilfe zu bringen, in Wirklichkeit aber, um sie aus dem mütterlichen Schoße der Kirche loszureißen. Und heute noch setzen diese Menschen ihre Arbeit unter den Katholiken fort ad haereticae pravitatis luem disseminandam.“

³⁾ s. S. 121.

üben imstande war, drückte Papst Benedikt XV. dem Wiener Fürstbischöfe Kardinal Piffl eine Gabe von 100 000 Lire für arme Wiener Kinder in die Hand. Vom ersten Erfolge der Weltkollekte erzählten wir schon. ¹⁾ Bereits im ersten Monat war die dritte Million Lire überschritten, und schon erfährt man, daß davon eine halbe Million Lire nach Deutschland und 100 000 Lire nach der Tschecho-Slovakei geflossen sind ²⁾ im März lesen wir, daß je 300 000 Lire zur Verteilung an Notleidende an die Kardinäle von Warschau und Posen-Gnesen gingen, 50 000 Lire nach Armenien, 200 000 Lire nach der französischen Kriegszone und eine weitere halbe Million wiederum nach Oesterreich flossen. ³⁾ Bis zum 1. Juni hatte die Sammlung bereits 13 277 334.37 Lire erreicht, wovon insgesamt 4 Millionen Lire nach Deutschland zur Aufteilung unter alle Diözesen gingen; davon erhielten Kardinal Faulhaber und Kardinal Schulte je eine Extragabe von einer halben Million Lire, der Caritasverband Essen 300 000 Lire und Kardinal Czernoch für Ungarn sechs Millionen Kronen. ⁴⁾ Dazwischen hinein hört man von großen Gaben für die vom Erdbeben Betroffenen in Toscana und für die von Hungersnot befallenen Gebiete Chinas. ⁵⁾ Kardinal Schulte, der im Oktober 1920 den ersten deutschen Pilgerzug nach Rom geführt hatte, kehrte wiederum mit einer halben Million Lire für deutsche Notleidende nachhause. ⁶⁾

Wenngleich die Rechte nicht wissen soll, was die Linke tut, glaubte der Heilige Vater allen denen, welche ihm aus der ganzen Welt ihre Gaben zur Verteilung an die Hilfsbedürftigen anvertraut hatten, Rechenschaft schuldig zu sein und am ersten Jahrestage, am 20. Dezember 1920, ließ er im „Osservatore Romano“ eine genaue Aufstellung über die Verteilung des insgesamt 16 747 604.45 Lire betragenden Sammelergebnisses veröffentlichen. Dabei wird erwähnt, daß „diese Summe nur einen ganz geringen Teil (una minima parte!) dessen bildet, was zusammengekommen ist, da ein Teil der Gaben in Kleidern, Wäsche,

¹⁾ s. S. 138.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920, Nr. 9.

³⁾ ebenda Nr. 18.

⁴⁾ ebenda Nr. 25.

⁵⁾ ebenda Nr. 44.

⁶⁾ ebenda Nr. 47.

Medikamenten und ein Teil der Geldbeträge unmittelbar an die Bedürftigen oder an die verschiedenen Hilfsausschüsse geschickt worden ist. . . . Kein Volk der Erde ist den Seufzern der hungernden Kinder gegenüber gefühllos geblieben," alle Erdteile und alle Missionsländer sind vertreten und haben dem Rufe ihres geistlichen Oberhauptes Folge geleistet. Die Gaben an Kleidern, Nahrungsmitteln usw. wurden in Rom und Mailand gesammelt und gingen in ganzen Waggonladungen direkt nach den Notstandsgebieten. Es erhielten:

Deutschland einschließlich einer ansehnlichen Summe für dort wohnhafte Italiener und für dort untergebrachte Kinder aus dem Baltenlande, sowie 250 000 Lire in Teigwaren L.	4 100 689
Oesterreich, einschließlich der gleichen Summe für Teigwaren und für 500 000 Lire in Wäsche	„ 3 654 317
Polen	„ 2 025 000
Ungarn	„ 1 291 000
Tschechoslowakei	„ 1 075 000
Jugoslawien	„ 500 000
Bulgarien	„ 500 000
Rumänien	„ 400 000
Ukraine	„ 350 000
Litauen	„ 350 000
Lettland	„ 200 000
Kaukasien	„ 226 000
Armenien und die Krim	„ 300 000
Cicilien	„ 50 000
Syrien	„ 25 000
Nord-Frankreich	„ 200 000
Venetien einschließlich Südtirol	„ 265 000
Verschiedene Schweizer Komitees zur Unterbringung deutscher und österreichischer Kinder	„ 464 137
An den Genfer Internationalen Verband „Save the Children Fund."	„ 669 310

Die Gesamtsumme übersteigt das veröffentlichte Endergebnis der Sammlung erheblich, weil der Papst aus Eigenem sie mit einer Gabe von 100 000 Lire eröffnet hat und überdies in den auf Banken eingezahlten Beträgen insgesamt erhebliche Zinsen auf-liefen, die mit Zuschüssen aus eigenen Mitteln vom Heiligen Vater zur Abrundung der Gabensummen nach oben verwendet wurden.

Während in Deutschland der „Evangelische Bund“ das Tun des Papstes benörgelte, ¹⁾ bemängelte auf der Gegenseite die römische französische „Italie“ das Mißverhältnis der nach Frankreich und Deutschland geflossenen Gaben; sie mußte sich vom „Osservatore Romano“ ²⁾ sagen lassen, sie möge sich erst einmal nach Oesterreich, Deutschland, Frankreich und Belgien begeben, um zu sehen, wo die Not sei und wo nicht. In Frankreich solle sie sich bei einigen Bischöfen erkundigen, die nicht gerade geringfügige Summen erhielten und auf deren reichen Peterspfennig der Papst zugunsten des verwüsteten Nordfrankreich verzichtet habe. Das Gleiche gelte von Belgien, wo z. B. allein die Diözese Brügge 200 000 Franken erhielt. Dann besuche sie Kardinal Mercier und lasse sich bestätigen, daß ihm bei seinem letzten Besuche der Papst noch 144 000 Lire aushändigte, und zuguterletzt möge sie sich erinnern, daß die Sammlung ausdrücklich für die armen Kinder Zentraleuropas, d. h. der Mittelmächte angekündigt wurde.

Die Gabe von 300 000 Lire für Konstantinopel verdient noch einige erläuternde Worte. ³⁾ Zwei Drittel davon waren nämlich an die mit den Resten der Wrangelarmee aus der Krim Geflüchteten gegangen. Im Auftrage des Papstes überreichte der Apostolische Delegat Msgr. Dolci den Betrag dem russisch-orthodoxen Metropoliten Anastasios, damit dieser ihn auf die beste Art verwende. — „Allein schon der Gedanke,“ sagt der Metropolit in seinem Dankschreiben, „daß die Anregung zu diesem Akte wahrer Größe, christlicher Liebe und Barmherzigkeit mit den unschuldigen Opfern der bolschewistischen Tyrannei vom Oberhaupte der römischen Kirche selbst ausgeht, rührt mich und meine Landsleute aufs tiefste.“ Zur Organisierung der Hilfeleistung lud der

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ verschweigt in der von ihr abgedruckten Gabenliste des Papstes die beiden letzten Beträge (über 1 Million Lire), von denen der größte Teil wiederum deutschen und österreichischen Kindern zugute kam. Gleichzeitig bemängelte sie, daß der Papst seine Gaben nicht durch einen eigenen Kardinallegaten in Deutschland verteilen ließ; als ob der Papst, der sich dazu der deutschen Kardinäle und Bischöfe bediente, dessen bedurft hätte! Ueberdies hatte er noch seinen in München und Berlin beglaubigten Nuntius, während in Frankreich um jene Zeit noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1921, Nr. 4, S. 26.

³⁾ Ich folge hier der ausführlichen Darstellung im „Oss. Rom.“ vom 26./28. Dezember 1921.

Metropolit den Delegaten besonders ein, der auch, wie die türkische Presse feststellt, den geflüchteten orthodoxen Bischöfen jede mögliche Aufmerksamkeit erwies, indem er ihre sofortige Ausschiffung erwirkte, namens des Papstes die Sommervilla der Delegatur zur Verfügung stellte und für Unterbringung bei den Lazaristen von St. Georg sorgte. Eine Abordnung, bestehend aus dem Metropoliten, der Baronin Wrangel und der Gemahlin des russischen Vertreters in Konstantinopel, erschien beim Delegaten, um dem Papst den Dank auszusprechen. — Das restliche Drittel jener Summe war für die geflüchteten Armenierkinder bestimmt, für welche der Papst auf Wunsch der Bevölkerung das nach ihm benannte große armenische Waisenhaus errichten und auf seine Kosten hatte unterhalten lassen. Die Erweiterung machte eine Verlegung nach Kadi-Köi notwendig und damit wurde die Anstalt den armenischen Mechitaristen von Venedig übertragen. Diese traten nun an das „Nationale Hilfswerk für Armenien“ heran, um von diesem einen Beitrag zu erhalten; er wurde ihnen auch gewährt, aber unter der Bedingung, daß der Name des Papstes von der Anstalt entfernt werde! (Dieses armenische Hilfswerk steht unter freimaurerischem Einflusse.)

Der gleiche Geist reiner Nächstenliebe und Großmut spricht daraus, daß um jene Zeit auch der Heilige Vater seinen Nuntius in Bukarest beauftragte, die beiden beim Bombenattentat im Senate verletzten schismatischen Bischöfe Grigorio und Nifon im Spitale zu besuchen. ¹⁾

Und schon vernehmen wir von einer neuen Gabe von 300 000 Kronen, welche der apostolische Nuntius in Budapest an die dortigen Waggonbewohner, Vertriebene aus Siebenbürgen, verteilte. ²⁾

Mit dem Abschlusse der ersten Gabensammlung begann allmählich der Strom von Spenden zu erlöschen. Und dennoch „war die Zahl der Gebiete gewachsen, wo die Völker und vor allem die Kinder aus Mangel an allem ein immer härteres Leben führen; in manchen Teilen auch entbrannte von neuem der Krieg mit jenen Schäden, die ihm notwendigerweise folgen, und mit allen Arten von Unheil. Anderwärts wurde die Ordnung der Dinge umgestürzt und wüteten noch größere und fürchterlichere Greuel,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 29. Dezember 1920.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 6.

es traf sich, daß zahllose Familien dem Elend anheimfielen. Die Eheleute wurden voneinander gerissen, die Kinder von ihren Eltern getrennt, und der Gebiete sind nicht wenige, in denen es überaus schwer ist, für Verbindungen für die Bodenbewirtschaftung zu sorgen, sodaß das Volk dort von gleichen Befürchtungen erfüllt ist wie in den Tagen des schlimmsten Krieges." So schildert der Papst in einem neuen Aufrufe vom 1. Dezember 1920 die Sachlage und begründet ihn, indem er gleichzeitig allen dankt, die schon so reichlich beigesteuert haben, und besonders lobend der Mitwirkung des „Save the Children Fund" beim Sammeln wie Verteilen gedenkt. Somit richte er beim Herannahen des Geburtsfestes des Herrn von neuem den Ruf an die christlichen Völker „sie mögen Uns geben, auf daß Wir ein wenig Linderung den kranken Kindern und den Notleidenden, wo immer sie sich finden, zukommen lassen können." Vor allem wendet er sich an die Kinder der reicheren Länder, zum bevorstehenden Feste des Christkindes der Armen zu gedenken. „Muß es nicht gerade ihnen scheinen, als ob die verlassenen Kinder der elendesten Gebiete ihnen die Hände entgegenstreckten und auf die Krippe hinweisen, in der das göttliche Kind ruht?" Es soll also am Feste der unschuldigen Kinder in allen Diözesen die Fortführung des Sammelwerkes verkündet werden, das wiederum der Papst selbst mit einer Gabe von 100 000 Lire eröffnet. ¹⁾

Indessen trat auch im Geben keine Atempause ein. Schon im folgenden Monate erhält Bischof Majlath von Siebenbürgen 300 000 Lire für seine Kriegerwaisen und Notleidenden, der rumänische Nationale Hilfsfonds desgleichen 100 000 Lire; ²⁾ den aus Südrußland und der Krim nach Konstantinopel geflüchteten Polen ließ der Papst seine Gabe von je 20 Lire und den Kindern Nahrungsmittel austeilen. Die Mission in Honan erhielt für die Hungernden 50 000 Lire, an Deutschlands arme Kinder ging eine neue Gabe von 200 000 Lire, den in Vevey ansässigen russischen Flüchtlingen kamen durch den dortigen Pfarrer 20 000 Lire zu. ³⁾

Wieder fließen aus der ganzen katholischen Welt Millionen in Rom zusammen; schon im zweiten Monate ist die sechste überschritten, alle Erdteile, alle Länder sind vertreten, an erster

¹⁾ s. „K. Kztg." 1920 Nr. 50.

²⁾ s. Bukarester Korr. des „Oss. Rom." vom 30. Dez. 1920.

³⁾ s. „K. Kztg." 1920 Nr. 9.

Stelle aber die Vereinigten Staaten (Boston mit 1 026 000 L.,) Nur gelegentlich vernehmen wir, wenn irgendwo im Auslande das Eintreffen einer neuen Gabe des Papstes öffentlich quittiert wird, wohin die Gaben flossen; so erhielten die Hungernden der Ukraine im Februar 100 000 Lire, das litauische und baltische Rote Kreuz sprechen ihren Dank für die „bedeutenden Summen“ aus, ohne Beträge zu nennen, Fiumes Stadtarme erhielten 50 000 Lire.¹⁾ Hollands Katholiken entsprachen der Einladung des Papstes durch eine direkte Gabe von 2 670 186 Kronen, die deutsch-amerikanischen Katholiken sandten durch Erzbischof Mundelein 30 Millionen Pfund Mehl nach Deutschland.²⁾ Den Kriegerwaisen Südslaviens sandte der Papst eine halbe Million Dinare zu.³⁾ Im April erhalten die armen Kinder Deutschlands durch die Münchener Nuntiatur 500 Zentner Teigwaren, 2000 Knabenanzüge, 5000 Wolldecken; auch Litauen empfing deren 2000⁴⁾ und die Gabensammlung erreichte fast die zehnte Million. In Mossul eröffnete der Apostolische Delegat Msgr. Smets mit Mitteln des Papstes ein neues Waisenhaus..⁵⁾ Wenige Wochen später erhielten notleidende deutsche Hochschüler Münchens durch die Nuntiatur 50 000 Lire, während der Heilige Vater aus eigenen Mitteln zur Vollendung des Linzer Mariendomes 100 000 Lire und für das Wiener Canisiuswerk 20 000 Lire beisteuert. Im Juni empfing das Hilfswerk für lungenkranke deutsche Studenten allein 1 200 000 Lire;⁶⁾ im August hören wir, daß an die armen Kinder Albanien's „ohne Unterschied des Ritus und der Konfession“ 200 000 Lire verteilt wurden; 25 000 Lire überreichte der Nuntius in Budapest dem Ausschuß zur Heimbeförderung Kriegsgefangener. Der Bischof von Linz erhielt 12 000 Meter Stoffes für seinen notleidenden Klerus und Nord-Ho-nan in China, „von der Hungersnot heimgesucht, erhielt 50 000 Lire.⁷⁾ Die nächste bekannt gewordene Gabe floß den Armen der Diözese Kaschau zu, 150 000 Lire.⁸⁾

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1920 Nr. 12.

²⁾ ebenda.

³⁾ ebenda.

⁴⁾ ebenda Nr. 20.

⁵⁾ ebenda.

⁶⁾ ebenda Nr. 30.

⁷⁾ ebenda Nr. 38.

⁸⁾ ebenda Nr. 43.

Als im September 1921 der Versuch, die Hilfe für das russische Hungergebiet auf internationaler Grundlage zu organisieren, an politischen Einflüssen scheiterte, — man wäre so gnädig gewesen, trotz der Gegnerschaft der italienischen Vertreter Casalini und Colonna di Cesaro, den Papst teilnehmen zu lassen — überwies dieser sofort der Rußlandhilfe des Roten Kreuzes in Genf und dem Kinderhilfswerk für Rußland je eine halbe Million Lire mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß ganz allein die Bedürftigkeit bei der durch Erzbischof Baron von Ropp und Msgr. Cieplak vorzunehmenden Verteilung maßgebend zu sein habe, nicht aber Stamm oder Konfession. ¹⁾ Ferner erhielt jeder armenische Bischof 5000 Lire für seine Diözese und die besonders schwer heimgesuchten Distrikte Ardin und Mardin eine Sondergabe von 50 000 Lire. ²⁾ Im Oktober übergab Msgr. Lary von der Berner Nuntiatur dem Oberkommissär der Russenhilfe Fridtjof Nansen eine halbe Million Lire, nachdem sich der Völkerbund damit begnügt hatte, eine Depesche des Papstes, in welcher dieser an dessen „Gefühle der Menschlichkeit und Brüderlichkeit appelliert hatte, damit raschestens Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, das unglückliche russische Volk zu retten“, mit „tiefer Ehrerbietung“ aufzunehmen und an die — zuständige Kommission zu überweisen. ³⁾ Die Alarmnachrichten aus Rußland drängten die Katholiken zu erneutem Geben und die erste Liste für dieses Land, zumeist italienische Spender nennend, verzeichnete schon 320 000 Lire.

Daneben hören wir von einem Geschenk von 180 000 Mark an die deutsche Görresgesellschaft zur Fortsetzung des wissenschaftlichen Monumentalwerkes Concilium Tridentinum; die Summe wurde aus jenen Mitteln gegeben, welche dem Papste zu freier Verfügung zufließen. ⁴⁾

Am Ende des Jahres verzeichnete die Gabenliste des Kinderhilfswerkes insgesamt 13 451 917 Lire, die der Rußlandhilfe 498 000 Lire.

Wenige Wochen später gestaltete sich das russische Hilfswerk zu einer selbständigen, päpstlichen Hilfsaktion großen Stiles, von eigenem Personal auf russischem Boden im Einvernehmen mit den

¹⁾ s. „Corriere d'Italia vom 7. Sept. 1920.

²⁾ s. „K. Kztg.“ Nr. 43.

³⁾ ebenda Nr. 47.

⁴⁾ ebenda.

Sowjetbehörden geführt; das weitere darüber wird man im Kapitel „Sowjetrußland“ finden. ¹⁾

Auf Weihnachten 1921 erhielt Kardinal Bertram ausdrücklich für den bedürftigen Mittelstand eine halbe Million Lire und der gleiche Betrag ging für die Notleidenden Wiens an Kardinal Piffli. ²⁾ Zwischen hinein vernimmt man, daß z. B. das Sanatorium für rachytische, lymphitische und schwächliche Kinder Alarin de Roscoff in Paris einen Zuschuß von 200 000 Franken empfang.

Papst Benedikt XV. rang mit dem Tode, aber auch da erlahmte seine Gebefreudigkeit nicht und die letzte Gabe, von der wir Kenntnis erhalten, ist eine solche von 200 000 Lire für die Unterbringung deutscher Kinder in der Schweiz und ein gleicher Betrag zur Verteilung an deutsche Anstalten zugunsten schwind-süchtiger Kinder. ³⁾ Und wer nun auf diese Seite des Lebens des verewigten Völkerhirten zurückblickt, der sei sich wohl bewußt, daß unsere Aufstellung sehr große Lücken aufweist, da wir oft nur zufällig in irgendeinem Auslandsblatte, also aus dritter oder vierter Hand Kenntnis von den Gaben erhielten, die aus des Papstes Hand flossen. Er hat so unendlich vielen der geringsten der Brüder Christi geholfen und die lieblichen Werke der Barmherzigkeit in all ihren Gestalten ausgeübt, daß er leichten Herzens vor seinen Herrn und Gott und Richter treten konnte.

¹⁾ Obwohl der inzwischen verstorbene Ex-Patriarch Tychon das Haupt der rom- und papstfeindlichen Strömung innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche war, hat sich Papst Pius XI. auf der Konferenz von Genua für ihn und seinen Klerus, soweit er der Freiheit beraubt war, bei Tschitscherin verwendet. Trotzdem ließ sich gleichzeitig das Oberhaupt der russischen Emigranten-Synode, der Metropolit Antonius in seinem Feldzuge des Hasses und der Verdächtigung Roms von keinen Bedenken zurückhalten. Es ist daher, wie P. D'Herbigny S. J. in seinem Buche „L'Ame Religieuse des Russes“ mit Recht schreibt, nicht zu verwundern, daß die Abfälle vom christlichen Glauben unter der russischen Emigranten-Bevölkerung so zahlreich sind. Seelen, die es nach Gott verlangt, lassen sich nicht durch Beschimpfungen und Verleumdungen anderer befriedigen; viele verachten daher das Christentum und versinken unbewußt in krassen Materialismus, der ja der Glaube der Sowjets ist. Nachdem man im Vatikan eine von jenem Metropoliten verfaßte Hetzschrift gegen den Papst erhalten hatte, erfuhr man dort gleichzeitig, daß ein Neffe jenes russischen Bischofs in der Krim sich in größter Not befinde. Darauf erteilte der Papst der dortigen päpstlichen Hilfsmission Befehl, sich nach Kräften für den Notleidenden einzusetzen und er erhielt eine Anstellung unter dem russischen Personal dieser Mission. (vgl. „The Tablet“ vol. 145, Nr. 4427.)

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 3.

³⁾ ebenda Nr. 8.

Giacomo della Chiesa ist gestorben, Petrus aber, der Papst, stirbt nicht. Derselbe, der einst einer armen polnischen Jüdin und Mutter von fünf halbverhungerten Kindern auf Bitten einer ebenso armen Christin den ganzen Inhalt seiner Brieftasche zur Beschaffung einer Milchkuh in die hingehobenen Hände schüttete, bestieg als Pius XI. den Stuhl Petri. ¹⁾ Im Geiste seines Vorgängers fortzuwirken, ist sein ausgesprochener Vorsatz und so überreichte er selbst sofort jedem der Kardinäle aus dem Gebiete der ehemaligen Mittelmächte 200 000 Lire zur Verteilung an Notleidende und als Bischof von Rom, als welcher er ja Papst ist, überwies er für die Armen der ewigen Stadt 150 000 Lire seinem Almosenamte. Wenn nun vorab eine größere Lücke einzutreten scheint, so möge der Leser das Kapitel Rußland aufschlagen, um zu finden, daß nicht nur keine Unterbrechung, sondern eine womöglich noch lebhaftere und erweiterte Betätigung der obersthirtlichen Caritas die bisherige Linie fortsetzte.

Smyrna, infolge der letzten Kämpfe zwischen Türken und Griechen ein Raub der Flammen, zu einem neuen Herde von Not und Elende geworden, erhielt seine erste Hilfe vom Papste, der sofort 100 000 Lire an Erzbischof Vallega sandte und für die nach Konstantinopel drängenden griechischen Flüchtlinge dem dortigen griechisch-katholischen Bischofe Calavaßis 400 000 Lire und dem armenischen Patriarchalvikare 100 000 Lire überwies. Msgr. Marmaggi, Nuntius in Bukarest erhielt telegraphischen Auftrag, sich sofort nach dem goldenen Horn zu begeben und, ausgestattet mit besonderen Vollmachten, sich mit allen beteiligten Bischöfen und den zuständigen Behörden in Verbindung zu setzen, um die nötigen Maßnahmen zur Unterstützung und Beruhigung der Flüchtlinge und Christen sowohl in Konstantinopel wie auch in Thrazien und Kleinasien zu treffen; in Smyrna sollte er persönlich dem Erzbischofe seine Unterstützung leihen und um seine Tätigkeit möglichst wirksam zu gestalten, wurde auch ihm ein bedeutender Betrag zur Verfügung gestellt. 114 Ballen Kleider, Wäsche und Schuhwerk langten über Dedeagatsch an und kamen sofort zur Verteilung, aber so groß war die Not, daß allein schon unter der Ungunst der winterlichen Witterung jede Nacht eine Anzahl der unglücklichen Opfer des neuentbrannten Krieges, für die Welt eine neue Ursache der Bewunderung der Türkei, tot auf offener

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 22. Febr. 1922.

Straße gefunden wurde.¹⁾ Da die Flüchtlinge auch in Massen nach Griechenland zurückfluteten, wurde im Piräus eine weitere Hilfsstelle errichtet. Noch im Juli 1923 vernehmen wir nur kurz die Tatsache, daß von der päpstlichen Fürsorge in Konstantinopel 13 000 griechisch-orthodoxe Kinder erfaßt sind und zu Selimna eine neue Hilfsaktion organisiert worden ist.

Trotz aller dieser Sorgen vergaß der Papst selbst über den Riesenanforderungen des russischen Hilfswerkes der deutschen Not nicht. Im Januar 1923 erhielt der Albertus Magnus-Verein zur Unterstützung katholischer Hochschüler eine Gabe von 50 000 Lire und an diesem Wertverhältnisse läßt sich ermessen, welche Beträge die halbe Milliarde Mark darstellte, welche Pius XI. zur Jahreswende den drei deutschen Kardinälen überwies; gleichzeitig erhielt Kardinal Piffli den gleichen Anteil. Wenige Wochen später ließ der Papst dem deutschen Fürsorgebüro für lungenkranke Hochschüler in Leipzig durch Kardinal von Faulhaber 40 000 Lire zuweisen und im April gab er auf persönliche Bitte des Reichsarbeitsministers 200 000 Lire zur Unterbringung lungenkranker deutscher Kinder in Davos. Der französische Ruhe'nfall veranlaßte die Entsendung Msgr. Testas als a. o. Delegaten und seine Tätigkeit gehörte ausschließlich in diesem Kapitel geschildert, denn sie war nicht politisches, sondern rein caritatives Wirken; trotzdem registrieren wir hier nur seine Gabe von 20 000 Lire für das Asyl für Obdachlose bei Gelegenheit seines Besuches in Berlin. Im Juni fließt eine weitere halbe Million Lire den Notleidenden Deutschlands zu, im Juli erhält die Wirtschaftsstelle der deutschen Studentenschaft durch Kardinal Schulte eine Gabe von 100 000 Lire, im Oktober quittiert Kardinal Piffli mit tiefem Dank den Empfang von 325 000 Lire für Wohltätigkeitszwecke, während den Kardinälen Schulte und Bertram je 150 000 Lire zur Verteilung an die auf der Fuldaer Konferenz vertretenen Diözesen zukamen.²⁾ Das Begleitschreiben des Heiligen Vater sagte u. a., „daß Unser Wille viel weiter geht als die dargebotene Hilfe, glauben Wir zum Troste der Deinen sagen zu sollen. . . sie mögen trotz der Größe des Notstandes nicht mutlos werden, sondern auf die Güte der göttlichen Vorsehung umso fester

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 9.

²⁾ ebenda Nr. 47.

vertrauen, je größer Not und Teuerung sind." Der Bischof von Osnabrück, der zum Besuche ad limina in Rom weilte, erhielt für die Diasporanotleidenden persönlich 50 000 Lire mit nachhause nebst der Versicherung, daß der Papst bemüht sei, die Leiden zu lindern und für Gerechtigkeit und Friede einzutreten. Er habe viel mehr getan, als die Oeffentlichkeit wisse und erfahren dürfe (Ruhrkonflikt!). Am 24. Oktober empfing der Papst die Präsidenten des deutschen Caritasverbandes und ließ ihnen für besondere, ihm vorgetragene Zwecke den Betrag von einer Million Lire übergeben.

Noch eine Tat verzeichnet das Jahr 1923, welche nicht verschwiegen werden darf. 400 armenische Waisenkinder, welche mit ihren einheimischen Schwestern von der Unbefleckten Empfängnis aus ihrer Heimat vertrieben vergebens Obdach suchten, ließ der Papst auf seine Kosten nach Italien kommen. Den einzigen Sommerpalast, den ihm die italienische Regierung nicht weggenommen, den zu Castelgandolfo, überwies er den Waisen, bis im Herbst zu Stupinigi ein geeignetes Hospiz erworben war, wo sie jetzt sich des Friedens und der Sicherheit erfreuen. Beim Abschiede vertraute er den Kindern noch ein großes Geheimnis an. „Zu Castelgandolfo, sagte er, an eure Stelle, an die Stelle der Morgenröte des Lebens wird bald die untergehende Sonne treten. Wir hegen einen Plan. Es gibt auf der Welt und besonders in Italien viele arme Bischöfe, die all ihre Kraft aufgebraucht haben, ihr ganzes Leben im Dienste ihrer Herde erschöpften und nun, am Ende ihrer Tage angelangt, ohne Heim dastehen. Und doch haben sie einst auf alles verzichtet, auf Familie, auf Vaterland, auf Geld. In ihren alten Tagen sind sie krank, müde, gebrochen von der Arbeit und ohne ein schützendes Dach. Daher wollen Wir Castelgandolfo zum Heime dieser armen Bischöfe machen.“¹⁾

„Wir geben für Deutschland, was Wir können, nicht was Wir gerne geben möchten,“ äußerte sich der Heilige Vater im Dezember 1923 gegenüber dem Erzbischof Hauck von Bamberg, ²⁾ indem er den Inhalt seiner Briefftasche in dessen Händen leerte und ihm auftrag, trotz der durch die Inflation bewirkten Vernichtung des mit Mühe von den Katholiken angesammelten Bau-

¹⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 15. September 1923.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1924, Nr. 3 S. 18.

kapitals sofort mit dem Bau des notwendig gewordenen neuen Priesterseminares zu beginnen. Für die von Bamberg abhängigen Diasporapfarreien in Thüringen wies er noch weitere 100 000 Lire an.

Im Januar 1924 gingen nach Deutschland 20 000 Lire an die Berliner Mütterhilfe, 1 200 000 Lire in baar, 50 000 Meter Stoff und 3 Hektoliter Olivenöl für kirchliche Zwecke und 50 000 Lire an die Arbeitsgemeinschaft der katholisch-theologischen Fakultäten und Lehranstalten Deutschlands zur Fortführung wissenschaftlicher Zeitschriften, „da der große Beitrag, der vom Klerus und von den deutschen Gelehrten zur wissenschaftlich-religiösen Bewegung geleistet werde, keine Hemmung erleiden dürfe.“ Ueberdies forderte der Papst, da seine Kasse sich immer wieder leerte, die Nuntien und durch sie den Episkopat aller Länder zu einer erneuten großen Hilfsaktion für Deutschland auf. Mit der Organisierung und Ueberführung der (vornehmlich aus Amerika einlaufenden) Gaben wurde P. Walsh, der ehemalige Leiter des russischen Hilfswerkes, mit der Verteilung in Deutschland der Caritasverband betraut. Am 20. Januar wurde der Aufruf des Papstes von allen Kanzeln der katholischen Kirchen der Vereinigten Staaten verlesen. In Spanien erließ der Kardinal-Primas ein Rundschreiben zum gleichen Zwecke und schrieb für den 13. Januar eine Nationalkollekte aus, und der Erfolg dieser neuen Aktion ermöglichte es, Deutschland im Februar 1924 eine weitere Million Lire, sowie 40 000 Meter Stoff zukommen zu lassen; Kardinal Piffl erhielt zur Linderung der Not in seiner Diözese 600 000 Lire. Mit Recht pries der Papst im Konsistorium vom 24. März 1924, in dem überraschenderweise die Erzbischöfe von New-York und Chicago den Purpur erhielten, die „großartigen Geheimnisse jenes Wunders der Nächstenliebe, dessen Zeuge Wir durch Euer Land geworden und wofür Wir Eurem Volke zu Dank verpflichtet sind.“ Im gleichen Momente sandte das erzbischöfliche Ordinariat Westminster als Ergebnis der Sammlung für arme Kinder der von den Engländern besetzten Kölner Zone 300 Pfund und 1000 Schweizer Franken an Kardinal Schulte. ¹⁾

Damit sind wir in der unmittelbaren Gegenwart angelangt. Gewiß, vieles wäre noch nachzutragen, denn es gibt keine amtlichen Ausweise darüber, keine reklamehaften Aufstellungen mit

¹⁾ ebenda Nr. 17.

kalten Ziffern. Die wenigen Ergänzungen, welche wir noch der „Katholischen Korrespondenz“ ¹⁾ entnehmen, stellen die von offizieller Seite stammende Feststellung voran, daß „die unmittelbaren Spenden des Heiligen Stuhles so sehr ohne konfessionelle Rücksichtnahme gegeben wurden, daß in Rom die Klage einlief, der Hl. Vater schenke zu viel an Nichtkatholiken. Man entgegenete aber dort, die Größe der Not sei allein maßgebend für die Bestimmung der Unterstützungen. „Die letzte Fürsprache des Papstes für die Linderung der deutschen Not, die wir vorstehend erwähnten, ergab nach Mitteilung des Apostolischen Delegaten Msgr. Fumasoni Biondi bereits am 15. Dezember 1923, also am zehnten Tage 100 000 Dollars, gleichzeitig sammle ein Zentralkomitee unter dem Protektorat Kardinals Hayes' Lebensmittel und Kleider. Am 30. Januar meldete der Generalsekretär Rummel: Der caritative Feldzug findet herzliche Aufnahme. 30 000 Kilo Kleider und 10 000 Kilo Lebensmittel sind schon abgeschickt; noch größere Quantitäten stehen zur Verfügung und gehen mit jedem abfahrenden Dampfer übers Meer.“ Die drei Dampfer Orduna, Mount Carrol und Albert Ballin haben allein 378 098 Kilo Kleider und Lebensmittel aus dieser Sammlung herübergebracht; bis zum 1. Juli 1924 war das Quantum auf 832 882 Kilo angewachsen. Ueber die Hilfsaktion in Argentinien berichtete der dortige Nuntius Msgr. Cardinale unterm 30. Januar 1924, daß die Sammlung 34 661 Pesos erreicht habe, aber noch lange nicht vollständig sei. All das, was hier, was in Holland ~~und der Schweiz, in Spanien usw. von unseren Glaubensbrüdern~~ und der Schweiz, in Spanien usw. von unseren Glaubensbrüdern zur Linderung deutscher Not geleistet wurde, verdanken wir immer und immer der Anregung und Aufmunterung, dem Beispiele des Heiligen Vaters. Millionen sind uns aus den Ländern zugeflossen, mit denen wir im Kriege gestanden, Millionen, welche uns davon erzählen, daß die Liebe den Haß bereits überwunden hat. Und wenn wir die veröffentlichten Gabenlisten im „Osservatore Romano“ durchsehen, finden wir neben den Summen aus den Kulturstaaen der ganzen Welt die Gaben der Eingeborenen Australiens, der Gilbert Inseln, der Bewohner Alaskas, Japans und Chinas, ausschließlich von Schwarzen bewohnte apostolische Vikariate Innerafrikas, Tagalen und Mal-

¹⁾ Nr. 286 vom 17. Juli 1924 und Nr. 293 vom 7. August 1924.

gaschen, kurz, wo immer Kinder der großen katholischen Weltfamilie leben, wurde dem Rufe des Papstes Folge geleistet.

Das einzige Denkmal, das heute auf öffentlichem Platze in der ehemaligen türkischen Hauptstadt Konstantinopel sich erhebt, ist das des Papstes. Mit den freiwilligen Gaben von Angehörigen aller dort vertretenen Konfessionen mit Ausnahme der Katholiken hat man es errichtet, es wollte ja ausdrücklich ein Akt der Dankbarkeit der Nichtkatholiken gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche sein, ein Akt der Dankbarkeit für die Liebestätigkeit, welche weder in Religion, noch Nation, noch Rasse einen Hinderungsgrund anerkannte, sondern einfach nach Christi uneingeschränktem Gebote handelte.

Polen

Polens Aufteilung war ein Unrecht. Auch wer für die Polen keine Zuneigung empfindet, wird zugeben müssen, daß Polen als Nation und Staat wie jedes andere Volk ein Recht auf eine selbständige Existenz besaß und daß es kraft des katholischen Bekenntnisses fast der Gesamtheit seiner Staatsbürger innerhalb der katholischen Völkerfamilie nicht weniger Anspruch auf eine herzliche Anteilnahme des gemeinsamen Vaters, des Papstes, hatte, als jede andere katholische Nation oder der katholische Bruchteil einer Nation. „Der Heilige Stuhl, welcher Polen geliebt hatte, als es auf dem Gipfel seines Ruhmes stand, liebte es wenn möglich noch mehr in seinem Unglück, gleich einer Mutter, die ihre Tochter umso mehr liebt, je unglücklicher sie dieselbe sieht. Müssen Wir vielleicht daran erinnern, daß während der Zerstückelung Polens der einzige, der sich, wenngleich erfolglos, erhob, dessen Nationalität und Unabhängigkeit zu verteidigen, Papst Clemens XIV. heiligen Angedenkens war, der in kräftiger Sprache an alle katholischen Mächte schrieb? Und müssen Wir vielleicht daran erinnern, daß in den langen Jahren des Martyriums des polnischen Volkes, während andere der brutalen Gewalt des Unterdrückers stillschweigend zusahen, Unsere Vorgänger Gregor XIV. und Pius IX. es waren, die in energischen Protesten zur Verteidigung der Unterdrückten ihre Stimme erhoben?“ So konnte mit vollem Rechte Papst Benedikt XV. in den Tagen, da

der Weltkrieg sich zum Ende neigte, an Erzbischof Kakowski von Warschau schreiben.¹⁾

Die Trümmer, die auf kirchlichem und religiösen Gebiete insbesondere in jenen Teilen, die der russischen Herrschaft unterworfen gewesen waren, neben jenen anderen Trümmern, die durch die Furie des Krieges auf dem russischen Kriegsschauplatze bis an die Karpathen und die ehemalige deutsche Grenze heran sich angehäuft hatten, legten dem Heiligen Stuhle eine besondere Fürsorge für Polen nahe. Schon um die Mitte des Jahres 1918 galt der Weltkrieg als soweit entschieden, daß mit voller Sicherheit auf die Wiederherstellung Polens gerechnet werden konnte und im Hinblick auf die damit sich erhebenden großen kirchlichen Aufgaben und die Wiedererrichtung der s. Z. von den Russen unterdrückten Kirchenprovinzen glaubte der Papst am besten zu tun, wenn er die Sachlage durch eine Vertrauensperson einer eingehenden Begutachtung unterziehen ließ. Die Wahl fiel überraschenderweise auf den Präfekten der vatikanischen Bibliothek, Msgr. Achille Ratti, der sich als Gelehrter eine gründliche Kenntnis der Geschichte Osteuropas erworben hatte; während der Jahre seiner Tätigkeit im Vatikan hatten sowohl Papst Benedikt XV. wie sein Staatssekretär im vertrauten persönlichen Verkehr die hervorragenden Eigenschaften dieses Prälaten kennen gelernt, der von Mailand aus schon halb Europa bereist hatte, die Welt mit dem Auge des Priesters betrachtete und auch die erforderlichen sprachlichen Kenntnisse für eine solche Mission besaß. Ausschlaggebend dürfte aber wohl sein feines Taktgefühl gewesen sein, das sich in dem manchmal recht gespannten Verhältnisse der Besatzungsbehörden und der Bevölkerung zurechtzufinden wußte. Seine Aufgabe sollte eine ausschließlich religiöse und kirchliche sein, wie bei seiner Ernennung die dem Vatikan nahestehende Presse besonders zu unterstreichen sich veranlaßt sah.²⁾

Es hat natürlich die Aufgabe des päpstlichen Vertreters wesentlich erleichtert, daß Papst Benedikt XV., geleitet von dem Bestreben, daß das an Polen begangene Unrecht irgendwie wiedergutmacht werden müsse, in seiner Friedensnote vom 1. August 1917 bereits unzweideutig geschrieben hatte: „Der gleiche Geist der

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 9. November 1918.

²⁾ s. „Secolo“ vom 23. Mai 1918.

Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen; namentlich erinnern Wir dabei an die Gebiete, welche Teile des alten Königreiches Polen darstellen, dem im besonderen seine edle geschichtliche Vergangenheit und seine namentlich während dieses Krieges erduldeten Leiden gerechterweise die Sympathien der Völker wecken müssen."

Für die Sympathien der deutschen Katholiken für ihre polnischen Glaubensbrüder legte bereits das Ergebnis jener Gabensammlung vom 21. November 1915 Zeugnis ab, welche bis zum 28. Februar 1916 aus den Diözesen Deutschlands 1 590 465,02 Mark (ohne Gnesen-Posen 1 267 763 Mark) erbracht hatte.¹⁾

Wie sehr es übrigens dem Papste allein um Recht und Unrecht und nicht um politische Absichten zu tun war, beweisen einmal seine Worte gegenüber Denys Cochin im August 1918. Dieser berichtet darüber: ²⁾ „Die Rede fiel auf Polen und auf die Msgr. Ratti anvertraute Mission. Eben beschäftigte sich der Papst mit dem ersten Berichte des Prälaten. „Will man handeln — sagte er — ohne sich von politischen Leidenschaften beherrschen zu lassen, um nur der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu folgen und ein getreues Werkzeug der Vorsehung zu sein, fehlt es einem niemals zu sehr an Erleuchtung von oben.“ Und ein zweiter Beweis darf wohl darin erblickt werden, daß Msgr. Ratti, dessen Gewissenhaftigkeit heute unbestreitbar feststeht, das Gebiet von der Ukraine bis hinauf nach Riga kreuz und quer durchstreift hat, ohne in irgendeinen Konflikt mit den Besatzungsbehörden zu geraten; übrigens hatte er auch strikten Auftrag, sich jedweder Einmischung in politische Angelegenheiten zu enthalten. Zahlreiche Bischofsstühle waren neu zu besetzen und insbesondere in den nationalen Mischgebieten bot die Wahl geeigneter Persönlichkeiten große Schwierigkeiten; außerdem erstreckte sich die Kompetenz des apostolischen Visitators — als solcher wirkte Msgr. Ratti vorerst — auch in das russische Gebiet hinüber und die Ernennung des Bischofs Lozinski von Minsk geschah im Einvernehmen mit Kerenski.

¹⁾ s. „Polen“, Wochenschrift für polnische Interessen (Wien), 29. März 1916, Nr. 66, S. 23. Nach derselben Quelle Nr. 101 S. 226 kamen insgesamt 3 791 293 Franken zusammen, davon 308 884 aus Oesterreich-Ungarn, 708 451 aus den Vereinigten Staaten, 113 439 aus Frankreich, 145 000 aus England und 88 119 aus Rußland.

²⁾ s. „Corriere d'Italia“ 20. August 1918, „Una visita al Vaticano“.

Wenn wir gerade der Tätigkeit dieses Vertreters des Heiligen Stuhles besondere Aufmerksamkeit widmen, so geschieht es natürlich im Hinblick auf jene allerhöchste Stellung, zu der Gott ihn wenige Jahre später berief und weil wir in dieser Tätigkeit des Prälaten in Polen den Beweis für jene Gesinnung einseitiger Parteinahme für Polen finden müßten, welche ihm später zum Vorwurfe gemacht wurde. Seine Fahrten waren stets ein Triumphzug, aber ein solcher des katholischen Gedankens und des Oberhauptes der katholischen Kirche, als dessen Vertreter allein Msgr. Ratti in allen Festreden gefeiert wurde. Die Berichte über seine Fahrten ¹⁾ beweisen, daß er sich ganz frei und unbehindert überall bewegen durfte und daß, wo immer Gelegenheit dazu war, die Besatzungsbehörden selbst ihn offiziell begrüßten. Schon darin liegt eine Bestätigung dessen, daß es nirgends zu einer politischen Stellung- oder Parteinahme gekommen ist; auch haben wir irgendwelche Klagen über eine solche in keinem deutschen Blatte jener Zeit gefunden.

Nachdem Deutschland unter seiner protestantisch eingestellten politischen Führung des Krieges in Polen sich alle Sympathien verschert hatte ²⁾ und ihm endlich der Gang der Weltvergnisse das

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 331 (17 803) vom 1. Dezember 1918.

²⁾ Der Leipziger Univ.-Prof., F. Rendtorff schreibt in einer Schrift „Polen. Unpolitische Kriegsbilder eines evangelischen Deutschen“ (Hinrichs-Leipzig) S. 11: „... Alles, was wir im ehemaligen sächsischen Schloß am Sachsenplatz (in Warschau), wo die Zivilverwaltung ihren Sitz genommen hat, erfuhren, hat den Eindruck nach allen Seiten bestätigt, daß die deutsche Verwaltung Polens die Fürsorge für die evangelische Kirche als eine ernste und wichtige Aufgabe aufs Herz genommen hat.“ Und der Abg. Dr. Bell stellte am 8. Juni 1918 im Deutschen Reichstag fest: „Im Generalgouvernement Warschau, das nur einen ganz verschwindenden Prozentsatz evangelischer Bevölkerung aufweist, ist fast der ganze Beamtenkörper von der obersten Spitze bis zum untersten Beamten evangelisch. Die wenigen katholischen Beamten, die in der fast ausschließlich katholischen Bevölkerung ihres Amtes walten, sind nur weiße Raben. In Czenstochau, dem nationalen Wallfahrtsorte der Polen, sind in zweieinhalb Jahren nacheinander fünf evangelische Kreis chefs tätig gewesen. Nun aber das bemerkenswerteste: sogar der Dezernent in der Zentralverwaltung in Warschau, der die katholischen Kirchen- und Schulsachen bearbeitet hat, ist ein aus der Konsistorialverwaltung hervorgegangener Protestant. Der ganze Verkehr der katholischen Bischöfe unter einander und mit Rom geht durch seine Hände. Jeder Brief eines Bischofs an einen anderen muß ihm zur Prüfung vorgelegt werden, und zwar in rein katholischen Angelegenheiten, wie Wiederherstellung von Kirchen, Erlaubnis von Messelesen in Gefängnissen, Anstalten usw. ! ... Für die versprengten deut-

abzwang, was es früher so leicht hätte geben können, aber niemals geben wollte, nahm das bereits geschlagene Land am 4. Oktober 1918 unter seinem Reichskanzler Prinzen Max von Baden u. a. den Vorschlag an: Ein unabhängiger polnischer Staat soll gebildet werden. Er soll alle Gebiete umfassen, die unbestreitbar von polnischer Bevölkerung bewohnt sind. Es soll ihm ein freier Zugang zum Meere zugesichert und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wie auch territoriale Unantastbarkeit durch ein internationales Abkommen gewährleistet werden.¹⁾ Jetzt also, da Deutschland nichts mehr zu vergeben hatte, wurde es großmütig.

Nun war es die Entente und vor allem Frankreich — und zwar aus rein selbstsüchtigen militärisch-politischen Gründen — welche Polen das gaben, was Deutschland, solange es die Macht dazu gehabt hatte, verweigert hatte, und in natürlicher Folgewirkung wendeten sich alle Sympathien des polnischen Volkes und seine tiefe Dankbarkeit denen zu, welche Ernst gemacht hatten. In ursprünglich aussichtsloser Lage, gestellt zwischen die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte oder der Entente, sah es ein dreifaches Schicksal vor sich: Ein Sieg Deutschlands würde die noch rücksichtslosere Fortsetzung der von Preußen betriebenen Germanisierung und Protestantisierung bedeutet haben; ein Sieg Rußlands wäre gleichbedeutend gewesen mit weiterer Russifizierung und Schismatisierung, während ein Abschluß des Krieges ohne Sieger und Besiegte den Fortbestand des status quo, aber auch den Fortbestand jener Bedrückung und Verfolgung mit sich gebracht hätte, welche beide Länder bisher schon innerhalb der bisherigen politischen Grenzen betrieben hatten. Waren doch die Verfolgungsgesetze auch während des Krieges nicht aufgehoben worden. Und nun war alles anders gekommen, Polen war frei, war unabhängig geworden, hatte seine nationale und territoriale Einheit wieder erlangt.

Als erster Gratulant hat sich der Papst eingestellt, er hat am 15. Oktober 1918 an den dem Regentschaftsrat angehörenden

schen Gemeinden wird, soweit sie protestantisch sind, mit Reichsmitteln die Gründung evangelischer Schulen und Kirchen in die Wege geleitet. Der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig ist eigens zu diesem Zweck von der deutschen Verwaltung übernommen worden. Von einer Förderung katholischer Interessen aber hört man kein Wort.

¹⁾ Es lag darin die ausdrückliche Zustimmung zum dreizehnten von den 14 Punkten Wilsons.

Erzbischof Kakowski von Warschau jenes Schreiben gerichtet, aus dem wir bereits in der Einleitung dieses Kapitels einen Teil wiedergaben, ¹⁾ und von dem wir folgende Stellen herausheben wollen:

„... Die Geschichte hat mit goldenen Lettern die Verdienste Polens um die christliche Religion und die europäische Zivilisation verzeichnet, aber leider mußte sie auch verzeichnen, wie schlecht Europa es dafür belohnt hat. Nachdem es Polen seiner politischen Persönlichkeit beraubt hatte, versuchte man auch zu verschiedenen Malen, ihm seinen katholischen Glauben und seine Nationalität zu rauben; doch mit bewunderungswürdigem Widerstand wußten die Polen eines wie das andere zu bewahren und heute, da es eine über ein Jahrhundert währende Unterdrückung hinter sich hat, ist das stets getreue Polen lebendiger als je ...

Wenn die Geschichte der katholischen Kirche Polens im 18. Jahrhundert mit den authentischen Dokumenten, die sich in unseren Archiven befinden, veröffentlicht werden wird — und Wir hoffen, daß dies bald geschehe — dann werden all die unbeschreiblichen Leiden des polnischen Volkes und die unaufhörlichen, wahrhaft mütterlichen Bemühungen des Hl. Stuhles, ihm Hilfe zukommen zu lassen, besser bekannt werden.

Aber, und dafür sei dem Herrn unendlicher Dank erstattet, die Morgenröte der Auferstehung Polens ist endlich angebrochen. Aufs glühende wünschen Wir, daß es sobald als möglich in voller Unabhängigkeit wiederhergestellt, von neuem seinen Platz im Kreise der Staaten einnehme und seine Geschichte als gebildete und christliche Nation fortsetze, und gleichzeitig wünschen Wir all den anderen Nationalitäten, auch den nichtkatholischen, die einst Rußland unterworfen waren, daß es ihnen vergönnt sei, über ihr eigenes Los zu entscheiden, sich zu entwickeln und zu gedeihen nach ihrem Geiste und ihren besonderen Hilfsmitteln.

In der Hoffnung, diese Unsere Wünsche in nächster Zukunft erfüllt zu sehen, drängt es Uns, nachdem Wir jüngst für eine erweiterte und angemessenere Ordnung der katholischen Hierarchie in jenem Lande Sorge getragen haben, Ihnen, ehrwürdiger Bruder, und durch Sie dem polnischen Volke einen weiteren und feierlicheren Beweis Unseres Wohlwollens und Unseres Vertrauens zu geben, und zu diesem Zweck beabsichtigen Wir im nächsten Konsistorium, das zu feiern der Herr Uns gestatten

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 9. November 1918.

wird, Sie zur Kardinalswürde zu erheben. Während der heilige Purpur eine Anerkennung und Belohnung Ihrer priesterlichen Tugenden und der Verdienste sein wird, die Sie, sei es auf dem kirchlichen, sei es auf dem bürgerlichen Gebiete erworben haben, wird er, so hoffen Wir, ein Band sein, das Polen noch enger mit dem Hl. Stuhle verbinden wird. . ."

Inzwischen hatte die Sendung Msgr. Rattis ihre ersten Früchte gezeitigt; im Konsistorium vom 10. März 1919 konnte der Papst verkünden, daß zahlreiche Kathedren in Polen, Litauen und Lettland bereits neubesetzt worden seien, nämlich Minsk, Wlozlaweck, Plock, Sandomir, Sejni-Augustow, Lemberg, Lublin, Kamieniec, Podlachien, Riga, Wilna. Mit diesen Besetzungen war der Damm gegen den von Osten andrängenden Bolschewismus erheblich verstärkt worden, er hatte zahlreiche neue, feste Stützpfeiler gewonnen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen, der mit dem Augenblicke, da es seine Staatlichkeit wiedererlangt hatte, nichts mehr im Wege stand, erwies sich für den Heiligen Stuhl nur allzu rasch als eine zwingende Notwendigkeit. Der katholische Allgemeincharakter des polnischen Volkes drückte sich politisch in jenem Anfangsstadium des wiedererstandenen Landes in der oft beklagten Gleichsetzung von katholisch mit polnisch aus, während die Vertiefung in das Grundsätzliche nach außen hin wenigstens politisch noch nicht in Erscheinung trat. Katholische Priester des griechisch-unierten Ritus und ruthenischer Nationalität wurden in größerer Zahl interniert, weil man weite von Ruthenen bewohnte Gebiete, welche naturgemäß nach der Ukraine hin gravitierten, für Polen beanspruchte. Desgleichen kamen begründete Klagen aus Litauen, wo polnischersseits katholische Priester litauischer Nationalität festgenommen, mißhandelt, eingekerkert und ausgewiesen wurden. Die Frage der Ernennung eines apostolischen Nuntius für Polen löste sich dadurch rasch, daß Msgr. Ratti diplomatischer Charakter verliehen und er am 6. Juni 1919 bei der Regierung in Warschau als Nuntius beglaubigt wurde.¹⁾ Am 2. August 1919 überreichte er seinen Kredenzbrief und am selben Tage tat ein Gleiches der Gesandte Polens beim Vatikan, Professor Kowalski; seit dem Jahre 1792 war diese Verbindung unterbrochen gewesen.

¹⁾ Ueber die feierliche Konsekration des zum Tit.-Erzbischofe von Lepanto ernannten Nuntius am 28. Juli 1918 berichtete der „Oss. Rom.“ vom 29. Oktober 1924 ausführlich mit allen Einzelheiten.

Der Herr Gesandte hatte es eilig mit seiner Tätigkeit, indem er eifrig Verhandlungen wegen Abschlusses eines Konkordates einleitete, „die mit einem baldigen Abschlusse rechnen lassen.“ So hieß es im September 1919.

Die Gier nach dem Besitze Oberschlesiens wie überhaupt nach Vermehrung des Gebietes nach allen Seiten hin ließ Warschau auch schon um jene Zeit einen Druck auf den Vatikan versuchen, indem es als Vorwand den Schutz des Papstes für die Polen in jenem deutschen Grenzgebiete anrief. Auch beim Nuntius Msgr. Ratti erschien eine Abordnung von dort, um die „Gewährleistung der Abstimmungsfreiheit“ zu erbitten. Sie erhielt zur Antwort, daß ihr Wunsch nach Rom weitergeleitet werde, wie es korrektes Vorgehen erforderte. Daß Rom ohne eine selbständige Feststellung der Tatsachen auf eine einfache Denuntiation hin einen diplomatischen Schritt bei der deutschen Regierung getan haben soll, ist nicht anzunehmen; es widerspräche der bekannten, in solchen Fällen geübten Praxis des Vatikans. (Uebrigens hat eine Ententekommission unter General Dupont die Haltlosigkeit der Beschuldigungen über angebliche Bedrückungen festgestellt.)

Wohl aber sah sich der ruthenische Metropolit Msgr. Sczeptycki veranlaßt, in seinem eigenen Namen wie in dem seiner beiden Suffragane griechisch-katholischen Ritus' leider nur allzu begründete Klagen über Verfolgung denkbar schlimmster Art seitens der Polen vorzubringen. ¹⁾

Dem polnischen Volke gab der Papst Beweise seines Wohlwollens und schuf sich die Vorbedingung, daß auch einmal ein tadelndes Wort die gebührende Aufnahme fand, denn schon traten allmählich jene Veränderungen in der Lage ein, welche die Festigkeit des päpstlichen Nuntius nicht wenig auf die Probe stellten und seine Stellung zwar nicht bei Benedikt XV. wohl aber in Warschau erschütterten. Im gleichen Konsistorium, in dem Fürstbischof Bertram den Purpur erhielt (Dezember 1919), legte ihn der Papst auch auf die Schultern der beiden polnischen Erzbischöfe Dalbor von Gnesen-Posen und Kakowski von Warschau. „Mit ihrem Lichte müssen sie die wiedererstandene Nation erleuchten“ mahnte er und teilte ihnen mit, daß sie die Kerze, die einst bei der Heiligsprechung des polnischen Blutzeugen Josaphat

¹⁾ s. „Kath. Kztg.“ 1920, Nr. 39 S. 308.

brannte und von Pius IX. mit Seherblick für die Rückkehr nach Polen am Tage der Befreiung des Landes bestimmt worden war, nunmehr in Erfüllung jenes Wunsches mit in ihr Vaterland nehmen werden. „Heute umgibt der Heilige Stuhl Polen mit ganz besonderer Fürsorge und wünscht, daß alle seine Söhne sich immer mehr um den Stuhl des hl. Petrus schließen.“¹⁾

Den führenden Persönlichkeiten Polens jener Zeit war ihr Katholizismus ebensowenig wie damals auch dem französischen Episkopat ein Hindernis, sich ganz in den Geleisen der Entente-politik zu gefallen, obwohl dies soeben noch der „Osservatore Romano“²⁾ in einem Artikel über „Gewaltfriede und Versöhnungsfriede“ unbarmherzig gegeißelt hatte. Jener Geist, den zwei Jahre später Pius XI. in seiner Encyklika Ubi arcano Dei so deutlich gebrandmarkt hat, bestimmte schon damals Polens Politik, vornehmlich seine Gebietspolitik, weshalb sich der Vatikan in einem halbamtlichen Leitartikel des „Osservatore Romano“³⁾ betitelt „der Vatikan und Polen“ gerade dazu besonders bestimmt aussprechen zu sollen glaubte. Er sagt: „... Was wir jedoch, ohne eine Ablehnung befürchten zu müssen, behaupten können, das ist, daß der Heilige Stuhl seit dem Tage, da Polen wieder zu nationalem Leben erstanden ist, niemals aufgehört hat, es zu ermahnen zur Mäßigung im Verlangen oder auch im Annehmen von Gebieten, die der Mehrheit nach von anderen Nationalitäten bewohnt sind, Ermahnungen, welche mehrereremal wiederholt worden sind, sei es in Rom, sei es in Warschau.“

Warschau ging jedoch seine Wege und Herr Kowalski in Rom begnügte sich, Komplimente zu machen. Man ergriff sogar trotz Mißbilligung des Vatikans die militärische Offensive gegen Rußland und stürzte Land und Volk in einen neuen Krieg, der Europa ein Opfer des Bolschewismus werden zu lassen drohte; niemals war diese Gefahr so groß, wie in jenen Tagen. Was man im Vatikan befürchtete, war durchaus nicht, „daß mit dem Zusammenbruch des polnischen Reiches die ganze Friedenspolitik der französischen Republik mit einem allgemeinen Zusammenbruche

¹⁾ s. „Kath. Kztg.“ 1920, Nr. 4, S. 26.

²⁾ vom 1. August 1920.

³⁾ vom 14. August 1920.

zu enden drohe", wie man von interessierter Seite von Rom aus zu verbreiten suchte. ¹⁾ „Nunmehr ist nicht mehr nur die nationale Existenz Polens in Gefahr, sondern ganz Europa ist von den Schrecken neuer Kriege bedroht" äußert sich niemand anderer als Papst Benedikt XV. selbst in einem Schreiben an seinen Kardinalvikar Pompili, ²⁾ in dem er den Wunsch ausspricht, alle Bischöfe des katholischen Erdkreises möchten zur Verhütung gerade des letzteren Unglückes unverzüglich öffentliche Gebete veranstalten lassen. ³⁾

Jetzt, da die rote Armee vor den Mauern Warschaus stand, nahm auch das polnische Volk Zuflucht zum öffentlichen Gebete, nun war die Not groß. Gewiß half Gott noch einmal und gab den Sieg, den er auch verweigern konnte, aber polnischem Irrwahne waren inzwischen wieder Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen. Vom gesamten diplomatischen Corps ist allein der Nuntius Msgr. Ratti in Polens Hauptstadt zurückgeblieben und hat ein Beispiel von Seelenruhe und Gottvertrauen gegeben; vertrat er doch eine Macht, zwar von entschiedener Feindschaft gegen den Bolschewismus als Verkörperung tätigsten Atheismus und grimmigster Gottesfeindschaft, die aber dennoch auch im Bolschewiken nur den irre geleiteten, irrenden Träger einer von Christus erlösten Seele sieht. Kardinal Kakowski erzählt darüber: ⁴⁾ „Ich erinnere mich der tragischen Tage des August 1920, als die bolschewistische Bedrohung wenige Meilen von Warschau entfernt sich erhob, als die Schlacht, die seit einer Woche auf der ganzen Front fast bis vom Baltischen Meere bis südlich von Warschau entbrannte, dieses

¹⁾ Diese Befürchtung wurde vom „Resto del Carlino", einem antikerikalen Bologneser Blatte erfunden und von der „Augsburger Postztg." Nr. 322 vom 22. Juli 1920, Morgenblatt, unter Quellenangabe wiedergegeben; die Schrift „Deutschland und der Vatikan" jedoch zitiert nur die A. P., d. h. sie begeht eine Quellenfälschung.

²⁾ datiert vom 5. August 1920, abgedruckt im „Oss. Rom." vom 8. August 1920.

³⁾ Um jedem Zweifel zu begegnen, betonte der „Osserv. Romano" in seinem Artikel „Il Vaticano e la Polonia" vom 14. August 1920 nochmals gegenüber andersgearteten Auslegungen römischer Blätter, daß es „nur zwei Wünsche sind, um deren Erfüllung der Heilige Vater beten lassen will, zwei einzige Gnaden: daß dem polnischen Volke erspart bleibe, neuerdings seine Unabhängigkeit zu verlieren, und daß Europa vor den Schrecken neuer Kriege verschont bleibe."

⁴⁾ nach „Corriere d'Italia" in „Augsb. Postztg." vom 22. Febr. 1922.

und damit uns unaufhaltsam verschlingen zu wollen schien; ich erinnere mich Msgr. Rattis, seiner Ruhe und Unbefangenheit, seiner Worte der Ermutigung und Hoffnung, wie er, das Gebet im Herzen und auf den Lippen, von Gott das erbat, was zu vollbringen menschlichen Kräften nachgerade unmöglich schien. Alle diplomatischen Vertreter waren abgereist, er allein hatte seinen Posten nicht verlassen wollen. . . All das hat Msgr. Ratti mit seinen eigenen Augen gesehen und gemeinsam mit mir weinte er Dankestränen, als wir nach der wunderbaren Befreiung gemeinsam das Te Deum sangen."

Kaum war diese Gefahr gebannt, als Polen vertrag-¹⁾ und völkerrechtswidrig die Hauptstadt Litauens, Wilna, überfiel und besetzte; dabei wurden u. a. die Professoren des Priesterseminars vertrieben, Gewalttaten aller Art verübt und der katholische litauische Nachbar nicht anders behandelt, als der Bolschewik. Litauens Außenminister Purykis richtete am 1. September 1920 einen Protest auch an den Heiligen Stuhl und der Nuntius nahm sich der Interessen des verletzten Rechtes mit Entschiedenheit an; hier müssen wir z. T. die Anfänge jenes Stimmungsumschwunges gegen den Nuntius suchen, der sich binnen Kurzem zu schroffer Gegnerschaft wandelte.

Nochmals richtete Rom durch den „Osservatore Romano" eine Warnung an Polen ²⁾ es möge einen wahrhaft „gesegneten und dauerhaften" Frieden insbesondere mit Rußland schließen, wie es sich für eine christliche Nation gezieme, und nicht das Beispiel von Versailles nachahmen, dessen Nichtigkeit heute schon evident sei. Polen möge im Geiste des Papstes handeln. Benedikt XV. hatte ein Recht, zu fordern, daß man seiner Stimme Gehör schenke; er hatte es erworben durch „die wahrhaft väterliche Güte, mit der er sich in den (eben vergangenen) Tagen des Bangens und der Heimsuchung Polens erinnert hat". ³⁾ Aber genau wie während des Krieges Deutschland und nach ihm sämtliche Entente-mächte kehrte sich auch Polen nicht an die Worte des Stathalters Christi, sondern schickte sich an, einen weiteren Brocken fremden Gebietes sich anzueignen:

¹⁾ siehe das Kapitel Litauen.

²⁾ s. Nr. 260 (18,363).

³⁾ Dankschreiben der Kardinäle Dalbor und Kakowski an Papst Benedikt XV. im „Oss. Rom." vom 31. Oktober 1920.

Oberschlesien

Vor allem wurden aus Polen allerhand fremde Elemente dorthin dirigiert, um durch Anstiftung von Unruhen Vorwände zum Eingreifen zu schaffen. Dem Diözesanbischof Kardinal Bertram verbot die Ententekommission das Betreten dieses Teiles seiner Diözese und so mußte S. Eminenz auf schriftlichem Wege ein Mahnwort der Liebe und Gerechtigkeit an seine dortigen Diözesanen beiderlei Nationalität richten. Der Klerus wurde erinnert: „Nie soll die Kirche zum Schauplatz politischer Reden und Demonstrationen werden. Nie soll ein Priester an solchen Demonstrationen sich beteiligen, die einen des Priesters unwürdigen, verhetzenden Charakter tragen.“¹⁾ Um nun eine Wahrnehmung der kirchlichen Interessen an Ort und Stelle zu ermöglichen, wurde der Warschauer Nuntius Msgr. Ratti zum kirchlichen Oberkommissär für das Abstimmungsgebiet ernannt; ausgestattet mit diplomatischem Charakter besaß er ohne weiteres die Möglichkeit des Verkehres mit der Ententekommission, aber sein Auftrag ging auch dahin, die Jurisdiktion der Diözesanbischöfe zu wahren.

Entgegen allen von Warschau aus selbst amtlich in Umlauf gesetzten Behauptungen unter Berufung auf Mitteilungen des polnischen Gesandten beim Vatikan²⁾ — der bereits eine höchst eigenartige Rolle zu spielen beginnt — bestätigt der Kardinal Staatssekretär zuerst mittels Depesche an Kardinal Bertram³⁾ und dann mittels direkten Schreibens⁴⁾ „daß es sich niemals darum handelte, die ordentliche Jurisdiktion aufzuheben oder zu vermindern, die Eure Eminenz in jenen Gebieten zusteht. Im Zusammenhange damit hat der Heilige Stuhl es niemals daran fehlen lassen, zu wiederholten Malen dem Herrn polnischen Gesandten zu erklären, daß Eure Eminenz Ihre Jurisdiktion in vollem Umfange auch über jenen Teil der Diözese Breslau behalten haben. . .“ Die Ententekommission war schließlich auf die Vorstellungen des Vatikans hin bereit, dem Kardinal die

¹⁾ s. „Schles. Volksztg.“ 1920, Nr. 442.

²⁾ s. das in „Schles. Volkszeitung“ Nr. 499 veröffentlichte Schreiben aus dem polnischen Minister-Präsidium vom 11. September 1920.

³⁾ s. Kath. Kztg.“ 1920, Nr. 48, S. 382.

⁴⁾ vom 13. Oktober 1920, Nr. B 11073, s. „Schles. Volksztg.“ vom 23. Oktober 1920.

Einreise unter der Bedingung zu gestatten, daß er sich **kirchlicher** Amtshandlungen enthalte, also das unterlasse, was seines Amtes ist.

Am 10. Juni wurde der Nuntius in seiner neuen Eigenschaft in Oppeln von der Regierungs- und Abstimmungs-Kommission und von General Le Rond offiziell empfangen. Nachdem er das päpstliche Ernennungsreskript vorgelegt, wies er darauf hin, daß der Heilige Vater geruht habe, ihn zum Kirchlichen Oberkommissär für die Abstimmungsgebiete Oberschlesien, West- und Ostpreußen zu ernennen, um dadurch eine gerechte und ungestörte Freiheit der Abstimmung immer mehr zu sichern.¹⁾ Drei Tage später, am 13. Juni, führte sich Msgr. Ratti feierlich bei der Bevölkerung ein, indem er während des deutschen und polnischen Hauptgottesdienstes in Oppeln eine in beide Sprachen übertragene Ansprache hielt:²⁾

„... Der Heilige Vater schickt mich hierher zum Zeichen und als Beweis seiner besonderen Liebe und Anteilnahme. . . Ihm obliegt ja die Seelsorge der ganzen Welt. Deswegen schickt er in diesen stürmischen Zeiten seine Gesandten fast in alle Länder. . . Sie sollen von den Nöten Kenntnis nehmen und an S. Heiligkeit getreulich berichten und nach Möglichkeit helfen.

Aus diesem Grunde und zu diesem Zwecke sandte mich der Heilige Vater in Euer liebes Oberschlesien, das so reich ist an Schätzen und braven Bewohnern, die zufolge ihres Glaubens- eifers und ihrer Frömmigkeit dem Heiligen Vater besonders lieb sind.

Gerade in dieser Schicksalsstunde, welche ganz unvermeidlich die Gemüter aufwallen läßt über die Frage, was dem einzelnen und dem Lande gut und gerecht ist, will der Heilige Vater, daß die Entscheidung in jeglicher Hinsicht frei und gerecht sei. Er wünscht, daß der Mißbrauch jeglicher Amtsgewalt vermieden wird und die Ordnung, die erste Bedingung des Wohlergehens, geschützt werde; es soll die christliche Nächstenliebe gewahrt werden, die das oberste Gesetz und Zeichen der Anhänger Christi ist. . . . Unterstützen sollen mich dabei vor allem die ehrwürdigen Priester, die ein Priestertum des Friedens bekleiden und berufen sind, zu arbeiten für das Volk, in dem, was sich auf Gott bezieht. Es ist ihre Pflicht, friedlich zu wirken, damit sie allen durch ihr heiliges Amt Nutzen bringen und alle zu Gott führen und das ausführen, was das Seelenheil und Gottes Ehre unweigerlich von ihnen fordern. . .”

¹⁾ s. „Schles. Volksztg.“ vom 16. Juni 1920.

²⁾ ebenda, Nr. 290, vom 15. Juni 1920.

Um der polnischen Verhetzung gegen den deutschen Klerus durch die katholische Polenpresse des Abstimmungsgebietes ein Ziel zu setzen, verbot Msgr. Ratti jede den Klerus hereinzerrende Veröffentlichung. ¹⁾ Dreimal erschienen polnische geistliche Abordnungen bei ihm und überreichten schriftlich ihre Anklagen gegen die Deutschen. „Das Oppelner Polenblatt aber konstatierte vier Monate später (*Gazeta Opolska* Nr. 217 vom 9. Oktober 1920), daß noch immer keine Antwort eingelaufen sei. Ein oberschlesischer Pfarrer stellte in Nr. 237 des *Gleiwitzer ‚Szandar Polski‘* vom 14. Oktober 1920 fest, man könne sich nicht erklären, weshalb der päpstliche Kommissar so wenig auf die verschiedenen Klagen reagiere, weshalb er sich vom Abstimmungsgebiete so fernhalte und keinen polnischen Pfarrer an sich ziehe, weshalb er keine Antwort auf die an ihn gerichtete Denkschrift gäbe und der Ruf des verfolgten oberschlesischen Volkes bei ihm keinen herzlichen Widerhall fände.“ ²⁾

„Die Polen selbst haben also bei dem damaligen Nuntius Ratti wenig ‚Polenfreundlichkeit‘ feststellen können, und sie dürften doch für ein Urteil in dieser Frage zuerst die Berufenen sein. Daß die polnische Presse die Wahl Rattis zum Papste auf einmal wieder mit Freuden begrüßte, nimmt nur den Wunder, der die polnische Presse nicht kennt.“ ³⁾ Umso bedauerlicher und unverständlicher ist, daß selbst von angesehener deutscher Seite ohne jeden Beweis oder Versuch eines Beweises gegen den Warschauer Nuntius Msgr. Ratti Mißtrauen erweckt und er als Parteimann des Polentums hingestellt wurde, indem man schrieb, „er habe sicher schon von Anfang an gar nicht anders gedacht, als daß Oberschlesien ‚polnisches Land‘ und deshalb für Deutschland verloren sei. Man könne nicht sagen, daß Msgr. Ratti etwas getan habe, um diese Auffassung zu entkräften. Im Gegenteil: man habe allen Grund zu der Annahme, daß die Warschauer offiziellen und nichtoffiziellen Kreise in ihm ein verständnisvolles Werkzeug für ihre Pläne gefunden haben.“ ⁴⁾ Grundlose Behauptungen!

¹⁾ s. „*Katolik*“ vom 6. Juli 1920.

²⁾ nach „*Deutsche Allgemeine Zeitung*“ Nr. 65, vom 8. Februar 1922: zur Wahl Pius XI.

³⁾ ebenda.

⁴⁾ s. „*Köln. Volkszeitung*“ Nr. 881 vom 11. November 1920.

Am 21. November verbot eine weitere Verfügung Kardinal Bertrams zur Beruhigung der Gemüter allen Priestern und Klerikern jedweder Nationalität und Sprache die Teilnahme an politischen Kundgebungen, das Halten politischer Reden, und auch anderer ohne Erlaubnis des zuständigen Pfarrers. Allen fremden Priestern wird jede politische Agitation bedingungslos verboten. Bei Uebertretung trete ipso facto Suspension ein. Diese Verordnung hob ganz besonders die mittels besonderen Reskriptes des Heiligen Stuhles erteilte Ermächtigung hervor, sofort *censuris latae sententiae* einzuschreiten.¹⁾ Seitens der polnischen Bischöfe waren nämlich polnische Priester zu politischer Agitation in Oberschlesien eigens beurlaubt worden; sie fühlten sich daher durch die letzte Verfügung des Kardinals selbst getroffen und erklärten sie in einem Schreiben an den Papst für „ungerecht“, weil sie „die Abstimmung der deutschen Geistlichkeit ausliefere; überdies widerspreche sie dem Versailler Verträge.“ Kardinal Bertram berufe sich zwar auf eine besondere Vollmacht des Heiligen Stuhles, „doch glauben wir, daß dies nicht dem wirklichen Sachverhalt und den Absichten des Apostolischen Stuhles entspricht.“ Dem polnischen Volke sei bitteres Unrecht zugefügt worden, das der Papst abwenden wolle. Dieses Schriftstück ist von den beiden polnischen Kardinälen und fünf Bischöfen unterzeichnet, (Bilczewski, Theodorowicz, Sapieha, Przesdzuski und Fulman).²⁾ Zwei von ihnen reisten sofort nach Rom ab und erhoben Vorstellungen, ohne aber eine Zurücknahme erreicht zu haben.

In Polen kehrte sich nun die ganze Wut sofort gegen den Vertreter des Heiligen Stuhles, gegen den Kirchlichen Abstimmungskommissär und Nuntius Msgr. Ratti.³⁾ ihn machte man für die

¹⁾ s. Verordnungen d. Fb. Gen.-Vik.-Amtes Breslau, Nr. 682, vom 25. Nov. 1920.

²⁾ ebenda, Nr. 604, vom 3. Dezember 1920.

³⁾ Ohne Kommentar setzen wir aus dem bei diesem Anlasse veröffentlichten Proteste der Evangelischen Kreissynode Oberschlesiens gegen die Ernennung Msgr. Rattis folgende Sätze hierher: „Wir erheben gegen die Ernennung eines kirchlichen Abstimmungs-Oberkommissärs für Oberschlesien ebenso feierlich wie energisch Protest. Der päpstliche Stuhl ist bei dem Friedensschluß von Versailles nicht beteiligt gewesen. Oberschlesien ist keine päpstliche Provinz. Für diese Ernennung ist kein Recht und kein ersichtlicher Grund vorhanden... Wir erheben ferner besonderen Einspruch dagegen, daß die Wahl auf den Erzbischof Ratti gefallen ist... Es ist zu bedenken, daß

Verfügung verantwortlich, „Nowiny Codzienne“ in Oppeln ¹⁾ schrieb, nun habe sich der Nuntius demaskiert. Die letzte Verordnung des Breslauer Bischofs zeuge dafür, daß Vermittler in dieser Sache Msgr. Ratti war. „Ilustrowany Kurier Codzienny“ ²⁾ unterstrich die Forderung des polnischen Abgeordneten Reger, Msgr. Ratti auszuweisen und den polnischen Gesandten beim Vatikan abzuverufen.

Sie verdichtete sich am 30. November auch tatsächlich zu einem offiziellen Antrage, es sollen dem Nuntius die Pässe zugestellt werden; er fand zwar keine Mehrheit (nur zwei Stimmen fehlten daran), aber Prinz Sapieha, damals Außenminister, erklärte, die polnische Regierung habe beim Erzbischofe Ratti und bei der Interalliierten Kommission Protest eingelegt und den polnischen Gesandten angewiesen, kategorisch die Aufhebung der Verordnung und die Abtrennung des Abstimmungsgebietes von der Erzdiözese Breslau zu fordern. ³⁾

Ohne abberufen zu sein kehrte der Nuntius nun Warschau und Polen den Rücken; am 2. Dezember 1920 reiste er nach Italien ab, wo er blieb, doch erst im folgenden April vollzog der Papst die Bekanntgabe der offiziellen Abberufung. Gleichzeitig hatte sich aber der polnische Gesandte beim Vatikan unmöglich gemacht und mußte abberufen werden. Was ihm den Hals brach, waren einige seiner streng vertraulichen Berichte nach Warschau, die Erzbischof Theodorowicz persönlich in Abschriften in Rom vorlegte und in denen die Umgebung des Papstes und die römischen Kardinäle als ausgesprochene Parteigänger Deutschlands hingestellt und auch sonst sehr wenig schmeichelhafte Urteile gefällt wurden; ⁴⁾ überdies hatte er bereits vorher durch falsche Berichte Warschau irregeführt (falls man sich dort nicht fälschlicherweise auf angebliche Berichte Kowalskis berufen hat).

der Nuntius Ratti mit der polnischen Regierung in regelmäßigem diplomatischem Verkehr steht und von dieser leicht einseitig informiert und beeinflusst werden kann. Nach dieser Sachlage werden deutsche Kreise in Oberschlesien zu einer neutralen Haltung des päpstlichen Warschauer Nuntius kaum Vertrauen haben können“.

¹⁾ Nr. 267, vom 3. Dezember 1920.

²⁾ Nr. 330, vom 2. Dezember 1920.

³⁾ darüber näheres in „Schles. Volksztg.“ vom 9. Februar 1922.

⁴⁾ s. K. Kztg., 1921, Nr. 25, vom 23. Juni 1921.

Am 8. Dezember 1920 übertrug der Papst dem geistlichen Geschäftsträger der Wiener Nuntiatur Msgr. Ogno-Serra das Amt des kirchlichen Oberkommissärs mit dem Auftrage, „mitzuwirken zum Schutze der Abstimmungsfreiheit aller Kreise und der kirchliche Ruhe im Abstimmungsgebiete“; ¹⁾ „die potestas ordinariara“, heißt es in dem bezüglichen Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs, „des Diözesanbischofs wird durch diese Bestellung nicht berührt.“ Msgr. Ogno-Serra besuchte am 4. Dezember Kardinal Bertram in Breslau und hat am 25. Dezember, sofort nach seiner Ankunft in Oppeln am 20. Dezember, eine Kundgebung an die Geistlichkeit erlassen, welche in dürren Worten erklärt: „... Allen Priestern jedweder Nation wird bei Strafe untersagt, im oberschlesischen Abstimmungsgebiete Propaganda zu treiben... allen Pfarrern... wird außerdem verboten, die Kirchen die Schulen oder andere zur Pfarrei gehörende Grundstücke zur Erörterung der Abstimmungsfrage zu benutzen... dasselbe Verbot wird auch auf die einfachen rectores ecclesiae ausgedehnt.... Wenn ein Priester, was Gott verhüten wolle, dieses Dekret nicht befolgen sollte, werde ich gegen ihn... mit jenen Strafen vorgehen, die zu verhängen der Heilige Stuhl mich bevollmächtigt hat.“ ²⁾ Das also war die Antwort des Papstes auf das unerhörte Schreiben des polnischen Episkopates; um keinen Zweifel übrig zu lassen, hatte der Prälat vor allem Kardinal Bertram seinen offiziellen Besuch gemacht.

Da somit das von diesem im vollen Einvernehmen mit dem Vatikan erlassene Verbot vom neuen Kirchlichen Ober-Kommissär Msgr. Ogno-Serra bestätigt und Oberschlesien der Jurisdiktion des Breslauer Oberhirten nicht entzogen wurde, richtete die polnische Presse gegen den Nuntius Msgr. Ratti erneute schwerste Angriffe, welche Rom mit der Verleihung des ranglich höheren Titular-Erzbistums von Adana beantwortete und Msgr. Ogno-Serra im Pariser „Croix“ (gegen den den polnischen Standpunkt vertretenden „Gaulois“) schärfstens zurückwies. ³⁾ Bezüglich des ihm gemachten Vorwurfes, er habe sich von Kardinal Bertram in polenfeindlichem Sinne beeinflussen lassen, schrieb

¹⁾ Erklärung des Kardinals Bertram in „Verordnungen des Fürstb. Gen.-Vik.-Amtes zu Breslau“, Nr. 648 vom 28. Dezember 1920.

²⁾ s. K. Kztg.“ vom 5. Januar 1921; Nr. 1, S. 7.

³⁾ s. „Schles. Volksztg.“ Nr. 106 vom 4. März 1921.

der Prälat: „Garf Lubieski mag sich beruhigen; der Kardinal-Fürstbischof von Breslau ist viel zu sehr von der hohen Würde eines Kirchenfürsten und von der Würde eines Stellvertreters des Heiligen Stuhles durchdrungen, um überhaupt an eine Beeinflussung jemandes zu denken, dem vom Heiligen Stuhle selbst eine solche Mission anvertraut worden ist. Ich schulde es dem Fürstbischof, zu erklären: weder vor, noch während der Ausübung meiner Mission in Oberschlesien hat er direkt, noch indirekt daran gedacht, mich gegen wen auch immer zu beeinflussen.“

In Oberschlesien zeichnet Msgr. Ogno-Serra das Bild der polnischen Terrorherrschaft in einem Erlasse¹⁾ mit folgenden Strichen. „Das Land bietet ein trauriges Bild der Verwüstung und Zerstörung, Priester werden ihren Gemeinden entrissen, ins Gefängnis geworfen, durch Drohung zur Flucht gezwungen, mit ruchloser Hand mißhandelt, heilige Stätten zerstört, Plünderungen, Gewalttaten, Mißhandlungen, Morde verübt.“ Unter den Insurgenten, also dem Gesindel, das dann im Jahre 1923/24 französischerseits auf das besetzte Rheinland losgelassen wurde und dort Separatismus vortäuschte, befanden sich auch „Priester der Kirche, die den Haß gegen ihre Brüder schürten, die rechtmäßige kirchliche Obrigkeit mißachteten, mit eigenen, geweihten Händen die Waffen führten, Truppenkommandanten spielten, zum Blutvergießen aufforderten. . . Schließlich gingen einige von ihnen in frivoler Ueberhebung soweit, sich die Sendung für das Lehramt unserer Kirche anzumaßen und Irrtümer zu lehren, die den Grundsätzen unserer Kirche zuwiderlaufen. Deshalb rufen wir: Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind!“ Von der polnischen „theologischen Sektion“ zur „wissenschaftlichen Begründung der polnisch-politischen Forderungen“ sagt der Vertreter des Papstes, „sie haben den Schafstall Christi nicht durch die rechtmäßige Pforte betreten, sondern auf anderem Wege, sind daher ohne Autorität“ und mit Christi Worten nennt er sie „Diebe und Räuber.“ Vergebens forderte die polnische Regierung in Rom Msgr. Ogno-Serras Abberufung. Der Papst antwortete mit einem Schreiben an die polnischen Bischöfe, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ und folgendermaßen lautet:²⁾

¹⁾ abgedruckt in „Schles. Volksztg.“ Nr. 330 vom 10. Juli 1921.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 17. Juni 1921, Nr. 143 (18558).

„Unsere Liebe und Unsere Hingabe für Eure Nation kennt nur eine Grenze, jene, welche ihr, durch Pflicht und Gerechtigkeit gezogen ist. Wenn die Völker in den Widerstreit der Interessen hineingezogen werden, muß der Oberhirt, der gemeinsame Vater der Gläubigen, vollkommen unparteilich bleiben. Er kann weder für das eine noch für das andere Land Partei ergreifen. Diese der Ueberlieferung entsprechende Handlungsweise der römischen Päpste war auch während des großen Krieges die Unsere und sie ist es auch jetzt anläßlich der Abstimmung in Oberschlesien, was auch immer einige Mißgesinnte oder zum mindesten hinsichtlich des Heiligen Stuhles wenig ehrerbietige Menschen sagen mögen. Wenn aber, wie die Ereignisse es deutlich beweisen, es vorkommt, daß unter dem Ansporn der menschlichen Leidenschaften das Recht vergewaltigt wird, dann sind Wir gezwungen, in Unserer unparteiischen Gerechtigkeit die Verletzung des Rechtes zu mißbilligen, von welcher Seite dies auch geschehen mag.

Beseelt von Liebe zu Eurem Vaterlande, wünschen Wir von ganzem Herzen, daß Polen rasch und glücklich der Schwierigkeiten, die mit seinem Erwachen zum staatlichen Leben notwendigerweise verbunden sind, Herr werde und bald mit den Nachbarvölkern zu einem friedlichen Einvernehmen gelange, was zu seiner Erhaltung und Entwicklung unbedingt notwendig ist. Um zu diesem Ziele zu gelangen, kann Euer Eifer und Euer Klerus gewaltig beitragen, wenn Ihr Euch innerhalb der Grenzen haltet, die Euch durch Eure geistliche Sendung vorgezeichnet sind. . . .

Die Bischöfe und die anderen Geistlichen sollen ihrerseits, wenn sie auch von ihren bürgerlichen Rechten wie alle anderen Bürger Gebrauch machen dürfen, niemals ihre Amtsgewalt in den Dienst politischer Interessen stellen. Sie sollen vielmehr durch ihr Wort und durch ihr Beispiel die Unterwerfung unter die Staatsgesetze und die Staatsgewalt predigen und insbesondere darauf bedacht sein, an der geistlichen und sittlichen Hebung des Volkes zu arbeiten. . . . Sie sollen es als ihre Pflicht ansehen, . . . ihren Brüdern im Priestertume die Unterstützung ihrer brüderlichen Liebe anzubieten, ob auch diese in politischen Dingen anders denken oder anderer Nationalität oder anderem Ritus angehören. . .

Oberschlesien hat sich mit Mehrheit für den Verbleib beim deutschen Reiche ausgesprochen und nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles entschied die Abstimmung über das Los eines ungeteilten Oberschlesien. Unter Mißachtung ihrer eigenen, Deutschland aufgezwungenen Vertragsbestimmung hat trotzdem die Entente die Zerreißung vorgenommen, und neues

Unrecht zu dem alten gefügt. Anteil hatte auch daran Rom keinen. Es hat nach Möglichkeit für Abstimmungsfreiheit gesorgt und damit zu einem Ergebnisse beigetragen, das, wäre es nach den Bestimmungen des Friedensdiktates gegangen, Oberschlesien für Deutschland gerettet hätte.

*

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Um die Uebersichtlichkeit nicht durch Zerreißung des Zusammenhanges dessen, was sich in Oberschlesien begab, zu stören, haben wir die Vorgänge im ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiete beiseite gelassen, obwohl sie sich zeitlich einschieben. Ihnen wollen wir uns nun zuwenden.

In dem Bestreben, das konfessionelle Element für sich nutzbar zu machen, wurde polnischerseits das „gute katholische Polen“ dem „rein protestantischen Deutschland“ entgegengestellt; zu gerne hätte man in Warschau auch die deutschgesinnte katholische Geistlichkeit lahmgelegt, um wie in Oberschlesien durch polnische Geistliche umso kräftiger für Polen agitieren zu können. Daher strebte man zuerst die Trennung des Abstimmungsgebietes von der Diözese Ermland an und in Warschau gegenüber dem Nuntius, wie in Rom durch den Gesandten, hoffte man, zum Ziele zu gelangen. Es war auf dieses Drängen hin, daß sich der Papst entschloß, einen diplomatischen Vertreter bei der Abstimmungskommission in Allenstein und Marienwerder zu ernennen, der die kirchlichen Interessen dort wahrnehmen sollte. Mit dieser Mission wurde der Nuntius selbst betraut. Als bald erschien schon eine polnische Abordnung bei ihm und trug ihm ihre Klagen vor, erhielt aber nur zur Antwort, der Nuntius werde sich streng neutral verhalten und im übrigen demnächst dem Bischof von Ermland, Dr. Biudau in Frauenburg, seinen Besuch machen. Das geschah auch am 24. Juni 1920. Das Bestreben der polnischen Konsularvertretungen ging dahin, Msgr. Ratti möglichst von jeder Berührung mit deutschen Kreisen fernzuhalten, wurde aber, wie wir sehen werden, von ihm selbst durchkreuzt. Ueber den Besuch beim Bischofe schrieb das „Alленsteiner Volksblatt“:¹⁾

Der Nuntius und der Bischof von Ermland waren in allen Fragen, welche die Freiheit und Gerechtigkeit der Abstimmung

¹⁾ s. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 65, Morgenausgabe, vom 8. Februar 1922.

in den Abstimmungsgebieten betreffen, völlig eines Sinnes, nicht zuletzt daher auch in der Verurteilung der ungerechten und verletzenden Angriffe, die in den letzten Zeiten bedauerlicherweise von polnischer Seite sehr zum Schaden der katholischen Kirche gegen die kirchliche Autorität gerichtet wurden. Der Nuntius legte besonderen Wert darauf, zu bekunden, daß seine diplomatische Mission in den Abstimmungsgebieten selbstverständlich die Jurisdiktion des Ordinarius der Diözese in keiner Weise beschränkte und daß er den Gedanken, sich etwa in die Verhältnisse der Diözese einmischen zu wollen, weit von sich weise.

Am 25. und 26. Juni besuchte Msgr. Ratti Allenstein und entzog sich der polnischen Absperrung, indem er schnurstraks den Domherrn Weichsel aufsuchte und dort Wohnung nahm, obwohl man ihn zuerst anderweitig unter „sicherer“ Aufsicht einquartiert hatte. Unmittelbar nach dem Besuch bei der Interalliierten Kommission machte er dem deutschen Reichskommissär Freiherrn von Gayl Besuch und hatte mit ihm eine längere Unterredung unter vier Augen. Karl Stephan-Alleinstein schreibt darüber: ¹⁾ „Die Persönlichkeit und die durchaus korrekte und neutrale Haltung des Nuntius in Fragen der Abstimmung haben bei allen, die mit ihm in Berührung kamen, den günstigsten Eindruck hinterlassen. Als ersten Zweck seiner Reise bezeichnete er die Fühlungnahme mit der Interalliierten Kommission als Beauftragter des Papstes zur Wahrung der Interessen der katholischen Kirche. Sein Ziel sei die Versöhnung der Geister, die Förderung der Nächstenliebe. Bei der Abstimmung solle jeder tun, was er nach seinem Gewissen für richtig halte. Nach der Abstimmung aber müsse der Geist der Eintracht wieder seinen Einzug in das Land halten. Diese zu fördern würde er sich ganz besonders angelegen sein lassen. Die vorstehenden Worte, die von mir unter dem frischen Eindruck des Besuches niedergeschrieben wurden, kennzeichnen durchaus den Geist des damaligen Nuntius. Von einer Änimosität gegen Deutschland war bei ihm nicht die Spur zu entdecken, wie auch Reichskommissar Frhr. v. Gayl mir unmittelbar nach seiner Unterredung mit dem Nuntius versicherte. Und wenn der Nuntius sein Versprechen, das er damals dem Domherrn Weichsel gab, nach der Abstimmung nochmals unser Land zu besuchen, um an der Versöhnung

¹⁾ s. „Köln. Volkszeitung“ Nr. 153, vom 24. Februar 1922.

der Geister mitzuarbeiten, nicht erfüllen konnte, so sind daran polnische Einflüsse schuld, die die Abberufung des Nuntius aus Warschau durchsetzten, weil er den nationalistischen Ideen der Polen sich nicht zugänglich erwies.... Wenn aber manche Akte und Worte der Höflichkeit des päpstlichen Vertreters in Warschau übertrieben als polenfreundlich gewertet werden, so ist doch schließlich darauf zu achten, daß Msgr. Ratti päpstlicher Gesandter in Polen war. Und es hat bisher stets zu den Gepflogenheiten der internationalen Diplomatie gehört, daß der in einem Lande beglaubigte Vertreter einer anderen Macht dem Gaststaate gegenüber alle Rücksichten nimmt, die sich mit den Interessen seines Souveräns vereinbaren lassen. Zu bedauern ist nur, daß die deutsche Presse in ihrer Mehrheit zu kurzfristig gewesen ist, um dieses zu durchschauen.

„Aus den Erfahrungen, die wir ... mit dem damaligen Nuntius und heutigen Papste gemacht haben, können wir jedenfalls nur die eine Feststellung herleiten, daß der päpstliche Vertreter ... nicht nur streng die Grenzen seiner Aufgabe gewahrt hat, sondern auch darüber hinaus die Interessen der deutschen Katholiken wahrgenommen hat, soweit das in seiner Macht lag. Beweiskräftig ist auch die Tatsache, daß all die geistlichen Agitatoren aus Polen und Galizien... nach dem Besuche Rattis sehr bald aus unserem Gebiet verschwanden...“¹⁾

*

Im Mai wurde die Ernennung Msgr. Lauris, des Nuntius in Peru, zum Nachfolger Msgr. Rattis bekanntgegeben; dieser selbst aber erhielt im Konsistorium vom 13. Juni 1921 den Purpur, der beste Beweis, wie man in Rom trotz aller polnischen Ränke über den Prälaten dachte. „Er hat mit milder Festigkeit, mit ausgesuchtem Takt, mit unverwüstlicher Unbefangenheit das Einvernehmen zwischen dem Staat und der Kirche in schwierigen Augenblicken und unter gefährlichen Umständen zu stärken gewußt,“ sagte von ihm Papst Benedikt XV. bei der Birettaufsetzung, in-

¹⁾ Fast mit denselben Worten bestätigt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 8. Februar 1922 in einem Artikel, betitelt „Der neue Papst“, diese Angaben eines Augenzeugen. Auch die „Vossische Zeitung“, 1922, Nr. 74, äußert sich damit übereinstimmend und bemerkt dazu, daß durch das Auftreten des Vertreters des Heiligen Stuhles „aus dem polnischen Spiele ein Trumpf gezogen wurde“.

dem er ihm gleichzeitig den erzbischöflichen Stuhl des hl. Ambrosius, Mailand, verlieh und ihn auf die letzte Stufe stellte, welche Kardinal Ratti wenige Monate später sogar den Stuhl Petri besteigen ließ.¹⁾

Indessen hatten die Verhandlungen über das Konkordat speziell bei Erörterung der Fragen des kirchlichen Grundbesitzes erkennen lassen, daß die polnische Regierung sich als „Rechts“- besser gesagt Unrechts-Nachfolgerin der russischen Regierung betrachte und die von dieser der Kirche geraubten Güter nicht nur zu behalten, sondern auch noch den übriggebliebenen Rest wegzunehmen gedachte; überdies sträubte sie sich, den Unterhalt des Klerus aus staatlichen Mitteln zu übernehmen.

Schon am 8. September 1922 hatte Kardinal Dalbor, Erzbischof von Gnesen-Posen, im Namen des polnischen Episkopates der Regierung eine Denkschrift über die geplante Grundaufteilung zugehen lassen. Am 14. Juni 1923 richtete er einen Protest gegen den Parzellierungs-Gesetzentwurf an den Ministerpräsidenten, ohne darauf eine Antwort zu erhalten. Am 7. Oktober 1923 sandte daher derselbe Kardinal von Rom aus ein weiteres Schreiben an den Unterrichts-Minister,²⁾ das sich ebenfalls mit jenem Gesetzentwurfe befaßt und feststellt, daß dieser sich gegen die katholische Kirche richtet. „Während anderen Grundbesitzern ein Areal von 100 bis 400 Hektar gelassen werde, werde der Kirche mit Ausnahme von Friedhöfen, alles Land, sogar Gärten weggenommen. Die polnische Regierung erlasse somit, ohne die früheren, von den fremden Mächten herrührenden

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes schreibt in ihrem Kapitel „In Polen und an der Ruhr“ S. 62–63: „Auch als Ratti Erzbischof von Mailand geworden war, hat er aus seinen Sympathien für Polen und seiner Hinneigung zu Frankreich kein Hehl gemacht. Zu einem Berichterstatter des klerikalen Blattes „Nazione“ äußerte sich Ratti über den tiefen Haß der Polen gegen die Deutschen, welche seit dem dreizehnten Jahrhundert sie absolut unmenschlich peinigten: „Alle Art Vergewaltigungen und Quälereien habe sich das polnische Volk von Deutschen schweigend gefallen lassen müssen.“ Wie die Direktion der „Nazione“, welche übrigens kein „klerikales“, sondern ein nationalistisches Blatt und das Organ des Innenministers Federzoni ist, auf direkte Anfrage mitteilt, findet sich trotz genauester Nachforschungen in ihrem Blatte keine Spur einer derartigen, von ihr veröffentlichten Unterredung mit Msgr. Ratti. (S. darüber meinen Artikel „Das Märchen vom Deutscheinde Ratti“ in Schles. Volksztg. vom 23. Juni 1925).

²⁾ s. „Sonntagsbeilage der Augsburger Postzeitung“ vom 9. Nov. 1923.

Ausnahmegesetze aufzuheben, ein neues Gesetz, das sich durch Unfreundlichkeit gegen die katholische Kirche auszeichne, denn es verfare mit der Geistlichkeit schlimmer als mit jedem anderen polnischen Bürger."

„Wenn die Regierung im Art. 1 des Parzellierungs-Gesetzentwurfes erkläre, daß sie in einem Abkommen mit dem Päpstlichen Stuhle die Verpflichtung übernehmen werde, die Geistlichkeit zu besolden, um sie für das ihr weggenommene Land zu entschädigen, so sei festzustellen, daß diese Besoldungsverpflichtung schon jetzt auf der polnischen Regierung ruht. Die fremden Mächte haben sich s. Z., als sie die Verwaltung der Kirchengüter übernahmen, verpflichtet, der Geistlichkeit eine ausreichende Besoldung zu geben. Die polnische Regierung, die jetzt Besitzer dieser Güter sei und aus ihnen Einkünfte beziehe, habe damit die Lasten und Verpflichtungen übernommen, die auf den ehemals geistlichen Gütern ruhten. Die Regierung habe nach Beschluß des Gesetzes über die Bodenreform dem päpstlichen Stuhle vorgeschlagen, in Verhandlungen über die Güter der Toten Hand einzutreten. Die von der Regierung und dem Päpstlichen Stuhle ernannten Kommissionen hätten ihre Arbeit begonnen. Jetzt aber lege die Regierung, ohne die päpstliche Kommission vorher davon benachrichtigt zu haben, dem Sejm ein Gesetz vor, demzufolge alle Kirchengüter ohne jede weitere Verhandlung der katholischen Kirche weggenommen werden sollen. Es sei üblich, wenn man Verhandlungen begonnen habe, sie entweder zu Ende zu führen, oder zu erklären, daß man sie nicht weiterführen wolle. Die polnische Regierung habe diese Form gegen den polnischen Episkopat nicht gewahrt, der in dieser Angelegenheit im Namen und Auftrag des Päpstlichen Stuhles auftrete."

Um seine Meinung befragt, hat auch der Nuntius Msgr. Lauri im „Kurier Polski“¹⁾ sich dazu geäußert; er sagt, daß die Kirche Polens zweierlei Güter habe: geistliche und solche, welche s. Z. nach der Säkularisation vom Staate in Verwaltung übernommen wurden. Letztere haben nie aufgehört, Besitz der Geistlichen zu sein, da sie nur vorübergehend ihren Besitzer verloren haben. In diesem Sinne hat auch die polnische Delegation auf den Rigaer Friedensverhandlungen mit Rußland ihre Rückgabe gefordert.

Im Zusammenhang mit der Agrarreform sei von der früheren Regierung im Einvernehmen mit dem Apostolischen Stuhle die

¹⁾ s. „Schles. Volkszeitung“ vom 5. November 1923.

bischöfliche Kommission zur Regelung der Kirchengüter gebildet worden. Ohne Verständigung mit dieser dürfe in dieser Frage nichts unternommen werden. Er, der Nuntius, halte es nicht für möglich, daß man in einem so katholischen Lande wie Polen an die Schädigung der Geistlichkeit denken könnte.

Die Verständigung kam tatsächlich zustande, als anfangs Oktober 1924 der ehemalige Kultusminister und Universitäts-Professor Stanislaus Grabski als Unterhändler nach Rom entsandt wurde, um gemeinsam mit dem Gesandten Skrczynski die Präliminarverhandlungen mit dem Vatikan aufzunehmen. Zur selben Zeit erhob Polen seine Gesandtschaft beim Papste zu einer Botschaft unter entsprechender Rangerhöhung seines bisherigen Vertreters, der sich am 11. Dezember in dieser Eigenschaft im Vatikan einführte.¹⁾

Ende November konnte Grabski bereits die Ergebnisse seiner Verhandlungen Warschau unterbreiten und am 10. Februar 1925 wurde die Welt mit der Nachricht überrascht, daß das Konkordat, über das manche Blätter sich noch in nebelhaften Phantasien ergingen, im Vatikan unterzeichnet worden sei: seitens des Hl. Stuhles durch den Kardinal-Staatssekretär Gasparri, seitens Polens durch den Botschafter Skrczynski und den a. o. Gesandten Grabski.

Wenn man sich die Tatsache vorhält, daß in Polen bis dahin immer noch die rechtlichen Bestimmungen aus der Vorkriegszeit galten, z. B. das Bistum Wilna zur russischen Erzdiözese Mohilew gehörte, für das ehemals preußische Gebiet die Bestimmungen der zum Staatsgesetz erhobenen Bulle De Salute Animarum vom J. 1821 galten und in Galizien ehemals österreichisches Recht bestand, so läßt sich das Chaos vorstellen, das nunmehr seine Beseitigung erfuhr. In den ehemals russischen Gebietsteilen fand die Kirche ein einziges großes Trümmerfeld vor, Ueberreste einer großen katholischen Vergangenheit, denn Rußland hatte geraubt und russifiziert und diese Politik skrupellos auch auf das kirchliche Gebiet ausgedehnt. In Warschau und Lublin hatte es auf Staatskosten als Wahrzeichen seines Zäsaropapismus, der Ausbreitung

¹⁾ Für ein höchst würdiges Nuntiaturpalais hatten inzwischen die polnischen Katholiken unter Mithilfe der Regierung gesorgt, indem sie ein solches bis ins kleinste ausgestattet und zum Gebrauche fertig dem Papste zum Geschenk machten. Msgr. Adamski, der Organisator des ländlichen Kreditwesens hat sich besonders darum verdient gemacht.

seiner absolutistischen Macht, Prunkkathedralen der russischen Staats-Orthodoxie errichtet, die jetzt der polnische Staat wieder niederlegen läßt, da sie nicht religiösen, sondern politischen Bedürfnissen einer Fremdmacht gedient hatten.¹⁾ In Posen und Westpreußen hatte die preußische Politik im Sinne der von Friedrich II. begonnenen deutschen Siedlungspolitik nach Kräften den Katholizismus verdrängt, mit allen staatlichen Mitteln für die Ausbreitung des Protestantismus gearbeitet und aus dieser Bedrängung vom Osten wie vom Westen erklärt sich ganz von selbst, daß das polnische Volk allmählich sich in die Ueberzeugung hineinlebte, Polentum und Katholizismus (lateinischer Liturgie) seien identisch. Darf man sich wundern, wenn es danach handelt? Preußischer und russischer Nationalismus haben den polnischen Nationalismus gezüchtet, haben ihm den Begriff des Staatskirchentums beizubringen mit allen Mitteln gesucht, wozu sich noch österreichischer Josephinismus gesellte. Somit hatte der Vatikan schwere Widerstände zu überwinden, um in den vertraglichen Abmachungen die Freiheit und die Rechte der Kirche auch in Polen zu schützen. Dazu kommt, daß die pflichtgemäßen Unionsbestrebungen der Kirche nach der Seite des slavischen Ostens hin bei Polen auf Widerstand stoßen und daß die Kirche sich der Zumutungen, sich zu Zwecken der Verpolung der nationalen Minderheiten (Deutschen, Litauer, Weißrussen, Ruthenen) mißbrauchen zu lassen, erwehren muß, wobei sie selbst innerhalb des Klerus auf Widerstand stößt. Das Konkordat war demnach eine höchste Notwendigkeit.

Dem jetzt geschlossenen Konkordate waren in den Jahren 1519 und 1525 zwei andere vorangegangen, denen nach Polens Teilung in den Jahren 1847, 1882 und 1907 weitere Abmachungen gefolgt waren. Es zeigt sich nun, daß man klugerweise jene Punkte, worüber noch keine Einigung erzielt ist, beiseite setzte, um mindestens das, worüber man sich einig war, vertraglich festzulegen,

¹⁾ Auf der Stockholmer „Weltkonferenz für praktisches Christentum“ erhob der russisch-schismatische Professor Glubokovsky gegen den Katholizismus die Anklage, daß von ihm „in der ‚freien‘ polnischen Republik orthodoxe Kathedralen, die dort als treue Denkmäler des Glaubens und der Liebe vieler Geschlechter (!) gestanden waren, profan dem Boden gleichgemacht werden.“ Die Kirche hat an diesem Vorgehen keinen Anteil und wer je in Rom gewesen ist, hat mit eigenen Augen gesehen, daß sie sogar die heidnischen Tempel erhalten und zu solchen des wahren Gottes umgewandelt hat.

sodaß die so notwendige kirchliche Neuordnung wenigstens der Hauptsache nach durchgeführt werden konnte. Am 27. März nahm der polnische Landtag mit einer Mehrheit von 70 Stimmen das Konkordat unverändert an und am 2. Juni wurde es in Warschau durch den Minister des Aeüßeren Skrczynski und den Apost. Nuntius Msgr. Lauri ratifiziert, d. h. es wurden die von Papst Pius XI. und dem polnischen Staatspräsidenten unterfertigten Konkordatsduplikate ausgetauscht.¹⁾

Das Konkordat lautet in deutscher Sprache:²⁾

Im Namen der Allerheiligsten und Unterteilten Dreieinigkeit,
Art. I. Die katholische Kirche ohne Unterschied der Riten genießt in der Republik Polen vollkommene Freiheit. Der polnische Staat verbürgt der Kirche die freie Ausübung ihrer geistlichen Gewalt und ihrer kirchlichen Jurisdiktion, ebenso wie die freie Verwaltung und Führung ihrer Angelegenheiten und Güter im Einklang mit den göttlichen Gesetzen und dem kanonischen Recht.

Art. II. Die Bischöfe, die Geistlichkeit und die Gläubigen verkehren frei und unmittelbar mit dem Hl. Stuhle. In der Ausübung ihrer Amtsrechte verkehren die Bischöfe frei und unmittelbar mit ihrem Klerus und ihren Gläubigen und erlassen in gleicher Weise ihre Anordnungen, Anweisungen und Hirtenbriefe.

Art. III. Um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhle und der Republik Polen aufrecht zu erhalten, wird ein Apost. Nuntius in Polen und ein Botschafter der Republik beim Hl. Stuhle residieren. Die Vollmachten des Apost. Nuntius in Polen erstrecken sich auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig.³⁾

Art. IV. Die Zivilbehörden leihen der Ausführung der kirchlichen Entscheidungen und Dekrete ihre Beihilfe: a) im Falle der Absetzung eines Geistlichen, einer Enthebung von einem kirchlichen Benefizium nach Veröffentlichung eines kanonischen Dekretes bezüglich der Absetzung oder der genannten Ent-

¹⁾ Die hiebei gewechselten Ansprachen bieten inhaltlich nichts außergewöhnliches; sie entsprechen dem, was bei einem solchen Akte von beiden Seiten ausgedrückt zu werden pflegt. Interessenten finden sie im „Oss. Rom.“ vom 7. Juni 1925 Nr. 131 (19765) wiedergegeben.

²⁾ Der Originalwortlaut in französischer Sprache ist in den Acta A. S. 1925 Heft VIII vom 2. Juni und im „Oss. Rom.“ Nr. 132 vom 8. 9. Juni 1925 veröffentlicht. Wir lassen nur die Einleitungsworte und den Anhang mit den Proporzpunkten für die Abstufung der staatlichen Zahlungen für kirchliche Zwecke beiseite; sie finden sich in „Kath. Kztg.“ 1925, Nr. 38.

³⁾ s. das Kapitel Danzig.

hebung oder im Falle des Verbotes des Tragens geistlicher Kleidung. b) im Falle der Erhebung von Steuern oder Leistungen, die zu kirchlichen Zwecken bestimmt und von Staatsgesetzen vorgesehen sind, c) in allen anderen, von den in Kraft befindlichen Gesetzen vorgesehenen Fällen.

Art. V. Die Geistlichen erfreuen sich in Ausübung ihres Amtes eines besonderen rechtlichen Schutzes. Gleich den Staatsbeamten genießen sie das Recht der Befreiung vom gerichtlichen Zugriffe für einen Teil ihrer Bezüge. Die Weltgeistlichen, die die Weihen empfangen haben, die Ordensleute, die ihre Gelübde abgelegt haben, die Schüler von Seminaren und die Novizen, die vor einer Kriegserklärung in Seminare oder Noviziate eingetreten sind, sind vom Militärdienste befreit, mit Ausnahme des Landsturm-Aufgebotes. Im letzten Falle üben die geweihten Priester ihr Amt im Heere aus, ohne daß für die Interessen ihrer Pfarrei ein Nachteil erwächst, während die anderen Mitglieder des Klerus dem Sanitätsdienste zugeteilt werden. Geistliche Personen sind von der Ausübung bürgerlicher Aemter, die mit dem priesterlichen Berufe unvereinbar sind, befreit, z. B. von dem des Geschworenen, des Beisitzeramtes bei Gerichten usw.

Art. VI. Die Immunität der Kirchen, Kapellen und Friedhöfe wird gewährleistet, ohne daß jedoch die öffentliche Sicherheit darunter leiden darf.

Art. VII. Die Heere der polnischen Republik erfreuen sich aller Enthebungen, die den Heeren durch den Hl. Stuhl gemäß den Vorschriften des kanonischen Rechtes zugebilligt sind. Besonders haben die Militärggeistlichen in Bezug auf die Militärpersonen und ihre Familien die Rechte des Pfarrers und üben ihre Amtsbefugnisse unter der Jurisdiktion eines Armeebischofs aus, der das Recht hat, sie auszuwählen. Der Hl. Stuhl gestattet, daß diese Geistlichen in dem, was den militärischen Dienst betrifft, den Heeresbehörden unterstellt sind.

Art. VIII. An den Sonntagen und am Tage des Nationalfestes, am 3. Mai, haben die amtierenden Priester ein liturgisches Gebet für die Wohlfahrt der Republik Polen und ihres Präsidenten zu beten.

Art. IX. Kein Teil der Republik Polen wird von einem Bischofe abhängen, dessen Amtssitz sich außerhalb der Grenzen des polnischen Staates befindet. Die katholische Hierarchie in der Republik Polen wird folgendermaßen geordnet sein:

A. Lateinischer Ritus.

I. Kirchenprovinz Gnesen und Posen: Erzbistum Gnesen und Posen, Bistum Wloclawek.

II. Kirchenprovinz Warschau: Erzbistum Warschau, Bistum Plock, Bistum Sandomierz, Bistum Lublin, Bistum Podlachien, Bistum Lodz.

III. Kirchenprovinz Wilna: Erzbistum Wiina, ¹⁾ Bistum Lomza, Bistum Pinsk.

IV. Kirchenprovinz Lemberg: Erzbistum Lemberg, Bistum Przemyśl, Bistum Luck.

V. Kirchenprovinz Krakau: Erzbistum Krakau, Bistum Tarnow, Bistum Kielce, Bistum Czenstochau, Bistum Schlesien. ²⁾

B. Griechisch-ruthenischer Ritus. ³⁾

Kirchenprovinz Lemberg: Erzbistum Lemberg, Bistum Przemyśl, Bistum Stanislaw.

¹⁾ s. das Kapitel Litauen.

²⁾ An der Tatsache, daß der von Deutschland friedensvertragswidrig losgerissene Teil Oberschlesiens von den Verbandsmächten Polen zugewiesen wurde, kann der Hl. Stuhl nichts ändern; er hatte bekanntlich auch an diesem Unrechte keinen Anteil. Er kann nur Tatsachen, die ohne sein Zutun entstanden, ohne sie zu bestätigen, Rechnung tragen, indem er die kirchliche Einteilung solchen politischen Veränderungen anpaßt, um möglichen Konflikten mit den Staaten vorzubeugen. Hierüber schrieb ich in einer Polemik gegen den „Völkischen Kurier“ in der Augsb. Postzeitg.“ vom 15. August 1925: Wenn bei einem anderen Ausgange des Weltkrieges der Friedensvertrag mit Rumänien und der Vertrag von Brest-Litowsk Geltung behalten hätte, würde man es für recht befunden haben, wenn Rom Rumänien und Rußland zuliebe den damit verbundenen Gebietsveränderungen de facto die Anerkennung verweigert hätte? Wenn Rom sich auf diesen Standpunkt stellen würde und alle aus ungerechten Kriegen und Friedensverträgen hervorgegangenen politisch-geographischen Veränderungen seit Bestehen der katholischen Kirche vom Schmall- und Protestiertwinkel aus ignorieren würde, welches müßte dann der tatsächliche Zustand Europas sein, damit es ihm seine Anerkennung leihen könnte? Eine Tatsache, die man nicht ändern kann, hinnehmen, heißt noch lange nicht, sie gut- heißen oder gar bestätigen!”

³⁾ Der Vatikan hatte, wie der polnische Unterhändler Grabski im Ausschusse des polnischen Sejm erklärte (vgl. „Köln. Volksztg.“ Nr. 326, vom 2. Mai 1925) auch die östlichen griechisch-ruthenischen Bistümer der ehemals russischen Gebiete wiederhergestellt sehen wollen, nämlich Chelm, berühmt durch die tiefen Wurzeln des Unionsgedankens, und Polock, geheiligt durch das Martyrium des griechisch-katholischen, heiligen Erzbischofes Josaphat, doch die polnischen Bevollmächtigten wiesen darauf hin, daß darin eine Gefahr für den polnischen Staat liege. Das genannte Blatt schreibt dazu in einer Studie über das Konkordat: „Man darf wohl annehmen, daß die ursprünglichen Auffassungen des Hl. Stuhles von der Erwägung ausgingen, daß die jetzigen politischen Verhältnisse in Europa nicht stabil seien. Wenn der Hl. Stuhl schließlich doch . . . in etwas nachgekommen ist, so ist doch aus verschiedenen Artikeln erkennbar, daß die Bindung der Kurie nur solange dauert, als diese Landesteile zum polnischen Staate gehören. . .“ Die Unierten dieser Gebietsteile unterstehen daher jetzt lt. Art. 18 den lateinischen Bischöfen. Vgl. auch den Artikel „Die Kirchenunion und Polen“ (Von besonderer Seite) in „Germania“ Nr. 288 vom 24. Juni 1925.

C. Armenischer Ritus.

Erzbistum Lemberg .

Der Hl. Stuhl wird zu keiner Abänderung der vorgenannten Hierarchie oder Abgrenzung der Kirchenprovinzen und Bistümer schreiten, außer im Einvernehmen mit der polnischen Regierung und abgesehen von den kleinen, von der Seelsorge geforderten Grenzberichtigungen.

Art. X. Die Bildung und die Veränderung der kirchlichen Benefizien, der Kongregationen und religiösen Orden, wie auch ihrer Häuser und Niederlassungen hängen von der zuständigen kirchlichen Behörde ab, die so oft die genannten Maßnahmen, Ausgaben für den Staatsschatz mit sich bringen, nach Einvernehmen mit der Regierung dazu schreitet. Ausländer erhalten nicht das Amt von Oberen der Provinzen der religiösen Orden, es sei denn, sie haben hiezu von der Regierung die Ermächtigung erhalten.

Art. XI. Die Wahl der Erzbischöfe und Bischöfe steht dem Hl. Stuhle zu. S. Heiligkeit stimmt zu, sich vor der Ernennung der Erzbischöfe, Bischöfe, der Koadjutoren cum jure successionis, sowie des Armeebischofes an den Präsidenten der Republik zu wenden, um festzustellen, ob der Präsident keine Gründe politischer Art gegen ihre Wahl geltend zu machen hat.

Art. XII. Die vorerwähnten Ordinarien werden, ehe sie ihr Amt antreten, in die Hände des Präsidenten der Republik einen Treuschwur nach folgender Formel ablegen:

„Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre ich und verspreche ich, wie es einem Bischöfe geziemt, der Republik Polen Treue. Ich schwöre und verspreche die durch die Verfassung bestellte Regierung in aller Loyalität zu achten und durch meinen Klerus achten zu lassen. Ich schwöre und verspreche außerdem, daß ich an keiner Abmachung teilnehmen noch irgendeiner Beratung beiwohnen werde, die den polnischen Staat oder die öffentliche Ordnung gefährden kann. Ich werde nicht gestatten, daß mein Klerus an solchen Handlungen teilnimmt. Besorgt um das Wohl und Interesse des Staates werde ich trachten, jede Gefahr, von der ich ihn bedroht weiß, abzuwenden.“

Art. XIII. 1. In allen öffentlichen Schulen mit Ausnahme der Hochschulen ist der Religionsunterricht obligatorisch. Dieser Unterricht wird der katholischen Jugend von Lehrern erteilt, die von der Schulbehörde ernannt, aber von dieser ausschließlich aus von den Bischöfen zur Erteilung des Religionsunterrichtes ermächtigten Personen ausgewählt werden. Die zuständigen kirchlichen Behörden überwachen den Religionsunterricht bezüglich seines Inhaltes und der Moral der Unterrichtspersonen. Entzieht der Bischof einer Lehrperson die ihr

erteilte Ermächtigung, so verliert diese ipso facto das Recht, in Religion zu unterrichten. Die gleichen Grundsätze bezüglich Wahl und Absetzung der Lehrpersonen gelten für die Professoren, die ordentlichen Lehrpersonen und Lehrhilfskräfte an den theologischen Fakultäten der Staatsuniversitäten.

2. In allen Diözesen wird die katholische Kirche in Uebereinstimmung mit dem kanonischen Rechte kirchliche Seminare besitzen, die sie selbst leitet und deren Lehrer sie ernennt. Die von den Priesterseminarien ausgestellten Studienzeugnisse genügen, um in allen öffentlichen Schulen mit Ausnahme der Hochschulen Religion zu lehren.

Art. XIV. Die der Kirche gehörenden Güter sind ohne Zustimmung der kirchlichen Behörden keiner rechtlichen Handlung unterworfen, die ihre Bestimmung ändert, ausgenommen die von den Gesetzen vorgesehenen Fälle der Enteignung zwecks Regelung der Verkehrs- und Beförderungswege zu Wasser und zu Lande, der nationalen Verteidigung und ähnlicher Fälle. In jedem Falle darf die Zweckbestimmung der unbeweglichen und beweglichen Güter, die ausschließlich dem Gottesdienste geweiht sind, wie der Kirchen, der Kultusgegenstände usw. nicht verändert werden, ohne daß die zuständige kirchliche Behörde sie im voraus ihres heiligen Charakters für verlustig erklärt.

Die Errichtung, Abänderung oder Restaurierung von Kirchen und Kapellen wird nur im Einklange mit den technischen und künstlerischen Vorschriften, betreffend die Errichtung von Gebäuden und Erhaltung von Denkmälern, stattfinden.

In jeder Diözese wird eine vom Bischofe ernannte Kommission im Einvernehmen mit dem zuständigen Minister gebildet zur Erhaltung der in den Kirchen und sonstigen kirchlichen Ortschaften befindlichen Altertümer, Kunstwerke, Archivdokumente und Manuskripte von geschichtlichem und Kunst-Wert.

Art. XV. Die geistlichen Personen, ihre Güter und die der juristischen Personen des geistlichen und Ordensstandes sind in gleicher Weise steuerpflichtig wie die Personen und Güter von Bürgern der Republik und von juristischen Personen des Laienstandes, mit Ausnahme aller dem Gottesdienste geweihten Gebäude, der kirchlichen Seminare, Bildungshäuser für männliche und weibliche Ordenspersonen, ebenso wie die Wohnhäuser der Geistlichen und Ordensgenossenschaften, die das Gelübde der Armut abgelegt haben. Das Gleiche gilt von den Gütern und Titeln, deren Einkünfte für die Bedürfnisse des religiösen Kultes bestimmt sind und nicht zu den persönlichen Einkünften der Benefiziare beitragen. Die Wohnungen der Bischöfe und des Pfarrklerus ebenso wie deren Amtsräume werden vom Fiskus ebenso behandelt wie die Amtswohnungen der Beamten und die Gebäude staatlicher Einrichtungen.

Art. XVI. Alle polnischen juristischen Personen des geistlichen und Ordensstandes haben gemäß den Bestimmungen des gemeinen Rechtes das Recht, im Einklange mit dem kanonischen Rechte bewegliche und unbewegliche Güter zu erwerben, abzutreten, besitzen oder verwalten zu können. Ebenso haben sie das Recht, vor jeder Instanz und jeder Staatsbehörde zur Verteidigung ihrer bürgerlichen Rechte aufzutreten. Juristische Personen mit geistlichem oder ordensgenossenschaftlichem Charakter werden als polnische anerkannt, sofern die Zwecke, für die sie errichtet sind, geistliche oder Ordens-Angelegenheiten Polens betreffen und die Personen, die zu ihrer Vertretung und zur Verwaltung ihrer Güter ermächtigt sind, auf dem Gebiete der polnischen Republik wohnen. Die juristischen Personen mit geistlichem oder ordensgenossenschaftlichem Charakter, die den vorerwähnten Bedingungen nicht entsprechen, genießen nur die bürgerlichen Rechte, die die Republik Fremden zuerkennt.

Art. XVII. Die juristischen Personen geistlichen und ordensgenossenschaftlichen Charakters haben das Recht, gemäß dem kanonischen Rechte und im Einklange mit dem allgemeinen staatlichen Rechte Kirchhöfe zur Beerdigung von Katholiken einzurichten, zu besitzen und zu verwalten.

Art. XVIII. Die geistlichen und die Gläubigen aller Riten, die sich außerhalb ihrer Diözesen befinden, unterstehen gemäß den Bestimmungen des kanonischen Rechtes dem kirchlichen Ordinarius des Ortes.

Art. XIX. Die Republik verbürgt den zuständigen geistlichen Behörden das Recht, nach den Vorschriften des kanonischen Rechtes geistliche Aemter, Rangstufen und Benefizien zu verleihen. Bei Zuteilung von Pfarrbenefizien gelten folgende Bestimmungen:

Auf dem Gebiete der Republik Polen können Pfarrbenefizien nicht erhalten, es sei denn nach erhaltener Zustimmung der polnischen Regierung:

1. nicht naturalisierte Ausländer sowie Personen, deren theologische Ausbildung nicht in den theologischen Instituten in Polen oder in den päpstlichen Instituten erfolgt ist.
2. Personen, deren Tätigkeit der Sicherheit des Staates zuwiderläuft.

Ehe die kirchliche Behörde zur Vergebung solcher Benefizien schreitet, hat sie sich beim zuständigen Minister der Republik zu erkundigen, um sich zu versichern, daß keiner der vorstehend unter 1 und 2 vorgesehenen Gründe dem entgegensteht. Falls der erwähnte Minister innerhalb 30 Tagen keine Einwendung gegen die Person erhebt, um deren Ernennung es sich handelt, so schreitet die Kirchenbehörde zur Ernennung.

Art. XX. In dem Falle, daß die Staatsbehörden gegen einen Geistlichen Anstände bezüglich einer der Sicherheit des Staates zuwiderlaufenden Tätigkeit erheben, wird der zuständige Minister die Einwände dem Ordinarius vorlegen, der im Einvernehmen mit dem Minister innerhalb dreier Monate die geeigneten Maßnahmen trifft. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Ordinarius und dem Minister wird der Hl. Stuhl die Lösung der Frage zwei Geistlichen nach seiner Wahl anvertrauen, die im Einvernehmen mit zwei Vertretern des Staatspräsidenten eine endgültige Entscheidung treffen.

Art. XXI. Das Patronatsrecht sowohl des Staates wie Besonderer bleibt bis zu einer Neuregelung in Kraft. Die Präsentation eines würdigen Geistlichen für einen freien Posten geschieht seitens des Patronatsherrn innerhalb 30 Tagen nach einer vom Ordinarius vorgeschlagenen, drei Namen enthaltenden Liste. Wenn innerhalb der 30 Tage die Präsentation nicht erfolgt ist, wird die Besetzung des Benefiziums frei. Im Falle es sich um ein Pfarrbenefizium handelt, zieht der Ordinarius den zuständigen Minister gemäß Art. XIX. zu Rate.

Art. XXII. Wenn Geistliche oder Ordenspersonen vor den Laiengerichten eines in den Strafgesetzen der Republik vorgesehenen Vergehens angeklagt werden, werden die Gerichte unverzüglich den zuständigen Ordinarius von der Angelegenheit dieser Art verständigen und ihm gegebenenfalls die Anklageschrift und den richterlichen Beschluß mit seinen Gründen zustellen. Der Ordinarius oder sein Beauftragter haben das Recht, vor Abschluß des Gerichtsverfahrens von den bezüglichen Akten Kenntnis zu nehmen. Im Falle einer Inhaftnahme oder einer Einkerkierung der vorgenannten Personen werden die bürgerlichen Behörden mit den Rücksichten vorgehen, die sie dem geistlichen Stande oder dem priesterlichen Range schulden. Personen des geistlichen und Ordensstandes werden Strafen der Freiheitsentziehung nur in Gebäuden unterzogen werden, die von den Strafanstalten für Laien getrennt sind, es sei denn, daß sie durch den zuständigen Ordinarius ihrer geistlichen Würde für verlustig erklärt sind. Im Falle, wo sie durch richterliches Urteil zur einfachen Freiheitsberaubung verurteilt sind, werden sie diese Strafe in einem Kloster oder einem anderen geistlichen Hause, in dafür bestimmten Räumlichkeiten, erleiden.

Art. XXIII. Keine Veränderung des Sprachgebrauches in den Diözesen des lateinischen Ritus bei den Predigten, ergänzenden Volksgebeten und dem Religionsunterricht mit Ausnahme der theologischen Vorlesungen in den Seminarien darf erfolgen, es sei denn mit besonderer Ermächtigung, die die Konferenz der Bischöfe des lateinischen Ritus¹⁾ zu erteilen hat.

¹⁾ Es verlautet, daß auf der polnischen Bischofskonferenz aller dreier Riten am 2. September 1925 in Warschau der Episkopat sich für

Art. XXIV. Die Republik Polen erkennt die Eigentumsrechte der juristischen Personen des geistlichen und Ordensstandes auf alle beweglichen und unbeweglichen Güter, Kapitalien, Renten und andere Rechte, die diese juristischen Personen gegenwärtig im Gebiete des polnischen Staates besitzen, an.

2. Die Republik Polen gibt ihre Zustimmung dazu, daß die vorgenannten Eigentumsrechte in den Fällen, wo sie noch nicht in den Hypothekenregistern auf den Namen der juristischen Personen, die sie besitzen (Bistümer, Kapitel, Kongregationen, geistliche Orden, Seminare, Pfarrbenefizien, andere Benefizien usw.) eingetragen sind, eingetragen werden, und zwar auf eine Erklärung des zuständigen Ordinarius hin, die von der zuständigen bürgerlichen Behörde beglaubigt ist.

3. Die Frage der Güter, deren die Kirche durch Rußland, Oesterreich und Preußen beraubt worden ist, und die sich gegenwärtig im Besitze des polnischen Staates befinden, wird durch ein späteres Abkommen geregelt. Bis dahin gewährleistet der polnische Staat der Kirche jährliche Dotationen, die in ihrem Realwerte nicht geringer sein werden, als die Dotationen, die die russische, österreichische und preußische Regierung der Kirche auf jenen Gebieten gewährte, die jetzt zur polnischen Republik gehören. Die genannten Dotationen werden entsprechend dem Annex A berechnet und zugeteilt werden. Im Falle der Zerstückelung der genannten Güter werden die bischöflichen Mensen, die Seminare und Pfarrbenefizien, die gegenwärtig keinen Boden besitzen oder nur solchen von unzulänglichem Umfang, nach Maßgabe des Verfügbaren folgendes als Eigentum

eine entgegenkommende Auslegung dieses Artikels entschieden und damit erheblich zur Beruhigung der Gemüter besonders unter Litauern und Weißrussen beigetragen hat. Dr. M. Grösser, P. S. M., schreibt in einer Studie über „die deutschen katholischen Minderheiten in Polen unter dem neuen Konkordat“ (Köln. Volksztg. Nr. 231 vom 27. März 1925): „... Die deutschen Katholiken können dem Hl. Stuhle (für diesen Paragraphen) nur dankbar sein. Denn dann sind die gerade in Oberschlesien, aber auch in Pommern und Posen häufig genug passierenden Fälle, daß der Pfarrer oder gar die aufgezehrten polnischen Massen die deutschen Gottesdienste abschaffen wollen, nicht mehr möglich. Wenn die einzelnen Fälle jedesmal der Bischofskonferenz vorgetragen werden müssen, so darf man jedenfalls ein gewisses Vertrauen haben, daß die katholischen Rechte der Minderheiten nicht verletzt werden. Oberflächliche Beurteiler des Konkordats haben gemeint, daß die erwähnte Bestimmung eine Erweichung des bekannten Canon 216 § 4 darstelle und den polnischen Bischöfen eine Befugnis gebe, die nach dem Kirchenrecht nur dem päpstlichen Stuhl zustehe. Aber das polnische Konkordat redet nicht von nationalen Pfarreien, sondern von Gottesdiensten. Es ist darum für den Bestand von Pfarreien nationaler Minderheiten einfach wie bisher das gemeine Recht maßgebend, und dieses bestimmt, daß ohne Befragen des päpstlichen Stuhles nichts an dem Bestande der nationalen Pfarreien geändert werden darf.“

erhalten: die bischöflichen Mensen und Seminare bis zur Grenze von 180 Hektar, die Pfarrbenefizien je nach der Beschaffenheit des Bodens 15—30 Hektar. Die ein Ganzes ausmachende Summe in Geld, die im Annex A festgelegt ist, wird für die Bistümer, in denen diese Zuteilung von Boden stattfindet, um fünfzig Zloty für das Jahr verringert werden für jeden in obiger Weise zugeteilten Hektar.

4. Die Bestimmung der Güter, die die Republik Polen bei den ehemaligen Teilungsmächten als Nachfolgerin der Rechte, die diesen Staaten aus ihren gesetzlichen Beziehungen mit juristischen Personen des geistlichen und Ordensstandes Polens zukamen und die sowohl von diesen Staaten zugestandene Leistungen zugunsten juristischer Personen des geistlichen und Ordensstandes waren, wie die Verwaltung von für die Kirche bestimmten Immobilien und Kapitalien betrafen, wird aufrecht erhalten.

5. ¹⁾ Um die wirtschaftliche und soziale Lage der ackerbaureisenden Bevölkerung zu verbessern und umsomehr den christlichen Frieden im Lande zu fördern, gibt der Hl. Stuhl dazu seine Zustimmung, daß die Republik Polen von den Bischofsbenefizien, den Seminarien, den Kapitel-, Pfarr- und den einfachen Benefizien, die Boden besitzen, soviel urbaren Bodens ablöst, als er für jeden dieser Genannten folgende Größen übersteigt: 15—30 Hektar, je nach der Beschaffenheit des Bodens bei Pfarreien und einfachen Benefizien, 180 Hektar bei Domkapiteln, 180 Hektar bei bischöflichen Mensen und 180 Hektar bei Seminaren. In den Diözesen, in denen die Seminare kein urbares Land gesondert von dem bischöflichen besitzen, werden ihnen 180 Hektar von den Ländereien des bischöflichen Grundbesitzes ablösungsfrei verbleiben, unabhängig von den 180 Hektar, die der bischöflichen Mensa vorbehalten sind.

6. Die vorgenannten kirchlichen juristischen Personen haben das Recht, unter den ihnen gehörenden Gütern die Landparzellen selbst auszuwählen, die entsprechend der angegebenen Größe ihr Eigentum verbleiben.

7. Der Preis für die Ablösung der genannten Ländereien wird nach den Vorschriften entrichtet werden, die für die Ablösung des Grundbesitzes von Privateigentümern gelten und verbleibt zur Verfügung der Kirche.

¹⁾ Mit diesem Artikel hat die Kirche ein ganz außerordentliches Zugeständnis gemacht, denn die Bezahlungen sind bescheiden, erheblich unter denen der Staatsbeamten. Der Hl. Stuhl war gegenüber der polnischen Regierung, die den Ankauf eines großen Teiles des kirchlichen Grundbesitzes verlangte, in einer sehr schwierigen Lage, nachdem die Rechtsparteien die Agrarreform bereits angenommen hatten.

8. Der Hl. Stuhl willigt ein, daß von dem urbaren Boden, der zu den Häusern der Kongregationen und religiösen Orden wie auch deren Wohltätigkeitseinrichtungen gehört (wobei jede getrennt als eine Einheit unterschieden wird), durch den Staat im Einklang mit den für die Ablösung juristischen Personen des Laienstandes gehörender Güter geltenden Vorschrift die Ablösung erfolgt, mit dem Rechte, daß für jedes der genannten Häuser und für jede ihrer Wohltätigkeitsanstalten mindestens 180 Hektar urbarens Bodens vorbehalten werden.

9. Die juristischen Personen des geistlichen und Ordensstandes haben das Recht, ebenso wie die juristischen Personen des Laienstandes, unmittelbar zur Aufteilung ihnen gehörender urbarer Grundstücke zu schreiben.

Art. XXV. Alle Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die mit den vorgenannten Abmachungen im Widerspruch stehen, sind mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Konkordats ipso facto annulliert.

Art. XXVI. Der Hl. Stuhl wird im Zeitraume von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Konkordats und im Einvernehmen mit der Regierung zur Errichtung und Abgrenzung der Kirchenprovinzen und der im Art. IX. aufgezählten Diözesen schreiben. Die Grenzen der Kirchenprovinzen und der Bistümer werden mit den Grenzen des polnischen Staates übereinstimmen.

Die in Polen gelegenen Kirchengüter, die juristischen Personen des geistlichen oder Ordensstandes gehören, die ihren Sitz außerhalb der Grenzen des polnischen Staates haben und umgekehrt, werden den Gegenstand eines besonderen Abkommens bilden.

Art. XXVII. Das vorliegende Konkordat tritt zwei Monate nach dem Austausche der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Rom, am 10. Februar 1925.

P. Kard. Gasparri

Ladislaus Skrzynski

Stanislaus Grabski

Einem gewaltigen Stück kirchlichen Wiederaufbaues ist durch das Konkordat freie Bahn gemacht und die goldene Jubiläumsmedaille, durch deren Uebersendung der Heilige Vater in dem Staatspräsidenten dem Staate selbst seine Anerkennung für die in jener Abmachung zum Ausdruck kommende Gesinnung gegenüber der Kirche bekundete, wird die ganze katholische Welt mit aufrichtigem Beifalle begleiten. Dort, wo fast anderthalb Jahrhunderte hindurch die Kirche geknebelt, verfolgt, betrogen und beraubt ein Leidensdasein führte, steht sie heute wieder frei und aufrecht da und kann ihre unterbrochene Aufgabe fortsetzen.

Viele, die das polnische Volk folgerichtiger und tiefer religiös christlich gesinnt wünschten und seine Mängel der Kirche vorwerfen zu müssen glauben, bedenken nicht, daß seit fünf Generationen brutale Staatsallmacht ihren Einfluß in denkbar weitestem Maße unterbunden gehabt hatte.

Es gibt dem gläubigen Christen zu denken, wenn er sieht, daß heute jene drei Dynastien, die das Unrecht der Aufteilung Polens begangen haben, gestürzt sind, während ihr Opfer, sogar ohne darum gestritten zu haben, wieder die Freiheit und Selbständigkeit erhielt, auf die jede Nation berechtigten Anspruch besitzt.

Freilich, auch das schönste und vorteilhafteste Konkordat vermag nichts, wenn es toter Buchstabe bleibt. Rom hat das Seine getan, an Polen ist es jetzt, zu zeigen, ob es der Konkordates wert ist.¹⁾

Danzig

Danzig wurde durch den Staatsvertrag von Versailles, also durch Diktat, trotz seiner rein deutschen Bevölkerung vom Deutschen Reiche losgerissen und trotz des verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker ohne Abstimmungsgewährung am 17. November 1920 als „Freie Stadt“ konstituiert. Diese Freiheit wurde ihm also gegen seinen Willen mit Gewalt aufgezwungen und noch dazu durch unter fremdem Druck zustandegekommene Abmachungen über Zolleinheit usw. stark eingeengt.

Kirchlich gehört das losgerissene Gebiet zum größeren Teile zu dem heute fast ganz innerhalb der polnischen Grenzen liegenden Bistume Kulm, zum kleineren Teile zum deutschen Bistume Ermland.²⁾ Das eindeutige Vorgehen der Polen, die z. B. im Kulmer Diözesanseminare zu Pelplin den Gebrauch des Deutschen als Unterrichtssprache verboten, ließ die Katholiken Danzigs das

¹⁾ Die Ausweisung der Optanten für die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit durch die polnische Regierung im August 1925 gab zu der Frage Anlaß, weshalb der Hl. Stuhl nicht interveniert habe, da doch Papst Benedikt XV. während des Krieges sich so warm um die nach Innerdeutschland deportierten Belgier angenommen habe. Die Antwort ist sehr einfach: Belgien hatte offiziell den Hl. Stuhl um Intervention gebeten. Deutschland hat es nicht getan.

²⁾ Ausführliches über die kirchlichen Verhältnisse Danzigs s. in „Germania“ vom 25. Juli 1925, auch wiedergegeben in „Ecclesiastica“ Nr. 32 vom 8. August 1925.

Schlimmste für die Erhaltung eines deutschen Klerus befürchten, weshalb anfangs 1921 die Danziger Katholiken deutscher Zunge (90 v. H. unter insgesamt 222 000 Seelen) der Staatssekretarie Sr. Heiligkeit die Bitte unterbreiteten, es möchten die derzeit noch zur Diözese Kulm gehörenden Pfarreien des Frei-Stadt-Gebietes mit dem Bistume Ermland vereinigt werden. Dem Bemühen des damaligen Vertreters des Vatikans, des Prälaten O'Rourke, eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen, wideretzten sich polnische Kreise, die von der Warschauer Regierung forderten, sie solle „die Tätigkeit der vatikanischen Diplomatie unterbinden, die ohne Einvernehmen mit der polnischen Regierung in deren Wirkungsbereich unternommen werde, ohne den Weg über die Warschauer Nuntiatur zu nehmen, die allein auf dem Danziger Gebiete zuständig sei.“¹⁾ Sobald die Bestrebungen der Danziger deutschen Katholiken nach Vereinigung mit dem Bistume Ermland bekannt wurden, „hat die polnische Regierung sie sofort zu unterbinden gesucht und das hauptsächlich durch die Vermittlung der polnischen Gesandtschaft beim Vatikan und der Nuntiatur in Warschau. Das Bestreben der polnischen Regierung ging und geht dahin, das Gebiet der freien Stadt Danzig in ein vom Bischof von Pelplin abhängiges Generalvikariat umzuwandeln,“ so erklärte der polnische Außenminister Skirmunt am 15. Dezember 1921 im Auswärtigen Ausschusse.²⁾ Der Vatikan entschied daraufhin, daß vorläufig an dem bisherigen Zustande nichts geändert werde, kam aber bereits im folgenden April (1922) den Danziger Wünschen weiter entgegen, als man je zu hoffen wagte, indem er das gesamte Gebiet zu einer selbständigen Apostolischen, d. h. nicht von Polen, sondern vom Hl. Stuhle selbst unmittelbar abhängigen Administratur zusammenfaßte und den vorerwähnten Prälaten Msgr. Graf O'Rourke, Tit.-Bischof von Canea und vordem ersten Bischof von Riga, den Abkömmling einer irischen, in Polen naturalisierten Familie, zum päpstlichen Administrator ernannte.³⁾

Danzig ist in dem mit Polen abgeschlossenen Konkordate Gegenstand einer Abmachung zwischen dem Hl. Stuhle und der

¹⁾ s. Interpellation des polnischen Nationalen Volksverbandes im Auswärtigen Ausschusse des polnischen Sejm vom 17. Oktober 1921, abgedruckt in „Schles. Volkszeitung“ vom 27. Dezbr. 1921.

²⁾ ebenda.

³⁾ s. das Kapitel Lettland.

polnischen Regierung geworden, die lebhafteste Erörterung und — sehr zu Unrecht — ernstliche Beunruhigung erweckt hat. Es ist der Artikel III: „Um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhle und der Republik Polen aufrecht zu erhalten, wird ein Apostolischer Nuntius in Polen und ein Botschafter der Republik beim Hl. Stuhle residieren. Die Vollmachten des Apost. Nuntius erstrecken sich auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig.“ Diese Bestimmung besagt also, daß zwar die Vollmachten des Vertreters des Hl. Stuhles auch Danzig gegenüber gelten, daß aber der polnische Gesandte beim Hl. Stuhle nicht als der diplomatische Vertreter Danzigs beim Vatikan anerkannt ist.¹⁾ Nun lautet zwar eine Danzig von den Mächten aufgezungene Bestimmung, daß seine auswärtigen Angelegenheiten durch die Hände der polnischen Regierung gehen müssen,²⁾ es also kein eigenes Gesandtschaftsrecht besitzt. Die innerkirchlichen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sind aber, wenngleich ihre Regelung kirchenrechtlich zu den Kompetenzen des Hl. Stuhles gehört, keine auswärtigen Angelegenheiten im Sinne

¹⁾ Den Tatsachen-Beweis lieferte der Empfang der oberschlesischen Pilger vom 11. Mai 1925 und der des Danziger Pilgerzuges vom 13. Juni 1925. Während jener vom polnischen Gesandten Skrzynski begleitet war, führte diesen der Apost. Administrator Msgr. O' Rourke und der „Oss. Rom.“ vom 15./16. Juni berichtigte in seinem vatikanisch-amtlichen Teile sogar die Meldung des „Corriere d' Italia“ (Nr. 141 vom 13. Juni), es hätte sich Personal der polnischen Gesandtschaft zum Empfange dieses auf dem Bahnhofe eingefunden als unzutreffend.

²⁾ Polen hat dabei nicht freie Hand, denn es kann die auswärtigen Angelegenheiten Danzigs nur in dessen Auftrag vertreten, daher bindet ein ohne Zustimmung Danzigs geschlossener Vertrag Polens jenes nicht. Art VI der Pariser Konvention zwischen Danzig und Polen vom 9. Nov. 1920 lautet: „Internationale Verträge oder Abkommen, an denen die Freie Stadt Danzig interessiert ist, werden von der polnischen Regierung nicht ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden. Das Ergebnis dieser Beratungen wird zur Kenntnis des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig gebracht werden. In allen Fällen wird der Hohe Kommissar das Recht haben, jedem internationalen Verträge oder Abkommen sein Veto entgegenzustellen, soweit er die Freie Stadt betreffen würde, wenn der Rat des Völkerbundes glaubt, daß er den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages oder dem Statut der Freien Stadt Danzig widerspricht.“ Die Rechtslage ist, daß Danzig sich keines anderen Staates bedienen kann, nie direkt mit einem auswärtigen Staate verkehrt; auch kann die polnische Regierung den Interessen des polnischen Staates zuwiderlaufende Aufträge Danzig — allerdings nicht ohne Grundangabe — ablehnen, aber Polen kann auch die Freie Stadt Danzig nicht zu einer bestimmten auswärtigen Politik veranlassen oder sie ihm aufdrängen.

jener Bestimmung, unterliegen ihr also auch nicht und es ist auch durch das Konkordat dem freien Verkehre der Danziger Katholiken mit dem Hl. Stuhle nichts in den Weg gestellt, denn selbst wenn das Konkordat auch das Danziger Gebiet einbeziehen würde — was aber nicht der Fall ist, wie die Artikel IX und XXVI beweisen ¹⁾ — so träte sofort der Artikel II des Konkordates in Wirkung: „Die Bischöfe, die Geistlichkeit und die Gläubigen verkehren frei und unmittelbar mit dem Hl. Stuhle.“ Dieser Verkehr bedarf auch durchaus keines diplomatischen Vertreters gegenüber dem Papste, da es jedem Katholiken freisteht, sich unmittelbar an das Oberhaupt seiner Kirche zu wenden.

Um aber einer Anhäufung aller kirchlichen Angelegenheiten in Rom vorzubeugen und um einerseits den Verkehr zu erleichtern, andererseits der Eigenart der Sachlage in den einzelnen Ländern jederzeit gebührend Rechnung tragen zu können, was genaue Kenntnis voraussetzt, unterhält Rom seine Nuntien in den verschiedenen Ländern, z. B. für Polen den Nuntius in Warschau. Es steht daher den Danziger Katholiken frei, durch diesen mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Vertreter mit dessen hohem Mandatäre, dem Papste zu verkehren; zu diesem Zwecke wurde jener von diesem eben mit den erforderlichen Vollmachten ²⁾ ausgestattet und der Artikel III des polnischen Konkordates kann somit nur den Sinn haben: Polen hat nichts dagegen einzuwenden. Ein Blick in die Liste jener Vollmachten ³⁾ beweist, daß sie rein kirchlicher Natur sind und nicht eine Beglaubigung als diplomatischer Vertreter bei der Danziger Regierung darstellen; eine solche erfolgt bekanntermaßen nur nach bezüglichem gegenseitigem Einvernehmen. Nach einem bekannten Ausspruche

¹⁾ s. S. 267 und 275.

²⁾ Leider wurden in der Presse sehr mangelhafte Versionen des polnischen Konkordates verbreitet, in denen z. B. die Rede von „Machtvollkommenheiten“ des Nuntius ist, während der französische Originaltext von „pouvoirs“ spricht, was juristisch unserem Worte „Vollmachten“ entspricht.

³⁾ Die Vollmachten sind genauestens in dem im Jahre 1917 promulgierten Rechtskodex der Kirche Can. 267 verzeichnet; sie wurden im Jahre 1923 neu redigiert und sind u. a. im „Archiv für katholisches Kirchenrecht“ C II. 57 abgedruckt. Dieser Index facultatum besteht aus 55 Artikeln in sechs Kapiteln und ist im Auszuge wiedergegeben in „K. Kztg.“ 1924 Nr. 1, S. 5. Die Vollmachten beziehen sich auf die Informationsprozesse für gewählte Bischöfe und Erzbischöfe, Verleihung der dem Hl. Stuhle vorbehaltenen Benefizien, Absolution von Reservatfällen pro foro interno et externo, Dispensation von Irregularitäten, vom Fasten- und

Bismarcks ist der Papst in einem Staate, der unter seinen Staatsbürgern Katholiken besitzt, kein fremder Souverän, keine auswärtige Macht, und nach dem Vorbilde Bayerns könnte Danzig, wenn es wollte, trotz der Versailler Vertragsbestimmungen zur Errichtung einer Vertretung beim Vatikan (und umgekehrt) schreiten.

Daß eine Wirkung des Standpunktes, den der Hl. Stuhl im polnischen Konkordate eingenommen hat, „die Abberufung des Apostolischen Administrators und seine Ersetzung durch einen Nachfolger polnischer Nationalität oder Gesinnung, oder gar Aufhebung der Apost. Administratur und Einordnung der Katholiken Danzigs in das polnische Bistum Kulm“ ¹⁾ sein könnte, ist eine Befürchtung, die des causalen Zusammenhanges entbehrt und nur der Verkenennung der verschiedenen Kompetenzen zugeschrieben werden kann. Die zuletzt angeführte Möglichkeit wäre auch durch den Artikel XXVI des Konkordates ausgeschlossen. Ebenso unbegründet ist die Befürchtung, der Nuntius könnte, weil er bei der polnischen Regierung beglaubigt ist, sich gegenüber Danzig auf den Standpunkt Polens stellen, weshalb ihm die Katholiken Danzigs ihre kirchlichen Belange nicht anvertrauen können. Der Nuntius ist der Vertreter des Heiligen Vaters und sonst nichts anderes, er steht den Katholiken Danzigs mit derselben Unvoreingenommenheit gegenüber, wie allen anderen. Es ist daher verständlich, daß die Danziger Katholiken-Kundgebung vom 12. Juli 1925, in deren Beschluß vorstehende Befürchtungen zum Ausdrucke kamen, nicht die Billigung des Klerus finden konnte. Jedenfalls aber dürfte nun, nachdem jetzt durch das Konkordat mit Polen dessen Diözesanabgrenzung vorgenommen ist, wonach kein polnisches Bistum über die Staatsgrenze hinausreicht (Art. XXVI.), der Hl. Stuhl von selbst an die endgültige Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Freien Stadt Danzig treten, um sie im Einvernehmen mit deren Regierung und unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Katholiken Danzigs zu lösen.

Abstinenzgebote, vom Breviergebote, Befreiung oder Umwandlung von einfachen Privatgelübden, Verlängerung verfallener Fakultäten, Gewährung von Ablässen, Erteilung des päpstlichen Segens, Verleihung des Altarprivilegs, Errichtung gewisser Bruderschaften, Gewährung von Ehedispensen, Sanierung von Ehen, Gewährung des Privatoratoriums, Dispensen für Ordenspersonen, Spendung der Firmung, Beichtprivileg usw.

¹⁾ s. Kundgebung der Danziger Katholiken-Organisation v. 12. Juli 1925.

Tschechien und Slowakei

Wenn etwas geeignet ist, die Sinnlosigkeit der Behauptung darzutun, „kein Mensch habe mehr Recht und Ursache, zu sagen, daß er den Krieg gewonnen habe, als der italienische Oberpriester,“ wie geschmacklos bezüglich des Papstes ein bekannter Hetzredner des Evangelischen Bundes¹⁾ öffentlich äußerte, so sind es die Wirkungen des Zusammenbruchs Oesterreichs. Die von der Freimaurerei seit Kriegsbeginn betriebenen Wühlereien eines Masaryk, Kramar, Hlavacek, Benes usw. führten die Sprengung des alten katholischen Doppel-Reiches herbei und rissen im allgemeinen Durcheinander des Zusammenbruchs mit Unterstützung der Entente die Macht an sich, sodaß wir alsbald in allen Nachfolgestaaten die grimmigsten Kirchenfeinde am Staatsruder sehen. Die Auflösung uralter Formen und Bindungen erfaßte wie ein Taumel die Menschen und im neuen Tschechenstaate, selbstverständlich einer Republik, riß er auch einen Teil des katholischen Klerus in seinen Wirbel. Ueberspannter Nationalismus, Weiber, Verärgerung über erfolglose Jagd nach einer Pfründe, führten bei manchem zum äußeren Bruche heiligsten Eides; schien es doch, als habe das letzte Stündlein der Kirche geschlagen, als in Prag ihr Wahrzeichen, die Mutter-Gottes-Votivsäule in Trümmern auf das Pflaster niederkrachte und der antiklerikale Janhagel darauf seine rote Fahne aufpflanzte. Der neue Unterrichtsminister Habrmann verfügte sofort die Unterdrückung aller religiösen Uebungen an Schulen; der Fürstbischof Graf Huyn wurde gezwungen, Prag zu verlassen, die Bischöfe waren nicht zu hören, ein Teil des Klerus untergrub in öffentlichen Versammlungen die kirchliche Autorität, forderte an Stelle der abzusetzenden Bischöfe von Olmütz, Brünn und Leitmeritz die Wahl neuer Bischöfe durch Klerus und Laien, und so war es nicht zu verwundern, daß sich alsbald eine sogenannte „Reform“-Priestervereinigung, die „Jednota“ auftrat, in der der innerlich längst abgefallene Prämonstratenser Zahradnik in für ihn höchst kennzeichnender Weise die sofortige Lösung der Frage (!) des Cölibates und der Patronate, Erhebung des Tschechischen zur Kirchensprache und Umwandlung der katholischen Kirche in eine Nationalkirche beantragte.

¹⁾ Pastor Bräunlich, General-Sekretär des Evangelischen Bundes in seiner Rede zu Hof i. B. am 9. Januar 1924.

Kramar allerdings war schon damals ein Freund der Staatsfessel für die Kirche und wünschte ein „Konkordat nach serbischem Muster“ ¹⁾ Die Lockerung der Bande nahm rasch ernststen Umfang an; von rund 4000 Geistlichen waren fast die Hälfte teils bedingte, teils unbedingte Anhänger der „Jednota“. Ihre Versammlung vom 25. Januar 1919 forderte bereits kirchliche Einsegnung der Leichenverbrennung, Beseitigung des Breviers, Vorensur für Hirtenbriefe durch ein Konsistorium, „Rehabilitierung“ des tschechisch-nationalen „Vorkämpfers“ Hus und Erhebung seines Todestages zum nationalen Feiertage, sodaß Weihbischof Dr. Sedlak unter Protest die Versammlung verließ. Zahradnik versprach Roms sicheres Nachgeben in der Cölibatsfrage, da die Kurie „zu klug“ sei, ein Schisma heraufzubeschwören. Zu einem Schisma aber komme es sicher, wenn diese Forderung nicht bewilligt werde. „Und wenn niemand es zu sagen wagte“, setzte er hinzu, „so sage ich es, daß die Hälfte der Priester den Cölibat nicht beobachtet“. ²⁾

Aber schon um Mitte Februar setzte auf Pastorkonferenzen und in den marianischen Priesterkongregationen beider Nationalitäten die Gegenbewegung ein. Bischof Groß von Leitmeritz ging mit feierlichem Protest voran. In Protesten der Vikariate und Kongregationen aller böhmischen Diözesen und auch Mährens kehrt sich die Entrüstung besonders gegen die Verdächtigung der priesterlichen Standestugend und die übrigen schmählischen Forderungen.

Das Ringen um die beanspruchten Gebiete gegenüber Deutschen, Ungarn und Polen beschäftigte vorerst die Regierung vollauf; soviel aber sah man doch ein, man mußte Fühlung mit Rom suchen, und richtete daher an den Vatikan das Ersuchen um Herstellung diplomatischer Beziehungen. ³⁾ Im Auftrage des Hl. Stuhles begab sich daher der Wiener Nuntius alsbald nach Prag, wo er „Gelegenheit fand, sogleich mit allen offiziellen maßgebenden Persönlichkeiten in Fühlung zu treten“. ⁴⁾

¹⁾ s. „Das Neue Reich“ 1918/19. Nr. 13 S. 217 und „K. Kztg.“ 1918 Nr. 46.

²⁾ ebenda, 1919, Nr. 6.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 198 vom 28. August 1925.

⁴⁾ s. „Reichspost“ Nr. 102 vom 1. März 1919, desgl. Unterredung mit Kardinal Gasparri im „Petit Parisien“ lt. Agenzia Stefani aus Paris vom 3. April 1919. S. Eminenz erklärt dort, die tschechische Regierung habe bereits Schritte zwecks Anknüpfung amtlicher Beziehungen getan.

Die Ueberspannung der Forderungen entfremdeten der „Jednota“ allmählich zahlreiche Anhänger. Die Brüner Sektion sprach sich entschieden für den Cölibat aus. Eine Jednota-Abordnung hatte der Nuntius überdies in der Cölibatsfrage mit einem ganz unzweideutigen „niemals“ heimgeschickt; trotzdem versuchte man sein Glück in Rom selbst, wo man in zwanzig Jahren das Ziel zu erreichen hoffte.“¹⁾ Die Strömung innerhalb des Klerus vornehmlich in Mähren für Beseitigung der aus kaiserlicher Zeit stammenden Bischöfe entsprang übrigens z. T. auch der Forderung nach Führern für Klerus und Volk im bereits begonnenen Kulturkampfe, darf also nicht ausschließlich als gegen die Autorität gerichtet gewertet werden.

Zu wüsten Szenen kam es am Feste des hl. Johann Nepomuk in Prag; Sozialdemokraten, in Tschechien die führenden Träger des kirchen- und religionsfeindlichen Gedankens, störten katholische Gottesdienste und versuchten sich in Bilderstürmerei, aber schon war die Gegenwehr der Katholiken genügend erstarkt, um das Vorhaben zu verhindern. Zwei tschechische Geistliche aus den Vereinigten Staaten, Msgr. Bouska und Rev. Zlamal erschienen im Juli mit der amerikanischen Mission in Prag und nachdem sie sich in Rom den Segen des Papstes geholt, verurteilten sie freimütigst Jednota und tschechische Kirchenpolitik.²⁾

Die nach Rom entsandte Jednota-Abordnung kehrte mit leeren Händen zurück, wußte man doch bereits, daß es sich bei ihr um eine von der Regierung betriebene und bezahlte Sache handelte. Den Herren wurde im Vatikan eröffnet, es sei ohnehin schon beschlossene Sache, daß Graf Huyn nicht mehr nach Prag zurückkehre; auch in der Slowakei würden die magyarischen Bischöfe durch einheimische ersetzt; für Errichtung eines Patriarchates bestehe keine Schwierigkeit, doch besäße dafür Olmütz größere Eignung als Prag. Papst Benedikt faßte in der den Herren gewährten Audienz seinen Standpunkt in die Worte zusammen: „Wir sind bereit, alle legitimen Wünsche des Volkes zu erfüllen; was nicht legitim ist, wird nicht bewilligt werden können.“³⁾ Vollständig ablehnend gegen alle Neuerungs-

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 23, S. 181.

²⁾ ebenda, Nr. 29 S. 229.

³⁾ ebenda Nr. 34 S. 270.

bestrebungen, wie sie die „Jednota“ betrieb, verhielt sich der deutsche Priesterkongreß zu Freudental am 12. August.

Inzwischen schritt die Regierung zur Enteignung zahlreicher Klöster, wie St. Gabriel, Sacré Coeur, derjenigen der Englischen Fräulein und der Ursulinen; andere Klöster wurden dadurch ihrem Zwecke entzogen, daß man Teile davon für Staatszwecke requirierte. Den privaten katholischen Mittelschulen entzog man das Oeffentlichkeitsrecht und schränkte den Religionsunterricht so viel wie möglich ein. Protestabordnungen der Katholiken wurden überhaupt nicht empfangen. Am schlimmsten hauste die tschechische Freidenkerei jedoch in der Slowakei, wohin nur Antiklerikale und verbissen romfeindliche Protestanten als Beamte gesandt wurden, die absolutistisch nach ihren Gesinnungen hausten, aber auch stahlen und raubten. Was darüber bisher aufgedeckt worden ist, stempelt Tschechien zum Paradies der Skandale.

Die Ernennung des Prager Professors Dr. Kordac zum Erzbischofe der Landeshauptstadt brachte endlich den Bruch mit dem unkirchlichen Grundsatz, Prag nur an ein Mitglied des Hochadels zu verleihen. Durch die Ernennung von Msgr. Kordac fiel der antiösterreichische Gegensatz weg und auch der zwischen Hochadel und Volksmasse konnte sich nicht mehr störend zwischen Hirt und Herde schieben. Wie sehr der Widerstand der Katholiken bereits erstarkt war, beweisen 1100 Protestversammlungen gegen die Kulturkampfpolitik an einem Tage, die bewirkten, daß die bereits zu weiterem Raube ausgestreckte Hand der Regierung sich raschestens zurückzog.

Die mährischen Bischöfe, geführt von Kardinal Skrbensky, sandten in einer Denkschrift ihre Forderungen und Beschwerden direkt an Präsident Masaryk.

Unter den „Reformern“, denen die Wahl des neuen Erzbischofes höchst unbequem war, tat sich besonders der Pilsener Religionsprofessor Farsky an Gehässigkeit so sehr hervor, daß die traurige Rolle, die dieser Mann dann noch spielen sollte, keine Ueberraschung mehr bedeuten konnte.

Im Oktober wurde die diplomatische Verbindung zwischen Prag und Rom hergestellt und der Uditore der Wiener Nuntiaturs Msgr. Micara vorerst mit einer Sondermission für das Gebiet der neuen Tschechenrepublik betraut; doch ward er mit allen Fakultäten eines Nuntius ausgestattet. Gemeinsam mit dem zur Konse-

kration des neuen Erzbischofes eingetroffenen Wiener Nuntius wurde er vom Außenminister Benes empfangen, dem beide Prälaten die Anerkennung der Republik durch den Heiligen Stuhl überreichten. Einen Vorgeschmack des Kommenden erhielt der künftige Nuntius aber schon durch Äußerungen des Organes Benes', des „Ceske Slovo“, das ihn als „Spion Roms“ beschimpfte, der beauftragt sei, nach Verschwörern in geistlichen Kreisen zu forschen. Kennzeichnend für die wahren Gesinnungen der führenden Männer des neuen Tschechenstaates sind folgende Äußerungen: Masaryk, der sich in der Rolle des abgeklärten Religionsphilosophen gefällt und dem allein die Verhetzung der tschechischen Lehrerschaft gegen die katholische Kirche zuzuschreiben ist, Masaryk, der offizielle Inspirator der tschechischen Abfalls-„Kirche“, erklärte auf die vorerwähnte Denkschrift, „die Enteignung der Kirchengüter sei keine Konfiskation“ und „was die Trennung von Kirche und Staat betreffe, werde sie ohne Kulturkampf durchgeführt werden.“¹⁾ Von ihm stammt auch jenes andere Wort: „Wien ist gefallen, nun kommt Rom an die Reihe.“ Und ferner: „Unser Programm ist Tabor.“ Und weiter: „Täuschen wir uns nicht, unter Klerikalismus verstehe ich Katholizismus.“ Habrmann, Rasin und Tomasek sind abgefallene Katholiken. Bechyne, ein Sozialist ohne Bildung, daher Sekretär für Erziehungs- und Bildungswesen, verkündete: „Eher soll die Republik in Trümmer gehen, als daß die Katholiken ihre Schulen zurückerhalten!“ „Immer vorwärts gegen Rom!“ Den Slovaken hatte Masaryk während des Krieges zu agitatorischen Zwecken von Amerika aus volle Autonomie versprochen und sie am 27. Januar 1915 noch Dr. Kmetko und Hlinka zugesagt, und was in Wirklichkeit geschah, ist der von demselben Masaryk zynisch eingestandene Bruch seines Wortes. Diese Vorkommnisse, die noch stark vermehrt werden könnten, gaben einen Vorgeschmack der Situation, deren Bemeisterung die nächste Aufgabe der vatikanischen Diplomatie im Einvernehmen mit der Kirche selbst darstellte.

Anfangs 1920 errichtete Prag seine diplomatische Vertretung beim Vatikan und am 22. März überreichte Dr. Krofta als erster Gesandter der Republik beim Hl. Stuhle dem Papste sein Beglaubigungsschreiben. Der Außenminister Benes beeilte sich, sofort

¹⁾ s. „Reichspost“ Nr. 253 vom 27. Oktober 1919 und „K. Kztg.“ 1919 Nr. 46, S. 369.

zu verbreiten, Krofta habe in seinem Auftrage den Hl. Stuhl von der beabsichtigten Trennung von Kirche und Staat verständigt und der Papst habe dagegen keine Einwendungen erhoben; er mußte sich aber vom „Osservatore Romano“¹⁾ sagen lassen, daß Krofta keine derartige Mitteilung gemacht und daher auch der Papst keine Gelegenheit gehabt habe, sich in der ihm zugeschriebenen Weise auszusprechen. Im Herbste vollzog dann auch der Vatikan die Errichtung seiner Vertretung in Prag und am 8. Sept. überreichte der Nuntius Msgr. Micara dem Präsidenten Masaryk seine Papiere. Zweideutig versicherte dieser, „daß ihm der religiöse Fortschritt sehr wichtig sei und sein werde und daß er das von der Regierung bereits angekündigte Programm der Trennung von Kirche und Staat vom religiösen Standpunkte aus und im Interesse der Religion beurteile.“

Einen Begriff vom Sinne dieser Worte vermittelten die Vorgänge in der Slowakei. Dort wirkte als Vertrauensmann der Regierung ein Dr. Srobar, in der Nationalversammlung der „Bluthund der Slowaken“ benannt. Die Bischöfe ungarischer Volkszugehörigkeit wurden ausgewiesen, obwohl sie der Republik den Treueid geleistet hatten, die Kirchengüter wurden vom Staate „übernommen“, also geraubt, die Ordenshäuser beschlagnahmt, die Klöster gesperrt und unter gewaltsamer Verletzung der Klausur ihre Insassen vertrieben, z. T. verbot man ihnen jede Tätigkeit, um sich den Vorwand zu schaffen, sie als arbeitslose Elemente auszuweisen.²⁾ 18 katholische slowakische Mittelschulen wurden konfisziert und dafür den Juden die Errichtung einer solchen in Uzhorod gestattet, Priester wurden ins Gefängnis geworfen, weil sie sich weigerten, das Beichtiegel zu verletzen, anderen wurde das Gehalt gesperrt, unter den Ruthenen amtlich Bolschewismus und Schisma verbreitet, ihre Kirchen geschändet und beraubt.³⁾

¹⁾ vom 21. Oktober 1920.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920 Nr. 21, „Kirchenpolitisches aus der Tschechoslowakei.“

³⁾ Ausführliches darüber in dem Artikel des slowakischen Professors Dr. Franz Jchlicka von der Warschauer Universität „Der Untergang einer katholischen Nation“ im Luzerner „Vaterland“ 1923 Nr. 154 155. und in der Darstellung Msgr. Hlinkas in „America“, vom 15. Aug. 1925. Eine Darlegung der Zustände in der Slowakei findet man auch in dem Buche des unter dem Namen Scotus Viator bekannten englischen Publizisten und Spezialisten für die ost- und südslawischen Gebiete Europas, Seaton-Watson, „The New Slo-

In Tschechien warben Freidenker gemeinsam mit den Sozialdemokraten mit allen Mitteln, selbst dem des Alkohols, für den Austritt aus der katholischen Kirche; auch dort wurden Kirchen geraubt, Kreuze und Heiligenstatuen zerschlagen und verstümmelt und von der antiklerikalen Lehrerschaft auch die Jugend dazu angeleitet, kurz, der Kampf entbrannte auf der ganzen Linie, nicht weniger aber auch die Abwehr.¹⁾

Die „Reformer“ unter dem Klerus hatten, nachdem sich Farsky an ihre Spitze gestellt, den entscheidenden Schritt getan und am 8. Januar 1920 die Trennung vollzogen; als Erstes beseitigte man die Ohrenbeicht und den Glauben an ein ewiges Leben und kündigte „die bevorstehende Abrechnung mit Rom“ an, das seinerseits sofort erwiderte, indem es mittels Dekretes der Kongregation des Hl. Offiziums vom 15. Januar 1920 diese tschechisch-reformierte „Kirche“ verurteilte und ihre Gründer exkommunizierte.

vakia“ (Prag, Botovy, 1924). Msgr. Hlinka, der unerschrockene Führer seines Volkes im Kampfe gegen die Prager Despotenherrschaft, trat schon 1921 mit seiner Partei, der Slowakischen Volkspartei, aus der Regierungskoalition und ging zur Opposition über. Und nachdem trotz der Aufdeckung der unerhörten Skandalwirtschaft Prags in der Slowakei und trotz aller Beschwerden und Proteste gegen Korruption und tschechische Willkürherrschaft, gegen Vergewaltigung und Knutentum die Regierung keinen Finger rührte, verließ Hlinka mit seiner Partei gleich dem Vorbilde der Deutschen und Magyaren das Parlament und faßte seine Beschwerden und Anklagen in drei, am 26.—28. November 1924 im Prager „Cech“ erschienenen Artikeln zusammen. Wie leicht bei gutem Willen, d. h. unter Preisgabe aller Kulturkämpferei und einer Politik nach dem Geiste des Volkes die Ueberwindung des nationalen Gegensatzes wäre, bewies die mustergiltige Einigkeit des großartigen Preßburger Eucharistischen Kongresses (23.—24. August 1924), an dem sich das Volk in Massen, Slowaken, Deutsche und Magyaren, beteiligten. Alle Sorgen gelten z. Z. den bedrohten Konfessionsschulen, die in Gefahr sind, durch einen Gewaltakt Prags in sog. neutrale, d. h. konfessionslose und damit religionsfeindliche Staatsschulen umgewandelt zu werden, wie dies schon vor einigen Jahren mit etwa zwanzig katholischen Mittelschulen geschah. Eine im Oktober 1924 gemeinsam vom Episkopat und der Slowakischen Volkspartei unter den wahlberechtigten Katholiken allein vorgenommene Abstimmung ergab 774,773 Stimmen für die Konfessionsschule, obwohl viele Wahlberechtigte zu Erntearbeiten auswärts waren und die tschechischen Regierungsbehörden die Abstimmung mit allen Mitteln zu schädigen bemüht waren. Bei Heranziehung der Protestanten und Juden, die gegenüber der Schulfrage denselben Standpunkt einnehmen, wäre das ohnehin glänzende Ergebnis noch günstiger ausgefallen.

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 22 S. 170 ff. und Nr. 25, S. 198/9; s. a. „Köln. Volksztg.“ Nr. 777 vom 8. Oktober 1924.

Angesichts der unter den Augen der Behörden sich vollziehenden Vandalismen und Schändungen kirchlicher Darstellungen schrieb der katholische „Cech“ (Nr. 153): „Sollten wir den Präsidenten anrufen, die Regierung, die Behörden? Es wäre umsonst! Was in dieser Republik geschieht, macht sie zur Räuberhöhle!“ Der VII. Sokoln-(Turner) Kongreß im Juni 1920 erwies sich als reine Kirchenaustritts-Veranstaltung, inszeniert von Protestanten, Freidenkern und Anhängern Farskys. Wohin sich die Austretenden wenden sollten, ob zu einer anderen Gemeinschaft oder zur Konfessionslosigkeit, war den Veranstaltern gleichgültig. Da die neue Sekte keine Kirchen besaß, nahm sie sie den Katholiken gewaltsam weg und die Regierung sah diesen Räubereien zu. Schon lagen sich aber auch bereits Zahradnik und Farsky in den Haaren und es begann jenes widerlich-lächerliche Schauspiel, das seither die sogenannte tschecho-slovakische National-„Kirche“ zum Gespötte der ganzen Welt gemacht hat. Trotzdem fraß im tschechischen Klerus die Krise immer weiter um sich,¹⁾ sodaß sich ein scharfer Trennungsstrich von selbst als Notwendigkeit aufzwang. Daneben brachen noch Methodisten, Heilsarmee und die berühmte Y. M. C. A., gefördert von der Zivilbehörde, in die Herde ein.

Die Katholiken schlossen ihre Reihen, organisierten unausgesetzt und ihre Gaukatholikentage, glänzend besucht, bezeugten ihre Entschlossenheit, den Kampf aufzunehmen.

Am 26. Oktober 1920 fand die entscheidende General-Versammlung der „Jednota“ statt, um dem Auftrage der Bischöfe, sich in Diözesan-Priestervereine umzugruppieren, nachzukommen. In ergreifender Weise beschworen die treu gesinnten Priester, dem Apostolischen Stuhle und den Bischöfen den gelobten Gehorsam zu erweisen und in dieser Zeit offenen Kulturkampfes dem Volke nicht solch furchtbares Äergernis zu geben. Vergeblich. Mit 345 gegen 60 Stimmen wurde die Umwandlung abgelehnt, doch erklärte man, nach neuen Mitteln suchen zu wollen, um den „Streit mit den Bischöfen“ beizulegen. Damit war die Situation reif geworden; Rom mußte sprechen.

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1920 Nr. 38 S. 304.

Und der Papst sprach. Im Geheimkonsistorium vom 16. Dezember 1920 befaßte sich seine Allokution fast ausschließlich mit den Vorgängen in Tschechien, indem er sagte:¹⁾

„Unter den Sorgen, die Uns beschäftigen, sind es in diesem Augenblicke zwei, die mehr als andere Unser Gemüt mit Bangen erfüllen. Die erste besteht darin, daß ein Teil des tschechoslovakischen Klerus eine derartige Aufführung an den Tag legt, daß er sich seines eigenen Standes und seiner eigenen Würde vollkommen vergessen zu haben scheint. Ihr selbst seid Zeugen, wie sehr Wir Uns seit Anbeginn dieser bedauerlichen Tatsache bemüht haben, die Irrenden zu ihrer Pflicht und auf den rechten Weg zurückzurufen. Infolgedessen sind, Dank der göttlichen Gnade, nicht viele bis zu dem Punkte gelangt, ihren Abfall zu vollziehen, indem sie sich von der Kirche Christi trennten. Viel größer ist die Zahl derjenigen, die trotz der Versuchung durch das Beispiel im Glauben verharret haben.

Sehr gerechterweise glaubten die ehrwürdigen Brüder, die tschechoslovakischen Bischöfe, in zweckmäßiger Weise die Treue dieser durch ihre Autorität stützen zu sollen. Versammelt daher zum Kongreß, um gemeinsame Interessen wahrzunehmen, erachteten sie für nötig, daß der allgemeine Verband des tschechischen Klerus, genannt Jednota, aufgelöst und an seiner Stelle gestattet würde, Diözesanverbände zu bilden, welche die Rechte der Bischöfe unangetastet ließen. Wir hießen von ganzem Herzen diesen Entschluß gut und bestätigten ihn durch Briefe, die Wir vergangenen Februar an Unseren ehrwürdigen Bruder, den Erzbischof von Prag gerichtet haben. Dagegen erfuhren Wir, daß im Gegensatz zu Unseren Hoffnungen die Jednota, anstatt dem überaus zweckmäßigen Beschluß der Bischöfe zu entsprechen, sich mit allen Mitteln widersetzte, indem sie vorgab, das, was verordnet worden sei, habe keine Geltung, wenn nicht die Interessierten selbst gehört und die feierlichen Formen der Rechtsprechung beobachtet würden. Niemandem entgeht die Haltlosigkeit dieses Vorwandes, wenn man bedenkt, wieviel die Jednota der kirchlichen Disziplin geschadet hat, sei es, daß sie handelte, wie Wir bereits erwähnten, sei es, daß sie im Volke die verderblichen Grundsätze verbreitete, die Uns wohl bekannt sind. Um daher auf jede Weise die Unversehrtheit der Zucht zu beschützen, durften die Bischöfe nicht zögern, sie dort herzustellen, wo sie verletzt worden war. Uebrigens erforderte die von den Bischöfen eingehaltene Richtlinie keineswegs die Formen der Rechtsprechung, da sie sich auf die sogenannte administrative Ordnung bezog und nicht auf die rechtliche.

¹⁾ s. „Unita Cattolica“ vom 25. Dezember 1920.

All das wurde den Leitern der Jednota zur Erwägung unterbreitet und zu Aller Kenntnis gebracht. Nichtsdestoweniger widersetzte sie sich hartnäckig dem Befehle der Bischöfe und befließte sich noch nachdrücklicher, neue Unterlagen zu finden; ja es gab sogar solche, die sich nicht schämten, zu behaupten, der Heilige Stuhl sei geneigt, die Strenge des Gesetzes bezüglich des Cölibates des Klerus zu mildern, indem er jene, die den geistlichen Stand verlassen hatten, von demselben entbinde. Wir halten es nicht für notwendig, bei diesem Punkte zu verweilen und zu beweisen, wie weit entfernt all dies von der Wahrheit ist. Es ist in der Tat klar, daß, wenn die lateinische Kirche in so kraftvoller Blüte steht, ein großer Teil ihrer Stärke und ihres Ruhmes dem Cölibate des Klerus entspringt; daher muß er auf alle Fälle erhalten und geschützt werden. Und das war vielleicht niemals so notwendig, wie in unserer so elendsvollen Zeit, da inmitten so vieler und so weit verbreiteter Anreize zur Verderbnis allenthalben zügellose Begierden vorherrschen. Daher soll der katholische Priester, der anderen der Führer in der Unterdrückung der ungeordneten Regungen des Gemütes sein soll, sich in Acht nehmen, daß er in der Ausübung seines Amtes nicht selbst diesen unterliege, sondern er Sorge dafür, daß er die anderen durch sein Beispiel stärke, indem er an die Ermahnung des heiligen Papstes Siricius erinnere, daß „mit dem Tage unserer Weihe wir unsere Herzen und unsere Leiber zu Dienern der Nüchternheit und Schamhaftigkeit machen.“

„Daher, ehrwürdige Brüder, bestätigen Wir jetzt feierlich und mit aller Kraft, was Wir bereits mehrmals bei anderer Gelegenheit gesagt haben; daß es niemals geschehen wird, daß der Apostolische Stuhl das heilige und so überaus heilsame Gesetz des kirchlichen Cölibates abschaffe oder auch nur abschwäche, indem er es in einigen Punkten weniger streng mache. Dergleichen bestätigen Wir, was Wir bereits in den an den Erzbischof von Prag gerichteten Briefen gesagt haben, daß die Neuerungen demokratischen Charakters, welche einige in die Disziplin der Kirche einführen wollen, niemals vom Apostolischen Stuhl gutgeheißen werden können. Was den Beschluß der Bischöfe bezüglich der Jednota betrifft, so bestätigen Wir ihn aufs neue mit dem Gewichte der Apostolischen Autorität und Wir hegen tiefes Vertrauen, daß jene, welche ihr angehören, aus Gewissenspflicht sich fügen werden. Während Wir Uns der Erwartung hingeben, daß ihre halsstarrige Widersetzlichkeit ein- für allemal aufhöre, gereicht es Uns in Unserer Betrübnis zum Trost und zur Freude, daß die Priester deutscher Nationalität, die ihr angehörten, sich der Gewalt der Bischöfe unterworfen haben und daß nicht wenige aus dem Klerus tschechischer

Nationalität sich gefügt haben und der Jednota den Rücken kehrten. Gebe Gott, daß ihr Beispiel von den anderen befolgt werde, die Wir von einem blinden Eifer erfaßt sehen, und daß sie, der Verderbnis gewahr werdend, der anheim zu fallen sie im Begriffe stehen, zur rechten Zeit sich aufraffen und beeilen, auf den guten Weg zurückzukehren."

Die Wirkung dieser Worte zeigt sich darin, daß von den noch über 300 Opponenten der letzten Jednota-Generalversammlung auf dem ersten Kongreß der sogenannten Nationalkirche aus ganz Böhmen, Mähren und Schlesien nur noch 71 erschienen, die nach der ersten im Juni ausgegebenen Statistik ¹⁾ noch auf 61 zurückgingen, während allerdings 108 Priester seit 1918 in Laienstellungen übertraten, also ihren Stand aufgaben. Welch heroisches Opfer- und Sühneleben viele der treugebliebenen Priester sich freiwillig auferlegt hatten, um ihren wankenden Mitbrüdern die Gnade der Beharrlichkeit von Gott zu erwirken, weiß dieser allein. — 33 Kirchen und Kapellen waren den Katholiken widerrechtlich weggenommen und was die Sekte, der Protestantismus und die Konfessionslosigkeit gewonnen haben, war das Ergebnis einer vornehmlich politischen Hetze war, betrieben mit Lüge, Verleumdung, und der künstlichen Aufstachelung aller menschlichen Leidenschaften, Verführung von oben herab durch Vorteile und Bevorzugungen aller Art, niemals aber ernstliches religiöses Streben nach Verinnerlichung oder Erkenntnis der göttlichen Wahrheit. Daß unter solchen Umständen die Unsittlichkeit erschreckend zunehmen mußte, ²⁾ ist eine Selbstverständlichkeit.

Erzbischof Kardinal Skrbensky, der das Opfer eines schweren Automobilunfalles geworden war, hatte sich gezwungen gesehen, zu resignieren und so ernannte der Heilige Stuhl an seiner Stelle den Olmützer Domherrn Dr. Anton Stojan zu seinem Nachfolger, „der sich bei Klerus und Volk einer seltenen Beliebtheit erfreute, ein Mann von unermüdlicher Arbeitskraft und Mensch mit einem Herzen voll Güte; seine Freigebigkeit war ebenso bekannt, wie seine Anspruchslosigkeit". ³⁾ Zu seiner Inthronisation am 3. April 1921 strömte das Volk in 26 Extrazügen herbei; der Nuntius Msgr. Micara hatte die Weihe vorgenommen, zahlreiche Bischöfe, 500 Priester scharten sich um ihn, sodaß das Ereignis zu einem

¹⁾ „K. Kztg." Nr. 26 S. 208.

²⁾ ebenda Nr. 7 S. 55.

³⁾ ebenda Nr. 3 S. 22.

erfreulichen Beweise des Wiedererstarkens des katholischen Lebens wurde, das ja auch in der starken Zunahme der katholischen Standesvereinigungen aller Art, im verstärkten Besuche der Wallfahrtsorte sich ausdrückte.

Daß es unter solchen Umständen die Regierung besonders eilig mit der Fortführung des Kulturkampfes hatte, ist klar; mußte sie doch befürchten, daß sich dieser Wandel über kurz oder lang auch politisch ausdrücken würde, um ihr dann das Konzept zu verderben. Den verwaisten slovakischen Diözesen hatte Rom inzwischen Hirten ihrer eigenen Nationalität gegeben, energische Männer, die nun daran gingen, die bisher fehlende katholische Organisation aufzubauen, freilich nur zu oft gewaltsam gehindert von Sozialisten und Kommunisten; aber die bisherige Duldseligkeit verschwand. Daher berief die Regierung zur Förderung der Abfallbewegung unter den Ruthenen den serbisch-schismatischen Bischof Dositej, der sich, des Schutzes von oben sicher, anmaßte, katholische Priester zu vertreiben und Kirchen zu beschlagnahmen.

Im Februar 1921 erschien der tschechische Außenminister Benes im Vatikan; er glaubte, den Heiligen Stuhl seinen zahlreichen, recht extremen Forderungen gefügig zu finden. Während vor nicht langer Zeit einer seiner Kollegen ausgeplaudert hatte, man werde ein Konkordat abschließen, um sich aber dann nicht daran zu halten, äußerte Benes nach seinem Besuche in Rom, es sei ein solches überhaupt nicht in Aussicht genommen. Dem Besuche beim Kardinal Staatssekretär folgte auf dessen Anordnung hin eine Aussprache mit Msgr. Cerretti, damals Unterstaatssekretär für a. o. kirchliche Angelegenheiten, der dem Minister ein zwei-stündiges Privatissimum über das las, was selbst für den Fall zwangsweiser Trennung für die Kirche nicht einmal Gegenstand von Verhandlungen sein könne. Ueberhaupt hatte die Vorlesung die gute Wirkung, daß Herr Benes den Vatikan mit der Ueberzeugung verließ, sein Besuch habe nur „informativen Charakter“ gehabt, wie er sich in Prag ausdrückte. Man muß annehmen, daß sein Gedächtnis durch die Reise einigermaßen gelitten hat, denn manches von dem, was er in Prag zum Besten gab, erwies sich als mit den Tatsachen nicht übereinstimmend. Er kündigte an, der tschechische Staat werde diese Fragen kraft eigener Souveränität lösen. Eine „versöhnliche“ Trennung etwa nach dem Beispiele

Brasiliens könne der Vatikan allenfalls tolerieren; er werde aber seinen Standpunkt in diesen Fragen beibehalten. Nach Ansicht des Vatikans gehöre das Kirchenvermögen der Kirche und müsse ihr erhalten bleiben. Allenfalls ließe sich über die Frage des Eigentumsrechtes diskutieren, meinte er, aber Verwendung und Nutznießung müssen jedenfalls der Kirche vorbehalten bleiben (sei der Standpunkt des Vatikans). Hiezu habe er, Benes, bemerkt, schon nach der Auffassung der österreichischen Gesetzgebung (Gesetz von 1874) habe das Dispositionsrecht über das Kirchenvermögen der Staat; mit Rücksicht auf die frühere Monarchie sei dieser Standpunkt auch von der katholischen Kirche anerkannt worden. In der Frage der Ernennung der Bischöfe vertrete der Vatikan nachdrücklich den Standpunkt, daß dieses Recht ausschließlich dem Papst zustehe und der Staat bloß nach der politischen Seite ein Vetorecht beanspruchen könne. Das ehemalige Nominationsrecht im alten Oesterreich sei ein ausschließlich persönliches Recht des österreichischen Kaisers gewesen. Doch sei der Vatikan zu größtem Entgegenkommen besonders mit Rücksicht auf die politische Seite der Frage bereit; aber das Recht des Vorschlags und der Ernennung könne der Papst niemand überlassen. Diesen grundsätzlichen Standpunkt werde der Vatikan auch während der Uebergangszeit beibehalten, solange es noch zu einem eventuellen Trennungsgesetze kommen sollte.¹⁾

In der Slowakei und Karpathenrußland, wie das von Ruthenen bewohnte Gebiet genannt ist, wurden die kirchlichen Zustände geradezu unhaltbar. Schon längst wollte der Vatikan Bischöfe ernennen, doch trotz seiner Bereitwilligkeit, der Prager Regierung die Namen der in Betracht Kommenden zu nennen, trotz der Erklärung des Vatikans, niemanden zu ernennen, gegen den die Regierung von der Staatsräson diktierte Gründe anführen könne, protestierte die Regierung nur gegen die slowakischen Bischofskandidaten, war aber nicht zu bewegen, ihren Protest zu begründen. Trotzdem kam Rom abermals entgegen, indem es nur Apostolische Administratoren mit bischöflicher Gewalt (sog. Titular-Bischöfe) ernannte und hiezu Priester wählte, die insoferne genehm sein konnten, als sie unter der alten ungarischen Regierung wegen ihres Slowakentums verfolgt, ja sogar in Haft gewesen waren, nämlich die

¹⁾ „K. Kztg.“ Nr. 12, S. 96.

Prälaten Jantausch und Čarský. Rom schuf also nur ein Provisorium, kein Definitivum für die seit drei Jahren so gut wie verwaisten Sprengel. Durch die in Paris gezogene Grenzlinie zwischen Ungarn und dem Tschechenstaate waren z. B. allein von der ungarischen Diözese Gran 379 Pfarren losgerissen, über die die Prager Regierung dem rechtmäßigen Hirten, dem ungarischen Kardinal Czernoch die Ausübung der Jurisdiktion verweigerte.¹⁾ Über dieses, zur Administratur Tyrnau zusammengefaßte Gebiet setzte der Papst im Jahre 1922 Msgr. Jantausch, einen der drei Landessprachen mächtigen Prälaten, nachdem ohne bestehende rechtliche Verpflichtung die Regierung befragt worden war, ob sie die Person des zu Ernennenden beanstande. Da ihre Einwendungen rein politischer Natur waren, (sie wollte für diesen Posten den ihr politisch gefügigen Preßburger Bürgermeister, den Domherrn Okanik von der tschechischen Agrarpartei dem Vatikan aufzwingen), verbot sich ihre Berücksichtigung von selbst. Natürlich erleidet die rechtliche Seite der Frage auch dadurch keine Veränderung, daß der tschechische Oberste Verwaltungsgerichtshof am 10. Januar 1923 eine Entscheidung zugunsten des Staates fällte.²⁾ Den Anlaß dazu gab die Ernennung eines Domherrn in Brünn, bezüglich dessen der Bischof ebenfalls die Anfrage an die Staatsbehörde richtete, ob sie Einwände erhebe. Sie antwortete, daß sie den Ernannten „bestätige“, wozu ihr kein Recht zustand. Daher legte der Bischof Beschwerde ein, da das alte Ernennungs- bzw. Bestätigungsrecht ein nur dem habsburgischen Herrscherhause persönlich verliehenes Vorrecht darstellte, weshalb eine Rechtsnachfolgerschaft der tschechischen Regierung nicht vorliege. Im Falle Jantausch hatte der Vatikan vor der Ernennung der Regierung den Namen des Kandidaten mitgeteilt, aber anstatt eine darauf bezügliche Antwort zu geben, maßte sich Prag selbst ein eigenes Vorschlagsrecht an. An dieser Sachlage hat sich seither nichts geändert.³⁾

1) Ähnlich liegen die Dinge in der Diözese Uzhorod mit dem neu-ernannten, im August 1922 zu Velehrad geweihten Bischofe Bebej, dessen Diözese auf slovakischem Gebiete liegt, während die Kirchengüter, aus denen die Einkünfte fließen, in Ungarn liegen.

2) Ausführliches darüber in K. Kztg. 1923 Nr. 8, S. 61.

3) Die Auswirkungen treten in schweren Behinderungen der Erhaltung des kirchlichen Organismus zutage. Die Regierung verweigert die Auslieferung der kirchlichen Einkünfte, sodaß sowohl das Vorbereitungs- wie das Priesterseminar in Tyrnau in ihrem Fortbestand in Frage gestellt sind.

Man kann verstehen, daß man es im Vatikan gar nicht eilig hatte, mit den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten neue Verträge zu schließen, denn überall zeigte sich, daß die während der Zerreißungsperiode zur Führung gelangten Politiker danach trachteten, der Kirche möglichst zu schaden, aber auch, daß allenthalben schon die Rückströmung einsetzte, die sich in abschbarer Zeit zu einer der Wirklichkeit entsprechenden politischen Kräfte- und Machtverteilung durchsetzen mußte. Prag hielt hartnäckig an seiner Fiktion fest, der Rechtsnachfolger der Privilegien zu sein, welche der Heilige Stuhl dem österreichischen Kaiserhause verliehen hatte, denn an seine Adresse vor allem sind die Worte gerichtet, die Papst Benedikt XV. beim letzten, von ihm abgehaltenen Konsistorium sprach:¹⁾

„Jedermann weiß, daß nach dem jüngsten unglückseligen Kriege neue Staaten entstanden sind, oder einige, die schon bestanden, sich um neue Gebiete vergrößert haben. Gewisse Gründe übergehend, die Wir hier anführen könnten, ist es offenkundig, daß diese Staaten kein Recht haben, jene Vorrechte für sich zu beanspruchen, die der Hl. Stuhl durch Konkordate oder Sonderabkommen gewährt hatte, denn was mit den einen vereinbart ist, kann nicht für andere zum Nach- oder Vorteile werden. Gleichermassen sehen Wir, daß einige Staaten sich infolge so ernster und radikaler Umwälzungen derart gewandelt haben, daß sie nicht mehr als dieselbe moralische Person, mit der der Heilige Stuhl bereits früher zu tun gehabt, angesehen werden können. Daraus ergibt sich natürlich, daß auch die Verträge und Abkommen, welche vordem zwischen dem Heiligen Stuhle und jenen Staaten abgeschlossen worden waren, keinen Wert mehr besitzen. Wenn jedoch die Oberhäupter der Republiken oder der vorerwähnten Staaten mit der Kirche neue Verträge schließen wollen, die den veränderten politischen Verhältnissen besser angepaßt sind, so mögen sie wissen, daß der Heilige Stuhl, soweit nicht neue Hindernisse entgegenstehen, nicht abgeneigt ist, mit ihnen zu verhandeln, wie er bereits mit einigen Nationen verhandelte. Es liegt Uns jedoch daran, nochmals vor Euch, ehrwürdige Brüder, auszusprechen, daß Wir niemals zugeben werden, daß in diesen Konkordaten sich irgend etwas einschleiche, was der Freiheit und Würde der Kirche zuwiderläuft, denn es trägt insbesondere in unseren Tagen sehr viel zum Wohlergehen der Gesellschaft bei, daß jene Freiheit und Würde heil und unangefastet bleibt.“

¹⁾ „K. Kztg.“ Nr. 48, S. 379/380.

Von dem Konklave, aus dem Papst Pius XI. hervorging, hatte sich Kardinal Skrbensky ferngehalten. Davon ausgehend veröffentlichte am 6. März der „Daily Express“ eine Korrespondenz aus Genua, deren Abschnittüberschriften den Inhalt deutlich erkennen ließen: „Ein Don Juan-Kardinal abgänglich“, „Vatikanisches Geheimnis eines aristokratischen Millionärs“, „Weibliche Opfer“, „Verzicht, von dem kein Papst etwas wußte“. Dieser Schundroman veranlaßte den Prager Nuntius Msgr. Micara in einer Zuschrift an Kardinal Bourne festzustellen, daß Kardinal Skrbensky seit seinem Unfall ein Krüppel ist; beide Beine sind gebrochen, er kann sich nur noch auf Krücken bewegen, ist gezwungen, sitzend die hl. Messe zu lesen, und als keine Kur half, resignierte er, unfähig, in diesem Zustande eine Diözese von 2 Millionen Seelen in solch bewegter Zeit zu leiten; er lebt seitdem ein Dulderleben in einem Landhause seines Bruders in der Nähe von Außig und lag während des Konklaves krank zu Bett. Er führt jenes einfache Leben, welches ihm seine Monatspension von 1000 Franken gestattet; persönlich hat er sich nichts erspart, da er in seiner grenzenlosen Freigebigkeit nichts für sich behielt, alles den Armen gab. Er ist der Gegenstand der Erbauung für seine ganze Umgebung. Daraufhin gab das englische Blatt ¹⁾ unter dem Ausdrucke tiefsten Bedauerns eine volle Ehrenerklärung ab.

Der Kampf um die Schule hatte im Juni 1922 die erste Entscheidung gebracht; die Einführung der Laienmoral unterblieb, zugunsten des Religionsunterrichts. Und Ergänzungswahlen bewiesen, daß die Scheidung der Geister nach den beiden Gegenpolen, dem kommunistischen und dem katholischen starke Fortschritte machte. Auch der Empfang, den die Gemeindebehörden ohne Unterschied der politischen Stellung selbst im Egerland dem Erzbischofe Kordac auf seinen Visitationsreisen bereiteten, ließ erkennen, daß die Gegenströmung gegen den revolutionären Radikalismus sich verstärkte.

Gegen die in der „Jednota“ verbliebenen Priester erließ die Konkregation des Hl. Offiziums am 14. Juni 1922 ein die frühere Verurteilung wiederholendes Dekret und verhängte die ipso facto eintretende, dem Hl. Stuhle vorbehaltene Exkommunikation nach Ablauf der 15-tägigen Unterwerfungsfrist.

¹⁾ vom 15. Mai 1922.

Im Oktober (17.—19.) stellte die Bischofskonferenz eine Liste von 17 Beschwerdepunkten zusammen, die der Regierung überreicht wurde und einer dieser Punkte betraf die Vorenthaltung der Verwaltung der kirchlichen Güter, welche dem vom Vatikan ohne Einvernehmen mit der Regierung ernannten apostolischen Administrator von Tyrnau zustand. Nach Mitteilungen des Dr. Benes „verhandelte“ die Regierung angeblich in Rom, doch läßt alles annehmen, daß man dort in dieser Sache der tschechischen Regierung ein Verhandlungsrecht überhaupt nicht zugestehen würde; bei Ernennungen gilt, wenn nicht besondere vertragliche Abmachungen vorliegen, allein der kirchliche Rechtskodex. Eine Entscheidung war auch noch nicht gefallen, als der Minister im August (30.) 1923 persönlich im Vatikan vorsprach und vom Substitut des Kardinal-Staatssekretärs Msgr. Borgongini-Duca empfangen wurde. Uebrigens hat Benes schon im Januar jenes Jahres gegenüber dem sozialistischen Senator Reyzl die Notwendigkeit der diplomatischen Vertretung nachdrücklich verteidigt, da sie im Interesse des Staates liege. Dieser habe gegenüber dem Vatikan Pflichten, daher auch Rechte, deren Bedeutung die Kosten der Gesandtschaft weit übersteige. Von diesen Rechten hat der Minister neuerdings Gebrauch zu machen gesucht, als er am 17. Mai (1924) wiederum im Vatikan erschien, um, wie es hieß „kirchliche Fragen zu besprechen, die nicht leicht lösbar sind.“ Dieses Bestreben ist sehr begreiflich, denn die näher rückenden Neuwahlen werden, wie das Ergebnis der Gemeindewahlen vom 16. September 1923 ¹⁾ beweist (die Katholiken verdoppelten ihre Stimmenzahl, der sozialistisch-kommunistische Block verlor 385 000 Stimmen), Verschiebungen bringen, die die Kirchenpolitik stark beeinflussen werden. Selbst der Präsident Masaryk gestand gegenüber einem Vertreter des „Neuen Wiener Journal“ ²⁾ den Bankrott jener Politik ein, welche das Schisma soweit fördern zu können vermeinte, daß sich die ganze Republik oder wenigstens der größere Teil ihrer Bürger von Rom lossagte; das Verlassen der römisch-katholischen Kirche sei mehr aus Opportunitätsgründen als aus tiefer Ueberzeugung oder vom Gesichtspunkt höchster Moralität geschehen. Persönliches Gezänke, Streit und Spaltung war in der

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 40, S. 331 und Nr. 49, S. 409.

²⁾ ebenda 1924 Nr. 19, S. 169.

Tat das Schauspiel, das die sogenannte Nationalkirche bereits um jene Zeit darbot und einer ihrer Flügel schwenkte direkt zur Orthodoxie ab und stellte sich in kirchliche Abhängigkeit von Serbien, das ja in seinen Staatshaushalt zur Förderung dieses Schismas in Böhmen eine Million Dinar eingesetzt hatte. Soweit die Parteilage in der Kammer es gestattete, setzte die Prager Regierung natürlich ihre Kulturkampfpolitik zäh fort. Im Herbst 1923 wußte sie dennoch die Einführung der „Laienmoral“ als obligaten Lehrgegenstand in allen Volks- und Bürgerschulen durchzusetzen, jener Laienmoral, von der im Sommer 1924 durch Aufdeckung einer fortgesetzten Kette von Skandalen, von Raubzügen großen und größten Umfanges auf die staatlichen Finanzmittel, von Fälschungen und Unterschlagungen und Bestechungen nächste Gesinnungsgenossen der derzeitigen Prager Machthaber, vornehmlich Logenmänner, Probe über Probe gaben. Auch gelang ihnen die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus den höheren Klassen der Mittelschulen durch Ueberlistung der Volkspartei in der Kammer, wo der Sozialdemokrat und Freimaurer Bechyne, ein Mann ohne akademische Bildung, als Unterrichtsminister waltet. Aber gerade unter diesem feindlichen Drucke blüht katholisches Leben allenthalben mächtig auf, breiten sich die katholischen Organisationen immer weiter aus und in Prag selbst gestaltete sich die öffentliche Prozession am Feste des hl. Johannes von Nepomuk, gegen den sich ja seit mehreren Jahren der ganze brutale Haß aller Feinde der Kirche konzentrisch kehrt, zu einer gewaltigen religiösen Kundgebung. ¹⁾ Die katholische Presse, um neue Organe vermehrt, erfreut sich zunehmenden Erstarkens und vor allem ist der religiöse Gedanke bedeutend tiefer in das Volk eingedrungen, wovon Gottesdienste und die Beteiligung an allen Äußerungen des religiösen Lebens Zeugnis ablegen. Die Rückgabe der meisten, von den Schismatikern weggenommenen Gotteshäuser wurde erzwungen, ja, selbst an das Riesensystem des Prager St. Veitsdomes, der unvollendet seit Jahrhunderten vom Hradschin herniederblickt, wagt man sich und man ist überzeugt, den Ausbau in wenigen Jahren beenden zu können. Die in der Revolution zerstörten Statuen der Heiligen erstanden wieder auf ihren alten Plätzen und man wendet sich entschlossen und tatenfroh neuen Eroberungsplänen zu. In Prag öffneten

¹⁾ „K. Kztg.“ 1923 Nr. 23, S. 191.

sich den Brüdern, welche die Furie des Bolschewismus in alle Welt zerstreut hat, die Tore der Hl. Kreuz-Kirche als erstes Gotteshaus des russisch-katholischen Kultes, während die Orientalen des griechisch-unierten Ritus in der Johann-Nepomuk-Kirche ihr Heiligtum erhalten haben.

Im Herbst 1923 trat Msgr. Marmaggi an Stelle des bisherigen Nuntius an der Moldau. Als er am 20. September, einem Weltfesttage der Freimaurerei (Einnahme Roms), dem Präsidenten Masaryk seinen Kredenzbrief übergab, betonte er mit Nachdruck die katholische Vergangenheit des tschechischen Volkes und seine tausendjährigen Beziehungen mit Rom. Der Herr Präsident versicherte, seine Ueberzeugung sei immer gewesen, daß das Leben des Einzelnen wie das der Völker auf einer wahrhaft religiösen Grundlage beruhen müsse.¹⁾

Unter des neuen Nuntius Vorsitz traten am 23. Oktober 1923 die dreizehn Bischöfe der Republik zu ihrer Jahreskonferenz zusammen und es genüge, die Punkte aufzuzählen, denen die Beschlüsse gegolten haben: Vertiefung und Ausdehnung des philosophisch-theologischen Studiums auf fünf Jahre, Errichtung von Knaben-Diözesan-Seminaren, Neubau des Collegium Bohemicum in Rom zwecks Aufnahme von Alumnen aus Mähren und der Slowakei, Erwerbung einer Residenz für die Nuntiatur, Stellungnahme zur Schulfrage, Maßnahmen zum Schutze der Kirchengüter, Förderung des Missionswesens, Vereinigung des schismatischen Orients mit Rom, einheitliches Vorgehen in der Patronatfrage.

Anfangs des Jahres 1924 (am 17. Mai) treffen wir Herrn Benes wiederum in Rom, wo er vom Kardinal-Staatssekretär empfangen wurde²⁾ aber auch diesmal kam man wieder über die gegenseitige Formulierung der Standpunkte nicht hinaus, denn mit einer solchen Parteikoalition hinter sich wußte der Herr Minister ganz genau, daß eine Brüskierung des Vatikans ihm die Stütze der Tschechischen Volkspartei, ein Nachgeben die der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten entzogen; in beiden Fällen hätte er den Ast abgesägt, auf dem er selbst saß.

Immer neue Konflikte und Provokationen stellten die Geduld der Kurie und ihres Vertreters auf eine harte Probe. So im Juli, als die sozialistische Presse, also Organe einer in der Regie-

¹⁾ „K. Kztg.“ 1923 Nr. 40, S. 232.

²⁾ s. „Reichspost“-Wien und „Italia“-Mailand vom 18. Mai 1924.

rung führend vertretenen Partei, den Nuntius wegen angeblicher Teilnahme an einer Versammlung der Tschechischen Volkspartei in Pribram aufs heftigste angriff,¹⁾ um auch diesmal ihr *ceterum censeo* zu sprechen: Bruch mit Rom.

Gewisse Zusammenhänge sind mit Händen zu greifen, z. B. daß unmittelbar nach dem Internationalen Kongreß der radikalen Parteien zu Boulogne-sur-Mer, auf dem sich unter starker Beschickung aus Tschechien die Internationale Vereinigung der radikalen Demokratie (d. h. der politischen Freimaurerei) bildete und die Parole ausgegeben wurde: in allen Ländern schärfste Front gegen Rom bis zum Abbruche der offiziellen Beziehungen, „*Ceske Slovo*“, das Organ der Nationalsozialisten, also der Herrn Benes, anregte, Tschechien müsse dem Beispiele Herriots folgen und die Gesandtschaft beim Vatikan aufheben, „weil dadurch Geld gespart werde und die Republik sich damit des Nuntius entledige, der überflüssigerweise die Zahl der klerikalen Agitatoren vermehre.“ Hatten doch auch Sozialdemokraten, die Nationalsekte, die Protestanten und die Partei der Herren Benes und Stribny Herriot telegraphisch — und daher viel zu frühe — zu seiner Kulturkampfpolitik beglückwünscht.

Im Dezember 1924 ist der Außenminister wieder einmal in Rom. Am Abende des 12. Dezember ließ er durch Vermittlung der tschechoslovakischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle nachsuchen, erst von Sr. Em. dem Staatssekretäre und dann noch vom Sekretär für a. o. kirchliche Angelegenheiten empfangen zu werden. Um ihm auf delikate Weise zu verstehen zu geben, man erwarte wenigstens diesmal, daß er darum nachsuchen werde, dem Hl. Vater seinen Besuch zu machen, wie dies unfehlbar alle Minister des Aeußeren der Nationen tun, die diplomatische Beziehungen zum Hl. Stuhle unterhalten, wenn sie nach Rom kommen, ließ der Kardinal antworten, er könne ihn nicht empfangen und werde ihm den Sekretär für a. o. Angelegenheiten schicken mit dem Auftrage, ihm zu berichten.

„Die Unterredung fand in der tschecho-slovakischen Gesandtschaft am 13. Dezember statt. Man sprach lange von anderen Fragen und erst gegen Schluß fragte Msgr. Borgongini-Duca Herrn Benes ob es wahr sei, daß die Regierung die Absicht habe, den Hustag zum National-Feiertage zu erklären, indem

¹⁾ Einzelheiten im „*Oss. Rom.*“ vom 16. Juli 1924, Nr. 165.

er beifügte: „Wenn dies geschähe, weiß ich nicht, was die Katholiken der Tschechoslowakei tun würden; jedenfalls aber würde der Hl. Stuhl die Sache als außerordentlich ernst erachten.“ Herr Benes erwiderte, es liege nicht in der Absicht der Regierung, die Katholiken und den Hl. Stuhl zu beleidigen, sondern man wolle in Hus nur den Nationalhelden feiern. Er erhielt darauf natürlich zur Antwort, daß es auf der Grundlage der Geschichte nicht möglich sei, zu bestreiten, daß die Tätigkeit des Hus vorwiegend gegen Dogma und Autorität der katholischen Kirche gerichtet gewesen sei, sodaß es sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich sei, in seiner Person die bürgerliche von der religiösen, anti-katholischen zu trennen. Das geht schon daraus hervor, daß Hus auf der ganzen Welt immer und ausschließlich als der vom Konzil von Konstanz als Häretiker Verurteilte bekannt war und daß heutzutage keine Husfeier abgehalten werde, ohne daß sie einen katholikenfeindlichen Charakter annimmt. Einen konkreten Vorschlag für eine konkrete Lösung machte jedoch Herr Benes nicht (und nach einer solchen Erklärung des Prälaten hätte er wohl auch keine machen können). Ja, nachdem er sogar äußerte, er sehe das Gesetz als unvermeidlich an, wiederholte ihm Msgr. Borgongini-Duca mehreremal ausdrücklich — wie das übrigens in der Folge unzähligemal auch gegen den beim Hl. Stuhle beglaubigten Gesandten geschehen ist — daß, was auch immer die Absicht der Regierung damit sei, ein solches Gesetz die Gefühle der Katholiken verletze und daher vom Hl. Stuhle als außerordentlich schwere Beleidigung erachtet würde...“¹⁾ Benes aber mied den Vatikan und kehrte nach Prag zurück, wo er bereits am 17. Dezember im Ausschusse für Auswärtiges seinem Parteigenossen, dem protestantisch-nationalsozialistischen Abg. Hrusovsky, der sich hiebei seiner Vertrauensbeziehungen zu Benes rühmte und ohne Beweis behauptete, der Vatikan unterstütze jede die Existenz des Staates bekämpfende Bewegung und in der Slowakei die staatsfeindlichen Elemente, eine Erklärung folgenden Inhalts abgab:²⁾

„Bezüglich der Ernennung von Msgr. Jantusch (zum Bischofe von Tyrnau) bestehe seit Jahren der Konflikt. Es sei Tatsache,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 28. August 1925, Nr. 198.

²⁾ s. Korrespondenz des „Oss. Rom.“ aus Prag vom 3. Januar 1925 u. „Wiener Stimmen“ vom 19. Dezember 1924.

daß die kirchenrechtlichen Verhältnisse in der Republik noch nicht gelöst seien und es bestehe eine Reihe von Konflikten, die zu bereinigen höchste Zeit sei. Seit vier Jahren habe er unzähligemal Gelegenheit gehabt, mit Rom darüber zu verhandeln und auch bei seinem letzten Besuche in Rom habe er den Standpunkt des Staates formuliert und den des Vatikans angehört. Die grundlegenden und wichtigen Fragen seien noch unerledigt. Er habe von Anfang an die Prärogativen des Staates verteidigt, deren Auslegung durch die einzelnen Koalitionsparteien jener ernste Konflikt sei, dessen Lösung nicht leicht sei. Jantausch sei ohne Wissen der Regierung ernannt worden; ¹⁾ dadurch sei dem Staate ein juristisches Unrecht zugefügt worden. Es sei notwendig, sich über die endgültige Lösung nunmehr zu einigen mit Rücksicht darauf, daß von den fünf Parteien der Koalition eine jede diese Fragen anders beurteile, zu denen auch die der Abgrenzung der Diözesen, die Ordensfrage u. a. gehören."

Im gleichen Monat tagte auch zu Brunn der Kongreß der tschechischen Nationalsozialisten, der eifrigsten Werber für den Neuhussitismus, in dem er „ein Mittel und heute fast den einzigen Weg zur Entrömerung des tschechischen Volkes" erblickte, wie ihr Minister Stribny bei dieser Gelegenheit erklärte. „Sollte es sich zeigen," äußerte derselbe offizielle Redner, „daß eine der Koalitionsparteien (womit die katholische Tschechische Volkspartei gemeint ist. D. V.) eine wie immer geartete Einigung vereitle, so würde uns nichts übrig bleiben, als an die übrigen freisinnigen Parteien zu appellieren, damit diese mit uns eine Minderheitsregierung für die Uebergangszeit bilden möchten." Damit war gesagt, daß man entschlossen ist, selbst gegen eine Mehrheit in der Kammer den beschrifteten Weg des Kulturkampfes weiter zu verfolgen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, die Volkspartei hat, wozu man ihrer bedurfte, ihre Zustimmung zur Sozialversicherung, Bodenreform usw. gegeben, also ihre letzten Tauschobjekte geopfert und unklugerweise zugelassen, daß man die Lösung der kulturellen Fragen immer wieder auf die lange Bank schob. Es verstand sich von selbst, daß diese Regierung ihre Galgenfrist bis zu den nächsten Wahlen um jeden Preis ausnützen würde, um Masaryks eindeutigen Entschluß der „Abrechnung mit Rom" radikal durchzuführen. Darauf deutete auch seine Neujahrsbotschaft für 1925 klar hin:²⁾

¹⁾ Diese Behauptung ist bekanntlich unwahr (s. S. 294.)

²⁾ s. „Köln. Volksztg." Nr. 69 vom 27. Januar 1925.

„Was dabei die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche betrifft, habe ich gesagt und wiederhole es, daß ich diese Regelung nicht als antireligiös auffasse, im Gegenteil; die Kirchen sollen aus eigener Kraft das seelische Leben und den Fortschritt stärken und der Staat soll sich in gleicher Weise auf sich selbst und den inneren Wert stützen. Gerade der Weltkrieg und der Fall des Habsburger-, des Romanow- und des Hohenzollern-Reiches ist eine Lehre, wie sich die Verbindung des Staates mit der Kirche am Ende nicht bewährt hat.“

Masaryk versteht also unter „Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche“ nicht ein durch Verhandlungen herbeigeführtes friedliches Abkommen, ein Konkordat, sondern die Trennung von Staat und Kirche, die vollständige Laisierung des Staates und des ganzen öffentlichen Lebens und damit möglichst die Schädigung, wenn schon nicht Vernichtung der katholischen Kirche und zwar nur ihrer allein, denn gleichzeitig läßt dieser Staat dem Hussitentum und der Nationalsekte jede denkbare amtliche Förderung zuteil werden, er betreibt ihre Ausbreitung von oben herab.

Inzwischen aber braute sich in der Slowakei ein neues Gewitter zusammen. Dort hatten bei den letzten Wahlen Sozialisten und Kommunisten gewaltige Ziffernerfolge eingeheimst, denn das einfältige, gute katholische Volk ging leider in seiner Unerfahrenheit ihren Sendlingen auf die Leimrute. Sie gebärdeten sich überall als die frömmsten Christen, eröffneten ihre Versammlungen mit Gebet, unterbrachen sie beim Angelus-Läuten, versprachen den Wählern das Blaue vom Himmel herab, indes gerade ihre Parteien im benachbarten Tschechien die Abfallshetze mit allen Mitteln, auch den Terror nicht ausgeschlossen, betrieben. Somit erließ der gesamte slowakische Episkopat am 26. November 1924 ein gemeinsames Hirtenschreiben gegen diese beiden Feinde der katholischen Kirche und brandmarkte ihre Heuchelei.

Der Hirtenbrief beginnt mit dem Hinweise auf die glänzenden Vorspiegelungen gewissenloser Volksverführer, von denen sich Viele in der eiteln Hoffnung auf das nun beginnende goldene Zeitalter betören ließen. Dann wird das Chaos und Elend in Rußland geschildert, die Hilfstätigkeit des Hl. Vaters hervorgehoben. Noch viel schrecklicher aber als Elend und Tod sei die Seelennot, der uns die neuen Irrlehren aussetzen. „Wenn die Anführer der vom Elende bedrückten Armen wirklich ganz uneigennützig gegen das Unrecht auftreten würden, das der vom falschen Liberalismus großgezogene, entartete Kapitalismus

an dem armen, arbeitenden Volksteile verbrochen hat; wenn sie sich aufrichtig bestreben würden, den gerechten Ausgleich der vorhandenen wirtschaftlichen Gegensätze zu suchen; wenn sie ehrlich auf allen Gebieten nicht nur für die eigenen Interessen, sondern auch für die berechtigten Interessen derer, die sich ihnen angeschlossen haben, einsetzten; wenn sie opferwillig mehr arbeiten und weniger nur — räsionieren im Interesse dessen, daß die — Gott sei es geklagt — leider in den Familien, in der Gesellschaft, im Staate wuchernden krankhaften Zustände beseitigt werden, wer würde sich ihnen lieber anschließen als wir Oberhirten?" Aber sie, die in hohen Tönen immer Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit verkünden, untergraben zumeist selbst die Säule und Grundfeste jeder Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens, den Glauben und die Sittlichkeit.

Sodann werden die Schlagworte des Marxismus und Kommunismus untersucht, ihre teils versteckte, teils mittelbare oder auch offene Hetze gegen Religion und Kirche, ihr brutaler Materialismus, der „statt Verständigung und Versöhnlichkeit Klassenkampf, Vergewaltigung, Terror und Umsturz" predigt. „Sie wollen die Kirche allen Einflusses berauben, damit sie dann als verstoßene Magd und verlassene Bettlerin in den Katakomben Zuflucht suche." „Das Kreuz, das Zeichen der Erlösung, den Katechismus und überhaupt alles, was die Erinnerung an den von Gott geoffenbarten Glauben wachhält, möchten sie am liebsten in der Rumpelkammer sehen. . . Selbstverständlich befeinden sie denjenigen grimmig, der sich untersteht, sie zu widerlegen und ihre geheimen Pläne zu vereiteln. Wundert euch deshalb nicht, daß ihnen die katholische Geistlichkeit das rote Tuch ist."

Der Hirtenbrief verweist sodann auf das Beispiel der Bischöfe Hollands, Deutschlands und der Schweiz gegenüber dem Sozialismus und stellt folgende Bestimmungen auf:

1. katholische Christen dürfen keinem dem Christentume feindlichen Vereine beitreten, welch immer Namens und Art dieser auch sei. Zu den katholikenfeindlichen Vereinigungen müssen wir nicht nur alle anarchistischen, nihilistischen Vereinigungen, sondern auch die verschiedenen sozialistischen und kommunistischen zählen. Daß die geheimen freimaure-rischen Verbände der Kirche nach dem Leben streben, ist allbekannt.
2. Falls den Katholiken die Möglichkeit geboten ist, sich in solchen Standesorganisationen zu organisieren, die den Glauben nicht bekämpfen, sind sie verpflichtet, aus der dem Christentume feindlichen Standesorganisation auszutreten.
3. Daß ein Katholik für einige Zeit, einst-

weilen noch in der Mitgliederliste der christentumsfeindlichen Organisation eingeschrieben bleibe, kann nur unter den folgenden vier Bedingungen, die alle zusammen gleichzeitig obwalten müssen, geduldet werden: a) das betreffende Mitglied eines solchen kirchlich verbotenen Vereines muß damals, als es dem Vereine beitrug, im guten Glauben irrümlich gedacht haben, daß jener Beitritt nicht sündhaft sei; b) ein solcher Katholik muß es einwandfrei erklären können, daß er einzig und allein nur deshalb seinen Mitgliedsbeitrag zahle, um damit seinen lebensnotwendigen Erwerb zu sichern, das heißt, sein Verbleiben in einem solchen Vereine kann für einstweilen nur dann geduldet werden, wenn er dem Drucke eines solchen Terrors ausgesetzt ist, der ihn im Falle seines Austritts aus der kirchlich verbotenen Organisation seines Broterwerbs berauben würde, ihn aus der Arbeit, aus der Fabrik, aus dem Amte, aus dem Dienste entlassend; wo hingegen er anderseits verspricht, daß er auf alle mögliche Art und Weise jedem nicht unvermeidlichen Verkehre mit dieser Organisation ausweichen werde, die Redner der Organisation nicht anhören werde, ihre Versammlungen nicht besuchen werde; ihre Zeitungen und andere Schriften, wenn er sie auch etwa unter dem unabwendbaren Drucke der terroristischen Parteidisziplin kaufen müßte, weder je selbst lesen, noch je denen zu lesen erlauben werde, auf die er Einfluß hiezu hat; c) wenn er verspricht, daß er seine Stimme nie einer christentumsfeindlichen Partei geben werde; d) wenn er oder seine Familie dadurch, daß er einstweilen in der kirchlich verbotenen Organisation noch verbleibt, nicht der Gefahr ausgesetzt ist, vom Glauben abzufallen."

Die Wirkung dieses Dokumentes bei Freund und Feind war eine ungeheure. Solange die tschechischen Sozialisten im ganzen Lande umherschrieben, kein Sozialist könne und dürfe Katholik sein, fand man das ganz in Ordnung; als aber jetzt die Bischöfe den gleichen Standpunkt vertraten, nämlich kein Katholik könne und dürfe Sozialist sein, da brach die Hölle los und die Regierung griff sofort zu. Jetzt lag ein „Attentat auf die Republik und ihre Einrichtungen" vor. Trotz des rein kirchlichen Inhaltes behauptete die Regierung, in der ja Vertreter der getroffenen Parteien saßen, der Hirtenbrief sei „gegen die staatserhaltenden Parteien und damit (!) gegen den Staat selbst gerichtet; darin liege Aufreizung, gegen die eingeschritten werden müsse." Das Ministerium für die Slovakei verfügte daher sofort die Konfiskation des Hirtenbriefes (die aber von der Staatsanwaltschaft wieder aufgehoben wurde, da sie objektiverweise in dem Dokument keinen strafbaren

Tatbestand erblickte). Dennoch wurden die Verbreiter, vor allem die Priester, die pflichtgemäß den Hirtenbrief verlasen, verfolgt und die ganze Gendarmerie auf sie losgelassen. Gegen viele wurde Anzeige erhoben, der Pfarrer von Käsmark z. B. wurde in Ketten abgeführt.¹⁾ Wegen „politischer Beleidigung“ d. h. Verteidigung der Rechte und Freiheit ihres Landes und Volkes befanden sich um jene Zeit gegen 500 Slovaken, darunter 50 Priester im Gefängnisse und weder Interpellationen, noch Resolutionen und Erklärungen im Parlamente vermochten daran etwas zu ändern.²⁾

Um der Irreführung, die von den Sozialdemokraten vor allem mit jedem Mittel der Lüge betrieben wurde, entgegenzutreten und ihre Gesinnung zu bekunden, erließen am 13. Januar 1925 die sämtlichen Bischöfe Böhmens und Mährens auch ihrerseits eine gemeinsame Erklärung³⁾ mit dem Hinweise, daß die slowakischen Bischöfe nur ihre Pflicht erfüllten, „indem sie den Glauben und die christliche Sitte gegen die modernen Irrtümer des Nationalismus und Atheismus schützten, die gewisse sozialistische, kommunistische und nihilistische Vereinigungen als ‚wissenschaftliche Grundlage‘ ihres Wirtschaftsprogrammes angenommen haben.“ Zugleich verwiesen sie auf die Erklärung Papst Pius XI. vom 9. Dezember 1924:⁴⁾

„Ich erachte es als meine Pflicht. . ., alle daran zu erinnern, besonders die Regierungen, sofern ihnen am wahren Frieden und der Wohlfahrt der Völker, der Heiligkeit der Familie und der Würde der menschlichen Natur gelegen ist, daß sie einmütig die große Gefahr zu entfernen trachten, die ihren Untertanen von Seiten der sozialistischen und kommunistischen Vereine droht, aber dabei selbstverständlich für pflichtgemäße Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse und aller niederen Stände Sorge tragen.“

Natürlich suchte man nach dem Verfasser. Zuerst vermutete man ihn im Bischofe von Kaschau, Msgr. Fischer-Colbrie, weshalb die Kulturkampfparteien dort am 1. Februar eine gemeinsame Protestversammlung veranstalteten. Zwei Tage lang durchsuchte die Polizei auch das Sekretariat der Slowakischen Volkspartei und ver-

¹⁾ s. „Reichspost“ vom 14. Januar 1925.

²⁾ lt. „Narodni Listy“ zufolge „America“ vom 17. Januar 1925.

³⁾ den vollen Wortlaut s. Beiblatt „Aus der Welt der Kirche“ zur „Bayr. Volksztg.“-Nürnberg 1925 Nr. 18.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 19. Dezember 1924.

haftete ihre Sekretäre, Dr. Fleischmann, Gazovsky und Balazs; jedoch vergebens. Daher verfiel man auf den Gedanken, den Nuntius als den Uebeltäter zu beschuldigen, gegen den wie auf Kommando die ganze romfeindliche Presse Front machte, worauf dieser in der katholischen Presse kurz und trocken erklärte, daß, was jeder Katholik weiß, „die Hirtenbriefe, im einzelnen wie die gemeinsamen, von den Bischöfen und nicht vom Hl. Stuhle oder dessen Vertretern bei den verschiedenen Nationen verfaßt werden“.

Die Regierung, der sozialistisch-kommunistischen Sophistik Rechnung tragend, — wieder zur Rettung der Koalition — erklärte (am 5. März):

Der Hirtenbrief habe die Befürchtung erweckt, daß die Regierung die Rechte der Bürger schmälern lasse. Sie halte es für ihre Pflicht, die Verfassung und die Gesetze des Staates zu erfüllen und die Souveränität der Tschechoslowakei in jedem Falle zu wahren. Die Durchführung des Hirtenbriefes müsse daher verurteilt werden. Es werde gegen alle das Strafverfahren eingeleitet, die in seiner Durchführung die Gesetze des Staates übertreten. Es wird das Vorgehen der Bischöfe verurteilt und erklärt, alle vorbereiteten Gesetzentwürfe zeugten von dem festen Willen der Regierung, alle konfessionellen Fragen auf friedlichem Wege zu lösen.

Während Msgr. Hlinka, der Führer der Slowakischen Volkspartei, in der Kammer die mutige Erklärung abgab, seine Partei werde die slowakischen Priester auffordern, dem Hirtenbriefe des des Episkopates trotz aller angedrohter Strafen Folge zu leisten,¹⁾ stellte sich die tschechische Volkspartei zwar anfangs (als der Hirtenbrief erschien), auf dessen Boden, trat aber schließlich doch wieder einer Kompromißformel — zur Rettung der Koalition — bei, die weder Fleisch noch Fisch war. Schließlich aber blieb der Regierung nichts übrig, als die unangenehme und für sie wenig rühmliche Geschichte aus der Welt zu schaffen; am 16. April

¹⁾ Ueber die Lage der Katholiken in der Slowakei schreibt das Prager liberal-demokratische Blatt „Narodni Listy“ vom 13. Januar 1925: „Im Hinblick auf die kommenden Wahlen rüsteten sich die slowakischen Katholiken. Die Slowakische Volkspartei („Ludaci“) vollbrachte eine Arbeit, die die Trennung von Kirche und Staat unmöglich macht. Ihre Durchführung würde den Umsturz bedeuten. . . Sogar die „Evangelische Partei“, der der katholische Charakter der Slowakischen Volkspartei imponiert, hat die Losung „Für Gott!“ auf ihren Schild geschrieben und sagt der Trennung den Kampf an. . . Heute kann die Trennung nicht mehr durchgeführt werden, schon weil niemand da ist, der sie durchführen würde. . .“

kommt aus Preßburg die Meldung, das Verfahren gegen etwa 100 slovakische Pfarrer wegen Verlesung des Hirtenbriefes sei mit der Begründung eingestellt worden, sie hätten in gutem Glauben gehandelt.

Schon setzte aber seit Wochen eine neue kirchenpolitische Affäre die Gemüter in Aufregung, nämlich die Regelung der Feiertagsfrage und das sogenannte „interkonfessionelle“ Gesetz. Und mit der ersteren verband sich die Vorlage der Erhebung der Husfeier zum Nationalfeste, zu der, wie wir bereits wissen, die Regierung schon im Dezember 1924 entschlossen war.

„Ohne jedes vorherige Einvernehmen mit dem Hl. Stuhle, das, nachdem es sich um eine kirchlich-zivile Frage handelte, notwendig gewesen wäre, bereitete die Regierung einseitig den Entwurf vor und unterbreitete ihn dem Parlamente, ohne dem Hl. Stuhle davon auch nur Mitteilung zu machen. Gegen ein solches Vorgehen mußte dieser Einspruch erheben, und tat es auch durch den Nuntius, noch ehe der Entwurf von der Kammer angenommen war. Im Verlaufe der verschiedenen Erörterungen, die sein Erscheinen in der öffentlichen Meinung hervorrief, erhob sich auch eine Stimme, die die Beibehaltung der sogenannten zweiten, im Entwürfe unterdrückten Feiertage verlangte. In der dadurch verursachten Verwirrung machte die Regierung den Vorschlag, man könnte die gewünschten drei zweiten Feiertage beibehalten und dafür vier Feste unterdrücken, nämlich Christi Himmelfahrt, Peter und Paul und Mariä Empfängnis. Und was noch merkwürdiger ist, die Regierung anerkannte mittels einer Note des Ministers Girsá (in Abwesenheit des Herrn Benes) vom 16. März 1925 die Zweckmäßigkeit, mit dem Nuntius ein Wort über diese Sonderfrage zu reden, während man, wie gesagt, bezüglich alles anderen einseitig vorgegangen war. Der Nuntius mußte, wie natürlich, sofort erklären, daß Logik und Würde ihm verbieten, dem Hl. Stuhle einen solchen Zwischenvorschlag zu übermitteln, bevor ihm nicht die Regierung in regelrechter Weise Mitteilung von dem vollständigen Entwurfe zur Reform der Feste gemacht und dem Hl. Stuhle versichert habe, im Einvernehmen mit ihm vorzugehen.“¹⁾

Diese, wie jede weitere Mitteilung darüber, unterblieb, Herr Benes flüchtete sich hinter ein von ihm gesuchtes Gutachten der

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 28. August 1925, Nr. 198.

Regierung und erachtete nun auf einmal das Verlangen des Nuntius als „unvereinbar mit der Souveränität des Staates“. ¹⁾

Der Geist dieser Feiertags-„Reform“ kennzeichnete sich jedoch dadurch, daß gleichzeitig das Fest des Landesheiligen Johann von Nepumuk, bisher Nationalfeiertag, (5. Juli), unterdrückt und dafür der Gedenktag der Verbrennung des Hus (6. Juli) als Nationalfeiertag mit Ruhezwang (unter Strafe!) neben dem 1. Mai (Konzession an die Sozialisten), dem 28. Oktober („nationaler Befreiungstag“) und dem Feste der hl. Cyrillus und Methodius eingeführt werden sollte.

Noch tobte der Streit um den Hirtenbrief und die Sozialdemokraten forderten beschleunigte Durchführung der Trennung von Kirche und Staat, worauf die Tschechische Volkspartei mit der Sprengung der Koalition drohte. Es kam zu der oben wiedergegebenen Kompromißformel und auch über die Feiertags-Gesetzesvorlage einigte man sich, sodaß alles wieder ins Gleichgewicht gebracht schien. Da platzte mitten hinein in die Freude über die Rettung der Koalition am selben Tage (5. März) noch eine Nachricht: der Nuntius Msgr. Maraggi hat mündlich und schriftlich beim Außenminister Protest eingelegt. Rom beschwerte sich, daß 1. das Feiertagsgesetz ebenso wie das interkonfessionelle Gesetz ohne Berücksichtigung des Hl. Stuhles vorbereitet und darüber verhandelt wurde, obwohl beide kirchliche Interessen berühren; dies noch dazu in einer Stadt, in der ein offizieller Vertreter des Hl. Stuhles residiere. Und 2. daß der Hus-Tag als Feiertag eingeführt und katholischen Kirchenfesten gleichgestellt werden solle als Gedenktag eines von jener Kirche verurteilten Irrlehrers, zu der sich die weit überwiegende Mehrheit der Staatsbürger bekennt. ²⁾ Der „Osservatore Romano“ ³⁾ ergänzte diese Meldung, der Nuntius habe eindringlich erklärt daß die Folgen davon, für welche die Verantwortung ganz der Regierung zur Last fallen, außerordentlich ernste sein werden. Der Hirtenbrief des tschechischen Episkopates vom 1. August 1925 ⁴⁾ erweitert unser

¹⁾ ebenda.

²⁾ Von der deutschen Bevölkerung sind 93 Prozent Katholiken, von Tschechen und Slowaken 77,3, von den Ungarn 63,8, von den Polen 63,4. Die Konfessionslosen sind zu 97 Prozent Tschechen.

³⁾ vom. 28. August 1925 Nr. 198.

⁴⁾ Abgedruckt in „Das Neue Reich“ 1925 Nr. 49 vom 5. Septbr. 1925.

Wissen darüber noch dahin, daß der Hl. Stuhl das Außenministerium aufmerksam gemacht habe, daß die gesetzliche Festlegung des Hus-Gedenktages, als „eines verdienten Literaten und Patrioten“ auch die alljährliche Feier des Hus als eines Bekämpfers der katholischen Kirche legalisieren werde. Dadurch würde die überwiegende Majorität, die katholische Bevölkerung aller Nationalitäten (75 Prozent!) und der Hl. Stuhl selbst beständig beleidigt werden.

Im Namen der Deutschen bekämpfte denn auch am 23. März im Verfassungsausschusse Abg. Profesor Dr. Kafka den Hus-Feiertag, indem er die deutschfeindliche Gesinnung des Hus nachwies und dafür niedergebrüllt wurde. Die Tschechische Volkspartei wagte trotz der eindeutigen Stellungnahme des Papstes wiederum nicht, den offen katholikenfeindlichen Absichten der Regierung entgegenzutreten, so sehr das katholische Volk, das dieses ewige Nachgeben längst satt hatte, zu dem unvermeidlichen Kampfe bereit war. Sie stimmte sogar dem sog. interkonfessionellen Gesetze zu, das wiederum ohne Beziehung des Heiligen Stuhles am 23. April 1925 angenommen wurde. Es regelt die Beziehungen unter den Konfessionen und vereinheitlicht die bezüglichlichen Bestimmungen für das Gesamtgebiet der Republik. Gegenstand dieses Gesetzes sind: Bestimmung der Konfession der Kinder, die Uebertritte und ihre rechtlichen Folgen, die Begräbnisse, die Sonn- und Feiertagsarbeit, das Glockengeläute und der Religionsunterricht für Angehörige staatlicher Anstalten.¹⁾ „Narodni Listy“²⁾ nennt es bezeichnenderweise eine „weitere Abzahlung auf die versprochene Trennung von Kirche und Staat.“

Am 15. April erschien das Ausführungsgesetz zu dem drei Jahre (1) vorher geschaffenen „kleinen Schulgesetze“, das, nachdem während dieser drei Jahre die antiklerikale Lehrerschaft ihre Gewalt über die Schulkinder zu ihren antiklerikalischen Zwecken mißbrauchen durfte, nun endlich den Grenzen zog.³⁾ Am gleichen Tage wurde auch mit den Stimmen der Tschechischen Volkspartei — um der Erhaltung der Koalition willen — das interkonfessionelle

¹⁾ Ist in „K. Kztg.“ 1925 Nr. 20, S. 163 im Wortlaute veröffentlicht.

²⁾ vom 3. April 1925 lt. „Reichspost“ 1925 Nr. 94.

³⁾ Abgedruckt in „Reichspost“ vom 23. April 1925.

Gesetz unverändert angenommen ¹⁾ und somit unter Mitwirkung einer katholischen Partei schrittweise die Trennung durchgeführt und Recht um Recht der Kirche ihren Feinden preisgegeben, nur um eine Parteikombination, also ein vorübergehendes Gebilde von sich widerstrebenden politischen und weltanschaulichen Auffassungen künstlich am Leben zu erhalten, dessen Dasein ohnehin durch die nächsten Wahlen ein Ziel gesetzt ist. Angesichts des chronischen Umfalles der Tschechischen Volkspartei nimmt es nicht wunder, alsbald zu vernehmen, ²⁾ daß die Regierung das Trennungsgesetz in Arbeit habe, um es sobald als möglich, d. h. vor den Wahlen vor das Parlament zu bringen. Zwar erklärt „Lidove Listy“, das Organ der vorgenannten Partei, daß es unmöglich sei, den Gesetzentwurf (der sich bereits in Händen der Schriftleitung befinde) noch in dieser Parlamentsperiode zu erledigen; doch das dürfte nur Ansichtssache sein. Leider ist man nach den bisherigen Erfahrungen nur allzu berechtigt, auch das noch, sowie diesen letzten Umfall der Partei des katholischen Tschechentums zu erwarten. Der Gesetzentwurf ist ein reiner Abklatsch des bekannten freimaurerischen Schemas, wie wir es aus Frankreich und anderen von der Loge beherrschten Ländern längst kennen. Seine Richtlinien sind: Ausschaltung des Religionsunterrichtes, Sperrung aller konfessionellen Schulen und theologischen Fakultäten, obligatorische Ziviltrauung, Streichung des Kultusbudgets, Verstaatlichung des Kirchenvermögens, Simultanisierung der Kirchen, Entzug der Matrikenführung.

Einerseits die vollständige Nichtbeachtung der päpstlichen Proteste, die Nichtbeantwortung der Noten der Nuntiatur und das beleidigende Ignorieren des Vertreters des Papstes durch das Ministerium des Äußereren, andererseits die fortgesetzte, von der Regierung geduldete und daher mitverschuldete Preßhetze gegen den Nuntius führten nun dazu, daß das gesamte diplomatische Korps sich mit diesem solidarisch erklärte und die Regierung darauf verwies, daß es eine solche Behandlung seines Doyen nicht hinnehmen könne und schärfsten Protest erhebe; es soll sogar für den Wiederholungsfall mit der gemeinsamen Abreise gedroht haben.³⁾

¹⁾ Abgedruckt in „Das Neue Reich“ 1925 Nr. 49, S. 1164.

²⁾ Meldung v. „Lidove Listy“ vom 15. Juni 1925.

³⁾ Meldung des „Cech“ vom 3. Juni 1925.

Hatten sich doch die Dinge derart bedrohlich für den Nuntius gestaltet, daß er es kaum noch wagen durfte, das erzbischöfliche Palais, wo er seinen Wohnsitz hatte, zu verlassen.

„Als infolge der Zustimmung der Kammern und der Sanktion des Präsidenten die Einführung des Hus-Gedenktages Gesetz geworden war, hatte der Hl. Stuhl das Recht und die Pflicht, sowohl gegen diese Verfügung an sich, wie gegen die einseitige und wenig rücksichtsvolle Art des Vorgehens der Regierung in der ganzen Feiertags-Angelegenheit zu protestieren. Danach und nachdem dieser Protest noch anhängig war, durfte man von der Regierung erwarten, daß, nachdem sie den Gesichtspunkt des Hl. Stuhles in dieser schwerwiegenden Frage kannte, vermieden würde, den Konflikt durch neue, vom Hl. Stuhle als beleidigend zu erachtende Handlungen zu verschärfen. Dem war — und es ist schmerzlich, dies festzustellen — nicht so.“¹⁾

„Am 28. Juni wurden in der Tagespresse über die Vorbereitungen zur Begehung der Huß-Feierlichkeiten in Prag, die unter dem Protektorate des Präsidenten der Republik stattfinden sollten und in deren Ehrenausschuß der Minister-Präsident als Mitglied fungieren sollte, Berichte veröffentlicht. Daraufhin hat Kardinal Gasparri am 1. Juli den tschechoslovakischen Gesandten beim Vatikan Pallier zu sich geladen und dagegen protestiert, daß diese Feierlichkeiten unter dem Protektorate des Präsidenten der Republik sowie unter dem Ehrenvorsitze des Ministerpräsidenten stattfinden sollten, was er für eine Beleidigung erklärte. Kardinal Gasparri teilte zugleich mit, daß mit Rücksicht auf diese Feierlichkeiten der päpstliche Nuntius nicht in Prag verbleiben könne und voraussichtlich nach Rom abreisen werde.“²⁾ Daraufhin „klärte“ der Außenminister Benes den Nuntius nochmals „auf“, daß die Regierung im Sinne des angenommenen Gesetzes vorgehe, und daß die Intentionen der Regierung dahin gehen, tolerant gegen alle zu sein und die Gefühle der Katholiken . . . voll zu respektieren. . . Der Nuntius machte aus seiner Meinung kein Hehl, daß man in Rom die Angelegenheit ganz anders betrachten werde.“³⁾

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 198 vom 28. August 1925.

²⁾ Meldung des amtlichen Tsch. P.-B. vom 18. Juli 1925.

³⁾ Erklärung des Ministers Benes im Ministerrat vom 17. Juli 1925
lt. Meldung des Tsch. P.-B. vom 18. Juli.

Es kam der Hus-Tag. Im ganzen Lande hatte das katholische Volk soeben noch mit besonderer Begeisterung das Fest des Landesheiligen Johannes von Nepomuk begangen; nun sollte auf der Gegenseite die erste Probe auf das Exempel einer die Katholiken nicht verletzenden Hus-Feier gemacht werden. Sollte es wirklich? Nur weltfremdeste Einfalt konnte annehmen, daß sich der tschechische Antiklerikalismus, der alles bis hinauf zum Staatspräsidenten umfaßte, die Gelegenheit entgehen lassen würde, gegen die katholische Kirche aufs neue zu demonstrieren, sie in Wort und Tat zu beschimpfen. „In der Tat war diese erste Hus-Gedenkfeier in Programm und Ausführung in offen zur Schau getragener Weise nicht etwa eine Feier der angeblichen literarischen und nationalen Verdienste des Hus, sondern eine lärmende, antikatholische und antipäpstliche Kundgebung; dieser Charakter trat sofort in schreiendem Widerspruch gegen die Begründung hervor, die man sich dem Gesetzentwurfe mitzugeben bemüht hatte. . . .

„Um sich vom noch mehr als üblich sektiererischen Charakter des diesjährigen Festes zu überzeugen, genügt es, sich zu vergegenwärtigen, was darüber alle Blätter der Republik, die von der Regierung abhängigen nicht ausgenommen, berichtet haben. Dazu kommt, was Augenzeugen darüber zu erzählen wissen von Zeremonien, mit denen man vor angezündeten Scheiterhaufen den traurigen Tod des Irrlehrers feierte, von Aufrufen und Ansprachen heftigster Feindschaft gegen den Katholizismus, von der Wahl der offiziellen Hauptredner aus den Reihen der notorischen Kirchenfeinde, ja, selbst Protestanten und protestantische Pastoren hatte man dazu berufen. Dazu kam die Teilnahme der Geistlichen der sogenannten Tschechoslovakischen Nationalkirche, durchwegs im Gewande und mit den Abzeichen der Hussitensekte, und die auffallende Entfaltung ihrer Symbole und Banner.

„Da es also vor allem eine große antikatholische und antipäpstliche Kundgebung sein sollte — und auch war, — ist es schwer zu erklären, wie man ihr noch dazu jenes Ansehen und jene Ermütigung gewähren konnte, die ihr durch den Namen und die Autorität der höchsten Würdenträger des Staates und der Regierung, nämlich des Präsidenten der Republik in der Eigenschaft eines Festpatrones und des Minister-Präsidenten als Ehrenpräsidenten zuteil wurden. Und noch weniger ist zu erklären,

wie auf den Gebäuden einiger Minister, darunter des Außenministers und selbst auf dem Schlosse, das der Sitz des Präsidenten ist, an Stelle der üblichen nationalen Flagge die Standarte der Hussitensekte mit dem utraquistischen Symbol des roten Kelches gehißt werden konnte.

„Angesichts dieses Vorgehens der Behörden selbst ist es klar, daß ihre offizielle Teilnahme (die kein Gesetz erheischte) den sektiererischen Strassenkundgebungen noch einen ganz anderen Wert verlieh. Und umso schwerer wog die darin liegende Beleidigung der Katholiken und des Hl. Stuhles; der Katholiken wegen Verletzung ihrer heiligsten Gefühle und der von den höchsten Behörden des Staates bewiesenen Parteilichkeit zu ihrem Schaden, des Hl. Stuhles, da sich Staat und Regierung zu ihm in voller diplomatischer Beziehung befanden und ein bei ihnen beglaubigter Nuntius in der Hauptstadt der Republik residierte.

„Man sage also bezüglich der Absichten jener, die das Hus-Fest organisiert und patronisiert haben, was man wolle, Tatsache ist: man wollte den Verurteilten feiern, und das Anzünden von Scheiterhaufen und die Verbreitung von Abbildungen seiner Verbrennung hieß, damit die Autorität, die ihn verurteilte, treffen. Uebrigens wurde niemals ausdrücklicher, als bei der jüngsten Hus-Feier in Taten und in Worten ausgesprochen und hinausgerufen, daß man sich eines zum Zwecke gesetzt hatte: die katholische Kirche und den Hl. Stuhl zu verurteilen, indem man sie in ein falsches Licht setzt, gleich als seien sie unversöhnliche Gegner der menschlichen Gerechtigkeit und des böhmischen Volkes, die man im „Martyrer von Konstanz“ personifizierte, und indem man, wie selbst Organe der fortschrittlichen Presse bedauernd meldeten, mit allen Mitteln im Volke die Werbung für den Abfall der Katholiken zur sogenannten National-Kirche verstärkte. Angesichts dessen noch darauf bestehen zu wollen, es sei nicht die Absicht der Regierung gewesen, durch ihre Teilnahme an den Kundgebungen den Katholizismus zu beleidigen, indem man zwischen an sich schon beleidigenden Handlungen und der Absicht des Nicht-beleidigen-wollens unterscheidet, ist Haar-spalterei.“¹⁾

Daß danach Rom nichts anderes mehr übrig blieb, als das Verhalten der Prager Logenregierung, die nun selbst die Maske

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 198 vom 28. August 1925.

ihrer Unparteilichkeit abgeworfen hatte, vor aller Welt in ihrer Unehrlichkeit zu kennzeichnen ist klar. Hätte nun der Papst noch immer stillschweigend zugesehen und mit sich ein unwürdiges Spiel treiben lassen, die ganze Welt hätte sich in der Tat im Namen der Geschichte wundern müssen.¹⁾ Daher überreichte noch am gleichen Abende des Hus-Tages der Nuntius dem Minister des Aeüßeren die Depesche, durch die ihn der Hl. Stuhl mit sofortiger Wirkung von Prag abberief. „Infolge der Tatsache“, schrieb der „Osservatore Romano“,²⁾ „daß zur Feier des dieses Jahr in Prag mit besonderer Feierlichkeit am 6. Juli begangenen Festes für Johann Jus der Präsident der Republik, Herr Masaryk, das Patronat und der Präsident des Ministerrates, Herr Svehla, den Ehrenvorsitz für die Festlichkeiten übernommen hatte, hat der Hl. Stuhl dem Apostolischen Nuntius Msgr. Marmaggi Auftrag gegeben, formellen Protest einzulegen und sofort Prag zu verlassen. Der Nuntius ist noch abends, den 6. Juli von Prag direkt nach Rom abgereist, wo er gestern morgens ankam.“

Der Zweck unserer Darstellung ist die Politik des Vatikans zu schildern und nur soweit es zu ihrem vollen Verständnis erforderlich ist, auch seinem Gegenspieler Aufmerksamkeit zu schenken. Wir übergehen daher die Verlegenheitsausflüchte des Herrn Benes, der Nuntius sei nur auf Urlaub gegangen, sei nur zur Berichterstattung nach Rom berufen worden usw., wir übergehen es, daß er den Gesandten beim Vatikan, ehe er ihn „zur Berichterstattung“ auch seinerseits abberief, beauftragte, „die Kurie in dem Sinne aufzuklären, daß die Husfeier keineswegs Glaubenskämpfe bezweckte, sondern bloß eine nationale Bedeutung besitze,“³⁾ und daß er verbreiten ließ,⁴⁾ „die Abberufung des Nuntius solle kein Protest des Vatikans gegen die Husfeier sein,“ daß die deutschen Sozialdemokraten Tschechiens an Hus-Begeisterung die Tschechen übertönten, den Nuntius, den Papst, die Kirche und die Katholiken mit wütendsten Ausfällen überschüt-

¹⁾ Worte des Papstes in der Ansprache an die Pilger aus Böhmen am 12. Juli lt. „Oss. Rom.“ vom 12. Juli 1925.

²⁾ in der Nummer vom 10. Juli 1925, datiert am 9.

³⁾ Meldung des amtl. Tschechoslov. Preß-Büro (Tsch. P. B.) vom 9. Juli 1925.

⁴⁾ Information des Prager Tagblatt vom 8. Juli 1925 aus dem Ministerium des Aeüßeren.

teten, von „Einmischung des Papstes in die inneren Verhältnisse Tschechiens“ sprachen und — natürlich — sofortige Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule forderten; daß der Minister-Präsident Svehla beteuerte, ¹⁾ die „Husfeier habe nur nationale Bedeutung besessen.“ All das tritt zurück hinter dem tiefen Eindruck und der Wucht des Ereignisses der Abberufung des päpstlichen Vertreters. Und der Episkopat der tschechoslovakischen Republik, dem sich für den auf ihrem Gebiete liegenden Bistumsanteil auch S. Eminenz Kardinal Bertram angeschlossen hat, unterstrich sie noch durch sein mut- und kraftvolles Pastoral-schreiben vom 1. August. ²⁾ In sich geschlossen, befreit von den angefaulten Elementen, sich ihres Rechtes bewußt, vertieft im Glaubensleben, verstärkt in ihrer täglich weiter ausgreifenden Organisation steht die katholische Kirche dieses Landes heute nicht nur zur Abwehr gerüstet, sondern beseelt von der Gewißheit ihres kommenden Sieges wendet sie sich ernstlich weit über ihre Grenzen hinausgreifenden, wahrhaft großen Zukunftsaufgaben zu, der Wiedergewinnung des slavischen Ostens für die eine, von Christus gestiftete Kirche. Das bewies sie voriges Jahr noch durch den Velehrader Unions-Kongreß. Und sie tut damit recht. Selbst ein Masaryk mußte noch vor wenigen Monaten sich zu dem Geständnisse verstehen: „Ich sehe ein, daß sich die ganze Weltentwicklung vom Protestantismus zum Katholizismus hinneigt. . . Ich kann es nicht leugnen, denn ich ersehe es aus allen meinen Studien.“ ³⁾ Es siegt der „Nazarener“. Und er siegt auch in dem Geständnisse des Prager Professors der protestantisch-theologischen Fakultät Hromatka, der das Bild der katholischen Kirche dieser Zeit folgendermaßen zeichnet: ⁴⁾

„Eben zu der Zeit, da der Orient jede Bedeutung verliert, schickt sich der katholische Okzident zu seinem ruhmreichen Aufstiege an. Die päpstlichen Träume einer Weltregierung erfüllen sich in überraschendster Form; auf dem römischen Stuhle sitzend regieren Hohenpriester, ausgestattet mit übernatürlichen Fähigkeiten und von außerordentlichem Mute und einer wunderbaren Durchbildung. Die Frömmigkeit wird von

¹⁾ Meldung des Tsch. P. B. vom 9. Juli 1925.

²⁾ Beilage zum Prager Ordinariatsblatt Nr. 8, 1925, auch abgedruckt in „das Neue Reich“ 1925, Nr. 49.

³⁾ Äußerung gegenüber dem Chefredakteur Matejow des „Slovak“ lt. „Reichspost“ vom 11. März 1925.

⁴⁾ s. „Kostinske Listy“ Nr. 9, 1924, lt. „K. Kztg.“ 1924 Nr. 15, S. 128.

neuen religiösen Orden wieder belebt und gefördert. Es ist ein Zeitalter von heiligen Männern, welche sich selbst zu verleugnen wissen, welche die Sinne und ihre Leidenschaften in ganz heldenmütiger Weise überwinden, wie sie auch für den Sieg der Kirche gegen aufrührerische, träge und gleichgültige Geister zu kämpfen verstehen. Die katholische Theologie erhebt sich auf die Höhe ihres Zweckes; sie beweist dem Intellekt die erhabensten Wahrheiten der Heilsoffenbarung, zeigt die unerschütterliche Folgerichtigkeit des christlichen Glaubens und verbindet in kühner Synthese den Komplex der geoffenbarten Wahrheiten mit jenen der Vernunft, die Gnadenordnung mit jener der Natur, das Himmelreich mit den natürlichen Einrichtungen auf Erden. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte der Religion, selbst im Mittelalter, daß die religiösen Ideale solche Bedeutung, soviel innere und ewige Macht gewannen."

Rumänien

Auch Rumänien gehört zu jenen Staaten, welche uneingedenk des an ihnen selbst früher begangenen Unrechtes bei Kriegsende es sehr eilig hatten, möglichst viel fremdes Gebiet zu besetzen und den Sieg anderer Leute auszunützen. Obwohl seiner Sprache nach ein lateinischer Staat, pochend auf seine römische Abstammung, ist es kirchlich gen Byzanz orientiert und hat sich unter jahrhundertlangem Zwang dem Staatskirchentume ergeben. Die ruhmreiche Periode seiner christlichen Vergangenheit ist die altchristliche, katholische.¹⁾ Von Byzanz aus hat es mit dem Schisma auch die tiefe Abneigung gegen Rom angenommen und heute noch unterstehen seine Katholiken dem Jurisdiktionsbereiche der Kongregation der Propaganda, ist es also sogenanntes Missionsgebiet. Um seine Ländergier zu befriedigen, riß es weite Gebiete mit größtenteils katholischer Bevölkerung des lateinischen, griechisch-katholischen und rumänisch-katholischen (also rumänisch-orientalisch-unierten) Ritus an sich und war somit gleich den anderen Nachfolgestaaten auf den Weg nach Rom angewiesen. Vorläufig allerdings hatte man auch in Bukarest anderes zu tun, als an die kirchlichen Probleme zu denken; das gewaltig vergrößerte Staatsgebiet brachte neue und große Aufgaben mit sich und überdies war den führenden Regierungsmännern ihre erweiterte Macht recht stark zu Kopfe gestiegen. Zumeist waren es ohnehin

¹⁾ s. den Artikel „Katholisches aus Rumänien“ von P. F. Wiercinski, S. J. in Stimmen der Zeit, 55. Jahrg., 3. Heft, 108, Dezember 1924. S. 231.

solche, welche die Kennmarke der Freimaurerloge an sich trugen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß wir erst im November 1919 auf dem Umwege über die „Times“ ¹⁾ die erste Kenntnis davon erhalten, daß die erste Fühlung mit dem Vatikan genommen und Msgr. Radu als Beauftragter der Regierung ausersehen worden sei. Im Taumel der Ereignisse hatte sich die kleine Gruppe der Unierten des orientalischen Ritus schon an der Spitze einer Union gesehen, zu der seitens der Schismatiker so ziemlich alle Voraussetzungen fehlten. Ueberdies bekundete die Regierung gegen alles Katholische unverhülltes Mißtrauen. Da es den Rumänen sehr an Intelligenzen gebrach, übernahmen viele unierte Geistliche auch Beamtenstellen, wobei sie sich von den Laien an nationaler Arroganz nicht unterschieden. Bischof Radu weilte wiederholt im Auftrage der Regierung in Rom, überhaupt drängte diese sichtlich und suchte, die Dinge nach ihrem Kopfe über's Knie zu brechen. Man wollte rasch ein Konkordat haben, da man meinte, mit Hilfe der gefügigen unierten Geistlichkeit über den Kopf der Lateiner hinweg, welche zumeist Deutsche und Magyaren sind, die Dinge nach eigenem Gutdünken gestalten zu können. Rom soll jedoch erwidert haben, es werde sechs Monate nach Ratifizierung des Friedens in Verhandlungen eintreten, falls die Interessenten es wünschten. ²⁾

Im März 1920 berief die Regierung den irredentischen, rumänisierten griechisch-katholischen Pfarrer und früheren Abgeordneten Dr. Ladislaus Lucaciu (eigentlich Lukàc) als Minister ohne Portefeuille für Siebenbürgen in das Kabinett, um ihm größeres Gewicht und offiziellen Charakter als Unterhändler mit Rom zu verleihen.

Die unierten Rumänen des orientalischen Ritus bilden die Metropole Fogaras mit den Suffraganbistümern Gherla, und Lugoj; die Lateiner, rund eine Million an Zahl, welche durch den Friedensschluß Rumänien einverleibt wurden, bilden die vier Diözesen Gyulafehérvár, Temesvár, Großwardein und Szatmar, von denen drei politisch zerschnitten wurden. Die berechtigten Klagen der Lateiner über fortgesetzte Bedrückungen seitens der neuen Machthaber häuften sich in Rom, fanden aber leider seitens der katholischen Presse der Ententeländer keine Unterstützung.

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 51 S. 415.

²⁾ s. die direkte Korrespondenz in „K. Kztg.“ 1920 Nr. 5 S. 38.

da deren Sympathien sichtlich der Masse der Rumänen und damit der Staatskirche galten. Man glaubte dies der romanischen Verwandtschaft schuldig zu sein, nährte wohl auch gänzlich unbegründete Hoffnungen auf eine Union en bloc, während doch gerade die Mehrheit der Katholiken, welche mit Rom auch durch den gemeinsamen Ritus verbunden waren, die Nichtrumänen sind. Die Solidarität des Glaubens versagte auch in diesem Falle. Immerhin aber sah sich wenigstens der „Corriere d'Italia“¹⁾ zu dem Geständnisse veranlaßt, es sei „zwar eine eigentliche Verfolgung der Katholiken nicht zu befürchten; sicher aber ist die allgemeine Tendenz, die größtmögliche Zahl von Bürgern in die Staatskirche hereinzuziehen.“ Es sei zu erwarten, daß man sich hiezu der Schule bedienen werde, doch konnte sich das Blatt trotzdem nicht zu einer Verurteilung verstehen.

Gegenstand besonderer Gehässigkeit seitens der Rumänen war Bischof Majlath von Siebenbürgen, der unter strengster Bewachung interniert und von jedem Verkehr mit seiner Geistlichkeit abgesperrt wurde. In einem an die Friedenskonferenz gerichteten Protest stellte er unter Anführung der Einzelheiten fest, in welcher unerhörten Weise die katholische Religion seit Monaten unterdrückt, der Gottesdienst gestört, die Predigt unter die Aufsicht schismatischer Geistlicher gestellt, katholische Priester ohne Angabe eines Grundes wochenlang gefangen gesetzt, der katholische Schulunterricht in jeder Weise gehemmt, Räume der katholischen Universität für das Aktionskomitee eines schismatischen Bischofs beschlagnahmt, Pfarrhäuser und kirchliche Institute ihres Eigentums beraubt wurden.²⁾ Womöglich noch gehässiger aber gingen die Rumänen gegen den Bischof Julius von Glattfelder von Csanád vor. Zwar trifft die s. Z. verbreitete Meldung, sie hätten ihn zum Tode verurteilt und er verdanke seine Befreiung der südungarischen englischen Mission, nicht zu, doch brach die Regierung jeden Verkehr mit ihm ab, ignorierte seine Eingaben, strich den Staatsbeitrag für den Unterhalt der katholischen Priester und Lehrer und drohte, die Kleriker zum Militärdienste einzuberufen. Um nicht durch sein Verbleiben den Vorwand zur Fortsetzung dieser und zur Verhängung weiterer Maßnahmen zu liefern, übersiedelte daher

¹⁾ vom 25. Januar 1921 im Artikel „Le incertezze dell' assestamento nel dopoguerra.“

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920, Nr. 14, S. 110.

der Bischof nach Ungarn. ¹⁾ Daß der Hl. Stuhl in solchen Fällen nicht müßig war, ist eine Selbstverständlichkeit, doch erwiesen sich all seine Bemühungen als vergeblich. ²⁾

Die Verhandlungen Lucaciu's in Rom hatten bis zum Juni wenigstens soweit geführt, daß die Errichtung einer rumänischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle unter gleichzeitiger Entsendung eines Nuntius nach Bukarest gesichert war; mit der Person des zum Gesandten ausersehenen Demetrio Pennescu hatte sich der Papst einverstanden erklärt, und bereits am 29. Juli überreichte dieser in Rom seine Pässe.

Der Papst bestimmte zu seinem Vertreter in der rumänischen Hauptstadt Msgr. Marmaggi. Am 17. November traf dieser dort ein, nachdem ihn in Temesvár Bischof Glattfelder mit seinem Kapitel und Seminar und zu Lugos der unierte Bischof Frentiu mit Gefolge feierlich empfangen hatte. Er freute sich, „die Huldigung der griechisch-rumänischen Kirche entgegenzunehmen und an den Heiligen Vater weiterzuleiten, die diesem so teuer und in seinen Augen wegen ihrer ruhmreichen Ueberlieferungen der Treue zum apostolischen Stuhle besonderer Beachtung würdig sei.“ ³⁾

Das Konkordat war bis dahin bis zum Entwurfe gediehen, in dem die Unierten des orientalischen Ritus die erste Stelle einnahmen; man setzte im Widerspruch zu den Tatsachen voraus, daß sie alle Rumänen seien, obwohl auch die Magyaren 60 000 Unierte des griechischen Ritus zählen. Die Lateiner des annektierten Bessarabien waren überhaupt nicht erwähnt; sie gehörten kirchlich zur Diözese Tiraspol. Auch die 25 000 unierten Ruthenen in der Bukowina kannte man nicht. All diese wollte man ohne weiteres rumänisieren, da man neben dem lateinischen Ritus nur noch den rumänisch-unierten nennt. Man richtete sich auch schon darauf ein, denn der unierte Bischof von Stanislaw, dem jene

¹⁾ Einzelheiten über das Vorgehen der Rumänen, über die schandbare Behandlung katholischer Priester und Ordensleute, über die Beraubung und Drangsalierung der Kirche, wie sie nur bei einer sittlich stark degenerierten Nation vorkommen können, wie dem Rumänentum, bietet die Schrift von Transsilvanus Viator „In Siebenbürgen“, Budapest, Elet-Druckerei 1921, in leider nur allzu großer Zahl.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1920, Nr. 9, S. 67.

³⁾ diese sowie die anderen gewechselten Ansprachen s. im „Oss. Rom.“ vom 12. November 1920.

Ruthenen unterstehen, klagte bei der Propaganda darüber, daß die rumänische Regierung die von ihm ernannten Pfarrer nicht mehr anerkenne, ihnen keine Kongrua ausbezahle, die geltenden Gesetzesbestimmungen zum Nachteil der Kirche verletze, kurz jede bischöfliche Amtshandlung in diesem Teile der Diözese unmöglich mache.

Der Entwurf sah die Errichtung eines unierten Erzbistums in Bukarest vor, obwohl Alt-Rumänien nur 4—5000 solcher Katholiken zählt, und ein weiterer Sprengel sollte im ungarischen Theißgebiete erstehen, wodurch sich für die rund 1 400 000 Katholiken des orientalischen Ritus die Zahl der Bistümer auf fünf erhöhen würde; dagegen sollten die lateinischen Bistümer auf zwei herabgesetzt werden, Csanád und Siebenbürgen. Das würde z. B. die Auflösung der 800 Jahre alten Diözese Großwardein bedeuten. In den Vorschlägen zur Besetzung der Bistümer und Domherrenstellen drückt sich die Unkenntnis des katholischen Kirchenrechtes wie auch das eingefleischte Staatskirchentum aus. Eine für beide Riten gemeinsame katholisch-theologische Fakultät, besetzt fast ganz mit Professoren des orientalischen Ritus, und ein gemeinsames Theologenkolleg in Rom sollte geschaffen werden. Bezüglich der Schulen laufen die Vorschläge praktisch auf die Erdrosselung der katholischen Konfessionsschulen hinaus. Von den Orden sollen jene zugelassen werden, deren Mutterhaus auf rumänischem Gebiet liegt, also kein einziger. (Vermutlich hatte man in Bukarest bezüglich des Begriffes Mutterhaus etwas anderes gemeint, als man katholischerseits darunter versteht.) Unklar sind die Vorschläge hinsichtlich der Mischehen und der Eheschließung überhaupt. Ausgehend davon, daß die schismatische Kirche auch auf ungarischem Gebiete die christliche Ehe preisgegeben hatte, indem sie ohne weiteres die kirchliche Trauung Geschiedener (selbst ohne kirchliches Ehescheidungsverfahren!) guthieß und damit das Familienleben vollständig zerrüttete,¹⁾ trachtet der Konkordatsentwurf, die Mischehen möglichst im Sinne der schismatischen Staatsreligion zu beeinflussen. Was endlich das Kirchenvermögen anbelangt, so barg sich unter den unklaren Vorschlägen greifbar die Absicht, möglichst viel davon einzuziehen.²⁾

¹⁾ Im ehemals ungarischen Teile lagen infolge der Umwelt und des starken Einflusses der Katholiken die Dinge erheblich besser.

²⁾ Ausführliches in dem Artikel: „Die rumänischen Konkordatsverhandlungen“ in „K. Kztg.“ 1921 Nr. 3, S. 21.

Die Stellung Roms zu diesem Entwurfe war natürlich ablehnend, denn die fortgesetzten Rechtsbrüche der rumänischen Regierungsbehörden gegenüber der katholischen Kirche bewiesen mit allzu brutaler Deutlichkeit, in welchem Geiste sie ein solches Konkordat durchgeführt hätte, wenn sie je sich an seine Bestimmungen gehalten haben würde.¹⁾ Uebrigens sah sich die Regierung allein schon deswegen heftigsten Angriffen ausgesetzt, weil sie überhaupt sich auf Verhandlungen mit Rom einzulassen geneigt war.²⁾

Einen schweren Stand hatte die unierte Kirche; kulturell hing sie ganz von den Lateinern mit Rom als Kulturzentrum ab, national aber bestand eine starke Bindung mit dem übrigen, in der schismatischen Kirche zusammengefaßten, an Zahl erdrückenden Rumänentum, während der Ritus, der ja bei allen Orientalen sehr stark ins Gewicht fällt, gegenüber den Schismatikern nahezu keine Abweichung, gegenüber den Lateinern aber den größten Gegensatz aufwies. Manche daraus folgende Erscheinungen erweckten daher starke Zweifel, ob unter diesen Umständen die Union der Orientalen von Bestand sein würde; erfreulicherweise erwiesen sie sich bis heute nur in ganz geringem Maße als berechtigt. Dabei wirkte wohl die Tätigkeit des Nuntius mit, der in sehr eindrucksvoller Weise Rom zu vertreten verstand. So machte es einen hervorragenden Eindruck, daß er im Auftrage des Papstes die beiden, bei einem Bombenattentat im rumänischen Senate verletzten schismatischen Bischöfe Giorogario und Nifon im Spital besuchte, welche ob dieses Aktes von Bruderliebe außerordentlich gerührt waren und in bewegten Worten ihren Dank äußerten.³⁾

¹⁾ Einzelheiten in großer Zahl darüber in „K. Kztg.“ 1921 Nr. 5, S. 38/39.

²⁾ Man protestierte in öffentlichen Protestkundgebungen und die Kulturliga und der orthodoxe Priesterverein von Galatz warfen ein besonders gehässiges Flugblatt in das Volk, in dem die Unierten zum Abfall vom Papste aufgefordert und von Geistlichen und Lehrern gefordert wird, bei jeder Gelegenheit auf die Konkordatsgefahr zu verweisen. In der Kammer verlas der Czernowitzer Universitäts-Rektor Nistor einen Protest der schismatischen theologischen Fakultät, desgleichen ein Priester einen solchen der Theologiestudierenden im Senate. Der Außenminister wies auf die Schädigung des Ansehens Rumäniens im Auslande und ersuchte um Einstellung der Agitation, wogegen im Senate die schismatischen Metropolen von Bukarest und Jassy entschieden Einspruch erhoben. Kultusminister Goga (Freimaurer) erklärte, daß solange er Minister sei, von einem Konkordat keine Rede sein werde. (Vgl. „Das Neue Reich“ 1921, Nr. 32-S. 642).

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 29. Dezember 1920.

Msrgr. Marmaggi hat dies- wie jenseits der Karpathen die katholischen Gebiete besucht und überall viel zur Stärkung des katholischen Bewußtsein getan, wie ein kurzer Ausschnitt aus diesen Fahrten noch zeigen wird. Er hatte dazu genügend Muße, denn die Konkordatsverhandlungen beschäftigten ihn vorläufig sehr wenig; erklärte doch z. B. Oktavian Goga, der anfangs 1921 Kultusminister war, nachdem er sich die Anwartschaft darauf als Mitarbeiter des Arader Freimaurerorganes „Nyugat“ erworben hatte, „daß, solange er Minister sein werde, von einem Konkordate keine Rede sein könne.“ Daß er als Logenbruder sich den Schutz der Gewissensfreiheit — natürlich im freimaurerischen Sinne — wärmstens angelegen sein ließ, versteht sich. Auf die Klagen des Abg. Lazar Nicolescu über angebliche Propaganda der katholischen Geistlichen erklärte er ohne Kenntnis der Vorfälle, daß er die Anklage der katholischen Geistlichen für richtig halte und ihnen die Vergeltung nicht erspart bleiben werde. Unter ihm kamen Mißhandlungen katholischer Priester durch rumänisches Militär selbst mit Todesfolge vor.¹⁾ Unterdessen mästete sich ein Heer von Beamten mit dem vom Staate beschlagnahmten Kirchengute des ungarischen Religionsfonds. Man kann sagen, daß um jene Zeit die katholische Kirche selbst in sowjetistischen Rußland sich größerer Freiheit und besserer Behandlung erfreute als in Rumänien.

Im April 1922 (am 28.) stattete der Minister-Präsident Bratianu dem Papste einen Besuch ab und verhandelte mit dessen Kardinal-Staatssekretär. Grund genug hatte er, denn zuverlässigen Nachrichten zufolge hatte der Heilige Stuhl zu Anfang jenes Jahres bereits den zum viertenmal abgeänderten Konkordatsentwurf zurückgewiesen und aus diesem Grunde selbst die Grundlage zu einem annehmbaren Abkommen in Abfassung genommen. Den Standpunkt des gebildeten Durchschnittsrumänen drückte Bratianu selbst treffend in den Worten aus: „Ich glaube gar nichts, aber trotzdem würde ich mein Leben für die orthodoxe Kirche hingeben.“²⁾ Immerhin, wir möchten es nicht auf eine Probe ankommen lassen. Daß auch dieser Besuch letzten Endes ergebnislos war, hat die Folge bewiesen, denn erst zwei Jahre später

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 37, S. 297.

²⁾ ebenda 1922 Nr. 9, S. 70.

zeigt sich zum erstenmal ein entschiedener Wille zur Verständigung seitens der rumänischen Regierung.

König Ferdinand legte Wert darauf, sich zu Karlsburg in Siebenbürgen auf erobertem Boden zum Könige Groß-Rumäniens krönen zu lassen, und zwar, obwohl er Katholik ist, nach schismatischem Ritus. Die eigens zu diesem Zwecke erbaute Krönungskirche konnte nicht rechtzeitig fertig werden, denn der überstürzt aufgeführte Bau ermangelte wie mancher moderne Staatenbau der inneren Solidität und stürzte schon vor der Vollendung teilweise ein. Somit verging ein weiteres Jahr und erst der Oktober 1922 sah das Ereignis zur Tat werden. Papst Pius XI. hatte mit seiner Vertretung den Nuntius Msgr. Marmaggi beauftragt, der um jene Zeit in der Eigenschaft eines apostolischen Delegaten in Vertretung Msgr. Dolcis in Konstantinopel weilte, ¹⁾ doch bekleidete ihn der Heilige Vater wie bei solchen außerordentlichen Gelegenheiten üblich mit dem Charakter eines a. o. Nuntius für die Krönungsfeier; als solcher überreichte er bei seiner Ankunft dem Könige ein eigenes Beglaubigungsschreiben. Umgeben auch vom katholischen Episkopat wohnte somit der Prälat der Krönung bei, enthielt sich aber mit diesem jeder Teilnahme an den von der staatskirchlichen, schismatischen Prälatur vorgenommenen religiösen, gottesdienstlichen Funktionen, und kehrte unmittelbar darauf wieder nach dem goldenen Horne zurück. Von einem Besuche des Königs in Rom liefen bereits im August 1922 Gerüchte um, welche sich zu Beginn des Jahres 1924 verdichteten, sodaß die Meldung bereits mit voller Bestimmtheit auftrat. Ein plötzlich auftauchender Gegensatz zur italienischen Regierung zwang jedoch im letzten Augenblicke, das Reiseprogramm auf Paris und London zu beschränken und so unterblieb auch der vorgesehene Besuch im Vatikan.

Dagegen hatte bereits im Februar 1923 der rumänische Kronprinz Rom besucht und war am 3. jenes Monates mit den einem königlichen Prinzen gebührenden Ehren von Sr. Heiligkeit empfangen worden.

Die Bukowina, die kirchlich zur lateinischen Erzdiozese Lemberg gehört, erhielt infolge der Schwierigkeiten, welche die rumänische Regierung machte, bereits anfangs des Jahres 1921

¹⁾ s. das Kapitel Türkei.

ein eigenes Generalvikariat, das dem Czernowitzer Pfarrer, Dekan Schmidt übertragen wurde, einem im ganzen Lande hochangesehenen, eminent tätigen Manne, beliebt bei den Deutschen wie bei den Polen, obwohl zwischen diesen selbst ganz begreiflicherweise noch tiefe Gegensätze bestanden. Wenn sie eine vorläufige Abschwächung erfuhren, ist das einzig dem Erscheinen des apostolischen Nuntius zu verdanken, der Ende 1922 auf seiner Rundfahrt nach dem Besuche der Moldau auch dieses Stück Landes aufsuchte. Und hier wollen wir den oben versprochenen Bericht einfügen, der ein anschauliches Bild von den Stimmungen des Volkes selbst gibt, das nicht allein nach dem Verhalten seiner Regierung beurteilt sein will.

Das Land weist folgende Konfessionsverhältnisse auf: Schismatiker 64 %, lateinische Katholiken 12 %, unierte Ruthenen 3 einhalb %, Protestanten 3 %, Juden 12 %. Die Lateiner besitzen 28 Pfarreien mit 80 Kirchen bei 105 000 Seelen, die Ruthenen 18 Pfarreien mit 30 000 Seelen; jene unterstehen dem Erzbischofe von Lemberg, vertreten durch den Generalvikar Msgr. Swoboda (den Nachfolger Msgr. Schmidts), diese dem eigenen apost. Administrator Msgr. Zlepko. Das Erscheinen zeigte sich sofort als einigende Kraft, denn die konfessionellen, rituellen und nationalen Gegensätze traten zurück, da schon an den Empfängen alles, selbst Schismatiker, Protestanten und Juden sich beteiligten. Der reiche Jude Rosenberg von Krasna stellte dem Nuntius wochenlang seinen Kraftwagen zur Verfügung, erbat sich den Vertreter des Papstes als Gast und ließ zum Andenken auf seine Kosten für seine katholischen Arbeiter eine Kapelle bauen. An manchen Orten errichteten die Juden selbst Triumphbögen und empfingen den Nuntius mit Hosannarufen, während der Rabbiner ihm die Thora darreichte. In den Empfangsausschüssen saßen Vertreter aller Riten und Konfessionen und überall nahmen die Zivilbehörden offiziellen Anteil. Ausgangspunkt war die Hauptstadt Czernowitz. Der erste Besuch galt dem Generalvikar Msgr. Swoboda, der zweite dem unionsfreundlichen schismatischen Metropoliten Repta. Die Begegnung war überaus herzlich; der greise Metropolit, auf den Arm des bedeutend jüngeren Nuntius gestützt, zeigte diesem den ganzen bischöflichen Palast, ein Schatzkästlein orientalischer Kunst. Auf dem offiziellen Festmahle sprachen u. a. Vertreter der Schismatiker ein protestantischer Pastor, sowie der Großrabbiner. Alle ihre Reden galten dem Heiligen Vater in Rom und seiner caritativen Tätigkeit, seinem Gerechtigkeitssinne. ebenso ehrfurchtsvoll war auch die Aufnahme, welche Msgr. Marmaggi im (schismatischen) Karpathenkloster zu Putna fand;

der Archimandrit sprach beim Mahle auf den römischen Papst.

Von Dorf zu Dorf eilte der Prälat. Auch das deutsche, katholische Kolonistendorf Augustendorf, das unter Leitung von Trinitariern, bzw. des P. Sonntag steht, und zu dessen Pfarrdistrikt viele Dörfer der Seretsenkung gehören, wurde bedacht.

Im Salzbergwerke zelebrierte der Nuntius für die Arbeiter eine hl. Messe, wobei ein mächtiger Rohsalzblock mit einem massiven Steinsalzkreuze darauf den Altar bildete.

Mariä Himmelfahrt sah den Gesandten des Hl. Vaters im Wallfahrtsorte Kacica; 30 deutsche, polnische, ruthenische, rumänische und ungarische Priester hörten die 5000 Beichten; in vier Sprachen wurde gepredigt und das Lob Mariens verkündet, und 20 000 Pilger beteiligten sich an der Prozession, darunter die beiden Prinzessinnen Ghika und der schismatische Priester und Universitätsprofessor Isopescu von Jassy. Beim Festmahle richtete der Nuntius auch an diesen sein Wort, an „den lieben, von uns noch fernen Bruder, der durch sein Studium und vor allem durch seine Frömmigkeit und Andacht zur Gottesmutter sich auf dem Wege zu uns befindet. Möge Maria diesen Weg abkürzen und ihm den Mut der Tat verleihen.“ Bewegt und ergriffen erwiderte Isopescu, er sei mit vielen anderen im Herzen katholisch und glaube, es dereinst auch noch mehr sein zu können, wenn Gott einmal die ‚historischen Hindernisse‘ beseitigt haben werde, und die Stunde des einen Schafstalles und des einen Hirten schlage. (Einen Monat später wurde Isopescu tot in seinem Zimmer gefunden; ein Schlagfluß hatte seinem Leben ein Ende gemacht.)

Zu Husi weihte der Nuntius das „Waisenhaus Benedikt XV.“, das durch eine große, bisher unbekannt gebliebene Gabe des verstorbenen Papstes errichtet worden war.

Bezüglich der Wirkungen dieser Rundfahrt des Nuntius schrieb im Januar darauf Msgr. Swoboda an diesen, daß sie sich nun zeigen; insbesondere freue es ihn, daß sie die Wiederherstellung der Eintracht unter dem deutschen und polnischen Klerus zur Folge hatte.¹⁾

Dieses lichte, freundliche Bild aus dem Leben, das hier eingeschoben wurde, hebt sich von einem düsteren Hintergrunde ab, dem wir uns wieder zuwenden müssen, um die Schilderung der unterbrochenen Entwicklung der Verhältnisse²⁾ zwischen dem rumänischen Staat und der katholischen Kirche wieder aufzunehmen und fortzusetzen.

¹⁾ nach „Oss. Rom.“ aus „K. Kztg.“ 1923 Nr. 14, S. 111/112.

²⁾ Ueber die geschichtliche Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im heutigen Groß-Rumänien s. den Artikel „Zur Lage der katholischen Kirche in Rumänien“ in „K. Kztg.“ 1923 Nr. 38, S. 311/312.

In Parlament und Senat tobte der entscheidende Kampf um die Festlegung dieses Verhältnisses in der neuen Verfassung, der aber vorwiegend ein solcher um die Festlegung des Vorranges der schismatischen Staatskirche gegenüber der katholischen Mutterkirche wurde. Als solche, also als Staats-Kirche wurde sie auch schließlich in den Entwurf aufgenommen und damit ihr Vorrang festgelegt. Freilich, 13 Millionen Schismatiker gegen 3 Millionen Katholiken! Ist es da ein Wunder, wenn die Entscheidung so ausfiel? Denn nicht der innere Wert, nein, allein die nackte Zahl blieb Siegerin. Aber die wahre Geistesverfassung der Staatskirche äußerte sich dabei mit dankenswerter Deutlichkeit. Sie forderte für sich das Privileg der Propaganda. Rom schiebe für seine Zwecke die Unierten vor, die Nationalrumänen seien, es widerspreche aber wahrer nationaler Gesinnung, sich unter ein ausländisches Oberhaupt zu stellen. Der schismatische Primas erklärte, Kirche und Nation seien infolge geschichtlicher Entwicklung eines geworden, daher erwarte er, der Staat werde die Ansprüche der Staatskirche würdigen; ein anderer Bischof nannte die unierten Bischöfe „Agenten des Papismus,“ der nach Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie in Rumänien eine neue Stütze suche. (1) Eine in der Arader orthodoxen Diözesandruckerei gedruckte Schrift, betitelt „Papismus und Orthodoxentum in Siebenbürgen“ tritt für die Dotierung der schismatischen Kirche auf Kosten der katholischen ein, indem der Staat deren Eigentum konfisziere. Ein „Ausgleich“ sei notwendig, denn die katholische Kirche besitze blühende Anstalten und Schulen aller Art. Die Protestanten könne man gewinnen, indem man sie daran Anteil haben läßt. ¹⁾

¹⁾ Seit Anfang des Jahres 1925 nennt sich das Oberhaupt der autokephalen rumänischen Staatskirche Patriarch. Der Titel wurde vom sog. Hl. Synod in Bukarest verliehen und von den gesetzgebenden Körperschaften bestätigt. (Den Text der Synodalkundgebung nach „La Biserica ortodoxa romana“ XLII. Febr. 1925 s. in französischer Sprache in der in Rom erscheinenden Zeitschrift „Stoudion“ vol. II. Nr. 3). Der ökumenische Patriarch in Konstantinopel erteilte nolens volens seine Zustimmung. Patriarch ist der Prälat Miron Christea, ein Siebenbürger, der äußerlich würdig aufzutreten versteht, ein fanatischer Rumäne und Schismatiker, der, seit ihm der Staat sogar den Titel „Heiligkeit“ verlieh, sich dem Papste ebenbürtig dünkt und so etwas wie ein Balkanpapsttum mit dem Sitze in Bukarest anstrebt. Ueber die Zustände innerhalb der schismatischen Kirche Rumäniens bietet die genannte Zeitschrift Stoudion betrüblichen Stoff (nach orthodoxen Quellen).

Der Kampf gegen Bischof Dr. Glattfelder von Temesvar tobte weiter, weil dieser in einem Hirtenbriefe gegen die Wegnahme der Kirchengüter unter dem Vorwande einer „Agrarreform“ protestiert hatte. Nach echtem Moskauer Vorbilde war das „Auflehnung gegen die Staatsgewalt“. Der Bischof hatte jedoch „im Sinne der Verfügung des hl. Apostolischen Stuhles sich von seinem Diözesansitze in die kleine ungarländische Ecke seiner Diözese zurückgezogen und die Verwaltung des rumänischen Anteiles einem vom Heiligen Stuhle ernannten Apostolischen Administrator übergeben,“ wie er in seinem Abschieds-Hirtenbriefe sagt. Vor seiner Abreise hat er noch um 4 Uhr morgens drei Priester geweiht. Der Hirtenbrief wurde beschlagnahmt, fand aber doch Verbreitung;¹⁾ er ist ein herrliches Dokument katholischer Hirten-gesinnung, maßvoll aber entschieden, klar in seinen Gedanken, seinen Ausblicken von hoher Warte aus.

Gleichzeitig wurden auch die katholischen Orden und ihre Klöster auf's Korn genommen. Solche, die unter auswärtigen Oberen standen, sollten nicht mehr fortbestehen dürfen. Zu Nagyvarad wurde das Prämonstratenser-Obergymnasium gesperrt. In der Kammersitzung vom 31. März wurde ein kurz vorher vom Senate angenommener Gesetzentwurf beschlossen, nach dem sämtlichen geistlichen Orden und Kongregationen mit Ausnahme der rumänischen (d. h. jener des orientalischen Ritus) die Niederlassung und Ausübung einer Tätigkeit auf dem Gebiete des rumänischen Staates untersagt wird. Die Politiker wollten das Eigentum der Kirche billig auf den Markt bringen, um sich zu bereichern.²⁾ Die Veröffentlichung dieses Beschlusses wirkte im Auslande derart, daß die rumänische Regierung sich in aufgeregter Weise beeilte, den Heiligen Stuhl zu veranlassen, als unwahr in Abrede zu stellen, „die religiösen Kongregationen des lateinischen Ritus seien vertrieben worden“ (was gar nicht behauptet worden war!)³⁾ Und die rumänische Gesandtschaft beim Vatikan erklärte formell, „daß die Meldung jeder Begründung entbehrt“ und daß „die rumänische Regierung keinerlei gesetzliche oder administrative Verfügung einschränkenden Charakters für

¹⁾ Die vorstehende Darstellung ist dem ausführlichen Berichte in der „K. Kztg.“ 1923, Nr. 19 S. 149/150 entnommen, wo auch der wesentliche Inhalt des Hirtenbriefes wiedergegeben ist.

²⁾ s. „Reichspost“ Nr. 96, 1923.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ 1923, Nr. 92.

religiöse Kongregationen erlassen hat," was wiederum niemand behauptet hatte. Es entsprach diesem verschleierten Rückzuge, daß die Regierung auch den schon gefaßten Beschluß stillschweigend zurückzog und verschwinden ließ.

Im August 1923 nahm der Vatikan diplomatische Verschiebungen größeren Umfanges vor, welche die Versetzung Msgr. Marmaggis nach Prag mit sich brachten, während an seine Stelle in Bukarest der frühere Apostolische Delegat Msgr. Dolci trat und noch im gleichen Monate seinen Posten übernahm.

Nach Ablauf von zwei Jahren, im Februar 1924, tauchte endlich das Konkordat wieder in der Öffentlichkeit auf; man meldete aus Bukarest, daß die Verhandlungen mit Rom nunmehr soweit gediehen seien, daß der Abschluß bevorstehe. Zu diesem Zwecke sollte sich der Kultusminister Banu begleitet von einer Delegation, persönlich nach Rom begeben, obwohl die schismatische Geistlichkeit unter Führung des Universitäts-Professors Dr. J. Popescu-Malaesti sich dem Projekte überhaupt mit aller Kraft entgegenstimmte und nochmals die befürchtete Gleichstellung beider Kirchen mit dem geistvollen Argumente der Ziffer bekämpfte. Banu ist denn auch trotz allem mit seiner Abordnung im Juni in Rom erschienen und hat im Vatikan in unmittelbarer Aussprache weiter verhandelt. Wenige Wochen später wurde überraschenderweise die Abdankung des bisherigen Erzbischofes von Bukarest, Msgr. Netzhammers O. S. B. durch das Rundschreiben bekannt, mit dem er seiner Diözese den Schritt bekannt gab und sich verabschiedete.¹⁾ Mit dem erwarteten Abschlusse und Inkrafttreten des Konkordates trat die katholische Kirche Rumäniens aus dem Verwaltungsbereiche der Kongregation der Propaganda und verlor damit den Charakter eines Missionsgebietes. Der Rücktritt des Erzbischofes, von Geburt Schweizer, ist jedoch kein ganz freiwilliger; es handelt sich um eine Abberufung, welche durch das Konkordat verständlich wird. Der Heilige Stuhl legt Wert darauf, frei zu handeln, und solange das Konkordat nicht unterzeichnet ist, konnte die Abberufung aus freier Entscheidung erfolgen. Die rumänische Regierung besteht aber

¹⁾ Erzbischof Netzhammer wurde besonders von Jorga als „germano-phil“ angefeindet und das Parlament gegen ihn aufgeboten, weil er in Gegenwart des Königs deutsch gepredigt habe. (Während der deutschen Predigt war der König erschienen und hatte auf Befragen ersuchen lassen, der Erzbischof möge nur fortfahren.)

darauf, daß der Erzbischof der Landeshauptstadt Rumäne sei. Somit trug man dem in Rom bezeiten Rechnung und es erfolgte die Ernennung des Bischofs Msgr. Cisar, eines Rumänen, slovakischer Abstammung, der seine theologischen Studien im römischen Kolleg der Propaganda gemacht hatte, zuerst zum Apostolischen Administrator und in der Folge zum Erzbischofe von Bukarest. Am 23. März 1925 wurde er feierlich in sein Amt eingesetzt.¹⁾

Rumänien ist ein besonderes Objekt der Moskauer bolschewistischen Propagandatätigkeit und hat sich fortgesetzt angezettelter innerer Wühlereien zu erwehren, wovon die sich folgenden Hochverratsprozesse Zeugnis ablegen; insbesondere ist das von ihm zurückgenommene Bessarabien Vorgelände dieses Geheimkrieges. Die Regierung hätte daher alle Ursache, der katholischen Kirche, die sich bisher als das sicherste, stärkste Bollwerk gegen den Bolschewismus erwiesen, nicht nur freieste Hand, sondern sogar jede Art von Förderung zuteil werden zu lassen; man scheint sich aber solange nicht von den staatskirchlichen Vorurteilen und Verirrungen freimachen zu können, bis es zu spät sein wird.²⁾ Es ist daher nicht zu verwundern, daß anfangs Dezember 1924 der Nuntius Msgr. Dolci den rumänischen Minister des Äußeren, Duca, mittels einer Note verständigte, daß der vom rumänischen Gesandten Penescu dem Vatikan überreichte neue Konkordatsvorschlag wiederum unannehmbar ist. Laut einer Mitteilung aus diplomatischen Kreisen³⁾ werde die Abweisung damit begründet, daß der Vorschlag der rumänischen Regierung dieselben Bedingungen enthielt, die dem Vatikan auch von den Sowjets unterbreitet und von diesem als unannehmbar abgewiesen wurden. Man weiß, daß das Ziel der rumänischen Kulturpolitik die Verdrängung des Katholizismus zugunsten der „herrschenden“ rumänisch-schismatischen orientalischen Staatskirche ist; gegenüber Rom ist es nicht Verständigung, was man anstrebt, sondern Unterwerfung des katholischen Elementes. Daß hierbei die treibende Kraft eben

¹⁾ Einzelheiten s. „Oss. Rom.“ 1925, Nr. 79 (19714) und über die Verhandlungen bezüglich der Ernennung in „K. Kztg.“ 1924, Nr. 38 S. 232/3.

²⁾ Anfangs August 1925 gab die Regierung den katholischen Gemeinden in Bessarabien die ihnen genommenen Schulgebäude und Lehrerwohnungen wegen ihres loyalen Verhaltens während der Kommunistenunruhen wieder zurück.

³⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 953 vom 7. Dezember 1924.

diese Staatskirche und ihre Organe selbst sind, dürfte keines Beweises bedürfen. ¹⁾

¹⁾ Ende November 1924 tagte zu Groß-Wardein (Nagyvarad, Oradea-Mare) der V. Kongreß des Verbandes des orthodoxen Klerus „Andrei Saguna“, der u. a. folgende 12 Punkte annahm:

1. Der Abschluß eines Konkordates mit Rom soll vollkommen aufgegeben werden.

2. Der „Status catholicus“ soll aufgelöst werden, da seine Lage, Zusammensetzung und Wirken ungesetzlich sind; es sollen diejenigen Mitglieder hart bestraft werden, die die Gesetze des rumänischen Staates außer acht gelassen oder sich ihnen mit Wissen entzogen haben.

3. Der König von Rumänien soll alle Rechte, die der König von Ungarn über die lateinische Kirche hatte, behalten: als oberster Patron, in der Ernennung der Bischöfe und im Verfügungsrechte über alle Kirchen- und Ordensgüter.

4. Vollständige Enteignung aller Güter der lateinischen Kirche, ohne jedwede Vergütung in Geld für jene, die vom König von Ungarn oder von den Fürsten Siebenbürgens gegeben worden sind; für jene, die von Privatpersonen geschenkt wurden, soll man, falls das bewiesen werden kann, den Preis gemäß dem Agrargesetze erlegen. (Dieses ist bekanntlich ein richtiges Raubgesetz, gegen das noch im Juni 1925 die Regierungen Schwedens, Englands und Brasiliens beim Völkerbunde Beschwerde eingelegt haben. D. V.)

5. Der Staat soll die lateinische Kirche nur soweit materiell unterstützen, als es im Verhältnis zu ihren Gläubigern notwendig erscheint, indem man das ungeheure Vermögen, über das die Kirche verfügt, in Betracht zieht. Dies Vorgehen soll gegenüber allen im Staate anerkannten Konfessionen ohne jede Rücksicht angewandt werden.

6. Es soll das Gesetz betreffend den Uebertritt der Gläubigen von einer Konfession zur anderen dahin abgeändert werden, daß, wenn die Hälfte (+ 1) zu einer Konfession übertritt, mit ihnen auch die Gebäulichkeiten und das Vermögen der Kirche übergehen; diejenigen, die nicht übertreten, sollen im Verhältnis zu ihrer Zahl entschädigt werden.

7. Der Staat bezahlt nur jene Pfarrer, die unter ihrer Seelsorge wenigstens 300 Seelen haben, und von den Erzpriestern nur jene, die wenigstens 20 Pfarreien unter sich haben.

8. Schleunigste Verstaatlichung der beweglichen und unbeweglichen Güter des „Religions- und Studienfonds“, damit aus ihnen auch andere Konfessionen beteiligt werden, nicht nur die lateinische.

9. Der rumänische Staat behält sich die volle Gewalt vor, die lateinischen Orden aufzuheben, alle ihre Güter zu säkularisieren oder zum allgemeinen Wohle für seine Bedürfnisse zu verwenden. Die Ordensoberen müssen ihren Sitz im Lande haben, rumänische Bürger sein, dergleichen die Ordenspersonen die den Orden bilden.

10. Abschaffung der lateinischen Bischofssitze von Großwardein und Szatmar.

11. Der Staat soll die Errichtung eines Bischofssitzes einer minoritären Konfession, die aus dem Staatshaushalte zu unterstützen ist, nicht mehr zulassen.

12. Die Unterstützung aller Einrichtungen der Minoritäten soll seitens des Staates gemäß dem Friedensvertrage von Trianon Art. 9 im Verhältnisse zu den Seelen und den materiellen Gütern erfolgen, über die die betreffende Minderheit verfügt.

In Neu-Rumänien führt nun die Kirche mit Ausdauer den Kampf um die Erhaltung des katholischen Charakters der Schule in engster Verbindung mit dem um die Erhaltung des angestammten Volkstumes. 800 000 Magyaren, heute rumänische Staatsbürger, deren Volksschulen, Gymnasien, Lehrerseminare, Kindergärten, Spitäler fast ausschließlich unter der Pflege katholischer Ordensleute stehen, und 450 000 Deutsche des an Rumänien gefallenen Banates und der anderen Gebiete sind Katholiken, zu denen noch eine halbe Million griechisch-unierte Rumänen, 300 000 unierte Ruthenen der Bukowina kommen.¹⁾ Ein Schulgesetzentwurf vom Frühjahr 1925, der sog. „Privatschulgesetzentwurf“ erstrebt die Erdrosselung dieser Konfessionsschulen, die gemäß dem engherzigen Geiste des Unterrichtsministers rumänisiert und entkatholisiert, d. h. verstaatlicht werden sollen. Schulter an Schulter mit der deutschen Parlamentspartei steht die Kirche im Kampfe der durch das bisherige Nichtzustandekommen des Konkordats noch besonders erschwert ist. Diese „Ostschwabern“, wie man sie heißt, sind ebenso wie die evangelischen Siebenbürger Sachsen entschlossen, ihre konfessionellen Schulen nicht preiszugeben; ja, die ersteren wollen sogar, um bisher gemachten schlimmen Erfahrungen vorzubeugen, die noch nicht katholischen Schulen ihres Gebietes in katholische Kirchenschulen umwandeln, um sie vor der Entdeutschung zu schützen. Versuche, neue konfessionelle Schulen zu gründen, scheiterten am Widerstande der Regierung (z. B. in Marienfeld im Banat); selbst die Gründung von Kindergärten erfährt Schwierigkeiten. In bitterkeitstrotzender Rede erhob noch vorigen Winter der Siebenbürger Bischof Graf Majlath sein Wort im Senat für Freiheit von Kirche und Volkstum und das Eintreten der deutschen Führer für die deutsche Schule bewirkte, daß sie als „tradatori“, Verräter, Irredentisten, ja „Banditen“ bezeichnet wurden, während Prälat Franz Blaskowitsch, der Führer der katholischen Bauernschaft als der allergefährlichste Verschwörer gilt. Der vom Staate betriebenen Verdrängung der Muttersprache der Minderheiten aus Verwaltung,

¹⁾ Die katholischen Deutschen Rumäniens verteilen sich folgendermaßen: Banat über 300 000 Ostschwabern, Arader Gau ca. 30 000 Ostschwabern, Sathmarer Gau ca. 40 000 Ostschwabern, Siebenbürger ca. 10 000 Deutsche, Bukowina ca. 60 000 Ostschwabern, Bessarabien ca. 12 000 Deutsche, Dobrudscha und Altrumänien je einige Tausend.

Gerichtswesen und aus allen Staatsschulen geht die Beseitigung der Autonomie und des Volkscharakters des konfessionellen Schulwesens zur Seite und die rumänischen Behörden besaßen sogar die Unverschämtheit, auf deutsche, katholische Gemeindevertretungen einen starken Druck auszuüben, sie sollten für den Bau rumänisch-schismatischer Kirchen in drei rein deutschen Gemeinden Hunderttausende von Lei genehmigen.¹⁾

Von dem entschlossenen Willen dieser deutschen Katholiken, Glaube und Volkstum zu bewahren, zeugt die Erbauung des großen deutschen Schülerheims in Temesvar aus eigenen Mitteln, das nicht nur die katholische Lehrerbildungsanstalt aufnehmen, sondern zugleich dreihundert deutschen Gymnasiasten Seelenförderung und Seelenstärkung zu bieten bestimmt ist. Bei der am 2. August vorgenommenen feierlichen Grundsteinlegung, einem Hochfeste der katholischen Deutschen des Banats, brachte der Obmann der ostschwäbischen Volksgemeinschaft Dr. Mut nochmals die Beschwerden und Forderungen seiner Volks- und Glaubensgenossen vor, brandmarkte das vielfach terroristische Vorgehen der Regierung zum Zwecke völliger Unterdrückung des kulturell-nationalen Besitztums der Minderheiten.²⁾

Um dieser Gefahr vorzubeugen, beschritten deren religiöse Organisationen, die katholischen Magyaren, die Reformierten und die Unitarier, gegen das drohende Privatschulgesetz³⁾ den Weg nach Genf, indem sie beim Völkerbund gegen die beabsichtigte Verletzung des durch die Friedensverträge gewährleisteten Rechtes eine Beschwerde einreichten, die sich dort mit einer nur allzu begründeten Kollektivbeschwerde des „Friedensbundes der vereinigten protestantischen Kirchen Nordamerikas“ traf.

¹⁾ Ausführliches über dieses Ringen berichtet der rumänisch-deutsche Senator Karl von Möller in „Köln. Volksztg.“ Nr. 377 vom 23. Mai 1925. Charakteristisch sind die Versuche der Banater orthodoxen Rumänen, sich in katholische Kirchenangelegenheiten zu mischen, wogegen Senator von Möller wiederholt in der „Banater Deutschen Zeitung“ aufgetreten ist. In Temesvar gelang es in zwei Pfarreien dem schismatischen Minister a. D. Dr. Cosma, dem jüdischen Redakteur Armin Lovas und dem als Atheist bekannten „Separatisten“ Dr. M. Kausch, einem Regegaten seines deutschen Volkstums, ihrerseits die Ernennung ihrer Kandidaten durchzusetzen, da die Stadt das Patronatsrecht hat und der Bürgermeister schismatischer Rumäne ist.

²⁾ s. eingehenden Bericht darüber in „Augsb. Postztg.“ vom 21. Aug. 1925.

³⁾ Ausführliches darüber in „K. Kztg.“ 1925 Nr. 29, S. 235.

Allen Klagen der Katholiken Siebenbürgens über Beraubung ¹⁾ Unterdrückung und Gewissensvergewaltigung stellte bisher die rumänische Regierung ihre durch die diplomatischen Auslandsorgane verbreiteten kategorischen Ablehnungen entgegen, sodaß das amerikanische „Komitee für die Rechte der religiösen Minderheiten“ im Jahre 1924 eine Untersuchungskommission nach Transsylvanien sandte, welche festgestellt hat: „Transsylvanien ist unbarmherziger Bedrückung seitens der rumänischen Regierung ausgesetzt . . . Protestanten wie Katholiken sind die Opfer ihrer Verfolgung und Tyrannei . . . die Feststellungen der Kommission, die ihre Arbeit mit größter Gründlichkeit und Unparteilichkeit vorgenommen hat, wurden in den meisten Fällen von der Regierung einfach bestritten oder umgangen, wenn auch in manchen Fällen sehr bezeichnende Eingeständnisse gemacht wurden. So gab sie z. B. zu, daß jede Person, die von einem Ortsbeamten als rumänischer Abkunft bezeichnet wird, gegen ihren Willen und gegen ihre Ueberzeugung gezwungen werden kann, sich der rumänischen (d. h. schismatischen. D. V.) Kirche anzuschließen . . . Zur Erklärung der Schließung der Konfessionsschulen führt die Regierung als Grund „ungenügende Schulräume“ an, nachdem sie zuerst die schönen katholischen Schulgebäude samt Einrichtung den Katholiken weggenommen und die Beraubten in ihrer Armut gezwungen hat, anderweitig in Mietsräumen Unterkommen zu suchen.“ Der Bericht der Kommission erwähnt, daß eine große gemeinsame Konferenz der Vertreter der nicht staatskirchlichen Konfessionen einstimmig ergab, daß die Behandlung der religiösen Minderheiten durch die Regierung darauf abzielt, ihre Anstalten zu erdrosseln, ihre Rentengüter zu rauben. Die Rechtspflege ist keine solche, da sie . . . die Beamten schwere Ungerechtigkeiten begehen läßt. Das war das übereinstimmende Urteil aller Konfessionen ohne Unterschied. Daher empfiehlt die Kommission die möglichst umfassende Bekanntgabe dieser Zustände, damit die Aufmerk-

¹⁾ Daß es sich bei der sog. „Agrarreform“ um Parteiwirtschaft und nackten Raub handelte, beweist die Tatsache, daß z. B. in der Diözese Csanad (Temesvar) der ganze ländliche Grundbesitz der katholischen Kirche „wegreformiert“ wurde, wobei das Joch (etwa 0,62 Morgen) mit etwa 800 Lei Entschädigung eingeschätzt wurde, also 17 Goldmark gegenüber einem Effektivwerte von 1020 Goldmark. Natürlich wurde der Besitz der orthodoxen Kirche möglichst geschont.

samkeit der ganzen Welt auf diese Sachlage gelenkt und eine Aenderung herbeigeführt wird." ¹⁾

Neben diesem konzentrischen Drucke der öffentlichen Meinung und der Inanspruchnahme des Völkerbundes wurde von den katholischen Deutschen, und wie es scheint, mit Erfolg der Verhandlungsweg beschritten, der bereits im Senate dazu führte, daß die Regierung in den katholischen Kloster- und Ordensschulen den Unterricht in der Muttersprache durch staatlich geprüfte Lehrkräfte gewährt und die Abgangszeugnisse der konfessionellen Lehrerbildungsanstalten anerkennt; ferner sollen Konfessionsschulen nur auf Wunsch der gesetzlichen Vertretung der Ortsbewohner verstaatlicht werden können und außerdem wurde der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Temesvar das Oeffentlichkeitsrecht zuerkannt. Die Vertagung der Verabschiedung des Schulgesetzentwurfes bis zum Herbste darf als weiterer Erfolg angesehen werden, da sie einerseits die Möglichkeit zur Fortführung der Verhandlungen bestehen läßt, andererseits im Angesichte der Zugeständnisse der Wiederaufnahme der Konkordatsverhandlungen den Weg ebnet und dafür eine bessere Atmosphäre geschaffen hat.

Ueberblicken wir zum Schlusse diesen Zeitraum von über sechs Jahren, so treten die Schwierigkeiten, die sich der Tätigkeit des Hl. Stuhles — man nenne sie meinetwegen Politik — entgegenstellen, plastisch hervor. Die Kirche, d. h. die Gemeinschaft der Gläubigen in ihrer gottgewollten organischen Gliederung von Papst, Episkopat, Priester- und Laientum, kämpft mit allen vom christlichen Sittengesetze zugelassenen Waffen um ihre eigene Freiheit von staatlicher Bevormundung oder Knechtung und um die natürlichen Rechte des Volkstums. Die schwierige Aufgabe der päpstlichen Diplomatie bestand vornehmlich in der Uebung von Geduld und Ausdauer, in der schrittweisen Ueberwindung der „orthodoxen“ Auffassung vom Wesen und Zwecke der Kirche Gottes, von der bisher alle Staatsmänner Groß-Rumäniens sich beherrschen lassen.

¹⁾ s. „America“ vol. XXXII. Nr. 24 vom 28. März 1925, S. 576.

Jugoslawien.

Der Staat der Serben-Kroaten-Slovenen, kurz (entsprechend der slavischen Schreibweise) S. H. S.-Staat oder Jugoslawien genannt, umfaßt neben dem ehemaligen serbischen Königreich die südslavischen Teile der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie, also Slovenien, Slavonien, Kroatien, Bosnien, Dalmatien, Istrien, einen Teil des ungarischen Banats; dazu noch fast ganz Mazedonien, die im Jahre 1913 von der Londoner Botschafter-Konferenz zu Serbien und Montenegro geschlagenen Teile Albaniens und das ehemalige Königreich der schwarzen Berge, Montenegro. Serbien und das serbische Element sind führend und innerhalb desselben ist es hinwiederum die radikale Partei mit Pasich an der Spitze, welche bis heute mit ihren korrupten Methoden fast absolutistisch herrscht. Getreu bis ins Kleinste hat man nicht nur das russische Vorbild wie es bis in die letzten Tage der Zarenherrschaft sich erhalten hatte, kopiert, sogar die Echtheit der Gesinnung auf dem Gebiete der Kultur- und Kirchenpolitik ließ nichts zu wünschen übrig. Abmachungen mit dem Heiligen Stuhle wurden nie eingehalten, und wenn nicht Nisch schon von Alters her eine katholische Kirche besessen hätte, würde Altserbien bis heute auch nicht eine einzige katholische Kultstätte aufzuweisen imstande sein, denn nur die serbisch-schismatische Staatskirche wurde zugelassen.

Es war unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges, also noch vor der Kriegserklärung, als überraschenderweise am 23. Juni 1914 zwischen Serbien und dem Heiligen Stuhle ein Konkordat abgeschlossen wurde, dessen Verhandlungen Msgr. Pacelli geführt hatte und das endlich die katholische Kirche im Lande anerkannte, ihrem Kulte Freiheit gewährte und Errichtung eines Erzbistums Belgrad mit einem Suffraganbistum Uesküb bewilligte, deren Dotierung sicherte und zum Baue und Unterhalte eines Priesterseminars in oder bei Belgrad verpflichtete. ¹⁾ Wir wollen hier

¹⁾ Die Verhandlungen über ein Konkordat Serbiens mit dem Hl. Stuhle reichen bis in das Jahr 1887 zurück, waren aber schon damals ergebnislos. Im Jahre 1890 willigte die serbische Regierung in die Errichtung eines katholischen Bistums Serbien mit dem Sitze des Bischofs in Belgrad, auf Betreiben der unduldsamen orthodoxen Geistlichkeit widersetzte sie sich aber schließlich der Durchführung. Näheres darüber in meiner Korrespondenz aus Rom vom 16. Februar 1913 an die „Augsburger Postzeitung.“

über die Beweggründe hinweggehen, welche so überraschend Belgrad umgestimmt haben, und uns damit begnügen zu sagen, daß Serbien damals sich politisch vollständig an Rußland ausgeliefert hatte, das durch seinen Gesandten Hartwig den Plan vorbereitete, das russische Reich über den ganzen Balkan auszu dehnen und Konstantinopel zum zweitenmal zu einem Ostrom zu machen. Das Londoner Abkommen vom 26. April 1915 beweist, wie sehr Serbien bereits in Rußland aufgegangen war; es wurde, selbst wo über serbische Interessengebiete ersten Ranges verfügt wurde, überhaupt nicht mehr nach seinem Willen befragt.¹⁾ Der russische Balkankorridor sollte möglichst einheitlich auch in konfessioneller Hinsicht sein, natürlich staatskirchlich-orthodox, weshalb in jenem Vertrage das, weil katholische, Kroatien abseits bleiben und ein selbständiges Königreich werden sollte.

Da um jene Zeit in Belgrad freimaurerische Einflüsse uneingeschränkt ihre Macht ausübten, kann das Konkordat nur ein politischer Schachzug gewesen sein und er war es auch, denn gleichzeitig bereifte man einen großen Vorstoß gegen die katholische Kirche vor, deren Macht in den südslavischen Gebieten des einstigen Oesterreich-Ungarn gebrochen werden sollte, ein Beschluß, der bei der Einweihung des neuen symbolischen Tempels des *Supreme Conseil pour la Serbie* gefaßt wurde.²⁾ Bei dieser Gelegenheit waren auch einige angesehene serbisch-schismatische Theologen wie Dr. R. Kasimirovic, Dr. N. Velimirovic und der Domherr Platen in den Freimaurerorden aufgenommen worden.

Mit Rußlands Zusammenbruch nahmen aber die Dinge eine andere Wendung, als ursprünglich vorgesehen war und mit dem Pakte von Korfu kehrte Serbien zu selbständigem Handeln zurück.

Die Einzelheiten der Gründung des S. H. S.-Staates beschäftigen uns hier nicht. Er war nun einmal da und so drängte sich sehr bald die Notwendigkeit einer kirchlichen Neuordnung und die Herstellung eines Verhältnisses zwischen Staat und Kirche auf. Somit traten im November 1918 auf Einladung des Erzbischofs Bauer von Agram in der Hauptstadt Kroatiens die

¹⁾ s. den grundlegenden Artikel von Prof. Dr. Hudal in „K. Kztg.“ 1918 Nr. 46 und 48, sowie seine anschaulichen Schilderungen in seinen „Wanderfahrten am Balkan“ in „K. Kztg.“ 1919 Nr. 31/32, und seine Monographie „Die serbisch-orthodoxe Nationalkirche“ in „Beiträge zur Erforschung der orthodoxen Kirchen“, Graz 1922.

²⁾ s. „Reichspost“ 1919, Nr. 151 vom 30. März 1919.

katholischen Bischöfe des mutmaßlichen Staatsgebietes zusammen, in deren Auftrag eine Abordnung dem Vizepräsidenten des Nationalrates Pribicevic den Beifritt des katholischen Episkopates zu den neuen Zuständen aussprach und gleichzeitig sich „nach den Wünschen des Nationalrates hinsichtlich der bevorstehenden Bischofskonferenz“ erkundigte. Pribicevic drückte den Wunsch aus, die Bischöfe möchten sich an den Heiligen Stuhl wenden, damit dieser die Ausdehnung des Artikels im serbischen Konkordate, der die Einführung der altslavischen Kirchensprache vorsieht, für das ganze Gebiet des künftigen Staates genehmige.

In den Beschlüssen dieser vom 27. bis 29. November währenden Konferenz ist gesagt, man begrüße die Einigung der Serben, Kroaten und Slovenen, erkenne den Nationalrat als höchste vorläufige Autorität an, sowie man die aus ihm hervorgehende Macht gemäß der Willensäußerung des Volkes nach ihrer endgültigen Einsetzung anerkennen werde. Der Episkopat werde sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, die durch den langen Krieg erschütterte Moral wiederherzustellen und besonders das Wohl der katholischen Welt auf die Gerechtigkeit, die christliche Liebe, die gesellschaftliche Ordnung, die christliche Ehe und die Unverletzlichkeit des Privateigentums zu begründen; er hoffe auf die Anerkennung der Rechte der Kirche durch den Staat, Lösung aller bezüglichen Fragen im Einvernehmen mit dem Vatikan und wünsche Beziehungen in christlicher Liebe zur andersgläubigen Bevölkerung und Hierarchie. Es wurde ferner beschlossen, sich an den Heiligen Vater zu wenden, er möge das Recht gewähren, sich des Altslavischen, dessen gewisse Gegenden sich seit unvor-denklicher Zeit erfreuten, bedienen zu dürfen und den Gebrauch auf das ganze Gebiet des jugoslawischen Staates auszudehnen, dagegen solle das schwierige altslavische Alphabet durch das lateinische ersetzt werden. Ferner solle Rom im Ritus den Gebrauch des Kroatischen und Slovenischen gestatten. Die weiteren Beschlüsse bezogen sich vornehmlich auf das römische kirchliche National-Institut für Südslaven, San Girolamo degli Schiavoni.

Bischof Caric von Spalato wurde damit betraut, die Beschlüsse dem Heiligen Stuhle zu unterbreiten und in Paris für die Anerkennung der Rechte der Kirche im zu bildenden Staate tätig zu sein, sowie darauf zu bestehen, daß in allen bezüglichen Fragen nur im Einvernehmen mit der römischen Kurie gehandelt werde.

Tiefe Gegensätze trennen die katholischen Südslaven, Kroaten und Slovenen, von den Orthodoxen, den Serben. Während jene auf eine mit ungezählten Fäden mit der westeuropäischen Kultur verknüpfte tausendjährige Geschichte zurückblicken und selbst diesem Kulturkreise schon als Bestandteile angehören, ist das Serbentum kulturell mehr ostwärts eingestellt; was es an geistigen Gütern empfing, erhielt es aus Byzanz, sei es mittel- sei es unmittelbar. Daraus ergaben sich tiefe Gegensätze, die von Anfang an umso stärker in Erscheinung traten, als die Serben sich als Herrenvolk betrachten und als solches auftraten.

Von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen und im Uebrigen ohnehin gewillt, sich allen rein politischen Angelegenheiten fernzuhalten, begnügte sich der Papst, der Entwicklung der Dinge zuzusehen; wir kennen als Stellungnahme des Vatikans die einzige Äußerung des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri in der dem „Petit Parisien“ ¹⁾ gewährten Unterredung, „es sollte den Slovenen und Kroaten im neuen jugoslavischen Staate eine gewisse Autonomie, vielleicht mit republikanischer Regierungsform, zugebilligt werden.“

Daß die Belgrader serbischen Machthaber, in ihrer staatskirchlichen Auffassung von Wesen und Zweck der Kirche sich gegenüber der katholischen Kirche, mit der sie nun zum erstenmal in unmittelbare Berührung kamen, von ihren falschen Anschauungen leiten ließen, war nicht anders zu erwarten. Das zeigte schon die erste Besetzung einer Sedisvakanz, jener des bischöflichen Stuhles von Sirmium-Djakovar in Slavonien. Nachdem die zuständigen kirchlichen Kreise Kroatiens einstimmig den Rektor des Zagreber Priesterseminars Aksamovic, eine durchaus unpolitische Persönlichkeit empfohlen hatten, verständigte der Wiener Nuntius am 10. Juni 1919, Erzbischof Dr. Bauer, daß der Papst die Ernennung vollzogen habe. Daraufhin ließ die Regierung durch ihren Delegierten den Vatikan wissen, sie „fühle sich unangenehm berührt“ und wünsche, daß einstweilen weiteres in der Sache unterbliebe, bis die kgl. Regierung ihre Meinung kundgegeben habe. Der Schritt hatte jedoch, wie im ausdrücklichen Gegensatze zu den von Haß eingegebenen Artikeln der Logenpresse versichert wurde, nicht den Charakter eines Protestes. „Rjetsch“-Zagreb, damals

¹⁾ zuf. Wiedergabe in „Stampa“ vom 8. April 1919 nach Agenzia Stefani.

offiziös, schrieb, die Regierung erachte die Ernennung als ungesetzlich, sie werde als „wahrer Skandal angesehen, der gute Beziehungen zum Vatikan unmöglich mache und die Stipulation eines Konkordates sehr problematisch gestalte.“¹⁾ Worauf die Regierung ihr vorgebliches „Recht“ begründete, unterließ sie, anzugeben; vermutlich hielt auch sie sich für die Rechtsnachfolgerin der österreichisch-ungarischen Monarchie, bzw. ihres ehemaligen Oberhauptes.

Anfangs des Jahres 1920, nachdem das Kabinet Protic längst wieder gefallen war, im Februar, wurde die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Rom und Belgrad bewerkstelligt und Msgr. Cherubini, bisher apostolischer Delegat in Haiti, zum Nuntius bei der jugoslavischen Regierung ernannt; diese ihrerseits erhob ihren bisherigen Delegierten in Rom, Dr. L. Bakotic zum Gesandten und die Formalitäten der Beglaubigung vollzogen sich glatt, nachdem der Heilige Stuhl schon Ende 1919 (am 6. November) die Anerkennung des S. H. S.-Staates vollzogen hatte. Da die Abgrenzung gegenüber Italien und Oesterreich noch nicht durchgeführt war, konnte von einer kirchlichen Neueinteilung, bzw. Grenzberichtigung noch keine Rede sein.

Die allgemeine Lockerung der Disziplin als Folge der revolutionären Ereignisse ringsum machte sich in Kroatien durch ähnliche sogenannte Reformbestrebungen, wie in Tschechien, doch in verhältnismäßig höchst geringem Maße geltend; es erhoben sich auch ein paar Stimmen für eine Nationalkirche, aber zu einer namhaften Bewegung in dieser Richtung kam es nicht. Das bischen Abfall, sittlich angefaulte Elemente und insoferne ihres „Bischofes“ Kalogerà durchaus würdig, konstituierte sich zuerst als „Reformierte Kirche“, wandelte sich zur „Kroatischen Nationalkirche“, dann zur „Kroatisch-katholischen Kirche“ um schließlich nach einer weiteren Durchgangsstation als „Altkatholische Kirche“ staatliche Anerkennung zu finden.

Der Mitte April zu Zagreb tagenden Bischofskonferenz wohnte bereits der Nuntius bei und schon die nächste bischöfliche Ernennung, die Msgr. Nyaradis zum Ordinarius des griechisch-katholischen Ritus von Krizevci, verlief reibungslos. Der eifrige Ausbau der katholischen Standesorganisationen, welche mit eindrucks-

¹⁾ s. „K. Kztg.“ Nr. 34 vom 21. August 1919.

vollen, großen Kundgebungen hervortraten, verfehlte nicht, in Belgrad eine zurückhaltende Wirkung auszuüben, wo das Freidenkertum es an kulturkämpferischen Versuchen nicht fehlen ließ, z. B. um die Kirche ganz aus der Schule zu verdrängen, den Klerus durch einen Kanzelparagraphen mundtot zu machen oder die in Kroatien und Bosnien blühenden marianischen Kongregationen zu vernichten oder mindestens unter staatliche Aufsicht zu stellen; in Slovenien wagte man das freilich nicht.

Einstweilen regierte man von Belgrad aus, unbekümmert um den Volkswillen, mit den Verwaltungsverordnungen; es galt, bis zum Zusammentritt der gesetz- und verfassungsgebenden Nationalversammlung die Lage möglichst gegen die katholische Kirche und ihre fest begründete Stellung in den neuen Gebieten auszunützen. So ließ man z. B. in der katholischen Vojvodina einfach das serbische Schulgesetz durchführen, das die Erteilung des Religionsunterrichts durch Nichtpriester vorsieht. Pribicevic verordnete mittels Erlaß für die gesamte studierende Jugend die Einführung des seinem innersten Wesen nach durch und durch antikatholischen Sokolnsystems, was den schärfsten Protest der Bischöfe herausforderte, da diese Verordnung gesetzwidrig sei und die Gewissensfreiheit und religiöse Ueberzeugung verletze.

Die Beratung über den Verfassungsentwurf erbrachte naturgemäß schwere Kämpfe. Mit dem Artikel 13 über die Religions- und Gewissensfreiheit wurde auf Antrag des Führers der serbischen Agrarpartei der Kanzelparagraph verbunden, um im Kulturkampfe eine Waffe gegen den Klerus zu erhalten, falls er sich wehren sollte. Ganz dem modern „demokratischen“ Brauche gemäß wollten die Demokraten den Verkehr der Bischöfe mit dem Heiligen Stuhle nur durch Vermittlung des Kultusministeriums zulassen. Der Kanzelparagraph wurde in den Schlußberatungen im Mai 1921 zwar in veränderter Form angenommen, aber er kann doch auch so noch zu unerträglichen Hemmungen führen; er lautet, daß „konfessionelle Repräsentanten ihre geistliche Gewalt in den Kirchen oder mittels Schriften religiösen Charakters oder anders bei Ausübung ihrer amtlichen Pflichten nicht zu Propagandazwecken gebrauchen dürfen.“ Da sich die Kroaten unter der Führung Stephan Radichs, einer politisch unzuverlässigen Persönlichkeit, zum Zeichen des Protestes gegen den Staat, von Belgrad fernhielten, lag die Verteidigung der

katholischen Rechte zumeist in der Hand der numerisch schwachen Slovenen. Am 28. Juni wurde die Verfassung mit knapper Mehrheit angenommen; wie man sich aber seitens der Regierungsparteien an sie hielt, beweist am besten die Tatsache, daß trotz des vorerwähnten Artikels der orthodoxe Bischof Disitej auf Staatskosten (!) unter den unierten Ruthenen in den Karpathen Abfallpropaganda trieb und in gleicher Weise die sonstigen schismatischen Bestrebungen in Tschiechien persönlich förderte; auch sagte die Regierung einen Kredit für den Empfang des „Bischofs“ der tschechischen Nationalsekte zu. Wenn aber die katholischen Priesterseminare mit ihrer Hungerdotation Mittel anforderten, war „kein Geld zur Verfügung“. Auch bei der Linderung der sonstigen großen Not waren die Katholiken auf sich, d. h. auf die Hilfe des Heiligen Vaters angewiesen, der ihnen auf Neujahr 1921 eine halbe Million Lire sandte und im März den gleichen Betrag für Kriegerwaisen bestimmte.

Seitens des Staates erfreute sich das Freimaurertum, die herrschende Sippe, natürlich jedweder, selbst der Fahrtbegünstigung. In Belgrad besteht die Großloge „Jugoslavija“, zu welcher vier Belgrader Logen, drei in Zagreb und drei weitere in anderen Städten gehören. Daß sie bemüht sind, besonders in den katholischen Gebieten ihre Protektionswirtschaft durch Unterbringung ihrer Anhänger in einflußreiche Stellungen aufzurichten, liegt in ihrem System.

Anfangs April 1921 weilten die Vertreter des jugoslavischen Episkopates in Rom, um mit dem Heiligen Vater über die Zulassung der Volkssprache bei gewissen liturgischen Handlungen und in beschränktem Maße zu verhandeln, wobei volle Einigung erzielt wurde.

Pribicevic, der als Unterrichtsminister schaltete, machte im November einen neuen Vorstoß, indem er in Slovenien die Befreiung der Schüler vom Gottesdienst anordnete, worauf er im Parlament sich die Liste all seiner Ungerechtigkeiten vorhalten lassen mußte: Verfolgung der Katholiken in der Vojvodina, Bedrückung der marianischen Kongregationen in Bosnien, Zurücksetzung der katholischen theologischen Lehranstalten, materielle Besserstellung des orthodoxen, gegenüber dem katholischen Klerus, Verschiebung einer klaren Regelung der Beziehungen zum Heiligen Stuhle. Als dann Ende jenes Monates die Regierung die Vertreter

der anerkannten Konfessionen nach Belgrad berief, um mit ihnen über die Regelung der kirchlich-staatlichen Beziehungen zu beraten, überreichte Bischof Aksamovic von Djakovar als Vorsitzender der katholischen Konfession die Forderung der katholischen Kirche in Bezug auf Religions- und Gewissensfreiheit, auf Kirche, Schule und Verwaltung, auf uneingeschränkte Rechtsfähigkeit, Leistungen des Staates.

Auch die serbische Regierung hat unter dem Vorwande einer „Agrarreform“ die kirchlichen Güter geplündert, aber nur die der Katholiken, die der Orthodoxen blieben unangetastet. Während die Katholiken für den Unterhalt der orthodoxen Geistlichkeit aufkommen müssen, wurde ihnen, um den katholischen Klerus vor dem Hungertode zu beschützen, eine eigene diesbezügliche Steuer zugemutet, die gleichzeitig als Agitationsmittel zu Abfallzwecken bestimmt war. ¹⁾

Unter heftigstem Widerspruche der Regierungs-Presse ernannte im April 1922 der Heilige Stuhl den Kapitularvikar Dr. Saric zum Erzbischof von Sarajewo und sandte wenige Wochen später an Stelle des abberufenen Msgr. Cherubini den Msgr. Pellegrinetti als Nuntius nach Belgrad. Große kirchenpolitische Aufgaben harrten noch immer ihrer Lösung, für die dieser eine hervorragende Eignung mitbrachte; hatte er doch s. Zt. Msgr. Ratti als Sekretär nach Polen begleitet und sich zu seiner Beherrschung der südslavischen Idiome, die er sich als Seelsorger jugoslawischer Kriegsgefangener erworben hatte, auch noch das Polnische und Russische angeeignet und war somit imstande, kostbare Dienste zu leisten. Er packte seine Aufgabe mit Entschiedenheit an, indem er sich vor allem bemühte, sich de visu von den kirchlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu überzeugen. Unter der serbischen Herrschaft war die katholische Kirche Altserbiens sehr vernachlässigt worden; somit besuchte der Nuntius die dortigen katholischen Gemeinden. Zuerst kam Nisch an die Reihe, deren alte und einzige kleine Pfarrkirche das Wahrzeichen serbisch-amtlicher Unduldsamkeit und kleinlichen Geistes ist. Groß war die Freude der Katholiken, den Vertreter des Papstes bei sich zu sehen. Es stellte sich heraus, daß gegen hundert katholische Siedlungen Kultusgebäude, Priester und Seelsorge nötig hatten.

¹⁾ s. Essegger „Christliche Volkszeitung“, lt. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 17 S. 133.

Uesküb mit seinen etwa tausend meist albanesischen Katholiken bot gleichfalls einen würdigen Empfang; dann ging die Fahrt nach Prizrend, wo am Pontifikalamte auch die internationale Grenzregulierungs-Kommission teilnahm. Die Behörden verhielten sich überall korrekt. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es, über die national-politischen Gegensätze hinweg die Katholiken Serbiens religiös zusammenzufassen und den Gedanken religiöser Einheit wieder zu erwecken. Ihre Zahl wird mit rund 100 000 angenommen; Belgrad allein besitzt heute eine katholische Bevölkerung von 20 000 Seelen, Zugewanderte aus den neuen, katholischen Landesteilen, welche der Seelsorge des kroatischen Pfarrers Msgr. Wagner und zweier Hilfspriestern anvertraut sind; als einzige Kirche dient immer noch die ehemalige k. u. k. Botschaftskapelle. Man hatte zwar nach dem Kriege einen Anlauf genommen, einen Baufond zu schaffen, zu dem auch der Papst 4000 englische Pfund beigesteuert hatte, doch schief der Eifer wieder ein und erst vor Kurzem auf der letzten Jahresversammlung des Kirchenbaukomitees hat man neue Anstrengungen gemacht. Nachdem inzwischen, wie noch zu sehen sein wird, die Errichtung des Erzbistumes Belgrad vollzogen ist, wird die Frage einer Kathedrale so dringlich, daß jetzt damit zu rechnen ist, man werde zur Tat schreiten. Diese Kathedrale, für welche die Stadt bereits den Bauplatz geschenkt hat, soll den Slavenheiligen Cyrillus und Methodius geweiht sein. Einstweilen hatte der Heilige Stuhl für das serbische Gebiet in Msgr. Hrdy, einem Tschechen, einen apostolischen Administrator bestellt, der von der Regierung die Errichtung von vier weiteren Pfarreien erwirkt hat, doch fehlt es vorläufig noch an Priestern; die Mühseligkeiten, die mit der Seelsorge verbunden sind — ist doch jede dieser Pfarreien so groß, wie in anderen Ländern eine Diözese — erfordern apostolischen Opfergeist, zumal es noch an Mitteln stark fehlt und im Lande die Verkehrsmittel mangeln.

Für die zu erweiternde Kirche in Nisch hat der Papst gleichfalls 240 000 Dinar geschenkt. Für Kragujevaz konnte ein Priester gewonnen werden. Als vorläufiges Ziel schwebt der kirchlichen Behörde die sittliche Hebung der Katholiken vor, um auf diese Weise das Ansehen der Kirche erst einmal herzustellen. Für den südlichen Teil Serbiens war Msgr. Glasnovic als apostolischer Administrator bestellt worden; er residierte zu Urpshevaz und

hatte 18 Priester, darunter Franziskaner und 2 Jesuiten, für die ebenfalls riesigen Pfarreien unter sich.

Den Primat, der aber ein solcher nur mehr dem Namen nach ist, besitzt der Erzbischof der Diözese Antivari, die Montenegro und die im Jahre 1913 von der Londoner Botschafter-Konferenz diesem einverleibten albanesischen Gebiete umfaßt. Erzbischof ist z. Z. Msgr. Dobrecic. Er regiert über Trümmer, die der seit 1910 im Lande tobende Krieg zurückgelassen hat und dem von 1915—1918 der größte Teil der männlichen Bevölkerung zum Opfer gefallen ist. Immerhin konnte in Cetinje eine katholische Kirche und in Podgoritza ein Herz-Jesu-Kirchlein errichtet werden; auch Ausbesserungen an Kirchen und Pfarrhäusern konnten vorgenommen werden, wie unendlich viel aber zu tun bleibt, davon konnte ich mich im Sommer 1923 persönlich überzeugen.

Wir haben das Verhalten der Belgrader Regierung gegenüber dem katholischen Volksteile der ehemals österreichischen Kronländer unterbrochen und wollen ihm noch bis in die Gegenwart herein folgen. Im Februar 1922 wurden gemäß der Forderung der Freimaurer mit einem Federstriche die marianischen Kongregationen in Bosnien, Dalmatien und in der Lika Krava unterdrückt, weil deren Gründung in die Zeit lange vor dem Kriege fallend (!), „der Regierung nicht angemeldet worden ist.“ Doch sah sich schon im folgenden Monate der neue Kultusminister Jovanovich, obwohl selbst Logenmann, unter dem Drucke der katholischen Proteste gezwungen, den Erlaß zu sistieren. Andererseits wurde nach Meldung der Essegger „Christlichen Volkszeitung“¹⁾ von der Regierung jedem zur orthodoxen Kirche Uebertretenden ein Geschenk von 4 Katastraljoch Land versprochen, was manchen armen Katholiken zum Abfall verleitete. Von katholischer Seite geschah aber zur Vertiefung des Glaubenslebens in breitestem Maße das Mögliche; Lokalkatholikentage förderten die Zuversicht, den Mut und die Einigkeit und insbesondere der Katholikentag in Laibach und der eucharistische Kongreß zu Zagreb im August 1923 gruben die Richtlinien für die kulturelle und religiöse Entwicklung tief in die Herzen unserer südslavischen Glaubensbrüder. Um den Vertreter des Papstes, den apostolischen Nuntius scharte sich der gesamte Episkopat, um diese das katholische Volk in jenen

¹⁾ ebenda 1923, Nr. 11, S. 86.

enormen Massen, wie sie auf unseren, der höchsten Verehrung Christi in seinem Sakramente des Altars gewidmeten Kongressen nachgerade Tradition geworden sind. Selbst der Kultusminister Dr. Janic glaubte, sich beteiligen zu sollen. Nächtliche Anbetung und die Prozession bildeten wie stets den Höhepunkt. In der sich anschließenden Jahreskonferenz der Bischöfe stand die Neubegrenzung der Bistümer, die vielfach durch die neugezogenen politischen Grenzen in andere, fremde Staaten hinüberreichten, auf dem Programme; wie immer nahm auch die Schulfrage und die Wahrung der Rechte der Kirche gegen den staatlichen Absolutismus einen breiten Raum der Beratungen ein.

Im April schon hatte der Heilige Stuhl auch für den Banat und für Backa-Baranja apostolische Administratoren ernannt; für ersteren, den ehemaligen Provinzial der kroatischen Franziskaner Fra Rafael Rodic, für letztere den Pfarrer von Lubotna L. Budanovic. Diese Gebiete unterstanden immer noch der Jurisdiktion des Erzbischofes von Kalocza in Ungarn, nachdem infolge der durch die fortgesetzten Kabinettkrisen und andere Umstände bewirkten Verzögerung von Vereinbarungen mit dem Vatikan die Neuordnung noch nicht durchgeführt werden konnte. Wie die Belgrader Machthaber indessen dort, wo ihnen der Arm der Kirche nicht wehren konnte, gehaust haben, davon legt die Denkschrift beredtes Zeugnis ab, welche Msgr. Budanovic im Oktober 1923 persönlich überreichte. Die Beschwerden sind in folgende fünf Punkte zusammengefaßt: ¹⁾

1. Zwanzig römisch-katholische Klöster sind beschlagnahmt, bzw. in Gemeingut übernommen worden in einer Weise, wie es sonst nur in Sowjetrußland üblich ist.
2. Im Grundbuch auf die Kirche eingetragener Boden von 920 Joch wurde konfisziert.
3. Genommen wurden 212 Schulsäle der katholischen Schulen und 70 Wohnungen von Lehrern und Kantoren.

¹⁾ ebenda 1923, Nr. 46 S. 380. Grauenhafte Einzelheiten über die von den Serben begangenen Greuelthaten gegen die Mohammedaner in Bosnien und hauptsächlich im Sandschak, wo 207 Dörfer niedergebrannt wurden, enthält die von den Mohammedanern Bosniens, der Herzogowina und des Sandschak im April 1923 (natürlich vergebens) an den Völkerbund gerichtete Denkschrift, aus welcher das Luzerner „Vaterland“ 1923, Nr. 94 2. Blatt einen Auszug aus der Feder Dr. Funders bietet.

4. Genommen wurde das Obergymnasium in Neusatz, das ausgesprochen katholischen Charakter hatte.
5. Neuerdings wurden immer wieder jene Grundbesitze genommen, welche von den Grundbesitzern ausgesprochenerweise zum Zwecke der Bezahlung der Lehrer und Kantoren an die katholischen Kirchen gestiftet worden waren.¹⁾

Auf dieses der katholischen Kirche geraubte Besitztum hatte die orthodoxe Kirche die Kühnheit, Anspruch zu erheben, indem sie die Ueberschreibung im Grundbuche auf ihren Namen forderte.

Von einem Konkordate ist in Jugoslawien schon lange die Rede, wie wir oben gesehen hatten. Im Jahre 1922 hatte der Kultusminister Ljuba Jovanovic einen Entwurf ausgearbeitet, und dazu den Domherrn Cuka von Spalato beigezogen, der jedoch keinen Widerstand zugunsten des katholischen Standpunktes wagte.

¹⁾ Das in Serajewo erscheinende katholische Wochenblatt „Nedelja“ vom 2. März 1924 schreibt:

„Die Belgrader Regierung bereitet sich schon volle fünf Jahre auf das Konkordat vor. Das geschieht jedoch auf die ihr eigentümliche Art und Weise. In Kroatien und Slovenien und in der Wojwodina (Bacska, Barnat) wurde der katholischen Kirche der größte Teil ihres Grundbesitzes weggenommen. . . die katholischen Nonnen werden aus den Klöstern vertrieben, die Klosterschulen geschlossen, katholische Unterrichtsgebäude weggenommen und den Serbisch-orthodoxen zugewiesen, aus den katholischen Kapellen Heiligenbilder entfernt und durch Bilder des orthodoxen heiligen Sava ersetzt. . . Aus Staatsgeldern wurden häretische Agenten finanziert, damit sie in der Wojwodina und in Bosnien die griechisch-katholische Bevölkerung mit Güte oder Gewalt dem Schisma zuführen. Die Regierung hat mit Aufwand bedeutender Geldmittel den serbisch-orthodoxen Bischof Dositej nach Böhmen, Mähren und Karpatorußland entsendet, um die dortigen Katholiken zum Abfall zu bewegen und um unter den dortigen Tschechen und Kleinrussen die serbisch-orthodoxe Kirche zu organisieren. Auf Staatskosten wurde der Führer der antikatholischen Bewegung unter den Tschechen, der „Bischof“ Gorazd nach Belgrad berufen, dort feierlich empfangen und mit Orden geschmückt. . . Der Kultusminister hat alle abtrünnigen und im Konkubinat lebenden katholischen Priester gesammelt und mit ihrer Hilfe die altkatholische Kirche in Jugoslawien gegründet. Auch der Kriegsminister tut in seinem Wirkungskreise, was er kann, . . . er sorgt dafür, daß die katholischen Mannschaften in den serbischen und mazedonischen Garnisonen ein Jahr und länger keinen katholischen Geistlichen zu Gesicht bekommen, sieht strenge darauf, daß die katholischen Soldaten an Sonn- und Feiertagen in den Kasernen bleiben und nicht in die Kirche gehen. Der Minister für Agrarreform hat die katholischen Kirchengüter unter die serbischen Kriegsfreiwilligen aufgeteilt. Der Minister für Volksgesundheit hat angeordnet, daß alle jene Spitäler, die von katholischen geistlichen Orden geleitet und unterhalten werden, enteignet werden.“

Da u. a. das Ernennungsrecht der Bischöfe für den Staat gefordert wurde und der Entwurf auch sonst staatskirchlichen Geist atmete, lehnte ihn Rom als ungeeignet ab.

Im Oktober 1923 nahm die Belgrader Regierung einen Wechsel in der diplomatischen Vertretung beim Vatikan vor, indem sie Dr. Smodlaka zu ihrem Gesandten bestimmte, der am 17. jenes Monats dem Papste seine Papiere überreichte.

Gegen Ende des Jahres schien es, als sollte das Konkordat nun doch ernstlich der Realisierung entgegengeführt werden. Der Kultusminister trat an Erzbischof Bauer von Zagreb heran, um sich in längerer Aussprache mit einem Entwurfe zu befassen, der in den grundlegenden Fragen wesentliche Änderungen erfahren hatte und der Zustimmung Roms soweit sicher sein konnte. Es sollte unmittelbar nach der Rückkehr der Minister Pasic und Nincic aus Rom, wo der Freundschaftsvertrag mit Italien abgeschlossen wurde, sich ein Ministerrat mit der endgültigen Fassung beschäftigen.¹⁾ Die beiden Staatsmänner waren am 28. Januar 1924 auch im Vatikan, wo sie gegenüber dem Papste den Wunsch aussprachen, es möchte noch in diesem Jahre das Konkordat zustande kommen. Durch jenen Freundschaftsvertrag wurde endlich auch die Beschlagnahmung des illyrischen Kollegs in Rom, San Girolamo degli Schiavoni, aufgehoben, seinem Zwecke, Priester südslavischen Stammes an den römischen geistlichen Hochschulen heranzubilden, wiedergegeben und in loyaler Weise dem jugoslawischen Episkopat zu freier Verwaltung übertragen. Ueber diese Lösung sprach Pius XI. seine besondere Genugtuung aus, wie er auch den Freundschaftsvertrag selbst als Faktor für den Frieden Europas lebhaft begrüßte.

Auch das inzwischen folgende Kabinett Davodovic war sichtlich bemüht, den Abschluß des Vertrages möglichst zu fördern und sein Rücktritt war daher nur zu bedauern. Höchst überraschenderweise meldete der „Osservatore Romano“ vom 5. Oktober 1924 die Ernennung des P. Rodic, apostolischen Administrators des Banates, zum Erzbischofe von Belgrad und die des Lazaristen-

¹⁾ Einer Agramer Korrespondenz des „Osservatore Romano“ Nr. 19, 363 zufolge veröffentlichte die liberale Presse Kroatiens allerlei Meldungen über den angeblichen Inhalt des Entwurfes, welche aber nur bezweckten, in die Reihen der Katholiken Uneinigkeit hineinzutragen; man faselte von Differenzen zwischen Slovenen und Kroaten wegen eines Primates usw.

paters Joh. Gnidovec zum Bischofe von Uesküb. Es handelte sich hier um die Durchführung jenes Konkordates, das Serbien für sich im Juni 1914 geschlossen hatte; vertragsgemäß mußte diese Ernennung im Einvernehmen mit der serbischen Regierung erfolgen, an dem daher nicht zu zweifeln ist. Es ist nur recht und billig, daß ein Staat, ehe er einen neuen internationalen Vertrag abschließt, wenigstens mit der Durchführung eines sich in gleicher Richtung bewegenden, ein Jahrzehnt vorher geschlossenen Vertrages den Anfang macht und damit seinen ernstesten Willen bekundet, Verpflichtungen nicht nur zu übernehmen, sondern auch auszuführen.

Im September 1924 erließen die kroatischen Bischöfe Jugoslawiens zur Jahrtausendfeier des Königreiches Kroatien einen gemeinsamen, das Ereignis würdigenden Hirtenbrief, der bewirkte, daß jene Wandlung des Politikers Stephan Radic sich auf einer Versammlung zu Krasic (28. Sept.) bereits in heftigsten Angriffen und Beschimpfungen von Episkopat und Klerus öffentlich bekundete, die im Juli 1925 nach mehrmonatlicher Einkerkierung durch die Belgrader Regierung mit der vollen Kapitulation von seinen politischen Gegnern und im Aufrufe zum Abfall der katholischen Kroaten von der katholischen Kirche endete.¹⁾

Tiefe Einblicke in das durch fortgesetzte Störungen bedrohte Verhältnis zwischen Staat und Kirche gewährt ein offiziöser Bericht, den der jugoslawische katholische Episkopat über seine gemeinsame Konferenz vom 15./16. April (1925) ausgegeben hat; ¹⁾ derselbe besagt:

In der ersten Sitzung wurden die eingelaufenen Klagen betreffend Verfolgung katholischer Priester vom lateinischen und orientalischen Ritus verhandelt, welche Verfolgungen ohne vorherige Disziplinaruntersuchung und ohne Benachrichtigung der kirchlichen Behörden stattfanden. Es handelt sich um Fälle zu Kritschke, Banjaluka, Sombor und Palanka. Die Beschlüsse wurden dem Kultus- und Unterrichtsministerium mitgeteilt. Sodann wurden die Beschwerden der bischöflichen Ordinariate, die diese gegen den in einigen Gegenden durch die Bezirks- und

¹⁾ Ausführliches nach der Belgrader „Politika“ in der Wiener „Reichspost“ Nr. 199 vom 22. Juli 1925.

¹⁾ In deutscher Sprache wiedergegeben in „Das Neue Reich“ 1925, Nr. 47 S. 1118.

Gespanschaftsbehörden ausgeführten Raub der Kirchen- und Klostergebäude vorgebracht hatten, geprüft und das Material dem Kultusministerium eingesandt. In der zweiten Sitzung wurde das Rundschreiben des Kultusministeriums vom 5. März 1925, Nr. 744, besprochen; darin hatte dieses den bischöflichen Ordinariaten von der Liquidation der bisherigen Provinzregierungen und der Verteilung der kirchenpolitischen Angelegenheiten Mitteilung zwischen dem Kultusministerium und den Obergespanschaften gemacht. Diese Sitzung betonte mit Einstimmigkeit die unaufschiebbare Notwendigkeit, die kirchenpolitischen Rechtsverhältnisse zwischen Kirche und Staat endlich durch ein *Konkordat* in feste Ordnung zu bringen, um damit die Zusammenstöße zu verhindern, die infolge des heutigen Provisoriums zwischen den kirchlichen und weltlichen Behörden entstehen können.²⁾ Das Präsidium legte sodann die Adresse vor, welche der jugoslavische Episkopat in der feierlichen Audienz bei Sr. Heiligkeit Pius XI. Ende Mai in Rom dem Hl. Vater im Namen aller Katholiken Jugoslaviens übergeben wird. Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die Verordnung des Unterrichtsministers, wonach die wegen des konfiszierten kirchlichen Besitzes im Banat, in der Batschka und Baranja entstandenen Konflikte dem „Zentralen Schulausschusse“ zur Beurteilung überwiesen wurden; dem Ministerrat wurde darüber von der Konferenz eine Denkschrift zugesandt, in welcher der juristische Standpunkt des Ministeriums widerlegt wird. In der dritten Sitzung wurde die Anordnung des Unterrichtsministeriums vom 2. Jänner 1925, Nr. 507, besprochen,

²⁾ Die dalmatinischen, bosnischen und herzogowinischen Bischöfe beziehen den Gehalt von Bettlern (monatlich 350 bis 400 Dinar, wovon jährlich 600 Dinar Steuern abgezogen werden; jeder orthodoxe Seminarist erhält ein staatliches Monatsstipendium von 600 Dinar. 400 Dinar entsprechen nach deutscher Währung 30 Mark) und leben vielfach von den Gaben kroatischer Priester in den Vereinigten Staaten (vgl. „America“ vol. 33 Nr. 15 vom 25. VII. 25). Wie in Rußland Zaren- und Sowjet-Herrschaft so verfolgen auch in Jugoslavien Orthodoxie und Regierung die Katholiken des orientalischen Ritus am grimmigsten. Einzelheiten über den Raub ihrer Kultusgebäude unter dem Schutze der Staatsbehörden berichtet nach „Katolicki List“ „Ecclesiastica“ 1925 Nr. 32. Die äußerst segensreich wirkenden griechisch-orientalischen, katholischen Studitenmönche zu Kamenitzza wurden nach fortgesetzter tätlicher Mißhandlung ins Gefängnis nach Banjaluka abgeführt und schließlich trotz Intervention des Apost. Administrators über die Grenze gejagt. Provokateure im Dienste der Regierung sorgen für immer neue Vorwände zu neuen Gewalttätigkeiten der Regierungsorgane.

wonach „alle kulturellen und humanitären Institutionen unter die Kontrolle der Schulinspektoren gestellt seien und auf ihren katholischen und nationalen Charakter sowie auf ihren bisherigen Titel verzichten sollen.“ Die Konferenz beschloß, auf eine solche Herausforderung der katholischen Gläubigen eine Protestadresse an den Ministerrat und an den Kultusminister abzusenden. Darin wird die ministerielle Verordnung, die den offenen Kulturkampf heraufbeschwört und die Staatsangehörigen dem Staate gegenüber mißtrauisch macht, als verfassungswidrig nachgewiesen. Im Hinblick auf die in den Zeitungen erschienenen Nachrichten, das neue Volksschulgesetz werde in einer der nächsten Sitzungen dem Parlamente vorgelegt, wurde auch die schon am 20. August 1924 von der bischöflichen Konferenz an das Unterrichtsministerium abgesandte Denkschrift neu erörtert und der Beschluß gefaßt, die katholische Oeffentlichkeit schon jetzt auf die Wichtigkeit dieses Gesetzes aufmerksam zu machen. Der Episkopat ruft die Priester und das Volk auf, von allen ins Parlament gewählten Abgeordneten zu verlangen, sich mit der ganzen Energie für die Achtung des katholischen Standpunktes im Gesetze einzusetzen und zu verlangen, daß ein spezielles Gesetz der Kirche das Recht des Religionsunterrichtes verbürge. Im Volksschulgesetze sollen sodann besonders folgende vier Grundsätze durchgeführt sein: 1. Im Zusammenhang mit der Bestimmung des Verfassungsartikels 16 soll die Verpflichtung zum Religionsunterricht gesetzlich verbürgt sein. 2. Der Zweck der Schule soll so bezeichnet werden, daß er die religiösen und die mit ihnen so eng verbundenen Lebensgrundsätze befestigt. 3. Der Religionsunterricht soll in allen Schulen der Gewalt und Kontrolle der Kirche unterstellt sein. 4. Der katholischen Kirche soll das Recht garantiert sein, ungehindert konfessionelle Schulen gründen zu können. In weiteren Verhandlungen wurden noch einige Denkschriften der Priester erörtert. Zum Schluß der Sitzung wurde an das Kultusministerium ein Telegramm gerichtet, in welchem die dringende, wenn auch nur provisorische Regelung der Gehaltsfrage der Priester im Sinne der Adresse der Bischofskonferenz vom 20. August 1924 verlangt wird.

Den Protest der Bischofskonferenz hat Fürstbischof Jeglic von Laibach dem Unterrichtsminister Pribicevic persönlich überreicht. ¹⁾

¹⁾ In deutscher Sprache wiedergegeben in „Ecclesiastica“ 1925 Nr. 29. Nr. 29.

Er fordert die völlige Abänderung des § 36 und jener Bestimmung, die vorschreibt, daß alle Lehrmittel, also auch der katholische Katechismus, vom Minister genehmigt und zugelassen werden müssen, sowie einiger weiterer Bestimmungen (z. B. daß die Religionslehrer, auch Laien, vom Staate ernannt werden). Pribicevic versucht mit allen Mitteln, die Schule der Kirche zu entreißen, zu welchem Zwecke er die liberalen Lehrer, die sog. „Vereinigung der jugoslavischen Lehrer“ organisiert und für seine Pläne zu gewinnen versucht, die unter Entfernung des Priesters aus der Schule ein Monopol des Religionsunterrichtes (1) d. h. an dessen Stelle einen „Ethik“-Unterricht anstrebt. Die katholischen Priester und Lehrer protestierten unter Ankündigung äußersten Widerstandes. Auch die orthodoxen Religionslehrer erkennen bereits die ihnen drohende Gefahr und auf ihrer Tagung im März 1925 zu Belgrad gaben sie zu, daß auch ihre Sache mit der der katholischen Kirche stehe und falle.¹⁾

Die Wirkungen des politischen Freimaurerkongresses zu Boulgne-sur-Mer und seines Beschlusses, überall für den Abbruch staatlicher Beziehungen zum Hl. Stuhle einzutreten, zeigten sich bereits im Februar 1925 im Organ der regierenden, demokratischen Partei „Vreme“ in heftigen Angriffen gegen den Nuntius, Msgr. Pellegrinetti. Die jugoslavischen Behörden hätten festgestellt, daß er bei den jüngsten politischen Wahlen die regierungsfeindliche Befätigung des katholischen Klerus „gedeckt“ habe; das Blatt erwarte daher, daß der Nuntius „die Konsequenzen ziehe und von seinem unhalbar gewordenen Posten zurücktreten werde. Der Nuntius sei für seinen Posten ungeeignet geworden, zumal

¹⁾ Ihre Feststellungen lauten zufolge „Katolicki List“ vom 27. März 1925, deutsch in „Ecclesiastica“ 1925 Nr. 16, S. 135: „Die katholische Kirche wird Widerstand leisten und mit vollem Rechte und sicher auch mit vollem Erfolge, denn unsere Staatsregierung darf nicht mit der mächtigen und prächtig organisierten Kirche in Zusammenstoß geraten, besonders in einer Frage, in der das ganze Recht auf Seite der Kirche ist, in der Frage der Aufsicht über Glaube und Moral. Gäbe es in unserem Staate keine katholische Kirche, keine derartige so rührige und disziplinierte Einrichtung, dann müßte unsere orthodoxe Kirche von der Demagogie verdorbener Politiker und von den Zerstörern des Glaubens, der Moral und der Autorität vieles erdulden. Unsere orthodoxe Kirche ist gerade das Gegenteil der katholischen, und sie übt in dieser schweren Zeit ihre Kultur- und Moralmission sehr schlecht aus. Sie denkt, diese werde schon erfüllt, wenn man nur die Zahl der Bischöfe vermehre.“

in den nächsten Tagen die Konkordatsverhandlungen beginnen, bei denen seine Person nur ein Hindernis wäre."

Tatsächlich sind im Laufe dieses Jahres 1925 die Verhandlungen über ein Konkordat wieder aufgenommen worden und man konnte in der Auslandspresse reichlichen Einzelheiten, aber auch höchst widersprechenden Meldungen über seinen Inhalt begegnen. Anfangs März wurde der Gesandte Dr. Smodlaka nach Belgrad berufen, um vor der aus den Ministern Nincic, Tagnic und anderen Persönlichkeiten bestehenden Kommission nochmals den ihm eröffneten Standpunkt des Kardinal-Staatssekretärs zu entwickeln, nachdem am 27. Februar ein neuer Entwurf aus jener Kommission hervorgegangen war.

Daß trotz allem in Altserbien doch auch wieder eine gewisse kirchliche Freiheit sich findet, beweist eine Meldung aus den ersten Apriltagen, wonach in Südserbien, in Strumitza, eine griechisch-katholische Kirche für die Katholiken dieses Ritus im Baue begriffen sei. Und eine Verfügung des Kultusministers, welche religiösen Instituten die Heranbildung von Lehrerinnen verbot, sodaß die entsprechenden Institute der Josephsschwestern zu Serajewo, der Ursulinen zu Laibach und Mostar und der barmherzigen Schwestern zu Zagreb vor ihrer Schließung standen, wurde auf Vermittlung des slovenischen Abg. Dr. Smodej vom derzeitigen Kultusminister Jukicevic wieder zurückgenommen. So schwankt der Kampf hin und her und ob er tatsächlich in absehbarer Zeit durch den Abschluß eines Konkordates sein Ende finden werde, glauben sogar eingeweihte Kreise nicht voraussehen zu können.

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Dinge in Jugoslavien muß vor allem daran festgehalten werden, daß die feindselige Stellungnahme des Staates gegen die katholische Kirche nicht weniger als von den serbischen Regierungsparteien, den Radikalen, Demokraten und jetzt auch den Anhängern Radics von den kroatischen und slovenischen Liberalen bestimmt wird. Und es darf das serbische Volk nicht den herrschenden politischen Parteien verwechselt werden. Die Regierung selbst aber geht in der Be- bzw. Mißhandlung katholischer Belange nicht ausschließlich von ausgesprochener Feindschaft aus, sie handelt auch vielfach aus Unkenntnis der katholischen Geistesverfassung. Erst wenn einmal auch Kroaten und Slovenen stärker an der Regierung beteiligt

sein werden, was von politischen Fragen, wie der Anerkennung der Autonomie u. a. abhängt, dann wird auch die religiöse Frage ihre, wie wir hoffen wollen, befriedigende Lösung finden.



Nicht religiöse oder kirchliche, sondern rein national-politische Gesichtspunkte bestimmen die Politik dieser vier vorhergehend behandelten Staaten gegenüber der katholischen Kirche und dem Heiligen Stuhle. Modernes orientalisches Staatskirchentum, wie wir es in Rußland sahen und in Rumänien und Serbien noch sehen, bietet, abgesehen schon von der Beherrschung des Staates durch das Freimaurertum, eine weitgehende Wesensgleichheit mit modernem „Laizismus“ französischer Herkunft, wie er sich z. B. auch in Prag eingenistet hat.

Der moderne Laienstaat beansprucht für sich die höchste, absolute Herrschaft über das materielle, wie moralische Leben seiner Bürger und wo er auf ein religiöses Band stößt, das mit einer anderen als seiner eigenen Autorität bindet, trachtet er, es zu sprengen, um auch diesen Faden in seine eigene Hand überzuleiten. Daran ändern alle Beteuerungen von Gewissensfreiheit nichts. In den betreffenden Trennungsgesetzen, von denen uns Frankreich und Portugal Beispiele bieten, wurden sogar die Modalitäten, mit denen die Civilgewalt das angemessene Recht, das religiöse Bekenntnis der Staatsbürger und die Ausübung des Kultes zu regeln, ausübt, bis ins Kleinste bestimmt. Wo wie in Rumänien und Serbien das Band der Kirche mit dem Papsttum zerschnitten wurde, gebrach jener bald die Kraft des Widerstandes, sie erlag der Staatsgewalt und es kam zum Staatskirchentum. Wo aber dieses Band zwischen Kirche und Papsttum erhalten ist, kommt es immer wieder zum Konflikte mit Rom, mit dem Papsttum, das sich fast zwanzig Jahrhunderte hindurch bis heute als unerschütterlicher Hort der Freiheit des Gewissens und des Kultes erwiesen hat. In diesem Kampfe verteidigt Rom ein Prinzip, mit dem die Kirche steht und fallen würde, wenn sie könnte, und dieses Prinzip, ausgedrückt in dem Gebote, daß man Gott mehr als den Menschen gehorchen muß, wird daher Rom immer wahren. Gleichzeitig wird es allen Verfolgungen zum Trotz unausgesetzt alles aufbieten, die ihm entrissene Verbindung der

Gewissen mit Gott wieder freizumachen. Rußland bietet das Beispiel einer Staatskirche, deren Machthaber, wie es überall in solchen Fällen jeden Tag geschehen kann, dem christlichen Gedanken als Feinde gegenübertraten. Jugoslawien geht dem Konflikte aus dem Wege, weil die geschlossene Masse der Katholiken als allzu beträchtliches politisches Gegengewicht zu einer Politik der Abfindung mit den Gegebenheiten zwingt. Tschechien schreckt vor dem offenen Konflikte zurück, weil bereits allzu deutliche Anzeichen vorhanden sind, daß eine weitere Spannung des Bogens die Gefahr seines Bruches brächte und der angewendete Druck schon jetzt seinen Gegendruck erzeugt hat. Der Versuch des Staatskirchentums ist dort bereits gescheitert, während in Jugoslawien die dem Altkatholizismus gewährte staatliche Stütze diesem insofern sehr geschadet hat, als der Abfall des zu Utrecht zum Bischofe geweihten Führers jener Bewegung infolge der mangelnden sittlichen Qualitäten auch keine besseren Aussichten bietet.

Außerhalb des Kreises dieser hier eingeschalteten Feststellungen liegt Polen; doch hat sich die Kirche dort einer anderen Gefahr zu erwehren, des katholischen Staatskirchentums, der Identifizierung von Kirche und Staat. Hat sich doch die Gleichung: polnisch gleich katholisch ergo katholisch gleich polnisch, ohnehin schon in allzu vielen Köpfen festgesetzt, um nicht der Ausbreitung der Kirche im benachbarten slavischen Osten abträglich zu sein.

Das Gemeinsame dieser Mächte nach der kirchenpolitischen Seite hin verbindet sich aber noch mit einer Gemeinsamkeit anderer Interessen, nämlich den politischen. Polen, Tschechien, Jugoslawien, Großrumänien verdanken ihr staatliches Dasein der Friedenskonferenz, wo sie von Frankreich geschaffen wurden, um eine ganz bestimmte, von diesem beherrschte Kräfteverteilung in Europa, besonders zum Nachteile des gefürchteten Deutschland, herzustellen und zu erhalten. Daraus ergab sich auch gegenüber dem Vatikan eine wenn auch etwas lose Zusammenarbeit der diplomatischen Vertreter dieser Staaten unter Führung des französischen Botschafters, die bereits beim Amtsantritte Jonnarts öffentlich zutage trat.

Die Politik der Staatssekretarie, ausgehend von dem wesentlich andersgearteten Gesichtspunkte der alle Jahrhunderte und alle Nationen umfassenden Aufgaben des Papsttums, hob die Wirkung dieser politischen Gruppierung für sich dadurch auf,

daß sie sich dem Gegensatze aller rein politischen Interessen ferne hielt, sich also auf die Wahrnehmung ihrer in der Einleitung unserer Schrift gezeichneten eigenen Aufgaben beschränkte. Diese Aufgaben harren ihrer nicht nur dort, wo Katholiken vorhanden sind, also Bürger eines Staates den Papst als das Oberhaupt ihrer religiösen Gemeinschaft anerkennen, sondern überall auf der Welt, wo Menschen irgendeiner Nation, Rasse und Kulturstufe leben, deren Seelen durch Christi Kreuzestod die Möglichkeit erhielten, durch das Tor der Kirche zur ewigen Vereinigung mit Gott zu gelangen.

Balkanstaaten.

Albanien

Albanien, national geeint, konfessionell in Katholiken, Orthodoxe und Mohammedaner gespalten, verdankt sein Wiedererstehen der Vertreibung der Türken aus Europa. Die Londoner Botschafter-Konferenz hat im Jahre 1913 seine politischen Grenzen bestimmt, jedoch nicht nach ethnischen Grundsätzen, sondern nach den politischen Gesichtspunkten der am meisten interessierten Mächte. Oesterreich-Ungarn, Rußland und Italien. Der daraus entstandene Kompromiß zeitigte eine staatliche Mißgeburt, denn Albaniens wertvollste Gebiete wurden Montenegro und Serbien einverleibt, der südliche Teil gehörte ohnehin längst schon unter dem Namen Epirus zu Griechenland. Das Land, das ich im Jahre 1923 zu besuchen Gelegenheit hatte, ist ein materielles und sittliches Trümmerfeld, geschaffen durch die Balkankriege und den Weltkrieg, sowie durch die fünfhundertjährige Türkenherrschaft. Mit geringen Ausnahmen ist sogar das bischen katholischer Intelligenz des Landes angesteckt durch den Umgang und den Zwang, unter dem sie lebte und dem die Besten nur durch Auswanderung sich entziehen konnten. Weltklerus, Jesuiten und Franziskaner bearbeiten diesen teils steinigen, teils sumpfigen Boden, auf dem selbst heidnisch-religiöse Gesetze noch mit den Forderungen des Christentums ringen.¹⁾

¹⁾ Einen guten Einblick gewährt das vom Franziskaner-Missionär P. Fabian Barcata verfaßte Buch „Lule,“ Vatersatzung und Väterbrauch in den albanischen Bergen. (Verl. Dr. Fr. Pfeiffer, München, 1924).

In der Politik der einander mit den skrupellosen Gewaltmitteln der Balkanpolitik bekämpfenden und verdrängenden Regierungen spielt das Wohl des Landes und des Volkes die allerletzte Rolle. Davon machte selbst das Kabinett eines Fan Noli keine Ausnahme, obschon dieser orthodoxer Bischof und das geistliche Oberhaupt der autokephalen schismatischen Kirche Albaniens ist. In den von Italien durch Vermittlung seines Konsuls in Shkoder und seines politischen Agenten und sogenannten Katholikenführers Gurakuki angezettelten Aufstande vom Sommer 1924 zum Sturze der rechtmäßigen Regierung Ahmed Zogus hatten sich unverständlicherweise auch der Erzbischof Msgr. Miedia und der Franziskaner-Provinzial mit einem Teil des Klerus trotz Warnung von kirchlich-autoritativer Seite hineinziehen lassen; nach dem Rückschlage büßten sie ihr Tun mit Verbannung. Die außer Landes geflüchteten Parteigänger Fan Nolis sind seitdem bemüht, dieses Vorgehen der Regierung mit Antiklerikalismus zu begründen, um sich die Sympathien der katholischen Welt zuzuwenden, die sie jedoch nicht verdienen. Der Hl. Stuhl besitzt in diesem Lande eine Vertretung in dem Apost. Delegaten, Msgr. Enrico Cozzi, einem Südtiroler, der Zeit seines Lebens als Seelsorger im Lande wirkte. Nach Durchführung der apostolischen Visitation im Jahre 1919 erfolgte zwei Jahre später seine Ernennung zum Delegaten. Sitz der Delegatur ist Shkoder (Skutari),

Bulgarien

Bulgarien besitzt in seiner Politik wohl kirchenpolitische Probleme, insoferne es mit Ausnahme eines geringen Prozentsatzes Katholiken meist des orientalischen Ritus sich zur Orthodoxie, also zur Staatskirche bekennt. Nachdem es sich von der kirchlichen Beherrschung durch das Griechentum, vom sog. ökumenischen Patriarchate in Konstantinopel, unabhängig gemacht, wandte es sich unter Pius IX. Rom zu, indem es seine Bereitwilligkeit erklärte, den päpstlichen Primat anzuerkennen, gleichzeitig aber um Belassung der altbulgarisch-slavischen Liturgie bat. Durch Roms Eingehen auf diese Wünsche schien die Union wiederhergestellt, wurde jedoch durch das Russentum, das in Bulgarien und seiner Kirche eine Etappe auf dem Wege zum Ziele seiner Politik, sich in Konstantinopel festzusetzen, sah, gewaltsam zerstört. Der bulgarische Erzbischof Sokolski wurde vom russischen Botschafter

in Konstantinopel in eine Falle gelockt und nach dem Kiewer Höhlenkloster entführt; dieser Streich wurde damit maskiert, daß man verbreitete, Sokolski habe „um Schutz vor den Jesuiten gebeten.“¹⁾ Dadurch führerlos gemacht, erlag die Union alsbald dem außenpolitischen Drucke wieder und erhielt sich bis heute nur in einem Reste der Bevölkerung.

Durch einen siegreichen Ausgang des Weltkrieges hoffte Bulgarien seine staatliche Unabhängigkeit zu befestigen, was die Wiedergewinnung der kirchlichen Unabhängigkeit vom Staate bedingt hätte; es konnte die Union von neuem ins Auge gefaßt werden. Schon im Jahre 1916 drückte es zu diesem Zwecke die Absicht aus, diplomatische Beziehungen mit Rom herzustellen, zunächst durch Gewinnung einer Nuntiatur in Sofia; nach einem siegreichen Friedensschlusse sollte dann auch ein Gesandter beim Vatikan ernannt und ein Konkordat geschlossen werden. Der Heilige Stuhl ließ wissen, er werde mit Freuden diplomatische Beziehungen herstellen, doch sei dies während des Krieges nicht möglich, da auch andere Mächte ähnliche Schritte unternommen hätten (Japan, Serbien, Türkei D. V.) und der Heilige Vater nicht eine Macht der anderen vorziehen wolle. Auf die weiteren Bemühungen zur Beseitigung dieser Einwände überwies die Staatssekretarie die Angelegenheit an die Kardinals-Kongregation, welche entschied, die diplomatischen Beziehungen erst nach Kriegsende aufzunehmen. Im Jahre 1918 waren auf dem Wege über die Wiener Nuntiatur Verhandlungen mit Bulgarien eingeleitet, die jedoch infolge der politischen Wendung der Dinge ins Stocken gerieten.²⁾ Im März 1925 wurde Msgr. Roncalli als Apostolischer Visitator nach Bulgarien gesandt, eine Mission von bekanntlich unpolitischer, rein religiös-kirchlicher Natur.

Griechenland.

Griechenland war durch den Einfluß des Kretenser Freimaurers Benizelos in den Weltkonflikt hineingerissen worden und seiner Gewandtheit und seinen Verbindungen war es gelungen, ein sich über einen großen Teil Kleinasiens erstreckendes Groß-Griechenland zu bilden. Die Zahl seiner katholischen Untertanen hatte dadurch eine starke Mehrung erfahren, sodaß bereits anfangs des

¹⁾ s. Hajek, Al., Bulgarien unter der Türkenherrschaft. Stuttgart 1925.

²⁾ s. Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg S. 101.

Jahres 1919 Gerüchte umgingen, es beabsichtige, eine Vertretung beim Vatikan zu errichten.¹⁾

Die drohende Ausdehnung der griechischen Macht über Konstantinopel bewog den Vatikan, Schritte zu tun, um die alten Rechte auf die Hagia Sofia geltend zu machen²⁾ und als im folgenden Jahre Frankreich und England Miene machten, ihre Besatzungstruppen aus der Stadt am Goldenen Horn zurück-zuziehen und sie durch griechische Truppen zu ersetzen, wehrte sich Rom mit Recht gegen die Wiederherstellung jenes Ost-Rom, das bereits der Traum Rußlands gewesen war. „Wir weisen auf die volle Schwere dieser Nachricht hin“, schrieb der „Osservatore Romano“,³⁾ „welche die Katholiken der ganzen Welt nicht gleichgültig lassen kann. Es ist zu hoffen, daß sie sich nicht bewahrheitet oder aber, daß auf alle Fälle Frankreich und Italien ihre Zustimmung nicht geben.“

Als anfangs 1920 Kardinal Dubois den Orient und Konstantinopel besuchte, drückte ihm Benizelos den Wunsch aus, diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan herzustellen, ja, er beauftragte sogar den Kardinal, zu diesem Zweck in Rom die nötigen Schritte zu tun. Auch bei seiner Anwesenheit in Paris hatte der Vertreter des Papstes, Msgr. Ceretti mehrere Aussprachen mit dem griechischen Staatsmanne. Der Heilige Stuhl zeigte sich natürlich unzweideutig geneigt, auf den Wunsch einzugehen und ersuchte um Entsendung eines Unterhändlers und die Regierung bekräftigte ihre Absicht durch entsprechende Erklärungen vor der Kammer.⁴⁾ Inzwischen hausten griechischer Siegerrausch und nationalistische Blindheit im besetzten Mazedonien sowohl gegen die friedliche türkische Bevölkerung wie auch gegen die dortigen katholischen Bulgarensiedlungen, gegen Priester, Ordensschwestern und Waisenkinder und bereiteten das furchtbare Strafgericht vor, das die in Kleinasien begangenen Verbrechen besiegelte.⁵⁾ Gleichzeitig machte die vollständige Politisierung des ökumenischen Patriarchates in Konstantinopel durch den benizelistischen Günstling Meletios Metaxakis Riesenfortschritte; es hatte sich engherzigster

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 4, S. 29 und das Kapitel über die Palästinafrage S. 53.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 12, S. 90.

³⁾ vom 5. Juli 1920.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 17. Dez. 1920.

⁵⁾ s. „K. Kztg.“ 1921, Nr. 19 S. 153.

politischer Parteipolitik ausgeliefert und trieb rasch jener vollständigen Bedeutungslosigkeit zu, bei der es heute nach einer an dramatischen Zwischenfällen häßlichster Art reichen aber kurzen Spanne trauriger Berühmtheit angelangt ist.¹⁾

Erst im Oktober 1921 erhielt der griechische Gesandte Skassis in Madrid, ein unierter Katholik, den Auftrag, sich in a. o. Mission nach Rom zu begeben und Verhandlungen über ein abzuschließen des Konkordat mit dem Vatikan aufzunehmen. König Konstantin beglaubigte den Diplomaten als a. o. Bevollmächtigten beim Hl. Stuhle, was Papst Benedikt XV. veranlaßte, mit einem Handschreiben zu erwidern, das die Hoffnung auf ein Zusammenwirken beider Kirchen ausspricht. Auch die griechische Presse verfehlte nicht, ihre Geneigtheit zur Verständigung zu bekunden. Doch wurden im Hinblick auf die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse, den Zusammenbruch des Großmachttraumes, im Oktober 1922 „die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit abgebrochen.“²⁾ Ob es zutrifft, daß „Treibereien der griechischen Geistlichkeit die Geduld des Unterhändlers Skassis auf eine zu große Probe gestellt haben,“ bleibe dahingestellt. Unwahrscheinlich ist es nicht angesichts des Geistes, der noch im April 1925 aus dem Manifeste des Athener Erzbischofes Papadopoulos gegen die griechisch-unierten Katholiken und die Kirche Roms spricht.³⁾

Die griechische Niederlage und der Zusammenbruch des venizelistischen Groß-Griechenland mündeten in eine Revolution mit Aufrichtung der Republik, die über die höheren politischen und militärischen Führer der vergangenen monarchistischen Periode das Todesurteil sprach. Dem Eingreifen des Papstes gelang es, die Ausführung mehrerer Urteile zu verhindern und damit auch dem Prinzen Andreas das Leben zu retten; verbannt, durfte er das Land verlassen. Im Dezember 1924 sprach er persönlich seinem Rötter im Vatikan den Dank aus. Auch sonst fand Griechenland am Papste einen selbstlosen Helfer, wovon sich Beweise im Kapitel „Omnia omnibus“ finden.

¹⁾ ebenda 1921, Nr. 16 S. 129; ferner ebendort Nr. 28 S. 221 „Der Existenzkampf des griechischen Patriarchates“ und weitere Artikel darüber in J. 1923 Nr. 36 S. 297 und 1924 Nr. 9 S. 76.

²⁾ s. „Köln. Volksztg.“ vom 26. Oktober 1922.

³⁾ s. Elevation Logos vom 10. April 1925, in französischer Sprache in der römischen Zeitschrift „Stoudion“ vol. II. Nr. 3 1925. Dort auch die Erwiderung des katholischen Bischofs Msgr. Calavassi.

Rußland

Anderthalb Jahre, ehe der Weltkrieg für die andern kriegsführenden Mächte beendet war, hatte er schon für das russische Zarenreich sein Ende erreicht. Der Ausbruch der Revolution vom 14. März 1917 hatte ihm den tödlichen Schlag versetzt; zwei Tage später hatte Zar Nikolaus II. abgedankt. Er war im Begriffe gestanden, den für ihn aussichtslosen Krieg durch einen Frieden mit den Mittelmächten abzuschließen. Um diesen für die Sache der Verbündeten furchtbaren Schlag zu parieren, sollte eine aus sicheren Männern bestehende Regierung an die Stelle des Zaren treten, um den Krieg weiterzuführen. Bedenkt man, daß die leitenden Männer in der Entente wohl ausnahmslos der Loge angehörten, so wundert man sich nicht, daß die Durchführung der Revolution ausschließlich in den Händen von Freimaurern lag. Miljukoff, Fürst Lwow, Kerenskij usw., alle leitenden Persönlichkeiten der damaligen Ereignisse waren „Brüder“ und servile Werkzeuge sowohl des englischen Botschafters Buchanan wie ihrer ausländischen Ordensoberen. Miljukoff, die eigentlich dirigierende Hand, hatte kurz vorher noch London, Paris und Rom besucht, und zwar nicht nur die Regierungspaläste, sondern auch die dortigen Großlogen, und auf die erste Nachricht vom Gelingen des Umsturzes hatte bereits Ernesto Nathan namens des italienischen Groß-Orients „Bruder“ Miljukoff seine Glückwünsche zur „großartigen Wiedergeburt des russischen Volkes und zur baldigen Erreichung des hohen Endzieles, des Sieges gegen die imperialistischen Autokraten“ gedrahtet. Lebey, der Referent auf dem Internationalen Freimaurer-Kongreß in Paris (29. Juni — 1. Juli 1917) bekannte auf dem Ende September 1920 in der Pariser Großloge abgehaltenen Konveniate, „in keinem Lager sei die russische Revolution mehr begrüßt worden als in der Freimaurerei.“ Begreiflich!

Zweck dieser Revolution war die Fortsetzung des Krieges gegen die Mittelmächte. Miljukoff hatte am 18. März den Entente-Botschaftern erklärt, „die Regierung betrachtet sich als provisorisch, sie verfolgt als Hauptzweck, den Krieg im Verein mit den Verbündeten weiterzuführen,“ und Bonar Law hatte zwei Tage vorher im Unterhause eingestanden: „Es ist eine wirkliche Erleichterung

für uns, daß die Bewegung nicht auf die Erlangung des Friedens abzielt."

Die Brandstifter hatten aber unbeachtet gelassen, daß sich in Rußland im Laufe der Jahrhunderte ungeheuer viel Zündstoff angesammelt hatte; sie erwiesen sich als schlechte Kenner der Volkspsyche. Der entzündete Brand tat ihnen nicht den Gefallen, dort haltzumachen, wo er nach dem Wunsche seiner Urheber gesollt hätte. „Niemals hat eine Revolution kürzer gedauert als diese" tröstete eine amtlich-russische Darstellung vom 23. März, aber schon in der ersten Erklärung Miljukoffs klingt eine leise Befürchtung durch: die neue Regierung erwarte, „daß die extremen revolutionären Gruppen mit extremen Revolutionszielen hoffentlich ohne schwere Erschütterungen gezähmt werden können." Buchanan begrüßte „die neue Ära des Glückes, Fortschrittes und der Ehre, die für Rußland begonnen hat," ein blutiger Hohn auf die Tatsachen, welche wir rückschauend zu beurteilen imstande sind.

Die katholische Kirche, unter der Herrschaft der Zaren trotz Toleranzediktes geknebelt und geknechtet, verfolgt und beraubt, konnte nur besseren Tagen entgegengehen, so meinten viele. Vorerst aber hatten die neuen Machthaber Wichtigeres zu tun als den kirchlichen Fragen ihre Aufmerksamkeit zu schenken; alles war auf die Fortführung des Krieges eingestellt. Die zaristische Regierung war beim Vatikan durch den Gesandten Nelidow vertreten gewesen, der jedoch seit seinem Auftritte mit Papst Pius X. den Vatikan nicht mehr betreten hatte. Der Papst hatte ihm rund heraus erklärt, die russische Regierung habe die Kirche von jeher betrogen, habe ihr gegenüber fortgesetzt ihr Wort gebrochen, und als Nelidow widersprechen wollte, ihm ohne weiteres das Wort abgeschnitten. Anfangs 1915 wurde Nelidow zur belgischen Regierung nach Le Havre versetzt und in Rom verblieb Botschaftsrat De Bock als Geschäftsträger.

Während der revolutionären Uebergangszeit mußten seitens des Vatikans die Dinge abgewartet werden.

Daß es sich bei dem Kabinett Lwow-Miljukoff nur um eine sehr vorübergehende Erscheinung handeln konnte, wurde bald klar. Schon am 27. März hörte man, „die weitere Entwicklung sei unberechenbar" und der Gegensatz des Arbeiterrates zur

Regierung trat bereits deutlich hervor. Trotz aller von der Entente ausgehenden Versuche, den Kriegswillen nochmals aufzupeitschen, wuchs die Abneigung immer mehr. Am 9. April waren 30 russische Revolutionäre, denen die Entente die Durchreise versagt hatte, unter der Führung Lenins¹⁾ aus der Schweiz über Deutschland—Schweden in Rußland angekommen, wo bereits die Franzosen Cachin und Moutet für die Fortführung des Krieges Stimmung machten. Im Heere zeigten sich jedoch schon die ersten Auflösungserscheinungen. Am 16. Mai folgte dem gestürzten Miljukoff ein Kabinett Kerenskij. Die Treibereien der alten Hof- und Kriegspartei führten dem jetzt auch zum Soldatenrat erweiterten Arbeiterrat neue Massen Volkes in die Arme. Der französische Minister Thomas suchte persönlich nochmals die Lage zu retten, indem er als Ziel der französischen Demokratie einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vorlegte. Vergebens. Friede um jeden Preis war des Volkes Losung. Unterm 31. Mai meldete „Morning Post“ aus Petersburg, es sei nutzlos die Lage länger zu verheimlichen, daß das russische Volk geradezu von einer Aufwallung des Wahnsinns heimgesucht sei. Nochmals gelang es Kerenskij's Zureden eine Offensive in Galizien zustandezubringen; sie scheiterte und die Kampffront geriet nun in volle Auflösung. Die Regierung gestand die Katastrophe ein. Kornilows verunglückter Versuch, nochmals eine Militärdiktatur aufzurichten, beschleunigte nur die Entwicklung und am 8. Oktober wurde Leo Davidovic Bronstein alias Trotzki, Sohn eines jüdischen Apothekers in Nikolajew, zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt. Am 8. November übernahm er die ganze Gewalt und nun traten Lenin als Präsident und Trotzki als Minister des Aeußeren an die Spitze der Sowjetregierung; der Bolschewismus hatte damit seine Herrschaft aufgerichtet.²⁾

¹⁾ Pastor Bräunlich, der Gen.-Sekretär des Evangelischen Bundes, hat am 9. Januar 1924 in Hof den Papst für die Entfesselung der russischen Revolution verantwortlich zu machen gesucht. Bekanntlich war es General Ludendorff, der Lenin in plombiertem Wagen aus der Schweiz nach Rußland befördern ließ, damit er dort den Brand entfache.

²⁾ Lenin hat am 1. November 1914 ein Manifest mit folgendem Programme veröffentlicht: „Das nächste Ziel der Sozialdemokratie Europas wird in der Durchsetzung der republikanischen Staatsordnung in Europa bestehen und sie setzt die Zertrümmerung der Monarchien von Oesterreich, Deutschland und Rußland voraus ...

Der unmittelbare Nachfolger Nelidows beim Vatikan war ein gewisser Bronewsky gewesen, der aber, noch ehe er in Rom angekommen war, telegraphisch nach Rußland zurückberufen wurde. Kerenskij hatte dann einen gewissen Lissakowsky zum Gesandten beim Heiligen Stuhle ernannt, der am 30. September 1917 dem Papste seine Pässe überreichte, aber niemals dazu kam, irgendeine Tätigkeit auszuüben.

Ueber die Persönlichkeit Lenins und Trotzki's genügt es zu wissen, daß sie beide Juden und gleichfalls Freimaurer sind; Rozières hat am 24. Dezember 1917 in der Loge Jean Jaurés auf beide „Brüder“ eine große Lobrede gehalten. Daß unter diesen Umständen auch von ihnen nicht viel Erbauliches für die Kirche zu erwarten war, stand von vornherein fest.

Mittels Ukas vom 23. Januar 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten die Trennung von Kirche und Staat, von Kirche und Schule vollzogen. Jedwedes die Gewissensfreiheit irgendwie beschränkende Gesetz, jede dahin zielende Vorschrift wurde verboten. Kultusfreiheit wurde gewährt, soweit sie die öffentliche Ordnung nicht störte oder nicht von „Attentaten auf die Rechte der Bürger“ begleitet war (!). Religionsunterricht in der Schule wurde verboten, Sammlungen und Kirchensteuern desgleichen und allen religiösen Gemeinschaften das Recht auf Besitz entzogen. Alles Eigentum der Kirche ward zum Volkseigentume erklärt. ¹⁾

Das Programm des Proletariates besteht darin, den gegenwärtigen imperialistischen Krieg in Revolution zu verwandeln. . .“ Es läßt sich unschwer der Nachweis erbringen, daß diese Grundsätze zuerst von der Freimaurerei aufgestellt worden sind und dann von der Sozialdemokratie und den Kommunisten übernommen wurden, d. h. bei der engen Verbindung dieser politischen Gruppen mit dem Logentum durch sie realisiert wurden. Uebrigens hat auch Trotzki schon am 31. Oktober 1914 in Zürich geschrieben, die Friedensbedingungen würden sein „das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Vereinigten Staaten von Europa auf nichtmonarchischer Grundlage.“ Vgl. „Reichspost“ vom 1. Juni 1918.

¹⁾ Nach Art. 3 dieses Dekretes kann jeder Bürger sich zu einer beliebigen Religion bekennen. Art. 7 beseitigt den religiösen Eid. Art. 9 trennt Schule und Kirche und verbietet jeden Religionsunterricht in staatlichen, gemeindlichen oder privaten Unterrichtsanstalten. Art. 10 verfügt, daß die kirchlichen und religiösen Vereinigungen keine Vorteile und Unterstützungen vom Staate oder von örtlichen autonomen oder sich selbst verwaltenden Einrichtungen erhalten und sich den allgemeinen Bestimmungen über die privaten Vereine und Verbände unterzuordnen haben. Art. 11 verbietet jede Zwangserhebung von Abgaben und Gebühren zugunsten kirch-

Daß sich der Haß der Bolschewiken gegen die unglückliche Zarenfamilie richtete, konnte kaum anders sein. Obschon die Sowjet-Regierung den Papst auch als Souverän vorerst zu ignorieren beliebte und obwohl der Zar das Oberhaupt einer religiösen Gemeinschaft war, welche den Papst nicht anerkannte, ja die katholische Kirche verfolgt hat, war es doch Benedikt XV., der im August 1918 durch den Erzbischof von Mohilew, Baron von der Ropp, ein Gesuch wenigstens um Freilassung der Zarin und ihrer vier Töchter an das Volkskommissariat richtete und sich gegebenenfalls verpflichtete, für ihren standesgemäßen Unterhalt aufzukommen. ¹⁾ Auch für den als Geisel in Petersburg festgehaltenen Großfürsten Georg legte der Papst ein fürbittendes Wort ein. ²⁾

Mit dem Beginn der bolschewistischen Phase der Geschichte Rußlands hatte der Traum Peters des Großen, des Gründers des Caesaropapismus, ein jähes Ende gefunden, der Traum eines neuen Ost-Rom in Konstantinopel. Schon hatte es in letzter Zeit überallhin, westwärts über Polen und Serbien, südwärts über den Kaukasus und bis Afghanistan und ostwärts hinein bis in die chinesischen Gebiete, bis an den Stillen Ozean seine Fangarme ausgestreckt. Herrschaft Rußlands aber bedeutete Verdrängung der katholischen Kirche, Ausbreitung der russischen Staatskirche, und würde man im Vatikan die Weltentwicklung nach rein menschlichen Gesichtspunkten betrachtet haben, so wäre wohl Anlaß zu bangen Befürchtungen gegeben gewesen. Soweit Rußland selbst in Betracht kam, waren immerhin auch so die Aussichten keine erfreulichen, doch kühlte sich vorerst der Haß gegen das Christentum an den Dienern der Staatskirche; sie hatten vielfach geglaubt, mitsamt der Kirche Monarchie und Dynastie ver-

licher und religiöser Vereinigungen sowie jeden Zwang oder jede Strafe seitens dieser gegenüber Mitgliedern. Art. 12 beseitigt das Eigentums- und Besitzrecht religiöser und kirchlicher Vereinigungen sowie das Recht der juristischen Person. Art. 13 erklärt alles kirchliche Besitztum zum „Volkseigentum“. Gebäude und Gegenstände für gottesdienstliche Zwecke werden zu kostenloser Benutzung der entsprechenden religiösen Vereinigung übergeben. (Wurde später in einen Mietsvertrag abgeändert). Ein Ergänzungsdekret des Volkskommissars Lunatscharsky vom 21. Februar erklärt jeden Religionsunterricht sowie das Gebet innerhalb der Schulen für unzulässig.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 12. August 1918.

²⁾ ebenda vom 28. September 1918.

teidigen zu müssen, so innig war die Verbindung in ihren Vorstellungen von Kirche und Staat geworden. Sie waren ja auch Mitträger eines Systems der Despotie gegen freie geistige Regungen, waren politische Beamte und Stützen eines vollkommen veräußerlichten Christentums.¹⁾ An der katholischen Kirche dagegen hatte dieses System stets als Feind gehandelt²⁾ und diesem Umstande mag es zuzuschreiben sein, wenn die Bolschewiken anfangs ihr gegenüber größere Nachsicht zeigten.

Verdächtig wirkte es aber schon, daß Msgr. Ratti, der im Juli 1918 von Benedikt XV. auch zum Apostolischen Visitator für Rußland ernannt worden war, von der Sowjetregierung nicht die Ermächtigung erhielt, Rußland zu betreten.³⁾ Im März 1919 war er sogar bereits gezwungen, die Verhaftung des Erzbischofs von der Ropp (als Geisel) nach Rom zu berichten.⁴⁾ Nach Rücksprache mit dem allerdings von der Sowjetregierung nicht anerkannten Gesandten Lissakowsky wandte sich Kardinal Gasparri im Auftrage des Papstes auf drahtlosem Wege an Lenin, der erwiderte, der Erzbischof sei niemals verhaftet gewesen. Tatsächlich war aber seine Verhaftung doch erfolgt, desgleichen die von vier katholischen Priestern und angesehenen Laien. Eine große öffentliche Kundgebung der Katholiken Petersburgs forderte seine Freilassung, erreichte aber nur die Gewährung einiger Erleichterungen und — die Ueberführung nach Moskau. Ja, er wurde sogar zum Tode verurteilt und sollte in der Nacht vom 20. auf 21. Mai erschossen werden. Msgr. Ratti trat an der Grenze mit einem Vertreter der Sowjet-Regierung in Verbindung und überreichte durch diesen eine Denkschrift zur Begründung der Forderung, den Erzbischof freizu-

¹⁾ s. darüber Terseglaivs Studie in „K. Kztg.“ 1922 Nr. 50 S. 386. Der Verfasser ist gründlicher Kenner der Verhältnisse, ist selbst Slave und ein tiefer Denker.

²⁾ Das vom Hl. Stuhle mit dem Zaren Nikolaus I. im Jahre 1847 abgeschlossene Konkordat wurde niemals durchgeführt, ja es durfte in Rußland überhaupt nicht publiziert werden. Charles Loiseau, der diplomatische Geheimagent Frankreichs beim Vatikan während des Krieges, bezeichnete in der „Revue de Paris“ (It. „Italie“ vom 16. September 1917) Rußland als das Bleigewicht auf der Wage der vatikanischen Besorgnisse zum Nachteile der Entente; die Verbündeten hätten fortgesetzt darunter zu leiden gehabt.

³⁾ vgl. Tommasini, F., italienischer Gesandter in Warschau, *La Risurrezione della Polonia*, (Mailand 1925) S. 105.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 2. April 1919.

geben. Sie fand günstige Aufnahme. Die Kommissäre anerkannten, daß „Msgr. von Ropp als katholischer Bischof Untertan des Papstes“ sei und daß, „da die Regierung der Sowjets sich mit dem Papste nicht im Kriege befinde,“ sie nicht einen seiner Untertanen zurückbehalten könne. Somit gewährte sie „im Hinblick auf die guten Gesinnungen, die diesbezüglich Herr Tschitscherin . . . bezeugt hat, dem Untertan des Papstes Eduard von Ropp“ die Befreiung.¹⁾

Der schroffe Gegensatz des orthodoxen Klerus gegen Rom bot dem Papste keinerlei Rechtstitel, bei den bolschewistischen Verfolgern ein fürbittendes Wort einzulegen. Die zunehmende Bedrängnis ließ endlich am 7. Februar 1919 den Vorsitzenden der obersten Verwaltung der orthodoxen Kirche, Erzbischof Sylvester von Omsk, und den Erzbischof Benjamin von Simbirsk den Weg nach Rom finden. Telegraphisch klagten sie dem Papste, für den sie nun selbst die Anrede „Vater“ fanden, die Kirchenschändungen, Plünderungen und Beraubungen, die Ermordung des Metropoliten Wladimir, zwanzig anderer Bischöfe und Hunderter von Priestern, die Sprengung religiöser Volkskundgebungen durch Maschinengewehrfeuer, die Schändungen der Nonnen, die sog. „Sozialisierung der Frau“; „ringsum Tod, Kälte, Hungersnot . . . Mit dem Gefühle tiefen Schmerzes benachrichtigen wir Sie von dem Unglücke, unter dem Millionen Russen des wahren Rußland schmachten. Kraft menschlicher Solidarität, aus christlicher Brüderlichkeit hoffen wir, verehrter Vater, auf Sie zählen zu können, auf Ihr Mitleid in Ihrer Eigenschaft als Vertreter der christlichen Kirche, auf daß Ihre Schafe davon unterrichtet werden . . . und mit Ihnen an jenen, in dessen Händen Leben und Tod liegen, ihr inständiges Gebet für diejenigen richten, die im Nordosten Europas um der Liebe Christi willen im zwanzigsten Jahrhunderte Blutzügen ihres Glaubens werden.“²⁾ Papst Benedikt XV. erwiderte sofort auf dem gleichen Wege, er nehme „von Herzen an den Ängsten und Besorgnissen Anteil.“ . . . „Als Stellvertreter des Friedensfürsten erheben Wir unsere glühenden Gebete zum Himmel, auf daß Friede und Ruhe so bald als möglich wieder in Rußland einziehen und allen die erflehten Tröstungen und des

¹⁾ Ausführliches s. „Oss. Rom.“ vom 28. Dezember 1919.

²⁾ Der ganze Depeschenwechsel ist wiedergegeben im „Oss. Rom.“ vom 2. April 1919.

Himmels Hilfe zuteil werde." In seinem Namen wandte sich Kardinal Gasparri (am 12. März) direkt an Lenin, man melde ihm aus ernster Quelle, daß der orthodoxe Klerus von seinen (Lenins) Parteigängern verfolgt werde. „Der Heilige Vater beschwört Sie, strengen Befehl zu geben, auf daß die Diener gleichviel welcher Religion geachtet werden. Die Menschheit und die Religion werden Ihnen dankbar sein."

Die Antwort kam von Tschitscherin; in manchen Sätzen meint man, Herriots Sprüche zu lesen, so sehr decken sich die Freimaurerargumentationen. Kirche und Religion seien frei, seien Privatsache, es sei falsch von Verfolgung zu sprechen; kein Diener der Religion habe für seine Ueberzeugung gelitten usw. Das Schreiben ist ein Dokument der Unverschämtheit, denn es wirft dem Papste und der katholischen Kirche nicht nur Dinge vor, für welche diese bei der jahrhundertelangen Trennung des russischen Schismas von ihr ebensowenig verantwortlich gemacht werden können wie für die ihnen ebenso ungerecht zum Vorwurfe gemachten Kriegszüge der (zur Orthodoxie abgefallenen!) tschechoslovakischen Legionäre Koltshaks, Denikins und Peltjuras, sondern leitet seine Antwort mit der Unwahrheit ein, „es vollziehe sich hierzulande nichts jener Tatsache Analoges, die bezüglich der Orthodoxen dort Regel ist, wo die römische Kirche herrscht." Der Vatikan hat sich begnügt, die Dokumente kommentarlos der Oeffentlichkeit zu unterbreiten; ihr konnte er mit gutem Gewissen das Urteil überlassen. Daß der Papst es an jener Hilfe, die zu leisten ihm möglich war, nicht hat fehlen lassen, haben wir in dem Kapitel über seine caritative Tätigkeit gesehen und werden wir sehr bald auch in noch viel größerem Maßstabe kennen lernen.

Im Dezember 1920 verhandelte Erzbischof von der Ropp, der in Moskau als Agent Polens gilt, von Deutschland aus mit Moskau, um eine Vereinbarung herbeizuführen, welche der Kirche Rußlands wenigstens die Existenzmöglichkeit beließ. Leider erfüllten sich die Erwartungen eines Erfolges nicht.

Im Gefolge von Krieg, Revolution, kommunistischer Mißwirtschaft und einer sich über weite Gebiete erstreckenden katastrophalen Dürre trat nun in Rußland das Gespenst des Hungers in furchtbarster Gestalt auf. Tausende und Abertausende mußten ihm zuerst zum Opfer fallen, ehe das mit Politik beschäftigte, sich seiner hohen Gesittung rühmende Europa sich rührte. Der

damals noch volkstümliche Patriarch Tychon vermochte selbst in diesem Augenblicke seine Abneigung gegen Rom nicht zu überwinden; sein Hilferuf richtete sich ausschließlich an den protestantischen Episkopat Englands und der Vereinigten Staaten.¹⁾ Papst Benedikt XV. war es, der dessen ungeachtet aus seinem hohen Pflichtbewußtsein heraus auch diesmal wieder voranging, indem er am 5. August mit einem Schreiben ²⁾ an seinen Staatssekretär an die Oeffentlichkeit trat, das sofort auf diplomatischem Wege den beim Vatikan beglaubigten Mächten und überdies durch den Nuntius Msgr. Cerretti dem eben in Paris versammelten „Obersten Rate“ der Siegermächte überreicht wurde. Es lautet:

Herr Kardinal!

Die Nachrichten, welche Uns in diesen Tagen über die Lage des russischen Volkes zugehen, sind, wie Sie, Herr Kardinal, wissen, außerordentlich ernst. Soweit man nach der lakonischen Nüchternheit dieser ersten Meldungen urteilen kann, befinden wir uns einer der furchtbarsten Katastrophen der Geschichte gegenüber. Endlose Massen menschlicher Geschöpfe, von Hunger ergriffen, von Typhus und Cholera niedergemäht, wälzen sich verzweifelt über eine ausgedörrte Erde hin und ergießen sich in die bevölkertsten Mittelpunkte, wo sie Brot zu finden hoffen und mit Waffengewalt wieder weitergejagt werden. Aus dem Wolgabecken rufen Millionen Menschen gegenüber dem schrecklichen Tode die Hilfe der Menschheit an.

Dieser Schmerzensschrei, Herr Kardinal, hat Uns tief verwundet. Es handelt sich um ein bereits aufs höchste von der Kriegsgeißel geprüftes Volk, über dem das Zeichen Christi glänzt und das stets mit Entschiedenheit der großen christlichen Familie angehören wollte. So sehr es auch von Uns durch Schranken getrennt ist, welche lange Jahrhunderte aufgerichtet haben, so ist es Unserem Vaterherzen doch umso näher, je größer sein Unglück ist.

Herr Kardinal! Wir empfinden die Pflicht, was in Unserer Armut möglich ist, zu tun, um den fernen Kindern zu helfen. Doch die Ausbreitung des Verderbens ist eine derartige, daß alle Völker zusammenhelfen müssen, um einzugreifen, und

¹⁾ In seiner Unkenntnis der kirchlichen Verhältnisse des Auslandes hatte er seinen Hilferuf auch an den „Erzbischof von New York“ gerichtet, den er, da New York (sehr zu Unrecht) als protestantische Stadt gilt, für einen Protestanten hielt. Da der einzige Erzbischof dieser Stadt jedoch Kardinal Hayes war, wurde ihm die Depesche übergeben. Dieser hat, zur sehr peinlichen Ueberraschung Tychon der Bitte sofort in großherziger Weise entsprochen.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 9. August 1921.

keine auch noch so große Anstrengung wird gegenüber dem ungeheuren Umfange des Unglücks zu viel sein. Wir laden Sie ein, Herr Kardinal, die Mittel, welche zu Ihrer Verfügung stehen, zu benützen, um den Regierungen der verschiedenen Nationen die Notwendigkeit eines raschen und gemeinsamen Vorgehens vorzustellen.

Unser Ruf richtet sich vor allem an die christlichen Völker, welche die unendliche Liebe des göttlichen Erlösers kennen, der sein Blut dahingegeben hat, um uns alle zu Brüdern zu machen. Sodann ergeht er an alle anderen gebildeten Völker, denn jeder Mensch, der dieses Namens würdig ist, muß die Pflicht fühlen herbeizueilen, wo ein anderer Mensch stirbt.

Mehr als einmal in diesen unglücksreichen Jahren, welche wir durchleben, hat der Hl. Stuhl inmitten der Völker seine Stimme erhoben, eingedenk der hohen süßen Sendung, welche Gott ihm anvertraut hat. Wenn heute sich Unser Wort von neuem erhebt, um die Nächstenliebe anzurufen, während der letzte Widerhall Unserer früheren Mahnungen und Bitten noch nicht ganz verhallt ist, geschieht es nur deswegen, weil die neuen Leiden das frühere Unheil an Höhe erreichen oder vielleicht übertreffen. . . .

Aus dem Vatikan, am 5. August 1921. Benedikt PP. XV.

Im September trat zum Zwecke der Organisierung internationaler Hilfeleistung eine vom Roten Kreuz einberufene internationale Konferenz zusammen, welche sich gegen die Stimmen der drei italienischen Vertreter für die Beiziehung des Papstes aussprach, doch verhinderte die leidige Politik ein positives Ergebnis. Somit wandte Rom sich an den Völkerbund. Papst Benedikt XV. appellierte drähtlich an dessen „Gefühle der Menschlichkeit und Brüderlichkeit, damit raschestens Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, das unglückliche russische Volk zu retten.“ Der Völkerbund nahm die Mahnung „mit tiefer Ehrerbietung“ auf und überwies sie an eine Kommission; weiter hat man nichts mehr davon gehört. Um aber nicht nur die Hilfe anderer angerufen zu haben, überwies der Heilige Vater sofort eine Million Lire zu Händen des in Rußland verbliebenen Weihbischofs des Erzbischofs von der Ropp, Bischof Cieplaks.

Aus welchen Quellen der Geist des Christenhasses und der Priesterverfolgung floß, beweist die Tatsache, daß trotz scheinbaren Abbruches aller Verbindung zu der „verrotteten kapitalistischen Gesellschaft“ die engen Bande des Logentumes, die Verbindung mit der französischen Freimaurerei fortgesetzt Pflege fanden.

Die Sowjetregierung spendete Ende 1919 eine reiche Geldgabe für die Renovierung des Freimaurertempels in Paris (rue Cadet), wofür der Rat des Groß-Orients am 20. Dezember 1919 in einer Sitzung dankte. Br.: Mille sparte gegenüber den Bolschewiken nicht mit Lob und zollte ihrer Freigebigkeit besondere Anerkennung. Gewiß äußerten sich in den Kreisen der maurerischen Industriellen und Kaufleute schwere Widerstände, deren Brechung unter Führung des Br.: Bloch zur besonderen Aufgabe der Sektion „La Monnaie Odéon“ gemacht wurde. Es wurde den Bolschewiken Unterstützung in jeder Weise, insbesondere durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung mittels der Presse versprochen und der Vorsitzende Br.: Corneau stellte fest, daß der Ordensrat die Verbreitung der bolschewistischen Ideen gutheißt. In der Sitzung vom 18. Februar 1920 schließt Br.: Lanquine sein Referat mit dem Wunsche des endgültigen Sieges des Bolschewismus und Br.: Lahy begründet die Absendung von Begrüßungstelegrammen an die bolschewistischen Logen in Rußland. Zwar hatte der Moskauer Kongreß der Dritten Internationale (1920) zu den 21 Bedingungen für Zulassung eine 22. gefügt, welche Freimaurer ausschließt; der Antrag, gestellt von Serrati, fand einstimmige Annahme. In dem offiziellen Protokoll wurde aber dieser Beschluß von Lenin selbst gestrichen.¹⁾ Wenn wir uns diese Dinge gegenwärtig halten, dürfte uns in der Folge Unverständliches verständlich werden.

Papst Benedikt XV. hatte sich zur ewigen Ruhe gelegt. Sein letzter Plan, groß angelegt wie alles, was dieser Papst unternommen hat, war das Hilfswerk für die Hungernden in Rußland gemäß einer Bitte ihrer Regierung. Er hat ihn nicht mit ins Grab genommen. Noch ehe sein Nachfolger ihn aufzugreifen Zeit gefunden hatte, war die Kirche Deutschlands mit einem Aufrufe um Hilfe für die russischen Brüder hervorgetreten, um das Gedächtnis des Verewigten zu ehren. Schon flossen auch, gerufen durch des Verstorbenen Aufruf, im Vatikan aus der katholischen Welt Gaben in wachsendem Maße zusammen. Der verstorbene Papst war es noch gewesen, der mit den Sowjetbehörden die Verhandlungen aufgenommen hatte, um für die Entsendung der ge-

¹⁾ Die Einzelheiten wurden von Louis Terniac in „Libre Parole“ veröffentlicht und vom „Oss. Rom.“ vom 4. September 1920, Nr. 212 wiedergegeben.

planten Hilfsmission die Wege freizumachen; ihr Zweck war ein ausschließlich caritativer, ein religiöser, und die Verhandlungen erstrebten einzig und allein, der Mission die nötige Bewegungsfreiheit in Rußland und den sicheren und freien Transport der Zufuhr an Lebens- und sonstigen Hilfsmitteln zu gewährleisten.¹⁾ Das Schreiben des Papstes zu der sich hier einschließenden Konferenz von Genua war ihnen förderlich.

In ganz besonderer Weise setzte sich der Jesuitenorden zur Beschaffung von Mitteln für dieses Hungerhilfswerk ein; nicht etwa, weil einige seiner Mitglieder vom Papste dazu ausersehen waren, sich daran zu beteiligen, sondern weil er sich verpflichtet fühlte, eine alte Dankesschuld abzutragen. War es doch Rußland gewesen, das in der Zeit der Aufhebung des Ordens seine schützende Hand über die Reste gehalten und die Kontinuität bis zu seinem Wiedererstehen bewahrt hatte.²⁾ Er hat erhebliche Summen in den Kreisen der Gläubigen gesammelt und in die Hand des Papstes gelegt. Doch stand die Kirche keines Landes an Eifer zurück; Hollands Katholiken sandten im Mai bereits eine halbe Million Lire, in Spanien organisierte der Nuntius das Hilfswerk in großem Stile, besonders aber sind es die Katholiken der valutastarken Vereinigten Staaten, welche wiederum an die erste Stelle treten.

Die Ueberwindung der Widerstände, die seitens Moskaus besonders der Leitung des Hilfswerkes galten und seitens jener Sorte von Presse genährt wurden, die ein Interesse an der Störung guter Beziehungen zwischen Rom und Moskau hatte, verzögerte die Abreise der Mission bis in den Juli hinein und auch dann

¹⁾ Hierüber sind die unsinnigsten Meldungen in die Welt gesetzt worden. „Havas“ wußte von einer Entsendung von Missionären zur Pflege des öffentlichen Unterrichtswesens zu erzählen, ferner von einem Konkordat und einer Reihe von Dekreten, „um die Trennung von Kirche und Staat mit den Erfordernissen des katholischen Kultes“ (!) in Einklang zu bringen; Daily Mail wußte von der „Rückkehr der Jesuiten“ zu berichten, „um dort Unterrichtseinrichtungen für junge Mädchen zu schaffen.“ Dies nur einige Beispiele.

²⁾ Die Jesuiten hatten im Jahre 1684 ihre erste Niederlassung in Moskau gegründet; mit Unterstützung Oesterreichs entwickelte sich dann ein kleines Kolleg, das jedoch 1718 von Peter dem Großen wieder aufgehoben wurde. Durch die Aufteilung Polens kamen mehrere Jesuitenklöster zu Rußland, und als der Orden aufgehoben wurde, blieb er in Rußland unter dem Schutze der Regierung bestehen. Weder Clemens XIV. noch Pius VI. erhoben dagegen

wurden noch neue Einwände gegen die bereits ausgestellten Pässe erhoben. Noch einmal hatte der „Osservatore Romano“ ¹⁾ mit allem Nachdruck betont, daß die Verhandlungen „lediglich Bewegungsfreiheit für die caritativen Hilfsmissionen zu verbürgen bezweckten und jede politische oder religiöse Erweiterung der Absichten des Hl. Stuhles in dieser Hinsicht phantastisch sei.“

Die Hilfsmission bestand aus elf Mitgliedern, drei Salesianern (Don Boscos), drei Steyler Missionären, zwei Missionären vom Herzen Mariä und drei Jesuiten; der Nationalität nach waren es 3 Deutsche, 1 Slovene, 2 Spanier, 4 Italiener und 1 Russe (Laienbruder). Die Ausschließung von Franzosen und Polen hat begreiflicherweise an manchen Stellen verletzt, zwang sich aber, wollte man politische Reibungen vermeiden, von selbst auf. In Rußland kam noch der Amerikaner P. Walsh von der „ARA“ (American Relief Association) hinzu; er hatte sich dem Papste zur Verfügung gestellt und dann als Leiter des Transportwesens sowie schließlich des ganzen Hilfswerkes wichtigste Dienste geleistet, die nur dadurch erschwert wurden, daß er den Moskauern „politisch verdächtig“ war. Am Morgen ihrer Abreise wohnten die Mitglieder der Mission einer Messe des Heiligen Vaters bei, der ihnen die hl. Kommunion reichte. Er legte ihnen ihre besondere Aufgabe ans Herz, nur der Nächstenliebe zu dienen, und auch der Kardinal-Staatssekretär ermahnte nochmals, daß es ihre Pflicht zu sein habe, sich jeder religiösen wie politischen Propaganda zu enthalten. ²⁾ Am 26. Juli 1922 schiffte sich die Mission in Bari nach Konstantinopel ein, nachdem bereits in Rom das ganze Gepäck von der Sowjetgesandtschaft revidiert, verschlossen und plombiert worden war.

Ein dreitägiger Aufenthalt am Bosphorus bot Gelegenheit, nochmals manche irrigen Anschauungen der öffentlichen Meinung zu korrigieren. ³⁾ P. Cappello, S. J., eines der Mitglieder und bis

Einspruch. P. Gruber, der 1802 zum Oberen gewählt wurde, führte den Titel „General von Rußland“ und es gelang ihm, verstreute Reste der Gesellschaft zu sammeln und dem in Rußland fortbestehenden Ordenszweige anzugliedern. Sein Nachfolger, P. Brzozowski erlebte im J. 1814 die Wiederherstellung des Ordens; er war auch der erste neue General.

¹⁾ vom 5. Mai 1922.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 26. Juli 1922.

³⁾ Die folgenden Einzelheiten sind einer ausführlichen Korrespondenz aus Konstantinopel im „Corriere d'Italia“ vom 18. August 1922 entnommen.

zur Trennung auf russischem Boden Oberhaupt der Mission, erklärte nochmals ihren „wesentlich unpolitischen und nicht-religiösen Charakter;“ es handle sich nach den Worten des Papstes selbst nur um eine „Wohltätigkeitsmission“. „Wir haben den Auftrag, uns jeder politischen und religiösen Propaganda zu enthalten.“ Dem Blatte „Stamboul“ zufolge war es die Sowjetregierung selbst, welche diese Form der Hilfeleistung, nämlich die Kinder in Anstalten zu sammeln, um die Ernährung so zu organisieren, gewünscht hatte. Es bemerkt außerdem, „daß keine Art von Verbindung zwischen dem Heiligen Stuhle und der Regierung in Moskau besteht, sondern lediglich ein Abkommen bezüglich der Zulassung der Beauftragten des Vatikans nach Rußland und der freien Uebung ihres Wohltätigkeitsamtes.“ Während ihres Aufenthaltes in Konstantinopel ist die Mission auch zu der Handelsmission der Sowjetregierung in Beziehung getreten und hat von dieser die vollste Zusicherung und den Beweis erhalten, daß ihre Tätigkeit von den russischen Behörden tatsächlich in jeder Weise gefördert und erleichtert werde.

Am 25. August kam die Mission zu Feodosia an und teilte sich; eine Gruppe begab sich nach der Krim, die zweite nach Rostow und die dritte (die Salesianer) nach Moskau. Ihre Tätigkeit im einzelnen zu schildern würde über den Rahmen, den ich mir gesteckt, allzusehr hinausgreifen, denn sie war rein caritativ. Die bisherige Ausführlichkeit bezweckte nur hervortreten zu lassen, welcher Art das Wirken und die Gesinnung Roms gegenüber dem russischen Volke waren und inwieweit Beziehungen zu den Sowjetbehörden bestanden.

Kurz bevor dieses großartige Hilfswerk in Ausführung trat, am 10. Juli, hatte der Papst sich mit einem Rundschreiben an die katholische Welt gewendet.¹⁾ Er legt zuerst dar, in welcher Weise er bemüht gewesen, die Hilfe für die Hungernden Rußlands zu erwecken, und wie die Gaben des katholischen Erdkreises ihm ermöglichten, selbst daran teilzunehmen. Leider stünden sie noch lange nicht in genügendem Verhältnisse zu der Größe des Unglückes. „Täglich erhalten Wir erschütterndere Nachrichten und dringendere Hilferufe der Unglücklichen, darunter ungezählter

¹⁾s. „Oss. Rom.“ vom 26. Juli 1922.

Kinder, Frauen und Greise, die, wenn nicht baldige Hilfe kommt, einem schrecklichen Tode erliegen. Die heilige Pflicht eines Hirten und gemeinsamen Vaters drängt Uns, die gesamte Menschheit mit Unserer Liebe zu umfassen." Die Gaben werden, so teilt der Papst zum Schlusse mit, dorthin gebracht, wo die Not herrscht, und ohne Unterschied der Religion und der Nationalität an die am meisten Bedürftigen verteilt." Um selbst mit gutem Beispiele voranzugehen, habe er, der Papst, aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zweieinhalb Millionen Lire für die Rußlandhilfe bestimmt. Das Hilfswerk ist mit der Zeit auf über 700 Volksküchen angewachsen und sein Umfang und seine Verzweigung in jede Art von Hilfeleistung verfügte schließlich über ein Heer von Mitarbeitern aus dem Lande selbst.¹⁾

*

Papst Benedikt XV. lag entseelt auf dem Paradebett. Auf seinem verwaisten Schreibtische war ein Schriftstück zurückgeblieben, der unvollendete Entwurf eines Schreibens zur Konferenz von Genua. Von der Teilnahme an ihr ausgeschlossen, mußte Rom also einen anderen Weg der Einflußnahme suchen und so knüpfte Pius XI. in Ausführung des Willens seines Vorgängers an das erste Hirtenschreiben des neuen Erzbischofs der ligurischen Hafenstadt, Msgr. Signoris, an und schrieb:²⁾

Aus dem Vatikan, 7. April 1922.

Ehrwürdiger Bruder!

Mit lebhaftem Gefallen haben Wir das Schreiben gelesen, das Du aus Anlaß der internationalen Konferenz, die zum erstenmal in dieser ruhmreichen Stadt in friedlicher Aussprache Sieger und Besiegte vereinigt und auf welche sich die allgemeinen Hoffnungen der Völker richten, so zweckmäßig an Dein Volk gerichtet hast. . . . Wir hegen die Zuversicht, daß die Abgesandten der Mächte die traurigen Verhältnisse betrachten mögen, mit denen alle Völker zu ringen haben, aber nicht nur unbefangenen Geistes, sondern auch geneigt zu manchem Opfer auf den Altar des Gemeinwohles. Dies wäre wohl die erste Bedingung, um wirksam Wandel zu schaffen, wie auch der erste Schritt in der Richtung jener allgemeinen Befriedung, die alle aufs höchste ersehnen.

¹⁾ Ueber die Durchführung des Hilfswerkes in seinen Einzelheiten siehe „K. Kztg.“ 1922, Nr. 43 und 48; 1923, Nr. 5, 6, 20 und 26, 1924 Nr. 43.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 8. April 1922.

Wenn schon . . . im Waffenlärm die christliche Liebe herrschen soll, so hat dies umsomehr zuzutreffen, nachdem die Waffen niedergelegt und die Friedensverträge unterzeichnet sind, zumal der internationale Haß, die traurige Erbschaft des Krieges, sich auch in Schaden gegen den Sieger verkehrt und allen eine sehr zu befürchtende Zukunft bereitet: denn man darf nicht vergessen, daß die beste Bürgschaft der Ruhe nicht ein Wald von Bajonetten, sondern gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft ist. Und selbst wenn man aus dem Kreise der Konferenz jedwede Erörterung nicht nur früher geschlossener Verträge ausschließen will, sondern auch die der auferlegten Reparationen, so scheint dies nicht jeden weiteren Gedankenaustausch zu verhindern, der geeignet wäre, den Besiegten die beschleunigte Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern, was am Ende auch den Siegern zum Vorteile gereichen würde. . . ."

Das Schreiben fand in Frankreich bei Regierung und Presse schärfste Ablehnung, sonst jedoch fast ausnahmslos Beifall und Zustimmung. Nur „Eclair“ war offen genug zu gestehen, wenn der Papst Frankreichs Angst vor Deutschland kennen würde, hätte er nicht so geschrieben. Gegenüber den Bemühungen, das Schreiben als ausschließlich gegen Frankreich gerichtet erscheinen zu lassen, unterstrich der „Osservatore Romano“, ¹⁾ daß die Worte des Papstes allgemeiner Natur waren, sie gälten also überall dort, wo sich die von ihm geschilderten Zustände finden.

Ende April war die Konferenz auf dem kritischen Punkt angelangt; keine der beiden Richtungen schien ihren Standpunkt preisgeben zu wollen. Da warf der Papst mit einem zweiten Schreiben, diesmal an seinen Staatssekretär, das Gewicht seines Ansehens in die Wagschale der Versöhnung. Er schrieb:

„Aus dem Vatikan, am 29. April 1922.

Herr Kardinal!

Der lebhafteste Wunsch, von dem Wir erfüllt sind, endlich auf der Welt die Herrschaft des wahren Friedens hergestellt zu sehen, der hauptsächlich in der Wiederversöhnung der Herzen und nicht nur in dem Aufhören der Feindseligkeiten besteht, läßt Uns mit besorgtester Anteilnahme, ja Bangen den Verlauf der Konferenz von Genua verfolgen, auf die mit inbrünstigem Gebet den Segen Gottes herabzuflehen Wir bereits das gläubige Volk eingeladen haben. Und Wir können, Herr Kardinal, nicht die

¹⁾ vom 15. April 1922.

innigste Befriedigung verhehlen, die Wir empfanden, als Wir, Dank dem guten Willen Aller, die Hindernisse beseitigt wußten, die von Anbeginn an die Möglichkeit jedes Einvernehmens zu entfernen schienen.

Niemand kann in der That zweifeln, daß der glückliche Ausgang einer so großen Versammlung, die die Vertreter fast aller gesitteten Nationen umfaßt, ein geschichtliches Datum für die christliche Zivilisation, besonders in Europa, bezeichnen mußte. Die Völker, welche durch den vergangenen Krieg wie durch seine jüngsten überaus traurigen Folgen so viel gelitten haben, wünschen gerechterweise, daß durch das Werk der Konferenz so viel als möglich die Gefahr neuer Kriege beseitigt und raschestens für die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas Sorge getragen werde. Durch die volle Erreichung so edler mit einander verbundener Ziele und dadurch, daß wenigstens die Grundlagen ihrer künftigen und nicht fernen Durchführung vorbereitet werden, wird sich die Konferenz von Genua um die Menschheit wohlverdient gemacht haben, indem sie ihr gewissermaßen eine neue Aera des Friedens und Fortschrittes eröffnet, von der man mit dem biblischen Worte sagen kann, daß die Gerechtigkeit und der Friede sich geküßt haben, indem Nächstenliebe und Gerechtigkeit nicht von einander getrennt wurden.

Eine solche Rückkehr der menschlichen Gesellschaft in ihren wesentlichen Elementen zum normalen Zustande und im Einklange mit den Diktaten rechter Vernunft, die gewiß auch göttlicher Anordnung ist, wird allen, Siegern und Besiegten, insbesondere aber jenen unglücklichen Völkern des äußersten Ostens zum größten Vorteile gereichen, die, schon heimgesucht vom Kriege, von inneren Kämpfen und religiöser Verfolgung, nun auch noch von Hunger und Epidemien dezimiert werden, während sie doch auf ihrem Gebiete so viele Quellen des Reichtums besäßen und starke Elemente des gesellschaftlichen Wiederaufbaues sein könnten. An jene wenn auch unglückliche Verhältnisse vergangener Zeiten von unserer Gemeinschaft getrennten Völker sei gemeinsam mit dem Worte Unseres verewigten Vorgängers das Unsere des Mitempfindens und Trostes gerichtet und damit zugleich der glühende Wunsch Unseres väterlichen Herzens, sie mit Uns sich der gleichen Gaben der Einheit und des Friedens erfreuen zu sehen, die da in der gemeinsamen Teilnahme an den heiligen Geheimnissen sich ausdrücken.

Sollten aber, um das Unheil voll zu machen, auch auf dieser Konferenz die Versuche aufrichtiger Befriedung und dauernden Einvernehmens scheitern, wer, Herr Kardinal, könnte ohne zu zittern, daran denken, wieviel schwerer die Verhältnisse Europas, ohnehin schon so elend und drohend, mit einem Ausblicke auf

immer noch größere Leiden würden, und die Gefahr von Konflikten müßte dann die ganze christliche Zivilisation mit sich reißen; denn, wie schon der hl. Thomas (*De regimine Principum*, I. 10) sagt und die Erfahrung bestätigt: *desperatio audacter ad quaelibet attendanda praecipitat*.

Daher beschwören Wir kraft jener weltumfassenden, Uns vom göttlichen Erlöser anvertrauten Mission der Nächstenliebe aufs neue alle, sie möchten mit christlichem Geiste und dem gegenseitigen Wohlwollen, das jener einflößt, sich in dem Vorhaben vereinen, das gemeinsame Gute zu fördern, das dann auch zum größeren und dauernderen Vorteile den einzelnen Nationen gereichen wird. Da dies aber nicht vollauf geschehen kann ohne die wirksame Gnade jenes Gottes, der der erste Urheber und höchste Leiter der Gesellschaft ist und als solcher anerkannt sein muß, so ermahnen Wir von neuem aufs wärmste das ganze christliche Volk, daß es für die bürgerliche Gesellschaft das schöne Gebet wiederhole, das wir in der ehrwürdigen Liturgie der Karwoche für die Kirche gesprochen haben: *Deus et Dominus noster pacificare, adunare et custodire dignetur eam toto orbe terrarum, detque nobis quietam et tranquillam vitam*.

So wird sich wahrscheinlich jene öffentliche Wohlfahrt erreichen lassen, die der natürliche Zweck jeder bürgerlichen Gesellschaft ist und die auch die Kirche fördert, indem sie die Menschen ihrem übernatürlichen Ziele zuführt: *ut sic transeamus per bona temporalia, ut non amittamus aeterna*.

Indem Wir diese Unsere Gesinnung und Wünsche zu Ihrer Kenntnis bringen, damit Unsere diplomatischen Vertreter sich bei den Regierungen und Völkern zu wärmsten Dolmetschern derselben machen, erteilen Wir Ihnen, Herr Kardinal, von Herzen den Apostolischen Segen.

Pius PP. XI.

Man muß sich zum vollen Verständnisse der Vorgänge gegenwärtigen, daß die Sowjetregierung, angeblich um Mittel zur Bekämpfung der Hungersnöt zu bekommen, in Wirklichkeit aber um die erschöpften Revolutions-Propagandakassen wieder zu füllen, um jene Zeit begonnen hatte, die Kirchenschätze einzuziehen. Daß solche in katholischen Kirchen nicht gefunden werden konnten, dafür hatte die Zarenherrschaft schon lange gesorgt; aber ihre Nachfolger gingen noch weiter, sie beschlagnahmten auch die kirchlichen Gefäße, Kelche, Monstranzen usw. und forderten vom Klerus die Einreichung genauer Verzeichnisse und die freiwillige Mitwirkung bei diesem Kirchenraube. Daher neue Prozesse, neue Verurteilungen in Massen.

Wir wissen aus den wiederholten, nachdrücklichen Erklärungen des Vatikans, daß bisher alle Verhandlungen einzig und allein die päpstliche Rußlandhilfe im Hungergebiete zum Gegenstande hatten; trotzdem wurden die unsinnigsten Meldungen verbreitet, u. a. auch die von Konkordats-Verhandlungen, ¹⁾ was zu heftigen Kritiken russischer Emigrantenkreise führte. ²⁾ Der „Temps“ schlug dann die eine Unwahrheit mit einer anderen tot, indem er meldete, die Verhandlungen hätten sich „zerschlagen“.

Um jene Zeit gelangten an den Heiligen Stuhl Nachrichten aus Rußland ³⁾ „über die nicht nur der katholischen Kirche, sondern jedem Bekenntnisse bereitere traurige Lage.“ Das Dekret vom 23. Januar 1918 ⁴⁾ hatte wohl jedermann Gewissens- und Religionsfreiheit verbürgt, aber sicheren Nachrichten gemäß entsprach die Wirklichkeit dem durchaus nicht. Der Papst wollte daher, daß diese Lage der Konferenz unterbreitet werde, ehe noch das russische Problem durch internationale Abmachungen seine endgültige Lösung erführe. Er entsandte daher am 5. Mai 1922 Msgr. Pizzardo, Substitut des Staatssekretärs für die a. o. Angelegenheiten, nach Genua und ließ den Vertretern der beim Heiligen Stuhle beglaubigten Mächte folgendes Memorandum überreichen:

„In dem Schreiben, das der Heilige Vater am 29. April an den Kardinal-Staatssekretär sandte, wird dieser aufgefordert, den Mächten, mit denen der Hl. Stuhl in diplomatischen Beziehungen steht, die Botschaft, die S. Heiligkeit für den glücklichen Ausgang der Konferenz von Genua ausgesprochen

¹⁾ durch die Berliner „Zentrums-Parl.-Korr.“ in „Augsburger Postzeitung“ vom 9. Mai 1922.

²⁾ Besonders tat sich der Schriftsteller Mereschkowsky in Berlin hervor, der namens der antibolschewistischen russischen Kreise ein offenes Schreiben an den Papst richtete; er faselt darin von einer Synthese der westlichen und östlichen Kirche zu einem „dritten Kaisertume, einem Reiche der Liebe ohne Gewalt und juristische Autorität, um als Vorläufer des kommenden zweiten Reiches Christi zu wirken.“ Alle „wahren Russen“ verfolgen mit schmerzlichen Gefühlen „das sich anbahnende Konkordat des Hl. Stuhles“ mit der „internationalen Bande, die sich Räteregierung nenne.“ Wir glauben nicht, daß der Statthalter Christi das Reich des Antichrist segnen könne!“ Ich erwiderte darauf in der „Augsburger Postzeitung“ vom 9. Mai 1922, daß diese Art von Synthese ein Unding sei; Voraussetzung sei vor allem gründlichere Kenntnis in catholicis, die Mereschkowsky mangle.

³⁾ Dieser Abschnitt ist ausführlich im „Oss. Rom.“ vom 15./16. Mai 1922 geschildert.

⁴⁾ Artikel 2, 3, 5 und 13.

hat, und zwar besonders bezüglich der russischen Nation, zu übermitteln. Da der Stand der Dinge ihm nicht gestattet, jeder Kanzlei auf dem üblichen Weg durch beglaubigte Vertreter diese Mitteilung zu machen, benützt der Hl. Stuhl die Anwesenheit der Delegierten derjenigen Staaten in Genua, mit denen er diplomatische Beziehungen unterhält, um ihnen direkt den Text des päpstlichen Schreibens mitzuteilen und ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte zu lenken, die von großer Bedeutung sind:

In der historischen Stunde, da es sich um die Wiederzulassung Rußlands zu der Gemeinschaft der gesitteten Nationen handelt, wünscht der Hl. Stuhl, daß die religiösen Interessen, die Grundlage jeder wirklichen Zivilisation in Rußland, geschützt werden möchten. Infolgedessen wünscht der Hl. Stuhl, daß die Abkommen, welche zwischen den in Genua vertretenen Staaten abgeschlossen werden, in irgendeiner Form, aber recht deutlich, die folgenden drei Klauseln enthalten:

1. Volle Gewissensfreiheit für russische Bürger oder Ausländer soll von Rußland zugesichert werden.

2. Ferner soll die private und öffentliche Ausübung der Religion und des Kultus zugesichert werden.

3. Die Immobilien, die irgendwelchen religiösen Gemeinschaften gehören oder gehört haben, werden ihnen zurückerstattet oder sollen ihnen verbleiben.¹⁾

Msgr. Pizzardos erster Besuch sollte Lloyd George gelten, doch konnte bei ihm die Ueberreichung erst am 8. Mai erfolgen. Am gleichen Tage traf der Prälat sich in Begleitung des kanonistischen Beirates der deutschen Botschaft beim Vatikan, Msgr. Steinmann, zu Santa Margherita mit dem Sowjetvertreter Worowski zwecks genauerer Fassung einiger Punkte der Abmachungen über die Hilfsmission. Während der Aussprache kam Tschitscherin hinzu und Msgr. Pizzardo überreichte auch ihm das Memorandum, überdies wärmstens die Wünsche des Heiligen Stuhles, niedergelegt in den beiden ersten Klauseln, empfehlend. Bezüglich der dritten hatte nämlich Lloyd George die vorläufige Zurückstellung gewünscht, da die Frage des Privateigentums in einer weiteren,

¹⁾ Die gesamte französische Presse hat, anscheinend, auf Weisung von oben, bei der Wiedergabe des Memorandums den Art. 3 unterdrückt und „Temps“ eröffnete sofort führend den Feldzug gegen den Vatikan, es sei dem Papste gar nicht um Gerechtigkeit zu tun, sonst hätte er fordern müssen, daß allen religiösen Gemeinschaften in Rußland ihr Eigentum zurückgegeben werde (was der Papst tatsächlich gefordert hat!) Uebrigens war es Frankreich selbst, das mit dem schlechten Beispiele vorangehend die Kirche vollkommen ausgeraubt hatte.

zu Haag abzuhaltenden Konferenz erörtert und gelöst werden sollte. Tschitscherin stellte bei dieser Gelegenheit seinen Besuch im Vatikan in Aussicht. Es ist aber weder zu diesem gekommen noch auch zu den internationalen Abmachungen mit Rußland; ¹⁾

¹⁾ Wie weit in „orthodoxen“ Kreisen die Unduldsamkeit gegen Rom und gegen alles, was in Rom geschieht, geht und wie sehr dieser Haß die Liebe zu den notleidenden Glaubensgenossen überragt, davon hat aus Anlaß dieser Verhandlungen der „Verein der serbisch-orthodoxen Priester im S. H. S.-Staate“ einen Beweis geliefert, indem er auf einer Konferenz eine Adresse an den serbischen Patriarchen Dimitrij folgenden Inhaltes richtete:

„Die Konferenz von Genua, die unter dem Drucke gewisser großer Nationen in der Verwirklichung der größten Probleme eine beispiellose Schwäche an den Tag gelegt hat, ließ durch ihre Indolenz ein neues Uebel heranreifen und erstarken, das die Verwirrung, die in den Staaten Europas herrscht, notwendigerweise vergrößern wird. Unter diesem Uebel verstehen wir den Vertrag, den Rom mit dem bolschewistischen Rußland abgeschlossen hat (bekanntlich nicht geschehen! D. V.), welcher Vertrag dem Papsttum und dem Jesuitismus die weitgehendsten Rechte zur Sicherung des politischen Prestiges der römisch-katholischen Kirche im bolschewistischen Rußland einräumt. Dieses Uebel ist sehr groß und birgt in sich nicht nur für Rußland, sondern auch für die Orthodoxie die größte Gefahr.

Der Verein der serbischen Priester des Königreiches Jugoslawien, der sich der weittragenden Bedeutung dieses Vertrages (!) bewußt ist, beeilt sich nun, den Patriarchen zu bitten, daß er bei der hl. Synode der griechisch-orientalischen Kirche seinen Einfluß dahin geltend mache, daß dem päpstlichen Proselytismus im einstigen russischen Reiche Einhalt geboten wird. Es müssen alle griechisch-orientalischen Kirchen, namentlich aber die große griechisch-orientalische Kirche (?) um Hilfe angegangen werden, ist es doch in erster Reihe ihre Pflicht, für ihre Kinder, deren Seelenheil durch das Abkommen Roms mit den Bolschewisten gefährdet ist, zu sorgen.

Der Verein der serbischen Priester nimmt sich den Mut, offen zu sagen, daß der faule und morsche Westen kein Recht hat, sich in die Angelegenheiten des griechisch-orientalischen Ostens einzumischen. Demgegenüber ist es aber heiligste Pflicht der Orthodoxie, den vom Geiste Jesu Christi durchdrungenen Osten (!) gegen den Westen zu schützen. Die in Rußland lebenden Kinder der großen Kirche sind der Gefahr ausgesetzt, von Rom aus mit Fesseln belegt zu werden; ein Protest der großen Kirche würde diese Fesseln sprengen.

Die Machtgelüste des Vatikans sind allbekannt; es darf nicht zugelassen werden, daß das Volk unserer Kirche diesen Machtgelüsten geopfert werde. Da die Gefahr, die von Rom aus droht, nicht nur für Rußland, sondern für die griechisch-orientalische Kirche überhaupt eine Gefahr bedeutet, so wäre es ratsam, wenn die Vertreter aller Kirchen zu einem Kongreß zusammenkämen. Die Schwäche der russischen Kirche darf von den Feinden der Orthodoxie nicht gegen die griechisch-orientalische Kirche als solche ausgenützt werden.“ La Croix vom 15. Juni 1922, deutsch in „Ausb. Postzeitung“ vom 22. Juli 1922.

ja die Haager Konferenz ging auseinander, ehe sie noch ihre Tätigkeit recht begonnen hatte, da Poincaré erkannte, daß er seine ehrgeizigen Pläne dort nicht durchzusetzen vermochte. Russischerseits war, wie anerkannt werden muß, guter Wille vorhanden, zu Ergebnissen zu gelangen. Somit scheiterten auch die Bemühungen des Hl. Stuhles, die auf die Konferenz gesetzten Erwartungen zerflossen in nichts.

Wir müssen uns, um nicht zu weitläufig zu werden, versagen, auch nur einigermaßen die Entwicklung des Zusammenbruches der russisch-orthodoxen Patriarchalkirche ¹⁾ und die Rolle ihres Patriarchen Tychon zu schildern. Schon im März 1920 verlautete aus Stockholm, daß „zwischen Bolschewiken und orthodoxer Kirche ein Abkommen getroffen worden sei, wonach das Protektorat der Sowjetregierung über die Patriarchalkirche zugestanden wurde.“ ²⁾ Tychon war zusammen mit einem großen Teil seines Klerus wegen Widersetzlichkeit gegen die Beraubung der Kirchen eingekerkert worden, hatte sich aber schließlich nach einer unwürdigen Gerichtskomödie unterworfen und die Oberhoheit des Sowjetstaates über die russisch-orthodoxe Kirche anerkannt. Im Hinblick auf die Geneigtheit Tychons gegenüber den Annäherungsbestrebungen der englische Staatskirche bot der englisch-protestantische Episkopat alles auf, die Freilassung zu erwirken und erbat hiezu sogar die Unterstützung des Papstes. Obwohl nun Tychon das Oberhaupt der romfeindlichen Richtung seiner Kirche war ³⁾ und

¹⁾ Darüber ausführlich in dem Buch: Mac Cullagh, Capt. Fr., Die Verfolgung des Christentums durch die Bolschewiki, deutsch v. Dr. H. Kaßpohl, Paderborn 1925.

²⁾ s. Corriere d'Italia vom 15. März 1920.

³⁾ vgl. Mac Cullagh-Kaßpohl, S. 92/3. „Eine der ersten Handlungen des Patriarchen, nachdem er den Frieden mit den Sowjets geschlossen hatte, war ein scharfer Angriff auf den Vatikan, den er anklagte, mit Hinterlist versucht zu haben, die russische Kirche zu untergraben. Alle orthodoxen Russen hat er aufgerufen, sich zu vereinen gegen das römisch-katholische Vordringen, das, wie er sagte, die russische Zwietracht für eigene Zwecke auszunutzen versuche. Dieser Angriff wird selbst von protestantischen englischen Beobachtern in Moskau als eine Handlung von zweifelhaftem Charakter bezeichnet. Während eines ganzen Jahres hat der Hl. Vater alles getan, um die Bolschewiki zur Freilassung der Gefangenen und besonders auch des Patriarchen selbst zu veranlassen. Während eines ganzen Jahres wurden viele Hunderte orthodoxer Priester mit ihren Familien von der Hilfsaktion des Papstes ernährt und gekleidet, ohne daß irgendein Versuch gemacht wurde, in ihre Religion sich einzumischen. Selbst der Altarwein,

sich in dieser Gesinnung eines Herzens mit den Regierungsmännern wußte, hatte der Papst, noch ehe die englische Anregung erfolgte, in dieser Richtung schon Schritte getan. In seinem Auftrage richtete Msgr. Pizzardo an Tschitscherin in Genua ein Schreiben, ¹⁾ das seitdem seitens der russischen Emigranten sehr zu Unrecht zum Vorwande benützt wurde, Rom habe damit ein Abkommen auf Kosten der orthodoxen Kirche geschlossen, einen (nicht existierenden!) geheimen Vertrag zwischen den Jesuiten und Kommunisten bestätigt, der die Auflösung der orthodoxen Kirche bezwecke usw.. Professor Kartaschew in Paris, Professor Glubokowsky in Sofia, Fürst Nikolas Trubetzkoi u. a. bekämpfen diesen „Vertrag“, als wäre er eine historische Tatsache, und Glubokowsky hat noch auf der protestantischen Weltkonferenz zu Stockholm die unwahre Behauptung wiederholt, „gegen das orthodoxe Rußland habe man (nämlich „Rom“, D. V.) seit den Tagen der unglücklichen Genua-Konferenz ein geheimnisvolles Bündnis mit den atheistischen Bolschewiken gestiftet.“ Wir lassen daher das Schreiben im vollen Wortlaute selbst sprechen; es ist im „Osservatore Romano“ vom 18. Juni 1922 abgedruckt und lautet:

„Es hat den Hl. Vater geschmerzt, zu vernehmen, daß der Patriarch Tychon und andere Geistliche in Moskau eingekerkert worden sind. S. Heiligkeit wäre Ihnen besonders erkenntlich, wenn durch Ihre hohe Vermittlung diese Geistlichen in Freiheit gesetzt würden, was unter den gegenwärtigen Umständen den günstigsten Eindruck in den verschiedensten Kreisen hervorrufen würde. Bei dieser Gelegenheit habe ich die Ehre, Sie zu verständigen, daß nach einem Telegramm von Msgr. Cieplak an den Hl. Vater die Regierungsbehörden von Petersburg auf der Auslieferung der heiligen und kostbaren Kultusgeräte bestanden haben, damit der Erlös aus ihrem Verkaufe zur Linderung der Hungernden verwendet werde. Diesbezüglich beeile ich mich, Sie wissen zu lassen, daß der Hl. Vater geneigt ist, diese heiligen, kostbaren Gegenstände anzukaufen und sie bei Msgr. Cieplak hinterstellt zu belassen. Der vereinbarte

den der Patriarch und die Moskauer Geistlichkeit gegenwärtig verwenden, kam vom Vatikan. . . Kardinal Mercier hat dem Patriarchen in seinem eigenen Palast ein Heim angeboten. Msgr. Budkiewicz's Tod dürfte des Patriarchen Leben gerettet haben durch den Sturm der Entrüstung, den er im Ausland hervorrief. . . .“

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 18. Juni 1922.

Preis wird sofort Ew. Hochwohlgeborenen oder an jedwede andere Person übergeben werden, die die Regierung benennen würde. Ich bitte E. H., mir gefälligst so bald als möglich Ihren Willen bekanntzugeben und die zweckentsprechenden Befehle nach Petrograd zu übermitteln."

Auf dieses Schreiben vom 14. Mai antwortete Tschitscherin am 17 ten:

„In Beantwortung Ihres Briefes vom 14. Mai 1922 Nr. 3605 bitte ich Sie, S. Heiligkeit zu versichern, daß der Patriarch Tychon, obwohl gerichtlich verfolgt, nicht im Gefängnis ist. Was die sehr interessanten im zweiten Teil Ihres Briefes enthaltenen Vorschläge betrifft, so werden sie sofort von mir nach Moskau übermittelt und gewiß von der Regierung mit allem Wohlwollen, das sie verdienen, geprüft werden."

Noch eine weitere Einzelheit wird in Emigrantenkreisen als „Beweis" jenes nicht existierenden Abkommens betrachtet und zu diesem Zwecke entsprechend aufgebauscht, nämlich die angebliche Zusammenkunft des Erzbischofs Signori von Genua mit Tschitscherin. Was ist daran Wahres? König Viktor Emanuel hatte während der Konferenz Genua besucht und die Konferenzvertreter und Spitzen der Behörden, darunter auch den Erzbischof an Bord der königlichen Jacht zu Tisch geladen; es traf sich, daß dieser neben Tschitscherin seinen Platz erhielt und während des Essens mit seinem Nachbar ein paar Worte wechselte, nämlich ob die katholische Kirche in Rußland frei sei, worauf Tschitscherin erwiderte, so frei wie in Amerika. Das war die ganze Unterredung! Zum Schlusse gab es die üblichen Trinksprüche, wobei der Erzbischof der Sitte gemäß mit seinem Tischnachbar anstieß, was nun als „Besiegelung" des „Geheimvertrags" gedeutet wird. Eine Antwort auf den Vorschlag ist niemals erfolgt, denn, wie sich ergab, war es der Sowjetregierung gar nicht um die vorgeschützte Erlangung von Mitteln zur Unterstützung der Hungernden, sondern um Kirchenraub allein zu tun. Ja ihre nächsten Maßnahmen kehrten sich direkt gegen den katholischen Erzbischof Cieplak, sodaß sich der Vatikan gezwungen sah, am 7. Juni für diesen bei Lenin direkt vorstellig zu werden.

Dankbar in Worten hat die Sowjetdelegation die Unterstützung des Hl. Stuhles angenommen, obwohl diese nicht ihr galt, sondern dem russischen Volke. „Die Politik des Vatikans ist die

völlige Versöhnung der Völker, aller Völker, aller Nationen. Der Papst will einen Weltfrieden, der für alle gerecht sein soll." ¹⁾ Litwinow, eines der Mitglieder der Sowjetabordnung, gab zu, das Schreiben des Papstes habe auf ihn den besten Eindruck gemacht und zwar unter allen Gesichtspunkten, auch bezüglich der Zweckmäßigkeit des Augenblickes, da es erschien. „Es war in dem harten täglichen Ringen um den Frieden Rußlands das Wort des Papstes sehr bestärkend. Die Regierung der Sowjets anerkennt das große sittliche Ansehen des Papstes und es sind Verhandlungen im Gange, die Tschitscherin möglichst selbst in Rom mit dem Vatikan abschließen möchte, um verschiedene Fragen rein religiösen Charakters zu lösen." ²⁾ Auch dazu ist es nicht gekommen, der Besuch fand niemals statt; trotzdem gab der Archimandrit der russischen Botschaftskapelle in Berlin namens Tichon mit peinlicher Genauigkeit eine Schilderung dieses imaginären Empfanges Tschitscherins durch den Papst, deren Einzelheiten sämtlich Zeitungsberichten über den Besuch des Königs von Belgien (am 24. März 1922) im Vatikan entnommen waren. ³⁾ Im Gegenteil, während man bange auf eine Besserung der Dinge hoffte, brach am 4. März 1923 die Verfolgung mit rücksichtsloser Brutalität aus. Der katholische Klerus hatte es abgelehnt seiner ihm von Gott anvertrauten Mission an den Menschenseelen untreu zu werden und so wurde Erzbischof Cieplak mit noch vierzehn Priestern und Klerikern in Petersburg verhaftet und nach dem Gefängnisse in Moskau überführt. Weinend umstanden die Katholiken am Bahnhofs ihren Bischof, der nochmals segnend die Hände über sie ausbreitete. Die Behörden schlossen die Kirchen, wie das inzwischen bereits anderswärts z. B. in der alten Bischofsstadt Kamieniec geschehen war, wo die sechs Priester gefoltert und zum Tode verurteilt wurden; so auch zu Witebsk usw.

Am Karfreitag 1923 schloß der Prozeß durch die Hinrichtung des tags zuvor zum Tode verurteilten Prälaten Butkiewicz; er wurde aus seiner Zelle geholt und von rückwärts durch einen Kopfschuß mit dem Revolver niedergestreckt.

¹⁾ Worte des Erzbischofs Signori von Genua zuf. „Vaterland"-Luzern vom 20. April j. J.

²⁾ s. „K. Kztg." 1922 Nr. 20 S. 157.

³⁾ s. Mac Cullagh-Kaßpohl S. 130.

Die Anklageschrift beschuldigte zwei (inzwischen verstorbene) Priester Baltruszis und Czajewski, Dowalkis und Iwilki (gleichfalls außer Landes), den Erzbischof Cieplak, die Prälaten Malecki und Butkiewicz, die Priester Wasilewski und Janukowicz (wegen „Aufbewahrung der Leichen Verstorbener in ihrer Kirche“ d. h. wegen Reliquienbesitzes bereits zu 1 Jahr Zwangsarbeit verurteilt), die Priester Eysmond, Juniewicz, Matulanis (vorbestraft wegen Taufe eines Kindes), Chwiecko, Troijgo, Chodniewicz und Iwanow, den Eucharisten Fedorow (einen russischen Priester-Konvertiten), die Priester Rutkowski und Pronsketis, sowie den Studenten Czarnas. Ihre Verbrechen waren, daß sie einer kirchlichen Organisation angehörend sich der religiösen „Vorurteile“ bedient hatten, um die Gläubigen zum Widerstand gegen die Beschlagnahme der kirchlichen Güter und Gegenstände aufzufordern, wobei erschwerend war, daß sie sich auf das Kirchenrecht beriefen und auf die religiösen Gesinnungen der Gläubigen einwirkten, um sie zum Nachteil der Sowjetbehörden zu beeinflussen. Der Erzbischof hatte überdies in einem Rundschreiben auf die Unzulässigkeit der Fortnahme von Wertgegenständen aus den Kirchen ohne Genehmigung der Kirchenbehörden hingewiesen und einen Priester telegraphisch beauftragt, die Inventaraufnahme zu verweigern. Chodniewicz hatte ferner sich dem Befehle widersetzt, der Beschlagnahme-Kommission den Tabernakel zu öffnen, und erklärt, er würde sich eher töten lassen. Auch hat er die anwesenden Gläubigen aufgefordert, zu beten und passiven Widerstand zu leisten. . . Dieser Art sind all die „Verbrechen“ der Angeklagten. ¹⁾

Zur Beleuchtung der kommunistischen Gewissensfreiheit genügt es, auf den § 13 der Sowjetverfassung zu verweisen, der es jedem

¹⁾ Die katholische Kirche besitzt aus jener Zeit so manche der Welt unbekannte Blutzügel. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, Frau Brussilowa, Schwiegertochter des Generals Brussilow zum Tode verurteilt, weil sie in Petersburg sich an der Spitze der Katholiken den in die Kirche zur Wegschleppung der heiligen Gefäße eingedrungenen Bolschewiken entgegengestellt und erklärt hatte: „Die Ungläubigen kommen, um den Leib Christi zu plündern!“ Sie nahm ihr Urteil mit den Worten hin: „Sie können mir wohl das Leben nehmen, nicht aber den Frieden, der in meinem Herzen wohnt, denn ich habe diesen Morgen das hl. Sakrament empfangen.“ (Mac Cullagh in „Times“ vom 29. Mai 1923.) Ausführlicher Prozeßbericht in „K. Kztg.“ 1923 Nr. 15 und nach dem Berichte Mac Cullaghs, der den Verhandlungen beiwohnte, ebenda 1923 Nr. 24, S. 196.

Bürger zur Pflicht macht, die Regierung und die kommunistische Partei im Kampfe gegen die Religion zu unterstützen. In der Instruktion des Kommissärs für innere Angelegenheiten vom 20. September 1921 heißt es: „Alle Kulte ohne Unterschied der Kirchensprache sind als gegenrevolutionär zu behandeln und haben in keinem Falle Anspruch auf Schutz der politischen Behörden. Für die Trennung von Kirche und Staat gilt, daß keine Religionsgesellschaft bewegliches oder unbewegliches Eigentum besitzen darf. Alles Eigentum kirchlicher oder religiöser Genossenschaften geht in den Besitz des „arbeitenden Volkes“ (d. h. der Kommunisten) über. Im Falle von Wohnungsmangel kann die Erlaubnis zur Benützung der kirchlichen Gebäude den Religionsgemeinschaften entzogen werden. Eine Instruktion vom 10. Oktober 1920 verpflichtet die Geistlichen unter Androhung der Anklage auf „Sabotage“, jede durch die Zivilbehörde geschiedene Ehe aufzulösen.

Das Urteil lautete gemäß dem Antrage des berüchtigten Staatsanwaltes Krylenko für Erzbischof Cieplak und Prälat Butkiewicz auf Tod, für die Uebrigen auf Gefängnis nicht unter zehn Jahren. Der satanische Haß forderte unter allen Umständen für den Karfreitag das Opfer eines katholischen Priesters; äußere Beweggründe dafür lagen nicht vor. Wie der „Osservatore Romano“ berichtete, hatte die Sowjetregierung dem Vatikan wiederholt die Versicherung gegeben, daß das Urteil nicht vollstreckt würde.¹⁾ Er schreibt daher, die Erschießung des Prälaten Butkiewicz werfe ein trauriges Licht auf die Zustände in Rußland und lege den Gedanken nahe, daß dort Gründe der Menschlichkeit, die Lehren der Geschichte, die Anteilnahme der ganzen Welt und die von verschiedenster und uninteressierter Seite kommenden Proteste nichts gelten und nichts bewirken.²⁾

Der Heilige Stuhl hat alles aufgeboten, was in seiner Macht stand, um dem Bolschewismus seine Opfer zu entreißen;³⁾ er

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20./21. März 1923.

²⁾ Die Synode der russischen Emigranten-Kirche in Belgrad sprach dem dortigen Nuntius Msgr. Pellegrinetti aus diesem Anlasse ihre Sympathie aus, bedauerte aber zugleich, „daß der Hl. Stuhl die Verfolgung des orthodoxen Klerus ignoriert habe.“ Mit welchem Rechte, weiß der Leser, und der Nuntius verwies denn auch auf die veröffentlichten und hier wiedergegebenen Dokumente.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20./21. März 1923.

sah hiebei jedoch gänzlich davon ab, sich irgendeiner fremden politischen Macht zu bedienen, da dies das Ergebnis auf keinen Fall begünstigen konnte. Polen, England, Deutschland und Amerika intervenierten auf Ersuchen kirchlicher Kreise ihres Landes, aber bedauerlicherweise wurden auch sie nur mit leeren Versicherungen abgespeist oder erhielten dem Tenore nach unverschämte Antworten. Der „Osservatore Romano“ ¹⁾ stellte die Tatsache fest, daß im Vatikan wenige Tage vor dem Tode des Prälaten Butkiewicz Sowjet-Zeitungen eingelaufen waren, in denen noch vor dem Prozesse (der in der Karwoche stattfand) ein katholisches Opfer für das katholische Osterfest gefordert wurde. ²⁾

Das Todesurteil des Erzbischofes Cieplak wurde in Gefängnisstrafe umgewandelt.

Es muß daran erinnert werden, daß um jene Zeit die päpstliche Hilfsmission im russischen Hungergebiete und in Moskau selbst gemäß dem Ersuchen der Sowjet-Regierung ihre größte, ausgedehnteste Tätigkeit entfaltete und 160 000 Hungernde betreute. Der oberste Leiter P. Walsh hat alles aufgeboten, um auch seinerseits eine Verurteilung oder die Ausführung des Urteiles zu verhindern. Wenige Tage vor dieser war noch eine riesige Medizinaliensendung des Papstes im Werte von einer Million Lire als anrollend gemeldet worden und der Sekretär für Gesundheitswesen, Semaschko, dankte telegraphisch dem Geber und drückte „seine lebhafteste Erkenntlichkeit und die Hoffnung aus, der Papst werde in seinem Hilfswerke für das russische Volk fortfahren.“ ³⁾

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20./21. März 1923.

²⁾ „Bezboschnik“ („Ohne Gott“), eine offizielle atheistische Propagandazeitschrift, schrieb in ihrer Nr. 14, eine Woche vor dem Prozeß gegen Msgr. Cieplak und Gefährten, „der Papst suche die schwarze gegen die rote Internationale zu einen“, und verwendete eine ganze fünfspaltige Seite darauf, um die Notwendigkeit zu beweisen, alle katholischen Priester zum Tode zu verurteilen. „Prawda“ schrieb am Tage, da Msgr. Budkiewicz die Krone des Martyriums empfing, man müsse „in contumaciam auch den Prozeß gegen den Papst in Rom machen.“

³⁾ Auf der „Weltkonferenz für praktisches (!) Christentum“ in Stockholm verdächtigte der russische Emigrantentheologe Glubokowsky mit Zustimmung der Kongreßzensur das Wirken der päpstlichen Wohltätigkeitskommission im Hungergebiete, indem er von „apostolischen Expeditionen“ sprach, die „ihre besonderen Zwecke verfolgen.“ „Proselytenmacherei von rein pharisäischem Typ sei zu einer Art Krankheit des heutigen Katholizismus geworden und

Der ungeheure Eindruck des Justizmordes war ein solcher, daß Litwinoff (alias Finkelstein) gegenüber einem Vertreter des „Daily Herald“¹⁾ sich bemühte, die religiösen Beweggründe in politische umzudeuten. Doch ergab sich aus der Veröffentlichung der Anklageschrift in „Izwestija“ einwandfrei die Tatsache, daß ausschließlich religiöse und kirchliche Motive bestimmend waren, also Martyrium im vollen und wahren Sinne des Wortes vorlag.²⁾

In den der Anklageschrift beigegebenen Bemerkungen ist gesagt, es sei leicht, in dem Verhalten der Angeklagten einen Plan der römischen Kurie zu erkennen, um die Sowjetregierung zu direkten Verhandlungen mit Rom über die religiösen Fragen in Rußland zu zwingen. Dieser Plan würde dem Papste in Rom gestatten, sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetrepublik zu mischen. Diese betrachte jedoch die katholischen Gläubigen Rußlands als Russen, die den Gesetzen des Landes zu gehorchen haben. Das Eingreifen eines ausländischen Papstes oder die Berufung auf Gesetze, die nicht solche der Sowjets sind, könne nicht zugelassen werden. Die römische Kurie wolle Zwischenfälle konstruieren, um eingreifen zu können und Einfluß auf die russischen Gesetze der Sowjets zu gewinnen. Ropp gab nach, Cieplak habe Auftrag erhalten, sich zu widersetzen . . .

Das Tagesorgan des Hl. Stuhles stellt dem gegenüber fest, daß also die Verurteilung erfolgt sei, weil die Verurteilten Gott und seiner Kirche den schuldigen Gehorsam gehalten haben, und keine Regierung der Welt mit Ausnahme der russischen würde darin eine „Verschwörung“ erblickt haben. Was den angeblichen Plan der römischen Kurie bezüglich Rußlands betreffe, so wisse jedermann, daß es sich bei den kanonischen Gesetzen um solche handle, die angesichts der weltumspannenden Mission der katholischen Kirche in der ganzen Welt Geltung haben. Wenn schon von einem Plane der römischen Kurie gesprochen werden könne, so bestehe

die Bekehrung der ganzen Welt zu Füßen des römischen Stuhls sei die glänzende Vision und der süße Traum des heutigen Papsttums.“ Der Vortrag betitelte sich „Christliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft“! — Auch das Haupt der russischen Emigranten-Synode, der Metropolit Antonius hat, um seine Gläubigen von der katholischen Kirche fernzuhalten, ein von Beschimpfungen gegen den Papst strotzendes Pamphlet veröffentlicht; er nannte diesen darin „Lügner und Nachfolger des Satans, der bei der Messe den Kelch des Teufels konsumiere.“ Hievon erhielt der Papst gleichzeitig mit der Nachricht Kenntnis, daß ein Neffe des Metropoliten auf der Krim sich in größter Not befinde. Pius XI. beauftragte die päpstliche Hilfsmission telegraphisch alles zu dessen Gunsten aufzubieten und er erhielt sofort eine Anstellung im Hilfswerke selbst.

¹⁾ s. Meldung des „Cath. News Service“ Nr. CE/203 vom 17. April 1923.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 14. April 1923.

er darin, zurzeit 120 000 Menschen, zumeist Kindern und Kranken, durch ihre eigenen Delegierten Kleidung und Nahrung zukommen zu lassen. Und während der Hl. Stuhl sich in Rußland nicht im geringsten in Dinge mische, die ihn nichts angehen, so sei es höchst merkwürdig, wenn Izwestija von einem „Eingriffe eines ausländischen Papstes“ spreche, während die Angeklagten dafür verurteilt wurden, daß sie sich der Einmischung ihrer Regierung in Dinge und Gesetze widersetzen, die für die ganze Welt gelten, gemäß dem Beispiele der Apostel, man müsse Gott mehr als den Menschen gehorchen. Was Msgr. von Ropp angehe, so habe er sich nicht im geringsten irgendwie gebeugt, denn auch er wurde zum Tode verurteilt und der Tag der Exekution war bereits festgesetzt. Er wurde jedoch von der Regierung begnadigt, die dem Vorschlage des Nuntius beitrug, und dieser Nuntius hieß damals Achille Ratti.

Im Konsistorium vom 23. Mai 1923 äußerte sich Papst Pius XI. in seiner gewissermaßen an die ganze Welt gerichteten Ansprache über die „schlimmen und traurigen Dinge, die sich in Rußland zugetragen haben.“ Er wies zuerst auf das päpstliche Hilfswerk hin und dann auf den Moskauer Prozeß und das Todesurteil. „All das geschah, ohne daß Wir anfänglich etwas davon erfahren hatten; auch in der Folge wurden Wir weder gefragt noch angehört, als Wir um das Eine baten, man möchte die Genannten, da sie Unserer Autorität unterstellt sind, Unserer Gerichtsbarkeit überweisen, unter Vorlagen der schriftlichen Unterlagen, die ihre etwaige Schuld dartun. Unserseits gaben Wir die feierliche Versicherung, in Unserem Urteile nur die Gerechtigkeit walten zu lassen. Was aber noch am schlimmsten ist, — sofern die Berichte auf Wahrheit beruhen, — geschah die Verurteilung zu Gefängnis und Tod der Diener einer um das russische Volk so sehr verdienten Religion unter zahlreichen und öffentlichen Kundgebungen des Hasses und der Verhöhnung gegen diese heilige und göttliche Religion, deren Verteidigung jene übernommen haben, deren Gebote zu halten und deren Rechte zu verteidigen sie um jeden Preis gesonnen waren. Was es aber immer auf sich habe mit den gegen Erzbischof Cieplak und seine Leidensgenossen, besonders gegen den Priester Budkiewicz, der erschossen wurde, erhobenen Anschuldigungen, so bietet für den Schmerz, den Wir um Unserer glaubensstarken Söhne willen erdulden, einen ganz besonderen Trost sowohl die Ehre, die daraus Gott und unserer Religion erwächst, als auch die sichere Hoffnung, daß die Verurteilung, die Gefängnisstrafen und das Blut zu einem Samen

zahlreicher und ausgezeichneter Katholiken werde, gerade so wie sie in den ersten Zeiten der Kirche ein Samen von Christen waren."

Inzwischen nahm das Verhängnis der russischen Patriarchalkirche, die noch vor wenigen Jahren unerschütterlich schien, seinen Lauf; nicht auf den Felsen Petri gegründet, der staatlichen Stütze beraubt, rein menschlicher Autorität überlassen, löste sie sich mehr und mehr auf.¹⁾ Ein Teil rekonstruierte sich nach allerlei Wandlungen, in denen das allzu Menschliche die größte Rolle spielte, als sogenannte „lebendige Kirche“, anerkannte die Suprematie des bolschewistischen Staates über die Kirche und erhielt daher vom Volke den Namen „die rote Kirche.“ „Inmitten dieser religiösen Anarchie ist es allein die römisch-katholische Kirche, der Katholizismus, welcher um den Preis von Martyrien und Opfern unerschütterliche Solidarität und Geschlossenheit bewahrt. Die katholische Kirche in Rußland behauptet sich immer mehr in ihren Fundamentalgrundsätzen.“ So Kardinal Kakowski, dem als nächstem Beobachter ein Urteil zukommt.²⁾

¹⁾ U. a. haben sich folgende Abspaltungen vollzogen: die „lebendige Kirche“, die „kirchliche Erneuerung“, die „altapostolische Kirche“, die „allgemeine christliche Bruderschaft“, die „freie Arbeiterkirche“, der „Verband der werktätigen religiös-kommunistischen Gemeinschaften“, die „Seelenhirten der Werktätigen“ die „Kirche der freien Arbeit“. Auf dem Allrussischen Kirchenkonzil der Reformer, das im Mai 1925 in Moskau getagt hat, teilte Prof. Bjelkow von der Kiewer Geistlichen Akademie mit, daß sich seit Beginn der Revolution die Sektiererzahl verzehnfacht habe und heute (d. h. damals) mindestens acht Millionen Menschen umfasse.

²⁾ s. „Italia“ Nr. 279 vom 25. November 1925. — Es ist von höchstem Interesse, in einer Korrespondenz aus Charkow vom August 1925, veröffentlicht in „Bayr. Volksztg.“ (Nürnberg) Nr. 196 vom 25. August 1925, aus der Sowjetrepublik der Wolgadeutschen zu lesen: „Vor allem aber entwickelt die deutsche Geistlichkeit eine sehr rege Tätigkeit, um den Verfall der Religiosität unter den Siedlern aufzuhalten. Die Frage der Religion bildet auch heute noch den Zankapfel zwischen Moskau und den deutschen Selbstverwaltungen. Wenn die Regierung sich im allgemeinen neuerdings auch auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Kirche nicht mehr verfolgt, sondern durch stillen Widerstand bekämpft, durch hohe Steuern erstickt und am weiteren Gedeihen gehindert werden soll, so flößt ihr doch die bekannte große Gottesgläubigkeit der deutschen Siedler einige Besorgnisse ein.“ Mac Callagh berichtet in seinem Buche „die Verfolgung des Christentums“ (S. 89): „Nur ein Seminar besteht jetzt in Rußland; da aber seine Tätigkeit geheim und im Widerspruch zum Gesetz ist, will ich lieber nichts Näheres darüber erwähnen, außer daß alle seine Studenten als landwirtschaftliche Arbeiter gelten.“ Und S. 180: „Bei einer anderen Gelegenheit begann ich eine Unterhaltung mit einem anständigen, halbverhungerten jungen Mann von achtzehn oder neunzehn

Der Papst vergaß natürlich der im Moskauer Kerker schmachenden Bekenner nicht. Wiederum sah er, dem Gebote der Vernunft folgend, davon ab, in einem flammenden Proteste die Welt (diesmal gegen Moskau) aufzurufen und sich dadurch die Möglichkeit zu weiterer Hilfe, zum Erfolge zu zerstören. Vorerst freilich wollte sich kein gangbarer Weg zeigen. „Könnten Wir doch ebenso,” sagt er ¹⁾ „wie Wir wollten, mit angemessener Hilfe jenen Starkmütigen beistehen, die wegen ihrer Standhaftigkeit im katholischen Glauben den unwürdigsten Mißhandlungen ausgesetzt sind. Vor allem sind Wir in Angst und Sorge um das Leben des Erzbischofes Cieplak, der immer noch gefangen im Kerker schmachtet und dem Wir, da Uns kein anderer Weg offen steht, mit dem zuhulfe zu kommen Uns bemühen wollen, was das Wichtigste ist, mit dem Gebete, indem Wir Gott anflehen, er möge mit Seiner Gnade dem guten Kämpfen in Seiner Kraft beistehen. . .”

Von Polen aus wurde um dieselbe Zeit die Meldung verbreitet, ²⁾ Tschitscherin habe in einer Note an den Papst die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung ausgesprochen, die Katholikenverfolgung einzustellen, falls der Heilige Stuhl Sowjetrußland de jure anerkenne; die Meldung blieb jedoch unbestätigt.

Seine Gesinnung äußerte der Papst nochmals unzweideutig in seiner Encyklika zum 300. Todestage des hl. Martyrer-Erz-

Jahren in zerlumpter Kleidung; er erzählte mir . . ., daß er ein Diakon der katholischen Kirche wäre. Er war mit anderen Worten einer jener jungen Leute, welche sich jetzt in Moskau für den Priesterberuf vorbereiten. Die Bedingungen hierbei sind jenen sehr ähnlich, unter denen in Rom zur Zeit des Marcus Aurelius die Anwärter für den christlichen Priesterberuf sich ausbildeten. Diese Studenten können nur am Abend und in der Nacht sich ihren Studien widmen, denn bei Tage arbeiten sie als Angestellte in Sowjetbehörden oder Fabriken oder vielleicht als Schneider, Ladenjungen oder ungeübte Arbeiter. Sie leben zusammen und beten zusammen; aber sie müssen sehr vorsichtig beten, denn ihre Organisation, der sie angehören, ist im höchsten Grade ungesetzlich und überall in Moskau wird scharf herumgehört nach dem Laut eines Gebetes. Wie sie überhaupt arbeiten, entzieht sich meinem Verständnis; es fehlt ihnen an Büchern, Beleuchtung, Brennmaterial und Verpflegung; man kann hierüber keine näheren Nachrichten erhalten, da diese jungen Leute hierüber nichts aussagen.” Ueber die katholische Kirche in Sowjetrußland nach ihrer gegenwärtigen, mutmaßlichen Ausbreitung berichtet die „K. Kztg.” Nr. 33, 1925.

¹⁾ In der Konsistorial-Ansprache vom 23. Dezember 1923.

²⁾ s. „K. Kztg.” 1923 Nr. 51/52. S. 429.

bischofes Josaphat von Polock (am 12. November 1923). „Beim Anblicke des Schicksals, das die Slaven gegenwärtig erleiden, Leiden, die sicher viel schwerer sind, als sie unser Heiliger zu beklagen hatte, vermögen Wir Uns in väterlicher Liebe kaum der Tränen zu erwehren. Um diese Berge von Leiden einigermaßen zu verringern, beeilten Wir Uns, die Hilfsbedürftigen zu unterstützen. Wir haben dabei durchaus keine irdischen Ziele im Auge und machen keinen Unterschied unter den Bedürftigen. . . Die Not übersteigt Unsere Mittel. Auch konnten Wir nicht die allen religiösen Gefühlen spottenden Beschimpfungen von Wahrheit und Tugend und die an manchen Orten selbst blutige Verfolgung der Christen und der Priester und Bischöfe verhindern.“ In demselben Rundschreiben betont der Papst natürlich die unerläßliche Notwendigkeit der Wiederherstellung der Einheit in der Wahrheit, für die ja der hl. Josaphat sein Leben opferte; sie ist und muß eines der Ziele sein, welche die Kirche Christi anzustreben hat. Die Politik kann hierfür aber nur die Vorbedingungen schaffen, indem sie Gewissens- und Lehrfreiheit sowie Kultfreiheit bringt und durch Abkommen sichert. ¹⁾ Vorläufig jedoch müssen diese Ziele zurückgestellt werden, da die Sowjetregierung jeder Freiheit überhaupt feindselig gegenübersteht.

Im Januar 1924 kehrte der Leiter des päpstlichen Hilfswerkes P. Walsh S. J. aus Rußland zurück und seine Stelle nahm P. Gehrman, S. V. D. ein. Es war ihm kurz vor seiner Abreise noch gelungen, bei den Behörden auf dem Verhandlungswege durchzusetzen, daß den Katholiken die vorläufige Weiterbenützung ihrer Kirchen gestattet werde. Dieses Abkommen ist jedoch privater Natur, es hatte keinen diplomatischen Charakter, wie Mac Cullagh, der damals in Moskau weilte und mit P. Walsh engen Verkehr pflog, berichtet. ²⁾ Wenn ein amtliches Organ der Sowjetregierung die Ansicht vertrat, die ganze Schwierigkeit der Petrograder Kirchen (als Ausgangspunkt des Cieplak-Prozesses) sei aus dem Wunsche des Vatikans entstanden, daß ein besonderer Vertreter des Kreml beim Hl. Stuhle beglaubigt werden sollte, so steht dem als Wirklichkeit die Tatsache gegenüber, daß wohl die Bolschewiki nur zu gerne eine Einladung

¹⁾ Ueber die Schwierigkeiten der Union siehe die Abhandlung von P. Augustin Graf Galen, O. S. B. in K. Kztg. 1924 Nr. 6 S. 45.

²⁾ s. Mac Cullagh-Kaßpohl, S. 126.

erhalten hätten, einen solchen Gesandten zu schicken, der Papst aber sich allen solchen von Moskau ausgehenden Winken gegenüber ablehnend verhielt. Auch sonst sind noch einige kleine Anzeichen von Entgegenkommen bemerkbar; so wurde z. B. den Bitten Erzbischof Cieplaks (vor seiner Verurteilung), die Reliquien des Martyrers P. Bobola S. J., welche von den Bolschewiken in ein Moskauer Museum überführt worden waren, der Kirche zurückzugeben, entsprochen, indem man sie dem Papste zum Geschenke machte. Sie kamen im Mai 1924 in Rom an und wurden am 18. jenes Monates feierlich aus dem Vatikan nach der Hauptkirche des Jesuitenordens Al Gesù überführt. Erfreulicherweise hatten auch die fortgesetzten Bemühungen um Freigabe der gefangenen Priester endlich soweit Erfolg, daß wenigstens der greise Erzbischof Cieplak entlassen wurde. In seiner Konsistorial-Ansprache vom 24. März 1924 hatte der Papst noch einmal dieser Opfer bolschewistischen Christenhasses gedacht. „Wir können nicht umhin,“ sagte er, „hier von neuem ihrer zu gedenken, sei es um der Ehre und der Stärkung willen, einer Ehre, die mit der Verlängerung der Zeit immer mehr zunimmt, sei es, um sie noch einmal dem Gedenken und dem allgemeinen Mitleide zu empfehlen, insbesondere aber jenen, von denen ihr Los abhängt und denen gegenüber Wir nicht gerade jedweden Rechtes zu entbehren glauben, wie Uns gewiß auch die Pflicht obliegt, zu fordern und Unser Wort einzulegen.“¹⁾ Es liegt nun die Annahme nahe, daß es die Regierung Macdonalds war, auf welche letzten Endes Moskau hörte; an sie hatte sich der Vatikan gewendet, um sie für das Los dieser geistlichen Gefangenen zu interessieren. Sei dem, wie ihm wolle, Tatsache ist, daß Erzbischof Cieplak überraschenderweise am 14. April 1924 in Warschau angekommen ist. Ohne irgendwelche Verständigung war er von Rotgardisten plötzlich aus dem Gefängnis geholt worden und, da er ja bereits zum Tode verurteilt war, hatte er geglaubt, es gehe nun zur Hinrichtung. Man brachte ihn zur Bahn und setzte ihn am nächsten Morgen an einer unbekannten Station ab, ohne sich weiter um ihn zu kümmern. Es war die estländische Grenzstation Sebegh und vom Bahnbeamten erfuhr der Prälat, daß er sich in Freiheit befinde. Ueber Riga, Warschau und Wien begab er sich sofort

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1924 Nr. 15 S. 126.

nach Rom, wo ihn am gleichen Tage noch der Papst empfing. ¹⁾

Trotz dieser Fälle von Nachsicht war leider kein Abflauen der Verfolgung zu bemerken. Insbesondere sind es die Baptisten, welche, nachdem sie sich der Sowjetregierung in weitgehendster Weise unterworfen haben, gegen die katholische Kirche schüren, um die höchst unbequeme Konkurrenz möglichst zu schädigen. Der größte Teil des katholischen Klerus ist z. Z. im Gefängnis oder in Verbannung, auch Ordensfrauen traf dieses Los, denn sie haben Minderjährige in der Religion unterrichtet, ein Verbrechen gegen das Sowjetgesetz. ²⁾

Im Februar 1924 verbreitete die Belgrader Emigrantenzentrale wieder einmal, es stehe ein Abkommen Sowjetrußlands mit dem Vatikan bevor, ja noch in diesem Jahre würden die diplomatischen Beziehungen durch Bestellung eines Nuntius bzw. Gesandten hergestellt. Dabei spielte wiederum die De-jure-Anerkennung eine Rolle. Man darf vielleicht in der Erwiderung durch die Mailänder „Italia“ die Stimme des Vatikans hören, daß „von einer Anerkennung de jure keine Rede sei; einer solchen stünden Hindernisse religiös-grundsätzlicher Natur entgegen. Nicht einmal

¹⁾ Bereits im J. 1918 hatte Msgr. Keßler, Bischof von Saratow-Tiraspol, da zum Tode verurteilt, sich ins Ausland flüchten müssen (vgl. „K. Kztg.“ 1900, Nr. 13, S. 100). Der Erzbischof von der Ropp, Metropolit von Mohilew, war, wie wir wissen, eingekerkert und bereits zum Tode verurteilt. Msgr. Lozinski, Bischof von Minsk, lebte drei Monate als Flüchtling in den Wäldern und war ein Jahr in dem berüchtigten Butirki-Gefängnisse in Moskau; erst 1921 konnte seine Freilassung erwirkt werden. Bischof Dubowski von Zitomir-Kiew mußte nach schwerer Verfolgung seinen Sitz verlassen und mit seinem Weihbischofe Godlewski und dem Bischof von Kameniec Msgr. Mankowski flüchten. Heute befindet sich nur noch der 80 jährige resignierte Bischof Zerr von Tiraspol auf Rußlands Boden, dem seit kurzem in der Ukraine wieder die Erteilung der Firmung gestattet ist.

²⁾ Gemeinsamer Religionsunterricht darf weder in Schulen noch im Pfarrhause noch in Privathäusern, sondern nur durch die Eltern an Kinder erteilt werden. In den Schulen darf kein Buch gebraucht werden, worin der Name Gott vorkommt. Daher sind auch Katechismen verboten; die dürfen weder gedruckt, noch aus dem Ausland bezogen werden. Die Lehrer sind verpflichtet, die Kinder im Haß gegen Gott zu erziehen. Verboten sind auch Predigten ohne vorherige Zensur und die Ausbildung für den geistlichen Beruf. (Nach Mitteilungen aus Rußland zurückgekehrter Augenzeugen in Kath. Korr. Nr. 354 vom 20. Juni 1925). Noch im Jahre 1925 wurde der Jesuitenpater Achenberg in Kiew wegen Erteilung von Religionsunterrichts und verschiedene Katholiken wegen caritativen Wirkens (im Vincenzverein!) zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

eine Anerkennung de facto sei denkbar, denn die Kirche ist heute in Rußland Gegenstand ungerechtester und gehässigster Quälereien. Wenn auch die öffentliche Aufmerksamkeit heute über jene Barbareien und Untaten hinwegsehe, so sei doch die Tatsache, daß sechzig Priester und Ordensfrauen heute in den Gefängnissen der Sowjetregierung schmachten, welche nichts anderes verbrochen haben, als daß sie nach ihrem Glauben lebten, ebenso bedauerlich wie, daß das Ausland davon nicht einmal Notiz nimmt."

Man darf eine Erklärung ¹⁾ des russischen Botschafters beim Quirinal, Jureneff, vielleicht als Antwort darauf ansehen; sie besagt, „die Schwierigkeiten hängen ganz von der Haltung des Vatikans ab; der Papst müsse (!) vor allem die Sowjetunion de jure anerkennen, worauf die Besprechungen zur Lösung der schwebenden Fragen beginnen können."

Im Sommer 1924 löste sich das päpstliche Hilfswerk für Rußland auf, da die ihm von den Behörden bereiteten Schwierigkeiten jede weitere Tätigkeit zur Unmöglichkeit machten. Insbesondere war es die Volkskommissarin Kamenewa, welche der Mission bedeutete, man benötige ihrer nicht mehr weshalb sie gut täte Rußland zu verlassen. Es gelang den Bemühungen des Nuntius Msgr. Pacelli beim Berliner Sowjetgesandten, wenigstens soweit Aufschub zu erlangen, daß die Verteilung der noch in den Magazinen liegenden Vorräte an Bedürftige durchgeführt werden konnte. Seitdem haben die Mitglieder der Mission Rußland wieder verlassen, obwohl infolge der zunehmenden Not der Papst gerade aus Rußland mit Bitten um Hilfe bestürmt wird.

In einer Ansprache im geheimen Konsistorium vom 18. Dezbr. 1924 berührte der Heilige Vater nochmals die Dinge in Rußland. Nach lebhaftem Danke an die Mitglieder der Rußlandhilfe, erklärte er:

„Was Uns betrifft, haben Wir beschlossen, so wie bisher fortzufahren die bedürftigsten Russen zu unterstützen, sei es in ihrem Vaterlande, sei es ferne von ihm. Niemand hat gewiß gedacht, daß Wir durch die zum Besten des russischen Volkes eingerichteten Wohltätigkeitswerke irgendwie eine Art der Regierung begünstigen wollten, die gutzuheißen Wir soweit entfernt sind, daß Wir vielmehr, . . . es für Unsere Pflicht halten, . . . alle im Herrn zu ermahnen und insbesondere:

¹⁾ Meldung des S. P. T. aus Rom vom 15. März 1924.

die Männer der Regierungen zu mahnen, damit alle, welche den Frieden und die Volkswohlfahrt lieben, die Heiligkeit pflegen, die Familie und die Menschenwürde fördern, mit gemeinsamen Kräften von sich und ihren Mitbürgern die überaus schweren Gefahren und sicheren Schäden entfernen, welche Sozialismus und Kommunismus bedeuten, ohne jedoch die pflichtgemäße Fürsorge für die Besserung der Lage der Arbeiter und aller Niedrigen im allgemeinen zu vernachlässigen." ¹⁾

Heute ist die katholische Kirche Rußlands sich selbst überlassen, doch steht sie unter Gottes Schutz. Unter schwerster Verfolgung bewährt sie sich, ja macht sogar, wie man ab und zu vernimmt, noch Eroberungen. Als einst Kardinal Kakowski von der Möglichkeit sprach, die Herrschaft des Bolschewismus könne fünf, aber ebensogut auch fünfundzwanzig Jahre währen, belächelte man sein pessimistisches Urteil. Heute gibt es wohl niemanden mehr, der eine solche Möglichkeit bezweifelt. Rom aber rechnet mit noch ganz anderen Zeiträumen. „Wladimir Poliakoff hebt in seinen ‚Eindrücken aus Rom‘ sehr zutreffend einen grundlegenden Unterschied zwischen der Diplomatie Roms und der anderer Staaten hervor,“ schreibt Birmingham Daily Mail. ²⁾ „Die Zeit wird im Vatikan nicht mit dem von uns Menschen übernommenen Maßstabe gemessen. Wir pflegen in Tagen und Wochen zu denken, manchmal in Monaten und gelegentlich auch in Jahren. Der Vatikan aber denkt gewöhnlich in Jahrhunderten, oft in Generationen, nach Jahren nur unter dem Drucke außergewöhnlicher Umstände, nie aber in kürzeren Abschnitten. Der Kardinal an der Spitze des vatikanischen Auswärtigen Amtes ist ein alter Mann, der sich seit dreißig Jahren mit politischen Dingen befaßt, und er pflegt hinein in die kommenden Jahrhunderte zu schauen. Er ist der einzige Staatsmann in Europa, der in aller Ruhe die Möglichkeit bedenken kann und auch bedenkt, daß der russische Bolschewismus in der einen oder anderen Form noch an die fünfzig Jahre währen kann. Was sind fünfzig Jahre für den Vatikan! Wir können uns keinen anderen europäischen Staatsmann vorstellen, der, um seine Schmetterlings-carriere besorgt, in so kühler Weise über Moskau spräche.“ Neben dieses Bekenntnis eines russischen Nichtkatholiken sei noch das eines französischen Sozialisten gestellt, des Abgeordneten

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 19. Dezember 1924.

²⁾ s. „Universe“ Nr. 3346 vom 20. Februar 1925.

Forgeot, der am 21. Januar 1921 in der Pariser Kammer den Bolschewismus „den gewaltigsten Ausdruck der niedersten Sinne der am allertiefsten stehenden Menschheit“ nannte. „Um ihn zu bekämpfen,“ fuhr er fort, „sehe ich kein wirksameres Mittel als den Katholizismus. Wo sich die Kathedrale erhebt, verschwindet die Barbarei. Um uns aber dieser Waffe zu bedienen, müssen wir uns mit dem Oberhaupte der Katholiken ins Einvernehmen setzen. Seit zwanzig Jahrhunderten verteidigt der Katholizismus, die Familie, die Liebe und die Ordnung. Das Prinzip allein, das dem Katholizismus als Grundlage dient, ist imstande, sich dem Prinzip des Hasses und dem Eindringen des Bolschewismus direkt zu widersetzen.“ Und Nansen, der einstige Leiter des internationalen Rußlandhilfswerkes, blickt noch offeneren Auges in die Zukunft nicht nur Rußlands, nein, Europas und der Menschheit, wenn er in der Einleitung seines Buches „Rußland und die Welt“ gesteht: „Ich sehe keine andere Rettung für die Welt als die Wiedergeburt der Nächstenliebe . . . Nächstenliebe ist Realpolitik.“ Sie ist die Politik, die der Papst gegenüber Rußland getrieben hat. ¹⁾

Die Ukraine

Mit dem Zusammenbruche des Zarenreiches schöpfte die Ukraine Hoffnung, gleich den anderen Randstaaten staatliche Unabhängigkeit zu erlangen. Diesen Bestrebungen lieh auch die Orthodoxie jenes Gebietes insoferne ihre Unterstützung, als sie

¹⁾Sven Hedin, ein warmer Freund Sowjetrußlands, schreibt in seinem Werke „Von Peking nach Moskau“ S. 219: „Wenn Lenin kurz vor seinem Tode imstande gewesen ist klare Gedanken zu fassen, dann muß er mit seinem Gewissen ins Gericht gegangen sein und sich eingestanden haben, daß er gescheitert ist. Mag es wahr sein oder nicht, daß sein letztes Wort: „Prosti, gospodi, prosti! Vergib, o Gott, vergib!“ gewesen ist, an der Schwelle der Ewigkeit muß er sich von allen Seiten von einer grauenhaften Finsternis umgeben gefühlt haben. Ein Volk von 130 Millionen Menschen hatte er bei der Uebertragung phantastischer Ideen in das praktische Leben als Versuchskaninchen benützt. Er lebte hinreichend lange nach der Revolution, um einzusehen, daß ohne Kapitalismus, ohne freien Handel und freien Wettbewerb materielle Blüte in unserer Zeit unmöglich ist. Er zerschmetterte das Selbstherrschtum, aber an Wohlstand warf er Rußland um ein paar Jahrhunderte zurück. Die Freiheit, die er seinem Lande schenkte, war von Armut und Not begleitet. Er war die größte Gestalt, die der Weltkrieg geschaffen. Nur ein Menschenschicksal hat das Lenins an furchtbarer Tragik übertroffen, das Schicksal Wilsons. Denn dieser, der einzige, der das Abendland hätte retten können, versäumte dem Ruf zu folgen.“

bereits im August 1917 ihre Unabhängigkeit von Petersburg erklärte. In der Ukraine steckt der Unionsgedanke als Nachwirkung der Union von 1595 noch im Volke und die sich zeigenden Ansätze berechtigten auch Rom zu frohen Hoffnungen. Aus den ersten Anfängen ihrer Eigenstaatlichkeit heraus, denen leider eine weitere Entwicklung versagt blieb, sandte die Ukraine im Mai 1919 den Grafen Michael Tyszkiewicz als ihren Vertreter zum Vatikan, doch widersetzten sich verschiedene Umstände der Aufnahme einer Tätigkeit. Es wußte um jene Zeit niemand so recht, welches denn die rechtmäßige Regierung jenes Landes sei und wo sie ihren Sitz habe; überdies mangelte sowohl die territoriale Abgrenzung wie die internationale Anerkennung. Es fehlten daher für den Vatikan die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Politik gegenüber der Ukraine. Zur Förderung der rein kirchlichen Belange ernannte Papst Benedikt XV. im Februar 1920 den Generalassistenten der Missionäre vom hl. Herzen, P. Genocchi zum apostolischen Visitator der Ukraine. Er begab sich zuerst nach Warschau, um sich beim Nuntius Msgr. Ratti erst über die schwebenden Fragen und die Verhältnisse in der Ukraine zu orientieren; sein Aufenthalt dort währte ziemlich lange, doch blieb ihm der Zutritt in die Ukraine verschlossen. Somit zog er sich nach Wien zurück, um abzuwarten, ob ihm am Ende die Ausübung seiner Mission doch noch möglich würde; als er aber die Aussichtslosigkeit einsah, kehrte er nach Rom zurück und legte seinen Auftrag in die Hände des Papstes zurück. Als dann Msgr. Ratti als Pius XI. den päpstlichen Stuhl bestiegen hatte, wurde Genocchi von ihm im März 1923 als Apostolischer Visitator nach Ost-Galizien geschickt, um gegenüber der künstlichen Aufregung, daß nunmehr endlich auch unter dem ruthenischen künftigen Klerus mit der Durchführung des Zölibates Ernst gemacht wird, mäßigend auf die Gemüter zu wirken, da der verheiratete Klerus nicht auf der Höhe seiner Mission steht und nicht jene Unabhängigkeit genießt, die sein Amt erfordert. ¹⁾ Die politische Entwicklung in Rußland vernichtete schließlich die Hoffnungen der Ukraine auf irgendwelche Selbständigkeit und ließ somit die Vorbedingungen für eine Politik der Kurie ihr gegenüber nicht aufkommen.

¹⁾ s. hierüber Smolka, Prof. Dr. St. v., Die Reussische Welt. Historisch-politische Studien S. 158 ff.

Georgien

Georgien, auch ein Opfer der russischen Expansionspolitik, hatte sich von der Revolution bessere Zeiten erhofft; insbesondere war es der Georgier Tschaidse, der anfänglich eine große Rolle spielte, aber schließlich wie so viele Anhänger der sozialistischen Partei dem bolschewistischen Absolutismus weichen mußte. Die erste Zeit schien auch in diesem Lande eine Besserung der kirchlichen Lage bringen zu wollen und es machten sich erfreuliche Anzeichen einer Annäherung an Rom bemerkbar. Im September 1918 überreichte der georgische Delegierte Ghvazava dem apostolischen Delegaten Msgr. Dolci ein Schreiben des Patriarchen und Katholikos der georgischen nationalen Kirche Kyron II. an den Papst, worin der Schreiber das Oberhaupt der katholischen Kirche von seiner erfolgten Wahl benachrichtigt und gleichzeitig sein Bedauern über den in der Vergangenheit erfolgten Bruch mit Rom ausspricht. Der georgische Delegierte richtete gleichzeitig die Bitte an den Vatikan um Ernennung eines katholischen Erzbischofes für die Katholiken Georgiens mit dem Sitze in Tiflis. Leider gelang es im Februar 1921 den Bolschewiken sich dauernd festzusetzen und auch die wiederholten Aufstände der Landesbewohner vermochten diese Herrschaft nicht zu beseitigen.

Wie überall in den vom Kriege heimgesuchten Ländern war der Heilige Stuhl vorerst bemüht, sich über die kirchliche Lage Klarheit zu verschaffen, ehe er an eine Neuordnung schritt, und er ernannte zu diesem Zwecke den Dominikanerbischof Moriondo zum Apostolischen Vikar und Administrator sowohl für den Kaukasus wie für die Krim. Auch die neapolitanische Provinz der Gesellschaft Jesu erhielt Auftrag, sich auf die Uebernahme einer Tätigkeit in Georgien vorzubereiten.

Msgr. Moriondo, der sich vom Oberen der Dominikaner in Smyrna begleiten lassen sollte, kam jedoch nicht dazu sein Amt anzutreten und er fand in dem Domherrn des lateinischen Patriarchates in Jerusalem, dem Holländer Msgr. Adrian Smets, der gleichzeitig für Persien bestimmt wurde, einen Nachfolger. Im Dezember 1921 ernannt, erreichte er auf dem Landwege über Mossul Teheran und Tiflis. Seine Bemühungen zugunsten des eingekerkerten Katholikos zu intervenieren — die bolschewistische Kirchenverfolgung hatte sich auch auf den Kaukasus erstreckt — waren leider vergeblich. Noch beim letzten Auf-

stande wurde der grusinische Metropolit von Kutais (orthodox), trotzdem ihn Krankheit ans Bett fesselte, erschossen. Im September 1924 richtete der Vertreter der georgischen Kirche in Westeuropa Dr. R. Ivanitzky-Ingilo eine Bittschrift an den Papst. „Wo werden wir, heißt es darin, Verteidigung und Schutz finden? Die Geschichte der georgischen Kirche hat oft den glorreichen und wirksamen Schutz des Heiligen Stuhles in Rom erfahren. Auch in der gegenwärtigen traurigen Lage erwartet das georgische Volk von Eurer Heiligkeit Schutz für seine gemarterte Kirche und die Augen des georgischen Volkes wenden sich vertrauensvoll zum Heiligen Stuhle in der Gewißheit, daß sein strenges und gerechtes Urteil die Barbaren treffen wird. . .“ Bis anfangs Dezember 1924 war die antikirchliche Gesetzgebung in Georgien gegenüber der katholischen Kirche noch nicht zur Anwendung gelangt; Msgr. Smets konnte sich unbehelligt und frei bewegen und die kirchliche und seelsorgliche Tätigkeit war leidlich frei. Das änderte sich aber im Anschlusse an die Unterdrückung des letzten Aufstandes; auch der Apost. Delegat wurde verdrängt und mußte nach Teheran übersiedeln. Seitdem ist leider auch Georgien Schauplatz des Kampfes der Sowjetregierung gegen die katholische Kirche geworden.

Die baltischen Staaten.

Estland

Von den drei russischen Nachfolgestaaten südlich der Ostsee suchte als erster Estland Verbindung mit Rom. Im April 1919 erschien als Abgesandter Dr. Wirgo in Vertretung der provisorischen Regierung und erbat vom Heiligen Stuhle die Anerkennung der Unabhängigkeit und nationalen Einheit des Landes, ein Schritt, der umso beachtenswerter ist, als von den 1 100 000 Einwohnern 95 v. H. Lutheraner sind. Die mit der Staatssekretarie geführten Unterhandlungen wickelten sich in großer Herzlichkeit ab, Wirgo überreichte in besonderer Audienz Papst Benedikt XV. am 8. April eine Denkschrift über Estlands Lage und drückte das Ersuchen um Anerkennung aus. Es wurde darüber berichtet, der Hl. Vater habe den Akt mit besonderem Wohlwollen entgegengenommen und seine besten Wünsche für die Zukunft des aufstrebenden Volkes ausgesprochen. Das Ergebnis

der Verhandlungen wurde in einem Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs vom 11. April 1919 niedergelegt, in welchem der Hl. Stuhl erklärt, daß er mit lebhafter Sympathie den Wunsch des estischen Volkes nach eigener Unabhängigkeit begleite. Gerne anerkenne er den Nationalrat als tatsächliche, unabhängige Organisation in der Erwartung, daß die Lage Estlands von der Friedenskonferenz ratifiziert werde. Indem der Hl. Stuhl sich der Erwartung hingebe, daß die Konferenz das Selbstbestimmungsrecht der Völker bestätige, stimme er der Herstellung direkter Beziehungen mit der Republik Estland zu.¹⁾

Das überraschende Herantreten dieses Landes an den Vatikan läßt sich dadurch erklären, daß man in Reval damit rechnete, der Papst würde sich am ehesten den Wünschen Estlands nach Anerkennung zugänglich zeigen, da seine Entscheidung von macht- und gebietspolitischen Rücksichten nicht beeinflußt werde; mit der staatlichen Anerkennung werde dann eine Tatsache geschaffen sein, deren Berücksichtigung die Friedenskonferenz sich kaum noch entziehen konnte. Estlands Schicksal lag aber bei der Friedenskonferenz, von der man den Papst vollkommen ausgeschlossen hatte; eine von ihm ausgesprochene Anerkennung konnte daher nicht jenen absoluten, politischen Wert haben, um den es der Regierung sichtlich zu tun war.

Nachdem der Oberste Rat der Mächte Estland am 26. Januar 1921 de jure anerkannt hatte, drückte dessen Außenminister unterm 13. August jenes Jahres schriftlich gegenüber dem Vatikan das Ersuchen um Anerkennung aus, dem mittels Schreibens vom 10. Oktober entsprochen wurde.²⁾

Kirchlich unterstand Estland unter russischer Herrschaft dem Erzbischof von Mohilew; dieses Verhältnis ist für die rund 25 000 katholischen Einwohner bis heute noch nicht geordnet, doch ist seit dem Dezember 1921 P. Zechini S. J. für dieses Land vom Heiligen Stuhle als Apostolischer Administrator bestellt. Soeben, im Oktober 1924, verlautet, daß, nachdem die gesetzgebende Körperschaft des Landes sich demnächst mit einem Gesetzentwurfe zu befassen hat, der die konfessionellen Verhältnisse gegenüber dem Staate ordnen will, der Delegat in

¹⁾ s. „Momento“ vom 12. April 1919.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 28. Oktober 1921.

einer Denkschrift der Regierung die diesbezüglichen Wünsche der katholischen Kirche übermittelt habe. Ueber den Inhalt konnte nur in Erfahrung gebracht werden, daß der Hinweis enthalten sei, die katholische Kirche hoffe, in Estland in absehbarer Zeit in der Lage zu sein, über Priester aus dem Lande selbst zu verfügen.

Lettland

Lettland befindet sich in einer vorteilhafteren Lage, da es unter seinen 1,800 000 Einwohnern ein Viertel (438 016) Katholiken zählt, welche hauptsächlich die Provinz Letgalen bewohnen.

Lettland, in seiner katholischen Vergangenheit die „Terra Mariana“, war vor vierhundert Jahren gewaltsam dem Luthertum überantwortet und damit jeder Verbindung mit Rom entrissen worden.¹⁾ Lediglich dem Umstande, daß ein Teil des Landes unter polnische Herrschaft geriet, ist es zu verdanken, daß die Katholiken wenigstens dieses Gebietes auch fernerhin ungestört ihrem Glauben leben konnten. Was für den Fall des Sieges der Mittelmächte diesem Lande zgedacht war, hat der bekannte Wanderredner des Evangelischen Bundes Pastor Bräunlich, der in dieser Eigenschaft während der deutschen Besetzung das Gebiet durchzog, recht offenherzig verraten. Er fühlte sich schon als Herr des Landes, das eine „evangelische Vormauer Deutschlands“ und durch Protegierung des deutschbaltischen, landfremden Adels ein Bollwerk des Deutschtums werden sollte; dazu suchte man bereits deutsche, protestantische Ansiedler herbeizuziehen, wofür der Evangelische Bund nach Bräunlichs Worten bereits über 600 000 Mark gesammelt hatte.²⁾ Die nationale Reaktion des einheimischen wenn auch zu zwei Dritteln aus Protestanten

¹⁾ Einen knappen geschichtlichen Rückblick auf die Schicksale der Kirche Lettlands veröffentlichte der „Oss. Rom.“ vom 18. Juni 1920. Ausführliches enthalten die Veröffentlichungen des Rigaer Historikers Dr. H. von Bruiningk, der selbst Protestant, mit wissenschaftlicher Objektivität in die Vergangenheit des Baltenlandes hineingeleuchtet hat. Er erfreut sich auch in den gelehrten Kreisen des Auslandes hohen Ansehens und hat über die Rechtsverhältnisse der Jakobikirche eine Denkschrift verfaßt, deren Objektivität zu einem scharfen Konflikt mit seiner Kirchenbehörde führte, was ihn veranlaßte aus dem Kirchenrat und aus der Jakobi-Kirchengemeinde auszutreten. Papst Pius XI. hat s. Zt. als apostolischer Visitator bei seinem Besuche Rigas nicht ver säumt, auch diesem Gelehrten seinen Besuch zu machen.

²⁾ s. „Köln. Volksztg.“ vom 4. April 1918.

bestehenden Elementes blieb nicht aus; sie bestand für das Deutschtum im Verluste aller Sympathien. Im Jahre 1918 hatte der Heilige Stuhl die Diözese Riga als Bistum wiederhergestellt und Msgr. O' Rourke, ehemals Professor an der katholisch-theologischen Akademie in St. Petersburg, einen Polen irischer Abstammung, als Ordinarius ernannt. Als jedoch die Regierung ihn wissen ließ, es wäre erwünscht, alle Katholiken des Landes in einer einzigen Kirchenprovinz unter einem Oberhirten lettischer Nationalität zusammenzufassen, trat O' Rourke sofort freiwillig zurück und die Regierung entsandte den katholischen Priester Professor Ratzan nach Rom, um dort ihre Wünsche näher bekannt zu geben und die Verhandlungen zu führen. Inzwischen war Rom bereits den ihm geäußerten Wünschen soweit entgegengekommen, daß es Kurland mit Ausnahme einiger kleiner litauischer Bezirke von der Diözese Kowno abtrennte und Riga unterstellte, sodaß die kirchliche Grenze allenthalben mit der politischen übereinstimmte. Als Gegenleistung hatte sich die lettische Regierung im voraus freiwillig bereit erklärt, dem neuerstehenden Bistume eine Kathedralkirche, eine bischöfliche Residenz und ein Priesterseminar zu schenken und Msgr. O' Rourke, dem diese amtliche Mitteilung gemacht wurde, unterbreitete in Rom dieses schriftliche Anerbieten und befürwortete warm dessen Annahme. Die Verhandlungen erstreckten sich auf Wunsch der lettischen Regierung schließlich über die ursprünglich vorgesehenen Gegenstände hinaus auf ein Konkordat, über welches im Juni 1920 volle Uebereinstimmung in allen Teilen erzielt war, sodaß sich der a. o. Gesandte, Prof. Rantzan, nach Riga zurückbegeben konnte, da die ihm anvertraute Aufgabe glücklich und zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst war. Schon anfangs April 1920 hatte das lettische Kabinett den Konkordatsentwurf, dessen Grundzüge ja von ihm selbst stammten, angenommen, und noch ehe die Ratifizierung des Vertrages erfolgte, im Juni 1920 ernannte der Hl. Stuhl den Domherrn Antonius Springowicz, einen Letten, zum Bischofe von Riga, der in der alten Dominikanerkirche zu Anglona die bischöfliche Weihe erhielt und bis zur Anweisung einer Residenz in Riga auch dort residieren blieb. Am 28. Januar 1922 genehmigte der Ministerrat das Konkordat in seiner endgültigen Form und am 30. Mai wurde es im Vatikan vom Kardinal-Staatssekretäre Gasparri und vom bevollmächtigten Vertreter Lettlands,

dem Ministerpräsidenten Maierovits in Gegenwart einer lettischen Vertretung und der höheren Funktionäre der Staatssekretarie unterzeichnet.

Im Hinblick auf die notwendigen weiteren Vereinbarungen, welche die Durchführung des Konkordates nötig machen mußte, hatte bereits im Dezember 1921 der Papst auch für Lettland Msgr. Zecchini, Tit.-Erzbischof von Myra, zum Apostolischen Delegaten ernannt, der in Riga Residenz nahm.

Am 3. November 1923 endlich wurde das Konkordat durch die Ratifizierung in Kraft gesetzt und am 15. November veröffentlicht. ¹⁾

Seine Bestimmungen lauten:

- I. Die katholische Religion wird in Lettland frei und öffentlich ausgeübt und es wird ihr die Rechtsfähigkeit zuerkannt mit all jenen Rechten, die das Bürgerliche Gesetzbuch von Lettland den anderen Zivilpersonen zuerkennt.
- II. Der Hl. Stuhl errichtet im Einvernehmen mit der Regierung von Lettland, nachdem diese dem Erzbischofe die Kirche und das Gebäude, von dem im Art. VII. die Rede ist, übergeben hat, in Riga einen erzbischöflichen Stuhl und gibt dem Erzbischofe von Riga einen oder zwei Hilfsbischöfe bei. Der Erzbischof und die Bischöfe werden lettischer Nationalität sein.
- III. Für alle kirchlichen Angelegenheiten wird der Erzbischof von Riga unmittelbar vom Hl. Stuhle abhängen.
- IV. Der Hl. Stuhl wird, ehe er den Erzbischof von Riga ernennt, der Regierung von Lettland den von ihm ausgewählten Kandidaten mitteilen, um zu wissen, ob die Regierung nicht vom politischen Standpunkte aus Einwendungen gegen seine Wahl vorzubringen hat.
- V. Der Erzbischof wird, ehe er sein Amt antritt, in die Hände des Präsidenten der Republik Lettland den Treueschwur in folgender Fassung ablegen:
Ich schwöre vor Gott und auf die Heiligen Evangelien, wie es einem Bischöfe geziemt, die durch die Verfassung der Republik Lettland bestellte Regierung zu achten und vom Klerus achten zu lassen und nichts zu unternehmen, was geeignet wäre, die öffentliche Ordnung zu gefährden.
- VI. Der Hl. Stuhl stellt im Einvernehmen mit der Regierung von Lettland das Diözesan-Kapitel von Riga gemäß den Vorschriften des kanonischen Rechtes wieder her.
- VII. Die Republik Lettland ihrerseits verpflichtet sich:
 - a) in Riga für den römisch-katholischen Kult eine von

¹⁾ s. „Acta A. S.“ 1922, Nr. 16.

der Regierung ausgewählte und vom Erzbischofe als passend erachtete Kirche zu schenken;

- b) ein geeignetes Gebäude zu schenken, das dem Erzbischofe und dem Kapitel als Residenz dient und die Geschäftsräume für Kanzlei und Konsistorium enthält.

VIII. Die Mitglieder des Kapitels, die Pfarrer und im allgemeinen alle Geistlichen werden vom Erzbischofe nach den Bestimmungen des kanonischen Rechtes ernannt.

IX. Die Geistlichen, vom Subdiakon einschließlich angefangen, sind vom Militärdienste und anderen bürgerlichen Aemtern, die mit dem priesterlichen Berufe unvereinbar sind, wie z. B. Geschworene, Beisitzer bei Gericht usw. befreit.

X. Die katholische Kirche hat das Recht, ihre eigenen konfessionellen Schulen zu errichten und zu unterhalten. Die Regierung von Lettland verpflichtet sich, den konfessionellen Charakter dieser Schulen zu achten, und die Kirche ihrerseits verpflichtet sich, jedes Gesetz über die Privatschulen zu achten, das mit dieser Verpflichtung der Regierung im Einklange steht.

XI. Zur Heranbildung eines lettischen Klerus wird entsprechend den kanonischen Vorschriften und unter der Autorität des Erzbischofes ein geistliches Diözesan-Seminar errichtet. Die im Seminar-Unterrichte gebrauchte Sprache wird, ausgenommen für Philosophie und die kirchlichen Fächer, das Lettische sein.

Was die Gründung eines lettischen Kollegs in Rom oder die Errichtung einer bestimmten Anzahl von Freiplätzen für jene Schüler betrifft, die der Erzbischof nach Rom schicken will, damit sie dort ihre höheren geistlichen Studien machen, wird sich die lettische Regierung mit dem Hl. Stuhle verständigen.

XII. Angesichts der noch unzureichenden Zahl Geistlicher lettischer Nationalität hat der Erzbischof das Recht, für eine Uebergangsperiode je nach den Bedürfnissen Geistliche aus dem Auslande kommen zu lassen, welche die ihnen vom Erzbischofe verliehenen Aemter frei ausüben. Der Erzbischof wird dafür sorgen, der Regierung der Republik die Namen dieser Geistlichen bekannt zu geben, um zu wissen, ob die Regierung vom politischen Gesichtspunkte aus keine Einwendungen dagegen zu erheben hat. Die Mitglieder des Kapitels, die Dekane und die Titular-Pfarrer müssen lettische Bürger sein.

XIII. Die Regierung von Lettland wird der vom Erzbischofe von Riga überwachten Tätigkeit der katholischen Vereine in Lettland keine Hindernisse bereiten; dieselben werden die gleichen Rechte wie alle anderen vom Staate anerkannten Vereine haben.

- XIV. Die katholischen Kirchen, Kapellen und Friedhöfe werden als Eigentum der katholischen Kirche in Lettland angesehen; sie werden von der geistlichen Behörde frei verwaltet, können nicht veräußert noch beschlagnahmt werden.
- XV. Die Immunität der Kirchen, Kapellen und Friedhöfe wird entsprechend den Bestimmungen des kanonischen Rechtes beobachtet.
- XVI. Das Eigentum der Kirche kann ebenso wie die Güter der anderen Bürger der Besteuerung unterworfen werden, mit Ausnahme der für den Gottesdienst bestimmten Gebäude, des Seminars, der bischöflichen Residenzen und Pfarrhäuser.
- XVIII. Wenn Geistliche bei weltlichen Gerichten wegen Vergehen angeklagt sind, die das Strafgesetz Lettlands unter Strafe stellt, so wird der Erzbischof oder sein Delegierter rechtzeitig benachrichtigt und er oder sein Delegierter können den Sitzungen des Gerichtes und den Prozeßdebatten beiwohnen.
- XIX. Geistliche, die durch Gerichtsbeschluß zur Einsperrung verurteilt sind, verbringen die Gefängnisstrafe in einem Kloster. In den anderen Fällen werden schuldige Geistliche ihre Strafe wie die anderen Verurteilten abbüßen, nachdem sie vorher vom Erzbischofe ihrer geistlichen Würde entkleidet wurden.
- XX. Die Dauer dieses Konkordats beträgt drei Jahre, beginnend mit dem Tage der Ratifizierung, und wird durch stillschweigende Erneuerung von Jahr zu Jahr verlängert, es sei denn, daß es sechs Monate vorher gekündigt wird. Im Falle der Kündigung des Konkordates verbleiben die unbeweglichen Güter, von denen das Konkordat spricht, einschließlich der Freiheiten, im Besitze der katholischen Kirche und die vom Konkordat vorgesehenen Personen treten unter das gemeine Recht Lettlands zurück.
- XXI. Das vorliegende Konkordat wird vom Hl. Stuhle und der Verfassungsgebenden Versammlung Lettlands ratifiziert.
- XXII. Der Austausch der Ratifikationurkunden erfolgt im Vatikan und das Konkordat tritt mit ihrer Hinterlegung in Kraft.¹⁾

¹⁾ Mit diesem Konkordate operierte der „Evangelische Bund“, um dem vorbereiteten Konkordate mit Bayern im voraus Schwierigkeiten zu bereiten, wobei er selbst vor persönlicher Herabsetzung eines Glaubensgenossen in den Augen des Auslandes nicht Halt macht; so schob er in die „München-Augsburger Abendzeitung“ (Nr. 258 vom 20. Sept. 1924) einen warnenden Bericht, betitelt „Konkordatsverhandlungen“, wonach „Unterhändler auf lettischer Seite der einer jüdischen Familie entstammende Minister des Auswärtigen Zigfrid A. Meierovics (Protestant. D. V.) und auf vatikanischer Seite der nunmehrige päpstliche Delegat für die Baltenlande, der Jesuit Zecchini, ist.

Eine zugleich mit dem Konkordatstexte veröffentlichte offizielle, dem Vatikan bei der Unterzeichnung der Vereinbarung überreichte Erklärung der Regierung besagt:

Die Regierung von Lettland gewährt dem Erzbischofe, den Bischöfen und den Mitgliedern des Kapitels ein genügendes Einkommen, das ihnen gestattet, würdig ihrem Range gemäß zu leben; im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Einkommens wird sich die Regierung mit dem Hl. Stuhle verständigen. Sie verpflichtet sich auch, das Gebäude, dessen in Art. VII Erwähnung getan ist, instandzuhalten. Die Gebäude und der nötige Fonds zur Errichtung eines geistlichen Diözesan-Seminars werden von der Regierung beigestellt und auch die anderen Gehälter werden in gleicher Weise wie bisher von der Regierung weiterbezahlt.

In einer Weise, die der Loyalität der überwiegend protestantischen Regierung Lettlands zu hoher Ehre gereicht, hat sie bisher die Bestimmungen dieses Abkommen durchzuführen begonnen.

Der Neubau einer Kathedrale mußte wegen der für das Land z. Zt. unerschwinglichen Kosten unterbleiben, weshalb sich das Augenmerk auf die bereits vorhandenen, ehemals katholischen Kirchen Rigas aus dem 13. Jahrhunderte richtete, deren es vier gibt. Die übrigen sieben Kirchen waren in protestantischer Zeit von Protestanten und für solche erbaut worden, schieden also für Rom von vornherein aus. Die Regierung schlug daher die alte Kathedrale, den Mariendom vor, der heute noch das Grab des ersten katholischen Bischofes, des Blutzegen Meinhard enthält, also einen allen Katholiken gewiß teuren und heiligen Tempel. Obwohl nun kirchenrechtlich alle ehemals katholischen Gotteshäuser Rigas unveräußerliches Eigentum der katholischen Kirche sind und bleiben, war man in Rom so peinlich korrekt, nur eine Kirche zu wünschen, welche zivilrechtlich einwandfrei Staatseigentum ist. Daher kam die St. Jakobi-Kirche und das von den Russen weggenommene dazugehörige St. Maria-Magdalena-Kloster, einst Besitz der Zisterzienserinnen, in Betracht. Diese Kirche, einst Dominikaner- dann Jesuitenkirche war vor den Schweden ihren Besitzern mit Gewalt geraubt worden, die Eigentümer hatte man buchstäblich hinausgepeitscht, aus dem Lande gejagt und einige nach Schweden ins Gefängnis gesandt, wo sie starben. Den Katholiken selbst blieb freigestellt, entweder protestantisch zu

werden oder unter Zurücklassung ihres Eigentums das Land zu verlassen.

Auf diese Jakobikirche also einigten sich Vatikan und Regierung; das lettische Parlament, in dem natürlich die fast 60 v. H. Protestanten die Mehrheit bilden, genehmigte die Uebergabe mit Dreiviertelmehrheit. Eine kleine, weniger vornehm denkende Gruppe von Protestanten der Kammer hatte beantragt, es sollten alle Gotteshäuser in den Händen jener Konfession bleiben, welche sie im Jahre 1914 in Besitz hatte. Man versteht die Bedeutung dieses Antrages, wenn man bedenkt, daß die russische Regierung s. Zt. katholische Kirchen zu Dutzenden „enteignet“ und in russische umgewandelt hatte.¹⁾ Der Antrag wurde jedoch von einer starken Mehrheit abgelehnt.

Am 10. Mai 1924 ist die Jakobikirche, in der die Bolschewiken s. Zt. derart gehaust hatten, daß die Reinigung allein die vom Papste gespendeten 100 000 Lire verschlang, unter ungeheurer Beteiligung des Volkes und im Beisein der Regierung und Katholikenabordnungen aus dem ganzen Lande wieder feierlich dem katholischen Kult geweiht worden.²⁾ Mit der Einweihung verband

¹⁾ In Dünaburg hatten sich die Protestanten sofort nach dem Kriege ohne jedes Recht in den Besitz der dortigen, von den Russen beschlagnahmten und geschlossenen Jesuitenkirche gesetzt, welche sie heute noch inne haben. In Libau nahmen sie die niemals protestantisch gewesene russische Kathedrale ganz so an sich wie sie in Riga die ihnen s. Zt. von den Russen weggenommene Peter- und Paulskirche wieder zurücknahmen. Die Jakobikirche war Staatseigentum und nur der baltischen Ritterschaft zur Benützung überlassen.

²⁾ Einen „Weltskandal“ nannte die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 554, 1923) die Rückgabe der Jakobikirche an die Katholiken. „Es ist der politischen Kunst Roms gelungen, in Lettland große Erfolge zu erzielen. . . Unsere (1) Vorfahren haben die Kirchen erbaut, damit wir Nachkommen dort zu Gott beten, nicht aber um sie den römischen Prälaten abzugeben, damit diese dort Prunk treiben,“ schreibt dazu der protestantische Erzbischof Söderblom von Stockholm, obwohl die Jakobikirche weder von Schweden noch von Protestanten, sondern von lettischen Katholiken erbaut ist, die ganz gewiß damit nicht der Häresie einen Tempel erbaut haben wollten. In dem wegen dieses „Weltskandals“ gegen den Heiligen Stuhl organisierten internationalen Treiben protestierte sogar die Marburger protestantisch-theologische Fakultät gegen den „Kirchenraub“ (1) und erklärte, daß sie „mit wachsender Spannung, Sorge und Entrüstung den Kampf um die Jakobikirche verfolge“; sie fragt ferner, „wie es möglich ist, daß die Kurie, die heute unter dem Beifall einer friedensbedürftigen Welt ernstlich bemüht ist, den Völkern zu Gerechtigkeit zu verhelfen, diesen Raub zugunsten des katholischen Teils fordert und

sich die Bischofsweihe Msgr. Rantzans, den der Heilige Stuhl zum Weihbischofe und Titular-Bischofe von Markopolis ernannt hatte. Dem Apostolischen Delegaten assistierten der aus Rußland verbannte Erzbischof von Mohilew, Baron von der Ropp, und der weißrussische Bischof Matulewicz von Wilna. Katholisches Militär war aufgezogen und das Entgegenkommen der Behörden war mustergiltig. Erzbischof Springowicz betonte in seiner Einweihungspredigt: „Wir ziehen heute in diese Kirche ein, nicht um die Macht der katholischen Kirche zu stärken (wie u. a. Erzbischof Söderblom von Upsala behauptet hatte! D. V.); unsere Absicht ist, zu Gott zu beten und dem Herrn auf dem vom Volke errichteten Altare Opfer zu bringen für die Einigkeit, Wohlfahrt und Unabhängigkeit Lettlands.“¹⁾

Um Mitte des Jahres 1925 hat dann die lettische Regierung in Ausführung des Konkordates Herrn H. Albat, General-Sekretär des Ministerium des Aeußeren zu a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister Lettlands ernannt und nach Rom entsandt.²⁾

Litauen

Litauens Geschick war seit dem Beginne seiner Staatlichkeit mit dem Polens verknüpft; was es dabei einerseits an Stärkung seines religiös-kirchlichen Lebens gewann, büßte es anderseits an nationalen Rechten ein. Seine Sprache wurde mehr und mehr verdrängt, Klerus und Adel fielen der Polonisierung anheim; das begreifliche Streben nach höherer Kultur, welche dem Lande nur aus polnischer Hand geboten wurde, bewirkte dies. Um das Jahr 1898 setzte auch auf kirchlichem Gebiete das Ringen um Zurückgewinnung der nationalen Rechte ein, das sich Rom gegenüber in der Forderung nach einem einheimischen Episkopate an Stelle des bisher polnischen für die drei Sitze Kaunas, Seina und Vilnius äußerte. Rom entsprach diesen berechtigten Wünschen, soweit die Umstände es jeweils gestatteten. Es ist verständlich, daß das Land daher im Weltkrieg die Deutschen als Befreier be-

auch nur erträgt?“ Sie stehe vor einem Rätsel und könne nur „die Hoffnung aussprechen, daß sich katholische Kirche und Staat in Lettland noch in letzter Stunde dazu verstehen werden, vom Unrecht abzulassen und das Aergernis aus der Welt zu schaffen.“

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1924, Nr. 23.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 149 (19783), vom 30. Juni und 1. Juli 1925.

grüßte. Seine Gefühle der Dankbarkeit wurden aber leider nur allzu bald zum Erkalten gebracht, als es wahrnehmen mußte, daß es den alten Bedrucker nur mit einem neuen vertauscht hatte, der es besonders auf die Verletzung seiner religiösen Gefühle abgesehen hatte; ¹⁾ das mußte besonders der Klerus fühlen und so richteten sich seine Blicke wie die des größtenteils katholischen Volkes dorthin, wo alle Bedrückten Hilfe suchen, nach Rom. Schon Papst Benedikt XV. hatte der Bitte des litauischen Prälaten Konstantin Alsaukas gemäß eine Weltkollekte für das vom Kriege so schwer heimgesuchte Land genehmigt und der Litauer J. Gabrys war es, der die kirchenpolitischen Wünsche seines Volkes der Kurie unterbreitete, nachdem die Mission des Priesters F. Bucys, jetzigen Rektors der Universität, fehlgeschlagen war.

Nach dem Abzug der Deutschen hatte Polen das Land teilweise besetzt und sich als Herr benommen. Im Mai 1919 entsandte der Staatsrat unter dem Vorsitze des Ministers Waldemar den Grafen Alfred Tyszkiewicz und den Priester Dr. A. Viscont zum Papste, um von ihm die Anerkennung des unabhängigen litauischen Staates zu erbitten. Das Ergebnis dieses Besuches beim Kardinal-Staatssekretär (am 28. Mai) bestand in einem Schreiben an die Abordnung, das den Wunsch des Heiligen Stuhles für eine glänzende Zukunft Litauens und für die Zuerkennung des Rechtes der Selbstbestimmung ausspricht. Der Papst werde nicht verfehlen, Litauen in seinem Streben nach Erfüllung seiner gerechten und berechtigten Bestrebungen zu unterstützen und seine religiösen Interessen zu wahren.²⁾

Im Juni und Juli weilten die beiden Domherren J. Stangaitis und A. Grigaitis in Rom, welche alles für eine ständige Vertretung Nötige vorbereiteten. Inzwischen hatte im Mai 1919 Prälat Narjauskas dem Apostolischen Nuntius in Warschau, Msgr. Ratti, die Forderungen der Litauer nach voller Unabhängigkeit von Polen, Russen oder Deutschen auf allen Gebieten unterbreitet. Die offiziellen Beziehungen der Regierung Litauens zu dem Heiligen Stuhle wurden am 17. September 1919 mit der Ernennung

¹⁾ „In Ober-Ost, wozu das ganze katholische Litauen gehört, sind alle maßgebenden Posten mit evangelischen Herren besetzt. Die Kultusabteilung, der also die katholischen Kirchenangelegenheiten unterstehen, wird von einem eifrigen Mitglied des Evangelischen Bundes geleitet.“ (Abg. Bell im Deutschen Reichstag am 8. Juni 1918.)

²⁾ s. „Momento“ vom 26. Juni 1919.

dieses Prälaten, Msgr. Dr. Gg. Narjauskas, zum diplomatischen Vertreter beim Vatikan aufgenommen, der am 9. Oktober 1919 im Vatikan empfangen wurde und damit offiziell seine Tätigkeit begann. Seine Aufgabe war, Litauens Selbständigkeit in jeder Weise zu erkämpfen und zu verteidigen, für eine Kirchenprovinz Litauen und ihre Loslösung aus dem Kirchenverbände Polens einzutreten und den diesbezüglichen polnischen Ansprüchen entgegenzuwirken. Es gelang auch, Schritt um Schritt dem Ziele näher zu kommen, ja dieses schließlich zu erreichen, als der Papst Msgr. Zecchini zum Apostolischen Delegaten auch für Litauen bestellte.

Am 7. Oktober 1920 vereinbarten Litauen und Polen im Verträge von Suwalki, daß alle strittigen Fragen zwischen ihnen eine friedliche Lösung finden sollten. Am Tage nach der Unterzeichnung brach Polen schon wieder diesen Vertrag, indem es durch reguläre Truppen unter dem Befehl des Generals Zeligowski Wilna besetzte.¹⁾ Diese Stadt besitzt zwar heute eine starke polnische Bewohnerschaft; vor dem Kriege bewohnten sie zum allergrößten Teile Juden und solche in früheren Jahrhunderten polonisierte Litauer, die heute noch polnisch sprechen; die polnischen Polen und die litauisch sprechenden Litauer befanden sich in der Minderheit. Wilna liegt weitab von der polnischen Sprachgrenze, 200 km trennen es davon, da ringsum das Land von Weiß-Russen und Litauern bewohnt ist. Der Standpunkt der Litauer ist, daß Wilnas ursprünglicher Charakter durch Polonisierung verfälscht wurde, was rechtspolitisch keinen Besitz begründe. Der Präsident des Völkerbundes Leon Bourgeois mißbilligte das Vorgehen Zeligowskis und verlangte von Polen naiverweise, es solle gegen den General vorgehen. Da dies natürlich nichts half, arbeitete dann in den Jahren 1921/22 Hymans als Beauf-

¹⁾ Der italienische Gesandte Tommasini in Warschau schreibt in seinem Buche „La Risurrezione della Polonia“ S. 213 hierüber: „Die Besetzung Wilnas erfolgte in vollem Einvernehmen mit den polnischen Behörden. Darüber konnten vom ersten Augenblicke an keine Zweifel bestehen, obgleich Zeligowski auf der ganzen Linie abgeschüttelt wurde und Fürst Sapieha (Außenminister) mit seiner Ueberraschung und Entrüstung einigen meiner Kollegen seine feste Absicht ausgedrückt hatte zu demissionieren, wenn jener Akt der Insubordination nicht sofort rückgängig gemacht werde.“ Am 6. Dezember 1922 gestand Pilsudzki den Gesandten Italiens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Englands die ganze mit Zeligowski abgekartete Komödie ein. (Ebenda S. 214.)

tragter des Völkerbundes ein Projekt zur Regelung dieses Streitfalles aus und sprach sich darin für Litauens Souveränitätsrecht über das Wilnaer Gebiet aus. Am 13. Januar 1922 zog der Völkerbund unter Vorbehalt der Gebietsrechte beider Staaten eine Abgrenzungslinie mit einer neutralen Zone. Trotzdem bezog am 15. März 1923 die Botschafterkonferenz das Wilnaer Gebiet in den polnischen Staat ein. Gegen diesen Beschluß protestierte die litauische Regierung in formellster Weise. Am 7. Oktober 1924 machte Litauen noch einen Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz der Hauptmächte, d. h. Litauens und Polens, um die Wilnafrage zu regeln. Er blieb unbeantwortet.

Sofort nach Wilnas Besetzung durch die Polen am 1. September hatte der Außenminister Dr. Purykis eine Protestnote auch an den Vatikan gerichtet, die u. a. die Verdrängung der Professoren des Priesterseminars, die Ermordung von Litauern und andere von den Polen begangene Gewalttaten berichtete. ¹⁾ Anfangs November erschien eine a. o. diplomatische Mission unter Führung des Vizepräsidenten der verfassunggebenden Nationalversammlung, des Priesters Stangaitis, im Vatikan, um die Forderung auf volle kirchliche Unabhängigkeit von Polen zu unterbreiten. Auch der Bischof Kawarewicz vertrat anfangs 1921 persönlich diesen Wunsch in Rom. Wenn aus jener Zeit berichtet wird, ²⁾ daß „kirchliche Subordinationsfragen die Stellung des Nuntius Msgr. Ratti beeinträchtigt haben,“ so läßt sich im Zusammenhange einer aus gleicher Quelle stammenden Meldung, der Vertreter des Papstes, eben Ratti, habe zu Wilna zugunsten der litauischen Geistlichkeit Stellung genommen und dies damit begründet, „die Politik dürfe die Gewissen nicht terrorisieren,“ mit Sicherheit der Standpunkt Roms erkennen.

Am 1. April 1922 endete die diplomatische Sendung Msgr. Narjauskas beim Vatikan mit der Errichtung der unabhängigen litauischen Kirchenprovinz, die an Stelle der im Dezember 1920 seitens des Hl. Stuhles errichteten und mit Msgr. Zecchini besetzten Apostolischen Delegatur trat.

¹⁾ Laut einer Warschauer Meldung der „Italia“ vom 23. Mai 1924 hatte die polnische Regierung die Stirne, gegen die aus der Vergewaltigung Wilnas und dem daraus entstandenen kriegerischen Konflikte in der Grenzzone beim Vatikan (1) zu protestieren und den Wunsch auszusprechen, der Vatikan solle „das aufreizende Vorgehen der litauischen Regierung mißbilligen.“

²⁾ s. „Vossische Zeitung“ vom 7. Februar 1922, Nr. 66.

Mancherlei Umstände wie Kritik an der Tätigkeit von Klerus, politischen Parteien und Regierungspersonen trugen bedauerlicherweise dazu bei, daß es Msgr. Zecchini nicht sofort gelang, ein volles Vertrauensverhältnis zu gewinnen. Daraus erklärt sich jene Zurückhaltung ihm gegenüber, die selbst darauf verzichtete, den starken polnischen Druck auf den Vatikan durch Gegendruck aufzuheben. Litauen führte von da ab seine Sache beim Vatikan nachlässig, es ließ seinen Vertreter ohne Orientierung selbst dann noch, als das Konkordat mit Polen in greifbare Nähe gerückt war. Ja ein volles Jahr war der römische Posten überhaupt unbesetzt. Im November 1922 erfolgte durch den Vatikan Litauens Anerkennung *de jure*, wobei Kardinal Gasparri den Litauern ein freundschaftliches Verhältnis zu Polen anempfahl; die Verbitterung über Polens Vorgehen gegenüber Wilna war jedoch zu stark und der Rat fand keine wohlwollende Aufnahme, denn polnische Freundschaft ist ein Begriff, den man um jene Zeit in Litauen nur in Anführungszeichen zu setzen pflegte.

Als nun der Abschluß des polnischen Konkordats in unmittelbare Nähe gerückt war, hatte man es in Kaunas auf einmal eilig. Im Oktober 1924 wurde der römische Posten durch Herrn Macevicius wiederbesetzt, der sich am 8. November als Geschäftsträger im Vatikan vorstellte. Untätig hatte man Jahre verstreichen lassen, und als nun die Entsendung des polnischen a. o. Unterhändlers Grabski ¹⁾ bekannt wurde, glaubte man an Stelle der versäumten positiven Arbeit und der Aufnahme ernstlicher Konkordatsverhandlungen durch negatives Wirken den Lauf der Dinge aufhalten zu können. Zuerst versuchte man es mit folgender Warnungsnote:²⁾

Eure Eminenz!

Da die Regierung der Republik Litauen erfahren hat, daß die zwischen dem Hl. Stuhle und der polnischen Regierung begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordates für die *de facto* geschaffene Lage Polens die Absicht einschließen, in die kirchliche Einteilung Polens einige Gebiete einzubeziehen, die strittiges Objekt zwischen Polen und Litauen sind, hält sie es für ihre Pflicht, den Hl. Stuhl höflichst davon in Kenntnis zu setzen, daß diese Einbeziehung ihren Rechten einen schweren Schlag versetzen würde, bevor die Gebietsfragen

¹⁾ s. Kapitel Polen S. 264.

²⁾ s. „Lietuva“ Nr. 98 (834) vom 4. Mai 1925.

von beiden Staaten in beiderseitigem Einverständnisse gelöst worden sind.

Durch meine Regierung bin ich ermächtigt, Eurer Eminenz zu erklären, daß die Entscheidung der Botschafter-Konferenz vom 15. Mai 1921, die sich anmaßt, den polnisch-litauischen Streit zu schlichten, durch den Putsch des polnischen Generals Zeligowski — eine Meuterei, von ihm hervorgerufen durch den Bruch des Abkommens von Suwalki vom 7. Oktober 1920, das einen friedlichen Weg zur Schlichtung sämtlicher Streitfragen zwischen Litauen und Polen vorgesehen hatte — unter Bedingungen getroffen wurde, die die Regierung Litauens zwingen, in formellster Weise zu protestieren und kategorisch die Anerkennung der obenerwähnten Entscheidung als keinerlei Rechtskraft besitzend und für Litauen in keiner Weise verbindlich abzulehnen. Andererseits ist die Entscheidung vom 15. März, die die Regierung Litauens und das Volk als widerrechtlich betrachten, auch seitens des Völkerbundes nicht anerkannt worden und konnte nicht anerkannt werden, da er erklärt hat, er werde die Lösung des polnisch-litauischen Streites bloß gemäß seinem Vorschlage oder im Einverständnis beider Parteien anerkennen.

Genehmigen usw.

J. Macevicius

Geschäftsträger Litauens beim Hl. Stuhl.

Schon diese Note ging von der vollständigen Verkennung des Standpunktes des Papstes aus; sie übersieht, daß der obersten Kirchenregierung für die äußere Ordnung der hierarchischen Einteilung nichts anderes übrig bleibt als tatsächlich den veränderten Souveränitäts-Verhältnissen Rechnung zu tragen, was natürlich keineswegs ein rechtliches oder gar moralisches Anerkennung dieser Gebietsveränderungen in sich schließt. Die Kirche bleibt außerhalb und über den politischen Differenzen, wenn sie gleichmäßig für Vergangenheit und Zukunft mit dem status facti rechnet.

Wenige Wochen später, im Dezember 1924, erschien im Vatikan eine litauische Abordnung, bestehend aus dem Präsidenten des Parlamentes, dem Prälaten Fustin Staugaitis, dem Apost. Administrator des litauischen Teiles der Diözese Wilna, Domherr Kukta und den Universitäts-Professoren Dr. Cesnys und Dr. Salkauskis, die Kardinal Gasparri mit dem Ersuchen entließ, ihm Litauens Wünsche schriftlich einzureichen. Letzteres geschah mittels eines Promemorias, das den Wunsch aussprach, entweder die Diözese Wilna bis zur endgültigen Lösung des litauisch-polnischen Gebiets-

streites im status quo ihrer Zugehörigkeit zur russischen Kirchenprovinz Mohilew zu belassen oder aber sie unmittelbar vom Hl. Stuhle abhängig zu machen und nicht der Kirchenprovinz Warschau einzuleiben.

Die erste Forderung dürfte kaum ernst gemeint gewesen sein. Mochte Wilna dereinst endgültig Litauen oder Polen zufallen, seine Abhängigkeit von der weiß Gott wie lange Zeit noch unbesetzbaren russischen Kirchenprovinz mußte gelöst, es mußte ein kirchliches Definitivum hergestellt werden. Der chaotische Zustand war endlich zu beseitigen, denn das religiös-kirchliche Interesse forderte kategorisch sein Recht.

An der Zuteilung Wilnas an Polen durch die Vertreter der weltlichen Großmächte, die Botschafter-Konferenz, hatte der Hl. Stuhl nicht den geringsten Anteil gehabt. Er konnte nur Tatsachen Rechnung tragen, die er nicht zu ändern vermochte und für welche die Verantwortung denen zukam, die sie geschaffen hatten; wurde dabei Unrecht begangen, so war es an ihnen und nur an ihnen, dasselbe wieder gutzumachen. Wollte der Vatikan bei allen durch Unrecht zustande gekommenen politischen Gebietsveränderungen sich auf den Standpunkt stellen, die tatsächliche Lage nicht hinzunehmen oder zu tolerieren, und sein ganzes Handeln davon abhängig machen, dann gäbe es wohl heute kein Land, zu dem er, wenn man die zweitausendjährige Geschichte der Kirche in Betracht zieht, Beziehungen pflegen oder ihre Sachlage anerkennen dürfte. Wie müßte dann überhaupt, wenn eine solche Forderung erhoben würde, heute die politische Landkarte der Welt aussehen?

Für die zweite Lösung war die Tatsache mitbestimmend, daß das Konkordat mit Polen nicht an Wilna scheitern durfte. Die Kirche Polens mußte endlich nach mehr als zehnjährigen Wirren dem jetzt entstandenen Staate gegenüber eine einheitliche, klare Rechtsgrundlage erhalten, ihre Einrichtungen mußten ihrer kirchlichen Bestimmung entsprechend in Funktion treten, die materiellen Subsistenzmittel mußten gesichert und der Willkür, wie sie der innerpolitische Wandel mit sich brachte, ein Ziel gesetzt werden. Ohne feste Grundlage war ein kirchlicher Wiederaufbau unmöglich. Allem voran mußte die Sorge an den Seelen stehen.

Nun unterbreitete aber schon ein paar Wochen später die litauische Regierung dem Vatikan einen neuen Entwurf, der ein ganzes Konkordat ins Auge faßte, Vorschläge, die der Hl. Stuhl

natürlich auch abzulehnen voll berechtigt war. Darin war die von der vorerwähnten Abordnung unterbreitete Lösung fallen gelassen und dafür ein Artikel folgender Fassung vorgeschlagen: „... es ist von vornherein ausgemacht, daß die Diözesen Wilna, Seiny und Samogitien mit den auf beiliegender Karte eingezeichneten Grenzen die litauische Kirchenprovinz bilden sollen.“ Auf dieser Karte war auch das Polen zugesprochene Wilnaer Gebiet einbezogen.

Die Zumutung der Annahme dieses Artikels bedeutete die Zumutung einer politischen Stellungnahme, eines stummen politischen Protestes gegen die Botschafter-Konferenz und ihr Werk, das der Völkerbund ratifiziert und als internationalen Rechtszustand erklärt hatte. Man mutete Rom die Verletzung eines Grundsatzes zu, auf dem sein Verhältnis zu den weltlichen Mächten beruht, was in seinen Folgen zu endlosen, schweren Konflikten für die Kirche führen mußte. Während der Papst es bewußt und mit Willen ablehnte, in dem polnisch-litauischen politischen Konflikte Partei zu ergreifen, suchte ihm Litauen in seinem eigenen politischen Interesse diese Parteinahme zuzuschieben. Wenn man die Unannehmbarkeit einer solchen Forderung in Kaunas nicht einsah, so zeugt dies von einem eigenartigen Mangel an politischem Blick.

Die Lösung der Frage im Konkordate geschah daher derart, daß Wilna tatsächlich nicht einer polnischen Kirchenprovinz einverleibt, sondern zu einer selbständigen Erzdiözese erhoben und dadurch, nachdem die Ernennung der Bischöfe konkordatsgemäß beim Papste liegt, unmittelbar vom Hl. Stuhle abhängig gemacht wurde.¹⁾ Ueberdies wurde dem Konkordat die Grundbestimmung einverleibt, daß (nach Art. XXVI.) „die Grenzen der Kirchenprovinzen und der Bistümer mit den Grenzen des polnischen Staates übereinstimmen,“ sodaß also, sobald einmal Wilna an Litauen zurückfällt, es auch konkordatsgemäß aus dem Verbande der Kirche Polens ausscheidet.

Als nun der Wortlaut des am 10. Februar 1925 unterzeichneten Konkordates veröffentlicht wurde, scheinen in Litauen geheime Drahtzieher, die ein Interesse an einem Konflikt mit dem Vatikan hatten, den Augenblick für gekommen erachtet zu haben, ihr

¹⁾ s. das polnische Konkordat (S. 268) Art. IX. A; III.

politisches Geschäft zu machen. Man despeschierte in die Welt hinaus, die Regierung habe die Beziehungen zum Vatikan abgebrochen, und verbreitete ebenso wahrheitswidrig ¹⁾ „der Konflikt sei auf das zwischen Polen und dem Vatikan abgeschlossene Konkordat zurückzuführen, durch das der Wilnaer Kirchenbezirk unter die geistliche Oberhoheit des polnischen Episkopates gestellt wurde.“ Auch die Abberufung des Geschäftsträgers Macevicius und die Absendung einer Protestnote an den Vatikan kündigte man an. Sichtlich hatte die Regierung im Zustande nationaler Ueberreizung den Kopf verloren und ließ sich willenlos von Elementen treiben, die nunmehr hervortraten: von Sozialisten und Freimaurern. Das nimmt nicht Wunder, denn auf dem radikal-demokratischen²⁾ Freimaurerkongreß zu Boulogne-sur-Mer, der als internationale Parole den Abbruch aller Beziehungen zum Hl. Stuhle ausgegeben hatte, war ja auch das litauische politische Logentum vertreten. Diese Leute bliesen mit vollen Backen ins Feuer, schürten den nationalen Gegensatz bis zur Siedehitze, veranstalteten Straßenkundgebungen gegen den Apostolischen Delegaten, wobei litauische Schützen Msgr. Zecchini mit faulen Eiern bewarfen, und setzten sogar den Gedanken der Errichtung einer Nationalkirche in Umlauf.

Wenn der Litauer Pöbel schon um Wilnas willen protestieren wollte, so mußte er den an der Botschafter-Konferenz und dem Völkerbund beteiligten Mächten eine Katzenmusik machen und die Diplomaten der Ententemächte mit faulen Eiern bewerfen; als aber Sir Erik Drummond, der Generalsekretär des Völkerbunds in Kaunas erschien, erschöpfte man sich in Komplimenten und Liebenswürdigkeiten, — am 1. März 1925! — und die Herzlichkeit der gegenseitigen Versicherungen kannte keine Grenzen.

Wohl sprach die Regierung Msgr. Zecchini ihre Entschuldigung wegen der Kundgebungen gegen den Vatikan und der Belästigungen seines Vertreters aus, auch Herr Macevicius brachte eine solche im Vatikan vor, aber zur selben Zeit wurde zu Kaunas schon die angekündigte Protestnote verfaßt, die ein katholischer Priester, der überdies Verfasser eines gehässigen Zeitungsartikels gegen den Vatikan war, in a. o. Mission dem Kardinal-Staatssekretär zu überreichen sich erboten hatte. Auf diese Ankündigung der Blätter hin verständigte die Staatssekretarie den Geschäfts-

¹⁾ Meldung der IK. Berlin vom 12. März 1925.

träger in höflich entschiedener Weise, daß dieser Bote nicht empfangen werden könne. Daher übernahm Macevicius es selbst, die Note zu überreichen, indem er gleichzeitig die Ungezogenheit beging, Abschriften davon der Presse, fremden diplomatischen Vertretern und sogar Privatpersonen zukommen zu lassen.

Diese Protestnote ist ein Dokument, voll von sinnlosen Entstellungen, in der Form verletzend, in ihren Schlüssen maßlos, ein Dokument, das man heute bereits in ganz Litauen bedauert. Herr Macevicius erhielt sie daher sofort mit den Worten zurück: „La Santa Sede non riceve note redatte in questa forma“, ¹⁾ während die unkorrekte Handlungsweise des Ueberbringers damit beantwortet wurde, daß bereits am selben Tage, am 30. April, „die Staatssekretarie der Regierung von Litauen aus schwerwiegenden Gründen mitteilen ließ, daß der Geschäftsträger Macevicius nicht mehr persona grata sei.“ ²⁾ Der Vatikan war gezwungen, dies öffentlich bekannt zu geben, um der irreführenden Meldung der litauischen Regierung vom 14. Mai entgegenzutreten, sie habe Macevicius abberufen „angesichts der Unmöglichkeit, den Gesichtspunkt des Vatikans mit jenem Litauens zu vereinen, das sich durch die die Diözese Wilna betreffenden Konkordats-Klauseln in seinen nationalen Interessen geschädigt fühle.“

Die Protestnote hatte folgenden Wortlaut: ³⁾

Eure Eminenz!

Nachdem die Regierung Litauens den Inhalt des unlängst zwischen dem Hl. Stuhle und Polen unterzeichneten Konkordates erfahren hat, hat sie die Ehre, Eurer Eminenz folgende Note zu überreichen.

Bereits das vierte Jahr hält Polen mit Waffengewalt Teile des litauischen Gebietes samt der Hauptstadt Wilna besetzt. Dieses Gebiet hat es auf die hinterlistigste, tückischste Weise in Besitz genommen, indem es das von ihm selbst am 7. Oktober 1920 unterzeichnete Abkommen von Suwalki gebrochen und eine Meuterei des von General Zeligowski geführten Heeres simuliert hat. Litauen hat nicht entsagt und wird nimmermehr weder seiner Hauptstadt noch dem Gebiete, das stets zu Litauen gehört hat und niemals ein Teil von Polen war, entsagen!

¹⁾ „In dieser Form abgefaßte Noten nimmt der Hl. Stuhl nicht an.“

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 16. Mai 1925.

³⁾ s. „Lietuva“-Kaunas Nr. 98 (894) vom 4. Mai 1925.

Litauen erwartete, der Hl. Stuhl wolle in diesem Konflikt unparteiisch oder wenigstens neutral sein. Die litauische Regierung hatte sich bereits mehrmals an den Hl. Stuhl gewandt und die politische, nationale und religiöse Lage der besetzten Gebiete dargelegt. Sie hat um Bildung einer litauischen kirchlichen Organisation, deren integraler Teil Wilna wäre, gebeten oder wenigstens um Aufrechterhaltung des status quo auf diesem Gebiete, doch keinesfalls um seine Einverleibung in eine polnische Kirchenorganisation. Ueberdies hat Eure Eminenz im Dezember vorigen Jahres Gelegenheit gehabt, von einer besonderen Abordnung litauischer Katholiken mit dem damaligen Marschall des Sejm der litauischen Republik, Prälat Stangaitis, an der Spitze zu erfahren, welch ausschließlich hohe Bedeutung das litauische Volk dieser Sache beimißt.

Die litauische Regierung hat mit dem Gefühl tiefer Trauer einige durch das vom Hl. Stuhle mit der Republik Polen geschlossene Konkordat getroffene Bestimmungen zur Kenntnis genommen. Dieses Konkordat schafft eine neue kirchliche Organisation in Polen. Die besetzten Gebiete Litauens sind ohne irgendwelchen Vorbehalt dieser Organisation einverleibt (Art. XXVI) und Wilna ist zum Mittelpunkt einer der fünf polnischen Kirchenprovinzen geworden. Um das polnische Element darin zu verstärken, hat man der Wilnaer Provinz das rein polnische Gebiet Lomza angegliedert.

Was jedoch das Schlimmste ist, das Konkordat unterstellt in den besetzten Gebieten die Kirche dem Staat. Wohl werden Erzbischöfe und Bischöfe vom Hl. Stuhle ernannt, doch laut Art. XI kann die polnische Regierung ungehindert alle Kandidaten beseitigen, die ihr unerwünscht sind. Zudem legen Erzbischöfe und Bischöfe außer dem Eide politischer Loyalität den Eid ab, daß sie in dieser Hinsicht über die Geistlichkeit wachen und sogar positiv mitarbeiten werden, irgendwelche der Republik Polen drohende Gefahren zu beseitigen. (Art. XII).

Auf diese Weise zwingt das Konkordat dem Erzbischofe und den Bischöfen auf dem Gebiete Litauens und Weißrußlands Obliegenheiten von Polizeiagenten auf. Ferner erleichtert das Konkordat die Beseitigung sämtlicher litauischen und weißrussischen Priester aus der Gemeinde, da die Ernennung für das betreffende Benefizium vollkommen vom Willen der polnischen Regierung abhängt. (Art. XIX.)

Endlich wird (laut Art. XXIII) der Gebrauch der litauischen und weißrussischen Sprache, die in der Wilnaer Kirchenprovinz die Sprachen der Mehrheit sind, im Nebengottesdienste und Religionsunterrichte von einer Bischofskonferenz abhängig gemacht, von Bischöfen, die den Interessen der Bevölkerung völlig fremd oder sogar feindlich gegenüberstehen.

Somit ist es Polen gelungen, mit Hilfe der Kirche all seine Bestrebungen zwecks Entnationalisierung der besetzten Gebiete zu verwirklichen; die katholische Kirche dieser Gebiete wird einer polnischen Kirchenorganisation einverleibt, Bischöfe und Pfarrer können nur im Einverständnis mit der polnischen Regierung ernannt werden und die Regierung hat alle Mittel zur Beseitigung von Litauern und Weißrussen aus der kirchlichen Hierarchie und den Gemeindefinanzierungen. Die Bischöfe sollen sogar schwören, daß sie über die Interessen der polnischen Regierung wachen werden. Litauern und Weißrussen erscheinen solche Obliegenheiten völlig unannehmbar. Polen, Gegner des litauischen und weißrussischen Volkstums, entscheiden darüber, ob die gläubigen Litauer und Weißrussen in ihren Kirchen und Schulen ihre Muttersprache gebrauchen dürfen oder nicht.

Auf diese Weise hat der Hl. Stuhl einem Akte brutaler Gewalt, einem Akte der Ungerechtigkeit, der eine Frucht der Verletzung internationaler Verträge und Versprechungen ist, rechtliche Sanktion und seine moralische Approbation erteilt.

Zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise kann der Hl. Stuhl sich weder auf die Autorität des Völkerbundes noch auf die Entscheidung der Botschafter-Konferenz noch auf irgendeinen anderen Rechtsakt berufen.

Was den Völkerbund anbetrifft, hat dieser, ohne zu schwanken, Wilna und sein ganzes Gebiet als litauisches Land und als einen unverletzlichen Teil des litauischen Staates anerkannt. Da er jedoch nicht imstande ist, die polnische militärische Besetzung mit physischer Gewalt zu beseitigen, hat der Völkerbund ein Kompromiß (Hymans-Projekt) vorgeschlagen, das Wilna und sein Gebiet Litauen zuerkennt. Da jedoch weder Polen noch Litauen dieses annahmen, ließ der Völkerbund diese Frage offen und nur zur Vermeidung von Blutvergießen hat er die vorläufige Demarkationslinie festgesetzt, die in keiner Weise im voraus als endgültige Lösung der Grenzfrage betrachtet werden darf. Doch ist diese Linie von Litauen niemals anerkannt worden.

Was die Botschafter-Konferenz betrifft, so ist es doch klar, daß deren Entscheidung keinerlei Rechtskraft besitzt, weil jene Konferenz überhaupt nicht das Recht hatte, das Wilnaer Gebiet zu vergeben, nachdem die Entente dasselbe niemals besessen hat. Die Botschafter-Konferenz konnte in dieser Sache nicht als Schiedsrichter auftreten, da Litauen mit Polen niemals einen Schiedsgerichtsvertrag eingegangen hat. Daher ist die Entscheidung der Botschafter-Konferenz vom 14. März 1923 völlig wertlos und ändert die Rechtslage nicht im geringsten. Andererseits hat Rußland als letzter Souverän dieser Gebiete durch das Moskauer Abkommen vom 12. Juli 1920 seine sämtlichen Rechte auf das Gebiet auf Litauen übertragen.

Ueberdies kann der Hl. Stuhl als souveräne Regierung, die weder im Völkerbunde noch in der Botschafter-Konferenz ihren Vertreter besaß, sich nicht durch die Beschlüsse jener beiden Institutionen gebunden betrachten.

Daher stützt sich der Heilige Stuhl in diesem Falle nur auf den faktischen Tatbestand, der durchaus ungerecht ist, die Frucht eines brutalen Gewaltaktes und Vertragsbruches. Sonst betrachtet der Hl. Stuhl eine vollendete Tatsache nicht als eine Sache, mit der man sich aussöhnen muß. Die Tatsache, daß der Hl. Stuhl innerhalb 55 Jahren die im J. 1870 zu Rom geschaffene politische Lage nicht anerkennt, erläutert diese Frage zur Genüge.

Eine noch traurigere Tatsache ist es, daß der Hl. Stuhl, indem er das Konkordat unterzeichnet hat, die litauischen und weißrussischen Katholiken der besetzten Gebiete der widerwärtigsten Entnationalisierung ausgeliefert hat, die dort betrieben wird. Dank der Ausbeutung der nationalen Gefühle jener Leute, die zur Zeit der zaristischen Regierung ihre Anhänglichkeit an die Kirche und den Hl. Stuhl mit ihrem Blute bezahlt haben.

Deshalb sieht sich die litauische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen, sich an den Hl. Stuhl mit dem gemessensten Protest gegen die Einverleibung des Wilnaer Gebietes in einer polnischen Kirchenorganisation und gegen die Ueberlassung des fraglichen Kirchengebietes an den polnischen Staat zu wenden. Insbesondere protestiert die litauische Regierung gegen das ungerechte, von dem Hl. Stuhl gutgeheißen Mittel, die religiösen Gefühle der Bevölkerung zum Zwecke ihrer Entnationalisierung auszubeuten.

Der Hl. Stuhl als allerhöchstes Haupt der katholischen Kirche und als höchste Autorität der ganzen Christenheit darf nimmermehr solch einer Sache die Hand leihen.

Genehmigen usw.

Macevicius.

Die staatspolitischen Auseinandersetzungen dieser Note sind gänzlich an die falsche Adresse gerichtet. Die weiteren Vorstellungen gehen von einer irrigen Bewertung der Bestimmungen des polnischen Konkordats aus, indem sie deren Mißbrauch im Widerspruch zu ihrem Geiste und Sinne gewissermaßen als vom Hl. Stuhl vorgesehene und gebilligte Norm annehmen. Die übrigen erhobenen Vorwürfe erweisen sich bei einem Vergleich mit den Konkordatsbestimmungen als hinfällig, während sie in ihrer inneren Unwahrheit und in ihrer äußeren verletzenden Form in der Wirkung auf den Urheber zurückfallen müssen.

Einen Schein von Berechtigung, nur einen Schein, zu jenen Klagen, die sich mit der Verdrängung des litauischen und weiß-

russischen Elementes befassen, liefert leider Polen selbst, das dadurch den Hl. Stuhl ins Unrecht setzt.¹⁾ Aber das Konkordat schiebt der früheren Willkür durch seine Bindungen einen Riegel vor, indem die Hierarchie und letzten Endes der Hl. Stuhl selbst als übernationale Instanz ein Wort mitzureden hat, denn es wird immer wieder übersehen, daß nach dem geltenden Rechte der Kirche auch die Bischöfe keine gesetzlichen Verfügungen treffen dürfen ohne die Zustimmung des Hl. Stuhles.

Litauen setzte in der Folge seine Unfreundlichkeiten gegen den Vertreter des Papstes fort, indem es im folgenden Juni, als Msgr. Zecchini dem Erzbischofe Springowicz von Riga das hl. Pallium überbracht hatte, für die Rückreise nach Kaunas die Visierung des Passes verweigerte, sodaß er seine Reise nach Rom auf dem Seewege antreten mußte. Der Prälat wohnte dann im Vatikan dem ersten Empfang eines litauischen-lettischen Pilgerzuges seit den Tagen der Reformation bei und Papst Pius XI. benützte die Gelegenheit, in der Richtung nach Kaunas einige deutliche Worte zu sprechen.²⁾ „Ihr müßt wohl tief gerührt sein“, sagte er, „hier, auf diesem heiligen, von Martyrerblut getränkten Boden Roms euch so nahe dem Stellvertreter Christi zu wissen. Doch auch in euren Kirchen und besonders in der Peterskirche zu Riga besitzt ihr ebensoviele schöne und beredte Zeugen der alten Anhänglichkeit eures Volkes an den Apostolischen Stuhl. Besonders lieb und angenehm ist es Uns, an eurer Spitze Unseren Apostolischen Delegaten Msgr. Zecchini zu sehen. Das genügt, um eure herzliche Ergebenheit gegen den Hl. Stuhl selbst und den Staatthalter Christi zu bezeugen; denn wie es gerecht und natürlich ist, erachten Wir als Uns selbst angetan und erwiesen, was man Unserem Vertreter antut und erweist.“

¹⁾ s. meinen Artikel „Ein Wort für Weiß-Rußlands Katholiken“ in „Allg. Rundschau“ vom 10. Januar 1925 Nr. 2! Kaum war das Konkordat ratifiziert, als auch schon der einzige weißrussische Professor am Wilnaer Priesterseminar, der Priester Dr. Reszec, der seine Studien an der römischen Gregoriana gemacht hatte, abgesetzt und in der „Warschauer Zeitung“ Nr. 263—264 vom Senator P. St. Maciejewicz in Namen des polnischen Klerus die vom Konkordat vorgesehene Neuabgrenzung der Erzdiözese Wilna nach dem polnisch-nationalen Gesichtspunkte offen gefordert wurde.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 5. Juli 1925.

Inzwischen begann in Litauen — zu Kaunas war Msgr. Faidutti als Geschäftsträger zurückgeblieben — die Ernüchterung Platz zu greifen; man sah allmählich die kirchenpolitischen Probleme nicht mehr so stark unter dem nationalen Gesichtswinkel und Ende August ließ die Presse bereits durchblicken, daß die Verständigung mit dem Hl. Stuhle in nicht mehr weiter Ferne liege. Dieser Wille trat dann anfangs Oktober dadurch ganz besonders in Erscheinung, daß bei der Umbildung des Kabinetts das Portefeuille des Äußeren einem durchaus kirchentreuen katholischen Priester Msgr. Micys Reins, ¹⁾ zuletzt Professor der Philosophie an der Universität von Kaunas, anvertraut wurde. Möge es diesem gelingen, das von seinem Vorgänger angestiftete Unheil wieder gut zu machen, damit Litauens historischer Name sich auch in Zukunft bewahrheite: *Lituania devota!*

Die nordischen Staaten.

Die nordischen Staaten, wozu wir in diesem Falle auch Finnland zählen wollen, dessen zweite Landessprache infolge der Stammesmischung das Schwedische ist, ist durch den Abfall zum Protestantismus für die katholische Kirche wieder Missionsgebiet geworden. Als solches bilden die drei Königreiche und Finnland selbständige Apostolische Vikariate und hängen kirchlich von der Kongregation der Propaganda („de Propaganda Fide“, also „für Glaubensverbreitung“) ab. Erfüllt von dem tiefen Bewußtsein des alleinigen Vollbesitzes der von Gott geoffenbarten Wahrheit und des ihren Aposteln allein von Christus gegebenen Auftrages, hinzugehen und alle Völker zu lehren, muß die katholische Kirche und derjenige, dem die Schlüssel des Himmelreiches gegeben sind, wollen, daß jene Völker, welche den Vollbesitz der Glaubenswahrheit verloren haben und nicht mehr von dem belebenden, erneuernden und heiligenden Strom des eucharistischen Gnadenlebens erfaßt werden, sich also davon ausgeschaltet haben, den

¹⁾ Dieser christlich-demokratische Politiker wurde 1884 zu Madadasgar (Dorf im Distrikt Kaunas) geboren, besuchte das Gymnasium in Mitau und Priesterseminar in Wilna, promovierte an der K. G. Akademie zu Petersburg in Theologie und an der Universität Löwen in Philosophie. Nach apologetischen Studien an der Universität Straßburg wurde er 1907 Priester, 1914 Vikar an der Johanneskirche in Wilna, 1916 Gymnasialprofessor, 1918 Universitätsprofessor in Kaunas. 1919 setzten ihn die Bolschewiken gefangen und verschleppten ihn dann nach Rußland.

Kontakt wiederherstellen und an jenes große Gnadenstromzentrum wieder angeschlossen werden, außerhalb dessen alle Liturgie und Sakramentenspendung zu inhaltsleerer, zweck- und wirkungsloser Zeremonie herabsinkt und einzig die Taufgnade wirksam vermittelt werden kann. Nicht geleitet vom Streben nach Machtausdehnung, sondern von der Unterwerfung unter diese heilige, in Christi Gebot begründete Pflicht erfüllt Rom seine Sendung, ganz durchdrungen auch von dem Glauben, daß Christus eine Kirche gestiftet hat, welche die katholische ist, während alle anderen Gemeinschaften, die sich Kirchen nennen, Absplitterungen menschlichen Ursprunges sind und daher als solche am mystischen Leibe keinen Anteil haben. Ein Apostel zog zu den Barbaren Afrikas, der andere nach Athen, beide verbreiteten die gleiche Wahrheit, handelten im gleichen Auftrage, verfolgten dasselbe Ziel und erlitten bereitwillig dafür den Tod als Blutzeugen. Die hohe Kultur der skandinavischen Länder, hervorgewachsen aus einer katholischen Vergangenheit, welche heute noch ihren Stolz bildet, entbindet also Rom seiner heiligen Pflicht nicht, nochmals das Licht der göttlichen Wahrheit in voller Reinheit dorthin zu tragen.

Rom treibt nur dort Politik, wo die Verhältnisse es zu einer Betätigung auf dem politischen Gebiete zwingen; als religiöse Macht wirkt es und handelt es religiös und zu religiösem Zwecke, doch kann es, wie wir in der Vorrede bemerkten, manchmal im Interesse der freien Entfaltung der Religion auch auf politische Betätigung nicht verzichten, sodaß die an anderer Stelle ausgesprochene bzw. zitierte Behauptung, der Papst handle auch da noch religiös, wo er sich der Politik bedient, ebenso begründet wie berechtigt ist.

Welche Aufnahme jene Völker des Nordens heute vielfach dem Katholizismus bereiten, wo er in seiner wahren Gestalt erkennbar vor sie hintritt, schildert Kardinal van Rossum in dem Reisebericht über seine im Sommer 1923 ausgeführte Nordlandsfahrt.¹⁾ Zwar trug sie nur privaten, inoffiziellen Charakter; nichtsdesto-

¹⁾ Deutsch erschienen unter dem Titel: Die religiöse Lage der Katholiken in den nordischen Ländern. München, 1924. Verlag Dr. Franz A. Pfeiffer & Co. — Ueber die Geschichte der nordischen Missionen s. das Werk von P. J. Metzler, S. J., Die Apostolischen Vikariate des Nordens. Paderborn, 1919.

weniger wurde Sr. Eminenz z. B. in Island von der Regierung ein offizieller Empfang bereitet und auch in Finnland trug die Regierung seiner Anwesenheit in offizieller Form Rechnung. Es lag also nicht am Kardinal, wenn jene Fahrt manchmal über ihren von ihm beabsichtigten Zweck hinausgehoben wurde. Auch war keinerlei Sendung mit ihr verbunden und wo der Kardinal mit staatlichen Organen in Berührung trat, war der Anlaß stets von der Gegenseite ausgegangen; sich der Berührung zu entziehen war also ohne anzustoßen und zu beleidigen nicht möglich.

Von einer Politik des Hl. Stuhles gegenüber irgendeinem der skandinavischen Länder kann bisher gar keine Rede sein, und was wir erwähnen, ist im Grunde nur ein Hinweis auf einzelne Vorfälle, wo eine Berührung zwischen Rom und den Mächten des Nordens, bzw. ihren staatlichen Organen gegeben war, oder auf die gesetzliche Lage der Kirche, welche der Kurie die Notwendigkeit nahelegen würde, Verbesserungen anzustreben und sich dazu notgedrungen des politischen Weges zu bedienen.

Dänemark

Dänemark mit seinen rund 30 000 Katholiken, seit 1922 als Apostolisches Vikariat von dem flämischen Belgier Msgr. Brems aus dem Prämonstratenserorden betreut, hat durch den Besuch seines Königs Christian X. am 15. Dezember 1920 im Vatikan als erstes der Länder Skandinaviens die Beziehungen zum Papste aufgenommen.¹⁾ Fünf Jahrhunderte lagen zwischen diesem und dem letzten Besuche eines Dänenkönigs in Rom Christians I. bei Papst Sixtus IV. König Christian begleitet von der Königin legte während der Auffahrt zum Vatikan am Grabmal des hl. Dänenkönigs Knut in Sta. Maria in Transpontina einen Kranz nieder, wurde von Papst Benedikt XV. mit den einem Souveräne gebührenden hohen Ehren empfangen, besuchte den Vatikan und St. Peter ²⁾ und ließ sich vom Kardinal-Staatssekretär das beim Heiligen Stuhle beglaubigte diplomatische Korps vorstellen.

Mit der Ernennung des neuen Apostolischen Vikars (im Dezember 1922) verließ der Papst den Titel des durch die Reformation eingegangenen katholischen Bistums Røskilde, was im ersten Augenblicke in lutherischen Kreisen als eine „höchst

¹⁾ Ein geschichtlicher Rückblick findet sich im „Oss. Rom.“ vom 15. Dezember 1920.

²⁾ Ausführliches im „Oss. Rom.“ vom 15. Dezember 1920.

unfreundliche Handlung", ja sogar als eine „Herausforderung“ ¹⁾ gewertet wurde, doch setzte sich die Einsicht rasch durch und die Gemüter beruhigten sich wieder. Frankreich maßte sich angeblich das Recht an, in dieser Ernennung zwecks Verhinderung, daß die Wahl auf einen Deutschen falle, ein Wort mitzureden; der ernannte Bischof wirkt übrigens seit 1903 als Seelsorger im Lande.

Zur Silberhochzeit des Königspaares überreichte Msgr. Brems ein päpstliches Handschreiben. Die Majestäten unterhielten sich hiebei mit dem Prälaten begeistert über ihre Romfahrt und wenige Tage später wurde ihm das Komturkreuz des Danebrog-Ordens verliehen.

Island

Island, das vor wenigen Jahren unter der Krone des Dänenkönigs zum autonomen Königreich erstanden ist, bekundete seine Gesinnungen gegen Rom unzweideutig durch den Empfang, welchen Volk und Regierung dem Kardinal van Rossum als Vertreter des römischen Papstes bereitet haben; kirchlich wurde es bei dieser Gelegenheit zur apostolischen Präfektur erhoben und P. Meulen-berg, einem Rheinländer aus der Kongregation des sel. Grignon de Montfort vom Kardinal persönlich die Insignien überbracht und überreicht. ²⁾

Norwegen

Norwegen hat seit dem Rücktritte des greisen Bischofs Msgr. Fallize seit dem 11. April 1922 als Oberhaupt seiner katholischen Kirche, den Holländer Msgr. Olaf Jan Smit, der an unserer deutschen Anima in Rom seine höheren theologischen Studien vollendet hat. Es war auch ein römischer Kardinal, Wilhelm von Sabina, und ein König Haakon, die sich im Jahre 1247 auf norwegischem Boden trafen, zu Bergen, wo der Kardinal als Legat des römischen Papstes Norwegens König die Krone aufs Haupt setzte. König Haakon VII. ließ es sich nicht nehmen, am 4. August 1923 Kardinal van Rossum zu empfangen. Wie dieser in seiner vorerwähnten Schrift feststellt, ist es vornehmlich das Studium der Geschichte aus ihren Quellen, was Norwegen der Mutterkirche wieder näherbringt. Das zeigte sich so recht auch

¹⁾ lt. „National Titende“ nach „Kath. Kirchenzeitung“ 1923, Nr. 1, S. 6.

²⁾ vgl. die Skizze „Deutsche in Island“ von Dr. A. Mohr-Reykjavik in der „Köln. Volksztg.“ Nr. 241 vom 30. März 1924.

darin, daß die Kgl. Wissenschaftliche Gesellschaft zu Trondhjem in der Unterkirche von St. Peter am Grabe des Papstes Hadrian IV., der als Kardinal von Papst Eugen III. nach Norwegen gesandt wurde und heute noch im Gedächtnisse der dortigen Bevölkerung als „der gute Kardinal“ fortlebt, einen Gedenkstein setzen ließ; er war es auch gewesen, der bei jenem Besuche des Nordens den erzbischöflichen Stuhl zu Trondhjem errichtet hat. Die Regierung stattete Graf de Paus zur Enthüllung der Marmortafel mit dem Charakter eines a. o. Gesandten aus, während der norwegische Konsul namens des Denkmalkomitees den Stein in die Obhut des Kapitels der Basilika übergab. Beide Herren sind Konvertiten, Katholiken und Geheimekammerer des Papstes. Der Uebergabe wohnten auch die beim Quirinale beglaubigten Gesandten Norwegens, Schwedens und Dänemarks bei. — Norwegen hat die Ausnahmegesetzgebung gegen die Katholiken bereits zum größten Teile abgebaut; nur das gegen die Zulassung des Jesuitenordens besteht noch. Es ist zu hoffen, daß auch ihm gegenüber der Sinn für Gerechtigkeit sich bald zu voller Höhe erhebt.

Schweden

Schweden steht in dieser Hinsicht leider noch erheblich zurück; aus seiner Gesetzgebung spricht ein anderer Geist. Das ganze Land besitzt nur vier staatlich anerkannte Pfarreien, die noch dazu ganz wichtiger Rechte entbehren. Im Jahre 1910 entzog man ihnen sogar die Führung der Kirchenbücher mit offiziellem, öffentlichem Charakter, welche sie seit 1860 besessen hatten; seitdem müssen die Katholiken sich vielfach an die lutherischen Pastoren wenden, die allein das Recht haben, staatlich geltende Zeugnisse auszustellen; ihnen müssen Geburten, Eheschließungen, Todesfälle von den katholischen Pfarrämtern gemeldet werden, sie stellen auch die staatlichen Zeugnisse über Eehinderungsfreiheit aus, da es Zivilstandesregister nicht gibt. Vorstellungen von katholischer Seite wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Die Katholiken müssen für die protestantische Staatskirche Kirchensteuern bezahlen, kontemplative Orden und Klöster sind verboten, vor 18 Jahren kann niemand aus der Staatskirche austreten, katholische Schulen können von nichtkatholischen Kindern vor dem fünfzehnten Lebensjahre nicht besucht werden, im Staatsdienste stehende Protestanten

riskieren bei ihrem Uebertritt ihre Stellung (s. § 15 des Ges. vom 31. Okt. 1873). Das Apostolische Vikariat hat als solches keinerlei Besitzrecht. Manche Anzeichen berechtigen zur Hoffnung auf einen allmählichen Wandel. Kardinal van Rossum erzählt manche erfreuliche Einzelheit, während von anderer Seite verlautet, daß der Empfänge und Ehrungen, welche Sr. Eminenz auch von Nicht-Katholiken zuteil wurden, noch viel mehr waren. In der Residenz des Statthalters von Göteborg wurde der Kardinal vom Kronprinzen sehr freundlich empfangen.

An der Spitze des Apostolischen Vikariates steht seit 10. Okt. 1922 Msgr. Johannes Erik Müller, ein Bayer aus der Diözese München, den das Vertrauen des Heiligen Stuhles auf diesen Posten berief.

Finnland

Finnland bietet ein freundlicheres Bild. Die katholische Kirche Finnlands hatte einen schweren Kampf um ihre Existenz gegen das Russen- und Polentum durchzukämpfen.¹⁾ Ursprünglich den Lutheranern und Russisch-Orthodoxen nicht gleichgestellt und sogar ohne staatliche Anerkennung ihrer Priester, sah sie im Jahre 1905 die ersten Versuche um Anerkennung ihrer Existenz durch die russische Regierung vereitelt. Die katholische St. Hendrikkirche zu Helsingfors war mit Mitteln des Militärfiskus als polnische Soldatenkirche erbaut und seit 1899 der (aus Polen bestehenden) katholischen Kirchenbehörde in St. Petersburg unterstellt. Da diese sich gegen eine Legalisation der katholischen Kirchengemeinde (fast ausschließlich aus Nichtpolen bestehend) aussprach und ein zweites Gesuch an dem in Finnland geltenden alten schwedischen Katholiken- oder besser Antikatholikengesetze scheiterte, vegetierte die katholische Gemeinde nur. Petersburg sandte nur polnische Priester, welche polnisch oder russisch sprachen; staatliche Bezüge wurden keine gewährt und schließlich schloß Graf Szembek die Kirche ganz.

Nun nahm P. von Christiersen, der erste finnische Priester seit der Reformation, meines Wissens ein Zögling des Collegium Germanicum in Rom, sich der verwaisten Pfarrei an. Ihm gelang

¹⁾ Ich folge hier einem Artikel der „Catholic Times“ 1913 Nr. 1, im Auszuge wiedergegeben in „Katholische Kirchenzeitung für Deutschland“ (vormals „Die Wahrheit“) Nr. 11 vom 1. März 1913.

es, die Kongregation der Priester vom hl. Herzen für die Kirche Finnlands zu interessieren und zu gewinnen. Da setzte ein erneuter Kampf Rußlands gegen Finnlands Freiheiten ein und General Sejn, der Gehilfe des berüchtigten Generals Bobrikoff, wies die Patres wieder aus dem Lande; Christiersen wurde vom Erzbischofe in St. Petersburg abgesetzt, weil er die fremden Priester berufen hatte. Dafür kam ein neuer polnischer Rektor und die sich daraus ergebenden neuen Differenzen führten zu einer Eingabe an Gouverneur Nyland, der endlich Erfolg beschieden war. Es wurde eine finnisch-katholische Pfarrei errichtet und Christiersen als Pfarrer anerkannt. Seinem Ersuchen gemäß stellte der protestantische Stadtrat von Helsingfors in anerkannter Liberalität ein Grundstück für eine neue Kirche zur Verfügung.

Der Weltkrieg und mit ihm Deutschlands Waffenerfolge brachten Finnland endlich die so heiß umstrittene Freiheit wieder. Da dort für antikatholische Tölpereien, welche uns anderwärts gründlich um alle Sympathien brachten, kein Boden war — die Katholiken bilden ein Zehntausendstel der vorwiegend protestantischen, vielfach noch heidnischen Bevölkerung — gedenkt man unser heute in Finnland mit ungestörter Dankbarkeit. Die Regierung sandte eine Abordnung, bestehend aus den Herren Kihlman, Wolff und Borenus namens der konstitutionellen Gewalten zu den Großmächten, um die Konstituierung des unabhängigen Staates Finnland mitzuteilen und um die Anerkennung nachzusuchen. Am 2. März 1918 erschien die Abordnung zu diesem Zwecke im Vatikan, um in feierlicher Audienz die Mitteilung aus dem Munde Papst Benedikts XV. entgegenzunehmen: „Der Heilige Stuhl wird getreu seinen Ueberlieferungen den kleinen Nationen die gleichen Rechte zuzuerkennen, welche den großen zuerkannt sind, sich freuen unmittelbare und freundschaftliche Beziehungen zur finnischen Regierung zu haben.“¹⁾ Es hat bei Sonnino lebhafteste Verärgerung hervorgerufen, daß die Herren erst von da weg sich zur Konsultä, zur italienischen Regierung begeben haben.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 3. März 1918.

Eine eingehende Würdigung in meinem Artikel „Finnland und der Hl. Stuhl“ in „Allg. Rundschau“ Nr. 30 vom 30. März 1918.

Finnlands stark sozialistisch durchgesetzte Regierung, weil durch kein konfessionspolitisches Interesse gebunden, glaubte also gut daran zu tun, seine staatliche Existenz in der großen religiös-moralischen Macht des Papsttums zu verankern und die vorwiegend protestantische Konfession der Bevölkerung und daher auch der Regierung hat sie nicht gehindert, durch die erste Tat auf außenpolitischem Gebiete das Papsttum als souveräne Macht vor aller Welt anzuerkennen, obwohl dieses nicht über Heere, Kanonen und Flotten verfügt. Der Schrift Finnlands bedeutete aber auch die Anerkennung der Tatsache, daß die Neutralität des Heiligen Stuhles während des Weltkrieges unverletzt geblieben ist; der Papst erntete hier, noch ehe der Kriegslärm verstummt und der blutige Kampf beendet war, die erste Frucht seiner oft verkannten und mißdeuteten Haltung.

Dieselbe großherzige Gesinnung drückte sich mit besonderer Wärme auch gegenüber Kardinal van Rossum bei seinem Besuche in Helsingfors aus. ¹⁾

Schon im September 1919 entsandte die finnische Regierung den uns bereits bekannten katholischen Priester Christiensen als ihren Unterhändler in den Vatikan, um mit diesem vertragliche Vereinbarungen bezüglich der künftigen Rechtslage der katholischen Kirche im „Lande der tausend Seen“ zu treffen. Diese Besprechungen ergaben, daß Finnland kirchlich von der russischen Erzdiözese Mohilew abgetrennt und unterm 8. Juni 1920 zu einem selbstständigen Apostolischen Vikariat erhoben wurde. ²⁾ Im folgenden März ernannte die Propaganda den Holländer Buckx, den Oberen jener Priester vom hl. Herzen, welche schon in Finnland gewirkt hatten, zum Apostolischen Administrator, kurz darauf zum Präfekten und 1923 zum Vikar. Fünfmal war er in den Jahren 1908—1912 von den Russen ausgewiesen worden, das letztmal „für immer“. Erzbischof von der Ropp, heute noch trotz seiner Verurteilung und Ausweisung durch Sowjet-Rußland der Oberhirte von Mohilew, hat die Abtrennung nach Kräften gefördert und am 15. August 1923 vollzog der Kardinal-Präfekt der Propaganda unter Assistenz der drei skandinavischen Bischöfe in Anwesenheit des die Regierung vertretenden Kultusministers und vieler Nichtkatholiken die bischöfliche Weihe des P. Buckx. Bei dem beson-

¹⁾ s. dessen vorgenannte Schrift.

²⁾ s. „Acta A. S.“ 1920, S. 268.

deren Empfange, den die Protestanten dem Kardinale zu geben sich ausgebeten hatten, wurden ihm feierlich „die Sympathien für die heilige Römische Kirche ausgedrückt und ein prächtig gebundenes Werk, „*Flores Ecclesiae Finlandiae medii aevi*“ überreicht, das in fünf Sprachen eine von protestantischen Gelehrten verfaßte Studie über das, was Finnland in der Vergangenheit der katholischen Kirche zu verdanken hat, enthält.“ ¹⁾

Belgien

Durch Belgiens Beitritt zur Entente hatte seine Politik auch nach dem Kriege zwangsläufig die Richtung der führenden Festlandsmacht, nämlich Frankreichs genommen. Unter den Friedensverträgen, von denen wir sahen, daß sie im Widerspruche zum Geiste Papst Benedikt's XV. stehen, und noch sehen werden, daß sie auch vor seinem Nachfolger keine Gnade fanden, steht auch Belgiens Unterschrift.

Wohl sind bereits Stimmen laut geworden, die eine Rückkehr zur Politik der Neutralität und der Pflege freundnachbarlicher Gesinnung zu allen Anrainern forderten, aber sie sind ohne besonderen Widerhall und ohne Wirkung geblieben. Soweit daher in diesem Buche ein Gegenspiel des Heiligen Stuhles gegen die von den Ententemächten und besonders von Frankreich auf dem europäischen Festlande verfolgte Politik in Erscheinung tritt, richtet es sich in gleicher Weise auch gegen die Politik Belgiens. Dies gilt, wie sich noch zeigen wird, vor allem vom Ruhrkonflikt. Ob und wie weitgehende Mahnungen zur Mäßigung von Rom aus, so wie nach Warschau, sich an die Adresse Brüssels gerichtet haben, muß die Zukunft noch beweisen.

Das große und beständige Wohlwollen, das der Papst des Weltkrieges Belgien und seinem fast zur Gänze katholischen Volke bewiesen hat, die in den besonders wichtigen Kundgebungen erhobene Forderung nach seiner vollständigen Wiederherstellung und Entschädigung, die Langmut und Nachsicht, die der Vatikan manchmal gegenüber sehr ungerechten Beschuldigungen seiner Haltung aus belgischem Munde übte, all das legte Belgiens König hohe moralische Verpflichtungen auf und ließ ihn den begreiflichen Wunsch äußern, persönlich sich dieser Dankesschuld

¹⁾ s. die vorerwähnte Schrift des Kardinals van Rossum, S. 43.

zu entledigen. Schon im August 1919 drang diese Absicht in die Öffentlichkeit. Doch bestand einstweilen noch das von Papst Pius IX. aufgerichtete Verbot für katholische Herrscher, Rom offiziell zu besuchen. Die dem Vatikan nahestehenden Blätter ließen es daher nicht an einem deutlichen und zweifellos inspirierten Winke fehlen, die belgische Regierung werde wohl den Weg finden, jene Vorbehalte zu achten, die der Hl. Stuhl sehr richtigerweise seit geraumer Zeit aufgestellt hat, und sich jedweder Handlung enthalten, die auch nur entfernt den Papst beleidigen könnte.

Einstweilen begnügte man sich jedoch damit, die bevorstehende Erhebung der belgischen Gesandtschaft beim Vatikan zum Range einer Botschaft in Aussicht zu stellen.

Nachdem Mitte 1920 der Diktatfriede zum Abschlusse gebracht war, fand Belgien Zeit, sich wieder seinen inneren Problemen zuzuwenden, unter denen das wichtigste der Gegensatz zwischen Wallonen und Flamen ist. Auf 7,5 Millionen Einwohner zählt Belgien 4 Millionen Flamen, von denen 3 Millionen nicht französisch verstehen. Nach der Verkündung der Unabhängigkeit Belgiens im Jahre 1830 beschloß die liberale Regierung, nur das Französische als offizielle Sprache anzuerkennen. Das erwies sich als schwerer Fehler, denn die Flamen mit ihrer großen Geschichte lehnen es ab, ihre Sprache nur als Mundart gelten zu lassen. Freilich mußte dann schon durch Gesetz von 1873, 1878, 1883 und 1889 dieser Fehler wenigstens z. T. gutgemacht werden; man setzte das Flämische als gleichberechtigte offizielle Sprache dem Französischen zur Seite, aber das Gesetz blieb größtenteils toter Buchstabe. Als nun der Krieg zu Ende war, tat sich der Konflikt von neuem in voller Schärfe auf, denn das herrschende Wallonentum ließ die Flamen seine Macht und seine Faust fühlen, ganz im Stile der osteuropäischen Nachfolgestaaten und Italiens gegenüber ihren nationalen Minderheiten. Der Konflikt fraß sich auch tief in die Reihen des Klerus ein und zwang sich daher auch innerhalb des katholischen Lagers auf, nachdem die katholische Partei gerade bei den Flamen den stärksten Rückhalt besonders gegen den Sozialismus besitzt.

Ende 1920 hatten die Dinge einen Punkt erreicht, daß Papst Benedikt XV. eine sehr scharfe Warnung durch den Bischof Rutten von Lüttich auszusprechen sich gezwungen sah: „Es ist höchste

Zeit, daß die belgische Regierung dem flämischen Volke Genugtuung gibt und damit lieber freiwillig das zugesteht, was ihr später doch abgezwungen würde, anstatt immer neuen Anlaß zu Verbitterung zu geben. So habe ich auch zu allen belgischen Autoritäten gesprochen, die zu mir kommen und ich werde es auch in Zukunft so tun.“¹⁾ Wie sehr es dem Papste damit Ernst war, beweist das Schreiben, das er knapp drei Monate später an den Erzbischof von Mecheln, Kardinal Mercier, und den ganzen belgischen Episkopat gerichtet hat²⁾ und mit dem er in Anlehnung an die Entscheidung Leo's XIII. vom 20. August 1901 gegenüber den Bischöfen Böhmens und Mährens hinsichtlich der nationalen Gegensätze zur religiösen Seite der flämischen Frage Stellung nimmt. Oberster Grundsatz sei, daß die Autorität und Wirksamkeit der Priester keine Schädigung erleiden dürfe. Der Priester muß die Sprache seiner Seelsorgskinder gut kennen, hat in der Predigt nur die Glaubens- und Sittenlehren würdig zu erklären, nicht aber die Gegenstände, die mit den übernatürlichen Aufgaben des Priestertums in keiner Beziehung stehen. Veröffentlichungen der Priester, auch wenn sie profane Sachen behandeln, bedürfen der Zustimmung ihrer Bischöfe; die Ausbildung der Kleriker ist besonders sorgfältig zu überwachen, damit nicht die Liebe und Eintracht durch Hineintragen von (nationalen) Gegenständen und Streitfragen Schaden leide.

Aber durch unbestreitbare Rechtsverweigerung verbittert nahm der flämische Nationalismus an Schärfe nur noch zu, er strebte nun die administrative Scheidung an, in der viele nur die Einleitung der politischen Trennung erblickten. Somit sahen sich die Bischöfe erneut zu entsprechenden Weisungen an ihren Klerus gezwungen,³⁾ worin sie bedauern, daß die Flamenbewegung sich in letzter Zeit auch in den Reihen des Klerus zu Maßlosigkeiten habe hinreißen lassen. Der erste Punkt besagt, daß „alle gerechten Forderungen der Flamen mit dem höheren Gute der Religion und der Einheit des Vaterlandes vereinbar seien, nur

¹⁾ Eine absolut sichere Quelle für diesen Ausspruch beizubringen war mir bis zum Augenblick der Drucklegung nicht beschieden, doch spricht der unmittelbar folgende Akt so sehr für die Richtigkeit, daß ich glaube, die Bedenken gegen eine Aufnahme fallen lassen zu dürfen.

²⁾ s. Acta A. S. 1921 Nr. 4. vom 11. März.

³⁾ abgedruckt in „Ecclesiastica“ 1925 S. 402.

müssen sie auf friedlichem Wege verfochten werden. Jede Bestrebung, die offen oder versteckt auf die Zerreißung des Vaterlandes hinausgehe, sei verwerflich." Die nächsten Bestimmungen sind dementsprechend disziplinarische Richtlinien, besonders für die geistlichen Studienanstalten, und der vierte Punkt besagt, die Bischöfe „verurteilen die sogenannte nationale Politik, die die Autorität der Kirche ablehnt und sowohl bei den Flamen wie bei den Wallonen ins Extreme gehe. . ."

Inzwischen hatte das Pfingstrunds Schreiben des Papstes (vom 23. Mai 1920) bezüglich des Besuches katholischer Souveräne in Rom in Aussicht gestellt, „die Strenge jener Vorschriften einigermaßen zu mildern“, ¹⁾ sodaß wenigstens das Haupthindernis für eine Romfahrt des belgischen Königspaares beseitigt war. ²⁾ Die Verhandlungen über das Protokoll eines solchen Besuches zogen sich aber so lange hinaus, daß der vorgesehene Termin schließlich mit dem Tode Papst Benedikts XV. zusammenfiel und infolge der dadurch nötig gewordenen Verschiebung des Besuches dieser erst dem Nachfolger im März 1922 abgestattet werden konnte. Die belgische Regierung, bzw. der König hatte alle jene Bedingungen angenommen, die der Hl. Stuhl dafür stellen zu müssen geglaubt hatte. Aus dem ganzen Verlaufe ging deutlich hervor, daß der Vorrang des Papstes vor dem weltlichen Knigtume Italiens klar zum Ausdrucke kommen sollte. Der Vatikan wollte nicht als eingeschobene Programmnummer erscheinen und noch weniger hinter dem ersten offiziellen Besuche beim Quirinal zurückstehen. Daher folgte der Begruung der belgischen Gäste auf dem Bahnhofe in Rom nicht sofort deren offizieller Empfang im Quirinal, sondern sie begnügten sich, das italienische Königspaar zwar dorthin zu begleiten, aber nach einem Aufenthalte von wenigen Minuten und erneuter Verabschiedung führen sie sofort zur belgischen Botschaft beim Vatikan — sie war im Mai 1921 tatsächlich errichtet worden, — wo fünf päpstliche Kraftwagen mit den belgischen und päpstlichen Farben unter Führung des päpstlichen Generalpostmeisters, des Fürsten Massimo, und der zuge teilten Geheimekammerer das Königspaar und den Kronprinzen samt Gefolge abholten. Der weitere Verlauf bietet nichts des

¹⁾ s. das Kapitel über die Römische Frage, S. 24.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 26./27. Dezember 1921.

Außergewöhnlichen, soviel auch auf das Ereignis Druckerschwärze verwendet worden ist. Als Präzedenzfall und als Beweis dafür, daß der gute Wille zu Entgegenkommen besonders auch nach der Seite Italiens beim Papste nicht nur auf dem Papiere stand, mochte er dessen wert sein.

Da auch Belgien deutsche Gebiete an sich gerissen hat, sah sich der Hl. Stuhl gezwungen, der Tatsache Rechnung zu tragen und die kirchliche Abgrenzung neu zu regeln; es wurde daher mittels päpstlicher Bulle ¹⁾ das abgetrennte Gebiet Eupen-Malmedy zu einer neuen Diözese zusammengefaßt und mit dem belgischen Bistum Lüttich vereinigt.²⁾

Luxemburg

Der beim Könige von Belgien akkreditierte Nuntius, derzeit Msgr. Micara, ist auch als Internuntius am großherzoglichen Hofe von Luxemburg beglaubigt. An der Spitze der Regierung stand am Ende des Weltkrieges die Großherzogin Maria Adelaide. Im Jahre 1912 mit 18 Jahren auf den Thron gelangt wurde sie seit Ende 1917 von den Linksparteien scharf befehdet, weil sie sich nicht als Werkzeug einer antiklerikalen Politik gebrauchen lassen wollte; sie hielt sich strenge im Rahmen der Verfassung. Die Gegner hofften, zugleich mit Maria Adelaide das regierende Haus Nassau-Braganza stürzen zu können und es wurde mit Verleumdungen nicht gespart. Schon während der Kriegsjahre, besonders am Ende des Krieges, warf man der Großherzogin Deutschfreundlichkeit im Sinne von Landesverrat vor. In Wirklichkeit ist sie stets mit vorbildlichem Pflichtbewußtsein für die Luxemburger Unabhängigkeit eingetreten und hat während des Weltbrandes zahlreichen Luxemburgern ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit die größten Dienste geleistet.

Mitte Oktober 1918 rief die Großherzogin die Vermittlung Papst Benedikts XV. an, um die Befreiung ihres Landes von der deutschen Besetzung herbeizuführen und Luxemburgs Neutralität seitens der kriegführenden Mächte von neuem anerkannt und geachtet zu sehen, und dieser Papst äußerte kurz nach Kriegsende: „Diese Großherzogin ist eine heiligmäßige Person. Sie war ganz

¹⁾ veröffentlicht im „Kirchl. Anzeiger der Erzdiözese Köln,“ Nr. 21 vom 15. November 1921.

²⁾ Ausführliches hierüber von Dr. Hilling-Freiburg in „Köln. Volksztg.“ 1921 Nr. 884 vom 4. Dezember.

gewiß durch ihr Gebet und ihre Opfer der Blitzableiter, der vom Luxemburger Lande die schrecklichsten Gefahren ablenkte, die ihm gedroht hatten." ¹⁾

Belgischerseits wurden die Verdächtigungen und Anklagen gegen die Großherzogin, eine Verwandte des belgischen Königshauses, aus politischen Gründen genährt. Maßgebende Kreise wollten dort das kleine, sehr reiche Nachbarländchen annektieren oder wenigstens durch Personalunion Belgien angliedern; Belgien stellte sogar diesbezüglich einen offiziellen Antrag bei den Entente-staaten, daß Luxemburg — im Augenblicke, da man das Selbstbestimmungsrecht der Völker nachdrücklichst verkündete! — dazu gezwungen werde. Und Belgien zulieb unterblieb auch nach dem Waffenstillstand die Rückkehr ihrer Gesandten an den Luxemburger Hof. Nachdem dann Ende 1918 der französische Außenminister Pichon, Clemenceaus rechte Hand, erklärt hatte, Frankreich werde nicht mit der Regierung der Großherzogin Marie Adelaide in Verhandlungen eintreten, dankte diese im Jahre 1919 zugunsten ihrer Schwester Charlotte ab. In ihrem Abschiedsgruß an ihr Land (vom 28. Januar) mahnt sie zum Schluß: „Mein herzlichster Wunsch an alle ist: haltet doch die guten Sitten der Väter, seid treue Kinder unserer heiligen Kirche, bleibt echte, freie Luxemburger!“ Nachdem auf belgische Einflüsse hin die fremden Mächtevertreter noch Monate hindurch dem Luxemburger Hofe fernblieben, war es der Papst, der in diese durch auswärtige Machenschaften und inneren Hochverrat aufgerichtete Zwingmauer die Bresche legte, indem er als seinen diplomatischen Vertreter Msgr. Nicotra, Nuntius in Brüssel, wiederum als Internuntius bei Luxemburg akkreditierte. Der Prälat traf Ende August 1919 ein, um sein Beglaubigungsschreiben der Herrscherin zu überreichen, begrüßt mit aufrichtiger Freude von allen Patrioten des Landes, erblickten sie darin doch mit Recht eine erneute Anerkennung der Selbständigkeit Luxemburgs, seines Rechtes, seine Staatseinrichtungen nach freiem Ermessen zu bestimmen. Erst dann kehrten auch die anderen Vertreter zurück.

Die Luxemburger belgischen Imperialisten erhielten dann am 28. September 1919 durch die Volksabstimmung aller großjährigen Luxemburger beiderlei Geschlechtes die gebührende

¹⁾ Die Mitteilung stammt von zuverlässiger geistlicher Seite aus Luxemburg.

Antwort: 66 811 Abstimmende sprachen sich für die Regierung der Großherzogin Charlotte aus, 16 885 für Einführung der Republik, 889 für Einsetzung einer neuen (der belgischen) Dynastie.

Am 6. November 1919 vollzog der Internuntius in der Kathedrale die Einsegnung der Ehe der Großherzogin mit dem Prinzen Felix von Bourbon-Parma; der Prälat war hiezu vom Papste als a. o. Gesandter delegiert worden und als im Januar 1921 dieser Ehe ein Thronerbe entsproßte, übernahm Papst Benedikt XV. die Patenschaft.

Am 14. September 1920 trat die ehemalige Großherzogin Adelaide zu Modena in den Orden der Karmeliterinnen; ihre zarte Gesundheit hielt jedoch der harten Lebensweise nicht stand; somit kehrte die Novizin wieder in die Welt, zu ihrer Mutter nach Schloß Hohenburg in Bayern zurück. Ein zweiter Versuch als „kleine Armenschwester“ zwang sie nochmals zur Heimkehr und am 24. Januar 1924 beschloß sie ihr heiligmäßiges Leben. ¹⁾ Luxemburg besitzt seit 1921 ein reines Kabinett der Rechten.

Die Schweiz

Seit im Jahre 1873 der damals die Schweiz beherrschende kirchenfeindliche Radikalismus die Beziehungen zum Hl. Stuhle abgebrochen und dem Vertreter des Papstes Leo XIII. die Pässe zugestellt hatte, waren auch dort die Kulturkampfgeleüste längst verglommen, die Verbindung jedoch blieb unterbrochen. In dem glühenden Drange, den Opfern des Weltkrieges irgendwie zu Hilfe zu kommen, glaubte sich Papst Benedikt XV. über etwa noch bestehende formelle Bedenken hinwegsetzen zu sollen, als Kardinal Amette von Paris im Auftrage der französischen Regierung, d. h. „gemäß einer Mitteilung Cambons“ unterm 16. März 1915 dem Vatikan den Gedanken einer Hospitalisierung Kriegsgefangener in neutralen Ländern nahelegte, ²⁾ und nach Erledigung einiger Vorfragen zur Ebnung der Wege schritt der Heilige Stuhl zur Ausführung. ³⁾ Ende April 1915 begab sich Rechtsan-

¹⁾ Ein ausführliches Lebensbild dieser hervorragenden Frau erschien im Verlag der Schulbrüder zu Kirnach-Villingen, Baden.

²⁾ Nach Mitteilungen der „Civiltà Cattolica“ im Auszug wiedergegeben im „Corriere d' Italia“ vom 7. September 1918.

³⁾ Die französische Regierung ließ am 23. April dem Papste daraufhin durch Cambon mitteilen, sie sei „überaus dankbar für die Geneigtheit des Hl. Vaters, daß er diesem Wunsche entsprochen

walt Graf Santucci, ausgestattet mit einem Beglaubigungsschreiben an den Bundespräsidenten Motta, nach Bern, wo man erfreut auf die Anregung einging, da man sich selbst bereits mit ähnlichen Plänen befaßt hatte. Um die in der Folge sich ergebende Zusammenarbeit leichter zu gestalten, ließ der Vatikan den Uditore der Münchener Nuntiatur Msgr. Marchetti-Selvaggiani ständigen Aufenthalt in der Schweiz nehmen, jedoch zur Vermeidung von falschen Auslegungen nicht in der Bundeshauptstadt Bern, sondern im nahen Freiburg. Mit dem Kriegsende fielen die Voraussetzungen für diese Tätigkeit weg und der Prälat fand alsbald diplomatische Verwendung in Venezuela. Der Gedanke einer Verbindung mit dem Heiligen Stuhle hatte sich aber doch im Bewußtsein des katholischen Volkes festgesetzt und so beauftragte der Parteitag der konservativen Volkspartei in Luzern, der ja auch Motta angehörte, das Parteikomitee, „die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen der schweizerischen Eidgenossenschaft mit dem Heiligen Stuhle unter Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Instanzen zu studieren und darüber Bericht zu erstatten.“¹⁾

Wenige Wochen später erhob der Aargauer Katholikentag drei dringliche Forderungen, darunter als zweite die der Herstellung diplomatischer Beziehungen zum Heiligen Stuhle.²⁾ Um die Mitte des folgenden Jahres sollte sich die Erfüllung dieser Forderung bereits erfüllen. Ueber die Mittel und Wege, welche dazu führten, berichtete eine amtliche Berner Mitteilung:³⁾ Nachdem in Bern bekannt geworden war, daß die päpstliche Kurie die Errichtung einer Nuntiatur in der Schweiz als wünschenswert erachtet, hat der Bundesrat sich grundsätzlich mit der Errichtung einer solchen Nuntiatur mit dem Sitze in Bern einverstanden erklärt. Das offizielle Gesuch des Papstes um Entsendung eines Nuntius nach Bern dürfte im Laufe des Dienstags dem Bundesrat zugehen. Zu diesem Beschluß gelangte der Bundesrat u. a. mit Rücksicht auf den Wunsch der schweizerischen Katholiken auf

habe“ und am 26. April 1915, also drei Tage später, unterzeichnete Cambon im Namen derselben Regierung in London das Londoner Abkommen mit dem Ausschlusse des Papstes von der Wiederherstellung des Friedens.

¹⁾ s. „Schweizer Kirchenzeitung“ Nr. 24 vom 12. Juni 1919.

²⁾ s. „Vaterland“-Luzern Nr. 207, 1919.

³⁾ ebenda 1919 Nr. 146.

Wiedererrichtung der aus Anlaß des Kulturkampfes abgeschafften Nuntiatur und im Hinblick darauf, daß zwischen dem Bundesrat und dem Papst während des Krieges das beste Einvernehmen herrschte. . . ." Ergänzend bemerkte dazu das Luzerner „Vaterland", daß die Gegenseitigkeit der diplomatischen Vertretung nicht in Frage komme; man wolle gewisse Rückstände sogenannten Freisinnes nicht einer zu starken Belastungsprobe aussetzen und auch dem protestantischen Volksteile nicht zuviel zumuten. Allerdings schrieb eben in jenen Tagen Charles Loiseau, während des Krieges diplomatischer Agent Frankreichs beim Vatikan, in der „Revue de Paris",¹⁾ „der Grundsatz der Gegenseitigkeit sei ein so ständiger Brauch, daß es schwer wäre, Ausnahmen zu entdecken. Er stellt das gemeine Recht unter den Staaten dar. . . andererseits liegt eine Frage der Konvenienz vor, eine gewisse Logik der Höflichkeit . . ." ²⁾

Auch in nichtkatholischen Kreisen der Schweiz fand die Lösung Zustimmung. Das protestantisch-konservative „Berner Tagblatt" begrüßte sie von Herzen, „wie wir ja allzeit bei aller Aufrechterhaltung unserer protestantischen Ueberzeugungen gegen jene rigorosen Verfügungen gekämpft haben, durch die der Staat glaubte, in das innere Gefüge der römisch-katholischen Kirche eine Bresche legen zu können. . . Wir sind über die Zeiten hinaus, wo es als Glaubenssatz galt, die Vertreter der katholischen Kirche hätten die Unterjochung des Staates zu ihrem wichtigsten Programmpunkte gemacht. Seit dem dreißigjährigen Kriege ist viel Wasser ins Meer gelaufen und die katholische Kirche hat bewiesen, daß sie zu den kräftigsten Bollwerken gegen jede religiöse und politische Anarchie gehört. Sie kämpft Schulter an Schulter mit uns Protestanten für die Erhaltung von Zucht und Autorität auch auf dem bürgerlichen Gebiet. Sie ist dem Staate eine Helferin geworden, auf deren Mitarbeit er nicht mehr verzichten will." ³⁾

Msgr. Maglione, bisher Geschäftsträger als Nachfolger Msgr.

¹⁾ s. „K. Kztg." 1920 Nr. 29 S. 227.

²⁾ Geschichtliches über die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vatikan s. „Vaterland"-Luzern Nr. 157, 2. Blatt „Die schweizerische Nuntiatur" von P. Hilarin Felder, O. M. C. und die Schrift Dr. Hans Abt. Basel, Die Schweiz und die Nuntiatur. (Heft 65 der Schweizer Zeitfragen. Zürich, 1925).

³⁾ s. „Vaterland"-Luzern, 1920 Nr. 152, 2. Blatt.

Marchettis, wurde daraufhin zum Nuntius und Tit.-Erzbischof von Cäsarea erhoben und trat am 8. November 1920 in feierlichem Empfang durch Bundespräsident und Bundesrat sein Amt an, herzlich willkommen geheißen in dem Lande, dessen „köstliche Einfachheit“ er rühmend erwähnte.¹⁾

Dieser gute in Bern waltende Geist zeigte sich kurz darauf von neuem, als der Kanton die seit Jahren unterbrochenen verlagsmäßigen Beziehungen zum Bistum Basel, zu dessen Diözese es ja gehört, wieder aufnahm.

Der diplomatische Vertreter, beliebt im ganzen Lande, hat seitdem vielfachen Einladungen folgend in einer Reihe von Kantonen seinen offiziellen Besuch und so mancher Kantonsregierung seine Aufwartung gemacht. Es blieb einigen etwas engherzig veranlagten Personen der protestantischen Mehrheit des Kantons St. Gallen vorbehalten, sich über einen solchen dort auf Einladung hin gemachten Besuch aufzuregen, woran sich ein bischen Theaterdonner gegen die Nuntiatur knüpfte. Der Besuch sollte „eine Gefahr für das Evangelium und die protestantische Ueberzeugung“ bedeutet haben.²⁾ Ein protestantischer Geistlicher rückte die Dinge wieder zurecht, indem er die durchaus korrekte Haltung Msgr. Magliones zugab. Die Beunruhigung gründe sich nicht auf „Uebergriffe“ des Nuntius, sondern auf allzu devote Empfangsfeierlichkeiten seitens mehrheitlich-protestantischer Kantonsregierungen. „Denn es fällt uns nicht ein, die glänzende Aufnahme Msgr. Magliones von seiten unserer katholischen Kantonal-exekutiven zu kritisieren. Von Störung des konfessionellen Friedens soll unsererseits keine Rede sein. Raum für alle hat die Erde. Die Welt hat andere Sorgen.“³⁾

Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß das gute Verhältnis, wie es heute wieder besteht, ganz ungetrübt bleibt, denn kürzlich haben die schweizerischen Freimaurerlogen den Auftrag erhalten, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ den Kampf gegen das Papsttum, die katholische Kirche und damit auch gegen die Nuntiatur (doch nicht gegen die Person des Nuntius) vornehmlich mittelbar aufzunehmen.⁴⁾

¹⁾ Ausführlich abgedruckt im „Oss. Rom.“ vom 24. November 1920.

²⁾ s. „Neue Züricher Zeitung“ 1924 Nr. 105 vom 6. Juli.

³⁾ ebenda Nr. vom 13. Juli 1924.

⁴⁾ Meldung des „Vaterland“ Luzern, Nr. 208, vom 4. September 1925.

Spanien

Spanien hat es verstanden, seine Neutralität während des Weltkrieges und damit auch das geistige Einvernehmen mit dem Papste und seinen auf die Wiederherstellung des Friedens gerichteten Bestrebungen zu bewahren. Auch jener geheimen Umtriebe, welche von französischem Boden aus auf den Sturz seiner Monarchie hinarbeiteten, um das Land zu einer Beute des kulturkämpferischen sogenannten Freidenkertums zu machen, hat es sich mit Erfolg erwehrt. Geschwächt durch seine fast unhaltbare Stellung im nordafrikanischen Rif, wo es sich der von Frankreich aus geförderten unablässigen Angriffe der Marokkaner ausgesetzt sah, und in den Händen selbstsüchtiger Politiker und ihrer Cliques bedeutete Spanien in der Weltpolitik längst nicht mehr das, was es bedeuten könnte. Immerhin hat es auch so noch manchen politischen Trumpf in der Hand, den es in letzter Zeit zur Geltung zu bringen bemüht ist. Schon im Januar 1921 sprach der König daher den dringenden Wunsch aus durch einen Besuch in Rom nicht nur vor aller Welt sein Verhältnis zum Papste zu bekunden, sondern auch in engere Beziehungen zu Italien zu treten, das als zweite Mittelmeermacht in seinem historischen Gegensatze zu Frankreich als natürlicher Bundesgenosse angesehen werden mußte.

Der Ausführung stellte sich indessen noch das bekannte päpstliche Verbot gegen offizielle Besuche katholischer Souveräne in der Stadt der Päpste, heute der Hauptstadt Italiens, entgegen; doch hatte Papst Benedikt XV. in seinem Pfingstrundschreiben vom 23. Mai 1920 die Möglichkeit hierzu eröffnet. Die Verhandlungen darüber zogen sich jedoch im Hinblick auf die allmähliche Entwicklung der politischen Voraussetzungen hiefür in die Länge und zeitigten erst drei Jahre später die vollendete Tatsache.

Im Sommer 1923 hielt der Finanzminister Pedregal, der innerhalb des Kabinetts das antiklerikale Freimaurerium vertrat, die Zeit für gekommen zu einem entschiedenen Vorstoß in der Richtung einer „Reform“ der Verfassung und zwar der die Kultusfreiheit betreffenden Artikel. Der Episkopat nahm einmütig Stellung gegen dieses Projekt und Kardinal Soldevilla y Romero, Erzbischof von Saragossa, vertrat gegenüber der Regierung den Willen der Kirche Spaniens. Der Heilige Stuhl seinerseits gab zu verstehen, daß er diese Art von „Reform“ als eine Verletzung

des Konkordates betrachten müßte, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen würde. Die Regierung verzichtete daher auf das ganze Projekt; es kam zu einer Ministerkrise, bei welcher Pedregal und seine Gefolgschaft austraten. Bei den infolge der Auflösung der Cortes nötig gewordenen Neuwahlen wurde die antiklerikale Liste geschlagen und die Verfassungs-„Reform“ blieb begraben. Der Erbitterung über diese Niederlage fiel am 4. Juni Kardinal Soldevilla zum Opfer; er wurde von Unbekannten mit zwölf Revolverschüssen niedergestreckt, als er, auf seinem Landsitze angekommen, das Automobil verließ. „Osservatore Romano“¹⁾ schrieb: „Die Ursachen des Verbrechens sind unbekannt; nachdem aber persönliche Rache, wie sofort alle unmittelbarsten Quellen besagten, ausgeschlossen war, bleibt nur die Annahme eines politischen Verbrechens möglich.“ „Corriere d'Italia“²⁾ bezeichnete die Mörder direkt als von der Freimaurerei gedungen, welche aus Wut über ihre Niederlage Rache an demjenigen nehmen wollte, den sie für den Sieger hielt; „der Kardinal fiel im Kampfe für die Rechte der Kirche.“

Ein überaus herzlicher Telegrammwechsel³⁾ knüpfte sich an die Verleihung der „goldenen Rose“ an die Königin Viktoria Eugenia, eine Auszeichnung, welche seit dem Pontifikate Leos XIII. nicht mehr vergeben worden war.

In den Herbst jenes Jahres fällt eine Rundreise des Kardinals Benlloch y Vivo, Erzbischofs von Burgos, durch die lateinischen Staaten Südamerikas, soweit sie ehemals spanische Kolonien waren. Zweck dieser kirchlichen Mission war nach Worten des Kardinals selbst dieser: die besonderen Wünsche des Königs Alfons XIII. zu übermitteln, daß sich die Bande, welche die südamerikanischen Republiken mit dem spanischen Mutterlande verbinden, noch inniger gestalten möchten. S. Emminenz traf am 22. September in Buenos Aires, Argentinien's Hauptstadt, ein und wurde überall mit geradezu königlichen Ehren empfangen.

Spanien hatte um jene Zeit eine radikale politische Umwälzung ähnlich der Italiens durchgemacht. General Primo de Rivera hatte am 13. September 1923, gestützt auf das Heer, den liberalistischen Konstitutionalismus beiseite geschoben, an dem das Land

¹⁾ vom 6. Juni 1923.

²⁾ vom selben Datum.

³⁾ veröffentlicht im „Oss. Rom.“ vom 23. Mai 1923.

krankte und der ihm zu einem Fluche geworden war. Professionspolitiker, die nur auf ihr und ihrer Gesinnungsfreunde Interessen bedacht waren und einander die Zügel der Regierung weiterhändigten, hatten das Land an den Abgrund der kommunistischen Revolution gebracht. Die Wahlen waren nur mehr ein Geldgeschäft, das Parlament ein Debattierklub ohne Einfluß; Ministerien hielten sich meist nur noch Monate oder gar Wochen; Millionen von Staatsgeldern gingen durch Korruption und Verteilung an Schmarötzer, die sich, ohne ein Amt zu haben, Staatsbeamte nannten, verloren; von einer Regierungsgewalt war keine Spur mehr vorhanden; eine kleine Clique machte alles; und dies nannte man „Demokratie“. Der Ausbruch der Anarchie war nur mehr eine Frage von Stunden geworden. Diesem Zustande hat der General ein Ende gemacht.

Während der Vatikan natürlich durch keinerlei Kundgebung Stellung zur neuen Regierungsreform nehmen konnte, begrüßte Kardinal Reig y Casanova als Primas der Kirche Spaniens und im Namen der Bischöfe der toledanischen Kirchenprovinz die neue Regierung, „die das Ansehen der staatlichen Autorität heben und durch gewissenhafte Verwaltung der öffentlichen Güter und der Gerechtigkeit den Wohlstand des Landes vermehren will.“ Sodann ward den neuen Männern vor allem die Reorganisation des Unterrichtswesens, besonders der Volksschule, und die Besserung der elenden Lage des niederen Klerus empfohlen.¹⁾

Die zunehmende Bedeutung der spanisch-südamerikanischen Republiken ließ das von dem Bestreben erneuter außenpolitischer Aktivität erfüllte Spanien den Plan eines engeren Zusammenschlusses, einer engeren Zusammenarbeit auf weltpolitischen Gebieten fassen, um sich selbst wieder mehr und stärker zur Geltung zu bringen. Diesen Gedanken hat König Alfons selbst bei jener feierlichen Gelegenheit ausgesprochen, welche vornehmlich Gegenstand dieses Kapitels ist, bei seinem endlich am 19. November 1923 Papst Pius XI. abgestatteten offiziellen Besuche.

Es bedurfte des Entgegenkommens sowohl des Vatikans wie des Quirinals um ihn zu ermöglichen. Das Königspaar kam zur See an und entbot dem Papste auf drahtlosem Wege den ersten Gruß. Zu Civitavecchia nahm die Fahrt den vereinbarten offiziellen Charakter an, hier begann die Begrüßung durch die italienischen

¹⁾ „Das Neue Reich“, 6. Jahrg. Nr. 46 vom 16. August 1924, S. 1023.

Behörden, am Bahnhofe in Rom folgte die durch das italienische Königspaar. Die Fahrt ging zum Quirinal und nach kurzem Aufenthalte weiter zur spanischen Botschaft beim Heiligen Stuhle, wo bereits die sechs vom Papste entsandten Kraftwagen mit päpstlicher und spanischer Flagge warteten. Die Einzelheiten der Auffahrt sind dieselben wie s. Z. bei der des belgischen Königspaares. König Alfons führt den Ehrentitel eines Rex Catholicus, seine Aufnahme trug daher außerordentliches Gepräge. Die Dekane der drei Kardinalstufen empfangen und geleiteten ihn in die Konsistorialaula, wo zu beiden Seiten des päpstlichen Thrones in zwei Reihen das Hl. Kollegium, der päpstliche Hof und der römische und spanische Hochadel Aufstellung genommen hatten. Vor dem Papste angelangt knieten der König und die Königin nieder, um eigenem Willen gemäß Fuß und Ring zu küssen. Tiefste Bewegung hatte die hohe Versammlung ergriffen, und während die Königen sich auf dem für sie bestimmten Throne niederließ, stand der König Spaniens zwischen den Kardinalen Vanutelli und Merry de Val, um in freier Rede die aufrichtige Liebe und kindliche Verehrung der königlichen Familie, der Regierung und des spanischen Volkes zu beteuern.¹⁾

Er sei der erste spanische Monarch seit mehreren Jahrhunderten, der dem Stellvertreter Christi auf Erden seinen Besuch abstatte; er betrachte es als sein größtes Glück und als seine höchste Ehre, den Titel eines Rex Catholicus zu tragen. In Strömen durchziehe die Lympe des Glaubens Spaniens Geschichte. Er gedenke der Verkündung des Glaubens durch den Apostel Jakobus, der Erscheinung der Muttergottes zu Pilar, wodurch das spanische Volk zum bevorzugten Volke Gottes wurde, und der Mission dieses Volkes in der Geschichte, der Soldat der Religion, der unbeugsame Verteidiger des Glaubens zu sein. Er erinnere an die Unternehmungen der Spanier gegen die Mauren, an die Kreuzzüge und religiösen Ritterorden, deren Insignien er, der König, selbst trage, an die großen geographischen Entdeckungen, angeregt und gefördert von Spaniern, an die von Spanien ausgehende Christianisierung der Welt, den Glanz seiner Universitäten, seine apostolischen Missionäre.

Ungeschwächt sei heute noch dieser Glaube und habe seinen Ausdruck gefunden in der von ihm, dem Könige, selbst vorgenommenen Weihe Spaniens an das hl. Herz Jesu auf dem Berge von Los Angeles. Er wünsche deshalb, daß dieser Besuch der Grenzstein werde, von dem aus sich die Liebe Spaniens zum

¹⁾ wiedergegeben nach „K. Kztg.“ 1923, Nr. 48, S. 393/4.

Apostolischen Stuhle und die Güte des Apostolischen Stuhles gegenüber Spanien besonders bekunde. „Und ich kann auch nicht umhin, Euch, Heiliger Vater, zu beteuren, mit welcher inniger Befriedigung ich es sehen würde, wenn es Spanien gegönnt würde, daß in die Nobelgarde Eurer Heiligkeit auch einige Spanier eingereiht würden, die Edelsten unter den Edlen, die Getreuesten unter den Getreuen. Noch auch kann ich unterlassen Euch zu sagen, welche Gefühle des Stolzes mich erfüllen würden, meine Dankbarkeit zu bezeigen, wenn der Hl. Stuhl in den Gegensätzen der verschiedenen Interessen unter den Nationen die Vorliebe bekunden würde, die er für das spanische Volk hege, noch auch wie erkenntlich ich dafür sein müßte, wenn sich, falls dies noch möglich wäre, das Wohlwollen des Heiligen Stuhles noch stärker bekunden würde in der Auswahl der Würden und der Personen kraft königlichen Patronates...“

„Und als Bitte, in die ich mein ganzes Herz lege, und in welche ich die Wünsche der ganzen Nation zusammenfassen zu können glaube, wage ich, von Eurer Heiligkeit zu erflehen, daß die amerikanische Welt, welche fast ein Drittel der Katholiken des Erdkreises darstellt, eine zahlreichere Vertretung im Heiligen Kollegium besitze...“

„Feierlichst o Heiligster Vater, versprechen wir, daß, wenn eines Tages zur Erfüllung des Programms jener Weissagung, die Euren Pontifikat mit Fides intrepida bezeichnet, der Glaube von den Katholiken die größten Opfer verlangen würde, die Spanier von keinem derselben zurücktreten würden; und wenn in Verteidigung des verfolgten Glaubens als ein neuer Urban II. Ihr einen neuen Kreuzzug gegen die Feinde unserer Religion ausrufen müßtet, würde Spanien und sein König, Euren Befehlen getreu, den Ehrenplatz einnehmen, den ihre ruhmreichen Ueberlieferungen ihnen anweisen für den Triumph und die Glorie des Kreuzes, das zusammen mit dem Banner des Glaubens das Banner des Friedens, der Gesittung und des Fortschrittes ist.“

Papst Pius XI. begann seine Erwiderung, indem er der Jubelfeiern des hl. Ignatius von Loyola, des Franz Xaver und der hl. Theresia von Jesus gedachte und seiner verdoppelten Freude Ausdruck gab, an der Seite des Königs auch dessen hohe Gemahlin, die Königin, zu sehen; er wies hin auf die aus der Geschichte sprechende Anhänglichkeit der spanischen Könige an den Heiligen Stuhl. All das bewege ihn aufs tiefste, erfreue und tröste ihn. Er begrüße in dem Könige den edlen, erhabenen Ritter Gottes und seiner Kirche, den König eines so ausdauernd und heldenmütig getreuen Volkes. Er nannte die bedeutsamsten Märtyrer Spaniens von den ältesten Zeiten der Kirche an, leitete dann über auf Elba und Lepanto, auf das Zeitalter der Seefahrer, auf

den Glanz, den damals das spanische Volk verbreitete durch Heiligkeit, Kunst und heilige Wissenschaft.

Von dem Himmel Saragossas und Monserratos herab ströme Gottes Gunst auf das Land des hl. Jakobus. Zweimal nenne der hl. Paulus den Namen Spaniens und äußere den Wunsch dorthin zu gehen, von dessen Erfüllung uns Clemens I. spricht, während der erste Innozenz bezeugt, daß zu euch, um eure ersten Kirchen zu errichten, von Rom, von dieser Stadt aus der Apostelfürst und erste Stellvertreter Christi, der hl. Petrus, seine Sendboten geschickt hat. . . . „Und soll Ich Euch noch sagen, erhabener und geliebtester Sohn, mit welcher Herzlichkeit und wie innigst Wir wünschen, wenn es Uns irgend möglich ist, Euch zufrieden zu stellen, etwas hinieden ungemein Schwieriges? Für all diese Eure Wünsche, sowie dafür, daß Wir selbst den Tribut Unserer Mitwirkung beitragen können, wie für jede Gelegenheit, die Uns Gott samt der Möglichkeit, sie zu befriedigen, schicken wird, werden Wir Ihm danken und darin einen besonderen Beweis seiner Gunst erblicken. . . .”

Mit tiefinnerer Bewegung küßte der Papst Spaniens Herrscher auf beide Wangen und lud das Herrscherpaar zu einer privaten Aussprache zu sich ein, woran sich im kleinen Thronsaale die Vorstellung des Gefolges schloß, unter dem sich auch Primo de Rivera befand. Nochmals kehrte in den folgenden Tagen das Königspaar in den Vatikan zurück, teils zu dessen Besichtigung, teils zu intimer Aussprache mit dem Vater der Christenheit.

Bemerkenswert ist, daß bei den Festlichkeiten, welche der König von Italien seinem spanischen Gaste bot, jener in seinem Trinkspruche auch auf „die Gemeinsamkeit des Glaubens der beiden Völker” hinwies.

Daß sich die Diktatur Primo de Riveras auch auf kirchlichem bzw. kirchenpolitischem Gebiete günstig auszuwirken begann, beweist die alsbald von ihm vorgenommene Aenderung des königlichen Patronatsrechtes. Die großen der spanischen Krone vom Hl. Stuhle eingeräumten Vorrechte bei Ernennung von Bischöfen und Besetzung kirchlicher Stellen waren unter dem früheren Regime so manchmal zu politischen Parteizwecken mißbraucht worden. Dem schob nun ein kgl. Dekret einen Riegel vor, indem der neu eingesetzte Ausschuß des kgl. Patronates den Charakter einer rein kirchlichen Kommission erhielt, bestehend aus einem Erzbischof, zwei Titular-Bischöfen, einem Präbendar, einem Domherrn und einem Benefiziaten. Künftig

reicht dieser Ausschuß allein seine Vorschläge dem Justizministerium ein und so ist größtmögliche Bürgschaft geschaffen, daß kirchliche, nicht aber politische Gesichtspunkte bei künftigen Ernennungen bestimmend sind. In gleicher Richtung, d. h. der der Entpolitisierung des kirchlichen Lebens, der wir als Ziel der päpstlichen Politik, wenn man in diesem Falle den Ausdruck gebrauchen kann, auch in Italien, Tschechien, Polen, Litauen begegnen, bewegt sich die Ernennung des Kardinals Reig y Casanova, des Primas von Spanien, zum Vorsitzenden der spanischen katholischen Aktion, die die umfassendere Heranziehung des Laienelementes zur Mitwirkung an der Mission der Kirche anstrebt.

Daß die Loge schlecht auf Primo de Rivera und König Alfons XIII. zu sprechen ist, kann man verstehen. Ihre Cliquenherrschaft ist beseitigt und in ohnmächtiger Wut spie einer der Ihren vom Boden Frankreichs aus, wohin sich die entthronten Geheimregenten geflüchtet hatten, der als Charakter sehr wandlungsfähige Dichter Pablo Iglesias sein gereimtes Gift gegen den spanischen Herrscher. Die Wirkung zeigte sich in den großartigen Volkskundgebungen am nächsten Krönungstage, dem 23. Januar 1925, bei welcher Gelegenheit der Chef des Direktatoriums folgendes freimütige Bekenntnis ablegte:¹⁾

„Wenn man sich immer von der Religion leiten lassen würde, dann würde der christliche Geist hinreichen, die meisten sozialen Probleme zu lösen. Man wirft uns vor, erklerikal zu sein, ohne Zweifel deswegen, weil man an uns sieht, daß wir der Kirche und ihren Vertretern die ihnen gebührende Würdigung angedeihen lassen. Wir sind der Dolmetsch der wahren Gefühle des spanischen Volkes, das seinen religiösen Ueberlieferungen aufs innigste anhängt.“

„Wir hoffen, daß wir das Recht haben, das auch vor der großen Oeffentlichkeit zu zeigen, was unsere Mütter in unsere Herzen gesenkt haben und was wir in unseren Familien betätigen. Wir haben auch das Recht, die religiösen Orden zu schützen, besonders jene, die sich mit der Erziehung befassen, denn sie lehren unsere Kinder nicht bloß die Glaubenslehren, die die Seele kräftigen, sondern sie vermitteln auch — und ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen — eine wahrhaft patriotische, familiäre Erziehung und eine sehr hoch stehende Allgemeinbildung. Ich werde es nicht dulden, daß diese Männer und Frauen, die für ihre Religion und ihr Vaterland sich opfern, mißachtet und verfolgt werden. Wir werden niemals gestatten,

¹⁾ Madrider Korrespondenz der „Bayr. Volksztg.“ vom 5. Febr. 1925.

daß in unseren Schulen eine andere Erziehung geboten werde als die religiöse und vaterländische, denn die Religion ist ein wesentliches Element der spanischen Vaterlandsliebe."

Am 3. Dezember 1925 wurde die Militärdiktatur durch eine Zivildiktatur ersetzt, an deren Spitze als Präsident Primo de Rivera mit einem vornehmlich der Union patriótica entnommenen Kabinett tüchtiger jüngerer Persönlichkeiten gestellt ist.

Portugal

Portugal, noch vor wenigen Jahrhunderten Weltmacht, bietet ein Beispiel dafür, bis zu welcher Belanglosigkeit das zersetzende Gift des Antiklerikalismus, also eine wesentlich negativ eingestellte Politik des Hasses eine Großmacht herabzubringen vermag. Pombals Geist hatte im Jahre 1911 noch einmal eine Auferstehung gefeiert. Die Freimaurerei, geführt vom Großmeister Magalhaes Lima und Alfonso Costa, hatte sich durch einen Staatsstreich in den Besitz der Macht gebracht und ganz nach französischem Vorbilde den Kampf gegen die Kirche eröffnet. Durch die Besetzung aller einflußreichen Ämter mit „Brüdern“ schien das ganze Land eine einzige Freimaurerloge geworden zu sein. Scheinbar ohne jeden Widerstand wurden die Ordensleute, zuerst natürlich die Jesuiten, und auch viele Weltpriester vertrieben, Bischöfe verbannt, die Kirchen gesperrt, ja der Gottesdienst verboten. Eine der ersten Handlungen der Regierung war die Herabsetzung der Botschaft beim Heiligen Stuhle zu einer Gesandtschaft (auf dem einfachen Budgetwege). Mit dem Gesetz vom 21. April 1911 wurde die Trennung von Kirche und Staat verkündet und damit jede Vertretung beim Vatikan beseitigt. Man unterließ es sogar, diesem davon offizielle Mitteilung zu machen, weshalb er auch niemals von dem Geschehenen Kenntnis nahm oder eine Anerkennung der vollendeten Tatsachen aussprach. Der Nuntius Msgr. Tonti verließ Lissabon,¹⁾ zurück blieb nur als Hüter des Archivs der Uditore Msgr. Aloisi Masella, ohne jedoch von der Regierung offiziell anerkannt zu sein.

Das Trennungsgesetz verkündete die (freimaurerische) Gewissensfreiheit, beseitigte die Anerkennung der katholischen Religion als Staatsreligion, erklärte mittelbar allen Besitz der Kirche zum Staatseigentum und setzte sich über Hierarchie und kirchliche

¹⁾ Er wurde im Konsistorium vom 6. Dezember 1915 Kardinal.

Disziplin hinweg. Den Dienern der Kirche wurde die Fähigkeit aberkannt Mitglieder der vorgesehenen Kultusvereinigungen zu sein, welche dem Justizminister unterstellt wurden. Verboten wurde das Tragen geistlicher Kleidung; die Anordnung der Gottesdienste wurde den Gemeindeämtern übertragen, jeder kulturelle Akt außerhalb der Kirche (also auch das kirchliche Begräbnis) untersagt. Papst Pius X. verurteilte dieses Gesetz durch sein Rundschreiben „Jamdudum“ vom 24. Mai 1911, die Loge triumpierte, aber sie hatte die Rechnung ohne das katholische Volk gemacht. Von den gesetzlich vorgesehenen 3923 Kultusvereinigungen kamen trotz aller Anstrengungen der Regierung nur 243 zustande und selbst von diesen entsprachen die meisten nicht den Absichten der Machthaber; tatsächlich überstieg die Zahl der dem Buchstaben und dem Geiste des Trennungsgesetzes entsprechenden Kultusvereinigungen nicht ein Dutzend. Der Gegendruck wuchs allmählich so sehr an, daß die Regierung, um nicht ihren Fortbestand aufs Spiel zu setzen, mit dem Abbau ihres Antiklerikalismus beginnen mußte. Aber jede Neuwahl bewies, daß es mit der Freimaurerherrschaft immer mehr bergab ging. Am 5. Dezember 1917 erfolgte der völlige Umschlag, der Sidonio Pais und seine Anhänger ans Staatsruder brachte. Das portugiesische Volk sanktionierte die Beseitigung der Logenherrschaft, indem es den 50 000 Stimmen ihrer Anhänger rund eine halbe Million Stimmen entgegenstellte. Alfonso Costa und Magalhaes Lima wurden verhaftet und über die Grenze abgeschoben. Ein Gesetz vom 22. Februar 1918 setzte einen großen Teil der Bestimmungen des Trennungsgesetzes außer Kraft, die Kirchen wurden wieder geöffnet, die eingekerkerten Priester in Freiheit gesetzt, das Eigentum der Kirche zum Teile wieder zurückgegeben und die Kriterien festgelegt, welche das neue Regime festlegen sollten. Damit setzte sich auch die Geschichte der Beziehungen zum Heiligen Stuhle fort.¹⁾ Der Präsident Sidonio Pais scheint dem Episkopate Versicherungen gegeben zu haben, auf die sich ein Schreiben Papst Benedikts XV. an Kardinal Mendes Bello, den Patriarchen von Lissabon, und den ganzen Episkopat des Landes vom März 1918 bezieht; das nach einem kurzen Rückblicke über die sieben Jahre Kirchenverfolgung

¹⁾ Ausführlich geschichtlich dargestellt im „Oss. Rom.“ vom 23. und 27. Juli 1918 (Nr. 202 und 206).

die Befriedigung des hohen Schreibers über die gebesserte Lage von Religion und Kirche ausspricht.¹⁾ Die Veröffentlichung erfolgte jedoch erst im Juli, und Ende jenes Monats begab sich der Nuntius in Madrid Msgr. Ragonesi²⁾ zum Besuche des Patriarchen nach Lissabon. Bei seiner Ankunft in der portugiesischen Hauptstadt erwartete ihn ein Vertreter des Minister-Präsidenten mit der Mitteilung, dieser würde sich freuen, den Besuch des Vertreters des Papstes zu erhalten. In dem am nächsten Morgen ausgeführten Besuche wurde das Nötige besprochen, um die Vertretung Portugals beim Heiligen Stuhle wiederherzustellen, für welche José Feliciano da Costa bestimmt wurde. Der Vatikan seinerseits gab die Ernennung Msgr. Locatellis,³⁾ damals Nuntius in Brüssel, bekannt, und da dessen Amtsantritt noch eine Verschiebung erforderte, bestellte Rom Msgr. Aloisi Masella zum interimistischen Geschäftsträger. Auch portugiesischerseits erhoben sich noch einige Schwierigkeiten persönlicher Natur, sodaß erst anfangs November der Vertreter Portugals in der Person des Dr. E. G. Forbes de Bessa, des Präsidenten des Senates, endgültig bestimmt war. Am 1. März 1919 überreichte er seinen Kredenzbrief. Doch kaum zwei Monate später wurde auch er wieder durch den Rechtsgelehrten Pedro Martins ersetzt, der am 21. September sein Amt antrat. Inzwischen war Sidonio Pais am 17. Dezember 1918 einem freimaurerischen Mordanschlage zum Opfer gefallen, bei dem der Großmeister Magalhaes Lima schwer kompromittiert ward; die Fäden des Komplotts liefen beim französischen Groß-Orient zusammen,⁴⁾ der dem Ausbruche einer von Moskau aus in Portugal angezettelten Revolution zuvor kommen wollte, da die Syndakalisten ein Zusammengehen mit den Freimaurern, also gewissermaßen Vorspanndienste für diese, abgelehnt hatten. Nun setzte eine Zeit des zunehmenden politischen Chaos, ausgefüllt mit Putschen, politischen Morden und Skandalen ein, sodaß die Regierungen ihre ganze Aufmerksamkeit auf ihre persönliche Existenz zu richten gezwungen waren und für aktive Kulturkämpfereien keine Zeit fanden. Während zwar die scharfen Trennungsgesetze noch in Kraft blieben, setzte

¹⁾ „Corriere d'Italia“ Nr. 180 vom 1. August 1918.

²⁾ seit März 1921 Kardinal.

³⁾ seit Dezember 1922 Kardinal.

⁴⁾ Korrespondenz des „Momento“ aus Oporto vom 22. Dez. 1918.

vielfach doch eine mildere Praxis ein und der Episkopat benützte die Zeit zur Wiederbelebung des kirchlichen Lebens, zur Wiederherstellung katholischer Schulen, Förderung und Verbreitung der katholischen Presse und Entwicklung des katholischen Vereinslebens. Sogar zwei aufgehobene Diözesen (Villareal und Leiria) wurden wiederhergestellt, der Erziehung eines tüchtigen Klerus die Hauptsorge gewidmet, obschon es seit der großen Beraubung der Kirche an allem gebrach, an Gebäuden, Personal und Mitteln. Aber der Eifer von Klerus und Laien wußte der Schwierigkeiten Herr zu werden und das Mangelnde zu schaffen. Eucharistische Kongresse sorgten für Wiederbelebung des religiösen Lebens. In der akademischen Jugend keimte frischer katholischer Geist auf und gemäß den Weisungen des Hl. Stuhles entwickelte sich auch in diesem Lande unter scharfer Scheidung von der Politik die katholische Aktion. Allmählich löste sich in den Vorstellungen die traditionelle Verbindung von Kirche und Monarchie, nachdem schon im Januar 1922 Papst Benedikt XV. kurz vor seinem Hinscheiden in einer Unterredung mit dem Leiter des Lissaboner Blattes „Diario de Noticias“ auch bezüglich dieses Landes darauf hingewiesen hatte, daß die Kirche der Regierungsform gleichgültig gegenüberstehe und alle Regierungen achte.¹⁾ Welchen Grad aber die Annäherung des Staates an die Kirche allmählich wieder erreicht hatte, bewies im Januar 1925 das Vasco da Gama-Jubiläum zu dessen offizieller Feier die Regierung auch den Hl. Stuhl offiziell eingeladen und der Papst den Madrider Nuntius Msgr. Tedeschini in der Eigenschaft eines päpstlichen Legaten abgeordnet hatte.²⁾

Am 21. April 1911 war das drakonische Gesetz der sogenannten Trennung von Kirche und Staat, d. h. der Ausplünderung und Entrechtung der katholischen Kirche von dem freimaurerischen Präsidenten Alfonso Costa verkündet worden, in dessen Kabinett Bernardino Machado eine hervorragende Rolle spielte. Heute steht Machado als Staatspräsident an der Spitze der Republik Portugal. Der Jahrestag der Krönung Papst Pius XI. im Jahre 1926 wurde diesmal mit denkbar größter Feierlichkeit begangen. Unter dem Vorsitze des Staatspräsidenten, an dessen Seite der Minister-Präsident, der Minister des Äußeren, die übrigen Mit-

¹⁾ s. „Croix“ lt. „Schles. Volksztg.“ Nr. 12 vom 8. Januar 1922.

²⁾ Korrespondenz des „Oss. Rom.“ aus Lissabon vom 31. Jan. 1925.

glieder des Kabinetts und die höchsten Spitzen der Behörden, ferner der Patriarch von Lissabon, der Nuntius Msgr. Nicotra und mehrere Bischöfe saßen, sprach als dritter Festredner der Führer der republikanischen Nationalisten. Seine Rede, die ungeheuren Eindruck machte, wurde zu einem politischen *Mea culpa* gegenüber der Kirche. Cunha Leal — dies sein Name — gestand u. a.: ¹⁾

„Da ich in den Richtlinien der Politik Pius XI. gegenüber Portugal einen Grund der Genugtuung für mein Herz als Portugiese erblicke, wollte ich von diesem Umstande Gebrauch machen, um Sr. Heiligkeit die Dankbarkeit eines Republikaners zum Ausdruck zu bringen, der über die Interessen der Republik stets die seines Vaterlandes noch stellen wird. . . . Ich bin der Sohn katholischer Eltern, ich wurde katholisch erzogen. Der stupide Rationalismus des vergangenen Jahrhunderts, der den Geist so vieler junger Leute mit sich riß, zog auch den meinen mit sich fort. Mein Glaube starb, aber immer noch blieb ein Urgrund von Religiosität, den die verrinnenden Jahre immer mehr erstarken machten, wie wenn, um mich zu retten, alle Kräfte von einst sich zum Angriffe auf mein Gewissen stürzen wollten. . . . All das feststellend will ich hier den Schluß ziehen, daß die portugiesische Republik nicht in der Richtung fortfahren darf, die sie bisher in Sachen ihrer religiösen Politik verfolgt hat. Ich begreife, daß das Konkordatsregime durch das Trennungsregime abgelöst werden kann; ich begreife, daß unter diesem alle Kulte und alle Konfessionen frei ausgeübt werden können. Aber ich begreife nicht, wie unter dem Regime der Trennung unsere Gesetze sich der Tatsache verschließen können, daß fast alle Portugiesen Katholiken sind und daß der Republik die Pflicht obliegt, sich nicht den natürlichen und vorherrschenden Tendenzen des Volkes entgegenzustellen, besonders wenn diese wie in unserem Falle nicht auf den Schaden, sondern auf das Wohl der Nation abzielen. Den Katholiken das Recht verwehren — um nur ein Beispiel anzuführen — in ihren Privatschulen Religionsunterricht zu erteilen, ist eine offene und unqualifizierbare Gewalttat. Die Politiker, welche auf diesem Wege weiterzuschreiten vorhaben würden, wären daran, dem Lande unbewußterweise eine traurige Zukunft zu bereiten. Und hat andererseits etwa die Kirche bezüglich der portugiesischen Republik Pläne und Absichten des Angriffs bekundet, die irgendwie die Feindseligkeit der letzteren gegen die erstere rechtfertigen würden? Nein! . . .“ Dann kurz die Katastrophe des Weltkrieges streifend fuhr der Redner fort:

¹⁾ „Oss. Rom.“ Nr. 47 vom 26. Februar 1926.

„Die römische Kirche allein ist noch imstande, die Menschen mit Banden einer sozialen und sentimental Solidariät zu verbinden, die vielleicht die alte europäische Zivilisation noch retten kann. . . Diese Kirche und für sie der regierende Papst Pius XI. bieten der portugiesischen Republik den Frieden an, indem sie dafür besorgt sind, die Katholiken von einer Aktion politischer Zerstörung zurückzuhalten, die die Lage unseres zerrissenen sozialen Lebens nur noch mehr erschweren würde. Die verfolgte Kirche sagt zur portugiesischen Republik, daß sie bereit ist zu verzeihen, daß sie verzeiht, ganz unabhängig von der Haltung, welche die Republik auch ihr gegenüber annehmen möge. . . . Die Kirche sagt zu den Gläubigen: wenn ich euch nicht verbiete, als Bürger eine dem bestehenden Regime entgegengesetzte politische Tätigkeit zu entfalten, so verbiete ich euch absolut, sie zu entfalten, indem ihr euch auf eure Eigenschaft als Katholiken beruft, d. h. in Vereinigungen zusammengeschlossen, die den Namen katholische führen. . . Der Republik obliegt daher die Pflicht nicht zu knausern mit jenen Zugeständnissen, welche das katholische Gewissen wie das Gewissen aller jener fordert, die sich frei wissen von sektiererischen Vorurteilen. . . .“

Und der Präsident der Republik erklärte in seiner Erwiderung auf die Rede des päpstlichen Nuntius: „. . . Glücklicherweise liegt heute nichts zwischen uns, was die freie republikanische Gesinnung mit der freien katholischen Gesinnung in Konflikt zu versetzen vermöchte.“

Südamerika

Argentinien

Dem Drucke der Verbandsmächte widerstehend hat Argentinien während des Krieges seine Neutralität zu wahren verstanden. Seine Beziehungen zum Hl. Stuhle finden ihren Ausdruck in der gegenseitigen diplomatischen Vertretung und gewissermaßen ihre Besiegelung durch den Besuch, den der Staatspräsident Marcelo T. de Alvear am 11. Juli 1922 als drittes Staatsoberhaupt, das von der von Benedikt XV. eingeräumten Vergünstigung Gebrauch machte, Papst Pius XI. abstattete. Im Dezember desselben Jahres trat dann Msgr. Beda Cardinale O. S. B., ehemals Bischof von Perugia, als Apostolischer Nuntius in Buenos Aires sein nicht leichtes Amt an, denn bald darauf, am 8. April 1923, starb der greise Erzbischof der Hauptstadt Msgr. Espinosa und durch diese Sedisvakanz wurde sofort die alte Streitfrage des Vorschlags- und Ernennungsrechtes wieder aufgerissen. Betrachtet sich doch

die argentinische Regierung als die Rechtsnachfolgerin der Krone Spaniens und ihrer Privilegien, ein Standpunkt, den Rom mit Recht ablehnt.

Wir glauben den Verlauf dieses bis heute ungelösten Konfliktes am besten durch Wiedergabe der Unterredung darstellen zu können, die Kardinal-Staatssekretär Gasparri dem Direktor des argentinischen Blattes „La Capital“, Dr. Lagos aus Rosario, gewährt hat und deren Wortlaut wir, da die in solchen Fällen übliche Ablehnung durch den „Osservatore“ unterblieben ist, als authentisch anzusehen guten Grund haben:¹⁾

„Es sollte nur ein Höflichkeitsbesuch sein. Als Dr. Lagos sich zurückziehen wollte, sagte der Kardinal: „Bitte, bleiben Sie noch einen Augenblick, damit wir über die bedauerlichen Gegensätze sprechen können!“

In energischen Ausdrücken und mit ebensolchen Handbewegungen äußerte sich der Kardinal über die Haltung des Vatikans während der ganzen Zeit der Zwistigkeiten. Er erinnerte an den Besuch des Präsidenten Dr. Macelo T. de Alvear in Rom, in dessen Verlauf eine gewisse Anzahl von Prälaten von beiden Seiten als Nachfolger für den damals schon schwer erkrankten Erzbischof Espinosa ausersehen wurden, unter denen sich als aussichtsreichster Kandidat Msgr. D' Andrea befand.

„Nun gut,“ fuhr der Kardinal fort, „Dr. Alvear hatte ernsthaft bemerkt, daß die Ernennung D' Andreas in gewissen Kreisen der öffentlichen Meinung der Diözese Kritik hervorrufen könne. Kurze Zeit darauf erfuhr ich, daß der Außen- und Kultusminister Dr. Gallardo Gesichtspunkte vertrat, die den Äußerungen des Dr. Alvear über die Wahl D' Andreas sehr ähnlich waren.

In dieser Zeit starb der Erzbischof Espinosa. Die argentinische Regierung unterbreitete dem Vatikan zur rechten Zeit die Liste der drei durch den Senat ausgewählten Kandidaten. An erster Stelle stand der Name von Msgr. D' Andrea.

Der Vatikan war darob erstaunt und erbat in Buenos Aires hierüber Informationen. Die Antwort war in Ausdrücken gehalten, die den schon vorher ausgedrückten Standpunkt des Dr. Alvear und des Außenministers Dr. Gallardo ähnelten. Vor diesen Tat-

¹⁾ Deutsch im Beiblatt zur „Bayr. Volksztg.“ „Aus der Welt der Kirche“ Nr. 138 1925.

sachen glaubte der Vatikan berechtigt zu sein, den Namen D'Andrea von der Liste zu streichen.

In diesem Abschnitte des Zwiespalts brachte der argentinische Gesandte in Paris, Alvarez de Toledo, nach einer Besprechung mit dem Pariser Nuntius Cerretti Vorschläge aus Buenos Aires, denen zufolge Msgr. D'Andrea nach Rom kommen sollte, um dort ein hohes Kirchenamt übertragen zu erhalten. Da in jenem Augenblick kein entsprechender Posten frei war, kamen die Nuntiaturs- und die argentinische Regierung überein, daß Msgr. D'Andrea zum Visitator der südamerikanischen Diözesen ernannt werden sollte.

Der Prälat trat nun von der erzbischöflichen Kandidatur zurück, um sein neues Amt zu übernehmen, aber unerwarteterweise weigerte sich die argentinische Regierung, den Rücktritt anzunehmen. Sie begründete ihre Haltung damit, daß der argentinische Gesandte in Paris nicht ermächtigt gewesen sei, im Namen der Regierung die erwähnten Vorschläge zu machen.

Hiedurch verschärfte sich der Konflikt noch mehr und nahm eine noch schlimmere Wendung, als der Außenminister die Verbreitung gewisser Nachrichten ermöglichte, die seinen Absichten günstig waren.

Diese Nachrichten brachten den Hl. Stuhl bezüglich des Zwiespaltes sichtlich in eine ungünstige Lage. Die päpstliche Kanzlei erhob gegen die Veröffentlichung derartiger Schriftstücke Einspruch, worauf der Außenminister antwortete, daß er über die Angelegenheit nichts wisse.

Das, äußerte der Kardinal, ist dasselbe, wie wenn ich meine Verantwortlichkeit über die Veröffentlichungen der päpstlichen Staatskanzlei abstreiten würde. . . . Der bedauerliche Konflikt hätte in freundschaftlicher Weise gelöst werden können, wenn die argentinische Regierung den Ratschlägen ihres Vertreters beim Hl. Stuhle Dr. Garcia Mansilla gefolgt wäre, dessen Haltung im Verlaufe der ganzen Sache vollkommen einwandfrei gewesen ist.”¹⁾

¹⁾ Bedauerlicherweise stellt sich in diesem Konflikt die deutsche (protestantische) La Plata-Zeitung auf die Seite der Sozialisten und Freimaurer, also in Gegensatz zu den 4 670 000 Katholiken auf die Seite der 87 000 Nichtkatholiken, was natürlich dem Deutschtume nicht zum Vorteil gereicht.

Hiezu sei ergänzend bemerkt, daß es die Vorschlagsliste selbst gewesen war, die die Regierung, anstatt bis zur erfolgten Einigung auf einen Namen geheim zu halten, veröffentlicht hatte und zwar geradezu im Sinne einer Ernennung durch die Regierung. Dadurch hatte sie sich selbst den Rückzug erschwert. Die Mißwirtschaft in der Verwaltung des Landes kam parteipolitisch den Sozialdemokraten stark zugute, die zusammen mit den freimaurerischen Elementen dem anfangs rein formalen Konflikt mit dem Vatikan eine kulturpolitische Spitze gaben.

Als bald darauf der Kapitelsvikar starb, ernannte der Hl. Stuhl Msgr. Boneo, Bischof von Santa Fé, zum Bistumsverweser von Buenos Aires. Dieser machte in einem amtlichen Besuche, ohne dazu verpflichtet zu sein, von dieser Ernennung dem Außenminister Mitteilung. Die Regierung aber erkannte sie nicht an, obwohl ihr in diesem Falle nicht einmal ein Vorschlagsrecht zustand. Sie berief sich auf ihr angebliches Patronatsrecht, erhielt aber von Msgr. Boneo zur Antwort, daß sich der Oberste Gerichtshof vergeblich darauf berufe, da es sich um keine endgültige, sondern vorübergehende Ernennung handle. Aber wenn schon die Regierung sich auf das Patronatsrecht berufe, möge sie auch die Patronatspflichten nicht außer Auge lassen.¹⁾ Im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten wurde indessen die Streichung der Gesandtschaft beim Vatikan beantragt und in der Annahme, der Nuntius und sein Sekretär hätten mit ihren Berichten nach Rom die Ernennung Msgr. D'Andreas hintertrieben, ließ die Regierung durch ihren Gesandten deren Abberufung nahelegen, da sie nicht mehr *personae gratae* seien. Die Antwort der Kurie bestand in einer Depesche des Kardinal-Staatssekretärs an den Nuntius, worin ihm die vollkommene Anerkennung und das Vertrauen und Wohlwollen des Hl. Vaters zum Ausdruck gebracht wurde. Hierauf wiederholte die Regierung ihre Forderung in so schroffer und ultimativer Form, daß der argentinische Gesandte selbst die Ueberreichung eines solchen Schriftstückes verweigerte. Nun wollte der Kultusminister dem Nuntius die Pässe zustellen und nur das unmittelbare Eingreifen des Präsidenten Alvear verhinderte diesen Bruch. Gleichzeitig nahm die Hetze der kirchenfeindlichen Kreise in der Öffentlichkeit einen solchen Grad an, daß der englische Gesandte im

¹⁾ Ecclesiastica Nr. 22 vom 30. Mai 1925, S. 186.

Namen des diplomatischen Corps Beschwerde einlegte und mit Repressalien drohte. ¹⁾ Trotzdem drängten die Fanatiker der Loge auf Ausweisung des Nuntius. ²⁾ Nicht abberufen, hat Msgr. Cardinale sich dann im Oktober 1925 nach Italien begeben.

Nicht unerwähnt darf die Tatsache bleiben, daß die Katholiken Argentiniens keinen Zweifel gelassen haben, daß sie voll und ganz auf Seiten des Vertreters des Papstes stehen. Die Bischofskonferenz vom Mai 1925 faßte Beschlüsse über eine energische Fortsetzung des Kampfes gegen das Sektiererunwesen, über den Ausbau der katholischen Organisationen und eine Huldigung für den Nuntius. In dem von der Bischofskonferenz erlassenen gemeinsamen Hirtenbriefe wurde überdies von einer Beeinflussung bezüglich des Terno-Vorschlagsrechtes zugunsten bestimmter Kandidaten gewarnt.

Papst Pius XI. hat bezüglich des Konfliktes mit der Republik Argentinien sich noch im Geheimen Konsistorium vom 15. Dezbr. 1925 geäußert, ³⁾ daß er „nichts anderes getan habe als Gottes Werk und die heiligen Rechte der Kirche, mit anderen Worten die Rechte Gottes und der Seelen selbst zu behaupten und zu verteidigen. Und dies werden Wir immer tun, voll Vertrauen und mit unveränderlichem Wohlwollen gegen alle, wie es dem Vater aller Gläubigen geziemt.“

Bolivien

Die Hauptaufgabe, die der Kirche in diesem Lande obliegt, besteht wohl darin, in dem latenten Gegensatz zwischen dem eingeborenen und dem eingewanderten Elemente bei allem Wohlwollen für Staat und Regierung auch dem verdrängten Ureinwohner zu seinem Rechte zu verhelfen. Dieser Aufgabe hatte sich besonders der Apostolische Nuntius Msgr. Caroli mit aller Hingabe und dem Eifer eines Missionärs gewidmet. Während der vier Jahre seiner Tätigkeit (1917—1921) hatte er das Landesinnere mit seinen Urwäldern zu Pferde durchstreift, um zur Indianerbevölkerung vorzudringen, Klarheit über ihre Lage und Bedürfnisse zu gewinnen, hatte sich endlich auf einer solchen Reise — dreieinhalb Monate

¹⁾ s. „Bayr. Volksztg.“ 1925 Nr. 38 und „União“, Rio de Janerio vom 30. Juli 1925.

²⁾ „K. Kztg.“ 1925 Nr. 18, S. 147.

³⁾ „Oss. Rom.“ vom 14./15. Dezember 1925. Ueber die Lage der Kirche in Argentinien s. „Kath. Missionen“ 1919/20 Nr. 11 S. 173 ff.

im Sattel, vierzig Nächte im Freien — aus der Fieberluft den Todeskeim geholt und, wie er es gewollt, sein Leben in und für Bolivien und sein Volk gelassen.¹⁾ Das ganze Land trauerte, die Kammer hielt eine Trauersitzung ab, die Regierung beschloß das Andenken des Nuntius durch ein Denkmal auf allgemeine Kosten zu ehren und die Beisetzung wurde zu einem Triumphzuge der Liebe für den toten Vertreter des Papstes; hinter dem Sarge schritt der Staatspräsident.

Im Mai 1924 traf in außerordentlicher Sendung der Nuntius in Caracas, Msgr. Cortesi, in La Paz ein, um die ihm übertragene Aufgabe der Errichtung neuer Diözesen, des Ausbaues der Missionierung der Eingeborenen sowie der Wiederbesetzung des drei Jahre vakanten erzbischöflichen Stuhles und des Bistums Cochabamba mit der Regierung zu vereinbaren und durchzuführen. Dem gewandten Diplomaten gelang die Ueberwindung der Widerstände und Schwierigkeiten und im Dezember war, nachdem der Hl. Stuhl den Vorschlägen seines Vertreters zugestimmt, das Werk glücklich beendet. Die neuen Diözesen sind Potosi, Oruro und Tarija. Im März 1925 konsekrierte Msgr. Cortesi in Gegenwart des ganzen bolivianischen Episkopates und der höchsten Behörden des Landes die fünf neuen Oberhirten, darunter (zum Bischof von La Paz) den deutschen Redemptoristen P. Sieffert, einen Elsässer. An die Seite der deutschen Franziskaner, die bisher die Indianer missionierten, traten auch noch die deutschen Oblaten der Unbefleckten Empfängnis, denen die neue Apost. Präfektur Pilcomayo übertragen wurde.

Die Gesinnungen und Absichten der Regierung läßt eine im Dezember 1923 vom Kultusminister Dr. Ramon Paz der Kammer überreichte Denkschrift erkennen, welche bedauert, daß alle Kultusangelegenheiten bisher als untergeordnet, ja sogar belanglos angesehen wurden, während für die geistlichen Bedürfnisse nicht weniger Sorge aufgewendet werden müßte als für die sozialen; jene sind höherer Ordnung, von größtem Einfluß auf die sozialen Probleme und müssen mit den rein zeitlichen mindestens gleichgestellt werden. Die Verfassung habe von Anfang an die katholische Religion als die des Staates anerkannt, ihr Kult habe daher ein Recht auf Unterstützung und Schutz, das sich in Taten äußern

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 10, „Wie der Ap. Nuntius in Bolivien starb.“

müsse. Trotz aller Vorstellungen des Episkopates sei dies bisher nur in lächerlich geringem Maße geschehen, als sei es eine Gnade, eine Ausnahme. Infolgedessen habe die Seelsorge fast aller Diözesen eine fühlbare Schwächung zum Schaden der Volks-sittlichkeit erlitten. Es werden sodann die Bedürfnisse des Kultes im einzelnen dargelegt und besonders das Missionswerk an den Eingeborenen gewürdigt; nur religiöse Gesinnung sei fähig, so starke Impulse und geistige Ausdauer zu geben, wie sie diese schwere Aufgabe erfordere. „Diese mutigen Helden christlicher Nächstenliebe, Missionäre genannt, waren die ersten, welche die Ufer unserer Flüsse, die ausgedehnten Sumpfgebiete unserer Hochebene und die dichten Urwälder im Osten und Nordosten betraten, Tempel und Schulen errichteten, um diese herum ihre Neophyten ansiedelten und die ersten Dörfer und Städte bildeten. Das sind die Anfänge vieler unserer Orte in den Bezirken Santa Cruz, Beni und Tarija, während viele andere, bereits zu hoher Blüte entwickelt, zugrunde gingen oder verschwanden infolge der unglückseligen Maßnahme der Vertreibung der religiösen Genossenschaften, die ihnen Leben verliehen hatten.“ Die Denkschrift betont die Pflicht der Dankbarkeit, denn selbst die Kenntnis des Landesinnern verdanke das Land den Missionären.

Eine ebenso unbestreitbare Wahrheit sei das unheilvolle Ergebnis der überstürzten und unzweckmäßigen Säkularisierung gewisser Missionen, welche zuerst blühend waren und heute in Trümmern liegen, sodaß es notwendig sei, manche von ihnen wiederherzustellen. . . „Andere Regierungen Amerikas haben beträchtliche Grundstücke angekauft, um die Missionäre aufzunehmen, welche Schritt um Schritt in der Versittlichung der Eingeborenen voranschreiten. Wenn sie dies tun, wenn sie den Episkopat mit höchster Achtung behandeln und mit aller Sorgfalt die Ausübung der Religion fördern und die Beziehungen zur Kirche pflegen, ja mit ganz besonderer Ehrerbietung die Vertreter des Papstes feiern, dann — ich weiß nicht und will es nicht wissen, ob diese Regierungsmänner Gläubige oder Freidenker sind — sehe ich, daß es Männer sind, die auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, Männer von weitem Blick und würdig Staaten zu lenken und zu vertreten.“ ¹⁾

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ 1924, Nr. 8 (19,337).

Dieselbe Regierung vertritt auch, wie sie durch den Mund des Unterrichtsministers Dr. Villanueva bekundet hat ¹⁾ die Notwendigkeit, im ganzen Lande der Schule ausgesprochen katholisch-konfessionellen Charakter zu geben.

Im Juni traf, nachdem das bisherige Abhängigkeitsverhältnis (Personalunion) von der Nuntiatur Caracas aufgehoben und die bisherige Internuntiatur in La Paz zur selbständigen Vertretung erhoben wurde, der neue Gesandte des Papstes Msgr. Cicognani ein und im Oktober 1925 überreichte der Gesandte Boliviens beim Hl. Stuhle, Sr. Jorge Saenz, dem Hl. Vater sein Beglaubigungsschreiben.

Brasilien

Brasiliens Regierung stach im Kriege von ihren Entente-bundesgenossen dadurch vorteilhaft hervor, daß sie auf die Friedensnote Papst Benedikts XV. in einer den Intentionen ihres Verfassers sehr entgegenkommenden Note geantwortet hat, ²⁾ und nach Kriegsende bezeugte sie ihre hohe Achtung vor der Bedeutung des Papsttumes durch Erhebung ihrer vatikanischen Gesandtschaft zur Botschaft; am 14. April überreichte Sr. Magalhaes de Azevedo, der bisherige Gesandte, seinen Kredenzbrief als Botschafter. Dies war das Präludium des Besuches, den wenige Wochen später der zwar bereits gewählte, aber noch nicht eingesetzte Präsident der Vereinigten Staaten Brasiliens Epitacio Pessoa in Befolgung des Beispiels seines Vorgängers Campos Salles (gegenüber Leo XIII.) im Vatikan machte.

Der „Osservatore Romano“ ³⁾ schrieb in seinem Begrüßungsartikel, die Auffassung von wahrer Freiheit stehe in Brasilien so hoch in Ehren, „daß es der Kirche trotz des Regimes der Trennung von Kirche und Staat eine Behandlung widerfahren lasse, die ihr die freie Ausübung ihrer Sendung und die tröstlichsten Fortschritte sichere.“

Der Empfang vollzog sich nach dem Zeremoniell für Staatsoberhäupter, trotz der erst zwei Jahre später von Papst Benedikt XV. eingeführten Milderung; das Tagesorgan des Hl. Stuhles ⁴⁾

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ von 1925, Nr. 8 (19,642).

²⁾ ebenda vom 17. Nov. 1917, Komm. in Nr. 322 v. 22. März 1917.

³⁾ vom 20. Mai 1919.

⁴⁾ vom 22. Mai 1919.

begründete diese Ausnahme durch den Hinweis, daß Pessoa noch nicht mit der Würde seines Amtes bekleidet sei. Nach Ablauf seiner Amtszeit huldigte Pessoa noch einmal persönlich dem Statthalter Christi und leistete bei dieser Gelegenheit den Eid, der mit der Verleihung des Christusordens verbunden ist.

Zur Jahrhundertfeier von Brasiliens staatlicher Unabhängigkeit von Portugal (7. September 1922) entsandte der Hl. Stuhl Msgr. Cherubini in a. o. Mission nach Rio de Janeiro, um Volk und Regierung seine Glückwünsche zu entbieten, wie es das traditionelle herzliche Verhältnis erforderte. Von den Gesinnungen der derzeit leitenden Staatsmänner des Landes legt die Festrede Zeugnis ab, die der Minister des Aeußeren Dr. Pacheco beim goldenen Priesterjubiläum Kardinal Arcoverdes, des Erzbischofs der Hauptstadt, am 4. April 1924 hielt.¹⁾

„Was Brasilien betrifft“, sagte der Minister, „so hat es den Heiligen Stuhl nie anders denn als Großmacht par excellence der ganzen Welt betrachtet, als jene, welche ohne Gebiet und ohne Bewaffnung, ohne Heer und ohne Marine trotzdem das größte Dominium besitzt, die beachtenswerteste Macht darstellt, das größte Ansehen genießt und auf die Gesamtheit des Erdkreises den heilsamsten Einfluß ausübt. Noch ist die Geschichte des großen Krieges ganz frisch und noch zittert die aus der ungeheuren Heimsuchung stammende Not in den Gemütern fort. Gestern wie heute stellt das Schiffein Petri inmitten dieses furchtbaren über die Menschen hereingebrochenen Sturmes die einzige sichere Zuflucht dar, der alle mit verzweifelter Aufschrei Versinkenden sich zuwenden. Throne und Reiche zerfielen in Trümmer, der Himmel belastete sich mit schwerem Gewölk, nichts, was aufrecht stand, blieb auf seinen Füßen, Völker und Einrichtungen zerfielen. Man kann sagen, daß ein großes Weltbeben alle Länder erschüttert hat. Der Heilige Stuhl aber, sieghaft und erhaben, steht unberührt von diesem fürchterlichen Aufruhr und breitet liebevoll seinen Mantel über die Nationen der Erde. . . Niemals hat die Kirche sich hoch erhoben wie in diesen tragischen Stunden, da die väterliche Sorge Sr. Heiligkeit Papst Benedikts XV. das Werk der Wiederaufrichtung begann und die große Weisheit des Hl. Vaters Pius' XI. in bewundernswerter Weise für jedes Leid sein Heilmittel suchte.“

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 9. Mai 1924.

Von der Herzlichkeit des Verhältnisses zwischen der brasilianischen Regierung und dem Hl. Stuhle legte der Depeschenwechsel anlässlich des Zentenariums der gegenseitigen diplomatischen Beziehungen am 23. Januar 1926 ¹⁾ beredtes Zeugnis ab.

Chile

Chile ist seiner Verfassung nach ein katholischer Staat. Artikel 4 lautet: „Die Religion der chilenischen Republik ist die römisch-katholische, apostolische,“ und nach Art. 71 schwört der Präsident beim Amtsantritte „im Namen Gottes und auf die Evangelien, die römisch-katholische, apostolische Religion zu achten und zu schützen.“ Nach Art. 98 muß dem ihm zur Seite stehenden Staatsrat ein Dignitär der Kirche angehören, es hat ein Kultusministerium mit Kultusbudget zu bestehen, die kirchlichen Feiertage sind staatlich anerkannt, die Diözesaneinteilung staatsgesetzlich festgelegt; ein Konkordat besteht nicht und das vom Staat beanspruchte Patronat der spanischen Krone, der Chile bis 1810 unterstand, wurde vom Hl. Stuhle nie anerkannt. ²⁾ Bezüglich des zwischen Chile und Peru strittigen Gebietes von Tacna-Arica, über dessen Staatszugehörigkeit eine wiederholt verschobene Volksabstimmung entscheiden soll, ist auch die Regelung der bischöflichen Jurisdiktion noch in der Schwebe, da Rom diese grundsätzlich von der endgültigen Festlegung der politischen Grenze abhängig macht. ³⁾

Wie überall stehen sich im Lande politisch wie kulturell eine Linke und eine Rechte gegenüber. Der einst auf Seite der Rechten, der Union nacional, stehende Politiker Alessandri schwenkte, in die Netze der Loge geraten, zur Linken, also einen neuen Gesinnungsgenossen der Alianza liberal und über, und nachdem er mit geringer Mehrheit die Präsidentenwürde erlangt hatte, steuerte er entschlossen einen kulturkämpferischen Kurs an, beginnend mit Einführung der Ehescheidung. Doch blieb es angesichts der Abwehr der Katholiken der Hauptsache nach bei der Absicht. Logenwirtschaft und Corruption ist in allen Ländern dasselbe. Auch in Chile, einst wegen seiner vorbildlichen Verwaltung das

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 27. Januar 1926.

²⁾ Ueber die Rechtslage s. d. Artikel von P. Burchard Englert, O. M. Cap., Missionär in Chile, in „Bayr. Volksztg.“, Beilage „Aus Welt und Kirche“ Nr. 258 vom 5. Nov. 1925.

³⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 21. August 1920.

Musterland Südamerikas, hatte die von Alessandri geförderte Cliquenwirtschaft das Land mehr und mehr herabgebracht. Am 5. September 1924 fegte sie ein militärischer Aufstand hinweg: das Heer hatte die plan- und ehrlose Wirtschaft satt bekommen und Alessandri wurde außer Landes geschickt.

Schon im Jahre 1918 hatte die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Santiago das bis dahin korrekte Verhältnis mit Rom getrübt.¹⁾ Die Regierung bestand auf dem vom Papste abgelehnten Kandidaten, dem Prälaten Errazuriz, dem Taufpaten des Präsidenten, und drohte für den Fall neuer Weigerung mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Zwar fügte sich der Vatikan zur Vermeidung des Konflikts, aber die Folge bewies die Berechtigung seiner Haltung. Errazuriz, ein achtzigjähriger Greis, wurde Erzbischof und willfährig gegenüber seinem Protektor Alessandri betrieb er die Beseitigung des Einflusses des Klerus auf das öffentliche Leben, um der Politik der Trennung von Staat und Kirche freie Bahn zu schaffen. Ein wirksames Gegengewicht bildete jedoch Bischof Fuenzalida von Concepcion, der entschieden den Grundsatz vertrat, da, wo die Politik die Rechte von Religion und Kirche antaste und Lebensfragen (Schule und Ehe) zur Entscheidung ständen, ja der Staat auf vollständige Verdrängung der Kirche hinarbeite, sei der Priester verpflichtet, den Gläubigen Führer und Berater zu sein.

Anfangs 1923 leitete die radikale Partei ihre Trennungspolitik durch eine entsprechende Vorlage ein; damit ging Hand in Hand die Abschätzung der Kirchengüter und die Forderung, diese zur Deckung der durch die Mißwirtschaft Alessandris kontrahierten Staatsschulden zu verwenden. Die Antwort des chilenischen Volkes durch den Stimmzettel bewirkte, daß die Einbringung der Vorlage unterblieb. Zu Beginn des Jahres 1924 erfolgte ein neuer Vorstoß,²⁾ dessen letzte Auswirkung der Militärputsch vom 5. September, die Auflösung des durch ungesetzliche Wahl gebildeten Kongresses und die Uebernahme der Regierung durch General Altamirano war.³⁾

Am 23. Januar 1925 führten Alessandris Freunde einen neuen Umsturz und seine Rückberufung herbei, worauf er am 3. Februar

¹⁾ s. „Corriere d' Italia“ vom 4. November 1918.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1924, Nr. 13, S. 111.

³⁾ Einzelheiten darüber in „Köln. Volksztg.“ Nr. 839 vom 28. Okt. 1924.

seiner Bitte gemäß mit seiner Familie vom Papste (nur in Privataudienz!) empfangen wurde.¹⁾ Bei seiner Rückkehr hatte er sich feierlich verpflichtet, über den Parteien zu stehen, also das Logenregime preiszugeben, und Chiles Wohlfahrt auf sichere Grundlage zu stellen;²⁾ die von ihm gebildete Regierung verkündete aber sofort als ihr Programm, die am 11. September versprochenen Reformen ehestens durchzuführen, d. h. die alte Linie beizubehalten. Alessandri war nicht umsonst zugleich Großmeister der chilenischen Freimaurerei! Er ließ das Gebäude des führenden katholischen Blattes „Diario ilustrado“ besetzen, das Blatt unterdrücken, in Klöstern und katholischen Vereinshäusern Haussuchungen nach Waffen veranstalten, wobei die Insassen, selbst Schwestern, schändliche Behandlung erfuhren. Zwar protestierte Erzbischof Errazuriz, aber von der Mitschuld, daß es soweit gekommen war, kann er nicht freigesprochen werden. Alessandri entschuldigte sich in Worten und schob alle Schuld auf die Polizeiorgane. Dann machte man sich an die Beseitigung der „veralteten“ Verfassung unter den beiden Gesichtspunkten: Erweiterung der Rechte des Präsidenten, Abschaffung des Katholizismus als Staatsreligion. Die Trennung von Staat und Kirche ward durchgeführt. Im Namen der Katholiken protestierte Silva Cortes vor der Abstimmung gegen dieses Prinzip an sich, nur unter dem Zwange der Vermeidung größeren Uebels stimme man zu; somit wurde wenigstens erreicht, daß Kultusgebäude und Kultausübung staatlichen Schutz genießen, Kirchen und kirchliche Gebäude steuerfrei bleiben und der kirchliche Besitz nicht angetastet wird. Trotzdem von 302 304 Wahlberechtigten nur 127 483, also eine Minderheit, für den Verfassungsentwurf stimmten, wurde er dem Lande aufgezwungen, das nun gegen seinen Willen mit einer rein atheistischen Verfassung beglückt ist.³⁾ Am 1. Oktober 1925 wußten die persönlichen Konkurrenten Alessandris dessen Rücktritt zu erzwingen; Ibannez, der ihn erst zurückberufen hatte, schob ihn beiseite.

Die Trennung bedeutet allerdings auch für die Kirche den Verlust mancher bisheriger staatlicher Fesseln, sie gibt ihr, wenn sie so, wie beabsichtigt, durchgeführt wird, auch ihre Freiheit

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 4. Februar 1925.

²⁾ s. „Tablet“ vom 28. März 1925.

³⁾ Ausführliches s. „K. Kztg.“ 1925, Nr. 44, S. 355.

und die Schule bleibt Konfessionsschule. In diesem Lichte werden die Worte verständlich, die Papst Pius XI. im geheimen Konsistorium vom 14. Dezember 1925 gesprochen hat: ¹⁾

„Die Republik Chile, mit der der Hl. Stuhl stets beste und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat und noch unterhält, hat sich ein Trennungs-Regime zu eigen gemacht. Gewiß entspricht solches nicht der Lehre der Kirche, noch auch der Natur der Menschen und der im Lichte des katholischen Glaubens betrachteten menschlichen Gesellschaft; aber es muß gerechtermaßen anerkannt werden, daß es sich um eine so freundschaftliche Trennung handelt, daß man sie ein freundschaftliches Zusammenleben nennen kann, bei dem die katholische Kirche, wie Wir vertrauen, ihr auf allen Gebieten wohlthätiges Wirken inmitten jenes Volkes fortführen kann. . . .“

Seit Oktober 1920 hat auch Chile seine Gesandtschaft beim Vatikan zur Botschaft erhoben.

Paraguay

Paraguay hat im August 1920 die offiziellen Beziehungen zum Papste wieder aufgenommen, worauf der Apostolische Nuntius bei der argentinischen Regierung gleichzeitig zum Nuntius in Asunción ernannt wurde. Die Vertretung beim Vatikan ist unbesetzt.

Peru

Dieser Staat pflegt seit Jahren ein besonders herzliches Verhältnis zum Hl. Stuhle und bekundete Ende 1919 seine außerordentliche Wertschätzung für das Papsttum durch Erhebung seiner Gesandtschaft zur Botschaft. Als dann Papst Benedikt XV. in Anerkennung dieser Huldigung dem um sie besonders verdienten Präsidenten Augusto B. Leguía das Großkreuz des Piusordens verlieh, bestand die Regierung darauf, daß die Ueberreichung durch den Nuntius zu einem feierlichen Staatsakte gestaltet werde, in dem sich öffentlich die Gefühle des peruanischen Volkes für das Oberhaupt der Kirche bekunden sollten. Bei dieser Gelegenheit, die zur großartigen Kundgebung für den Papst wurde, ²⁾ erklärte der Minister des Aeußeren Dr. Melitón F. Porras amtlich, „daß das Verhalten des Hl. Stuhles in Sachen der Jurisdiktion der beiden Provinzen Tacna und Arica diesem die vollkommenste

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 290 (19,924) vom 14./15. Dezember 1925.

²⁾ Ausführlicher Wortlaut der Reden und Beschreibung im „Oss. Rom.“ vom 13./14. Dezember 1919.

Achtung und dauernde Bewunderung verdient habe." Damit trat der Minister gegenteiligen Behauptungen, durch die Unfriede gesät werden sollte, entgegen.

Im Juli 1921 beging Peru das Zentenarium seiner staatlichen Unabhängigkeit, wozu sich der Hl. Stuhl durch eine a. o. Mission unter Führung Msgr. Pietropaolos einfand, der am 11. Juli dem Präsidenten das päpstliche Glückwunschsreiben überreichte. Im Anschlusse daran faßte das peruanische Parlament in einer Sondersitzung folgende Entschließung: „Die Kammer der Abgeordneten erneuert in tiefer Erkenntlichkeit der Güte des Hl. Vaters Benedikt XV., der durch eine besondere Gesandtschaft an der Jahrhundertfeier teilnahm, die unveränderlichen Gefühle der Dankbarkeit . . .“

Am 9. Dezember 1924 beging Peru die Jahrhundertfeier des Tages, da sich auf dem Schlachtfelde von Ayacucho das Schicksal der ehemaligen spanischen Kolonien Südamerikas, nämlich Boliviens, Columbiens, Venezuelas, Ecuadors und Perus entschieden hatte. Zu der auf dem Schlachtfelde selbst abgehaltenen Feier, an der Abordnungen all dieser Staaten teilnahmen, erschien auf besondere Einladung auch in Vertretung des Papstes als a. o. Nuntius Erzbischof Trocchi an der Spitze einer Mission. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der auf Staatskosten wiederhergestellte erzbischöfliche Palast zu Lima, seit einem Jahrhundert zur Ruine geworden und nun in seiner alten Schönheit wieder aufgebaut, feierlich dem Erzbischof Msgr. Lisson übergeben.

Venezuela

Venezuela krankt noch an der kirchenfeindlichen Gesetzgebung des Despoten Guzman Blanco, der in den Jahren, da in Deutschland der Kulturkampf tobte, nach gleicher Schablone Klöster verbot und aufhob und die Kirche ihres Besitzes beraubte. Allmählich hat sich die Praxis wieder günstiger gestaltet: es konnte zu Caracas eine Apostolische Delegatur errichtet und im Jahre 1919 zur Nuntiatur umgestaltet werden, während gleichzeitig die Regierung eine Vertretung beim Vatikan errichtete, deren Träger Dr. Dagnino Penny am 9. Dezember 1919 dem Papste sein Beglaubigungsschreiben überreichte und seine Tätigkeit aufnahm. Im Zusammenwirken von Staat und Kirche konnte 1924 der notwendige Ausbau der kirchlichen Organisation

durch Errichtung von vier neuen Diözesen und der neuen Kirchenprovinz Merida durchgeführt werden. Auch der Niederlassung Ordensgeistlicher wurde keine Schwierigkeiten bereitet, ja kirchliche Zwecke, wie die Errichtung eines Zentralseminars in der Hauptstadt, erfuhren staatliche finanzielle Förderung. Schon der Nuntius Msgr. Pietropaolo berief aus englischen Kolonien vertriebene deutsche Priester ins Land und sein Nachfolger, Msgr. Marchetti-Selvaggiani, vordem Auditor der Münchener Nuntiatur, leitete die Berufung deutscher Benediktiner aus der Abtei St. Ottilien in die Wege.

Anlässlich der Wahl des Generals Gomez zum Präsidenten der Republik im August 1922 legte ein herzlicher Depeschenaustausch mit Papst Pius XI. Zeugnis des unverändert guten Verhältnisses zu Rom ab. Das von diesem anzustrebende Ziel ist die Beseitigung der Kulturkampfgesetze; sie bestehen noch zu Recht und ihre Nichtanwendung bedeutet nur einen Akt des Wohlwollens der gegenwärtigen Regierung.

Mittel-Amerika

Von den sechs mittelamerikanischen Republiken, in denen sich immer wieder das spanisch-romanische Logentum in neuen Revolutionen auszutoben pflegt, sind Guatemala, Costa Rica, Salvador, Nicaragua und Honduras vom Vatikan politisch durch eine gemeinsame Internuntiatur erfaßt, deren ständiger Sitz sich in San José de Costa Rica befindet. Die dem Vertreter des Papstes während der letzten Jahre bei seinen Besuchen vom Volke bereite Aufnahme beweist, wie stark und tief noch die Anhänglichkeit an den Statthalter Christi trotz alles sonstigen Unkrautes wurzelt. In jüngster Zeit wurde auch noch die Republik Panama in den Wirkungsbereich der päpstlichen Vertretung einbezogen.

Costa Rica

Die Regierung dieses Landes hat noch im Mai 1921 einen Beweis ihrer guten Gesinnung geliefert, als die Frage der Wiederbesetzung des verwaisten bischöflichen Stuhles zur Lösung stand. Laut Uebereinkommen stand ihr das Recht zu, drei Kandidaten vorzuschlagen, unter denen dann der Papst seine Wahl zu treffen hatte. In diesem Falle nun verzichtete sie auf dieses Recht und ließ Rom wissen, es möge allein sprechen, es habe das Wort;

Vorschläge seien daher überflüssig. Costa Rica hat auch dem 1901 verstorbenen (deutschen) Lazaristen-Bischofe Dr. Bernhard August Thiel ein öffentliches Denkmal gesetzt und ihm durch den Kongreß den Ehrentitel „Benemerito de la Patria“ zuerkannt.¹⁾

San Salvador

In der kirchenpolitischen Geschichte der Nachkriegszeit begegnet uns San Salvador nur einmal, im Februar 1921, als Bischof Duenas von San Miguel als a. o. päpstlicher Ablegat dem Präsidenten und dem Minister des Aeußeren zum Zeichen herzlichen Einvernehmens die Insignien des Großkreuzes des Gregoriusordens überreichte. Das Land hat im Juli 1921 eine Vertretung beim Vatikan errichtet und mit Dr. G. Guerrero besetzt; z. Z. ist sie unbesetzt.

Nicaragua

Nicaragua besaß seit 1921 ein ausgesprochen katholisches Regime. Der Präsident D. Diego Chamorro begann (1921) seine amtliche Laufbahn mit einem rückhaltlosen Bekenntnisse zum Katholizismus und mit der Erklärung unbedingter Anhänglichkeit an das oberste Lehramt der Kirche. Am Tage seiner Wahl empfing er aus der Hand des Erzbischofs mit seiner ganzen Familie die hl. Kommunion und nach der Eröffnung des Kongresses begab er sich zur Kathedrale, wo ein Te Deum gesungen wurde. An Papst Benedikt XV. sandte er sofort eine Huldigungsdepesche, um ihm die Uebernahme der Präsidentschaft mitzuteilen. Er wurde am 11. August j. J. auch vom Hl. Vater empfangen.

Guatemala

Dieses Land stand bis April 1920 unter der Tyranis des Präsidenten Cabrera, eines Schützlings der Vereinigten Staaten, der seit 1898 skrupellos Staat und Kirche vergewaltigt hatte. Sein Sturz brachte für kurze Zeit die Herrschaft einer katholischen Regierung, die im Dezember 1921 von den Freimaurern wieder verjagt wurde. Der neue Präsident J. M. Orellana setzte nun den Kulturkampf noch radikaler fort.²⁾ Im September 1922 bezichtigte er mittels eines Dekretes den Erzbischof Don Luis

¹⁾ Näheres darüber s. „K. Kztg.“ 1923, Nr. 51 S. 430.

²⁾ Ausführliches über die Lage der Kirche im „Oss. Rom.“ vom 4. November 1923.

Munoz y Capurón und den gesamten Klerus politischer Umtriebe und staatsgefährlicher Propaganda und der Erzbischof mußte innerhalb 24 Stunden das Land verlassen, das er bis heute nicht wieder betreten durfte. Selbstverständlich wurden sofort auch die Jesuiten ausgewiesen, desgleichen alle fremdländischen Priester. Volksmissionen sind verboten, den Katholiken ist das Vereins- und Versammlungsrecht entzogen, Widerstand wird mit Kerker und Erschießen bestraft, die Güter der Kirche sind eingezogen, der Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Kirchen sowie jede Art von Geldsammlung ist verboten (Dekret Nr. 846,1), der Protestantismus aber staatlich gefördert. Beziehungen zum offiziellen Vertreter des Papstes bestehen natürlich nicht.

Vereinigte Staaten von Mexiko

Mexiko stand im Sommer 1919 am Ende einer sechsjährigen Schreckensherrschaft. ¹⁾ Zum Teil erhielt die Kirche Freiheit und Eigentum zurück, aber Carranzas Bundesgenossen, sozialistisch-bolschewistische Freimaurer im Bunde mit Sendlingen des nord-amerikanischen Protestantismus, betrieben besonders vom Staate Yukatan aus, wo sie noch festsaßen, die Wiederaufrichtung ihrer Macht. ²⁾ Schon im Jahre 1917 hatten die Anhänger Carranzas, der mit Hilfe der von Wilson gelieferten Waffen und seiner moralischen Unterstützung den Sieg der Revolution durchführte, eine ihren Grundsätzen entsprechende Verfassung ausgearbeitet und unter Anwendung von Gewalt und ausländischem Einflusse dem Lande aufgezwungen. Die kirchlichen Bestimmungen sind wesentlich folgende:

Art. 130. Der Kongreß. (Parlament) hat keinerlei Gesetz zu erlassen, das eine Religion, welche es auch immer sei, aufstellt oder verbietet.

Art. 34. Jedermann ist frei die Religion seiner Wahl anzunehmen und alle Zeremonien, Andachtsübungen oder sonstige

¹⁾ s. Kath. Missionen, 1919/20, Nr. 5—8 „Sechs Jahre Schreckensherrschaft in Mexiko.“

²⁾ Von den satanischen Mitteln ihres Kampfes legt der berüchtigte Fall von Muna Zeugnis ab. Dort wurden bei einem Feste zu Ehren des vom Volke hochverehrten Kruzifixes von Uxmal 30 Männer, Frauen und Kinder von ihnen niedergemacht. Der Künstler, der die Renovierung des zertrümmerten Kreuzes unternommen hatte, wurde mit Petroleum übergossen und lebendig verbrannt. Nach amtlichen Schriftstücken waren zwei protestantische Prediger die Anstifter.

Ausübung seines Glaubens sei es in öffentlichen Kultstätten, sei es zuhause zu praktizieren, vorausgesetzt, daß sie keine vom Gesetz vorgesehene strafbare Handlung darstellen.

- Art. 6. Die Äußerung von Ideen wird keinerlei gerichtlicher oder exekutiver Nachforschung unterliegen.
- Art. 7. Die Freiheit des Schreibens oder der Veröffentlichung von Schriften über jedweden Gegenstand ist unverletzlich.
- Art. 9. Das Recht friedlichen Beisammenseins oder Zusammenkommens zu irgendeinem gesetzmäßigen Zwecke soll nicht beschränkt werden. Keine Versammlung oder Zusammenkunft soll als ungesetzlich erachtet werden noch darf sie aufgelöst werden, die als Zweck ein Ansuchen an eine Behörde oder die Vorbringung eines Einspruchs gegen irgendeinen Akt hat. . .
- Art. 2. Der Unterricht ist frei.

Unter diesem schönen Deckblatte verbergen sich nun die folgenden Artikel:

- Art. 130. „ . . . Die Bundesbehörden üben in Sachen religiösen Kultes und äußerer religiöser Formen die Gewalt aus, zu der sie das Gesetz ermächtigt. Alle anderen Beamten haben den Bundesbehörden Beihilfe zu leisten.
- Art. 5. Das Gesetz gestattet daher nicht die Errichtung klösterlicher Orden, welcher Benennung sie seien oder für welchen Zweck sie auch vorgesehen seien. (Jedwedes religiöse Gelübde, auf dem die Orden ja beruhen, ist verboten. D. V.)
- Art. 24. Jeder religiöse Akt öffentlichen Kultes wird strikt innerhalb der öffentlichen Kultusstätten ausgeübt, die jederzeit unter Regierungsaufsicht stehen.
- Art. 27. Die als Kirchen bekannten religiösen Institutionen besitzen (ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses) in keinem Falle die rechtliche Fähigkeit, Sacheigentum oder auf solches gegebene Belehnungen zu erwerben, zu besitzen oder zu verwalten; jedes solche Sacheigentum oder jede Schenkung, die gegenwärtig im Besitze besagter religiöser Institutionen, sei es ihrer selbst oder durch Dritte ist, wird auf die Nation übertragen und jedermann soll das Recht haben, solcher Art in Besitz gehaltenes Eigentum anzugeben. Mutmaßlicher Beweis ist als hinreichend anzusehen, um die Angabe als begründet zu erklären. Öffentliche Kultstätten sind Eigentum der Nation, welche durch die Bundesregierung vertreten wird, und diese hat zu bestimmen, welche von ihnen auch fernerhin ihrem gegenwärtigen Zwecke gewidmet sein sollen. Bischöfliche Residenzen, Pfarrhäuser, Seminare,

Waisenhäuser oder Kollegiat-Niederlassungen religiöser Institutionen, Klöster oder irgendwelche Gebäude, die gebaut oder bestimmt sind für die Verwaltung, Verbreitung oder den Unterricht von Lehren irgendwelcher religiöser Glaubenslehre werden von nun ab aus vollem Rechte unmittelbar auf die Nation übertragen, um ausschließlich für die öffentlichen Dienste der Bundes- oder Staaten-Regierung, innerhalb deren Rechtsbereich sie liegen, verwendet zu werden. Alle öffentlichen Kultstätten, die in Hinkunft errichtet werden, werden Eigentum der Nation sein.

.... Das Gesetz erkennt den als Kirchen bekannten religiösen Institutionen keine Rechtspersönlichkeit zu.

Diener des öffentlichen Kultes werden als ein Gewerbe ausübende Personen angesehen und unterstehen direkt den diesbezüglich vorgesehenen Gesetzen.

Die gesetzgebenden Körperschaften des Staates haben die ausschließliche Befugnis, die Höchstzahl der Diener einer religiösen Lehre, entsprechend den lokalen Bedürfnissen, festzusetzen. Nur ein Mexikaner von Geburt darf Diener einer religiösen Glaubenslehre in Mexiko sein.

Kein Diener eines religiösen Bekenntnisses darf weder in öffentlichen, noch in privaten Zusammenkünften oder bei Kulthandlungen oder religiöser Propaganda die Grundgesetze des Landes, die Behörden im besonderen oder die Regierung im allgemeinen einer Kritik unterziehen; sie besitzen kein Stimmrecht noch sind sie für ein Amt wählbar; auch sind sie nicht berechtigt, sich zu politischen Zwecken zu versammeln.

Vor der Einweihung neuer Kultustempel für öffentlichen Gebrauch ist vom Ministerium des Inneren Ermächtigung einzuholen und die Ansicht des Gouverneurs des entsprechenden Staates soll diesbezüglich gehört werden. Jede Kultstätte soll eine mit ihrer Aufsicht und Erhaltung beauftragte Person besitzen, die für die getreue Befolgung der Gesetze über die Ausübung der Religion innerhalb besagter Kultstätten und für alle zu Kultuszwecken verwendeten Gegenstände gesetzlich verantwortlich ist. ...

Art. 3. ... Der Unterricht ist frei. Der in öffentlichen Unterrichtsanstalten erteilte Unterricht ist weltlich. Elementarunterricht jeder Art, auch wenn in Privatanstalten erteilt, hat gleicherweise weltlich zu sein. Keine religiöse Genossenschaft und kein Diener irgendeiner Religion darf Schulen für Elementarunterricht errichten oder führen.

Private Volksschulen dürfen unter amtlicher Aufsicht errichtet werden.

Art.130. Unter keinen Umständen dürfen Studien zugelassen werden, die in Anstalten betrieben werden, welche zur beruflichen Ausbildung von Dienern irgendeines religiösen Glaubens bestimmt sind; . . . jede Behörde, die diese Verfügung verletzt, wird strafgesetzlich verfolgt. . .

Keine periodische Veröffentlichung, die entweder kraft ihres Programmes, ihres Titels oder auch nur durch ihre allgemeinen Tendenzen religiösen Charakters ist, darf sich über irgendwelche politischen Angelegenheiten der Nation äußern noch auch irgendeine Mitteilung bezüglich der Handlungen der Landesbehörden oder privater Individuen veröffentlichen, insoferne sie mit öffentlichen Angelegenheiten zu tun hat.

Jede Art von politischer Vereinigung, deren Name ein Wort oder eine Bezugnahme auf irgend ein religiöses Glaubensbekenntnis enthält, ist strenge verboten. Keine Zusammenkünfte irgendwelchen politischen Charakters dürfen innerhalb öffentlicher Kultstätten abgehalten werden.

Kein Diener irgendeiner Religion kann, sei es für sich selbst oder mittels eines Bevollmächtigten oder sonstwie, Sacheigentum erben, das von einer Vereinigung für religiöse Propaganda oder für religiöse oder caritative Zwecke in Besitz gehalten ist. Diener religiöser Glaubensbekenntnisse sind gesetzlich unfähig, Testamentserben von Dienern desselben religiösen Bekenntnisses oder irgendeiner Privatperson zu sein, mit der sie nicht innerhalb des vierten Gliedes blutsverwandt sind.

Alles sachliche oder persönliche Eigentum, dem Klerus oder religiösen Anstalten gehörend, wird, insoferne seine Erwerbung von Privatperson in Frage steht, nach Artikel 27 der Verfassung verwaltet.

Den Gipfel all dieser „freiheitlichen“ Gesetze erklimmt aber der Paragraph des Artikel 130:

Keinerlei Gerichtsverfahren ist zulässig, wo es sich um die Uebertretung einer der vorstehenden Verfügungen handelt.¹⁾

Im Jahre 1921 glaubte der Hl. Stuhl es wagen zu dürfen, zur Wiederaufrichtung der verfolgten Kirche einen Vertreter nach Mexiko zu schicken, nämlich Msgr. Filippi, dessen Ankunft (in der Eigenschaft eines Apostolischen Delegaten) im April 1922 bereits die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen in Fluß brachte. Der Widerhall kam aus dem Munde des damaligen

¹⁾ s. „America“ vom 9. Mai 1925.

Präsidenten Obregon selbst, der äußerte,¹⁾ daß „sowohl die Verfassung wie die Reformgesetze klar die Errichtung diplomatischer Beziehungen zum Vatikan verbieten; anderseits liege es nicht in der Macht der Exekutivgewalt, offizielle Bande zum Hl. Stuhle herzustellen.“

Auch in diesem Lande war das Erscheinen des Vertreters des Papstes in den verschiedenen Provinzen ein herrlicher Triumphzug und ein Beweis für die wahre Gesinnung des Volkes. Daher holte der Freimaurer Obregon zu einem Schlage aus, um den gefährlichen Abgesandten des Hl. Vaters zu beseitigen. Im Dezember 1922 war das mexikanische Volk in Scharen an seinem nationalen Muttergottes-Wallfahrtsorte zu Guadalupe zusammengeströmt, wo auf dem Gipfel des Cubilete der Grundstein zu einer Kolossalstatue des Erlösers gelegt werden sollte. Allein gegen zwei Millionen Indianer hatten sich eingefunden, war es doch einer der ihren, Gian Diego, gewesen, dem sich hier am 9. Dezember 1531 Maria geoffenbart hatte. Art. 24 der Verfassung bot die Handhabe zum Einschreiten, denn die Grundsteinlegung, die der Delegat vornahm, galt als religiöser Akt. Obregon erließ gegen Msgr. Filippi mit sofortiger Wirkung den Ausweisungsbefehl; am 17. Januar 1923 sollte der Prälat von der Polizei an die Grenze abgeschoben werden. Gleichzeitig kündigte der damalige Minister des Innern (heute Präsident der Republik) Calles Maßnahmen an, welche ausländischen kirchlichen Würdenträgern ein für allemal verboten, religiöse Befugnisse auszuüben. Auch die anderen nicht-mexikanischen Priester, die an der Feier teilgenommen hatten, sollten des Landes verwiesen werden. Msgr. Filippi wartete die Ausführung des Dekretes nicht ab, sondern reiste sofort über Washington nach Rom. Der Hl. Stuhl protestierte gegen die Ausweisung und bat um Aufschub, bis er selbst durch eine Untersuchung die Schuld seines Vertreters festgestellt habe; Obregon erwiderte jedoch nur mit einer Begründung seines rücksichtslosen Vorgehens („Wahrung der verfassungsmäßigen religiösen Freiheit“¹⁾).

Mexikos kirchliche Belange wurden daher der Washingtoner Delegatur unterstellt, bis sich gegen Ende 1923 die mexikanischen Regierungsmänner erboten²⁾ einen neuen Delegaten mit allen

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1922, Nr. 21 S. 165.

²⁾ s. „Corriere d'Italia“ Nr. 239 vom 10. Oktober 1923.

offiziellen Ehren aufzunehmen. Der Papst ging jedoch über das Anerbieten vorerst hinweg, da es keine hinreichende Genugtuung bot. Die von ihm aufgestellten Forderungen, der Gegenstand längerer Verhandlungen, fanden schließlich Annahme, ¹⁾ worauf am 16. Dezember 1924 der ehemalige Franziskanergeneral P. Serafino da Cimino unter Erhebung zum Tit.-Erzbischofe von Cyrrhus zum Apostolischen Delegaten ernannt wurde.

Daraus nun den Schluß ziehen zu wollen, daß sich die Lage der Kirche in Mexiko gebessert habe, wäre ein Irrtum, denn kaum war Plutarco Elias Calles, ein Halb-Mexikaner armenischer Abkunft und, wie jeder mexikanische Politiker, natürlich General, Präsident der Republik geworden, so brach die Verfolgung mit ganzer Wucht aus. Ende 1924 hatte in Texas ein Kongreß nordamerikanisch-protestantischer Gesellschaften getagt, der die Mittel für die religiöse Revolutionierung Lateinisch-Amerikas und besonders Mexikos auswarf, wobei politische Ziele stark mitsprachen. Von ihm ging das Signal und der Anstoß zu einem aus Gesindel sich rekrutierenden Schisma, zur Gründung einer „mexikanischen, apostolischen Nationalkirche“ aus, deren „Patriarch“, wie er sich großspurig nennt, José Joaquim Perez, ein über siebzigjähriger abgefallener Priester, der schon wiederholt im Irrenhause war, mit seinen Anhängern die Soledad-Kirche der Hauptstadt überfiel. Trotz Einspruchs aller katholischen Vereinigungen sanktionierte Calles den Raub, denn „für die Regierung seien alle Religionen gleich; die Schismatiker brauchten Kirchen, daher hätten sie ein Recht darauf. Die Proteste der Katholiken seien ‚Agitation gegen die Republik‘“. Hierauf verbot Erzbischof Mora y del Rio den Katholiken den weiteren Besuch der Kirche und exkommunizierte die Schismatiker. Die geplante Besetzung weiterer Kirchen scheiterte vorläufig an der Wachsamkeit der Katholiken. Calles beauftragte aber die Behörden, mit allen Mitteln gegen sie einzuschreiten, falls sie der Durchführung der verfassungsmäßigen Gesetze Widerstand leisteten. Derselbe Calles hat dann der berüchtigten Y. M. C. A. ein Geschenk von 100 000 Pesos aus Staatsmitteln überweisen lassen!

Aus dem leider überreichen Stoffe dieser Verfolgung können wir nur einige Ausschnitte bieten.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 17. Dezember 1923.

Im Staate Jalisco wollte der Gubernador ein Polytechnikum gründen; er raubte zu diesem Zwecke dem Bischofe das Seminar und den Jesuiten ihre naturwissenschaftliche Hochschule mit den Sammlungen und der Bibliothek, vertrieb die Eigentümer und ließ die protestierenden Katholiken mit Waffengewalt verjagen.

Im Staate Tabasco régiert Gubernador Cabanal, gegen den beim mexikanischen National-Kongreß eine Denkschrift eingereicht wurde, die ihm in 36 Fällen gewalttätige Angriffe, gesetzwidrige Beschlagnahme, Mord, Raub und andere Verbrechen gegen die persönliche Freiheit nachwies. Cabanal, radikaler Sozialist und Logenmann, hatte dem Bischof Msgr. Pascal Diaz die persönliche Freiheit fast bis zur Bewegungslosigkeit beschränkt und ihm, als er sich zur Bischofskonferenz in die Hauptstadt begeben hatte, die Rückkehr nur unter der Bedingung des Bruches des Zölibates erlaubt. Unter den 180 000 Katholiken des Staates wirken noch insgeheim drei Priester. Alle Kirchen sind gesperrt, kein Sakrament darf mehr gespendet werden und der Gubernador sucht mit allen Gewaltmitteln die „schismatische Kirche“ einzuführen.¹⁾

Im Staate Guadalajara, in dem 400 von den 1,2 Millionen Katholiken pastorierenden 600 Priestern verjagt sind, bezichtigte der Gubernador den Erzbischof, eine von den Häschern der Regierung vor seinem eigenen Hause geworfene Bombe selbst gelegt zu haben. Die barmherzigen Brüder, die dort eines der größten und besteingerichteten Spitäler Amerikas besaßen, wurden aus ihrem Eigentume hinausgeworfen. Heute ist es schon halb Ruine, halb Magazin von Kaufleuten; auch ein Schnapssalon ist darin untergebracht. „Die Erträgnisse der großen Meierei, stiftungsgemäß für die Kranken des Spitals bestimmt, fließen in die Taschen der sozialistischen Politiker. Eltern, deren Kinder katholische (geheime, denn andere gibt es nicht mehr!) Schulen besuchen, werden von Amtswegen um Arbeit und Brot gebracht. Zwei katholische Redakteure, die diese Politik kritisierten, ließ der Gubernador aus dem Wege räumen.“²⁾

¹⁾ Bericht des von Nat. Cath. W. C. News Service nach Mexiko entsandten Vertreters Ch. Philipp vom 30. Juli 1925, deutsch in „Reichspost“ vom 26. August 1925.

²⁾ Idem aus Guadalajara von Anfang September 1925, deutsch in „Reichspost“ vom 20. September 1925.

Im Staate Aguascalientes ließ der Gubernador Elizalde am 20. Oktober 1925 alle Richter des Obersten Gerichtshofes unter der Anklage, als „Columbus-Ritter“ ungeeignet zur Ausübung der Justiz zu sein, einsperren; die Bundesregierung setzte sie allerdings wieder ein. Der abgesetzte Elizalde, dessen Wirken Senator Martinez Ugarte im Kongreß als das eines despotischen Satrapen schilderte, fährt trotzdem fort, sein Amt auszuüben.

Dies nur ein paar Beispiele dessen, was sich im ganzen Lande abspielt. Die Bundesregierung selbst begünstigt besonders jene Gouverneure, die am rücksichtslosesten vorgehen. Von den 240 Deputierten und 58 Senatoren des Kongresses wagt auch nicht einer, für Freiheit und Recht der Katholiken einzutreten.

Und die Katholiken selbst? Zur Bekämpfung des Schismas entstand im Frühjahr 1925 der „Verband zur Verteidigung des katholischen Glaubens“, eine reine Laienorganisation. Die Gouverneure erhielten Befehl, deren Tätigkeit in jeder Art zu behindern, trotzdem zählte der Verband im Oktober 40 000 Mitglieder.¹⁾ Zu Guadalupe wurde sein Lokal-Leiter Armando Tellez wegen versuchter Abwehr eines Freimaurerangriffs gegen die katholischen Kirchen und den Wallfahrtsort U. L. F. von Guadalupe eingekerkert. Im September tagte die zweite National-Versammlung des Katholischen Arbeiter-Verbandes (300 Zweigvereine mit 19 000 Mitgliedern) und der IV. Bundestag der katholischen Vereinigung der mexikanischen Jugend. Im Oktober begann der Nationalverband für religiöse Verteidigung seinen Feldzug. Am besten organisiert sind die „Columbus-Ritter“, die, wenn auch erst nur 5000 Mitglieder zählend, dennoch das wirksamste Laienheer darstellen. Die Parole der Kirche darf man wohl in dem unmittelbar nach der Bischofskonferenz ausgegebenen Hirtenbriefe des Bischofs Manriquez von Huejutla erblicken, der sich über die bisherige „Politik der Geduld, des Duldens und schweigenden Abwartens“ folgendermaßen ausspricht:

„Sollen wir künftig die gleiche Linie in unserem Verhalten verfolgen? Wir denken: wir sollen nicht, wir dürfen nicht, wir können nicht! Vielleicht war die Klugheit und Geduld der Kirche unter der Härte des Kampfes zu weitgehend. Wir wollen unser Urteil darüber und die Wahl unserer Meinung in diesem

¹⁾ s. „America“ vom 10. Oktober 1925.

Falle zurückhalten. Jedenfalls aber ist es hohe Zeit, vor der ganzen Welt die Gerechtigkeit und das Recht unserer Sache laut zu verkünden und für unsere unveräußerlichen Rechte und Freiheiten als mexikanische Bürger zu kämpfen und wenn nötig zu sterben."

„Wir sind über die Grenzen menschlichen Ertragens hinaus gereizt worden. Schweigen unsererseits würde ehrlose Uebergabe, schändliche Waffenstreckung bedeuten. Sollen wir uns blind und stoisch darein ergeben, noch mehr Quälereien, Beschimpfungen, Betrügereien und Verhöhnungen zu ertragen? Sollen wir unsere Lippen versiegeln und tauben Ohres bleiben gegenüber den erneuten Anschuldigungen und wiederholten Verleumdungen unserer Feinde? Sollen wir nicht einmal wagen, unsere Verfolger zu fragen, weshalb sie uns ins Gesicht schlagen?

„Und vor allem, sollen wir, die Hirten der Herde Christi, stillschweigen, wenn die Wölfe der Anarchie, Häresie und des Schismas die Schafe Christi zu verschlingen drohen? Nein! Nein! Tausendmal nein! Unsere Antwort lautet: non possumus! Wir können nicht! Sie sollen nicht über uns hinwegschreiten! Die Wahrheit braucht keine Verteidiger, wohl aber furchtlose Verkünder, die die Kühnheit und den Mut besitzen, sie vor dem Angesichte der Welt zu vertreten."

Und was sagt der Papst? Er äußerte sich über die Lage der katholischen Sache in Mexiko im geheimen Konsistorium vom 14. Dezember 1925 mit den Worten:¹⁾

„Trotz unserer väterlichen Liebe und langmütigen Fürsorge und Bemühung, trotz des Eifers des Episkopates und Klerus und trotz des tiefen Glaubens und der Religiosität jenes geliebten, über alles Lob erhabenen Volkes, können Wir tröstliche und vertrauensvolle Hoffnungen auf eine Besserung nur auf ein besonderes Eingreifen der göttlichen Güte, zu der Wir jeden Tag Unsere flehentlichen Gebete richten, und auf die einmütige und disziplinierte Arbeit der katholischen Aktion des Volkes selbst setzen."¹⁾

Vereinigte Staaten von Nordamerika

In den Vereinigten Staaten, wie man sie kurzweg nennt, ist die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt, freilich nicht in dem nachgerade stereotyp gewordenen Sinne der Verfolgung, Entrechtung und Beraubung der Kirche durch den Staat. Rechte, Freiheit, Eigentum sind ihr zuerkannt und werden von den Staatsgrundgesetzen mittelbar geschützt. „Fünfzehn Millionen Katholiken",

¹⁾ s. „Oss. Rom." vom 14./15. Dezember 1925.

schrieb Kardinal Gibbons im Jahre 1909,¹⁾ „leben in unserem Lande ohne Störung ihres Glaubenslebens in dem vollkommenen Einklang, der zwischen ihrer Religion und ihren Pflichten als amerikanische Staatsbürger besteht. Es fällt ihnen niemals ein, die Wahrheit eines Glaubens in Frage zu setzen, die von all ihren Erfahrungen bestätigt wird. Liebe zur Religion und Liebe zu ihrem Lande brennt vereint in ihren Herzen. Sie lieben ihre Kirche als die von Jesus Christus gestiftete göttliche, geistige Gemeinschaft, durch die sie in engere Vereinigung mit Gott gebracht sind, seine geoffenbarte Wahrheit und sein heiliges Gesetz innwerden, die Hilfe empfangen, deren sie bedürfen, um ein christliches Leben zu führen, und mit der Hoffnung auf ewige Glückseligkeit erfüllt werden. Sie lieben ihr Land mit der ursprünglichen und brennenden Liebe aller Patrioten, denn es ist ihr Land und die Quelle unermesslichen Segens. Sie ziehen seine Regierungsform jeder anderen vor. Sie bewundern seine Einrichtungen und den Geist seiner Gesetze. Sie bekennen sich vorbehaltlos zu seiner Verfassung und haben als Katholiken keinerlei Verlangen, sie in irgendeiner Form geändert zu sehen. Sie können sie mit klarem Gewissen beschwören.“

Obwohl nun dieser Zustand der Trennung, wie das Beispiel Brasiliens beweist, an sich eine offizielle, ständige Verbindung zwischen Washington und Rom nicht verböte, besteht eine solche dennoch nicht. Der Papst ist anerkannter Souverän und begegnet sich in seiner politischen Betätigung, die sich ja über die ganze Welt hin erstreckt, mit allen Mächten, also auch den Vereinigten Staaten; er ist der Hüter von Grundsätzen, ohne die kein Staat auf die Dauer bestehen kann. Immerhin, das unmittelbare Bindeglied zwischen Washington und Rom fehlt.

Präsident Roosevelt hatte Rom besucht, doch seine Weigerung sich den berechtigten Forderungen des Vatikans zu fügen,²⁾ verbot diesem, ihn zu empfangen. Präsident Wilsons Besuch, dem mündliche Vereinbarungen durch Msgr. Cerretti und die Ueberreichung eines Handschreibens³⁾ vorangegangen waren, bewies, daß jene

¹⁾ s. „North American Review“ March 1909.

²⁾ Ausführliches s. „America“ vol. XXXII. Nr. 24 vom 28. März 1925.

³⁾ s. die Schritte Benedikts XV. bei Wilson für die Kriegsgefangenen im Kapitel „Anwalt der Wehrlosen“, S. 114/115. Lt. „Reichspost“ vom 27. Dezember 1918 hatte Msgr. Cerretti den Auftrag, bei seiner Zusammenkunft mit Wilson dessen Aufmerksamkeit auf die Not der Kriegsgefangenen in Sibirien zu lenken.

Forderungen keine mit der Würde eines Präsidenten der Vereinigten Staaten unvereinbaren waren. Wir haben über ihn ausführlich in den ersten Kapiteln ¹⁾ gehandelt und können daher hier jenes Prälaten a. o. Mission weiterverfolgen, die ihn zuerst nach Baltimore führte, um als a. o. päpstlicher Ablegat Kardinal Gibbons zu dessen fünfzigjährigem Bischofsjubiläum das päpstliche Glückwunschschreiben zu überreichen. Hiebei hielt er eine politisch bemerkenswerte Ansprache, die hier festgehalten sei:

„Durch die Ehrung Eurer Eminenz ehrt der Hl. Vater die ganze amerikanische Kirche, ehrt er Amerika, denn in Euch vereinigt sich, was das religiöse und bürgerliche Leben Amerikas an Edlem und Großem bietet. Die Augen der ganzen Welt richten sich voll Hoffnung und Vertrauen auf Eure große Republik. Mit beredten Worten hat der Präsident Wilson die Ideale und den vornehmen Sinn des amerikanischen Volkes verkündet. Wir freuen uns, daß die großen, von den Amerikanern verehrten und vom Präsidenten Wilson gepflegten Grundsätze sich in jenem allgemeinen Plane verschmelzen, den der Hl. Vater bereits im Laufe des Krieges entworfen hat. Die vier vom Papste aufgestellten Punkte waren, daß das Reich der Gewalt dem Reiche des Rechtes weiche, daß die gerechten Aspirationen der Völker in einer Weise befriedigt werden, daß keines von ihnen einem anderen unterworfen bleibe, und daß man zur allgemeinen Abrüstung und zur Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtshofes gelangen möge.“²⁾

Man stand ja in jenen Tagen unmittelbar vor dem Zusammenritte der Friedenskonferenz und die Welt setzte überschwengliche Hoffnungen in den Einfluß Wilsons auf die künftigen Abmachungen, er wurde in einer Weise als der Papst der künftigen Weltdemokratie und Eröffner einer neuen paradiesisch-pazifistischen Ära gefeiert, daß der Papst der Kirche eine Weile vollkommen in den Schatten geriet. Freilich nicht allzu lange. Wie gemeinhin Europa damals dachte und urteilte, sei mit den Worten eines bejahrten, altliberalen italienischen Diplomaten wiedergegeben, die der bekannte italienische Barnabit P. Scmeria in jenen Tagen berichtete: ³⁾

„Wenn Frankreich und Italien katholischer wären, so könnte auch die religiöse Gemeinschaft ein Kitt sein. . . . Was wollen Sie? Wilson selbst hat mich in diesen Tagen durch eine

¹⁾ s. S. 12—16.

²⁾ lt. „Agenzia Stefani“ vom 24. Dezember 1919.

³⁾ s. „Momento“ vom 25. Mai 1919.

Art brutalen Stoßes in die Arme des Papstes getrieben. Ich, wir Liberale haben in der Tat niemals viel für die sogenannten politischen Päpste übrig gehabt und die Politik Benedikts XV. hat im vertraulichen Gespräche so manchmal in mir einen strengen Richter gefunden. Eine zwecklose Kritik, ich wiederhole es, an der berühmten Papstnote. Und die Kritiken am katholischen Papste wurden verwegener, als sich am Horizont dieser protestantische Papst erhob. . .

Welch eine Freude, als Wilson erschien und uns all jene schönen Dinge verkündete, die wir gerne vom Papste gehört hätten! Nicht dem Verbündeten nur galt unser Beifall, nein; Wilson war für uns der Vermittler des reinen, wahren Evangeliums. Benedikt XV. war überholt, verdrängt durch Wilson; dieser übte des Papstes Amt aus! So sprachen und schrieben wir Altliberale; wir freuten uns, daß die religiöse Note in der politischen Frage nicht von Rom ausging, sondern vom freien Amerika. Wir fanden, der Papst war allzu bescheiden in seinen Zielen. Schöne Worte wollten wir, Fanfaren, den Anbruch der Weltwiedergeburt! Und all das schenkte uns Wilson! . . . Der Papst war uns zu schüchtern. Heute sehen wir ein: der Papst war klug. Er versprach und verlangte wenig, weil er wußte, daß das Bessere der Feind des Guten ist, daß zwischen Worten und Taten Meere liegen, daß das Ideale wohl im Realen sich verkörpert, aber nur langsam, humiliter, in Demut. . . Hätten wir alle das bescheidene katholische Wort angenommen, so wären wir nicht den falschen, schillernden protestantischen Worten zum Opfer gefallen."

Wilson hat versagt und es muß daran erinnert werden, daß er mit jenem Augenblicke die Gefolgschaft des amerikanischen Volkes verlor, da er jene Linie seiner Politik preisgab, die auch die des Papstes war. Und selbst Wilsons größte Schöpfung, der Völkerbund, fand und findet noch nirgends einstimmigere Ablehnung als beim amerikanischen Volke und seiner Volksvertretung.

Der Vertreibung der deutschen Missionäre hat sich sodann Washington auf Ersuchen des Vatikans ¹⁾ erfolgreich widersetzt.

Die Frage der Errichtung diplomatischer Beziehungen zum Vatikan, von der anläßlich Wilsons Besuch beim Papste gerüchtweise die Rede war, ²⁾ schien zu Anfang 1921 konkrete Form annehmen zu wollen, als Harding in einer Wahlrede zu Tampico auf eine an ihn gestellte Anfrage erklärte, er könne

¹⁾ s. S. 152.

²⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 31 vom 12. Januar 1919.

diesbezüglich noch keine Entscheidung treffen, ehe er die Macht übernommen und ein Kabinett gebildet habe. Die Vereinigten Staaten hätten wichtige Beziehungen zur katholischen Kirche und die Zahl der katholischen Amerikaner sei eine solche, daß die Ernennung eines Vertreters beim Vatikan sich notwendig erweise. Niemand könne sich einem solchen Vorhaben in Amerika in dem Augenblicke widersetzen, da selbst Frankreich, eines der der Kirche am feindlichsten gesinnten Länder, sich von der Notwendigkeit überzeugt habe, beim Vatikan vertreten zu sein.¹⁾ Der Präsident Harding ist dann allerdings anderer Meinung gewesen, er soll dem „New York Herald“ erklärt haben, daß von einer solchen Absicht „keine Rede sei.“²⁾

Seltsamerweise wurde in der großen, dreitägigen Debatte in der französischen Kammer über die Wiedererrichtung der Botschaft beim Papste (13., 15. und 16. Dezember 1921) von dem Abg. Jenouvrier unter Berufung auf eine Mitteilung des Unterstaatssekretärs des Innern, Colrat, ehemals Referent für auswärtige Angelegenheiten, ausgesprochen, „daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika beim Vatikan einen geheimen, außerordentlichen Gesandten besitzen.“

Auch der Abrüstungsgedanke geht bekanntlich auf eine Anregung des Papstes zurück,³⁾ zu dessen Durchführung Präsident Harding im November 1921 die Großmächte nach Washington eingeladen hat. Benedikt XV. war daher sehr berechtigt, sich zu dieser Abrüstungskonferenz zu äußern, was er durch eine Depesche an den Präsidenten tat;⁴⁾ er „bitte eifrigst Gott um einen glücklichen Erfolg der vom ersten Beamten der großen amerikanischen Republik zur Erleichterung der bangenden Menschheit unternommenen Initiative.“ „Die Botschaften sympathischer Zustimmung,“ erwiderte der Staatssekretär Hughes, „haben sein Vertrauen bedeutend gestärkt, daß sich aus den Beschlüssen der Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen . . . eine große Bes-

¹⁾ Meldung der „Unità Cattolica“ aus Washington vom 3. Januar 1921.

²⁾ Auch Maurice Francis Egan, ein Katholik, bekannt als Literat und Gesandter seines Landes in Kopenhagen, hat sich s. Z. als Gegner einer Vertretung beim Vatikan ausgesprochen (vgl. K. Kztg. 1921, S. 407.)

³⁾ s. Friedensnote vom 1. August 1917. Vgl. auch „Italia“ vom 22. Januar 1918 und Crispoltis Artikel „Il Papa, Wilson e il disarmo“ im „Corriere d'Italia“ vom 21. Juli 1918.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20. November 1922.

serung der Weltlage ergeben wird. Der Präsident war besonders erfreut, durch das Telegramm vom 10. November die kostbare Versicherung des großen Interesses zu empfangen, das S. Heiligkeit der Papst an der Konferenz nimmt, der bei allen geeigneten Gelegenheiten seinen Eifer bewiesen habe, unter allen Völkern der Welt den Frieden und guten Willen zu fördern. . .”

Die unpolitische nordamerikanische katholische Vereinigung der „Kolumbus-Ritter“, deren Abordnung am 28. August 1920 der Papst erklärt hatte, er erblicke in ihrem unpolitischen Charakter das Geheimnis der ihr entgegengebrachten Sympathien, ¹⁾ hatte im Mai 1923 in Rom ihre Wirksamkeit, das amerikanisch-protestantische Proselytentum unter der katholischen Jugend der ewigen Stadt zu bekämpfen, begonnen und in unmittelbarer Nähe von St. Peter ein großes Jugend-Doppel-Oratorium aufgeführt, das die beiden neuernannten Kardinäle Mundelein und Hayes am 9. April 1924 feierlich einweihten. Bei dem darauf folgenden Empfange bemerkte der Hl. Vater, die Gegenwart der beiden amerikanischen Kardinäle biete ihm Gelegenheit, auszusprechen, er verdanke dieses Werk nicht nur amerikanischer Freigebigkeit, sondern mehr noch dem Verständnisse, der Großmut und Liebe des amerikanischen Geistes, wie auch besonders den Kolumbus-Rittern.

„Ihr habt feststellen können,“ fuhr der Papst fort, — „und das sagen Wir ganz besonders Euch erlauchten Kardinälen Amerikas, — daß das Grundstück, auf das der Bischof von Rom beschränkt ist, nicht an übermäßiger Ausdehnung leidet, sodaß dieser an einem mit seinem bischöflichen Range so innig verbundenen Werke nicht teilnehmen kann. Wir konnten in der Tat nicht dort erscheinen, wo Ihr gewesen seid. Wir konnten es nicht tun, ohne aus Unserer Extraterritorialität herauszutreten, von welcher recht oder schlecht, in bestimmter oder unbestimmter oder vielleicht gar nicht bestimmbarer Weise die Würde des römischen Papstes, des Stellvertreters Christi geschützt, gewahrt und sanktioniert sein soll. Das ist der verhängnisvolle Lauf der Geschichte, verhängnisvoll und folgerichtig... Ihr wisset, und alle wissen es, welche Propaganda des Irrtums sich immer mehr in Unserem Rom breitmacht. Es ist dies gewiß nicht das kleinste Uebel, nicht die traurigste Folge der Ereignisse, welche das Schicksal dieser wahrhaft „heiligen Stadt“ der ganzen katholischen Welt so tief aufwühlten

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 29. August 1920.

und umstürzten. Wir mußten leider hier, wo so viel Martyrerblut für die Reinheit und die Einheit des Glaubens vergossen wurde, sehen, wie die Sendboten des Irrglaubens und der Trennung sich ein Stelldicheingeben. Ihr habt das ganze tiefe Mitempfinden für diese Lage erfahren, habt die ganze Traurigkeit verdolmetscht, welche Unser Herz erfaßt, wenn Wir auf diesem geheiligten Boden Roms Gebäude und Denkmäler, Denkmale und Erinnerungen sich mehren sehen, die man ebensovielen Herausforderungen an den Erlöser Jesus Christus und seinen Statthalter nennen könnte. Ihr habt Unseren ganzen Schmerz verstanden beim Anblicke so vieler den Seelen bereiteten Nachstellungen, wobei man sich ihre Einfalt und Unschuld zunutze macht und oft auch ihre Not und ihren Hunger mißbraucht."

Aus dieser Dankbarkeit heraus und in Anerkennung der großartigen caritativen Betätigung der nordamerikanischen Katholiken räumte der Papst der Kirche Nordamerikas eine stärkere Vertretung im Hl. Kollegium ein, indem er die Erzbischöfe von New-York und Chicago im Konsistorium vom 24. März mit dem Purpur bekleidete. „Seit zum erstenmal sich Unsere Stimme erhob," sagte Pius XI. bei diesem Anlasse, „und Hilfe für die armen verhungerten Kinder Rußlands anrief, antworteten darauf der Episkopat, der Klerus und das Volk der Vereinigten Staaten mit einer Bereitwilligkeit, einem Eifer und in einem Umfange, der sie sofort in die vorderste Reihe stellte und dort erhielt in jenem neuen großartigen Kreuzzuge der Nächstenliebe, so sehr auch von allen Seiten und von jedermann gewetteifert wurde in freudiger und ausdauernder Freigebigkeit . . . In die Unmöglichkeit versetzt, mit Worten all das auszudrücken, was ein solches Zusammentreffen historischen Unglückes und nicht weniger historischer, ja geradezu epischer Nächstenliebe in Unserem Herzen wachruft, haben Wir Uns entschlossen, dem Ausdruck zu verleihen durch eine Tat, welche die höchste Spitze der Hierarchie selbst berührt, welche allen sichtbar ist und allen alles sagt in ihrer stummen Beredsamkeit." ¹⁾ — In caritativer Mission war übrigens P. Walsh, S. J. von der American Relief Association in Rußland im J. 1922 im Auftrage des Papstes beim Präsidenten Harding, um zu erwirken, daß die amerikanische Rußlandhilfe fortgeführt werde. ²⁾

¹⁾ s. „Oss. Rom." Nr. 71 vom 24./25. März 1924.

²⁾ s. „K. Kztg." 1924 Nr. 8, S. 61.

Ueerblicken wir das in diesem Kapitel Gesagte, so zeigt sich, daß seitens des Hl. Stuhles gegenüber den Vereinigten Staaten von Politik strenggenommen kaum gesprochen werden kann. Wohl hatte Wilsons Besuch im Vatikan einen Augenblick die Aussicht auf ein Zusammenwirken in der Friedensfrage eröffnet, doch trennten sich die Wege wieder, sobald zu Versailles die Beratungen begannen, von denen ja der Papst ausgeschlossen war.

Japan

Japans Verbindung mit dem Apostolischen Stuhle Roms reicht in die ruhmreiche Zeit zurück, da zum erstenmale das Christentum an seine Tore klopfte und ein hl. Franz Xaver reiche Seelenernte hielt. Nach mehr als dreijähriger Reise kamen am 22. März 1585 die ersten Abgesandten, Manzio Ito, Michael Gingita, Martin Fara und Julian Nicaura im Namen der Könige von Bungo, Arima und Omura in der Stadt der Päpste an und überreichten in feierlichem Konsistorium Papst Gregor XIII. ihre Geleitschreiben.¹⁾ Dann brach der Sturm der Verfolgung herein und Japan mehrte die heilige Schar der Blutzegen Christi durch Heldengestalten, die würdig den Märtyrern der ersten Jahrhunderte zur Seite treten. Es schien, als sei es den Verfolgern wirklich gelungen, jede Spur von Christentum auf japanischem Boden zu vertilgen, als über zwei Jahrhunderte später, um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts jene wunderbare Entdeckung gemacht wurde, daß sich ohne Priester, ohne andere Sakramente als die Taufe, dennoch ein Kern von Christen erhalten hatte, die sich um den Mittelpunkt Urakami gruppierten. An der Ehelosigkeit und an der Marienverehrung hatten sie einen katholischen Priester als den Diener des Gottes ihrer Religion erkannt.

Japan hat sich seither die Kultur des Westens mit anerkennenswerter Fähigkeit anzueignen gesucht und auch zum sehr großen Teile angeeignet, eines aber hat es dabei übersehen, daß jene Kultur Europas letzten Endes eben doch noch auf den Grundlagen beruht, welche seine katholische Vergangenheit geschaffen hat.

Das Häuflein armer, verschüchterter Katholiken und eine Missionsmethode, welche dem fiebrigen Streben nach Wissens-

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 15. Juli 1921 Nr. 166.

bereicherung des Japaners nicht Rechnung trug, vermochten der katholischen Kirche im Lande der aufgehenden Sonne nicht mehr jene Stellung zurückzugewinnen, daß sie wie einst eine Macht im Lande gewesen wäre und ihren Staatsmännern den Weg nach Rom gewiesen hätte. Wir wollen auf die wenigen Gelegenheiten, da der Vatikan mit dem offiziellen Japan in Berührung trat, nicht eingehen, da sie zeitlich jenseits der Grenze unserer Arbeit liegen und keine nennenswerte Wirkung erzeugten.

Die Friedensverhandlungen des Jahres 1919 sind es gewesen, die, wie wir sahen, Papst Benedikt XV. zur Abwehr des auf die katholischen Heidenmissionen geplanten Attentates zwangen, Verbindung auch mit Japan zu suchen, das am Verhandlungstische ein entscheidendes Wort mitzusprechen hatte. Durch den Marineoffizier Yamamoto gelang es, sie herzustellen und die Stimme des Papstes auch an das Ohr des Vertreters Japans dringen zu lassen. Um nicht bereits Gesagtes zu wiederholen, sei auf den Abschnitt „Friedensvertrag und Missionen“¹⁾ verwiesen. Die rücksichtslose Ausweisung der katholischen Missionäre deutscher und österreichischer Staatsangehörigkeit aus den in Japans Besitz übergehenden Teilen der deutschen Kolonien trotz der Vorstellungen des Heiligen Stuhles darf bei all dem Günstigen, was sonst zu verzeichnen ist, nicht vergessen werden.

Veranlaßt durch diesen Zuwachs an katholischen Interessen, durch die Missionsbestrebungen der Kirche in Korea und ihre Stellung in der von Japan nicht gleichgültigen Blickes betrachteten Mandschurei wie auch durch die Notwendigkeit einer intensiveren Missionierung Japans selbst tat der Heilige Stuhl wohl daran, „zur Wahrnehmung der katholischen Interessen, die Gott sei Dank in Japan immer zahlreicher und wichtiger werden,“²⁾ dort eine Apostolische Delegatur zu errichten, welche mit dem bisherigen Delegaten in Indien, Msgr. Fumasoni-Biondi (jetzt in Washington), besetzt wurde. Er löste den vorübergehend in Tokio weilenden und die Verhandlungen einleitenden Delegaten für die Philippinen, Msgr. Petrelli ab.

Die Tätigkeit des Prälaten war von verhältnismäßig kurzer Dauer. Im April 1921 kehrte er nach Rom zurück; daß aber sein Wirken sich nicht allein auf die Kirche Japans und seiner

¹⁾ s. S. 145 ff.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20. November 1919.

Kolonien beschränkt hatte, bewies die Tatsache, daß der Mikado dem scheidenden Vertreter des Papstes die Ernennung zum Großoffizier des Ordens vom goldenen Schatze übersandte. Die Zusammenhänge liegen ziemlich offen zutage, wenn wir noch die Tatsache daneben stellen, daß zwei Monate später die japanische Regierung Papst Benedikt XV. offiziell verständigte, der damals die europäischen Ententehauptstädte bereisende Kronprinz Hiro Hito werde auch im Vatikan seinen Besuch abstatten.

Der 15. Juli 1921 sah somit den künftigen Erben des ältesten Kaiserthrones und der ältesten regierenden Dynastie,¹⁾ den Kronprinzen Hiro Hito in Begleitung seines Onkels, des Prinzen Kan-in und eines Gefolges von sechzehn Personen, darunter auch des Linienschiffskapitäns Yamamoto im Damasushofe vorfahren und die Fürstentreppe zu den Gemächern des Statthalters jenes Gottmenschen emporsteigen, um dessentwillen seine Vorfahren gegen ihre christliche Untertanen mit wahrhaft heidnischer Grausamkeit gewütet hatten. Es entzieht sich natürlich öffentlicher Kenntnis, was während der fünfzehn Minuten dauernden Unterredung mit dem Papste gesprochen wurde; nur Prinz Kan-in war Zeuge. Dem Austausch der Geschenke folgte der Besuch beim Kardinal-Staatssekretär, in dessen Prunkempfangsalon u. a. auch die japanischen Studierenden des Propaganda-Kollegs versammelt waren. Der folgende Tag war noch ganz einem eingehenden Besuche des Vatikans und der Peterskirche gewidmet und im Augenblicke ihrer Abreise von Rom sandten die beiden Prinzen nochmals mittels einer Depesche den Dank für den herzlichen Empfang, den sie im Vatikan gefunden hatten.²⁾

„Die katholische Kirche ist nicht da,“ das ist der Eindruck, den s. Z. der Obere eines amerikanischen Missionshauses von einem Besuche in Japan empfing. Muß man sich unter diesen Umständen wundern, wenn der Japaner in der Ausschau nach einem besseren Ersatze seines überlebten Heidentums den Katholizismus nicht in seine Erwägungen einbezieht? Wir wissen nicht, welches die weiteren Wirkungen des Besuches des japanischen Kronprinzen beim Oberhaupte der Kirche Jesu Christi sein werden, aber das Eine hat er sicherlich erreicht, daß Japans Blick auf Papsttum

¹⁾ s. „Allg. Rundschau“ 1920 Nr. 6 den Artikel Dr. O. Kunzes „Das japanische Kaisertum“.

²⁾ Ausführlicher Bericht im „Oss. Rom.“ vom 16. Juli 1921.

und Kirche gelenkt wurden. Und für den Vatikan bedeutete er ohne Zweifel die erneut zum Ausdruck kommende Anerkennung der Souveränität des Papstes, denn weder Wilson noch das britische Königspaar noch der Herrscher Dänemarks noch auch Hiro Hito waren Katholiken oder Häupter von Völkern, welche sich in überwiegender Zahl zum katholischen Glauben bekennen.

Es ist wohl auch ein nicht zu unterschätzender Vorteil, zu wissen, daß der künftige Herrscher des japanischen Reiches von Papsttum und Kirche einen anderen Eindruck empfangen hat, als ihn die junge Kirche seines Landes zu vermitteln vermochte, und wenn diese sich im Besitze seiner Achtung und seines Wohlwollens weiß.

Ende des Jahres 1921 entsandte Papst Benedikt XV. als Nachfolger Msgr. Fumasoni-Biondis den Barnabiten P. Mario Giardini, bisher Pfarrer an San Carlo ai Catinari in Rom, als Delegaten nach Japan. Obwohl sein Amt diplomatischen Charakters entbehrt d. h. der Delegat Vertreter des Papstes nur gegenüber der Kirche, nicht aber dem Staate ist, wenigstens der Regel nach, zeigte sich dennoch die günstige Wirkung jener Romfahrt. Der Kronprinz hatte infolge eines Schlaganfalles des Mikado seine Europareise abbrechen und nachhause zurückkehren müssen, um als Prinzregent sofort die Regentschaft zu übernehmen. Er ließ es sich nicht nehmen, Msgr. Giardini offiziell zu empfangen und dadurch öffentlich nochmals sein warmes Interesse am Papsttume zu bekunden. Der Prälat wurde im kaiserlichen Wagen unter berittener Bedeckung zum Palaste geleitet. Hiro Hito gedachte, auf die Ansprache des Delegierten erwidern, mit Bedauern des inzwischen erfolgten Hinscheidens Papst Benedikts XV., den er persönlich kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe. Mit Freuden nehme er den Ausdruck herzlicher Sympathie seines Nachfolgers entgegen und bitte, dem Papste seine besten Glückwünsche für seinen Pontifikat auszusprechen.¹⁾ Im Verlaufe des anschließenden Festmahles eröffnete der Prinzregent seinem hohen Gaste, daß er ihm den Orden von der aufgehenden Sonne verliehen habe.

Niemand wird erwarten, daß in einem so überwiegend heidnischen Lande, wie es Japan ist, die Annäherung an Kreuz und Kirche, vertreten nach außen hin durch das Papsttum, sich ohne

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20. Juli 1922.

starke Widerstände vollziehen werde. Gottes Widersacher bietet in einem solchen Falle wohl gewiß seine ganze nicht geringe Macht auf, um seine gefährdete Herrschaft über ein Millionenvolk zu verteidigen. Als daher im Januar 1923 die japanische Regierung im neuen Staatsvoranschlage die Kredite für die Errichtung einer Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle anforderte, stieß sie auf den entschiedenen Protest des Buddhistentumes, der sich vornehmlich auf das konfessionelle, weniger auf das politische Argument stützte. Eine Note des Ministers des Aeußeren verwies daher nachdrücklich darauf, daß die Gesandtschaft ja doch nur diplomatischen Charakter besitzen würde. „Bei der immer bedeutender werdenden Stellung Japans sei der Kontakt mit einem so wichtigen diplomatischen Zentrum, wie dem Vatikan, eine Notwendigkeit.“¹⁾ Trotzdem lehnte die Kammer die Forderung der 14 000 Yen ab. Diese Ablehnung bedeutete jedoch weniger eine anti-katholische Demonstration als vielmehr ein parteipolitisches Manöver der Opposition, welche konfessionelle Gründe vorschob, um sie bei den nahe bevorstehenden Wahlen zu verwerten. Es sollte die Regierung der Beeinträchtigung der Stellung des Kaiserhauses geziehen werden, die angeblich in der Anerkennung des Papstes und der Stellung der Religion als des höchsten Gutes nach katholischen Begriffen liege. Da der öffentlichen Meinung das Unterscheidungsvermögen für diese Dinge abging und sie sich daher nur zu leicht gegen die Regierung einnehmen lassen mußte, stimmten selbst deren Anhänger gegen den Antrag. All diese Dinge boten Yamamoto willkommenen Anlaß, um sowohl dem Minister des Aeußeren wie angesehenen Politikern aller Parteien an der Hand des katholischen Katechismus darzulegen, was die katholische Kirche über die Pflichten gegen die weltlichen Autoritäten lehrt; mit Befriedigung nahm man allgemein davon Kenntnis und der Katechismus machte die Runde. Der „Verband katholischer junger Männer“ verbreitete überdies eine Flugschrift, welche alle gegnerischen Gründe widerlegte und die Verleumdungen der buddhistischen Bonzen aufdeckte; die Regierung selbst versandte diese Schrift an alle Abgeordneten. Die Agitation der Gegner hatte nur dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf die katholische Kirche und das Papsttum zu

¹⁾ Japan ohne Korea zählt unter 50 Millionen Einwohner ca. 80 000 Katholiken.

lenken als auf eine Einrichtung von ungeheurem Ansehen und ganz außer Vergleich mit den zahllosen Sektengemeinschaften.

Hauptgegner des Projektes und Führer der Opposition war Graf Otani gewesen. Um sich über die tatsächlichen Verhältnisse bezüglich der Stellung des Papsttums zu unterrichten, sandte er den gelehrten Bonzen Matsuhara Chyon auf eine Studienreise nach Rom. Weiteres darüber wurde bisher nicht bekannt. Jedenfalls hat die Regierung ihre Absicht nicht aufgegeben; sie ist entschlossen, ihre Forderung zu wiederholen bis zum Erfolge.

Im August 1923 lieferte Gott den Menschen einen neuen Beweis ihrer Ohnmacht. In wenigen Minuten zerstörte ein Erdbeben, wie es selbst Japan noch nicht erlebt hat, in weitem Umkreise von Tokio alles, was an Stolzem eine materialistische Kultur hervorzubringen imstande gewesen war. Der Tod hielt eine Ernte, so groß fast wie die Hälfte jener, welche er in vier Jahren auf den europäischen Schlachtfeldern eingeheimst hatte. Selbst der Apostolische Delegat rettete nur das nackte Leben, mehrere der ohnehin wenigen katholischen Pfarreien waren der furchtbaren Heimsuchung zum Opfer gefallen. Der Heilige Vater, der selbst sofort 20 000 Dollar anwies, beauftragte die Kirche Amerikas und den Delegaten in China, Msgr. Costantini, Hilfe in jeder möglichen Art zu bringen. Wohl wird es rastlosem Fleiße gelingen, wenigstens einen Teil des äußeren Schadens wiedergutzumachen; doch die Toten können nicht mehr zum Leben erweckt werden. Das japanische Volk hat die Warnung Gottes vernommen, z. T. auch verstanden, wie manche Berichte seither erkennen lassen. Dem Papst wird sie aber ein neuer Hinweis gewesen sein, noch mehr als bisher seinen ganzen apostolischen Eifer auf dieses Land zu konzentrieren, um Gottes Willen zu erfüllen, daß auch diese Seelen seiner Erkenntnis innerhalb der einen Kirche Christi gewonnen werden. Sein Vertreter genießt die höchste Achtung der japanischen Behörden und soeben schreibt noch Bischof Sauer aus Seoul, ¹⁾ daß Msgr. Giardini, obwohl nicht Nuntius, besonders vom Generalgouverneur Admiral Saito mit allen Ehren eines Botschafters behandelt wird. Es sind also alle Vorbedingungen für ein gutes Einvernehmen zwischen Staat und Kirche gegeben, welche auf eine erfreuliche Zukunft hoffen lassen.

¹⁾ s. „Die Weltmission der kath. Kirche“ 1925 Nr. 1/2. S. 18.

China

„Es ist reiner Unsinn zu glauben, daß der Sumpf von Blut, durch den die Welt fünf Jahre lang gewatet ist, auch nur das geringste von dem hervorgebracht hat, was sich selbst die allerletzten der Enthusiasten erwartet haben, nein, es ist kein Friede auf der Welt, es ist keine Eintracht auf der Welt, es gibt keine Anerkennung der Gerechtigkeit auf der Welt. Gott allein weiß, was aus der sogenannten Zivilisation des Westens hervorgehen wird. Ich will mich nicht als Propheten bekennen, aber es will mir scheinen, daß aus jenem Sumpfe sich wieder die Gestalt Christi erhebt, der uns auf einen Weg hinweist, welcher nicht in der Richtung selbstsüchtiger Handelsinteressen und Geldgewinne führt, sondern dorthin, wohin keiner von uns verwiesen zu werden sich einbilden würde, nämlich hinaus über die Grenzen jenes Westens Tausende von Meilen, jenseits des Weltmeers. Dort liegt das Land der Geheimnisse. Es besitzt die Geschichte einer fast fünftausendjährigen Zivilisation; es besitzt eine Bevölkerung von über vierhundert Millionen Seelen, deren jede Gott eben so teuer ist wie die deine und die meine. Es besitzt eine Gesittung, welche in vieler Hinsicht unsere so vielgerühmte Zivilisation des Westens beschämt und jedem die Schamröte ins Gesicht treiben müßte, der sie mit dem vergleicht, was wir als den Gipfel des Fortschrittes unserer Zeit betrachten, eine Zivilisation, welche der Inbegriff des Gehorsams vor dem Gesetze ist und seit Jahrhunderten gewesen ist.“¹⁾

Bischof Fallon von London (Can.)
lt. „The Field Afar“ April 1925 S. 122.

¹⁾ Aus einem Artikel von P. C. S., O. F. M. im „Oss. Rom.“ Nr. 155 vom 8. Juli 1925 entnehme ich:

„Die Lage, in die Europa China seit über einem halben Jahrhundert versetzt hatte, war wirklich eine der demütigendsten. Abgesehen davon, daß dieses in allen Fragen, die sich zwischen ihm und den in seiner Hauptstadt sich als Herren aufführenden Mächten erhoben, die Rolle des Lammes zu spielen hatte, mußte es zusehen, wie die Fremden sich in seine Gebiete teilten, sich an seinen Reichtümern bereicherten und die Fesseln nur immer enger schlossen, die es gegen seinen Willen an den Karren der europäischen Zivilisation banden. Seit dem Tage, da England die erste Bresche in China legte (1842) witterten all die kaiserlichen und königlichen Adler Leichengeruch. . . . Auch einen Fetzen Chinas zu wollen wurde zur Mode und keine Nation glaubte Anspruch auf Größe erheben zu können, solange es ihr nicht gelang, ihre Fahne auf irgendeinem Stück Landes des Fernostens aufzupflanzen.“

Ebenda Nr. 156:

„Der heutige Aufstand ist im Grunde eine nationalistische Bewegung, eine Frucht der europäischen Lehre vom Selbstbestimmungsrechte der Völker.“

An den gegenwärtig in und um China tobenden politischen Konflikten sieht man so recht, in welch unhaltbare Lagen der Heilige Stuhl fortgesetzt geraten würde, wenn er im Widerstreit der zahllosen irdischen, meist machtpolitischen Bestrebungen sich um augenblicklicher oder vorübergehender Vorteile willen zur Parteinahme für diese oder gegen jene Macht verleiten ließe. Ist er doch ohnehin schon gegen seinen Willen tief genug in den chinesisch-französischen Gegensatz verstrickt.

Der Vertrag von Tientsin (1858) zwischen Frankreich und China räumte jenem das Recht ein, im ganzen chinesischen Reiche nicht nur die katholischen Personen und Einrichtungen, sondern die christlichen jeder, also auch der schismatischen oder häretischen Konfessionen jedweder Staatszugehörigkeit, selbst der chinesischen, zu beschützen. Das gleiche Recht hatte sich übrigens auch Belgien in seinem Verträge mit China zuerkennen lassen.¹⁾ Der Heilige Stuhl seinerseits übertrug Frankreich das ausschließliche Schutzmandat über die Katholiken und ließ an diese die Anweisung ergehen, sich nötigenfalls an die Vertreter Frankreichs zu wenden.²⁾ Wie im näheren Orient hat auch in China Frankreich den „Schutz der katholischen Interessen“ stets so vorgenommen, daß es damit seine eigenen politischen Interessen förderte. Dabei ging es soweit, schließlich sogar etwas wie ein französisches Missionsmonopol für China anzustreben. Doch wie in Japan, so hat sich auch in China mit der Zeit der Wandel der französischen Politik zum schroffsten Antiklerikalismus an ihr selbst gerächt. Mit der Vertreibung der Orden und Kongregationen und der Entchristlichung des Schulwesens starben die Noviziate allmählich aus, sie konnten nicht mehr genügendes Personal für neue Missionsaufgaben beistellen, ja mußten aus demselben Grunde sogar manche der bisher von ihnen verwalteten Missionsgebiete einschränken und abtreten, da die Lücken, welche Alter, Krankheit und Tod (darunter auch der auf dem Schlachtfelde) rissen, nicht mehr gefüllt werden konnten.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 2.—3. Febr. 1925.

²⁾ Die Erfahrungen, welche wir mit der Schrift „Papst, Kurie und Weltkrieg“ des Evangelischen Bundes machten, läßt es nötig erscheinen, darauf hinzuweisen, daß es im J. 1858 noch kein Deutsches Reich gab und nicht einmal Preußen noch im äußersten Osten eine Vertretung besaß.

Um des Zusammenhanges willen müssen wir unsere Darstellung bis in den Weltkrieg hinein ausdehnen.

Es war im Juli 1918. „Nachdem die chinesische Republik den Wunsch ausgesprochen hatte, in offizielle diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhle zu treten, hat S. Heiligkeit diesen Wunsch gerne entgegengenommen und seine Zustimmung zur Ernennung Sr. Exc. Tai Tscheng Lings, des bevollmächtigten Ministers Chinas in Spanien und Portugal, zum a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister der chinesischen Republik beim Heiligen Stuhle ausgesprochen.“¹⁾ Schon der englische China-missionär P. Wolffertan S. J. hatte in seinem Werke über die katholische Kirche in China die Lösung gefordert;²⁾ er legt den nachteiligen, die Kirche und ihr Ansehen schädigenden Eindruck dar, den es auf jeden Chinesen machen muß, „wenn Vergehen an Missionären und Missionsanstalten von deren weltlichen Schutzmächten dazu benützt werden, um sich in seinem Lande festzusetzen, seine politischen Rechte zu beschneiden und Gebietsteile aus dem Körper des chinesischen Reiches zu reißen.“ „Leider griff auch Deutschland in die Händel . . . ein und nahm sich Gebietsteile und forderte und erhielt Millionen für Schäden, die es (zusammen mit den anderen Mächten) im Grunde genommen selbst verursacht hatte.“³⁾

„Schon seit längerer Zeit wünschte die chinesische Republik diplomatische Beziehungen zum Vatikan und manche Gründe dafür lassen sich leicht denken: Einerseits die zunehmende Zahl der Katholiken, anderseits das Interesse des Staates, unmittelbar Fühlung mit dem ehrwürdigen Oberhaupte der Katholiken zu nehmen. . . Im Jahre 1886 gelang es der französischen Regierung, die Entsendung eines ständigen Nuntius an den Hof von Peking zu verhindern, indem sie mit der Zurückziehung ihres Botschafters beim Vatikan drohte. Gegenüber dieser Drohung wog der Hl. Stuhl die Schäden, welche daraus für die katholische Sache erwachsen wären, ab und erachtete sie für größer; *ad evitanda majora mala* glaubte er nachgeben zu sollen. Aber man muß auch feststellen, daß der von der französischen Regierung vorgebrachte Grund, nämlich daß eine Nuntiatur in Peking das

¹⁾ Meldung des „Oss. Rom.“ vom 11. Juli 1918.

²⁾ s. „Augsb. Postzeitung“ vom 16. Juli 1918.

³⁾ s. Michaelis, Weltreise-Gedanken S. 42.

Ende des französischen Protektorates in China bedeutet hätte, hinfällig war. Die Nuntiatur hätte die wohlverstandenen Rechte Frankreichs nicht verletzt. . . Die Nuntiatur von 1886 (und das gleiche gilt von der von 1918) ließ alle Rechte, welche Frankreich aus dem zu Tientsin mit China geschlossenen Verträge erflossen, . . . unberührt."¹⁾

Schon war auch bekannt geworden, daß zur Besetzung der künftigen Nuntiatur in Peking Msgr. Petrelli vorgesehen sei, als überraschend der bekannte französische katholische Politiker und Ex-Minister Denys Cochin im Vatikan erschien, wo Frankreich nur durch den „Hintertreppen“-Diplomaten Loiseau vertreten war. Cochin erschien im Auftrage Clemenceaus, um einen Protest der französischen Regierung auszusprechen. Anfangs glaubte man in der Öffentlichkeit, er gelte nur der Person des vorgeschlagenen Nuntius und bisherigen Delegaten auf den Philippinen, Msgr. Petrellis, über den zu Unrecht²⁾ und nur um einen Vorwand des Protestes zu haben verbreitet wurde, er sei ein persönlicher Freund des deutschen Gesandten in China, des Admirals von Hintze; die Annahme fand dadurch eine Stütze, daß kurz darauf bekannt wurde, Msgr. Petrelli sei bereits fallen gelassen und durch Msgr. Sincero (jetzt Kardinal) ersetzt worden.

Am 10. August 1918 wußte Reuter aus Peking zu melden, daß Frankreich bei der chinesischen Regierung gegen die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen China und dem Vatikan den angekündigten Einspruch erhoben habe. Der Protest werde damit begründet, „daß gemäß dem Verträge von 1858 die katholischen Organisationen in China unter französischem Schutze stehen.“ Bereits am folgenden Tage besagt eine Reutermeldung aus Rom, es sei infolge der Vorstellungen Frankreichs die Ernennung Msgr. Petrellis zurückgezogen worden. „Tems“³⁾ begründete den Protest gegen die Errichtung der Nuntiatur in Peking ebenfalls mit dem Vertrag von Tientsin. Solange dieser in Kraft bleibe, sei in Peking kein Platz für eine diplomatische päpstliche Mission zur Wahrung der katholischen Interessen, umsomehr als das Bündnis Chinas mit Frankreich von außerordentlicher Bedeutung sei.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 14. Juli 1918, und erweitert ausgeführt ebenda vom 24. Juli 1918.

²⁾ s. die Feststellung im „Oss. Rom.“ vom 13. August 1918.

³⁾ vom 15. August 1918.

Am 13. August war der Kurie amtlich von diesem Proteste noch nichts bekannt,¹⁾ „aber was wir wissen“, erklärte sie, „ist, daß ein solcher Protest gänzlich unberechtigt wäre. Im Vertrage von Tientsin, Art. 13., der allein in Frage kommt, sind nur Vereinbarungen vorgesehen, welche, wenn sie auch nicht jeweils Verfolgungen in China zu verhindern vermochten, sicherlich dazu beigetragen haben, die Lage nicht nur der Katholiken, sondern auch aller Christen jedweder Gemeinschaft oder Staatszugehörigkeit zu bessern. Dafür war der Hl. Stuhl Frankreich stets erkenntlich und ist es noch, aber die Nuntiatur in Peking steht nicht im allergeringsten im Gegensatze zu jenen Vereinbarungen.“ Vergebens legte der Vatikan eingehend dar,²⁾ welches die Aufgaben des Nuntius wären und daß diese, da rein kirchlicher Natur, gar niemals vom diplomatischen Vertreter erfüllt werden könnten. Um nun das gehässige Vorgehen gegen den Papst in dieser Frage einigermaßen politisch zu bemänteln, wurde von London aus, letzten Endes natürlich von französischen Urhebern, verbreitet, „daß, nachdem die Sympathien des Vatikans eher dem Feinde zuzuneigen scheinen als den Verbündeten, die Annahme eines vom Vatikan ernannten Funktionärs in China während des Krieges ein Beweis geringer Freundschaft für die Verbündeten wäre.“³⁾

Das Ende vom Liede war, daß Frankreich es tatsächlich in Peking erzwang, die bereits vollzogene Ernennung seines Gesandten beim Vatikan rückgängig zu machen und die Errichtung der Nuntiatur nicht zuzulassen; im Kabinettsrat vom 23. August erklärte Lu Tscheng Siang, der Minister des Äußeren, daß die Verhandlungen nicht weiter fortgeführt würden.⁴⁾

Sowohl Papst Benedikt XV. wie der Präfekt der Kongregation der Propaganda, Kardinal van Rossum, wandten jedoch China

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 13. August 1918.

²⁾ Ebenda vom 25. August 1918.

³⁾ s. „Corriere della Sera“ lt. Oss. Rom. vom 13. August 1918.

⁴⁾ Mit zynischer Offenheit schildert diese französischen Ränke in Ostasien Albert Maybon in Nr. 71 der Zeitschrift „L'Information d'Extrême Orient“, Tokio, vom 24. August 1918, wiedergegeben in Köln. Volkszeitung Nr. 595 vom 3. August 1922 „Wer intrigiert im fernen Osten?“. Ueber frühere französische Ränke und den Vertrag von Tientsin s. Brand, Ostasien Bd. III. S. 45 uff. Die Vorverhandlungen hatte der Gesandte des Fürstentums Monaco, Conte Capello, geführt. Frankreich trieb die Anmaßung soweit, beim Fürsten die Abberufung des Gesandten zu erzwingen.

mehr und mehr ihr besonderes Augenmerk zu und Kardinal Laurenti, ehemals erster Sekretär dieser Missions-Kongregation der kirchlichen Zentralleitung, legte beim Internationalen Missionskongreß anläßlich des 300 jährigen Jubiläums der Propaganda die Bedeutung Ostasiens für die Zukunft der Weltkirche dar.¹⁾ Bereits im Jahre 1920 hatte Msgr. de Guebriand als Apostolischer Visitator China bereist und sein Bericht bildete die Grundlage für die weiteren Maßnahmen, welche alsbald zutagezutreten begannen. Im August 1922 waren diese Pläne soweit gediehen, daß die Ernennung des bisherigen Apostolischen Administrators in Fiume, Msgr. Constantinis, zum Apostolischen Delegaten in China bekanntgegeben werden konnte. Man nahm also den früheren Gedanken wieder in neuer Form, d. h. ohne vorerstige Verleihung des diplomatischen Charakters auf. Am 8. November jenes Jahres traf der Prälat bereits in Hongkong ein, wärmstens begrüßt von den einheimischen Katholiken, um dann über Canton sich nach seiner vorläufigen Residenz zu Han-Kow zu begeben.

Natürlich hatte es Frankreich nicht verfehlt, auch da wieder auf sein Schutzrecht pochend das Monopol der Vertretung der Interessen der Kirche zu beanspruchen. Auf die Vorstellungen des französischen Geschäftsträgers erklärte jedoch Kardinal-Staatssekretär Gasparri, daß „Msgr. Costantini allerdings in der Eigenschaft eines Apostolischen Delegaten entsandt worden ist, um alle Bischöfe und Apostolischen Präfekten zu einer Synode zusammenzurufen und sodann über die Durchführung der Beschlüsse zu wachen, daß ihn aber der Heilige Stuhl mit vollem Rechte weiter dort belassen könne. Weshalb sollte das, was Frankreich bisher in Konstantinopel als selbstverständlich hingenommen hatte, in Peking unstatthaft sein?“²⁾ Auch in Chinas Hauptstadt machte der Vertreter Frankreichs den Versuch, sich anzumaßen, Msgr. Costantini dürfe nur durch seine Vermittlung mit den chinesischen Behörden verkehren;³⁾ dieser schritt jedoch darüber hinweg und ungeachtet seines kirchlichen Charakters machte er am Neujahrstage in Gegenwart des diplomatischen

¹⁾ Ueber den gegenwärtigen Stand der Kirche Chinas s. die Korrespondenz aus Shanghai im „Oss. Rom.“ vom 18. August 1920 und die Darstellung „Die katholische Kirche in Ostasien“ in „Kath. Missionen“ 1921/22, Nr. 11/12.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 2.—3. Februar 1925.

³⁾ Meldung der „Italia“ Nr. 256 vom 24. Okt. 1924.

Korps dem Präsidenten der Republik Li Yueng Kong seinen offiziellen Antrittsbesuch. Die Katholiken Chinas erbaten sich das Recht, dem Vertreter des Papstes ein Delegaturgebäude zum Geschenk zu machen, ein „bescheidenes Heim, aber würdig des Vertreters des Papstes.“ Msgr. Constantini gab gerne seine Einwilligung, doch stellte er die Bedingung: der Charakter des Hauses müsse rein chinesisch sein, da jedes Volk seine eigene Architektur besitze und weil die Kirche katholisch, d. h. universell, auch in ihrer Kunst sei und überall auf der ganzen Welt die örtliche Kunst angenommen und sie Gott als Huldigung weltumspannender Schönheit dargeboten habe.¹⁾

Die Tätigkeit des Delegaten bestand vornehmlich in der Vorbereitung des ersten chinesischen Plenarkonzils, das Anfangs 1924 zu Schanghai zusammentrat und nach den Worten Papst Pius' XI. im Geheim-Konsistorium vom 18. Dezember 1924 einen vollen Erfolg bedeutete.²⁾ Diesem ging ein Schritt voran, der wohl einen Wendepunkt in der Geschichte der Kirche Chinas bedeutet: die Ernennung zweier einheimischer Priester, eines Franziskaners und eines Lazaristen, zu Apostolischen Präfekten an der Spitze von Missionsgebieten, in denen ausschließlich einheimische Priester wirken. Damit ist der Anfang einer einheimischen Hierarchie gemacht.

Anfangs 1924 teilte der neue Präsident der chinesischen Republik Tsao Kuen in einem Handschreiben dem Papste seine erfolgte Wahl mit und versicherte, er wolle alle Kräfte dafür einsetzen, damit die Freundschaft zwischen China und dem Heiligen Stuhle immer inniger und stärker werde.³⁾ S. Heiligkeit richtete daraufhin ein Handschreiben an den Präsidenten, daß diesem vom Apostolischen Delegaten am 17. Juli 1924 in feierlicher Audienz überreicht wurde.⁴⁾

¹⁾ Eine eingehende Schilderung findet sich im „Oss. Rom.“ vom 12. Oktober 1924 in einer Korrespondenz aus Peking.

²⁾ Das Jahr 1922 sah in Peking den Internationalen christlichen (protestantischen) Studentenkongreß und zu Schanghai eine chinesisch-protestantische Synode. Gegen den ersteren wurde in den Räumen der Universität eine große Protestversammlung abgehalten, wobei der Rektor Tsai-Yuan-Pei das Christentum öffentlich eine Religion von Fabeln nannte. Auf der Synode trat der nationale Gegensatz zwischen Chinesen- und Ausländertum im Protestantismus schärfstens hervor, und mit Mühe wurde ein Bruch vermieden. (s. a. „Oss. Rom.“ vom 15. Oktober 1924.)

³⁾ s. „Kath. Kztg.“ 1924 Nr. 13, S. 109.

⁴⁾ s. „Missioni Cattoliche“ vom 1. Oktober 1924.

Die jüngsten Wirren berühren die Kirche nur insoferne, als durch die allgemeine Unsicherheit im Lande das Missionswerk vielerorts stark erschwert und beeinträchtigt wird; der Heilige Stuhl wird jeder Regierung, die sich das chinesische Volk gibt, mit der gleichen Unvoreingenommenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und sich darauf beschränken, für die Freiheiten einzutreten, welche die Voraussetzung einer intensiven Christianisierungsarbeit sind. Die Kirche wird danach streben, Chinas Kultur nicht zu europäisieren, sondern mit christlichem Geiste zu erfüllen und ihr damit zu neuem Leben zu verhelfen.¹⁾ Sie allein auch kann dem bereits stark fortgeschrittenen Zerfalle der Nation Einhalt tun und mit der sittlichen Grundlage auch die sittlichen Kräfte verleihen, um einen neuen Aufstieg nicht zu materialistischer Scheinkultur nach Japans Vorbild, sondern zu einer neuen Epoche von Bürgerglück, nationalem Selbstgenügen und christlicher Zweckerfüllung anzubahnen. Aufgabe der katholischen Völker Europas ist es, sich nicht auf die Wahrung ihrer Kulturgüter zu beschränken, sondern dem Osten, der ihrer bedarf, mit vollen Händen davon mitzuteilen. Es muß aber wirkliches Kultur-Gut sein; Gott wird es nicht vorenthalten, wenn man zuerst sein Reich sucht. Aber das allein genügt noch nicht. China muß auch selbst mitwirken. Auf dem chinesischen Nationalkonzil hat der Vertreter des Papstes in dieser Hinsicht das Programm der Kirche in den Worten ausgesprochen: „Wenn die Chinesen wünschen, daß ihnen das Heil bald werde, dann ist es notwendig, daß sie mit aller Hingabe selbst sich an die Bekehrung ihrer Landsleute machen. Das ist der ausdrückliche

¹⁾ Die Kongregation der Propaganda (Ad primos Vicarios Apostol. ex Societate Miss. Exter.) hat im Jahre 1659 schon, auf Anweisungen zurückgreifend, die der heilige Papst Gregor der Große den nach England reisenden Missionären mit auf den Weg gab, bestimmt: „... Ereifert euch nicht und beratet in keiner Weise jene Völker, daß sie ihre Gebräuche, Gewohnheiten und Sitten ändern, außer sie stehen ganz offenkundig mit der Religion und den guten Sitten im Widerspruch. Denn was ist unvernünftiger als Gallien, Spanien, Italien oder einen anderen europäischen Staat nach China zu verpflanzen. Nicht das, sondern den Glauben traget hinüber, den Glauben, der mit keines Volkes Gebräuchen und Gewohnheiten, außer sie sind schlecht, sich überwirft oder sie verletzt, sondern der sie vielmehr voll und ganz erhalten und beschützen will.“ Die katholische Kirche will also die stammesübliche Kultur der Völker nicht zerstören oder verletzen, sondern im Gegenteil erhalten und schützen.

Wunsch des Heiligen Vaters und er hat einen leuchtenden Beweis dessen durch die Ernennung zweier apostolischen Präfekten chinesischer Nationalität gegeben. . . Die Chinesen dürfen unseren Missionären die Arbeit nicht allein überlassen, sie müssen sich eine Pflicht daraus machen, mit ihnen zusammenzuarbeiten." ¹⁾

Die tiefe Bewegung, von der China heute erfaßt ist, stellt der katholischen Kirche eine ungeheure Aufgabe. Die einsichtige heidnische Bevölkerung des großen Landes, schreibt Msgr. Constantini im Jahre 1923 in einem Rundschreiben an die Bischöfe und den Klerus in China, ²⁾ „ist heute davon überzeugt oder überzeugt sich mehr und mehr davon, daß hinter den katholischen Missionären sich keine anderen Ziele und Interessen bergen, daß nur der Papst hinter ihnen steht, der in der ganzen Welt das geistige Reich Christi auszubreiten hat und dazu gewillt ist. Aus diesem Grunde ist die katholische Kirche in China jetzt allgemein von Achtung umgeben. Selbst die tiefer blickenden Heiden erkennen, daß das Gesellschaftsgebäude nur auf unwandelbaren und unerschütterlichen sittlichen Grundsätzen solide und gesund bestehen kann. . . Entweder wandelt sich China mit uns oder gegen uns, d. h. entweder es wird durch vorbeugende Grundsätze des Christentums gerettet und wird eine große und mächtige Nation, oder aber es verfällt dem philosophischen Materialismus und der jedes Ideal, jede Autorität und Ordnung zerstörenden Anarchie. . .“

„Was unsere Haltung gegenüber China anbetrifft, so ist unsere Stellung eine sehr klare: uns in keinerlei Politik, weder in die innere noch in die äußere einmischend und die Autorität anerkennend, tragen wir zu Friede und Ordnung bei und bitten Gott für das geistliche wie auch materielle Wohl dieses großen Volkes.“

Die gewaltsame Unterdrückung der fremdenfeindlichen Bewegung, welche im Sommer 1925 durch Sowjetagenten angezettelt wurde, führte zu einem Depeschenaustausch des Professorenkollegiums der Pekinger National-Universität, das am 15. Juni an Papst Pius XI. drahtete: ³⁾

„Im Namen der christlichen Religion, deren höchster Vertreter Sie sind, rufen wir Professoren der nationalen Universität von Peking, die die Klasse der chinesischen Intelligenz vertritt,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 29. Juni 1924.

²⁾ Im Auszuge abgedruckt in „Missioni Cattoliche“ Nr. 17 (2388) vom 7. Sept. 1923.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 24. Juni 1925.

Ihre großherzige Sympathie und Hilfe für die Sache des guten Rechtes und der Menschlichkeit an, die die gesamte chinesische Nation nunmehr sich zu eigen gemacht hat, gegen die gehässigen und blinden Bluttaten, die in den internationalen Niederlassungen Schanghais, Hongkongs und anderer Orte gegen wehrlose chinesische Bürger begangen worden sind. Die Geschichte hat nichts Schändlicheres aufzuweisen als diese vorsätzlichen Mordtaten, die bei verschiedenen Gelegenheiten von im Christentume auferzogenen Leuten begangen wurden. Wir hoffen wärmstens, daß Sie alles Mögliche aufbieten, um den Geist der Brüderlichkeit zur Auswirkung zu bringen, der das innerste Fundament der christlichen Religion ist. Die Professoren der National-Universität in Peking."

Daraufhin beauftragte der Hl. Vater seinen Vertreter, den apostolischen Delegaten in China Msgr. Costantini, im Namen des Auftraggebers wie in seinem eigenen entsprechend zu erwidern, was vor diesem mit den Worten geschah:

„S. Heiligkeit drückt dem großen chinesischen Volke seine Anteilnahme aus, bedauert das Blutvergießen und erwünscht die Wiederherstellung der Ordnung, der Eintracht, des Geistes gegenseitigen Verständnisses gemäß der christlichen Gerechtigkeit, Billigkeit und Nächstenliebe."

Irak und Transjordanien

Englisches Gold verbunden mit der Verschlagenheit eines Apostaten bewirkte während des Weltkrieges Arabiens und Mesopotamiens Befreiung von türkischer Herrschaft. Hussein Ibn Ali, einer der Bewerber um das Kalifat von Mekka, war durch den Willen des Sultans Abdul Hamid von der Erreichung dieses Zieles ferngehalten worden und hatte im Jahre 1908 die jung-türkische Revolution und Abdul Hamids Sturz benützt, den Günstling der Pforte Aun er Rafik zu vertreiben und sich selbst einzusetzen. Der Ausbruch des Weltkrieges brachte eine günstige Konstellation für die weiteren Absichten des ehrgeizigen Mannes und machte ihn den Plänen des britischen Agenten, des zur besseren Verfolgung seiner politischen Ziele zum Islam abgefallenen Obersten Lawrence, leicht zugänglich. Er legte sich den Titel eines Sultans von Arabien bei und nahm nur allzugerne eine wahrhaft königliche monatliche Apanage aus der Hand Englands an, wodurch er vollends in dessen Abhängigkeit geriet. Es liegt abseits des Zweckes dieser Publikation, dem Hin und

Her des politischen Spieles auf dem arabisch-mesopotamischen Schachbrette zu folgen. Von den vier Söhnen des „Königs von Hedschas“, wie sein Titel lautete, nachdem politische Rücksichten die Beseitigung jenes Sultanates nötig gemacht hatten, setzte England zwei, Feysal und Abdallah, zu Emiren ein, jenen über das unter seinem Mandat stehende und neugeschaffene Irak-Reich, diesen über das gleichfalls von englischem Einflusse beherrschte Transjordanien.

Emir Feysal, der älteste der Söhne Hussein Ibn Alis, dessen Dienste während des Krieges von England mit einem Monatsgehalt von zweieinhalb Millionen Franken in Gold bezahlt worden sind, vertrat auf der Friedenskonferenz zu Versailles die Bestrebungen seines Landes im Sinne der britischen Pläne ¹⁾ und besuchte auf der Rückreise auch Rom. Bei dieser Gelegenheit knüpfte er persönliche Beziehungen zum Oberhaupte der katholischen Kirche an. Papst Benedikt XV. empfing ihn am 25. April 1919 mit jenen Ehren, wie sie nach dem vatikanischen Zeremoniell einem königlichen Prinzen zukommen. Bezeichnenderweise erschien Emir Feysal in Begleitung des britischen Gesandten, während ein maronitischer Priester, P. Ubaid, als Dolmetscher diente. Der Papst unterhielt sich mit dem Araberscheik etwa eine Viertelstunde in seiner Privatbibliothek und der übliche Besuch beim Kardinal-Staatssekretär beschloß die Audienz beim Vatikan. ²⁾

Emir Abdallah von Transjordanien hat europäischen Boden nicht betreten. Als jedoch Kardinal Georgi als päpstlicher Legat im Sommer des Jahres 1924 Palästina besuchte, ³⁾ um die Einweihung der beiden neuen Basiliken auf dem Thabor und zu Gethsemane vorzunehmen, besuchte er am 16. und 17. Juni von Jerusalem aus Es Salt und Ammam, die Hauptstadt. Der Empfang des Vertreters des Papstes erweckte solche Begeisterung, daß alle äußeren Schranken zwischen Mohammedanern und Christen fielen; alle Glocken, selbst die der Griechen und Protestanten, läuteten. Während der vom Legaten celebrierten Messe empfingen die Katholiken die hl. Kommunion und P. Girard äußerte in seiner

¹⁾ s. „Allgemeine Rundschau“ 1919 Nr. 15 vom 12. April 1919, S. 218 uff.

²⁾ s. „Momento“ vom 26. April 1919 und „Osservatore Romano“ Nr. 113 vom 26. April 1919.

³⁾ „Die Katholischen Missionen 1923/1924 Heft 12, S. 299/300.

Ansprache mit Recht, man wundere sich in Europa, wenn man höre, es gebe auch Christen in Arabien. Jawohl, es gebe deren und sie seien würdig ihrer Brüder, welche in alter Zeit ihr Blut für ihren Glauben vergossen haben. „Sagen Sie dem Heiligen Vater, daß die Beduinen von Galaad seine liebenden Söhne sind.“ Alle Behörden und die Vertreter aller Bekenntnisse huldigten dem Legaten. Dann ging es unter zahlreicher Beduineneskorte weiter nach Ammam, wo Emir Abdallah als echter Beduine den hohen Besuch in seinem Prunkzelte empfing und herzlich begrüßte. In Madaba, das man gemeinsam besuchte, neuer Empfang, zu dem selbst die Beduinen der Wüste herbeieilten, und auch dort erschienen die Katholiken zahlreich zur hl. Messe, um aus der Hand des Vertreters des Papstes Christus in Brodsgestalt zu empfangen. Mit höchster Befriedigung kehrte der Kardinal-Legat nach Jerusalem und von da nach Rom zurück. Einen Besuch nicht-offiziellen Charakters machte in den Tagen des 12.—14. August 1925 Kardinal Dougherty, Erzbischof von Philadelphia (Ver. Staaten) in Transjordanien und seiner antiken Hauptstadt Amman, die unter der Römerherrschaft ebenfalls den Namen Philadelphia geführt hatte, und war Gast des Emirs Abdallah.¹⁾ — Anfang 1925 hat König Ali von Hedschas, der seinem vertriebenen Vater gefolgt war, abgedankt.

Türkei

Keinem anderen Lande des asiatischen Erdteiles gegenüber kann trotz dessen ungeheurer Ausdehnung von Politik im eigentlichen Sinne gesprochen werden als gegenüber der Türkei.

Das türkische Reich von heute wird von den ehemals jung-türkischen Elementen beherrscht, die ihrerseits aus der Schule der französischen Freimaurerei hervorgegangen sind; sie huldigen einem extremen Nationalismus und möchten das türkische Volk nach japanischem Vorbilde (ohne dies zu nennen) im Sinne des sogenannten modernen Fortschrittes umbilden. Daher beseitigen sie rücksichtslos all das, was sich ihnen vom Islam aus an Hindernissen in den Weg stellt; trotzdem fördern sie aber auch gleichzeitig die religiöse Einheit innerhalb ihres heutigen Staatsgebietes, sodaß ihre Innenpolitik vielfach auch antichristlichen Charakter

¹⁾ Ausführlicher Bericht im „Oss. Rom.“ Nr. 196—197 v. 26. und 27. August 1925.

zeigt. Mag auch ihre Ausdauer, sich einem Vergewaltigungsfrieden zu widersetzen, ihnen Erfolg und Anerkennung eingebracht haben, so ist doch ihr Schuldkonto aus dem Weltkriege insbesondere gegenüber den Armeniern so ungeheuer belastet, daß, solange sittliche Werte ihre Geltung besitzen, Sympathie unangebracht ist.¹⁾

Die Türkei hat im ersten Kriegsjahre sich um direkte Beziehungen zum Vatikan bemüht. Da damals noch das französische Christenprotektorat bestand, ein Vertrag zu Dreien, der von keinem Vertragschließenden ohne Zustimmung der anderen aufgehoben werden konnte und dessen Nichteinhaltung dem Vatikan mit Recht den Vorwurf der Verletzung der Neutralität zuziehen mußte, konnte jenem Wunsche seitens der Kurie nicht entsprochen werden.

Die geschichtliche Entwicklung dieses Schutzrechtes und seiner Grundlagen, der Kapitulationen, hat der Hl. Stuhl noch Anfang 1925 in knappen, klaren Worten gezeichnet.²⁾ Hatte es in Palästina und Syrien durch den Fortfall seiner Vorbedingung, der türkischen Herrschaft, von selbst zu bestehen aufgehört, so wurde es auf türkischem Gebiete durch den Artikel 24 des Vertrages von Lausanne beseitigt, durch den die Kapitulationen aufgehoben sind. War somit das französische Schutzrecht gefallen, so fehlte damit auch die Voraussetzung für den Fortbestand der entsprechenden sog. liturgischen Ehren für die amtlichen Vertreter Frankreichs. Diese Sachlage wurde von Frankreich auch dadurch anerkannt, daß Herriot selbst den Oberen der Lazaristen in Konstantinopel wissen ließ, er wünsche, daß Rom ihr Fortbestehen anordnen möge.³⁾ Den Mißbrauch des Schutzrechtes durch Frankreich, das darauf bestand, der Vertreter des Papstes müsse sich in allem und jedem Verkehr mit der türkischen Regierung der Vermittlung des französischen diplomatischen Vertreters bedienen, hatte Benedikt XV. schon zu Anfang des Krieges durch einen entschiedenen Befehl an seinen Delegaten beseitigt.⁴⁾

Während des Krieges wurden ständig durch den Apostolischen Delegaten in Konstantinopel, Msgr. Dolci, Beziehungen zur Regierung gepflogen und viele Gefangene verdanken ihre Befreiung,

¹⁾ vgl. das Kapitel „Die Palästinafrage“ S. 50/51.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 1. Februar 1925.

³⁾ Ebenda.

⁴⁾ Ebenda.

viele zum Tode verurteilte ihre Begnadigung dem Einspruche des päpstlichen Vertreters.¹⁾ Der verhängnisvolle Ausgang des Weltkrieges machte auch den Hoffnungen der deutschen Orientmission und dieser selbst ein Ende.²⁾ Noch im Januar 1920 forderte der Christenhaß Opfer³⁾ und aus dem Kaukasus, aus Kleinasien und Anatolien liefen im Vatikan Berichte ein, die Schlimmstes befürchten ließen.

In ihrem zähen Bestreben, das französische Schutzrecht über die Christen durch vollste Unabhängigkeit gegenüber dem Auslande ersetzt zu sehen, näherte sich die kemalistische Regierung im Jahre 1921 selbst dem Vatikan. Am 7. April empfing Papst Benedikt XV. den ersten Vorsitzenden der kemalistischen Kommission, Bekir Samy Bey, in Begleitung Dschamy Beys und als Wirkung dieser Aussprache erschienen wenige Tage später zwei Dokumente im „Osservatore Romano“⁴⁾ über einen mit der Regierung in Angora geführten Depeschenwechsel. Das erste ist eine Depesche Kardinal Gasparri namens des Papstes an Mustapha Kemal Pascha „um dessen edle Gesinnungen der Menschlichkeit anzurufen.“ Der Kardinal beschwört ihn, „so rasch als möglich die zweckdienlichen Befehle zu erteilen, um die Achtung für das Leben und die Güter der Christen des Kaukasus, Kleinasiens und Anatoliens zu sichern.“ Die Antwort besagt: „Die Gewähr für die Sicherheit und das Wohlbefinden aller Bewohner unseres Landes ohne Unterschied der Rasse und der Religion ist für uns eine uns von unseren Gefühlen der Menschlichkeit wie der muselmanischen Religion gebieterisch auferlegte Pflicht. Daher sind bereits zu gegebener Zeit die notwendigen Maßnahmen getroffen worden, damit die Christen aller jener Gegenden, über die sich die Autorität und der Einfluß der Regierung der großen Nationalversammlung der Türkei erstreckt, der vollkommensten Ruhe sich erfreuen. Der Friede und die Sicherheit, welche im Inneren unserer Grenzen überall dort, wo nicht ein fremdes Heer (es ist das griechische gemeint. D. V.) die Zerstörung und den Tod hinträgt, bilden den unbestreitbaren Beweis meiner Behauptungen.“

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 4. Junf 1918.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1919 Nr. 4, S. 31.

³⁾ Ebenda 1921 Nr. 2 S. 13 und „Kath. Missionen“ 1921 Nr. 1.

⁴⁾ vom 14. April 1921.

Es werden sodann die bei früheren feierlichen Anlässen abgegebenen amtlichen Versicherungen wörtlich wiedergegeben.

Wie einst im Kriege stand also wieder Behauptung gegen Behauptung, und Rom hatte nicht die Möglichkeit einer Nachprüfung an Ort und Stelle, die im vorliegenden Falle als Akt des Mißtrauens gegen die türkische Regierung bzw. ihre Versicherungen hätte aufgenommen werden müssen und nur die eine Folge hätte haben können, neue Feindschaft heraufzubeschwören und dem Papste die Türe für weiteres Einschreiten zuzuschlagen. Somit konnten bereits zwei Monate später vier seit langem in Siwas internierte Jesuitenpatres die Freiheit wiedererhalten; die Bitte des päpstlichen Vertreters fand in diesem Falle sofortige Gewährung. Schelen Blickes verfolgte man in Paris diesen unmittelbaren Verkehr zwischen Rom und Angora; währnte man doch, immer noch das Vertretungsmonopol des Katholizismus gegenüber der Türkei zu besitzen. Um es ganz zu brechen, schritt Angora zwei Jahre später zu dem drastischen Mittel des Schulkulturkampfes.

In welcher Weise freilich Frankreich den Schutz der christlichen Interessen damals auffaßte, bewies es am 20. Oktober 1921 durch die Unterzeichnung des von Franklin-Bouillon herbeigeführten Abkommens; es bezweckte, sich der gräkophilen britischen Politik entgegenzustellen und der Türkei das Verbleiben auf dem Boden Europas und den Besitz Konstantinopels zu gewährleisten, bewirkte aber gleichzeitig implicite die Vertreibung von 70 000 christlichen Armeniern, welche sich in Kilikien angesiedelt hatten.

Daß die Völker und Konfessionen der Türkei, Türken und Muhammedaner nicht ausgenommen, sich tief bewußt waren, dem Papste zu vielem Danke verpflichtet zu sein, haben sie durch die Errichtung eines öffentlichen Denkmals in Konstantinopel vor der Hl. Geist-Kathedrale bewiesen. Am 11. Dezember 1921 huldigten in einer großen, gemeinsamen Kundgebung, wie sie die Stadt nie gesehen, der türkische Kronprinz in Vertretung des Sultans, die türkische Regierung, die höchsten kirchlichen Würdenträger der schismatischen Armenier, sowie der übrigen christlichen Gemeinschaften einschließlich der Protestanten, ja selbst der Israeliten, das gesamte diplomatische Korps und alles, was von Namen war, dem Friedenspapste des Weltkrieges.¹⁾

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 11 S. 82 uff.

Leider äußerte sich diese Dankbarkeit gleichzeitig in recht unschöner Weise dadurch, daß gerade dort, wo die Not am schreiendsten war, in Armenien, durch die türkische Regierung der katholischen Kirche jede weitere Tätigkeit gewaltsam unmöglich gemacht wurde.¹⁾

Am 31. August 1922 brach die Katastrophe über das griechische Heer herein, der von Venizelos aufgeführte Bau stürzte zusammen, der großgriechische Traum endete in einem furchtbaren Erwachen. Das siegende Heer Kemal Paschas zog in Smyrna²⁾ ein und fast die ganze Stadt (mit Ausnahme des von Nichtchristen bewohnten Teiles) ging in Flammen auf. Das Wohngebäude des katholischen Erzbischofes Msgr. Vallega fiel ihnen zum Opfer, die unversehrt gebliebene Kathedrale war inmitten eines rauchenden Trümmerfeldes nicht erreichbar, viele katholische Anstalten waren nur mehr ein Haufen rauchender Ruinen. Papst Pius XI. überwies sofort 100 000 Lire und befahl dem katholischen Klerus, sich ganz in den Dienst des Hilfswerkes zu stellen, keinen Unterschied bezüglich Konfession oder Nationalität zu machen und alles aufzubieten, um die Folgen des Unglückes für die Betroffenen weniger fühlbar zu machen.³⁾ Nicht genug damit richtete er am 24. September eine Depesche an Kemal Pascha, des Inhaltes: „S. Heiligkeit, von dem Wunsche eines baldigen Abschlusses eines gerechten Friedens beseelt, ersucht Sie im Namen der Menschlichkeit, sofort den Soldaten und der Bevölkerung strengen Befehl zu erteilen, daß das Blutvergießen aufhöre.“ Das Haupt der türkischen Regierung erwiderte, auch er sei „gegen jedes Blutvergießen. Er dürfe aber versichern, daß weder seine Armee noch die Bevölkerung dieses Unglück hervorgerufen habe.

¹⁾ Ebenda Nr. 13 S. 102.

²⁾ Smyrna war auf der Entente-Konferenz zu St. Jean de Maurienne, auf welcher für den Fall eines Sieges über die Türkei deren Aufteilung beschlossen wurde, unter der Voraussetzung der Zustimmung des (damals durch die Revolutionswirren an der Teilnahme verhinderten) Rußland, Italien zugesprochen worden. Unter dem Vorwande, daß im Hinblick auf die Unmöglichkeit, von dem inzwischen zum Sowjetrußland entwickelten ehemaligen Bundesgenossen diese Zustimmung zu erhalten, das Abkommen hinfällig geworden sei, sprach England mit Zustimmung Frankreichs die Stadt Griechenland als Preis für Waffenhilfe gegen die Türken zu. Diese Verhandlungen mit Venizelos waren hinter Italiens Rücken geführt worden.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ 1922 Nr. 223.

„Alle unsere Städte und Dörfer in den Gebieten, welche die griechische Armee jetzt zurückgeben mußte, sind buchstäblich niedergebrannt und die Bevölkerung hatte unter allen möglichen Grausamkeiten zu leiden; die gleiche Art, alles zu verwüsten und hinzuschlachten geht gegenwärtig unter neuen Gewalttaten in Thrazien weiter. Ich bitte Ew. Eminenz, die Gefühle der Menschlichkeit bei jenen zu wecken, welche die gegenwärtige Lage verschuldet haben.“ In einer weiteren Depesche bat der Kardinal Staatssekretär eindringlich, das Möglichste zu tun, um den Aufenthalt jener Christen in Smyrna zuzulassen, die unter der Obhut Msgr. Vallegas stehen.

Infolge der Nichtanerkennung des römischen Papstes durch die „orthodoxen“ Griechen und angesichts des griechischen Staatskirchentumes, das Konfession und Nation mit griechischer Staatspolitik untrennbar verbindet, entzog sich dem Papste von selbst das Recht, sich politisch zum Anwalte jener Nichtkatholiken zu machen, soweit er es nicht schon in der obigen Depesche getan hatte. ¹⁾ Gegenüber dem Befehle Kemal Paschas, alle Christen, welche am 1. Oktober die Stadt noch nicht verlassen hatten, ins Landesinnere zu deportieren, erreichte Rom schließlich nur das Eine, daß von dieser Maßnahme die Katholiken, auch wenn sie griechischer Staatsangehörigkeit waren, verschont blieben. Ein großer Teil der unglücklichen Bewohner war inzwischen nach Konstantinopel geflüchtet und um diesen zu helfen, sandte der Papst 400 000 Lire an den dortigen griechisch-katholischen Bischof und 100 000 Lire an den armenischen Patriarchalvikar mit der Bestimmung, bei der Verteilung nicht die Konfession, sondern nur die Not zu berücksichtigen. ²⁾

Da Msgr. Dolci in jenen Tagen in seiner italienischen Heimat weilte, erhielt der Nuntius in Bukarest, Msgr. Marmaggi „als der dem Schauplatze der Ereignisse zunächst Befindliche“ Auftrag, sich unverzüglich nach Konstantinopel zu begeben. „Seine Sendung,“ besagt die Meldung des Vatikans aus jenen Tagen, „zu

¹⁾ Der russisch-orthodoxe Theol.-Prof. Glubokowski nahm auf der Stockholmer Weltkonferenz diese Sachlage zum Anlasse, um gegen den Hl. Stuhl die Anklage zu schleudern: „Im Osten ist der mohammedanische Halbmond offen dem christlichen Kreuz vorgezogen worden.“ Oder sollte sie sich auf das Verbot des Kreuzes in den Schulen bezogen haben? Dann wäre sie ebenso unwahr.

²⁾ s. das Kapitel „Omnia omnibus“ S. 225 ff.

der er mit ganz besonderen Vollmachten ausgestattet ist, besteht darin, sich mit allen beteiligten Bischöfen und den zuständigen Behörden ins Benehmen zu setzen, um die nötigen Maßnahmen zur Unterstützung und Beruhigung der Flüchtlinge und Christen sowohl in Konstantinopel wie auch in Thrazien und Kleinasien zu treffen; in Smyrna soll er dem Erzbischofe Vallega seine Unterstützung leihen. Um seine Tätigkeit möglichst wirksam zu gestalten, wurde ihm gleichzeitig ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt.“¹⁾

Der Erzbischof war ganz besonders bemüht, die Freiheit seiner Katholiken gegen türkische Willkür zu beschützen. Immerhin ist zu bemerken, daß die türkischen Behörden sich wohlgeneigt erwiesen und die vom Erzbischofe ausgestellten Konfessionsausweise ebenso achteten, wie ausländische Pässe.²⁾

Der der Türkei zugedachte Friedensvertrag von Sèvres war zerschlagen sowohl durch die Waffenerfolge der Türken wie durch das Geheimabkommen mit Frankreich. Seine Stelle sollte jetzt eine neue Abmachung einnehmen und so trat im Dezember 1922 zu Lausanne die Orientkonferenz zusammen. Daß sie dem Hl. Stuhle nicht gleichgültig sein konnte, bedarf wohl keiner besonderen Begründung, aber ebenso selbstverständlich war es leider, daß wieder einmal dem Papste der Zutritt zu dieser internationalen Konferenz verschlossen blieb. Daher stellte der Nuntius in Bern, Msgr. Maglione verschiedenen politischen Persönlichkeiten unter den Teilnehmern in Besprechungen die Wünsche des Papstes vor und überreichte auch dem Vorsitzenden eine Note folgenden Inhalts:

„Dem Heiligen Stuhle gehen aus Konstantinopel täglich die beunruhigendsten Nachrichten zu. Die Christen Europas werden von einer Panik ergriffen. Sie fliehen. Viele sind aber nicht in der Lage, zu fliehen. Diejenigen, welche die Stadt verlassen wollen, müssen sich schriftlich verpflichten, nie mehr zurückzukehren. Ihr Besitztum wird unter Sequester gestellt. Der Besitz der Europäer und der religiösen Kongregationen ist äußerst gefährdet. Man befürchtet das Eintreffen irregulärer Banden, woraus sich vernichtende Folgen ergäben. Die Armenier, die keine Zufluchtsstätte haben, sind noch größeren Gefahren ausgesetzt als die anderen und werden das Opfer buchstab-

¹⁾ Ebenda S. 194,1.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 10. November 1922.

lichen Terrors. Indem der Heilige Stuhl diesen Sachverhalt den in Lausanne zur Wiederherstellung des Friedens im Oriente vertretenen Mächten zur Kenntnis bringt, ersucht er namens der Menschlichkeit dringend um sofortige Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Sicherstellung der so grausam heimgesuchten Bevölkerung.“¹⁾

Aber nicht nur in Konstantinopel und Kleinasien feierte unbändiger Haß seine Orgien, auch in Athen hatte sich ein Blutgericht aufgetan, um die angeblich für den Riesenzusammenbruch Schuldigen zu bestrafen, während jener, den letzten Endes die größte Verantwortung traf, Venizelos, Griechenland in Lausanne vertrat; er mochte wohl glauben durch seine Logenbeziehungen noch etwas retten zu können. Bei ihm wurde nun auch der Vertreter des Papstes vorstellig, damit den Athener Bluturteilen Einhalt getan werde.²⁾

Der Vertrag von Lausanne stellt sich würdig jenen Staatsverträgen zur Seite, die wenige Jahre vorher in Versailles und St. Germain geschlossen wurden; er bedeutet auf Gott weiß wieviele Jahre, vielleicht Jahrhunderte hinaus das Ende des Christentums in Kleinasien. Vier Millionen Christen hatten im Jahre 1914 noch dieses Gebiet bewohnt; nach acht Jahren der Verfolgungen und förmlicher Schlächtereien waren sie auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen. Europa wußte gar nicht und ist sich heute noch nicht bewußt, welche Werte an westlicher Gesittung dort auf dem Spiele standen und in Lausanne preisgegeben worden sind; und im selben Europa erhob sich leider mehr als eine Stimme des Beifalles für die türkische Politik,

¹⁾ Einen höchst eigenartigen Angriff richtete die „Deutsche Allg. Zeitung“ Nr. 541 aus Anlaß dieser Note des Papstes um den Schutz der christlichen Bevölkerung (nichtkatholischer Konfession!) gegen Papst Benedikt XV.; sie schrieb: „Wir fordern den Päpstlichen Nuntius in Deutschland auf — falls er den „Tatbestand“ kennen will, — sich unter anderem beim ehemaligen Botschaftsprediger Grafen Lüttichau zu erkundigen, welche Behandlung seiner Wohnung, seinem Eigentum und seiner Person in Konstantinopel zuteil wurde, damit dem Hl. Vater darüber berichtet werde, was diesen Christen angetan, nicht durch Türken, sondern durch christliche Offiziere.“ Angesichts des furchtbaren Elendes Hunderttausender, die als Bettler vertrieben in jenen kalten Nächten zu Hunderten im Freien dahinstarben, nimmt sich diese Gegenüberstellung von Wohnung, Möbeln und selbst der Person des Botschaftspredigers, der ganz gewiß in seiner deutschen Heimat Obdach und Unterkommen hat, mehr als lächerlich aus.

²⁾ s. das Kapitel Griechenland S. 360.

die sich mit jenem Vertrage die Ermächtigung geben ließ, diese Reste okzidentaler, christlicher Kultur auch noch auszurotten. Es ist die Logik der Papstklausel des Londoner Abkommens, welche sich in dieser Selbstverstümmelung auswirkt.

Von Bedeutung ist für uns der Artikel 24 des Lausanner Vertrages, da er die sog. Kapitulationen zwischen der Türkei und anderen Nationen aufhebt und damit die Grundlage für das französische Christenprotektorat beseitigt; mit dieser Grundlage verschwindet auch das bisher darauf beruhende Vorrecht und es ist nicht verständlich, daß es französische Kreise gibt, die immer noch an sein Fortbestehen glauben. Nicht der Heilige Stuhl hat dies Recht unterdrückt, sondern Frankreich selbst hat es aus freien Stücken beseitigt, indem es den Lausanner Vertrag ratifizierte. ¹⁾

Die Agonie des ökumenischen (schismatischen) Patriarchates, des Gegenrom, das wähnte, der Autorität des von Christus der Kirche gegebenen Felsens Petri entraten zu können, kann hier nur angedeutet werden. Das völlige Verschwinden Ost-Roms dürfte eine Frage kürzester Zeit sein. ²⁾

Gerade an diesem Beispiele sieht man, was die Freiheit und Unabhängigkeit des Hl. Stuhles von der Staatsmacht bedeutet und wie berechtigt sein Standpunkt in der Römischen Frage ist.

Im März 1924 setzte von Angora aus eine Nationalisierungs-politik ein, die sich besonders auf die Schule warf und allen katholischen Unterrichtsanstalten Unmögliches zumutete. Ein Erlaß gebot die Entfernung aller religiösen Bilder, Statuen, Kreuze aus Schulräumen, Schulgärten, Bibliotheken, Konferenzzimmern,

¹⁾ Der „Oss. Rom.“ verbreitet sich in Nr. 26 (19,660) vom 1. Febr. 1925 ausführlich über diese Frage in Erwiderung auf Herriots Anklagen. Er sagt: „Nach der Ratifizierung des Vertrages von Lausanne, der im Artikel 24 die Kapitulationen unterdrückt, hat das französische Protektorat im Orient aufgehört.“ Natürlich fielen auch die damit verbundenen sog. „liturgischen Ehren“ für die Vertreter Frankreichs, da sie ein Bestandteil des Schutzrechtes waren, worüber ebendort Ausführliches gesagt ist. Ebenso eingehend ist dort darüber berichtet, daß Frankreich gegenüber der türkischen Regierung jeden amtlichen Verkehr eines Vertreters des Hl. Stuhles unter seine Aufsicht zu bringen suchte, ein Zustand, den Benedikt XV. bereits bei Kriegsausbruch durch einen eindeutigen Befehl beseitigte. S. a. den Artikel „La Francia e il Vaticano“ in „Italia“ 1924 Nr. 258 vom 26. Oktober 1924.

²⁾ Ausführliches darüber s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 13, S. 102 und Nr. 36, S. 297. 1924 Nr. 13 S. 106, ferner „Kath. Missionen“ 1921/22 Nr. 9.

öffentlichen Plätzen. Da Religion Privatsache sei, dürfe sie nur den eigenen Religionsgenossen gelehrt werden. Das Schulgebet habe zu unterbleiben. Ein anderes Rundschreiben schärfte nochmals besonders ein, ja nicht vor Andersgläubigen Religion vorzutragen. Uebrigens galten diese Maßnahmen auch den mohammedanischen Schulen, aus denen der Koran verbannt wurde. Die Antwort der katholischen Schulen war, daß sie ihre Schüler entließen und die Tore sperrten; das Kreuz blieb am Platze.¹⁾ In jenen Tagen machte sich der Mangel einer offiziellen Vertretung gegenüber der Türkei sehr empfindlich fühlbar. Da Frankreich der virtuellen Beseitigung seines Schutzrechtes die formelle folgen zu lassen immer noch nicht gewillt war und Herriot den erneuten Abbruch der Beziehungen zum Papste anstrebte, war es natürlich, daß Rom dafür auch nicht den Schein eines Vorwandes bieten wollte. Es sandte inzwischen Msgr. Filippi als Apostolischen Visitator nach Konstantinopel; nötiger wäre ein Nuntius gewesen, ausgestattet mit allen Vollmachten eines Diplomaten und auch mit der, im Namen des Papstes in unmittelbare Verbindung mit der türkischen Regierung treten und durch Verhandlungen der Kirche eine Rechtsbasis verschaffen zu können. Es fehlte nicht an Anzeichen, daß der Schulkampf (ob „nur“ oder ob „auch“ läßt sich schwer sagen) bezweckte, die Kirche geradezu zur Aufnahme von Verhandlungen zu zwingen und Frankreich de facto beiseitezuschieben, um endlich diese Vormundschaft zu beseitigen.²⁾ Die Tätigkeit Msgr. Filippis,

¹⁾ Ausführliches in „K. Kztg.“ 1924 Nr. 23, S. 198 uff.

²⁾ Ueber das Vorgehen der türkischen Behörden dort, wo jede europäische Kontrolle fehlt, berichtet „Al Bashir“-Beyrouth vom 20. März 1924 aus Mardin und Diarbekir, daß ein Regierungserlaß verordnet: „1. Die Christen sollen nicht den Sonntag feiern, sondern statt dessen den Freitag halten. 2. Sie dürfen keine religiösen Feierlichkeiten in ihren Kirchen abhalten. 3. Keine öffentlichen Hochzeitsfeierlichkeiten begehen. 4. Keine Glocken läuten. 5. Keine bischöflichen Visitationen abhalten lassen. 6. Sie sollen nur während des Ramadan fasten. 7. Wenn einer Mohammedaner wird, muß die ganze Familie mit übertreten. 8. Sie dürfen nichts verkaufen, noch mit Ausländern verkehren. 9. Niemand darf das Land verlassen und wer es ohne Erlaubnis tut und ins Ausland geht, verfällt der Todesstrafe. Jeder, der in Mardin wohnen will, muß sich an diese Verordnungen halten. — Nach Auffassung von Gewährsleuten, denen ein Urteil zukommt (z. B. der österreichischen Lazaristen in Galata) sind die Beweggründe dieser Schulverordnungen in dem überspannten Nationalismus des gegenwärtigen türkischen Regimes zu suchen. Die Wiener „Reichspost“

der durch kluge Nachgiebigkeit in sekundären Dingen mehr zu erreichen hoffte, als durch Starrsinn, wurde durch den in Rom anfangs allzu stark berücksichtigten intransigenten Standpunkt der französischen Ordens- und Kongregationsoberen, der auf türkischer Seite nun erst recht Unachgiebigkeit auslöste, durchkreuzt; jene erreichten sogar, daß Msgr. Filippi abberufen und durch Msgr. Dolci ersetzt wurde, der ja während des Krieges bereits als Apostolischer Delegat in Konstantinopel gewirkt hatte und zahlreiche persönliche Beziehungen zu leitenden Männern besaß. Msgr. Filippis Darlegungen in Rom führten aber zu der Weisung an seinen Nachfolger, die Kongregationsschulen zu retten, wenn auch Zugeständnisse erforderlich sein sollten, denn, führte der Prälat dann vor den versammelten Direktoren und Superioren wiederholt aus, es müsse mehr darauf gesehen werden, daß das Kreuz in die Kinderherzen eingepflanzt werden könne, als darauf, daß es an der Wand hänge, nachdem doch ein guter Teil der Kinder nichtchristlich sei. Man dürfe auch um keinen Preis Tausende katholischer Kinder Laienschulen ausliefern. Etwas voreilig meldete um jene Zeit die „Agence d'Anatolie,“ der Papst habe in die Entfernung der Kreuze aus den Unterrichtsräumen der katholischen Schulen gewilligt, wodurch der durch freiwillige Sperrung der Schulen herbeigeführte Schulstreik beendet sei. Eine offiziöse Note des „Osservatore“¹⁾ bezeichnete die Meldung sofort als unwahr; der Hl. Stuhl habe vielmehr einige Anstalten, die aus freien Stücken bereits die Entfernung der Kreuze vorgenommen hatten, aufgefordert, sie sofort wieder anzubringen.

Msgr. Dolci operierte nun geschickt mit dem Unterschiede zwischen konfessionellen und gemischten Schulen, den das neue türkische Gesetz nicht kennt. Es hatte ja, wie wir noch sehen werden, selbst seine eigenen rein konfessionellen Schulen an den Moscheen durch Laienschulen ersetzt. Die Türken bewilligten tatsächlich Msgr. Dolci drei konfessionelle Schulen, an der Kathedrale, St. Louis und St. Peter, als „écoles de Msgr. Dolci“, in

ließ sich aus diesen Kreisen berichten (Nr. vom 24. Juli 1924, S. 3), daß „wo nationale Gründe nicht mitsprachen, man türkischerseits gerne eine Ausnahme gemacht hätte, so mit den österreichischen Schulanstalten der Lazaristen. Diesen hätte man gerne seitens der Behörden einen Ausweg gebahnt, doch die Missionsanstalten hatten sich zu solidarischem Vorgehen verpflichtet.“

¹⁾ vom 5. September 1924.

denen alles beim Alten bleiben sollte, nur daß sie auch ihr Programm dem Unterrichtsamt zur Gutheißung vorlegen mußten, die sie dann sofort erhielten. Diese drei Schulen — Armenschulen — dürfen nur katholische Kinder aufnehmen. Die übrigen, gemischten Schulen mußten sich dem türkischen Gesetze unterwerfen, doch wurde ihnen zugestimmt, daß sie in der Direktionskanzlei das Kreuz belassen durften, um sich dadurch als Kongregationsschulen zu bekunden. Letzte Schwierigkeiten entstanden noch dadurch, daß einige Lehrorden, die das Kreuz ständig zu tragen pflegen, darauf bestanden, es während des Unterrichts sichtbar zu tragen; so wollten z. B. die Maristenbrüder bereits ihre sämtlichen Anstalten deswegen auflösen, doch mußten sie sich Roms Weisung fügen, denn, hieß es, der Posten ist zu behaupten, solange es möglich ist.¹⁾ Die letzten Verhandlungen wurden in Angora durch Msgr. Cesàrano geführt.

Inzwischen haben sich die tiefgehenden Wandlungen, denen die Türkei nach dem Kriege unterlag, auch nach außen hin in geradezu grundstürzenden Reformen bekundet, deren abwehrlose Aufnahme den Grad von Veräußerlichung kennzeichnet, den im Islam wurzelnde Sitten und Gebräuche, die unausrottbar schienen, erreicht hatten. Hierzu gehört an erster Stelle die Ersetzung des Freitags durch den Sonntag als Ruhetag, die Einführung des modernen Straf- und Zivilrechtes (nach Schweizer Muster), die Schließung aller Koranschulen der Medressen, Absetzung aller Hodschas, die ihr geistliches Amt zur Bekämpfung des politischen Regimes benutzten.

Der 2. September 1925 brachte den gesetzlich festgelegten Abschluß dieser Neugestaltung, das Verbot sichtbarer Zeichen orientalischer Einstellung. Der an diesem Tage ausgegebene Erlaß verfügt:²⁾

„Sämtliche (islamitischen) Klöster, die sich innerhalb der Grenzen der türkischen Republik befinden und von der Ewka-Verwaltung oder von Scheiks errichtet worden sind und sich gesetzlich in deren Händen befinden, sind ohne jede Einschränkung aufgehoben. Davon ausgenommen sind jene Tekkés, die ursprünglich als Moschee oder Mesdschid (kleiner Gebets-

¹⁾ s. Korrespondenz aus Konstantinopel in „K. Kztg.“ 1925 Nr. 11 und den Artikel „Kongregationsschulen und Laisierung in der Türkei“ von F. Ackermann in „Allg. Rundschau“ 1925 Nr. 6.

²⁾ s. Korrespondenz aus Konstantinopel in „Schles. Volksztg.“ 1925 Nr. 446.

raum) gegründet waren und erst später in Tekkés auf Grund eines Meschiad (Testamentes) umgebildet wurden; diese können ausschließlich als Mesdschid offen gelassen werden.

Innerhalb der Grenzen der türkischen Republik dürfen sich weder (mohammedanische) Orden noch Scheiks oder deren Schüler aufhalten. Kleidung und Titel, die diesen unterschiedlichen Klassen zukommen, sind abgeschafft. Soweit sich unter den aufgehobenen Klöstern zu Schulen verwendbare Gebäude befinden, sind diese für eine solche Verwendung bereitzustellen." (Begründet wird die Maßnahme durch Mißbrauch zu politischen Zwecken.)

Den Geist, aus dem diese Verordnung erfließen ist, kennzeichnet am besten die zu diesem Erlasse gehaltene Rede Mustafa Kemal Paschas, des Staatspräsidenten: ¹⁾

„... Es gereicht einer zivilisierten Nation zur Schande, um Fürbitte zu Toten (Heiligen!) zu flehen. Was versprechen die religiösen Orden ihren gläubigen Anhängern? Das Glück durch die Ausübung der Religion. Heute, wo die Wissenschaft die Leuchte der Zivilisation ist, kann ich die Gegenwart jener beschränkten Menschen, die ihr materielles und moralisches Glück unter der Führung eines Scheiks zu finden hoffen, in einer zivilisierten Nation wie der Türkei nicht mehr zulassen. Die türkische Republik kann und wird auch nie das Land der Anhänger der Scheiks und Derwische sein. Der kürzeste Weg zur Wahrheit ist der der Zivilisation. Um Mensch zu sein, muß man sich den Forderungen der Zivilisation beugen. Ohne Zweifel werden die Vorsteher der religiösen Orden diese Wahrheit in ihrer ganzen Bedeutung einsehen und aus eigenem Antriebe ihre Tekkés schließen. Sie werden erkennen, daß ihre Schüler hinreichend unterrichtet sind, um sich selbst zu führen. Die Tekkés müssen unbedingt geschlossen werden. Aus den Errungenschaften der zivilisierten Welt schöpfen wir unsere Kräfte... die Tekkés dienen zur Verdummung des Volkes und unser Volk ist entschlossen, sich keineswegs verblöden zu lassen."

Bemerkenswert ist, daß in der Begründung dieser Maßnahmen auf die abendländische, besonders die katholische Kirche (wenngleich nur in rein formalen Dingen) Bezug genommen ist.

Durch jenen Erlaß wurden an die 20 000 Derwische auf die Straße gestetzt, während die Klostergüter der Staat an sich nahm. Weitere Reformen sind die Beseitigung der rituellen Waschungen vor dem Betreten der Moscheen sowie der Ablegung der Schuhe, der zahllosen Verbeugungen, die Aufhebung des Ramadan, des 40 tägigen strengen Fastens, die Einführung der christlichen Zeit-

¹⁾ s. die vorgenannte Korr. in „Schles. Volksztg.“

rechnung. ¹⁾ Ueber Widerstand des Volkes gegen diese Neuerungen verläutet nichts. Ein Besuch der Moscheen läßt erkennen, wie sie aufgenommen wurden; von einigen alten Türken abgesehen trifft man kaum noch einen Gläubigen an, die Riten des Koran werden vernachlässigt, als lästig und überflüssig empfunden, die Predigten bieten seit ihrer Entpolitisierung kein Interesse mehr. ²⁾

Daß aber der alte Geist fanatischen Christenhasses mit diesen äußerlichen Reformen nicht abgebaut ist, zeigte sich wenige Wochen später. Mitte September machten türkische Truppen unter Führung von Offizieren einen Einfall in das von katholischen Chaldäern bewohnte nördliche Irakgebiet (in Richtung von Tanin), schlachteten Greise und Säuglinge ab, verkauften die Kinder auf öffentlichem Markt in türkische Sklaverei, vergewaltigten alle Mädchen und Frauen, kurz führten sich in gleich bestialischer Weise auf, wie während des Krieges gegen die Armenier. ³⁾ Der britische Vertreter im Völkerbundsrate protestierte. Der türkische Vertreter beanstandete, die britische Anklage sei „ungenau“, lehnte aber den Gegenvorschlag ab, sofort einen oder zwei Vertreter des Völkerbundes zur Untersuchung an Ort und Stelle zu schicken. Rouchdy Bey erklärte: „Wir können eine solche Untersuchung nicht zulassen, da dies ein Attentat gegen unsere nationale Souveränität darstellen würde.“ ⁴⁾ Trotzdem wurde sofort der estländische General Laidoner abgeordnet, der am 10. Dezember zurückgekehrt, die Anklagen voll bestätigte und erschütternde Einzelheiten berichtete. Rouchdy Bey begnügte sich wieder mit einer Gegenerklärung, Laidoner habe „seine Befugnisse überschritten“, da er „sich nur mit den christlichen Flüchtlingen beschäftigt habe.“ Dieses Vorgehen der Türkei bewirkte, daß die Entscheidung über das strittige Gebiet dann gegen sie ausfiel.

Gerüchte über Verhandlungen mit dem Hl. Stuhle über ein zu schließendes Konkordat sind noch im letzten Augenblicke aufgetaucht aber unbegründet. Eine vertragliche Sicherung der Rechte der Kirche in der Türkei wäre nach dem Wegfalle des französischen Schutzrechtes notwendig und erwünscht.

¹⁾ s. hierüber die Korrespondenzen im „Oss. Rom.“ vom 25. Nov. 1925 „Ventate di riforma tra le file dell Islam“ und vom 17. Dez. 1925 „Il movimento di riforma nell Islam.“

²⁾ Korrespondenz der „Reichspost“ vom 9. Dezember 1925.

³⁾ Einzelheiten im „Universe“ vom 6. November 1925 uff.

⁴⁾ Ausführliches über diese Vorgänge im „Oss. Rom.“ Nr. 224 vom 27. September 1925.

Aethiopien.

Wir könnten dieses Kapitel ebensogut „Afrika“ überschreiben, denn das einzige Objekt, die einzige Staatsmacht dieses Erdteiles, der gegenüber seitens des Heiligen Stuhles von Politik gesprochen werden kann, ist Aethiopien. Kirchlich ist es Missionsland, denn in zähem Ringen und unter zahlreichen Verfolgungen arbeiten die Missionäre der wahren Kirche seit Jahrhunderten bereits, um Aethiopien der monophysitischen Irrlehre zu entreißen, in die es bedauerlicherweise in jenen Jahrhunderten gefallen ist, da es vom Mittelpunkte der Einheit und Wahrheit, von Rom abgeschnitten war. Trotz dieser konfessionellen Verschiedenheit bestehen aber erfreulicherweise seit einer Reihe von Jahren gute Beziehungen zwischen dem kaiserlichen Hofe in Addis Abeba und dem Vatikan, die nur durch die mißglückte Umwälzung im Jahre 1916 eine kurze Unterbrechung erfuhren; die Gefahr der Auslieferung dieses einzigen einheimisch-christlichen Reiches des schwarzen Erdteiles an den Islam konnte verhindert werden.

Im Jahre 1918 beeilte sich Papst Benedikt XV., die Verbindung wieder aufzunehmen und zu beleben, indem er den Generalvikar des Apostolischen Vikars der Gallasländer, den Kapuzinerpater Augustin, als außerordentlichen Gesandten an den kaiserlichen Hof sandte und der Kaiserin Zeodito mit einem Handschreiben ein kostbares Marien-Medaillon überreichen ließ. Zwei Tage später wurde, wie es der Rang forderte, dem Prinz-Regenten Ras Tafari vom selben Gesandten des Papstes feierlich der Orden vom Heiligen Grabe überreicht. Der so Ausgezeichnete gedachte in seiner Dankansprache der von Leo XIII. dem Kaiser Menelik II. verliehenen hohen Auszeichnung und des Geschenkes der beiden abessynischen Löwen an den Papst. Er freue sich, Gelegenheit zu haben, die Versicherung seiner aufrichtigsten und starken Freundschaft für das Oberhaupt der katholischen Kirche erneuern zu können. Kanonendonner begleitete die Ueberreichung der päpstlichen Gabe. ¹⁾

Durch die Errichtung des koptischen Kollegs für Abessynier in Rom, unmittelbar hinter der vatikanischen Basilika, im September 1919 wurde ein neues Band mit diesem Volke hergestellt, eine

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 12. November 1918 Nr. 214.

ständige Beziehung des päpstlichen Stuhles mit ihm geschaffen, welche letzten Endes auf eine einheimische Hierarchie hinzielt.

Die Erwidrerung der Gesandtschaft vom Jahre 1918 erfolgte im Dezember 1920. P. Gonzalvo de Salviac, O. Cap. erschien als Delegat Msgr. Jarousseaus im Vatikan und überreichte dem Heiligen Vater im Namen der Kaiserin, Ras Tafari und des Gouverneurs von Harrar, Dedschas Emmerou, Handschreiben und Geschenke, sowie ein Schreiben an den Kardinal-Staatssekretär. Zurückkehrend überbrachte er die entsprechenden Antwortschreiben. Dieser schriftliche Austausch wohlwollender Gesinnungen fand seine Krönung, als am 21. Juni 1924 der künftige Kaiser Aethiopiens, Ras Tafari Makonnen, mit einem großen Gefolge von dreizehn Personen Papst Pius XI. im Vatikan seinen offiziellen Besuch machte.¹⁾ Auf der Anfahrt hatte er auch beim koptischen Kolleg vorgesprochen und nach dem feierlichen Empfange, nach dem Besuche beim Kardinal-Staatssekretär und dem am Grabe der Apostelfürsten besuchten die exotischen Gäste auch die römischen Hauptkirchen und die Jesuitenkirche Al Gesù. Es ehrt die hohe Gesinnung dieses nichtkatholischen Fürsten, daß er dieser Gotteshäuser noch nach seiner Abreise gedachte und für gottesdienstliche Zwecke eine reiche Gabe übersandte. Somit ist die Hoffnung berechtigt, daß angesichts der Reife seines Alters Ras Tafari Makonnen dereinst auch als Herrscher der katholischen Kirche seine Gewogenheit bewahren wird; bemerkenswert ist die in den wiederholten Schreiben an den Papst zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung, daß dieser als rechtmäßiger Nachfolger Petri, des Felsen, das anerkannte Oberhaupt der christlichen Kirche ist. Möchten die hohen Schreiber daraus für sich und ihr Volk auch die letzten praktischen Folgerungen ziehen, damit auch für Abessinien das Wort „unus pastor et unum ovile“ Geltung erhält.

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 22. Juni 1924 Nr. 145.

Pius P. P. XI.

Pius XI. in seinen politischen Grundanschauungen.

Die Notwendigkeit, den Verlauf der Ereignisse in einer gewissen Geschlossenheit darzustellen, ließ uns bisher davon absehen, der Unterbrechung der behandelten Periode 1918—1924 durch den Wechsel im Pontifikate Rechnung zu tragen. In der Tat ist ja auch die Unterbrechung nur eine äußerliche, scheinbare; der Träger der Schlüsselgewalt hat gewechselt, an die Stelle Giacomo della Chiesas, des fünfzehnten Benedikt, trat Achille Ratti, der elfte Pius; letzten Endes ist es aber immer noch Petrus und in ihm Christus, der die Kirche regiert. Ihr ganzes Wesen schließt jeden radikalen Wechsel von vorneherein aus. „Die persönlichen Gefühle des einzelnen, so persönlich die Politik eines Staatswesens ist, das keine Parteien und Parlamente kennt, scheiden vollkommen aus; man kennt in Rom seit Jahrhunderten nur die Sache. Man braucht nicht zu drängen, um ein Werk zu beleben; ernten die heutigen Generationen die Früchte nicht mehr, so werden sie spätere ernten. Die von der Welt unüberwindliche Kirche muß sich durchsetzen, die Arbeit muß einmal von Erfolg gekrönt sein; ob es die arbeitenden Köpfe und Hände erleben, was tut's! Omnia ad maiorem Dei gloriam.“¹⁾ Man hat es auch nicht nötig, immer wieder ein aufgebrauchtes Extrem durch ein anderes zu ersetzen und man wechselt nicht Stellungen, wie es Menschenart ist. Die Kirche und diejenigen, welche sich von ihrem Geiste ergreifen lassen, treten überlegen der Welt gegenüber; der Geist der Kirche gibt ihnen die Weltanschauung, sie haben, vom Geiste Gottes erfüllt, das Angesicht der Erde zu erneuern. Es gibt keine Erscheinung in der Weltgeschichte, weder der vergangenen noch der kommenden, der gegenüber nicht dem Katholiken von seiner Kirche zum voraus die Stellung gegeben wäre. Gott bedarf des einzelnen nicht, er kann den Baustein auswählen oder verwerfen, und was selbst ein Papst ist, ist er nicht durch sich, sondern allein durch Gott: Servus Servorum Dei.

¹⁾ Fhr. von Cramer-Klett in seinem Artikel über Herkules Kardinal Consalvi im „Bayrischen Kurier“ 1924, Beilage „Aus Welt und Kirche“ Nr. 23.

Dabei kommt aber auch die Persönlichkeit noch genügend zu ihrem Rechte, denn der vom Heiligen Geiste Auserwählte des Konklaves, der Heilige Vater, hat eben deswegen auch allen Anspruch auf die Liebe und Anteilnahme seiner Kinder.

Die Laufbahn Achille Rattis bis zu jenem Zeitpunkte, da ihm zum erstenmale im Dienste der Kirche eine besondere Aufgabe anvertraut wurde und er als Apostolischer Visitator nach Polen gesandt wurde, hier einzubeziehen verbietet der meiner Arbeit im voraus gesteckte Zweck.¹⁾ Von diesem Zeitpunkte ab ist sie uns jedoch bereits wohlvertraut, nicht weniger auch seit Ratti als Pontifex das Steuer der Kirche ergriffen hat. Was hievon noch übrig ist, werden die Schlußkapitel ergänzen.

Die Art, wie Papst Pius XI. die Zeitereignisse auf dem Gebiete der Politik betrachtet und beurteilt, wird naturgemäß auch zum großen Teile seine eigene Politik bestimmen. Was sie will, hat er unmittelbar nach seiner Krönung mit der dreifachen Krone am 12. Februar 1922 bei der Rückkehr in die Kapelle della Pietà in Beantwortung der Ansprache Kardinal Vanutellis, des Dekans des Heiligen Kollegiums, ausgesprochen, als er sagte: „ . . . Wenn schon all das von höchstem Werte ist, um Gnade vor Gott und den Menschen zu gewinnen, so ist es auch gleichzeitig das geeignete Mittel, um dieses Werk, in dem das größte Verdienst und der größte Ruhm Papst Benedikts XV. liegt, nämlich der Welt den Frieden wiederzugeben, fortzusetzen und zu Ende zu führen.“²⁾ Aber Pius XI. ist sich bewußt, daß zuerst in jedem einzelnen Menschenherzen Frieden werden muß, ehe „der Friede, den alle suchen, weil er noch nicht zurückgekehrt ist, mit seinem sanften Flügelschlage wieder über die ruhelose Gesellschaft hinschwebt.“³⁾

Diesem hohen Ziele steht nun allerdings eine Wirklichkeit gegenüber, welche zwar ein Giovanni Papini mit brutaleren Worten, gewiß aber auch nicht mit schärferen Strichen zeichnet, als es der Papst in seiner ersten Weihnachtsencyklika Ubi

¹⁾ s. hiefür das Buch von Dr. M. Bierbaum, Papst Pius XI., ein Lebens- und Zeitbild. Mit 20 Abbildungen. Köln, Bachem.

²⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 15. Februar 1922.

³⁾ s. Ansprache auf dem 26. Internationalen Eucharistischen Kongreß in Rom am 24. Mai 1922 in „Oss. Rom.“ vom 26. Mai 1922.

Arcano Dei, datiert vom 23. Dezember 1922, getan hat.¹⁾ Aus ihr seien daher jene Stellen in Erinnerung gebracht, welche als für seine Politik bestimmend anzusehen sind und wo er den Finger auf die großen Wunden der Zeit legt.

„Weder die einzelnen Menschen noch die menschliche Gesellschaft noch die Völker haben seit dem Unheil des Krieges bis jetzt einen wahren Frieden gefunden; die belebende und fruchtbringende Beruhigung, nach der alle verlangen, muß man noch vermissen. Allein die Größe und das Gewicht dieses Unheils muß man zuerst genau ermessen, dann die Ursachen und Keime untersuchen, wenn man dagegen ein gutes Heilmittel schaffen will. . . . Wahrlich, dieselben Zeitverhältnisse, welche Unsern hochgeschätzten Vorgänger Benedikt XV. während seiner ganzen Regierungszeit mit Sorgen erfüllten, dauern fort. Folgerichtig übernehmen auch Wir dieselben Pläne und Entschlüsse, welche er gehabt hat. Es ist aber zu wünschen, daß alle Guten mit gleichem Fühlen und Wollen sich Uns anschließen und mit Uns wacker und eifrig am Werke teilnehmen, die Gewährung einer wahren und dauernden Versöhnung der Menschen von Gott zu erlangen.“

„ . . . Wo immer vor kurzem der Krieg geführt wurde, da haben die alten Feindseligkeiten nicht aufgehört und äußern sich als Verstellung im politischen Leben oder in den Schwankungen des Geldwesens oder offen in den Tagesblättern und den Aufsätzen der Zeitschriften, oder sie dringen selbst in das Gebiet jener Angelegenheiten hinein, welche ihrer Natur nach nichts mit dem bitteren Kampfe gemein haben, wie die Bestrebungen der Künste und Wissenschaften. So lassen die Feindseligkeiten und gegenseitigen Zusammenstöße in der Politik die Völker nicht zur Ruhe kommen; und nicht nur die Besiegten zeigen sich feindlich gegen die siegreichen Völker, sondern auch die, welche gesiegt haben, tun dies gegeneinander, indem die einen klagen, sie seien von den Stärkeren unterdrückt und ausgesogen worden, die anderen sich beschwerten, daß sie von dem Haß und den Ränken der Kleineren verfolgt werden. Die Nachteile des ge-

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 24. Dezember 1922. Der deutsche Text ist der Herderschen Ausgabe (Rundschreiben unseres Heiligsten Vaters Pius XI., durch göttliche Vorsehung Papst, über den Frieden Christi im Reich Christi, 23. Dezember 1922: Ubi Arcano Dei Consilio. (Freiburg 1923) entnommen.

führten Kriegen fühlen alle Staaten insgemein, die größten freilich jene, welche unterlegen sind, aber nicht geringe sogar auch jene, welche am Kriege nicht teilgenommen haben. Und diese Nachteile werden, da die Heilung zögert, von Tag zu Tag unerträglicher; zumal da die von den Staatsmännern bis jetzt mehrfach angestellten Beratungen und Versuche zur Besserung der Dinge keinen Erfolg, ja selbst einen über alles Erwarten schlechten Ausgang gehabt haben. Unter der stärker werdenden Furcht vor dem Ausbruch noch verhängnisvollerer Kriege ergibt sich daher für alle Staaten ein gewisser Zwang, in kriegesischem Rüstungszustand zu leben. Während dadurch sich die Mittel erschöpfen, reibt sich die Kraft der Generationen auf. . . .”

„Zu den auswärtigen Feindseligkeiten der Völker gesellen sich, was noch schlimmer ist, innere Streitigkeiten, durch welche der Bestand der Staaten und die ganze bürgerliche Gesellschaft gefährdet werden.”

„An die erste Stelle muß man hier den Klassenkampf setzen, welcher wie ein tödliches Geschwür am Herzen der Völker sich eingefressen hat und Arbeit, Handwerk und Handel, ja alle Elemente der privaten und öffentlichen Wohlfahrt verwundet. Was dieses Gebrechen noch weit gefährlicher macht, ist die wachsende Gier nach äußeren Gütern auf der einen Seite, auf der anderen Seite das zähe Festhalten am Besitz und die beiden Teilen gemeinsame Habsucht und Herrschsucht. . . .”

„Ferner ist im Staatswesen Uebung geworden, daß die Parteien nicht etwa gemäß der Verschiedenheit der Ansichten in aufrichtigem Streben nach dem gemeinsamen Wohl untereinander streiten, sondern vielmehr im Dienste des Eigennutzes zum Verderben der anderen. Daher sieht man häufig Verschwörungen sich bilden, heimlich Putsche sich vorbereiten, Mordanfälle auf Bürger, ja selbst auf die Obrigkeit geschehen, Einschüchterungen und Drohungen, offenen Aufruhr und andere solche Störungen vor sich gehen. Sie sind umso verhängnisvoller, je tiefer das Volk, wie bei den gegenwärtigen Staatsformen, am Staatsleben Anteil hat. . . .”

„Ja, in feierlichem Vertrag ist zwischen den Kriegführenden der Friede vereinbart worden. Aber er ist nur unterschrieben in öffentlichen Urkunden, er ist nicht eingeschrieben in die Menschenherzen; dort leben auch jetzt noch die Geister des Krieges und dringen von dort hinein ins bürgerliche Leben, täglich

Verderben bringend. Denn allzu lange hat überall das Recht der Gewalt triumphiert und in den Herzen der Menschen die von Natur eingegebenen und durch das Gesetz der christlichen Liebe vervollkommenen Züge der Güte und Barmherzigkeit allmählich abgestumpft. Und diese hat der Abschluß des Scheinfriedens, der kein Tatfriede ist, durchaus nicht erneuert. Weit aus den meisten ist der langgewohnte Neid schon zur zweiten Natur geworden und es hat die Oberhand jenes blinde Gesetz, von dem der Apostel Paulus klagt, daß es in seinen Gliedern dem Gesetze des Geistes widerstreite. Allzu häufig kommt es vor, daß der Mitmensch nicht mehr nach Christi Gesetz als Bruder, sondern als Fremder und als Feind gilt und der Würde der menschlichen Persönlichkeit fast keine Rechnung getragen wird. Geltung haben nur Gewalt und Zahl; die einen suchen die anderen zu unterdrücken, um sich der Güter dieses Lebens soweit als möglich zu bemächtigen. Nichts ist heute unter den Menschen weiter verbreitet als die ewigen Güter, welche Christus hier durch seine Kirche fortdauernd allen zur Erlangung darbietet, zu vernachlässigen und unersättlich nach dem Gewinn flüchtiger und hinfälliger Dinge zu streben. . . .¹⁾

„ . . . ,Woher entstehen Kriege und Streitigkeiten unter euch?“ sagt der Apostel Jakobus, „nicht daher, aus euren Begierden?“

„Denn es läßt sich keine verderblichere Pest denken als die fleischliche Begierlichkeit, d. h. die Begierden nach Wollust, nicht nur zur Verwirrung der Familien, sondern auch der Staaten selbst. Aus der Begierlichkeit der Augen, d. h. aus der Habsucht gehen jene bitteren Spannungen unter den bürgerlichen Ständen hervor, von denen jeder in übertriebenster Weise den eigenen Vorteilen dient. Vom Stolz im Leben aber, d. h. dem Streben geleitet über alle anderen zu herrschen, pflegen die politischen Parteien sich gegenseitig so zu zerfleischen, daß sie weder von Majestätsverbrechen noch von Hochverrat noch selbst von Vernichtung des Vaterlandes sich freihalten.“

¹⁾ H. Spiero, schreibt in „Die dreifache Krise der deutschen Evangelischen Kirche“ S. 12: „Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk, Bukarest, Versailles, Saint Germain, die Entscheidungen des Völkerbundes über Oberschlesien, sie sind alle — ob auch in verschieden starker Dosierung — Ausflüsse einer Denkart, die nur mit Hochöfen, Erdölquellen, Seehäfen, Korridoren, Gruben und Hütten, Zöllen und Zinsen rechnet, aber nicht mit dem Menschen und seiner Seele.“

„Der Zügellosigkeit der Begierden nun, die natürlich mit dem Schein des öffentlichen Wohles und der Vaterlandsliebe sich bemänteln, muß man fürwahr auch die Feindseligkeiten und die Eifersucht zuschreiben, welche unter den Völkern bestehen. Denn wiewohl die Liebe zum eigenen Volk und Vaterland keinen geringen Antrieb zu vielen Tugenden und wackeren Taten gibt, wenn sie vom christlichen Gesetz sich leiten läßt, so wird sie doch zum Keime vieler Ungerechtigkeiten und Missetaten, wenn sie sich über die Grenzen der Billigkeit und des Rechtes hinwegsetzt und zur maßlosen Liebe zur Nation sich auswächst. Diejenigen, welche von ihr fortgerissen sind, vergessen wahrlich, daß nicht nur alle Völker als Glieder der menschlichen Gesamtfamilie unter sich durch brüderliche Gemeinschaft verbunden sind und daß auch die anderen Völker das Recht haben zu leben und die eigene Wohlfahrt anzustreben, sondern daß es weder erlaubt noch nützlich ist, das Nützliche und das Ehrenhafte von einander zu trennen. Denn ‚die Gerechtigkeit erhöht die Völker, aber elend macht die Völker die Sünde.‘ Vorteile, die für eine Familie, ein Gemeinwesen oder einen Staat unter Schädigung anderer gewonnen worden sind, mögen vor Menschen als herrliche und ruhmvolle Taten erscheinen, aber sie werden, wie Augustinus mahnt, weder beständig sein noch frei von der Furcht vor dem Verderben, ‚eine gläserne Freude von brüchigem Glanze, für die man mit Schrecken fürchtet, sie gehe jählings in Scherben.‘”

„ . . . Diese Urteile Gottes sind zu jeder Zeit vollstreckt worden. Jetzt aber werden sie im großen vor aller Augen vollzogen. Denn weil die Menschen von Gott und Jesus Christus kläglich abgefallen sind, darum sind sie aus dem Zustand des früheren Glücks in dieses Gewirr von Uebeln geraten, und aus diesem Grunde schlägt ihnen zumeist fehl, was immer sie in Angriff nehmen, um die Schäden zu heilen und zu erhalten, was aus dem großen Umsturz noch übrig geblieben ist. Als daher Gott und Jesus Christus aus den Gesetzen und den Staatswesen ausgeschieden wurden und nicht mehr von Gott, sondern von den Menschen die Autorität hergeleitet wurde, da kam es dahin, daß . . . überdies die Grundlagen der Autorität selbst zerstört wurden, da die Hauptursache selbst weggefallen war, weshalb die einen das Recht zu befehlen, die anderen aber die Pflicht zu gehorchen hatten. Damit mußte die Erschütterung des ganzen

menschlichen Gesellschaftsbaues eintreten, der nun durch keine feste Säule und keinen Halt mehr gestützt wurde, während die Parteien um die Herrschaft stritten, um die eigenen Vorteile, nicht die des Vaterlandes wahrzunehmen. . . .”

„Zuerst vor allem tut es not die Gemüter der Menschen zu versöhnen. Denn ein Friede bloß dem äußeren Scheine nach, bei welchem durch gewisse Zuvorkommenheit der gegenseitige Verkehr geregelt und gestaltet wird, wird nicht viel nützen können; vielmehr bedarf es eines solchen Friedens, welcher in die Seelen dringt, sie beruhigt und sie zu brüderlichem Wohlwollen gegen die anderen geneigt macht und heranbildet. . . . „Alle seid ihr Brüder, und das Gesetz der gegenseitigen Liebe und Duldung unter allen zusammen, das er (Jesus Christus) mit seinem eigenen Blute gleichsam besiegelt hat, verkündete: Das ist mein Gebot, daß ihr einander liebet, wie ich euch geliebt habe; einer trage des anderen Last, und so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.“

„Daraus ergibt sich die Folgerung, daß der echte Friede Christi von der Richtschnur der Gerechtigkeit nicht abweichen kann, einmal deshalb, weil Gott selbst es ist, der nach Gerechtigkeit richtet; dann auch deshalb, weil der Friede das Werk der Gerechtigkeit ist; jedoch kann er auch wieder nicht auf einer harten und eisernen Gerechtigkeit allein bestehen, sondern sie muß gemäßigt werden durch nicht geringe Nächstenliebe; diese Tugend ist ja von Natur dazu geeignet, die Menschen miteinander zu versöhnen.“

„. . . Wir nun möchten das, was beide Vorgänger sich zum Ziele setzten, zugleich erstreben und werden mit Aufbietung größter Anstrengung danach ringen, daß Wir den Frieden Christi im Reiche Christi gewinnen. . . .“

Es wird selbstverständlich das Bestreben des Heiligen Stuhles sein, durch vertragliche Abmachungen in den einzelnen Ländern eine möglichste Sicherheit für dauernden Frieden zwischen Kirche und Staat herzustellen. „Wenn die Kirche es für unangebracht hält,” sagt daher Pius XI., „sich ohne Grund in die Leitung der irdischen und rein politischen Angelegenheiten zu mischen, so beansprucht sie doch mit dem ihr zustehenden Recht, daß die bürgerliche Gewalt daraus keinen Anlaß herleite den höheren Gütern, auf denen das ewige Heil der Menschen beruht, irgendwie

Hindernisse zu bereiten oder durch gottlose Gesetze und Anordnungen Schaden und Verderben zu bringen oder die göttliche Verfassung der Kirche selbst zu erschüttern oder endlich die heiligen Rechte Gottes in der bürgerlichen Gemeinschaft der Menschen zu zertreten."

„Auch Wir bekennen, von gleichem Vorhaben beseelt und mit Anwendung der gleichen Worte, wie es Unser schmerzlich vermißter Vorgänger Benedikt XV. . . . in seiner letzten Allokution vom 21. November 1921 über die Ordnung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Kirche und der bürgerlichen Gesellschaft unverbrüchlich erklärt hat, und bestätigen von neuem: „In solche Abmachungen werden Wir durchaus nichts sich einschleichen lassen, was zur Würde und Freiheit der Kirche nicht paßt. Daß diese unversehrt und unerschüttert bestehen bleibt, ist von dringender Notwendigkeit, am meisten in der jetzigen Zeit, zur Wohlfahrt gerade auch der bürgerlichen Gemeinschaft.'"

Im Anschluß hieran wird die „römische Frage" berührt; da wir ihr, soweit sie den Pontifikat Pius' XI. betrifft, ein eigenes Kapitel widmen werden, sei der Leser dorthin verwiesen.

Sein besonderes Verhältnis zu den einzelnen Nationen und die Gesinnung, von der er sich gegen sie (er nennt besonders Irländer und Engländer, Franzosen und Deutsche) leiten läßt, hat Papst Pius XI. in seiner Konsistorialansprache vom 23. Mai ¹⁾ ausgesprochen. Er sagte:

„Bei alledem fehlt es auch in Europa nicht an zahlreichen und schweren Uebelständen. Auf dem Festland und auf den großen Inseln befehlen sich einst blühende Nationen, die Lehrmeister jeglicher Kultur gewesen sind; in vernichtendem Kampfe suchen sie sich aufs äußerste zu schaden. Daraus ergibt sich die drohende Gefahr noch größeren Unheils für ganz Europa, ja für die ganze Menschheit. Mit Worten vermögen Wir nicht auszusprechen, welchen Kummer Uns dies bereitet, da Wir gegen alle, die auf beiden Seiten im Kampfe stehen, väterliche Gesinnungen hegen. Ob es sich dabei um die Auffassung der politischen Unabhängigkeit oder um ihre Erlangung handelt, ob der Streit der Meinungen sich drehe um den Sinn von Verträgen und die Abschätzung der aus Verträgen sich ergebenden Pflichten und Rechte, ob jene Völker stets im Schoße der Mutterkirche verblieben

¹⁾ s. „Oss. Rom." Nr. 118 vom 24. Mai 1923.

sind oder ihn vor kurzer oder langer Zeit verlassen haben, sie alle sind Kinder des gemeinsamen Vaters, der sich freut, mit ihnen am gemeinsamen Tische zu sitzen mit denen, die im Hause geblieben sind, und der immer hofft und wünscht, auch die Zurückkehrenden sich dort niedersetzen zu sehen. . . . Und das Auge des Vaters bemerkt in der Menge der Streitenden zahlreiche Söhne, die zu den besten und aus verschiedenen Gründen bevorzugtesten dieses Heiligen Apostolischen Stuhles gehören, Söhne der ‚Insel der Heiligen‘ (Irlands) und der ‚Insel der Engel‘ (Angliae, Englands), Söhne der ‚Erstgeborenen‘ und Söhne jenes katholischen Deutschlands, das den großen Abfall vor vier Jahrhunderten auch im Verlauf des schrecklichen Krieges und in der gegenwärtigen Heimsuchung durch solchen Eifer und so tätige und kraftvolle Organisation des katholischen Lebens gutzumachen verstanden hat.“¹⁾

Auch das Rundschreiben zum Ablauf des sechsten Jahrhunderts seit der Heiligsprechung des Aquinaten²⁾ dient dem Papste, um auf dessen Abhandlung über die rechte Regierung des Staates und des Volkes im zweiten Teile der Summa Theologica zu verweisen: auf die Darlegungen über Naturrecht und Völkerrecht, über Gerechtigkeit und Eigentum, über Gesetze und Gehorsam, über die Pflicht für das Wohl der Privaten und die Wohlfahrt des Staates zu sorgen und dies sowohl vom natürlichen wie übernatürlichen Gesichtspunkte aus. „Würden diese Lehren im privaten und öffentlichen Leben sowie in den internationalen Beziehungen der Völker gewissenhaft und treu befolgt, dann würde zu jenem von der Welt so sehr ersehnten Frieden nichts mehr fehlen, dem ‚Frieden Christi in Christi Reich‘. Diesbezüglich besagt auch das Rundschreiben zum 300. Todestag des heiligen Martyrers Josaphat, Erzbischofs von Plozk:³⁾ „... Aus gegenseitiger Kenntnis erblühe die gegenseitige Achtung und innere Hochschätzung unter den Menschen, welche mit Liebe vereint und mit Beihilfe der göttlichen Gnade die religiöse Einheit mächtig fördern werden. Von dieser Liebe beseelt mögen alle sich zu Herzen nehmen, was der gotterleuchtete Apostel lehrt: ‚Keinen Unterschied gibt es zwischen Jude und Grieche, denn einer ist der Herr aller, reich für alle, die ihn anrufen.‘ (Röm. 10., 12.)

¹⁾ s. auch das Kapitel „Deutschland und Vatikan unter Pius XI.“

²⁾ deutsch s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 29/30.

³⁾ deutsch ebenda 1923 Nr. 49/50.

Was aber noch größer ist: die Nachfolger des Apostels sollen nicht nur vorgefaßte Meinungen und Vorurteile ablegen, sondern auch grundlosen Verdacht, Eifersucht, Haß und überhaupt alle der christlichen Liebe widerstreitenden Gemütsregungen, durch welche die Nationen entzweit werden. Es schreibt derselbe Paulus: „Belüget einander nicht, ziehet aus den alten Menschen mit seinen Taten und ziehet der neuen Menschen an, der da erneuert wird zu Erkenntnis nach dem Ebenbild dessen, der ihn erschaffen hat, wo nicht Heide ist noch Jude, nicht Barbar noch Skythe, nicht Knecht und nicht Freier, sondern alles in allem Christus.“ (Col. III, 9—11.) Sind dann so Einzelpersonen und Völker miteinander versöhnt, wird auch die Einigung der Kirche zustandekommen und alle werden in ihren Schoß zurückkehren, die aus irgendeinem Grunde von ihr getrennt sind.“

Ueber die Pflichten des Papstes gegenüber der Politik hat sich sodann Pius XI. ausführlich geäußert, als er am 9. September ¹⁾ zu einer Schar katholischer Hochschüler sprach. „Wenn die Politik,“ sagte er, „bis zum Altare vordringt, dann haben Religion und Kirche und der Papst, der sie vertritt, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Anweisungen und Richtlinien zu geben, welche katholische Seelen zu verlangen das Recht und zu befolgen die Pflicht haben. So wurde die große Linie der Politik gezeichnet vom göttlichen Lehrmeister, als er sprach: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist. Und auch die Apostel berührten die ernstesten politischen Fragen, als sie lehrten: Alle Gewalt stammt von Gott.“

„Andere beklagen sich wieder, daß der Papst der katholischen Aktion zu wenig Politik gestatte. Liebe Söhne, die Wahrheit ist klar, wenn sie auch nicht immer leicht ist, denn wahr und klar sind einander nicht gleich und es gibt keine noch so klare Wahrheit, die nicht verdunkelt werden könnte. Auch Manzoni pflegte in seiner gewohnten Feinheit zu sagen, daß selbst das geometrische Axiom, daß die Winkel eines Dreiecks gleich zwei rechten sind, von jemand angezweifelt werden könnte, wenn sich daraus für das praktische Leben Folgerungen ergäben. Wir sollten es nicht nötig haben weiter auf diesem Thema zu bestehen, denn Wir haben immer eindeutig gesprochen: Politik um der Politik willen,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 10. September 1924.

politischer Kampf, Parteipolitik darf und kann von der katholischen Aktion nicht getrieben werden, weil sie katholisch ist."

„Sollen wir also die Politik ganz ausschließen? Auch nicht! Wir erinnern euch an das, was Wir das erstemal sagten, als Wir Uns mit der katholischen Jugend im Damasushofe trafen. Die Politik zu ihrer Zeit, wann es nötig ist, wem sie zusteht und mit der nötigen vollständigen religiösen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Vorbereitung, kurz, mit der besten Ausrüstung! Denn wenn die katholische Aktion auch nicht selbst Politik treibt, so will sie doch die Katholiken lehren, von der Politik den besten Gebrauch zu machen, denn eben dazu sind alle guten Bürger und die Katholiken ganz besonders gehalten, nachdem ihr katholisches Bekenntnis von ihnen fordert, daß gerade sie die besten Bürger seien. Es ist die Vorbereitung, welche jeder Beruf verlangt; wer gute Politik treiben will, kann sich der Pflicht einer entsprechenden Vorbereitung nicht entziehen."

„Wir erinnern Uns, viele Mitglieder des alten Zentrums gekannt zu haben, welche zuhause eine theologische Bibliothek besaßen, die selbst für einen Priester wenn schon nicht ausreichend, so doch auch durchaus nicht zu verachten gewesen wäre; eine solche Bibliothek fehlte bei keiner Organisation. Und so sah selbst Bismarck sich von jenen katholischen Laien zum Schweigen gebracht, so oft er sich auf das Gebiet religiöser Fragen wagte."

„Nun machen in Unseren Tagen leider Ideen die Runde, welche einen gefährlichen Mangel an Vorbereitung verraten. So sagt man z. B., daß um an einem Uebel mitzuwirken, jede Begründung mit dem öffentlichen Wohle genügt. Aber das ist falsch; eine derartige Mitwirkung, welche wohlverstanden nur eine materielle sein kann, kann nur gerechtfertigt werden durch die unvermeidliche Notwendigkeit, ein größeres Uebel zu verhindern." (Die weiteren Worte über ein Zusammengehen von Katholiken und Sozialisten in der Politik befassen sich ausdrücklich mit italienischen Verhältnissen, sind daher nicht allgemeiner Natur und kommen an dieser Stelle nicht in Frage; man findet sie dort, wo sie hingehören. ¹⁾)

Fast mit denselben Worten hat ein Jahr später der Papst dieselben Gedanken ausgesprochen und damit seine vorstehenden

¹⁾ s. das Kapitel „Italien unter Mussolini".

Aeußerungen noch einmal stark unterstrichen, als er am 19. September 1925 sein Wort an den Internationalen Pilgerzug der katholischen Jugend richtete. „Und endlich,“ sprach er am Schlusse, „muß man sich eines Irrtums erwehren, der sich in Augenblicken erheben kann, da Wir, die Bischöfe und die Laien Politik zu treiben scheinen, während es in Wirklichkeit sich nur um Religion handelt. Denn Wir handeln nur in und aus der Religion, wir verteidigen nur die Religion, wenn wir kämpfen für die Freiheit der Kirche, für die Heiligkeit der Familie, der Schule und der Gott geweihten Tage. In all diesen und ähnlichen Fällen ist es nicht Politik, die da getrieben wird; aber die Politik hat Hand angelegt an die Religion, den Altar — wie Wir selbst es noch vor einiger Zeit ausgesprochen haben, — und dann ist es Unsere Pflicht Gott zu verteidigen und seine Religion, die er Uns anvertraut hat, ist es Pflicht der Bischöfe und des Klerus, ist es eure Pflicht selbst, ihr lieben, jungen Katholiken, welcher Nation ihr auch angehört. . . .“¹⁾

Klare Worte über Sozialismus und Kommunismus enthält sodann die Ansprache im Geheimen Konsistorium vom 18. Dezember 1924.²⁾ Ausgehend von der Rückkehr der päpstlichen Hilfsmission aus Rußland verwahrte sich der Hl. Vater zunächst dagegen, er habe „durch die zum Besten des russischen Volkes eingerichteten Werke der Wohltätigkeit irgendwie eine Art der Regierung begünstigen“ wollen,

„die gutzuheißen Wir soweit entfernt sind, daß Wir vielmehr, nachdem Wir so lange mit ganzem Herzen und mit allen Kräften versucht haben die ungeheuren Leiden jenes Volkes zu lindern, es für Unsere Pflicht halten, kraft jener universellen Vaterschaft, die Uns von Gott verliehen ist, alle im Herrn zu ermahnen und besonders auf die Regierungen einen Druck auszuüben, daß alle, die den Frieden und die Volkswohlfahrt lieben, die die Heiligkeit pflegen, die Familie und die Menschenwürde fördern, mit gemeinsamem Kraftaufwande von sich und ihren Mitbürgern die überaus schweren Gefahren und sicheren Schäden entfernen, welche Sozialismus und Kommunismus bedeuten, ohne jedoch die pflichtgemäße Fürsorge um die Besserung der Lage der Arbei-

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 219 vom 21./22. September 1925.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 19. Dezember 1925.

ter und unteren Stände im allgemeinen zu vernachlässigen. In diesem Sinne sollen auch alle während des Hl. Jahres sich mit dem Papste im Gebet vereinigen."

Hier sei auch ein kurzer Abschnitt aus einer Ansprache eingefügt, die Pius XI. am Mariä Himmelfahrtstage 1925 an 8000 Mailänder Arbeiter hielt und die sich gegen Sozialismus und Kommunismus richtet: ¹⁾

„ Basiliken, Katakomben, Kolosseum und der Zirkus des Nero, auf dessen einstigem Boden ihr in diesem Augenblicke steht, wurzeln im Blute der Martyrer. Weder Gnade noch Glaube, weder Taufe noch Freude an christlichen Werken gäbe es ohne jenes vergossene Blut. . . . Leiden um der Ehre Christi willen und für den Glauben an seine Kirche kann auch heute noch jeder, besonders der Arbeiter in seinem Kampfe mit den falschen Lehren des Sozialismus und Kommunismus. Und wenn die Treue zum Glauben euch künftig Opfer kostet, dann denkt daran, daß ihr dort gestanden seid, wo die Martyrer ihr Blut vergossen haben. . . ."

Als dann Ende 1925 der übermütige Faschismus für die faschistischen Gewerkschaften ein Rechtsmonopol aufstellte zum Nachteile auch der christlichen Arbeiterorganisationen, beklagte dies der Papst in seiner Ansprache im Geheimen Konsistorium vom 15. Dezember 1925 ²⁾ mit den Worten:

„ Denn es gibt Freiheiten, die die katholische Kirche verteidigen und fordern muß, da sie ihrer Lehre wie ihrer Verfassung nach ebenso jener Anarchie abhold ist, zu der der von ihr unnachsichtlich verurteilte Liberalismus und Sozialismus führen und mitreißen, wie sie auch Gegnerin jener politischen Auffassung ist, welche die Gesellschaft und den Staat zum Selbstzweck macht und leicht, um nicht zu sagen mit fataler Sicherheit dazu führt, die individuellen und besonderen Rechte mit nicht weniger unheilvollem Ausgange zu opfern und aufzusaugen."

Was uns in den hier wiedergegebenen Äußerungen des Oberhauptes der katholischen Kirche zumeist in Kundgebungen theoretischer Natur ³⁾ gegenübertritt, findet nach der praktischen Seite seine Ergänzung und Vollendung in all jenen Akten und Handlungen Sr. Heiligkeit, die in den anderen Kapiteln dieses Buches

¹⁾ s. „Oss. Rom." Nr. 189 vom 17./18. August 1925.

²⁾ ebenda Nr. 290 vom 14./15. Dezember 1925.

³⁾ Es sei auch auf den grundsätzlichen Artikel „Die Kirche und die Politik" im „Oss. Rom." Nr. 44 vom 21. Februar 1924 hingewiesen.

zur Darstellung gebracht worden sind. Und wie er selbst sein hohes Amt auffaßt und in allen Lebensäußerungen aufgefaßt zu wissen wünscht, hat er zusammenfassend noch vor den Teilnehmern des Kongresses des katholischen Jugendverbandes Italiens am 11. September 1924 ausgesprochen in den Worten: ¹⁾

„Nicht Diener seid ihr hier vor einem Herrn; wenn je, dann Diener des Servus Servorum Dei. Wir alle sind Diener unseres Herrn Jesus Christus, wir alle seine Untertanen in diesem Sinne des Wortes mit seinem ganzen Inhalte an Treue, Liebe, Hingebung; Untertanen des unsterblichen Königs der Jahrhunderte, der Völker wie der einzelnen Seelen.“

Die Römische Frage unter Papst Pius XI.

Mit Recht ließe sich dieses Kapitel mit dem einen Satze einleiten und abschließen: Nil novi. Da aber noch während der Sedisvakanz und seit Beginn des Pontifikates Papst Pius' XI. des öfteren im Zusammenhang mit Ereignissen, die als Wandel der Römischen Frage Deutung fanden, von ihr die Rede war, wollen wir auch diese Einzelheiten verfolgen.

Beim Tode Papst Benedikts XV. hatte der um jene Zeit im Auftrage der Regierung Südamerika bereisende ehemalige Ministerpräsident Orlando sich in Buenos Aires zu der Frage ausgesprochen, die bei solcher Gelegenheit sich naturgemäß in den Vordergrund drängt, und gesagt: ²⁾ „Kein Italiener von gesundem Menschenverstand kann wünschen, daß sich ein Gegensatz verewige, der, mag er auch größtenteils noch formal sein (?), deswegen nicht weniger schmerzlich, nicht weniger schädlich ist; die Frage nach der am besten geeigneten Lösungsart ist und bleibt eine ernste. Jedenfalls ist das eine sicher, daß bei der großen Mehrzahl der Italiener die Hindernisse, die erkennbar sind, ausschließlich von objektiven Schwierigkeiten und nicht aus vor-
genommener Feindseligkeit herrühren.“ ³⁾

Kardinal Achille Ratti hatte die Stimmen-Mehrheit im Konklave erhalten und mit dem Namen Pius die Wahl zum Papste

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 266 vom 13. November 1924.

²⁾ s. „Tempo“ vom 31. Januar 1922.

³⁾ Ein Vergleich dieser Worte mit jener Rede Orlandos, die er am 21. November 1915 zu Palermo gehalten hatte und die ein Hymnus auf das Garantiesgesetz war, zeigt auch bei diesem allerdings nicht mehr aktiven Staatsmanne die tiefe Wandlung.

angenommen. Als bald öffneten sich die Glastüren der nach dem Petersplatze hinausliegenden Loggia der vatikanischen Basilika und in bewußtem Gegensatz zu seinen drei unmittelbaren Vorgängern erschien der Neugewählte und erteilte über die 200 000 auf dem Petersplatz Harrenden hin Urbi et Orbi seinen ersten Pontifikalsegen. Am gleichen Tage noch erschien eine Kundmachung des Konklavemarschalls Fürst Chigi:¹⁾ „S. Heiligkeit Papst Pius XI. hat mit allen Vorbehalten zugunsten der unverletzlichen Rechte der Kirche und des Heiligen Stuhles, die wahrzunehmen und zu verteidigen er geschworen hat, seinen ersten Segen von der äußeren Loggia nach dem Petersplatz erteilt mit der besonderen Intention, daß dieser Segen selbst nicht nur den auf dem Platze Anwesenden, nicht nur Rom und Italien, sondern allen Nationen und allen Völkern gelte und allen den Wunsch und die Verheißung jener allgemeinen Wiederkehr des Friedens bringe, den alle so heiß ersehnen.“ Diese Tat hat sofort neue gewaltige Stimmungswerte im italienischen Volke zugunsten des Papsttums geschaffen und ist tatsächlich ein Beweis, wie ernst es dem neuen Papste war, auch im Verhältnisse zu Italien wie in der Römischen Frage in den Fußstapfen seines verewigten Vorgängers zu wandeln.²⁾

Der erste Herrscher, den Pius XI. empfang, war (am 24. März) der Regent der Republik San Marino gewesen. Jedoch erst der zweite Besuch, der des belgischen Königspaares, brachte die

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 7. Februar 1922.

²⁾ Im Februar 1922 erschien in Rom eine Schrift, betitelt „Die gelöste Römische Frage“, deren Verfasser ein gewisser Andrea Chiari war. Wir würden sie nicht erwähnen, wenn ihr nicht ein so angesehenes Organ wie die „Köln. Volkszeitung“ aus der Feder ihres römischen Korrespondenten Kappenberg neben einer ausführlichen Besprechung auch noch höchst anerkennende Worte gewidmet hätte. Chiari, eine anrühige Persönlichkeit, sollte „höchsten vatikanischen Kreisen nahe stehen, ja wiederholt von höchster Stelle um seinen juristischen Rat angegangen worden sein“; aus Erfahrung kann ich dies als völlig unzutreffend erklären. Chiari war nie Jurist und die Behauptung, es hätten sich ihm die vatikanischen Geheimarchive erschlossen, ist unwahr. Seine These besteht darin, Italien habe vergessen die Einnahme Roms und die Annahme des Garantiesetzes durch die Kammer dem Papste offiziell mitzuteilen, der nun seit 1870 darauf warte, um dann mit beiden Händen nach dem status quo zu greifen und ein großes Kreuz darüber zu machen, womit die Römische Frage gelöst wäre. Was sachlich dazu zu sagen ist, findet sich in der „K. Kztg.“ 1922, Nr. 12, S. 92.

Verwirklichung jener Modifizierung, die Papst Benedikt XV. in seiner Encyklika von Pfingsten 1920 über die Völkerversöhnung an dem seit Pius IX. eingenommenen Standpunkte in Verbindung mit der Römischen Frage angekündigt hatte. Die Vorbehalte jenes Papstes aber ¹⁾ übernahm implicite auch der elfte Pius und in dem Kapitel über Belgien sahen wir, durch welche Art von Lösung er seine Stellung gewahrt hat.

Mit größter Spannung sah man der ersten offiziellen Kundgebung entgegen, da sie erweisen mußte, wie dieser Papst sich den Protest seiner Vorgänger gegen die ihnen von Italien bereitete Lage, gegen die Römische Frage, zu eigen machen werde. Die Encyklika *Ubi Arcano Dei* erfüllte in ihrem Schlußabsatze diese Erwartungen mit den klar verständlichen Worten:

„ . . . Unter diesen Umständen brauchen Wir kaum davon zu reden, mit welchem Schmerze Wir unter der großen Zahl von Nationen, die mit diesem Apostolischen Stuhle durch die Bande der Freundschaft verbunden sind, Italien fehlen sehen, Italien sagen Wir, Unser teures Vaterland, das von Gott selbst, der den Lauf und die Ordnung aller Dinge und Zeiten durch seine Vorsehung regiert, zum Sitz seines Stellvertreters auf Erden auserwählt wurde, so daß diese hehre Stadt, einst der Sitz eines sehr umfangreichen, aber doch durch bestimmte Grenzen abgeschlossenen Reiches, nun zur Hauptstadt des ganzen Erdkreises wurde; sie ward ja zum Sitz der göttlichen Herrschaft, welche von Natur die Grenzen aller Völkerstämme überschreitet und alle Völkerstämme umfassen soll. Allein sowohl die göttliche Herkunft und Natur dieser Herrschaft als das heilige Recht der Gesamtheit aller Christgläubigen, die auf dem ganzen Erdkreis wohnen, verlangt, daß diese heilige Herrschaft keiner menschlichen Gewalt, keinen Gesetzen (mögen sie die Freiheit des römischen Papstes auch durch gewisse Schutzvorkehrungen und Gewährleistungen zu befestigen verheißten) untertan erscheint, sondern ganz und gar eigenen Rechtes und eigener Gewalt sei und offenkundig so erscheine.“

„ Jedoch jene Schutzwehr der Freiheit, mit welcher die göttliche Vorsehung selbst, die Leiterin und Richterin der menschlichen Dinge, nicht nur ohne Schaden, sondern mit großem Nutzen für Italien, die Autorität des römischen Papstes gesichert hatte, jene Schutzwehr, welche so viele Jahrhunderte hindurch dem göttlichen Ratschluß, dessen Freiheit zu schützen, trefflich entsprochen hatte, für die bis heute weder die göttliche Vorsehung

¹⁾ s. das Kapitel „Die Römische Frage bis zum Tode Benedikts XV“.

etwas angezeigt noch die Ratschläge der Menschen etwas erfunden haben, was diese Schutzwehr angemessen ersetzte, diese Schutzwehr ist durch Feindesgewalt zerstört und auch heute noch verletzt; so wurde für den römischen Papst eine unerträgliche Lage geschaffen, welche die Gemüter aller Christgläubigen mit schwerer und dauernder Trauer erfüllt. Als Erbe der Maßnahmen wie auch der Pflichten Unserer Vorgänger und als Träger derselben Autorität, die in einer Frage von so großer Bedeutung allein zu entscheiden hat, nicht von eitler Begierde nach weltlicher Herrschaft irgendwie geleitet, deren geringster Regungen Wir Uns durchaus schämen würden, sondern im Gedanken an Unser menschliches Ende und eingedenk der strengen Rechenschaft, die Wir vor dem göttlichen Richter ablegen müssen, erneuern Wir daher, gemäß der Unverbrüchlichkeit Unserer Pflicht gleichermaßen an dieser Stelle die Forderungen, welche Unsere Vorgänger zum Schutze der Rechte und der Würde des Apostolischen Stuhles erhoben haben."

„Uebrigens wird Italien niemals von diesem Apostolischen Stuhle einen Schaden zu fürchten haben; wird doch der römische Papst, wer es immer sein mag, das Wort des Propheten sich von Herzen zu eigen machen: „Ich denke Gedanken des Friedens und nicht der Bedrängnis“, des wahren und daher niemals von der Gerechtigkeit getrennten Friedens, sagen Wir, so daß mit Recht hinzugefügt werden kann: „Die Gerechtigkeit und der Friede haben sich geküßt.“ Sache des allmächtigen und barmherzigen Gottes wird es sein zu bewirken, daß endlich einmal dieser Freudentag anbricht, überreich an allen Gütern sowohl für die Erneuerung des Reiches Christi als auch für die Ordnung der Angelegenheiten Italiens und des ganzen Erdkreises. Daß das nicht vergeblich geschehe, mögen alle Rechtgesinnten sich dringend bemühen."

Dieser Protest des Papstes ist verhallt; daß es aber nicht ganz wirkungslos geschehen ist, bezeugten die offiziellen Reden des folgenden 20. September, bereits an anderer Stelle in ihrem bezeichnendsten Teile wiedergegeben. ¹⁾ Inzwischen hatte im April ein Wortgefecht mit „Journal des Débats“ den „Osservatore Romano“ ²⁾ zu einer kurzen Feststellung veranlaßt. Das Pariser Blatt hatte im Hinblick auf die mancherlei kleinen Abschlagszahlungen Mussolinis an das Gewissen des italienischen Volkes von einer „so gut wie gelösten römischen Frage“ gesprochen;

¹⁾ s. das Kapitel „Italien unter Mussolini“.

²⁾ in seiner Nummer vom 21. März 1923.

diese Lösung erblickte es im „engsten Einvernehmen des Vatikans mit der Konsulta“, um dann daraus den Schluß zu ziehen, daß die Wiederaussöhnung die Aufsaugung des Heiligen Stuhles durch Italien oder mit anderen Worten die Italianisierung der katholischen Kirche zur Folge haben müsse. Darunter müsse die Kirche leiden, denn sie würde dadurch mit einem Schlage die Unabhängigkeit und Universalität verlieren, die aus ihr die höchste moralische Macht der Welt mache. „Welch eine Entdeckung des Pariser antiklerikalen Organes!“ schrieb das Blatt des Vatikans.¹⁾ „Das ist ja ganz genau der Standpunkt des Heiligen Stuhles in der Römischen Frage! Das sind ja eben die Beweisgründe der Päpste von Leo XIII. bis Pius XI., die ihr Verhalten vollauf rechtfertigen.“

Der Besuch des spanischen Herrscherpaares beim Papste „bedeutete“ auch seinerseits „die Lösung der Römischen Frage“; diese Entdeckung des liberalen „Giornale d'Italia“, das sich auf die Bewegungsfreiheit des königlichen Besuchers und den glatten Verlauf des Empfanges berief, veranlaßte wiederum den „Osservatore Romano“ zu Äußerungen.²⁾ Es sei nicht ehrlich (das sei das Geringste, was man nach so klaren Worten sagen könne), das Erscheinen eines katholischen Herrschers in Rom zu benützen, um das Ende der Römischen Frage zu verkünden, und es sei nicht großmütig, um nicht mehr zu sagen, insbesondere seitens eines italienischen Blattes, Zugeständnisse, die der Heilige Stuhl selbst gemacht habe, gegen ihn auszuspielen... Die im Jahre 1870 geschlagene Wunde heile man nicht durch warme Umschläge, sie sei und bleibe offen, solange sie nicht eine derartige Behandlung gefunden habe, daß der Heilige Stuhl nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit genießt, auf die er ein Recht hat, sondern daß es auch der ganzen Welt offenkundig erscheint, daß er sie wirklich genießt.

Blinder Lärm war eine im März 1924 von London aus in die Welt gesetzte Meldung, ¹⁾ daß „der zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung bisher bestandene (sic) Zwist (!) nunmehr beigelegt ist.“ Es sei nämlich ein Abkommen getroffen worden, wonach die italienische Regierung dem Vatikan „den

¹⁾ in Nr. 88 (19 116).

²⁾ vom 29. November 1923.

³⁾ der T. U. vom 12. März 1925.

ganzen sogenannten (!) vatikanischen Hügel überläßt und sich zum Baue von Kardinalswohnungen verpflichtet, während der Vatikan die in der Stadt zerstreuten Wohnhäuser der Kardinäle abtrifft. Die Unabhängigkeit des Papstes soll vom Völkerbund garantiert werden." Abgesehen von der Grundlosigkeit der Meldung, die in großer Aufmachung verbreitet wurde, ist das Ganze allzu kindisch, um an dieser Stelle Widerlegung zu verdienen. ¹⁾

Die Einweihung des von den Columbus-Rittern als Gegengewicht gegen die protestantische Umwerbung der Jugend zwecks Verleitung zum Abfall von der Kirche gestifteten Oratoriums vom hl. Petrus ²⁾ bewirkte, daß bereits im folgenden Monate, im April, die Römische Frage wieder Gegenstand besonderer Beachtung wurde. Das vom Papste dem Oratorium geschenkte Grundstück liegt unmittelbar neben der Peterskirche, ist von den Fenstern der päpstlichen Gemächer aus sichtbar, befindet sich aber bereits außerhalb des Gebietes, das durch das Garantiegesez als extrritorial erklärt ist. Somit verbot sich die persönliche Teilnahme des Papstes, die bereits angekündigt war und allgemein erwartet wurde, ja von einem Blatte ³⁾ (zu Unrecht) am Abende jenes Tages bereits als erfolgt gemeldet wurde. Pius XI. berührte selbst an jenem Nachmittage in seiner Ansprache ⁴⁾ die peinliche Frage. „Ihr habt feststellen können," sagte er, besonders an die amerikanischen Kardinäle Hayes und Mundelein gewendet, „daß das Grundstück, auf das der Bischof von Rom beschränkt ist, nicht an übermäßiger Ausdehnung leidet, sodaß dieser an einem mit seinem bischöflichen Range so innig verbundenen Werke nicht teilnehmen kann. Wir konnten in der Tat nicht dort erscheinen, wo Ihr gewesen seid . . . , ohne aus Unserer Extrritorialität herauszutreten, von welcher recht oder schlecht, in bestimmter oder unbestimmter Weise die Würde des römischen Papstes, des Stellvertreters Christi, geschützt, gewahrt und sanktioniert sein soll." ⁵⁾ Noch deutlicher wurde der „Osservatore

¹⁾ Ausführliches darüber s. „Augsburger Postzeitung" 1924, Nr. 65 vom 16. März 1924.

²⁾ s. auch das Kapitel „Ver. Staaten von Nordamerika" S. 478 ff.

³⁾ dem „Giornale d'Italia" (freimaurerisch stark beeinflusst, im Grunde antivatikanisch). vgl. „Oss. Rom." Nr. 86, 1924.

⁴⁾ s. „Oss. Rom." Nr. 86 vom 11. April 1924.

⁵⁾ Die Ironie des letzten Satzes ist unverkennbar.

Romano" ¹⁾ selbst, der schrieb: „Der Grund, weshalb der Heilige Vater sich der Teilnahme enthielt, ist ein überaus einfacher. Am selben Tage der Einweihung wünschte S. Heiligkeit sich zu vergewissern, ob der Platz, auf dem sich dasselbe erhebt, innerhalb der Grenzen des Apostolischen Palastes liege, welche das Garantiesgesetz anerkennt, und nachdem er festgestellt, daß er außerhalb desselben liegt, ließ er mitteilen, daß er nicht erscheinen werde. All dies bestätigt einfach wieder einmal, welches die gegenwärtige Lage des Papstes ist, dessen Schritte sich auf ein paar Meter außerhalb seiner Gemächer beschränken.“²⁾

Ein Ereignis, das in der Eigenart seiner Durchführung gleichfalls durch das seit 1870 geschaffene Verhältnis zwischen Kirche und Staat und die trüben Erfahrungen eines Präzedenzfalles bestimmt wurde, war die Ueberführung der Leiche Papst Leos XIII. nach der Basilika San Giovanni in der Stille der Nacht des 22. Oktober 1924. Auch sie hat bei jener Beachtung, die sie als Ereignis an sich schon in der ganzen Welt auf sich lenkte, diese selbe Welt aufs neue hingewiesen auf jenen Zustand, der durch den Willen des italienischen Staates und seiner verantwortlichen Leiter noch immer der Lösung harrend als die Römische Frage bekannt ist.

Die Katholiken Deutschlands können für sich in Anspruch nehmen, daß sie in der fortgesetzten, unablässigen Erhebung der Forderung nach Lösung der Römischen Frage unter den Glaubensgenossen aller Nationen führend gewesen sind. Ihre alljährlichen großen Generalversammlungen sind nachgerade undenkbar ohne die Behandlung dieses großen internationalen, seinem Wesen nach politischen, seiner Bedeutung nach religiösen Problems und davon hat auch die Tagung vom Jahre 1924 keine Ausnahme gemacht. Der Präsident Dr. Porsch war es, der in Hannover in der ersten geschlossenen Versammlung, mit dem Gegenstande wie wenige vertraut, die Uebernahme des Präsi-

¹⁾ Nr. 86 vom 11. April 1924.

²⁾ In jenen Tagen erschienen auch zwei beachtenswerte Schriften, die sich mit der R. F. befassen. Die eine ist von Charles Loiseau, der während des Krieges offiziöser Vertreter Frankreichs beim Vatikan war, und betitelt sich „Politique Romaine et Sentiment Français“; die zweite ist das Buch von Jean Carrère, betitelt Le Pape. Erwähnt sei auch der Artikel von Eugen Guichard über die R. Fr. im „Mercure de France“ vom 1. Dezember 1923.

diums mit der Begründung dieses unverjährbaren Antrages einleitete. ¹⁾

Die feierliche Eröffnung des Hl. Jahres vollzog sich natürlich nicht, ohne daß uns in der römischen Presse Betrachtungen über die Römische Frage erspart blieben, Wiederholungen oft widerlegter Behauptungen, über die man daher hinweggehen darf. Als dann im Jahre 1925 die italienische Regierung die Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes zur Reform der die Kirche betreffenden Staatsgesetze berief, erblickte die übliche Unkenntnis und Unklarheit der Begriffe, der man bezüglich unserer Frage so oft begegnet, auch darin wieder einen Lösungsanlauf, obwohl gerade jenes Gesetz, das gegebenenfalls hiefür zuerst und allein in Frage käme, das Garantiesgesetz, außerhalb der der Kommission gestellten Aufgabe lag. Mitte 1925 tauchte die Frage von neuem auf, als „Giornale d'Italia“ anlässlich des 25 jährigen Regierungsjubiläums König Viktor Emmanuels III. verbreitete, der Vatikan habe den Bischöfen Italiens hinsichtlich der amtlichen Beteiligung volle Freiheit gelassen. Trotz der vom „Osservatore Romano“ ²⁾ sofort vorgenommenen Kennzeichnung dieser „unwahren Tendenzmeldung“ blieb das Blatt bei seiner Behauptung und zwang damit das Organ des Vatikans zu einer ausführlichen Begründung des ablehnenden Standpunktes; es schrieb: ³⁾

„ In der Tat, welches Ereignis sollte am 7. Juni gefeiert werden? Das 25 te Jahr der Herrschaft, die, aus den Ereignissen des Jahres 1870 hervorgegangen, die dem römischen Papste bereitete schmerzliche Lage zu einer dauernden gemacht hat. Konnte nun ein Katholik, der ein solcher sein will, ein solches Ereignis feiern? Und besonders, konnten daran die Bischöfe durch religiöse Funktionen teilnehmen oder gestatten, daß der Klerus sich daran beteiligte und Gott dafür dankte, daß er zugelassen habe, daß diese Lage seit 25 Jahren andauert? Zu Beginn der derzeitigen Regierung, als Viktor Emmanuel III. als Nachfolger seines Vaters Humbert den Thron bestieg, protestierte Leo XIII. öffentlich und im Laufe dieser fünfundzwanzig Jahre hörte der Hl. Stuhl nicht auf zu protestieren, so oft die Umstände es erforderten. Und jetzt sollten Bischöfe und Klerus vom Proteste oder wenigstens einer stillschweigenden

¹⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 676 vom 1. September 1924.

²⁾ am 6. Juni 1925.

³⁾ vom 12./13. Juni 1925.

Zurückhaltung übergehen zu Jubelkundgebungen? Es genügt, einfach die nicht schwer zu begreifende Frage so vorzulegen, damit jeder, der mit seinem Verstande denkt, versteht, daß es sich allein um Folgerichtigkeit handelt. . .”

Noch einmal erhob ein deutscher Katholikentag sein Wort und erneuerte die unverjährende Forderung der katholischen Welt nach voller, sichtbarer Freiheit und Unabhängigkeit ihres Oberhauptes und noch einmal ergriff der Papst selbst das Wort, um der aus dem reibungslosen Verlaufe des Hl. Jahres vielfach gezogenen Forderung, die Erfahrung habe wiederum die Römische Frage als eine vatikanische Fiktion erwiesen, entgegenzutreten. In der Ansprache an das Geheime Konsistorium am 15. Dezember geschah es. Pius XI. sprach zuerst den Behörden des Landes seine Anerkennung für das Geleistete aus, um dann fortzufahren: ¹⁾

„Aber indem Wir dies anerkennen, müssen Wir auch hinzufügen, daß noch nie so viele Gläubige aus allen Ländern der Welt durch eigene Wahrnehmung feststellen konnten und festgestellt haben, daß die dem Oberhaupte der katholischen Kirche bereitete Lage bei weitem nicht jene ist, wie sie der höchsten Autorität zusteht und für sie notwendig ist, mit der jenes Oberhaupt in seiner weltumspannenden und in ihrer Art vollkommenen Gesellschaft bekleidet ist.

„Wenn in der Tat die Pilger sagen müssen und sagen können, daß sie sich frei und sicher in den Straßen dieses Mittelpunktes des Katholizismus bewegen konnten, frei und sicher die Basiliken besuchen konnten, so mußten sie doch auch wahrnehmen, daß das Gleiche nicht auch vom Statthalter Christi und vom Vater der Gläubigen gesagt werden kann, dem sie sich eben nur nähern und den sie nur sehen konnten, wenn sie die Schwellen überschritten, die Er, solange die gegenwärtigen Bedingungen andauern, nicht überschreiten kann noch darf.“ ²⁾

So sehen wir also die Römische Frage immer noch in ihrer bisherigen Unbeweglichkeit verharren, sehen wir den Hl. Stuhl sein Recht fordern, das ihm einmal werden muß. Schon hat sich ein ungeheurer Wandel vollzogen. Während es vor einem Vierteljahrhundert nur noch eine Handvoll Menschen in Italien gab, die dem Standpunkte des Papstes beipflichteten, gibt es

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 15./16. Dezember 1925.

²⁾ s. auch den ausführlichen Kommentar hierzu im „Oss. Rom.“ vom 21./22. Dezember 1925.

heute noch eine Handvoll Menschen, die sich noch nicht zur Anerkennung der Berechtigung seines Standpunktes aufgeschwungen haben. Der Leiter des italienischen Staates von heute hat mutig den Bruch mit überlebten und künstlich erzeugten Traditionen vollzogen und auch gegenüber der Kirche neue Wege eingeschlagen. Wird er vor der Römischen Frage Halt machen? Wird er den Mut aufbringen, an sie Hand zu legen? Und wenn schon nicht das verletzte Recht ihn bewöge, wird er darauf verzichten, in die Wagschale seiner Politik das ungeheure Gewicht der dankbaren Anerkennung der ganzen katholischen Welt zu werfen, die ihm durch Wiederherstellung des Friedens Italiens mit dem Papsttume sicher wäre? Geschehe was wolle, Rom wird warten, denn „Rom kann warten; es hat nie Eile und spurlos geht die Zeit an ihm vorüber. Es faßt alles als vorübergehend, als Wellen im Fluß auf, der doch im großen Ozean der Ewigkeit münden muß. Und die Kirche ist ihm der Fels in der Brandung, der unbewegt dasteht, ob auch der Gischt noch so schäumt und wütet.“ ¹⁾

Italien unter Mussolini

Vor dem Eintritte in dieses gewichtige Kapitel ist es unerlässlich, einige Bemerkungen vorausszuschicken. Die Aufgabe, die sich hier unsere Arbeit stellt, ist auch in diesem Falle nur, die Politik des Papstes und der Kurie, ihr Verhalten und Vorgehen gegenüber dem faschistisch regierten Italien einerseits und das Verhalten von Faschismus und Regierung selbst gegenüber der höchsten Leitung der Kirche, dem Papste und dem Vatikan, andererseits darzustellen. Ein Werturteil zu fällen oder Untersuchungen über letzte Beweggründe anzustellen liegt abseits des Zweckes dieses Buches, doch besteht Veranlassung den Leser davor zu warnen, auf die in diesem Kapitel dargestellten Vorgänge allein ein Urteil über Mussolini oder den Faschismus zu gründen. Und endlich will auch keine Definition des Faschismus gegeben werden. Er kann hier nur als etwas bereits Gegebenes genommen werden, das in seiner führenden Persönlichkeit vom Könige betrauter Träger der italienischen Regierungsgewalt ist. Die Kirche

¹⁾ Viktor Naumann, Profile S. 355.

und ihr Oberhaupt machen ja die Anerkennung der weltlichen Autorität nicht von einer bestimmten politischen oder moralischen Gesinnung abhängig, sie beanspruchen für sich nicht einmal das Recht, darüber, ob eine solche Autorität zu Recht besteht, eine Entscheidung zu treffen und davon ihr Verhalten abhängig zu machen. „Wir besitzen z. Z. eine konstituierte Regierung,“ schrieb die „Civiltà Cattolica“ in einem Artikel über „Die Rolle der Katholiken in den gegenwärtigen Kämpfen der politischen Parteien Italiens“, den der „Osservatore“ ¹⁾ wiedergab, „und somit de facto dieses einzige Subjekt der weltlichen Autorität gemäß der heute geltenden Ordnung. Nun ist es Prinzip des Naturgesetzes und auch von der Hl. Schrift ausdrücklich eingeschärft, daß die Untertanen und ganz besonders die Katholiken einer solchen Regierung in den erlaubten Dingen Achtung und Gehorsam schulden. Das verlangt schon der Grund des öffentlichen Wohles selbst, nachdem unter den obwaltenden Umständen de facto keine andere Autorität ist, die sie bestellen könnte, ohne daß jedoch diese Achtung und dieser Gehorsam die Anerkennung der Rechtmäßigkeit ihres (der Regierung) Entstehens und noch viel weniger die Rechtfertigung der Uebergrieffe oder Unordnungen bedeutet, die eine solche Regierung begehen könnte.“

Genau betrachtet stand denn auch das Regime des Liberalismus, das vom Faschismus beendet wurde, auf keinem festeren Rechtsgrunde, zudem dieser Liberalismus als Prinzip sogar von der Kirche ausdrücklich verurteilt und verworfen ist.

Die Zeitspanne, welche zwischen dem Ausgange des Weltkrieges und der Uebernahme der Macht durch Mussolini, den Führer des Faschismus, ²⁾ liegt, ist für die Geschieke der Kirche Italiens und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu unbedeutend, um ein besonderes Kapitel beanspruchen zu können. Sie ist die Fortsetzung eines Verhältnisses, das mit dem Jahre 1870, dem Beginne der liberalen Ära seinen Anfang nahm und ganz von dieser liberalen Parteidoktrin beherrscht war. Die Komödie,

¹⁾ vom 14. August 1925, Nr. 190.

²⁾ Ich bediene mich dieser Schreibweise (anstatt „Fascismus“), da sie phonetisch die richtige ist. Zum Verständnis des Faschismus kann empfohlen werden: Schotthöfer, F., „Il Fascio“, Sinn und Wirklichkeit des italienischen Faschismus. Frankfurt 1924. Doch enthält das Kapitel „Feinheiten des Vatikans“ zahlreiche Unrichtigkeiten; auch im Schlußkapitel wird der Verfasser subjektiv.

welche um die Jahreswende 1918 auf 1919 Sonnino und seine Statisten aufführten, um Wilson beginnende Wandlungen vorzutauschen, ¹⁾ war ohne Belang.

Die Wirkung des Krieges zeigte sich auf innenpolitischem Gebiete durch den raschen Zusammenbruch der Herrschaft des Liberalismus, der von neuen Parteigebilden verdrängt wurde; in ihnen kamen die durch den Druck der Ereignisse ausgelösten neuen Anschauungen zum Ausdruck, welche in den Volksmassen Gestaltung suchten und denen der inhaltlos gewordene Liberalismus nichts mehr entgegenzustellen vermochte als seine von niemand mehr geglaubten doktrinären Deklamationen. In der Berührung mit den ungeheuren Nachkriegsproblemen trat seine geistige wie physische Impotenz in ihrem ganzen jammervollen Zustande zutage. Es erhob sich der kirchentreue Katholizismus der Halbinsel, um sich in der Politik jene Stellung zu nehmen, welche ihm bisher versagt worden war, ²⁾ und im Einvernehmen mit dem Hl. Stuhle trat am 20. Januar 1919 die Italienische Volkspartei an die Öffentlichkeit. Dieses Einvernehmen bestand darin, daß vom Papste die Bedingung gestellt wurde, die neue Partei dürfe weder bezüglich ihres Charakters und Programmes noch bezüglich ihres Namens konfessionell sein; sie müsse politisch und nur politisch sein. Es mußte „alles vermieden werden, was irgendwie die Verantwortlichkeit des Heiligen Stuhles in Mitleidenschaft ziehen konnte. Diese Verquickung wollte Pius X. vermieden wissen, als er 1904 . . . nicht zugab, daß die von den katholischen Organisationen gewählten Kandidaten sich ‚katholische Abgeordnete‘ nannten oder eine ‚katholische Parteigruppe‘ ins Leben riefen.“ ³⁾ Die Erklärungen der neuen Parteiführer ließen keinen Zweifel, daß sich der Heilige Stuhl einer Gutheißung enthielt, aber der Partei keinerlei Hindernisse in den Weg legte, kurz alles, was als einer irgendwie gearteten Einmischung in italienische Parteipolitik mit Recht hätte angesehen werden können, für sich ablehnte. Er ließ daher der Italienischen Volkspartei auch jederzeit volle Freiheit in politischen Dingen, nur

¹⁾ s. das Kapitel „Die Römische Frage“ bis zum Tode Benedikts XV.

²⁾ Ausführlich in „K. Kztg.“ 1919, Nr. 11 S. 81; s. a. meine Artikel darüber in „Das Neue Reich“ 1921 Nr. 29, und 1919 Nr. 33/34.

³⁾ s. Unterredung mit Don Sturzo in „Momento“ vom 23. Januar 1919.

ab und zu ihre Anhänger, soweit sie Katholiken waren, an die grundsätzlichen Forderungen ihres christlichen Gewissens erinnernd.

Die Novemberwahlen des Jahres 1919 brachten dieser Partei mit rund 100 Mandaten neben 150 Sozialisten sofort größtes politisches Gewicht und legten die Entscheidung im Parlament in ihre Hand. Daß es ihr trotzdem nicht gelingen konnte, bereits wichtige kirchenpolitische Forderungen oder kulturpolitische Postulate durchzusetzen, ist eine Selbstverständlichkeit. Man mußte sich einstweilen darauf beschränken, sie im Programme gestellt zu haben, da jeder weitere Schritt die in die Rechte und die Linke gespaltene Kammer sofort zu einer geschlossenen Phalanx zusammenschweißen mußte, der — einer Vierfünftel-Mehrheit — gegenüber die Niederlage sicher gewesen wäre. Inzwischen vollzog sich im Sozialismus rasch die Entwicklung zum Bolschewismus, vor welcher der immer noch von liberalen und sogenannten demokratischen Ministern geleitete Staat keine bessere Politik mehr zu treiben wußte, als die Dinge gehen zu lassen, wie sie eben gingen. Wenn es nicht zu der oft unmittelbar vor ihrem Ausbruche stehenden bolschewistischen Revolution kam, so war dies nicht das Verdienst jener Regierungen, sondern der trotz aller Verhetzung noch nicht erstickten Einsicht der Masse der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft, welche sich nur zu gut der Tatsache bewußt war, daß angesichts der wirtschaftsgeographischen Bedingungen Italiens eine solche Revolution nur dann einen Erfolg von nennenswerter Dauer bringen konnte, wenn gleichzeitig auch in jenen Ländern die Weltrevolution aufflammte, von denen Italien wirtschaftlich abhängig ist. Andernfalls mußte sie innerhalb zweier Wochen von selbst zusammenbrechen und alle sozialistischen utopistischen Hoffnungen unter sich begraben. Die Politik der Regierung endete mit dem vollkommenen Niederbruche der Staatsautorität; der Kommunismus tobte sich in zahlloser Einzelverbrechen, endlosen Ausständen und vielen kleineren Putschen aus, da und dort kam es zu örtlichen Eintagsrepubliken. Die naturgesetzmäßige Gegenbewegung blieb nicht aus und erstarkte umso rascher, je rücksichtsloser sich der Druck auswirkte. Des staatlichen Schutzes beraubt drängte das Bürgertum in Massen in die Abwehrorganisation des Fascio mit ihrem militärischen Aufbau, in der sich jene jüngeren Elemente gesammelt hatten, welche dem gewohnten Kriegshandwerke und der damit

verbundenen zügellosen Freiheit nicht mehr entsagen wollten. Es liegt abseits meiner Aufgabe, hier eine Schilderung des Faschismus und seiner Entwicklung zu geben. In seinen Anfängen zielte er auf Umsturz und Errichtung einer Militärdiktatur, wobei freimaurerische Elemente noch eine sehr einflußreiche Rolle spielten. Daher trat der antiklerikale Charakter anfangs stark hervor; es bestand sichtlich das Streben sich der neuen Regierung zu bemächtigen und zu bedienen, um durch sie jene Freimaurerherrschaft neu aufzurichten, welche Ernesto Nathans gescheitertes Lebenswerk gewesen war. Durch das Hereindrängen von Massen, durch die mit Gewalt erzwungene Eingliederung maximalistischer Elemente in die faschistische Organisation, durch Hineintragen der historischen Freimaurergegensätze (die gerade in Italien sehr schroffe waren und sich in einem heute noch fortwährend erbitterten Kampfe unter den beiden Hauptrichtungen äußern), besonders aber durch das Hochkommen diktatorisch empfindender und sich auswirkender Persönlichkeiten nahm die Entwicklung allmählich eine andere Richtung, welche mit dem Bruche endete. Die Methoden des Faschismus unterschieden sich bald in nichts mehr von denen der Maximalisten und wenn sich schließlich auch der Bolschewismus niedergerungen sah, schien es doch, als sei nur ein Teufel durch den anderen ausgetrieben.

Im Herbst 1921 hatten die Dinge einen Grad erreicht, daß Papst Benedikt XV. den Empfang der Tertiaren des hl. Franziskus (am 19. September) benützte, um sich dazu auszusprechen. „Es ist schmerzlich,“ sagte er, ¹⁾ „die Aufregungen feststellen zu müssen, die der schlechte Same der Zwietracht, genährt durch die Parteikämpfe, inmitten der bis gestern ruhigen und friedlichen Bevölkerung wachgerufen hat. Das Herz krampft sich zusammen beim Anblicke der Brüder, die sich gegenseitig zerfleischen und töten; es ist gewiß etwas gebildeten Völkern Fremdes, wenn Untertanen von Nationen in der Haltung des Krieges verharren, nachdem sie heute durch Friedensverträge mitsammen verbunden sind. Woher dieses Uebermaß des Schlimmen? Man hat der Ordnung vergessen, die in dieser Welt herrschen muß; man will die Verschiedenheit der Klassen, die Gott in der Gesellschaft schuf, nicht anerkennen. . .“

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 21. September 1921.

Faschistischer Terror tobte sich am 9. und 10. September in den Straßen der ewigen Stadt gegen die Mitglieder der katholischen Jugendorganisation aus, die sich zu einem friedlichen Kongresse versammelt hatten. Die Regierung stand, obwohl ihr zwei Volksparteiler als Minister angehörten, so sehr unter der faschistischen Gewalt, daß sie noch im letzten Augenblicke die Erlaubnis der Abhaltung einer Festmesse im Kolosseum und eines Festzuges zum Vatikan zurückzog. Militär aller Waffengattungen, selbst Kavallerie und Artillerie, wurde vom Innenminister aufgeboten, um solch gefährliche Kundgebungen zu unterdrücken. Die in Gruppen sich nach der Peterskirche begebenden Kongreßteilnehmer, darunter manche Priester, wurden von faschistischen Banden überfallen, blutig geschlagen, ihre Fahnen gingen in Fetzen, ohne daß die Polizei einen Finger zum Schutze rührte. Die freimaurerische Mache trat mit unbestreitbarer Deutlichkeit hervor: ¹⁾ es galt die geistige Vorbereitung auf den unmittelbar bevorstehenden 20. September; gleichzeitig wurde die Ansprache, die der neue Mailänder Erzbischof, Kardinal R a t t i, beim Einzuge in seine Diözese hielt, zur italienfeindlichen Kundgebung umgefälscht.

Vorgänge, welche letzten Endes wiederum in ihrem Ursprung auf die Freimaurerei sich verfolgen lassen, hatten im Februar 1922 den Sturz des Kabinetts Bonomi herbeigeführt. Der äußerliche Anlaß war das Bestreben, um jeden Preis eine Gedächtnisrede auf den soeben verstorbenen Papst Benedikt XV. zu verhindern und die liberal-demokratische Herrschaft unter Ausschluß der Volkspartei wiederaufzurichten, um mit Hilfe der von dem Staatsmanne Giolitti so meisterhaft gehandhabten Wahlkorruption wieder Oberwasser zu bekommen. Das Stärkeverhältnis der Parteien verlieh der Erklärung der Volkspartei, an keiner Regierung sich zu beteiligen, der Giolitti angehöre, durchschlagendes Gewicht. Daß Giolittis Organ, die „Tribuna“, dieses „Veto“ auf einen Befehl des Vatikans zurückführte, ist bei dem Mangel an Gewissenhaftigkeit italienisch-liberaler Organe nicht zu verwundern. Prompt kam denn auch die Antwort. Der „Osservatore Romano“ ²⁾ erklärte die Behauptung als „jeder Begründung entbehrend“. Der Heilige Stuhl enthalte sich jedweder Einmischung

¹⁾ Ausführliche Darstellung in „K. Kztg.“ 1921 Nr. 44, S. 350.

²⁾ vom 24. Februar 1922.

in die innere und äußere Politik Italiens wie auch in dessen Parteiangelegenheiten.

Nachdem dann endlich das Kabinett de Facta zustande gekommen war, ergänzte das vatikanische Organ seine Mitteilungen, indem es bekanntgab, daß in jenen Tagen, da Giolittis Organ jene Beschuldigung erhob, „allerhand Personen — Namen wolle es nicht nennen — die vatikanische Treppe hinaufgestiegen seien, um wissen zu lassen, daß, wenn der Heilige Stuhl die Volkspartei veranlassen würde auf ihr Veto gegen Giolitti zu verzichten, „man“ den möglichsten Wünschen des Heiligen Stuhles Rechnung tragen würde, anderenfalls aber . . . breche das Weltende herein. Ja es habe auch nicht an den entsprechenden Drohbriefen gefehlt. Der Kardinal-Staatssekretär habe aber immer und unentwegt geantwortet, der Vatikan enthalte sich jeder Einmischung in die Politik Italiens. Wenn man aber heute mit einer antiklerikalen Politik oder einer Verfolgung der Kirche in Italien drohe, so heiße das die Geistesverfassung des italienischen Volkes . . . vollkommen verkennen. Der Kirche aber zu drohen, weil sie sich weigere sich in die innere Parteipolitik des Landes zu mischen, sei schwer zu qualifizieren“.¹⁾

Dieser Wandel in der Geistesverfassung trat deutlich zutage, als im April darauf im italienischen Senate der Unterrichtsminister Anile seine Teilnahme an der Eröffnung der Herz-Jesu-Universität in Mailand rechtfertigte und „das liberale Gewissen des Staates störte“.²⁾

Immer erbitterter aber ging landauf landab das Morden, Vergewaltigen, Plündern und Niederbrennen weiter; bereits machte man ohne jedwede Provokation den politischen Gegner nieder, wo man ihn antraf, indessen die ganze Staatsgewalt mit verschränkten Armen zusah und ihre Autorität stillschweigend an die Faschisten abtrat.

Am 6. August 1922 richtete Papst Pius XI. an den italienischen Episkopat ein Rundschreiben³⁾ mit eindringlicher Mahnung zum inneren Frieden. „Die Unruhen, die in den vergangenen Wochen Italien heimsuchten, haben alle aufrichtigen Vaterlandsfreunde in tiefen Schmerz und beklemmende Angst um die Zukunft ver-

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 12, S. 91.

²⁾ Ausführliches in „K. Kztg.“ 1922 Nr. 17, S. 133.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 9. August 1922.

setzt . . . Die erhabene Mission des Friedens und der Liebe läßt Uns nicht länger schweigen. . . . Möge Unser Friedensruf bei allen Unseren italienischen Söhnen williges Gehör finden! Der ungeheuerliche Sturm, der über die Erde ging, hat auch in Italien, vielleicht mehr als sonstwo, eine traurige Saat des Hasses und der Gewalttätigkeit ausgestreut und dazu in vielen Herzen die natürliche Abscheu vor dem Blutvergießen erstickt. Deshalb sehen Wir, wie die Parteizwiste sich mehren, wie die Parteien jeden Tag sich heftiger befehlen und bald von der einen, bald von der anderen Seite blutige Angriffe mit einem unbegrenzten Gefolge von Repressalien erfolgen, die das ganze soziale Leben untergraben. Daher ungeheurer Schaden, im Ausland, wo das Ansehen verloren geht, im Inneren sowohl in der materiellen, der wirtschaftlichen und finanziellen wie in der sittlichen und religiösen Ordnung, womit auch unvermeidlich ein geistiger Niedergang Hand in Hand gehen wird, wenn nicht rechtzeitig die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Rückkehr zu Gott und Beobachtung der Gesetze sind die Heilmittel."

In der Kabinettskrise des folgenden Juli mußte der „Osservatore“ ¹⁾ nochmals und wiederholt die Beschuldigung einer Einmischung des Vatikans zurückweisen, dem man immer wieder Verantwortungen aufbürden wollte, um die Schuld für die unbequeme Entwicklung der politischen Lage nicht sich selbst beimessen zu müssen.

In den letzten Septembertagen kamen die Dinge zum vollen Ausreifen. Der Liberalismus, seit dem Jahre 1870 herrschend und bemüht, die Unantastbarkeit seiner kirchenpolitischen Tradition um jeden Preis festzuhalten, kapitulierte widerstandslos vor dem Faschismus und würdelos trat er von der politischen Schau-bühne ab. Mehr als je mußte der Vatikan in jenen Tagen, da unbekannte Kräfte, welche ja in mehr als nur einigen Ausnahmefällen sich in schroffster Gegnerschaft gegen die Vertreter der Kirche gefallen hatten, die Staatsmacht an sich zu reißen im Begriffe standen, an seinem Standpunkte absoluter Fernhaltung von Parteipolitik festhalten. In einem Leitartikel, betitelt „Klare Stellungen“, hatte der „Osservatore Romano“ ²⁾ nochmals entschieden die Behauptung zurückgewiesen, es bestehe irgendeine

¹⁾ vom 22. und 26. Juli 1922.

²⁾ vom 20. Oktober 1922

Beziehung oder Abhängigkeit der Italienischen Volkspartei zum Vatikan. Und nicht zu dessen Schaden veröffentlichte „Giornale d'Italia“ ¹⁾ den Wortlaut eines vertraulichen Rundschreibens an den italienischen Episkopat, das die Beschuldigungen eines Einverständnisses zwischen Vatikan und Volkspartei als „falsch und böswillig“ bezeichnete, „wogegen der Heilige Stuhl niemals versäumt habe Einspruch zu erheben.“ Er gedenke „auch fernerhin seinem Grundsatz treu zu bleiben, der Volkspartei wie jeder anderen Partei stets fernzustehen, . . . obwohl er sich vorbehalte, ihr wie jeder anderen Partei gegenüber eine Haltung des Tadels einzunehmen, falls sie sich in Widerspruch zu den Grundsätzen der Religion oder der christlichen Sittenlehre setzen würde.“ Das Schreiben bringt dann nochmals die Instruktionen Leos XIII. an die böhmischen Bischöfe und die Benedikts XV. an die Belgier ²⁾ und Polen ³⁾ in Erinnerung, die auch von Pius XI. bestätigt wurden. Noch in allerletzter Stunde, am 29. September, veröffentlichte „Osservatore Romano“ ein letztes Schreiben des Hl. Vaters an die italienischen Bischöfe:

„Es sind erst wenige Monate her, daß Wir angesichts der Leiden und Bruderkämpfe, welche unser Land heimsuchen, einen warmen Aufruf an Euch richteten und Euch ermahnten, insbesondere Eure oberhirtliche Sorge dem Werke der Befriedigung der Gemüter und der Herzen zu widmen. Wir wissen gut, wie sehr Ihr Euch beeilt habt, Unserer väterlichen Einladung Folge zu leisten, aber leider ist die so sehr ersehnte Ruhe noch nicht bei dem geliebten Volke Italiens eingekehrt und Unser Herz ist von neuem schmerzlich berührt angesichts der immer schlimmeren Uebel, die sein materielles, sittliches und religiöses Wohlbefinden bedrohen und so immer mehr die Wiedergesundung der tiefen Wunden, der schmerzlichen Ueberreste langer Kriegsjahre verzögern. Getreu daher der Uns vom göttlichen Erlöser anvertrauten Sendung der Nächstenliebe fühlen Wir das gebieterische Bedürfnis, nochmals an alle jene, welche Bürger Italiens sind, ein Wort des Friedens und der Liebe zu richten. Im Namen jenes Brudersinnes, der alle vereint in der Liebe zu diesem von Gott so sehr gesegneten Lande, im Namen insbesondere der edelsten, weil übernatürlichen Blutsbande, die in der Religion Unseres Herrn Jesu Christi die Söhne Italiens in einer einzigen großen Familie

¹⁾ vom selben Tage.

²⁾ s. das Kapitel „Belgien“ und „Oss. Rom.“ vom 26./27. Dezbr. 1921.

³⁾ s. das Kapitel „Polen“ S. 258.

vereint, rufen Wir allen mit den Worten des hl. Stephanus (Act. VIII. 26) zu: Männer, Brüder seid ihr, weshalb schadet ihr einander?"

So hatte denn der Papst sein Möglichstes getan, um jeden Vorwand zu entfernen, der das erwartete Gewitter nach seiner Seite entladen und der Kirche Schaden bringen konnte. Auch hatte das abtretende Ministerium Facta noch soviel Tatkraft aufgebracht, um den Folgen einer Bedrohung und Gefährdung des Vatikans bewußt vorzubeugen; Polizei und Militär sperrten den Petersplatz ab, Maschinengewehre und selbst Drahtverhaue wehrten möglichen Angriffen des heranziehenden Faschistenheeres.

Die Haltung des Papstes wäre unvollständig gezeichnet, würde man sich in Rückschau auf jene Vorgänge nicht auch der Dinge erinnern, die am Tage seiner Wahl sich abspielten, beginnend mit seinem ersten Urbi et Orbi erteilten Segen.

Am 29. Oktober zog Mussolini an der Spitze seiner Schwarzhemden in Rom ein und ergriff das verwaiste Steuer des Staates, das ihm notgedrungen König Viktor Emanuel III. anbot. Er nahm sofort zwei Volksparteiler in seine Regierung auf und die Freimaurerei gab in einem öffentlichen Anschlage ihren Segen zur vollendeten Tatsache.

Ein Novum, das zu Schlüssen berechnete, war bereits am 4. November die von Mussolini angeordnete Siegesfeier mit einem feierlichen Hochamte in Santa Maria degli Angeli, zu dem außer dem Könige sämtliche Staatsminister und die höchsten Beamten „eingeladen“ waren. Einige Äußerungen des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri gegenüber einem Vertreter des „Journal“, ¹⁾ an sich durchaus sachliche Feststellungen, wie daß „die faschistische Bewegung eine Notwendigkeit war, da Italien der Anarchie zusteuerte“ und daß „der König weise gehandelt habe, als er sich den Ereignissen nicht widersetzte,“ sollten bereits „als eine im Werden begriffene Verständigung zwischen der neuen Regierung und dem bevollmächtigten Leiter der vatikanischen Politik anzusehen sein.“ ²⁾ Daneben gruppierte man die Tatsache, daß „Popolo d'Italia“, das ehemalige Organ Mussolinis, den übermütigen Faschisten den Rat gab, die kirchliche Hierarchie anzuerkennen und sich der Anordnung der Riten-Kongregation, daß Wimpel

¹⁾ s. „Kölnische Volkszeitung“ 1922 Nr. 887, Korrespondenz aus Rom.

²⁾ ebenda.

ohne religiöse Symbole nicht kirchlich geweiht werden dürften, zu fügen. Auch „soll“ die kirchliche Behörde weitgehende Bürgschaften seitens der Faschisten erhalten haben und die Behauptung, Mussolini habe dem Staatssekretär Pius' XI. seinen Amtsantritt angezeigt usw., wurde als „eine der Wahrheit nahekommende Annahme“ in die Welt hinausdeseschiert.¹⁾ So wurde selbst von einer Seite, die wohl Grund gehabt hätte, Tatsachen allein in ihrer unzweideutigen Sprache zu Wort kommen zu lassen und die Bemühungen des Heiligen Stuhles bezüglich seiner Haltung zu unterstützen, eine Darstellung verbreitet, welche mit der wahren Politik der Kurie gegenüber dem Faschismus nicht mehr im Einklange stand, mochte sie auch in einem noch so angesehenen katholischen Organe stehen.

Es kann an dieser Stelle nicht nachdrücklich genug betont werden, was an sich eine Selbstverständlichkeit ist, daß Mussolini, Faschismus und Regierung drei verschiedene Begriffe sind, die nicht willkürlich miteinander vertauscht werden dürfen und von denen ein jedes seine eigene Verantwortlichkeit zu tragen hat. Gegen den Faschismus z. B. richtete sich in jenen Tagen ein öffentlicher Protest des italienischen Klerusverbandes an die Regierung wegen der ungestraft fortdauernden faschistischen Gewalttätigkeiten gegen katholische Priester. Und derselbe Mussolini, der bei seinem ersten Auftreten in der Kammer „Gottes Beistand“ anrief, was seit 1870 keiner seiner Vorgänger für nötig gefunden hatte, sanktionierte den Raub des inzwischen wieder zurückgegebenen St. Josephs-Missions-Hauses in Brixen. Dagegen beschloß der Ministerrat im Dezember 1923, die mit dem Ankaufe des fürstlich Chigi'schen Palastes erworbene Bibliothek mit wichtigen Archivalien aus dem Pontifikate Alexanders VII. geschenkwiese der vatikanischen Bibliothek zu überweisen, und der Unterrichtsminister Gentile bekundete bereits seinen Entschluß, „den Religionsunterricht zur Hauptgrundlage des öffentlichen Erziehungswesens und des gesamten moralischen Wiederaufbaues des italienischen Geistes zu machen.“ Mussolini erläuterte um dieselbe Zeit dem (damals) geistig umnachteten Lorenzo Perosi seine Stellung zu Protestantismus und Katholizismus durch den Ausspruch: „Der Katholizismus ist universell und das italienische Volk muß seiner Natur nach beim Katholizismus bleiben und

¹⁾ ebenda.

wird es auch. Ich bin Katholik und ich glaube, daß zum Wohle des Landes und der Kirche der Katholizismus bleiben muß, wie er ist, nicht eingeeengt zur Staatsreligion . . . Italien wird politisch reformiert, religiös nicht!"¹⁾

Schon im Februar kam es zum Bruche mit der Freimaurerei. Ein Beschluß des faschistischen Großrates untersagte die Zugehörigkeit zu ihr, was praktisch natürlich ohne Wirkung war; die meisten, welche diese Trennung vollzogen, dürften insgeheim ihre Zugehörigkeit zur Loge beibehalten haben, und wie später die Untersuchung im Mateottiprozeß bewiesen hat, besaß das Freimaurertum selbst in den höchsten Spitzen der faschistischen Hierarchie in unmittelbarster Umgebung des Duce Mussolini noch seine sehr aktiven Anhänger, denen es immer wieder gelang, manche gute Absicht der besseren Elemente, an denen es ja dem Faschismus nicht gebrach, zu durchkreuzen. Es steht ja auch fest, daß viele Ausschreitungen von Faschisten begangen worden sind, um die befürchtete Annäherung zwischen Staat und Kirche zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten, von Faschisten, welche nach wie vor Freimaurer blieben und im Gehorsam gegen die geheimen Befehle ihrer Ordensoberen handelten. Es galt alles aufzuwenden, um die faschistische Bewegung im antiklerikalen Fahrwasser zu erhalten und der geheime wie offene Kampf, auch der auf dem politischen Boden, der sich seit zwei Jahren abspielt, wird letzten Endes durch diese Weltanschauungsgegensätze bestimmt. Schwere Fehler, die Mussolinis Bemühen entsprangen, den Faschismus den Fangarmen des traditionellen Parlamentarismus zu entziehen und unvereinbare Gegensätze zu vereinen, nämlich gleichzeitig konstitutionell-parlamentarisch und aktiv-faschistisch-diktatorisch zu regieren, drängten schließlich selbst die Italienische Volkspartei in die Opposition. Don Sturzo, ihr kluger Führer, besaß die Selbstverleugnung, im Hinblick auf die priesterliche Bindung gegenüber der Hierarchie und ihrem Oberhaupt, dem Papste, in dieser kritischen Lage sein Parteiamt niederzulegen und damit den Vorwand zu beseitigen, den faschistischen Kampfwillen gegen die Kirche zu kehren.

Wenn daher im Anfangsstadium der Herrschaft Mussolinis, also in der Zeit, da sein Kabinett noch Mitglieder der heute

¹⁾ s. „Momento" vom 29. Dezember 1922.

oppositionellen Italienischen Volkspartei aufwies, kirchlicherseits Bemühungen einsetzten die Richtung in ihrem Sinne zu beeinflussen, so wird kein Vernünftiger dagegen berechnigte Einwendungen erheben können. In diesem Sinne wollen die Worte gelten, welche Kardinal Vanutelli bei der von ihm in Anwesenheit Mussolinis vorgenommenen Trauung des Unterstaatssekretärs Finzi gesprochen hat, ¹⁾ indem er die Verdienste des Bräutigams erwähnte, sich das Vertrauen desjenigen erworben zu haben, „der durch seine hervorragenden Fähigkeiten als Regierungsmann, durch seinen klaren Verstand und seine unerschütterliche Tatkraft dazu bestimmt ist, der hauptsächlichste Führer bei dem Werke der allgemeinen Rettung des Vaterlandes zu sein. In ganz Italien wird er bereits begrüßt als der Wiederhersteller der Geschicke des Vaterlandes gemäß den glorreichen religiösen und bürgerlichen Ueberlieferungen der Nation. Wir sind ihm alle dankbar, daß er an diesem heiligen Ritus teilgenommen hat, und ich kann mich nicht enthalten ihm im Namen aller derjenigen, welche das Vaterland von Herzen lieben, den herzlichen und aufrichtigen Wunsch auszusprechen, es möge ihm mit Gottes Hilfe gelingen, die schweren Aufgaben, welche er mit Einsicht und Mut vor der Geschichte auf sich genommen hat, einem glücklichen Ziele zuzuführen.“ Die Behauptung eines vorherigen Einvernehmens des Sprechers mit Kardinal Gasparri wurde sofort vom Vatikan als unbegründet erklärt. ²⁾ Fast zur selben Zeit äußerte der Unterstaatssekretär Caradonna in Florenz, „die faschistische Regierung wünsche eine Annäherung zwischen Staat und Vatikan, der nicht als das Zentrum des Klerikalismus, sondern des Katholizismus betrachtet werde, d. h. der Kultur und der geistlichen Gewalt.“ ³⁾

Auf Grund der Tatsachen kann man damals (Anfang 1923) wohl von einer Annäherung der Regierung Mussolinis an die Kirche, noch nicht aber an den Vatikan sprechen. Diese Annäherung äußerte sich z. B. in dem wenn auch der Form nach privaten Besuche, den der kgl. Kommissär Cremonesi nach Absetzung des Freimaurer-Bürgermeisters der Stadt Rom dem Kardinalvikar machte, ferner in der Anordnung der Wiederanbringung der Kruzifixe in den Spitälern.

¹⁾ s. „Köln. Volkszeitung“ vom 2. März 1923.

²⁾ ebenda.

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 14 vom 5. April 1923.

Der April brachte den von Mussolini gewollten Bruch mit der Italienischen Volkspartei, welche es ablehnte, sich bedingungslos seinem Willen auszuliefern und „die Vergötterung der Nation und die Hingabe an eine pantheistische Staatsidee“, wie Don Sturzo in Turin erklärte, mitzumachen. „Popolo d' Italia“ drohte nun sofort mit der Entfachung eines „Antiklerikalismus, noch schlimmer als anno dazumal“ und beanspruchte das Papsttum „für ein italienisch-imperialistisch-christliches Weltreich“. Die unmittelbare Wirkung dieses Bruches war eine kleine Absplünderung von der Italienischen Volkspartei und die Bildung einer „katholischen nationalen“ politischen Gruppe unbedingter Anhänger des Faschismus, welche auf diese würdelose Weise dessen Wohlwollen für katholische Belange zu sichern vermeinten. Sie nannte sich „Nationalverband“, aber ihre Anbiederung an den Vatikan wurde prompt mit der Erklärung abgelehnt, „der Heilige Stuhl stehe dieser Bildung ebenso ferne wie jeder anderen politischen Partei“. ¹⁾ Die Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze und ihre Austragung mit Revolver, Dolch und Rizinusöl veranlaßte die Staatssekretarie am 25. April zu einem neuen Rundschreiben an die Bischöfe und durch sie an den Klerus: „S. Heiligkeit will, daß alle jene, welche in irgendeiner Weise die Interessen der Religion vertreten, sich an die Regeln strengster Klugheit halten und auch den Anschein der Begünstigung politischer Parteien meiden.“ ²⁾

Ein Regierungsdekret vom folgenden Tage, das die geistlichen Stiftungen noch mehr als bisher der Staatswillkür auslieferte, forderte den öffentlichen Protest des Klerusverbandes heraus und zeigte, daß man von voller Gerechtigkeit gegen die Kirche doch noch sehr weit entfernt war. Dagegen kam in der seit Jahren umstrittenen Frage des Staatsexamens katholischer Mittelschulen ein weiteres starkes Entgegenkommen gegen die Forderungen des kirchlich gesinnten Volksteiles zum Ausdruck. Leider tobte sich gleichzeitig im Lande immer mehr eine Sorte von Faschistentum aus, welches zu Pisa, Osimo, Florenz usw. sich gegen katholische Einrichtungen kehrte, die mit Politik gar nichts zu tun hatten, und das sich besonders wüst an den Bildern des Papstes und Kardinal Maffis (dessen stark nationale Gesinnung allgemein

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 14. April 1923.

²⁾ s. „Corriere d' Italia“ vom 4. Mai 1922.

bekannt ist) verging. „Der Heilige Vater hat mit lebhaftem Kummer die von Schandbuben unter dem Deckmantel der Faschisten verübte Invasion und Zerstörung . . . vernommen,“ schreibt Kardinal Gasparri an Erzbischof Kardinal Maffi von Pisa. ¹⁾ „Das Sichwiederholen dieser Verbrechen in verschiedenen Teilen Italiens erfüllt den Heiligen Vater mit lebhafter Sorge.... Die bürgerlichen und politischen Behörden haben diese verbrecherischen Machenschaften beklagt und auf solche Taten verdiente Strafen gesetzt, leider aber haben all diese Androhungen und dieses Mitleidsempfinden bis jetzt noch nicht den gewünschten Erfolg erzielt.“ Aber wie einst unter Facta blieben jetzt unter Mussolini all diese Verbrechen straflos und damit setzte die Erschütterung des Vertrauens zu Mussolini, das erneute Abbröckeln der Staatsautorität ein. Unter diesen Umständen mußten die Vertrauensbekundungen jenes „National-Verbandes“, der jetzt sogar das Prädikat katholisch sich vorzusetzen suchte, besonders anwidern, welche im römischen „Corriere d'Italia“ ihr Organ besitzen, seit dessen Chefredakteur, der Abg. Mattei-Gentili, zu ihnen übertrat. Dem Versuche der Aufrichtung dieser nominell katholischen politischen Partei trat jedoch wiederum sofort der „Osservatore Romano“ ²⁾ entgegen, indem er an das diesbezügliche strikte Verbot der geistlichen Behörde erinnerte und gegen einen derartigen Versuch protestierte. Und am 18./19. Juni wiederholte nochmals eine offiziöse Note, daß „der Heilige Stuhl über und außer den politischen Parteien und Debatten steht.“³⁾

Die faschistischen Plünderungen und Ueberfälle auf katholische Organisationen und ihre Einrichtungen, verbunden nur allzu oft mit Tötlichkeit und Mord, nahmen ihren Fortgang und im August erfüllte ein zu Argenta begangenes Verbrechen die Oeffentlichkeit mit neuem Entsetzen; der Erzpriester Don Minzoni, ein beliebter, eifriger, unpolitischer Seelsorger, dekorierter Kriegsteilnehmer, wurde nachts überfallen und ihm mit Stockschlägen der Schädel eingeschlagen. (Anderthalb Jahre ruhte jede Strafverfolgung seitens der Behörden; erst im Dezember 1924 wurden in Verbindung mit dem Matteotti-Prozesse die Täter, Faschisten, festgenommen und die Strafverfolgung eingeleitet.)

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 31, S. 256.

²⁾ vom 26. Juli 1923.

³⁾ Eine erneute Note vom 26. Juli im „Oss. Rom.“ tritt nochmals dieser Parteigründung scharf entgegen.

Der 20. September, Nationalfeiertag zur Erinnerung an die Einnahme Roms, kam heran; er mußte den Faschismus, besser gesagt die verantwortlich regierenden Faschisten zwingen, Farbe gegenüber dem Papsttume zu bekennen, denn an diesem Tage zog man ja zur Bresche an der Porta Pia und seit fünfzig Jahren hatte man sich wiederholt, daß durch jenes Loch in der Mauer das Licht in die Stadt der Finsternis eingezogen sei. Hier standen sich eine Tradition und das Papsttum in schroffem Gegensatz: Auge in Auge gegenüber. Den Auftakt in der üblichen Tonart gab ein öffentlicher Anschlag des Groß-Orients, aber -- das Orchester fiel nicht ein, denn selbst die dissentierende Freimaurerei (schottischen Ritus) trat zustimmend der religiösen Politik des neuen Italien bei, „das nicht verfolge, sondern den Glauben achte,“ und die Republikaner begrüßten bereits „die Versöhnung zwischen Gott und Volk unter der Vertretung des Papstes und des Königs von Italien.“ Gewiß, man zog zur Bresche, aber der Ton war ein anderer geworden, so sehr, daß das Bild des sich im Grabe umdrehenden Ernesto Nathan angebracht wäre. „Im Jahre 1870 schloß ein geschichtlicher Zyklus, . . . und wie der September 1870 das Papsttum nicht verneinte, den höchsten Sitz geistlicher Souveränität, dem das Volk von Rom und das ganze italienische Volk ergeben huldigte, so gedenkt der Oktober 1922 (Einmarsch der Faschisten) den sittlichen Wert der religiösen Gesinnung anzuerkennen und hochzuhalten, indem er der katholischen Kirche höchstes Ansehen verleiht.“ So der kgl. Kommissär Cremonesi.¹⁾ In Palermo starb der Unterstaatssekretär Lupi: „Als die politische Herrschaft Roms über die Völker verloren ging, bewahrtest du unbestritten immer noch die Herrschaft des Geistes. Dafür sorgte das Gesetz des Evangeliums, anvertraut den Händen des Stellvertreters Christi, das universelle Gesetz christlichen Glaubens und unermesslicher Liebe. . . . Die politische Tatsache des 20. September können wir unter keinem anderen Gesichtspunkte betrachten als unter dem einer unabwendbaren, fatalen geschichtlichen Notwendigkeit. . . . Diese politische Tatsache herabzusetzen auf den armseligen Umfang eines Gebietsproblems, oder noch schlimmer, auf einen Zusammenstoß zweier miteinander wetteifernder Mächte, heißt die Würde Roms herabsetzen und die

¹⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 21. September 1923.

Heiligkeit der Kirche besudeln. Wir haben glücklicherweise diese kurzsichtige und ärmliche Auffassung des römischen Problems überwunden.“¹⁾

Es möchte scheinen, als wäre bisher die Gegenseite, nämlich der Vatikan nicht zu Wort gekommen. Dem ist aber nicht so, denn wo immer irgendeine Kundgebung von seiner Seite hervortrat, wurde sie getreulich herangezogen. Wir haben es also mit einer gewollten großen, aber auch begreiflichen Zurückhaltung zu tun, welche im Grunde genommen von dem Fortbestehen der Römischen Frage diktiert wurde. Wie sie in dieses Verhältnis zu jener Zeit hereingriff, werden wir im folgenden Kapitel sehen. Wir dürften, was diesen 20. September betrifft, die Anschauungen des Hl. Stuhles wohl in den Worten finden, die ihm der „Osservatore Romano“²⁾ gewidmet hat. Er stellt mit Befriedigung den Fortschritt gegen früher fest. „Den inhaltsleeren Worten und heute von niemanden mehr verstandenen Phrasen stehen jetzt die Tatsachen selbst gegenüber, darunter auch jene, daß sich die allgemeine Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß beim Wiederaufbau Italiens der religiöse Gedanke gar nicht ausgeschaltet werden könne und dürfe; das ist nicht etwa nur Regierungsprogramm, sondern Gemeingut aller Gewissen, so zwar, daß eben auch die Regierung davon durchdrungen ist. Die abgestandenen Fanfarnaden des Groß-Orients aber dienen nur dazu um den Abgrund, der sich gegenüber der Vergangenheit aufgetan hat, noch schärfer hervortreten zu lassen. Umso lebhafter und tiefer ist heute der Wunsch nach jener geistlichen und religiösen Befriedung, die im Leben und im Fortschritte eines jeden Volkes die erste und mächtigste Bedingung sicherer Eroberungen ist . . . und daher als Mahnung und Versprechen eines neuen und größeren Glückes erscheint.“

Den erfreulich klingenden Worten der offiziellen Redner des 20. September entsprach am 19. September auch eine Tat, die Veröffentlichung des Reformprogrammes des Unterrichts-Ministers Gentile mit der Wiederherstellung der christlichen Staatsvolksschule. Dieses Gesetz beginnt mit den Worten:

„Zur Grundlage und Krönung des Volksschulunterrichts in allen seinen Stufen ist der Unter-

¹⁾ s. „Corriere d' Italia“ vom 21. September 1923.

²⁾ vom 21. September 1923.

richt in der christlichen Lehre entsprechend ihrer in der katholischen Ueberlieferung erhaltenen Form gelegt.

Die Erteilung des Religionsunterrichts soll in der Regel durch den Lehrer erfolgen, doch können auch andere Personen, Laien und Geistliche, dazu herangezogen werden; das Urteil über die Befähigung liegt in den Händen der zuständigen kirchlichen Behörde."

Mussolini selbst äußerte sich dazu in einer dem Vertreter des „Echo de Paris" gewährten Unterredung: ¹⁾ „Was nottut, ist Zucht, ist Gehorsam, ist aber auch Achtung vor dem Ueberlieferten und der Religion. Ein Volk ist sittlich gut, wenn es religiös ist, und wenn es sittlich gut ist, wird es auch stark sein. Italien ist katholisch und ich habe in den Schulen den Religionsunterricht eingeführt; man betritt das Schulzimmer und betet das Vater-unser und wird dann in die Heilige Schrift eingeführt. Aber das Gesetz will, daß dieser Unterricht nicht nach Gutdünken erteilt wird, sondern nach den Vorschriften der katholischen Glaubenslehre von Geistlichen und Lehrern, die der kirchlichen Behörde genehm sind. . . . Unsere Beziehungen zum Hl. Stuhle sind die besten und unsererseits sehr entgegenkommend; es wäre eine Ungeheuerlichkeit, zu verlangen, wir sollten eine derartige, zweitausendjährige Macht ignorieren, deren Einfluß jeden Tag größer wird und sich über vierhundert Millionen Seelen erstreckt."

Ein Vorkommnis an sich geringfügiger Natur zeigte auch, wie gewaltig der Antiklerikalismus an Boden eingebüßt hat. Die eigens zum Zwecke seiner Pflege, Verbreitung und Betätigung von der Freimaurerei gegründete Vereinigung „Giordano Bruno" mit Sektionen in vielen Städten hatte in den letzten Jahren kein Lebenszeichen mehr gegeben, sodaß ein Dr. Frosini es versuchte, sie wieder aus ihrem Schlafe zu erwecken. Auf sein an alle Mitglieder versandtes Rundschreiben, „den Kampf gegen die Unterdrückung des freien Gedankens" wieder aufzunehmen, erhielt er keine einzige Antwort mehr, sodaß er resigniert bekannte: Gegen den Vatikan Krieg zu führen, wie man das einst tat, ist heute einfach lächerlich. ²⁾

Neben der Schule war in Italien, der sog. Terza Italia, die Familie Gegenstand der zähesten Bekämpfung seitens des

¹⁾ s. „Corriere d'Italia" vom 6. Oktober 1923.

²⁾ s. „K. Kztg." 1923, Nr. 48 S. 396.

regierenden Freidenkertums gewesen; oft und oft wurde der Sturm versucht gegen die Unauflöslichkeit der Ehe und für die Einführung der Ehescheidung, und obwohl der kirchlich gesinnte Volksteil ein halbes Jahrhundert von jeder Vertretung im Parlamente ausgeschlossen war, wagte keine Regierung das Experiment gegen den in diesem Punkte geschlossenen Willen des italienischen Volkes. Trotzdem nahm erst der Justizminister Oviglio des Kabinetts Mussolini einen entschiedenen Standpunkt ein. Der vollständige Mangel an Entschiedenheit in allen Weltanschauungsfragen (mit Ausnahme der Stellung gegen den Papst) war ja überhaupt das Charakteristische des herrschenden Liberalismus gewesen. „Was ist denn tatsächlich dieser Parlaments- und Wahl-liberalismus der letzten Jahrzehnte anderes als der theoretische und praktische Versuch, das Finden eines Mittelweges zwischen dem Wahren und dem Falschen, dem Vernünftigen und dem Absurden? Der Liberale ist ein Mensch, der Gott und dem Teufel dienen will, aber in Wirklichkeit doch nur seiner eigenen Selbstsucht dient; er ist ständig auf der Suche nach Formeln, welche die Widersprüche vereinen, er denkt nicht, lebt kein Eigenleben, packt nichts an, übernimmt keine Verantwortung und gibt immer denen Recht, die am gewalttätigsten und zahlreichsten sind.“¹⁾ Der Faschismus aber hat doch wenigstens das eine für sich: die entschiedene Stellungnahme; er verwischt nicht Trennungslinien, sondern zieht sie. So auch Oviglio am 27. November 1923 im italienischen Senate: „Die Unauflöslichkeit der Ehe“, sagte er,²⁾ „ist ein Grundsatz, der mehr noch als im Rechtsbewußtsein in der Gesinnung unseres Volkes liegt. Daran darf nicht gerührt werden, weder offen noch auf irgendwelchen krummen Wegen. Die Familie als Einrichtung ist bei uns fest begründet und von religiöser Achtung umgeben. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß sie mit derselben Unnächgiebigkeit verteidigt werden muß, mit der man den Bestand unseres Vaterlandes verteidigt.“

Auch der Verbreitung des katholischen Glaubens, dem Missionswesen, gegenüber traten in jenen Tagen Anzeichen eines vollständigen Umschwunges hervor. Wäre schon der Ausdruck offiziellen Beileides durch den Ministerpräsidenten an den

¹⁾ s. „Vita e Pensiero“ anno VIII. vol. XIII. fasc. 113 „L' Ora che volge“ S. 708.

²⁾ s. „Italia“ 1923 Nr. 281.

Franziskaner-General anlässlich der Ermordung des in China getöteten Missionärs P. Melotto vordem etwas Udenkbares gewesen, ¹⁾ so bedeutete der Besuch des kgl. Gouverneurs von Italienisch-Somaliland im Vatikan einen radikalen Bruch mit der ganzen bisherigen Kolonial-Kirchenpolitik Italiens. Gerade in jener Kolonie hatte sich das freimaurerische Beamtentum so recht ausgetobt und den Trinitarier-Missionären die Tätigkeit unmöglich gemacht; lange konnte der Obere P. Leander nur versteckt und verfolgt seine kleine Herde betreuen. Und nun erscheint der Gouverneur De Vecchi persönlich beim Kardinal-Staatssekretär, um für die Zukunft alles auf das Verhältnis zwischen Mission und Staat Bezügliche zu vereinbaren und es frei auszusprechen, er beabsichtige künftighin der apostolischen Tätigkeit der Missionäre die kräftigste Stütze zu bieten und sie von jenen sektiererischen Beschränkungen zu befreien, die bisher ihr Wirken behindert und in der Entwicklung gestört hatten. ²⁾

Aber immer und immer wieder klingen Mißtöne durch, zerstören neue Ausschreitungen und Gewalttaten zuchtloser Faschistenbanden und mehr noch die Untätigkeit der Staatsbehörden gegenüber den von Faschisten begangenen schweren Gesetzesverletzungen das Vertrauen des Volkes zu dem neuen Regimente und bestärken den von seinen Gegnern verbreiteten Eindruck: alles ist Politik. Fälle wie der zu Fiesse, wo der Pfarrer ohne Anlaß verprügelt und verjagt wurde, die Polizei die Verteidiger des Angegriffenen festnahm und, nachdem die vom Bischofe vorgenommene Untersuchung die völlige Schuldlosigkeit des Priesters ergeben hatte, die Staatsbehörde ihm die Rückkehr verbot und der Justizminister ihm das Gehalt entzog, rissen nieder, was an Gutem mühsam und mutvoll aufgebaut wurde. Auch bezüglich der kirchlichen Stiftungen, die der Staat größtenteils zum Besten der Verwaltungsbeamten sich unterstellt hatte, ging der Unterrichtsminister Gentile Wege, welche geradezu eine Verhöhnung seiner eigenen Versprechungen und Versicherungen waren. ³⁾

Wieder wird man fragen: was sagte der Vatikan dazu? Es war Papst Pius XI. selbst, der nun das Wort ergriff, um mit

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1923 Nr. 51./52. S. 429.

²⁾ ebenda .

³⁾ s. „Italia“ vom 27. Februar 1924. „Wiederaufleben des Josephinismus“.

größtem Nachdrucke den Standpunkt der Kirche zur Geltung zu bringen. Im Geheimen Konsistorium vom 24. März widmete er einen Abschnitt seiner Ansprache an das Heilige Kollegium diesen Dingen; wir geben ihn hiemit ungekürzt wieder: ¹⁾

„Wenn Wir Uns in der Nähe umsehen, können Wir gewiß nicht umhin Uns darüber zu freuen, das Kreuz, das Zeichen und ausdrucksvollste Andenken der Erlösung, wie auch den Unterricht in der christlichen Lehre wieder in die Volksschule einziehen zu sehen, wo die Kinder, die Lieblinge des Erlösers und göttlichen Meisters, die erste Einführung ins Leben erfahren und die ersten Elemente des Wissens in sich aufnehmen. Doch sind Wir nicht ohne Besorgnisse, und wenn Wir auch auf die nötige Vorbereitung vertrauen, auf die Redlichkeit und didaktische Gewissenhaftigkeit jener, welche den Auftrag haben, diesen Unterricht anzuordnen und zu erteilen, so zwingt Uns dennoch die Pflicht des apostolischen Amtes, Unseren ehrwürdigen Brüdern, den Bischöfen Italiens und ihrem Klerus wie auch Unseren geliebten Kindern, den Vätern und Familienmüttern zu empfehlen, in nichts von ihrem Rechte und ihrer Pflicht der Mitwirkung und Aufsicht abzugehen, denn es handelt sich um etwas von größter Wichtigkeit und schwerster Verantwortlichkeit, wovon zum großen Teile das Schicksal nicht sowohl der Kirche, welche über die ganze Welt verbreitet ist und göttliche Verheißungen in dieser Zeitlichkeit besitzt, als auch der Familie, der Gesellschaft und des Landes abhängt, welche ganz unvermeidbar und unentrinnbar morgen das ernten werden, was heute gesäet wird, Wahrheit oder Irrtum, das wahre und echte Christentum oder das Heidentum, was soviel bedeutet wie wahre Zivilisation oder schreckliche Barbarei und Entehrung, wenn sie auch in Glanz oder in die Hülle materiellen Fortschrittes sich kleidet.“

„Nicht nur Besorgnis, sondern wahre und tiefe Trauer bereiten uns die häufigen Szenen von Gewalt unter Bürgern desselben schönen und gebildeten Landes, unter solchen, welche selbst nur eine Mauer und ein Graben umschließt. Und diese Szenen sind umso besorgniserregender und umso trauriger, wenn sich die Gewalt gegen Stätten, Dinge und heilige Personen oder gegen Einrichtungen kehrt, die, wenn sie auch nicht ausdrücklich heiliger und religiöser Natur sind, dennoch in engsten Beziehungen zur Religion und zur heiligen Hierarchie stehen, mit ihr zusammenarbeiten oder unter ihrer Leitung in mannigfacher Form an der katholischen Erziehung und Bildung der Einzelnen, der Familie und der Gesellschaft hoch erhaben über dem Parteistreite und politischen Interessen wirken. Die

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 24./25. März 1924.

Klarheit und der Nachdruck, mit dem Wir weithin und mit allen Uns zur Verfügung stehenden Mitteln verkündet und Vorsorge getroffen haben, daß niemand Mißbrauch treibe mit der religiösen Autorität und Aktion zu rein politischen Zwecken und solchen des Parteiwesens, geben Uns das Recht wie Wir auch die Pflicht haben, nicht weniger nachdrücklich die der Religion zugefügten Beleidigungen und ihren Personen, Dingen und Einrichtungen angehanen Gewalttaten, sei es unter der Flagge oder unter dem Vorwande politischer Gründe zu verurteilen."

„Nicht weniger erfreulich und nicht wenig tröstlich ist Uns gewiß das, was bereits geschehen ist oder unmittelbar bevorsteht, nämlich die Aufhebung — wolle Gott, es handle sich um eine radikale Revision! — gesetzgeberischer Anordnungen, welche schwere Drohungen für die frommen Stiftungen im allgemeinen und für die Kultuslegats im besonderen bedeuten, sowie auch jener Verordnungen, die wenn auch nur auf ein Jahr die Erhöhung der Bezüge des Klerus ausdehnen oder die dem göttlichen Dienste geweihten oder der geistlichen Fürsorge des christlichen Volkes sich widmenden Personen vom Militärdienste befreien. Wir können jedoch keineswegs und wäre es auch durch Unser Schweigen den Vorwand liefern, daß man denke oder annehme, die Kirche und der Heilige Stuhl hätten jemals auf das Recht in einer Sache, welche so ausschließlich ihrer Zuständigkeit untersteht, verzichtet oder es anderen abgetreten, oder als würde sie Zugeständnisse, die bisher sichtbar wurden, als etwas anderes aufnehmen denn als Teilrückerstattungen."

Der März brachte Neuwahlen nach dem vom Minister Acerbo ausgearbeiteten Gesetze, das der Unterdrückung der Wahlfreiheit gleichkam und durch das sich die Regierung ohne Rücksicht auf den wahren Volkswillen im voraus die Zweidrittelmehrheit zuerkannte, um gegebenenfalls auch die Verfassung nach ihrer Willkür abzuändern. Zahlreiche von der Oppositionspresse vorgebrachte Einzelfälle lassen erkennen, daß vielfach jener Terror gegen die Wähler angewandt ward, ohne den der Faschismus nachgerade undenkbar erscheint. Zur vollen Entfaltung aber kam er erst nach dem Wahltag. Trotz vielfacher rechtzeitiger Verständigung der Sicherheitsbehörden, die auch diesmal wieder die untätigen Zuschauer machten, wurden besonders in der Lombardei, in den Bezirken Brianza und Como, aber auch in anderen Teilen des Landes Dutzende von katholischen Vereinshäusern und Lokalen, christliche Konsumgenossenschaften und Sekretariate, kurz Insti-

tutionen vollkommen unpolitischer Natur überfallen, geplündert, zerstört, ausgebrannt, wobei mit ganz besonderem Vandalismus gegen Kruzifixe, Heiligen- und Papstbilder gewütet wurde. Die Lebensmittelvorräte der Konsumvereine wurden vernichtet oder ungenießbar gemacht und zwar geschah all das in jenen Orten, welche starke Wahlziffern für die Italienische Volkspartei aufgebracht hatten. Um dieselbe Stunde hielt der Ministerpräsident vom Balkon des Palazzo Chigi in Rom eine Ansprache an seine Faschisten um den Sieg zu feiern. „Je größer der Sieg,“ sagte er, „desto höher die Pflichten der Arbeit, der Disziplin und der nationalen Eintracht.“

An diese schönen Worte anknüpfend gab das Organ des Heiligen Stuhles, der „Osservatore Romano“ ¹⁾ die geduldig geübte Zurückhaltung nunmehr auf. Er schrieb: „Die Vertreter der Autorität müßten endlich einmal verstehen, welches das Hauptproblem der inneren Lage Italiens ist. Es ist absurd, daß unter einer festbegründeten Regierung und Staatsautorität solche Unternehmungen gerade von denen ausgehen, die doppelten Grund hätten, das Beispiel von Disziplin zu geben. . . Wo liegt der Fehler? . . . Bei den Vertretern der öffentlichen Gewalt, welche allzu oft entweder abwesend oder selbst parteiisch sind; daher die Straflosigkeit . . . und das Bewußtsein derselben. Ohne diese gefährliche Psychologie läßt sich nicht erklären, wie heute nach anderthalb Jahren faschistischer Herrschaft bei unumschränkter Verfügung über alle gesetzlichen Machtmittel, bei voller Abhängigkeit der Lokalbehörden aller Grade von der Zentralgewalt es immer noch eine so große Zahl von Staatsbürgern und Parteigrüppchen gibt, die ungestört in ihrem Terrorismus fortfahren. . . Die Statistik beweist, daß die Angriffe zum Schaden der Katholiken bei weitem größer an Zahl wie an Umfang sind als jene zum Nachteile der politischen Opposition. . . Man appelliert an die Eintracht, aber es werde endlich einmal Eintracht!“

Am 12. April griff Papst Pius XI. selbst zur Feder und richtete durch seinen Staatssekretär an den Präsidenten des Verbandes der katholischen Jugend, der zumeist geschädigt war, ein Schreiben: „Er heiße die gerechten Worte des Schmerzes, des Bedauerns und der klugen Ermahnung vollkommen gut . . . und ermutige die

¹⁾ vom 12. April 1924, Nr. 187.

liebe Jugend, festzustehen in der Anhänglichkeit an den Statthalter Christi und in der Durchführung seines Programmes aufrichtig christlichen Wiederaufbaues, vertrauend, daß jene Gewalttaten bald aufhören werden, welche gewiß nicht dem Ansehen eines gesitteten Volkes zum Vorteile gereichen." ¹⁾ Gleichzeitig überwies wies der Papst aus den ihm persönlich zur Verfügung stehenden Mitteln eine halbe Million Lire für die Geschädigten.

Es sei hier keine Apologie Mussolinis oder des Faschismus geschrieben, aber um auch das Verhalten des Gegenspielers, des Heiligen Stuhles richtig zu beurteilen, ist ein tieferes Verständnis so mancher Vorgänge nötig.

Die kirchenpolitische Richtung des Kabinetts Mussolini hat ihm einen Gegner zum Todfeinde gemacht, die Freimaurerei; für diese ihre Gesinnung liegt mehr als ein Beweis vor. Ihre Mittel im Kampfe sind in ihrer sittlichen Skrupellosigkeit längst geschichtlich erwiesen. Das neapolitanische Blatt „Mattino“ hat nun gerade in diesem Falle darauf hingewiesen, daß die Befehle zu diesen Ausschreitungen von faschistischen Führern ausgingen, die notorisch immer noch der Loge angehören und durch Hervorrufung dieser fortgesetzten Ausschreitungen gegen katholische Institutionen den offenen Bruch zwischen der Kurie und der Regierung Mussolinis herbeizuführen bezweckten. Höchst eigenartig ist auch, daß bis zu jenem Datum trotz der offenen Feindschaft niemals eine Ausschreitung gegen eine Freimaurerloge vorgekommen ist. Es steht ganz außer Zweifel, daß diese Geheimgesellschaft trotz ihrer scheinbaren Untätigkeit insgeheim im höchsten Grade aktiv war. Man kann nicht dagegen einwenden, Mussolini sei ja doch ebenfalls Freimaurer, sogar des 33. Grades, denn zwischen jener Richtung, der er angehört, nämlich der sog. schottischen, und der von der Großloge (Sitz Palazzo Giustiani) vertretenen besteht ebenfalls bitterste Feindschaft und eine bestreitet der anderen die Orthodoxie und das Daseinsrecht. Und die politisch eingestellte ist die letztere. Auch für die Straflosigkeit faschistischer Missetäter, die der Staatsautorität so ungeheuren Abbruch tut, dürfte nicht ohne Bedeutung die Tatsache sein, daß wohl in keinem Stande die Loge mehr Anhänger besitzt, als in der Justiz, und wenn z. B. im Falle des faschistischen Mörders Regazzi die striktesten Befehle des Justiz- und Innen-Ministers von den

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 15. April 1924.

untergebenen Organen ignoriert blieben und ersterer persönlich an Ort und Stelle einzugreifen sich gezwungen sah, um dem Skandal ein Ende zu machen, so beweist dies, daß nicht in jedem Falle die volle Verantwortung auf die Regierung bzw. ihre obersten Spitzen fällt. An Stoff zur Erweiterung dieser Einschreibung würde es wahrlich nicht fehlen.

Es wird sich noch Gelegenheit bieten, kurz auf diese Seite des politischen Lebens Italiens unter Mussolini zurückzukommen; für den Augenblick sei nur bemerkt, daß im Juli 1924 plötzlich eine unerhörte Verschärfung der Gegensätze dadurch eintrat, daß der sozialistische Abgeordnete Matteotti auf der Straße überfallen, verschleppt und ermordet wurde, ein Verbrechen, das zwar von durchaus echten Faschisten ausgeführt, Anzeichen freimaurerischen Ursprunges aufweist und in raffiniertester Weise darauf angelegt war, Mussolini und den Faschismus moralisch in den Augen des In- und Auslandes vollständig zu erschüttern und zu kompromittieren.

Der Empfang der Witwe des Ermordeten durch Pius XI. mußte unterbleiben, da sich bereits Anzeichen einer gegen Mussolini gerichteten politischen Interpretation dieses rein humanitär gedachten Aktes bemerkbar machten, während vatikanischerseits alles aufgeboten wurde, beruhigend zu wirken. So bemühte sich der „Osservatore Romano“ ¹⁾ auf die Gefahr hinzuweisen, daß durch Ueberreizung der Volksstimmung die Tätigkeit der Justiz eine Beeinflussung erfahren würde, denn wüßte diese die Existenz des Staates auf dem Spiele, so würde sie kaum wagen durchzugreifen.

Inzwischen tobte sich zu Mantua faschistischer Terror gegen das dortige katholische Blatt „Il Giornale“, seine Mitarbeiter, Inserenten und Bezieher aus, Faenza wurde der Schauplatz neuer Untaten. Zu Fiesse machte die Justiz einmal Ernst, indem auf Verfügung der Regierung der Pfarrer wieder in sein Amt eingesetzt und der örtliche Fascio aufgelöst wurde. In dem Bestreben die Basis seines Kabinetts zu erweitern, hatte Mussolini auch zwei Mitglieder der „Unione Nazionale“ als Unterstaatssekretäre aufgenommen, worauf sofort wieder das Gerede von den dadurch hergestellten Beziehungen zum Vatikan einsetzte; nochmals trat

¹⁾ Nr. 147 vom 25. Juni 1924.

daher dieser der Behauptung scharf entgegen und schüttelte die jetzt sich „Centro Nazionale“ nennende Partei von sich ab.¹⁾

Ein Novum stellte es dar, daß ein ausgesprochen katholisches Blatt eine Unterredung mit einem kgl. italienischen Minister veröffentlichte, die zweifellos von jenem nicht gesucht war. In der Florentiner „Unità Cattolica“²⁾ ergriff der neue Innenminister Federzoni (Nationalist) das Wort, um seine Absichten darzulegen; er wolle:

„innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit und des Regierungsprogrammes zu einem immer besseren Zusammenarbeiten mit den gesunden Kräften des italienischen Katholizismus kommen. Die Regierung Mussolinis habe seit ihren Anfängen die klare Absicht bekundet, in Italien die Freiheit und das Ansehen der katholischen Religion wiederherzustellen. Sowohl in der Schulpolitik wie in der ausgesprochenen religiösen Politik habe seine Tätigkeit eine gegenüber der Vergangenheit wesentlich neue Richtung eingeschlagen. . . Dies habe der faschistischen Regierung die entschiedene Abneigung der internationalen Freimaurerei eingetragen, welche nicht erst die jüngsten schmerzlichsten Vorkommnisse (Ermordung Matteottis. D. V.) abgewartet habe, um jene zu bekunden, sondern sich diese zunutze gemacht hat, um, wie wir es heute sehen, Italien mit allen Mitteln zu umklammern und zu ersticken. Was ihn als Minister des Inneren betreffe, so werde er fortfahren, die bisherige Richtung zu verfolgen.“ Bezüglich der frommen Stiftungen werde der bisherige beunruhigende Kurs aufgegeben und dem Willen der Erblasser Rechnung getragen. Auch erkenne die Regierung die außerordentlich hohe Bedeutung des Heiligen Jahres an, dessen Begehung Rom und Italien Gelegenheit geben werde, „ihre glänzende Tradition der Gastfreundschaft, ihren hohen Geist der Gesittung und ihre Gefühle der Herzlichkeit gegen alle, welche aus der ganzen Welt herbeikommen werden, aufs neue zu bestätigen.“ —

Gerechtigkeit gebietet auch festzustellen, daß der Unterrichtsminister der Mailänder katholischen Herz-Jesu-Universität um

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 192 vom 17. August 1924. Schon am 15. Jan. 1924 hatte sich dieser neuerdings gegen den Versuch dieser Partei-gruppe gewendet, sich politisch auf katholisch-konfessionelle Grundlage zu stellen und damit den Papst in die Gefahr zu bringen, in politische Verantwortungen hineingezogen zu werden.

²⁾ s. „Italia“ Nr. 175 vom 22. Juli 1924.

jene Zeit das volle Oeffentlichkeitsrecht verlieh und sie mit den staatlichen Universitäten gleichstellte. —

Italiens Katholiken nun waren in ihrem kirchlich gesinnten Teile politisch gespalten; die Anhänger der Italienischen Volkspartei, die weit überwiegende Mehrheit, teilten den Standpunkt ihrer Führer, welche mit einem baldigen Zusammenbruche des Faschismus rechnend die zwangsläufige Uebernahme der Regierung durch die beiden stärksten Oppositionsparteien, also Volkspartei und Sozialisten, an sich herantreten sahen und sich bereits darauf einrichteten. (Die Oppositionsparteien, wie wir sahen, eine Minderheit von nicht ganz einem Drittel, hatten sich nach der Ermordung Matteottis solidarisch erklärt und unter Protest bis zur Erfüllung ihrer Mindestforderungen konstitutioneller Freiheit das Parlament verlassen.) Das Centro Nazionale, ein Häuflein Offiziere ohne Gefolge, ging mit dem Faschismus durch Dick und Dünn und fand kein Wort des Tadels für die ununterbrochene Kette von Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten. Angesichts dieser Sachlage ergriff der Papst beim Empfange katholischer Hochschüler, welche vom Eucharistischen Kongreß in Palermo zurückgekehrt waren, am 9. September 1924 das Wort zur Bekundung seines Willens über Politik im allgemeinen und unter Bezugnahme auf Italien im besonderen:¹⁾

„Man beruft sich auf die Zusammenarbeit der Katholiken mit den Sozialisten in anderen Ländern, aber wenig gewohnt zu unterscheiden, verwechselt man voneinander ganz verschiedene Sachlagen. Abgesehen von der Verschiedenheit der äußeren Umstände und der geschichtlichen, politischen und religiösen Verhältnisse ist es doch nicht dasselbe, ob man sich gegenüber einer bereits zur Macht gelangten Partei befindet oder ob man dieser Partei den Weg freimacht und ihr die Möglichkeit zur Macht zu gelangen verschafft. Und es ist für das Herz des Vaters wahrlich schmerzlich, gute Söhne und gute Katholiken sich trennen und gegenseitig bekämpfen zu sehen. Weshalb im Namen der katholischen Interessen verpflichten oder sich verpflichtet halten dort mitzumachen, wo man auf dem Boden der Akonfessionalität steht, welche von selbst dazu führen würde, auch von der katholischen Konfession Umgang zu nehmen?“

„Doch verstehen wir uns recht: es ziemt sich auch nicht für Katholiken, die Gewalt zum System zu erheben, die Bedrohung zu verewigen und die Verwirrung und die Gleich-

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 212 vom 10. Sept. 1924.

setzung des gemeinsamen Wohles mit dem des einzelnen fortzusetzen sowie eine Lage der Dinge wie der Geister zu begünstigen, welche zu schmerzlichen Gegensätzen und heillosen Folgen für das Gemeinwohl führen muß. Wäre es nicht ersprißlicher, ja notwendiger und pflichtgemäßer für alle Katholiken, zur Grundlage ihres Tuns auch in der Politik die großen Grundsätze des Glaubens und der Religion zu machen, zu denen sie sich bekennen und denen sie in keiner Lebenslage sich entziehen können noch dürfen? . . ."

Diese Worte fanden naturgemäß ein sehr lebhaftes Echo ¹⁾ und führten dazu, daß die Volkspartei weitere Erörterungen über ein politisches Zusammengehen mit den Sozialisten einstellte. Don Sturzo, bisher ihr geistiges Oberhaupt, hatte den Befürchtungen des Vatikans, sein priesterliches Gewand könne als Vorwand benützt werden, daß der parteipolitische Gegensatz sich auf die Kirche übertrage und diese trotz aller Anstrengungen, sie davon fernzuhalten, in den Wirbel der politischen Leidenschaften und ihrer Folgen mithineinreißen könnte, Rechnung getragen und sich weiterer Führung begeben; er hat ein lobenswertes Beispiel von Disziplin gegeben, das im schroffen Gegensatze zu dem Murris, seines Kampfgenossen in den Anfangsjahren der christlichen Demokratie Italiens, steht. Bekanntlich hat dieser mit dem Abfall von der Kirche ein sehr unrühmliches Ende genommen.

Der 20. September 1924 bedeutete selbst gegen das Vorjahr noch einen wesentlichen Fortschritt. Ein faschistischer Wink, man wolle diesmal keine grünen Freimaurerfahnen mehr sehen, genügte, die seit 1870 führend sich beteiligenden „Brüder“ der Logen sich nicht mehr zeigen zu lassen. Der kgl. Kommissär Cremonesi hielt in Gegenwart Mussolinis die Festrede an der Bresche und fragte: „Welcher Italiener, der wahrhaftig sein Vaterland liebt, verkennt das Papsttum? Wer unter uns verehrt nicht jene Institution, die das Erbe des Kaiserreiches antrat, es zu neuer Harmonie vereinigte und Rom von neuem zum ewigen Ziele der zahllosen Massen ohne Namen, wie der höchsten Geister, der glühendsten Herzen machte?"

Faschistische Ausschreitungen in Foligno boten leider dem Papste von neuem Ursache zu Klagen, aber diesmal auch zu der Feststellung, daß beide Teile die Schuld treffe, da es seitens der

¹⁾ Wir registrieren daraus den Artikel der „Unità Cattolica“ über „Die Katholiken und die Politik“, den sich „Oss. Rom.“ Nr. 291 uneingeschränkt zu eigen machte.

Katholiken nicht an Provokationen in Wort und Schrift gefehlt habe. So ziehen sich die Gegensätze und Widersprüche fort und fort. Wir sehen, wie auch in den Mittelschulen die Anbringung des Kreuzes verfügt wird, und wir hören Mussolini in Vicenza sich an die Menge wenden, sie möge sich durch friedliche Arbeit und innere Besserung den Sieg verdienen. „Nicht aus oberflächlicher Huldigung habe ich heute in der Kirche mein Knie gebeugt, sondern in der innersten Ueberzeugung, daß eine Nation nur groß werden kann, wenn sie sich auf die Religion stützt und diese als eine wesentliche Sache ihres öffentlichen und privaten Lebens betrachtet.“¹⁾ Für die Kolonie Somaliland erbittet sich die Regierung von der Propaganda selbst Consolata-Missionäre und daneben wächst die Liste der Opfer faschistischer Gewalttaten. Noch im Oktober fällt ihnen ein Priester, Don Grandi, zum Opfer; katholische Vereinshäuser zu Sampierdarena werden verwüstet und zu Artegna tobt sich faschistischer Terror gegen wehrlose Katholiken aus, weil sie konfessionell-kirchlich organisiert sind. Immer wieder muß der „Osservatore Romano“²⁾ die Untätigkeit der Sicherheitsbehörden beklagen, um schließlich zur Organisierung geschlossener Selbsthilfe aufzufordern.

Hat die Kirche den Aufstieg des Faschismus begünstigt? „Avanti“ hatte dies behauptet und das Organ des Heiligen Stuhles³⁾ richtete an ihn die Aufforderung zu sagen, wann, wie, wo und wodurch das geschehen sein solle; andernfalls sei die Behauptung eine Verleumdung. „Die Kirche ließ zu, daß Priester und Tausende von Arbeitern bedroht, geschlagen, verjagt und getötet wurden“, setzt das sozialistisch-maximalistische Organ seine Anklage fort, um die Antwort zu erhalten,⁴⁾ daß die Kirche bezüglich des „Zulassens“ nur eine einzige Waffe besitze und von ihr habe sie in reichlichstem Maße Gebrauch gemacht, wovon selbst päpstliche Allökutionen Zeugnis gaben. Die dritte Anklage lautete: als die Italienische Volkspartei Miene machte, ihre Opposition gegen den Faschismus zu verschärfen, ermutigte der Papst zur Bildung des „Centro Nazionale“. Die Antwort darauf kann sich der Leser selbst geben, denn er kennt das

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1924 Nr. 43 S. 272.

²⁾ v. 19. Okt. 1924.

³⁾ vom 5. Okt. 1924.

⁴⁾ ebenda.

reichlich halbe Dutzend von Gegenerklärungen des Vatikans gegen diese politische Gruppe.

Noch im selben Monate Oktober traf die Regierung mit dem General der Minoriten ein schriftliches Abkommen, das seinem Orden den Konvent des hl. Franziskus zu Assisi, das kostbare Heiligtum der seraphischen Familie, das einst die Freimaurerregierung Ruggero Bonghis geraubt und profaniert hatte, zum 700 jährigen Jubiläum des Ordens zurückzukaufen ermöglicht; zwei Monate später stellte der Minister des Innern des Kabinetts Mussolini den Oratorianern ihr Heiligtum, das Oratorium des hl. Philipp Neri, die Gründung ihres Stifters, zurück. Ein Regierungsdekret setzt für das Mittelschulprogramm an Stelle von Kant die Einführung von Texten des hl. Augustinus, Thomas von Aquin und Anselm, während gleichzeitig die Jahreswende ein neues Aufflammen des Parteihasses mit neuen Zerstörungen katholischer Unternehmungen zu Pisa und Arezzo u. a. O. brachte, welche Kardinal Maffi an die Regierung drahten ließen: „Als Bischof habe ich geweint, als Italiener habe ich mich geschämt!“

Die Ueberführung der Leiche Leos XIII. nach dem Lateran in der Verschwiegenheit der Nacht legte dem „Osservatore Romano“ ¹⁾ das Urteil über die Regierung in den Mund: „Wir können indessen aussprechen, daß, obschon nicht im geringsten an den Gesinnungen und Vorsätzen zu zweifeln ist, von denen sich das Haupt der Regierung in seiner Antwort hätte führen lassen, wenn ihm Wünsche (wie sie die „Tribuna“ unzutreffenderweise meldete. D. V.) übermittelt worden wären, keinerlei derartiger Auftrag seitens der Staatssekretarie erteilt worden ist.“

Ein weiterer Beleg, welche Gefühle Papst Pius XI. auch für Italien selbst, das ja seine irdische Heimat ist, beseelen, besteht in jenen Worten der Encyklika Ubi Arcano Dei, welche sich im Kapitel über die Römische Frage finden. ²⁾

Der Jahresanfang 1925 brachte einen seit langem vorbereiteten Schlag gegen die geheime Macht, welche seit über einem halben Jahrhundert das Verhältnis zwischen Kirche und Staat vergiftet, die Entchristlichung und Entsittlichung des Volkes gefördert und sich durch schamlose Korruption auf Kosten von Staat und Volk gemästet hat, gegen die Freimaurerei und jede Art von Geheim-

¹⁾ vom 25. Okt. 1924.

²⁾ s. S. 533.

gesellschaft. Mussolini traf damit auch alles, was sich zur Feindschaft gegen die Kirche Christi in Italien verschworen hatte und eben jetzt auf internationaler Basis den Kulturkampf auf der gesamten Weltfront zu entfesseln sich anschickte.

Ganz in der Richtung der neuen Gemeindepolitik lag auch die Wiederanbringung des vergoldeten Kreuzes auf dem Turm des kapitolinischen Palastes, der die höchste Erhebung, den Kernpunkt des historischen Roms überragend krönt; es war im Jahre 1882 von den freimaurerischen Machhabern anlässlich einer Reparatur stillschweigend beseitigt worden.

Am 24. Dezember 1924 hatte Papst Pius XI. das sogenannte Heilige Jahr eröffnet. Die Stadt hatte es nicht an Vorbereitungen fehlen lassen, um den erwarteten gewaltigen Zustrom von Pilgerscharen aus der ganzen Welt gebührend aufzunehmen und für zureichende Unterkunft und Beförderung zu sorgen. Auch Mussolini glaubte es an einer scharfen Warnung nicht fehlen lassen zu dürfen. Es sei nötig, erklärte er beim Zusammentritte des faschistischen Direktoriums am 1. Dezember,¹⁾ daß die Faschisten in keinerlei Weise auch nur den allergeringsten Anlaß zur Störung der öffentlichen Ordnung gäben. Der Zweck des internationalen Verleumdungsfeldzugs gegen Italien sei, das Hl. Jahr zu sabotieren, was soviel heiße wie das Ansehen Italiens auf der Welt möglichst zu schädigen und die heikle Lage zwischen dem italienischen Staate und dem Hl. Stuhle zu erschweren.

Mit dem Beginn von 1925 legte die Regierung Hand an ein kirchenpolitisches Werk von großer Tragweite, indem sie eine Kommission zur Reform der staatlichen Kirchengesetzgebung einsetzte, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes sein sollte. Gegenstand der Reform ist die kirchliche Vermögensverwaltung (die bisher der Kirche vollkommen entzogen ist), die Rechtslage der religiösen Orden und Kongregationen sowie Placet und Exequatur. Unter dem Vorsitze des Unterstaatssekretärs Mattei-Gentili wurden drei Rechtsgelehrte in Vertretung des Staates und zur Geltendmachung des kirchlichen Standpunktes in der zur Beratung stehenden Materie auch drei erfahrene höhere Geistliche berufen, die Kommission zu bilden. Wie immer, wob journalistische Phantasie sofort ein ganzes Netz von Fäden um

¹⁾ s. „Italia“ vom 2. Dezember 1925.

diesen Wesenskern und „machte“ wieder einmal unbekümmert um die Tatsachen in Römischer Frage. „Giornale d'Italia“ z. B. ließ die drei in die Kommission berufenen Prälaten sofort „in offiziellem Gewande im Palaste der Regierung Italiens nichts geringeres als die Beziehungen zwischen Kirche und Staat diskutieren.“ Daher rückte der „Osservatore“ ¹⁾ die Dinge der Wahrheit gemäß zurecht. „Es ist nicht wahr, daß die drei Prälaten . . . eine offizielle Teilnahme seitens der Kirche darstellen. . . . Sie gehören vielmehr je einer der drei großen Patriarchal-Basiliken an, in deren Interessenvertretung sie sich Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt haben und sehr wohl imstande sind, durch ihr Verständnis und ihre Fähigkeiten die Interessen des ganzen römischen und italienischen Klerus zu vertreten; daher fiel die Wahl auf sie, an der Kommission teilzunehmen. Sie bekleiden jedoch keinerlei kirchliches leitendes Amt in der römischen Kurie noch auch sind sie mit einem Mandate zur Vertretung des Hl. Stuhles bekleidet. Wir können sogar beifügen, daß die Tatsache für niemanden ein Geheimnis ist, daß vor ihnen andere sehr würdige Prälaten eingeladen worden sind, in die Kommission einzutreten, jedoch gebeten haben, eben mit Rücksicht darauf, daß sie leitende Stellungen in der römischen Kurie innehaben, möge man von ihnen Umgang nehmen. . . . Sie haben auch keinen Auftrag vom Hl. Stuhle, sondern sind von der italienischen Regierung unmittelbar ernannt. . .“

Im Namen der Regierung gab der Justizminister Rocco im Senate vom 24. Januar ²⁾ nähere Auskünfte, nachdem der Senator Scialoja als Wortführer des abgehausten antiklerikalen Liberalismus bitter Klage geführt hatte, daß nicht einmal ein Fachmann wie Ruffini (Erzfreimaurer!) als „Vertreter der glorreichen liberalen Tradition“ Gnade gefunden habe ³⁾ Rocco erwiderte u. a.:

„Was die Kirchenpolitik betrifft, erachte ich jene für gut, welche auf eine Neuordnung und Wiederherstellung des kirchlichen Patrimoniums abzielt; man muß den Vorstehern des

¹⁾ Nr. 39 vom 16./17. Februar 1925.

²⁾ s. „Italia“ vom 25. Januar 1926.

³⁾ Im „Giornale d'Italia“ goß Finocchiaro-Aprile, gleichfalls Fachmann für Staatskirchentum und Logentum, sein bekümmertes Herz aus und schloß, man müsse zur wahren und echten Tradition Camillo Cavours zurückkehren, welche auch die des italienischen Liberalismus sei. S. „Oss. Rom.“ 1925 Nr. 30.

Kultes der katholischen Religion, welche die des Staates ist, die zum Leben nötigen Subsistenzmittel und Rechtsbedingungen sichern. In seinem Regierungsprogramm hat der Ministerpräsident die Religion der Achtung versichert und ich habe in der Kammer bereits die Reform der Verwaltung des Kirchenvermögens versprochen. . . Unsere Neuordnung kann nicht rein administrativen Charakters sein; es handelt sich darum, eine neue Kirchenpolitik zu machen. Man muß daher das Patrimonium der Kirche nach dem Gedanken des Gesetzgebers von 1871 wiederherstellen, indem wir der Kirche die außerordentliche Steuer von 30 Prozent, die der Staat von ihr erhob, wieder zurückgeben. Das, was der Kultusfonds an sich genommen hat, könnte in diesem Falle als Ausgleich dienen; diese 60 Prozent mit den 30 Prozent erlassener Steuern würden dann eine nahezu vollständige Wiederherstellung des Patrimoniums in seinem ursprünglichen Umfang darstellen."

Gegen Scialoja erklärte Rocco unzweideutig: die Hereinnahme Ruffinis in die Kommission hätte deren Bestand gefährdet; man brauche übrigens auch Leute, die draußen das Kritisieren besorgen. Er halte den Antiklerikalismus alten Stils für überwunden, der sein Daseinsrecht besessen habe, als Italien ohne und gegen die Kirche seine Einheit herstellte. Heute sei die ganze Regierungspolitik geleitet vom Geiste der Erkenntnis, daß der unheilbare Gegensatz nachgerade an seinem Ende angelangt sei; sie anerkenne auch den geschichtlichen und nationalen Wert des Katholizismus und der römisch-katholischen Kirche. Dies sei der Leitgedanke der gegenwärtigen Regierung, was aber nicht eine Politik des Verzichtes bedeute. Was das Exequatur, das Plazet und das Problem der Anerkennung der Kongregationen betreffe, so würden die Fragen mit Bedacht geprüft und mit dem festen Vorsatze dem Rechte des Senates in keiner Weise vorzugreifen.

Am 13. Februar 1925 trat die Reform-Kommission zum erstenmal zusammen und es zeigte sich, daß die drei Prälaten Monsignore Talamo, Capitani und Cisterna zur Teilnahme berufen waren. In einem vom „Osservatore“ ¹⁾ übernommenen ausführlichen Artikel der „Civiltà Cattolica“ wurden das sehr umfangreiche kirchliche Sündenregister des kirchlichen Staates sowie die Desiderata aufgezählt, deren Erfüllung der Kirche zwar noch keine bevorrechtete Stellung gäbe, wohl aber sie von unwürdigen Fesseln und Rechtsverweigerungen erlösen würde. Zur Frage der kirchlichen Vermögensverwaltung nahm ein gleichfalls vom vati-

¹⁾ Nr. 110 vom 13. Mai 1925.

kanischen Tagesorgan ¹⁾ übernommener Artikel der „Civiltà Cattolica“ ²⁾ noch im Juli eingehend Stellung.

Im Oktober war über die Ergebnisse der Kommissionsberatungen soviel in die Öffentlichkeit gelangt, daß man über den Umfang der Reformen einen Ueberblick gewinnen konnte. „Wenn es seitens der italienischen Katholiken erlaubt und auch pflichtgemäß ist,“ schrieb die „Civiltà Cattolica“ ³⁾ „sich zu freuen, weil endlich von der Regierung die Notwendigkeit anerkannt wird, eine dem göttlichen Gesetze widersprechende und die Gesetze der Kirche verletzende Gesetzgebung zu reformieren, wäre es immerhin eine grobe Unklugheit, sich jeden Zweifels bezüglich der realen Absichten des gegenwärtigen Gesetzgebers zu entschlagen und auf jeden eventuellen Vorbehalt zu verzichten. . . . Wenn nun die Dinge in Wahrheit so stehen würden (wie verbreitet wird) wäre die Reform höchst unvollkommen, weil sie nicht die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche achtete, sich den Grundsätzen der katholischen Lehre widersetze, dem im ersten Verfassungsartikel ausgedrückten Staatsgrundgesetze widerspräche und daher niemals die Zustimmung und Gutheißung der italienischen Katholiken finden könnte.“

So trieben die Dinge ihrer Reife zu und Anfang des Jahres 1926 gelangte ein Auszug aus dem endgültigen Entwurfe in die Presse. ⁴⁾ Zu ihm hat vor allem in prinzipieller Hinsicht der Papst selbst, wie wir am Ende sehen werden, Stellung genommen. Ob er Gesetz wird, muß die nahe Zukunft zeigen; die Frage ist offen und solange nicht Endgültiges beschlossen ist, der Entwurf also noch Abänderungen oder gar der Verwerfung unterliegt, ist es zwecklos, seinen Inhalt festzuhalten und ihn hier wiederzugeben.

Eine Wirkung des Heiligen Jahres war die Abnahme der faschistischen Ausschreitungen, wenngleich es an einzelnen, sogar schweren Rückfällen nicht fehlte. Auch kann nicht geleugnet werden, daß der Staat noch viel zu sehr darüber hinweg sah, das Gesetz anzuwenden, wenn Faschisten die Täter waren. Mußte

¹⁾ vom 5. und 6. Juli 1925.

²⁾ Nr. 152/3.

³⁾ s. „Italia“ vom 10. Oktober 1925.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 10. Januar 1926, deutsch z. T. wiedergegeben in „Augsb. Postzeitung“ vom 15. Januar 1926.

doch der Justizminister Oviglio selbst unverantwortlichen Einflüssen der faschistischen Hierarchie weichen, weil unter ihm Faschisten verurteilt worden waren. In den Fällen der Ermordung Regazzinis und des Erzpriesters Don Minzoni wurden die Täter, Faschisten, trotz erwiesener Schuld freigesprochen, weil die Geschworenen die Rache der Faschisten fürchteten. Mit welchen Schwierigkeiten aber das Eingreifen der Staatsautorität unter Umständen verbunden war, zeigte der Fall von Palmira.¹⁾ Behufs Wiedereinsetzung des von den Faschisten zu Unrecht und gewaltsam vertriebenen Ortspfarrers mußte in monatelangem Kampfe erst der Präfekt von Potenza abgesetzt, der politische Sekretär der faschistischen Provinzorganisation zur Demission gezwungen, der Quästor (Polizeileiter) versetzt und der Bürgermeister von Palmira abgesetzt werden; es bedurfte der ganzen Energie des Ministers des Innern, um seinen Anordnungen Gehorsam zu verschaffen. Und es muß auch aus gleicher Zeit, vom 23. Januar, die Tatsache registriert werden, daß zwischen dem Vertreter des calabresischen Episkopates und dem Minister für öffentliche Arbeiten das Abkommen geschlossen wurde, wonach für den Aufbau der seit über zehn Jahren in Trümmern liegenden Kirchen der calabresischen Erdbebenzone 20 Millionen als erste Rate bereitgestellt wurden. Auch für die Kathedrale in Tripolis leistete die Regierung über eine halbe Million Lire Zuschuß. Und fast am selben Tage, da Scialoja im Senat noch einmal eine Attacke gegen die Jesuiten ritt, um noch mit diesem letzten Schreckmittel Eindruck zu machen, gab die Regierung dem Jesuitenorden das ihm im Jahre 1870 weggenommene historische Professhaus, das noch der hl. Ignatius in Verbindung mit der Kirche Al Gesù errichtet hatte, zurück.

Im Juni kam es zu Montà bei Padua zu neuen faschistischen Ausschreitungen gegen friedliche Katholiken und in der folgenden Polemik gegen den „Corriere Padano“ verurteilte der „Osservatore“ vom 14. Juni nochmals „alle Gewalttaten, von wem immer sie begangen werden.“ Auch der Hl. Vater äußerte sich in einer Ansprache an Pilger aus Perugia, „wie peinlich ihm die weder menschlichem, noch christlichem, noch, um alles zu sagen, italienischem Wesen entsprechenden Gewalttaten seien, die in mehr oder weniger nahen oder fernen Städten, ja sogar in Rom selbst

¹⁾ s. „Italia“ vom 5. Januar 1925.

immer noch gegen Personen, Anstalten und Dinge verübt werden, von denen jedermann wisse, wie lieb sie ihm seien . . . ; sie seien auch umso bedauerlicher und wären schon längst verschwunden, wenn sie, wie es sich gehörte, verhindert und bestraft würden. . . ." ¹⁾

Auf dem V. Kongreß der faschistischen Partei in Rom am 21. Juni ergriff daher auch Mussolini selbst das Wort, und was er sagte, bildete den Anlaß zu einer weit ausgreifenden Diskussion; er führte aus:

„Ich glaube vielmehr, daß ihr alle darin einig seid, die sinnlose brutale Gewalt abzulehnen, die wir nicht begreifen, wohl aber niederschlagen müssen. (Erste Version!) Das schwarze Hemd ist nicht das Alltagshemd und kann nur von jenen getragen werden, die auf der Brust das blaue Band haben. Für mich ist die Gewalttat etwas tief Moralisches, moralischer als der Kompromiß und der Ausgleich, aber es ist nötig, daß sie stets von einer Idee geleitet werde; vor allem darf nicht Gewalt gegen jene angewendet werden, die eher aus Unwissenheit denn aus Schuld handeln.“ („Italia" vom 23. Juni 1925.)

Eine erste Erwiderung brachte „Oss. Rom." vom 24. Juni, um zwei Tage später nochmals darauf zu verweisen, daß demnach Gewalttaten gegen katholische Institutionen, sobald ihr Motiv der faschistische Gedanke sei, als „etwas tief Moralisches" anerkannt wären. Am 2. Juli replizierte das vatikanische Organ auf weitere gegnerische Einwürfe und Crispolti wies darauf hin („Oss. Rom." vom 9. Juli), daß nach Mussolinis Worten auch der Königsmord gerechtfertigt wäre. Den Abg. Martire vom „Centro Nazionale" auch in diesem Falle wieder auf Seiten Mussolinis und seines Standpunktes zu finden, wird kaum mehr wundernehmen. Wie die sittliche Berechtigung faschistischer Gewalttätigkeit, vom „Oss. Rom." am 17. Juli nochmals abgelehnt, in den Reihen der Faschisten aufgefaßt wurde, nämlich als unbestreitbare Tatsache, dafür boten noch im Juli neue viel schwerere Ausschreitungen zu Spezia, Caserta, Florenz und Parma (22. u. 23. Juli) die Beweise, sodaß sich am 26. Juli der Innenminister Federzoni veranlaßt sah, in einer Rede in Brescia wiederum im besonderen Auftrage Mussolinis an die faschistische Disziplin zu appellieren, ²⁾ an die Pflicht zu begreifen, zu gehorchen und mitzu-

¹⁾ s. „Italia" vom 20. Juni 1925.

²⁾ s. „Oss. Rom." vom 26./27. Juli.

arbeiten. Und die Partei der Missetäter „prüfte genau die Lage in Parma, lehnte für sich die Geschehnisse ab, bedauerte lebhaft die Zerstörungen und lud den Provinzialverband der Faschisten ein die Urheber festzustellen und den Justizbehörden anzuzeigen.“¹⁾ Das Tagesorgan des Hl. Stuhles wies in seinem Leitartikel (vom 29. Juli, den Minister darauf hin, daß seine bedauernden Erklärungen die Oeffentlichkeit nicht zu beruhigen imstande seien, denn solche Worte habe man schon oft gehört, indes immer neue Ausschreitungen einander folgten. Die Ursache müsse man an höchster Stelle (bei Mussolini! D. V.) suchen, denn in seiner Rede wurden „die von einer Idee geleiteten Gewalttaten“, wie es die faschistischen seien, als „tief moralisch“ bezeichnet. Möge der Redner das auch nicht genau so gemeint haben, aber von seinen Anhängern würden seine Worte nun einmal so aufgefaßt, wie sie klängen, während die vom Blatte des Vatikans geforderte genaue Umschreibung ausgeblieben sei. Es handle sich immer um Gesetzesverletzungen und der Faschismus sei heute so mächtig, daß die Entschuldigung eines Hinweises auf gegnerische Bedrohung hinfällig sei. Auch dringe das Echo der fortgesetzten Missetaten gegen katholische unpolitische Einrichtungen auch ins Ausland und man könne sich denken, was der Auslandskatholizismus von Italien halten müsse.

Nun ergriff der faschistische Generalsekretär Farinacci, der die verkörperte Maßlosigkeit selbst war, das Wort und schrieb, „daß wir zum xtenmal wiederholen, daß Regierung und Partei stets die törichten und daher schädlichen Gewalttaten bedauert haben . . .“, aber dabei ist es eben wiederum geblieben. Die faschistische Presse zeigte auch ihrerseits gegen das vatikanische Organ eine Gereiztheit und Erbitterung über diese ständigen und berechtigten Zurechtweisungen,²⁾ die als neue Aufreizung wirkte. In Reggio Emilia verbot der Präfekt eine eucharistische Prozession, katholische Blätter wurden beschlagnahmt, in Sorrent eine kirchliche Funktion gesprengt. Darauf warf der Papst selbst nochmals sein Wort in die Wagschale, indem er am 17. August beim Empfange von 8000 Mailänder Arbeiter-Pilgern in seiner Ansprache sagte: „Es ist euch schon zugestoßen und wird euch

¹⁾ „Oss. Rom.“ vom 29. Juli.

²⁾ Beispiele s. „Oss. Rom.“ und „Italia“ vom 9. August 1925.

vielleicht noch zustoßen, daß ihr (für Christi Ehre und die Treue zur Kirche zu dulden) die Probe ablegen müßt, wann ihr, um die Ehre eures Namens als Christen zu verteidigen, Zielscheibe und Opfer grimmer Gewalttätigkeit sein, die Feigheit der Menschenfurcht überwinden, auf falsche Freude und leichten Gewinn verzichten müßt, um der Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit die Treue zu wahren, nicht den Lockungen falscher Lehren das Ohr zu leihen, sondern ihnen zu widerstehen¹⁾ . . ." Diese Sätze richteten sich zugleich gegen die schon damals drohenden Bestrebungen des regierenden Faschismus, die gesamte italienische Gewerkschaftsbewegung zu monopolisieren und die gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit zu beseitigen.²⁾ Nun wählte sich Farinacci als Podium für seine Erwiderung Desio, den Geburtsort des Hl. Vaters selbst, um von dort aus gewissermaßen den Schlußpunkt unter die faschistische Theorie der sittlichen Berechtigung der Gewaltanwendung zu setzen. Er begann mit einer Warnung vor einer „pazifistischen Offensive“ mithilfe „eines allzu gewöhnlichen und überlebten Wortes, der „Eintracht“, sandte dann „an das Oberhaupt der Kirche aus seinem Geburtsorte im Angesichte seiner Mitbürger einen Gruß, den Gruß des Faschisten, denn der Faschismus habe in Italien die Religion verteidigt, ihre Wertschätzung wiederhergestellt, den Gruß auch eines Italieners, der stolz darauf sei, im ewigen Rom jenes Oberhaupt zu besitzen, dem sich die Blicke und die Herzen der ganzen Welt zuwenden.“ Dann polemisierte er gegen „ein römisches Blatt,“ den „Osservatore Romano“, der „sich damit vergnüge, die Tätigkeit der faschistischen Partei zu bekämpfen und ein paar alberne Einzelfälle von Gewalttätigkeiten hervorzukehren, um daraus eine Anklage gegen die ganze Partei zu machen.“ Der Redner verstieg sich zu der Ungeheuerlichkeit, dem Blatt eine Mitschuld an den ehemaligen kommunistischen Exzessen beizumessen, ihm sein Wohlwollen gegen die Italienische Volkspartei vorzuwerfen, die „sich jüngst mit der Freimaurerei verbündet habe“, um „sich am Papste zu rächen, weil er nicht Stellung gegen den Faschismus genommen habe.“ (Eine objektive Unwahrheit, während Farinacci

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 17./18. August 1925, Nr. 189.

²⁾ Vgl. den Artikel „Contro la violazione, l'abnegazione“ im „Oss. Rom.“ vom 21. August 1925.

verheimlichte, daß er selbst noch kurz vorher Freimaurer war und niemals aus seiner Loge ausgetreten ist.) „Was wir tun, ist nicht Gewalttat, es ist Kraft in Verteidigung der Nation!“ Er strich dann die Verdienste des Faschismus um die Interessen der Kirche, des Kultes, des Klerus heraus und versicherte bezüglich des letzteren, er müsse unbedingt die Politik von seinem Amte fernhalten.¹⁾ Der „Osservatore“ replizierte kurz, er werde jederzeit seine Stimme erheben, wo die Grundsätze es erheischen, und was seine Kritik betreffe, werde er diese verantworten, aber nur vor dem, dem das Recht und die Autorität zusteht, die Signor Farinacci in seiner Kritik nicht zu beachten scheine.²⁾ Mussolini selbst schloß dann die Polemik mit einem Artikel in der faschistischen „Gerarchia“,³⁾ in dem er schrieb, noch ein Punkt müsse geklärt werden: die Gewalttat. Bezugnehmend auf seine erste diesbezügliche Rede kommt er zu dem Schlusse: „Wenn aber die Partei der Revolution (d. h. die faschistische, D. V.) die Macht in Händen hat, darf die Anwendung der Gewalt nur mit den Mitteln und ausschließlich zu den Zwecken des Staates geschehen. Die Partei muß sich darauf beschränken, für die Ausübung dieser Staatsgewalt eine Atmosphäre der Sympathie zu schaffen und zu erhalten. Die private, individuelle, unkontrollierbare Gewalttat ist antifaschistisch.“

Die rastlosen Bemühungen der kirchlichen Autorität, die als katholische Aktion zusammengefaßte vielgestaltige Betätigung der italienischen Katholiken auf religiösem, kirchlichem, caritativem und sozialem Gebiete von allen irgendwie politischen Einflüssen freizuhalten, liegen natürlich ihrer ganzen Natur nach außerhalb der Sphäre des Politischen selbst und entziehen sich demgemäß einer Darstellung in diesem Buche. Im August 1925 hatte sich nun innerhalb des katholischen Jugendverbandes eine „Welfen-Partei“ als „Vorhutbewegung der katholisch-nationalistischen Jugend“ gebildet und sich unter dem Titel „Savonarola“ und „Parte Guelfa“ Organe geschaffen. Infolge der unzweideutigen und scharfen Mißbilligung, die der Hl. Stuhl dem Unternehmen

¹⁾ s. „Italia“ vom 25. August 1925.

²⁾ Ein paar Tage später predigte Farinacci den neapolitanischen Faschistinnen u. a., der Faschismus sei eine — Religion.

Vgl. „Italia“ 1925 Nr. 220.

³⁾ vom 23. Oktober 1925.

durch den „Osservatore Romano“¹⁾ aussprach, wurde sofort das Erscheinen der Blätter eingestellt.²⁾

In jener Zeit nun trat in der Wendung, die die italienische Regierungspolitik durch den Aufstieg des Faschismus zur Macht genommen hat und sich auch für das deutsche Südtirol leider fast haarscharf mit der von der ganzen Welt verurteilten früheren preußischen Polenpolitik deckt, insoferne ein Wandel ein, als seine psychopathische Steigerung des nationalen Bewußtseins ihn von der bisher eingehaltenen Linie seiner Kirchenpolitik abweichen und zum Grundsatz des gerade vom Faschismus „endgültig begrabenen“ Liberalismus, nämlich der Souveränität des Staates über die Kirche, zurückkehren ließ. Schon im Jahre 1920 hatte die Regierung den Vatikan wissen lassen, daß sie eine Einschränkung der Grenzen der Diözese Brixen, die historisch auch fast ganz Nordtirol einschlossen, auf das italienische Staatsgebiet wünsche, und der Vatikan, der sich zur Vermeidung künftiger endloser Konflikte nach dem Kriege selbst auf den Boden des z. B. auch im Konkordate mit Polen (Art. XXVI.) niedergelegten Grundsatzes gestellt hat, trat dem Wunsche bei. Auf dringende Vorstellungen und Bitten hin machte Papst Benedikt XV. den Beschluß jedoch rückgängig und schuf das Provisorium der Apostolischen Administratur Nordtirol und Vorarlberg.³⁾ Als nun in den deutschen Dekanaten des Bistums Trient eine lebhaft, vom Volkswillen getragene Bewegung entstand, die Angliederung an das deutsche Bistum Brixen verlangte, entschied man sich 1921 in Rom für die Lösung, den deutschen Anteil Trients mit Brixen zu vereinigen und Nordtirol zu einer eigenen Diözese zu machen, obschon sich Bischof Waitz gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen hatte. Die Angleichung an die politischen Grenzen sei Grundsatz. Trotzdem entsprach der Papst nochmals den ihm vorgetragenen Bitten und beauftragte die zuständige Kongregation, die Angelegenheit von neuem zu untersuchen. Bischof Waitz sondierte auch die Regierung — es war noch nicht die

¹⁾ vom 26. und 27. August 1925.

²⁾ Ueber „Katholische Aktion und politische Betätigung“ s. die beiden Artikel unter diesem Titel im „Oss. Rom.“ vom 9. und 10. Oktober 1925.

³⁾ Wir folgen hier den Erklärungen des Ap. Administrators, Bischof Dr. Waitzs, in seiner Sylvesterpredigt zu Feldkirch und seinen Erklärungen in Innsbruck, wiedergegeben im „Tiroler Anzeiger“ Nr. 5 und 7 vom 8. bzw. 11. Jänner 1926.

Mussolinis! — und erhielt vom Minister Salata zur Antwort: „Die Diözese Brixen wird geteilt. . . Im übrigen, wenn der Vatikan nicht will, werden wir deswegen mit ihm keinen Krieg beginnen.“ Als dann die Ernennung des neuen Fürstbischofs vollzogen wurde, geschah es mit dem Vorbehalte, „die Grenzen der Diözese zu ändern, wann und wo es Uns belieben wird.“ Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß mit Ausnahme von Kaltern und Neumarkt die deutschen Dekanate Brixen zugeteilt werden. Gegen diese Ausnahme erhob sich bei den Südtiroler Deutschen Widerstand, dem der Vatikan stattgab. Inzwischen war aber Mussolini ans Staatsruder gelangt, der im Parlament sofort schärfsten Protest dagegen einlegte, worauf zur Vermeidung eines Konfliktes — ein Funke konnte den Faschismus damals zur Explosion in der Richtung gegen den Vatikan bringen — die Durchführung des Dekretes einstweilen aufgehoben wurde. Ende 1925 wurde dann nach Ablauf des fünfjährigen Provisoriums Nordtirol zur autonomen Administratur innerhalb der Salzburger Metropole erhoben.

Schon im Sommer 1925 meldeten sich in Südtirol die ersten Windstöße des heranziehenden faschistischen Kulturkampfes. Als der Fürstbischof von Brixen gemäß der Weisung des Vatikans die Forderung der örtlichen faschistischen Autokraten, das italienische Königsfest durch ein Te Deum zu feiern, ablehnte, erließen die Schulbehörden am 9. Juni ein allgemeines Verbot der Teilnahme an der Fronleichnamsprozession.¹⁾ Im September finden wir unter den Beschlüssen des Vereins zur Verbreitung des Italienerturns „Dante Alighieri“ die Forderung der Zerreißung der Diözese Brixen (Abtrennung Nordtirols von Südtirol); in allen Kirchen müsse italienischer Gottesdienst gesichert werden, Ordenspersonen, die in Spitälern und Anstalten wirken, müßten verpflichtet werden, nur mehr italienisch zu sprechen. Schon im Jahre 1924 hatte ein faschistischer Erlaß, der eine direkte Vergewaltigung der Kirche darstellt, den Bischöfen das Recht, die Religionslehrer zu ernennen entzogen und war dem ersten Priester, dem Dekan von Kaltern, das Betreten der Schule verboten worden. Im November 1925 dehnte ein Erlaß der Präfektur Trient das Verbot auf weitere fünf Priester aus (Eberharter-Glurns, Habicher-Pedroß, Reisigl-Matsch, Alber-Glurns, Padöller-Reschen.) Eine Beschwerdeschrift

¹⁾ s. „Tiroler Anzeiger“ vom 22. Juni 1925.

an den Vatikan gegen den deutschen Klerus wegen „Aufreizung zum Widerstand gegen die Maßnahmen der Regierung“ von faschistischer Seite wurde ordnungsgemäß vom Adressaten den Ordinariaten von Trient und Brixen zur Stellungnahme zugeleitet. Auf Grund des Erlasses Federzonis wurde auch die katholische Presse Deutsch-Südtirols unterdrückt. ¹⁾ Der „Widerstand“ richtete sich allerdings gegen das von der Regierung erlassene Verbot deutschen Religionsunterrichts überhaupt. Mussolini, der diese Maßnahmen deckte und verteidigte, mußte freilich geschichtlichen Tatsachen Gewalt antun und sich hinter die Wucherungen tolemaischer Phantasie flüchten, um wenigstens einen Schein von Rechtfertigung herzustellen. Und man kann sich einer peinlichen Empfindung schwer erwehren, wenn man dann den mitten in jenen Tagen erschienenen, das 700 jährige Jubiläum des Heimanges des hl. Franz von Assisi einleitenden Erlaß Mussolinis an alle italienischen Auslandsvertretungen liest, in dem es heißt:

„Italien hat mit dem hl. Franziskus dem Christentum und der Menschheit den heiligsten der Heiligen gegeben. Denn zugleich mit der Höhe des Genius und Charakters sind unserem Volke Schlichtheit des Geistes, Eifer für die idealen Eroberungen und, wo es erforderlich ist, die Tugenden des Verzichtlebens und des Opfers eigen. . . Auf einmal erhob sich der hl. Franziskus . . . wie vergöttlicht über den Strom der Leidenenschaften des Jahrhunderts und erhob mit dem Kreuze in seiner hageren Hand das glorreiche Zeichen der Liebe und des Friedens, er, der Wiederhersteller der Religion Christi. . .“ ²⁾

„Edelmüt und Menschlichkeit“ werden ferner als die hervorragenden Züge des italienischen Charakters gepriesen und der hl. Franziskus gewissermaßen für den italienischen Nationalismus reklamiert. *Povero Poverello!*

Die Wirkungen der Polemik über die sittliche Berechtigung der Gewalttat scheinen sich im Oktober 1925 wieder erschöpft zu haben. In blutigen Ausschreitungen tobte sich in Florenz und Adria faschistischer Haß an politischen Gegnern aus. Befreiung der Geister vom Hasse, Rückgabe der ausübenden Gewalt an den Staat allein forderte nochmals der „Osservatore“, ³⁾ indes am gleichen Tage zu Bandino zum viertenmal (!) das katholische

¹⁾ Ausführliches in dem Artikel „Die Tragödie Südtirols“ in „das. Neue Reich“ 1926 Nr. 18.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 30. November 1925.

³⁾ vom 11. Oktober 1925.

Vereinshaus von Faschisten zerstört und geplündert wurde. Nun endlich kündigten die verantwortlichen Organe der Partei, auch Farinacci, strengste Anwendung der neuen Richtlinien zur strengen Wahrung der Disziplin an; das „Heim müsse heilig sein.“ Am 16. Oktober faßte der Oberste Rat nach Reden Mussolinis und Federzonis die entsprechenden Beschlüsse und nahm eine gründliche Aktion der Reinigung von widerstrebenden Elementen vor, die vorwiegend in der Absetzung staatlicher wie faschistischer verantwortlicher Funktionäre bestand. Es gelang denn auch wirklich, selbst bei einem so aufreizenden Anlasse, wie es in jenen Tagen der Mordanschlag des Sozialisten Zaniboni gegen Mussolini war, neue Ausbrüche faschistischer Leidenschaft hintanzuhalten. Dagegen wurde er Anlaß zur Besetzung der Freimaurerlogen im ganzen Lande, da dorthin nachweislich Fäden liefen. Kardinal Gasparri ließ, da ja Beziehungen zu anderen staatlichen Behörden fehlten, dem Polizeikommissär des Borgo, dessen Amtsbereich sich bis zur Schwelle der Bronzeforte erstreckt, die „lebhafteste Genugtuung über die Vereitelung des Attentates“ aussprechen.¹⁾

Im Dezember fand sodann der Gesetzentwurf über die Monopolisierung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens durch den Faschismus Annahme seitens des Parlamentes, das ja überhaupt nur aus allerergebensten Anhängern Mussolinis besteht und zu einer Körperschaft mit beratendem und nur formell mit beschließendem Charakter herabgesunken ist. Der Zweck wurde vornehmlich durch die Artikel 5 und 6 erreicht, wonach nur eine Gewerkschaft in je einem Arbeitszweige Anerkennung finden kann. Diese vertritt dann sämtliche Arbeitnehmer bzw. Arbeitgeber und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese sich als Mitglieder einschreiben lassen oder nicht, und sie ist berechtigt, von allen, auch den Nichtmitgliedern Beiträge zu erheben. Nach Artikel 7 muß jede derartige Vereinigung einen Vorsitzenden und Sekretär besitzen, beide bedürfen aber der vorherigen Anerkennung durch Dekret auf Vorschlag des zuständigen Ministers. Vereinigungen, die Beziehungen zu internationalen Verbänden besitzen, werden nicht anerkannt. Nach Artikel 10 haben Arbeitsverträge der anerkannten Vereinigungen Wirkung für alle Angehörigen der entsprechenden Vertragsgattung (also auch für Nichtmitglieder).

¹⁾ Einen analogen Fall stellt das Attentat Cottins auf Clemenceau dar, s. S. 173. Vgl. auch „Oss. Rom.“ Nr. 259 vom 7. Nov. 1925.

Artikel 18 enthält ferner das Verbot von Streiks und Aussperrungen. Das Organ des Hl. Stuhles hat sich mit allem Nachdruck für die Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit und gegen diese Vernichtung des blühenden katholischen Genossenschaftswesens Italiens, besonders der Landbevölkerung, eingesetzt und kein Blatt vor den Mund genommen; davon legen seine Artikel „Die geplante Unifizierung der Genossenschaften und die katholischen Genossenschaften,“ ¹⁾ „Genossenschaft - Freiheit und Gleichheit, Einwürfe und Antworten“, ²⁾ „Das Genossenschaftsthema“ ³⁾ und „Die Katholiken und die neue Arbeitsrechts-Ordnung“ ⁴⁾ beredtes Zeugnis ab. Sie haben aber leider bei der Regierung keine Berücksichtigung gefunden und so hat der Papst selbst im Geheimen Konsistorium vom 14. Dezember 1925 darüber ein unzweideutiges Urteil in den Worten gefällt: ⁵⁾

„Obwohl Wir, wie es sich geziemt, all das anerkennen, was dazu beiträgt, die Klassenkämpfe zu verhindern oder wenigstens abzuschwächen und die Tätigkeit der verschiedenen Klassen dem Gemeinwohle unterzuordnen, betrübt es Uns doch tief, daß man, als man in diesen letzten Tagen noch neue Gesetze wirtschaftlicher und nationaler Natur machte, nicht in schuldiger Weise der katholischen Lehre und der katholischen Aktion Rechnung getragen noch auch sie in die Tat umgesetzt hat, und das in Dingen, bei denen die Berücksichtigung dieser Lehre und Aktion notwendig schien. Denn es gibt Freiheiten, die die katholische Lehre verteidigen und fordern muß, da sie ihrer Lehre wie ihrer Verfassung nach ebenso jener Anarchie abhold ist, zu welcher der von ihr unnachsichtlich verurteilte Liberalismus und Sozialismus führen und mitreißen, wie sie Gegnerin jener politischen Auffassung ist, welche die Gesellschaft und den Staat zum Selbstzweck macht und leicht, um nicht zu sagen mit fataler Sicherheit dazu führt, die individuellen und besonderen Rechte mit nicht weniger unheilvollem Ausgange zu opfern und aufzusaugen.“

Bei gleicher Gelegenheit richtete der Hl. Vater in seinem Rückblicke auf das abgelaufene Heilige Jahr an die Adresse der italienischen Regierung in Verbindung mit den bereits mitgeteilten

¹⁾ in Nr. 247 vom 24. Oktober 1925.

²⁾ in Nr. 246 vom 23. Oktober.

³⁾ in Nr. 256 vom 5. November.

⁴⁾ in der Nummer vom 31. Dezember 1925.

⁵⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 14./15. Dezember 1925.

Äußerungen über die Römische Frage¹⁾ auch Worte der Anerkennung:

„Ohne Zweifel haben jene, denen der gute Verlauf der Dinge obliegt, gezeigt, daß sie das Gewicht der Verantwortung fühlen, welches sie vor der ganzen Welt tragen, als eben die ganze Welt Pilger nach Italien und Rom sandte. Sie haben auch gezeigt, daß sie eine klare Auffassung und einen richtigen Sinn für das besitzen, was die Ehre und die großen Interessen des Landes und der ewigen Stadt fordern. Wie viel haben sie zum guten Gelingen dieses Hl. Jahres beigetragen! Es gereicht Uns zur Freude, auch in dieser so feierlichen Versammlung Unsere dankbare Befriedigung aussprechen zu können, die Wir auch auf alles das ausgedehnt wissen wollen, was seit einiger Zeit zugunsten der Religion und der Kirche getan wird und was nicht verkannt werden soll, wenn es auch nur eine Teilwiedergutmachung von Beleidigungen und Schäden ist, die seit langem und nur allzu lange zugefügt wurden, Gutmachung von Störungen der Gewissensruhe und des Friedens der Geister.“

Zur selben Zeit stand ein neues Preßgesetz zur Beratung, das zwar einesteils zu einer Handhabe des Faschismus wird, um nichtfaschistische Preßorgane zu unterdrücken, aber gleichzeitig auch strenge Bestrafung von Beleidigungen des religiösen Gewissens, der Kirche und ihrer Einrichtungen vorsieht. Die Diskussion im Senate rief noch einmal den letzten Vertreter der erloschenen Periode des antiklerikalen Liberalismus, Professor Ruffini, auf den Plan, der zwar warme Worte für die Berücksichtigung der Gewissen der konfessionellen Minderheiten (vornehmlich der Waldenser) fand, bezüglich einer Berücksichtigung des Gewissens der 40 Millionen italienischer Katholiken sich aber auf „die bewährte Praxis des liberalen Staates“ zu berufen den Mut hatte. Besonders bezeichnend aber war sein Geständnis: „Der liberale Staat ist tot!“²⁾

Ueberblickt man nun so in geschlossenem Bilde Regierung, Vatikan und Kirche in der Entwicklung ihrer Beziehungen zu einander, so erscheint wohl die Frage müßig, ob der faschistische Staat der katholische Staat sei. Und dennoch hat diese Frage noch um die Jahreswende 1925 in Italien die Geister beschäftigt. Man kann verstehen, daß nach der mehr als ein halbes Jahrhundert füllenden liberalen Verfolgungsperiode der Kirche mit

¹⁾ s. S. 539.

²⁾ s. „Italia“ vom 16. Dezember 1925 und „Oss. Rom.“ Nr. 293.

ihrer langen Aushungerung eines gläubigen Volkes die paar bisher hingeworfenen Brocken genügten, bei manchen die Halluzination des Schlaraffenlebens, des Paradieses zu erwecken. Man war dem Begriffe des katholischen Staates schon so sehr entfremdet, daß schon das bishen Entgegenkommen genügte, auf manche blendend zu wirken. So hatte auch der Unterstaatssekretär Mattei-Gentili, der Vorsitzende der Kommission zur Reform der Kirchengesetze, in seinem Organe, dem „Corriere d'Italia“, nach Aufzählung der Verdienste, die sich die faschistische Regierung in kirchlicher Hinsicht erworben habe, geglaubt seinen Dank an die Vorsehung aussprechen zu müssen, „daß sie uns gewährt hat, in einem Regime zu wirken, das mit kühnem Wagemut und in unverfälschter, ruhmreicher römischer Tradition die Grundmauern eines neuen großen katholischen Staates legt und seine Stützmauern aufrichtet.“ Dazu ergriff aber der „Osservatore Romano“ ¹⁾ in einem offiziösen Artikel unter wortgetreuer Uebernahme der Erwiderung der Florentiner „Unità Cattolica“ das Wort und schrieb:

„. . . . Das faschistische Regime hat zweifellos gerechte Reformen eingeführt, ein Verdienst, das umso stärker hervortritt, wenn man es einesteils dem Agnostizismus des liberalen Staates, der unter dem Vorgeben, die Kirche nicht zu kennen, in Wirklichkeit Religion und Kirche bekämpfte, andererseits dem antiklerikalen Sektierertume der demokratisch-freimaurerischen Regierungen gegenüberstellt. Der Faschismus jedoch anerkennt die soziale Bedeutung der Religion und der Kirche als einer für die Regierung des Volkes selbst nützlichen Kraft, seine religiöse und kirchliche Politik ist eine Anerkennung und Rückgabe eines Teiles von Rechten, die dem katholischen Gewissen und dem Klerus eigen, aber während fünfzig Jahren demokratisch-liberaler Regierung verkannt und verletzt waren. Das muß man ehrlich anerkennen und das schuldige Verdienst Mussolini zuschreiben, indem man dem Wunsche Ausdruck gibt, daß er auf der gleichen Linie fortfahre zum Besten unseres Landes.“ ²⁾

¹⁾ vom 2. Dezember 1925.

²⁾ Aus Kreisen der Italienischen Volkspartei ist es der Kirche verübelt worden, daß sie das, was ihr der faschistische Staat gibt, nicht zurückweise, weil es aus seiner Hand komme. Es kann Kirche und Vatikan doch wohl nicht zugemutet werden zu warten, bis entweder derjenige wieder zur Macht gelangt, der ihr Rechte und Besitztum geraubt, um ihm Gelegenheit zur Erfüllung der Restitutionspflicht zu geben, oder aber, bis eine Regierung die Macht übernimmt, die nicht im Verdachte steht, sich von oppor-

„Das ist jedoch alles. Aber man darf nicht den faschistischen Staat mit dem katholischen Staate verwechseln und noch weniger unfreiwillig dazu beitragen, daß es möglich wird, sei es mittels einer Ueberschrift, sei es durch eine Definition der Kirche und der Religion die Verantwortung für Irrtümer zuzuschieben, die eine Regierung begehen kann. Die Verschiedenheit aber, die zwischen der faschistischen Staatsauffassung und der katholischen Lehre und Praxis besteht, ist derart, daß es nicht nötig ist, sie hier darzulegen. Auf der Gegenseite faßt man die Kirche als menschliche Institution auf, die politisch nützlich und sozial vorteilhaft ist; für uns jedoch ist sie vor allem göttliche Institution, deren unabänderliche Grundsätze in keiner Weise politischen Zufällen oder Regierungsnotwendigkeiten untergeordnet werden können.“

„Falls man aber nur sagen wollte, daß sich auf dem Wege über die Gesetze und Maßnahmen des faschistischen Regimes der kommende christliche Staat vorbereite, so sei daran erinnert, daß es, um den Grund zu legen und die Stützmauern eines solchen Staates aufzurichten nicht genügt, die sozialen Kräfte des Christentums anzuerkennen, sondern es nötig ist, daß die gesamte Tätigkeit, in Gedanken und in Werken, von den unveränderlichen Grundsätzen und Forderungen der katholischen Kirche getragen sei.“

Diesen Worten läßt das Organ des Hl. Stuhles noch eine sehr deutliche Note folgen. „In der Tat,“ schreibt das Blatt, „solange es eine Römische Frage gibt und ihre Lösung dem nicht entspricht, was die Kirche für die von Gott empfangene Souveränität und geistliche Sendung für notwendig erachtet, ist es nicht möglich, auch nur von Anfängen eines katholischen Staates in Italien zu sprechen. . . .“

Ende Dezember 1925 hatte die Kommission für Reform der Kirchengesetze ihre Arbeiten beendet und ihren Entwurf dem Ministerpräsidenten eingereicht. Der durch die Tagespresse ver-

tunistischen Beweggründen in ihrer Politik leiten zu lassen. Gewiß geht die Ital. Volkspartei in ihrer Politik von katholischen Gesichtspunkten aus und sie hat sich über das Problem der Kirchenpolitik des Faschismus auf ihrem Parteitage am 30. Juni 1925 demgemäß richtig ausgesprochen. Sie mußte sich aber vom Vizepräsidenten des nationalen Klerus-Verbandes Can. N. Orlandi (in „Italia“ vom 22. Juli 1925) sagen lassen, daß sie gegenüber den Postulaten des Klerus, als sie an der Regierung beteiligt war, aus Rücksicht auf ein paar liberale Fossilien versagt habe. Die Frage der Reform der Kirchengesetze sei eine solche der Gerechtigkeit, nicht der Parteien; über diese hebe sie sich weit hinaus und jeder ehrliche Politiker müsse an ihr interessiert sein, heiße seine Partei nun, wie sie wolle. Daher achtet die Kirche, wenn es sich um Wiederherstellung ihrer unterdrückten Rechte handelt, nicht darauf, durch welche Hand dies geschieht.

breitete Auszug wurde lebhaft erörtert und vielfach dahin gedeutet, es werde der Kirche weiß Gott welch großartiges Geschenk gemacht, sodaß ihr nunmehr überhaupt nichts mehr zu wünschen übrig bleibe, ja es sei damit sogar die Römische Frage gelöst. Daher erachtete es der Vatikan angezeigt, einige „Vorbehalte zu machen und an einige präjudizielle Punkte zu erinnern.“¹⁾

„Es ist nicht ganz zutreffend, von Zusammenarbeit zwischen dem Hl. Stuhle und der Regierung zu reden; der vorbereitete Gesetzentwurf ist die einseitige Arbeit der Regierung, der die kirchlichen Autoritäten ferngeblieben sind. Sofern er Besserungen gegenüber der bisherigen Gesetzgebung enthält, die so ungerecht gegen die Kirche war und jenem Liberalismus zu verdanken ist, der über ein halbes Jahrhundert lang Italien regiert hat, ist er immerhin weit entfernt das darzustellen, was zu einer vollständigen Wiedergutmachung und einer vollständigen religiösen Befriedigung des Landes nötig wäre. Um dies zu bewerkstelligen, — es ist nötig, das festzustellen, — müßte vor allem das Garantiesgesetz abgeschafft werden . . . ; es müßte dem Hl. Stuhle jene Lage voller Freiheit und Unabhängigkeit bereitet werden, die eine wirkliche und in den Augen der ganzen Welt ersichtliche wäre und auf die er ein unverjährbares Recht besitzt, und dann wäre zur Reform aller ungerechten Gesetze im Einvernehmen zwischen beiden Autoritäten zu schreiten.“

Unter den Äußerungen der Presse über die Richtigstellung, unter denen sich z. B. die des „Messagero“ durch strenge Sachlichkeit wohlthuend auszeichnete, und nach einer noch schärferen Fassung der Frage durch den „Osservatore“²⁾ trat plötzlich das Organ Farinaccis „Il Regime Fascista“ mit einem heftigen Angriff gegen Kardinal Gasparri hervor, in dem sich u. a. der lächerliche Vorwurf befand, der Kardinal stehe „unter dem direkten Einflusse freimaurerischer Ratgeber“. Was der Faschismus für die Kirche tue, habe der Kardinal in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit als Staatssekretär nicht getan, er habe daran nicht einmal damals gedacht, als er mittels der Volkspartei in Italien als Herr schaltete und waltete. (!) Angesichts der Stellung und des Einflusses Farinaccis schien daher ein gefährlicher Konflikt unmittelbar vor dem Ausbruche zu stehen. In diesem Augenblicke stellte sich Papst Pius XI. mittels eines überaus warmen Handschreibens vor seinen Staatssekretär. „Mit besonderer Freude

¹⁾ Vgl. „Oss. Rom.“ vom 11./12. Januar 1926.

²⁾ vom 14. Januar 1926.

ergreifen Wir unmittelbar am Ende des Hl. Jahres und am heiligen Tage des Festes der Cathedra des hl. Petrus in Rom die Gelegenheit, Ihnen, Herr Kardinal, die schöne und wertvolle Marschallsche Medaille zu überreichen, die dieses Schreiben begleitet, Ihnen, den sein so hohes Amt allen kenntlich macht als Unseren täglichen Mitarbeiter und den autorisierten Interpreten Unseres Gedankens. Wir beeilen Uns und freuen Uns, hinzuzufügen, daß Sie Uns stets ein unermüdlicher Mitarbeiter und getreuer Dolmetsch gewesen sind in den nicht wenigen Schwierigkeiten und den nicht geringen Sorgen. . . .”¹⁾

Die Wirkung des Schreibens war eine volle.

Ein letztes bedeutsames Schreiben faßt das Verhältnis des Hl. Stuhles zum italienischen Staate unter Mussolinis Führung und zu dessen Kirchenpolitik in einem einzigen Akte zusammen; es ist vom 18. Februar 1926 datiert.²⁾ Es nimmt zuerst Stellung zur Reform der italienischen Kirchengesetzgebung, ehe diese Gesetz wird, betont nochmals, daß diesbezüglich kein Einvernehmen mit dem Hl. Stuhle bestand und besteht, da die geistlichen Sachverständigen keinerlei Vollmacht besaßen; es verweist auf die wiederholten Bemerkungen und Berichtigungen seitens der kirchlichen Autorität und erklärt bei aller Anerkennung für den sonstigen guten Willen, „daß Wir anderen kein Recht und keine Macht zuerkennen können, über diese Materien und Personen gesetzlich zu verfügen, es sei denn nach geziemenden Verhandlungen und legitimen Abmachungen mit diesem Hl. Stuhle und Uns. Und es wird gewiß niemand auf der ganzen Welt leicht dazu gebracht werden können, zu denken und zu glauben, daß ohne solche Verhandlungen und ohne solche Abmachungen mit dem römischen Papste Katholiken in diesem Rom selbst den Anspruch erheben könnten, der katholischen Kirche in Italien eine neue gesetzliche Ordnung zu geben. Denn eben darum handelt es sich jetzt und nicht mehr nur um die eine oder andere Verordnung wie jene, die der Schule eines katholischen Volkes den Religionsunterricht und dem Klerus und der Kirche einen Teil des ihnen zu Unrecht Weggenommenen zurückgaben.”

„Welche Aufnahme Wir einer derartigen Verordnung bereitet haben, haben Wir vor nicht langer Zeit klar zu verstehen gegeben,

¹⁾ s. „Oss. Rom.” vom 18. Januar 1926.

²⁾ abgedruckt im „Oss. Rom.” vom 23. Februar 1926.

nämlich in der Konsistorialansprache vom 14. Dezember 1925, aber keine diesbezügliche Verhandlung, kein gesetzmäßiges Abkommen ist erfolgt noch konnte oder wird es erfolgen, solange die dem Hl. Stuhle und dem römischen Papste bereitete ungerechte Lage andauert."

Faschismus, Freimaurerei und Vatikan

Mussolini hat den Kampf gegen die Freimaurerei, den geheimen Staat im Staate rücksichtslos aufgenommen und führt ihn durch. Die Verurteilung des Freimaurertums als einer geheimen Gesellschaft antichristlichen Charakters durch die Konstitution „In Eminentia“ Papst Clemens' XV. und durch die Bulle „Provida“ Papst Benedikts XIV. als bekannt voraussetzend, genügt es, die Stellung des Hl. Stuhles gegenüber diesem vom Faschismus aufgenommenen Kampfe durch den offiziösen Artikel zu zeichnen, den am 18. Januar 1925 der „Osservatore Romano“ veröffentlicht hatte. Er lautet:

„Es ist mancherseits behauptet worden, dem neuen Projekte über die geheimen Gesellschaften stehe der Hl. Stuhl nicht ganz ferne. Das ist nicht wahr, denn der Hl. Stuhl ist diesbezüglich nicht im entferntesten auch nur „sondiert“ worden. Doch läßt sich nicht leugnen, daß dieses Projekt mit den Rechtsgrundsätzen übereinstimmt, denn die politische Autorität hat das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der einzelnen Bürger und der von ihnen gebildeten Gesellschaften zu kennen, um sich zu versichern, daß diese Tätigkeit nicht zum Schaden des öffentlichen Wohles ausgeübt wird. Das Geheimnis verhindert aber die Ausübung dieses Rechtes und dieser Pflicht und die politische Autorität kann von Rechtes wegen die Vereinigungen verbieten, die sich auf das Geheimnis gründen.“

„Aus der Ausübung dieses Rechtes können sich für das öffentliche Wohl nur Vorteile ergeben, denn dadurch kann die Ausübung der Tätigkeit ins Licht gerückt werden. Nebenbei bemerken wir noch, was wir bereits einmal ausgesprochen haben: der Kodex des kanonischen Rechtes stellt sich in dieser Materie auf denselben Standpunkt, denn er verbietet geheime Gesellschaften jedweder Art, sei ihr Zweck auch wie immer und vom religiösen und sittlichen Standpunkt aus der beste. . .“

Frankreich seit seiner Rückkehr in den Vatikan

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen hatten Frankreich und der Vatikan nur das Werkzeug zur Ausnützung der Wirkungsmöglichkeiten geschaffen. Die Hoffnung auf ein Machtwort des Papstes in der oberschlesischen und der Saarstaatsfrage zugunsten der politischen Interessen der Gegner Deutschlands, die Frankreichs eilige Rückkehr in den Vatikan erklärt, erfüllte sich nicht; dagegen nahm Rom eine Frage von wahrhaft vitalem Interesse für Frankreich in Angriff, nämlich die, der Kirche dort wieder eine Rechtsgrundlage zu geben. Schon im August 1920 hatten Erörterungen stattgefunden,¹⁾ ob nicht angesichts gewisser Rechtsentscheidungen eine Revision des Verbotes der Kultusvereinigungen möglich wäre, da die Apathie der französischen Katholiken des National-Blocks zu keiner Hoffnung auf Abänderung der sog. Laiengesetze, d. h. der schlimmsten Verfolgungsgesetze berechtigte,²⁾ die selbst Jonnart, das Haupt der republikanisch-demokratischen Partei, als „eine der kostbarsten Errungenschaften der modernen Gesellschaft“ bezeichnet hatte.³⁾ Von der ersten Stunde an habe er im Vatikan keinen Zweifel gelassen, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen keine Aenderung in Frankreichs Innenpolitik mit sich bringe und weder am Trennungs- noch am Laiengesetze gerührt werde. Die Kongregationen müßten bezüglich ihrer Rechte und Pflichten Klarheit erhalten. Von einer Ermächtigung, ihre Schulen wieder zu eröffnen, dürfe keine Rede sein; bezüglich der caritativ tätigen solle die Regierung ein gewisses Wohlwollen walten lassen. So sprach der Vertrauensmann einer Regierung, hinter die sich die Katholiken gestellt hatten. Rom mußte andere Wege einschlagen.

Der Nuntius trat daher mit Marraud, Minister des Inneren, in Verhandlung über ein neues „statut légal“, eine neue gesetzliche Verfassung der Kirche Frankreichs an Stelle der von Rom verworfenen Kultusvereinigungen.⁴⁾ Rom unterbreitete den ihm übermittelten Entwurf dem französischen Episkopat, der ihn in

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 22. August 1920.

²⁾ Selbst der Metzger Domherr Collin hatte sich im „Lorrain“ für die Einführung der Verfolgungsgesetze in Elsaß-Lothringen ausgesprochen! (Vgl. „Augsb. Postzeitung“ vom 21. April 1921.)

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1921 Nr. 51/52 vom 22. Dezember 1921.

⁴⁾ Nach „Telegraph du Nord“ kam am 7. November 1921 der Entwurf zum Abschlusse.

dieser Fassung ablehnte. Die Umarbeitung verzögerte sich dann einstweilen durch Briands Sturz. Angestrebt wurde, die Kultusvereinigungen der kirchlichen Rechtsordnung einzugliedern und damit die Ursache jener Verwerfung seitens Papst Pius X. zu beseitigen. Am 23. Juli trat im Vatikan die Kardinals-Kongregation, die jedoch nur beratende Stimme besitzt, zur Begutachtung des neuen Entwurfes zusammen, glaubte aber die Annahme nicht empfehlen zu können. Die Entscheidung durch den Papst wurde jedoch einstweilen aufgeschoben, um zu untersuchen, „ob die französische Gesetzgebung nicht andere Mittel und Wege biete, um zum gleichen Ziele zu gelangen und den Bedürfnissen der Kirche in Frankreich gerecht zu werden.“ Fände sich eine solche, so seien ohnehin andere Abmachungen überflüssig.¹⁾ Jonnart selbst ergänzte diese Mitteilung in seinem „Télégraphe du Nord“:²⁾ das Trennungsgesetz von 1901 biete der Kirche keine Gewähr ihrer hierarchischen Einrichtungen, das Gesetz von 1905 sehe im Art. 4 die Organisation von Kultusgesellschaften unter Achtung der hierarchischen Rechte vor. Es handle sich nun darum, ob dieser Art. 4 gegen die kirchliche Verfassung und Disziplin verstoße; darauf beruhe auch die Denkschrift des Bischofs Chapon von Nizza, die derzeit vom Papste studiert werde. Benedikt XV. sei am Vorabende seines Todes im Begriffe gestanden das von seinem Vorgänger erlassene Verbot zurückzuziehen.

Im April 1923 wurde das vom Vatikan ausgearbeitete Projekt der französischen Regierung unterbreitet, die es durch Rechtsgelehrte der Pariser Universität prüfen ließ und seinen Einklang mit der französischen Gesetzgebung feststellte.³⁾ Probeweise hatten sich inzwischen nach Chapons Projekt Klerus-Diözesan-Syndikate zu Lyon und Ardèche gebildet, die, da dem französischen Gesetze entsprechend, Anspruch auf Rechtsfähigkeit haben mußten und jetzt der Umwandlung in die vom Hl. Stuhl gutgeheißene Form harrten. Nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Poincaré in der Kammer⁴⁾ stand nun der Bildung solcher (Diözesan-)Vereinigungen nichts mehr im Wege. Bezüglich

¹⁾ Erklärung des „Oss. Rom.“ vom 14. Oktober 1922.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1923, Nr. 1 S. 4.

³⁾ s. Erklärung Poincarés in der französischen Kammer vom 19. Juni 1923.

⁴⁾ ebenda.

der Ernennung der Bischöfe wünschte (trotz Trennungsgesetzes!) die Regierung jeweils vorher verständigt zu werden.

Am Beginne des Jahres 1924 sprach Papst Pius XI. das entscheidende Wort, indem er an Frankreichs Klerus und Katholiken das Rundschreiben „*Maximam gravissimamque*“ ergehen ließ.¹⁾ Es behandelt zunächst die geschichtliche Entstehung und Entwicklung und betont nochmals nachdrücklich, daß das Vorgehen Papst Pius X. vollkommen gerechtfertigt gewesen sei. Seitdem habe sich manches geändert, sodaß nun an eine Neuregelung der Frage getreten werden konnte. Zwei Bedingungen habe er, der Papst, schon 1922 gestellt: 1. Die Statuten der neuen Unterstützungsvereine müssen mit der göttlichen Verfassung der Kirche im Einklang stehen. 2. Es müssen dem Hl. Stuhle gesetzliche und sichere Bürgschaften für die Unantastbarkeit der neuen Vereinigung geboten werden, damit nicht bei etwaiger Bildung einer anderen, kirchenfeindlichen Regierung der neuen Organisation der gesetzliche Charakter und damit ihr Eigentum genommen werden kann. Die erste Bedingung sei erfüllt; bezüglich der zweiten seien die ursprünglichen Vorschläge nicht angenommen worden, „jedoch sind solche Bürgschaften gegeben, daß Wir glaubten, sie zur Förderung des allgemeinen Friedens annehmen zu können, umso mehr, als es nicht möglich schien, bessere zu erhalten und die angebotenen bei Berücksichtigung aller Umstände als gesetzliche und sichere angesehen werden können, wie es Pius X. selbst forderte.“ Der Heilige Vater glaubte auch hervorheben zu müssen, daß die neue Organisation „nach übereinstimmender Ansicht des Staatsrates, welche die oberste und einzige Behörde zur Interpretation der Gesetze ist, nichts Gesetzwidriges enthalte, sodaß seitens der staatlichen Autorität nichts zu befürchten sei.“ Daher erklärte er unter scharfer Abweisung der „laikalen Gesetze“ die Diözesan-Vereinigungen vom Standpunkt der Kirche aus für erlaubt; sie können „als eine Etappe betrachtet werden, von der aus man zu einer gesetzlichen und friedlichen Wiedereroberung der völligen Freiheit vorgehen kann.“ Diese Diözesan-Vereinigungen haben zufolge dem gleichzeitig veröffentlichten

¹⁾ s. *Acta Ap. Sedis* 1924, Nr. 1. S. a. die Allokution im Geheim-Konsistorium vom 24. März 1924 in „*Oss. Rom.*“ Nr. 71 vom 24./25. März 1925 und den Kommentar dazu in der folgenden Nummer.

aus 23 Artikeln bestehenden Statut den Zweck, „für die Kosten und die Erhaltung des katholischen Kultus unter der Autorität des Bischofs in Gemeinschaft mit dem Heiligen Stuhle und in Uebereinstimmung mit der Verfassung der katholischen Kirche zu sorgen.“

Papst Pius XI. hatte von seinem verewigten Vorgänger den unvollendeten Entwurf eines Schreibens an Erzbischof Signori zur bevorstehenden Konferenz von Genua ererbt und, im Geiste des Toten handelnd, es mutatis mutandis am 7. April ergehen lassen; ¹⁾ es heißt darin:

„Wenn schon, wie der schöne Wahlspruch des, Roten Kreuzes' — *Inter arma caritas* — besagt, im Waffenlärm die christliche Liebe herrschen soll, so hat das umsomehr zuzutreffen, nachdem die Waffen niedergelegt und die Friedensverträge unterzeichnet sind, zumal der internationale Haß, die traurige Erbschaft des Krieges, sich auch in Schaden gegen den Sieger verkehrt und für alle eine sehr zu fürchtende Zukunft vorbereitet; denn man darf nicht vergessen, daß die beste Bürgschaft der Ruhe nicht ein Wald von Bajonetten, sondern gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft ist.“

Diese Worte erzeugten in Paris, wo damals noch Poincaré um jeden Preis den Kriegs- und Haßgeist zu galvanisieren bemüht war, Verstimmung, denn man fühlte sich betroffen. Vorstellungen in Rom ²⁾ führten zu dem Hinweis, daß Frankreich nicht genannt sei. Was die Mahnung fruchtete, hat in der Folge die Besetzung des Ruhrgebietes bewiesen, die in unserem letzten Kapitel (über Deutschland) Behandlung finden wird.

Jonnart ist als Botschafter beim Vatikan im August 1923 endgültig zurückgetreten, hat aber erst am 27. November sein Abberufungsschreiben überreicht. Sein Nachfolger wurde der Berufsdiplomat Doucet.

Der Mai des Jahres 1924 brachte mit der endlichen Durchführung der Kammerwahlen einen radikalen Wandel der parlamentarischen Gruppierung. Poincaré hatte durch seine Sonntagsreden sich vergebens bemüht, im Lande die Mentalität der Sieges-trunkenheit und der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln gegen Deutschland wachzuhalten. In der Kammer war ihm dies

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 8. April 1922.

²⁾ s. s. Erklärung in der Sitzung vom 7. Juni, in der Senatskommission für Auswärtiges.

gelingen, im Lande aber zeigten sich die tiefen Wirkungen der Nachkriegs- und Friedensprobleme, die sich nicht niederreden ließen. Poincaré bestärkte nur ohne es zu wollen die Sehnsucht nach wirklichem Frieden, die allein von der freimaurerischen Linken und dem Katholiken Marc Sangnier genährt und gefördert wurde. Vergebens hatte dieser seinen Glaubensgenossen des Bloc National ihre Pflicht, sich vom Geiste des Papstes erfüllen zu lassen, vorgehalten. Der Wahlausfall brachte sofort eine starke Mehrheit der Linken, eine Niederlage des Bloc auf der ganzen Linie und das Kabinett mit Herriot an der Spitze. Dessen Antrittsrede kündigte bereits als Programmpunkt der Regierung die Wiederaufhebung der Botschaft beim Vatikan und die strenge Durchführung des Trennungsgesetzes (Wiederausweisung der Orden und Kongregationen) an, zwei Punkte, mit denen Herriot sich die Gefolgschaft der Sozialisten erkaufte hatte und an denen er auch scheitern sollte. Saßen doch in seinen Reihen jene Politiker, vor allem De Monzie, die die Wiederanknüpfung so warm befürwortet und auch durchgesetzt hatten. Bereits die erste Aussprache des Nuntius Msgr. Cerretti mit dem neuen Ministerpräsidenten hatte die Wirkung, daß die Aufhebung der Botschaft als „einstweilen verschoben“ erklärt wurde. Auch hatte die Kampfansage im Lande und vor allem im Elsaß Stürme der Entrüstung entfesselt und sofort bewirkt, daß die Erörterung des kulturpolitischen Programmes der Regierung ebenfalls, nämlich bis zur Herbstsession, verschoben wurde. Vor Antritt seines Sommerurlaubs im Juli hatte der Nuntius noch eine Unterredung mit Herriot, die sich mit der Klarstellung befaßte, daß in Elsaß-Lothringen das alte französische napoleonische Konkordat noch zu Recht bestände; diesbezüglich hatten Clemenceau und Foch ehemals bindende Erklärungen gegeben, an die sich auch die nachfolgenden Regierungen pflichtgemäß gehalten haben. Ungebrochen tobte im Elsaß der Proteststurm weiter und dieses Beispiel erreichte, daß allmählich auch die Indolenz der französischen Katholiken wich und sie sich auf ihre Rechte besannen. Trotzdem begann Herriot bereits im September mit der Durchführung seiner Politik, indem er die Klarissen von Alençon und Evian les Bains ausweisen ließ. Dadurch verhinderte er nur, daß der Widerstand der Anhänger der religiösen Freiheit einschloß, vielmehr erstarkte er erst recht. Inzwischen bereitete

der französische Groß-Orient in Form von „Mahnungen“ an „Bruder“ Herriot dessen politische Marschrouten vor.¹⁾

Vom Ausbruche des neuen Kulturkampfes zeichnete der Elsässer Abg. Haegy in der Elsässer Zeitschrift „Heimat“²⁾ ein treffliches Stimmungsbild, das wir festhalten wollen.

„Wie werden die Katholiken Frankreichs diese Kampfansage beantworten? Werden sie nun endlich dazu übergehen, eine Organisation zu schaffen? Wird das Unbegreifliche ein Ende nehmen, daß in ganz Europa in allen Staaten die Katholiken geeinigt sind, eine führende Stellung einnehmen oder mindestens eine achtbare Rechtsstellung sich errungen haben, mit Ausnahme von Frankreich, wo sie schmachten unter dem Joche der Loge und einer unerhörten Bedrückungsgesetzgebung? Die Katholiken Frankreichs, wo sind sie denn? Wenn man sich auf sie stützen wollte, wo findet man sie? Man sagt: es fehlt uns ein Windthorst! Auch dieser wäre aber machtlos gewesen, wenn nicht die organisierten Katholiken hinter ihm gestanden wären. Ueberall, wo die Katholiken heute etwas gelten, stehen sie als organisierte Massen hinter ihren Führern, organisiert in zahllosen Vereinen und großen Verbänden. Nur in Frankreich immer nur Jammer und Klage. Und es ist trostlos, immer hören zu müssen, es sei unmöglich, etwas Großzügiges zu schaffen. In der ‚Croix‘ wurde die Notwendigkeit der Organisation untersucht und man kam dabei zu der Feststellung, daß jene Redensarten nur der Bequemlichkeit entspringen, einem Mangel an Energie. Man scheut die Schwierigkeiten; lieber leiden und beten als kämpfen und arbeiten.“ Haegy legt sodann die Pflichten der Katholiken dar, sich sozial und politisch zu betätigen und beleuchtet die Ausrede, es sei Sache der Bischöfe einzugreifen. „Als ob die Katholiken, Priester und Laien, zu nichts verpflichtet seien, solange nicht die Bischöfe das „unentbehrliche Signal“ geben! Man gefällt sich im Abhalten der „semaines sociales“ und beschränkt sich auf Theorie und Reden. Als in Deutschland die Kulturkampf-Gesetzgebung gefallen war, war das Jesuitengesetz als Rest noch übrig geblieben. Zu Beginn jeder Legislaturperiode brachte das Zentrum immer wieder den Antrag auf Abschaffung ein und hat dafür schließlich die Mehrheit im Reichstag errungen. Seit 20 Jahren lebt Frankreich unter dem scheußlichen Gesetz gegen die Kongregationen, einem Gesetz, das man in seiner freiheitswidrigen Schandbarkeit so leicht vor aller Welt brandmarken könnte. Und nie ist im französischen Parlament der Versuch gemacht worden, das Gesetz umzustößen! . . . ”

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1924 Nr. 41, S. 357.

²⁾ IV. Jahrgang Nr. 9 vom September 1924.

Nächster Programmpunkt war die Wiederaufhebung der Botschaft und zwar aus dem einzigen Grunde der Abneigung der Parteifreunde Herriots gegen alles Katholische; begründet wurde die Forderung mit nötigen „Einsparungen“, indem man im nächsten Staatsvoranschlag die entsprechende Summe strich. Den höchst unangenehmen Widerstand der Elsässer Katholiken suchte man durch die Meldung zu brechen, der Papst habe wissen lassen, daß davon die Beibehaltung der Botschaft beim Vatikan abhängt. „Osservatore Romano“¹⁾ stellte dies sofort glatt in Abrede, nicht ohne ein paar Tage später zu bemerken: ²⁾ „Wie der Hl. Stuhl im beiderseitigen Interesse die Wiederaufnahme der Beziehungen gewünscht hat, ohne sie zu erbitten, so würde er ohne Zweifel ihren Bruch bedauern, ohne aber jedenfalls zu derartigen Mitteln zu greifen die Botschaft zu erhalten.“ Nun richteten die sechs französischen Kardinäle an Herriot ein gemeinsames Schreiben ³⁾ und vertraten die neuerdings bedrohten Freiheiten, wobei sie auf Herriots eigene in Genf gesprochene Worte verwiesen: „Wir wollen den Krieg in jeder Form bekämpfen, die Einigkeit predigen, der Freiheit die Bahn öffnen . . . , das ist unser Programm.“ Seine Antwort war natürlich ablehnend, obschon sie heuchlerisch versicherte: Wir respektieren streng alle Ueberzeugungen. Bedauerlicherweise seien Situationen entstanden, durch die die Regierung unduldsam erschienen sei. Bezüglich der Kongregationen vertrete sie nur das Gesetz (das für sie nur Ausweisung kennt!).

Wenige Wochen später, im Oktober tagte zu Boulogne sur Mer der internationale Kongreß der freimaurerischen politischen Parteien, auf dem Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Holland, Ungarn, Schweiz, Norwegen, Schweden, Polen, Tschechien und Litauen vertreten waren. Herriots Vorgehen sollte den Auftakt zu einem neuen Kulturkampfe in allen Ländern bilden.

Tatsächlich wurde am 22. Oktober von der Finanzkommission der Kredit für die Botschaft beim Vatikan gestrichen — aus Ersparnisgründen! — und dafür ein solcher von 100 000 Franken für eine solche in — Moskau eingesetzt; der Marineminister

¹⁾ vom 8. September 1924.

²⁾ am 25. September 1924.

³⁾ s. „K. Kztg.“ 1924, Nr. 48 S. 414.

beseitigte sogleich die Marineseelsorge und der Unterrichtsminister Albert, ein verblendeter Draufgänger, bereitete am 3. Dezember dem Nuntius durch öffentliche haltlose Anschuldigungen einen billigen Triumph. Das gesamte diplomatische Korps erklärte sich sofort mit ihm solidarisch und drei Tage später schon sah sich Herriot zu den nötigen Entschuldigungen gezwungen. Selbst der Protestant Millerand bedauerte in einer Versammlung seiner Glaubensgenossen die Aufhebung der Botschaft und begründete seine Haltung.¹⁾

Herriot überwies unterdessen die Frage des Konkordatsregimes Elsaß-Lothringens dem Staatsrate zu einer autoritativen Rückäußerung und am 21. Januar 1925 entbrannte in der Kammer die große Redeschlacht, die noch einmal über Frankreichs Vertretung beim Hl. Stuhle entscheiden sollte. Herriots „große Rede“ auch nur im Auszuge anzuführen ist angesichts ihrer inneren Wertlosigkeit nicht zu rechtfertigen; abgesehen vom veränderten nationalen Standpunkte glaubte man einer Vorlesung aus den Schriften des Evangelischen Bundes beizuwohnen, zusammengesetzt aus einer Unzahl verunstalteter Einzelheiten, die alle die Franzosenfeindlichkeit der vatikanischen Politik beweisen sollten.²⁾ Mit einer schwachen Mehrheit von 314 gegen 250 Stimmen lehnte auch die Kammer den Kredit ab, aber schon zeigten sich die ersten Risse in der Koalition, je stärker im Lande die Opposition zunahm. Durch die schroffen Forderungen der Sozialisten nach weiterem rücksichtslosem Vorgehen gegen die Kirche mehr und mehr auf die schon bedenklich schiefe Ebene gedrängt, suchte Herriot nun Zuflucht hinter der Staatsratsentscheidung, die ja affirmativ für das Konkordatsregime ausgefallen war. Dies bedeutete auch für die Zukunft z. B. die Ernennung der Bischöfe von Metz und Straßburg im Einvernehmen zwischen Regierung und Vatikan, setzte also offizielle Beziehungen voraus, weshalb Herriot auf den Ausweg verfiel, eine wenn auch beschränkte Vertretung Frankreichs beim Papste für Wahrnehmung der Interessen der beiden neuen Provinzen zu belassen, d. h. eben die Vertretung zu belassen. „Frankreich wird also künftig im Vatikan

¹⁾ Meldung des S. P. T. vom 15. November 1924.

²⁾ Interessenten verweise ich auf meine Artikel „Der Kampf um die französische Botschaft beim Vatikan“ in „Augsb. Postzeitung“ vom 28., 29. 31. Januar und 4. Februar. S. a. „Oss. Rom.“ 1., 2./3. und 5. Februar 1925.

durch einen Portier, anstatt durch einen Botschafter vertreten sein, das ist alles," rief Herriot ein Abgeordneter entgegen.

In diesem Augenblicke warf Papst Pius XI. selbst ein zwar kurzes, aber desto wirkungsvolleres Wort in die politische Wagschale. Am 8. Februar 1925 wurde im Vatikan der Heiligsprechungsprozeß der sel. M. Sophie Barat und des sel. Joh. Eudes ¹⁾ in üblich feierlicher Weise abgeschlossen. In seiner Ansprache kam der Papst auch auf seine Besorgnisse zu sprechen; sie seien nur

„Besorgnisse bis zu einem gewissen Punkte, weil Gott stets mit Uns ist und weil es stets Jesus selbst ist, der sein Schiff lenkt, wer immer auch an seiner Statt das Steuer führen mag. Wir glauben sagen zu dürfen, daß Wir das Recht hatten eine solche Handlungsweise und ein solches Vorgehen nicht zu erwarten und das umso weniger in einem Lande, das Uns so teuer ist und in der großen katholischen Familie den Namen der Erstgeborenen führt. Zu tun und zu sagen, was möglich war, um vorher gewollte Beziehungen abubrechen, die zu beobachten man versprochen hatte, und das gegenüber diesem Hl. Stuhle, der die gleichen Beziehungen stets gewissenhaft beobachtet hat und seinerseits stets beobachten wird; — öffentlich und ohne sich weiteres vorzunehmen die Beziehungen in eine andere Form und Bedeutung einzuschränken; — so zu handeln in offenkundiger und von allen bemerkter Beleidigung, Wir sagen nicht Unserer Person, die nichts bedeutet und nichts zählen darf, sondern dieses Hl. Stuhles, auf dem in der Person des unwürdigen Statthalters doch stets die göttliche Majestät Unseres Herrn Jesu Christi sitzt, und gleichzeitig an öffentlicher Stelle vor Männern des öffentlichen Lebens Tatsachen zu verkehren; — all das bei Beziehungen, die, wenn man sie auch abbrechen will, noch fortbestehen, — und das gegenüber jemandem zu tun, der kein anderes Wehrmittel hat als sein gutes Recht: nein, all das ist weder gerecht noch ist es großherzig

¹⁾ Man beliebt in nichtkatholischen Kreisen fast alles Religiöse und Kirchliche bei uns in politischem Lichte zu betrachten; dieser Irrung zu folgen lehne ich natürlich ab. Daher sind auch die mancherlei Heilig- und Seligsprechungen nicht erwähnt. Da unter den Heiligen und Seligen des Jahres 1921 auch Frankreich vertreten war, hat Papst Benedikt XV. bei der Seligsprechung der unbeschuhten Karmelitin Schwester Theresia vom Kinde Jesu in seiner Lobrede auf diese gesagt: „Es scheint, als ob Frankreich sich um einen neuen Namen, um den beneidenswerten Titel ‚Mutter der Heiligen‘, bewerben wollte.“ Es blieb der Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes vorbehalten, dem Papste zu unterstellen, als habe er damit auch Voltaire, Combes, Clemenceau, Poincaré, Briand und Millerand im Auge gehabt. (S. 23.)

noch auch (wollen Wir mit einem Worte reden, das alles besagt!) ist es französisch." ¹⁾

Am 10. März erließen die zur Jahreskonferenz in Paris versammelten Kardinäle und Erzbischöfe eine umfangreiche öffentliche Erklärung; ²⁾ Herriot habe den Kampf angesagt, er dürfe sich daher nicht wundern, wenn man ihn aufnehme und nun selbst zum Angriffe vorgehe. Es sei nötig eine kräftige, energische Haltung einzunehmen und auf allen Gebieten in allen Teilen des Landes einstimmig und offen dem Laizismus und seinen Grundsätzen den Krieg zu erklären bis zur Abschaffung der aus ihm hervorgegangenen Gesetze; man müsse, um den Sieg zu erringen, sich aller gesetzlichen Waffen bedienen. „Die Theorie des ‚kleineren Uebels‘ hat uns Niederlagen und immer neues Unglück gebracht, das z. T. wenigstens durch eine festere Haltung hätte beschworen werden können.“ Bereits am nächsten Tage lehnte der Finanzausschuß des Senats die Forderung nach Aufhebung der Botschaft mit 17 gegen 14 Stimmen ab. Gleichzeitig setzte von der ganzen Logenfront her das Bombardement gegen die Erklärung des Episkopates ein; sie sei eine „wahre Kriegserklärung an die französischen Gesetze, an das freie Denken und an die Demokratie, ein Aufruf zur Auflehnung gegen das Gesetz, zum Bürgerkriege. . . „Wir laden die Regierung ein, die Herausforderung anzunehmen. . .“ Im Elsaß begann inzwischen Herriot einige katholische Schulen in Simultanschulen umzuwandeln, worauf der Bischof von Straßburg und das Elsässer Aktionskomitee mit der Aufforderung zum Schulstreik erwiderten. ³⁾ Das Volk leistete durchschnittlich bis zu 90 v. H. Folge und in einer vernichtenden Rede entfachte der Elsässer Abg. Walter in der Kammer einen solchen Sturm, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. ⁴⁾

Da die Erklärung des Episkopates die Botschaftsfrage mit der geforderten Beseitigung des Trennungsgesetzes bzw. der „Laiengesetze“ in Verbindung brachte, was gegen die Voraussetzungen, auf Grund deren einst die Botschaft wiederrichtet

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 9./10. Februar 1925.

²⁾ im Wortlaute wiedergegeben in „Schles. Volksztg.“ Nr. 131 (Abend-Ausgabe vom 19. März 1925).

³⁾ s. „Elsässer Kurier“ Nr. 62 vom 14. März 1925.

⁴⁾ Ausführliches ebenda Nr. 65 vom 18. März 1925.

worden war, verstieß, gab Kardinal Dubois am 15. März in seiner Kathedrale im Beisein des Nuntius eine ergänzende Erklärung ab. Er wies die Mißdeutungen zurück und unterstrich die Tatsache, daß jene erste Erklärung (der Erzbischöfe) nicht vom Hl. Stuhle veranlaßt war, sondern der Nuntius von ihr erst durch die Presse Kenntnis erlangt hatte. All diese Dinge wurden sofort Gegenstand neuer stürmischer Kammerdebatten, in denen Herriot trotz inzwischen erfolgter ausführlichster Richtigstellung seiner Behauptungen durch das vatikanische Tagesorgan all diese als unrichtig nachgewiesenen Dinge, Märchen und Unwahrheiten von neuem vorbrachte, ein Beweis, daß er die Situation bereits nicht mehr beherrschte. Am 10. April stand die gesamte Finanzpolitik der Regierung zur Diskussion, wobei Herriot die Vertrauensfrage stellend mit 242 gegen 291 Stimmen in der Minderheit blieb.¹⁾ Trotz der Treue, die ihm seine Logenprätorianer bis zum letzten Mann gehalten hatten, war er gestürzt; die Kammer hatte sich in zwei Parteien geteilt, die Freimaurer und die Nichtfreimaurer. Was jedoch im Einzelnen den Ausschlag gab, waren nicht etwa kirchenfreundliche Tendenzen, sondern die politische Witterung, daß die Kulturkämpferei ihre Anziehungskraft verloren hatte.²⁾

Am 21. April stellte sich Painlevé mit seinem neuen Kabinett vor. „Diskussionen vermeiden zu wollen, die unangenehme Mißverständnisse und Polemiken hervorrufen könnten, . . . jeden Glauben achtend . . . einen hochqualifizierten Vertreter beim Vatikan unterhalten zu wollen,“ darin, sagte die Programmrede, seien sich die Mitglieder der Regierung einig.³⁾ Am 27. Mai genehmigte der Senat mit 168 gegen 12 Stimmen den Voranschlag

¹⁾ In der Zeitschrift der französischen Jesuiten, den „Etudes“ vom 5. September 1924, hatte bereits P. Yves de la Brière festgestellt, „daß es unter den Abgeordneten des Linksblocks 242 gibt, die einer nicht genehmigten Organisation angehören, deren Name Freimaurerei ist.“ Diese 242 Abgeordneten „stellen das feste Knochengerüst der jakobinischen und antikirchlichen Mehrheit dar.“

²⁾ Da das Regime Herriot nur eine Episode darstellte, erübrigte sich eine ausführliche Behandlung; es sei daher auf die Artikel „Der französische Linksblock und die religiösen Fragen“ von P. H. J. Terhünte S. C. J. in der „Allg. Rundschau“ Nr. 25 vom 18. Juni 1925 und auf den im „Neuen Reich“ 1925 Nr. 52 vom 26. September 1926 von Professor Dr. P. R. Hänni O. S. B., „Der französische Kulturkampf“, verwiesen.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 22./23. April 1925.

des Ministeriums des Aeußeren einschließlich des Kredits für die vatikanische Botschaft. Auch das kurz danach folgende Kabinett Briand stellte sich entschieden und unzweideutig auf denselben Standpunkt.¹⁾

Seitdem nimmt die durch Herriots Vorgehen ausgelöste Bewegung, die unter dem Vorsitze des General Castelnau zu einer bereits mächtig angewachsenen Organisation der französischen Katholiken geführt hat, ihren Fortgang. Ihr Programm ist der Encyklika Papst Pius X. „*Il Fermo Proposito*“ entnommen, ihr Ziel ist die Beseitigung der Verfolgungsgesetze, indes die Loge ihren Kampf in die Gemeindestube verlegt hat. Was den französischen Katholiken einst Leo XIII. anempfohlen hatte, aber von ihnen zu ihrem großen Schaden abgelehnt wurde, nämlich sich mit der neuen Staatsform, der Republik, auszusöhnen und abzufinden, haben Zeit und Umstände nun selbst bewirkt. Ihr zweiter Fehler war, daß sie sich nicht nach dem Beispiele anderer Völker vertrauensvoll auf die arbeitende Bevölkerung stützten und eine großzügige Sozialpolitik im Sinne der Encyklika „*Rerum Novarum*“ in Angriff nahmen. Beide Unterlassungen haben sich schwerstens gerächt, denn damit war das politische und das soziale Gebiet dem Gegner überlassen, indes man sich noch immer an unhaltbare Ueberreste anklammerte. Allzu lange hielt man an nationalistischen und legitimistischen Vorurteilen fest und verteidigte eine Gesellschaftsordnung, die man für die allein christliche hielt, ohne daß sie es war.

Im Konsistorium vom 14. Dezember 1925 belohnte Pius XI. die großen Verdienste des Pariser Nuntius Msgr. Cerretti durch Verleihung des Purpurs und in hochfeierlichem Akte setzte ihm Kardinal Dubois in Gegenwart des Präsidenten Doumergue, der noch unter dem zweiten Kabinett Briand im Senate die Linke zum Kampfe gegen die Wiederherstellung der Botschaft geführt hatte, das Kardinalsbirett auf. Da er als Protestant die religiöse Stellung des Papstes nicht anerkennt, konnte ihm bei dieser Gelegenheit die sonst dem Präsidenten zufallende Vertretung nicht übertragen werden.

Noch ist für die Kirche Frankreichs keine neue Zeit angebrochen, von ihr selbst aber darf auf Grund reichlicher Anzeichen doch gesagt werden: *incipit vita nova*.

¹⁾ s. „*Ecclesiastica*“ 1925 S. 193.

Rückschauend auf die Gesamtheit der seit Kriegsende von der römischen Kurie Frankreich gegenüber befolgten Politik ergibt sich von selbst die Feststellung, daß trotz manches berechtigten Entgegenkommens, ohne das nun einmal im diplomatischen Widerspiel keine Erfolge errungen werden, Rom nicht ein einziges Zugeständnis auf Kosten der berechtigten Interessen anderer Länder oder gar Deutschlands gemacht hat. Es hat einzig sein klares Ziel verfolgt: der Kirche Frankreichs ihre verlorene Freiheit und Daseinsmöglichkeit wieder zu erringen.

■

Wir haben nunmehr die Politik des Papstes an der Hand der Tatsachen verfolgt, soweit sie seit Ende des Weltkrieges in allen, auch in den Deutschland (im weitesten Sinne) umgebenden Staaten irgend in Erscheinung trat. Und wir sahen, daß sie nicht im geringsten vom Gegensatze des Weltkrieges, von der Formel Vielverband gegen Vierbund beherrscht war, sondern geradezu ihre Ueberwindung mittels Durchsetzung der hohen, internationalen Gesichtspunkte der Kirche Gottes überall anstrebte. Wir sahen ferner, daß Rom nicht Politik „aus der Hand in den Mund“ treibt; es baut an, wo vielleicht erst die Kirche späterer Jahrhunderte erntet, denn es weiß, daß dieses römische Reich alle anderen Reiche überdauert. Aus größerem Abstände schauend erkennen wir, daß sich die Politik des Vatikans nirgends in den Geleisen irgendeiner weltlichen Großmachtpolitik bewegt, sich nirgends mit den politischen Interessen dieses oder jenes Großstaates, dieser oder jener Staatengruppe identifiziert oder ihr dient, um, wie es die sog. orthodoxen Gemeinschaften taten, zeitliche, also vorübergehende Augenblicksvorteile anzustreben. Es rechnet wohl mit diesen Gegebenheiten, weil es muß, aber mit ihren Zielen hat es nichts gemein, denn es besitzt sein eigenes, ungleich größeres und letzten Endes immer und ausschließlich religiöses Ziel. Darin beruht die Einheitlichkeit der Politik des Papstes. Da aber die konfessionelle Mischung und Schichtung von Land zu Land wechselt und die Geisteshaltung der Menschen nicht beständig, sondern ebenfalls wandelbar ist, wobei bald diese, bald jene Strömung Oberwasser gewinnt, zwingt sich auch der Politik des Hl. Stuhles fortgesetzt ein entsprechender Wandel (ohne Zielwechsel) unter Verzicht auf die ultima ratio weltlicher Mächte, auf die Gewaltanwendung, auf.

Ebenso klar zeigt sich aber auch, wie unbegründet die Behauptung ist, die vatikanische Politik werde von Feindschaft gegen Deutschland, gegen „das Land der Reformation“ bestimmt. Tatsächlich reißen all jene, welche diese Anklage erheben, aus dem Zusammenhange dieses feinmaschigen Gewebes täglich sich mehrender Äußerungen und Handlungen Roms nach vorbestimmtem Gesichtspunkte einzelne Bruchstücke heraus und fügen sie nach eigener Willkür zu einem neuen zusammen; auf solche Weise kann man alles „beweisen“, um damit letzten Endes jedoch tatsächlich nichts zu beweisen. Niemand ist berechtigt, solch willkürliche Konstruktionen als die Politik der Kurie auszugeben, denn sie ist es nicht.

Indem wir uns nach unserer Weltwanderung unserem Ausgangspunkte Deutschland nochmals zuwenden, wollen wir gleichwohl bemerken, daß auch der Eindruck dieses letzten Kapitels allein, so günstig er sich auch gestalten möge, wiederum nur im Zusammenhange mit dem Vorhergehenden, dem Umgebenden und dem Nachfolgenden zu einem Gesamturteile berechtigt.

Papst Pius XI. und Deutschland.

„Mein großer Wunsch ist, zur Wiederherstellung des Friedens und der Eintracht unter den Völkern beizutragen,“ erklärte Papst Pius XI. am Tage seiner Wahl gegenüber dem Erzbischof von Boston, Kardinal O' Connell,¹⁾ und am Tage seiner feierlichen Krönung sprach er gegenüber dem ihn beglückwünschenden Hl. Kollegium seinen entschiedenen Entschluß aus, dieses Werk, in dem der Ruhm seines verewigten Vorgängers liege, fortzusetzen und zu Ende zu führen.²⁾

In die Freude der ganzen katholischen Welt ob der Kunde von der Wahl Kardinal Rattis klang sofort — mit dem Gefühle tiefer Beschämung denkt man als Deutscher heute daran zurück — von Deutschland her der erste Mißton, erfolgte die erste Stellungnahme gegen den Neugewählten, indem man ihn sofort als Feind der Deutschen verschrte, indeß die anderen Nationen, vornehmlich Italiener, Franzosen und Polen, sich aufs eifrigste angelegen sein ließen, z. T. sogar sehr mit Unrecht die besonderen Sympathien des neuen Papstes für sich in Anspruch zu nehmen.

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1922, Nr. 12.

²⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 15. Februar 1922.

Wir fragen uns, nachdem wir Msgr. Rattis Wirken im Dienste der Kirche vom Augenblicke seiner Aussendung nach Polen eingehend verfolgt haben, soweit es sich auf politischem Gebiet vollzog, wir fragen uns, sagen wir: wie konnte man angesichts jener Behandlung, die der Nuntius Ratti in Polen erfahren hatte, diesen Mann der Deutschfeindlichkeit bezichtigen? Seit seiner freiwilligen Abreise von Warschau, dem er ohne sich offiziell zu verabschieden den Rücken gekehrt hat, hatte ihn die polnische Regierung ignoriert, nicht ein Wort der Anerkennung für sein Wirken gefunden; erst als die italienischen Blätter am Tage vor Beginn der Papstwahl schrieben, einer der Cardinali papabili, ja ‚il papabilissimo‘ sei Kardinal Ratti, da überreichte ihm noch unmittelbar vor dem Ueberschreiten der Schwelle des Konklaves der polnische Gesandte den Großkordon des „Weißen Adlers.“¹⁾ Hätte Ratti den zehnten Teil dessen, was er als einfacher Priester in Mailand aus freien Stücken in der Seelsorge für die Deutschen Mailands geleistet, für die Franzosen getan, heute noch würden diese ihn mit Stolz als innerlich den Ihrigen preisen! Nie hat Ratti ein Hehl aus seiner hohen Wertschätzung deutscher Wissenschaft gemacht, ja er hat sich die für einen Italiener so schwierige deutsche Sprache in einer Weise angeeignet, die ihn befähigte nicht nur in fließender Rede Tausende deutscher Pilger in ihren Heimatlauten zu begrüßen, sondern sich in einer Art auszudrücken, die volle Beherrschung der Sprache bekundet. Nichts, gar nichts konnte jene törichte und ungerechte Beschuldigung stützen. Man berief sich auf eine vom „Osservatore Romano“²⁾ sofort als frei erfunden bezeichnete Unterredung der nationalistischen „Nazione“, die auch Pius XI. selbst sofort einem Kardinale gegenüber³⁾ als frei erfunden bezeichnet hat. „Er hege keinerlei unfreundliche Gefühle gegen Deutschland. . . . Er versichere die (deutschen) Kardinäle seiner freundlichen Gefühle für Deutschland und erinnere daran, daß er einst sogar Seelsorger der deutschen katholischen Gemeinde in Mailand gewesen sei.“ Zu Kardinal Schulte von Köln, der als einer der ersten den Neugewählten beglückwünschte, äußerte der Papst, daß er „mit ganz besonderer Zu-

¹⁾ s. Tommasini, La Risurrezione della Polonia, S. 101.

²⁾ vom 8. Februar 1922.

³⁾ s. Meldung der „Augsb. Postzeitung“ Nr. 23 vom 9. Februar 1922 aus Rom, dat. vom 8. Februar.

neigung in diesem Augenblicke der altberühmten Kölner Kirche gedenke, er grüße und segne die Stadt Köln als Freund und alter Bekannter." ¹⁾ Auch die jüdisch-demokratische „Frankfurter Zeitung“ ²⁾ berichtete nach einer Depesche ihres gewissenhaften römischen Korrespondenten Otto Kahn, „daß der in tendenziöser Weise verbreitete Ruf der Deutschfeindlichkeit des neuen Papstes absolut unwahr sei. Im Gegenteil stehe er Deutschland durchaus freundlich gegenüber, mit dessen Wissenschaft ihn enge Bande verknüpften. P. Genocchi, M. S. C., den intime Freundschaft auch mit Pius XI. verband, (wie sie ihn mit dessen beiden Vorgängern verbunden hatte), bestätigte in einer dem calvinistischen „Temps“ ³⁾ gewährten Unterredung auch seinerseits dieses Urteil. Er war Gast des Nuntius Ratti in Warschau in jenen Tagen, da der polnische Landtag über seine Ausweisung beriet, da man ihn wegen seiner Unparteilichkeit in der oberschlesischen Frage als Feind Polens verschrie, und Rattis Ernennung zum Erzbischof von Mailand (und in Verbindung damit zum Kardinal und Anwärter auf den Hl. Stuhl) war nicht zuletzt durch die feindselige Behandlung verursacht, die er seitens des offiziellen Polen erfahren hatte. „Wenn die deutsche Presse darauf bestehe, ihm eine deutschfeindliche Gesinnung zuzuschreiben, so begehe sie einen doppelten schweren Fehler, einen geschichtlichen und einen politischen.“

In Paris setzten nun sofort Manöver ein, um den neuen Papst gewissermaßen als Kreatur Frankreichs hinzustellen, womit sich scharfe Angriffe gegen Kardinal Gasparri verbanden, den Pius XI. als Staatssekretär bestätigt hatte; man forderte geradezu seine Entlassung bzw. Ersetzung durch den Pariser Nuntius Cerretti. ⁴⁾ Die letzte Gabe Papst Benedikts XV. war für notleidende deutsche Kinder gewesen; der letzte Willensakt, der seinem

¹⁾ s. „Köln. Volksztg.“ vom 7. Februar 1922. — Durch nachträgliche Feststellungen ergab sich, daß die auf Seite 262 in Fußnote 1 zitierte, Pius XI. zugeschriebene Äußerung in dieser von der „Nazione“ veröffentlichten angeblichen Unterredung mit Kardinal Ratti enthalten war, sodaß also die oben erwähnte Erklärung sowohl, wie diejenige Papst Pius' XI. selbst sich eben auch auf jene Äußerung bezieht und sie als „frei erfunden“ brandmarkt. Trotzdem ist sie vom Evangelischen Bunde immer wieder als authentisch von neuem verbreitet worden.

²⁾ in Nummer vom 7. Februar 1922.

³⁾ n. „Corriere della Sera“ vom 9. Februar 1922.

⁴⁾ s. Korrespondenz des „Paese“ vom 22. Februar 1922.

Drange Gutes zu tun entsprang, war das Geschenk von 200 000 Lire für schwindstüchtige deutsche Studenten.¹⁾ Und die erste Gabe seines Nachfolgers Pius XI. waren je 200 000 Lire an jeden der beiden deutschen Kardinäle, an Kardinal Dittl von Wien und Kardinal Czernoch von Gran zur Verteilung an Notleidende.²⁾ „Dem Herzen des Vaters stehen, wenn er auch alle Menschen mit gleicher Liebe umfaßt, doch jene am nächsten, die am meisten heimgesucht sind.“ Papst Pius XI. hat sicher mit seiner hochherzigen Gabe ausdrücken wollen, daß er das von seinem Vorgänger begonnene Friedens- und Liebeswerk fortzusetzen gedenke. Der Statthalter Christi wird sich niemals von Bevorzugungen und von politischen oder eigennützigen Plänen, wie man sie gerne neuen Regierungen unterschiebt, leiten lassen, sondern nach wie vor ohne Rücksicht auf den Wandel in der Welt und auf irdische Vorteile . . . nur von religiösen Interessen. Er wird seine Liebe allen Völkern gleichmäßig zuwenden, ob sie Sieger oder Besiegte sind, ob sie sich des Glückes erfreuen oder im Unglück trauern, entschlossen die einen an die Pflichten der christlichen Nächstenliebe zu mahnen und den anderen tatkräftig zu helfen.³⁾

Schon zwei Monate später, im April 1922 ergriff Papst Pius XI. die Gelegenheit zu seiner ersten, politisch bewertbaren Tat, indem er sein Schreiben zur Konferenz von Genua an Erzbischof Signori⁴⁾ richtete, worin er an Frankreichs Adresse sagte, selbst wenn man die Erörterung der Friedensverträge und der Reparationen (wie es Frankreich gefordert hatte) ausschließe, so scheine sie „nicht jeden weiteren Gedankenaustausch zu verhindern, der geeignet wäre, den Besiegten die beschleunigte Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern, was am Ende auch den Siegern zum Vorteile gereichen würde.“⁵⁾ Dies genügte der französischen Presse, den Verfasser des Schreibens bereits einseitiger Parteinahme zugunsten Deutschlands zu zeihen.

Selbst in seiner ersten Enzyklika „Ubi Arcano Dei“⁶⁾ machte sich Pius XI. zum Anwalte der Sache der Besiegten und Unter-

¹⁾ berichtet vom „Secolo“ vom 15. Februar 1922.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1922 Nr. 16, S. 125.

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 18. Februar 1922 in dem Artikel „Continuità.“

⁴⁾ s. S. 375.

⁵⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 14. April 1922.

⁶⁾ s. das Kapitel „Pius XI. in seinen politischen Grundanschauungen“

drückten, indem er auf den „Scheinfrieden, der kein Tatfrieden sei, auf die Habsucht im Gewande des Patriotismus, auf die Verwerflichkeit der harten, eisernen Gerechtigkeit ohne Nächstenliebe,“ auf jene Grundlagen seines politischen Programmes endlich verwies, aus denen die Richtlinien der vatikanischen Politik unter seinem Pontifikate hervorgehen.

Ruhrkonflikt

Zwei Jahre schon hing entladungsbereit eine furchtbare Gewitterwolke über dem von Krieg und Revolution und deren Wirkungen geschwächten Deutschland, bis sie sich zu Beginn des Jahres 1923 furchtbar entlud: die kriegेरische Besetzung des Ruhrgebietes mitten im Frieden durch Frankreich und Belgien. Unter Bruch der Bestimmungen ihres eigenen Friedensdiktates brachen die beiden Mächte in das wehrlose Land ein. Mit Zustimmung des Kardinals Schulte richteten die rheinischen Katholiken einen Aufruf an die Christen der Welt und legten dar, wie dieses Vorgehen der Franzosen und Belgier die Hoffnungen auf einen wahren Weltfrieden, auf Abrüstung des Hasses und endliche Versöhnung der Völker im Geiste des Christentums und im Sinne des Friedensprogrammes Papst Pius XI. völlig vernichtet. Namens fünfeinhalb Millionen deutscher Katholiken wurde den Katholiken der Erde, allen Christen, ja allen Menschen, die für Gerechtigkeit, Friede und Versöhnung eintreten, vorgehalten, was diese Sachlage für das kirchliche Leben, für die Sittlichkeit, ¹⁾ für die physische Existenz einer ohnehin zum großen Teil nur noch durch fremde Liebesgaben vegetierenden Bevölkerung verhungender Kinder, siecher Eltern und an Entkräftung sterbender Menschen bedeute. ²⁾ Kardinal Schulte legte am 2. Januar 1923 öffentlich Protest „gegen die brutalen Gewaltakte Frankreichs“ ein, durch die nicht nur über pflichttreue Beamte, die sich weigerten Landesverräter zu werden, grausame Strafen verhängt wurden, sondern auch über deren Frauen und Kinder.“ Man kann es nun verstehen, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder sich die Blicke fragend nach Rom richteten und die Bitte an den Papst gestellt wurde, er möge „seinen Einfluß zur Abkürzung des frevelhaften,

¹⁾ Zu den ersten Sorgen der ins Ruhrgebiet einmarschierten Franzosen gehörte die Anforderung von Borden.

²⁾ s. „K. Kztg.“ 1923, Nr. 5 S. 38.

von Frankreich erneuten Kriegszustand einsetzen.“¹⁾ Genau wie einst im Kriege — und es war ja auch wieder nichts anderes als Krieg — setzte prompt von der Gegenseite, aus geistlichen Kreisen Frankreichs, im Vatikan der Gegendruck ein, der das „französische Recht“ verteidigte. Insbesondere war es Kardinal Touchet von Orléans, der in einem offenen Schreiben an Kardinal Schulte und den rheinischen Episkopat²⁾ leidenschaftlich für den Versailler Vertrag eintrat. „Unsere Staatsmänner betrügen uns nicht. Sie sind die Schuldner und müssen bezahlen. Wir wissen, daß Sie zahlen können, und ich zögere nicht, mich in dieser Angelegenheit prinzipiell und politisch absolut solidarisch zu erklären mit der Regierung der französischen Republik.“ In diesem Sinne und Tone spricht jenes traurige Schreiben eines Kirchenfürsten, an dem die erste und große Encyklika des Hl. Vaters spurlos vorübergeglitten zu sein scheint.

Der Standpunkt des Papstes könnte kein anderer sein als der, den sein Vorgänger bereits in der Allokution vom 22. Januar 1915 ausgesprochen hatte. „Zwar ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Papstes, der ja von Gott als höchster Ausleger und Richter des ewigen Gesetzes bestellt ist, zu erklären, daß von niemand und niemals aus irgendeinem Grunde die Gerechtigkeit verletzt werden darf; das erklären wir auch offen und frei verurteilen mit Schärfe alle Rechtsverletzungen, wo immer sie begangen wurden. Die päpstliche Autorität aber in die Streitigkeiten der Kriegführenden selbst hineinziehen zu lassen wäre freilich weder passend noch zweckmäßig. Wer verständig die Lage betrachtet, wird wahrhaftig zu dem Urteile kommen, daß der Hl. Stuhl in diesem Streite, wenn er auch nicht ohne die größte Sorge sein kann, doch zu keiner Partei halten darf.“³⁾ War den Deutschen diese Ent-

¹⁾ s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 62 vom 25. Januar 1923.

²⁾ Abgedruckt in „Ecclesiastica“ Nr. 20 vom 19. Mai 1923.

³⁾ Noch einmal hatte man vom Papste verlangt, er müsse im Angesichte der ganzen Welt ein Verdammungsurteil fällen. Und weil er es nicht tat, hieß es wiederum, er verleugne sein hohes Amt, habe nicht den Mut im Sinne Christi zu handeln und lasse sich von politischen Rücksichten beeinflussen und bestimmen. Wir stellen daher die Frage: war nicht Palästina, die Heimat des menschgewordenen Erlösers, damals ebenso vom Feinde besetztes Gebiet? Wo blieb Christi flammender Protest gegen die Besetzung durch den Feind, die Römer? Der Protestant H. Spiero schreibt in seiner Broschüre über „Die dreifache Krise der deutschen Evangelischen

scheidung (zu Anfang des Krieges im Hinblick auf den Einmarsch in Belgien) recht, so mußte sie ihnen jetzt, da die Dinge umgekehrt lagen, billig sein. Und dennoch ist der Papst nicht untätig geblieben. „Dem Heiligen Vater gehen die Ereignisse am Rhein und an der Ruhr tief zu Herzen und der Papst bietet in seinem väterlichen Bemühen, den Frieden zu fördern und das Leid zu lindern, fortgesetzt alles auf, was nur möglich ist,“ schrieb Kardinal Gasparri an den Erzbischof von Köln.¹⁾ Aber noch waren die Verhältnisse nicht reif für eine Erfolg versprechende politische Aktion; ein rein demonstrativer Protest aber würde auch diesmal wiederum die Bahn zu Schritten, die wirklich den Erfolg bringen konnten, verschlossen haben.²⁾ Und so geschah, was einstweilen geschehen konnte. In einem offenen Schreiben an seinen Generalvikar Kardinal Pompili vom 31. Januar 1923 sagte Pius XI.: „Trotz der in der eben erlassenen Weihnachtsencyklika ausgesprochenen Furcht vor dem Kommen- den sind Wir doch weit davon entfernt gewesen vorauszusehen, daß schon nach kurzer Zeit Unsere Worte eine so schmerzliche Bestätigung erfahren würden. Sie, Herr Kardinal, fühlen gewiß mit Uns den ganzen Ernst der Stunde. . . Mit tiefem Bangen

Kirche“ S. 21: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist! Wie oft ist dies Wort in kaiserlichen und nachkaiserlichen deutschen Zeiten bis zur Uebersättigung mißbraucht worden! Wer war denn jener Kaiser? Weder der angestammte, noch der frei gewählte Herr des jüdischen Volkes, sondern der fremde Eroberer ohne Recht auf das Land, fremd seiner Art, feindlich oder doch gleichgültig gegenüber seinem Glauben. Und dennoch: Gehorchet! Und der Apostel unterstreicht das noch, er fordert Gehorsam gegen die Obrigkeit, die Gewalt über uns hat.“

¹⁾ s. „Köln. Volkszeitung“ Nr. 94 vom 6. Februar 1923.

²⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes macht S. 47 dem Papste die „Erfolglosigkeit“ seiner Bemühungen zum Vorwurfe. In ihrem Kapitel über den Ruhrkonflikt (S. 63) zählt sie auf, wie die evangelischen Bischöfe Schwedens „gegen die beispiellose Schändung von Recht und Menschlichkeit an Rhein und Ruhr“ protestierten, und daß ihr Einspruch „bei den evangelischen Bischöfen Norwegens und Finnlands, sowie bei angesehenen evangelischen Körperschaften in England, Holland, der Tschechoslovakei und in Ungarn warmen Nachklang gefunden hat.“ Mit Stolz wird auf die „wachsende Einmütigkeit im Weltprotestantismus“ hingewiesen; vom Erfolge weiß man allerdings nichts zu berichten. Mit den eigenen Worten der Schrift des Evangelischen Bundes läßt sich daher sagen: Das der Einmütigkeit des Weltprotestantismus gespendete Lob steht — soweit Deutschland in Betracht kommt — im umgekehrten Verhältnis zu den tatsächlichen Erfolgen.“

müssen Wir wahrnehmen, wie das Schreckgespenst neuer Kriegswirren . . . von neuem auftaucht. . . Wir vertrauen daher Ihnen, Herr Kardinal, den Auftrag an, die Gläubigen Unserer Stadt Rom einzuladen, sich mit Uns im Gebete zu vereinen um zu erlangen, daß der Herr . . . die gequälte Menschheit vor neuen Heimsuchungen bewahre und Völker und Regierungen zu Gesinnungen der Brüderlichkeit, Liebe und Gerechtigkeit zurückführe, um ihnen freundschaftliches Einvernehmen einzugeben."

Wie Franzosen und Belgier im besetzten Gebiete gehaust haben, ist für alle Zeiten in dem Proteste niedergelegt, den die Bischöfe des besetzten Gebietes unterm 3. März 1923 an die ganze Welt erlassen haben. ¹⁾

Bereits am 14. März 1923 ließ eine Mitteilung von amtlicher kirchlicher Seite in Köln ²⁾ durchblicken, daß eine erhöhte Tätigkeit des Hl. Stuhles eingesetzt hatte. „Wie sehr der Hl. Vater fortgesetzt bemüht ist die Leidenszeit abkürzen zu helfen, kann zwar der Natur der Sache nach im einzelnen nicht immer an der Hand öffentlicher Pressemeldungen registriert werden, aber davon dürfen wir uns überzeugt halten, daß der Hl. Vater nichts unterläßt, um die gegenwärtige Situation statt in eine entsetzliche Katastrophe in einen beiderseitig annehmbaren wirklichen Frieden ausmünden zu lassen." Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Papst für die Bevölkerung des Einbruchgebietes 500 000 Lire überwiesen habe. All das genügte bereits, um die französische Presse scharfe Angriffe gegen den Vatikan richten zu lassen, wobei sich wiederum der „Temps" hervortat. ³⁾ Die Gesandten Englands, Frankreichs und Belgiens bemühten sich, den Kardinal-Staatssekretär „über die Lage an der Ruhr nach den Gesichtspunkten und der Auffassung ihrer Regierungen aufzuklären," worauf dieser dem Wunsche Ausdruck gab, „daß eine Verständigung gefunden werde, da die gegenwärtige Lage vom Hl. Stuhle als für den Frieden Europas gefährlich erachtet werde." ⁴⁾

¹⁾ s. „K. Kztg." 1923, Nr. 11 S. 85.

²⁾ s. „Köln. Volksztg." Nr. 192 vom 15. März 1923.

³⁾ Sie sind im „Oss. Rom." Nr. 77 (19, 105) vom 5. April 1923 eingehend zurückgewiesen.

⁴⁾ s. die eigene Drahtmeldung der „Schles. Volksztg." aus Rom vom 17. März 1923. Eine Havas-Meldung aus Paris vom 20. März bestätigt die Angaben.

„Geleitet von Erwägungen der Menschlichkeit und dem Wunsche, sich Informationen zu verschaffen,” wie „Havas”¹⁾ berichtete, bekundete am 20. März die Kurie ihren Entschluß, nunmehr aktiv vorzugehen und sich hiefür ein Instrument zu schaffen, indem sie Msgr. Testa, einen des Deutschen vollkommen mächtigen Prälaten, bis dahin Uditore der Wiener Nuntiatur, in der Eigenschaft eines päpstlichen Delegaten nach dem Ruhrgebiete entsandte. Um sich gegenüber den Besatzungsbehörden Bewegungsfreiheit zu sichern, nahm der Delegat seinen Weg über Paris, wo er dem Ministerpräsidenten seinen Besuch machte, und traf am 25. März in Köln ein. Nach Vorstellungsbesuchen beim Kardinal und den verschiedenen Besatzungsbehörden begab er sich schon am nächsten Tage auf den Kriegsschauplatz, ins Ruhrgebiet. Wenige Tage später, am Karsamstage gaben ihm die Franzosen eine Extravorstellung, indem sie 13 Krupparbeiter niederschossen.

Man wird Msgr. Testa nicht vorwerfen können, daß er in der Einholung seiner Erkundigungen etwa einseitig war. Er hatte mit den Vertretern der Gewerkschaften, mit dem Oberpräsidenten von Westfalen, dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf, dem Bischöfe von Paderborn, kurz allen Kreisen der Bevölkerung vielstündige Aussprachen, um, wie er erklärte, „gerecht und sachlich alles zu prüfen, unabhängig von parteiischen Ereignissen und Stimmungen; er wolle gründliche Studien machen, das entspreche dem Willen des Papstes.”²⁾ Schon am 7. April wußte der römische „Corriere d'Italia” zu melden, daß in der Ruhrfrage ein Schritt des Papstes zu erwarten sei, sobald Msgr. Testa Bericht über seine Untersuchung erstattet habe. Bereits um jene Zeit (16. April) erfährt man von den ersten „bedeutenden Erleichterungen”, welche den Gefangenen auf Betreiben des Delegaten zuteil wurden, der nunmehr auch in Berlin mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Außenminister persönlich in Fühlung trat und mit dem Oberbürgermeister die Not in der Reichshauptstadt besprach, um dann eine Reihe städtischer Anstalten, Waisen- und Flüchtlingshäuser, Tuberkulosenstation und Obdachlosenasyll, zu besuchen. Am 21. April verständigte General Degoutte den Vatikan, daß (infolge der Vorstellungen Msgr. Testas) der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Essener

¹⁾ s. „Köln. Volksztg.” Nr. 209 vom 21. März 1923.

²⁾ s. „Köln. Volksztg.” Bericht aus Münster vom 2. April 1923.

Bürgermeister Schäfer aus dem Gefängnis entlassen wurde und weitere Erleichterungen für politische Gefangene, besonders für die Häftlinge des Zweibrückner Gefängnisses gewährt wurden.¹⁾ Ende des Monats begab sich der Prälat nach Rom, um dort die nötigen Unterlagen für die weitere Aktion des Vatikans zu liefern, nachdem er die ersten Erfolge seiner Tätigkeit im Ruhrgebiete geschaut hatte.

Noch einmal erhob der Papst seine Stimme, ehe die Umstände die Tat ermöglichten, und dazu bot ihm das Geheime Konsistorium vom 23. Mai 1923 die Gelegenheit. Zu jener Zeit war auch der englisch-irische Konflikt auf seinem Höhepunkt angelangt, weshalb seine schmerzdurchbebtten Worte Iren und Engländern, Franzosen und Deutschen gemeinsam galten, als deren geistlichen Vater er sich fühlt. Und so sprach er u. a.: ²⁾

„Sie sind alle Kinder des gemeinsamen Vaters, der, während er mit den zuhause gebliebenen zu Tische sitzt, sehnlichst auf

¹⁾ Meldung der „Vossischen Zeitung“ vom 21. April 1923.

²⁾ Die Stelle lautet im Originalwortlaute des „Oss. Rom.“ vom 24. Mai 1923, Nr. 118. lateinisch: „Nobis autem magna cum sollicitudine in dimicantium turbam intentibus filii undique occurrunt, optimi quidem atque huic Apostolicae Sedi alii aliis de casis carissimi: vel ex Insula Sanctorum, vel ex Angelorum Insula, vel ex natione Ecclesiae primo genita, vel ex illa Germania catholica, quae lugendum ab Ecclesia Romana discidium, abhinc quattuor saeculis factum, studio tam acri tamque solida et apta vitae cristinae disciplina in medio ipso furore belli compensavit atque etiam in praesenti discrimine compensat.“ Und italienisch: „... figli di quella Cattolica Germania, che la grande defezione di or sono quattro secoli, ha saputo poi sempre, anche attraverso la terribile guerra ed anche nelle presenti tribolazioni, compensare con così studioso fervore e con così solida ed operosa organizzazione di vita cattolica.“ Ich führe diese Stellen deswegen so ausführlich an, weil der Evangelische Bund sie in seiner D. E. K. in folgender Weise gefälscht hat: Der Papst rühmte in seiner Ansprache den deutschen Katholizismus, „der sowohl mitten im Toben des Weltkrieges wie auch unter den jetzigen verwickelten Verhältnissen seinen Eifer, seine Tatkraft und sein Organisationsgeschick dafür eingesetzt hat, den traurigen Abfall von der römischen Kirche, der vor vierhundert Jahren stattfand, wieder wett zu machen.“ Diese Fälschung diene dazu, seither dem Papste in protestantischen Kreisen Deutschlands einen großen strategischen, gegen den Protestantismus gerichteten Eroberungsplan zu unterstellen und diese Unterstellung zum Vorwande der Verschärfung des konfessionellen Kampfes gegen die katholische Kirche zu machen. Auf sie auch gründet der Evangelische Bund fortgesetzt seine Fiktion der neuen „Gegenreformation“, die der Papst damit angekündigt habe. S. a. meinen Artikel „Trübe Quellen protestantischer Polemik“ in „Allg. Rundschau“ 1924, Nr. 42.

die Rückkehr der abwesenden wartet; alle sind Schafe und Lämmer aus derselben Herde, zu welcher der göttliche Hirte unablässig alle voll Liebe zurückruft. . . Indem Wir nun mit tiefem Kummer auf die Schar der Streitenden blicken, begennen uns überall Söhne, die zu den besten und aus verschiedenen Gründen bevorzugtesten dieses Heiligen Apostolischen Stuhles gehören, Söhne der ‚Insel der Heiligen‘ (Irlands) und der ‚Insel der Engel‘ (Englands), Söhne der ‚Erstgeborenen‘ und Söhne jenes katholischen Deutschland, das den bedauerlichen Abfall von der römischen Kirche vor vier Jahrhunderten durch seinen glühenden Eifer wie auch seine feste und angemessene christliche Lebensführung selbst inmitten des tobenden Krieges auszugleichen wußte und auch in seiner gegenwärtigen Notlage noch *auszugleichen weiß*.”

„Gott ist Unser Zeuge, — schließt der Papst nach weiteren Worten tiefen Bedauerns ob dieser neuen Wirren — daß Wir Alles getan haben, was Unsere Mittel und Unsere Autorität gestatteten, um diese unermeßliche Not zu beheben oder wenigstens zu erleichtern. Wir werden darin nicht nachlassen, solange noch eine Hoffnung winkt. . . .“

Dieses Versprechen hat Pius XI. am Jahrestage des Versailler Friedensdiktates, am 28. Juni 1923, eingelöst. Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte ein vom 24. Juni datiertes Handschreiben an den Kardinal-Staatssekretär, das von der Tatsache ausgeht, daß anstatt der nach der Konferenz von Genua erhofften Besserung, einer aufrichtigen Versöhnung und dauernden Verständigung eine Verschlimmerung eingetreten sei, die zu neuen ernsten Befürchtungen für die Zukunft Anlaß gebe. Um die ernsten und allgemeinen Leiden der Völker zu lindern, müsse er, der Papst, jetzt die Gelegenheit ergreifen, in irgendeiner Weise zur Versöhnung und Wiedervereinigung der Völker und Menschen in Christus beizutragen; dann fährt er wörtlich fort:

„Wenn daher eine Regierung der meistbeteiligten Mächte neue Vorschläge und diplomatische Besprechungen vorbereitet, um eine freundschaftliche Lösung der Frage zu finden, die das Zentrum Europas und daher unvermeidlich alle anderen Völker beschäftigt, halten Wir es für Unsere Pflicht, wieder Unsere selbstlose und unparteiische sowie für alle wohlwollende Stimme zu erheben.“

„Eingedenk der ernsten Verantwortung, die in diesem Augenblicke auf Uns und jenen lastet, die die Geschicke der Völker

in Händen haben, beschwören Wir sie daher noch einmal, die verschiedenen Fragen und namentlich die Frage der Wiedergutmachungen mit jenem starken Geiste zu prüfen, der die Gefühle der Gerechtigkeit mit dem der sozialen Menschenliebe vereinigt, auf die sich die Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft stützt. Falls der Schuldner zur Tilgung der schweren Schäden seinen festen Willen beweist, zu einer gerechten und endgültigen Verständigung zu gelangen, indem er ein unparteiisches Urteil über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit anruft und die Verpflichtung übernimmt, den Schiedsrichtern jedes Material der Wahrheit und genauen Kontrolle zur Verfügung zu stellen, erfordern Gerechtigkeit und soziale Menschenliebe ebenso wie das Interesse der Gläubiger und der Völker selbst, daß vom Schuldner nichts verlangt wird, was er nicht geben kann, ohne dadurch seine eigenen Hilfskräfte mit nicht wieder gutzumachenden Schäden für sich und seine Gläubiger zu beeinträchtigen, was die Gefahr sozialer Störungen im Gefolge hätte, die ganz Europa in das größte Unglück stürzen und einen Haß hervorrufen müßten, der eine ständige Drohung mit neuen Konflikten würde."

„Wenn es ebenso gerecht ist, daß die Gläubiger ihren Guthaben entsprechende Bürgschaften für Zahlungen verlangen, die für sie lebenswichtig sind, müssen sie erwägen, ob es dazu notwendig ist, auf jeden Fall Gebietsbesetzungen aufrecht zu erhalten, die sowohl der besetzenden Macht wie auch dem besetzten Gebiete schwere Opfer auferlegen, oder ob es nicht ratsam wäre, sie dann auch allmählich durch andere ebenso wirksame und gewiß nicht so gehässige Sicherungen zu ersetzen. Wenn beiderseits diese friedliche Absicht geteilt würde und folglich die Härten der Besetzung ein Ende nehmen und die Besatzung allmählich vermindert würde, bis sie ganz aufhört, so könnte endlich jene aufrichtige Völkerversöhnung erreicht werden, die die unerläßliche Vorbedingung für den von allen erwähnten wirtschaftlichen Wiederaufbau bedeutet."

„Eine solche Versöhnung und ein solcher Wiederaufbau ist eine derartig große Wohltat für die siegreichen und besiegten Völker, daß kein erforderliches Opfer zu schwer sein sollte, um sie zu erlangen. ... " ¹⁾

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan" des Evangelischen Bundes bemerkt dazu (S. 64): „Es ist also unter Pius XI. wie unter Benedikt XV.; kirchenpolitische Einstellung bestimmt des

Papst Pius hat damit vor aller Welt mutig ausgesprochen, was wohl viele bisher gedacht haben mögen, aber keiner zu sagen den Mut hatte, denn es bedeutete, sich dem klaren, unzweideutigen Willen des damaligen Beherrschers Europas, Poincarés, entgegenzustellen. Er hat das Weltgewissen geweckt und die Isolierung Frankreichs in jenem Augenblicke außerordentlich gefördert, er hat die Fabel zerstört, Frankreichs und Belgiens Vorgehen sei gerecht und nur von Deutschland diffamiert, er tat seinen Schritt in einem Augenblicke, da Englands Mißtrauen gegen Poincaré bereits sehr wach war und Italien mit seinen Besorgnissen über die französische Hegemonie in Europa nicht mehr an sich hielt. Der Papst hat Frankreich bezüglich seiner Versicherungen über den Zweck der Ruhrbesetzung beim Worte genommen; in diesem Sinne richtete sich der Schritt im ersten Augenblicke schon gegen Frankreich und wurde auch so aufgefaßt. Demgemäß zeigten auch schon die ersten französischen Blätterstimmen Ablehnung, die sich z. B. im „Temps“ bereits in schärfsten Worten äußerten. „Daily Telegraph“ stellte mit dem Blick gegen Paris gerichtet fest, daß die Kundgebung des Papstes vollkommen mit den Auffassungen von London und Washington übereinstimme. Die italienische Presse trat sofort geschlossen auf die Seite des Papstes, die belgische verriet Bestürzung und nannte sein Vorgehen unzweckmäßig und nur geeignet, Deutschland in seinem passiven Widerstand zu bestärken. Man erkannte und gab zu, wie „Ere Nouvelle“ schrieb, es sei kein Zweifel mehr erlaubt, daß eine der stärksten geistigen Kräfte der Welt sich gegen Frankreich wende. „Idea Nazionale“, das Organ des Ministers Federzoni, stellte fest, Italiens öffentliche Meinung sei einhellig gegen Frankreich, ebenso die Interessen und die öffentliche Meinung Englands. Die Worte des Papstes würden den größten Widerhall finden, weil er die Meinung der ganzen Welt auf seiner Seite habe. Man kann sagen, daß die Auffassung über das päpstliche Dokument also eine durchaus einheitliche war: keine einzige gewichtige Stimme erblickte in ihm einen politischen Schachzug einseitig zum Vorteile Frankreichs und zum Nachteile Deutschlands, wohl aber waren alle sich im Gegenteile einig.

Papstes Reden und Schweigen (!), und deutsche Rechte treten im Vatikan zurück, wenn andere Pläne und Hoffnungen winken.“
Kommentar überflüssig.

Poincaré beauftragte den französischen Botschafter Jonnart, im Vatikan Erklärungen über das Dokument zu fordern und erhielt die Antwort, der Papst halte an seiner Auffassung in der Ruhrfrage fest, gestützt auf die Berichte seines Delegaten Msgr. Testa; im übrigen wurde auf den Kommentar zu dem Papstschreiben im „Osservatore Romano“ vom 29. Juni verwiesen, der keine Stütze des Dokumentes abschwächte.

Nach kurzem schon hatte der Widerspruch der Franzosen gegen die ihnen gestellte Zumutung schärfste Formen angenommen. Freiherr von Cramer-Klett, der in jenen Tagen im Vatikan den Verlauf der Dinge zu beobachten Gelegenheit hatte, schreibt darüber: ¹⁾ „Die Wut der Franzosen, das muß für uns Deutsche das wichtigste Symptom sein, kannte keine Grenzen. Sehr hohe französische Prälaten verstiegen sich in größerem Kreise zu Aussprüchen über den Heiligen Vater, die gegen jeden guten Anstand und Sitte verstießen. Die französische Presse gebärdete sich wie wahnsinnig. Ich hatte Gelegenheit, eine Sammlung französischer Leitartikel in einer hohen kirchlichen Kanzlei zu lesen. Was man sich da leistete, geht über alle und jede Begriffe. Bis auf Pius X. zurück wurden sämtliche Päpste und ihre Berater auf das infamste und unflätigste in den Schmutz gezogen. Das alte Ammenmärchen von vergifteten Kardinälen, dem Rom Zolas nachgedichtet, stand in diesen ernst sein wollenden Blättern wieder auf, nichts war schlecht und nichtswürdig genug, was dem Heiligen Stuhl nicht unterschoben wurde. Alles das waren doch Zeugen, wie außerordentlich schwer Frankreich sich betroffen fühlte, und wie sehr dieses gewaltige Dokument im Interesse Deutschlands geschrieben war.“

Die Basis des päpstlichen Vorgehens war, daß das deutsche Volk von Franzosen und Belgiern vergewaltigt, daß es wehr- und waffenlos mitten im Frieden von zwei schwerbewaffneten Kriegsmächten überfallen war; Frankreich und Belgien waren im Unrecht. Durch die nunmehr eröffnete Möglichkeit, ihre angeblich wirtschaftlichen und finanziellen Ziele auf einem Waffengewalt ausschließenden Wege erreichen zu können, war in den Augen der ganzen Welt über ihre Einmarschaktion und das weitere Festhalten an dieser Erpressungspolitik das Urteil gesprochen und dieser jede Berechtigung entzogen; die Weltmeinung war

¹⁾ s. „Bayerischer Kurier“ vom 3. März 1924.

durch den Schritt des Papstes mit Entschiedenheit auf Deutschlands Seite getreten. Solange dieses selbst sich nicht ins Unrecht setzte, bestanden die Voraussetzungen für einen günstigen Erfolg des päpstlichen Vorgehens. Vergebens hatte Poincaré in seiner Senatsrede vom 29. Juni diesbezüglich Deutschland verantwortlich zu machen versucht, indem er ohne Beweisgrund erklärte, daß „der passive Widerstand, in Wirklichkeit aktiv, verbrecherisch und hinterlistig, von der deutschen Regierung und den Großindustriellen ausgegangen sei.“ Die Worte blieben wirkungslos, weil ihnen die Welt nicht glaubte und weil bis dahin die Tatsachen dagegen sprachen. In jenem Augenblicke kam Poincaré die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Duisburg zu Hilfe, wobei sogar Menschenleben zu beklagen waren. Mochte nun die Tat von wem immer begangen sein, sie war unbestreitbar „aktiv, verbrecherisch und hinterlistig“ und mußte die Erfolgsmöglichkeit des päpstlichen Schrittes stören, wenn nicht zerstören, zum Schaden für Deutschland. Nur bei sofortiger rückhaltloser Verurteilung einer solchen Tat durch die verantwortliche Reichsleitung ließ sich die Situation noch retten. Eine ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Depesche des Papstes an seinen Nuntius in Berlin drang darauf. „Während der Hl. Vater mit einem Schreiben die Mächte zu einer friedlichen Verständigung zu bewegen bestrebt war und alles zu vermeiden anriet,“ besagte sie, „was eine Verständigung verhindern könnte, bedauerte er tief, von Sabotageakten im besetzten Gebiete und von anderen unter dem Vorwande des passiven Widerstandes begangenen Verbrechen zu vernehmen. Der Papst beauftragt Sie, entschieden dahin zu wirken, daß die deutsche Regierung ein für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteilt, der vom Hl. Vater selbst verurteilt wird.“¹⁾ Der Nuntius handelte also auftragsgemäß und eine amtliche Kundgebung vom 6. Juli bewies, daß diesmal die Regierung volles Verständnis dafür besaß, was Deutschlands Interesse forderte. „Nuntius Pacelli“, lautet sie, „hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiete zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des Hl.

¹⁾ General Ludendorff hat in seiner politischen Ahnungslosigkeit und seiner blinden Voreingenommenheit gegen den Vatikan daraus Deutschfeindlichkeit abgeleitet und darauf seinen Vorstoß vor Gericht begründet.

Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf verwiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Hl. Stuhle darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen."

Frankreich hatte es natürlich an verschärften Gegenmaßnahmen nicht fehlen lassen, worauf die Kurie die Nuntien in Paris und Brüssel anwies, Vorstellungen zu erheben; S. Heiligkeit erwarte, daß keine Maßnahmen ergriffen würden, die zu einer noch stärkeren Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

Damit war vor der Oeffentlichkeit die Aktion der Kurie abgeschlossen. In der französischen Kammer kam es am 6. Juli noch zu einem Nachspiele, das manche Einblicke gewährte. Poincaré suchte seine bereits stark erschütterte Stellung nochmals zu rechtfertigen, weshalb seine Erklärungen stark subjektiven Wert besitzen. Der Papst habe dem französischen Botschafter versichert, er sei von den Katholiken der ganzen Welt ersucht worden, ¹⁾ seine Stimme zu erheben. Die These des Papstschreibens „nähere sich der gewisser Verbündeter, sie sei aber nicht die Frankreichs; sie sei vielleicht bedauerlich, aber man müsse davon ohne Leidenschaft und Voreingenommenheit sprechen, selbst wenn man sie nicht nur in dem Briefe des Papstes, sondern auch in den Blättern und offiziellen Mitteilungen der Verbündeten Frankreichs lese. Der Papst bestreite nicht die Legitimität der Ruhrbesetzung (d. h. er spricht davon überhaupt nicht. D. V.). Es bleibe bestehen, daß der Papst geglaubt habe, Frankreich politische Ratschläge erteilen zu müssen. Sie könnten keinen wirksamen Einfluß ausüben.

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes schreibt, nachdem sie Sympathiekundgebungen protestantischer Körperschaften des Auslandes mit selbstgefälligem Stolz verbucht: „Gegenüber dieser wachsenden Einmütigkeit im Weltprotestantismus mußte es auffallen, daß „die größte moralische Großmacht“, wie Katholizismus und öffentliche Meinung das Papsttum gern benennen, von dieser Großmacht wenig Gebrauch machte und in politischen Hemmungen verstrickt blieb. Selbst auf direkte Aufforderung der deutschen Bischöfe sind von Seiten des Papstes nur allgemeine Beteuerungen guten Willens und gelegentliche Geldspenden erfolgt.“ (S. 64). Diese Schrift ist im Jahre 1924 erschienen, also nachdem die große politische und erfolgreiche Aktion des Papstes, die sich größtenteils in voller Oeffentlichkeit abgespielt hatte, beendet war!

Der Papst habe keine Autorität in weltlichen Dingen, der Brief könne also keine politische Bedeutung haben und belaste das Gewissen der französischen Katholiken, so gläubig sie auch seien, in keiner Weise. Die einzige Haltung, die Frankreich einzunehmen habe, sei, stark und einig zu bleiben, denn es gebe keine Macht der Welt, die ihm das Recht entreißen könne, das ihm der Versailler Vertrag zugebilligt habe.¹⁾

Poincaré blieb „stark“, die Kammer „einig“ und beide wurden dann am 18. Mai 1924 durch den in den Wahlen zum Ausdruck kommenden Volkswillen hinweggefegt. Und dann kam das Dawes-Gutachten und seine Annahme durch die Mächte. Worin besteht es? Der Schuldner beweist durch regelmäßige Teilzahlungen seinen guten Willen. Die interessierten Mächte führen ein unparteiisches Urteil über die Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands herbei, wozu dieses den Schiedsrichtern alles Material genauestens und wahrheitsgemäß zur Verfügung stellt, damit nichts verlangt wird, was der Schuldner nicht geben kann, ohne dadurch seine eigenen Hilfskräfte mit nicht wieder gutzumachendem Schaden für sich und seine Gläubiger zu beeinträchtigen. An Stelle der Bürgschaften durch Gebietsbesetzung treten solche anderer Art ohne gehässigen Charakter. Damit haben sich die Härten der Besetzung allmählich verringert und diese soll innerhalb eines Jahres nach und nach zurückgezogen werden, bis sie ganz erlischt. Und nun vergleiche man mit diesen Beschlüssen das, was der Papst vorgeschlagen hatte, und man urteile unvoreingenommen, ob sich seine Politik erfolglos erwiesen hat.

Die Tätigkeit des päpstlichen Delegaten Msgr. Testa war jedoch noch nicht beendet, ja man kann geradezu sagen, daß sie nun erst eigentlich begann. Der Prälat war bereits im Juli wieder in das besetzte Gebiet zurückgekehrt, und wenn sein Wirken auch nicht als politisches bezeichnet werden kann, so steht es doch mit dem politischen Akte der Besetzung deutschen Gebietes durch feindliche Kriegsmächte in engster Verbindung. Was Msgr. Testa hier gewirkt hat, geschah im Namen des Papstes für Deutsche und im Gegensatze zu ihren Bedrückern. Das gesamte besetzte Gebiet durchzog er, den Saarstaat, das Rheinland und die Rheinpfalz,²⁾

¹⁾ s. „Corriere d'Italia“ vom 8. Juli 1923 und „Augsburger Postztg.“ vom 10. Juli 1923.

²⁾ Bericht hierüber in „Augsb. Postztg.“ Nr. 70, 1924. — Der Mißerfolg der von den Franzosen importierten künstlichen Separatisten-

überall trat er mit allen Schichten der deutschen Bevölkerung in unmittelbare persönliche Berührung und richtete die bedrückten Gemüter auf. Von Privaten, von Körperschaften und von höchsten amtlichen Stellen ist ihm öffentlich der Dank für sein achtzehnmonatliches Wirken ausgesprochen worden. ¹⁾

Die Tätigkeit Msgr. Testas im besetzten Gebiet.

Was bisher im Rahmen der größeren Ereignisse über die Tätigkeit Msgr. Testas gesagt werden konnte, sei hier durch Einzelheiten noch ergänzt. Man halte sich aber gegenwärtig, daß sein Wirken fortgesetzt von den Nuntiaturen in Paris und Brüssel ergänzt wurde, wo man sich ununterbrochen mit diesem Stoffe befaßte. Zahlreich sind die Einzelfälle, in denen sich der Delegat und auf seine Berichte hin der Vatikan selbst verwendet hat. Darüber schrieb Kardinal Gasparri im Februar 1923, ²⁾ bei Zuleitung von Material über Gewalttätigkeiten einem dieser Nuntien: „Der Hl. Stuhl ist infolge seiner unbedingten Unparteilichkeit strenge verpflichtet, die Aufmerksamkeit der belgischen und französischen Regierung auf diese Fälle hinzulenken und wird

Bewegung und die Erfolglosigkeit aller diplomatischen Versuche, den Vatikan vor die französischen Sonderstaat-Pläne zu spannen, veranlaßte in der Pfalz General De Metz, seine katholische Maske abzuwerfen und dem katholischen Klerus Kampf anzusagen, da er in ihm die Hauptstütze des Widerstandes der Bevölkerung erblickte. (Näheres in „Bayr. Kurier“ 1924, Nr. 25.)

¹⁾ Die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ des Evangelischen Bundes urteilt über das Wirken Msgr. Testas (S. 64): „Die Tätigkeit des ins Ruhrgebiet entsandten päpstlichen Delegaten Testa hat dem Vatikan von Seiten der deutschen Katholiken und der deutschen Regierung viel Lob eingetragen, aber nennenswerte Vorteile für Deutschland hat sie nicht zu erbringen vermocht.“ Der im deutschvölkischen Lager stehende Prinz Friedrich Wilhelm zur Lippe, der Verfasser eines im Schundromanstile geschriebenen, konfessioneller Hetze dienenden Buches „Politische Beichte eines deutschen Prinzen“ bezeichnete es (lt. „Augsb. Postztg.“ Nr. 3 vom 4. Januar 1924) als Schande, daß ein italienischer Priester es unternehmen müsse, Deutsche vor Gewalttätigkeiten zu bewahren, und daß wir uns solche Hilfe gefallen lassen müßten. Und die deutschnationalen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gaben in Nr. 299 (1924) dem Artikel eines Friedrich Deilbach Raum, betitelt „Rom an der Ruhr“ und beginnend: „Rom an der Ruhr ist ein besonderes Kapitel. Der heilige Spion Testa ist ein Schrittmacher des Separatismus. Er tut die Arbeit des Rom, das nie das evangelische Kaisertum vergessen hat und den Querkopf Luther.“

²⁾ s. „Katholische Korrespondenz“ (Berlin) Nr. 267 vom 3. Mai 1924.

es auch in Zukunft tun, ohne sich viel um die Aufnahme zu bekümmern, die solche Mahnungen unter Umständen finden, genau wie er es während des Krieges getan." Die Ausschreitungen der Kolonialtruppen waren wiederholt Gegenstand von Vorstellungen durch den Pariser Nuntius Msgr. Cerretti.

In zeitlicher Reihenfolge führen wir nun folgende Schritte an:

Februar bis Mai 1923. Verwendung für die im Zweibrückener Gefängnisse eingesperrten Bürgermeister des Ruhrgebietes und von Buer, Recklinghausen, Bottrop und Essen im besonderen. Für Bürgermeister Schäffer Einwirkung teils via Rom, teils persönlich auf Tirard, General Degoutte und den Essener Kommandanten Henry um Freilassung zu erwirken. Hierauf besondere Vermittlung für Bürgermeister Fal-Bonn und Postdirektor Scherbaum-Recklinghausen. Verwendung für acht von Ausweisung bedrohte Familien in Düsseldorf, auf deren Hausdach ein Unbekannter einen Telephondraht durchschnitten hatte. Schritte für Unterlassung von Repressalien gegen Mettmann. Diese beiden Fälle stellte Msgr. Testa am Karfreitage General Degoutte mit dem Hinweise vor, der Todestag des Erlösers sei nicht der Zeitpunkt für solche Maßnahmen; die Befehle wurden zurückgezogen.

Mai-Juni. Für Schlageter ging noch zwei Tage vor seiner Hinrichtung eine dringende Depesche des Kardinal-Staatssekretärs nach Paris. Für Herrn Krupp von Bohlen-Halbach tat der Heilige Stuhl wiederholt Schritte, um ihm das Verbleiben in Deutschland und die Behandlung eines Zivilgefangenen zu erwirken. Am 19. Juni schrieb Kardinal Gasparri persönlich an Poincaré. Nach Schluß des Krupp-Prozesses erneut dringende Bitte nach Paris, die Herren Krupp, Hartwig, Bruhn und Oesterlein wenigstens in Deutschland zu belassen oder, wenn schon nicht, sie doch als Zivilgefangene zu behandeln. Der Außenminister gab darauf die Versicherung der Belassung im Rheinland und der Möglichkeit, über die Fortführung der Fabrikverwaltung zu verhandeln.

Am 3. Juni erfolgten Schritte Roms auf Veranlassung Msgr. Testas, um 32 von den Franzosen verhaftete Polizisten zu befreien. Am 13. Juni wurde Görge-Ludwigshafen zum Tode verurteilt; am folgenden Tage begab sich der Pariser Nuntius im Auftrage des Papstes persönlich zu Poincaré, Kardinal Dubois, Minister Colrat und General Castelnau, während Msgr. Testa wiederholt bei General Degoutte vorsprach, um die Urteilsvollstreckung zu

verhindern. Am 16. Juli erneute dringende Vorstellungen in Paris und am 26. Juli verständigte General Degoutte Msgr. Testa, daß dem Ersuchen des päpstlichen Vertreters stattgegeben worden sei.

Juli-August. Schritte in Paris und Brüssel, um Repressalien wegen der Duisburger Brückensprengung zu verhindern; besondere Verwendung für die 20 Duisburger Geiseln. Am 10. Juli Fürsprache für den zum Tode verurteilten Gg. Gruber, wiederholte Schritte für die zum Tode verurteilten Paul Sasse, Fr. Maurer, Max Gruber, Max Hampe, Alfred Schneider, Willi Dreyer und Karl Frey. Am 12. Juli Depesche an den Nuntius, er möge unter Hinweis auf das jugendliche Alter der Verurteilten und die gesteigerte Erregung in Deutschland Strafänderung erwirken; es wurde Begnadigung erreicht. Am 19. und 29. Juli und 25. August Schritte für die vom Aachener belgischen Kriegsgericht zum Tode verurteilten Keller, Schultz und Plingeder, am 14. und 29. August sehr nachdrückliche Schritte Kardinal Gasparri für die im Prozeß Graf zum Tode verurteilten Reinhardt, Riebke und Klein.

Aus den folgenden Monaten liegen vermittelnde Schritte vor für Raabe-Düsseldorf, Dr. Helbig-Bonn (wiederholt), Vaillant-Remscheid, Heinz-Morsbach, Dr. O. Müller-München-Gladbach, Wackernagel-Münster, für die Pfälzer R. Andler, H. Gottfried, F. Lechner, Dr. Koch-Schifferstadt, Komm.-Rat Liesenberg-Neustadt, Oberreg.-Rat Dr. Jakob sowie zahlreiche Bahnbeamte, die in Pirmasens, Bergzabern, Kaiserslautern und Bad Dürkheim festgenommen worden waren.

Für die in St.-Martin de Ré und Loos-les-Lilles eingekerkerten Deutschen, meist von der Todesstrafe Begnadigte, versuchte der Pariser Nuntius immer wieder, Versetzung aus diesen für gemeine Verbrecher bestimmten Gefängnissen zu erwirken. Für Willy Dreyer bat Kardinal Gasparri am 16. Februar 1924 noch besonders: „Dreyer ist schwer krank und die Aerzte zweifeln sehr an seinem Aufkommen; Maßnahme der Milde wäre wohl angebracht.“ Der Nuntius begab sich für „den armen Dreyer“, wie er berichtete, sofort zum Außenminister und erwirkte sofortige Freilassung.

Daneben war der Hl. Stuhl bemüht die Strafen, denen die deutschen Beamten ausgesetzt waren, zu mildern oder rückgängig zu machen; die ersten Versuche in dieser Richtung geschahen bereits am 1. und 2. Februar. Mitte Mai neue Vorstellungen: „Es handelt sich um deutsche Beamte, die sich durch den ihrer

Regierung geleisteten Eid gebunden halten und daher der Auffassung waren, in ihrem Gewissen der besetzenden Macht ihre Dienste nicht anbieten zu können, aber infolgedessen gefangen gesetzt oder ausgewiesen worden sind." Der Vatikan verwies auf ähnliche Fälle während des Weltkrieges, wo die deutsche Regierung entgegenkommend gewesen war.

Nach Aufgabe des passiven Widerstandes anfangs Oktober neue Schritte. Papst Pius XI. schlug allgemeine Freigabe der politischen Verurteilten vor und Msgr. Testa konnte nach Rom melden, Tirard und Degoutte seien zugänglich und hätten weitgehende Amnestie in Aussicht gestellt. Er selbst legte einen Plan für allmähliche Beseitigung der politischen Strafmaßnahmen vor, der nacheinander die Gefangenen und Ausgewiesenen hohen Alters, die Kranken, die ihren Familien Notwendigen, die für die industriellen Betriebe Unentbehrlichen berücksichtigte. Leider erfüllten sich die Hoffnungen nicht; sie scheiterten am Willen der Pariser Regierung. Trotzdem Mitte Dezember erneute Vorschläge wegen Gewährung einer allgemeinen Amnestie angesichts des Weihnachtsfestes und Erneuerung der Vorstellungen anfangs und Mitte Januar 1924. Es wurde erreicht, daß Belgien dem Standpunkte des Vatikans beitrug und infolgedessen Frankreich sich in der Freilassung einzelner und ganzer Gruppen entgegenkommender zeigte.

Im März 1924 besuchte Msgr. Testa das Saargebiet, empfing die Vertretungen der Bevölkerung, welche ihm über die religiöse, kulturelle und politische Lage berichteten, und begab sich dann nach der Pfalz und ins Ruhrgebiet zurück. Erkrankung zwang ihn zu vorübergehendem Aufenthalte in Italien und im Juli war seine Tätigkeit beendet. Vor seiner Abreise besuchte er in Koblenz noch den Regierungspräsidenten Fuchs, dessen Ausweisung aufgehoben worden war, und beglückwünschte ihn zur Rückkehr in Amt und Heimat. Tief gerührt dankte dieser und nahm Gelegenheit, dem Delegaten in seinem Namen und dem der ganzen Provinz für das hohe Interesse zu danken, das der Hl. Stuhl durch seinen Vertreter den besonderen Verhältnissen im besetzten Gebiete erwiesen habe. Manche Sorge und manche Not seien durch das warmherzige und jeder Politik ferne Liebeswerk des Prälaten gemildert oder verscheuert worden und nicht nur die Betroffenen, sondern auch der Staat und die Provinz schul-

deten dafür dem Papste und seinem Abgesandten wärmsten Dank.

Die Bemühungen Msgr. Testas, die manche begeisterte Anerkennung gefunden haben,¹⁾ brachten über dreihundert eingekerkerten oder ausgewiesenen Deutschen Freiheit und Rückkehr in die Heimat; unendlich mehr hat er aber noch rechtzeitig verhindert. Ueber 300 Deutsche sind also letzten Endes die Nutznießer jener Politik des Vatikans, die zur Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zur französischen Regierung führte, denn ohne sie wäre es keinem Vertreter des Papstes erlaubt worden, in dem von den Franzosen besetzten Gebiete eine ihrem Vorgehen sich vielfach widersetzende Tätigkeit auszuüben.

Ohne den Wert des Protestes des protestantischen Erzbischofs Söderblom und seiner Kollegen gegen die Ruhrbesetzung herabsetzen zu wollen, sei an diejenigen, die da meinen, der schwedisch-protestantische Episkopat habe getan, was Sache des Papstes gewesen wäre, und dieser habe „wieder einmal versagt“, die Frage gestellt: wieviel Deutsche verdanken jenem Proteste ihre Freiheit? Welches war seine praktische Wirkung? Wer hat für die deutsche Sache mehr geleistet? Diese Fragen stellen heißt sie beantworten. Der Evangelische Bund freilich schrieb in seiner traditionellen Wahrheitsliebe: ²⁾ „Nennenswerte Erfolge für Deutschland hat die Tätigkeit Msgr. Testas nicht zu erbringen vermocht.“

Der Vorstoß des National-Sozialismus gegen Rom.

Inzwischen war auf innerpolitischem Gebiete in Deutschland eine Bewegung herangereift, die zwar nach außen hin nationalpolitische Ziele allein anzustreben vorgab, tatsächlich damit aber auch kirchen- und konfessionspolitische verfolgte. Nach dem Vorbilde des in seinem Wesen vielfach verkannten italienischen Faschismus hatten Leute wie Hitler in München geglaubt, durch ihr wüstes Draufgängertum unter der Jugend eine nationale Erhebung entfachen zu können, für die sich in General Ludendorff ein Führer gefunden hatte. Nach zweimaliger Flucht, jedesmal mit falschem Namen, hatte der General unter Bruch seines Ehrenwortes, sich von Bayern aus nicht politisch zu betätigen, sich an die Spitze des Unternehmens gestellt, das bezweckte, ihn

¹⁾ vgl. z. B. „Augsburger Postzeitung“ 1924 Nr. 252.

²⁾ s. die Schrift „Deutschland und der Vatikan“ S. 64.

selbst bis Dezember 1923 als Reichskanzler mit diktatorischen Befugnissen an die Spitze von Deutschland zu stellen, welches nach fast gänzlicher Beseitigung des früheren bundesstaatlichen Charakters durch die Weimarer Nationalversammlung das historische Ideal eines sich bis an die Alpen erstreckenden Großpreußen zu einem großen Teile bereits realisiert zu haben schien. Nur zwei Dinge fehlten noch, der starke Mann und der kultur- oder besser konfessionspolitische Antrieb.¹⁾ General Ludendorff stellte beides. Von der „Erwartung“ ausgehend, „daß die protestantische Kirche immer schärfer die Machtbestrebungen des Ultramontanismus zurückweisen werde“, galten seine Bemühungen „dem deutschen Protestantismus, der dem religiösen deutschen Empfinden, dem Suchen nach Gott im deutschen Volke allein gerecht werde.“²⁾ So „tat er denn sein möglichstes, um die protestantische Kirche Norddeutschlands angesichts dieser Gefahr aufzurütteln“ und sie zu überzeugen, „daß die schwarze Gefahr in Deutschland größer geworden ist als die rote.“³⁾ In der berechtigten Annahme, am ehesten noch beim Evangelischen Bunde Gegenliebe und aktive Förderung seiner gegen die katholische Kirche gerichteten Pläne zu finden, hatte er an dessen Türe angeklopft und die Erfüllung seiner Wünsche gefunden. Dort hatte man nach hochfliegenden Erwartungen, die man auf den siegreichen Ausgang des Weltkrieges für den Protestantismus negativer d. h. antirömischer Tendenz gesetzt hatte, sich noch immer nicht von den furchtbaren Wirkungen des Zusammenbruches aller Hoffnungen erholt. Auch dort fehlte der „starke Mann“, der das Steuer des Bundesschiffleins von neuem entschieden gegen die allgemeine Strömung führte, die damals „bis weit in die protestantischen Kreise hinein prokatholisch war, wo sie vor zwanzig Jahren überwiegend antikatholisch war.“⁴⁾

¹⁾ Ueber Entstehen und Entwicklung der völkischen Bewegung siehe die beiden Artikel „Aus der völkischen Bewegung“ im „Bayr. Kurier“ vom 29./30. Oktober 1924; auch im Verlag Dr. A. Pfeiffer-München als Sonderschrift erschienen.

²⁾ Schreiben General Ludendorffs an die Generalversammlung des Evangelischen Bundes, abgedruckt im „Bayr. Kurier“ Nr. 244 vom 4. September 1924.

³⁾ Worte Ludendorffs aus seiner Unterredung mit K. v. Wiegand in „The Washington Herald“ vom 18. September 1923, deutsch im „Bayr. Kurier“ vom 31. Januar 1924.

⁴⁾ s. Hermelink, H., Katholizismus und Protestantismus in der Gegenwart. 2. Aufl. S. 2.

Die Zeitlage schien einer Wiederholung des Rezeptes günstig, das man vor drei Jahrzehnten mit einem gewissen Erfolge in Oesterreich angewendet hatte (bei einem Aufwande von 3,6 Millionen Goldmark ca. 60 000 Abgefallene), der Entfachung einer deutschvölkischen Jugendbewegung zwecks Ueberleitung in eine große nicht etwa religiöse, sondern nur konfessionelle Los von Rom-Bewegung. „Bitte, geben Sie uns doch etwas für die Hitlerbewegung, denn sie ist eine rein protestantische Bewegung. Wenn wir katholische Führer dabei haben, sind sie nur so pro forma vornehmgestellt,“ heißt es in einem völkischen Bettelbriefe an eine protestantische Schweizer Missionsgesellschaft.¹⁾ Politisch strebte Ludendorff eine Staatenkoalition mit Sowjetrußland an, wobei Oesterreich Ungarn und Rumänien Bindeglieder sein sollten.²⁾ Am 9. November 1923 fiel der Schlag. Im Münchener Bürgerbräukeller rief Hitler das neue Deutschland aus, setzte emphatisch die Reichsregierung ab und verteilte die neuen Reichsämter. Auch General Ludendorff ließ sich „von der Größe der Stunde überwältigen“ und nahm aus Hitlers Hand sein neues Amt an. Der Machtbereich dieses neuen Deutschland beschränkte sich jedoch nur auf den Versammlungsraum und schon am folgenden Tage endete das Unternehmen in Lächerlichkeit. In der grenzenlosen Wut über den Mißerfolg ließen die in die tieferen Absichten Eingeweihten alle Zurückhaltung und Maske fallen und der antikatholische Charakter der ganzen Bewegung enthüllte sich und bekundete sich sofort in öffentlichen Demonstrationen besonders der Studentenschaft und politischer Weiber gegen Kardinal von Faulhaber, in wahnwitzigen Anklagen gegen Rom und natürlich auch gegen die Jesuiten. Auch freimaurerische Einflüsse sind erwiesen.³⁾ Jetzt hieß es offen: „Los von Rom sei die Pflicht jedes national empfindenden Deutschen.“⁴⁾ Am

¹⁾ Vom Abg. Schäffer im Bayrischen Landtage verlesen; das Original befindet sich bei den Akten des Hitler-Prozesses. Vgl. „Augsburger Postzeitung“ vom 24. Juli 1924.

²⁾ Nach den Enthüllungen im rumänischen Parlamente über die Beziehungen Averescus zu Ludendorff; s. „Köln. Volksztg.“ Nr. 95 vom 5. Februar 1924.

³⁾ s. die Erklärungen des Abg. Rothmeier in „Augsburger Postztg.“ vom 2. Mai 1924.

⁴⁾ vgl. „die wahren Ziele der deutsch-völkischen Bewegung“ in „Augsburger Postzeitung“ Nr. 109 vom 10. Mai 1924 und die von Ludendorff warm empfohlene Schrift „Der völkische Sprechabend“

29. Februar hielt Ludendorff im Gerichtssaale in München seine Verteidigungsrede, die auch einen gegen den Papst und die katholische Kirche gerichteten Abschnitt enthielt; die Begründung, das sog. Tatsachenmaterial stammte nachweisbar aus dem Archiv des Evangelischen Bundes. ¹⁾ Schon nach wenigen Tagen war das ganze Gebäude dieser Beschuldigungen unter der erdrückenden Wucht der Gegenbeweise zusammengebrochen. In Rom hat man sich natürlich am allerwenigsten über die Anklagen des Herrn Generals aufgeregt; der „Osservatore Romano“ ²⁾ erinnerte nur daran, daß Ludendorff es allein dem toten Papste Benedikt XV. und seinen Bemühungen verdankte, wenn seine Auslieferung an die Feinde unterblieb und diese auf die Erfüllung der entsprechenden Bestimmung des Versailler Vertrages verzichteten.

Aus dem tiefen Gefühle der Beschämung über die von Ludendorff gegen den Vatikan erhobene Beschuldigung grundsätzlicher Deutschfeindlichkeit ³⁾ erklärte der deutsche Außenminister Stresemann: „Die deutsche Regierung kann eine derartige Äußerung des Generals Ludendorff nur aufs tiefste bedauern und aufs allerentschiedenste zurückweisen. Der Hl. Stuhl hat sich viele Jahre hindurch bemüht, eine Befriedigung der Welt und eine Versöhnung der Völker herbeizuführen. Die Reichsregierung ist von den mit dieser Tatsache im Widerspruch stehenden Äußerungen des Generals Ludendorff umso peinlicher berührt, als gerade dem deutschen Volke von den caritativen Bestrebungen des Hl. Stuhles ein reiches Maß zugute gekommen ist.“ Auch der preußische Ministerpräsident Braun (Sozialdemokrat) richtete ein Schreiben an den Nuntius, um „zum Ausdruck zu bringen, wie lebhaft die preußische Regierung die Äusfälle des Generals gegen S. Heiligkeit bedauert . . ., umsomehr als sie sich bewußt ist, wie unbegründet die Angriffe sind und welch warmen Dank Preußen

Heft 10. „Der Vatikan und der Weltkrieg“ (Verlag Arbeitszentrale für völkische Aufklärung in Berlin) S. 40.

¹⁾ s. a. das Kapitel „Frankreichs Rückkehr in den Vatikan“ S. 181.

²⁾ vom 6. März 1924, Nr. 56 (19385).

³⁾ Der protestantische Dekan Inge von der Londoner St. Pauls-Kathedrale, der an antirömischer Gesinnung dem General Ludendorff wahrlich nicht nachsteht, kommt im „Spectator“ (lt. The Tablet vol. 145, Nr. 4435 S. 615) zu dem Urteile: „Ohne den römischen Katholiken Englands auch nur im mindesten nahezutreten zu wollen, ist es einfach Tatsache, daß Rom der Verbündete der Mittelmächte in allen Weltteilen gewesen ist.“

dem Hl. Stuhle für seine Bemühungen um den Frieden und die Wohlfahrt des preußischen Volkes während und nach dem Kriege schuldet." Der Versuch, den Romhaß als Einigungsmittel des zerklüfteten Deutschland zu benutzen, hatte versagt.

In Wort und Schrift suchte der Nationalsozialismus, wie die völkische Bewegung sich parteipolitisch benannte, den Romkampf noch einige Zeit fortzusetzen und das schon verlorene Kapitol noch zu retten. Lüge und Haß überboten einander¹⁾ und der geringe religiöse Inhalt des Konfessionellen der Bewegung verflüchtigte sich immer mehr zu reinem Heidentum.²⁾ Das Einvernehmen mit dem Evangelischen Bunde bekundete sich aber trotzdem ganz offen, vor allem in der berüchtigten Hetzrede des völkischen Ingenieurs Born in einer öffentlichen Versammlung des Nürnberger Zweigvereins,³⁾ die an Gehässigkeit auch innerhalb dieses Bundes konkurrenzlos dasteht. Die völkische Presse,⁴⁾ von der Berliner Zentrale jener Vereinigung zur Pflege des Kampfes gegen die Kirche beliefert, druckte willig alles ab, aber Schlag auf Schlag wurden von der katholischen Presse die Lügen und Fälschungen an Hand der Dokumente selbst als solche aufgedeckt. Bei den Wahlen des 6. Mai zeigte sich der Niedergang der völkischen Bewegung bereits in einem starken Stimmenverluste und um allenfalls zu retten, was noch zu retten war, verlegte man die Generalversammlung des Evangelischen Bundes⁵⁾ nach

¹⁾ s. die als Sonderschrift im Verlag Dr. F. A. Pfeiffer-München erschienene Rede Kardinal von Faulhabers „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen.“

²⁾ Die völkische Schrift „Der 9. November 1923 im Lichte der völkischen Freiheitsbewegung“ von Dr. A. Hoffmann (Verlag Rohm-Lorch), eine ausgesprochen antikatholische Streitschrift, schließt mit den Worten: „Dann werden auch die alten Götter aus den Gräften steigen und der Hammer Thors wird die treffen, die einst die alten Eichen im heiligen Haine Wodans niederlegten, in deren Rauschen nach des Tazitus Wort unsere Väter unter dem Namen der Götter das große Unnennbare verehrten, das sich nur in der Ehrfurcht offenbart.“ Vgl. auch die Schrift P. E. Schlunds „Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland“ (Verlag Dr. F. A. Pfeiffer-München).

³⁾ gehalten am 21. Februar 1924, vgl. „Bayr. Volkszeitung“ vom 25. Februar 1924.

⁴⁾ s. die Artikel „Deutschland und der Vatikan“ in „Großdeutsche Zeitung“ Nr. 40 und 44 vom 14. bzw. 19. Mai 1924, Widerlegung in „Augsb. Postzeitung“ vom 15. bzw. 24. Mai 1924.

⁵⁾ s. die beiden Artikel „Protestantismus und völkische Bewegung“ von Dr. F. Gerlich in „Münchener Neueste Nachrichten“ 1924, Nr. 263/4.

der Wiege des Nationalsozialismus, nach München. Der Verlauf der Tagung erwies die von uns im voraus gegebene Begründung als voll zutreffend; in einer der geschlossenen Versammlungen, in der der oben erwähnte Brief Ludendorffs zur Verlesung gelangte, dokumentierte das Referat eines Nürnberger Studienprofessors K. Höfler über „Protestantismus und völkische Bewegung,“ daß „in der Verbindung zwischen völkischem Gedanken und Protestantismus das Heil für das deutsche Volk liegt“ ¹⁾ usw. Vergebliche Liebesmühe! Der Zusammenbruch der Bewegung ließ sich nicht mehr aufhalten; dazu dürfte am allermeisten eben die Verbindung mit dem Evangelischen Bunde beigetragen haben, die sich auch in der Folge noch politisch verhängnisvoll erwies. Die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 besiegelte dann die Katastrophe.

*

Wenn Papst Benedikt XV. einmal bei einer Birettaufsetzung äußerte, es mißfalle ihm nicht, wenn durch die Berufung eines Kardinales auch die Nation, der er angehöre, sich geehrt fühle, dann dürfen wir hier die großartige Ehrung wenigstens streifen, die Papst Pius XI. am 4. November 1924 in Form einer großen Sitzung der internationalen Gelehrtenwelt dem deutschen Kardinal Ehrle S. J. aus Isny bereitet hat; eine Ehrung, die erhöht wurde durch die Anerkennungs- und Dankesworte an den Jubilar in Gegenwart auch des Hl. Kollegiums und des diplomatischen Korps. ²⁾ Denn auf P. Ehrles Empfehlung hin hatte Pius X. einst den Mailänder Priester Ratti an den Vatikan berufen und ihm damit jene Laufbahn eröffnet, die schließlich mit der Wahl zum Nachfolger Petri endete. Und wenn nach dem Kriege die berühmte deutsche Bildungsstätte, das Collegium Germanicum, das schon beschlagnahmt und zur Kaserne bestimmt war, seinem Zwecke und damit auch dem Deutschtume erhalten geblieben ist, so ist das vor allem dem energischen Eintreten des Staatssekretärs des Hl. Vaters, Kardinal Gasparri, zu ver-

¹⁾ s. „Bayr. Kurier“ Nr. 270 vom 30. September 1924; die Rede erschien auch als Sonderschrift im Verlag des Vereins für innere Mission, Nürnberg).

²⁾ Ausführlicher Bericht im „Oss. Rom.“ Nr. 259 vom 5. Nov. 1924. Eine ausführliche Würdigung des Lebenswerkes Kardinal Ehrles aus der Feder des (protestantischen) Archivrates Dr. J. Lulvès-Charlottenburg in der Zeitschrift „Der Fels“ (Frankfurt a. M.) 19. Jahrg. 1924/5 Heft 6.

danken.¹⁾ Beide Handlungen waren durchaus unpolitisch; da aber aus so vielen politisch belanglosen Worten und Handlungen des Papstes gegen das Deutschtum gerichtete Absichten konstruiert werden, mag diese Erinnerung nicht ganz überflüssig sein.

Papst Pius XI. war es auch, der als erster und einziger Souverän durch offiziellen Empfang die Abordnung der Bevölkerung des Saargebietes in den letzten Dezembertagen des Jahres 1924 anerkannte, als sie zur Wahrnehmung ihrer durch den Friedensvertrag und eine aufoktroierte Fremdherrschaft vergewaltigten Rechte zu der in Rom abgehaltenen Völkerbundssitzung erschienen war, ohne bei deren amtlichen Teilnehmern Berücksichtigung zu finden.

*

Württemberg hat als erster deutscher Bundesstaat²⁾ am 9. Februar 1924 aus eigener Initiative seine Kirchengesetzgebung mit den Bestimmungen der Weimarer Verfassung in Einklang gebracht und damit aus freien Stücken die landesgesetzlichen Fesseln staatlicher Bevormundung und staatlichen Zwanges gelöst. Es hat das grundsätzliche Verhältnis zwischen Kirche und Staat in wahrhaft freiheitlicher Weise geregelt und für ein künftiges Zusammen- und Nebeneinanderwirken eine neue Rechtsgrundlage geschaffen. Die politische Vertretung der ein Drittel der Bevölkerung bildenden Katholiken dieses Landes hätte allerdings die Regelung durch Konkordat mit dem Hl. Stuhle gewünscht, und um dessen Kompetenz durch ihre Zustimmung zum neuen Gesetze nicht zu verletzen, hat sie in einer feierlichen Erklärung ausgesprochen:

1. Alles, was nach kirchlichem Rechte der Zuständigkeit des Apostolischen Stuhles unterliegt, muß dieser Zuständigkeit voll und ganz gewahrt bleiben. Die hierunter fallenden Angelegenheiten können nicht durch einseitige Gesetzgebung des Staates geregelt werden, sondern müssen im Bedarfsfall

¹⁾ s. „K. Kztg.“ 1925 Nr. 7.

²⁾ Badens Rechtsverhältnis gegenüber der Kirche ist durch seine Verfassung vom 27. März 1919 und durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 nach der grundsätzlichen Seite hin geregelt. Ueber dieses Rechtsverhältnis in seiner geschichtlichen und kirchenpolitischen Entwicklung seit 1771 veröffentlichte das badische Kultusministerium jüngst gemäß Landtagsentschließung eine Denkschrift, betitelt „Staat und Kirche in der badischen Geschichte.“ Verlag der Badenia A.-G., Karlsruhe.

durch direkte Vereinbarung mit dem Apostolischen Stuhle oder auf Grund des zu erwartenden Reichskonkordates ihre Regelung finden.

2. Soweit Bestimmungen dieses Gesetzes etwa den Vorschriften eines künftigen Reichskonkordates widersprechen sollten, müßten sie seinerzeit entsprechend geändert werden.

Das Gesetz kam unter positiver Mitwirkung aller Parteien zustande und der sozialdemokratische Wortführer erklärte: „Wir wollen der Kirche die Freiheit gewähren, wir schätzen die Kirche, wir sehen in der Kirche einen Kulturfaktor allerersten Ranges.“¹⁾ Gegen das Gesetz hat schließlich nur die deutsch-nationale Partei gestimmt.

Das Konkordat mit Bayern

Nach dem Sturze der Monarchie in Bayern hatte auch dieses Land sich eine den eingetretenen Veränderungen entsprechende Verfassung gegeben und die Weimarer Verfassung hatte für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neue reichsgesetzliche Grundrechte aufgestellt; dadurch trat die zwingende Notwendigkeit ein, an Stelle des im Jahre 1817 zwischen dem Hl. Stuhle und dem Könige von Bayern abgeschlossenen Konkordats ein mit den neuen Gegebenheiten übereinstimmendes zu setzen. Daher hatte bereits am 7. Januar 1920 im Münchener erzbischöflichen Ordinariate eine Besprechung hervorragender Persönlichkeiten über Möglichkeit, Notwendigkeit und Zweckdienlichkeit sowie über die Punkte eines neuen bayrischen Konkordates stattgehabt.²⁾ Nachdem dann am 20. Januar 1920 der bayrische Landtag seine Bereitwilligkeit zum Abschlusse eines solchen ausgesprochen hatte, überreichte der Nuntius Msgr. Pacelli am 4. Februar dem Kultusministerium eine Liste von 19 Punkten, zu denen Kultusminister Dr. Matt in einer über zwei Jahre sich hinziehenden Korrespondenz mit der Nuntiatur stückweise Stellung nahm. Die Verzögerung lag nicht in der Absicht Roms. Papst Benedikt XV. hatte bereits am 14. Oktober 1921 in seinem Handschreiben den bayrischen Bischöfen³⁾ „für das emsige Be-

¹⁾ Ausführliches in „Augsburger Postztg.“ vom 6. und 14. Febr. 1924.

²⁾ Wir folgen hier den Mitteilungen des Abg. Domprobst Dr. Wohl-muth-Eichstätt im „Klerusblatte“, wiedergegeben in „Bayr. Kurier“ Nr. 36 vom 5. Februar 1925.

³⁾ abgedruckt im „Bayr. Kurier“ Nr. 471 vom 7. November 1921.

mühen, mit dem sie eine derartige vertragliche Vereinbarung zu beschleunigen suchten," gedankt und den sehnlichsten Wunsch ausgedrückt, „daß von Unserem Nuntius Msgr. Dr. Pacelli selbst das so sehr erwartete Werk zum Abschluß gebracht werde." Auf Grund jenes schriftlichen Gedankenaustausches überreichte am 27. September 1922 der Nuntius im Auftrage des Hl. Stuhles der bayrischen Regierung den Konkordatsentwurf, dessen Prüfung (im Dezember 1922) zu Anfang des neuen Jahres die Ueberreichung eines bayrischen Gegenentwurfes herbeiführte.

Die Verhandlungen, auf die Ministerkrisen, Landtagsauflösung und Neuwahlen noch stark verzögernd eingewirkt hatten, befaßten sich mit der Behebung vorhandener Differenzen und dem Suchen nach einer beide Teile befriedigenden Fassung einzelner Punkte und erstreckten sich bis in den März 1924 hinein; doch hatte die Regierung die Zeit benützt, der Reichsregierung Einblick in den Entwurf zu geben und dann am 29. März 1924 das Konkordat förmlich abzuschließen. Mitte November 1924 unterbreitete sie dem Landtage den (in deutscher und italienischer Sprache abgefaßten) Wortlaut, zugleich mit dem Entwurfe zu entsprechenden Verträgen mit der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Bayern l. u. r. d. Rh., wodurch endlich das Konkordat in das Licht der Oeffentlichkeit trat.¹⁾

In der Opposition führte der Evangelische Bund. Schon am 21. Februar 1922 ließ er durch den Vorsitzenden des rheinischen Hauptvereins, Pastor Kremers zu Neuwied, die erste Attacke reiten.²⁾ Unter Hinweis auf das kommende Konkordat erklärte dieser:

„Die deutschen Katholiken . . . stürzen sich in die Sklaverei des Papstes und das Zentrum, die Leibgarde Sr. Heiligkeit des Papstes, wird sich schon um die deutschen Forderungen herumzudrücken wissen. Aus dem Konkordat wird eine Oberherrschaft des Papstes auch über uns Protestanten hervorgehen.“

Auch der Zentral- und Gesamtvorstand des Evangelischen Bundes beschloß auf seiner Tagung im Oktober 1922,³⁾ „den Abschluß eines Konkordates abzulehnen, da die Konkordatsver-

¹⁾ Veröffentlicht in „Bayrische Staatsztg.“ Nr. 269 vom 19. Nov. 1924.

²⁾ s. „Kölnische Volksztg.“ Nr. 247 vom 29. März 1922.

³⁾ s. Deutsch-Evangelische Korrespondenz Nr. 20, 21. vom 1. bzw. 15. Dezember 1922.

handlungen Gefahren für die den Grundsätzen des Protestantismus entsprechende Souveränität des Staates sowie für den bürgerlichen und konfessionellen Frieden in sich bergen." Demgemäß polterte auch der völkische Ingenieur Born in seiner berüchtigten Rede auf dem Bundesabend des Zweigvereins Nürnberg des Ev. B. am 21. Februar 1924: ¹⁾

„Bayern bekommt ein anderes Konkordat als Deutschland, denn Bayern gehört nach der vatikanischen Geographie bereits nicht mehr zu Deutschland. Unter Konkordat versteht Rom die Unterordnung des Staates unter die päpstliche Gewalt. Das bayerische Konkordat dürfte zweifellos für alle außerhalb dieses Staates eine Ueberraschung bringen. Für Bayern bedeutet es eine Belastung. Denn dieses Konkordat soll wie im Mittelalter die staatliche Unterordnung unter die päpstliche Gewalt versinnbildlichen. Das Mittelalter ist auf dem Marsche." (Dementisprechend war auch die angenommene Entschließung).

Auch die Generalversammlung des Evangelischen Bundes in München (Ende August 1924) nahm Stellung gegen das Konkordat, „da die Geschichte und die Natur der Konkordate bezeugen, daß durch diese kirchenpolitischen Verträge eine Reihe von Dingen getroffen werden, die über den Rahmen innerer Angelegenheiten der katholischen Kirche hinaus allgemein staatliche und nationale Bedeutung haben und die Rechte und Interessen der evangelischen Kirche aufs engste berühren."

Da über den Inhalt des Konkordatsentwurfes um jene Zeit noch nichts bekannt war, behalf sich der Evangelische Bund — vorläufig der einzige Widersacher, — indem er mit dem ekuadorianischen Konkordat von 1862 die Gemüter schreckte; auch das lettische Konkordat mußte zu diesem Zwecke wiederholt erhalten, wobei die (inzwischen eingegangenen) deutschvölkischen Blätter ²⁾ zur Veröffentlichung benützt wurden. Natürlich ermangelte auch die „München-Augsburger-Abendzeitung" nicht, ihre Eigenschaft als Organ des Evangelischen Bundes zu bekunden und das ihr von der Berliner Zentrale gesandte Cliché (Lettisches Konkordat und Jakobikirche in Riga) aufzutischen; ³⁾ ein weiterer

¹⁾ s. „Bayrische Volksztg." vom 25. Februar 1924.

²⁾ z. B. die „Augsburger Tageszeitung", Ableger der Münchener „Großdeutschen Zeitung" in Nr. 35 vom 11. April 1924 („Konkordat in Geschichte und Gegenwart.")

³⁾ in Nr. 258 vom 20. September 1924.

Kampfartikel dieses Blattes war derselben Quelle entnommen.¹⁾ Das Konkordat sei „völlig unvereinbar mit der Würde und Selbstachtung des bayerischen Staates“, es „störe den Frieden der Konfessionen“ und sei „dem Staatsganzen unzutraglich“, sei ein Beweis „der Imparität der finanziellen Leistungen des Staates gegenüber den beiden Konfessionen“ usw. Es ist daher verständlich, daß auch die Versammlung der Vertreter der evangelischen Gemeinden Münchens nach Referaten eines Ex-Pastors Traub, der ja dem Redaktionsstabe jenes Blattes angehört, des Verteidigers Ludendorffs Justizrats Dr. Zezschwitz' und Frhr. von Pechmanns sich gegen das Konkordat aussprach. In Nürnberg wurde sogar der Versuch einer Protestversammlung mit Pfarrer Fikenscher als Hauptredner gemacht. Trotz alledem blieb aber die Resonanz im bayerischen Volke selbst unter den Protestanten vollständig aus. Nur in der Pfalz gelang es einigermaßen die Gemüter zu verhetzen, wobei sich der Präsident der pfälzischen Landessynode Justizrat Dr. Richard Müller, Professor Conrad-Neustadt und Pfarrer Treber-Alsenz als Vorsitzende des dortigen Landesvereins hervortaten; das Konkordat sollte ein „Versuch des Erbfeindes, eine Gegenreformation durchzuführen und dem Protestantismus den Todesstoß zu versetzen,“ sein. Sachlicher Widerspruch ist seitens des Evangelischen Bundes gegen das Konkordat nicht erhoben worden.

Auf diese nicht dem Bedürfnisse nach Klärung und Verständigung, sondern dem nach bewußter und gewollter Schürung der konfessionellen Gegensätze dienenden Anklagen haben zwei Protestanten mit wohlthuender Sachlichkeit erwidert, der Referent des Verfassungsausschusses, Univ.-Professor Dr. Lent,²⁾ und Chefredakteur Dr. F. Gerlich. Jener schrieb u. a.:

„Wenn man ein Drittel oder zwei Fünftel des deutschen Volkes, die Katholiken, als von einer dem Deutschtum feindlichen Macht beherrscht sich vorstellt, so muß man doch an jedem Wiederaufstieg seines Volkes verzweifeln. Denn darauf zu rechnen, daß die deutschen Katholiken Protestanten werden oder sich von Rom loslösten und eine deutsche katholische Sonderkirche gründeten, ist doch nur müßige Gedankenspielerei. Wer an den Aufbau eines neuen Deutschland glaubt und dafür

¹⁾ in Nr. vom 25. November 1924, entnommen der „Deutsch-Evangelischen Korrespondenz, Nr. 41 vom 25. November 1924.

²⁾ s. „Fränkischer Kurier“-Nürnberg Nr. 353, 1924.

arbeiten will, muß der Tatsache ins Auge schauen, daß der katholische Volksteil hierbei nicht entbehrt werden kann, muß aber daraus weiter folgern, daß man, da nun einmal dieser Volksteil mit der katholischen Kirche unlöslich verbunden ist, den Frieden mit dieser Kirche erstreben muß, in ihr daher auch nicht den notwendigen Feind erblicken darf."

„Allerdings wird es oft so dargestellt, als ob das Konkordat ein Zeichen des Vormarsches Roms gegen den Protestantismus sei, ein Stück Vorbereitung einer umfassenden Gegenreformation. Ich will ganz davon absehen, daß der Protestantismus denn doch zu tiefe Wurzeln geschlagen hat, um mit geistigen Waffen leicht überwunden werden zu können, daß für eine größere Uebertrittsbewegung nicht die geringsten Anzeichen vorhanden sind. Gewaltanwendung gehört aber doch wohl ins Reich der Phantasie nach der jetzigen wie jeder neuen im Bereich des Möglichen liegenden Verfassung. . . . Es soll nur die Frage untersucht werden, ob das Konkordat irgendwelche Bestimmungen enthält, welche als Vormarsch gegen den Protestantismus gedeutet werden können."

„Da muß zunächst festgestellt werden, daß das Konkordat sich nur mit der katholischen Volksschule, der Ausbildung katholischer Lehrer, mit katholischen Religionslehrern und Professoren beschäftigt. Die einzige Vorschrift, die sich auf nicht rein katholische Schulen beschränkt, sondern sich auf gemischte — nicht aber rein evangelische! — mit erstrecken läßt, ist Artikel 8, der dem Bischof das Recht zu Beanstandungen wegen Verletzung des religiösen Gefühles der (katholischen!) Schüler gibt, ein Recht, das er ohne das Konkordat wohl auch ausüben würde. Sonst findet sich nichts, was der katholischen Kirche Rechte einräumte mit Bezug auf den nicht katholischen Teil des Volkes. Das Konkordat ist ganz überwiegend nur die Sicherung des kirchlichen Einflusses auf den katholischen Volksteil. . . ."

„Schließlich ist auch zu beachten, daß die große Mehrheit der katholischen Bevölkerung nun einmal das Konkordat will und den kirchlichen Einfluß wünscht. . . ."

Mit ablehnenden Resolutionen begnügten sich die Vorstandschaften der Bildungsbeamten-gewerkschaft, des Landesverbandes bayerischen Staatsbeamten und des Bayerischen Beamtenbundes, in denen ebenso wie im liberalen Bayerischen Lehrerverein freimaurerische Einflüsse sich geltend machten. Auch letzterer war bestrebt, eine Protestbewegung unter seinen Mitgliedern in Fluß zu bringen; es gelang ihm aber nicht deren Apathie in nennenswertem Umfange zu überwinden.

Am 9. Dezember trat der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages in die Beratung über das Konkordat ein und es zeigte sich, daß die Gegnerschaft sich nur aus den Sozialdemokraten, den Kommunisten, den Nationalsozialisten und den (zwei) Demokraten zusammensetzte. Ministerpräsident Dr. Held, Kultusminister Dr. Matt und Finanzminister Krausneck hatten keine allzu große Mühe, die wiederum nicht dem Boden der Sachlichkeit entsprossenen Argumente der Gegner zu entkräften.

Nachdem die Evangelische Landessynode Bayerns r. d. Rh. sich mit 71 gegen 19 Stimmen für die Annahme der Verträge, mit denen den bayerischen Protestanten vom Staate gegeben wurde, was das Konkordat den Katholiken einräumte, ausgesprochen hatte, war auch das Schicksal der Vereinbarung mit dem Hl. Stuhle entschieden; am 8. Januar 1925 nahm der Verfassungsausschuß nach vorher noch vereinbarten Klarstellungen des Ministerpräsidenten Dr. Held über einige Stellen von strittiger Auslegung mit 15 gegen 12 Stimmen Konkordat und Verträge an; am 15. Januar folgte auch der Landtag selbst mit 73 gegen 52 Stimmen. Ein herzlicher Depeschenaustausch ¹⁾ zwischen Kardinal-Staatssekretär Gasparri und dem bayrischen Minister-Präsidenten besiegelte das Werk; wir geben ihn hier wieder:

Rom, 16. Januar 1925.

An S. Excellenz Dr. Held,
Minister-Präsident,
München, Bayern.

Lebhaft befriedigt von der Nachricht der Ratifizierung des bayerischen Konkordates und dankbaren Herzens die besonderen Verdienste anerkennend, die sich Eure Excellenz um dieses wichtige Werk erworben haben, beglückwünsche ich im Namen des Hl. Vaters Eure Excellenz zu dem glücklichen Zustandekommen eines Konkordates, das ohne Zweifel nicht nur der Kirche, sondern auch dem edlen bayerischen Volke große Wohltaten bringen wird.

Kardinal Gasparri.

München-Bayern, 17. Januar 1925.

An S. Eminenz
Kardinal Gasparri

Rom.

Das liebenswürdige Telegramm und die wohlwollende Anerkennung meiner Bemühungen seitens Eurer Eminenz haben mich

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 26 vom 1. Februar 1925.

tief bewegt; ich bitte, zu Füßen Sr. Heiligkeit die ergebensten Gefühle meiner Dankbarkeit niederzulegen. Ich bin glücklich über dieses Ereignis in der Ueberzeugung, daß durch dieses Konkordat eine Grundlage dauernden Wohlsens für die Kirche und den Staat gelegt ist.

Min.-Präsident Dr. Held.

Der Text des Konkordates, italienisch am 1. Februar 1925 vom „Osservatore Romano“ und in Heft 2 der Acta Apostolicae Sedis 1925 veröffentlicht, ist in deutscher Sprache nach der Bayerischen Staatszeitung Nr. 269 vom 19. November 1924 folgender:¹)

Konkordat

zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius XI.
und dem Staate Bayern.

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und der Bayerische Staat haben, vom gleichen Verlangen beseelt, die Lage der katholischen Kirche in Bayern auf eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Weise und dauernd neu zu ordnen, beschlossen eine feierliche Uebereinkunft zu treffen.

Zu diesem Zwecke haben Seine Heiligkeit Papst Pius XI. zu Ihrem Bevollmächtigten Seine Exzellenz den Herrn Apostolischen Nuntius in München und Erzbischof von Sardes Monsignore Dr. Eugen Pacelli und die Bayerische Staatsregierung zu ihrem Bevollmächtigten Seine Exzellenz den Herrn Staatsminister des Aeußeren Dr. Eugen von Knilling, den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Franz Matt und den Herrn Staatsminister der Finanzen Dr. Wilhelm Krausneck ernannt, die, nachdem sie ihre beiderseitigen Vollmachten ausgetauscht und für richtig befunden haben, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1.

§ 1. Der Bayerische Staat gewährleistet die freie und öffentliche Ausübung der katholischen Religion.

§ 2. Er anerkennt das Recht der Kirche, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Gesetze zu erlassen und Anordnungen zu treffen, die ihre Mitglieder binden; er wird die Ausübung dieses Rechtes weder hindern noch erschweren.

§ 3. Er sichert der katholischen Kirche die ungestörte Kultübung zu. In der Erfüllung ihrer Amtspflichten genießen die Geistlichen den Schutz des Staates.

Art. 2.

Orden und religiöse Kongregationen können den kanonischen Bestimmungen gemäß frei gegründet werden. Sie unter-

¹) vgl. a. die Artikelserie von Hochschul-Professor Dr. Scharnagl, M. d. L., „Das Neue Konkordat“ in „Augsburger Postzeitung“ vom 24. und 30. Januar und 5. Februar 1925.

liegen von seiten des Staates keiner Einschränkung in bezug auf ihre Niederlassungen, die Zahl und — vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 13 § 2 — die Eigenschaften ihrer Mitglieder sowie bezüglich der Lebensweise nach ihren kirchlich genehmigten Regeln.

Soweit sie bisher die Rechte einer öffentlichen Körperschaft genossen haben, bleiben ihnen diese gewahrt; die übrigen erlangen Rechtsfähigkeit oder die Rechte einer öffentlichen Körperschaft nach den für alle Bürger oder Gesellschaften geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Ihr Eigentum und ihre anderen Rechte werden ihnen gewährleistet. In bezug auf den Erwerb, den Besitz und die Verwaltung ihres Vermögens sowie in der Ordnung ihrer Angelegenheiten unterliegen sie keiner besonderen staatlichen Beschränkung oder Aufsicht.

Art. 3.

§ 1. Die Ernennung oder Zulassung der Professoren oder Dozenten an den theologischen Fakultäten der Universitäten und an den philosophisch-theologischen Hochschulen sowie der Religionslehrer an den höheren Lehranstalten wird staatlicherseits erst erfolgen, wenn gegen die in Aussicht genommenen Kandidaten von dem zuständigen Diözesanbischöfe keine Erinnerung erhoben worden ist.

§ 2. Sollte einer der genannten Lehrer von dem Diözesanbischöfe wegen seiner Lehre oder wegen seines sittlichen Verhaltens aus triftigen Gründen beanstandet werden, so wird die Staatsregierung unbeschadet seiner staatsdienerlichen Rechte alsbald auf andere Weise für einen entsprechenden Ersatz sorgen.

Art. 4.

§ 1. Der Unterricht an den theologischen Fakultäten der Universitäten und an den philosophisch-theologischen Hochschulen muß den Bedürfnissen des priesterlichen Berufes nach Maßgabe der kirchlichen Vorschriften Rechnung tragen.

§ 2. An den philosophischen Fakultäten der beiden Universitäten München und Würzburg soll wenigstens je ein Professor der Philosophie und der Geschichte angestellt werden, gegen den hinsichtlich seines katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist.

§ 3. Der Religionsunterricht bleibt an allen höheren Lehranstalten und Mittelschulen wenigstens im bisherigen Umfang ordentliches Lehrfach.

Art. 5.

§ 1. Der Unterricht und die Erziehung der Kinder an den katholischen Volksschulen wird nur solchen Lehrkräften anvertraut werden, die geeignet und bereit sind, in verlässiger Weise in der katholischen Religionslehre zu unterrichten und im Geiste des katholischen Glaubens zu erziehen.

§ 2. Die Lehrer und Lehrerinnen, die an katholischen Volksschulen angestellt werden wollen, müssen vor ihrer Anstellung nachweisen, daß sie eine dem Charakter dieser Schulen entsprechende

Ausbildung erhalten haben. Diese Ausbildung muß sich beziehen sowohl auf den Religionsunterricht wie auch auf jene Fächer, die für den Glauben und die Sitten bedeutungsvoll sind. Die Erteilung des Religionsunterrichts setzt die *Missio Canonica* durch den Diözesanbischof voraus.

§ 3. Der Staat wird bei der Neuordnung der Lehrerbildung für Einrichtungen sorgen, die eine den obigen Grundsätzen entsprechende Ausbildung der für katholische Volksschüler bestimmten Lehrkräfte sichern.

§ 4. In den Prüfungskommissionen, die für die Erteilung der Lehrbefähigung an den katholischen Volksschulen zuständig sind, erhalten die kirchlichen Oberbehörden mindestens für die Prüfung aus der Religionslehre eine angemessene Vertretung.

§ 5. Soweit nach der Neuordnung des Lehrerbildungswesens Privatanstalten noch in der Lage sind, die Vorbildung oder die berufliche Ausbildung von Lehrern oder Lehrerinnen zu übernehmen, wird der Staat bei ihrer Zulassung auch bestehende Anstalten der Orden und Kongregationen entsprechend berücksichtigen.

§ 6. Die an solchen privaten Anstalten vorgebildeten Zöglinge werden, falls diese Anstalten die staatlich vorgeschriebenen wissenschaftlichen Bedingungen erfüllen, nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen zu den staatlichen Prüfungen zugelassen.

§ 7. Die Erwerbung der Lehrbefähigung für Volksschulen, Mittelschulen und höhere Lehranstalten sowie die Uebertragung eines Lehramtes wird für die Angehörigen von Orden und religiösen Kongregationen an keine anderen Bedingungen geknüpft als für Laien.

Art. 6.

In allen Gemeinden müssen auf Antrag der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten katholische Volksschulen errichtet werden, wenn bei einer entsprechenden Schülerzahl ein geordneter Schulbetrieb — selbst in der Form einer ungeteilten Schule — ermöglicht ist.

Art. 7.

§ 1. An allen Volksschulen — abgesehen von den in Abs. 2 erwähnten Fällen — bleibt der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Der Umfang dieses Religionsunterrichtes soll im Einvernehmen mit den kirchlichen Oberbehörden festgesetzt und gegenüber dem gegenwärtigen Stande nicht gekürzt werden.

Sollte der Bayerische Staat in etlichen Schulen rechtlich nicht in der Lage sein, dem Religionsunterrichte den Charakter eines ordentlichen Lehrfaches zu erteilen, so wird wenigstens die Erteilung eines privaten Religionsunterrichtes durch die Bereitstellung der Schulräume sowie durch deren Beheizung und Beleuchtung aus gemeindlichen oder staatlichen Mitteln sichergestellt.

§ 2. Den Schülern der Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten wird im Benehmen mit den kirchlichen Oberbehörden

geeignete und ausreichende Gelegenheit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten gegeben.

Art. 8.

§ 1. Die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten werden der Kirche gewährleistet.

§ 2. Dem Bischof und seinen Beauftragten steht das Recht zu, Mißstände im religiös-sittlichen Leben der katholischen Schüler wie auch ihnen nachteilige oder ungehörige Beeinflussungen in der Schule, insbesondere etwaige Verletzungen ihrer Glaubensüberzeugung oder religiösen Empfindungen im Unterrichte bei der staatlichen Unterrichtsbehörde zu beanstanden, die für entsprechende Abhilfe Sorge tragen wird.

Art. 9.

§ 1. Orden und religiöse Kongregationen werden unter den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Gründung und Führung von Privatschulen zugelassen. Die Zuerkennung von Berechtigungen an derartige Schulen erfolgt nach den für andere Privatschulen geltenden Grundsätzen.

§ 2. Von Orden und religiösen Kongregationen geleitete Schulen, die bisher den Charakter öffentlicher Schulen gehabt haben, behalten ihn, sofern sie die an gleichartige Schulen gestellten Anforderungen erfüllen. Unter den gleichen Vorbedingungen kann auch neuen Schulen von Orden und Kongregationen dieser Charakter durch die Staatsregierung verliehen werden.

Art. 10.

§ 1. Der Bayerische Staat wird seinen auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden vermögensrechtlichen Verpflichtungen gegen die katholische Kirche in Bayern stets nachkommen. Die vermögensrechtlichen Verpflichtungen, die im Konkordate von 1817 festgelegt sind, werden durch folgende Vereinbarung ersetzt:

a) Der Staat wird die erzbischöflichen und bischöflichen Stühle, die Metropolitan- und Domkapitel mit einer Dotation in Gütern und ständigen Fonds ausstatten, deren jährliche Reineinkünfte sich bemessen auf der Grundlage jener, die im erwähnten Konkordate festgesetzt sind, wobei dem Geldwerte vom Jahre 1817 Rechnung zu tragen ist. Hierbei wird für eine freie kirchliche Verwaltung der Dotationsgüter Sorge getragen werden. Solange eine solche Dotation nicht in angegebener Weise überwiesen werden kann, wird der Staat dafür eine Jahresrente leisten, die unter Zugrundelegung der im Konkordate von 1817 festgelegten Verpflichtungen und in Anlehnung an die entsprechenden Aufwendungen des Staates für seine eigenen Zwecke den jeweiligen wirtschaftlichen Zeitverhältnissen angepaßt wird.

Die Geldleistungen an die 6 Diözesanbischöfe von Augsburg, Regensburg, Würzburg, Passau, Eichstätt und Speyer sollen die gleichen sein.

Die Weihbischöfe erhalten eine Gehaltszulage, wie sie in der Vereinbarung vom Jahre 1910 vorgesehen ist; sie wird ebenfalls den jeweiligen wirtschaftlichen Zeitverhältnissen angeglichen werden.

- b) Sämtliche Kapitel haben 2 Dignitäten (Dompropst und Domdekan); die Metropolitankapitel zählen 10, die Domkapitel 8 Kanoniker; die einen wie die anderen haben überdies 6 für den Chor- und Ordinariatsdienst bestimmte Vikare.

Für die Kanoniker, die bereits das 70. Lebensjahr zurückgelegt haben oder die nicht mehr dienstfähig sind, können im Einverständnisse mit der Staatsregierung Koadjutoren mit oder ohne Recht zur Nachfolge aufgestellt werden, die die gleichen Bezüge erhalten wie die statusmäßigen Kanoniker.

- c) Den Generalvikaren und bischöflichen Sekretären wird der Bayerische Staat eine Dienstentschädigung anweisen, deren Höhe ebenfalls den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen anzugleichen ist.
- d) Zur Zeit der Erledigung eines erzbischöflichen oder bischöflichen Stuhles, der Dignitäten, Kanonikate oder Vikarien wird der Betrag der vorerwähnten Einkünfte zum Besten der betreffenden Kirchen erhoben und erhalten.
- e) Sowohl den Erzbischöfen und Bischöfen als den Dignitären, den 5 bzw. 4 älteren Kanonikern und 3 älteren Vikaren wird eine ihrer Würde und ihrem Stande entsprechende Wohnung angewiesen.
- f) Die Fonds, Einkünfte, beweglichen und unbeweglichen Güter der Domkirchen und ihrer Fabriken werden erhalten werden und, wenn sie zur Unterhaltung der genannten Kirchen, zu den Ausgaben für den Gottesdienst und zur Besoldung der nötigen weltlichen Diener nicht hinreichen, wird der Staat das Fehlende ergänzen.
- g) Für die erzbischöflichen und bischöflichen Ordinariate, für das Kapitel und das Archiv wird ein geeignetes Gebäude überlassen; für Deckung etwaiger Fehlbeträge der Ordinariatsbedürfnisse gilt Buchstabe f entsprechend.
- h) Der bayerische Staat wird an die bestehenden, nach den Bestimmungen des Codex juris canonici eingerichteten Knaben- und Priesterseminare angemessene Zuschüsse leisten.
- i) Für die Emeriten sorgt der Staat durch Ausstattung der Emeritenanstalten mit ausreichender Dotation oder durch entsprechende Zuschüsse zu Emeritenpensionen.
- k) Werden mit Einverständnis der Staatsregierung Seelsorgestellen neu errichtet oder bestehende umgewandelt, so werden zur angemessenen Ergänzung des Einkommens der jeweiligen Stelleninhaber staatliche Mittel im Rahmen der bisher üblichen Leistungen für die Seelsorgegeistlichen im allgemeinen zur Verfügung gestellt.

Im Falle einer Ablösung oder Neuregelung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel beruhenden staatlichen Leistungen an die

Kirche sichert der Bayerische Staat die Wahrung der kirchlichen Belange durch Ausgleichsleistungen zu, die entsprechend dem Inhalt und Umfange des Rechtsverhältnisses unter Berücksichtigung der Geldverhältnisse vollen Ersatz für das weggefallene Recht gewähren.

§ 2. Soweit staatliche Zuschüsse oder Mehraufwendungen nicht benötigt werden, können kirchliche Stellen frei errichtet oder umgewandelt werden.

§ 3. Die staatlichen Gebäude und Grundstücke, die zurzeit unmittelbar oder mittelbar Zwecken der Kirche einschließlich der Orden oder religiösen Kongregationen dienen, bleiben diesen Zwecken auch weiterhin unter Berücksichtigung etwa bestehender Verträge überlassen.

§ 4. Die Güter der Seminarien, Pfarreien, Benefizien, Kirchenfabriken und aller übrigen Kirchenstiftungen werden innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes gewährleistet und können ohne Zustimmung der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht veräußert werden. Die Kirche hat das Recht neues Besitztum zu erwerben und als Eigentum zu haben. Dieses so erworbene Eigentum soll in gleicher Weise unverletzlich sein.

§ 5. Die Kirche hat das Recht, auf der Grundlage der bürgerlichen Steuerlisten Umlagen zu erheben.

Art. 11

Der Bayerische Staat wird in seinen Straf-, Pflege-, Erziehungs- und Krankenanstalten, sei es durch Anstellung eigener Geistlicher oder auf andere zweckmäßige Weise, auf seine Kosten eine entsprechende Seelsorge einrichten. Die Seelsorger für diese Anstalten werden im Benehmen mit dem Diözesanbischof aufgestellt.

Bei der Genehmigung von Anstalten anderer Unternehmer wird der Bayerische Staat tunlichst dahin wirken, daß die Anstaltspfleglinge dem jeweiligen Bedürfnis entsprechend seelsorglich betreut werden.

Art. 12.

Abgesehen von kleineren Änderungen, die im Interesse der Seelsorge liegen, und abgesehen von jenen Verschiebungen, die sich in einzelnen Fällen als Folge von Umpfarrungen ergeben, wird der jetzige Stand der Kirchenprovinzen und Diözesen nicht verändert werden.

Art. 13.

§ 1. Im Hinblick auf die Aufwendungen des Bayerischen Staates für die Bezüge der Geistlichen wird die Kirche in der Leitung und Verwaltung der Diözesen, ferner der Diözesanbildungsanstalten sowie in der Pfarrseelsorge und für die Erteilung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen nur Geistliche verwenden, die

- a) die bayerische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit haben,
- b) das Reifezeugnis eines deutschen vollwertigen humanistischen Gymnasiums besitzen, das auch auf Grund privater Studien und an einer vom Staate anerkannten Privatanstalt erworben werden kann,
- c) die von der Kirche vorgeschriebenen philosophisch-theologischen Studien an einer deutschen staatlichen Hochschule oder an einer den

Bestimmungen des c. 1365 Cod. jur. can. entsprechenden deutschen bischöflichen Hochschule oder an einer päpstlichen Hochschule in Rom erfolgreich zurückgelegt haben.

§ 2. Desgleichen müssen bei Orden und religiösen Kongregationen sowie bei deren Niederlassungen die Obern, die in Bayern ihren Sitz haben, die bayerische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unberührt bleibt das Recht der Ordensobern mit anderer Staatsangehörigkeit, die ihren Sitz außerhalb Bayerns haben, persönlich oder durch einen Vertreter ihre Häuser in Bayern zu visitieren sowie das Recht der Ordenskleriker, ihre philosophisch-theologischen Studien an ihren Ordensschulen nach Maßgabe des Cod. jur. can. c. 1365 zurückzulegen an Stelle der in § 1 Buchst. c. genannten Anstalten.

Art. 14.

§ 1. In der Ernennung der Erzbischöfe und Bischöfe hat der Hl. Stuhl volle Freiheit. Bei Erledigung eines erzbischöflichen oder bischöflichen Sitzes wird das beteiligte Kapitel dem Hl. Stuhle unmittelbar eine Liste von Kandidaten unterbreiten, die für das bischöfliche Amt würdig und für die Leitung der erledigten Diözese geeignet sind; unter diesen wie auch unter den von den bayerischen Bischöfen und Kapiteln je in ihren entsprechenden Triennallisten Bezeichneten behält sich der Hl. Stuhl freie Auswahl vor. Vor der Publikation der Bulle wird dieser in offiziöser Weise mit der Bayerischen Regierung in Verbindung treten, um sich zu versichern, daß gegen den Kandidaten Erinnerungen politischer Natur nicht obwalten.

§ 2. Die Besetzung der Kanonikate bei den erzbischöflichen und bischöflichen Kapiteln geschieht abwechselnd durch freie Uebertragung des Diözesanbischofes nach Anhörung des Kapitels und durch Wahl der Kapitel vorbehaltlich der Bestimmung des c. 177 Cod. jur. can.

Die Dignitäten werden nach dem gemeinen kanonischen Rechte besetzt.

§ 3. Im Hinblick auf die Aufwendungen des Bayerischen Staates für die Bezüge der Seelsorgegeistlichen wird die Kirche vor Ernennung der Pfarrer der Staatsregierung die Personalien des in Aussicht genommenen Geistlichen mitteilen; allenfalsige Erinnerungen der Staatsregierung sollen in möglichst kurzer Zeit erfolgen. Die staatlichen Patronat- oder Präsentationsrechte aus besonderen kanonischen Rechtstiteln bleiben in der bisherigen Form unberührt.

Art. 15.

§ 1. Sollte sich in Zukunft bei der Auslegung vorstehender Bestimmungen irgend eine Schwierigkeit ergeben, so werden der Hl. Stuhl und der Bayerische Staat gemeinsam eine freundschaftliche Lösung herbeiführen.

§ 2. Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Konkordates wird das Konkordat vom Jahre 1817 als nicht mehr geltend erklärt. Insoweit bisher erlassene und noch in Kraft befindliche Landesgesetze, Verord-

nungen und Verfügungen mit den Bestimmungen dieses Vertrages in Widerspruch stehen, werden sie aufgehoben.

Art. 16.

Die Ratifikationen werden möglichst bald ausgewechselt werden und das Konkordat wird mit dem Zeitpunkte dieser Auswechslung in Kraft treten.

Zur Beglaubigung des Vorstehenden haben die nachgenannten Bevollmächtigten das gegenwärtige Konkordat unterzeichnet.

München, den 29. März 1924.

(gez.) Eugenio Pacelli, Arcivescovo di Sardi, Nunzio Apostolico,

(gez.) Dr. Eugen von Knilling, Staatsminister des Aeußern,

(gez.) Dr. Franz Matt, Staatsminister für Unterricht und Kultus,

(gez.) Dr. Wilhelm Krausneck, Staatsminister der Finanzen.

Die Erklärung Dr. Helds, die zugleich mit dem Mantelgesetz des Konkordats angenommen wurde, aber natürlich nur für die Regierung bindende Kraft besitzt, hat folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick darauf, daß das Konkordat in Bayern auch Landesgesetz ist, ist für seine Auslegung der deutsche Text maßgebend.

Zu Art. 1 § 2: Art. 137 Abs. III der Reichsverfassung wird durch die Bestimmungen des Art. 1 § 2 des Konkordates und des Art. 1 Abs. II der Verträge mit den beiden evangelischen Kirchen nicht berührt.

Zu Art. 5: Der Freiheit des Gewissens und der Vereinigung der Lehrpersonen an Bekenntnisschulen sind andere Schranken, als sie durch die besonderen Amts- und Standespflichten bedingt sind, nicht gezogen.

Die Neuanstellung von Lehrpersonen an Bekenntnisschulen ist bedingt durch das Vorhandensein der Erfordernisse der neben angeführten Vertragsbestimmung.

Die Niederlegung des Religionsunterrichtes für sich allein ist nicht in jedem Falle ein genügender Beweis dafür, daß die betreffende Lehrperson den angeführten Vertragsbestimmungen nicht mehr entspricht.

Zu Art. 8: Die staatliche Schulaufsicht wird aufrecht erhalten. Eine Wiedereinführung der früheren geistlichen Schulaufsicht steht nicht in Frage. An § 28 des Schulaufsichtsgesetzes vom 1. August 1922 wird festgehalten. Seine Bestimmungen kommen bezüglich des Religionsunterrichtes an den übrigen Lehranstalten zur entsprechenden Anwendung.

Der kirchlichen Oberbehörde oder deren Beauftragten sind bei Ausübung des Rechtes zu allen-

fallsigen Beanstandungen des Unterrichtes in den weltlichen Fächern dienstaufsichtliche Befugnisse gegenüber dem Lehrpersonal nicht eingeräumt. Im Falle von Beanstandungen kommt die der Sach- und Rechtslage entsprechende Entscheidung nach Maßgabe staatlicher Bestimmungen dem Staate zu.

Zu Art. 10: Die Verpflichtung des bayerischen Staates zur Realodotation der katholischen Kirche steht fest und ist gewährleistet durch den Art. 138 RV. und § 18 LV. Die Festsetzung der einzelnen Vermögenswerte im Falle einer Durchführung der Dotation wird nur im Einverständnis mit dem Landtag getroffen."

Im bayerischen Landtage geschlagen, verlegte die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen das bayerische Konkordat nunmehr in den Reichstag, indem sie dort am 8. Januar eine Interpellation betreffend „Schutz der Reichsverfassung gegen Verletzungen durch das bayerische Konkordat" einreichte, die aber erst am 17. Juni zur Besprechung gelangte. Wir beschränken uns auf das Wesentliche, die Antwort, die namens der Reichsregierung Staatssekretär Zweigert auf die Interpellation gegeben hat: ¹⁾

„In der Reichsverfassung ist die Trennung von Staat und Kirche nicht durchgeführt worden. Hinsichtlich der großen Kirchen, der evangelischen Landeskirchen, der katholischen Kirche, der jüdischen Synagogengemeinden usw. wurde die Rechtsstellung der Kirche als öffentlich-rechtliche Körperschaft verfassungsrechtlich festgelegt und gegenüber dem früheren Rechtszustand noch stärker ausgebaut. Bei diesem System ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte zwischen Staat und Kirche, die sich darüber verständigen können, selbstverständlich nur im Rahmen der Reichsverfassung und der Reichsgesetze."

„Denn Reichsrecht bricht Landesrecht."

„Die bayerische Staatsregierung hat das Konkordat vor der Unterzeichnung der Reichsregierung vorgelegt. Der damalige Reichskanzler hat nach Prüfung des Konkordats durch die Ministerien des Innern und der Justiz namens der Reichsregierung erklärt, daß gegen das Konkordat auf Grund der Reichsverfassung Einwendungen nicht erhoben werden."

¹⁾ s. „Bayrische Staatsztg." Nr. 129 vom 20. Juni 1925 und die Artikel von Abg. Dr. Scharnagl „Das bayrische Konkordat im Reichstag" in „Augsburger Postzeitung" Nr. 169/170 vom 26. und 27. Juli 1925.

„Die Frage, ob das bayerische Konkordat der Zustimmung des Reiches bedarf, ist verneint worden.“

„Zwar bedürfen nach Artikel 78 Verträge der Länder mit auswärtigen Staaten der Zustimmung des Reiches, aber der Papst ist im Sinne dieses Artikels nicht als auswärtiger Staat anzusehen.“

„Die Fassung „Auswärtige Staaten“ ist gerade gewählt worden, um den Päpstl. Stuhl nicht mit zu umfassen. Die Befugnis der Länder Verträge mit der Kurie zu schließen, ist also durch die Reichsverfassung nicht beschränkt. Diese Auffassung ist schon 1920 unter dem Reichsminister des Innern Koch vertreten worden.“

„Danach kann sich die Reichsregierung in die Frage der Zweckmäßigkeit der kirchlichen Uebereinkommen nicht einmischen; sie hat nur zu prüfen, ob sie mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht. Ein solcher Widerspruch ist bei genauer Prüfung nicht angenommen worden. Es widerspricht nicht der Reichsverfassung, wenn der bayerische Staat die Kirchen nicht daran hindern will, Verordnungen zu treffen, die ihre Mitglieder binden. Nach Artikel 137 der Verfassung regelt jede Religions-Gesellschaft ihre Angelegenheiten innerhalb der Gesetze selbständig. In den bayerischen Kirchenverträgen ist ferner vorgesehen, daß die kirchlichen Stellen sich vor der Wahl der kirchlichen Oberen darüber vergewissern, daß gegen die Kandidaten Erinnerungen politischer Natur seitens der Bayerischen Regierung nicht obwalten. Das verstößt nicht gegen Artikel 137 der Reichsverfassung, wonach die Kirche ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates verleiht. Ein Erinnerungsrecht des Staates ist noch nicht eine Mitwirkung. Auch in Preußen ist hinsichtlich der leitenden Beamten der Evangelisch-Kirchlichen Verwaltung ein solches Erinnerungsrecht vorgesehen. Nach dem preußischen Gesetz vom 15. Oktober 1924 kann die Staatsbehörde gegen die Berufung der Vorsitzenden der Kirchlichen Verwaltungsbehörde Bedenken geltend machen. Im preußischen Landtag haben sogar Sozialdemokraten und Demokraten darüber hinaus ein Einspruchsrecht verlangt.“

„Die Verträge mit den Kirchen berühren auch das Gebiet der Staatsleistungen. Nach Artikel 138 der Reichsverfassung sollen die Staatsleistungen an die Religions-Gesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden. Die Grundsätze hiefür

stellt das Reich auf. Bis zum Erlaß eines solchen Reichsgesetzes gelten die bisherigen Staatsleistungen. In der Zusage der bayerischen Regierung, die eine Verständigung über allgemeine Grundsätze für die Staatsleistungen darstellt, liegt keine Verletzung des Artikels 138 vor. Die Reichsverfassung steht auch der Gewährung neuer freiwilliger Staatsleistungen nicht im Wege. Nach den Kirchenverträgen wird der Unterricht an den katholischen und evangelischen Volksschulen nur solchen Lehrkräften anvertraut, die im Geiste des betreffenden Glaubens unterrichten. Mit der Reichsverfassung ist die Bestimmung nicht unvereinbar. Die Grundsätze der Verfassung beschränken nicht das Recht des Staates neueinzustellende Beamte für bestimmte Aufgaben jeweils nach dem Gesichtspunkte der Eignung und Befähigung für diese Aufgabe auszuwählen und dabei in der Bekenntnisschule auch das religiöse Bekenntnis zu berücksichtigen, das auch die Verfassung berücksichtigt. Die Verfassung verbietet nicht die Ausbildung von Lehrkräften für die besonderen Zwecke der Bekenntnisschule. Das Reich hat die einheitliche Lehrerbildung noch nicht geregelt, die Länder können also noch Gesetze über die Lehrerbildung erlassen und sich auch mit den Kirchen über Landeslehrerbildungs-Gesetze verständigen. Aber auch ein Reichsgesetz über die Lehrerbildung wird nicht darum herkommen, daß eine Ausbildung der Lehrer für Bekenntnisschulen besonders gewährleistet wird."

„In dem bayerischen Konkordat ist ferner bestimmt worden, daß der Bischof und seine Beauftragten Mißstände im religiös-sittlichen Leben der katholischen Schüler, insbesondere etwaige Verletzungen ihrer religiösen Empfindungen im Unterricht beanstanden können. Den evangelischen Kirchen sollen dieselben Befugnisse auf Antrag eingeräumt werden. Es wird eingewendet, diese Zusagen widersprüchen der verfassungsmäßigen Aufsicht des Staates. Die bayerische Staatsregierung hat aber erklärt: „Die staatliche Schulaufsicht wird aufrechterhalten. Eine Wiedereinführung der früheren geistlichen Schulaufsicht steht nicht in Frage. Der kirchlichen Oberbehörde sind in den weltlichen Fächern dienstaufsichtliche Befugnisse gegenüber dem Lehrpersonal nicht eingeräumt.“ Das bayerische Schulaufsichtsgesetz regelt die Ueberwachung des Religionsunterrichts und der religiös-sittlichen Erziehung der bekenntniszugehörigen

Schulkinder besonders. In ähnlicher Weise regelt auch eine bairische Verordnung die Beaufsichtigung der religiösen Unterweisung an den Volksschulen, ähnlich auch der hessische Staat."

„Aus allen diesen Gründen ist die frühere Reichsregierung zu dem Ergebnis gelangt, daß das bayerische Konkordat und demnach auch die entsprechenden Verträge mit den evangelischen Landeskirchen Bayerns mit der Reichsverfassung vereinbar sind. Die gegenwärtige Reichsregierung hat bei Nachprüfung der Sachlage und Rechtslage keinen Anlaß gefunden von dieser Auffassung abzugehen."

Bayerns Ministerpräsident Dr. Heid hat sich für die ihm zum Abschlusse des Konkordates verliehene Auszeichnung beim Hl. Vater persönlich bedankt. Am 1. April 1925 wurde er in Privataudiienz empfangen und hat auch durch diesen Besuch die herzlichen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhle und Bayern gefestigt, die besonders durch das Wirken des bayerischen Gesandten, Dr. Frhr. Ritter von Grünstein sich so befriedigend gestaltet haben.¹⁾

Die eigentliche Aufgabe, die Msgr. Pacelli als Nuntius in München zu leisten hatte, war erfüllt und der Prälat rüstete zur endgültigen Uebersiedlung nach der Reichshauptstadt. Die begeisterte Liebe, die er sich während seiner achtjährigen Tätigkeit in Bayern erworben hatte, verlangte danach, sich offen zu bekunden; daher gaben ihm die Katholiken Münchens am 14. Juli noch eine herrliche Abschiedsfeier, bei der Ministerpräsident Dr. Held, Kardinal von Faulhaber und der Erste Bürgermeister Scharnagl sprachen.²⁾ Der erste Redner sagte u. a.: „Das eine dürfe aus den Verdiensten des Nuntius um Bayern herausgegriffen werden, die rastlose Friedensstätigkeit. Es werde einmal eine spätere Geschichtsschreibung darüber Klarheit und Wahrheit bringen, welchen Dank wir auf dieser Linie der Kurie und ihrem Vertreter in München schulden." Und Kardinal von Faulhaber erwähnte u. a. auch die Tatsache, daß unmittelbar nach der Münchener Rätezeit der Nuntius nicht aus freiem Antrieb München verlassen habe.³⁾ „Auf meine Bitte und Verantwortung," sagte

¹⁾ s. die Erklärung des Min.-Präs. Dr. Held hierüber im Bayrischen Landtage vom 6. November 1924, lt. „Augsburger Postzeitung" vom 8. November 1924.

²⁾ s. Beilage „Aus Welt und Kirche" Nr. 53 des „Bayr. Kurier" vom 16. Juli 1925.

³⁾ s. das Kapitel „Das revolutionäre Deutschland" S. 82.

der Kardinal, „sind Eure Excellenz damals für kurze Zeit in die Schweiz gegangen, weil ich darauf bestand; wir dürfen den Namen des Hl. Vaters nicht den Leidenschaften und Unberechenbarkeiten der Gasse bloßstellen.“ Am 18. August abends hat Msgr. Pacelli München verlassen und am 22. August kam sein Nachfolger Msgr. Vassallo di Torregrossa dort an, um zwei Tage später dem Oberhaupte der bayerischen Regierung sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. „Meine Mission“, sagte der neue Nuntius bei dieser Gelegenheit,¹⁾ „die zwischen dem Hl. Stuhle und der bayerischen Staatsregierung bestehenden ausgezeichneten Beziehungen zu pflegen, ist mir sehr erleichtert durch den Abschluß des Konkordats. Haben da doch Eure Excellenz und mein Herr Vorgänger mit hoher Weisheit und allem guten Willen ein Werk zur Vollendung gebracht, dessen Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinausreicht durch den neuen Geist, der gerade diesen Vertrag beseelt. Wohl umfängt die Liebe des Hl. Vaters die ganze Welt, doch wendet sie sich besonders herzlich einem Volke zu, das mit so engen Banden ihm verknüpft ist. Daran festzuhalten soll der Wille beider vertragsschließenden Parteien sein um der Vorteile willen, die daraus erfließen für die Festigung von Sitte und Religion, für den öffentlichen Frieden und das allgemeine Wohl. . .“

Unter Hindenburgs Präsidentschaft

Der erste Präsident des republikanischen Deutschland lag auf der Totenbahre, Friedrich Ebert war am 28. Februar 1925 verschieden. War er auch nicht als Glied der Kirche gestorben, so gedachte der Papst doch seiner mit einem Memento beim hl. Opfer. In Gegenwart eines rheinischen Pilgerzuges zelebrierte er am Morgen des 3. Mai eine Pilgermesse und richtete dann an die Pilger das Wort. „Wir haben gebetet,“ sagte er, „und werden noch beten, wie Wir das hl. Opfer dargebracht haben für den hohen Verstorbenen, für seine hinterbliebene Familie und für das ganze deutsche Volk.“²⁾ Der „Osservatore

¹⁾ s. „Bayr. Kurier“ vom 1. September 1925.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 4. Mai 1925. Aus diesen Worten, sowie aus dem Nachrufe in der Nummer vom 1. Mai 1925, bzw. dessen oben angeführten Schlußworten ergibt sich die Unwahrheit der vom „Völkischen Kurier“ in seiner allerletzten Nummer verbreiteten Behauptung, Papst Pius XI. habe auf die falsche Information Msgr.

Romano" ¹⁾ würdigte in seinem Nachrufe Lebenslauf und Verdienste und schrieb hiebei: „Ebert, schon vordem durch sein maßvolles und ausgeglichenes Temperament bekannt, bekleidete seinen Posten mit einer Würde, die seine niedere Abkunft mehr vergessen ließ, als es den oft ungerechten Angriffen gewisser seiner dem neuen Regime ablehnend gegenüberstehenden politischen Gegnern gelang an sie zu erinnern. . . Obschon, wie gesagt, in den Reihen der Sozialisten kämpfend und von Bebel in das politische Leben eingeführt, zeigte er sich dennoch im Gegensatze zu sehr vielen seiner politischen Parteigenossen besonders in den letzten Jahren stets achtungsvoll für religiöse Gesinnung und bewahrte eine dankbare Erinnerung für die in der Jugend genossene katholische Erziehung.“

Die wiederholt in den letzten Jahren hinausgeschobene Neuwahl eines Reichspräsidenten zwang sich jetzt von selbst auf. Kein anderer als der Evangelische Bund trug auch in diese innerpolitische Frage des deutschen Volkes wiederum den konfessionellen Gesichtspunkt hinein. In einer vom Präsidium (Döhring, Scholz, Ebert, Evert, Lang, Fahrenhorst) unterzeichneten öffentlichen Erklärung ²⁾ wies er darauf hin, daß „Rom es war, das vor 400 Jahren, als das deutsche Volk, innerlich ergriffen von dem durch Luther befreiten Evangelium, auf einer Nationalversammlung seine Einheit bekunden wollte, diesen Einheitswillen durch diplomatisches Ränkespiel und Geld hintertrieben“ und „das deutsche Volk (dessen säkulare Einheit durch die Reformation zerstört wurde. D. V.) zerrissen habe“, daß es „auch heute der

Pacellis hin, Ebert sei Katholik gewesen, eine „Totenmesse für das Seelenheil dieses reumütigen Sohnes der Kirche gelesen,“ weshalb der Nuntius „in Ungnade fiel“. — Spiero schreibt in seinem schon mehrfach zitierten Büchlein „Die dreifache Krise der deutschen Evangelischen Kirche“ S. 24/25 zum Tode Eberts: „Die katholische Kirche hat, evangelischem Gebote getreu, dem einst aus ihren Reihen Ausgeschiedenen, dessen Familie am Grabe protestantisches Gebet erbat, jede dem Reichsoberhaupt gebührende Ehre erwiesen. Wie unmeßbar weit und wie niederdrückend für uns stach dagegen das Verhalten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, seines amtlichen Organes und der altpreussischen Landeskirche ab! Die einzige evangelische Kirche, in der meines Wissens eine Trauerfeier für Friedrich Ebert stattfand, war das altherwürdige Gotteshaus zu Riga. Der deutsche Gesandte regte sie an und der evangelische Pfarrer hielt die Gedenkrede — wie es sich gehört.“

¹⁾ vom 4. Mai 1925.

²⁾ s. „Tägliche Rundschau“ vom 21. März 1925.

entschlossenste Gegner deutscher Einheit, Größe und Unabhängigkeit" sei, und „aus schwerer Sorge um die Wahrung des konfessionellen Friedens" wurde dazu aufgefordert, „die Stimme nur einem Manne zu geben, der geeignet und gewillt ist, die protestantischen Traditionen des Deutschen Reiches vor aller Welt zu vertreten." Diese Erklärung genügte, die bereits perfekte Kandidatur des Protestanten Jarres unhaltbar zu machen.¹⁾

Nach langem Zögern nahm schließlich Ex-Feldmarschall von Hindenburg die Kandidatur an und ließ sich als Gegenkandidat des Reichskanzlers a. D. Marx aufstellen. Dieselben Kreise des sog. Reichsblockes, die soeben noch gegen Rom als „Gegner deutscher Einheit, Größe und Unabhängigkeit" losgedonnert hatten, beriefen sich jetzt in ihrer Wahlqual auf den angeblichen Willen dieses selben Rom. Artikel des „Osservatore Romano", die jeglichen offiziellen Charakters entbehrten, wurden in sinnwidriger Weise zu im letzten Grunde romfeindlichen Wahlzwecken von Leuten mißbraucht, die sich auf die Pflicht des Gehorsams der Katholiken gegen den Papst beriefen, gleich als seien redaktionelle Artikel des vatikanischen Tagesorgans bindende Ex-Cathedra-Entscheidungen. Wenn aber schon aus den Äußerungen des vatikanischen Blattes auf eine Haltung des Vatikans geschlossen werden konnte, mußte man sich auf jene Artikel berufen, die sich auch tatsächlich mit der Präsidentenwahl befaßten, und dafür kommen nur zwei in Betracht. Der erste besteht in einer redaktionellen Note ²⁾ zu einer Äußerung Stresemanns über die Kandidatur Hindenburgs und sagt u. a.: „Wenn wir gezwungen sind, ernstliche Rückwirkungen im Auslande von einer Präsidentschaft Hindenburg zu befürchten — Rückwirkungen, die er selbst allzu gut verstanden haben muß, wie es sein langes Schwanken vor der Annahme beweist, — so wird man jedoch, ehe man sich

¹⁾ Auch auf einer Versammlung zu Bielefeld (vgl. „Turm" Nr. 23) schreckte Dr. Döhring, I. Vorsitzender des Evangelischen Bundes, sein Publikum mit Rom, „das seine Fangarme wieder einmal über ganz Europa ausstreckt. Deshalb darf kein Katholik diesen höchsten Posten . . . einnehmen. . . Die Katholiken dürfen in Deutschland wohnen soviel sie wollen, aber das Land der Reformation soll evangelisch bleiben." General Ludendorff, durch die enge Verbindung mit dem Evangelischen Bunde bis zur politischen Bedeutungslosigkeit kompromittiert, erhielt bei dieser Gelegenheit den Dank vom Hause Döhring; der Evangelische Bund trat für Jarres ein, Ludendorffs Kandidatur vollkommen unbeachtet lassend.

²⁾ vom 11. April 1925.

hierüber ein genaues Urteil bildet, die Erklärungen des Kandidaten Hindenburg abwarten müssen, die, wenn er das Amt des ersten Beamten kraft der republikanischen Weimarer Verfassung annimmt, sehr verschieden von denen des der Monarchie treu gebliebenen Marschalls Hindenburg sein können." Worauf sich nun die Gegner des Katholiken Marx beriefen, für den auch die Sozialdemokraten eintraten, das waren zwei wiederum nur redaktionelle Artikel des „Osservatore“ ¹⁾ über den sozialistischen Wahlsieg in Belgien und die Hetze der tschechischen Sozialisten gegen den tschechischen Episkopat, und ein weiterer über die Maßnahmen der österreichischen Bischöfe gegen die dortigen Umtriebe der Sozialisten für eine Geburtenbeschränkung. Daher trat das vatikanische Blatt dem Mißbrauche, der durch Herausreißen beliebiger Sätze und Zusammenfügung zu einem neuen Texte mit diesen Artikeln getrieben wurde, entgegen und „erklärte kategorisch, ²⁾ daß die erwähnten Artikel keinerlei Beziehung auf die Präsidentschaftswahl haben noch haben können, und daß — nachdem auch dies gesagt worden ist, — der Hl. Stuhl sich niemals weder für noch gegen die Kandidatur Marx ausgesprochen habe, denn da dies eine rein politische Frage, ja eine Frage der inneren Politik ist, steht ihr der Hl. Stuhl vollkommen fern und will es bleiben.“

Am 14. Mai 1925 nahm Reichspräsident Hindenburg, nachdem auf ihn die Wahl gefallen war, die Glückwünsche des diplomatischen Korps entgegen, die dessen Doyen, der Nuntius Msgr. Pacelli, u. a. in die Worte kleidete: ³⁾

„... Wir wünschen, daß unter Ihrer höchsten Leitung der deutsche Staat nach außen hin seine Beziehungen zu den anderen Völkern befestigen möge zum Triumph der großen Sache der Weltbefriedigung. Dann wird der glühende Wunsch aller edelmütigen Herzen erfüllt werden, die inmitten der Schwierigkeiten der Gegenwart danach streben, unter den Menschen den geistigen Frieden in Eintracht und Wahrheit, den internationalen und sozialen Frieden durch das Walten der Liebe und Gerechtigkeit begründet zu sehen. In diesem Sinne sei es dem, der es sich zur Ehre und Freude rechnet heute das

¹⁾ vom 17. und 19. April 1925.

²⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 93 vom 24. April 1925.

³⁾ s. „Augsburger Postztg.“ vom 16. Mai 1925.

Wort an Sie zu richten, gestattet, die göttlichen Segnungen auf Sie, Herr Reichspräsident, und das deutsche Volk herabzuflehen."

„Was an mir liegt," versicherte Hindenburg, „auf diesem hohen Platze zur Lösung der unserer Zeit gestellten Aufgaben beizutragen, das soll mit Ernst, Gewissenhaftigkeit und voller Hingabe geschehen. Wenn alle Völker gleichen Willens sind, wird auch Gottes Segen, den Sie, Herr Nuntius, für uns anrufen, der Welt nicht fehlen."

Trotz aller Umtriebe und eines in zunehmend großem Stile gegen Rom betriebenen Verleumdungsfeldzuges haben sich die Beziehungen zum Papste ungetrübt erhalten. Davon legte die große außenpolitische Rede des Reichsaußenministers Stresemann vom 18. Mai 1925 ¹⁾ beredtes Zeugnis durch die Worte ab:

„Unsere Beziehungen zum Hl. Stuhle werden nach wie vor getragen von dem von uns immer wieder dankbar empfundenen Verständnis, daß S. Heiligkeit der Papst und seine Berater deutschem Wesen und deutschem Schaffen entgegengebracht haben. Unvergessen in Deutschland sind die Bemühungen der Kurie um das Schicksal unserer Landsleute während des Krieges und nach dem Kriege, die sich in leiblicher und seelischer Not befanden. Die Empfindung der Dankbarkeit und des Vertrauens findet ihren Ausdruck durch die Schar deutscher Landsleute, die zu den heiligen Stätten nach Rom in diesem Jahre gepilgert sind."

Und eben in jenen Tagen, am 21. Mai 1925, erreichte in jenem Rom das Heilige Jahr für die katholischen Deutschen seinen Höhepunkt, als im Haupttempel der Weltkirche der Stellvertreter Christi den zweiten Apostel Deutschlands, den seligen Petrus Canisius S. J., feierlich dem offiziellen Verzeichnisse der Heiligen einverleibte, im liturgischen Gebete seine Fürbitte bei Gott anrief und ihn gleichzeitig unter die Kirchenlehrer einreichte.²⁾

Seit dem 24. Juni 1925 ist der offizielle Vertreter des römischen Papstes, Msgr. Pacelli, auch bei der Regierung Preußens

¹⁾ s. „Bayerische Volksztg." Nr. 116 vom 19. Mai 1925.

²⁾ Der Evangelische Bund verbreitete aus diesem Anlasse eine ihm von seinem nach Rom entsandten Reporter Ohlemüller, einem abgefallenen katholischen Priester, gelieferte Predigt, die Prälat Salotti von der Riten-Kongregation beim Canisius-Triduum in der Kirche Al Gesù gehalten haben soll. Ihre krassesten Stellen sind folgende: „Luther war eine Ausgeburt der Hölle, ein Mönch, der sich der Sinnlichkeit prostituierte, der jungfräuliche Seelen aus dem Kloster riß, um sie zum Opfer seiner Gelüste zu machen. Luther vernichtete alle Kultur und machte die Deutschen zu einem grau-

besonders beglaubigt; er hat an jenem Tage dem Minister-Präsidenten Braun sein Akkreditivschreiben überreicht und seines hohen Mandanten beste Wünsche für Preußens Gedeihen ausgesprochen.

Der Nuntius ist jetzt an die ihm gestellte große Aufgabe herangetreten mit der deutschen Reichsregierung jenes Reichskonkordat auszuarbeiten und zu vereinbaren, von dem er bereits im Dezember 1920 ¹⁾ gesprochen hatte und über das er bereits gemäß dem Wunsche der Kurie mit dem Reichsinnenminister Jarres mit dem Erfolge verhandelt hatte, daß dieser kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amte selbst einen bezüglichen Entwurf vorgelegt hat. ²⁾ Und wiederum vollzieht sich vor unseren Augen derselbe Aufmarsch der Gegner wie vordem in Bayern. Neben dem Allgemeinen Deutschen Lehrerverein mit seiner freimaurerischen Hamburger Führung, der für die Verhinderung des Konkordates bereits 500 000 Mark bereitgestellt

samen, blutrünstigen, zerstörungswütigen Volke. Was sich ihm anschloß, watete im Sumpfe der Leidenschaften und Gottlosigkeit. In höchster Not trat ihm auf Gottes Geheiß Canisius entgegen. Er sprang dem Ungeheuer an die Gurgel und zwang es in Banden. Er rettete die deutsche Kultur und wahrte ihren Zusammenschluß mit der lateinischen, mit der katholischen, mit der menschlichen Kultur. Luther führt seine Anhänger in den Abgrund, Canisius führt seine Getreuen in den Himmel. Das Gottesgericht ist klar und deutlich..." Dieser Text ist sowohl der Form wie dem Sinne nach freie Erfindung Ohlemüllers, zuerst abgedruckt in der Beilage „Dienst am Volk“ Nr. 19 der „Täglichen Rundschau“ vom 31. Mai 1925, für die Dr. Döhring verantwortlich zeichnet, und weiterverbreitet durch die D. E. K. Trotzdem ich wenige Wochen danach den wahren Wortlaut der Predigt nach persönlichen Aufzeichnungen Msgr. Salottis veröffentlicht und ihm weiteste Verbreitung gegeben habe, wurde dann im Oktober 1925 der gefälschte Text Ohlemüllers gleichzeitig von den Organen der im Kampfe gegen das Reichskonkordat Seite an Seite mit dem Evangelischen Bunde stehenden liberal-freisinnigen Lehrervereinigungen (Allg. Deutsche Lehrerzeitung-Berlin Nr. 40 vom 2. Okt. 1925 S. 843; Bayerische Lehrerzeitung-Nürnberg Nr. 44 vom 30. Okt. 1925 S. 605 und Badische Lehrerzeitung, zit. in Bayr. Volksztg. Nr. 257) neuerdings verbreitet, was auf geistige Verwandtschaft und materielle Verbindung hindeutet. Dr. Döhring hat dann auf der Generalversammlung des Ev. Bundes zu Königsberg am 29. Juni 1925 Ohlemüllers Textfälschung sich zu eigen gemacht und darüber das Urteil ausgesprochen: „Teure Glaubensgenossen! Ich behaupte: das ist die Sprache des Antichrists. (Siehe „Fränkische Wacht“ 1925 Nr. 24 S. 188.)

¹⁾ s. S. 199.

²⁾ S. die Erklärung, die Jarres als Reichspräsidenten-Kandidat am 24. März 1925 in München abgegeben hat, veröffentlicht in „Münchener Neueste Nachrichten“ Nr. 85 vom 27. März 1925.

hat, tut sich noch in seiner bekannt lärmenden Art der Evangelische Bund hervor. Schon im Februar 1925 verbreitete D. Traub im noch finsternen Berlin seine erste Aufklärung.¹⁾ Im März befaßte sich — um nur ganz wenige, aber bezeichnende Beispiele vorzuführen — in Königsberg eine Versammlung, bestehend aus der dortigen Zweigstelle des Evangelischen Bundes, dem Ostpreußischen Philologenverband (!) und dem Ostpreußischen Provinziallehrerverein mit dem gefürchteten Konkordate, das „wie jedes Konkordat die deutsch-christliche Kultur aufs schwerste gefährde.“ Aus „tiefster Besorgnis um die Freiheit und den Fortschritt deutscher Kultur und um den inneren Frieden“ rief man „zu einmütiger und entschlossener Abwehr aller durch ein Konkordat heraufbeschworenen Gefahren für deutsches Volk, deutschen Staat und deutsche Kultur“, da das Konkordat „dem Staate das Hoheitsrecht über das ganze Bildungswesen nehme“ und „für den Kampf gegen den Protestantismus einen Freibrief ausstelle“, ja „den Frieden zwischen den Konfessionen auf unabsehbare Zeit unmöglich mache.“²⁾ Noch tiefer stieg in derselben Stadt, wohin man in jenem Jahre die Generalversammlung des Evangelischen Bundes verlegt hatte, dessen Erster Vorsitzender Dr. Döhring. „Ein einiges Deutschland, zumal wenn das reine Evangelium der diese Einheit beseelende Geist ist, liege nicht im Interesse Roms und seiner Kurie;“ daher müsse man „die Forderung erheben, daß Rom Deutschland den Deutschen überlasse und endlich aufhöre, durch Konkordats- und dergleichen Gelüste, durch Jesuiten und andere Spaltpilze Zwietracht in das deutsche Volk zu tragen.“ „Darum unsere unablässige Mahnung: Zurück, oder soll ich sagen, vorwärts zur Reformation Martin Luthers!“³⁾ Auch auf der Brandenburgischen Provinzialsynode im September 1925, in der gleichen Sitzung, in der Michaelis sich mit dem ihm gewidmeten Kapitel dieses Buches so kläglich befaßt hat, hatte wiederum Dr. Döhring das Referat über das Konkordat. Auch alle anderen landeskirchlichen Synoden gegen das Konkordat mobil gemacht zu haben rühmte man sich. Immer aber findet man „die Wahrung des konfessionellen Friedens“ als Argument verwertet. Die Erklärung für diese befremdliche Logik hat Dr.

¹⁾ s. „Tägliche Rundschau“ 1925 Nr. 54.

²⁾ s. „Schles. Volksztg.“ vom 27. Mai 1925.

³⁾ s. „Fränkische Wacht“ 1925 Nr. 24.

Döhring selbst zu Königsberg mit den Worten gegeben: „Sollte sich eine Reichstagsmehrheit finden, die ein Konkordat mit Rom allein gutheißt, in dem auch nur ein Jota mehr sich findet, als die Reichsverfassung allen Religionsgesellschaften gleichmäßig ohnehin gewährt, so lehnen wir hiemit die Verantwortung für die Stürme, die dann losbrechen, feierlich ab.“

Die verantwortlichen Männer in Regierung und Volksvertretung werden sich durch solche agitatorische Schlagworte, wie sie von dieser Seite in Ermangelung sachlicher Beweisgründe geboten werden, ebensowenig beeinflussen und trüben lassen, wie es in München geschehen ist. Am allerwenigsten aber wird der Vertreter Roms, der Apostolische Nuntius, sich durch solch hilfloses hysterisches Geschrei beirren lassen. Von welchem Geiste er sich leiten läßt, hat er am 31. August 1924 auf dem Katholikentage zu Hannover mit den Worten ausgesprochen, welche dieses Kapitel beschließen sollen: ¹⁾

„Der tiefste Grund des Unglücks der modernen Welt liegt in ihrer Abkehr von den heiligen Gesetzen Christi. Das einzige Rettungs- und Erneuerungsprogramm für die seelisch verwahrloste Menschheit ist die Rückkehr zu Christus, die Rückkehr zu Christus nicht nur in dem Leben des einzelnen, sondern auch in Staat und Gesellschaft, in allen Beziehungen und Auswirkungen des öffentlichen Lebens, der staatlichen und sozialen Verhältnisse, wie auch der zwischenstaatlichen Beziehungen der Völker unter einander mit dem Geiste des Evangeliums Jesu Christi, mit der übernatürlich versöhnenden und einenden Kraft katholischen Glaubens und Handelns. . . .“

„Pius XI., dessen Liebe und Sorge das deutsche Volk besonders nahesteht, der in den vergangenen Jahren für deutsche Not ein so weites Herz und eine so freigebige Hand gehabt hat, der in so freimütiger, wahrhaft apostolischer Art sich zum Anwalt des Friedensgedankens gemacht hat, wird es mit väterlicher Genugtuung begrüßen, wenn seine Friedensworte in deutschen Landen auf fruchtbares Erdreich fallen, wenn das deutsche Volk bereit ist und bereit bleibt, an dem großen Werke der Befriedigung der Welt aufrichtig und überzeugt mitzuarbeiten.“ ²⁾

¹⁾ s. „Kölnische Volksztg.“ Nr. 676 vom 1. September 1924.

²⁾ Man halte diesen Worten die des I. Vorsitzenden des Ev. Bundes Dr. Döhring vom 5. Januar 1925 zur Eröffnung des Deutschen

Der Papst und der Weltprotestantismus

Aus dem wiedererwachten Bewußtsein heraus, daß Jesus Christus nur eine Kirche gestiftet hat und haben will und daß der Protestantismus eine sehr mannigfache Vielheit und einzig im Gegensatz zur katholischen Kirche, also im Negativen eine Einheit darstellt, haben sich unmittelbar nach dem Weltkriege schon früher angebahte Bestrebungen zur Herbeiführung einer Wiedervereinigung zu praktischen Versuchen verdichtet. Aber schon die Unklarheit des Einheitsbegriffes führte zur Zersplitterung dieser Bestrebungen, sodaß sich mehrere Mittelpunkte bildeten, von denen ein jeder seine besondere Einheitsart herbeizuführen bemüht ist. ¹⁾ Die Frage nun, wie sich das Oberhaupt der katholischen Kirche zu diesen Zusammenschlußbestrebungen stellt, hat selbstverständlich mit Politik im landläufigen Sinne nicht das Geringste zu tun; wenn aber Politik überhaupt aktive Befassung mit öffentlichen Angelegenheiten ist -- und sie ist es -- so kann auch diesem Kapitel seine Berechtigung, in unserer Gesamtdarstellung der Nachkriegspolitik des Papstes einen Platz einzunehmen, nicht bestritten werden.

An erster Stelle steht die Bewegung des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit durch die Kirchen“, die mit Hilfe der geplanten großen „Weltkonferenz über Glaube und Kirchenverfassung“ dem Ziele der Wiedervereinigung zustrebt. Sie sucht nicht die Einheit in der Wahrheit, sondern in der „gemeinsamen Formel“ und glaubt dadurch zu einer Gemeinschaft aller sich zu Christus Bekennenden zu gelangen. In Vorbereitung dieser Weltkonferenz, deren Seele der am 15. Juni 1924 verstorbene Dr. Robert Hallowell Gardiner war, bereiste im Auftrage des vorbereitenden Komitees vom März bis Juli 1919 eine Abordnung, bestehend aus den protestantischen Geistlichen Anderson-Chicago, Vincent-Cincinnati und Weylar-Font-du-Lac das europäische Festland und den orthodoxen Osten, um zur Beschickung einzu-

Reichstags im Berliner Dom gegenüber: „Deutsche Regierungsmänner und Volksvertreter, seid auf der Hut! An Rom sterben die Völker, an Christus leben sie auf! Der Papst kann uns nichts geben, die Bibel alles. Männer brauchen wir vom Schlage Martin Luthers, Kinder des Glaubens und Helden der Tat.“

¹⁾ s. Pfeilschiffer Gg., Die kirchlichen Wiedervereinigungs-Bestrebungen der Nachkriegszeit. München, 1923 .

laden. Msgr. Cerretti hatte in ihrer Gesellschaft die Rückreise aus den Vereinigten Staaten nach Europa gemacht und den Eindruck von ihrer vollkommenen Aufrichtigkeit und der Lauterkeit ihrer Gesinnung empfangen. Da natürlich eine wirkliche Einheit „aller sich zu Christus Bekennenden“ abseits der über 300 Millionen Anhänger der katholischen Kirche im Ernste nicht zu denken ist, lenkte die Abordnung ihre Schritte auch nach Rom, das man ja von Anfang an als Sitz des Kongresses ausersehen hatte; ja man wollte sogar dem Papste den Vorsitz antragen. Ihrer Bitte um eine Audienz wurde selbstverständlich entsprochen, doch ehe noch die drei Herren vom Stellvertreter Christi empfangen wurden, überreichte ihnen ein Vertreter des Vatikans die Encyklika Papst Leos XIII. über „die Einheit der Kirche“ vom 29. Juni 1896, die ja durch eine gleichartige Unionsbewegung in England veranlaßt worden war. Nach dieser Vorbereitung wurden die drei Vertreter am 16. Mai 1919 nachmittags von Papst Benedikt XV. empfangen. „Der Kontrast,“ sagt der offizielle Bericht, ¹⁾ „zwischen der persönlichen Haltung des Papstes uns gegenüber und der offiziellen Haltung der Konferenz gegenüber war sehr scharf. Die eine war unwiderstehlich wohlwollend, die andere unwiderstehlich streng. Die Echtheit der persönlichen freundlichen Gesinnung des Papstes gegen uns war ebenso offenkundig wie die Bestimmtheit seiner offiziellen Ablehnung unserer Einladung.“ Diese Ablehnung wurde durch zwei weitere Schriftstücke begründet, von denen die Abordnung gleichfalls Abschriften erhielt, nämlich durch das Rundschreiben der Kongregation des Hl. Offiziums vom 16. September 1864 und das Schreiben des Kardinal-Sekretärs des Hl. Offiziums vom 8. November 1865.

Das Erstere knüpft an folgende Vorkommnisse an. Schon im Jahre 1841 hatte A. Philipps de Lisle die Anerkennung der anglikanischen Kirche durch Rom angeregt und eine korporative Vereinigung befürwortet. Im Jahre 1857 kam es zur Gründung der „Vereinigung zur Förderung der Einheit des Christentums“, bestehend aus Anglikanern, schismatischen Griechen und Katholiken; ihre Mitglieder sollten täglich ein gemeinsames Gebet um den Frieden der Kirche, Priester aber unterschiedslos jeden dritten

¹⁾ Ausführlich in Krebs, Dr. E., Die Kirche und das neue Europa S. 24 uff.

Monat eine Messe nach der Intention der Gesellschaft lesen. Im selben Jahre richtete de Lisle in einem Schreiben an Kardinal Barnabo die Bitte nach Rom um den Segen des Papstes für das Werk. Kardinal Wiseman, um sein Gutachten befragt, erklärte, es handle sich (auch bezüglich der anglikanischen Mentalität) um „die vollkommenste Illusion der Welt“ und bezeichnete als Hauptirrtümer die Gleichstellung der drei Gemeinschaften als Teile der katholischen Kirche, ferner die Ermutigung außerhalb der Kirche Stehender, dort zu verbleiben, um den (unmöglichen) Zusammenschluß abzuwarten, sowie die absolute Unmöglichkeit, auf solche Weise die Wiedervereinigung zu fördern. Auch Newman schrieb an de Lisle, er mache sich keine Hoffnung auf korporative Wiedervereinigung; sie wäre für ihn „die Frage eines Wunders“, wie wenn die Themse eines Tages umgekehrt vom Meere zurück ihrer Quelle zuflöße. Man müßte erst aus der „Kirche von England“ ein ganz neues Geschöpf machen.

In dem Schreiben des Kardinals Barnabo vom 16. September nun wurde die Verurteilung jener Vereinigung und ihrer Zeitschrift „The Union Review“ ausgesprochen und es wurden die Katholiken gewarnt, sich anzuschließen; die Neuerung sei „umso gefährlicher, als sie scheinbar fromm ist und sich um die Einheit der christlichen Gesellschaft sehr bemüht zeigt. Die Grundlage, auf der sie sich erhebt, ist geeignet, die göttliche Einsetzung der Kirche von Grund aus umzukehren.“ „Sie beruht in dem Standpunkte, die drei genannten Konfessionen bildeten die eine wahre Kirche Christi.“ Auf Grund urchristlicher Dokumente wird dann der Nachweis geführt, daß die vom römischen Stuhle getrennten Gemeinschaften nicht katholisch sind noch genannt werden dürfen, da gerade ihre Trennung und Uneinigkeit das Merkmal sei, daß sie nicht Christi Kirche sind. Die Gleichstellung von Irrtum und Wahrheit sei der Gipfel des verderblichsten Indifferentismus. Katholiken dürfen also der Vereinigung nicht angehören und auch nicht nach einer durch Irrglauben beeinflussten und befleckten Meinung für die christliche Einheit beten.

Das zweite Dokument ist „an gewisse englische Puseyisten“ gerichtet, die auf ähnlich unmöglichen Wegen die Einheit suchten und in dem Wahne lebten, als Teil der Kirche Christi anzugehören. „Diese erhebt sich, aufgebaut auf Petrus, durch die Einheit des Glaubens und der Liebe als ein fest zusammenhängendes

Gebäude." Auf Grund von Zeugnissen aus urchristlicher Zeit wird die Heiligkeit, Einheit und Apostolizität als Merkmal der Kirche Christi nachgewiesen. „Diese hat ihre Einheit nie verloren und wird sie nie verlieren; nach dem hl. Ambrosius wird das Reich der Kirche ewig dauern, weil der Glaube untrennbar, der Leib einer ist. So oft auch Streitigkeiten vorkamen, nie hat die katholische Kirche an den ihr verliehenen göttlichen Vorrechten gezweifelt." Dann wird eingehend der Primat des Papstes behandelt und seine Bedeutung für die Erhaltung der Einheit der Kirche gezeigt, wonach es klar zutage liege, daß, wer den Primat des Papstes nicht anerkennt, Christi Willen ablehnt und sich damit außerhalb dessen Kirche stellt. Darin liege die Sünde der Häresie, des Schismas.

Wie wenn die Vorsehung damit den Menschen einen ganz deutlichen Fingerzeig geben wollte, so steht mitten in den Tagen der Vorbereitung jener Konferenz des Suchens nach der verlorenen Einheit ein aufsehenerregendes, vielerörtertes Beispiel, wie diese Einheit allein wiederhergestellt werden kann: der Uebertritt des protestantischen Bischofs Dr. F. Kinsman von Wilmington zur katholischen Kirche.

Und als von einem zweiten solchen Mittelpunkt aus die Wiedervereinigungs-Bestrebungen soweit gediehen waren, daß wiederum Vertreter sich anschickten, zu einer internationalen Konferenz zusammenzutreten, da wiederholte sich zum zweitenmal das Ereignis: anfangs Juli 1925 bat in Paris der altkatholische Bischof J. Vilatte um Aufnahme in die katholische Kirche und erklärte es als seine Ueberzeugung, daß die „Heilige römische Kirche die einzige wahre Kirche Christi ist, außerhalb welcher es kein Heil gibt." ¹⁾

Auch zu dieser Konferenz, der „Weltkonferenz für praktisches Christentum," deren Seele der protestantische Erzbischof Nathan Söderblom von Upsala ist, erging eine Einladung an das Oberhaupt der katholischen Kirche. Söderblom hatte den schwedischen Pastor Dr. Neander entsandt, um von Papst Pius XI. die Entsendung eines Delegierten zu erwirken. Dieser erbat eine Audienz und wurde vom Papste mit väterlicher Güte behandelt, aber evidenterweise konnte von einem Abgesandten (nach Stock-

¹⁾ s. „Oss. Rom." vom 18. Juni 1925 Nr. 139.

holm) keine Rede sein. „Sie fragen,“ hat der Hl. Vater erwidert, „warum Wir Ihrer Einladung zum Kongreßbesuch nicht Folge geleistet haben. Nun denen, Sie haben Ihren Kongreß als einen Kongreß der Suchenden ausgeschrieben. — Wir sind keine Suchenden, denn wir haben längst gefunden.“ — Das in den Zeitungen verbreitete Gerücht, der Hl. Vater habe der Konferenz seinen Segen gegeben, ist falsch; der Papst gab nur den persönlichen Segen dem lutherischen Pastor Neander, der ihn darum bat, und man kann wohl verstehen, mit welcher Intention und welchem väterlichen Herzen er ihn gab. ¹⁾

Eine offizielle Kundgebung oder Äußerung des Hl. Stuhles zu dieser Weltkonferenz als vollendeter Tatsache liegt nicht vor; nicht einmal der kurze Kongreßbericht des „Osservatore Romano“ Nr. 212 vom 13. September 1925 kann als offiziös angesprochen werden. ²⁾ Dagegen hat sich dieses Organ des Vatikans mit einer zustimmenden Note die entsprechende Artikelserie der *Civiltà Cattolica*“ zu eigen gemacht und uneingeschränkt wiedergegeben. ³⁾

Die grundsätzliche Stellung des Papstes zu Bestrebungen, die verlorene Einheit (in der Wahrheit!) wiederzufinden, kommt auch klarstens in der ersten Encyklika Papst Pius XI. „*Ubi Arcano Dei*“ zum Ausdruck; ⁴⁾ darin heißt es:

„Wenn Wir, Ehrwürdige Brüder, von dieser Warte und Burg des Apostolischen Stuhles sozusagen Umschau halten, so begegnen Uns noch allzu viele, die entweder Christus noch gar nicht kennen oder doch an dessen unversehrte echte Lehre und vorgeschriebene Einheit sich nicht halten und so noch nicht in dem Schafstalle sind, für den sie doch von Gott bestimmt sind. Daher kann der Stellvertreter des ewigen Hirten nicht umhin,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 42 vom 20. Februar 1926 n. „*Civiltà Cattolica*“ vom 20. Februar 1926.

²⁾ In seiner bekannten Art hat der „Evangelische Bund“ aus diesem Berichte willkürlich einzelne Sätze herausgerissen und zu einem den Sinn stark verändernden neuen „Zitate“ zusammengestellt (Gegenüberstellung im „Bayrischen Kurier“ vom 16. Februar 1926) und in einem „Offenen Brief an Kardinal von Faulhaber“, datiert vom 21. November 1925, zweckentsprechend verwertet. Zu Rede gestellt, daß die Stockholmer Konferenz nicht einmal ein Bekenntnis zu Jesus Christus, dem wesensgleichen Sohne des Vaters im Sinne des Epheserbriefes ausgesprochen hat, mußte er die Richtigkeit dieser Feststellung des Herrn Kardinals bestätigen. (s. D. E. K. 1926, Nr. 7.)

³⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 20., 21., 22. und 24. Februar 1926.

⁴⁾ S. 63. (Ausgabe Herder.)

vom gleichen Bestreben beseelt, dieselben Worte zu gebrauchen, die zwar sehr kurz, aber doch voll Liebe und nachsichtsvoller Güte sind: „Auch diese (Schafe) muß ich herbeiführen“ (Joh. 10, 16.) und ebenso in erneuter Erinnerung und mit aller Freude wieder Christi Weissagung zu vernehmen: „Und sie werden meine Stimme hören, und es wird ein Schafstall und ein Hirt sein.“ Und so wolle Gott bewirken, daß, was Wir Euch, Ehrwürdige Brüder, und mit Eurer ganzen gläubigen Gemeinschaft in einmütigem Gebet und Flehen erbitten, diese trostvolle und sichere Verheißung des göttlichen Herzens möglichst bald vor unseren Augen mit dem heißersehten Erfolg sich bestätige.“

Noch ein anderes Wort desselben Papstes schließe dieses kurze Kapitel; es wurde am 17. August 1925 von ihm vor 8000 Mailänder Arbeiter-Pilgern gesprochen, nachdem am gleichen Tage Pilgerzüge aus Costarica, der Slovakei, aus Novara und Boston, aus Island, Südafrika und Australien empfangen worden waren:

„Hier ist die wirkliche, weltumspannende Einheit. . . . Hier seht und greift ihr die Apostolizität der Kirche. Petrus war der erste, und der hier zu euch spricht, ist der letzte und unwürdigste der Stellvertreter Christi, aber die Kette, die sie mitsammen verbindet, hat keine Unterbrechung, für Uns gleichzeitig ein Grund der Verwirrung wie auch unaussprechlicher Freude, wenn wir fühlen, daß Unsere Hand in der Hand des Fischers und Jesu Christi ruht. . . . Erinneret euch, wie oft ihr bekannt habt: Credo in Unam Sanctam Catholicam et Apostolicam Ecclesiam. . . . Hier ist die Kirche, die Römische Kirche. . . . Sankt Petrus ist Römer geworden, seitdem gibt es keinen anderen Weg mehr.“¹⁾

„Zum Ausklang

So sind wir denn am Ende unserer Wanderung durch die vom Papste bestimmte Politik der römischen Kurie innerhalb des Zeitraumes, seit auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges der Waffenlärm verklungen ist. Wir sind allen Lockungen zu Betrachtungen über geschichtliche Verbindungen und Vergleiche, zu Deduktionen hinein in das Gebiet des Deduktiven so viel als möglich aus dem Wege gegangen und haben unser Ziel im Auge behalten, Tatsachen zu bieten, einen zuverlässigen, tragfähigen Boden für ein richtiges Urteil herzustellen. Wir sahen,

¹⁾ s. „Oss. Rom.“ Nr. 189 vom 17./18. August 1925.

wie, während ringsum von Menschen auf Menschen gegründete Gegenunternehmungen immer mehr den Pforten der Hölle erliegen, die Kirche Roms, gegründet von dem und auf den in seinen Stellvertretern fortlebenden Christus, mitten im Wirbelstürme einer Weltkatastrophe mit ewig junger Tatkraft heute an der Schwelle des dritten Jahrtausends ihrer Geschichte immer noch und immer wieder sich als einziges wirkliches Heil, als einzige sichere Rettung ausweist. Ein Benedikt XV. war es, der die christliche Universalkraft der katholischen Kirche dem von ihm allein klar im Auge behaltenen Ziele von neuem nutzbar machte, der „theoretischen und praktischen Versöhnung der Völker. Während die enge Verkuppelung des Protestantismus mit dem Nationalismus seine Zerrissenheit in unzählige Kirchenkörper universal-christliche Stimmen, soweit sie überhaupt ertönten, rasch verstummen machte, klang von Rom her deutlich vernehmbar die Stimme christlicher Solidarität und Oekumenizität gegen den Krieg für den Völkerfrieden... Hatte man vom Bankrott der sittlichen Weltordnung und des Christentums gesprochen, so spürte man hier die Unvergänglichkeit beider. So ist es gekommen, daß — man darf es aussprechen — des Papstes Stimme wie die Stimme Gottes über den Wassern erklang, verstanden und dankbar empfunden auch von denen, die ohne die Zugehörigkeit zum katholischen Kirchenkörper, verflochten in das schwierige Gewebe vaterländischer und staatlicher Pflichten, den Ausgleich zwischen Moral und Politik sich in tieferstem Ringen erkämpfen mußten. Benedikt XV. hat den moralisch-religiösen Kredit seiner Kirche ungeheuer gehoben; diese Bedeutung kommt seinem Pontifikate zu. Wie einst im Sturme der Völkerwanderung hat er jenes ‚die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen‘ die katholische Kirche wieder einmal erleben lassen.“¹⁾ „Das international ausgleichende Hirtenamt des römischen Bischofes war Katholiken und Nichtkatholiken der kriegführenden und neutralen Völker durch die päpstliche Tätigkeit seit Kriegsausbruch, unbeschadet mancher Mißerfolge, wegen ihres weithin sichtbaren Friedenswillens deutlicher als je ins Bewußtsein getreten.“²⁾ So

¹⁾ Aus den (protestantischen) „Basler Nachrichten“ vom 23. Januar 1922 zum Tode Papst Benedikts XV.

²⁾ Spiero, H., Die dreifache Krise der deutschen Evangel. Kirche, S. 22.

ist die katholische Kirche unter der Führung des Papstes „in unseren Tagen der Zerrissenheit und des allgemeinen Verfalls sittlicher Kräfte mehr als vor dem unglückseligen Weltkriege eine Hochburg seelischer Kräftigung und Erneuerung. Sie ist ein Segen für die in ihrem Innersten so tief erschütterte, von furchtbaren Zersetzungskeimen bedrohte Menschheit. Je fester und unerschütterlicher eine Religion in sich gefügt ist, umso segensvoller wirkt sie auf die Seelen der Menschen ein. In ihrem genialen, unvergleichlichen Bau verkörpert die katholische Kirche unleugbar die stärkste Feste des Christentums. Das Pontifikat ist eine Weltmacht, deren Träger Ehrfurcht gebietet. . . .“ ¹⁾ Und „der Katholizismus stellt stärker als alles andere die Universalität des Menschengeschlechtes dar. Im Krieg hat die Vereinzelung der Menschen und Völker ihr Gericht erfahren. Was politisch der Völkerbundsgedanke, das bietet religiös der Katholizismus, die weltumspannende Solidarität. Es ist bezeichnend, daß wir“ — der Redende ist der protestantische Professor Nesser von Zürich auf der Tagung der Schweizer protestantischen Predigergesellschaft zu Lausanne im September 1925 — „das extra ecclesia nulla salus immer nur nach der schlimmen Seite betrachtet haben und daß uns erst jetzt der Sinn für dessen Positives aufgeht.“ ²⁾ Diese Universalität und Solidarität schließt seitens des Papstes selbst jede Art von Bevorzugung aus. „Das Herz des Vaters,“ äußerte sich hierüber Pius XI. selbst, „hat Grund zur Vorliebe für den ältesten Sohn, weil er der älteste ist; für den jüngsten, weil er der jüngste ist; für den am besten begabten, weil er am besten begabt ist, und für den am wenigsten begabten, weil er am wenigsten begabt ist.“ ³⁾ „Es ist eine unnütze und engherzige Sorge,“ schrieb Kardinal von Faulhaber in seinem Hirtenbriefe vom 19. Februar 1922, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem letzten Konklave, „zu fragen, ob der Heilige Vater eine besondere Vorliebe für ein einzelnes Volk oder eine einzelne Völkergruppe habe. Durch den göttlichen Auftrag ‚Lehret alle Völker‘ ist die Kirche über die Sonder-

¹⁾ Münchener Neueste Nachrichten“ 1922 Nr. 30, vor dem Tode Papst Benedikts XV.

²⁾ s. „Kirchenblatt für die reformierte Schweiz“ vom 20. Septbr. 1923.

³⁾ Aus der Ansprache vom 11. Januar 1925 lt. „Oss. Rom.“ vom 12./13. Januar 1925.

ansprüche und Sonderinteressen eines einzelnen Volkes hinausgehoben. Wohl werden Kirche und Papsttum die gute Eigenart der einzelnen Völker gelten lassen, die geschichtlich gewordenen und seelisch gegebenen Eigenheiten eines Volkes in Rechnung setzen, für die besonderen Nöte und Krankheiten eines Volkes besondere Arzneien reichen; sie werden aber ihre heilige Mission nicht den Sonderinteressen eines einzelnen Volkes opfern und noch weniger als Vorspann für politische Absichten eines Volkes sich gebrauchen lassen. Der Hl. Vater ist nicht bloß Papst für Italien und andere Einzelländer, er ist der Vater der ganzen Christenheit vom Aufgang der Sonne bis zum Niedergang. Alles, was apostolisch ist, will „allen alles werden, um alle zu retten“ und fragt nicht, ob einer Römer oder Grieche, Romane oder Germane sei.“¹⁾ Der Papst sieht „in keiner Weise von einem politischen Sonderstandpunkte aus die Dinge,“ läßt sich „von den Einflüsterungen und Interessen keiner der . . . Parteien beeinflussen,“²⁾ indes um ihn herum sich ein ungeheurer Zusammenbruch großer geistiger Gebilde vollzieht, die noch vor einem Jahrzehnt selbstbewußt und herausfordernd und gestützt auf weltliche Mächte, die unerschütterlich Jahrhunderten zu trotzen schienen, dastanden. Des langen Kampfes müde, der der Kirche als göttliche Mitgift verheißen ist, haben sie, was unendlich bequemer und irdisch gewinnreicher war, sich dem Menschengen und der Gewalt unterworfen, haben sie sich zu Dienern irdischer Politik gemacht und teilen deren Geschick, Aufstieg und Untergang. Anders die katholische Kirche. Ohne die Berechtigung der Politik zu leugnen, bedient sie sich ihrer zu ihren höheren Zwecken in Unterwerfung unter die religiös-sittlichen Gebote, unter die Gesetze, über deren Beobachtung zu wachen zu den heiligsten Pflichten des Papsttums gehört.

Wohl hört man oft: „Der Heilige Vater soll sich nicht in die Politik einmischen. Das ist unsere Sache!“ Rührt aber die Politik an den Altar, dann haben die Kirche und der Papst, der sie vertritt, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht Weisungen zu erteilen. Die Katholiken haben das Recht solche zu verlangen und die Pflicht ihnen zu gehorchen. Dieses Gesetz gab der göttliche Lehrmeister selbst, als er sprach: „Gebet dem Kaiser,

¹⁾ s. „Bayr. Kurier“ Nr. 86 vom 27. Februar 1922.

²⁾ Friedensnote Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917.

was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist", und über die Grundlagen aller Politik belehrten die Apostel, als sie einschärften: Alle Gewalt kommt von Gott! (So Papst Pius XI. selbst am 8. September 1925.) In allem, auch in der Politik, hat Gott obenan zu stehen. „Das hat der Katholizismus voraus: die viel entschiedener als im Protestantismus zur Geltung kommende und viel kräftiger festgehaltene theokratische Forderung, daß Gott zuerst kommen soll, eine Forderung, die man nicht einfach ablehnen kann. Von da aus hat er sich sein Einspruchsrecht gewahrt, z. B. im Kulturkampf und in den Parlamenten, ein Einspruchsrecht, in dem wir Protestanten — die Worte fielen ebenfalls auf der oben erwähnten Tagung zu Lausanne ¹⁾ — nur allzu eifertig priesterliche Anmaßung erblickten."

Wir haben in unserem Kapitel über die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Ausspruch eines italienischen Diplomaten angeführt: Der Papst handelt religiös, auch wenn er politisch handelt. Das steht zwar in schroffem Gegensatze zur Tendenz einer Zeit, in der „der Allmächtige zu einer konstitutionellen Gottheit gemacht worden ist, mit gewissen staatlichen Bewilligungen der Verehrung, aber keinem Einfluß auf politische Geschäfte," wie Francis Thompson in seinem Essay über Shelley sagt. Diese Tendenz „ist eben einfach falsch, grundfalsch . . . Sie scheidet Himmel und Erde, . . . befiehlt die Seelen Gott und überläßt die Welt dem Teufel. Sie reißt Innen- und Außenwelt auseinander und behandelt sie in getrennter Buchführung. . . . Mit jener falschen Unterscheidung kommt man dann freilich nicht leicht herum um all die schweren Konflikte und Probleme, die mit den Worten. . . ‚Christentum und Politik‘ hier nur angedeutet seien. Sie existieren nicht mehr und dann hat man seine verlogene Ruhe vor ihnen. . . . Es ist nichts daran zu mäkeln, wenn religiöse Aktivität in alle Dinge des Staates und der Welt hineinlangt. Sie darf es; sie soll es; sie ist dazu da. Die Religiosität ist kein Sonderbezirk: die Welt ist ihr Bereich." ²⁾ Aber sie beschränkt sich nicht darauf, weil Religiosität als Auswirkung der Religion letzte Ziele anstrebt, die jenseits des Zeitlichen

¹⁾ s. „Kirchenblatt für die reformierte Schweiz" vom 20. Septbr. 1923.

²⁾ s. „Der Protestant, Organ zur Wahrung und Pflege protestantischen Sinnes" lt. „Vaterland"-Luzern Nr. 207, 2. Bl. vom 7. August 1924.

liegen. Und so rechnet auch Rom „nicht mit Zeitlichkeiten, sondern mit Ewigkeiten, wie jede Kirche; es kennt keine Landeskirchen, sondern nur eine Universalkirche, steht . . . über den Völkern. Wie Rom immer warten kann und nie Eile hat, wie die Zeit spurlos an ihm vorübergeht, so will auch das Urteil der großen römischen Priester über der Zeit stehen. Sie versuchen von einer anderen Warte, von der Ewigkeitswarte aus die noch so großen blutigen und wilden Kämpfe von Jahrzehnten anzusehen. Sie fassen alles als vorübergehend, als Wellen im Fluß auf, der doch im großen Ozean der Ewigkeit münden muß, und die Kirche ist für sie der Fels in der Brandung, der unbewegt dasteht, ob auch der Gischt noch so schäumt und wütet. Diese Zeitlosigkeit gibt aber auch Ueberlegenheit und Nachsicht im Beurteilen menschlicher Ereignisse.“¹⁾ Denn aus zweitausendjähriger Erfahrung weiß Rom, weiß seine Diplomatie, was F. W. Weber in die klassischen Zeilen gefaßt hat:

Menschen sind die Menschenkinder
 Aller Zeiten, aller Zonen,
 Ob sie unter Birkenbüschen,
 Ob sie unter Palmen wohnen.

„Königreiche und Kaiserreiche können verschwinden, Nationen schwerstes Leid erdulden, der Glaube besteht; der Glaube ist die letzte Zuflucht, aber die beste für die Menschheit. Das Einzelleben ist nicht anders zu beurteilen, wie das Leben der Nationen, denn in der Ewigkeit gibt es kein Messen. Der einzelne wie das Volk muß zum Glauben gelangen, zum Vertrauen, zum Ueberwinden, zur Liebe zu Gott und den Menschen, dann sind die Probleme gelöst, das scheinbar Unmögliche wird möglich, — das Unbeschreibliche, hier ist es getan. Aber zu diesem letzten Höchsten hinzukommen, dazu bedarf es eben eines Glaubens, der Berge versetzt.“²⁾ Diesen Glauben besitzt und behütet Rom. Es weiß: „Stat Crux, dum volvitur orbis, das Kreuz bleibt immer hoch aufgerichtet. Daher läuft Rom nie einer Sache oder einer Person nach; es kann immer warten, seine Zeit kommt immer. Das ist die Tendenz und das letzte Geheimnis vatikanischer Politik.“³⁾ „So ungleich sich auch die Päpste in Temperament, Denkart und Fähigkeit

¹⁾ Naumann V. (Protestant), „Profile“ S. 355.

²⁾ ebenda.

³⁾ ebenda S. 326.

sein mochten, so standhaft, so gleichförmig, so unveränderlich war ihre Politik; ihre Fähigkeit, ihr Temperament, ihre Denkart schien in ihr Amt gar nicht einzufließen, ihre Persönlichkeit, möchte man sagen, zerfloß in ihrer Würde und die Leidenschaft erlosch unter der dreifachen Krone. Obgleich mit jedem hinscheidenden Papste die Kette der Thronfolge abriß und mit jedem neuen Papste wieder frisch geknüpft wurde, — obgleich kein Thron in der Welt so oft seinen Herrn veränderte, so stürmisch besetzt und so stürmisch verlassen wurde, so war dieses doch der einzige Thron in der christlichen Welt, der seinen Besitzer nie zu verändern schien, weil nur die Päpste starben, aber der Geist, der sie beseelte, unsterblich war.“¹⁾ So sprach auch Papst Pius XI. von sich selbst: „Nicht um Unsere Person handelt es sich, die nicht in Betracht kommt und kommen darf, sondern um den Heiligen Stuhl, auf dem in der Person ihres unwürdigen Stellvertreters gleichwohl stets die göttliche Majestät Unseres Herrn Jesus Christus thront.“²⁾ Aus diesem Geiste heraus kann man die Behauptung, Rom treibe Machtpolitik, nur belächeln. Sie entspringt dem Unvermögen, die über die Mauern der sichtbaren Kirche hinausragende unsichtbare Kirche zu sehen und zu verstehen, sich in ihr Wesen zu vertiefen, an ihrem Leben teilzuhaben, ihre Ziele zu erkennen und in ihrem Sinne mitzuwirken; sie entspringt eben dem Mangel an Glauben. „Eitle Begierde nach weltlicher Herrschaft! Ihrer geringsten Regungen würden Wir Uns schämen!“ sprach abweisend im Tone der Entrüstung Pius XI. in seinem ersten Rundschreiben an die katholische Welt, der Encyklika „Ubi Arcano Dei“. ³⁾ Daher ist nicht „die Bekehrung der ganzen Welt zu Füßen des römischen Stuhles die glänzende Vision und der süße Traum des heutigen Papsttums“, wie der russische Schismatiker Glubokowski in seinem Unvermögen, die katholische Kirche zu verstehen, auf der Stockholmer Weltkonferenz behauptete, ⁴⁾ wohl aber die Herbeiführung des Königtums der göttlichen Majestät Unseres

¹⁾ s. Schiller, Universalhistorische Uebersicht der merkwürdigsten Staatsbegebenheiten zur Zeit Friedrichs I. X, (2), 41.

²⁾ Ansprache vom 10. Februar 1925 lt. „Oss. Rom.“ vom 9./10. Februar 1925.

³⁾ s. S. 57 (Ausg. Herder).

⁴⁾ Aus dem Vortrag über „Christliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft“ in den amtlichen Drucksachen (252 397) S. 3.

Herrn Jesus Christus: Christus soll herrschen in allen Seelen und über alle Seelen. Sein Gesetz soll allein gelten, das Gesetz christlicher Liebe und christlicher Sitte, behütet von Christi Stellvertreter, so sehr, daß es das irrige Axiom, *right or wrong, my country*, überwindet. Es ist ein von Pius IX. im Syllabus verurteilter Grundsatz, daß die Liebe zur Nation und zum Vaterland auch Handlungen und Mittel erlaube und lobenswert mache, die dem Sittengesetz und dem positiven Rechte zuwiderlaufen, obwohl ein Leo XIII. in seiner Encyklika vom christlichen Staat über die Vaterlandsliebe sagt: „Wir schulden dem Staatswesen, in dem wir geboren und erzogen sind, nach dem Naturgesetz eine besondere Liebe und Anhänglichkeit, sodaß ein guter Bürger für sein Vaterland selbst den Tod nicht scheuen darf.“ Der einzelne Katholik besitzt also Pflichten gegen sein Volk, gegen sein Land; er teilt nicht den Standpunkt, daß „es für einen rechten Christen, der es ernst nimmt, ganz gleichgültig sei und von untergeordneter Bedeutung ist, ob er unter englischer, russischer oder schweizerischer Herrschaft steht.“¹⁾ Aber zwischen seinem Standpunkt christlicher Vaterlandsliebe und dem den Staat vergötternden modernen Nationalismus, der hoffärtigen Ueberhebung über andere Völker, die „alle berufen sind, am Tische des gemeinsamen Vaters ihren Platz einzunehmen“, wie Pius XI. bei feierlicher Gelegenheit sagte,²⁾ gähnt ein unüberbrückbarer Abgrund. „Es gibt nichts Antireligiöseres als nationalistischen Katholizismus!“³⁾ Torheit aber ist die landläufige Gleichstellung von Papst und Katholiken, gleich als hätten alle gleiche Pflichten in allem. Pius XI. hat von sich selbst gegenüber einem Mailänder Pilgerzuge es für sich als Papst abgelehnt, Mailänder, Italiener zu sein mit den beschränkten staatsbürgerlichen Pflichten eines solchen.⁴⁾

„Wenn wir nun hingehen zum Vatikan, was ist es, was wir dort finden? Dem Anscheine nach einen alten Mann, in Wirklichkeit

¹⁾ s. „Schaffhauser Kirchenbote, Monatsblatt für das evang. Schaffhauser Volk“ lt. „Vaterland“-Luzern Nr. 198 vom 22. August 1924.

²⁾ s. Konsistorial-Ansprache im „Oss. Rom.“ vom 24. Mai 1922.

³⁾ Die (liberal-antiklerikale) „Stampa“-Turin vom 24. Januar 1922 zum Tode Benedikts XV.

⁴⁾ s. „Oss. Rom.“ vom 17./18. August 1925. Die Worte lauten: „Der Papst ist nicht mehr Mailänder. Sankt Petrus ist Römer geworden, seitdem gibt es keinen anderen Weg mehr.“

aber eine erhebliche moralische Autorität," erklärte selbst der Sozialist Jenouvrier in der französischen Kammer. ¹⁾ „Was Pascal einst vom Papste gesagt, daß man ihn überall kenne, gilt auch heute noch von ihm. In allen Erdteilen befolgen Millionen seine geistlichen Weisungen und man braucht sich nicht über den von ihm erprobten Einfluß wundern, wenn man bedenkt, daß er eine Einrichtung vertritt, verkörpert und personifiziert, die seit sechzehn Jahrhunderten mit der ganzen Weltgeschichte verwoben ist. Kein großes politisches Ereignis, an dem er nicht Anteil gehabt! . . . Man hat ihm seine weltliche Macht genommen, er besitzt nichts mehr als seinen Palast, und dennoch ist er immer Souverän. Es gibt auf der Welt keine Macht, die es wagen könnte, zu behaupten, er sei ihr Untertan, oder die sich erlauben dürfte, ihn von dort, wo er wohnt, zu entfernen."

Als Souverän nun besitzt er zur Betätigung auf dem politischen Gebiete seine eigenen kirchlichen Organe unter Leitung einer besonderen Abteilung, an deren Spitze, dem Papste selbst wiederum unterstellt, ein Kardinal, der Staatssekretär Sr. Heiligkeit steht. Wir wollen nochmals einem nichtkatholischen Kenner das Wort geben, diesmal zu einem Urteile über die päpstliche Diplomatie. Viktor Naumann schreibt: ²⁾ „Man hat gesagt, Rom sei anschniegungsfähig. Das ist wohl nicht ganz richtig ausgedrückt: das Zeitlose, das in dem Begriffe „Rom" liegt, macht ihm Zeiterscheinungen gleichgültig. Wer mit der Ewigkeit zu tun haben will, der blickt über die Köpfe der Menschen hinüber wie der Wanderer über ein vom Wind bewegtes Kornfeld. Und deshalb kann Rom mit jeder Regierung auskommen, und deshalb wissen die römischen Diplomaten ihr eigenes Empfinden völlig aufgehen zu lassen in ein höheres, durch das sie gelenkt und geleitet werden."

„Die römische Diplomatie ist die älteste aller bestehenden, daher die erfahrenste und bestgeleitete. Ihre Traditionen bilden eine fortlaufende Kette; ein Glied fügt sich gleichmäßig in das andere, und diese Diplomatie arbeitet seit unvordenklicher Zeit auf ein und dasselbe Ziel hin. Das macht ihre Mittel einfach und doch vielfältig; einfach in der Linie, vielfältig in der Erkenntnis und der Methode. Und weil dem so ist, kann die römische

¹⁾ s. „K. Kztg." 1922 Nr. 3 S. 19.

²⁾ s. „Profile" S. 334.

Diplomatie die größten Gegensätze in sich bergen, die verschiedenartigsten Männer in ihren Reihen einstellen. Der gelehrte fromme Mönch Frühwirth dient ihren Zwecken ebenso gut als der imponierende Aversa und der feine, kluge und feurige Pacelli. Das Prälatengewand verhüllt die Leidenschaften des Politikers und Diplomaten nicht nur äußerlich, es verbirgt sie nicht nur innerlich, sondern es unterdrückt und erstickt sie."

Oeffnung der diplomatischen Geheimarchive, das war und ist noch immer die Forderung unserer Nachkriegszeit. Nur nach einer Seite hin hat man diesen Ruf nicht zu erheben gewagt, ein Archiv gibt es, in dem kein noch so erbitterter Feind Beweise von Schuld zu finden hofft: das Archiv des Vatikans. „Es hat nichts zu verbergen, als was der Papst für den Frieden und gegen den Krieg getan hat, wie er für die Besiegten eingetreten ist und den Siegern Menschlichkeit gepredigt hat. . . ." ¹⁾

Alles, was da an Enthüllungen noch der Zukunft vorbehalten ist, könnte nur das von uns in diesem Buche gezeichnete Bild vervollständigen, das in seinen politischen Zügen feststehend bereits unverrückbar ist. Das vollständige Gemälde zu bieten, lag nicht in unserer Absicht, das der Geschichte des Gottesreiches, der katholischen Kirche Jesu Christi innerhalb der Zeitspanne von 1918 bis Ende 1925, denn das, was fast die ganze Bildfläche füllen müßte und würde ist die Entfaltung des religiös-kirchlichen Lebens. Da Christi Reich nicht von dieser Welt ist, obwohl es auch sie umfaßt und daher auch in ihr ist, kann mit dem politischen Stifte allein keine Kirchengeschichte geschrieben werden. Da wir uns aber an unsere Aufgabe gehalten haben, Worte und Taten von Papst und Kurie, also dessen, was wir symbolisch mit dem Heiligen Stuhle bezeichnen, wahrheitsgetreu aufzuzeichnen und sprechen zu lassen, sowie Umstände und Umwelt, soweit sie zu richtigem Urteile erforderlich sind, mitsprechen zu lassen, ist es doch ein Stück des Wirkens Gottes durch seine Kirche, das an unserem Auge vorüberzog. Er, der von sich gesagt hat, daß Ihm alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden, hat ja diesen Heiligen Stuhl gesetzt. Et ecce sedes posita est in coelo und dieser Himmel ist nichts anderes als die Gesamtkirche Christi,

¹⁾ Aus der Rede Prof. P. Dr. W. Schmidts S. V. D. bei der geistlichen Festfeier der akademischen Rompilgerschaft in Wien am 6. Januar 1925, lt. „Reichspost" Nr. 7 vom 7. Jänner 1925.

innerhalb welcher Jenseits und Diesseits nur relative Begriffe sind. Und auf diesem Throne, auf diesem Heiligen Stuhle saß Einer, das sichtbare Oberhaupt, das die Kirche des unsichtbaren Gottes für den Bereich dieser Erde regiert. Und seit jenem ersten Einem, Petrus, war es immer wieder Einer und immer wieder Einer wird es sein in ununterbrochener Reihe bis an das Ende der Zeiten; dazu hat sich Christus selbst durch sein Wort gebunden. Aber nicht den Einen nur schauen wir Christgläubige, nicht den vergänglichen stellvertretenden Menschenbruder, sondern in ihm den Ewigen, der bei der Kirche seiner Apostel, bei der katholischen Kirche allein sein wird, bis der Zeiten Ende schlägt. Auf diesem Heiligen Stuhle also erkennen wir Christus selbst in seiner Macht und göttlichen Autorität, der durch die Menschheit seines Stellvertreters die Heilige Kirche führt und regiert und der untrennbar ist in dem einen Gotte des ewigen Vaters und des Heiligen Geistes und in dieser Heiligen Dreiheit von uns angebetet und gepriesen wird als der Herr, der Allmächtige, der Allgütige, der Allweise, ohne Anfang und ohne Ende.

A. M. D. G.

Personen- und Sachregister.

- Aargauer Katholikentag 439.
 Abdallah, Emir 501. 502.
 Abdul Hamid 500.
 Abendmahlsaal 60. 66.
 Abkommen, Londoner v. 26. April 1915. 9. 214. 337.
 Abrüstungskonferenz 482.
 Abt, Dr. H., Die Schweiz und die Nuntiatur 440.
 Acerbo, Minister 561.
 Achenberg, P., S. J. 395.
 Acta Apostolicae Sedis 53. 60. 110. 117. 121. 134. 142. 150. 266. 405. 431. 434. 592. 537.
 Adamski, Msgr. 264.
 Adelaide, Maria, Großherzogin 436. 438.
 Aethiopien 516.
 Afrikanische Missionen, Vereinbrg. von St. Germain-en-Laye/ 151.
 „Agence d' Anatolie" 511.
 Agenzia Stefani 9. 39. 282. 480.
 Agrarreform in Jugoslawien 343.
 — in Polen 263. 274.
 — in Rumänien 334.
 Aguascalientes, Staat. 477.
 Ahmed Zogu, Präsident 357.
 Aksamovic, Bischof 339. 343.
 Aktion, katholische, in Italien 578. 579.
 Alacoque, Margarethe Marie hl. 136. 138. 190.
 Albanien 232. 336. 356.
 „Al Bashir" 511.
 Albat, H., leff. Gesandter b. Vatikan 410.
 Alber, Pfr., Glurns 580.
 Albert, König von Belgien, im Vatikan 435.
 Albert, Unterr.-Minister 597.
 Albertus Magnus-Verein 236.
 Alessandri, Präsident 463. 464. 465.
 Alexander VII., Papst 550.
 Alfons XIII., König von Spanien 104 443 ff. 448.
 Ali, König von Hedschas 502.
 Alizé, Gesandter in Wien 100.
 Allenstein 259.
 „Allensteiners Volksblatt" 259.
 „Allg. Deutsche Lehrerzeitung" 654.
 „Allgemeine Rundschau" 49. 59. 87. 91. 173. 183. 186. 194. 423. 430. 487. 501. 513. 600. 612.
 Allg. Deutscher Lehrerverein 654.
 „Allg. Tiroler Anzeiger" 9. 579.
 Aloisi Masella, Msgr. 449. 451.
 Alsaukas, Prälat K. 411.
 Altamirano, General 464.
 Altkatholizismus in Kroatien 340.
 Alvarez de Toledo, arg. Gesandter 456.
 Alvear, Marcelo T. de 454. 455.
 „America" (Zeitschrift) 132. 154. 286. 335. 350. 473. 477. 479.
 American Relief Association (Rußl.) 375.
 Amette, Kardinal 13. 54. 116. 120. 127. 147. 150. 173. 174. 175. 185. 194.
 Ammam (Philadelphia) 502.
 Anastasios, Metropolit 229.
 Anderson, Rev., Chicago 657.
 Andreas, Prinz v. Griechenland 360.
 Andrei Saguna 331.
 Anglona 404.
 Anile, Minister 32.
 Anna, Prinzessin von Hohenzollern-Hessen 119.
 Anschlußfrage in Oesterreich 100.
 Antisklaverei-Gesellschaft, ital 156.
 Antivari 345.
 Antonius, Metropolit 234. 389.
 Apolloni, Senator 25.
 Apostolizität der Kirche 662.
 „Arbeiter-Zeitung" 100.
 Arbeitsamt, Internat. 161.
 „Archiv für kath. Kirchenrecht" 279.
 Arcoverde, Kardinal 167. 169. 462.
 Argentinien 239. 454.
 Arima, König von 485.
 Armenien 228. 233. 506.
 Armenier 56. 230. 235. 237. 505. 508.
 Assisi, Kloster 569.
 Associated Preß 12.
 Auer, soz. Abg. 80.
 „Augsburger Postzeitung" 4. 7. 36. 69. 88. 89. 96. 124. 126. 158. 160. 166. 182. 199. 219. 249. 262. 268. 333. 379. 381. 493. 536. 573. 590. 597. 604. 619. 620. 624. 626. 628. 637. 645. 648. 652.
 „Augsburger Tageszeitung" 633.
 Augustin, P., O. M. Cap. 516.
 Aun er Rafik 500.
 Auslieferung des Kaisers und der Heerführer 86. 117.
 Australischer Staatenbund 157.
 Auswärtiges Amt, deutsches 209.
 „Avanti" 568.
 Averescu, General 626.
 Aversa, Msgr., Nuntius 671.

- „Avvenire d'Italia" 24. 58. 220.
Ayacucho 467.
- Backa-Baranja 346. 350.
Baden 630.
„Badische Lehrerzeitung" 654.
Bakotic, Dr. L. 340.
Balacz 307.
Balfour, Lord 40. 55. 67. 71. 147. 156. 164.
Balfour-Erklärung über Palästina 55.
Balfour-Note über die Missionen 154.
Baltisches Rotes Kreuz 232.
Baltruszis, Priester 386.
„Bamberger Volksblatt" 97.
Banat 332. 350. 346.
Baranyay, Prof. Dr., O. Cist. 107.
Barat, hl. Sophie 598.
Barcata, P. Fabian, „Lule" 356.
Barlassina Patriarch 62. 65. 66.
Barnabo, Kardinal 659.
„Basler Nachrichten" 663.
Bastgen, Dr. H., Die römische Frage 16. 183.
Baudrillart, Msgr. 187.
Bauer, Erzbischof von Agram 337. 339. 348.
Bauer, Min.-Präsident 34.
Bauer, Dr., öst. Minister d. Äußerer 99. 100.
Baumberger, Nationalrat 161.
Bautzen, Domstift 210.
„Bayrische Lehrerzeitung" 654.
„Bayrische Staatszeitung" 632. 637. 645.
„Bayrische Volkszeitung" 306. 391. 448. 455. 463. 628. 653.
„Bayrischer Kurier" 68. 72. 80. 89. 127. 167. 181. 518. 616. 625. 629. 631. 648. 649. 661. 665.
Bebej, Bischof 295.
Bechyne 285. 298.
„Beichte, Politische, eines deutschen Prinzen" 620.
Bekir Samy Bey 504.
Belgien 432. 492. 652.
Belgiens Wiederherstellung 34. 40.
Belgrad, Erzbistum 336. 344.
Bell, Abg. Dr. 243. 411.
Benedikt XIV., Papst 589.
Benedikt XV., Papst 6. 32. 113. ff. 133 ff. 147. 150. 158. 163. 168. 177. 178. 189. 192. 194. 201. 202. 206. 211. 224. 225. 234. 240. 241. 247. 249. 250. 261. 288. 295. 365. 367. 369. 371. 375. 399. 401. 411. 426. 430. 432. 433. 435. 436. 438. 442. 450. 452. 454. 461. 462. 466. 467. 469. 481. 482. 485. 486. 488. 495. 501. 503. 504. 509. 510. 516. 519. 520. 525. 544. 579. 591. 598. 605. 627. 629. 631. 658. 663. 665.
—, Friedensnote v. 1. August 1917. 665.
Benedikts XV. Tod 144. 531. 545. 663.
Benes, tschech. Außenminister 281. 285. 292. 293. 297. 299. 300. 301. 308. 312. 315.
Benizelos 358. 359. 506. 509.
Benjamin, Erzbischof von Simbirsk 367.
Benlloch y Vivò, Kardinal 443.
Benson, Admiral 147.
Bentwich, Legal Secretary 65.
Benzler, Bischof von Metz 174.
Berard, franz. Abg. 188.
Bergen, von, Deutscher Botschafter 86. 91.
„Berner Tagblatt" 440.
Berning, Bischof von Osnabrück 237.
Bertram, Kardinal 87. 130. 205. 234. 236. 247. 251. 254. 256. 316.
Bethlen Graf, ungar. Min.-Präsident 110.
Bettinger, Kardinal 204.
Bezboschnik 388.
Bierbaum, Dr. M., Papst Pius XI. 519.
Bilczewski, Erzbischof 254.
„Birmingham Daily Mail" 397.
Bischofskonferenz, Deutsche, 1917 85.
Bjelkow, Professor 391.
Blaskowitsch, Prälat 332.
Bloch, „Br." 371.
Blockade, Papst für Aufhebung 7. 117. 134.
Bludau, Dr., Bischof 259.
Bobola, S. J., Martyrer 394.
Bolivien 458. 467.
Bon, Jean, franz. Abg. 184.
Bonar Law 217. 361.
Boncoeur, franz. Sozialist 195.
Boneo, Msgr. 457.
Bonghi, Ruggero 569.
Bongratz „Adjutant" 81. 82.
Bonomi, ital. Minister 33. 545.
Borenus, finn. Abg. 430.
Borgongini-Duca, Msgr. 297. 300. 301.
Born, Ingenieur 628. 633.
Botschaft, deutsche, in Rom 83.
Botschafterkonferenz (v. 14. März 23.) 421.
Boulogne-sur-Mer, Kongreß 300. 352. 418. 596.
Bourbon-Parma, Prinz Felix 438.

- Bourgeois, Leon, Präsident des Völkerbundes 412.
 Bourne, Kardinal 13. 14. 52. 60. 63. 115. 121. 147. 155. 206. 215. 218. 222.
 Bouska, Msgr. 283.
 Brand, Ostasien 495.
 Bratianu, im Vatikan 323.
 Braun, preuß. Min.-Präsident 627. 654.
 Bräunlich, Pastor 48. 97. 281. 363. 403.
 Brems, Msgr., Ap. Vikar 426. 427.
 Briand 186. 195. 196. 591. 601.
 Briante, Msgr. O. F. M. 57.
 Brixen, Diözese 106. 579. 580.
 Brockdorff-Rantzau, Graf, Min. d. Auß. 84. 146.
 Bronewski, russ. Gesandter 364.
 Bruiningk, Dr. H. von 403.
 Brussilowa, Frau 386.
 Buchanan, engl. Botschafter 361. 362.
 Buckx, Msgr., Ap. Vikar 431.
 Bucys, Priester 411.
 Budanovic, Msgr. 346.
 Buholzer, Das Papsttum im Weltkrieg 212.
 Bukarest, Erzbistum 320.
 Bukowina 320. 324.
 Bulgarien 228. 357.
 Bulle „Provida“ 589.
 „Bulletin de Peking“ 152.
 Bungo, König von 485.
 Burian, Graf 1.
 Butkiewicz Prälat 385. 386. 387. 388.
 „B. Z. am Mittag“ 41.
 Cabrera, Präsident 469.
 Cachin, Abg. 363.
 Calavassis, Bischof 235. 360.
 Calles, Präsident 473. 475.
 Cambon 438.
 Campos Salles 461.
 Canisius, Petrus, Hl., S. J. 653.
 Canossa Frankreichs 173. 183.
 Cantalupo, Roberto 90.
 Cantalupo, Fatti Europei e Politica Italiana 90.
 Capello, Conte, Gesandter 495.
 Capitani, Msgr. 572.
 Cappello, P., S. J. 373.
 Caracas 461.
 Caradonna, Unterstaatssekretär 552.
 Cardinale, Msgr. Beda, Nuntius 239. 454. 458.
 Caric, Bischof von Spalato 338.
 Caritas und Politik 225. ff. 623.
 Caritasverband, deutscher 237.
 Caritasverband (Essen) 227.
 Caroli, Msgr. Nuntius 458.
 Carranza, Präsident 470.
 Carrère, J., Le Pape 537.
 Carsky, Msgr. 294.
 Casalini 233.
 Cashel, Erzbischof von 220.
 Castelnau, General 601. 621.
 Catholic Council for International Relations 170.
 „Catholic Herald of India“ 156.
 „Catholic News Service“ 157. 168. 389.
 „Catholic Times“ 138. 429.
 Cattaneo, Apost. Delegat 157.
 Cavour, Camillo 571.
 „Cech“ 287. 288. 311.
 Cecil, Lord 9.
 Centro Nazionale 565. 566. 568. 575.
 Cerretti, Msgr. 11. 12. 13. 115. 116. 121. 122. 146. 147. 149. 150. 161. 196. 197. 292. 359. 369. 479. 594. 601. 605. 621. 658.
 Cesarano, Msgr. 513.
 „Ceske Slovo“ 284. 300.
 Cesnys, Dr. Univ. Prof. 415.
 Chamorro, Dr. D., Präsident 469.
 Chapon, Bischof von Nizza 591.
 Charlotte, Großherzogin v. Luxembg. 437.
 Charmant, Dr. Oskar 107.
 Cherubini, Msgr. Nuntius 340. 343. 462.
 Chiari, Andrea 532.
 „Chicago Tribune“ 30.
 Chigi, Fürst, Konklavemarschall 532.
 Chile 463.
 China 3. 147. 152. 227. 231. 491.
 Chodniewicz, Priester 386.
 Christea, Miron 327.
 Christian I., Dänenkönig 426.
 Christian X., König 426.
 Christiersen P. von, 429. 430. 431.
 „Christliche Volkszeitung“, Esseg 343. 345.
 Church Extension Society 155.
 Churchill, Winston 62.
 Chwiecko, Priester 386.
 Cicognani, Msgr., Nuntius 461.
 Cieplak, Erzbischof 233. 370. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 394.
 Cicilien 228.
 Cisar, Msgr. Erzbischof 330.
 Cisterna, Msgr. 572.
 „Civiltà Cattolica“ 98. 118. 123. 132. 225. 438. 541. 572. 573. 661.
 Clemenceau 127. 129. 171. 173. 174. 175. 185. 186. 188. 437. 494. 594.
 Clemens XIV., Papst 240. 372.

- Clemens XV., Papst 589.
 Cochín, Denys 49. 113. 130. 173. 242. 494.
 Cohaus, P., S. J. 85.
 Collegium Germanicum 629.
 Collin, Domherr 590.
 Colonna di Cesarò 233.
 Colrat, franz. Abg. u. Minister 193. 195. 482. 621.
 Columbien 467.
 Columbus-Ritter 477. 483. 536.
 Combes, Emil 197.
 Conrad, Prof., Neustadt 634.
 Consalvi, Kardinal 125. 518.
 Consolata-Missionäre 568.
 Cormoudet, franz. Abg. 184.
 Corneau, „Br.“ 371.
 „Cor Paternum“ 225.
 „Corriere della Sera“ 2. 164. 495. 605.
 „Corriere d'Italia“ 13. 15. 23. 26. 64. 80. 211. 215. 222. 233. 237. 242. 249. 278. 319. 373. 382. 438. 443. 451. 463. 474. 482. 519. 553. 554. 555. 557. 585. 603. 611. 619.
 „Corriere Padano“ 574.
 Cort van der Linden, holl. Min.-Präs. 211.
 Cortesi, Msgr., Nuntius 459.
 Cosma, Dr., Min. a. D. 333.
 Costa Alfonso 449. 450. 452.
 Costantini, Msgr., Ap. Delegat 490. 496. 497. 499. 500.
 Costa Rica 468.
 Cottin 173.
 „Courier de Genève“ 166.
 Courten, P. von, O. S. B. 116.
 Couturier P., O. Pr. 56.
 Cozzi, Msgr., Ap. Delegat 357.
 „C. P. C.“ 84.
 Cramer-Klett, Frhr. von 518. 616.
 Cremonesi, kgl. Kommissar 552. 555. 567.
 Crespi, Angelo 24.
 Crispolti, Crispolto 29. 75.
 Crispolti, Markgraf Filippo 22. 25. 575.
 „Croix“ 256. 381. 452. 595.
 Csanad 319. 321. 334.
 Cubilete 473.
 Cunha Leal 453.
 Czajewski, Priester 386.
 Czarnas 386.
 Cuka, Domherr 347.
 Czernoch, Kardinal 108. 109. 111. 227. 294. 606.
 Czernowitz 324. 325.
 da Costa, José Feliciano 451.
 Dael Eireann 224.
 Dagnino-Penny Dr., Ges. 467.
 „Daily Expres“ 296.
 „Daily-Herald“ 389.
 „Daily Mail“ 372.
 „Daily News“ 14.
 „Daily Telegraph“ 53. 215. 615.
 Dalbor, Kardinal 247. 250. 262.
 D'Andrea, Msgr. 455. 456. 457.
 Dänemark 426.
 „Danke Alighieri“, Verein 580.
 Danzig, Freie Stadt, 266. 276.
 Dard, Gesandter 100.
 Dawes-Gutachten 619.
 De Bock, russ. Botschaftsrat 362.
 De Facta 32. 546. 549. 554.
 Degoutte, General 611. 621. 622. 623.
 De Han, Professor 70.
 Deilbach, Friedr. 620.
 De Metz, General 620.
 De Monzie 172. 183. 184. 185. 187. 190. 594.
 Denikin 368.
 Deploige, Msgr., Löwen 166.
 De Salis, Graf 33. 34.
 Deschanel 188.
 Deutsche in Rumänien 332.
 „Deutsche Allgemeine Zeitung“ 174. 253. 259. 261. 509.
 „Deutsche Bodensee-Zeitung“ 43.
 Deutsch-Evangelische Korrespondenz 632. 634. 654. 661.
 Deutsche Gesellschaft f. Völkerrecht 161.
 „Deutsche Revue“ 119. 162.
 Deutschland 1. ff., 35. ff., 77. ff., 95. 113. ff., 126. ff., 145. ff., 199. ff., 228. ff., 603. ff.
 Deutschlands Anteil an den Papstspenden 228. 232. 238.
 Deutschlands „Parteigänger“, (der Papst) Beschuldigungen 72. 495.
 „Deutschland und der Vatikan“ (Brochure d. Evang. Bundes). 90. 98. 119. 134. 137. 139. 151. 182. 199. 204. 205. 206. 226. 229. 249. 262. 598. 609. 614. 618. 620. 624.
 De Valera 223. 224.
 De Vecchi, Gouverneur 559.
 d'Herbigny, P., S. J. 234.
 „Diario Ilustrado“ 465.
 „Diario de Noticias“ 452.
 Diaz Msgr. Pascal, Bischof 476.
 Diktatfrieden 12. 75.
 Dimitrij, Patriarch 381.
 Diottalevi, P. Gustos des Hl. Landes 56.
 Diözesan-Vereinigungen 591. 592.

- Diplomatie, vatikanische 670.
 Diplomatie, vatikanische (Endzweck) 221. 670.
 Di San Martino, Commendatore 75.
 Djakovar 339.
 Dobrecic, Msgr., Erzbischof 345.
 Döhning, Hofprediger Dr. 205. 650. 651. 654. 655. 656.
 Dolci, Msgr. Angelo 50. 229. 324. 329. 330. 400. 503. 507. 512.
 Donaureich und Vatikan 89.
 „Donauzeitung“ 4.
 Dormitio 60.
 Dositej, Bischof 342.
 Dougherty, Kardinal 206. 502.
 Doucet 190.
 Doumergue, Präsident 601.
 Dowalkis, Priester 386.
 Dreising, W. 200.
 Dreyer, Willy 622.
 Drummond, Sir Eric 69. 418.
 Dschamy Bey 504.
 Dubois, Kardinal 57. 58. 96. 187. 194. 359. 600. 601. 621.
 Dubovski, Bischof 395.
 Duenas, Bischof 469.
 Duisburger Brückensprengung 617. 622.
 Dünaburg, Jesuitenkirche 409.
 Dupont, General 247.
 „Düsseldorfer Tagblatt“ 129.
 Doucet, Botschafter 593.
 Eberharter, Pfr., Glurns 580.
 Ebert, Reichspräsident 84. 85. 649. 650.
 „Ecclesiastica“ 96. 276. 350. 351. 352. 434. 457. 458. 608.
 „Echo de Paris“ 557.
 „Eclair“ 376.
 Ecuador 467.
 Eduard VII. im Vatikan 217.
 Egan, Maurice Francis 482.
 „Egyhazy Közlöny“ 107.
 Ehe und Faschismus 558.
 Ehrle, Kardinal 83. 629.
 Eichhoff, Baron 100.
 Eisner, Kurt 78. 80.
 „Elevtheros Logos“ 360.
 „Elsässer Kurier“ 599.
 Elsaß-Lothringen 185. 594. 599.
 Encyklika über den christl. Staat 669.
 Encyklika Leos XIII. über die Einheit der Kirche 658.
 Encyklika „Il Fermo Proposito“ 601.
 Encyklika „Rerum Novarum“ 601.
 Encyklika zum Todestag des hl. Josphat 392. 526.
 Encyklika zum Jubiläum d. hl. Thomas v. A. 526.
 Encyklika „Ubi Arcano Dei“ 248. 519. ff. 569. 606. 661. 668.
 Encyklika über Völkerversöhnung 23. 139. 533.
 Englert, P. B., O. M. C. 463.
 „Epoca“ 18. 27. 32.
 „Ere Nouvelle“ 615.
 Ermland, Bistum 276.
 Errazuriz, Erzbischof 464.
 Erzberger, Math. 32. 159.
 Erzberger, M., Erlebnisse im Weitkriege 201. 358.
 Espinosa, Erzbischof 454.
 Estland 401.
 „Etudes“, Les 600.
 Eugen III., Papst 428.
 Eupen-Malmedy 436.
 Evangelische Kreissynode v. Oberschlesien 254.
 Evangelische Landeskirche in Brandenburg 201.
 Evangelische Landessynode, Bayern 636.
 „Evangelischer Bund“ 33. 47. 48. 127. 181. 205. 229. 281. 407. 411. 605. 612. 624. 625. 627. 628. 629. 632. 633. 650. 651. 653. 654. 655. 661.
 —, Gen.-Versammlung in München 625. 628. 633.
 —, Gen.-Versammlung in Königsberg 654. 655. 656.
 Evers, Univ.-Prof. Münster 161.
 Eysmond, Priester 386.
 Facta, de, ital. Minister 32. 546. 549. 554.
 Faidutti, Msgr. 424.
 Fallize, Msgr. 427.
 Fallon, Bischof von London, Can. 491.
 Fan Noli, alban. Min.-Präsident 357.
 Fara, Marin 485.
 Farinacci, Gen. Sekretär 576. 577. 578. 587.
 Farmer, William 25.
 Farsky „Patriarch“ 284. 285. 291. 296.
 Faschismus 540. ff.
 Faulhaber, Kardinal 7. 79. 82. 113. 206. 227. 236. 626. 648. 661. 664.
 Faulhaber, Kardinal, Deutsches Ehrgefühl 83. 90. 628.
 Faulhaber, Kard., Hirtenbrief f. d. Fastenzeit 1920 113.
 Federzoni, Innenminister 262. 565. 575. 581. 615.
 Fedorow, Exarch 386.

- Fehrenbach, Präsident der National-Versammlung 126. 209.
 Feigenwinter, Nationalrat 161.
 Felder, P. Hilarin, O. M. C. 440.
 Fellowship of Reconciliation 137.
 „Fels, Der“ 629.
 Feodosia 374.
 Ferdinand, König v. Rumänien 324.
 Ferrari, Kardinal 14.
 Feysal, Emir 501.
 „Field Afar“ 491.
 Fiesse, Fall 559. 564.
 Filippi, Msgr. Apost. Del. 473. 474. 511. 512.
 Finocchiato-Aprile, Senator 571.
 Finzi, Unterstaatssekretär 552.
 Fischer-Colbrie, Bischof 306.
 Flamen-Frage 433.
 Fleischmann, Dr. 307.
 Foch, Marschall 594.
 Fogaras, Metropole 318.
 Fokien-Mission 152.
 Forbes de Bessa, Dr. E. G. 451.
 Foreign Office, Londoner 38. ff.
 Fontaine, Schw. Magdalene und Gefährtinnen, sel. 190.
 Forgeot, Abg. 398.
 France Anatole 188.
 „Frankfurter Zeitung“ 409. 605.
 „Fränkische Wacht“ 654. 655.
 „Fränkischer Kurier“ 634.
 Franklin-Bouillon, Abg. 505.
 Frankreich 171. 492. 590.
 Frankreichs Rückkehr in den Vatikan 171.
 Frankreichs Schutzrechte über die Christen der Türkei 49. 54. 58. 59.
 „Franzose dem Herzen nach“ 175.
 Frauenbund, Oesterr. Kath. 161.
 Frauen-Liga für Frieden 160.
 „Freiburger Tagespost“ 209.
 „Freiheit, Die“ 78.
 Freimaurerei 318. 361. 418. 442. 545. 551. 577. 600.
 Freimaurerei und Faschismus 544.
 Freimaurerei 555. 563. 569. 589.
 Freimaurerei u. Bolschewismus 364. 371.
 Freimaurerei in Jugoslawien 342.
 Freimaurerei in Portugal 449. ff.
 Freimaurerkongreß, Internat. 1916 158.
 Frentiu, Bischof 320.
 Friede im Sinne des Papstes 73. 74. 519. 524.
 Friedenskonferenz und Papst 8. 13. 14. 22. 73. 75. 480. 520. 522.
 Friedensnote vom 1. August 1917. 1. 46. 71. 241.
 Friedenspolitik des Papstes 74. 656.
 Friedensverhandlungen 71 uff.
 Friedensvertrag vom Papst verworfen 133 ff.
 Friedrich II. von Preußen 265.
 Fritzen, Bischof von Straßburg 174.
 Frosini, Dr. 557.
 Frühwirth, Kardinal 671.
 Fuchs, Reg.-Präsident 623.
 Fuenzalida, Bischof 464.
 Fuldaer Bischofs-Konferenz f. Kriegsgefangene 114.
 Fulman, Bischof 254.
 Fumasoni Biondi, Msgr. 239. 486. 488.
 Gabriel Fr., Passionist 190.
 Gabrys, J. 411.
 Galen, P. Augustin Graf, O. S. B. 393.
 Gallardo Dr. 455.
 Garantiegesetz 18. 28. 160. 537. 538. 587.
 Gardiner, Robert Hallowell 657.
 Gareis, Ministerialrat 80.
 Gasparri, Kardinal-Staatssekretär 5. 6. 12. 15. 34. 35. 36. 49. 50. 53. 69. 79. 80. 101. 113. 116. 117. 131. 153. 175. 184. 215. 264. 282. 312. 339. 366. 368. 404. 414. 415. 455. 496. 504. 546. 549. 552. 554. 582. 587. 605. 609. 613. 620. 621. 622. 629. 636.
 „Gaulois“ 256.
 Gayl, Freiherr von 260.
 „Gazeta Opolska“ 253.
 Gazsovsky 307.
 Gegenreformation 612. 634. 635.
 Geheimvertrag, angebl. des Vatikans m. Rußland 381. 383. 384.
 Gehrman, P., S. V. D. 393.
 Genocchi, P., M. S. C. 399. 605.
 Gentile, Unterrichtsminister 556. 559.
 Genua, Konferenz von, und Papst 144. 234. 375. 593. 606. 613.
 Georg, König von England 217. 224.
 Georg, russ. Großfürst, 365.
 „Gerarchia“ 578.
 Gerlich, Dr. F., Chefred. 634.
 Gerlich, Dr. F., Protestantismus u. völk. Bewegung 628.
 „Germania“ 89. 208. 268. 276.
 Gewaltanwendung, Vatikan gegen 618.
 Gewerkschafts-Monopol, faschist. 582.
 Gherla, Bistum 318.

- Ghika, Prinzessin 326.
 Ghvazava, georg. Delegierter 400.
 Gian Diego 473.
 Giannini La Questione orientale 69.
 Giardini, Msgr., Ap. Delegat 488.
 490.
 Gibbons, Kardinal 11. 115. 162. 479.
 480.
 Gingita, Michael 485.
 Giolitti, ital. Minister 545. 546.
 Giordano Bruno-Verein 18. 557.
 Giorgi, Kardinal 70. 501.
 „Giornale“, Il 564.
 „Giornale del Popolo“ 27. 28. 127.
 „Giornale d'Italia“ 16. 17. 31. 52.
 159. 184. 535. 536. 538. 571.
 Girard, P. 501.
 Girolamo, S., degli Schiavoni 338.
 348.
 Girsas, Minister 308.
 Gustini, Kardinal, Legat im Hl.
 Lande 57.
 Glagolica 338.
 Glasnovic, Msgr. 344.
 Glattfelder, Bischof J. v. 319. 320.
 328.
 Glubokovsky, Prof. 265. 383. 388.
 507. 668.
 Gnidovec, Msgr., Bischof 349.
 Godlevski, Weihbischof 395.
 Godrich-Kean, Weihbischof 70.
 Goga, Kultusminister 322. 323.
 Gomez, Präsident 468.
 Gorazd, „Bischof“ 347.
 Görges, Ludwigshafen 621.
 Görres-Gesellschaft 235.
 Goyon, franz. Abg. 195.
 Grabski, Prof. Stanislaus 264. 414.
 Grandi, Don, Ermordung 568.
 Granito di Belmonte, Kardinal 196.
 Gregor der Große 498.
 Gregor III., Papst 485.
 Gregor XIV., Papst 240.
 Grenzveränderungen, politische und
 Vatikan 416.
 Greppi 17.
 Greyson, Admiral 15.
 Griechenland 236. 358. 506.
 Grigorio, schism. Bischof 230. 322.
 Grigaritis, A., Domherr 411.
 Grisar, H., der deutsche Luther im
 Weltkrieg 43. 127. 128. 129.
 Gröber, Msgr. Dr. 43.
 Groß, Bischof von Leitmeritz 282.
 „Großdeutsche Zeitung“ 628. 633.
 Größer, Dr. M., P. S. M. 273.
 Großbritannien 213.
 Groß-Loge von New-York 25.
 Groß-Orient von Frankreich 189. 371.
 451. 595.
 Groß-Orient von Italien 189. 555.
 Großvardein 318. 321.
 Guadagnoli 19.
 Guadalajara, Staat. 476.
 Guadalupe 477.
 Guebriand, Msgr. de, Ap. Visitator
 496.
 Guerrero Dr. G. 469.
 Guibal, franz. Abg. 195.
 Guichard, E. 537.
 Gurakuki 357.
 Gustav Adolph-Verein 244.
 Guzman Blanco 467.
 Gyulafehérvár, Bistum 318.
 Haager Friedenskonferenz 211.
 Haakon, König v. Norwegen 427.
 Haakon, VII., König 427.
 Habicher, Pfr., Perdroß 580.
 Habrmann, Unterr.-Min. 281. 285.
 Hadrian IV., Papst 428.
 Haefen, Oberst von 42.
 Haegy, Abg. 595.
 Hagia, Sophia 53. 359.
 Hajek, Bulgarien 358.
 Haenisch, Kultusminister 78.
 Hänni, Dr. P. R., O. S. B. 600.
 Hanotaux, Senator 191.
 Harding, Präsident 165. 481. 482.
 485.
 Harmsworth 33. 47.
 Hart, General 15.
 Hartmann, Kardinal von 4. 15. 79.
 114. 204.
 Hartwig, russ. Gesandter 337.
 Haugwitz, Joh. von, Bischof 210.
 Hauck, Erzbischof von Bamberg 237.
 Hausmann, Abg. Konrad 42.
 Havas Agence 54. 174. 372. 611.
 Hayes, Kardinal 239. 369. 483. 536.
 Hedin, Sven 398.
 Hedschas, König von 501.
 Heidenmission 145.
 Heidenmission, Rundschreiben Bene-
 dikts XV. darüber 150.
 Heiliges Jahr und Faschismus 584.
 Heiliges Jahr und römische Frage
 538. 539. 570.
 Heiligsprechungen 598.
 „Heimat“ 595.
 Held, Dr., Min.-Präs. 636. 637. 644.
 648.
 Helff., Dr. 116.
 Helfferich 44. 47.
 Henry, Kommandant v. Essen 621.

- Hermelink, Protestantismus u. Katholizismus in der Gegenwart 625.
 Herriot 193. 194. 301. 510. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601.
 Herz Jesu-Universität, Mailand 565.
 Herzl, Hans 60.
 Hilling, Dr., Freiburg 436.
 Hindenburg, Feldmarschall. 45. 47. 117.
 Hindenburg, Reichspräsident 649. 651. 652. 653.
 Hintze, Admiral von 494.
 Hiro Hito, Kronprinz 487. 488.
 Hirtenbrief der slovak. Bischöfe 303.
 Hitler 624. 626.
 Hlavacek 281.
 Hlinka, Msgr. 285. 286. 287. 307.
 Hoffmann, Adolf 77.
 Hoffmann, Dr. A., Der 9. November 628.
 Hoffmann, bayr. Min.-Präsident 81.
 Höfler, K., Studienprof. 629.
 Holland 211 232.
 Homme Libre 129. 182.
 Honduras 468.
 Hrady, Msgr. 344.
 Hromatka, Univ.-Prof. 316.
 Hrusovsky, Abg. 301.
 Hudal, Dr. Msgr. 337.
 Hughes, Staatssekretär 482.
 Hus, Jan 301. 309. 310. 315.
 Hus-Feiertag 282. 300. 308. 309. 310. 312. 313. 315. 316.
 Husi 326.
 Husitismus 302.
 Hussein Ibn Ali 500.
 Huyn, Fürstbischof Graf 281. 283.
 Hymans 412.
 Hymans-Projekt (Litauen) 421.
 Ibannez 465.
 „Idea Nazionale“ 26. 89. 615.
 Iglesias, Pablo 448.
 IKA (Internat. Kath. Union) 160.
 „Ilustrowany Kurier Codzeinna“ 255.
 Indien-Amt London 156.
 Indien-Reglement 213.
 „Information d'Extrême Orient“ 495.
 Inge, Dekan 627.
 Innozenz X., Papst 125.
 Institut, Kath., für Frieden 160.
 International Rational Press-Association 75.
 Internationale, III., Kongreß (Moskau) 371.
 Interventionspolitik des Papstes 73.
 Irak 500. 515.
 Irland 213.
 Island 427.
 Islington, Lord 65.
 Isolierung des Vatikans 3.
 Isopescu, Professor 326.
 „Italie“ 229. 366.
 „Italia“ 159. 199. 391. 395. 413. 482. 496. 510. 558. 559. 565. 571. 573. 574. 575. 578. 585. 586.
 Italien 540.
 Italien und Papsttum im Gegensatz 25. 26.
 Ito, Manzio 485.
 Ivanitzky-Ingilo, Dr. R. 400.
 Iwanow, Priester 386.
 Iwikli, Priester 386.
 Izwestija 98. 389.
 Jakobi-Kirche in Riga 408. 409. 633.
 Jalisco, Staat 476.
 „Jamdudum“, Rundschreiben 450.
 Jantusch, Prälat 294. 301. 302.
 Janukowicz, Priester 386.
 Japan 153. 485.
 Jarrow Msgr. 517.
 Jarres, Reichspräs.-Kandidat 651. 654.
 Jeanne d'Arc, h'. 138. 174. 176. 178. ff. 190. ff. 196. 218.
 Jebb, Miß 138.
 Jednota 281. ff., 288. 296.
 Jeglic, Fürstbischof
 Jehlicka, Prof. Dr. 286.
 Jenouvrier, Abg. 482. 670.
 Jerusalems Einnahme u. d. Vatikan 49.
 Jesuiten 372.
 Jesuiten in Rußland 372.
 Jewish Chronicle 68.
 Jewish Voice 71.
 Joffre, Marschall 177.
 Johann von Nepomuk, hl. 283. 298. 309. 313.
 Jonnart, Botschafter 26. 91. 190. 196. 590. 591. 593. 615.
 Jorga, Min. 329.
 Josaphat, hl. 247.
 „Journal“ 549.
 „Journal des Debats“ 184. 534.
 „Journal Officiel de la Ligue des Nations“ 67.
 Jugoslawien 228. 232. 336.
 Jugoslawija, Großloge 342.
 Juniewicz, Priester 386.
 Jureneff, russ. Botschafter 396.
 Kacica, Wallfahrtsort 326.
 Kafka, Prof. Dr. 310.
 Kahn, Otto 605.
 Kakowski, Kardinal 241. 245. 247. 249. 250. 391. 397.

- Kalogerà „Bischof“ 340.
 Kan-in, Prinz 487.
 Kanzelparagraph, jugoslav. 341.
 Kapitol-Kreuz 570.
 Kapitulationen, Aufhebung in der Türkei 49. 503. 510.
 Kardinals-Kollegium 207.
 Kardinals-Kollegium u. Nationalität 205. 206.
 Karewicius, Bischof 413.
 Karl, Kaiser 97. 104. 109.
 Karolyi, Michael 9. 99. 106.
 Kartaschew, Prof. 383.
 Kasimirovic Dr. R. 337.
 Kathedrale, orthodoxe, in Warschau 265.
 Katholikentag, Deutscher, Hannover 166. 656.
 „Katholische Kirchenzeitung“ (Salzburg) 62. 63. 65. 70. 83. 87. 99. 100. 101. 102. 106. 108. 109. 112. 116. 120. 126. 127. 130. 131. 134. 137. 142. 143. 144. 145. 148. 153. 154. 165. 166. 169. 173. 180. 184. 187. 204. 206. 212. 220. 223. 229. 230. ff. 234. 247. 248. 251. 255. 256. 266. 279. 283. 285.—288. 291. 295. 297. 298. 310. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 326. 328. 330. 333. 340. 343. 359. 360. 366. 375. 385. 386. 392. 393. 394. 410. 427. 445. 458. 459. 464. 465. 469. 474. 482. 483. 497. 504. 505. 510. 511. 512. 526. 532. 545. 546. 554. 559. 568. 590. 591. 595. 596. 603. 606. 607. 610. 630. 670.
 „Kath. Kirchenzeitung für Deutschland“ 429.
 „Katholische Korrespondenz“ 116. 122. 152. 239. 620.
 „Katholische Missionen“ 154. 155. 157. 458. 496. 501. 504. 510.
 „Katolik“ 253.
 Kaukasien 228.
 Keesen, Senator 166.
 Kelley, Msgr. 155.
 Kemal Pascha 506. 507. 514.
 Kerenski 242. 361.
 Keßler, Bischof von Tiraspol 395.
 Kihlman, finn. Abg. 430.
 Killaloe, Bischof von 222.
 Kinderhilfswerk des Papstes 233.
 Kinsman, „Bischof“ Dr. 660.
 „K. I. P. A.“ 19.
 „Kirchenblatt f. d. reform. Schweiz“ 664. 666.
 Kirchengesetz-Reform in Italien 570. 586. 588.
 „Kirchl. Anzeiger der Erzdiözese Köln“ 436.
 Klassenkampf, Pius XI. über 521.
 Klerus-Sowjet in Ungarn 107.
 Klerusverband, Italienischer 553.
 Klösterraub in Tschechien 284. 286.
 Klotz, franz. Abg. 192.
 Kmetko, Dr. 285.
 Knilling Dr. v., Staatsmin. 637. 644.
 Knut, hl. Grab 426.
 Koalitionsfreiheit, Pius XI. über 530. 577. 583.
 Kölner Katholiken-Komitee 7.
 Köln und Pius XI. 604. 605.
 „Kölnische Volkszeitung“ 2. 4. 5. 12. 15. 16. 17. 18. 20. 45. 46. 48. 79. 80. 84. 93. 96. 97. 114. 127. 146. 150. 151. 254. 260. 273. 287. 302. 330. 333. 360. 403. 427. 436. 464. 481. 495. 532. 538. 549. 552. 605. 608. 609. 610. 611. 632. 656.
 Koltschak 368.
 Komitee f. d. Rechte d. rel. Minderheiten 334.
 Kommunismus, Pius XI. über 529. 530.
 Kommunismus in Italien 543.
 Kommunismus in Palästina 62.
 Konfession und polit. Partei 542.
 Konfessionalismus in der deutschen Diplomatie 84.
 Konklave 604.
 Konkordate, Pius XI. darüber 524.
 Konkordat mit Bayern 90. 199. 407. 631. ff.
 Konkordat mit Bayern, Text 637.
 Konkordat mit Bulgarien 358.
 Konkordat mit dem Deutschen Reich 88. 199. 631. 654. 655.
 Konkordat, französisches v. J. 1801 174. 594.
 Konkordat mit Griechenland 360.
 Konkordat mit Italien 29.
 Konkordat mit Jugoslawien 347. 350. 353.
 Konkordat mit Lettland 404. 405. 633.
 Konkordat mit Litauen 416.
 Konkordat mit Polen 262 ff. 266. 414. 417. 421. 579.
 Konkordat mit Rumänien 318. 320. 323. 329.
 Konkordat mit Rußland v. 1847 366.
 Konkordat mit Rußland 379.
 Konkordat mit Serbien 199. 336.
 Konkordat mit der Türkei 515.
 Kongregationen, Marian., in Jugoslawien 341. 345.
 Konsistorial-Ansprache v. 24. Mai 1923 612.

- Konstantinopel 216. 337. 505. 507.
 Konstantinopel, (Papstdenkmal) 240.
 505.
 Konstitution „In Eminent“ 589.
 Konsulta 19. 184.
 Kordac, Erzbischof 284. 291. 296.
 Korea 486.
 Korea-Mission, deutsche 153.
 Korfu, Pakt von 337.
 Kornilow 363.
 Korum, Bischof von Trier 86.
 „Kostinske Listy“ 316.
 Kowalski, poln. Gesandter 246. 248.
 255.
 Körling, Rechtsnatur d. Völkerbunds
 170.
 Kragujevaz 344.
 Kramar 281.
 Krausneck, Fin.-Min. 636. 637. 644.
 Krebs, E., Die Kirche u. d. neue
 Europa 658.
 Kremers, D. Hermann, Neuwied 97.
 632.
 Kriegsgefangene 15. 113. ff.
 Kriegsschuldfrage 95. 118. 522. 523.
 Krim 228.
 Krofta, Dr. Gesandter 285.
 Kronprinz, englischer, im Vatikan
 215. 219.
 Krönungsfeier, rumän. 324.
 Krose, Kirchliches Handbuch 152.
 Krupp von Bohlen-Halbach 621.
 Kühlmann, Staatssekretär 37. 40. 42.
 Kulm, Bischof 277. 280.
 Kultusvereinigungen, franz. 590. 591.
 Kun, Bela 81. 107.
 Kunfi, ungar. Unterrichtsminister 107.
 „Kurjer Polski“ 263.
 Kutka, Domherr
 Kyron, II., georg. Patriarch 400.
 „La Capital“ Rosario 455.
 Lagos, Dr. Red., 455.
 Lahy, „Br.“ 371.
 Laidoner, General 515.
 Laienmoral in Tschechien 298.
 Lammach, Prof. 161.
 Lampert, Univ.-Prof., Freiburg 160.
 Landauer, Gustav 81.
 Lang, P. Hugo, O. S. B. 91.
 Lanquine, „Br.“ 371.
 La Paz 459.
 Lansing, Staatssekretär 2.
 „La Plata Zeitung“ 456.
 Latapie 15.
 Laurenti, Kardinal 495.
 Lauri, Msgr., Nuntius 261. 266.
 Lausanne, Orientkonferenz 508.
 Lausanne, Vertrag von 503. 509. 510.
 Leander, P. O. Trin. 559.
 „Lebendige Kirche“ 391.
 Lebey 159. 361.
 Le Floch, P., La Politique de
 Benoît XV. 97. 193.
 Leguia, Aug. B., Präsident 466.
 Leipziger Neueste Nachrichten 620.
 Lemire, Abbé 173. 194.
 Lenin 81. 363. 364. 366. 368. 371. 398.
 Lent, Univ.-Prof. Dr., Erlangen 634.
 Leo XIII., Papst 88. 177. 178. 434.
 438. 443. 461. 516. 535. 538. 548.
 601. 658. 669.
 —, Tod 178.
 —, Ueberführung 537. 569.
 Le Rond, General 252.
 Letgalen 403.
 Lettland 228. 403.
 Leviné-Nießen, Dr. 81.
 Lewien Dr. 81.
 Leygues, franz. Min.-Präsident 195.
 196.
 Libau, Kathedrale 409.
 Liberalismus 541. 547. 579.
 Liberalismus in Italien 558. 571. 584.
 „Libre Parole“ 189. 190. 371.
 „Lidove Listy“ 311.
 „Lietuva“ 414. 419.
 Lippe, Prinz Friedr. Wilh. zu 620.
 Lisle, A. Philipp de 658.
 Lissakowski, russ. Gesandter 364.
 366.
 Lisson, Erzbischof 467.
 Litauen 228. 410.
 Litwinow (Finkelstein) 385. 389.
 Li Yueng Kong, Präsident 496.
 Lloyd George 127. 216. 217. 222. 380.
 Löbe, Präsident des deutsch. Reichs-
 tags 123.
 Löbmann, Dr. Apost. Vikar 210.
 Locatelli, Msgr. 451.
 Logue, Kardinal 13. 96. 219. 222. 223.
 Loiseau, Charles 49. 173. 184. 193.
 366. 440. 494. 537.
 Loiseau, Politique Romaine et Senti-
 ments Francais 50.
 Longinotti 32.
 „Lorrain“ 590.
 Los-von-Rom-Bewegung 626.
 Löwenstein, Fürst 166.
 Lozinski, Msgr., Bischof 242. 395.
 Luanga, Karl, sel. 190.
 Lubienski, Graf 257.
 Lucaciu, Dr. Ladislaus 318.
 Ludendorff, General 41. 45. 47. 91.
 117. 181. 363. 617. 624. 625. 626.
 627. 629. 651.

- Lugoj, Bistum 318.
 Luivès, Dr., Archivrat 119. 162. 629.
 Lunatscharsy 365.
 Lupi, Unterstaatssekretär 555.
 Luther, Martin 200. 653. 655.
 Luther, der deutsche, im Weltkrieg 127.
 Luther-Jubiläum 43.
 Lu Tscheng Siang, Min. d. Aeuß. 495.
 Lüttichau, Graf, Botschaftsprediger 509.
 Lwow, Fürst 361.
 Lybanon 56.
 Mac Cullagh 382. 385. 386. 391. 393.
 Macdonald, Regierung 394.
 Macevicius, Geschäftsträger Litauens 414. 415. 418. 419. 422.
 Machado, Bernardino 452.
 Machtpolitik des Papstes 668.
 Maciejewicz, Senator 423.
 Maffi, Kardinal 22. 553. 554. 569.
 Magaillon, franz. Abg. 195.
 Magalhães de Azevedo, bras. Botschafter 461.
 Magalhães Lima 449. 450. 451.
 Maglione Msgr. Nuntius 440. 441. 508.
 Maierovits, lett. Min.-Präs. 405. 407.
 Majlath, Bischof 231. 319. 332.
 Malecki, Prälat 386.
 Mandel, franz. Abg. 194.
 Mangin, General 86.
 Mankowski, Bischof 395.
 Manriquez, Bischof 477.
 Marburg, prot.-theol. Fakultät 409.
 Marchetti-Selvaggiani, Msgr., 439. 468.
 Marienwerder 259.
 Marillac, Louise 138.
 Marmaggi, Msgr. Nuntius 235. 299. 309. 315. 320. 323. 324. 325. 329. 507.
 Marmaggi Nuntius, in d. Moldau 325.
 Marraud, Min. d. Innern 590.
 Martinez Ugarte, Senator 477.
 Martins, Pedro, Gesandter 451.
 Martire, Egilberto, Abg. 20. 575.
 Marx Dr. Reichskanzler 651. 652.
 Masaryk, Präsident 281. 284. 285. 286. 297. 302. 303. 315. 316.
 Massimo, Fürst 435.
 „Matin“ 13.
 Matsuhara Chyon 490.
 Matt, Dr., Kultusminister 631. 636. 637. 644.
 Mattei-Centili, Abg. 554. 570. 585.
 Matteotti-Prozeß 551. 554. 564. 565. 566.
 „Mattino“ 563.
 Matulanis, Priester 386.
 Matulewicz, Bischof von Wilna 410.
 Mauri, Abg. u. Minister 32. 222.
 Max, Prinz von Baden 3. 244.
 Maximilian Joseph, Kurfürst von Bayern 90.
 Maybon, Albert 495.
 Mayr, Dr. Michael, österr. Bundeskanzler 104.
 Meinhard, Bischof, Blutzeuge 408.
 Meißen, Bistum, Errichtung 210.
 Meletios, Patriarch 69. 359.
 Melitón F. Porras Dr. 466.
 Mello Franco 69.
 Melotto, P., O. F. M. 559.
 Mendes Bello, Patriarch 450.
 Menelik II., Kaiser 516.
 Mercier, Kardinal 13. 115. 222. 229. 383. 434.
 „Mercure de France“ 537.
 Mereschkowsky 379.
 Merry del Val, Kardinal 175. 445.
 „Messaggero“ 12. 28. 30. 587.
 Methodisten 226.
 Metzler, P. J., Die Apostolischen Vikariate des Nordens 425.
 Meulenbergh Msgr. 427.
 Micara, Msgr., Nuntius 436.
 Michaelis, Reichskanzler 36. ff. 655.
 Michaelis, Weltreise-Gedanken 493.
 Micheli, Minister 32.
 Miedia, Erzbischof 357.
 Miljukow 98. 361. 363.
 Miljukow, Die territorialen Eroberungen Rußlands 98.
 Mille „Br.“ 371.
 Millerand, Präsident 185. 190. 193. 194. 197. 198. 597.
 Minderheiten, konfessionelle 161.
 Minzoni, Don 554. 574.
 Missionäre vom hl. Herzen 153.
 Missionen und Faschismus 558.
 Missionen und Friedensvertrag 130. 131.
 „Missioni Cattoliche“ 152. 497. 499.
 Missionskongreß, Internationaler 496.
 Mohilew, Erzdiözese 264. 402. 416. 431.
 Mohr, Dr. A., Reykjavik 427.
 „Momento“ 14. 17. 25. 54. 75. 77. 150. 172. 402. 411. 452. 480. 501. 542. 551.
 Montagnini, Msgr. 172.
 Montenegro 336. 345.
 Montmartre, Herz Jesu-Basilika Einweihung 135. 185.

- Mora y del Rio, Msgr., Erzbischof 475.
Morgenthau, Henry 64.
Moriondo, O. Pr., Bischof 400.
Mormonen 226.
„Morning Post“ 64. 69. 363.
Moskauer Abkommen (m. Litauen) 421.
Motta, Bundespräsident 165. 168. 439.
Moutet, Abg. 363.
Mühlberg, von, Preuß. Gesandter 86. 206.
Müller, Minister des Aeußeren 40.
Müller, Msgr. Erik. Joh., Ap. Vikar 429.
Müller, Dr. Rich., Präs. d. pfälz. Landessynode 634.
„München - Augsburger Abendztg.“ 90. 124. 126. 407. 633.
„Münchener Neueste Nachrichten“ 628. 654. 664.
Mundelein, Kardinal 232. 483. 536.
Munoz y Caburon, Bischof 470.
Murri, Romolo 567.
Mussa Hazem Pascha El Hussein 64.
Mussolini 30. 540. 549. ff. 553. 554. 557. 563. ff.
Mussolini über d. hl. Franz v. Assisi 581.
Mussolini Freimaurer 563.
Mustapha Kemal Pascha 504.
Mut, Dr. 333.
Mutschlechner, Vizekanzler 9.
Nachfolgestaaten und Rechtsnachfolge 293. 295. 525.
Nansen, Fridtjof 233. 398.
„Narodny Listy“ 306. 307. 310.
Narjaukas, Prälat 411. 412. 413.
Nathan, Ernesto 361. 544. 555.
National-Block in Frankreich 590.
Nationalismus, Pius XI. über 525. 526. 527. 669.
Nationalismus und Heidenmission. 154.
Nationalismus u. Kardinalat 206.
National-Konzil, Chinesisches 498.
National-Sozialismus, deutscher 624.
„National-Tidende“ 427.
Nationalverband, Italienischer 553. 554.
National-Versammlung, Deutsche 87.
Naumann, V., Profile 540. 667. 670.
„Nazione“ 262. 604. 605.
Neander, Dr., Pastor 660. 661.
„Nedelja“, Serajewo 347.
Nelidow, russ. Gesandter 352.
Neri, Hl. Philipp 569.
Nesser, Prof., Zürich 664.
Netzhammer, Erzbischof Dr. 329.
„Neues Reich“, das 74. 79. 88. 104. 108. 282. 309. 311. 316. 322. 349. 444. 542. 581. 600.
„Neues Wiener Journal“ 297.
„Neue Zürcher Nachrichten“ 155.
„Neue Zürcher Zeitung“ 441.
„Neues Sächsisches Kirchenblatt“ 88.
Neutralität des Hl. Stuhles 608.
Newman, Kardinal 659.
„New York Herald“ 482.
Nicaragua 468. 469.
Nicaura, Julian 485.
Nicotra Msgr., Nuntius 437. 453.
Nifon, schism. Bischof 230. 322.
Nikolaus, I., Zar 366.
Nikolaus, II., Zar 361.
Nikolesku, Lazar 323.
Nincic, Minister 348.
Nisch 343. 352.
Nistor, Univ.-Rektor 322.
Nitti 9. 18. 19. 22. 141.
Noblemair, franz. Abg. 194.
Nordfrankreich 228. 229.
Nordtirol, Ap. Administratur 579.
„North American Review“ 479.
Norwegen 427.
Nowak, Der Weg zur Katastrophe 100.
„Nowiny Codzienna“ 255.
Nuntiat in London 216.
Nyaradi, Bischof 340.
Nyland, Gouverneur 430.
Nymegen, Kath. Universität 213.
Nyugat 325.
Oberschlesien 247. 251. 268.
Oberste Heeresleitung 45. 47.
Obregon 473.
O'Connell, Kardinal 70. 603.
Offizium, Kongr. d. Hl., Rundschreiben vom 16. Sept. 1864 658.
—, Schreiben vom 8. Nov. 1865. 658.
Ogno Serra, Msgr. 256. 257.
O'Hearn, Msgr. 16.
Ohlemüller 653. 654.
Okanik, Dqmherr 295.
Omsk 367.
Omura, König von 485.
„Opera Cardinale Ferrari“ 70.
Oppersdorff, Graf 84.
Opanten-Ausweisung 276.
Oratorium St. Peter 483. 536.
Orellana J. M., Präs. 469.
Orlandi Can. N. 586.
Orlando, Ex-Minister 18. 531.

- O' Rourke, Msgr. 277. 404.
 Orsenigo, Msgr., Nuntius 212.
 Oruro 459.
 Osel, Abg. 80.
 „Osservatore Romano“ 1. 2. 3. 5. 6. 8.
 9. 10. 16. 18. 21. 22. 28. 29. 31.
 32. 33. 34. 54. 55. 56. 59. 60. 63.
 65. 68. 72. 75. 76. 78. 82. 95. 104.
 105. 110. 117. 118. 131. 132. 138.
 139. 141. 145. 148. 153. 154. 165.
 166. 169. 173. 180. 184. 187. 192.
 194. 202. 204. 207. 212. 213. 216.
 218. 219. 220. 221. 222. 224. 227.
 229. 235. 238. 241. 243. 245. 246.
 248. 249. 250. 257. 266. 278. 282.
 286. 300. 301. 306. 308. 309. 312.
 314. 315. 320. 322. 326. 328. 330.
 348. 359. 365. 366. 367. 369. 371.
 373. 374. 375. 376. 379. 384. 387.
 388. 397. 402. 403. 410. 419. 423.
 426. 430. 435. 441. 443. 450. 452.
 453. 455. 458. 460. 461. 462. 463.
 465. 466. 469. 475. 478. 482. 485.
 486. 487. 488. 491. 492. 493. 494.
 495. 496. 497. 499. 501. 502. 503.
 504. 506. 508. 510. 511. 515. 516.
 519. 520. 525. 527. 529. 530. 531.
 532. 534. 535. 536. 538. 539. 541.
 544. 545. 546. 547. 548. 553. 554.
 556. 560. 562. 563. 564. 565. 566.
 567. 568. 569. 571. 572. 573. 575.
 576. 577. 578. 579. 581. 582. 584.
 585. 587. 588. 589. 590. 591. 592.
 593. 596. 597. 599. 600. 604. 606.
 612. 613. 616. 627. 629. 636. 637.
 649. 651. 652. 660. 661. 662. 664.
 668. 669.
 Oesterreich 97. 228. 626.
 Ost-Preußen, Abstimmung 259. 483.
 Ostpreuß. Philologenverband 655.
 „Ostschweiz“ Tagblatt 155.
 Otani, Graf 490.
 Ottilien, St., Abtei 468.
 Oviglio, Justizminister 558. 574.
 Pacelli, Msgr. Nuntius 35. 37. 81. 88.
 91. 93. 199. 210. 336. 396. 617. 631.
 632. 637. 644. 648. 649. 650. 652.
 653. 656. 671.
 Pacheco, brasil. Min. d. Äußeren
 167. 169. 462.
 Padöller, Pfr., Reschen 580.
 „Paese“, II 67. 157. 605.
 Painlevé 183. 600.
 Pais Sidonio, Präsident 450. 451.
 Palästina 14. 18. ff. 216.
 Palästina-Kommission, Vorschlag 66.
 67. 68.
 Palästina-Kongreß, Internat. (Einsiedeln) 57.
 „Palestine Weekly“ 62.
 Palmira, Fall 574.
 Panama 468.
 Papadopoulos, Erzbischof 360.
 Papini 519.
 Papst auswärtiger Souverän 646.
 Papst kein „Italiener“ 669.
 Papst der Parteinahme für Deutschland beschuldigt 18.
 Papstfriede, Ablehnung 124.
 Papstklause 9. ff. 214. 237. 510.
 „Papst, Kurie u. Weltkrieg“ (Brosch. d. Evang. Bundes) 48. 492.
 Papstnote v. 1. August 1917 215.
 Papst-„Sieg“ 97.
 „Papst, Weltkrieg und Völkerfriede“ 226.
 Paraguay 466.
 Parmoor, Lord 121. 168.
 „Parte Guelfa“ 578.
 Parteien, polit., und Vatikan 548. ff. 553. 554.
 Parteipolitik, Pius XI. über 521.
 Pascal 670.
 Pasic, Min.-Präsident 348.
 Pastor, Dr. von, österr. Gesandter 102.
 Patriarchalkirche, Russische 391.
 Patriarchat, ökumenisches (schism.) 510.
 Patriarchat, rumänisches 327.
 Patriarchat, tschechisches 283.
 Paus, Graf, de 428.
 Paz, Dr. Ramon 459.
 Pechmann, Frhr. von 634.
 Pedregal, span. Finanz.-Min. 442.
 Peking Nuntiatur 493. 494. 495.
 Pellegrinetti, Msgr., Nuntius 343. 352. 387.
 Pelt, Bischof von Metz 174.
 Pennescu D. Gesandter 320. 330.
 Perez, José Joaquim, „Patriarch“ 475.
 Perno, La Politique de Benoît XV. 98. 193.
 Perosi, Msgr. Lorenzo 550.
 „Perseveranza“ 16.
 Però 463. 466. 467.
 Pessoa, Epitacio, Präsi. 461. 462.
 „Péfit Parisien“ 53. 175. 282. 359.
 Petljura 368.
 Petrelli, Msgr., Ap. Delegat 486. 494.
 Petrus, Hl., I. Papst 207.
 Pfeiffer, Msgr. Dr. N. 108.
 Pfeilschiffer Gg., Die kirchl. Wieder-
 vereinigungs-Bestrebungen 657.

- Pfingstrundsreiben Papst Benedikts über Völkerversöhnung 139. 193. 435. 442.
 Dichon, Minister 172. 184. 185. 186. 188. 437.
 Pietropaolo Msgr. 467. 468.
 Piffli, Kardinal 101. 102. 126. 131. 227. 234. 236. 238. 606.
 Pilsudski, General 412.
 Pittsbürger Abkommen 285.
 Pius VI., Papst 372.
 Pius VII., Papst 125.
 Pius IX., Papst 111. 240. 248. 357. 433.
 Pius X., Papst 177. 362. 542. 592. 601.
 Pius XI., Papst 109. 156. 235. 248. 266. 296. 306. 324. 378. 389. 390. 399. 403. 423. 444. 445. 452. 453. 454. 458. 462. 466. 468. 497. 499. 506. 518. ff. 546. 548. 559. 562. 564. 570. 587. 592. 598. 601. 603. 604. 605. 606. 607. 609. 613. 615. 623. 629. 630. 637. 649. 656. 664. 666. 668. 669.
 Pius XI. und Italien 534.
 Pizzardo, Msgr. 379. 380. 383.
 Platen, Domherr 337.
 Plunkett Oliver, Bischof, Mart. 191. 218.
 Poincaré 187. 382. 591. 593. 594. 615. 617. 618. 619.
 Polen 228. 231. 240. 604.
 Polen, (Deutsche für Polen) 242.
 „Polen“, Wochenschrift 242.
 Poliakow, Wladimir 397.
 „Politica“, La 90.
 Politik des Vatikans 602. 667.
 Politik, Pius XI. über 527. 528. 529. 665.
 „Politika“, Belgrad 349.
 „Politica Estera Italiana“, La 25. 160.
 Pompili, Kardinal 249. 609.
 Popescu-Malaesti Dr. J. 329.
 „Popolo d'Italia“ 549. 553.
 Porsch, Dr. Geheimrat 25. 537.
 Portugal 3. 449. 462.
 Potosí 459.
 „Prager Tagblatt“ 315.
 „Prawda“ 388.
 „Presse de Paris“ 121.
 Preßgesetz, faschistisches 584.
 Preuß, H., Professor 128.
 Preußen 654.
 Prebicevic, Minister 338. 341. 342.
 Priesterverein, rumän. orth., Galatz 322.
 Primo de Rivera, General 443. 447. 449.
 Prinz von Wales 62.
 Prizrend 344.
 Prönsketis, Priester 386.
 Proselytismus 226.
 Protektorat, franz. in China 492. 494.
 Protektorat, franz. im Orient 174. 510.
 Protest der skandinav. Bischöfe 609. 624.
 Protest gegen Friedensverträge 132.
 Proteste, päpstliche, gegen Friedensschlüsse 125.
 „Protestant“, Der. (Zürich) 666.
 Protestantismus 625. 633. 634. 635. 655. 666.
 Protestantismus und Friedensvertrag 127.
 Protestant. Proselytismus in Rom 483.
 Protic, Kabinett 340.
 Provinzialsynode, Brandenburg. 655.
 Przewdziecki, Bischof 254.
 Puech, franz. Abg. 195.
 Purykis, Min.-Präsident 250.
 Putna, Kloster 325.
 Quadrotta, Angelo 28.
 Radich, Stefan 341. 349.
 Radu, Msgr., Bischof 318.
 Ragnoesi, Msgr., Nuntius 451.
 Rantzan, Prof. Msgr. (Bischof) 404. 410.
 Rasin 285.
 Ratti, Msgr. 241. 242. 246. 343. 399. 604. 629.
 Ratti, Msgr., A. Visitator f. Rußland 366.
 Ratti, Msgr., Nuntius in Warschau 82. 249. 261. 390. 411. 413. 604. 605.
 Ratti Msgr., Ober-Komm. in Oberschlesien und Ostpreußen 251. 253. ff. 260.
 Ratti, Erzbischof von Mailand 605.
 Ratti, Kardinal 545. 603.
 „Reformation“ 200. 603. 650.
 Reformation, Fortführung der 655.
 „Reformation“ und Gegenwart 526.
 Regazzi 563.
 Regazzini 574.
 Regér, poln. Abg. 255.
 „Regime Fascista“ 587.
 „Reichsbote“, Der 200. 210.
 Reichs-Nuntiat, Anfänge 201.
 „Reichspost“ (Wien) 102. 115. 126. 127. 226. 282. 285. 299. 306. 310.

316. 328. 337. 349. 364. 476. 479. 511. 515. 671.
 Reig y Casanova, Kardinal 444. 448.
 Reiny, Msgr. M. 424.
 Reisigl, Pfr., Matsch 580.
 Rendtorff, F., Polen 243.
 Renner, Dr. österr. Staatskanzler 101. 102.
 Repta, Metropolit 325.
 Republik (Staatsform) und Papst 7.
 „Resto del Carlino“ 24. 27. 249.
 Reszec, Prof. Dr. 423.
 Reuter Bureau 59. 494.
 „Revue de Paris“ 193. 440.
 Reyzl, Senator 297.
 Rhein-Donau-Monarchie 200.
 „Rheinisch Westfäl. Zeitung“ 124.
 Rheinpfalz 619.
 Rheinstaat-Projekt 200.
 Ribot, Min.-Präsident 34. 38. 39. 47. 72.
 Ribot, Lettres à un ami 37.
 Richelieu 195.
 Richelmy, Kardinal 14.
 Ritter, Freiherr, von Grünstein, bayr. Gesandter 91. 648.
 Riga, Erzbistum 404. 405.
 —, Peter- und Paulskirche 409.
 „Rjetsch“-Zagreb 339.
 Rocco Abg. 30.
 Rocco, Justizminister 571. 572.
 Rodic, Msgr., Erzbischof 346. 348.
 „Rome sans Canossa“ 183.
 Römische Frage 10. 15. ff. 510. 531. ff. 556. 586. 587.
 Römische Frage, Gebietsfrage 28.
 Romualdo, Rechtsanwalt 18.
 Roncalli, Msgr., Ap. Visitor 358.
 Roosevelt, Präsident 479.
 Ropp, Erzbischof, von der 233. 365. 366. 367. 368. 370. 389. 390. 395. 410. 431.
 Röskilde, Bistum 426.
 Rothmeier, Abg. 626.
 Rouchdy Bey 515.
 Rozières 364.
 Ruch, Bischof von Straßburg 174.
 Ruffini, Senator 571. 572. 584.
 Ruhrbesetzung 236. 607. ff.
 Rumänien 228. 317. 626.
 Rummel, General-Sekretär 239.
 Rundschreiben „Maximam gravissimamque“ 592.
 Rundschreiben zum 7. Jahrh.-Jubiläum d. Franziskaner-Tertiären 142.
 Rundschreiben über Völkerversöhnung 139.
 Russisch-katholische Kirche 299.
 Russisch. Emigranten-Synod, Belgrad 387.
 Russisches Kirchenkonzil 1923 391.
 Rußland (Sowjet) 361. ff. 626.
 Rußlands Kriegsziele 98.
 Rußlands de jure Anerkennung durch Rom 395. 396.
 Rußland in Palästina 51.
 Rußland-Hilfe des Papstes 233. 234. 372. 388. 396. 529.
 Rutkowski, Priester 386.
 Saargebiet 211. 623. 630.
 Saenz, Jorge, boliv. Gesandter 461.
 Saint Germain, Staatsvertrag von 127. 151. 509.
 Saint Jean de Maurienne, Konferenz von 506.
 Saito, Admiral 490.
 Salata, Minister 580.
 Salkauskis Dr. Univ. Prof. 415.
 Salotti, Prälat 653. 654.
 Salviac, P. Gonsalvo de, O. Cap. 517.
 Samuel, Sir Herbert 59. 62. 64. ff.
 Sangnier, Marc 594.
 San Marino, Republik 532.
 San-Remo, Konferenz von 58
 Santiago (Chile) 464.
 Santucci, Graf 439.
 Sapieha, Fürst, Außenminister 412.
 Sapieha, Fürstbischof 254.
 Saric, Erzbischof 343.
 Sauer, Msgr., Bischof von Wonsan 490.
 Save the Children' Fund 228. 231.
 „Savonarola“ 578.
 Scaduto 21.
 Schäfer, Bürgermeister von Essen 612. 621.
 Schäffer, Abg. 626.
 „Schaffhauser Kirchenbote“ 669.
 Schantung-Mission 152.
 Scharnagl, Bürgermeister 648.
 Scharnagl, Dr. A., Abg. 637. 645.
 Schiedsrichteramt, päpstl. 167.
 „Schildwache“, Die 155.
 Schiller, Universalhist. Uebersicht 668.
 Schioppa, Msgr., Nuntius 81. 109.
 Schlageter 621.
 „Schlesische Volkszeitung“ 16. 18. 93. 113. 197. 251. 255. 256. 257. 262. 263. 277. 452. 513. 599. 610. 655.
 Schlund, Dr. P. E., Neugermanisches Heidentum 628.
 Schmidt, Dekan, Czernowitz 324.
 Schmidt, Prof. Dr. W., S. V. D. 671.

- Schober, P., C. SS. R. 176.
 Schotthöfer, F., II Fascio 541.
 Schulaufsicht, staatliche, in Bayern 647.
 Schulgesetzentwurf, rumän. 332.
 Schulpolitik der Revolution 78.
 Schulreform, Italienische 556.
 Schulte, Bischof von Paderborn 113. 126.
 Schulte, Kardinal 122. 187. 201. 206. 227. 236. 238. 604. 607. 608. 609.
 Schwarze Besatzung in Deutschland und der Papst 127/8.
 Schweiz 162. 438.
 Schweizer Bundesregierung 120.
 „Schweizerische Kirchenzeitung“ 74. 439.
 Scialoja, Senator 571. 572. 574.
 Seaton Watson 286.
 „Secolo“ 9. 18. 23. 39. 59. 129. 159. 188. 189. 241. 606.
 Sedlak, Weihbischof 282.
 Seipel, Dr. Ign., österr. Kanzler 104. 105.
 Sejn, Graf 430.
 Seligsprechungsprozeß 191. 598.
 Sembat, Marcel 188.
 Semeria, P., Barnabit 480.
 Separatismus und Vatikan 89.
 Serafino da Cimino, P., 475.
 Serbien 336.
 Serrati, Abg. 371.
 Sèvres, Friedensvertrag von 508.
 Sibilja Msgr. Nuntius 105.
 Siebenbürgen 230. 321. 334.
 Sieffert, C. SS. R., Bischof 459.
 „Sieg nach dem Herzen des Vatikans“ 97.
 Signori, Erzbischof 375. 384. 385. 593. 606.
 Silbernagel, Dr., Basel 162.
 Silva Cortes, Abg. 465.
 Simons, Dr., Außenminister 208.
 Sincero, Msgr. (Kardinal) 494.
 Sinn Fein 217.
 Sixtus IV. Papst 426.
 Skandinavien 424.
 Skassis, griech. Gesandter 360.
 Skirmunt, poln. Außenminister 277.
 Skrbensky, Kardinal 284. 296.
 Skrzynski, poln. Gesandter 264. 266.
 „Slovak“ 316.
 Smets, Msgr. Adrian, Ap. Delegat 400. 401.
 Smit, Msgr. Olaf, Ap. Vikar 427.
 Smodej Abg. Dr. 353.
 Smodlaka, Dr. Gesandter 348. 353.
 Smolka, Prof. Dr. St. v., Die Reussische Welt 399.
 Smyrna 235. 506. 507. 508.
 Söderblom, prot. Erzbischof von Upsala 410. 624. 660.
 Sokolski, Erzbischof 357.
 Soldevilla y Romero, Kardinal 442. 443.
 Somali-Land 568.
 Somssich, Graf von Saard, ungar. Gesandter 109.
 Sonnino 2. 9. 14. 16. 17. 31. 72. 75. 127. 150. 159. 184. 189. 430. 542.
 Sonntag, P., O. Trin. 325.
 Soulier, franz. Abg. 189.
 Souveränität des Papstes 18. 29.
 Sowjet-Regime vom Papst begünstigt? 529.
 Sowjetverfassung 386.
 Sozialdemokratie, deutsche 645. 652.
 Sozialismus, Pius XI. über 529. 530. 566.
 Spahn, Abg. (sen.) 83.
 Spanien 442. ff. 535.
 Spanien (für Deutschland) 238.
 „Spectator“ 627.
 Spiero, H., Die dreifache Krise der deutschen evang. Kirche 522. 608. 650. 663.
 Sprechabend, der völkische 626.
 Spreiter, Bischof, O. S. B. 156.
 Springowicz, Msgr. Erzbischof von Riga 404. 410. 423.
 Srobar, Dr. 286.
 „Stamboul“ 374.
 „Stampa“ 13. 49. 53. 75. 175. 339. 669.
 Staugaitis, J. Domherr 411. 415.
 Stein, Dr. von, Kriegsminister 120.
 Steinmann, Msgr. 380.
 Stephan, Karl, Allenstein 260.
 „Stimmen der Zeit“ 83. 317.
 Stojan, Erzbischof 291.
 „Stoudion“ 327. 360.
 Strauß, Gouverneur von Jerusalem 59.
 Stresemann, Außenminister 627. 651. 653.
 Stribny, Minister 301. 302.
 Strucker, Kundgebungen Papst Benedikts XV. zum Weltfrieden 72. 95.
 Sturzo, Don 542. 551. 553. 567.
 Südafrikanische Union 157.
 Südtirol 228. 579. 580.
 Südtiroler Deutsche 101.
 Suwalki, Vertrag 412.
 Svehla, Min.-Präs. 315.
 Swoboda, Msgr. 325. 326.

- Syllabus 669.
 Sylvester, Erzbischof von Omsk 367.
 Syrien 228.
 Szalay, Vorsitzender des Klerus-
 Sowjets 107.
 „Szandar Polski“ 253.
 Szatmar, Bistum 318.
 Szembek Graf, Erzbischof 429.
 Szeptycki, Metropolit 247.
 Tabasco, Staat 476.
 „Tablet“, The 63. 64. 66. 67. 170.
 196. 217. 223. 234. 465. 627.
 Tacna-Arica 463. 466.
 Tafari, Ras 516.
 „Tägliche Rundschau“ 40. 650. 654.
 655.
 Tagnic, Min. 353.
 Taigi, Maria, 191 .
 Tai Tscheng Ling, Gesandter 493.
 Talamo, Msgr. 572.
 Tarija 459.
 Tarnassi, Msgr., Nuntius 211.
 Tedeschini, Msgr., Nuntius 452.
 Tellez Armando 477.
 „Telegraph du Nord“ 590. 591.
 Tel. Union (T. U.) 12.
 Temesvar, Bistum 318. 333.
 „Tempo“ 27. 28. 29. 531.
 „Temps“ 34. 199. 379. 380. 494. 605.
 610. 615.
 Teodorowicz, Erzbischof 254. 255.
 Testa, Msgr. 236. 611. 616. 619.
 620. ff.
 Terhünste, P. H. J., S. C. J. 600.
 Terniac, L. 371.
 Terseglav, Frz. 366.
 Tereschtschenko's Denkschrift über
 Rußlands Kriegsziele 53.
 Thabor Basilika, Einweihung 501.
 Theologische Sektion f. Abstimmung
 in O./S. 257.
 Thiel, Dr. B., Bischof 469.
 Thomas, franz. Minister 363.
 Thompson, Francis 666.
 Thüringen 238.
 Tichon, Archimandrit (Berlin) 385.
 Tientsin, Vertrag von 492. 494. 495.
 „Times“ 318. 386.
 Tirard 621. 623.
 Tiraspol, Diözese 320.
 Tirol 8. 106.
 „Tiroler Anzeiger“ 579. 580.
 Tirpitz, Großadmiral 43.
 Tomasek 285.
 Tommasini, ital. Gesandter 366. 412.
 Tommasini, La Risurrezione della
 Polonia 604.
 Tonti, Msgr. Nuntius 449.
 Touchet, Kardinal, von Orléans 96.
 172. 176. 192. 196. 608.
 Tovini 30.
 Transjordanien 500.
 Traub, Ex-Pastor 42. 124. 128. 182.
 634. 655.
 Treber, Pfr., Alsenz 634.
 Treitz, J. Michael Felix Korum 86.
 117.
 Trennungsgesetz, franz. 193. 590.
 591. 594.
 Trianon, Staatsvertrag von 108. 111.
 „Tribuna“ 10. 20. 27. 31. 545. 569.
 Trocchi, Msgr., Nuntius 467.
 Troijgo, Priester 386.
 Trotzki (Bronstein) 363. 364.
 Trubetzkoy, Fürst 385.
 Tsai Yuan Pei, Rektor 497.
 Tsao Kuen, Präsident 497.
 Tschechische Nationalkirche 287. 298.
 Tschecho-Slovakei 227. 228. 281.
 Tschitscherin 234. 367. 368. 392. 380.
 381. 383. 384. 385.
 Türkei 235. 502.
 Türkei, Verhältnis des Vatikans zu
 ihr 50.
 Tychon, Patriarch 234. 369. 382. 384.
 Tyrrau, Apost. Administratur 112.
 294. 297. 301.
 Tyszkiewicz, Graf Alfred 411.
 Tyszkiewicz, Graf Michael 399.
 Ubaid, P., Priester 501.
 Uganda-Martyrer 139.
 Ukraine 228. 232. 398.
 Ulster 214.
 Ungarn 106. 228. 626.
 Union von 1595. 399.
 „Union Review“, The 659.
 Unione Nazionale 564.
 „Unità Cattolica“ 33. 34. 35. 103.
 117. 288. 482. 565. 567. 585.
 „Universe“, The 70. 167. 397. 515.
 Unparteilichkeit des Papstes 664.
 665.
 Urquhart, F. F. 167.
 Uzhorod 286. 294.
 Valfré di Bonzo, Nuntius 99. 101.
 Vallega, Erzbischof 235. 506. 507.
 508.
 van Rossum, Wilhelm, Kardinal 213.
 425. 427. 429. 431. 495.
 van Rossum, W., Kardinal, Die reli-
 giöse Lage der Katholiken in den
 nordischen Ländern. 425. 432.
 Vanutelli Kardinal 445. 519. 552.

- Varenne 189.
 Vasco da Gama-Jubiläum 452.
 Vass, ungar. Kultusminister 107.
 Vasallo di Torregrossa, Msgr., Nuntius 649.
 „Vaterland“ (Luzern) 71. 147. 168. 286. 346. 385. 439. 440. 441. 666. 669.
 Vecsey, Prof. A. 112.
 Veitsdom in Prag 298.
 Velehrader Unionskongreß 316.
 Velimirovic, Dr. N. 337.
 Venezuela 467.
 Venizelos 358. 359. 506. 509.
 Vercesi, Il Vaticano, l'Italia e la Guerra 50.
 Vereinigte Staaten v. Nord-Amerika 152. 478.
 Vereinigte Staaten, Vertretung beim Vatikan 17.
 Vereinigung z. Förderung d. Einheit d. Christentums 658.
 Versailles, Staatsvertrag von 123. 133. 248. 258. 509. 619. 627.
 Verträge mit der Ev.-luth. Landeskirche in Bayern 632.
 Vicentini, Msgr., Nuntius 212.
 Vico, Kardinal 186.
 Victoria Eugenia, Königin 443.
 Viktor Emmanuel III., König 27. 384. 538. 549.
 Villanueva, Dr., Unterr.-Min. 461.
 Villatte J., altkath. Bischof 660.
 Vincent Rev., Cincinnati 657.
 Viscont, Dr. A., Priester 411.
 „Vita e Pensiero“ 558.
 „Vita Italiana“ 29.
 Vives y Tuto, Kardinal 178.
 Viviani, Minister 172. 183. 186.
 Vogler, Paul, Staatskommissär 79.
 Vojvodina 341. 349.
 Völkerbund 13. 18. 96. 158. 369. 421. 481.
 Völkerbunds-Konferenz Brüssel 162.
 Völkerbundskonkreß, Bern 1919 160.
 Völkerfriede 133. ff. 662.
 Völkerhaß 133. ff.
 Völkerversöhnung, Rundschrb. über 23. 139. 533.
 „Völkischer Kurier“ 91. 181. 268. 649.
 Volkspartei, Italienische 20. 542. ff. 551. 553. 562. 568. 577. 585.
 Volkspartei, Slowakische 306. 307.
 Volkspartei, Tschechi. 299. ff. 302. 309. 310. 311.
 Vollmachten der Nuntien 279.
 Vorarlberg, Apost. Administratur 579.
 „Vossische Zeitung“ 37. 261. 413. 612.
 „Vreme“ 352.
 Waffenstillstand 1.
 Wagner, Msgr., Belgrad 344.
 Waitz, Msgr. Dr., Apost. Administrator 106. 579.
 Waldemar, Minister 411.
 Wales, Prinz von 215. 219.
 Walsh, P., S. J. 238. 373. 388. 393. 483.
 Walter, Abg. 599.
 Walter W., Theol.-Prof. in Rostock 128.
 „Warschauer Zeitung“ 423.
 „Washington Herald, The“ 625.
 Wasilewski, Priester 386.
 Weber, F. W. 667.
 Wehrmann, Luther, der deutsche Mann 128.
 Weichsel, Domherr 260.
 Weiller, Senator 184. 188. 196.
 Weimarer Verfassung 631.
 Weißbuch über die Römische Frage 31.
 „Weißes Kreuz“ 160.
 Weißrussen 421.
 „Welfen-Partei“ in Italien 578.
 Weltbund für Freundschaftsarbeit 657.
 Weltherrschaft und Papst 534.
 Weltkollekte für Europas Hungernde 138.
 Weltkonferenz f. prakt. Christentum 383. 388. 507. 660. 661. 668.
 Weltkonferenz über Glaube und Kirchenverfassung 657.
 Weltliche Herrschaft, Papst über 668.
 „Weltmission der Kirche“ 490.
 Weltprotestantismus 609. 657.
 Werk der Glaubensverbreitung 156.
 Westminster Catholic Federation 121. 167.
 West-Preußen, Abstimmung 259.
 Weylar, „Bischof“, Font-du-Lac 657.
 „Wiener Stimmen“ 301.
 Wiercinski, P., S. J. 317.
 Wilhelm, II. Kaiser 2. 33. 39. 45. 77. 86. 88. 117. 119.
 Wilna 250. 264.
 Wilnafrage 412. ff.
 Windthorst 595.
 Wilson, Präsident 2. 10. 11. ff. 17. 36. 114. 115. 127. 160. 177. 244. 398. 470. 479. 480. 481. 542.
 Wirgo, Dr. 401.

- Wirtschaftsstelle deutsch. Studenten-
schaft 236.
Wiseman, Kardinal 659.
Witebsk 385.
Witzel, P., O. F. M. 153.
Wohlmuth Dompropst, Dr. 631.
Wolff, finn. Abg. 430.
Wolfferstan, P., S. J. 493.
„Wolffs Telegr. Bureau“ 67. 84. 121.
Wolga-Sowjet-Republ., Deutsche 391.
„World's Work“, The 64.
Worowsky, Sowjetvertreter 380.
Wrangel, Baronin 230.
Wrangelarmee 229.
Württemberg 630.
Wynen, A., Die päpstliche Diplo-
matie 92.
Wynneken, Ministerialrat 78.
Xaver, Franziskus, hl. 485.
Yamamoto 147. 153. 486. 487. 489.
„Y. M. C. A.“ 475.
Yves de la Briere, P. S. 166. 600.
Zahradnik, O. Praem. 281. 282. 288.
Zaniboni, Attentat 582.
Zarenfamilie, Fürsprache d. Papstes
365.
Zecchini, Msgr. S. J., Ap. Delegat
402. 405. 407. 412. 413. 414. 418.
423.
Zeligowski, General 412. 415. 419.
Zentrum, Pius XI. über 528.
Zeodito, Kaiserin 516.
Zerr, Bischof 395.
Zetschwitz Dr. 634.
Zichy, Msgr. Bischof von Fünfkirchen
111.
Zionismus und Vatikan 51. 59.
Zionisten-Kongreß Karlsbad 65.
Zita, Königin von Ungarn 109.
Zlamal, Rev. 283.
Zlopko, Msgr., Ap. Administrator
325.
Zola 616.
Zweigert, Staatssekretär 645.

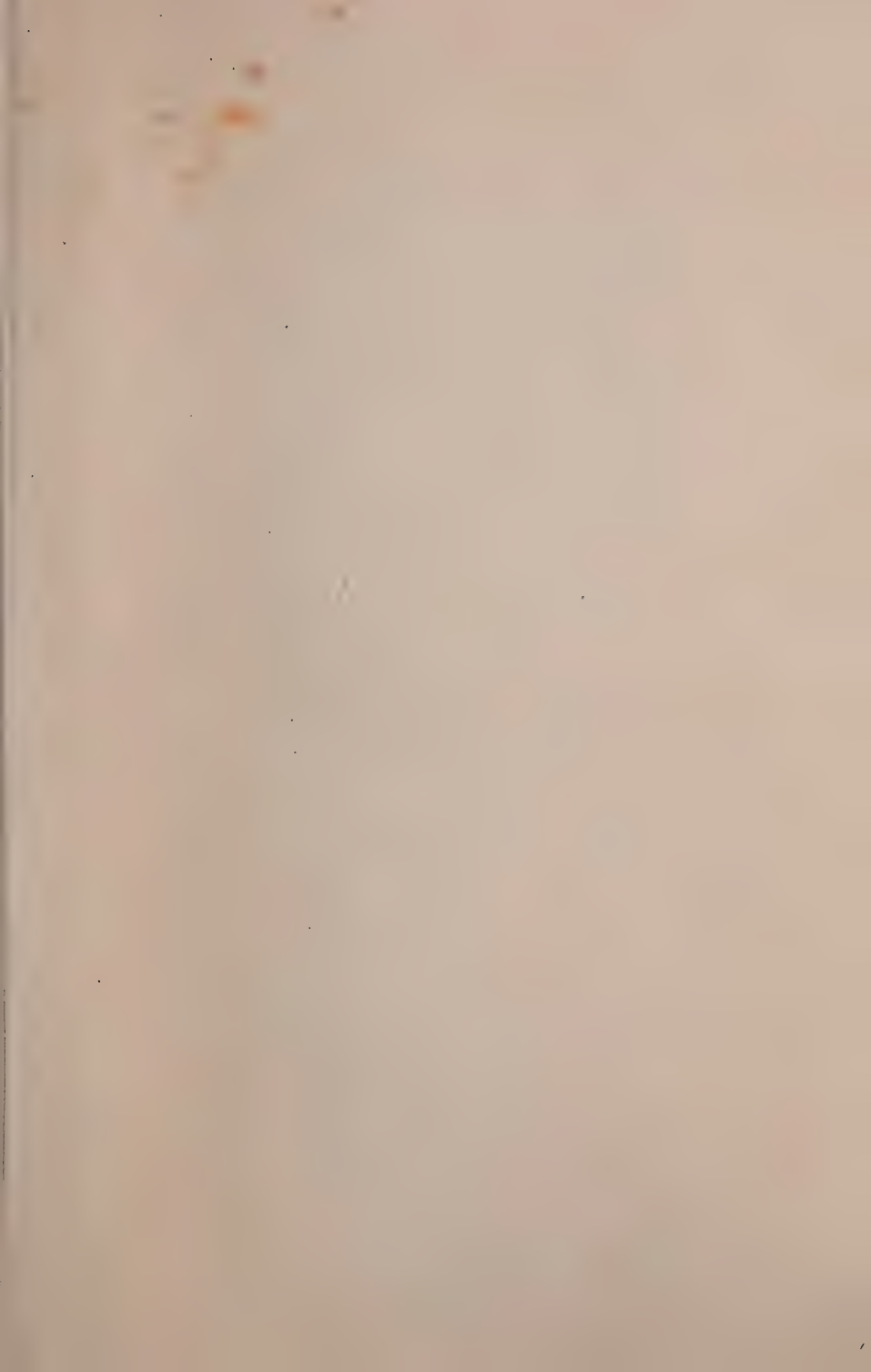
Druckfehlerberichtigung.

S. 239 ist die 27. Zeile zu streichen.

Inhaltsübersicht

Vorwort	Seite
Der Waffenstillstand	1
Die Papstklausel des Londoner Abkommens	9
Präsident Wilson im Vatikan	11
Die römische Frage bis zum Tode Papst Benedikts XV.	15
Die Enthüllungen über den englisch-französischen Friedens-	
schrift vom August 1917	32
Die Palästinafrage	49
Die Friedensverhandlungen	71
Das revolutionäre Deutschland	77
Die Kriegsschuldfrage	95
Oesterreich	97
Ungarn	106
Der Anwalt der Wehrlosen	112
Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain .	123
Für Völkerfriede gegen Völkerhaß	133
Der Friedensvertrag von Versailles und die deutsche Hei-	
denmission	145
Papst und Völkerbund	158
Frankreichs Rückkehr in den Vatikan	171
„Franzose dem Herzen nach“. Nach Rom nicht über	
Canossa. Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans.	
Letztes Ringen um die Botschaft.	
Deutschland bis zum Tode Papst Benedikts XV.	199
Holland	211
Großbritannien und Irland	213
Die irische Frage.	
Omnia Omnibus	225
Die caritative Betätigung des Papstes seit dem Kriegsende.	
Polen	240
Oberschlesien. Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.	
Danzig	276
Tschechien und Slowakei	281
Rumänien	317
Jugoslawien	336
Balkanstaaten	356
Albanien. Bulgarien. Griechenland.	
Rußland	361
Die Ukraine	398
Georgien	400
Die baltischen Staaten	401
Estland. Lettland. Litauen.	

Die nordischen Staaten	424
Dänemark. Island. Norwegen. Schweden. Finnland.	
Belgien	432
Luxemburg	436
Die Schweiz	438
Spanien	442
Portugal	449
Südamerika	454
Argentinien. Bolivien. Brasilien. Chile. Paraguay. Peru.	
Venezuela.	
Mittelamerika	468
Costa Rica. San Salvador. Nicaragua. Guatemala.	
Vereinigte Staaten von Mexiko	470
Vereinigte Staaten von Nordamerika	478
Japan	485
China	491
Irak und Transjordanien	500
Türkei	502
Aethiopien	516
Pius P. P. XI.	518
Pius XI. in seinen politischen Grundanschauungen. Die römische Frage unter Pius XI. Italien unter Mussolini. Papst Pius XI. und Deutschland. Ruhrkonflikt. Die Tätigkeit Msgr. Testas im besetzten Gebiet. Der Vorstoß des National-Sozialismus gegen Rom. Das Konkordat mit Bayern. Unter Hindenburgs Präsidentschaft.	
Der Papst und der Weltprotestantismus	657
Zum Ausklang	662
Personen- und Sachregister	672
Inhaltsübersicht	





290.97

LAMA

AUTHOR

~~Friedrich~~, Friedrich

L 213

TITLE

Papst und Kurie in ihrer

Politik nach dem Weltkrieg

DATE DUE

BORROWER'S NAME

290.97

L 213

